Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
Herausgeber: Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel
Band: 193-194 (2015-2016)

Artikel: GGG 1777-1914 : Basler Stadtgeschichte im Spiegel der "Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige"
Autor: Janner, Sara / Fiechter, Hans Ulrich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006821

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sara Janner
GGG 1777–1914

Sara Janner
GGG 1777–1914

Basler Stadtgeschichte im Spiegel
der «Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige»

Mit einem Beitrag von Hans Ulrich Fiechter

193. und 194. Neujahrsblatt für die Jahre 2015/2016
Herausgegeben von der Gesellschaft
für das Gute und Gemeinnützige Basel

Schwabe Verlag Basel

Inhaltsverzeichnis

8	Zum Geleit		
10	Zu diesem Buch		
13	Teil I: Isaak Iselin		
14	Einleitung		
17	1.	Isaak Iselin, das Archiv und die Geschichte der GGG	
27	2.	Das Nachleben Iselins in Basel im 18. und 19. Jahrhundert	
27		2.1	Die Entwicklung im Überblick
28		2.2	Iselins Selbstbild und politisches Vermächtnis
32		2.3	Die Erinnerungsfeier der Helvetischen Gesellschaft 1783
38		2.4	Der Streit um Iselins Erbe in Basel: Das Auseinanderbrechen der Basler Reformbewegung nach Iselins Tod
46		2.5	Die GGG erhält ein Gesicht: Das Iselinbild der Mediations- und Restaurationszeit zwischen 1804 und 1818/19
50		2.6	Regeneration und liberaler Frühling zwischen 1811 und 1831: Die Erinnerung an das radikale Iselinerbe kehrt kurz zurück
54		2.7	Das Iselinbild des sogenannten Ratsherrenregiments zwischen 1833 und den 1880er Jahren
62	Exkurs: Isaak Iselin in Bildern		
65	3.	Isaak Iselin (1728–1782) und die aufklärerische Reformbewegung in Basel	
76	Exkurs: Eine «vernünftige Wahl» oder das Losverfahren nach den Bestimmungen von 1740		
78	Exkurs: Die Sitzordnung im Grossratssaal nach dem «Statutarium» von 1795		
81	4.	Hans Ulrich Fiechter: Wege zur GGG: Isaak Iselins Reformtätigkeit als Grossrat und Ratsschreiber bis zur Gründung der GGG im März 1777	
81		4.1	Isaak Iselins Grundüberzeugungen
83		4.2	Iselin und die Reform der Basler Verwaltung bis 1760
85		4.3	Gegen den missbräuchlichen Eid bei den Ämterbesetzungen 1755–1756

86	4.4	Der Kampf um die Öffnung der Bürgeraufnahmen zwischen 1757 und 1763
90	4.5	Die Gesellschaftsgründungen zwischen 1760 und 1762
95	4.6	Iselins Tätigkeit in der Landwirtschaftlichen Kommission 1761–1764
98	4.7	Iselins Beteiligung an der Errichtung einer Fruchtdarre 1761–1763
100	4.8	Iselin und das Salzwesen 1761–1762
102	4.9	Iselin und die Reform des Basler Münzwesens 1762–1763
104	4.10	Reformen des Schul- und Erziehungswesens
108	4.11	Der Weg zur Gründung der GGG 1766–1777
113	Anmerkungen zu Teil I	
121	Teil II: Die Entwicklung der GGG bis zur Wende zum 20. Jahrhundert	
123	1.	Organisation und Trägerschaft der GGG
123	1.1	Die Entwicklung der Mitgliederzahlen der GGG bis zum Ersten Weltkrieg
131	1.2	Die Trägerschaft der GGG im 19. Jahrhundert
138	1.3	Die Entwicklung der Organisation der GGG
148	1.4	Frauen, die unsichtbare Basis der GGG
159	Tabellen und Graphiken	
166	Exkurs: Der Gründungsbericht der GGG	
169	2.	Finanzen und Finanzierung der GGG
169	2.1	Finanzen und Finanzierung der GGG und ihrer Kommissionen
186	2.2	Die Zinstragende Ersparniskasse: Die Bank der Dienstboten, Kinder und Frauen
200	Tabellen und Graphiken	
213	3.	Die GGG und das Basler Gesellschafts- und Vereinswesen zwischen 1777 und dem Ersten Weltkrieg
213	3.1	Einleitung
216	3.2	Die GGG und das Gesellschafts- und Vereinswesen in Basel vom späten 18. Jahrhundert bis zum Ende der Mediationszeit (1777–1814)
228	3.2.1	Die wichtigsten Gründungen der GGG bis zum Ende der Mediation
231	3.2.2	Unterstützung obrigkeitlicher Schulen und eigene Schulgründungen bis 1798
243	3.2.3	Die Krankenkommission und die Gründung der Allgemeinen Armenanstalt 1804

252	3.2.4	Die Jugendbibliothek (1807) und die Gründung des Neujahrsblattes (1819)
260	3.3	Im konservativen Basel (1816–1868): Das nichtbürgerliche Vereinswesen und die Entwicklung der GGG zwischen 1798 und 1868
270	3.3.1	Die GGG in der Regenerationszeit und unter dem Ratsherrenregiment
276	3.3.2	Die GGG im Gefängnis: Gefängnisinspektion 1821, Patronageverein 1837 und Zwangsarbeitsanstalt Klosterfiechten 1857–1872
282	3.3.3	Turnplätze und Badeanstalten: Zuerst für Männer, dann für Frauen
290	3.3.4	Die ersten Berufsschulen: Die Zeichnungs- und Modellierschule und die Entwicklung der Musikkommission bis zur Gründung der Musikschule
299	3.3.5	Der neue «Spielraum» der GGG vor, neben und nach der Schule: Kleinkinderschulen, Repetierschulen, Sonntagssäle und Abendsäle
308	3.3.6	Die Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse und die konservative Sozialpolitik bis 1874
317	3.3.7	Der reiche Merian sagt Nein: Keine Speiseanstalt für das Kleinbasel 1857
320	3.3.8	Bücher für alle: Zur Bürger- und Jugendbibliothek kommt 1842 die Arbeiterbibliothek
325	3.3.9	Ein prächtiger Zunftaufzug: Das «Erdbebenbuch» von 1856, das Neujahrsblatt und die Entstehung der Lukasstiftung
330	3.3.10	Prämien für Polizisten, Schau-Essen von Pferdefleisch und Nistkästen: Die Tierschutzkommission 1849–1879
334	3.4	Zwischen Freisinn und Proporz: Die Entwicklung des Basler Vereinswesens und der GGG von 1862 bis 1904
342	3.5	Die GGG im freisinnigen Basel bis zur Jahrhundertwende
353	3.5.1	Das GGG-Jubiläum von 1877: «Auf Basel's Dreieinigkeit des Gedeihens: Kopf, Kraft und Kapital!»
362	3.5.2	Die GGG entdeckt die Aussenquartiere und das Kleinbasel
372	3.5.3	Der verlorene Krieg nach gewonnener Schlacht: Die GGG-Schulen nach 1880
386	3.5.4	Die GGG und die Alters- und Krankenversorgung nach 1877
394	3.5.5	Die GGG und die Armenpflege nach 1877
402	3.5.6	Viele Butterblumen: Die Kommission zur Verschönerung der Umgebungen Basels
406	3.5.7	Die GGG setzt sich fest: Ankauf und Umbau des Schmiedenhofes
409	3.5.8	Das Neujahrsblatt nach 1870: Der schwierige Weg zu einem eigenen Profil
418	3.5.9	Fin de siècle: Die GGG um 1900

427	Tabellen
437	Zusammenfassung: Die Entwicklung der GGG von 1777 bis 1914
441	Anmerkungen zu Teil II
465	Teil III: Anhang
467	Vom Zunftregiment zur Demokratie: Die Entwicklung der kommunalen und kantonalen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen zwischen 1750 und 1875 in Basel
475	Glossar
489	Chronologie
	Apparat
513	Abkürzungen
514	Quellenverzeichnis
517	Bibliographie
521	Bildnachweis
523	Institutionenregister
525	Personenregister
528	Impressum

Zum Geleit

1777 setzten sich sieben Freunde zusammen und beschlossen, einen gemeinnützigen Verein zu gründen, um ihre Vorstellung einer besseren Gesellschaft umsetzen zu können. Heute gibt es diesen Verein immer noch, und er hat etwa 3000 Mitglieder. Die Basler Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige ist aus dieser Stadt nicht mehr wegzudenken. Die meisten von uns haben auf irgendeine Art schon mit ihr oder einer ihrer Organisationen zu tun gehabt, und doch wissen wir recht wenig über ihre Geschichte. Warum kennen wir heute nur noch einen der Gründer, und wer war dieser Isaak Iselin eigentlich? Wer hat sich warum diesem Verein angeschlossen? Wie stand der Staat mit seinen eigenen Institutionen zu dieser Organisation? Wer hatte eigentlich welche Macht in diesem Stadtstaat? Wie waren die Aufgaben verteilt zwischen Staat, Zünften, Kirche und Vereinen, und veränderte sich das mit der Zeit? Was hielten die Politiker von der Konkurrenz durch diese «private» Gesellschaft? Oder waren die Politiker und die Träger der GGG dieselben Männer? Welche Rolle spielten, wenn überhaupt, die Frauen?

Solche Fragen und mehr will dieses Buch beantworten. Unser Ziel war nicht eine Art Jubiläumsband mit Innensicht auf den Verein, sondern eine Situierung dieser ausserordentlichen Organisation in der Geschichte der städtischen Gesellschaft, die sie hervorgebracht hat. Es sollte auch nicht eine abschliessende Gesamtdarstellung sein; das wäre angesichts der Wichtigkeit der Organisation und der Vielzahl ihrer Kommissionen und Tätigkeiten auch nicht möglich. Wir wünschten ein Grundlagenwerk: Ausgangspunkt und Anregung für weitere Forschung, historische Fundgrube und Antworten auch auf Fragen, die wir nicht gestellt haben. Das war nur möglich, weil wir eine Autorin fanden, die die nötigen Voraussetzungen dafür mitbrachte: Dank ihrer grossen Kenntnis der Stadtgeschichte, der Archive und nicht zuletzt der Personen, die die Basler Geschichte des 18. und 19. Jahrhunderts prägten, wagte sich unsere Autorin, Sara Janner, an dieses Unterfangen. Wir danken ihr dafür, dass sie nicht nur das Quellenmaterial zusammensuchte, sichtete, analysierte und interpretierte, sondern auch unermüdlich Hinweisen nachging, Bild- und Objektsammlungen durchforschte und einfach nie aufgab. Das Resultat ist ein Buch, das mehr leistet, als die Entstehung und Weiterentwicklung einer faszinierenden Organisation nachzuzeichnen; es ist eine eigentliche Stadtgeschichte, die die politische Organisation Basels in Zeiten des Umsturzes und der Veränderung darstellt, die führenden Persönlichkeiten ihrer Zeit vorstellt, aber

den heutigen Leserinnen und Lesern auch Einblicke in die bürgerliche Mentalität, die Festkultur und die Sitten in Basel gestattet und durch die zahlreichen Zitate die Akteure selbst sprechen lässt. Verbunden sind alle diese Aspekte durch die Frage, was Isaak Iselin und die anderen Gründer wollten und wie diese Absichten von den späteren Protagonisten verfolgt wurden. Mit Hans Ulrich Fiechter haben wir einen Autor für unser Projekt gewinnen können, der sich seit vielen Jahren den Tagebüchern Isaak Iselins widmet und uns diese Gründerfigur durch die Darstellung einiger ihrer vielen Projekte und Visionen näherbringen kann.

Doch dieses Buch wäre auch nicht realisierbar gewesen ohne das Vertrauen und die Unterstützung der GGG selbst, in den Personen der früheren Ressortvorsteherin Catherine Reinau-Krayer und des jetzigen Vorstehers Thomas Bachmann, der Delegierten des Vorstandes Ruth Ludwig-Hagemann und des Geschäftsführers Dieter Erb mit seinem Team.

Dieses Buch hat eine Entstehungsgeschichte von über zwanzig Jahren. Dass es nun Wirklichkeit werden durfte, ist nicht zuletzt das Resultat des zum Teil langjährigen Einsatzes der Mitglieder der Neujahrsblattkommission, die, wie es für die ehrenamtlich Tätigen der GGG auch heute noch üblich ist, im Stillen und «namenlos» wirken. An dieser Stelle sollen auch sie genannt werden: Ueli Barth (bis 2014), Franz Wirth (bis 2014), Elfi Belleville Wiss, Pierre Felder, Marianne Wackernagel, Mirjam Häsler Kristmann, Oliver Hungerbühler, Jelena Stefanovic: Danke.

Doris Tranter
Präsidentin der Kommission zum GGG-Neujahrsblatt

Zu diesem Buch

Der vorliegende Band ist der erste Teil einer zweiteiligen, auf den im Archiv der GGG erhaltenen Quellen aufbauenden Geschichte der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige. Dieses Archiv stellt einen einmaligen Quellenkomplex dar, um für das Verständnis der Basler Stadtgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts zentrale soziale, wirtschaftliche und politische Zusammenhänge zu erfassen, zu analysieren und zu interpretieren. Da wir dank der in Basel ausserordentlich guten Überlieferungslage fast alle in der GGG tätigen Personen identifizieren und im sozialen Gefüge der Stadt verorten können, lässt sich ein dichtes Geflecht von Beziehungen zwischen der GGG und der sie umgebenden städtischen Gesellschaft erkennen. Wir sehen aber auch, welche Teile der städtischen Gesellschaft von der GGG nicht berührt wurden, können die Reaktionen auf ihre Tätigkeit ausserhalb der sie unterstützenden Bevölkerungskreise beobachten und feststellen, wie sich die GGG mit der Stadt bis zum Ersten Weltkrieg veränderte. Auch wenn die Quellen im GGG-Archiv nur einen Ausschnitt des jeweiligen historischen Geschehens abbilden und uns die Stadt und ihre Probleme nur aus dem Blickwinkel der Trägerschaft der GGG zeigen, bilden sich in diesen Texten und im Handeln der GGG-Mitglieder doch immer grössere, zeittypische Zusammenhänge ab.

Diese Darstellung der Geschichte der GGG ist zweigeteilt. Ein erster Teil ist Isaak Iselin gewidmet. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der GGG und ihren Kommissionen bis 1914. Die Figur Isaak Iselins ist ein Schlüssel zum Verständnis der Geschichte der GGG. Sein Leben, seine Tätigkeit als Ratsschreiber und sein weitgefächertes Beziehungsnetz erschliessen uns ein ganz neues Bild seiner Zeit und der Anfänge der GGG. Die Veränderungen des Erinnerungsbildes geben Aufschluss über das jeweilige Selbstverständnis der GGG, zeigen aber auch die zunehmende Distanz zum historischen Iselin. Der zweite Teil widmet sich zuerst der Organisation und der Trägerschaft der GGG. Erstmals wird auch untersucht, ab wann Frauen in der GGG tätig waren, obwohl sie nicht Mitglied werden konnten, und welche Bedeutung sie für die Gesellschaftstätigkeit hatten. Der Entwicklung der Finanzen ist ein weiteres Kapitel gewidmet. Darin ist auch die Geschichte der 1809 gegründeten Zinstragenden Ersparniskasse enthalten, die nach 1880 bis zum Ersten Weltkrieg eine zentrale Rolle für die Finanzierung der Gesellschaftstätigkeit spielte. Auf diese mehr allgemeinen Kapitel folgt die Geschichte der Zentralorganisation und ihrer Kommissionen, eingebettet in die allgemeine Stadtgeschichte und die

Entwicklung des Basler Vereins- und Gesellschaftswesens. Eine vollständige Geschichte aller Kommissionen kann hier leider nicht geleistet werden. Dies verunmöglicht schon die Zahl der bis 1914 nachweisbaren Institutionen, die nur in einer Chronologie am Schluss des Bandes vollständig erfasst sind. Die Entwicklung der GGG wird nach Tätigkeitsfeldern geordnet untersucht, um zeittypische Aspekte der Gesellschaftstätigkeit herauszuarbeiten für die Perioden 1777 bis 1814, 1814 bis 1874 und 1874 bis 1914.

Das Bildprogramm in diesem Band folgt den Hauptfragestellungen und hat drei Schwerpunkte. Eine erste Gruppe von Bildern zeigt Quellen aus dem GGG-Archiv. Sie dienen dazu, den doppelten Informationsgehalt von Archivalien zu verdeutlichen. Texte sind nicht nur Informationsträger, sondern auch Dokumente der Alltagskultur und von Kulturtechniken, die heute vergessen sind. Eine zweite Gruppe von Bildern versucht das städtische Umfeld, in dem die GGG-Mitglieder lebten, und dessen Veränderungen zwischen 1777 und 1914 zu illustrieren. Die dritte Bildgruppe beschäftigt sich mit den erhaltenen Porträts von Isaak Iselin, einem der Gründer der Gesellschaft. Interessanterweise wurde nur er von der GGG immer wieder porträtiert. Im 18. und 19. Jahrhundert finden sich sonst – anders als heute – in den Jahresberichten, Veröffentlichungen oder Dokumentationen der Festanlässe der GGG keine Bilder des Gesellschaftsvorstandes oder der Kommissionsmitglieder. Das lässt sich nicht damit erklären, dass Illustrationen zu teuer gewesen wären oder die Photographie erst in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts gebräuchlich wurde. Andere Basler Gesellschaften, etwa die Basler Mission, setzten solche Bilder sehr gezielt ein. Bei der GGG gibt es sie auch nach 1850 nicht, obwohl die GGG seit ihrer Gründung sehr offensiv Öffentlichkeitsarbeit betrieb.

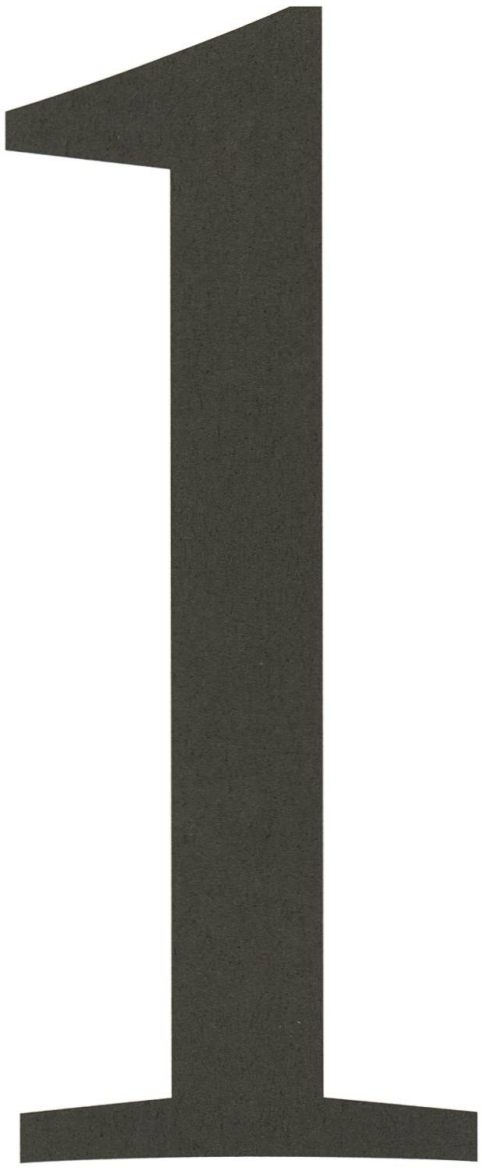
Aufbau und Gestaltung des Buches versuchen verschiedenen Lese- und Informationsbedürfnissen entgegenzukommen und das Verständnis des Textes und die Orientierung im Buch zu erleichtern. Ein detailliertes Inhaltsverzeichnis sowie ein Personen- und Institutionenregister erlauben eine rasche Orientierung. Der Haupttext ist auf weissem Papier gedruckt, die Anmerkungen zu den einzelnen Kapiteln sowie Quellen-, Literaturverzeichnis und die Indizes auf farbigem Papier. Dies erlaubt nicht nur ein rasches Auffinden der Anmerkungen, sondern trennt auch die verschiedenen Teile des Buches voneinander. Teil III enthält Zusatztexte: eine Chronologie, die die Entwicklung der GGG bis 1914 kurz zusammenfasst; ein Glossar, das alte Begriffe wie Ämterbezeichnungen, Masse und Währungen etc. erklärt, und eine knappe Darstellung der politischen Organisation von Stadt und Kanton zwischen 1777 und 1904.

Ohne das Vertrauen, die Geduld und die Hilfe vieler Menschen hätte dieses Buch nicht geschrieben werden können. Mein aufrichtiger Dank geht an die GGG, besonders an Catherine Reinau-Krayer, die das Projekt von Anfang an begeistert unterstützt hat. Die Kommission zum Neujahrsblatt liess mir nicht nur alle Freiheit, sie begleitete meine Arbeit auch mit grosser

Aufmerksamkeit und aufbauender Kritik. Der Austausch mit Sabine Braunschweig, der Bearbeiterin des Folgebandes, war besonders wertvoll. Danken möchte ich auch allen Mitarbeitern der vielen GGG-Organisationen, die mich bei der Suche nach Aktenmaterial unterstützt haben, mir von ihrer Arbeit erzählten und neugierig mein Projekt verfolgten. Viele wertvolle Anregungen und Hinweise erhielt ich von Urs Burckhardt, Klaus Egli, Henriette Grunauer, Valérie Gruner-Burckhardt, Daniel Heusler, Hans Marti, Niggi Merz, Anatol Schenker, Werner M. Schumacher und Marie-Louise Stamm. Kollegen und Kolleginnen in Basler Archiven, Bibliotheken und Museen halfen mir bei meinen Recherchen mit ihrer Sachkenntnis und Erfahrung. Danken möchte ich besonders Franz Egger, Michael Matzke, Margret Ribbert, Sabine Söll-Tauchert und Daniel Suter vom Historischen Museum Basel sowie Martin Möhle und Yvonne Sandoz von der Kantonalen Denkmalpflege. Im Staatsarchiv durfte ich über Jahre einen der wenigen Aktenwagen und einen Arbeitsplatz mit Bergen von Akten aus dem GGG-Archiv versperren. Ich danke allen Mitarbeitern dort für ihre freundliche und sachkundige Unterstützung. Freundliche Aufnahme fand ich auch im Sonderlesesaal der Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek. Mein besonderer Dank gilt allen, die mit ausgezeichneten Objektaufnahmen und Reproduktionen das Buch verschönern halfen, besonders Franco Meneghetti sowie Anne Dietsche und ihrem Team von der Reproabteilung der Universitätsbibliothek. Für Druck und Gestaltung des Buches danke ich dem Schwabe Verlag und ganz besonders Nevin Goetschmann, Kathrin Scheller und Jiri Oplatek von Claudiabasel, die eine Bleiwüste in einen Augenschmaus verwandelt haben. Verpflichtet bin ich nicht zuletzt auch all meinen Freunden, Kollegen und Bekannten, die in den letzten zwei Jahren mit viel Humor darüber hinwegsahen, dass ich in allen Lebenslagen und zu allen Tages- und Nachtzeiten nur an eines dachte: die GGG und ihre Geschichte.

Sara Janner, Oktober 2015

Teil 1:
Isaak Iselin



Einleitung

Die Anfänge der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG) sind auf das Engste mit der Person und der Tätigkeit von Isaak Iselin (1728–1782) verknüpft. Isaak Iselin war zu seiner Zeit nicht nur einer der meist gelesenen deutschsprachigen Aufklärungsphilosophen und politischen Publizisten. Er war auch ein führender Basler und Schweizer Reformpolitiker und gehörte zu der kleinen Minderheit der Einwohner der Stadtrepublik Basel, die überhaupt politische Rechte besassen. Als Ratsschreiber bekleidete er von 1756 bis zu seinem Tod eines der höchsten Ämter in Basel vor der Helvetischen Revolution 1798. Iselin und sein Kreis verfolgten mit der Gründung der GGG politische Ziele. Wenn sie sich für die Verbesserung der Schulbildung und die Bekämpfung der Armut einsetzten, denunzierten sie damit die Unfähigkeit der Regierenden und die Korruption der herrschenden Familien, die ihren politischen Einfluss nur zum eigenen Vorteil, nicht für das Gemeinwohl nutzten. «Gemeinnützigkeit» war zu Iselins Zeit ein revolutionäres Schlagwort. Eine historische Darstellung der Entwicklung der GGG im 18. und 19. Jahrhundert muss deshalb die Aufklärung in Basel und den Kreis der Basler Reformer um Iselin mit einbeziehen und zeigen, wie die Gründung der GGG 1777 sich aus Isaak Iselins Tätigkeit als Ratsschreiber und Reformer entwickelte.

Mit der Geschichte der GGG eng verknüpft ist das Nachleben Isaak Iselins. Iselin wurde ausserhalb Basels bald vergessen. Auch in Basel veränderte der Schock der revolutionären Umwälzungen 1798 das Erinnerungsbild seiner Person und Tätigkeit. Die Entwicklung des Iselinbildes in der GGG im 18. und 19. Jahrhundert gibt darüber Aufschluss, wie die Vorstands- und Kommissionsmitglieder in verschiedenen Momenten der Basler Stadtgeschichte ihre eigene Tätigkeit und die Ausrichtung der Gesellschaftstätigkeit mit einem jeweils eigenen Bild des Stifters begründeten und rechtfertigten.

Nicht nur die Gründung der GGG verdankt Iselins Ideen und Tätigkeit viel. Er hat auch die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Geschichte der GGG immer wieder neu betrachtet und durchdacht werden kann. Denn ohne Iselin gäbe es heute kein GGG-Archiv. Das GGG-Archiv, das heute im Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt aufbewahrt wird, geht auf eine Initiative Isaak Iselins zurück. Hätte er die Gesellschaft nicht schon im ersten Statutenentwurf dazu verpflichtet, ein Archiv zu führen und Jahr für Jahr einen Rechenschaftsbericht zu veröffentlichen, hätten die verschiedenen Jubiläumsschriften zwischen 1827 und 1927 und die

[Abb. 1]

[Abb. 2]

[1] Der Innenhof der Schmiedenzunft vom neuen, beim Umbau 1889/90 an der Gerbergasse 24 angelegten Haupteingang her, mit der 1891 aufgerichteten Statue Iselins (vgl. Abb. 75 und 76, S. 411). Heute ist der Eingang zentral, die Statue steht nicht mehr auf dem Sockel, wurde verstellt und ist von der Strasse her nicht mehr sichtbar.

[2] Aufnahme der Häuserzeile Gerbergasse 18–24, links der ursprüngliche Haupteingang an der Gerbergasse.

vorliegende historische Darstellung nie geschrieben werden können. Die Reflexion über die eigene Geschichte und die Erhaltung der historischen Quellen zur eigenen Geschichte sind deshalb genauso Teil des Auftrags der GGG wie die «Förderung all dessen was gut und gemeinnützig ist». Was könnte man auch anderes erwarten vom Autor einer «Geschichte der Menschheit»?

> Iselin an Salomon Hirzel (Stadtschreiber von Zürich) am 16. April 1762:
> *«Es ist an den Canzlisten tugendhaft zu seyn, mein theuerster Amtsbruder, wenn es niemand mehr seyn will. Machen wir mit unserm werthen Meyer* [dem Katholiken und Ratsschreiber von Luzern] *einen Triumvirat und arbeiten wir unverdrossen an der Beförderung der Tugend und der öffentlichen Glückseligkeit. Unsre Bemühungen werden niemals ohne Frucht seyn, auch wenn wir selbst dem Neide und der Ungerechtigkeit unterliegen müssten.»*
> (zitiert nach Im Hof, Iselin I, S. 180)

1.

Isaak Iselin, das Archiv und die Geschichte der GGG

Das Gesellschaftsarchiv verdankt, wie die Gesellschaft selbst, seine Entstehung Isaak Iselin. Als Chef der Stadtkanzlei verstand er sich auf die Akten- und Archivführung. Bereits der erste von ihm redigierte Statutenentwurf vom März 1777 legt in Artikel 6 die Pflicht des Schreibers der Gesellschaft fest, ein Archiv zu führen. Iselin gibt darin ein getreues Bild seiner eigenen Tätigkeit als Ratsschreiber in den Basler Räten und als Vorsteher der Basler Kanzlei: *«Der Schreiber soll erstlich die Verhandlungen der Gesellschaft sorgfältig aufzeichnen; über alles die verschiedenen nöthigen Bücher halten und besorgen, dass alle Aufsätze, alle Gutachten, alle Vorschläge und alle andere die Gesellschaft betreffende Schriften in besondere dazu bestimmte Bücher eingetragen oder sonst zusammengeheftet, aufbewahret und verzeichnet werden. Zu diesem Ende soll er befugt seyn Abschreiber anzustellen und solche auf Unkosten der Gesellschaft zu bezahlen.»*[1] Bei der Revision der Gesellschaftsstatuten 1819 wurde an diesen auf Iselin zurückgehenden Bestimmungen inhaltlich nichts geändert, der Schreiber aber erstmals ausdrücklich als Archivar der Gesellschaft bezeichnet und mit der Sicherung des Gesellschaftsarchivs beauftragt: *«Der Schreiber soll erstlich die Verhandlungen der Gesellschaft sorgfältig aufzeichnen und die nöthigen Schreiben und Beschlüsse ausfertigen. Er ist zugleich Archivar der Gesellschaft, und hat, als solcher, alle Vorschläge, Gutachten, eingekommene Schreiben und Concepte der Antworten, so wie übrige, die Gesellschaft betreffende Schriften aufzubewahren, zu ordnen und zu verzeichnen, um bey Abtretung der Stelle, dem neuen Schreiber das Archiv nebst Inventarium, in Ordnung überliefern zu können. Zu dem Ende hat er das Recht die allfällig nöthigen Ausgaben, auf Unkosten der Gesellschaft zu bestreiten».*[2] In dieser Form erhielt sich der Auftrag Iselins während des ganzen 19. Jahrhunderts und wurde auch in die grundlegend überarbeiteten Statuten von 1916 übernommen.[3]

Ein vom Schreiber der GGG verfasstes Inventarium aus dem Jahre 1855 hat sich erhalten.[4] Es beschreibt das Archiv der GGG im damaligen Sitzungszimmer des Vorstandes in der Lesegesellschaft. In einem Kasten wurden im oberen Teil auf Buchregalen Bücher, u. a. die «Ephemeriden der Menschheit» von Iselin selbst, die gebundenen Jahresberichte der GGG, die Statuten von 1819, 1840 und 1851 und andere Druckschriften der Gesellschaft verwahrt neben dem «Creditverzeichnis», das heisst dem Verzeichnis der den GGG-Kommissionen gewährten Beiträge, damals «Credite» genannt, dem aktuellen Archivverzeichnis und den jahrweise gebundenen Protokollbänden, die heute leider nicht mehr erhalten sind. Sie wurden 1910 zerschnitten, um die Protokollblätter von den beigebundenen Sachakten

zu trennen. Im unteren Teil des Kastens – in Schubladen – befanden sich die Korrespondenz der Gesellschaft, Papiere von Kommissionen, die nicht mehr aktiv waren, sowie weitere Druckschriften. Die alten Akten der Zinstragenden Ersparniskasse lagerten hingegen in einer Kiste auf dem Estrich der Lesegesellschaft, zusammen mit weiteren Drucksachen, die in einem Koffer untergebracht waren. Diejenigen Unterlagen, die der Schreiber für die laufenden Geschäfte brauchte, verwahrte er in einem «Kistlein» «mit besonderem Schlüssel» im Sitzungszimmer.

Isaak Iselin übertrug dem Gesellschaftsschreiber auch eine weitere Aufgabe, die mit der Protokoll- und Archivführung eng zusammenhing. Der Schreiber sollte den an der letzten Mitgliederversammlung zu verlesenden Jahresbericht verfassen und in einer von der Versammlung gutgeheissenen gedruckten Fassung veröffentlichen: *«Da soll auch in der letzten und allgemeinen Versammlung des Jahres, die kein Mitglied ohne Noth versäumen wird, der Schreiber einen deutlichen und kurzen Bericht über alle Verhandlungen des verflossenen Jahres und einen Aufsatz von demjenigen vorlegen, was die Gesellschaft allenfalls gutbefunden haben wird, bekannt zu machen.»*[5] Zusammen mit der Abschiedsrede des Vorstehers wurde der Jahresrückblick des Schreibers seit 1777 unter dem Titel «Geschichte der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen» – später wegen des Umschlags kurz «Blaubuch» genannt[6] – jedes Jahr veröffentlicht und allen Mitgliedern zugeschickt. Nach und nach kamen dann die ersten Kommissionsberichte und auch die Rechnung der Zentralkasse der Gesellschaft dazu, die in ausführlicher Form erst ab 1800 in den Jahresberichten veröffentlicht wurde. Die Mitgliederlisten wurden hingegen seit 1777 jährlich im Anhang zum Jahresbericht der Gesellschaft und der zur Gesellschaft gehörenden Kommissionen abgedruckt. Von der jährlichen Berichterstattung wurde der Schreiber erst bei der Statutenrevision von 1819 entlastet. Die Abfassung und der Vortrag des Jahresberichts wurden dem Vorsteher übertragen an Stelle der bis dahin üblichen Rede, mit der sich der Vorsteher am Ende seines Amtsjahres von den Mitgliedern zu verabschieden pflegte. Obwohl die Jahresberichte seit 1777 jedes Jahr veröffentlicht wurden, führte erst die Geschäftsordnung von 1851 in Artikel 13 explizit die seit der Gesellschaftsgründung 1777 übliche Veröffentlichung aller Berichte als Pflicht des Vorstands auf: *«Der Schlussbericht des Vorstehers, sämmtliche Rechnungen und, soweit es die Gesellschaft beschliesst, die Berichte der verschiedenen Commissionen werden gedruckt und einem jeden Mitgliede zugestellt.»*[7] Auch diese Bestimmung wurde unverändert in die revidierte Geschäftsordnung von 1916 übernommen.

Iselin lag die Dokumentation der Entwicklung der Gesellschaft sehr am Herzen. Die Entwicklung der GGG war in seiner Vorstellung Teil des allgemeinen Fortschritts der Menschheit. Auf diese geschichtsphilosophischen Ideen Iselins spielte auch der Titel der Jahresberichte der GGG an. Auch wenn das Wort «Geschichte» zur Zeit Iselins durchaus noch den Sinn von «Bericht» haben konnte, verband er den Titel «Geschichte der Gesellschaft» mit seinen in der «Geschichte der Menschheit»

entwickelten Vorstellungen. In der seit 1776 von ihm herausgegebenen Zeitschrift «Ephemeriden der Menschheit» (ungefähr zu übersetzen mit «Tagebuch der Menschheit») dokumentierte Iselin diese Fortschrittsbewegung anhand von praktischen Beispielen der Reformbemühungen in Europa und in den europäischen Überseekolonien. Er berichtete in den «Ephemeriden» auch über die Gründung der Basler Gesellschaft und ihre ersten Unternehmungen.[8]

Das Geschichtsbild, das Iselin motivierte, die Gesellschaftsakten sorgfältig zu sammeln, verschwand in der Zeit nach der Revolution, der sogenannten Restaurationszeit. Der für Iselins Denken typische enge innere Zusammenhang zwischen Archiv, Geschichte der Gesellschaft und Geschichte der Menschheit wurde von der Trägerschaft der GGG nach 1803 und später im 19. Jahrhundert nicht mehr gesehen. Die Funktion des Archivs veränderte sich. Nach den Wirren der Revolutionszeit verehrte man das «Hergebrachte» und die «Tradition». Die Blickrichtung hatte sich seit Iselin grundlegend verändert: Man schaute mehr zurück als nach vorne und versprach sich für die Gegenwart mehr von den sicheren Werten der Tradition als von einer visionären Zukunft. Das Gesellschaftsarchiv hatte nun die Aufgabe, die Mitglieder der GGG eben dieser Tradition zu versichern. Es ging nicht mehr darum, die schrittweise Verwirklichung einer Zukunftsvision zu dokumentieren. Die Trennung der Berichterstattung durch den Vorsteher von der Archivführung durch den Schreiber in den revidierten Statuten von 1819 weist auf dieses veränderte Verhältnis zur eigenen Geschichte und zur Geschichte allgemein hin.

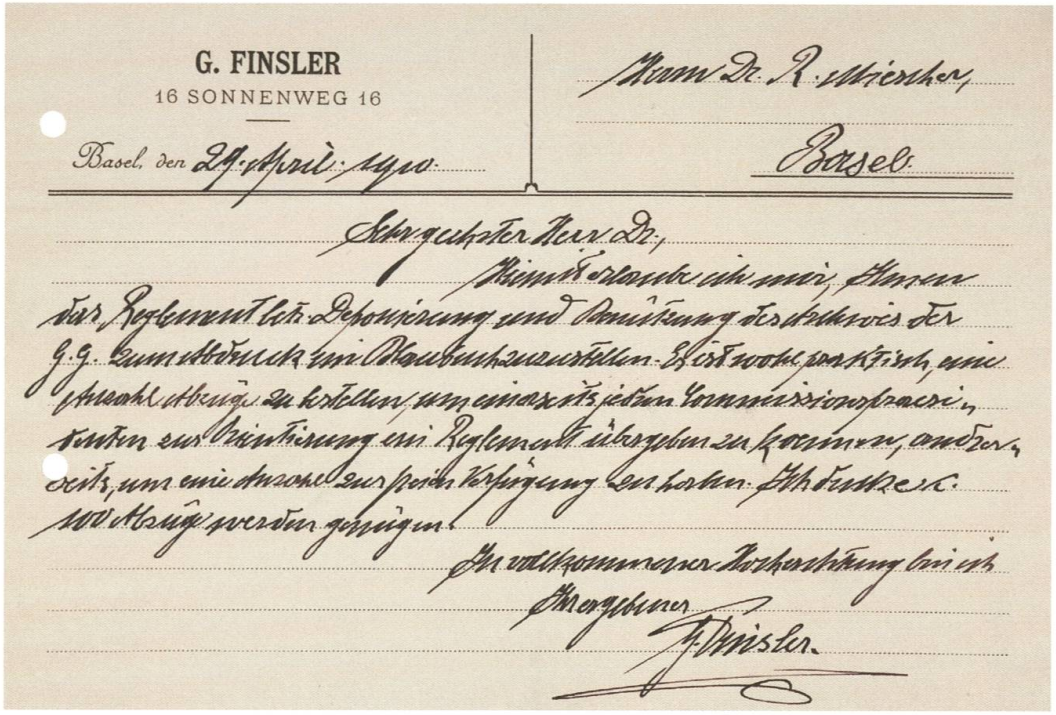
Die in den Statuten verankerte Pflicht zur Selbstdokumentation und das Traditionsbewusstsein der Stadtbürger waren aber auf Dauer kein ausreichender Schutz für die alten Akten. Die Schreiber wechselten im Gegensatz zu den Seckelmeistern häufig.[9] Die statutarisch vorgeschriebene Ordnung und Verzeichnung der Akten wurden oft vernachlässigt. Akten gingen auch verloren, weil die GGG bis 1890 keinen eigenen Vereinssitz besass, sondern vor dem Ankauf und Ausbau des Schmiedenhofs im Jahre 1889 in verschiedenen Lokalen tagte. Der ständig wachsende Umfang und die dezentrale Lagerung in den verschiedenen Haushalten der Vorstands- und Kommissionsmitglieder oder im jeweiligen Sitzungszimmer des Vorstands gefährdeten den Erhalt des Gesamtbestands. Die Rettung brachte eine Entwicklung ausserhalb der GGG. Denn das regierende Stadtbürgertum entwickelte, parallel zum nach 1850 fortschreitenden Zerfall seiner politischen Macht und sozialen Autorität, ein grosses Interesse an der Darstellung und Vermittlung seiner Sicht auf die Geschichte der Stadt Basel. Iselin war als Ratsschreiber und Stifter der GGG seit der Helvetik ein wichtiger Referenzpunkt für das Selbstverständnis dieser Kreise. Die älteste bekannte Kopie von Teilen des damals noch nicht öffentlich zugänglichen Nachlasses von Isaak Iselin entstand in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts, eventuell im Umfeld der Jubiläumsfeiern von 1852. Es handelt sich um den Briefwechsel zwischen Iselin und Johann Rudolf

Frey bis zum Jahr 1764. Die Abschrift wurde von Emanuel Burckhardt-Fürstenberger, einem leitenden GGG-Mitglied, der Vaterländischen Bibliothek übergeben, einer wichtigen Sammlung von Büchern und Akten zur Basler Geschichte von Pfarrer Markus Lutz, die dieser der Allgemeinen Lesegesellschaft schenkte.[10] Heute befindet sich diese Bibliothek als Depositum auf der Universitätsbibliothek Basel.[11] Ein in weiblicher Linie vererbter Teil von Iselins Nachlass gelangte 1867 ebenfalls in die Universitätsbibliothek. Diese Papiere waren über eine Enkelin Isaak Iselins, Sophie Preiswerk, die Benedikt Vischer geheiratet hatte, in den Besitz der Familie Vischer gelangt. Wilhelm Vischer-Bilfinger, Sohn von Sophie Vischer-Preiswerk, nahm 1867 die Ernennung seines Sohnes Wilhelm Vischer-Heussler zum Oberbibliothekar der Universitätsbibliothek zum Anlass, diese Papiere dort zu deponieren.[12] Um 1867 war die Universitätsbibliothek – damals noch Teil des Museums an der Augustinergasse – neben der in der Lesegesellschaft aufbewahrten Vaterländischen Bibliothek der einzige Ort, an dem ein Privatnachlass oder Familienpapiere hinterlegt werden konnten.

Das Stadtbürgertum sammelte aber nicht nur Dokumente zur Stadtgeschichte. Nach 1870 wurde das stadtbürgerliche Geschichtsbild durch illustrierte Prachtbände, Wandgemälde in öffentlichen Gebäuden, historische Umzüge und schauspielerische Repräsentationen nach aussen getragen. Die Festspiele von 1892 anlässlich der Feier zum 500. Jahrestag «Vereinigung» von Klein- und Grossbasel und diejenigen von 1901 anlässlich der 400-Jahr-Feier von Basels Beitritt zur Eidgenossenschaft popularisierten dieses Geschichtsbild in weiten Kreisen der Basler Einwohnerschaft und formten um die Jahrhundertwende auch architektonisch das Stadtbild. Am Aus- und Umbau des Ratshauses, der 1904 abgeschlossen wurde, ist dies heute noch sichtbar. Der bereits 1898 fertiggestellte Neubau des Staatsarchivs hinter dem Rathaus an der Martinsgasse war Teil dieses Umbaus, der aus dem ganzen Gebäudekomplex zwischen Marktplatz und Martinsgasse ein einziges grosses Bilderbuch zur Basler Stadtgeschichte machte. Auch die vom Staatsarchivar Rudolf Wackernagel-Burckhardt für die Aufstellung der Akten entwickelte Aktenordnung bildete das Geschichtsbild des konservativen Stadtbürgertums ab.[13] Wackernagel brachte der Geschichte und Genealogie stadtbürgerlicher Familien und der Biographie von Einzelpersönlichkeiten sowie stadtbürgerlichen Organisationen und Gründungen grosses Interesse entgegen und versuchte diese in den sogenannten Nebenarchiven zu dokumentieren.

Die Eröffnung des Staatsarchivs und die rege Sammeltätigkeit des Staatsarchivars veranlassten viele Familien aus dem Stadtbürgertum, ihre Familienarchive oder Nachlässe einzelner Familienmitglieder im Staatsarchiv zu hinterlegen. 1907 kamen die persönlichen Papiere Isaak Iselins nach dem Tod von Isaac Dietrich Iselin-Merian, dem letzten direkten männlichen Nachkommen, ins Staatsarchiv. Sie wurden Rudolf Wackernagel von dessen Witwe Margaretha Iselin-Merian und ihrer Tochter Emma Emilie La Roche-Iselin, vertreten durch ihren Ehemann Alfred La Roche-Iselin,

[Abb. 3]



G. FINSLER
16 SONNENWEG 16

Basel, den 29. April 1910.

Herrn Dr. R. Miescher,
Basel.

Sehr geehrter Herr Dr.,

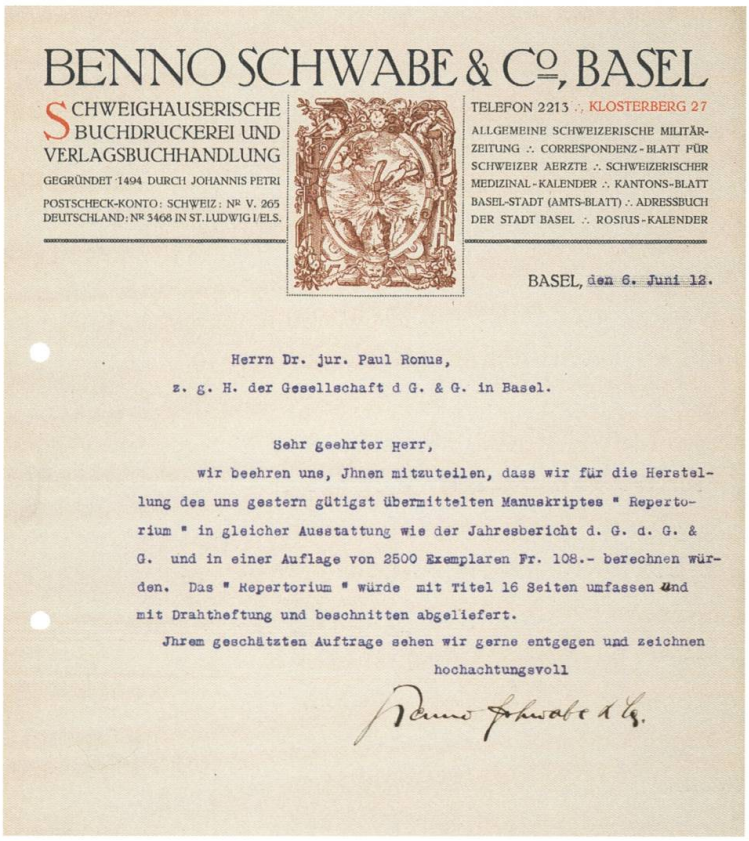
Beiliegend erlaube ich mir, Ihnen das Reglement betr. Deponierung und Benützung des Archivs der G.G. zum Abdruck im Blaubuch zuzustellen. Es wäre mir lieb, eine Gelegenheit abzuwarten, um einmal mit Ihnen persönlich zusammenzutreffen, um Ihnen das Reglement übergeben zu können, anderseits, um eine Ansicht über die Ordnung der Archivalien zu gewinnen.

Mit vollkommener Hochachtung bin ich

Ihr ergebener

G. Finsler.

[Abb. 4]



BENNO SCHWABE & Co., BASEL

SCHWEIGHAUSERISCHE BUCHDRUCKEREI UND VERLAGSBUCHHANDLUNG

GEGRÜNDET 1494 DURCH JOHANNIS PETRI

POSTSCHECK-KONTO: SCHWEIZ: Nr V. 265
DEUTSCHLAND: Nr 3468 IN ST. LUDWIG I/ELS.

TELEFON 2213 ∴ KLOSTERBERG 27

ALLGEMEINE SCHWEIZERISCHE MILITÄR-ZEITUNG ∴ CORRESPONDENZ-BLATT FÜR SCHWEIZER AERZTE ∴ SCHWEIZERISCHER MEDIZINAL-KALENDER ∴ KANTONS-BLATT BASEL-STADT (AMTS-BLATT) ∴ ADRESSBUCH DER STADT BASEL ∴ ROSIUS-KALENDER

BASEL, den 6. Juni 13.

Herrn Dr. jur. Paul Ronus,
z. g. H. der Gesellschaft d G. & G. in Basel.

Sehr geehrter Herr,

wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, dass wir für die Herstellung des uns gestern gütigst übermittelten Manuskriptes " Repertorium " in gleicher Ausstattung wie der Jahresbericht d. G. d. G. & G. und in einer Auflage von 2500 Exemplaren Fr. 108.- berechnen würden. Das " Repertorium " würde mit Titel 16 Seiten umfassen und mit Drahtheftung und beschnitten abgeliefert.

Ihrem geschätzten Auftrage sehen wir gerne entgegen und zeichnen

hochachtungsvoll

Benno Schwabe & Co.

[3] Begleitschreiben von Georg Finsler, mit dem er am 29. April 1910 den Depositumsvertrag und die Benutzungsordnung des Staatsarchivs «zum Abdruck im Blaubuch» an Rudolf Miescher weiterleitete. Finsler und Miescher bildeten zusammen die neu geschaffene Archivkommission.

[4] Rechnung vom Verlag Benno Schwabe für den Druck des ersten «Repertorium des Archivs der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel» von 1911. Die Tatsache, dass dieses Findbuch an alle Mitglieder verteilt wurde, zeigt, wie wichtig der GGG die Dokumentation ihrer eigenen Geschichte war.

übergeben.[14] Die älteste Beschreibung dieses Nachlasses stammt aus dem Jahre 1875, als der Iselin-Biograph August von Miaskowski erstmals Zugang zu diesen Papieren erhielt: *«Dieser Nachlass enthält ein von der frühesten Jugend Iselins bis zu seinem Tode von Tag zu Tag fortgeführtes Tagebuch. Ausserdem finden sich neben den Briefen Iselins an seine Mutter in demselben noch seine sich über einen Zeitraum von über 30 Jahren erstreckenden Briefe an seine Freunde Frey und Salomon Hirzel. Eine nicht uninteressante Beigabe zur Geschichte der Zeit bilden ferner die in dem Nachlass vorfindlichen, an Iselin gerichteten Briefe seiner Mutter und seiner Oheime, seines Freundes Frey, sodann Pestalozzis, Pfeffels, Nicolais, Zimmermanns von Brugg, Schlettweins, Ulysses und Andreas von Salis', Dr. Hirzels, Tscharners, Balthasars und Anderer mehr.»*[15]

Die Einlieferung des Iselinnachlasses 1907 regte wohl an, auch das Archiv seiner «Stiftung» zu sichern. Enge personelle Verflechtungen zwischen der Leitung der GGG, dem Staatsarchiv und denjenigen Kreisen, die sich aktiv um die breite Vermittlung des stadtbürgerlichen Geschichtsbildes bemühten, erleichterten dies. Im November 1909 schlug der Vorstand der GGG der Mitgliederversammlung vor, das Gesellschaftsarchiv im Staatsarchiv zu deponieren. Die Mitgliederversammlung nahm die Vorlage an. Am 7. März 1910 unterzeichneten Rudolf Heusler-Veillon als Vorsteher für die GGG und Staatsarchivar Rudolf Wackernagel einen Vertrag, gemäss dem die Gesellschaft ihr *«gesamtes Archiv, & zwar die gedruckten & handschriftlichen Bestände, als Depositum auf unbestimmte Zeit»* dem Staatsarchiv übergeben wollte, wo dieses *«in den Lokalien des Staatsarchives nach den für die Benutzung des Staatsarchives geltenden Bestimmungen für Jedermann zugänglich»* sein sollte.[16] Eine Zweierkommission, Archivkommission genannt, bestehend aus dem jeweiligen Schreiber und einem weiteren, vom Vorstand auf ein Jahr gewählten Mitglied sollte um den Kontakt mit dem Staatsarchiv und die regelmässige Abgabe der Akten und Druckschriften der Gesellschaft besorgt sein.[17]

Der ersten Archivkommission gehörten Rudolf Miescher und Georg Finsler an. In Ausführung der Bestimmungen des Vertrags verschickte Miescher am 3. August 1910 an alle damaligen Kommissionen und Delegationen der Gemeinnützigen Gesellschaft das folgende Rundschreiben: *« Werte Herren und Freunde! Durch Beschluss vom 12. November 1909 hat die allgemeine Versammlung der Gemeinnützigen Gesellschaft einem Vertrag mit dem Staatsarchiv die Genehmigung erteilt, wonach alle Akten der Gemeinnützigen Gesellschaft, Manuskripte und Druckschriften, sowohl der Gesellschaft wie der einzelnen Kommissionen und Delegationen dem Staatsarchiv zur Aufbewahrung übergeben werden sollen. In Ausführung dieses Beschlusses werden Sie nun aufgefordert, alle diejenigen Akten (Briefe, Rechnungen, Korrespondenzen, Protokolle usw.), die Sie nicht mehr gebrauchen, zur Übermittlung ans Staatsarchiv uns einzusenden. Wir bitten Sie höflichst, die Sendungen an die Gemeinnützige Gesellschaft im Schmiedenhof zu adressieren und mit einem summarischen Verzeichnis der Akten zu versehen. Im Auftrag der Delegierten für das Archiv zeichnet Hochachtend Dr. Rudolf Miescher, z. Zt. Schreiber.»*[18]

Mit dieser Sammelaktion 1910 versuchte die GGG erstmals, auch die Geschichte der ihr angegliederten Kommissionen über die an den Vorstand abzuliefernden Berichte, Jahresrechnungen und Budgets hinaus zu dokumentieren und zu sichern. Allerdings konnte sich der Vorstand in diesem Bemühen nicht überall durchsetzen. Der Bericht von Miescher und Finsler vom 22. Februar 1911 vermerkt ärgerlich, dass einige Kommissionen sich standhaft weigerten, ihre Akten ins Staatsarchiv abzuliefern. Dies erstaunt nicht, wenn man die für die GGG typische Organisationsstruktur in Betracht zieht. Viele Kommissionen waren ursprünglich selbständige Vereine mit einer eigenen Geschichte, die sich der GGG angeschlossen hatten oder von ihr finanzielle Unterstützungen erhielten. Die Kommissionen waren dem Vorstand des Zentralvereins gegenüber zwar verpflichtet, regelmässig über ihre Tätigkeit und ihre Kassaführung zu berichten, sonst aber völlig autonom. Ihre historische Eigenständigkeit und ihr Selbstbild waren um 1900 – wie beim Gesellschaftsvorstand selbst auch – aufs Engste mit den «Urkunden» der eigenen Geschichte verbunden, die aus ihrer Sicht nicht identisch war mit derjenigen der GGG. Akten von ursprünglich zur GGG gehörenden Anstalten und Kommissionen können im Zentralarchiv der GGG aber auch fehlen, weil Organisationen, die 1910, im Jahr der Errichtung des GGG-Archivs, nicht mehr existierten, nicht mehr zur GGG gehörten oder wie die Töchterschule, die Frauenarbeitsschule und die Zeichnungs- und Modellierschule verstaatlicht worden waren. Die Akten der 1783 von der GGG gegründeten Krankenkommission z.B. gehören heute, soweit sie sich überhaupt erhalten haben, zum Archiv der Allgemeinen Armenpflege.[19]

Der erste Bericht der Archivkommission an den Vorstand vom 22. Februar 1911 dokumentiert den Zustand des Gesellschaftsarchivs um 1910, das um möglichst alle noch erhaltenen Archivteile der Kommissionen erweitert worden war:

> *Geehrte Herren und Freunde.*
> *Im verflossenen Jahr ist das Archiv der Gemeinnützigen Gesellschaft der getroffenen Vereinbarung gemäss dem Staatsarchiv zur Aufbewahrung und Besorgung übergeben worden. Herr Dr. August Huber hat sich der Arbeit, in die Unmenge ungeordneter Akten und Drucksachen System zu bringen, mit viel Liebe unterzogen und heute stehen bereits eine Anzahl stattlicher Mappen geordnet auf den Schäften und ein ausführliches Register ermöglicht ein rasches Aufschlagen und Auffinden der Schriftstücke und Berichte über die vielen verschiedenen Zweige der Tätigkeit unserer Gesellschaft. Wir sind Herrn Dr. Huber für seine viele Mühe zu grossem Dank verpflichtet.*
> *Das Resultat der Arbeit zeigt uns die Zweckmässigkeit der Neuregelung nach zwei Richtungen: einmal ist dadurch viel wertvolles Material zu Tage gefördert worden, das zweifellos dem Nationalökonomen und dem Kulturhistoriker bei seinen Untersuchungen nützlich sein wird, andererseits erweist sich aber auch, dass viel Material nach dem bisherigen System verloren gegangen ist, weil feste Grundsätze für die*

Behandlung des Archivs bei dem steten Wechsel der Schreiber, denen die Besorgung oblag, nicht bestanden.

Reden wir zunächst von der erfreulichen Seite, so möchten wir vor allem erwähnen, dass die Protokolle der allgemeinen und der Vorstandsitzungen vollständig sind vom Jahre 1777–1910, leider mit Ausnahme des Jahrganges 1891, welcher unerklärlicher Weise fehlt. Ebenso hat die Kommission zur Unterbringung von Gewerbslehrlingen ein sehr vollständiges Material vom Jahre 1786 an abgeliefert.

Schon die Registerstichworte geben uns ein Bild des reichen Inhaltes des Archivs; wir lesen z. B.: Akten betreffend Versorgung der Kinder der in Luzern verhafteten Gauner, 1826–1840, oder unter der Rubrik «einzelne Krankheiten» Cholera 1840. Selbstmord 1848. Auf «Sandmädchen» und «Marktweiber» hat sich die Tätigkeit der Gesellschaft schon erstreckt, kurz, es mag kaum ein Gebiet der Volkserziehung und der Fürsorge geben, über das nicht das Archiv Mitteilungen enthält. Ist es nicht ein hübscher Zug aus der Geschichte unserer Gesellschaft, die heute die Volkskonzerte veranstaltet, dass schon im Jahre 1840 eine Preisfrage ausgeschrieben wurde über: Die Veredelung der Vergnügen der arbeitenden Klasse? So würden sich im Archiv gewiss mannigfaltige Beziehungen zwischen neuen und alten Bestrebungen entdecken lassen, wenn sich einer des nun zugänglichen Materials bedienen wollte. Sehr reichhaltig und in einer Zeit, wo die Dreissiger Wirren unseres Kantons so eingehend studiert werden, gewiss auch sehr gesucht, sind die Akten des Vereins zur Unterstützung der Verunglückten von 1831 und 1833, dessen Liquidation die Gemeinnützige Gesellschaft seiner Zeit übernommen hat.[20] *Einen Begriff von der Bedeutung der Gesellschaft in früheren Jahren geben uns die Akten über verschiedene Gewerbeausstellungen, die von der Gesellschaft organisiert worden waren.*

Andererseits sind allerdings bedauerliche Lücken zu konstatieren. Die Manuskripte der Kommissionsberichte, die ja oft auch Mitteilungen enthalten, die in den gedruckten Berichten fehlen, weisen Anfangs der Neunziger Jahre Lücken auf, weil die damaligen Vorsteher sie vertilgten. Ein einziger Vorsteher hat dem Archiv ein Kopierbuch hinterlassen. Verschiedene Kommissionen waren bis heute nicht zu bewegen, ihr Archiv abzuliefern, obwohl auch ihnen dadurch eine Erleichterung geschaffen werden sollte.

Es ist sehr zu wünschen, dass alles Material, das noch vorhanden ist, sei es bei den Kommissionen, sei es bei früheren Vorstehern möglichst bald noch abgeliefert werde, bevor die jetzt angesammelten Akten definitif eingebunden werden, und wir möchten daher auch an dieser Stelle alle, die es angeht, dringend um Ablieferung ersuchen.

Da das vorhandene Drucksachenmaterial sehr unvollständig war, so dass sich eine getrennte Aufstellung nicht gelohnt hätte, wurden die Hefte und Bände mit dem Stempel der Gemeinnützigen Gesellschaft versehen dem allgemeinen Drucksachenarchiv des Staatsarchives einverleibt.

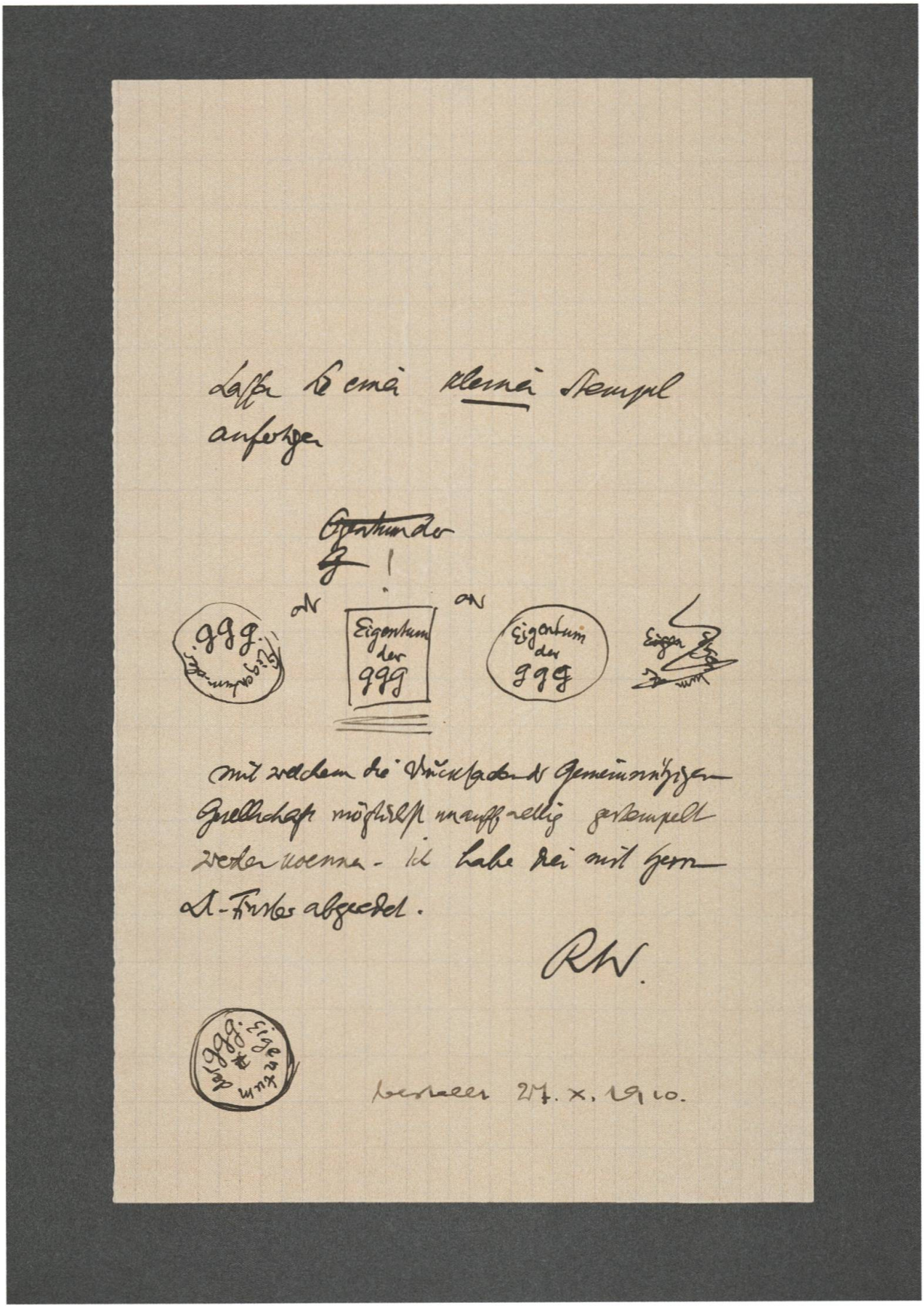
Kosten sind der Kasse aus der Unterbringung des Archivs im Staatsarchiv im vergangenen Jahr noch keine entstanden, da die endgültigen Einbände noch nicht bestellt worden sind.

Mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung zeichnen die Delegierten für das Archiv

G. Finsler

R. Miescher.[21]

[Abb. 5]



[5] Skizzen von Staatsarchivar Rudolf Wackernagel für Stempel, «mit welchen die Drucksachen der Gemeinnützigen Gesellschaft möglichst unauffällig gestempelt werden» sollten. Ausgewählt wurde der Stempel unten links.

Diese erste Ablieferung bildet den Grundstock des heutigen Archivbestands. Im Anhang zum Jahresbericht von 1911 veröffentlichte die Gesellschaft auch das erste Archivverzeichnis von August Huber, das im Bericht so lobend erwähnt wird. «Register» wurde dieses Verzeichnis genannt, weil alle Akten auf Sachtitel verteilt worden waren. Die im Staatsarchiv 1910/11 hergestellte Ordnungsstruktur des GGG-Archivs hat sich seither nicht wesentlich verändert.[22] Nach dem Zweiten Weltkrieg ging das Wissen um die 1910 vertraglich eingegangene Ablieferungspflicht gegenüber dem Staatsarchiv allerdings sowohl im GGG-Vorstand als auch im Staatsarchiv verloren.

2. Das Nachleben Iselins in Basel im 18. und 19. Jahrhundert

2.1 Die Entwicklung im Überblick

Vor der Helvetischen Revolution hatte Isaak Iselin Bewunderer sowohl unter den Reformern, die die bestehende Ordnung nur schrittweise verbessern wollten, als auch unter den Revolutionären, die von einem neuen nationalen Einheitsstaat träumten. Beide beriefen sich noch in den Jahren vor und während der Helvetik in Basel auf die politischen Reformschriften Isaak Iselins. In der Mediations- und Restaurationszeit hingegen traten seine philanthropischen und pädagogischen Bemühungen zunehmend in den Vordergrund. Das philosophische und das politische Werk gerieten in Vergessenheit. Während des 19. Jahrhunderts entstand so eine tiefe Kluft zwischen der historischen Person Iselins und dem jeweiligen zeittypischen Iselinbild.

In der Erinnerung der Stadtbürgerschaft Basels und ihrer Geschichtsschreibung hat sich nur das Iselinbild der gemässigteren ständisch-republikanischen Iselintradition erhalten. Die Träger dieser Erinnerungskultur hatten sich nach 1789 gegen die Revolution entschieden und in Basel die Helvetische Regierung bekämpft. Isaak Iselin wurde in diesen Kreisen als milder Reformer und Menschenfreund gezeichnet und zum antirevolutionären Vorbild stilisiert. Diese Umdeutung richtete sich polemisch gegen Personen aus dem Iselinkreis, die ein radikaleres Iselinbild pflegten und sich in seiner Nachfolge zuerst für die Französische Revolution und später für die Helvetik begeistert hatten wie Peter Ochs-Vischer oder Johann Rudolf Frey-Frey und dessen Sohn Remigius Frey-Burckhardt. Beruht diese Umdeutung bis 1820 auf einer bewussten Entpolitisierung der zentralen aufklärerischen Begriffe «Menschenfreund», «Menschenliebe» und «Freundschaft», verlor sich das Wissen um die ursprünglich politische Bedeutung dieser Begriffe im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ganz. Die politische und philosophische Sprache Iselins und seiner Generation war nicht mehr verständlich und vielen Missdeutungen ausgesetzt.

Bis Ende des 19. Jahrhunderts blieb in der lokalen Erinnerung vom Ratsschreiber Isaak Iselin nur noch das Bild des verträumten «Menschenfreundes» übrig. Besonders die Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige verehrte Iselin als zeitloses Vorbild gemeinnütziger Tätigkeit. Dieses stark verkürzte Iselinbild hielt sich in den Jubiläumsschriften der Gesellschaft, aber auch in der lokalen Geschichtsschreibung bis weit ins 20. Jahrhundert hinein.[1] Seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war dieses

Erinnerungsbild von Iselin Teil des Selbstbildes des konservativen Stadtbürgertums geworden. Es strukturierte in charakteristischer Weise die gemeinnützige Tätigkeit dieser Gruppe der Basler Gesellschaft und diente ihr zur Rechtfertigung der eigenen, gegen Freisinn, Katholiken und sich formierende Sozialdemokratie vertretenen Sozialpolitik. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Isaak Iselins Person und Werk setzte erst nach dem Zweiten Weltkrieg ein.

Das Scherbengericht der antirevolutionären Kreise Basels über die radikale Iselintradition traf vor allem Peter Ochs-Vischer, der wegen seiner politischen Zusammenarbeit mit Frankreich seit 1798 nicht nur in Basel in den antirevolutionär und antifranzösisch gesinnten Kreisen als Landesverräter galt, da er das «patriotische» Erbe Iselins verraten habe. Mit Ochs geriet die ganze radikalere Iselintradition in Misskredit, wurde aus dem allgemeinen Bewusstsein verdrängt und von der städtischen Geschichtsschreibung im 19. und im 20. Jahrhundert als unbaslerisch oder Iselins Andenken verfälschend übergangen. Radikalere Erinnerungstraditionen erhielten sich in der Stadt Basel nur in mündlicher Überlieferung in Familien – wie in der von Johann Rudolf Frey-Frey –, die die revolutionäre Tradition innerhalb der Familie weitertrugen bis in die Zeit der Regenerationsbewegung in den zwanziger und dreissiger Jahren des 19. Jahrhunderts. Erst in den letzten zwanzig Jahren ist Peter Ochs-Vischer als Schüler Iselins, als der er sich immer verstanden hat und der er auch war, rehabilitiert worden. Der Bruch in der Erinnerungsbildung ist aber immer noch nicht ausgeglichen. Zwar sind die Verdienste von Peter Ochs um die bereits 1757 von Iselin vorgezeichnete, 1818 von Peter Ochs und anderen Althelvetikern abgeschlossene Universitätsreform weitgehend erforscht. Das darin enthaltene radikale Iselinerbe ist aber bis heute nicht in seinem ganzen Umfang zur Kenntnis genommen worden. Eine angemessene historische Aufarbeitung der helvetischen Epoche, die Peter Ochs verkörpert, steht immer noch aus.

2.2 Iselins Selbstbild und politisches Vermächtnis

Spätestens seit 1781 war Isaak Iselin klar, dass er nicht mehr lange zu leben hatte. Hinweise in zeitgenössischen Quellen deuten an, dass Iselin und seine Freunde seit 1781 darüber nachdachten, wie sich aus Iselins Tod, der viel öffentliche Aufmerksamkeit erregen würde, möglichst grosser Nutzen schlagen liesse, um so den unvermeidlichen Rückschlag, den sein Tod für die Reformbewegung in Basel bedeuten würde, auffangen zu können. Dabei musste der Kreis um Iselin umsichtig vorgehen, um die bestehenden Widerstände gegen den wachsenden Einfluss der Reformer und gegen die Tätigkeit der GGG nicht noch weiter zu verstärken. Für Verstimmungen sorgte Iselins Offensive für eine Reform des Basler Schulsystems (seit 1779)

und die erfolgreiche Öffnung des Basler Bürgerrechts 1781. Kurz nach Iselins Tod meldete Dreierherr Friedrich Münch(-Duvoisin)-Thurneysen[2], dass die Inspektoren der obrigkeitlichen Zeichnungsschule das Interesse der Gesellschaft für diese Schule als Einmischung in ihre Kompetenzen empfänden.[3]

Iselin legte auch grossen Wert darauf, dass in Basel nicht der Eindruck entstünde, er liesse sich feiern, oder die führenden Mitglieder der GGG, meist zur Basler Gruppe der Helvetischen Gesellschaft gehörig, benutzten seinen Tod für öffentliche Kundgebungen. Die lokale Totenfeier sollte deshalb den üblichen Rahmen eines Bürgerbegräbnisses nicht überschreiten. Iselin verbat sich auch ausdrücklich – wie schon sein politisches Vorbild, sein Onkel Isaak Burckhardt-Obrecht – eine gedruckte Leichenpredigt und ein Epitaph im Münsterkreuzgang, obwohl es ihm in seiner Stellung eigentlich zugestanden hätte.[4] Er dürfte auch veranlasst haben, dass in der Basler Gruppe der Helvetischen Gesellschaft wie auch in der GGG jede öffentliche Feier unterblieb. Weder im Protokoll noch im Jahresbericht der GGG wurde auf den Tod Iselins Bezug genommen. In den «Wöchentlichen Mitteilungen aus dem Bericht-Haus in Basel» lassen sich ebenfalls keinerlei Hinweise auf eine öffentliche Gedenkfeier der Gesellschaft finden. Nicht einmal eine ausserordentliche Mitgliederversammlung wurde angesagt.[5]

Hinter dieser Zurückhaltung Iselins standen aber nicht nur taktische Überlegungen. Soziale Stellung und einzelne Leistungen waren für Iselin keine ausreichenden Entscheidungskriterien, um die Erinnerungswürdigkeit einer Person zu bestimmen. Der Erinnerung wert war für ihn nur das Vorbildliche, die «Tugend» – allgemeine Werte, die über das Individuum hinauswiesen. Erinnerung galt nicht der Einzelperson. Allein die innere Haltung, die im Handeln eines Menschen sichtbar wurde, war von Bedeutung.[6] Iselins Verweigerung aller ihm zustehenden «bürgerlichen» Ehren war deshalb eine Einladung, selbst tätig zu werden. Das Bild eines vorbildlichen «Patrioten», als welcher Iselin erinnert sein wollte, zeichnete er im Mai 1781 noch selbst. Er benutzte die Gelegenheit, dass Leonhard Meister eine Sammlung von Biographien hervorragender Schweizer vorbereitete, um die einzige bekannte autobiographische Skizze aus seiner Feder[7] anonym unter Meisters Namen veröffentlichen zu können.[8] Iselin stand damals in Kontakt mit Meister wegen dessen von der GGG preisgekrönten Schrift über den Luxus, die 1781 zusammen mit einer Schrift von Heinrich Pestalozzi und einem kommentierenden «Vorbericht» von Iselin in Basel bei Johann Jakob Flick im Druck erschien.[9]

Iselin zeichnet sich in dieser Autobiographie als vorausschauender «Warner», der immer wieder vergeblich zur Reform mahnte. Anstelle des Begriffes «Patriot» erscheint im Text der politisch neutralere Begriff «Mensch und Bürger».[10] Nur Iselins Handeln wird als patriotisch charakterisiert. Er reflektiert über die Ursachen des geringen Erfolgs seiner Reformen. Die Selbstkritik verkehrt sich dabei zur Kritik der Masslosigkeit und Zerstrittenheit seiner Mitbürger. Die Liste seiner Misserfolge liest sich wie ein Aktionsprogramm für seine politischen Nachfolger.[11]

Im Schreiben an Leonhard Meister schrieb er von sich selbst[12]: *«Ich habe mich niemals an grosse Unternehmungen gewagt, mich niemals hervorgedrungen, mich weder im Politischen, noch im Literarischen jemals zu einer Parthei geschlagen. Und so hab ich es am öftersten mit beyden verderbt, immer ohne mich an Nebenabsichten zu kehren, immer meine Meinung frey sagte, vielleicht oft allzusehr lobte, was mir im Ganzen und durch seine Absicht gut schien, obgleich es in seinen Teilen und in der Ausführung fehlerhaft war und in dem ich alles dasjenige freimütig tadelte, wovon ich überhaupt eine schlimme Wirkung im moralischen oder im politischen befürchtete, wenn es schon in seinen Theilen und auch im Ganzen kunstrichterisches Lob verdiente. So absichtslos ich also immer zu handeln glaubte, so konnte ich doch nicht verhüten, dass man mir oft Absichten zuschrieb und was noch schlimmer ist, so verderbte ich es insgemein mit beyden Teilen. Ich konnte also, und ich glaube ich kann noch mit Rechte sagen: In moderation placing all my glory. The Tories call me Whig and Whigs a Tory».*[13] Augenmass, Zurückhaltung und Durchhaltevermögen waren die politischen Tugenden, die er empfahl.

Iselin hinterliess aber nicht nur dieses Selbstbildnis für seine politischen Nachfolger. Er veröffentlichte im April 1781 in den «Ephemeriden der Menschheit» auch einen Musterlebenslauf für patriotisch gesinnte Bürger, die keine politischen Ämter anstrebten oder anstreben konnten, aber trotzdem ihre «Bürgerpflicht» ernst nahmen: das «Schreiben eines Vaters an seinen Sohn, der sich der Handelschaft [dem Handel] widmet».[14] Der Text beschreibt die Geschäfts- und Lebensführung eines tugendhaften und patriotischen Handelsmanns, der sich in seinem Beruf und als Bürger für das Allgemeinwohl einsetzen will. Die gewissenhafte Ausübung der Erwerbstätigkeit ist die erste und in Iselins Augen primäre Pflicht eines Bürgers, der die bürgerlich-politische Teilhabe nachgeordnet ist. Neben der Zeichnung der Moral des idealen «Bürgers und Menschen» analysiert das «Schreiben» auch die Formen des sozialen Egoismus der verschiedenen Stände und die daraus entstehenden sozialen und politischen Schäden am allgemeinen Wohl.[15] Ursprünglich tatsächlich für seinen ältesten Sohn Dietrich geschrieben, sprach Iselin mit der Veröffentlichung des «Schreibens» in den «Ephemeriden» direkt diejenige soziale Gruppe und diejenige Generation an, der er in der Handelsstadt Basel am Ende seines Lebens die Unterstützung seiner Reformpolitik am ehesten zutraute: die handeltreibenden, vermögenden und gebildeten Stadtbürger.

Iselin hinterliess mit der von Meister veröffentlichten Autobiographie und mit dem «Schreiben eines Vaters an seinen Sohn» ein politisches Programm, das sich an alle Bürger und an alle Stände wandte, nicht nur an die Regierenden, und jedem Möglichkeiten aufzeigte, im Alltagsleben gemeinnützig zu handeln. Die Begriffspaare «gut und gemeinnützig» im Namen der Gesellschaft, das stilisierte Selbstbild Iselins als «Mensch und Bürger» oder das Bild des tugendhaften Handelsmanns im «Schreiben» sind inhaltlich eng aufeinander bezogen. Sie verbinden Iselins Ethik mit seinem Politik- und Gesellschaftsverständnis. Der Mensch kann nur als

[Abb. 6]

[6] Porträt in Öl von Isaak Iselin, das der Wiener Maler Anton Hickel Ende 1781 oder kurz nach Iselins Tod 1782 anhand von Skizzen ausführte, die er im Oktober 1781 bei seinem Besuch in Basel von Iselin und seiner Frau machte. Diese Skizzen sind verschollen, aber wahrscheinlich waren sie auch die Vorlagen für mehrere Medaillons, die heute noch in Familienbesitz sind; vgl. Abb. 10, S. 35.

Bürger einer gesellschaftlichen Verbindung angehören, nur in der Unter- und Einordnung in ein «Gemeinwesen» wirklich «gut und gemeinnützig» und damit auch wirklich «frei» und «glückselig» sein.

Im «Schreiben eines Vaters an seinen Sohn», diesem späten, ganz auf das Wesentliche reduzierten Text, wird auch Iselins Utilitarismus[16] deutlich, wenngleich er seine in diese Richtung weisenden Aussagen abzumildern sucht. Er war sich der Provokation bewusst, die seine Definition der «Gewinnsucht» als des eigentlichen Motors jeder menschlichen Tätigkeit, auch der Ethik, darstellen musste. Er führte deshalb diese Idee auf Platon zurück, um sie nicht als *«modern und aus der kaufmännischen Philosophie unsers Jahrhunderts geschöpft»* erscheinen zu lassen.[17] Trotzdem ist der Verweis auf Platon für das richtige Verständnis wichtig, da Iselins utilitaristische Ideen auf der platonischen Liebeslehre aufbauen.[18] Die «Gewinnsucht» wird in Iselins Verständnis von der Liebe angetrieben, vom in der menschlichen Natur angelegten Bedürfnis, anderen nützlich sein zu können. Er unterscheidet deshalb zwischen einer «edlen», am Gemeinnutzen sich orientierenden und von der Liebe zum Nebenmenschen geleiteten «Gewinnsucht», die «Wollust» bereitet und den Menschen zur «Glückseligkeit» führt, und einer falschen, egoistischen, die nur den eigenen Nutzen anstrebt unter Vernachlässigung der Interessen anderer.

Iselin setzte also am Ende seines Lebens seine politischen Hoffnungen für eine Reform der Basler Verhältnisse ganz auf die reiche und gebildete kaufmännische Oberschicht. Er hatte beide Söhne zu Kaufleuten ausbilden lassen und liess seine Töchter in vermögende Kaufmannsfamilien einheiraten. Er war am Ende seines Lebens überzeugt, dass eine erfolgreiche Beamtenkarriere in gehobener Position ohne ein gewisses Privatvermögen nicht erstrebenswert sei.[19] Neben charakterlichen Eigenschaften, die den guten Politiker und Diplomaten auszeichneten, dürfte Iselin deshalb in Peter Ochs-Vischer auch wegen seines Wohlstandes – vor der Revolution war Ochs einer der reichsten Basler – einen idealen Nachfolger gesehen haben.

2.3 Die Erinnerungsfeier der Helvetischen Gesellschaft 1783

Während Iselin in seinem letzten Lebensjahr an seinem politischen Vermächtnis arbeitete, konzentrierten sich seine engsten Freunde und politischen Vertrauten darauf, wie sich die Feierlichkeiten um seinen Tod zur Festigung der Reformbewegung in der Schweiz und in Basel nutzen liessen. Bei der Planung und Umsetzung ihrer Vorstellungen spielte das Jahrestreffen der Helvetischen Gesellschaft eine strategische Rolle. Im Mai 1782 – Iselin lag auf dem Totenbett – reisten mehr Basler als sonst zur Versammlung der Helvetischen Gesellschaft in Olten,[20] insgesamt 21

Personen, von denen nur gerade sieben auch Mitglieder der Helvetischen Gesellschaft waren.[21] 1782 tranken die versammelten «Patrioten» erstmals gemeinsam «Schweizerblut», das die Basler mitgebracht hatten: Wein, der auf dem Schlachtfeld von St. Jakob bei Basel wuchs, in Erinnerung an die 1444 gefallenen Eidgenossen.[22] In dieser Atmosphäre alteidgenössischen Heldengeistes besprach man in Olten den nahen Tod Iselins und nahm die Planung einer würdigen Totenfeier an die Hand.[23] Dabei wurde darauf geachtet, eine Balance zwischen den generationalen Gegensätzen und den unterschiedlichen politischen Richtungen innerhalb der Gesellschaft zu finden. Zum Präsidenten der Gesellschaft für das Jahr 1783 und damit zum Koordinator der Vorbereitung der Feierlichkeiten wurde ein Basler gewählt: Dreierherr Friedrich Münch(-Duvoisier)-Thurneysen, der Iselin als Freund und wichtiger politischer Verbündeter in der Regierung sehr nahe stand.[24] Während der Oltener Versammlung 1782 dürfte im Umfeld von Friedrich Münch auch die Idee entstanden sein, Salomon Hirzel-Ulrich aus Zürich, Studienfreund Iselins und Mitgründer der Helvetischen Gesellschaft, um ein ausführliches Lebensbild Iselins zu bitten, wenn dieser Auftrag nicht schon früher erfolgte und von Iselin selbst ausging.[25]

Das «Denkmal Isaak Iselin gewidmet» von Hirzel erschien 1782 in Basel bei Johannes Schweighauser, der auch die Jahresberichte und die anderen Veröffentlichungen der Gesellschaft druckte und vertrieb. Hirzel folgte Iselins Vorgaben in der von Meister 1782 veröffentlichten Autobiographie,[26] unterliess jedoch die hintergründige Kritik der Basler Verhältnisse, die Iselins Selbstbiographie und das «Schreiben eines Vaters» kennzeichnen. Hirzel vermied alle kritischen Töne und konzentrierte sich ganz auf den Vorbildcharakter, den Iselins persönliche Lebensführung für alle patriotisch gesinnten Bürger der Eidgenossenschaft haben sollte. Hirzel stellte als Erster den «Menschenfreund»[27] ganz ins Zentrum seiner Darstellung. Auch Iselins politische Bemühungen in Basel und sein schweizerischer Patriotismus sind in Hirzels Darstellung Ausdruck der Menschenliebe Iselins. Diese Menschenliebe gipfle in der Gründung der GGG, die Iselin in seiner Selbstbiographie geflissentlich übergangen hatte:

> *Und da sein mitleidendes fühlendes Herz, gegen die Armen und Elenden, füraus zum Wohlthun geneigt ware, brachte er seinen Mitbürgeren, auch diese Neigung zur Gutthätigkeit bey, und lenkte sie durch Beyspiele und sanfte Lehren dahin, diesen würdigsten Gebrauch ihrer Reichthümmer zu machen, davon zeugen die gesellschaftlichen Verbindungen, die er in dieser Absicht in seiner Vaterstadt errichtet, und, darf ich es sagen, die reichen Beyträge, mit denen sich Basel in diesen letzten Jahren ausgenommen hat; wie viele Aussichten, Entwürfe, vollendete und unvollendete Pläne hat er nicht seinen Mitbürgern angerathen, empfohlen, die zwar nie zur Reiffe gelanget, aber nach seiner eignen Bezeugung und öfterem Trost, wie Saamen ausgestreuet sind, einst, wann er schon lange verwesen, erst zur Zeitigung und frohem Wachsthum zu gelangen.*[28]

In einem Punkt ging Hirzel aber bewusst über Iselins Vorgaben hinaus: in der Schilderung von Iselins Familienleben, seinem persönlichen Umgang mit seinen Kindern und der sorgfältigen Erziehung seiner Töchter.[29] Iselin ist in dieser Darstellung von selbstbewussten Frauen umgeben. Die Mutter Anna Maria Burckhardt beschreibt Hirzel als willensstarke Frau, die nicht nur Bildung und Menschenkenntnis besass, sondern der er auch einen scharfen politischen Verstand zuspricht.[30] Iselins Ehefrau Helene Forcart stellt er ins Zentrum des gastfreien Hauses und zeichnet sie als Frau, die regen Anteil an den politischen Treffen im Haus am Münsterplatz nahm.[31] Hirzel konkretisiert in der Darstellung dieser Familie eigene Erziehungsideale und das Frauenbild, das Iselin der von ihm angestrebten Reform der Mädchenbildung zugrunde gelegt hatte.

Waren die politischen Implikationen der Darstellung Hirzels den Zeitgenossen noch unmittelbar verständlich, konnte deren politischer Gehalt von späteren Lesern mit einem anderen politischen und kulturellen Hintergrund überlesen werden. Der politische Gehalt lässt sich am Rahmenthema, an der Klage um den verlorenen Freund im Ton klassischer und biblischer Vorbilder, gut illustrieren. Diese Klage verstärkt nicht nur die Betonung des vorbildlich Menschlichen in dieser Erinnerungsschrift. Die Begriffe «Freund», «Menschenliebe» und «Menschlichkeit» waren politisch hoch aufgeladene Schlüsselbegriffe der vorrevolutionären Zeit. Die Freundschaft galt in patriotischen Kreisen als die vollkommenste Form der Menschenliebe und höchste Tugend des wahren Patrioten. Nicht zufällig bestimmte deshalb die Freundesklage den Ton der Beerdigung in Basel und dominierte die Gedenkfeier 1783 in Olten. Hirzel ordnet auch Iselins persönliche «Leidenschaften», die Wissenschaft, die Politik und die Literatur, je einer Freundschaftsbeziehung zu. Johann Rudolf Frey-Frey schätzte Iselin wegen seines wissenschaftlichen Geistes und seiner Gelehrsamkeit. Mit Friedrich Münch(-Duvoisier)-Thurneysen verband ihn die Basler Politik und mit Hirzel seit der Studentenzeit die Freude an Literatur und Dichtung. Hirzel wies damit zugleich darauf hin, dass die patriotische Bewegung aus einer literarischen Bewegung entstanden war, deren intellektuelles Zentrum sich um 1750 in Zürich befand.[32]

Richtete sich Hirzels «Denkmal» an ein breiteres Publikum ausserhalb der Helvetischen Gesellschaft, war die Gedenkfeier im Rahmen der Jahresversammlung im Mai 1783 in Olten ein Anlass, der sich in erster Linie an die Träger der schweizerischen Reformbewegung wandte. Der Basler Aufmarsch an der Gedenkfeier war beeindruckend. 41 Basler reisten an, wovon nur elf Mitglieder der Helvetischen Gesellschaft waren.[33] Iselins Basler Kreis holte nach, was aus Rücksicht auf dessen Wunsch in Basel unterlassen werden musste. Die Basler Delegationen blieben auch in den folgenden Jahren die grössten. Sie bestanden immer aus mehr Gästen als Gesellschaftsmitgliedern.[34] Die Vorbereitungen und die Feier selbst festigten also dauernd den Anhang der Helvetischen Gesellschaft in Basel, stärkten die Basler Reformbewegung und die Beziehung der Mitglieder der GGG zur Helvetischen Gesellschaft.

[Abb. 7]
[Abb. 8]

[Abb. 9]
[Abb. 10]

[7] Stich nach dem heute verschollenen Gemälde von Joseph Esperlin von 1757, 1768 in der Stecherwerkstatt Schleuen in Berlin hergestellt und von Friedrich Nicolai in der «Allgemeinen Deutschen Bibliothek» veröffentlicht.

[8] Stich von Heinrich Pfenninger nach einer Zeichnung von Johann Heinrich Lips, von Leonhard Meister zusammen mit seiner Biographie Isaak Iselins 1782 veröffentlicht.

[9] Druck von Christian von Mechel, nach dem Ölgemälde von Anton Hickel (Abb. 6), gestochen 1785 von B. Hübner.

[10] Lithographie von A. Merian nach einer Zeichnung von A. Senn nach einer älteren, aus dem 18. Jahrhundert stammenden Vorlage (vgl. Abb. 6 und 11), veröffentlicht 1827 in der Festschrift zum 50-jährigen Bestehen der GGG.

Friedrich Münch, als «Dreierherr» und Mitglied des «Geheimen Rates» ein prominenter Vertreter der Basler Regierung und durch Hirzel bereits 1782 erschienenes «Denkmal» als enger politischer Vertrauter Iselins einem weiteren Publikum bekannt, schloss die Gesellschaftsgeschäfte mit einer Rede über die Freiheit.[35] Münchs Ansprache ist eine brillante Darstellung des Schweizer Republikanismus, dessen ständischen und historisch gewachsenen Freiheitsbegriff Iselin seit den sechziger Jahren gegen Rousseaus radikaldemokratischen Freiheitsbegriff verteidigt hatte. Auch wenn Münch in seinen Ausführungen Iselins Namen nur einmal en passant erwähnte, war allen Zuhörern klar, wessen Freiheitsbegriff er zur Darstellung brachte.[36] Iselins Argumentation folgend erklärt Münch die Gesetze und den Respekt für die Gesetze zur Grundlage der menschlichen Freiheit. Eine in der Natur des Menschen angelegte Freiheit existiere nicht. Von Natur aus seien die Menschen sich nur gleich, aber nicht frei. Die natürliche Gleichheit hebe die Verschiedenheit der Menschen nicht auf, auch nicht die soziale. Die Gesetze garantierten aber, dass die sozialen Unterschiede innerhalb der Gesellschaft die Freiheit eines jeden Menschen nicht verletzten. Diese Rede, die im Jahresbericht der Helvetischen Gesellschaft abgedruckt wurde und in der historischen Forschung bisher nicht die nötige Beachtung erhalten hat, ist grundlegend, um den Freiheitsbegriff des ständischen Republikanismus der «altgesinnten» Basler Kreise zu verstehen, die während der Helvetik das politische Erbe Iselins für sich beanspruchten und in antirevolutionärem Sinne deuteten:

> *Die Freyheit des Bürgers setzet die des Menschen voraus; mit dieser begabt kann der Unterthan des Despoten ein freyer Mann, ohne dieselbe kann ein Republikaner ein Sklav seyn. Jeder Mensch wird zwar nach dem Rechte der Natur frey, d. i. niemand unterwürfig gebohren; allein sich selbst überlassen, würde er, in dem von sonst grossen Geistern gepriesenen Stand der Natur,*[37] *das elendeste Geschöpfe seyn. Freyheit und Eigenthum würde der Raub des Stärkern werden; ohne Hülfe von andern würde er unvermeidlich darben und frühe sterben müssen. Also erhalten die welche ihn nähren, besorgen, erziehen, ein Recht auf ihn. Dieses Verhältniss hebet schon die natürliche Gleichheit auf: Der Vater kann Dank, er kann Gehorsam fordern. Ebenso hat der Bürger die Hülfe andrer nöthig, und er leistet auch ihm dagegen; daher entstehet die Verbindlichkeit der Glieder unter einander und gegen den Staat, und die des Staates gegen die Glieder. Jede Verfassung, jede gesellschaftliche Verbindung legen also jedem Mitgliede gewisse Pflichten, welche die Gemeine Wohlfahrt und gute Ordnung erheischen, auf. Diese scheinen zwar die natürliche Freyheit des Menschen einzuschränken; sie heben sie aber nicht auf, und sind vielmehr die wahre Mittel, seinen Wohlstand zu vermehren; sie wenden Unrecht und Gewalt von ihm ab, sie beschützen sein Eigenthum, sie gewähren ihm Sicherheit und und Ruhe; sie eröffnen ihm ein weites Feld, seine Kräfte, seine Einsichten, seine Thätigkeit zu seinem und seiner Mitbürger Wohl nachdrucksam zu verwenden. Nicht die Menschen, sagt Iselin, Gott und die Natur selbst sind die eigentlichen Urheber und Gesetzgeber der bürgerlichen Gesellschaft* […]. *Nicht*

Träume von der angebohrenen Gleichheit der Menschen, von einem Vertrag, in welchem die Gesellschaften denen Gesetzen und Obrigkeiten nur den geringsten Theil ihrer Unabhängigkeit unterworfen haben.[38] *Die wahre Freiheit des Bürgers gründet sich also auf die Gesetze; ohne diese würde sie in Ungebundenheit ausarten* […]. *Ohne Gesetze bestehet keine Freyheit* […]. *Ein freier Mann gehorchet, aber er dienet nicht, er erkennet Vorsteher, aber keine Zwingherren; er gehorchet nur ihnen* [den Gesetzen], *nicht der Willkür der Menschen.*[39]

Die eigentliche Gedenkrede an der Oltener Versammlung von 1783 war einem Landesfremden anvertraut worden, dem Frankfurter Juristen, Historiker und Staatsmann Johann Georg Schlosser.[40] Schlosser gehörte zum Freundeskreis von Peter Ochs-Vischer und des Bandfabrikanten Jakob Sarasin-Battier. Sarasin war wie Münch Gründungsmitglied der GGG und besass grossen Einfluss in der Helvetischen Gesellschaft.[41] Schlosser war als führender Vertreter der deutschen Aufklärung qualifiziert, Iselins schriftstellerisches Lebenswerk zu würdigen. Wie Hirzels «Denkmal» oder Münchs präsidiale Ansprache kreist auch Schlossers Gedenkrede um die Freundschaft, die in der gemeinsam geteilten Vaterlandsliebe ihre höchste Form erreiche. Schlosser stellte die Vaterlandsliebe Iselins ins Zentrum seiner Ausführungen. Die Gründung der Helvetischen Gesellschaft sei eine *«der schönsten, der besten* [Taten Iselins], *deren Andenken uns am nächsten angeht, meine Brüder, in welcher er zugleich ganz den wahren Schweizer und den ädlen Menschenfreund vereinigt hat».*[42] Das emphatische «uns» und die wiederholte Anrede «Brüder» verdeutlichen den kosmopolitischen Anspruch, den der Begriff «Patriot» für Schlosser und andere zu dieser Zeit noch hatte. Iselin habe mit der Gründung der Helvetischen Gesellschaft eine Brücke geschlagen, einen Ort der Begegnung und Freundschaftsanbahnung geschaffen. Schlossers Rede endet mit dem Lob der unverbrüchlichen Freundschaft aller wahren Patrioten, der «Bruderschaft» aller freien Schweizer:

Der Mann von dem ich reden soll, war so fern von allem Schmuck und Glanz, gieng so bescheiden seinen weisen Weg, das nur bescheidene Einfalt würdig von ihm reden kann […]. *Lasst uns also ganz kunstlos berechnen was die Menschheit und das Vaterland, Euer Schweizer-Vaterland und unser Gemeines Vaterland, und was Wir seine Freunde an ihm verlohren haben. Lasst uns versuchen auf seiner Spur fortzugehen, ihm wo wir können nacharbeiten, und, wo wir nicht können, wenigstens sein Beyspiel, wenigstens das Gemälde seiner schönen Seele*[43] *unsern Enkeln vormalen! Vielleicht betritt einmal einer von ihnen seine unvollendete Bahn. O, und dann möge er weiter drauf gehen als unser Freund gehen konnte; länger der Lehrer seiner Zeitgenossen, der Patriot seines Landes, der Freund seiner Freunde seyn.*[44]

Dieser Ausklang von Schlossers Rede gibt der vorrevolutionären Aufbruchsstimmung Ausdruck, in der die Gedenkfeier 1783 in Olten stattfand. Drei Begriffe, die nur sechs Jahre später auf den Fahnen der Revolutionäre in

Paris prangten, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, prägten auch die Ansprachen in Olten in Erinnerung an Iselin. Schlossers Rede, die im Jahresbericht der Helvetischen Gesellschaft und als separater Druck veröffentlicht wurde, fand grosse Beachtung im deutschen Sprachraum und bildete neben Hirzels und Meisters Schriften bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts eine wichtige Grundlage der Beurteilung von Iselins Leben und Werk.[45] Allerdings stand im 19. Jahrhundert der kulturelle Bruch, den die Französische Revolution und die «Reaktion» mit sich gebracht hatten, einem historisch korrekten Verständnis dieser Schlüsseltexte im Wege.

2.4 Der Streit um Iselins Erbe in Basel: Das Auseinanderbrechen der Basler Reformbewegung nach Iselins Tod

Nicht erst bei Ausbruch der Französischen Revolution 1789 oder der Helvetischen Revolution 1798 kam es zur Spaltung der Basler Reformbewegung. Zum Bruch kam es schon kurz nach Iselins Tod in der zweiten Hälfte des Jahres 1782. Den Anlass dazu gab die Basler Losordnung, die bei der Wahl des neuen Ratsschreibers am 19. August 1782 nicht nur einen radikalen Reformer begünstigte, sondern ausgerechnet einem jungen, wohlhabenden und politisch ehrgeizigen Neuling das hohe Amt zusprach: Peter Ochs-Vischer. Den eigentlichen, politischen Eklat um diese Wahl löste jedoch die allzu enthusiastische Reaktion von Johann Rudolf Frey aus, der alle Bemühungen zum Scheitern brachte, bestehende Rivalitäten um die Nachfolge Iselins innerhalb der Basler Reformer auszubalancieren.

Die Ereignisse in den auf die Wahl folgenden Monaten zeigen, dass die Reformbewegung bereits vor dieser Wahl in einen gemässigteren und einen radikaleren Flügel zerfallen war. Nur die unbestrittene Autorität Iselins hatte die beiden Flügel bisher zusammengehalten. Die Spaltung erfolgte entlang einer sozialen Bruchlinie, die Salomon Hirzel bereits in seinem «Denkmal Isaak Iselin gewidmet» beschreibt. Hirzel hob unter den Iselinfreunden in Basel besonders Johann Rudolf Frey und Friedrich Münch hervor. Er verteilte Iselins politisches Erbe so auf zwei Basler, die sozial nicht nur verschiedenen, sondern politisch auch rivalisierenden Gruppen des regierenden Stadtbürgertums angehörten: Der Offizier Frey verkörpert die «Herren», meist Kaufleute. Als technisch versierter Offizier und hochgebildeter Literat war er aber auch ein Repräsentant des entstehenden Bildungsbürgertums,[46] das in die höheren Staatsstellen drängte und wie Iselin eine Professionalisierung der staatlichen Verwaltung und über die Universitätsreform eine politische Integration der in freien Berufen tätigen Akademiker anstrebte. «Dreierherr» Münch stand hingegen für die «Handwerker», die vermögenden regimentsfähigen Gewerbetreibenden,

die den Grossen Rat dominierten.[47] Hirzel weist in der Beschreibung der Freundschaft zwischen Iselin und Münch auf das Ausserordentliche dieser Beziehung ausdrücklich hin und unterstreicht damit unausgesprochen den sozialen Gegensatz zwischen den beiden Männern.[48]

Kehren wir zur Wahl im August 1782 zurück. Zusammen mit anderen führenden Mitgliedern der Helvetischen Gesellschaft und der GGG bewarb sich Peter Ochs am 19. August 1782 um die frei gewordene Ratsschreiberstelle.[49] Er gelangte unter 13 Mitbewerbern in die engere Wahl, das sogenannte Senarium. Dies war bereits ein beachtlicher Erfolg für einen so jungen Mann, der erst 1779 zünftig wurde, nur Gerichtsherr war und noch keinen Grossratssitz besass. Dann geschah das Unerhörte: Ochs wurde vom Los zum Nachfolger Iselins bestimmt.[50] Von Ochs und dem engeren Freundeskreis Iselins wurde dieser Losentscheid nicht als blosser «Glücksfall» verstanden. Es war eine göttliche «Fügung», die Iselins Förderung der politischen Karriere von Peter Ochs zu bestätigen schien. Im Dezember 1783 wurde Ochs zum Vorsteher der GGG gewählt, Johann Rudolf Frey, sein langjähriger Mentor und Freund, zum Statthalter.

Das Schicksalhafte dieser Wahl wird im Pathos der Rede fassbar, die Ochs noch am Wahltag selbst im Grossen Rat hielt. Er erklärte seine Absicht, Iselins Reformpolitik kompromisslos weiterzuverfolgen, wie er es in einem in deutscher und französischer Sprache verfassten Gedicht in Erinnerung an Iselin versprochen hatte.[51] Er stellte sich in eine historische Reihe von hervorragenden Männern, die als Ratsschreiber entscheidenden Einfluss auf das Geschick von Basel genommen hätten, die in Iselin gipfele. Iselin bezeichnete er als *«Vertheidiger der Gesetze und Weltweisen»*. Das Ratsschreiberamt verlange, um diesen Vorbildern gerecht zu werden, einen *«hohen Grad der Liebe zum Vaterland»* und setze voraus, dass der Amtsinhaber *«Rechtschaffenheit, Eifer und Bürgersinn mit Einsichten und Wissenschaft»* besitze. Von sich als Letztem in der Reihe meinte er: *«Jene Männer machten das Amt, was es ist; das Amt wird vielleicht den Nachfolger machen müssen.»*[52] Weniger zurückhaltend feierte Johann Rudolf Frey die Wahl von Ochs in zwei Gedichten in deutscher und französischer Sprache. Im ersten Gedicht in deutscher Sprache, in Basel noch am Wahltag verfasst, ermahnte Frey Peter Ochs nicht nur, Iselins Werk treu fortzusetzen. Er ging so weit, Iselin und Ochs einander gleichzusetzen: *«Heil uns! So lebt in ihm der zweyte Iselin.»*[53] In einer französischen Ode, die Frey in der Garnison in Calais am 27. August 1782 verfasste, liess er Iselin gar selbst erscheinen, um Frey mit der Wahl von Ochs über seinen Tod hinweg zu trösten und ihm dessen politische Zukunft zu eröffnen.[54]

Freys enthusiastische Lobgedichte auf Peter Ochs verletzten die Gefühle einflussreicher Basler Politiker. Ratsherr Emanuel Falkner-Bernoulli, der sich ebenfalls um die Ratsschreiberstelle beworben hatte[55] und wie Ochs Vorstandsmitglied der GGG war, antwortete auf Freys deutsches Lobgedicht in einer «Quodlibetischen Ode»: *«Du bist ein schlechter Freund, ein Einsicht kurzer Mann, der einen Iselin, mit Ochs vergleichen kan* […]*»*, und schloss mit der Strophe: *«ich wette aber darauf, das Loos und Du sind blind»*.[56]

Der rasche politische Aufstieg von Peter Ochs machte aber auch ausserhalb der Reformkreise böses Blut. Zu Beginn des Jahres 1783 formierte sich der politische Widerstand gegen Ratsschreiber Ochs im Deputatenamt, in einer der wichtigsten Behörden der Stadt, die das Schul- und Kirchengut verwaltete. Der Angriff erfolgte im Grossen Rat: Am 24. Februar 1783 wurde der Antrag gestellt, einem Kanzleimitglied, dem Ingrossisten Andreas Merian-Iselin, für seine Verdienste um die Sanierung der Finanzen des Deputatenamts die Anwartschaft auf die Stadtschreiberstelle zu gewähren, ohne Losentscheid. Andreas Merian-Iselin war – wie Peter Ochs – zu diesem Zeitpunkt ein führender Repräsentant der Basler Reformgruppe. Er war Mitglied der Helvetischen Gesellschaft und Gründungsmitglied der GGG.[57] Als Kanzlist hatte er zum Mitarbeiterstab Iselins gehört und galt als erfahrener Verwaltungsbeamter.

Der Anzug verletzte nicht nur in eklatanter Weise die Losordnung. Dieser Vorstoss war ein direkter Angriff auf die Person von Peter Ochs und seine Stellung in der Kanzlei. Die Stadtschreiberstelle wäre rechtens Ochs zugestanden. Ein Grossratsbeschluss von 1724 sah vor, dass der Ratsschreiber beim Tod des Stadtschreibers automatisch an dessen Stelle befördert werden sollte. Merian, als Ingrossist ein Untergebener von Ochs, wäre bei Annahme des Anzugs beim Tod des amtierenden Stadtschreibers Franz Passavant-Düring automatisch zum Leiter der Kanzlei und damit zum direkten Vorgesetzten von Ochs geworden. Der Antrag bezweckte nichts anderes, als die weitere politische Karriere von Peter Ochs in der Kanzlei zu blockieren. Obwohl der Anzug, wie Ochs in seiner Geschichte schreibt, *«unter den Bürgern etwas Gährung und lebhafte Berathschlagungen im grossen Rath»*[58] veranlasste wegen der Verletzung der Losordnung, wurde er am 10. März 1783 angenommen. Ochs prangerte vergeblich – wozu er als Ratsschreiber von Amts wegen verpflichtet war – die damit verbundene Verletzung von nicht weniger als 7 Gesetzen und Ratsbeschlüssen an. Es entbehrt deshalb nicht einer gewissen Ironie, dass Ochs, der die Losordnung[59] im Grossen Rat gegen seine eigene Überzeugung als *«Palladium unserer Freiheit»*[60] verteidigen musste, mit dem Argument geschlagen wurde, die letztendliche Verfügungsgewalt liege ausschliesslich beim Grossen Rat, und Verdienste um das Gemeinwohl müssten angemessen belohnt werden.

Wer hinter dieser Intrige steckte, lässt sich nicht mehr feststellen. Die Grossratsprotokolle geben keinen Aufschluss, da sie zwar ausführlich den Inhalt des Anzugs und die Debatte darum protokollieren, aber keine Namen nennen. Münchs Rede als abtretender Präsident der Helvetischen Gesellschaft wenige Monate später im Mai 1783 mit dem darin enthaltenen Bekenntnis zu einer Zunftdemokratie nach Basler Muster kann als Versuch gedeutet werden, nach dieser Affäre in der Basler Reformbewegung die vermittelnde Rolle Iselins zu übernehmen. Sicher ist, dass diese Affäre den Grund legte für die lebenslange persönliche und politische Feindschaft zwischen Peter Ochs-Vischer und Andreas Merian-Iselin, der später die Führung der antirevolutionären Partei übernahm, der sich auch Friedrich Münch anschloss.

[Abb. 11]

[11] Elfenbeinbüchse mit Goldeinfassung aus dem Besitz von Anna Maria Preiswerk-Iselin, in die ein älteres Medaillon mit einem Porträt ihres Vaters eingearbeitet wurde. Daneben das von Marquart Wocher gemalte Porträt ihrer 1797 mit 19 Jahren verstorbenen Tochter. Das Bild Iselins geht vielleicht auf die Skizzen Hickels (vgl. Abb. 6, S. 31) zurück und könnte dem wahren Aussehen des todkranken Iselins ähnlicher sein als das Ölgemälde.

Auf die Spannungen innerhalb der Reformer und der GGG reagierte Ochs in überlegter und überlegener Weise. Obwohl er von nun an hierarchisch Andreas Merian unterstellt war, verstand er es, seine Position in der Kanzlei und gegenüber der Regierung und den Räten durch fachliche Kompetenz zu festigen und dabei Iselins Reformvorhaben weiterzuverfolgen. Nur wenige Monate nach dem Anzug hielt er am 22. Juni 1783 beim Regimentswechsel am Schwörtag auf dem Petersplatz eine eindrückliche Rede über die Tugend des Volkes als *«Triebfeder»* jeder wahren Republik, denn *«hier strebt der freye Mann nach wahrem Adel, Adel der Denkungsart, Adel des Herzens. Ohne Tugend wäre die Republikanische Regierungsform die gefährlichste unter allen.»* Fehle dem Volk die Tugend, fehle sie notwendigerweise auch der Regierung in einer Republik. Gefährlich sei eine Republik ohne Tugend, weil Missstände nicht wie in einer Monarchie von einem *«guten Fürsten»* behoben werden könnten. Niemand in einer Republik verfüge über so viel Macht, dass er eine *«Umschaffung der Nation»* ins Werk zu setzen vermöchte. Die Verfassung versuche deshalb Abhilfe zu schaffen. Damit die republikanische Regierung nicht in Versuchung gerate, die Macht *«als ein privat Eigenthum anzusehen»*, schreibe sie einen jährlichen Wechsel vor und erinnere am Schwörtag die neue Regierung und die Bürger an ihre Bürgerpflichten. Gott, *«den oberen Beherrscher der Menschen», der*, wie Ochs nicht versäumte anzumerken, *«in diesem Jahr einem halben Welttheil* [Amerika] *die edle Freyheit ertheilt hat»*, bat er darum, dass die Bürger Basels vermehrt politisches Bewusstsein entwickelten: *«Er lehre uns Bürger, Bürger seyn».*[61]

In seiner «Abdankungsrede» als Vorsteher der GGG im Dezember 1783, die im Jahresbericht der Gesellschaft veröffentlicht wurde, griff Ochs eine typisch Iselinsche Denkfigur auf. Er erinnerte daran, dass *«unter die vornehmsten Hindernisse, welche der Vollkommungt des Menschen so häufig entgegen gesetzt werden,* [...] *unstreitig»* gehöre, *«dass man das Gute unterlässt, so man könnte, weil man das Bessere nicht kann, so man wollte».*[62] Kleinmut, Eitelkeit und Stolz stünden dem Fortschritt oft im Wege: *«Man will prangen, und nicht handeln; man will einsammeln, erzwingen, durchsetzen und nicht säen, vorbereiten, überzeugen».*[63] Diese *«leidige Denkungsart»* finde sich in allen *«Classen der Gesellschaft»*. Der Arme darbe oder bettle lieber, als zu versuchen, sich weiterzubringen. Der Reiche erkläre lieber die Armut zu einer unabänderlichen Realität, als sich zu bemühen, sie zu beseitigen. Der Gelehrte verschanze sich in seinen Studien, der Nichtgelehrte verachte Bildung und Aufklärung, und Richter und Gesetzgeber entzögen sich ihrer Verantwortung.[64] Ochs mahnte zum Mut zur Veränderung und plädierte für eine Politik der kleinen Schritte: *«Unsere Fähigkeiten sind Gaben des Urhebers; ihre Entwickelung ist ein Vortheil der Erziehung, und der Erfolg ihrer Anwendung beruhet auf die bestimmenden Begebenheiten des Schicksals. Nur der wirkende Wille ist unser Eigenthum.»*[65]

Für das Jahr 1784 liess sich Ochs noch zum Beisitzer in den Vorstand der GGG wählen, zog sich dann aber ganz aus dem Vorstand zurück, blieb aber bis zu seinem Tod Gesellschaftsmitglied. Schon seit August 1783

engagierte er sich in einer anderen sozial wichtigen Gesellschaft: Zusammen mit Daniel Legrand-Preiswerk übernahm er eine führende Rolle im neu geschaffenen Direktorium des «Collegium musicum», das in den folgenden Jahren die Finanzen der Konzertgesellschaft sanierte und mit grossem Erfolg neue Konzerte veranstaltete.[66] Ochs und andere radikale Reformer schufen sich auch einen eigenen geselligen Mittelpunkt. Während sich die GGG nach 1783 schwerpunktmässig der Armenfürsorge widmete, nahm 1787 die «Allgemeine Lesegesellschaft» Iselins ursprünglich mit der Gesellschaftsgründung verbundene Idee eines politischen Bürgerforums wieder auf, aber im informelleren Rahmen eines politischen Clubs, der jedem zahlungswilligen und -fähigen Einwohner Basels zugänglich war.

Die eigentliche politische Antwort auf seinen turbulenten Einstieg in die Basler Politik 1782/83 gab Ochs 1786 im ersten Band seiner «Geschichte der Stadt und Landschaft Basel». Das Buch erschien in Berlin bei Decker, da Ochs in Basel mit Schwierigkeiten mit der Zensur rechnen musste, der auch sein Rivale Andreas Merian-Iselin von Amts wegen angehörte. Im selben Jahr erschien, wohl nicht zufällig, in Basel bei Emanuel Thurneysen auch eine Neuauflage von Iselins «Geschichte der Menschheit»,[67] auf die Ochs mit seiner «Geschichte der Stadt und Landschaft Basel» ausdrücklich Bezug nahm. Die Ereignisse des Frühjahrs 1783 hallen nach in der Einleitung: *«Isak Iselin, mein Vorfahrer, mein Freund und mein Lehrer, schrieb die Geschichte der Menschheit; sein Nachfolger, sein Verehrer, sein Schüler liefert die Geschichte des kleinsten Theils derselben. So wie das Verhältniss der Kräfte, so das Verhältniss des Vorwurfs* [Entwurfs]. *Gleichwarm ist aber bey uns beyden der Eifer gewesen, dem Nutzen unsrer Mitmenschen unser ganzes Können anhaltend aufzuopfern. Ich sage gleichwarm, und beleidige nicht Iselins Asche; seinen Geist konnte er mir nicht einhauchen, wohl aber seine Gesinnungen eingeben.»*[68] Erneut bekennt sich Ochs zur republikanischen Verfassung Basels, weist aber auch auf deren Mängel und Missbrauch hin: *«Wir haben in vielen Rücksichten eine gute Verfassung. Die höchste staatsbildende Gewalt des grossen Raths, die Vermischung der Stände, die Vertheilung der Bürger in abgesonderte Korporationen, und keine regierende Versammlungen einer Stadtgemeinde, sind wesentliche Vorzüge unsrer Konstitution. Sie hat aber auch ihre Fehler. Sie führt gerne zur Vereitlung der besten Absichten der Gesetze; sie erschwert die Fortschritte der Kultur; und es ist leichter, bey ihr ein partikulares Uebel durchzusetzen, als ein allgemeines Wohl fortzupflanzen. Davor muss uns die Geschichte warnen.»*[69] Gegen ein falsch verstandenes Traditionsverständnis und politischen Immobilismus helfe nur die auf Quellenstudium basierende Kenntnis der eigenen Geschichte.[70] Geschichte schärfe nicht nur den kritischen Blick, sie verschaffe auch «Vorerfahrung».[71] Sie befähige den Menschen, Fehler in der Vergangenheit zu erkennen und sie in der Gegenwart zu vermeiden.

Peter Ochs setzte seine direkt aus den Kanzleiakten geschöpften Kenntnisse der Basler Stadtgeschichte in diesen Jahren auch gezielt für seine politischen Ziele ein, wie sich an seinen Bemühungen um die Integration

der Universitätsangehörigen[72] in das Zunftregiment und die Reform der Universität und der höheren Bildung zeigen lässt. Im Vorwort der «Geschichte» finden wir den bezeichnenden Satz: *«In diese Betrachtung kömmt noch der wichtige Umstand, dass wir in einer Republik leben, wo die Gelehrten, zur Beschämung unsrer Vorfahren, von den Rathsversammlungen gleichsam verbannet sind. Es ist also Pflicht, alle mögliche Wege einzuschlagen, damit Aufklärung sich allgemein verbreite.»*[73] Im Mai 1787 legte Peter Ochs eine «Vorstellung [...] wegen Wiederherstellung der Hohen Stube» bei Bürgermeister und Rat ein. Mit der «Wiederherstellung der Hohen Stube» als Zunft für Universitätsangehörige nahm Ochs nicht nur Iselins Bemühungen um die Universitätsreform wieder auf, sondern griff auch auf den bereits 1757 vermutlich von Daniel Bernoulli geäusserten Vorschlag zurück, die «Hohe Stube» als Akademikerzunft in neuer Form wiederzubeleben. Ochs verzichtete allerdings – anders als Iselin – taktisch geschickt auf die Forderung der Aufhebung der universitären Korporation und zielte nur darauf ab, den akademisch gebildeten Männern eine neue, eigene «Zunft zum Lorbeer» zu schaffen. Ochs begründete seine «Vorstellung» historisch mit dem jährlichen Zeremoniell der Ratsvereidigung, das die Mitglieder der ehemaligen Hohen Stube, die «Achtburger», ausdrücklich erwähnte. Er verwies auch auf die im Ratssaal damals noch vorhandenen, aber seit 1549 verwaisten zwei Ratssessel der Hohen Stube:

> *Und was in sonderheit bemerkenswürdig ist, so sind nicht nur die Plätze jener zween Räte auf der rechter Hand stehenden Bank in der RathsStube annoch vorhanden, sondern es wird zu unsern Tagen jährlich auf dem Peters-Platz, bey der Verkündung der Raths-Besetzung annoch der Bürger, oder der Stube Meldung gethan, und zwar nach folgender Classification wie sie im 16ten Jahrhunderte üblich war: «Diess sind unsere Herren, so diss Jahr einen E. Rath besitzen werden: die neuen Häupter, die alten Häupter, von den Bürgern, von den Handwerkern». Und unter den Handwerkern werden die Zünfte wie von alters her verstanden, und auch allso fortgelesen.*[74]

Mit seinem Vorschlag, eine «Zunft zum Lorbeer» zu schaffen, hatte Ochs nicht mehr Erfolg als Iselin und Bernoulli dreissig Jahre vor ihm. Die Amtsführung von Ochs als Ratsschreiber und die «Geschichte der Stadt und Landschaft Basel» zeigen aber, wie er die Reformen Iselins und dessen radikales Erbe weiterführen wollte. Wie Iselin versuchte er das demokratische Element und die Erneuerungsfähigkeit des Zunftregiments durch eine Öffnung der Bürgeraufnahmen und eine Beteiligung möglichst aller zur Politik durch Bildung, Beruf und Vermögen befähigten Bürger zu stärken. Erst unter dem überwältigenden Eindruck der Französischen Revolution wenige Jahre später gab Peter Ochs diese Strategie auf.

[Abb. 12]

[12] Marmorbüste des später berühmten Bildhauers Joseph Maria Christen, im Auftrag des Vorstands der GGG 1813/14 nach dem Porträt von Anton Hickel (vgl. Abb. 6, S. 31) ausgeführt, aber mit römischer Kleidung und Frisur im Stile eines Senators.

2.5

Die GGG erhält ein Gesicht: Das Iselinbild der Mediations- und Restaurationszeit zwischen 1804 und 1818/19

1814 erschien in Basel die erste Erinnerungsschrift an Isaak Iselin seit seinem Tod 1782. Die GGG veröffentlichte diese anlässlich der Aufstellung einer Marmorbüste *«zur Feier Iselins, des Weisen und Menschenfreundes»*[75] am 1. Juni 1814 im Sitzungszimmer der Gesellschaft in den Räumen der Lesegesellschaft im Reinacherhof. In den Jahren zwischen 1810 und 1814 wurde der Begriff «Gemeinnützigkeit» in Basel von den leitenden Mitgliedern der GGG zum eigentlichen politischen Erbe Iselins erklärt. Der erste Schritt zur Identifikation des Konzepts Gemeinnützigkeit mit der Person Iselins wurde mit der Enthüllung dieser Marmorbüste vollzogen.[76] Dass Basel Iselin zum Vater der Gemeinnützigkeit erklärte, war eine merkwürdige Verkehrung der tatsächlichen historischen Abläufe.[77] Iselin hatte die Gemeinnützigkeit nicht erfunden. Er orientierte sich an europäischen und in der Schweiz vor allem an Zürcher und Berner Vorbildern bei seinen Basler Reformprojekten. Ebenso hielt es die jüngere Generation der GGG, wie das Beispiel der nach Zürcher Vorbildern 1809 organisierten Zinstragenden Ersparniskasse zeigt. Basler waren zwar 1810 auch an der Gründung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft beteiligt, aber auch hier ging die entscheidende Initiative von Zürich aus, von der vom Arzt Johann Caspar Hirzel-Hottinger, Neffe von Salomon Hirzel, 1799 gegründeten Zürcher Hilfsgesellschaft, dem eigentlichen Zentrum der neuen nationalen Organisation.

Der betagte Iselinbiograph Salomon Hirzel aus Zürich war eigentlich als Festredner vorgesehen, musste sich dann aber entschuldigen lassen und konnte der Gesellschaft nur durch seinen Neffen ein schriftliches Memorial zukommen lassen, begleitet von einem Gedicht auf Iselin, verfasst vom Zürcher Theologen, Philanthropen und Verleger Johannes Schulthess(-Rahn)-Hafner. Die Festansprache hielt deshalb der Basler Stadtrat Hieronymus Bernoulli-Respinger, seit 1777 «tätiges» Mitglied der Gesellschaft und 1814 zum dritten Mal deren Vorsteher. Die feierliche Aufstellung der Marmorbüste erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die direkte Erinnerung an Isaak Iselin in Basel verlorenzugehen drohte. Viele seiner Freunde und Schüler und der ersten Mitglieder der Gesellschaft waren teils verstorben,[78] *«theils seit einiger Zeit durch wichtige Staatsgeschäfte abgehalten* […], *unsre Versammlungen zu besuchen»*[79], wie Bernoulli-Respinger in seiner Ansprache ausführte. Andere, wie Peter Ochs-Vischer, die sich der Revolution angeschlossen hatten, hatten in den Augen vieler Bürger, die «Freiheit» der Stadtrepublik an die Franzosen verraten. Sie schieden als Erinnerungsträger und Bindeglied zwischen den Generationen in der nunmehr von den «Altgesinnten» dominierten Gesellschaft aus. Noch dominierten aber der antikisierende Geschmack der napoleonischen Ära und der

sich an römischen Vorbildern orientierende ständische Republikanismus. Der Vorstand wünschte deshalb, dass die Büste den Reformpolitiker Iselin in «antikem Costüm» ohne Perücke zeige, wie wir im Protokoll der Vorstandssitzung vom 23. April 1813 lesen können:

> *2°. Ein Schreiben Löbl*[icher] *Künstler-Gesellschaft, begleitend 4 Modèle und eine kleine Büste von Alabaster von H*[errn] *Rathschreiber Iselin sel*[ig] *ward verlesen, und* [beschlossen]*: der Gesellschaft anzurathen, das zu errichtende Denkmal Iselins in den Versammlungssaal derselben aufzustellen; die Kosten dazu aber, ehe die Arbeit bestellt würde, durch eine Aufforderung ans Publikum, (wovon H*[err] *Vorsteher ein Project künftigen Sonntag mitzubringen ersucht wird) p*[er] *Subscriptionem herbeizuschaffen; die Ausführung der Arbeit selbst endlich dem Gutfinden Löbl*[icher] *KünstlerGesellschaft zu überlassen, jedoch mit der Bemerkung, dass das antike Costüm dem andren vorgezogen würde.*[80]

Hieronymus Bernoulli-Respinger wandte sich nicht zufällig in seiner Ansprache an *«thätige, für alles Gute feurige junge Männer»*, die *«Zierde unserer freundschaftlichen Verbindung»*, die *«nicht den persönlichen Umgang unsers unvergesslichen Iselins genossen»* hatten.[81] Wollte die Gesellschaft weiterbestehen, musste ihre Leitung Wege finden, Iselins Erbe an Jüngere weiterzugeben. Bernoulli bot in seiner Ansprache an, die Brücke zu schlagen zur lebendigen Erinnerung. Er sei *«von Iselins Zeitgenossen* […] *beynahe der Einzige»*, *«der in dieser Stunde von dem grossen Nutzen, den sein persönlicher Umgang seinen Mitbürgeren und der Menschheit gewährte, etwas in Erinnerung bringen»* könne.[82] Die «freundschaftliche Vereinigung» seiner Generation mit den jüngeren Nachfolgern vor der Büste Iselins stilisierte Bernoulli zur Initiation in die wahren «Bürgertugenden» und zur letzten Möglichkeit, an einer «lebendigen» Erinnerung teilhaben zu können:

> *Nur, wie Iselin in dem Kreise seiner Umgebungen Gutes wirkte – nur, wie er auch den kalten, gleichgültigen Egoisten durch die Wärme seiner Unterredung zum Wohlthun und zur Gemeinnützigkeit stimmte – wie er Vorurtheile und Privathass besiegte; – harte Aeusserungen und absprechendes Wesen über Personen oder Stände, mit Anstand und Witz beschämend zurück zu nehmen nöthigte – wie er überzeugend bewies, dass Mancher an der Stelle des so bitter Beurtheilten vielleicht noch schlimmer würde gehandelt haben – nur diese Züge seines edlen Herzens und seiner richtigen Beurtheilungskraft schildere ich Ihnen mit schwachen Farben.*[83]

Die versammelten Mitglieder an Iselins Toleranz zu erinnern, war 1814 sehr aktuell in der von ideologischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen tief gespaltenen Stadtbürgerschaft und dem sich vertiefenden politischen Gegensatz zwischen Stadt- und Landbevölkerung.

Die Aufstellung der Marmorbüste im Sitzungszimmer der Gesellschaft schuf ein Medium, die persönlichen Erinnerungen Bernoullis, die er noch mündlich weitergeben konnte, und den Erinnerungsgehalt der Texte

von Meister, Schlosser und Hirzel «festzumachen». Bernoulli billigt deshalb den Wunsch vieler Bürger, die mit ihrem Subskriptionsbeitrag zum Ankauf der Büste beigetragen hatten, *«auch die Hülle seiner* [Iselins] *schönen Seele uns zu vergegenwärtigen und unsern Nachkommen, als Bild eines unermüdet thätigen Menschenfreundes, zu hinterlassen».*[84] Die Aufstellung im Sitzungszimmer der Gesellschaft diene nicht nur zum Andenken, sondern solle vor allem zur Nacheiferung anfeuern. Auch Salomon Hirzel lobt die Aufstellung der Büste: *«andere Denkmähler des Altertums und der neueren Zeit, mögen auf öffentlichen Plätzen, in Hallen von Säulengängen umgeben, prunkend aufgestellt seyn».* Die Büste finde sich im Sitzungszimmer am passendsten Ort, *«in einem der menschenfreundlichen Tugend geweihten Ort, wo der Neid nicht hindringt, und alles so ruhig und einfach und still ist, wie die Handlungen, die da ausgeübt werden»,*[85] und alle Stände, reiche Kaufleute, Gelehrte, Geistliche und Handwerker, in gemeinsamer Tätigkeit vereint seien.[86] Damit wurde das Sitzungszimmer zum geweihten Ort, zum «Tugendtempel», und gleichzeitig Iselins ausdrücklicher Wunsch gewahrt, auf öffentliche Ehrungen zu verzichten.

Ganz neu an Bernoullis Erinnerungsbild ist die ausdrückliche Hervorhebung von Iselins Christlichkeit. Isaak Iselin verstand sich ganz selbstverständlich als Christ, was in seinen Tagebuchaufzeichnungen und der ersten Ausgabe von «Schreiben eines Vaters an seinen Sohn» von 1781 gut fassbar ist. Sein christlicher Glaube wurde auch von seinen ersten Biographen Schlosser und Hirzel ganz selbstverständlich vorausgesetzt. In Bernoullis Ausführungen von 1814 erhielt Iselins Religiosität ein ganz neues Gewicht. Die Büste wies den Betrachter in eine Dimension der Geschichte, die Iselins Geschichtsphilosophie ganz fremd war: die Ewigkeit nach dem Letzten Gericht.[87] Iselins Idee der Glückseligkeit war ganz auf die gegenwärtige Welt bezogen. Neu war auch, dass Johann Caspar Lavater zu Iselins Freunden gezählt wurde als Autor der «Aussichten in die Ewigkeit».[88] In Präsenz von Iselins Büste fiel der Name Lavaters aber wohl nicht zufällig. Lavaters Physiognomik, die in der individuellen physischen Ausformung von Kopf und Gesicht die Wirkung der in einem Individuum tätigen geistigen Kräfte sah, bot eine «geistige» Lesart der *«äusseren Hülle einer schönen Seele»*, die ihrer Betrachtung einen «erbaulichen» und belehrenden Charakter gab.

Die Hervorhebung der Christlichkeit Iselins findet sich nicht nur in der Ansprache Bernoullis. Sie charakterisiert auch das Iselinbild im ersten Neujahrsblatt der Gesellschaft von 1821, das sich, wie alle Neujahrsblätter der frühen Jahre, an die Jugend wendet:

> *Als ein wahrer Christ lebte unser Iselin, und wie er lebte, so starb er auch. Von Jugend auf mit einer schwächlichen Gesundheit begabt, von körperlichen Leiden und Beschwerden oft geplagt, konnte er kein langes Leben hoffen. Mit Geduld trug er seine Schmerzen, und Krankheit selbst erheiterte ihm das Leben, weil er dann die schönste Gelegenheit hatte, die Liebe seiner Freunde und Verwandten zu erfahren und zu fühlen. Nach einer langwierigen peinlichen Wassersucht verliess er (den 15. Juli 1782) dieses Leben, um in ein schöneres hinüberzugehen.*[89]

Das Erinnerungsbild in diesem ersten Neujahrsblatt der GGG ist von Interesse, weil es das Iselinbild der Gesellschaft nach 1810 in stark vereinfachter Form wiedergibt und für die spätere Ikonographie Iselins in Basel prägend wurde. Denn im Gegensatz zur antikisierenden Büste im Vorstandszimmer zeigte der dem Neujahrsblatt beigegebene Stich Iselin als Bürger seiner Zeit mit gepuderter Perücke, Halsbinde und dunklem Jabot.[90] Der Text enthält zwar viele historische und sachliche Informationen zu Iselins Leben und Werk, nennt auch die wichtigsten Titel seiner Werke, zeichnet seine Person aber vor allem als vorbildlichen Christen und Hausvater. Die Darstellung konzentriert sich ganz auf die Person Iselins. Die Stiftung der Gesellschaft durch eine Gruppe tritt ganz in den Hintergrund. Wie das «Schreiben eines Vaters an seinen Sohn», das im Neujahrsblatt ausdrücklich zur Lektüre empfohlen wird, schliesst das Lebensbild mit einer Anweisung zur Selbstprüfung,[91] einem «Auszug aus einer Prüfung seiner selbst, am 31. Dezember 1750», wohl der ersten Veröffentlichung eines Auszuges aus Iselins Tagebüchern.[92]

Die Hervorhebung der Christlichkeit Iselins als erster und wichtigster Bürgertugend ist also ein zeittypisches Bedürfnis der Mediationszeit und der beginnenden Restaurationszeit. Diese christliche Rezeption Iselins erhielt sich jedoch in Basel in verschiedenen Varianten während des ganzen 19. Jahrhunderts, wie ein Leitartikel im «Christlichen Volksboten aus Basel» vom 11. November 1857 zeigt, verfasst von Adolf Sarasin-Forcart, einem Vertreter der Basler Erweckungsbewegung. Isaak Iselin ist zu diesem Zeitpunkt in Basel offenbar schon ein fester Bestandteil der «erwecklichen» Geschichtstheologie geworden.[93] Der Artikel endet mit der für die Basler Erweckungskreise typischen Perspektive auf das Letzte Gericht am Jüngsten Tag:

> *Iselin gehörte zu den Männern des vorigen Jahrhunderts, welche das Elend ihrer Zeit tief erkannten und nach einem Bessern hoffend ihre Arme ausstreckten und suchten, ob sie es finden möchten!* [...]. *Diese Männer alle, die sich aufmachten zu suchen, was ihren Brüdern helfen möchte, sind uns nicht allein theuer und werth durch das, was sie in ihrem Theile gefunden haben, sondern wir begrüssen sie in einem Sinne auch als Vorboten der wahrhaft guten Tage, welche die Gnade unseres Herrn bereiten wird, wenn Er kömmt Sein Reich unter uns aufzurichten.*[94]

Hintergrund dieser Betonung von Iselins Christlichkeit in der Erinnerungskultur des Basler Stadtbürgertums während des ganzen 19. Jahrhunderts ist die enge Verschränkung von reformierter Kirchenzugehörigkeit und Stadtbürgerrecht in den antirevolutionär gesinnten Kreisen seit der Helvetik. Diese Identifikation von Konfession und Bürgerrecht blieb ein tragendes Element des Selbstverständnisses des regierenden Stadtbürgertums im 19. Jahrhundert.[95]

2.6

Regeneration und liberaler Frühling zwischen 1811 und 1831: Die Erinnerung an das radikale Iselinerbe kehrt kurz zurück

Während innerhalb der GGG von der gemässigten, antirevolutionär denkenden Mehrheit nach 1810 um die Begriffe «Menschenfreund» und «Gemeinnützigkeit» ein Erinnerungsbild von Isaak Iselin geschaffen wurde, das sich zwar auf Iselins politisches Erbe berief, aber nur, um die 1803 durchgesetzte Wiederherstellung des vorrevolutionären Zunftregiments zu rechtfertigen, trug die unterlegene revolutionäre Minderheit der Stadtbürger das radikalere Erbe Iselins ebenfalls weiter: In der Reform des Bildungswesens und der Universität zwischen 1811 und 1818 und in der Gerichts- und Verwaltungsreform, die allerdings 1821 mit der Schaffung des städtischen Zivilgerichts zum Stehen kam. Die von Deputat Peter Ochs-Vischer und Bürgermeister Johann Heinrich Wieland(-Weiss)-Schweighauser energisch vorangetriebene Reform der Universität und des Basler Schulwesens wirkten auch in die GGG hinein: mit der Gründung der Jugendbibliothek 1809 und der Töchterschule 1812, die nach Abschluss der Schul- und Universitätsreform 1819 verstaatlicht wurde. So konnte die Töchterschule in ihrem Bestand bleibend gesichert werden, und die höhere Mädchenbildung wurde unwiderruflich Teil des staatlichen Bildungsangebots.

Diese institutionellen Reformen in der Verwaltung und im Basler Gerichtswesen wurden von Althelvetikern vorangetrieben, die seit der Aufhebung der Universitätskorporation 1818 von Universitätsangehörigen und einem Kreis von jüngeren Juristen und Fabrikanten um Christoph Bernoulli-Paravicini aktiv unterstützt wurden. Diese Gruppe junger Männer, angeführt von Karl Burckhardt-Paravicini, der 1821 zu Basels erstem Zivilgerichtspräsident gewählt wurde, hatten alle eine von Daniel Bernoulli(-Iselin)-Burckhardt gegründete und dessen ältestem Sohn Christoph Bernoulli-Paravicini geleitete Privatschule besucht und eine breite, auch moderne Sprachen und naturwissenschaftliche Fächer einschliessende Ausbildung erhalten. Diese Gruppe, «Liberale» genannt, übernahm – parallel zu ihrem politischen Aufstieg in den zwanziger Jahren – die Leitung der GGG.

Unter liberaler Leitung unterstützte die GGG erstmals seit Isaak Iselins Tod auch wieder politische Anliegen und Projekte: mit der Schaffung der sogenannten Dienstagsgesellschaft, eines für alle offenen politischen Debattierclubs, im Jubiläumsjahr 1827 sowie der finanziellen Unterstützung der «Baslerischen Mittheilungen zur Förderung des Gemeinwohls», einer Monatszeitschrift, die zwischen 1826 und 1830 erschien und erstmals – unter strenger Aufsicht der Zensur – über die bisher geheimen Grossratsverhandlungen berichten durfte. Beide Projekte wurden von Christoph Bernoulli-Paravicini getragen, der sich auch für die Aufhebung des Zunftzwangs und die technische Modernisierung der Basler Gewerbebetriebe einsetzte.

Bernoulli-Paravicini nahm so – in zeitgemässer Form – zentrale Reformanliegen Iselins wieder auf.[96] Höhepunkt dieser von der GGG geförderten Bemühungen um die Modernisierung der gewerblichen Produktion war die erste von der GGG organisierte Gewerbeausstellung 1830. Karl Burckhardt-Paravicini, der unbestrittene Führer der Liberalen, verfasste 1827 die erste Jubiläumsschrift zum fünfzigsten Jubiläum der GGG, die im Gegensatz zu den späteren Jubiläumsschriften von 1877 und 1927 auf den im Gesellschaftsarchiv verwahrten Originalakten beruhte. Das Iselinbild, das Burckhardt-Paravicini zeichnete, ist sehr bezeichnend für das Selbstverständnis der Liberalen vor der Kantonstrennung 1833.[97] Iselins Christlichkeit steht nicht mehr im Vordergrund. Burckhardt-Paravicini betonte hingegen dessen intellektuelle Neugier, wirtschaftsliberalistische Haltung und die Bemühungen um eine Reform der Rechtsprechung und machte ihn so zum idealen Modell eines liberalen Politikers vor 1833, der den Zunftzwang der gewerblichen Produktion ablehnte und für die Handelsfreiheit eintrat, die nationale Einigung der Schweiz anstrebte und an den technischen Fortschritt glaubte. Bezeichnenderweise fehlten in diesem Erinnerungsbild Iselins Bemühungen, die Situation der Landbevölkerung zu verbessern. Die Liberalen scheiterten in ihren politischen Bemühungen, weil sie nach 1820 nicht bereit waren, die Landbevölkerung, die seit der Helvetik im Basler Grossen Rat und in der Regierung vertreten war, als gleichberechtigte Partner in ihre Politik miteinzubeziehen.[98]

> *Einer der ausgezeichnetsten Schweizer der Mitte des vorigen Jahrhunderts, Isak Iselin, Doktor der Rechte, Rathschreiber zu Basel (geboren 1728 gestorben 1782) war der Stifter der Gesellschaft, von der wir reden. Er gehörte zu den Männern, deren Herz allem Guten und Schönen, jedem Beginnen für Verbesserung und Veredelung des Zustandes der Menschheit, es mochte geschehen wo immer es wollte, hoch entgegenschlug. Mit vielseitig empfänglichem Geiste, oft mit Begeisterung, eignete er Ideen die von der Wissenschaft neu gewonnen, Ansichten die durch die Forschungen oder Erfahrungen der Mitzeit empfohlen waren, sich an, verarbeitete sie mit gesundem Sinne, der auch der Berichtigung stets offen blieb, und legte durch seine vielfältigen Schriften mit edlem Eifer Hand ans Werk zur Verbreitung der ihm werth gewordenen Ideen und Entwürfe; wie er denn z. B. die damaligen neuen Erziehungsansichten, die von Quesnay[99] ausgegangene Umgestaltung der Nationalökonomie, die durch Philosophie und Civilisation herbeigeführte Reform der Criminalgesetzgebung, und die freisinnigen neuern Ansichten über Verfassung und Verwaltung der Staaten mit beredter Wärme entwickelte. Mit kraftvoll ausgesprochener Abneigung gegen Vorurtheile und bestehende Missbräuche, mit entschiedener Liebe zum Recht und zur Freiheit verband er Mässigung, Milde und Achtung alles wahrhaft Ehrwürdigen; bei einer weltbürgerlichen Begeisterung für alles Löbliche, es mochte in der Nähe oder Ferne vorkommen, war er dem Vaterlande mit getreuem feurigem Gemüthe zugethan. Obwohl in vielfältigen Geschäften des Berufslebens begriffen, schöpfte er in der Pflege der Wissenschaften, in schriftstellerischen Arbeiten und ausgedehnter Verbrüderung mit vielen trefflichen Freunden des In- und Auslandes stets jugend-*

lichen Eifer für alles Gute und Ermunterung zu unablässigem, sey es auch nur in kleinern Kreisen thätigem Wirken. So nährte er unter anderem lange den Gedanken, in unserer Vaterstadt eine Gesellschaft zur Aufmunterung und Beförderung des Guten und Gemeinnützigen zu bilden.[100]

Radikalere Töne als die Liberalen schlug im November 1822 der damals 19-jährige Student der Rechte Emil Remigius Frey im Basler Zofingerverein an. Die intensive Beschäftigung mit den Schriften Isaak Iselins führte den jungen Mann zu einem sehr viel revolutionäreren Iselinbild als die eine Generation älteren Liberalen seiner Zeit. Emil Remigius Frey war ein Enkel des engen Iselinvertrauten Johann Rudolf Frey-Frey und Sohn des revolutionär gesinnten Basler Platzkommandanten Remigius Frey-Burckhardt. Obwohl er seinen Grossvater nicht mehr persönlich gekannt hatte und seinen Vater sehr früh verlor, trug er die revolutionären Traditionen seiner Familie weiter. Wie sein Vortrag im Basler Zofingerverein von 1822 zeigt, hatte sich der junge Frey intensiv mit der Korrespondenz seines Grossvaters mit Isaak Iselin auseinandergesetzt und verfügte für sein Alter und seine Zeit, wahrscheinlich auch aus mündlichen Erzählungen der Freunde seines Vaters, über ausserordentlich genaue Kenntnis des radikalen Inhalts der politischen Schriften Iselins. Wie sein Grossvater, der die Befreiung der Untertanen und die bürgerliche Gleichheit aller Kantonseinwohner 1798 begrüsst hatte, schloss sich Emil Remigius Frey 1831, damals bereits Privatdozent an der Basler Universität, als einer der wenigen Stadtbürger den gegen die Stadt rebellierenden Landbürgern an, treu seinen bereits 1822 mit Iselins Vorbild begründeten Ansichten.

Das heute auf der Universitätsbibliothek in Basel liegende, bisher noch nicht veröffentlichte Vortragsmanuskript dokumentiert nicht nur den radikaldemokratischen Geist, der in den ersten Jahren im Basler Zofingerverein herrschte. Es spannt in der Person von Emil Remigius Frey auch einen Bogen zwischen Isaak Iselin, dem von Peter Vischer-Sarasin 1797 im Auftrag von Peter Ochs-Vischer im Grossen Rat gestellten Anzug auf Gleichstellung sämtlicher Bürger und Untertanen, der die Basler Revolution 1798 einleitete, und der Revolution der Landschaft 1831. Die Weitergabe dieses radikalen Iselinbildes innerhalb der Familie Frey ist nicht selbstverständlich. Anderen prominenten Helvetikern wie Peter Ochs-Vischer, dessen Schwager Peter Vischer-Sarasin oder Jacob Sarasin-Battier, Onkel von Peter Vischers Frau, gelang es nicht, ihre revolutionären Überzeugungen an ihre Kinder und Enkel weiterzugeben. (Im folgenden Auszug aus Freys Vortrag verzichten wir zur besseren Lesbarkeit auf eine Auflösung der Abkürzungen.)

Oft geschah es, dss ergraute Staatshäupter bey dsm jungen Manne Rath suchten: denn er besass helle Einsichten, tiefe Menschenkenntnis; d. h. besonders e.n untrüglichen Blick in Staatssachen. Heilig waren ihm die Rechte u. Aussprüche des Volks; daher war es seine erste Sorge, den gedrückten Landmann zu befreyen v. jenen privilegirten

Ungerechtigktn des aristokratisch-übermüthigen Städters. Er erleichterte ihm die Lasten des Frohndienstes u. verminderte die unverheltnssmässigen Steuern; aus dem Überschuss der Erdprodukte nach Abzug aller snr Vorschüsse sollte er Abgaben legen. – Zwischen Obrigkeit u. Unterthane durfte nach s.n Grundsetzen, keine Kluft statt finden: ein reges Band sollte Beyde umschlingen. Freyheit des Gewerbs u. Heiligkt des Eigenthums waren die Grundlagen s.s politischen Systems. Der Staat sollte Fleiss u. Arbeitsamkeit dh Aufmunterung beleben, u an s.nm Arme die Armuth sich erheben. Kein Gebrechen, kein Mangel entging Iselins Scharfblick. Entdeckte er e.n Fehler in d. Verwaltg, so forschte er ihm nach, sann auf Mittel dagegen, machte Verbesserungsvorschläge, sowohl mündl. als dh. schriftl. So schrieb er in Erwägung der schädl. Anhäufung unserer Gesetze seine Abhandlung v. den Beweggründen, Gesetze zu machen u. aufzuheben (Basel, 1858, 8°). Die Entvölkerung unserer Vaterstadt veranlasste ihn zu den beyden Schriften «Freymüthige Gedanken über d. Entvölkerung unserer Vaterstadt» (ohne Jahrzahl u. gedruckt, aber zu Basel 1758 4° u. 1758, 8°) und «Gründe u. Gegengründe über die Annahme neuer Bürger in e.r freyen Republik» (Zürich, 1761, 8°). Aber die letztere, weil der Verfasser sich zum Vorthle des Gemeinwesens eifrig für d. Annahme neuer Bürger erklärte u frey s.ne Ansichten darüber aussprach, wurde vom Rathe verbothen. «Das Beginnen» – sagt die Rathserkanntniss – «sey zwar n. aus schlimmen Absichten geschehen, könne aber zu viele Verdriesslktn veranlassen»… Nichts destoweniger erhielten bald darauf nach Iselins Wunsch 29 Personen das Bürgerrecht – obgl. das Verbott dagegen noch bestand! (Ochs Thl. VII, S. 627) […].

«Wir rühmen» – schreibt er einige Jahre darauf einem s.nr Freunde – «wir rühmen die Menschlkt u. die [unlesbar] *unserer Ztn; wir schmeichlen uns insonderht, dass die Geschte, die Gerechtigkeit u. die Menschenliebe ihren Sitz in dem glückseligen Helvetien aufgeschlagen haben; u. doch sind wir noch barbarisch genug, die allgemeinen Bande der Brüderschaft zu misskennen, welche alle Menschen vereinigen, u. den ewigen Gstzen der Natur zu widersprechen, dh welche die ganze menschl.e Gesellschaft Eine grosse Brüderschaft ist, in welche der Mensch, welcher v. Constantinopel nach Paris zieht, n. andres angesehen w. soll als wie derj., welcher s.ne Wohnung aus e.r Strasse e.r kleien Stadt in e.e andre versetzt. Wir können noch n. begreifen, dss es allemahl ein Vorthl für e.e Stadt od für* [Streichung] *ein Land ist, wenn ein neuer Brg. sich da einfindet; dass der neue Ankömmling die Zahl der Arbeitenden vermehren, dss er also Allen s. nützl. seyn wird, dss der Reiche die Umsicht u. den Gewinnst der Übrigen erhöht u dss dadh … Allen willkommen seyn soll.*

Wie sollten wir (eben) dieses einsehen? Wie sollten wir die Menschlkt Andern gewähren, die wir uns unter einander selbst versagen! Wir trennen uns selbst v. einander – wir machen jedes Dorf zu e.nm besonderen Staate, u. jeden Beruf zu e.r eignen Republik. Wir setzen uns in d. unseligen Stand e.s beständigen innerl.n Krieges. Wir bewaffnen Handwerker gegen Handwerker, u. Brgr gegen Brgr. Wir schrenken einander ein, wir schliessen einander aus. Jeder will auf d. Nachthl s.ns Mitbrgrs s.n Wohlstand bauen. Wir nennen Freyheit die Missbräuche, dh welche wir einander zu Sklaven machen, Gerechtigktn die Unordnungen, welche die heiligsten Rechte der Menschht verletzen, u. Weisheit die Geburthen des Eigennutzes u. des Monopolismus, welche die festesten Pfeiler des allgem.n [Streichung] *Wohlstandes untergraben.*[101]

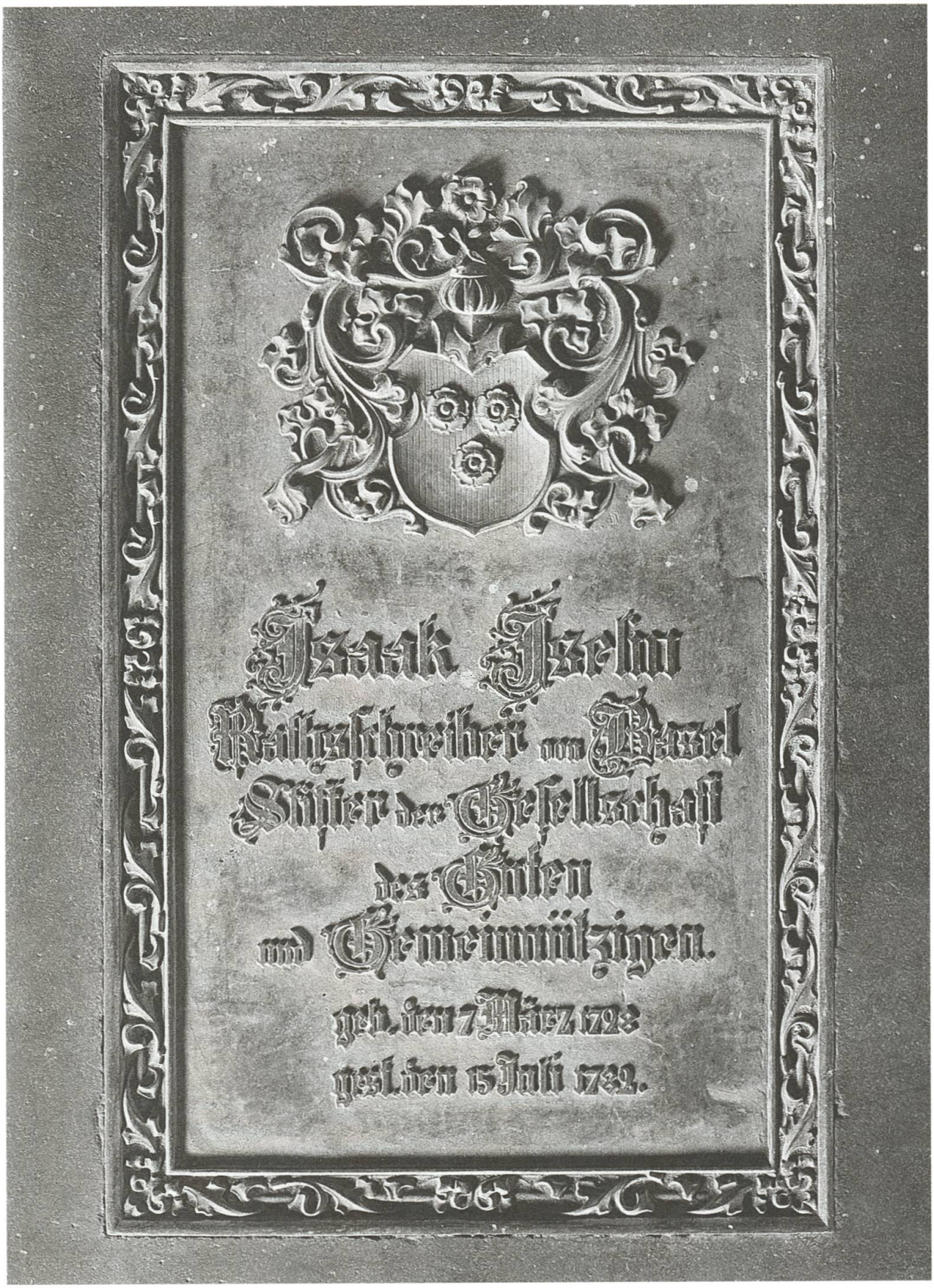
2.7

Das Iselinbild des sogenannten Ratsherrenregiments zwischen 1833 und den 1880er Jahren

Der Schock der «Katastrophe» von 1833, die militärische Niederlage gegen die aufständische Landbevölkerung und die Kantonstrennung, sass tief. Das regierende Stadtbürgertum war in seinem Ehrgefühl getroffen und verunsichert, die Stadtbürgerschaft gespalten. Veränderungen der «bestehenden Ordnung» waren undenkbar, das Bedürfnis nach Kontinuität gross. Auf diesem Hintergrund feierte die GGG 1837 ihr 60-jähriges Bestehen – ein auch in den Augen vieler GGG-Mitglieder ungewöhnliches und unpassendes Jubiläum – wie das Jubiläum zehn Jahre zuvor mit einem Festakt im kleinen Musiksaal des Stadtcasinos. Der Kirchenhistoriker Karl Rudolf Hagenbach-Geigy, damaliger Vorsteher der GGG, rechtfertigte die Feier als einen Akt der Selbstvergewisserung. Es zähle nicht die Anzahl Jahre, sondern die gefühlte Distanz zur Situation im Jahre 1827 vor der Kantonstrennung von 1833. Die ungefähr 130 Mitglieder der Gesellschaft (von insgesamt 540), die dem Festakt beiwohnten, sollten die Gewissheit erhalten, dass die Gesellschaft wie eh und je den ihr von Isaak Iselin vorgezeichneten Weg weiterverfolge.

> *Als wir vor zehn Jahren die 50jährige Jubelfeier begiengen, im Jahre 1827, da war es eine schöne Zeit* […] *es war eine schöne Zeit, weil eine Zeit des Strebens, eine Zeit der Hoffnung, der Unternehmung, und vor allem der Eintracht, ohne welche keine wahre Gemeinnützigkeit, kein schönes und gesegnetes Wirken sich denken lässt. Mit heiterm Vertrauen schauten die ältern Zeugen unserer Verhandlungen auf die kühnern Unternehmungen des jüngern Geschlechtes, ohne vor dem Gedanken zu zittern, dass ein wildes, regelloses Feuer des jugendlichen Ungestüms die edle Pflanzung der Väter verheeren werde* […] *ja, es fühlten sich damals hier sowohl bei den ernsten Berathungen als dort bei dem traulichen Festmahle, jene Greise selbst gehoben durch die jugendlich frische Stimmung, die der ganzen Gesellschaft sich mittheilte, so dass alles ein Herz und eine Seele war. Es war, wenn ich mich so ausdrücken darf, ein unschuldiger Liberalismus, von dessen Geist sich Alt und Jung ergriffen fühlte* […]. *So nahm unsere Gesellschaft, die ihrer Natur nach allen politischen Zwecken von jeher fern blieb und es auch fernerhin bleiben sollte, dennoch, so weit es in ihrer Stellung lag, einen regen Antheil an dem, was der Zeit angehörte und eher setzte sie sich bei ängstlichen Gemüthern in den Verdacht, zu rasch mit dem Zeitgeiste fortzuschreiten, als dass sie von irgend einer Seite her, den Vorwurf der Engherzigkeit und der Schwerfälligkeit auf sich gezogen hätte. So legte die Gesellschaft seit ihrer ersten Jubelfeier drei Jahre in Frieden zurück, den schönsten Hoffnungen, den freisinnigsten Bestrebungen hingegeben, offen und empfänglich für jede neue Idee, bereit für jedes ihr mögliche Opfer, dabei aber immer ihren Charakter in ursprünglicher Reinheit bewahrend. Es war eine schöne Zeit, ich wiederhole es; auch eine gefahrvolle Zeit. Wir standen, ohne es zu ahnen, am Vorabend grosser Ereignisse, am Rande eines geheimnisvollen, dunklen Abgrundes, aus welchem in schnellen, vulkanähnlichen Entladungen, sich Gutes und Böses in wunderlichem Gemische ans Licht empor*

[Abb. 13]



[13] Bronzene Grabplatte Isaak Iselins, vor 1877 in einer deutschen Giesserei angefertigt und vermutlich von einem Nachkommen im Boden des Münsterkreuzganges eingelassen, da sich Iselin ausdrücklich gegen ein Epitaph im Kreuzgang ausgesprochen hatte.

drängte. Ehe wir es uns versahen, ward auch unser politisches Gemeinwesen mit fortgerissen in den Strudel, und in furchtbarem Kampfe brachen sich die Wogen an dem beharrlichen Widerstande der Freunde des Rechts, der Gesetzlichkeit und der Ordnung [Selbstbild der seit 1831 regierenden Liberalen] [...]. *Was wäre aus ihr* [der GGG] *geworden, und mit welchen Gefühlen könnten wir heute ihr 60jähriges Bestehen feiern, wenn sie auch mit eine Beute geworden wäre jener auflösenden, von Grund aus zerstörenden Macht des Revolutionsgeistes? wenn sie, ihre ursprüngliche Bestimmung vergessend, sich hingegeben hätte dem Strom einer ins Unbestimmte hin sich ergiessenden Neuerungssucht? wenn sie, statt Gutes und Gemeinnütziges zu fördern im stillen, bescheidenen Kreise, sich angemasst hätte, als Weltverbesserin aufzutreten und den Sinn städtisches Gemeinwohl dem Kosmopolitismus zum Opfer gebracht hätte?*[102]

Wie schon an den Feierlichkeiten 1827 verliess die 1814 gestiftete Marmorbüste Iselins, *«ein stäter Zeuge ihrer Verhandlungen»*,[103] das Sitzungszimmer der Gesellschaft, um im Casinosaal die kontinuierliche Arbeit der Gesellschaft seit ihrer Stiftung zu versinnbildlichen. Die Marmorbüste stand *«hinter den Stühlen des Vorstehers und Schreibers der Gesellschaft»*, direkt gegenüber den Plätzen für die geladenen Ehrengäste: *«die Herren Bürgermeister Burckhardt* [-Paravicini] *und Frey, (welcher letztere jedoch dem Feste nicht beiwohnte), der Herr Präsident des Stadtraths und Herr Alt-Bürgermeister Wieland, dessen Anwesenheit als des ältesten Mitgliedes der Gesellschaft von dem Jahre ihrer Stiftung an – zur Erhöhung der Feierlichkeit nicht wenig beitragen musste.»*[104] Inhaltlich stand 1837 aber die Stiftung, nicht der Stifter im Vordergrund. Vorsteher und Schreiber konzentrierten sich in ihren Ansprachen auf die vergangene und zukünftige Tätigkeit der Gesellschaft. Die Ansprache von Adolf Christ-Sarasin, damals Schreiber und Archivar der GGG und am Anfang seiner politischen Karriere, war richtungsweisend für die von den Liberal-Konservativen und den Religiös-Konservativen in den vierziger und fünfziger Jahren verfolgte Sozialpolitik. Wie schon 1811 wurde diese Neuorientierung der Gesellschaft und ihrer Mitglieder begleitet von einer Statutenrevision, die von Christ-Sarasin durch Archivrecherchen sorgfältig vorbereitet worden war.

Die historische Verbindung mit der Gründerzeit konnte 1837 zum letzten Mal durch die Anwesenheit eines «lebenden Zeugen» hergestellt werden, der Iselin noch persönlich gekannt hatte. In den folgenden Jahren wurde diese direkte persönliche Verbindung mit Iselin und seiner Zeit ersetzt durch die Gegenwart von Gesellschaftsmitgliedern im Vorstand, die in männlicher und weiblicher Linie von Iselin abstammten. Neben den Nachkommen Iselins machten sich auch Nachkommen der anderen Stifter eine Ehre daraus, durch ihre Präsenz im Vorstand oder in einer Kommission die Treue gegenüber Iselins Erbe darzustellen und die ungebrochene Tradition der Gesellschaft zu verbürgen.

Neben der Verbindung zum Gründer durch direkte Abstammung entwickelte sich gleichzeitig die Vorstellung einer Geistesverwandtschaft aller GGG-Mitglieder, die aus der Gesellschaft im übertragenen Sinne

eine einige, grosse «Familie» machte. Die tatsächlichen dichten Verwandtschaftsbeziehungen unter der Führungsschicht der Gesellschaft kamen dieser Vorstellung entgegen. So wurde bereits die Jubiläumsfeier von 1827 als *«Familienfeyer im weitesten Sinn»* bezeichnet, die eine für alle Basler Einwohner zugängliche Feier unnötig mache.[105] Eine Weiterentwicklung dieser Idee beschreibt Wilhelm Wackernagel(-Bluntschli)-Sarasin in einem Gedicht für die Jubiläumsfeier zum 75-jährigen Bestehen der GGG von 1852. Auch er weist hin auf die Anwesenheit von Enkeln Iselins, die hohe Ämter in der Regierung inne hätten oder Mitglieder des Vorstandes der Gesellschaft seien. Wackernagel stellt aber ein Bild in den Vordergrund, das bereits 1814 in der Ansprache von Hieronymus Bernoulli-Respinger anklang: Der Vergleich des Sitzungszimmers und damit im weitesten Sinn der Gesellschaft mit einem Tempel oder Heiligtum, dessen Baumeister und erster Priester Iselin war. Die von Iselin gestiftete Gesellschaft und ihre führenden Mitglieder seien die eigentlichen «Erben Iselins», «Priester» des von ihm gestifteten Kultes gemeinnütziger Bürger. Die Teilhabe aller Mitglieder an dem von Iselin gestifteten Priestertum mache die Präsenz seiner physischen Nachkommenschaft in der Gesellschaft überflüssig:

Er selber zwar, der so zuerst den Tempel
Gegründet und darin gewaltet hat,
Er ist dahin; schon siebzig Jahre deckt ihn
Der kühle Grund, und zweimal schon seitdem
Ist an der Menschheit immergrünem Baume
Ein neu Geschlecht gesprossen und verwelkt:
Noch aber lebt, an Enkeln hochgeehrt,
Der Name fort, dess schönste Zierd' er war,
Und noch in Enkeln derer Namen auch,
Die als ein glückverheissend Siebensternbild
Zum schönen Werk sich freudig ihm vereint;
Und deren einer schmücket heut zugleich
Ein Haupt des Staats und der Gesellschaft Haupt.
Und heut noch steht und heut noch flammet hoch
Des Altars, den er baute, heil'ger Brand;
Und wir, die festlich hier versammelt sind,
Berufen sind nun wir zum Priesteramte,
[...]
Er ist dahin: doch lebet sein Gedächtniss,
Und feierlich sei dem das Glas erhoben
Und still geleert. Wir aber, wir geloben
Heilig und treu zu wahren sein Vermächtniss.
Dazu den Segen spende Gott von oben![106]

Das Pathos des von Wackernagel noch 1852 beschworenen Iselinbilds und der Vergleich der Gesellschaft mit einer gemeinnützigen «Priesterschaft»

entsprachen beim 100-Jahr-Jubiläum 1877 nicht mehr dem zeitgenössischen Bedürfnis. Die damalige Führung der Gesellschaft bevorzugte ein sachlicheres Iselinbild. Das konservative Stadtbürgertum hatte 1874 eine historische Niederlage gegen den Freisinn erlitten. Der Halbkanton hatte eine neue Verfassung erhalten. Die Stadtgemeinde war aufgelöst und an ihre Stelle die Bürgergemeinde Basel getreten. Die konservative Sozial- und Bildungspolitik wurde vom Freisinn, von den Katholiken und der Arbeiterbewegung grundlegend in Frage gestellt. Der Autoritätsanspruch des Stadtbürgertums gegenüber der Einwohnerschaft und dem neuen Bürgertum, das nun regierte, musste eine Rechtfertigung erhalten. Diese fand es in seiner kulturellen Dominanz und in seiner historisch führenden Rolle in der Geschichte Basels, besonders im Mittelalter und in der Reformationszeit. Das Interesse an der historischen Person Iselins und seinen historischen Leistungen kehrte für kurze Zeit zurück.

1875 erschien die erste in Basel verlegte wissenschaftliche Biographie Iselins, die sich explizit mit seinem politischen Werk auseinandersetzte, verfasst vom damals an der Basler Universität lehrenden deutschen Nationalökonomen August von Miaskowski: «Isaak Iselin. Ein Beitrag zur Geschichte der volkswirtschaftlichen, socialen und politischen Bestrebungen der Schweiz im XVIII. Jahrhundert». Die Darstellung orientierte sich an den damaligen Tagesfragen der Basler Politik und konzentrierte sich auf die sozialpolitischen Leistungen Iselins, wich jedoch in der historischen Bewertung Iselins in wichtigen Punkten vom hergebrachten Erinnerungsbild ab, um Iselin als Pionier der schweizerischen Nationalökonomie und Vertreter zukunftweisender Konzepte für eine rationalen Prinzipien verpflichtete Sozial- und Schulpolitik darstellen zu können. Der Text wandte sich an ein gebildetes Publikum und war im Rahmen einer von der GGG unabhängigen Gesellschaft *«aus Vorträgen entstanden, die ich auf Aufforderung der akademischen Vortrags-Commission*[107] *vor einem gemischten Publikum in der Aula des Basler Museums gehalten habe.»*[108] Miaskowski hatte erstmals Zugang zu Iselins Privatnachlass erhalten, seiner Korrespondenz und seinen Tagebüchern, die sich damals noch in Familienbesitz befanden. Die ebenfalls von Miaskowski verfasste Geschichte der GGG, die 1877 zur Säkularfeier der GGG erschien, bot statistisches Material zur Entwicklung der Mitgliederzahlen und der Finanzen der Gesellschaft und war so aufgebaut, dass die damals bestehende Gesellschaftsorganisation aus der Gegenwart in die Vergangenheit projiziert wurde, wodurch der Eindruck einer bruchlosen Kontinuität entstand. Miaskowski versagte sich in seiner Darstellung jedoch nicht kritische Untertöne zur mangelnden Innovationsfreude der liberal-konservativen Führung der Gesellschaft, was dem aufmerksamen Leser von damals nicht entgehen konnte. Dies entsprach aber durchaus der Stimmung im religiös-konservativen Stadtbürgertum, das sich nach der Entmachtung durch den Freisinn politisch neu organisieren und neu orientieren musste, ohne seine eigenen Grundwerte aufzugeben. Miaskowskis Überlegungen zum Misstrauen des Stadtbürgertums gegenüber

genossenschaftlichen Organisationsformen reflektieren auch die damals und in den folgenden Jahren sehr kontrovers geführte Debatte innerhalb des konservativen Lagers, ob die Arbeiterschaft ein Recht auf eine selbständige politische Vertretung ihrer Interessen habe oder nicht:

> *Man wollte ein neues Institut auch dann, wenn man mit seinem Zweck vollständig einverstanden war, lieber gar nicht ins Leben rufen, als es dem Risiko des Misslingens aussetzen. Mit dieser Eigenthümlichkeit hängt dann noch eine andere Erscheinung zusammen, nämlich die entschiedene Unlust neue Einrichtungen ins Leben zu rufen, die sich nicht in die kapitalistischen und herrschaftlichen Unternehmungsformen, deren sich das Privatgeschäft bedient, kleiden lassen. Daher die Vorliebe für die Form der Aktiengesellschaft, in die sich bei Zeichnung von Aktien, auf deren Verzinsung eigentlich gar nicht gerechnet wird* […] *auch die freie Gabe kleidet; daher namentlich auch die Abneigung gegen die genossenschaftliche Form* […]. *Die Abneigung gegen die genossenschaftliche Unternehmungsform, welche letztere zu ihrer Voraussetzung eine gleichmässige Vermögens- und Einkommensvertheilung und demokratische Gesellschaftsgliederung hat, hängt auf's Engste mit den grossen Vermögens- und Einkommensungleichheiten der Basler Bevölkerung und ihrer aristokratischen Gliederung zusammen. Die Lichtseite dieses Mangels an Initiative und der Vorliebe für die in den Privatgeschäften erprobten Unternehmungsformen ist die Sicherheit und Sorgfalt in der Leitung der Gesellschafts-Anstalten und -Einrichtungen und ihr fast ausnahmslos günstiger Erfolg gewesen.*[109]

Das Interesse des Stadtbürgertums an der Stadtgeschichte konzentrierte sich seit je auf die eigene Teilhabe an dieser Geschichte. Die Rekonstruktion der Stadtgeschichte, der Familiengeschichte oder der Geschichte der GGG war dabei nicht nur ein Akt der Selbstvergewisserung, sondern im eigentlichen Sinn des Wortes ein Akt der Aneignung. Da es noch kein öffentlich zugängliches Staatsarchiv gab – Rudolf Wackernagel-Burckhardt, der Begründer des heutigen Staatsarchivs, war erst 1875 zum Staatsarchivar ernannt worden – besass das Stadtbürgertum noch das ausschliessliche Verfügungsrecht über seine eigene Geschichte und deren Darstellung. Der Festredner Ludwig Sieber-Bischoff, der auf eine Würdigung Iselins mit Verweis auf Miaskowskis Darstellung verzichtete, entdeckte, dass die Gesellschaft nicht von Isaak Iselin allein gegründet worden war. Die historische Teilhabe an der Gründung der Gesellschaft liess sich also ausweiten, denn – wie Sieber richtig feststellte – verdankte die GGG ihren Fortbestand nach Iselins frühem Tod in erster Linie seinem Freundeskreis. Er gab der Hoffnung Ausdruck, dass Biographien der anderen sechs Stifter[110] mit der Hilfe von deren Nachkommen bald in einem Neujahrsblatt veröffentlicht werden könnten: *«Wahrlich! Auch sie, die sechs Freunde und geistesverwandten Genossen Iselins, haben bei der heutigen Jubelfeier gerechten Anspruch auf unsre vollste, freudigste, dankbarste Anerkennung! Und wenn ich es mir auch zu meinem Bedauern versagen muss, eine Schilderung von dem Leben und Wirken dieser wackern Männer zu versuchen, von denen jeder in seiner Art das Interesse des Baslers in hohem*

Grade zu erwecken vermag, so wollen wir uns der Hoffnung hingeben, dass dieselben in einem der nächsten Neujahrsblätter unsrer Gesellschaft die verdiente Würdigung finden werden, die ihnen bis jetzt auffallender Weise nicht zu Theil geworden ist. Ich zweifle nicht, dass die unter uns lebenden Nachkommen der Stifter durch vertrauensvolle Mitteilung von Familienpapieren ein Unternehmen fördern werden, dass den schönsten Nachklang zu dem heutigen Feste bilden dürfte».[111] Die Hoffnung Sieber-Bischoffs erfüllte sich allerdings erst 1927 in der von Paul Siegfried verfassten Festschrift zum 150-Jahr-Jubiläum. Zentrum der Erinnerungskultur der Gesellschaft blieb bis zum Ersten Weltkrieg weiterhin ausschliesslich Isaak Iselin.

Dem Bedürfnis nach einer öffentlichen Darstellung der mit der Figur Isaak Iselins verbundenen historischen Leistungen der Gesellschaft und des die Gesellschaft tragenden Stadtbürgertums entsprachen die bisherigen Formen und Räume 1877 nicht. Man wollte sich nicht mehr auf die Räume des Stadtcasinos beschränken und die Feierlichkeiten aus der Gesellschaft in die Öffentlichkeit tragen. Die Jubelfeier von 1877 erstreckte sich über drei Tage und erfasste wichtige öffentliche Räume wie das Münster und das Stadtcasino im Grossbasel und die Burgvogtei im Kleinbasel. Veranstaltungen und Darbietungen aller GGG-Einrichtungen luden in der Stadt die Bevölkerung zum Mitfeiern ein. Eine *«von Bildhauer Meili verfertigte Colossalbüste Isaac Iselin's»* ersetzte die Marmorbüste von 1814. Sie blickte am ersten Festtag im grossen Musiksaal im Stadtcasino *«freundlich und mild», «von frischem Grün umgeben», «auf die Versammlung herab, die einzige, aber um so wirksamere Decoration des Saales».*[112]

In den folgenden Jahren wurde es offenbar auch als Mangel empfunden, dass die Gesellschaft keinen eigenen repräsentativen Vereinssitz besass wie etwa die Allgemeine Lesegesellschaft. Dieser Mangel wurde mit dem Ankauf und Ausbau des Schmiedenhofes 1890 behoben. Mit dem gegen die Gerbergasse 24 offenen Innenhof, der sich auf eine durch die Überwölbung des Birsigs neu geschaffene Verkehrsader zur Hauptpost hin öffnete, wurde ein öffentlicher Raum geschaffen, dessen optischer Mittelpunkt die 1891 vom Bildhauer und Maler Karl Alfred Lanz geschaffene, im Rahmen eines feierlichen Festaktes aufgestellte Iselinstatue bildete. Iselin verliess sozusagen das Sitzungszimmer des Vorstandes, um die Hereintretenden als Gastgeber zu begrüssen. Der Anklang an das Pestalozzi-Denkmal in Yverdon kommt nicht von ungefähr. Beide Monumente stammen von Lanz. Die Bedeutung, die die Gesellschaft der Aufstellung der von einem Nachkommen Iselins gestifteten Statue beimass, macht die Liste der geladenen Gäste unmissverständlich deutlich. Anwesend waren Bundespräsident Emil Welti, der Präsident der Basler Regierung Richard Zutt, der Grossratspräsident Isaak Iselin, der Bürgerratspräsident Albert Hoffmann-Burckhardt, der Rektor der Universität und Staatsarchivar Rudolf Wackernagel-Burckhardt, Vorsteher der GGG. Die Namen der Anwesenden wurden auf einer «Grundsteinurkunde» verewigt, die im Fundament der Statue hinterlegt wurde, damit *«auf ihm das Standbild von Isaac Iselin, Ratschreiber*

von Basel, Stifter der Gemeinnützigen Gesellschaft sich erhebe als ein Denkmal seines Wirkens, als ein Zeugnis der Bewunderung und des Dankes späterer Geschlechter, als ein Schmuck dieser Stätte»[113].

Begleitet wurde die Aufstellung der Statue von einer von (Dietrich) Carl Wieland-Dietschy, einem Enkel von Bürgermeister Johann Heinrich Wieland(-Weiss)-Schweighauser, verfassten Gedenkschrift,[114] die in sehr kluger Weise die bestehende Erinnerungstradition der Gesellschaft in eine neue, ein historisch gebildetes Publikum ansprechende Form brachte. Wieland verfügte über eine ausgezeichnete Kenntnis von Iselins im Druck erschienenem Werk, ging in seiner biographischen Darstellung und der Würdigung von Iselins Werk aber nicht über die von Meister, Hirzel und Schlosser verfassten Lebensbilder hinaus. Miaskowskis Aufsatz über Iselin fand keinen Nachhall in seiner Darstellung. Dafür griff Wieland auf ältere Texte und Traditionen zurück, wenn er sein Lebensbild mit einem Ausschnitt aus Wilhelm Wackernagels Gedicht von 1852 ausklingen liess.[115] Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch die Auswahl des Textes, durch den Wieland Iselin selbst zu Wort kommen lassen will: die 1770 in den «Vermischten Schriften» veröffentlichte «Ermahnung eines Eidgenossen an seinen Sohn» in der nach Wielands Überzeugung *«Iselin in wenigen Sätzen seine ganze Denkungsart zusammenzufassen verstanden»* habe.[116] Wieland bot allerdings einen Text, der, an entscheidenden Stellen gekürzt und in dieser überarbeiteten Fassung aller sozialkritischen Töne entkleidet,[117] die neue, nationale Ausrichtung der Basler Konservativen aufnahm. Iselins universaler Begriff von Patriotismus wurde so nach der ersten nationalen Umdeutung während der Regenerationszeit endgültig mit den nationalistischen Vorstellungen des späten 19. Jahrhunderts gefüllt. Nicht in der äusseren Form, aber inhaltlich kehrte so die Gesellschaft gegen Ende des Jahrhunderts mit Wielands Iselinbiographie zu den hergebrachten und vertrauten Erinnerungsbildern der Restaurationszeit und des «Ratsherrenregiments» zurück.

Zu Lebzeiten Iselins entstanden drei Bildnisse: 1757 entstand ein Doppelporträt des jungen Ehepaars Isaak Iselin und Helene Forcart von Joseph Esperlin (Abb. a und b). Es zeigt den 28-jährigen, soeben zum Ratsschreiber gewählten Iselin. Dieses Doppelporträt befand sich bis 1967 im Besitz der Familie; sein heutiger Standort ist unbekannt. 1780 entstand eine Zeichnung von Johann Heinrich Lips (Abb. c), die Iselin in reiferen Jahren zeigt. Im Oktober 1781 schliesslich besuchte Anton Hickel, später Porträtist am kaiserlichen Hof in Wien, das Ehepaar im Reischacherhof auf dem Münsterplatz und fertigte Zeichnungen an, die als Vorlage für ein Porträt dienten, das Hickel noch im selben Jahr in Öl ausführte (Abb. d). Das Original befindet sich heute im Historischen Museum Basel. Eine Kopie aus dem 19. Jahrhundert hängt in der alten Aula des Museums an der Augustinergasse. Ein viertes Porträt von Iselin, das wahrscheinlich auf eine von Hickels Zeichnungen zurückgeht, zirkulierte fast nur im Familien- und Freundeskreis, oft zusammen mit der Porträtskizze von Helene Forcart-Iselin. Obwohl dieses Abbild Iselins wirklichem Aussehen kurz vor seinem Tod am nächsten kommt, hat es für das Erinnerungsbild in Basel und in der GGG keine Bedeutung. Es hat sich nur in Medaillons und einem einzigen Druck erhalten. Ein besonders schönes Beispiel eines solchen Medaillons aus dem Besitz von Iselins Tochter Anna Maria Preiswerk-Iselin findet sich im Historischen Museum Basel (Abb. e). Es wurde in eine äusserst kostbar ausgeführte Büchse eingearbeitet, die zugleich auch Marquard Wochers Porträt einer jung verstorbenen Tochter von Anna Maria Preiswerk enthält.

Für die Iselinikonographie des 19. Jahrhunderts entscheidend wurde das Ölporträt von Hickel. Es verdrängte sowohl das Bild von Esperlin, das 1768 Nicolai in der «Allgemeinen Deutschen Bibliothek» veröffentlichte (Abb. f), als auch alle auf Lips zurückgehenden Stiche, die bis in die Mediationszeit hinein zirkulierten. Bereits 1783 erschien der Porträtstich nach Hickel, gestochen von Hübner, der von Christian von Mechel in Basel verlegt wurde und 1821 als Vorlage für die Illustration im ersten, Isaak Iselin gewidmeten Neujahrsblatt diente (Abb. g). Die 1814 von Joseph Maria Christen angefertigte Marmorbüste, die Iselin nicht mit Perücke, sondern als römischen Republikaner in antikischem Stil zeigt (Abb. h), beruht ebenfalls auf dem Hickel-Porträt. Die von diesem suggerierte Vorstellung eines eleganten Rokoko-Bürgers diente als Gestaltungsvorlage auch für die Statue, die 1891 im Schmiedenhof aufgestellt wurde (Abb. i). Nur ein einziges Mal griff man auf die von der Familientradition bevorzugte Porträtzeichnung zurück und druckte sie der ersten Jubiläumsschrift 1827 bei (Abb. k).

[Abb. 14a]
[Abb. 14b]
[Abb. 14c]

[Abb. 14d]
[Abb. 14e]

[Abb. 14f]
[Abb. 14g]
[Abb. 14k]

[Abb. 14h]
[Abb. 14i]

3.

Isaak Iselin (1728–1782) und die aufklärerische Reformbewegung in Basel

Seit etwas mehr als zehn Jahren erlebt Isaak Iselin (1728–1782) eine Renaissance. Grosse Anstrengungen wurden unternommen, seinen Nachlass und seine Schriften einer interessierten Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen. Ausgewählte Titel seines im Druck erschienenen Werks werden in einer wissenschaftlich-kritischen Ausgabe neu aufgelegt. Teile seines Briefnachlasses und viele kleine Druckschriften sind in digitaler Form auch im Original im Internet einsehbar. Die Voraussetzungen für eine intensive wissenschaftliche Beschäftigung mit Iselin und seiner Zeit sind somit gegeben.[1]

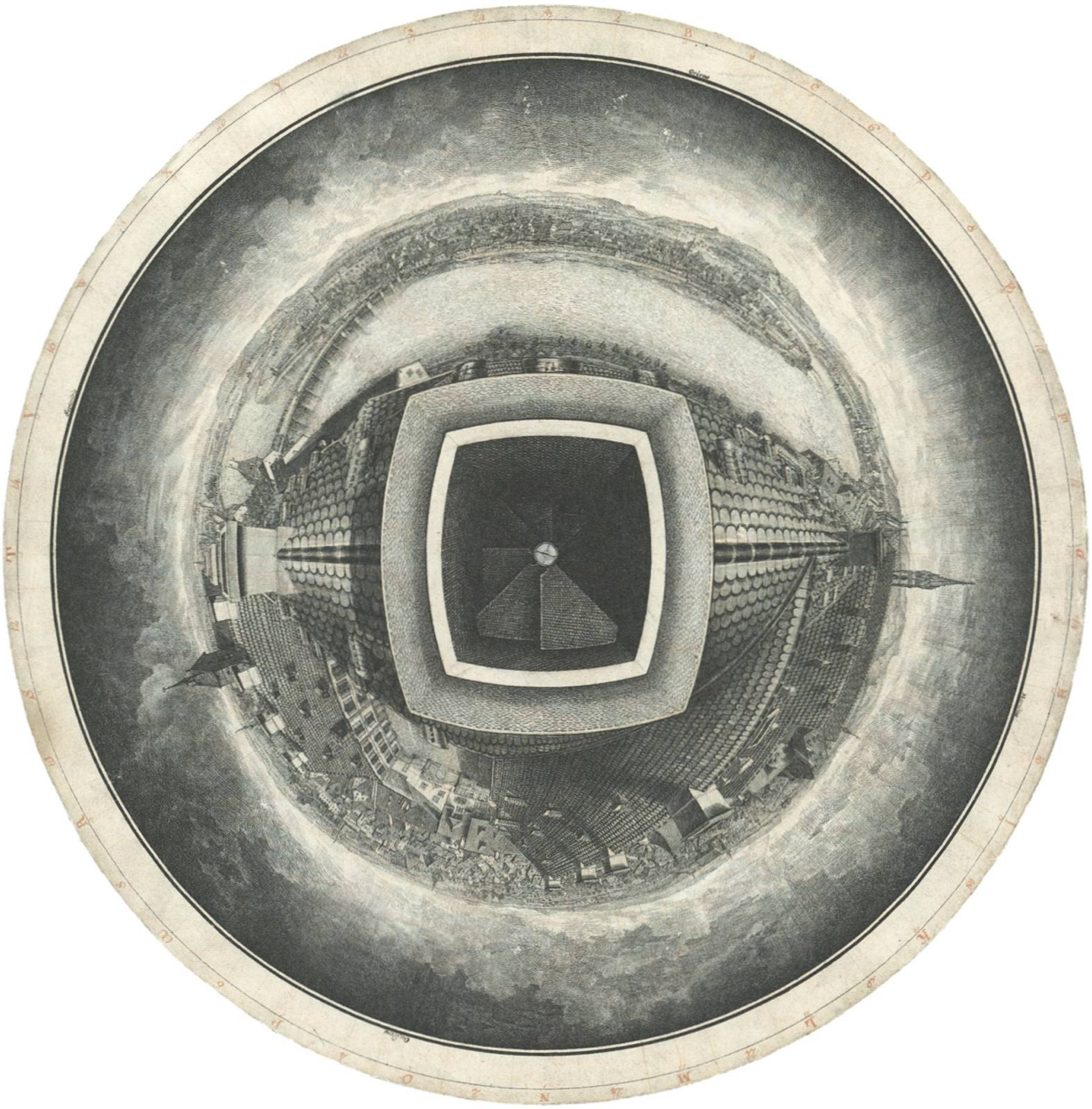
Die neuere Iselinforschung setzte nach dem Zweiten Weltkrieg 1947 ein mit der Publikation der Dissertation von Ulrich Im Hof zu Iselins erster Schaffensperiode bis 1764, dem Erscheinungsjahr der ersten Fassung der «Geschichte der Menschheit». Im Hof wertete nicht nur erstmals den im Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt liegenden Nachlass von Isaak Iselin aus, sondern er stellte Iselins Leben und Werk auch als Erster im historischen und geistesgeschichtlichen Kontext dar. Der zweite und abschliessende Teil von Im Hofs Iselinbiographie erschien erst zwanzig Jahre später unter dem Titel «Isaak Iselin und die Spätaufklärung». Im Hof charakterisiert 1967 seine lebenslangen wissenschaftlichen Bemühungen um Iselin als Erfüllung einer *«vernachlässigten Pflicht der Geschichtsforschung»*.[2] In den Jahren zwischen dem Erscheinen des ersten und des zweiten Teils seiner Biographie hatte sich Im Hof zudem von einigen Basler historiographischen Traditionen distanziert, die im älteren Teil besonders die historische Beurteilung der Person von Peter Ochs-Vischer und dessen Verhältnisses zu Isaak Iselin in falschem Licht zeigen[3] und von Andreas Staehelin bereits 1957 angefochten worden waren.[4] Im Hof beschäftigte sich im Rahmen seiner Forschungen zur Geselligkeit des 18. Jahrhunderts auch eingehend mit der von Isaak Iselin mitbegründeten «Helvetischen Gesellschaft». Er trug dadurch massgeblich bei zu einem vertieften Verständnis der Rolle der Sozietätsbewegung für die Ausbreitung aufklärerischer Ideen in der Schweiz und in Europa. Im Hof regte die ersten systematischen Arbeiten zur schweizerischen Reformbewegung an: die Studie von François de Capitani, der erstmals die soziale Zusammensetzung und die Vernetzung der Mitglieder der Helvetischen Gesellschaft zwischen 1761 und 1797 untersuchte, und Emil Ernes Forschungen zur Typologie und Topographie der schweizerischen Reformgesellschaften im 17. und 18. Jahrhundert. Diese

Arbeiten legten die Grundlage für weitere Studien, die mit neuen Methoden die Kommunikationstechniken und Netzwerke der schweizerischen Aufklärungsbewegung angingen und sich dabei auf die Ergebnisse sozialgeschichtlicher Untersuchungen zum 18. Jahrhundert und zur Helvetik abstützen konnten, die seit Beginn der 1960er Jahre die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und Lebensbedingungen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhundert analysiert und die sozioökonomischen Voraussetzungen der Reformbewegung und der Helvetischen Revolution geklärt hatten. Die politischen Schriften der Vertreter der Schweizer Reformbewegung konnten so in den lebensweltlichen Kontext, in dem sie entstanden waren, eingebettet und neu interpretiert werden. Die historische Forschung gelangte auf diesem Weg von einer reinen Typologie verschiedener Reformtypen, wie sie sich noch bei Im Hof, de Capitani und Erne findet, zu einem vertieften Verständnis der sozialen und politischen Faktoren, die bei der Entstehung von aufklärerischen Reformgesellschaften und ihrer Wirksamkeit eine Rolle spielten und ihre jeweilige lokale historische Ausformung beeinflussten.[5]

Dieser neue Forschungsansatz führte zu einem differenzierten Bild einerseits von Iselins Rolle in der innereidgenössischen Diskussion politischer Fragen, andererseits von seiner Bedeutung für die Verteidigung des schweizerischen ständischen Republikanismus – in Basel verkörpert im sogenannten Zunftregiment[6] – gegen Rousseaus radikale Gesellschaftstheorie, die wichtige theoretische Grundlagen für die Französische Revolution beinhaltete.[7] Die intensive Beschäftigung mit der geschichtsphilosophischen Grundlegung von Iselins Rousseaukritik schärfte auch den Blick für eine in Vergessenheit geratene geschichtsphilosophische Literatur der Aufklärungszeit, deren genaue Umrisse und Inhalte sich mit Hilfe der Geschichtsphilosophie Iselins näher erschliessen lassen.[8] Dank der Erforschungen der komplexen Kommunikationsnetzwerke der Aufklärungsbewegung verstehen wir heute auch, wie es Isaak Iselin trotz seiner politischen Isolation in Basel möglich war, sich als Rezensent, Briefschreiber und Autor führend an allen wichtigen philosophischen, ästhetisch-literarischen, moralischen und politischen Debatten seiner Zeit auf nationaler und internationaler Ebene zu beteiligen.[9]

Das Hauptinteresse der Forschung gilt heute Isaak Iselins Geschichtsphilosophie, die die Voraussetzungen seiner Reformbemühungen in allen Bereichen der Politik, der Moral und der Erziehung enthält und diese begründete. Sie entstand aus einer lebenslangen kritischen Auseinandersetzung mit Jean-Jacques Rousseau. Die kritische Beschäftigung mit dessen politischen Ideen lag bereits Iselins 1755 erschienenem politischen Erstlingswerk, den «Träumen eines Patrioten», zugrunde, das er dem Zürcher Johann Jakob Bodmer, dem unbestrittenen Führer der schweizerischen Aufklärungs- und Reformbewegung widmete. Einen ersten Höhepunkt erreichte Iselins Auseinandersetzung mit Rousseau mit der Veröffentlichung der ersten Fassung der «Geschichte der Menschheit» 1764, seinem philosophischen Hauptwerk. Beide Werke überarbeitete Iselin während seines

[Abb. 15]



[15] Das sogenannte Kamintableau von 1787, eine Federzeichnung: Rundsicht von einem der Kamine des Reichensteinerhofes (Blaues Haus) mit einer neuen, revolutionären Perspektive auf Stadt, Münster (rechts), Martinskirche (links) und Rückseite des Rathauses (links unten). Im Zentrum der Kamin des Wohnhauses von Lukas Sarasin, mit Treppenstufen zu dessen privatem Observatorium, von wo aus das Horizontalpanorama in seinem Auftrag vom Architekten Samuel Werenfels aufgenommen und vom Maler Franz Feyerabend gezeichnet wurde.

Lebens mehrfach grundlegend, da er die Ergebnisse seiner Auseinandersetzung mit den wichtigsten Publikationen und Debatten seiner Zeit laufend in die Werke einarbeitete. Wie andere seiner Zeitgenossen sah er mit Besorgnis die Radikalisierung der jüngeren Reformer durch die Rezeption von Rousseaus Ideen. In Zürich kam es in den 1760er Jahren innerhalb der von der regierenden städtischen Elite getragenen Reformbewegung sogar zu einer intergenerationalen Auseinandersetzung, in der die ältere Generation die selbständigen Organisationsstrukturen der jüngeren, radikaleren Generation zerschlug.[10]

Isaak Iselin war ein typischer Vertreter der älteren Reformbewegung. Er wehrte sich gegen Privilegien, die einer rationalen Verwaltung des Staates und einer den persönlichen Verdiensten des Einzelnen entsprechenden Stellung im Wege standen, aber er glaubte nicht an die Demokratie, die Selbstregierung des Volkes.[11] Iselin stellte die ständische Ordnung nicht in Frage, auch wenn er an die grundsätzliche Gleichheit aller Menschen und ihre allgemeine Bildungsfähigkeit glaubte, auch die der Frauen. Er sah die mangelhafte Erziehung der Mädchen für die eigentliche Ursache der untergeordneten Rolle der Frauen in der Gesellschaft seiner Zeit an, auch wenn er an der grundsätzlichen Wesensverschiedenheit von Mann und Frau und damit an den sozialen Geschlechterrollen seiner Zeit festhielt.[12] Iselin wusste um die Dringlichkeit der sozialen und wirtschaftlichen Probleme seiner Zeit und um die Gefahr, welche der öffentlichen Ordnung aus dem wachsenden Gegensatz zwischen Arm und Reich entstehen konnte. Seit Beginn der siebziger Jahre begann er sich deshalb vor dem Hintergrund der Hungerkrise von 1770/71 und der darauf folgenden Wirtschaftskrise intensiv mit den Ideen der Physiokraten – den Ökonomisten, wie Iselin sie nannte – auseinanderzusetzen und alle seine Hauptwerke in diesem Sinne zu überarbeiten. Iselins früher Tod im Jahre 1782 hat ihm die Entscheidung für und wider die Revolution erspart, die die Biographien seiner gleichaltrigen Freunde und die der jüngeren Reformer, die sich seit 1771 in der Helvetischen Gesellschaft organisierten, so entscheidend prägte. August von Miaskowski hat in seiner 1875 veröffentlichten Iselinbiographie richtig festgestellt: *«Und doch müssen wir uns freuen, dass Iselin, den sein ganzes Leben hindurch nichts mehr geschmerzt hat, als der Uebermuth, mit dem fremde Regierungen sich in die Angelegenheiten seiner Heimath einmischten, die schwere Wahl erspart worden ist – er starb bereits im J. 1782 – zwischen dem Verzicht auf die Durchführung derjenigen Ideen, für die er während seines Lebens gestritten hatte, und der Verwirklichungen derselben durch eine fremde Macht.»*[13]

Aber auch Iselin erfuhr in seinen letzten Lebensjahren eine Radikalisierung. Die Jahre 1776 und 1777, in die Konzeption und Gründung der GGG fallen, waren entscheidende Jahre im Leben Iselins. Im März 1776 erschien das erste «Stück» der «Ephemeriden der Menschheit oder Bibliothek der Sittenlehre und der Politik». Von da an publizierte Iselin seine Rezensionen und Artikel nicht mehr anonym in der renommierten «Allgemeinen Deutschen Bibliothek» von Friedrich Nicolai, sondern unter

seinem eigenen Namen in seiner eigenen Zeitschrift, die rasch zum Publikumserfolg wurde. Iselin nutzte die «Ephemeriden», die ausserhalb von Basel erschienen und deshalb der Basler Zensur entzogen waren, um seine Reformideen offen vorzutragen und seine Chancen, in ein Regierungsamt gewählt zu werden, zu erhöhen. Die zweimalige Wahl Iselins in den Sechservorschlag für das Amt des Oberstzunftmeisters, die höchste Stelle neben dem Bürgermeisteramt, im Januar und April 1777 ist ein deutlicher Hinweis, dass Iselins Person und Ideen unter den Mitgliedern des Grossen Rats zu diesem Zeitpunkt auf breite Zustimmung stiessen. Das in Basel bei Wahlen seit 1688 angewandte Losverfahren verhinderte seine Wahl jedoch erneut, wie schon bei früheren Gelegenheiten. Damit zerschlugen sich seine Hoffnungen endgültig, als Oberstzunftmeister oder Bürgermeister die Reformen in der Stadtrepublik Basel durch direkte Interventionen vorantreiben zu können. Als Ratsschreiber war es ihm nämlich verboten, direkt auf die Politik der Stadt Einfluss zu nehmen. Mit der Gründung einer Basler Reformgesellschaft, die alle Basler «Patrioten» sammeln und die öffentliche Diskussion und praktische Umsetzung von Reformen an die Hand nehmen sollte, suchte und fand Iselin einen Ausweg.

Mit der «Gesellschaft zur Aufmunterung und Beförderung des Guten und Gemeinnützigen» (GGG) entstand 1777 nun ein öffentliches Forum, das auch der Basler Gruppe der Helvetischen Gesellschaft eine gefestigte Organisationsstruktur gab. Der radikale Charakter von Iselins reformerischen Bemühungen in seinen letzten Lebensjahren zeigt sich gerade in der lokalen Politik. Viele seiner Beiträge in den «Ephemeriden» beschäftigen sich mit Basels Wirtschaft und Politik und den Aktivitäten der Basler Reformgesellschaft.[14] Er machte sich in seinen letzten Lebensjahren durch erneute Vorstösse für die Öffnung des Bürgerrechts 1779 und für Bildungsreformen von 1779 bis 1782 viele Gegner. Die Bemühungen um eine Bildungsreform, die akademische und kirchliche Privilegien in Frage stellte, provozierten auch den Widerstand der Universität, der Lehrerschaft und der Behörden.[15] Und die von der GGG veranlasste Preisfrage zur Luxusgesetzgebung 1779 dürfte ebenfalls viele Bürger verärgert haben, besonders solche aus Kreisen der Handwerkerzünfte, die die Beschränkung der «Kleiderpracht» der reichen Kaufleute verteidigten, da dies die Gleichheit der Bürger untereinander wenigstens äusserlich sicherte.

Wenn wir die Gründung der GGG nicht als Endpunkt von Iselins persönlicher Entwicklung verstehen, sondern als konstituierendes Moment der baslerischen Reformbewegung, die von Iselin noch initiiert werden konnte vor seinem Tod 1782, verändert sich der Blick auf die weiteren Entwicklungen in Basel nach 1777 bis zur Helvetischen Revolution 1798. Auch die Basler Reformer – wie früher schon die Zürcher – waren sich bei der Gründung der GGG nicht einig, was unter den Begriffen «Republik» und «Freiheit» zu verstehen sei. Anders als in Zürich verliefen die Fronten durch die Generationen hindurch entlang sozialer Bruchlinien. Die Landbevölkerung blieb von diesen Debatten ganz ausgeschlossen. Die «revolutionär»

gesinnten Stadtbürger strebten eine grundlegende Reform der staatlichen Organisation an. Die Gegner der Revolutionsfreunde verteidigten den hergebrachten ständischen Republikanismus der Handwerkerzünfte, deren Vertreter Iselin wegen ihres kritiklosen Traditionalismus genauso wenig schätzte,[16] wie er das fehlende Interesse der reichen Kaufleute für den Staat als Ganzes Zeit seines Lebens kritisierte: Er bezeichnete das Basler Zunftregiment deshalb als «Quintessenz der Ungereimtheiten der Demokratie» und als «demokratische Aristokratie».[17]

Eine der Grundschwierigkeiten, Iselins Zeit und sein soziales Umfeld in Basel zu verstehen, ist – paradoxerweise – die fast ausschliessliche Konzentration auf seine Person in den bisherigen Forschungen zur Basler Aufklärung. Der Glanz seiner Persönlichkeit stellt nicht nur seine Mitstreiter in den Schatten, er überdeckt auch die Vorarbeiten älterer Aufklärer und Intellektueller in Basel wie Johann Jakob Spreng,[18] der Brüder Johann Bernoulli und Daniel Bernoulli oder Emanuel Wolleb.[19] Wir wissen sehr wenig über die Entwicklung der Basler Reformbewegung bis 1777 und nach Iselins Tod. Vieles weist darauf hin, dass sie ihre Wurzeln in der Philosophischen Fakultät der Basler Universität hatte. Die Konzentration auf Iselin und seine Vorstellung von «patriotischer» Geselligkeit und Reform verstellt uns heute auch den Blick auf andere soziale und politische Foren, auf denen aufklärerische Ideen in Basel in der Zeit Iselins zirkulierten. Die sogenannten «Mittwochskonzerte», veranstaltet vom 1708 gegründeten Collegium Musicum, waren ein Zentrum des sozialen Lebens in Basel. Die Konzertabende im Winter wurden auch zum Vertrieb der neuesten Druckerzeugnisse und zum informellen politischen Austausch genutzt.[20] Auch die Rolle des seit 1729 in Basel erscheinenden «Avis-Blättlein» bei der Verbreitung aufklärerischer Literatur und Lebensformen ist nicht untersucht, obwohl solche Annoncen- oder Intelligenzblätter in der neueren Forschung als wichtiges Medium zur Verbreitung aufklärerischer Ideen gelten.[21]

Die Konzentration der heutigen Forschung auf den Kosmopoliten, den Aufklärungsphilosophen und den Universalhistoriker hat eine eingehende Beschäftigung mit Isaak Iselins lokalem Umfeld und seinem Alltag als Basler Bürger und Beamter in den Hintergrund gedrängt. Iselins Schriften und nachgelassene Papiere[22] böten – wie der Beitrag von Hans Ulrich Fiechter vorführt[23] – einen einzigartigen Zugang zu Basels sozialer und politischer Geschichte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, nicht nur zu Iselins intellektuellen Freundschaften und europäischen Verbindungen. Als Basler Verwaltungsbeamter beobachtete Iselin seine unmittelbare Umgebung mit wachem Interesse, registrierte Probleme und versuchte auf mögliche Lösungen hinzuweisen. Er durchdachte viele grundlegende Fragen, die er in seinen Schriften diskutierte, an konkreten Beispielen aus seinem Alltag und analysierte sie in den von ihm in seiner Funktion als Ratsschreiber verfassten Berichten.[24] In den Arbeiten von Ulrich Im Hof und anderen von ihm angeregten Studien finden sich zahlreiche Hinweise

auf solche in den Aktenablagen des Staatsarchivs des Kantons Basel-Stadt verstreuten amtlichen Berichte Isaak Iselins. Diese Texte wurden von der historischen Forschung zur Basler Stadtgeschichte bisher nicht einmal systematisch verzeichnet,[25] geschweige denn als primäre Quellen zu Iselins politischem Denken und den sozialen und politischen Verhältnissen in Basel herangezogen.

Die Forschung hat sich bisher auch nicht mit der Frage beschäftigt, weshalb im «geselligen Jahrhundert» (Im Hof) die Stadt Basel so ungesellig war und die Reformbewegung so viel später einsetzte als zum Beispiel in Zürich oder Bern. Wir wissen aus Iselins Briefen und privaten Aufzeichnungen um die komplexen politischen Allianzen im regierenden Stadtbürgertum, um Iselins Sorge angesichts der wachsenden sozialen Gegensätze zwischen Stadt- und Landbürgern und innerhalb der städtischen Einwohnerschaft. Aber wir verstehen nicht wirklich, gegen welche Widerstände Iselin und seine reformwilligen Freunde in Basel in den siebziger Jahren anzukämpfen hatten. Wir können weder nachvollziehen, weshalb die Reformer um Iselin in Basel so wenig organisiert waren oder sich nur schwer organisieren liessen, noch verstehen wir heute, warum der Gründung der «Gesellschaft zur Aufmunterung und Beförderung für das Gute und Gemeinnützige» im Juni 1777 dann doch ein solcher Erfolg beschieden war.[26] Johann Rudolf Schinz schrieb noch 1773 über Basel: *«Es gibt hier viele Rechtschaffene für das Wohl des Gemeinwesens und für den Nutzen des Vaterlandes Besorgte. Aber sie wirken als einzelne. Der vereinigte Eifer, die gesellschaftlichen Aufmunterungen, der verbindliche Wetteifer von vielen, die Anstalten, Zusammenkünfte, Versammlungen, Anlässe zu gelehrten, moralischen oder politischen Gesprächen, Beratungen oder Unternehmungen* [wie Schinz sie von Zürich kannte] *mangeln.»*[27]

Die Voraussetzungen für eine universitäre oder eine politische Karriere waren für Isaak Iselin denkbar gut. Er stammte väterlicher- und mütterlicherseits aus rats- und ämterfähigen Familien. Ein Onkel väterlicherseits war ein herausragender Jurist und Gelehrter. Familienstreitigkeiten entfremdeten Isaak Iselin jedoch der Familie seines Vaters, des Seidenbandfabrikanten Christoph Iselin. Seine Mutter Anna Maria Burckhardt, eine *«energische, praktische und nicht unehrgeizige»* Frau,[28] hatte ihren Ehemann kurz nach der Geburt ihres Sohnes wegen Ehebruchs verklagt, als seine Seidenhandlung Konkurs machte. Sie erreichte 1730 die Scheidung und rettete so ihr in die Ehe gebrachtes Vermögen und ihren guten Namen, darin unterstützt von ihrer Mutter Maria Burckhardt-Faesch und ihrem Bruder Oberst Isaak Burckhardt-Obrecht. Christoph Iselin verliess Basel daraufhin; Isaak Iselin kannte seinen Vater deshalb nicht. Anna Maria Burckhardt, die ihren Mädchennamen wieder angenommen hatte, erzog ihren Sohn Isaak zusammen mit ihrem Bruder, der als Rechenrat dem Kleinen Rat angehörte und ein Regiment der Landmiliz kommandierte. Iselin war so von Geburt an in das Beziehungsnetz der Familie seiner Mutter und deren politische Ambitionen und Verbindungen eingebunden. Auch wenn er sich später gegen das «Familienregiment» und die sogenannten «Praktiken»

(Wahlabsprachen) wandte, waren es schliesslich doch Rücksichten gegenüber der Familie seiner Mutter, die politischen Verbindungen seines Onkels und eine arrangierte Ehe mit Helene Forcart, Tochter des vermögenden Seidenbandfabrikanten und Kleinbasler Stadt- und Gerichtsschreibers Dietrich Forcart-Faesch (Schwiegersohn des damaligen Oberstzunftmeisters und späteren Bürgermeisters Johann Rudolf Faesch-Ochs), die Isaak Iselin den Weg zum Ratsschreiberamt ebneten.

Herkommen, Ausbildung und Beziehungen reichten jedoch nicht aus für eine erfolgreiche politische Karriere im Basel seiner Zeit. Es gehörte auch eine gehörige Portion Glück dazu, um in die höchsten Regierungsstellen zu gelangen. Die Ballotordnung, ein kompliziertes Losverfahren (vgl. Glossar und Abb. 18, S. 77) bestimmte über die Besetzung der Stellen in den Räten und in der Verwaltung, in der Kirche und an der Basler Universität. Bis zu seiner Wahl zum Ratsschreiber im Januar 1756 spielte das Los Isaak Iselin immer wieder übel mit. Seine Bewerbung um den Lehrstuhl der Ethik an der Artistenfakultät im Mai 1749 scheiterte am Los, ebenso seine Bewerbung um den Lehrstuhl für Geschichte im Juni 1754. Iselins Hoffnungen auf eine akademische Laufbahn zerschlugen sich damit endgültig. Obwohl zwischen 1751 und 1754 eine akademische Karriere noch ganz im Vordergrund von Iselins Lebensplanung stand, hatte er sich doch bereits in diesen Jahren intensiv mit der Basler Politik und Verwaltungsorganisation auseinandergesetzt, um sich auf den möglichen Eintritt in das politische Leben vorzubereiten. Dies entsprach seinem Stand und den Erwartungen seines familiären Umfelds.

Seine Familie hatte seit je auf eine politische Laufbahn gedrängt. Aber auch hier war Iselin das Glück lange nicht hold. Zwar war er im Dezember 1751 der Zunft zu Hausgenossen (auch Bärenzunft genannt) beigetreten, in der die Aussichten, bald zum Vorgesetzten gewählt zu werden, am besten schienen, bemühte sich aber mehrere Jahre vergeblich um eine Gerichts- oder Ratsstelle. Seit 1751 bewarb er sich um die Stelle eines Gerichtsherrn, aber erst 1753 kam er bei einer Gerichtsvakanz im Grossen Rat, der die Stellen zu besetzen hatte, in die engere Wahl. Das Los war aber jedes Mal gegen ihn. Bitter empfand Iselin, dass es ihm trotz seiner anerkannten juristischen Fachkenntnisse im August 1753 nicht einmal in die engere Wahl zum Stadtkonsulenten, dem Rechtsberater der Regierung, reichte, hätte ihm diese Stellung doch ermöglicht, seine wissenschaftlichen Interessen mit der Politik zu verbinden. Nicht besser erging es ihm in seiner Zunft. 1753 fanden nach sechs Jahren Pause nicht weniger als drei Sechserwahlen statt, ohne dass Iselin je durch das Los zum wählbaren Kandidaten bestimmt worden wäre. Er tat sich schwer mit diesen Enttäuschungen: *«Ce malheureux sort ne me veut point du tout du bien. Que faire?»*, schrieb er seinem Freund Johann Rudolf Frey am 1. August 1753.[29]

Mit der Wahl zum Sechser zu Hausgenossen am 6. Dezember 1754 und dem Einsitz im Grossen Rat wendete sich das Blatt. In rascher Folge wurde Iselin 1755 in verschiedene Ämter gewählt, bis schliesslich am 22. Ja-

nuar 1756 die Wahl zum Ratsschreiber erfolgte, neben dem Stadtschreiberamt die höchste Beamtenstelle der Stadtrepublik Basel. Nur auf Drängen seiner Familie hatte Iselin sich am 5. Januar auf der Kandidatenliste eingetragen und sich nur widerstrebend mit den politischen Absprachen seines Onkels Oberst Burckhardt einverstanden erklärt. Am 29. März 1756 heiratete er Helene Forcart, wie es vor der Wahl zwischen Oberst Burckhardt und Dietrich Forcart-Faesch vereinbart worden war (vgl. Abb. 16 und 17, S. 75). Die mit der Wahl zum Ratsschreiber verbundenen Hoffnungen Iselins und seiner Familie, eines Tages zum Oberstzunftmeister und damit zum Bürgermeister aufsteigen zu können, erfüllten sich allerdings nicht. Insgesamt viermal gelangte Iselin zwischen 1762 und 1777 in die engere Wahl, viermal entschied das Los gegen ihn. Trotz aller politischen Kritik am Losentscheid und diesen schweren persönlichen Enttäuschungen griff Iselin diese Einrichtung nie offen an, auch weil er sie für einen sichtbaren Ausdruck der göttlichen Vorsehung ansah.[30]

> *Faut-il, Monsieur le Totsch*,[31] *vous consoler ou vous complimenter de ce que vous avez manqué de nouveau le poste éminent où les voeux de nos meilleurs citoyens vous appelloient? J'en suis très faché pour la Patrie, mais* [gestrichen: je] *comme les raisons qui pouvoient vous faire désirer la chose etoient contrebalancée par tant d'autre qui vous mettoient dans le cor de preferer à rester comme vous êtes, je m'en console par rapport à vous. On a su d'ailleurs si bien limiter le pouvoir des chefs, on leur a laissé si peu de moyens de faire le bien, on leur* [Streichung] *a si bien oté les agrémens de leur place pour ne leur en laisser que la charge, que ce n'est assuréement pas un poste qui soit si fort à briguer. Au moins y a-t-il en assez de gens bien pensant pour vous mettre en pape de le devenir. Vous me feriez grand plaisir de m'envoyer toute la Wahl, personne du régiment ne l'ayant reçue.*[32]

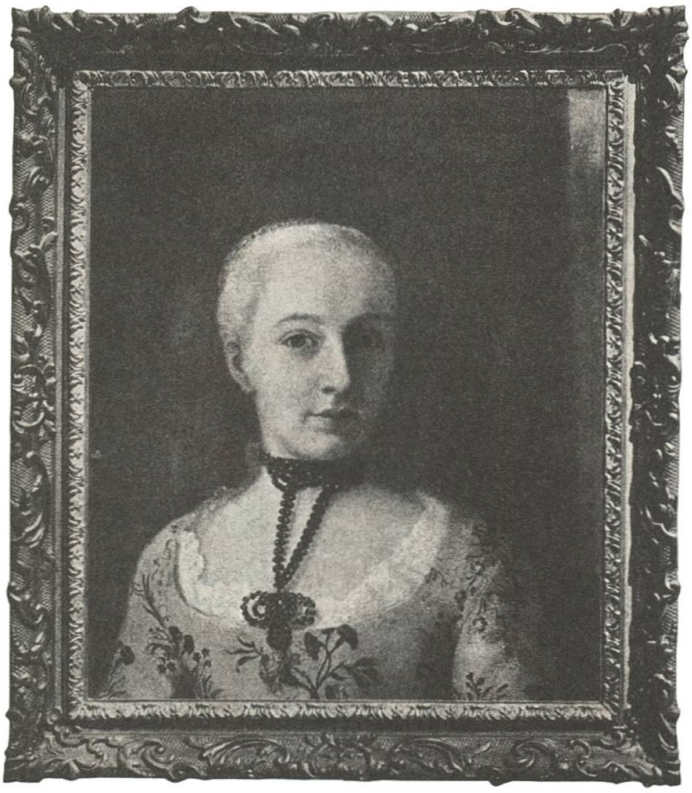
An den mit seinem Amt als Ratsschreiber verbundenen Einschränkungen seiner politischen Handlungsfähigkeit trug Iselin bis an sein Lebensende immer wieder schwer. Er führte zwar das Protokoll in den Verhandlungen des Grossen Rates, durfte als Ratsschreiber aber keine Vorschläge direkt in dessen Beratungen mehr einbringen. Dies zwang ihn, andere Wege zu suchen, um seine politischen Ideen öffentlich diskutieren und praktisch umsetzen zu können.

Aus dem persönlichen Nachlass von Isaak Iselin haben sich Tagebücher, Aufzeichnungen und grosse Teile seiner Korrespondenz erhalten. Briefe und persönliche Aufzeichnungen geben unmittelbar Einblick in seinen Alltag, sein Umfeld, seine Lektüren und Überlegungen, Wünsche, Ängste und seine politische Tätigkeit. Erste Aufzeichnungen zu seiner weiteren Lebensplanung stammen aus dem Jahr 1748 und beinhalten einen Plan des Zwanzigjährigen für das weitere Selbststudium nach Abschluss der Studien an der Universität Göttingen.[33] Für das Jahr 1750 hat sich die erste «Prüfung» erhalten, in der Iselin seine Person und sein Handeln im Jahresrückblick kritisch untersucht und aufgrund seiner religiösen

Überzeugungen hinterfragt. Solche «Prüfungen» führte er von nun an Jahr für Jahr bis fast an sein Lebensende durch.[34] Im April 1751, als er sich auf die Disputation seiner Doktorarbeit vorbereitete, begann er auch ein Tagebuch zu führen.[35] Erhalten haben sich 15 Tagebücher für die Jahre 1751–1756, 1756–1758, 1760–1771[36], 1773–1775 und 1776–1781[37]. Fast gleichzeitig mit dem Tagebuch begann er im Juni 1751 auch eine Niederschrift mit dem Titel «Patriotische Träume», eine Sammlung von Aufzeichnungen zu den positiven und den negativen Seiten des Basler Staatslebens, die er bis im Juni 1760 fortführte. Diese Sammlung dokumentiert seinen Eintritt in das öffentliche Leben Basels und die ersten Jahre seiner politischen Karriere als Grossrat und Ratsschreiber.[38]

[Abb. 16]

[Abb. 17]



[16] & [17] Photographien der heute verschollenen Porträts in Öl von Isaak Iselin und Helene Forcart, gemalt vom bekannten Porträtmaler Joseph Esperlin 1757 kurz nach ihrer Heirat und der Wahl Iselins zum Ratsschreiber.

Das Ternarium behielt der Gesetzgeber für die Bestellung der Professoren, Pfarrer und Schullehrer und Kanzley-Officianten, nicht aber der Kanzley-Vorsteher bey. Für alle übrigen Aemter, doch mit Ausnahme der Stelle eines Bürgermeisters, zu welcher der Oberstzunftmeister von Rechtswegen gelangte, und mit Ausnahme fast aller Militärstelle führte der Grosse Rat das Senarium ein. Im Grossen Rat ist die Hälfte der Wählenden, vermittelst weisser und schwarzer Kugeln, die sie unmittelbar vor jeder Bestellung aus einem Sack ziehen, von der Wahl ausgeschlossen, und die andere Hälfte theilt sich vermittelst der nummerierten Kugeln in sechs Abtheilungen, deren jede nach einander durch die relative Mehrheit und in geheimer Ablegung geschriebener Zettel einen der sechs ernennt, unter welchen das Loos entscheiden soll. In einem Sack werden die Namen der Vorgeschlagenen in eigene Capseln gethan, in einen anderen Sack der Name des zu bestellenden Amts, und fünf andere weisse Zettel, alle in Capseln eingeschoben. Der Bürgermeister zieht aus dem ersten Sack eine Capsel nach der andern, und der Oberstzunftmeister die des zweyten Sacks. Wenn der Name des einen der vorgeschlagenen, gleichseitig (!) mit dem Namen des Amts herausgezogen wird, so hat jener das Amt. Der Präsident [der amtierende Bürgermeister] *bekommt drey gute Kugeln, aber für verschiedene Nummern, die das Los anweist. Im Kleinen Rath werden zwey Ternarien gemacht, für jedes derselben halb schwarze und halb weisse Kugeln besonders gezogen, und dann werden die durch die zwei Ternarien Vorgeschlagenen Sechs dem entscheidendeen Loos übergeben. Bey jedem Ternarium bekommt der Präsident eine durch das Loos ihm angewiesene gute Kugel. Auf den Zünften giebt es keine schwarze Kugeln, und zwey Ternarien werden, wie im kleinen Rath gemacht, so dass jeder Wählende zwey Stimmen hat.*

Aus diesem allem erhellet, dass, was hier vernünftige Wahl genannt wurde, in den Ernennungen bestand, welche eine kleine Anzahl von Wählenden, die ein doppelter Zufall vereinigt hatte, vornahmen. Wir wollen den Fall einer Rathsherren Wahl zum Beyspiel anführen, zu welcher Stelle zwölf Personen, das sind die 12 Sechser der Zunft gelangen konnten. Gesetzt, es wären bey einer Bestellung im Grossen Rat 180 Mitglieder gesessen. Die schwarzen Kugeln schlossen 120 aus. Blieben 60. Das Loos vertheilte diese, durch die nummerierten Kugeln, in drey Classen, jede also von 20. Die 20, welche mit der 1 bezeichneten Kugeln bekommen hatten, ernannten hierauf den ersten, der in das Ternarium gezogen werden sollte. Von den 12 Sechsern nun bekamen 8, jeder 2 Stimmen, und 4 jeder 1 Stimme. So musste unter den acht das Loos entscheiden; derjenige, den es traf, kam in das Ternarium, und er konnte dann, ohne weitere Wahl, durch das einzige Loos, Ratsherr werden, folglich war es leicht möglich, das bei einer Versammlung von 180 Wahlmännern, ein Sechser mit zwey Stimmen zur Stelle eines Rathsherrn gelangte.

(Einführung des Looses zu Sechsen, oder des Senariums statt des bisherigen Looses zu dreyen, oder ternarium [1740]. Aus: Peter Ochs, Geschichte der Stadt und Landschaft Basel, Band VII, 1821, S. 385 und S. 461.)

[Abb. 18]

[18] Die Utensilien für das Losverfahren: Wahlkistchen, Beutel und Ballotkugeln. Der Standort des Tischchens, auf dem das Wahlzettelkistchen stand, und die beiden Tischchen, auf denen die Zettel beschrieben wurden, kann Abb. 19, einer Zeichnung aus dem «Statutarium» von 1795, entnommen werden.

Transkription des Textes zum Plan des Grossratssaals

Der Grosse Raht.
Plan des Grossen Raht-Saals
Darzu ist eine grosse Stube in dem Zweyten Stockwerk des Rahthauses gewidmet, neben welcher sich auch eine Abtritt-Stube befindet. Diser sogenannte Grosse Rahts-Saal ist ein ablanges, nidres und nicht genugsam erhelltes Viereck, und hat wegen Seiner Einrichtung und der Verteilung der Plätze daas Unbequeme, dass die Entferntern die Vorträge, und was verlesen wird, nicht genugsam verstehen; daher schon mehrere Male diserts eine Veränderung gewünscht und vorgeschlagen worden, aber immer vergeblich. Bald thaten sich wegen der Lage des Gemaches selbsten Anstände hervor, welche eine Abänderung unausführbar machten, bald streuten Menschen Hinternisse in Weg, welche das Project vereitelten.

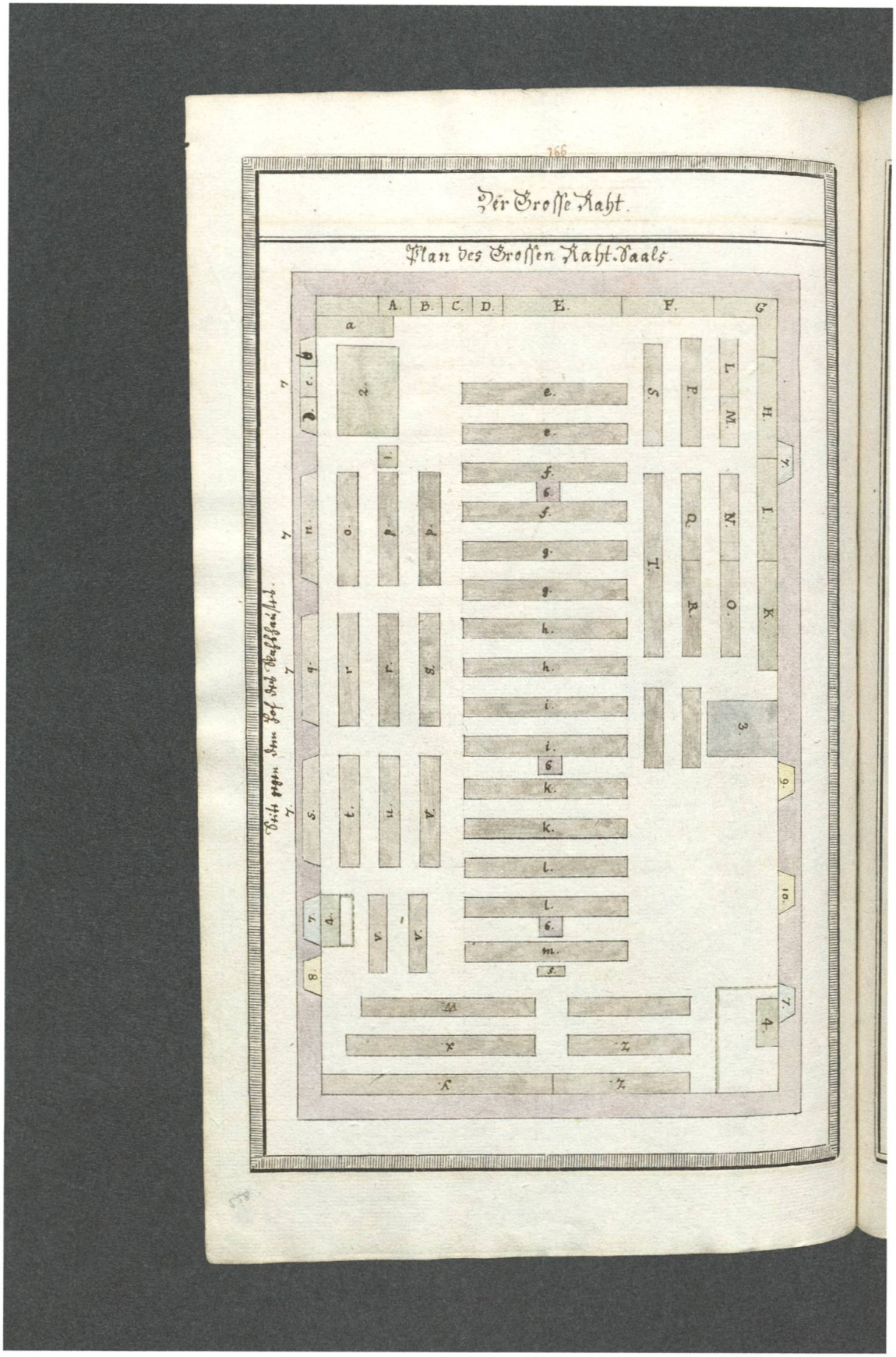
Legende zum Plan des Grossratssaals

A–D Sitz der Häupter
AB amtierender Bürgermeister und Obristzunftmeister
CD «stillstehender» Bürgermeister und Obristzunftmeister
E–T Sitz der Kleinräte (Meister und Ratsherr aus jeder Zunft)
a Sitz des Stadtschreibers
b Sitz des Ratsschreibers
c Sitz des Schultheissen des Grossbasel
d Sitz des Schultheissen des Kleinbasel
a–d sitzen alle um den «Kanzley-Tisch» (Nr. 2), daneben der Obristratsknecht (Nr. 1)
e–w Sitze der Kleinräte aus den Zünften (Sechs)
x–z Sitze der Kleinbasler Ehrengesellschaften

Auf den Seiten im Hintergrund an den beiden Längswänden die Tische (Nr. 4), an denen hinter einem Vorhang die Wahlzettel geschrieben werden. In der Mitte vor den Bänken der Ehrengesellschaften das Tischchen mit dem Kästchen (Nr. 5), in dem die Wahlkugeln abgelegt werden (vgl. Abb. 18, S. 77). Beim Ofen (Nr. 3) die zwei leeren Bänke der ehemaligen Achtburger, die Peter Ochs für die Vertreter der Zunft zum Lorbeer, der Akademikerzunft, vorgeschlagen hatte.

(Aus Johann Jakob Huber, Statutarium, 1795, S. 558)

[Abb. 19]



[19] Zeichnung der Sitzordnung im Grossratssaal aus dem von Johann Jakob Huber verfassten, heute im Staatsarchiv aufbewahrten «Statutarium» von 1795.

4 Hans Ulrich Fiechter

Wege zur GGG: Isaak Iselins Reformtätigkeit als Grossrat und Ratsschreiber bis zur Gründung der GGG im März 1777

4.1 Isaak Iselins Grundüberzeugungen

Isaak Iselins Laufbahn als Basler Reformpolitiker begann mit seiner Wahl zum Sechser zu Hausgenossen am 6. Dezember 1754. Mit dieser Wahl wurde er zum Mitglied des Grossen Rates. Dies veranlasste ihn, sich eingehend mit der mit diesem Amt verbundenen Verantwortung und politischen Handlungsmöglichkeiten auseinanderzusetzen. So stellte er sich ein 14-seitiges Programm zusammen unter dem Titel «Pflichten als Mitglied des Grossen Rates», das bereits die Leitlinien seiner späteren Reformtätigkeit als Ratsschreiber enthält und heute im ersten Tagebuchband eingebunden ist, nach dem Tagebucheintrag vom 30. Christmonat (Dezember) 1754.[1] Wir erkennen anhand dieser Aufzeichnungen, wie sehr Iselin ein Mann fester Grundsätze war und sich bemühte, sich selbst und dem Gesetz der Stadtrepublik, der er dienen wollte, treu zu bleiben. Wie immer in diesen Jahren besprach er auch diesen Text mit seinem Gesinnungsgenossen und vertrauten Freund Emanuel Wolleb, dem Schultheissen des Grossbasler Stadtgerichts.[2]

Zuerst formulierte Iselin einige allgemeine Punkte seiner politischen Agenda, die ihn als überzeugten «Patrioten» im Sinne seiner Zeit ausweisen. Oberstes Prinzip war es, die *«Glückseligkeit eines Staates»* zu erreichen: *«Der erste und allgemeine Grundsazz hierbei ist, das wahre Wol des Staates zu befördern; um diese wichtige Pflicht zu erfüllen, muss ich mir die Erkänntnis dessen zu erwerben trachten, worinne die Glückseeligkeit eines Staates bestehet.»* Diese «Glückseligkeit» definierte er für die Eidgenossenschaft näher: *«Ich halte es für einen Hauptgrundsatz der eydsgenössischen Staatsklugkeit: dass wie richtiger, wie vollkommener die Harmonie und das Verhältnis des ganzen Eidsgen. Staatsbürgers im Ganzen sich befindet* [d. h. wie harmonischer die Eidgenossenschaft als Ganzes funktioniert], *ein ieder besondrer Staat* [d. h. jeder einzelne eidgenössische Stand] *desto blühender und glückseliger sein müsse.»* Der Eidgenossenschaft zu dienen ist ihm deshalb höchstes Ziel: *«Höchste Ehre wird sein, Dienste für die Eydsgenossenschaft zu erfüllen. Ich hoffe, die Ausarbeitung meines Eydsg. Staatsrechtes, darauf ich mich nun mit grösster Ehre legen werde, soll mir einst zu einer ziemlichen Empfehlung werden.»*[3] Er verpflichtet sich zum Handeln: *«Nicht nur erkennen, was nötig ist, sondern auch das Nötige tun»*, und stellt die Vaterlandsliebe gleichberechtigt neben die Elternliebe: *«Dem Vaterlande ist man die nämliche Ehrfurcht schuldig, die man seinen Eltern schuldig ist; die Pflichten, die man ihm schuldig ist, mit einem kindlichen und ehrfurchtsvollen Vergnügen erfüllen.»*[4]

Auf der Grundlage dieser Überzeugungen bekannte sich Iselin zu den Grundprinzipien des Basler Zunftregiments[5]: *«Der Grosse Rat ist gesetzgebende Gewalt* [...]. *Die Ausübung derselben erfordert mehr Einsicht, Erwegung und Geschicklichkeit, als die meisten bei uns glauben. Wenn man ein Gesäzze ändert oder ein neues machet, so sollte man den ganzen Einfluss, den es in alle Teile des Staates haben könnte,* [...] *erwegen»*, auch in Bezug auf die Auswirkungen auf die Aussenpolitik und Handelsbeziehungen. Er verpflichtete sich auf die bestehenden Gesetze und zum bestehenden, durch die Zunftrevolution von 1691 geschaffenen politischen Gleichgewicht zwischen «Herren» und «Handwerkern» und sprach sich deutlich sowohl gegen eine Stärkung der politischen Macht der Handwerkerzünfte als auch der politischen Übermacht einzelner Personen oder einzelner Familien aus. Einzig dem Grossen Rat komme die Kompetenz zu, Ämter und Ehrenstellen zu besetzen: *«Die politische Gesetzgebung darf nur geändert werden, wenn dem Staate daraus ein ausnehmender Vorteil entstehe, sie muss allzeit auf das Gleichgewicht zwischen Herren und Handwerkern achten und in ieder Sache erwegen, ob nicht die Macht der Gemeinen* [Handwerker] *anwachse; die Obermacht einer einzelnen Person oder Familie muss verhütet werden. Dem Grossen Rath ligt endlich auch die Vergebung der höchsten und wichtigsten Ehrenstellen in der Republik ob:* [er soll] *nur dieienigen begünstigen, die dem Staate am nüzzlichsten sein werden, dass weder sie noch die Ihrigen dem Staate zur Last fallen oder demselben von innen oder von aussen Verdrüsslichkeiten zuziehen werden.»* Als Bürger wollte er sich bemühen, Gutes zu tun sowie redlich, dienstfertig, bescheiden und einfach zu sein, und erbat von Gott: *«Sollte ich iemals die Gewalt und das Ansehen / Amt, das mir anvertrauet werden möchte, missbrauchen können, so bitte ich den Allmächtigen, mir dieselbe als das grösste Übel, das er mir zuschikken könnt, zu versegen.»*[6] Sein politisches Handeln stellte Iselin ganz unter den Schutz des Allmächtigen und seiner Vorsehung.[7]

Diese Überzeugungen brachten Iselin in Konflikt mit den verwandtschaftlichen Verpflichtungen, die ihm selbst den Weg ins Ratsschreiberamt geebnet hatten. Bei der Nachwahl eines Sechsers in seiner Zunft, die mit seiner Wahl zum Ratsschreiber nötig geworden war, wurde er sich der damit verbundenen Schwierigkeiten bewusst. Seine nähere und weitere Verwandtschaft nahm es ihm sehr übel, dass er ihre Wunschkandidaten nicht unterstützte, weil er sich dem Ruf, «verwandtentreu» zu wählen, nicht aussetzen wollte. *«Ich predige in allen meinen Schriften die Tugend, die Redlichkeit, den Patriotismus – wie schändlich würde ich nicht den Plan meines Lebens entzieren.»* Lakonisch schliesst er den Passus: *«Nein, das tue ich nicht: ein tugendhafter Sklave ist glücklicher und grösser als ein schlimmer König.»*[8] Gefälligkeiten waren mit seiner Auffassung von Amtsehre unvereinbar. Diese Überzeugungen vertieften sich in der Auseinandersetzung mit der Familie seiner Frau, den Forcarts. Am 1. Januar 1760 schrieb Iselin in sein Tagebuch: *«Es ist insbesondere meine Schuldigkeit, meinem Schwäher* [Schwiegervater Dietrich Forcart-Faesch] *bei allen*

Anlässen diese falsche und verdammliche Baslerische Politik zu verleiden, die er für unschuldig hält.»[9] Zum Eklat kam es anlässlich der Nachwahl einer Oberstzunftmeisterstelle 1762.[10] Die Familie Forcart und ihre verschwägerten Verwandten versuchten, indem sie Druck auf Iselins Frau ausübten, ihn zur Kandidatur zu bewegen. Zwischen Iselin und Forcart kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, weil sich Iselin strikt weigerte und dies als eine Zumutung zurückwies.[11] Seine Frau war verzweifelt, dass ihr von ihrer eigenen Familie vorgeworfen wurde, zu wenig Verwandtensinn zu besitzen.[12] Iselin verteidigte seine ablehnende Haltung gegenüber Wahlabsprachen, den sogenannten Praktiken. In einem langen Brief an seinen Schwiegervater setzte er klar auseinander, dass jeder Bürger frei sei, zu wählen und zu entscheiden, allein Gott und der Wahrheit treu. So nehme er für sich in Anspruch, der Person oder Sache seine Stimme zu geben, die sie nach seiner reiflichen Überlegung verdiene.[13] In seinem Tagebuch notierte er: *«welch ein abscheulicher Heuchler müsste ich nicht seyn, wenn ich meinen Grundsätzen zuwider handelte – welch ein Verräter an der Tugend und wie ein schändlicher Mensch würde ich dadurch werden.»*[14]

4.2 Iselin und die Reform der Basler Verwaltung bis 1760

Mit der Wahl zum Sechser seiner Zunft und kurz darauf zum Eherichter begann Iselin 1754, sein juristisches und staatskundliches Selbststudium, das er seit seiner Rückkehr aus Göttingen 1748 im Hinblick auf eine akademische Karriere betrieben hatte, auf seine neuen politischen Aufgaben auszurichten und sich systematisch mit Basler Staatsrecht und amtlichen Ordnungen zu beschäftigen. Diese Studien konnte er mit der Wahl zum Ratsschreiber 1756 vertiefen, da er Zugang zur Kanzlei und zum geheimen Archiv erhielt. Iselin nutzte eine anderthalbjährige Krankheit, die ihn zwischen November 1758 und März 1760 an der Ausübung seiner Amtsgeschäfte hinderte, zur weiteren Vertiefung seiner Kenntnisse. Im Januar 1760 nahm er auch die Führung seines Tagebuches wieder auf, die 1756 ins Stocken und 1758 ganz zum Erliegen gekommen war.

Iselin studierte systematisch die Bündnisse und Verträge des Standes Basel mit den Eidgenossen und mit den Bischöfen und Fürsten der Region und legte sich ein chronologisch und geographisch geordnetes Kompendium an, in dem die zentralen Vertragsklausen textgetreu nachgeschrieben waren, sodass er sie immer zur Hand hatte und bei Bedarf bequem mit sich führen konnte.[15] In seinen Tagebüchern lässt sich der Fortschritt dieser Arbeit unter dem Begriff «Staatskunde» genau verfolgen. In den Verhandlungen mit dem Markgrafen von Baden-Durlach, der ersten grösseren Aufgabe, die ihm nach seiner Wahl zum Ratsschreiber zufiel,

und im Verkehr mit den umliegenden Kommunen und Herrschaften im Elsass, besonders mit den vorderösterreichischen Herrschaften, war ihm dieses Wissen unentbehrlich.

Mehrmals konnte er anhand seiner Auszüge seinen Kontrahenten belegen, dass ihre Unterlagen vom Originaltext abweichende Formulierungen aufwiesen, die die Zwistigkeiten herbeigeführt hatten oder solche veranlassen konnten. Auch bemerkte er, in Zusammenarbeit mit seinem ehemaligen Lehrer, Professor Jakob Christoph Beck, wie Wortinhalte sich im Laufe der Zeit verändern konnten und durch die entsprechenden neuen Begriffe ersetzt werden mussten in gegenseitigem Einvernehmen, um den ursprünglichen Sinn der Vereinbarungen zu sichern. Um sich seine Amtsgeschäfte zu erleichtern, legte Iselin sich auch einen Auszug aus den Ratsprotokollen an und später auch ein Register. Beide hinterlegte er in der Kanzlei und machte sie so auch den Ratsmitgliedern und Staatsbeamten zugänglich. Die Kanzlei benötigte dringend eine Reorganisation, wenn Iselin und seine Mitarbeiter zielstrebig arbeiten wollten. Es gab keine Schriftverzeichnisse, kein Urteilsregister, kein staatliches Bürgerregister, kein eigentliches Organigramm der gesamten Behörden, geschweige denn ein Kompendium, das die einzelnen Stellen und Funktionen in Verwaltung und Regierungsbehörden und deren Kompetenzen beschrieben hätte. Das vorhandene Kataster stammte noch aus Felix Platters Zeiten.[16]

Besonderes Augenmerk richtete Iselin auf das Rechnungswesen und die Finanzen der Stadtrepublik, deren Jahresrechnung er als Ratsschreiber zu erstellen hatte. Er sah die Staatsrechnungen von 1734 bis auf seine Tage systematisch durch, um sich ein Bild der Entwicklung der Basler Staatsfinanzen machen zu können. Er wollte ausfindig machen, wo und wie Staatsausgaben verringert werden könnten, wie es sich mit den nach seinem Verständnis ungesetzlichen Gratifikationen, das heisst mit vom Rat gesprochenen Belohnungen für besondere Leistungen, verhielt und ob der Staat etwa Mehreinnahmen erzielen könnte und aus welchen Quellen diese erhältlich wären. Iselin entwickelte ein neues Buchungssystem und führte die Staatsrechnung eine Zeit lang eigenhändig, bevor er diese Arbeit wieder den Rechenräten anvertraute.[17] Anders als die im Wesentlichen unselbständige Tätigkeit in der Kanzlei konnte Iselin bei der Arbeit der sogenannten «Haushaltung», der «Oberbehörde» des Finanz- und Volkswirtschaftswesens, in der er von Amts wegen Einsitz hatte, aktiv an den Beratungen teilnehmen.

Daneben versuchte Iselin, sich ein Bild der aktuellsten Schriften zur Staatsverwaltung und Staatsführung zu verschaffen, um Anregungen zur Verbesserung der Verwaltung des Basler Staatswesens in den Räten und Kommissionen zu machen und in schriftlichen «Bedenken» in die Beratungen des Grossen und Kleinen Rats einzubringen. So las er zum Beispiel Friedrich Karl von Mosers «Anleitung zur Verwaltung» und beklagte 1762, Henri-François d'Aguesseaus Werk «Introduction à la Diplomatie» nicht schon viel früher gekannt zu haben, weil er daraus viel hätte

lernen können, um seine Arbeit wirksamer zu gestalten. Sogar eine *«Art von System unserer Verfassung»* entwarf Iselin, indem er die Ratsbücher von 1693 bis 1759 auszog.[18] Was ihm alles schief schien, trug er im dritten Teil seiner 1760 in Zürich anonym bei Orell und Co. erschienenen «Philosophischen und politischen Versuche» zusammen unter dem Titel «Von den Pflichten, welche aus der Verderbniss des Staates fliessen»,[19] einer Art Auslegeordnung all dessen, was in der Praxis verbessert werden und dem Bürger den Staat näher bringen sollte.

Ziel all dieser Bemühungen war es, die bestehenden Abläufe in den politischen Behörden und in der Verwaltung der Stadtrepublik Basel zu verstehen, um diese effizienter zu gestalten. Was im Basler Staatswesen nach Iselins Meinung fehlte, war Ordnung: Ordnung in den Abläufen der Regierungstätigkeit, Ordnung in der Führung der einzelnen Ämter, Ordnung in der Verwaltung der Landschaft und im Verhältnis zur Landbevölkerung, Ordnung in den aussenpolitischen Beziehungen, Ordnung im Ratsgefüge selbst. Der Niederschlag dieser intensiven Beschäftigung mit Basels Regierung und Verwaltung waren der «Politische Versuch über die Berathschlagungen», eigentlich der Entwurf zu einer neuen «Ratsordnung», das heisst zu einer neuen Geschäftsordnung der regierenden Räte. Der «Politische Versuch» erschien im März 1761 bei Emanuel Thurneysen in Basel im Druck.[20] Die Amtspflichten und die Geschäfte, mit denen er sich als Ratsschreiber zu beschäftigen hatte, machten Iselin aber immer wieder auch bewusst, dass ihm das nötige technische Fachwissen fehlte und er sich nach Fachleuten umsehen musste, die ihn unterstützen konnten: *« – Ich kann es nicht wissen – die Fürsehung will aber ohne Zweifel, dass ich an der Stelle, die ich nun behaupte, noch viles erlehrnen und vielleicht auch eines und das andre Gute stiften soll.»*[21]

4·3

Gegen den missbräuchlichen Eid bei den Ämterbesetzungen 1755–1756

Noch als Grossrat hatte Isaak Iselin am selben Tag, an dem er sich auf die Kandidatenliste für die Ratsschreiberwahl eintrug, einen Vorstoss, damals Anzug genannt, eingereicht:[22] «Sollte man Bedenken tragen, wie dem Missbrauch des Eides zu steuern»[23] sei. Iselin lehnte den Eid nicht grundsätzlich ab, hegte aber starke religiöse Bedenken gegen den unnötigen, besonders aber den bewusst falsch abgelegten Eid. Meineidig wurden in seinen Augen vor allem diejenigen Gross- und Kleinräte, die trotz ihres Amtseides, der dies ausdrücklich verbot, durch Absprachen die Entscheidungen des Rates oder die Besetzung von Ämtern zu beeinflussen suchten, was trotz des Losverfahrens immer noch möglich war. Am 6. Juli 1755 legte er deshalb am Schwörtag anlässlich des Regimentswechsels den Bürgereid gemäss den Satzungen seiner Zunft ab ohne grosse innere Skrupel, weil er dies als eine

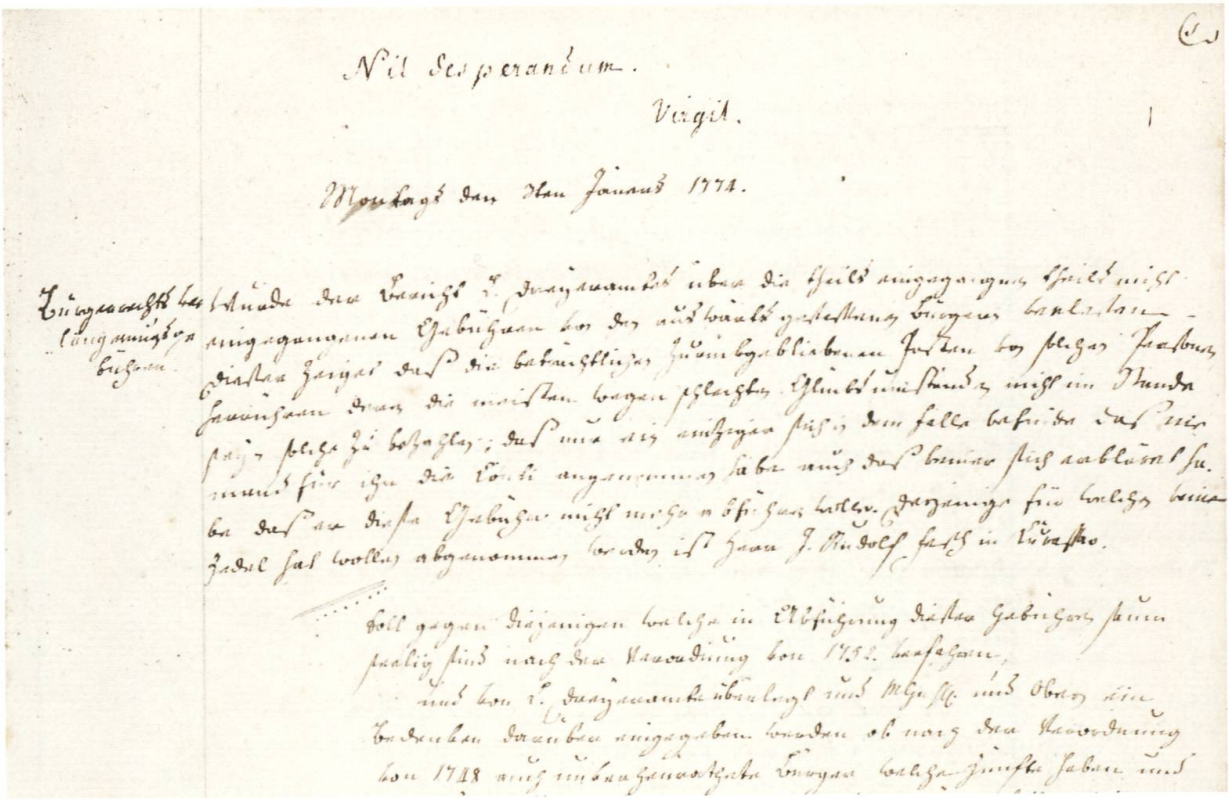
«Bürgerpflicht» ansah. Am Bettag, dem 11. September 1755, hielt er aber unter dem Eindruck der Predigt von Jean Rodolphe Osterwald, Pfarrer der französischen Gemeinde in Basel, in seinem Tagebuch den Entschluss fest, *«einen Versuch* [Essay] *zu schreiben, diesen Eid bei den Aemterbestellungen wegzuschaffen,»*[24] damit seine Mitbürger sich durch einen wissentlichen Meineid nicht versündigten. Unter dem 16. September notierte er, dass er *«4. Seiten an einer Schrift ‹Über die Abschaffung des Eides› geschrieben»* habe. Er besprach den Entwurf mit Schultheiss Emanuel Wolleb, bevor er den Text in Druck gab. Allerdings war dazu die Genehmigung der Bücherkommission, die in Basel für die Bücherzensur zuständig war, erforderlich. Zensor Anton Birr, Dekan der Philosophischen Fakultät, fand es nötig, diese *«Warnungen über den Wahleid»*[25] dem Stadtschreiber Franz Passavant-Düring vorzulegen. Iselin notierte: *«Dieser will ‹Warnung› o* [nicht] *censieren»*, sodass schliesslich der Vorsitzende der Zensurbehörde, der Dekan der Theologischen Fakultät, selbst die Beurteilung der «Warnung» übernehmen musste. Er gestattete den Druck, obwohl Iselin zunächst überzeugt war, dass er sich einer Entscheidung ebenfalls entziehen werde;[26] *«dises närrischen Dinges mit den ‹Warnungen über den Wahleid›, die man nicht censieren will, machete mich ein wenig unruhig»*, notierte er deshalb am 3. Oktober 1755.[27] Die «Aufrichtigen und wohlmeinenden Warnungen wegen dem Wahl-Eyde» erschienen schliesslich unter dem Pseudonym Eleuterophilus (der Freiheitsliebende oder Freimütige).

Am 19. Januar 1756 wurde Iselins Vorstoss über den Wahleid im Grossen Rat behandelt. Am 16. Februar 1756 vermerkte er: *«Man dringet nun erstaunlich stark auf die Verhandlungen des Anzugs über den Wahleid.»*[28] Es verstrich jedoch ein weiterer Monat, bis sein Vorstoss wieder traktandiert war. Überraschend für Iselin wurde das Geschäft abgeschlossen, aber nicht in seinem Sinn: *«Erhebliche Unordnung; es ward vil über d*[en] *Eid geredt, der endlich bestätigt ward mit vilen Stimmen – es währete sehr lange.»*[29] Stadtschreiber Franz Passavant hatte Iselin in seiner Kampagne gegen die Vereidigung der Protokollführer in den einzelnen Ämtern und Räten und der Subalternbeamten unterstützt. Beide folgten bei der eigenen Amtseinsetzung und bei speziellen Amtsverpflichtungen jedoch dem hergebrachten Brauch. Iselin notierte im Tagebuch: *«Gleich nach der Wahl musste ich dem Gr*[ossen] *Rath gleich einen Eid wegen meinen betreffenden Pflichten und einigen andern Puncten denselben leisten.»*[30]

4.4 Der Kampf um die Öffnung der Bürgeraufnahmen zwischen 1757 und 1763

In der ganzen Eidgenossenschaft war es im Verlauf des 17. Jahrhunderts zur allmählichen Schliessung der Bürgeraufnahmen gekommen, wodurch alle in eine Gemeinde Eingewanderten nicht nur politisch, sondern auch sozial und wirtschaftlich stark benachteiligt wurden, da sie das lokale

[Abb. 20]

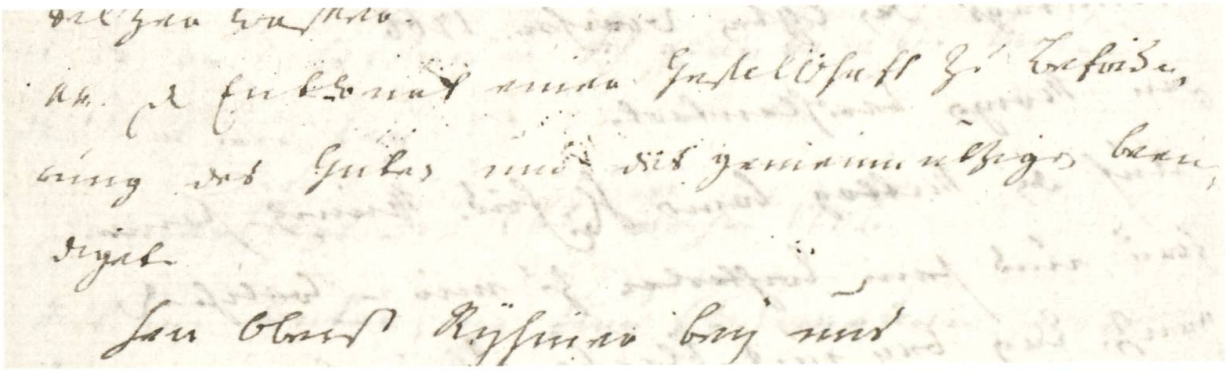


Nil desperandum.

Virgil.

Montags den 3ten Januar 1774.

[21]



[20] «Nil desperandum» (ungefähr: Kein Grund zum Verzweifeln), Motto nach dem römischen Dichter Virgil, das Isaak Iselin Montag, den 3. Januar 1774 dem von ihm geführten Protokoll der Grossratssitzungen voranstellte.

[21] Eintrag von Isaak Iselin in seinem Tagebuch unter dem 1. Juni 1766, dass er: «An dem Entwurf einer Gesellschaft zu Beförderung des Guten und des Gemeinnützigen» gearbeitet habe. Dies ist der früheste Nachweis des späteren Namens der Gesellschaft.

Bürgerrecht nicht mehr erwerben konnten. In Basel waren die Bürgeraufnahmen zwar erst ziemlich spät, im Jahre 1718, geschlossen worden, aber die wirtschaftlichen und demographischen Folgen waren zu Iselins Zeiten deutlich spürbar. Wegen der Schliessung der Bürgeraufnahmen ging der Anteil der bürgerlichen Bevölkerung gegenüber der nichtbürgerlichen zurück. In der Stadt schien zudem die Wohnbevölkerung abzunehmen und die wirtschaftliche Entwicklung zu stocken. Genaues wusste man aber nicht, da noch keine Volkszählungen durchgeführt wurden. Die erste Volkszählung konnte Iselin erst 1780 veranlassen, als er sich erneut für eine Öffnung der Bürgeraufnahmen einsetzte.

Schon vor seiner Wahl zum Sechser zu Hausgenossen begann Iselin, sich mit der Frage der Wiederöffnung der Bürgeraufnahmen zu beschäftigen.[31] Zusammen mit Schultheiss Emanuel Wolleb und Professor Daniel Bernoulli brachte er die Debatte ins Rollen. Wolleb veröffentlichte nämlich im November 1757 in einer Beilage des von ihm herausgegebenen «Helvetischen Patrioten» seine Schrift «Bürgerannehmung». Iselin und Bernoulli hatten je einen Brief beigesteuert.[32] Im Grossen Rat wurde daraufhin gefordert, die Wiederöffnung der Bürgeraufnahmen in Betracht zu ziehen. Eine von Iselin zu dieser Frage verfasste Denkschrift «Freimüthige Gedancken über die Entvölckerung unserer Vatterstadt», die in Abschriften in der Stadt zirkulierte, wurde ohne Wissen Iselins vom Arzt Johann Rudolf Geymüller, von Ratsherr Emanuel Ryhiner und anderen Freunden Iselins Anfang Februar 1758 gedruckt.[33] Ein politischer Skandal entstand, da die Handwerkerzünfte, die von der Schliessung der Bürgeraufnahmen wirtschaftlich profitierten und den Grossen Rat dominierten, sich angegriffen fühlten. Iselin stritt sich in aller Öffentlichkeit mit Ratsherr Johannes Debary-Frey, dem späteren Oberstzunftmeister und Bürgermeister. Rechenrat Samuel Burckhardt-Zäslin, damals der mächtigste Mann Basels, bezeichnete das Pamphlet als gefährlich und aufwieglerisch, weil es das Gleichgewicht zwischen «Herren» und «Handwerkern» in Frage stelle.[34] Die Schrift war in wenigen Tagen vergriffen, und Iselin veranstaltete eine zweite Auflage unter dem provokativen Motto: «Wer frey darf denken, denket wohl». Da er seine bei der Bewerbung zum Ratsschreiber gehaltene Rede mitdruckte, gab er sich – ohne seinen Namen zu nennen – dem Basler Publikum als Autor zu erkennen. Eine Widerlegung der Gegner mit dem Titel «Unparteiische Betrachtung der Freimütigen Gedanken» hatte keine Wirkung, sodass wider Erwarten am 20. März 1758 gegen den Willen der herrschenden Partei die Öffnung der Bürgeraufnahmen mit 106 zu 86 Stimmen beschlossen wurde.[35] Auch wenn sich Iselin mit dieser Kampagne mächtige Gegner schuf, etablierte er sich doch zugleich als ernst zu nehmender Reformpolitiker. Voll Stolz schrieb er am Tag nach der Ratsversammlung seinem Freund Johann Rudolf Frey: *«C'etoit en quelque façon un triomphe pour moi. La bourgeoisie qui est très contente de cette décision m'en regarde comme y ayant contribué le plus.»*[36] Allerdings konnte sich Iselin nicht lange seines Erfolgs freuen. Durch Aufstellung unmöglicher Bedingungen verhinderten die Gegner die praktische Umsetzung des Beschlusses.

In der Ratssitzung vom 16. November 1761 brachte Gerichtsherr Andreas Ortmann mit der Anfrage, wieso trotz des Beschlusses von 1758 sich keine Anwärter für das Bürgerrecht mehr präsentierten, die Debatte erneut ins Rollen, wohl auf Anregung Iselins, der seit August 1761 im Auftrag von Bürgermeister Johann Rudolf Faesch-Ochs an einem Gutachten zur Aufnahme von Gatten von Basler Bürgerinnen arbeitete.[37] Sofort kam es in den privaten Zirkeln Basels wieder zu lebhaften Diskussionen, wie Iselin in seinem Tagebuch vermerkt.[38] Anfang Januar 1762 belegen mehrere Einträge, dass er an einer Flugschrift mitarbeitete, die wieder von Ratsherr Emanuel Ryhiner unter dem Titel «Neue Betrachtungen über die Annahme neuer Bürger in Basel» herausgegeben wurde.[39] Erneut entstand ein Skandal. Am 16. Januar 1762 wurde im Grossen Rat gemeldet, dass *«eine Schrift über das Bürgerwesen verkaufet werde, die allerhand Bedenkliches erzählete»*.[40] Empört berichtete Bürgermeister Battier, das ihm nachts ein Exemplar der Flugschrift ins Haus geworfen worden war. Eine erregte Debatte folgte. Erst musste Ryhiner und dann Iselin, die sich beide als mitverantwortlich für diese Schrift bekannten, in den Ausstand treten. Ryhiner verteidigte sich mit der Bemerkung, *«wenn ein Voltaire gedruckt werde, so werde es wohl erlaubt sein, eine solche* [Schrift] *wie seine zu veröffentlichen»*.[41] Die Schrift wurde verboten und beschlossen, *«dass diese Schriften nicht mehr verlautet werden sollen und dass die Sache vor die HH.* [Herren] *XIII* [Dreizehner, d. h. den Dreizehnerrat] *mit Zuziehung der ‹Büchercomission›* [Zensur] *gewiesen werde»*.[42] Trotzdem wurde der Vorstoss Ortmanns zwei Tage später vom Grossen Rat behandelt und zur Prüfung an den Geheimen Rat überwiesen.[43] Persönlich meinte Iselin nach der Debatte vom 16. Januar 1762, die Veröffentlichung habe der Sache eher geschadet, als die Debatte zu einem positiven Abschluss zu führen.

Im Tagebuch berichtet Iselin ausführlich über die Verhandlungen im Geheimen Rat, wo die Fronten hart aufeinanderprallten. Es wurde bestätigt, dass der Verkauf der von Iselin mitherausgegebenen Schrift weiterhin verboten sein sollte;[44] gegen den Einspruch von Oberstzunftmeister Debary wurde in der Pamphletaffäre aber «Ersitzen» beschlossen, das heisst auf eine Strafverfolgung der Herausgeber verzichtet, womit der Zwischenfall politisch erledigt war.[45] Ratsschreiber Iselin erhielt daraufhin erneut den Auftrag, das «Bedenken» auszuarbeiten. Iselin diskutierte die Frage weiter im privaten Rahmen. Am Mittwochskonzert des Collegium Musicum vom 27. Januar besprach er sich zum Beispiel mit Andreas Ortmann und Daniel Bernoulli und lancierte dabei gleich den Vorschlag, in Basel nach dem Beispiel von Bern und Zürich eine «Oekonomische Gesellschaft» zu gründen. Iselins Taktik, im Hintergrund einflussreiche Ratsmitglieder für seine Ideen zu gewinnen, zeigte Wirkung. Am 29. Januar beschloss der Geheime Rat *«beinahe»* einhellig, dass Bürgeraufnahmen nötig seien und deshalb die Bedingungen erleichtert werden müssten. Am 31. Januar hinterlegte Iselin einen drei Seiten umfassenden «Rathschlag über Bürgerannahme». In seinem Tagebuch vermerkte er dazu: *«Wie elend sind die Gründe, die man* [gegen die Annahme] *angebracht hat»*,[46] und zur Debatte vom 4. Februar 1762 im Geheimen Rate notierte

er, dass sogar Oberstzunftmeister Debary *«ausnehmend billig und beugsam»* gewesen sei, *«man hätte ihn heut für einen eyfrigen Verfechter der Bürgerannahme genommen. Vielleicht dringet doch endlich die gute Sache durch.»*[47]

Endlich, am 26. April 1762, wurde in einer Sondersitzung des Grossen Rats das «Bedenken wegen der Annahme neuer Bürger» verhandelt und mit einer Zweidrittelmehrheit angenommen. Iselin verzeichnete im Tagebuch genau den Verlauf der Abstimmungen über die einzelnen Absätze des Ratschlags mit den Stimmenverhältnissen, über die Festlegung der Einbürgerungsgebühr von 200 Talern und über die Gültigkeit der neuen Verordnung für zehn Jahre, die allerdings jährlich neu bestätigt werden musste. Für Iselin war dieser positive Ausgang sehr bedeutungsvoll, bestätigte er doch seine führende Rolle in den Kreisen der Stadtbürgerschaft, die sich um Reformen bemühten.

In den folgenden Jahren verzeichnete Iselin die Aufnahmen bzw. Anträge auf Aufnahme ins Bürgerrecht. In den ersten Monaten nach dem Grossratsbeschluss kam es zu einer grösseren Anzahl von Aufnahmen, sehr zum Unwillen der Opposition. Der Rückschlag liess jedoch nicht lange auf sich warten. Schon am 19. Dezember 1763 beschloss der Grosse Rat, die Aufnahmen für sechs Jahre auszusetzen. *«Wohl gut – ich tröste mich – es wird doch noch besser gehen, als man vermuhtet»*,[48] schrieb Iselin in sein Tagebuch. Erst kurz vor seinem Tode, im Jahre 1781, wurden Aufnahmen ins Bürgerrecht wieder möglich, aber bereits 1782 wieder eingestellt, bis die Helvetische Revolution 1798 die ganze Frage mit der Einführung eines helvetischen Staatsbürgerrechts vorübergehend löste.

4.5 Die Gesellschaftsgründungen zwischen 1760 und 1762

Seit seiner Studienzeit war Iselin gewohnt, seine Ideen mit Gleichgesinnten in kleinen privaten Zirkeln zu diskutieren.[49] Diese Erfahrung nutzte er als Grossrat und Ratsschreiber für politische Zwecke. Da er als Ratsschreiber selbst keine Vorstösse mehr im Grossen Rat einbringen konnte, entwickelte Iselin nach und nach Strategien und Organisationsformen, um politische Allianzen im Grossen Rat und in der Verwaltung zur Unterstützung seiner Reformvorschläge aufzubauen. Iselin versuchte, unter den Ratsmitgliedern, die ihm familiär, vom Studium her und altersmässig nahe standen, auf Spaziergängen nach der Kirche auf dem Petersplatz, auf Dienstfahrten, bei Zunftbesuchen und sonstigen gesellschaftlichen Anlässen und durch das Verteilen seiner Schriften Anhänger für seine Projekte zu gewinnen, die seine Ideen in die Ratsdebatten tragen und an seiner Stelle in den Räten und Kommissionen seine Reformvorschläge vortragen konnten. *«Ich muss mir Freunde machen»*,[50] wurde zu einer seiner wesentlichsten Privatmaximen. Er brauchte «Freunde», Gesinnungsgenossen, um seine politischen Ziele

zu erreichen. Der Erfolg seines Vorgehens bestätigte ihn darin, methodisch auf diesem Wege weiterzugehen. Ständige Werbung für seine Reformpläne war auch die eigene Tätigkeit, vor allem in der «Haushaltung», an deren Beratungen er aktiv teilnehmen und seine Ideen persönlich vortragen konnte. Es ist deshalb kein Zufall, dass Iselin gerade im Auftrag dieser wichtigen Verwaltungskammer eine Menge «Bedenken» und andere Gutachten aufsetzte und dass viele seiner Reformvorhaben sich in deren Zuständigkeitsbereich bewegten. Die Redaktion von Kommissionsberichten und «Bedenken», die er innerhalb der Räte oder der Ratskommissionen vorbereiten und in ihrem Auftrag auch veröffentlichen konnte, erlaubte es Iselin zudem, die Zensur zu umgehen, was ihm in seiner publizistischen Tätigkeit nicht möglich war, ausser er publizierte seine Bücher ausserhalb Basels.

Neben seiner amtlichen Tätigkeit organisierte Iselin kleine private Lese- und Diskussionsgruppen, in denen er politische Fragen diskutieren und seine eigenen Texte und Anliegen besprechen und begutachten lassen und auf diesem Wege deren Erfolgsaussichten in den Räten beurteilen konnte. Vorbild waren die Göttinger Zirkel, die Iselin von seinem Studium her kannte, und Albrecht von Hallers Vorgehen in Bern. Versammlungsort war zwischen Sommer 1760 und Ende 1761 vielfach das von Iselin angeregte, nach dem Vorbild der Berner Lesegesellschaft in einem Kaffeehaus angesiedelte «politische, gelehrte und kaufmännische Staminet». Für diese «älteste Lesegesellschaft»[51] Basels bei Buchhändler Johann Salathé im «mittleren Pfauen» an der Sporengasse konnte Iselin einflussreiche Subskribenten gewinnen.[52] Es entstand ein Kreis, dessen Angehörige sich alle vierzehn Tage zu lockerem Ideenaustausch über Politik, Wirtschaft und Kultur zusammenfanden: *«Des Abends war die ganze Gesellschaft beisammen. Schulteis Wolleb las seine Abhandlung ‹Über das Los›, an dem er glaubet, dass man etwas ändern wolle.»*[53] Diskutiert wurden auch Arbeiten Iselins, zum Beispiel das dritte Kapitel der «Philosophischen und politischen Versuche»: «Von den Pflichten, welche aus der Verderbniss des Staates fliessen», oder Amtsgeschäfte Iselins wie die Vorbereitungen zum 300. Jubiläum des Bestehens der Universität Basel. Im Vordergrund stand indessen bald der Austausch über die wichtigsten Fragen, die Iselin bei der Ausarbeitung des «Bedenkens zu den Berathschlagungen» beschäftigten. Unregelmässig notierte er Teilnehmer und Themen dieser Debatten in den Tagebüchern.

Zwischen November 1761 und März 1762 regte Iselin die Gründung verschiedener Gesellschaften an, deren Mitglieder seine Gesinnungen teilten und seine Reformpläne unterstützten: *«wir redten das eine oder andre ab – um das Dings besser in Gang zu bringen».*[54] Verschiedentlich spricht er in seinen Tagebüchern davon, wie sich die Strukturen im Laufe des Jahres festigten, die Zusammenkünfte regelmässiger stattfänden und wie diese zu wichtigen Vorbesprechungen für politische, soziale sowie wirtschaftliche Entscheidungen in den politischen Behörden würden. Die konkrete Idee zu diesem Vorgehen hatte Iselin dem Bericht über die Entstehung der Solothurner «Oekonomischen Gesellschaft» im «Journal étranger» vom November 1761 entnommen.

Trotz seines Verzichts auf eine akademische Laufbahn erlosch Iselins Interesse an der Universität und ihrem Fortkommen keineswegs. Im ersten Amtsjahr untersuchte er zusammen mit Daniel Bernoulli die Frage der Physiksaalstiftung.[55] Ein Jahr später entwarf er den Aufsatz «Reform der Basler Hochschule» aus tiefer Besorgnis vor einem endgültigen Zerfall der Hochschule[56] und veröffentlichte 1758 die «Unvorgreiflichen Gedanken über die Verbesserung der B…schen hohen Schule» bei Orell und Co. in Zürich.[57] Vom November 1759 bis Mai 1760 versammelte er in seinem Haus einen Kreis junger Wissenschaftler, die sogenannte «Donnerstagsgesellschaft», an der neben Wolleb sieben meist jüngere Basler sich beteiligten.[58] Mit Blick auf das bevorstehende 300. Universitätsjubiläum setzte Iselin – auf dem Hintergrund der Debatte um die von ihm 1758 herausgegebene Reformschrift «Patriotische Träume eines Eydgnossen» des Luzerner Ratsherrn Franz Urs Balthasar – das Konzept für eine «Schweizerische Gesellschaft der Wissenschaften und Künste»[59] in Umlauf, mit deren Hilfe er aus Anlass der Feierlichkeiten klar aufzeigen wollte, dass sich das geistige und politische Leben seiner Vaterstadt von innen her und von Grund auf erneuern musste. Die Universität sollte grundlegend reformiert werden. Zu viele Professoren buhlten nur um Ehre und Prestige, anstatt der Wissenschaft zu dienen und selbstlos leuchtende Beispiele von Kenntnis und Lehre zu geben: *«ich wünschte zu Ehren der Universität, solche Umstände gehoben zu sehen. Ich möchte alles in der Welt tuhn, um derselben Ansehn zu erheben.»*[60] Mit Erlaubnis des Basler Rates lud Iselin die eidgenössische intellektuelle Elite nach Basel ein, um aufzuzeigen, dass er mit seinen Reformideen nicht allein stehe und dass die Eidgenossenschaft mehr Achtung von Seiten Basels verdiente. Daraus entwickelte sich innerhalb eines Jahres die spätere «Helvetische Gesellschaft», die Isaak Iselin in persönlichen Kontakt mit den führenden Vertretern der schweizerischen Reformbewegung brachte.

Der glänzende Verlauf der Feierlichkeiten gab Iselin zu grossen Hoffnungen Anlass, dass die Reform der Universität gelingen könnte. Aber am Ende blieb alles beim Alten. Im Oktober 1761 unternahm Iselin deshalb eine neue Demarche: *«Ich möchte insbesondere hier auch eine oekonomisch-physikalische Gesellschaft aufgerichtet sehen. – Vielleicht findet mein Versuch mehr Eingang, als ich hoffen darf.»*[61] Er wandte sich an die 1751 gegründete «Helvetische Gesellschaft der Wissenschaften» in Basel und bat um deren Unterstützung. Schon im November kam es zur Bildung einer «Spezialcommission zur Verbesserung der Landwirthschaft»,[62] die die «Helvetische Gesellschaft der Wissenschaften» durch ein «Memorial» aufforderte, *«ihr Augenmerk auf die Landwirthschaft und andere Nahrungsarten zu richten».*[63] Die neue Gesellschaft sollte die Landwirtschaftsreform, die Iselin sehr am Herzen lag, wissenschaftlich begleiten. Er hoffte, auf diesem Umweg doch noch eine Universitätsreform anregen zu können. Schon in seinem Entwurf einer «Gesellschaft der Wissenschaften» von 1756 hatte die ökonomische Klasse weitaus die wichtigste Rolle gespielt. Dank der Unterstützung von Daniel Bernoulli wurde *«im unteren Collegio* [am Rheinsprung] *bey einer Versammlung*

[Abb. 22]

[Abb. 23]

[22] Blick auf den Münsterplatz vom Dach des Rollerhofs, gezeichnet von Emanuel Büchel vor 1775. Isaak Iselin wohnte seit 1765 im Haus Nr. 16, im Reischacherhof, seiner Amtswohnung (heute Restaurationsbetrieb Zum Isaak).

[23] Von Emanuel Büchel vor 1775 gezeichnete Ansicht des Petersplatzes mit dem Zeughaus der Stadt von einem Haus am damals noch nicht zugeschütteten Petersgraben aus. Im Graben ist ein sehr gepflegter barocker Garten mit Spalieren an den Grabenwänden zu sehen.

der L[öblichen] *Academischen Facultät ein Memorandum zur Errichtung einer ‹Oekonomischen Gesellschaft› entworfen»* und den *«Gnädigen Herren»*[64] im Kleinen Rat überwiesen. Oberstzunftmeister Johannes Debary sollte mit dem Präsidium dieser neuen Gesellschaft betraut werden. Iselin sprach mit ihm noch gleichen Abends im «Concert», dem Mittwochskonzert des Collegium Musicum.[65] Er besprach den «Entwurf einer oekonomischen Gesellschaft» auch persönlich mit Bürgermeister Johann Rudolf Faesch-Ochs. Das Memorial wurde vom Kleinen Rat an die Landwirtschaftliche Kommission überwiesen, *«um die näheren Vorschläge zu erdauern und ihre Gedanken darüber zu eröffnen».*[66] Im Dreieramt skizzierte Iselin die neue «Oekonomische Gesellschaft» ebenso und trug im Kämmerlein zu Rebleuten das Statut zu einer «Physikalisch-oekonomischen Gesellschaft» vor.[67] Erneut entwarf Iselin Pläne einer *«aus drey Classen bestehenden Gesellschaft der Wissenschaft und Künste».*[68] Er legte diese aber bald wieder beiseite und arbeitete mit Daniel Bernoulli um Neujahr 1762 den definitiven Plan aus.[69] Freudig notierte er Ende Januar 1762, *«dass verschiedene Personen zur Einrichtung einer ‹oekonomischen Gesellschaft› nicht ungeneigt seien».*[70] Die gleichzeitige Diskussion um die Bürgeraufnahmen, in deren Mittelpunkt Iselin stand, brachte jedoch einen für das Gelingen ungünstigen Stimmungsumschwung. Nach Vorbesprechungen in der Landwirtschaftlichen Kommission, der Iselin selbst angehörte, wurde am 6. Februar 1762 vom Kleinen Rat[71] *«die Oekonomische Gesellschaft zu einer Berathschlagung gewiesen».* Das Ergebnis war enttäuschend: *«Barbaren sind Barbaren – Man schickt einen von Pontius zu Pilatus. Bald muss dises Collegium die Sache berathen, bald ein anders.»*[72] Dem Misstrauen der Kaufleute und Handwerker, den Einfluss der gebildeten und akademischen Kreise durch eine solche Gesellschaft zu sehr zu stärken, gab Iselin die Schuld.[73] Seit November 1761 versuchte er deshalb wieder, am Donnerstag verschiedene auswärtige und Basler Studenten bei sich zu versammeln, um mit ihnen zu diskutieren oder zu lesen. Die Versammlungen dauerten bis September 1762. Iselin verfolgte damit den Plan, möglichst viele gebildete junge Leute mit aufklärerischen Ideen vertraut zu machen.[74]

Trotz dieser Niederlage wuchs die Basler Gesellschaftsbewegung weiter an und wurde durch die Ernennung Iselins zum *«Ehrenmitglied der Berner oekonomischen Gesellschaft»* gestärkt. Iselins Ansehen unter den «Patrioten» der Schweiz festigte sich damit weiter. Bei deren Zusammenkunft im Mai 1762 in Schinznach beteiligte er sich an der Bereinigung des Entwurfs der Statuten der «Helvetischen Gesellschaft».[75] Er begeisterte sich dafür, weil sich die Gesellschaft *«Insonderheit die Aufmunterung guter Handlungen vorsetzet».*[76] Dieser anfängliche Elan verschwand, als Iselin bei seinen Eidgenossen zu wenig Feuer, Schwung und Unterstützung fand. 1766 zog er sich von der «Helvetischen Gesellschaft» zurück. Auch der Aufruf des Berners Daniel von Fellenberg zur *«patriotischen Vereinigung guter Bürger»*, das heisst zur Gründung einer übernationalen «Patriotischen Gesellschaft», verhallte in Basel fast ungehört,[77] hinterliess aber Spuren in Iselins Tagebüchern. Bis 1766 kämpfte Iselin darum, die verschiedenen

Zirkel oder Gesellschaften um ihn herum am Leben zu erhalten, ihnen neue Mitglieder zuzuführen und diese dazu zu bewegen, sich aktiv in die von ihm vorgeschlagenen Projekte einzubringen. In den siebziger Jahren, im Vorfeld der Gründung der GGG, griff er auf diese Gruppen zurück.

4.6

Iselins Tätigkeit in der Landwirtschaftlichen Kommission 1761–1764

Iselins Bemühungen, die Landwirtschaft im Stand Basel zu reformieren, entstanden aus seiner Tätigkeit als Mitglied der «Haushaltung». Aber schon als Grossrat hatte er sich darum bemüht, die neuen englischen und französischen Methoden bekannt zu machen. Bürgermeister Samuel Merian-Sarasin hängte ihm wegen seiner Begeisterung für die Tull-Duhamel'sche Ackerbaureform[78] sogar den Spitznamen «Duhamel» an. Als Ratsschreiber fand Iselin dann in der «Haushaltung» in Rechenrat Jeremias Wildt, dem Erbauer des Wildt'schen Hauses am Petersplatz, einen eifrigen Mitkämpfer, der wie Iselin in der Landwirtschaft die Grundlage der Wirtschaft und des Staates sah. Diese Grundlage schien im Stand Basel bedroht. Der Ackerbau wurde in den unteren Vogteien Basels durch den Rebbau und die Milchwirtschaft verdrängt, in den oberen durch die einträglichere Heimposamenterei. Diese Entwicklungen wurden von der Stadt als bedrohlich empfunden, weil die Zehntabgaben in erster Linie von Erträgnissen aus dem Ackerbau stammten.

Als Reformer und «Patriot» unterstützte Iselin die Förderung der Viehwirtschaft und eine rationellere Bewirtschaftung des Bodens, auch durch «Einschläge», das heisst durch die Einzäunung der bisher für das Vieh aller Dorfbewohner frei zugänglichen Brachen sowie durch Zusammenlegung der für eine rationelle Bewirtschaftung zu kleinen Grundstücke. So sollten höhere Erträge und damit indirekt auch höhere Abgaben erzielt werden. Iselin sah aber auch den Widerstand der bisherigen Besitzer und Nutzer voraus: *«Es würde nicht weniger gut seyn, wie durch die dienlichsten Mittel den schlimmen Folgen der allzu grossen und dem Feldbaue so nachtheiligen Zerstückelung der Güter vorgebogen werden könne, insbessondre in dem untern Basselgebiete viele Schwierigkeiten verursechen.»*[79]

Am 7. September 1761 wurde im Grossen Rat der Antrag auf Neuordnung des Landwesens gestellt und zu diesem Zweck aus der Haushaltung und der Landkommission eine neue landwirtschaftliche Kommission gebildet, in die auch Iselin gewählt wurde.[80] Als Vertreter der staatlichen Verwaltung in der Landwirtschaftlichen Kommission war Iselin in erster Linie als Jurist und als Fachmann für die Staatsfinanzen tätig, diskutierte aber, vor allem mit seinem engen Mitarbeiter, dem Landvogt von Münchenstein Hieronymus Christ, gerne über landwirtschaftliche Fragen und Gartenbau und hielt seine Überlegungen auch schriftlich fest. So wollte er

«Beobachtungen und Proben machen, welche fremde oder einheimische Grasarten an einem jeden Orte am besten kämen», die er entlang der *«Gräben oder wo Zäune, Häge, insonderheit auf die englische Art sind»*, nützen konnte.[81] Oder er fragte sich: *«wenn einer sein Land aufbreche und Früchte darin seyn, die andern Matten haben: ob disse einander in dem Heuet, in der Erndte so nicht hinderlych sey»*[82] oder *«wie alsdann die alten Matten und Einschläge von den neuen abzusondern oder wie der Mattenzins zu bestimmen sey»*.[83] Zu Gerät für die bessere Bodenbearbeitung überlegte er: *«sollten sie mehrere solche machen lassen, um solche den Landleuten bekannt zu machen, da man einen Handwerksmann aufmuntern sollte, dergleichen auf den Kauf zu verfertigen»*.[84] Der Plan, zusammen mit Landvogt Christ in Gundeldingen ein Mustergut einzurichten, zerschlug sich zwar, aber Iselin erwarb vor dem Aeschentor ein Stück Land,[85] wo er eine Art Versuchsgarten einrichtete, den er im Vorbeifahren von und nach Münchenstein bequem und ohne grossen Zeitverlust begutachten konnte. Er selbst arbeitete darin aber wenig.

Die Tätigkeit in der Landwirtschaftlichen Kommission erforderte beinahe wöchentlich irgendwelche Stellungnahmen Iselins. Er hatte sich mit finanziellen und rechtlichen Problemen auseinanderzusetzen, die aus dem Einschlagen von Weid- oder Fruchtland, von Allmend oder Privatland entstanden. Diejenigen, die zum Einzug der Zehnten berechtigt waren, musste er beruhigen, dass ihnen durch die neuen Nutzungsformen und gesetzlichen Vorschriften kein finanzieller Verlust entstehen werde. Die kleinen Bauern und Tauner, die von den Neuerungen nicht profitieren konnten, lehnten die Einschläge ab, da das Einzäunen bisher allen zugänglicher Grundstücke die Nutzungsrechte der Besitzer oder Pächter dieser Grundstücke einseitig zu Ungunsten der übrigen Dorfgemeinschaft verbesserte. Dies führte zu Konflikten, wie die Einwände von Andreas Faesch deutlich machen: *«dass man wegen den Bretzweiler Einschlägen und Waldmatten zu geschwind gehe und dadurch vil verderben könne»*.[86]

Um sich ein genaues Bild der ökonomischen Situation auf der Basler Landschaft machen zu können, beauftragte Iselin 1761 Landvogt Hieronymus Christ und Andreas Faesch, beide Mitglieder der Landwirtschaftlichen Kommission, eine genaue Aufnahme der Bevölkerung und ihres Erwerbs, des Viehbestandes und der Besitzverhältnisse sowie der Bodennutzung vorzunehmen: *«Sollten sich dieselben erkundigen, wie sich da überhaupt die Verhältnisse des Ackers, des Mattlandes befinden, und wie die Landleute an dissen Orten bestehen* [wie und wovon sie leben] *und überhaupt wieviel Tauner, wieviel Bauern, wieviel Passamenter, ob viele Arme* [...] *und was sonst hier Einfluss hat.»*[87] Im Sommer 1762 legten Christ und Faesch ihren Bericht, den Iselin als vortrefflich bezeichnete, vor.

Als erstes Ergebnis der Tätigkeit der neuen Landwirtschaftskommission wurde *«am 21. Nov. 1761* [...] *die neue Landesverordnung gutgeheissen und zum Druck befohlen»*.[88] Am 31. Juli 1762 fand schliesslich die grosse *«Berathschlagung über die Einschlagsbegehren»* statt. Iselin vertrat auch in dieser Debatte die Interessen der Obrigkeit: *«Ich bat, M*[eine] *Gn*[ädigen] *HH.*

[Herren] *zu betrachten, dass einige Einschlagsbegehren solches Geländ betreffen, welches an die Hochwälder stosse – Dises zu bewilligen, sey wider die Waldordnung – H*[och]*l*[öblicher] *Debari* [der Bürgermeister] *wurde aber darüber nicht nur nicht böse – sondern er rieht an, dass alle Einschlagenden, deren Güter an den Hochwald stossen, sechs Schuh von ihrem Land gegen den Hochwald uneingehagt lassen sollen, es sey denn Gn HH und Oberen würden etwas anderes verordnen.»* Iselin musste in der Debatte mehrmals juristische Belange erläutern. Die Vorschläge der Kommission wurden zu seiner Zufriedenheit grösstenteils übernommen: *«Nun hoffe ich wider, dass wir bey der landwirtschafftlichen Commission mit Nutzen arbeiten werden»*, und schloss etwas selbstgefällig und stolz: *«Heut hat man viele nützliche Einschläge erlaubet.»*[89]

In Zusammenhang mit der Überarbeitung der «Frohndungsordnung» (Ordnung über die persönlichen Dienstleistungspflichten der Untertanen für ihre Grundherren) wurde auch Iselin selbst auf die Landschaft abgeordnet, um mit Hieronymus Christ zusammen die Klagen des Liestaler Amtes wegen dieser Frondienste anzuhören. Iselin führte selbst Buch über die Anliegen der Landbevölkerung in den einzelnen Bezirken für die Revision der Verordnung.[90] Speziell wollte er wissen *«wie man es dazu gebracht habe, dass in Langenbruck weder liederliche Leute noch Bettler sich befinden».*[91] Später hatte er ein «Bedenken» über die Regierung der Landschaft abzufassen.[92] Den Geistlichen auf der Landschaft schrieb er eine wesentliche Rolle zu, die städtische Verwaltung einerseits über die Verhältnisse auf der Landschaft à jour zu halten, andererseits die Landbevölkerung über den Zweck der Reformmassnahmen zu informieren: *«da könnten sich die Herren Pfarrer und andere wackere Geistliche auf unserer Landschafft ein Vergnügen daraus machen, ihnen* [den Bauern] *mit ihren Beobachtungen an die Hand zu gehen, um die landesväterlichen Absichten U*[nserer] *GN*[ädigen] *HH* [Herren] *zu unterstützen».*[93] 1764 wurde schliesslich eine neue, von Iselin entworfene «Einschlagsordnung» und eine neue, auf Ideen von Landvogt Hieronymus Christ fussende «Frohndungsordnung» von der Regierung angenommen.

Die zahlreichen Besuche auf der Landschaft hatten Iselin den Blick für das Elend der Kinder auf dem Land geöffnet, obwohl sie seiner Überzeugung nach in unmittelbarem Kontakt mit der Natur und Gott dem ursprünglichen paradiesischen Zustand der Welt näher lebten als die Städter. Iselin beschämte es, wie in einem Staate wie Basel die Landkinder so elend vernachlässigt aufwuchsen, ohne Pflege des Geistes, ohne merklichen Erfahrungsgewinn, da ihre Eltern *«kaum etwas an Vernunft, Verstand, Sinn oder Zweck anbauen»* in ihren Kindern. *«Wieviel Intelligenz liegt da nicht brach», «welch ein Verlust für Basel, seinen Staat, ja für die Menschheit.»*[94] Hier liegen die Wurzeln zu Iselins Bemühungen um eine Reform des Landschulwesens. Über die tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Neuregelung der Bodennutzung auf die Dorfgemeinschaften durch die Einführung der Einschläge gaben sich jedoch weder Iselin noch andere regierende Bürger Rechenschaft.

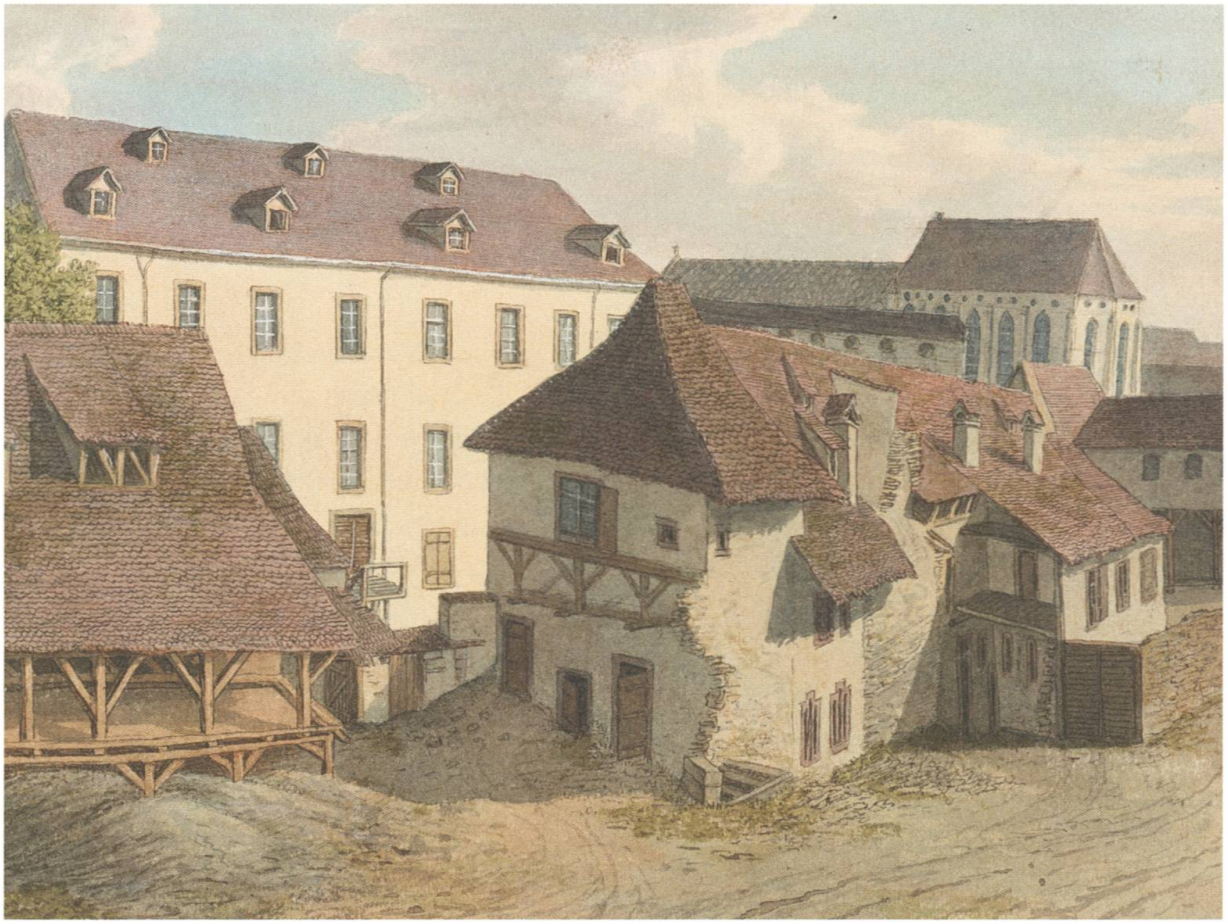
4-7

Iselins Beteiligung an der Errichtung einer Fruchtdarre 1761–1763

Die Sicherung der Ernährung der Stadt- und Landbevölkerung war von jeher eine zentrale Aufgabe der Regierungsbehörden. Eine optimale Lagerung der Getreidevorräte verringerte die Verluste und damit die Kosten, die die obrigkeitliche Vorratshaltung der Staatskasse verursachte. Die Aufzeichnung eines Gesprächs in Iselins Tagebuch belegt, dass das Darren als Mittel der Konservierung in der Stadt Basel damals noch unbekannt war.[95] Isaak Iselin bemühte sich deshalb um die Errichtung einer Fruchtdarre, die nach den neuesten Methoden die Trocknung von Feldfrüchten und Getreide, aber auch von Beeren und Baumfrüchten ermöglichen und damit die sichere Lagerung erleichtern sollte. Unter dem Datum *«Montags, den 4tn Augstm*[onat] *1760»* lesen wir in seinem Tagebuch: *«In dem Gr*[ossen] *Rathe: Aus Anlasse eines Status der obrigkeitlichen Handlungsfrüchte, haben M*[eine] *Gn*[ädigen] *HH* [Herren] *ûnd Oberen erkannt, dass sie genau sehen, wann die v*[o]*n L*[öblicher] *Haushaltûng nidergesetzte Commission die Art, die Früchte zu erhalten, die seit einigen Jahren zu Genf und Marseille üblich ist, zu untersuchen durch der Sache Verständige Leüte, so bald möglich, im Kleinen Versuche machen liesse, und wann M*[eine] *Gn*[ädigen] *HH* [Herren] *und Oberen zu seiner Zeit v*[o]*n dem Erfolg derselben berichtet würden. Ich habe bey L*[öblicher] *Haushaltung diese Sache in Bewegung gebracht* [...]. *Ich will nun wieder im Ernst an diese so wichtige und nützliche Sache denken. Ich kann auch dadurch meinen Mitbürgern grosse Dienste leisten.»*[96]

Iselin machte sich sofort an die Arbeit. Er berichtet seinem Studienfreund Johann Jakob d'Annone *«von der Intiedischen Weise* [tiède=lau], *die Früchte zu verhalten, die d'Annnone noch unbekannt war»*,[97] der aber das Verfahren, *«dass durch Hitze die Früchte am besten in einen haltbaren Stand gesetzet werden könnten»* der Theorie nach kannte.[98] Auf Grund seiner umfassenden naturwissenschaftlichen Kenntnisse war d'Annone der geeignetste Mann in Basel, um die Versuche zu leiten. Iselin schrieb an Bartholomé Dupont,[99] um *«denselben um die Mittheilung eines Modells der Darrstube zu Erhaltung des Getreides nach der Intianischen Methode»*[100] zu bitten. Im März 1761 konnte er d'Annone melden, *«dass das Modell derselben angekommen sey»*.[101] D'Annone präsentierte das Kleinmodell der Darre den Verantwortlichen mit den nötigen Erklärungen.[102] Im Juli notierte dann Iselin: «*Auf dem Rathhause mit Hl*[ochlöblichen] *Oberstz*[un]*ftmeister Fesch und mit H*[er]*rn. Rechenrath Wild wegen der Fruchtdarre gerathschlagt. Man gab den E*[hr]*w*[ürden] [Stadtmajor Nicolaus] *Miville*[103] *und* [Architekt Johann Jakob] *Fechter den Befehl, im Steinenkloster einen Platz auszusuchen und einen Überschlag zu machen. Ich will nun alles thun, dieses Geschäft zu beschleunigen.»*[104] Jedoch erst zu Ende des Jahrs 1762 kam Iselin dazu, *«ein Memorial»* zu schreiben, *«um E*[einem]. *E*[hrbarem]. *Kl*[einen Rat] *anzurathen, eine Fruchtdarre zu errichten»*,[105] am 13. Januar 1763 erfolgte die Genehmigung.[106] Am 18. Februar 1763 wurde bei Oberstzunftmeister Faesch erstmals über den genauen Bauplatz für die Darre verhandelt. Über Baubeginn, Verlauf und Abschluss der Bauarbeiten

[Abb. 24]



[24] Aquarell von Johann Jakob Schneider vor 1873: Blick von der Elisabethenkirche auf die Wirtschaftsgebäude im Hof des ehemaligen Steinenklosters St. Maria Magdalena. Das Gebäude links mit tiefgezogenem Dach ist vermutlich die Fruchtdarre, die auf Anregung von Isaak Iselin nach 1763 gebaut wurde. Das grosse Gebäude hinten links ist die Rückseite des «Blömlein Theaters», des ersten Basler Theaters. Rechts im Hintergrund die Barfüsserkirche.

und die Inbetriebnahme der Anlage lesen wir in den Tagebüchern Iselins aber nichts mehr.[107] Die Fruchtdarre leistete in den Hungerjahren von 1770 und 1771 der Bevölkerung in Stadt und Land grosse Dienste.

4.8 Iselin und das Salzwesen 1761–1762

Als Mitglied der Haushaltung musste Iselin sich auch mit Problemen im Salzhandel beschäftigen. Da offenbar das Salz in den Basler Lagern (zu) feucht wurde, veränderte sich das Gewicht pro Volumeneinheit so, dass je nach Wassergehalt und Messverfahren auf dem Weg vom Salzlager in der Stadt bis zum Endverbraucher auf der Landschaft unterschiedliche Preise für die gleiche Menge Salz bezahlt wurden. Da der Salzhandel ein staatliches Monopol war, musste unbedingt ein Messverfahren gefunden werden, um einen einheitlichen «gerechten» Preis zu garantieren. Dass feuchtes Salz schwerer war als trockenes, war unbestritten. Unklar war, in welchem Verhältnis der Wassergehalt das Gewicht des Salzes veränderte und mit welcher Messmethode beim Ausmessen bessere Resultate erzielt werden konnten: *«Wir liessen nur eine gewisse Mänge messen und nachher w*[a]*egen – wir fanden einen gar zu merklichen Unterschied in dem Gewichte des gleich gemessenen Salzes bisweilen von mehr als einem pfunde v*[o]*n dem Sester – Dises wird zu allerhand Betrachtungen Anlass geben – Indessen werden sich noch verschiedene Gründe wider das W*[a]*egen angeben – wir brachten mehr als drey Stunden in dem Salzhause zu.»*[108] Iselins Vermutung, dass *«diese Untersuchung des Salzwesens vielleicht länger dauern wird, als wir es geglaubt haben»*,[109] sollte sich bewahrheiten. Die Auswertung der Versuche und Verhandlungen in den Räten und Kommissionen beanspruchten etwa zwei Jahre.

Von überall her beschaffte sich Iselin Informationen *«wegen des Gewichtes, des Masses und des Preises»*[110] des Salzes. *«Wegen dieser Sache an den Herrn Landvogt Christ nach Münchenstein und an den Verweser Beck von Farnsburg geschrieben, um dieselben zu ersuchen, bey dem oesterreichisch-bischöflichen und Solothurnischen Salzkästen Salz zu nehmen, und nebst dem zu überschiken.»* Daniel von Fellenberg in Bern sollte ihm erläutern, *«warum die HH* [Herren] *von Bern das Ausmessen des Salzes in eine Auswegung bei ihrem Verkaufe verwandelt haben»*,[111] das heisst das Messverfahren gewechselt hatten. Unter den Ratsmitgliedern stiess das Geschäft zunächst auf wenig Interesse. Eine erste Debatte über das Salzwesen wurde auf den 10. Februar 1761 traktandiert, aber ausser dem Ratsschreiber Iselin waren nur drei weitere Personen anwesend. Für sich selbst kam Iselin am 1. März 1761 zum Schluss: *«wenn ich alles recht überlege, so finde ich, dass das Ausw*[a]*egen des Salzes besser wäre als das Ausmessen – Indessen finde ich viele Bedenklichkeiten, solches anzurathen».*[112]

In der Ratsversammlung vom 4. März 1761 erhielt Iselin dann den Auftrag, das «Bedenken zum Salzwesen» zu verfassen. Nach zwei Tagen war es fertiggestellt: *«Mich deucht, es sey mir ziemlich wohl gerathen – Indessen hätten*

wir mehr Beobachtungen und Erscheinungen machen sollen.»[113] Die Zweifel Iselins bestätigten sich nur zu bald: «*Aus Anlasse von des H*[och]*l*[öblichen] *R*[echen] *R*[a]*th* [Jeremias] *Wild zurückerhaltenen Salzschriften meine gestrige Berechnung wi*[e]*der durchgegangen, ich hatte mich um ein loth am pfunde geirret – Ich finde nimmer das Auswägen besser als das Messen.»*[114] Alles begann wieder von vorn: «*In dem Salzhause, da mir Ger*[ichts] *H*[er]*r Wieland einen Sester Salz in den Kupf* [hutförmiges Messgerät] *ummessen liess – Ich sah daraus, dass die Land-Salzmeister einen guten Vorschuss am Ummessen haben»*,[115] das heisst einen ungerechtfertigten Gewinn erzielten. Mit den Salzherren ging Iselin das «Bedenken zum Salzwesen auf der Landschaft» durch, das er am 6. März 1761 aufgesetzt hatte, und besichtigte anschliessend das Salzmagazin «Zur Meerkatz» am Herbergsberg. Von da fuhren die Herren direkt zum Pfarrhaus nach Münchenstein zu weiteren Beratungen.[116]

Mit spürbarer Erleichterung setzte Isaak Iselin am 2. April 1761 den Eintrag in sein Tagebuch: «*An der Haushaltung – endlich wird man das Salzwesen, obwohl unvollkommen, vor Gr*[ossen] *Rath bringen.»* Die Debatte selbst am 13. April verärgerte Iselin: «*welch eine erbärmliche Sache, dass man auch aus gleichgiltigen Sachen einen Gegenstand von Gemüthsbewegungen zu machen durch die Eingenommenheit für seine Meynungen sich verleiten lässt.– H*[och] *l*[öblicher]*Oberst-Zunftmeister Debari behielt dennoch den Sieg und bracht es dahin, dass man eine Untersuchung, wie eine Probe mit dem Auswägen gemacht werden könnte, vorzunehmen, erkannt wurde.»*[117] Die Messungen begannen also wieder von vorn. Zusätzlich zeichnete sich ein Gegensatz in den Präferenzen der Messverfahren zwischen Stadt und Land ab. Mit Rechenrat Wildt und Gerichtsherr Legrand vom Blumenplatz startete Iselin neue Messversuche. Legrand brachte eine Woche später vor, «*dass man das Salz bis auf ein ziemliches, ohne dass es schmelze, mit Wasser beladen könne».*[118] Iselin wollte das nicht glauben: «*Ich habe bisher noch nicht zehn gegen hundert Wasser unter Salze gemischet – Es scheinet mir vom Schmelzen weit entfernt; aber es ist doch so nass, dass man es kaum verkaufen dürfte. Ich betrog mich – nachdem ich die Blatte* [Bütte] *darin das Salz gewesen – und die weit schwärer war, als ich dacht, gewogen hatte, ergabe sich, dass 24 Se*[s]*t*[er] *Salz mit fünf L*[i]*t*[er] *Wasser beladen waren – hiemit mit mehr als zwanzigen gegen hundert.»*[119] Tags darauf traf sich Iselin mit Dreierherr Faesch im Salzlager. Auch Rechenrat Wildt, Ratsherr Basler und Gerichtsherr Frey begleiteten ihn: «*Wir wägen wi*[e]*der alle verschiedenen Mässe Salz ab – Ich habe die Berechnung noch nicht gemacht – Indessen deucht es mich, wir finden nicht das gleiche Verhältniss.»*[120] Trotzdem lag bis zum 1. Mai das «Bedenken zum Salzwesen» in der Endfassung vor, aber das Geschäft kam nicht voran, war «*verdriesslich»*, da «*Debary in das Auswägen verliebt ist».*[121] Endlich – wir sind nun im Mai 1762 – wurde man sich darüber klar, dass es in erster Linie galt, die zuverlässigste Messart zu bestimmen. Die Verordneten fanden sich deshalb am 12. Februar 1762 «*in dem Salzhause bei einer Berathschlagung wegen Einführung des Gewichtes und der neuen Mässe»*[122] ein. Mit seinem Fleiss verschaffte sich Iselin aber keine Ehre und geriet mit Oberstzunftmeister Debary in «*Zänkereien»*: «*Indessen*

will er gar zu sehr alles nach seinem Sinne haben – doch hatte ich Unrecht – weil ich ihm letzten Mittwochen allzusehr Beyfall gegeben hatte und ihn nun tadelte.»[123] Wieder streckte Iselin seine Fühler aus in andere Gegenden, aus denen die Eidgenossen und Basel Salz bezogen: nach den Grafschaften Lothringen und Bar. Der Zufall wollte es, dass die Herren Rosselet von Bar-le-Duc eben durchreisten, von denen Iselin direkt Mitteilung zum Salzwesen in deren Gegend erhalten konnte.[124] Über den weiteren Verlauf der Angelegenheit schweigen sich die Tagebücher aus. Nur zwischen den Zeilen lesen wir heraus, dass in der Stadt das Ausmessen mit dem Schöpfgerät, dem Hohlmass, üblich blieb, wozu neue geeichte Messbehälter angefertigt wurden, während auf der Landschaft nach Belieben der staatlich privilegierten Salzverkäufer entweder gewogen oder gemessen wurde. Iselins Ziel eines einheitlichen Messverfahrens wurde also verfehlt.

4-9

Iselin und die Reform des Basler Münzwesens 1762–1763

«Während des Siebenjährigen Krieges wurde unser Kanton mit geringhaltiger Scheidemünze so überschwemmt, dass der französische Neuthaler, der sonst 36 gute Batzen galt, mehr als 36 von den schlechten Batzen nun werth war. – Den 25. Oktober 1762 erkannte der Grosse Rath, ‹dass niemand den Neuthaler höher als zu 40 Batzen einem aufdringen sollte›. – Seitdem sind die Batzen nach diesem Verhältnis geprägt worden, und daher in den Anlagen und Schuldtiteln der Unterschied zwischen Neuthalern zu 36, und Neuthalern zu 40 Batzen. Der Neuthaler bleibt zwar unverändert, aber die Pfunde, die immer zu 12 Batzen gerechnet werden, gelten mehr, wenn 36 Batzen auf 1 Neuthaler gehen sollten, als wenn 40 Batzen dazu erforderlich sind». So beschreibt Peter Ochs-Vischer in seiner «Geschichte der Stadt und Landschaft Basel»[125] die spürbare Verschlechterung der Scheidemünzen in der Stadt Basel und ihrer Umgebung als Konsequenz des Siebenjährigen Krieges zwischen 1758 und 1763. Der Silbergehalt des ausländischen Münzgeldes, das in der Stadt und auf der Landschaft zirkulierte, ging zurück, was dessen effektiven Wert verminderte. Um Verluste der obrigkeitlichen Kassen bei der Ablösung der Zehnten in Geld, bei Zöllen und Abgaben zu verhindern und die Ansprüche von Geldgebern gegenüber ihren Schuldnern oder vertraglich vereinbarte Preise im Handel zu gewährleisten, musste rasch gehandelt werden. In der ganzen Eidgenossenschaft wurden Münzreformen vorgenommen.

Ratsschreiber Iselin notierte im Mai 1762 in sein Tagebuch: *«‹Von den Ursechen des verderblichern Münzwesens in Deutschland›* [ein Buchtitel] *eines und das andre gelesen und Auszüge gemacht zu der darüber bevorstehenden Berathschlagung.»*[126] Im Juli 1763 war er so weit, dass er *«einen ziemlichen Theil eines Vorschlags zur Verbesserung des Münzwesens, ins Reine»* setzen konnte.[127] Wegen des Regimentswechsels im Juni kam es aber erst Ende September

zu Beratungen zum Münzwesen. Iselin meinte dazu etwas verhärmt: *«langes Geschwätz – vil Gutes, aber endlich wird doch auf diese Weise wenig Fruchtbares ausgerichtet werden. Auch die, die es am besten meinen, wagen sich nicht, die Sache im Ganzen zu umfassen».*[128] Er freute sich deshalb, als der bestens qualifizierte junge Mediziner Passavant[129] sich bei ihm zum Dienst im Finanzwesen meldete. Aber Iselins Vorschlag *«diesen jungen Mann in L*[öblicher] *Haushaltung als Unteraufseher über die Prägung der Münzen zu empfehlen»,* fand keinen positiven Widerhall.[130] In einem weiteren Gespräch mit Passavant überzeugte sich Iselin, dass dieser *«eine gute Einsicht in diser Materie habe und er würde bald alles besitzen, was nöthig ist, um die Aufsicht über das Münzgeschäft mit Nutzen zu führen»,*[131] besonders nach Lektüre von dessen Aufsatz «Über das Münzwesen». Um die Problemlage besser zu verstehen, liess sich Iselin auch vom Goldschmied Fechter[132] genau unterrichten. Iselin konnte so in der Haushaltsitzung vom 30. November 1762 sehr wohl einschätzen: *«da man nun an der Ausführung der Vorschläge ist, so zeigt es sich, dass wir niemand haben, der die Sache genug verstehet* [...]. *Wir sollten nothwendig jemand haben, der den Mechanismus dises Geschäfts recht anordnen könnte.»*[133]

Schuldforderungen des Klosters Klingental gegenüber der Stadt Säckingen, mit denen der Dreizehnerrat sich zu befassen hatte – Iselin schrieb dort das Protokoll –, führten ihm vor Augen, wie sehr die Wechselverhältnisse der verschiedenen in der Region zirkulierenden Münzen durch die Geldverschlechterung in Unordnung geraten waren. Ähnliches erfuhr er als Einzüger der Stadt für die zur Domprobstei gehörenden Gefälle. Die Leerung der Zollstöcke auf der Landschaft und die Abführung der Zehnten zeigten in aller Deutlichkeit die Münzmisere auf, auch den Eidgenossen gegenüber, die mit «gutem Geld» und «guter Münze» bezahlt sein wollten. Ende Februar 1763 orientierte Iselin *«die eydsgenöss. Stände wegen dem Münzwesen»*: Der Stand Basel werde die minderwertigen Münzen einziehen und neue in Umlauf setzen. Das Dreieramt ordnete auf den 4. März 1763 den Einzug *«aller alten halben Batzen im Stadtwechsel»* an.[134] Eine Besserung im Münzwesen wurde mit dieser Massnahme nicht erreicht. Während den abschliessenden Arbeiten an der ersten Fassung der «Geschichte der Menschheit» verschwand das Münzwesen aus Iselins Tagebüchern. Erst Anfang November 1763 zeigt er an, dass er zur Haushaltsitzung vom 4. November1763 sein «Bedenken über das Münzwesen» fertigstellen werde. Nach Vorbesprechung in der Münzkommission *«wird es weitläufig ausgearbeitet»,* und Iselin hoffte, *«dass dise Arbeit der Haushaltung und der Münzcommission von einigem Nutzen seyn werde».*[135]

Der Text des Bedenkens hat sich in Iselins Tagebuch vollständig erhalten. Iselin äussert sich darin nicht nur zu technischen Problemen, sondern auch zu mit der Münzverschlechterung verbundenen sozialen Fragen in sehr kritischer Weise. In der Einleitung geisselt er die niedrigen Löhne, die für harte Arbeit entrichtet würden, ohne zu berücksichtigen, wie hoch die Lebenshaltungskosten des Arbeiters seien. Daraus resultieren in Handel und Gewerbe weitverbreitet Ungerechtigkeiten oder Missverhältnisse.

Das schlechte Geld sei ein Übel, *«welches die Bürgerschaft zu Grunde richtet und nur diejenigen bereichert, welche niederträchtig und schlimm genug sind und aus der Vergrösserung des allgemeinen Elendes ihr Glück zu ziehen: ein Übel, welches der Republik den siebenten Theil ihrer Einkünfte entziehet,* [...] *ein Übel, welches mit aller Schärfe ausgerottet werden muss».*[136]

Am 8. November 1763 wurde die von Iselin entworfene Verordnung gutgeheissen und ihm ein Gehilfe namens Linder zugeteilt, um die zur Umsetzung der Verordnung nötigen praktischen Massnahmen zusammen mit der Münzkommission umzusetzen.[137] Die Metallgiesser wurden über die neuen Vorschriften informiert, vor allem auch die Gold- und Silberschmiede. Die Werkzeuge, vorab die neuen Prägestempel, wurden von Stempelschneider Braun geliefert.[138] Ab Dezember lief der Um- und Austausch der Münzen an, und die Wechselstuben wurden angewiesen, die neuen Kurse einzuhalten. Die Texte der Verordnung und deren Erläuterungen stammten alle aus der Feder Isaak Iselins.

4.10 Reformen des Schul- und Erziehungswesens

Pädagogische Fragen beschäftigten Iselin als Philosophen und Publizisten ein Leben lang. Die Fragestellungen und die Lösungen veränderten sich dabei, nicht aber die Grundüberzeugung, die seine Bemühungen auf diesem Gebiet anspornten: Iselins Überzeugung, dass der Fortschritt der Menschheit zur Glückseligkeit ganz von der richtigen Erziehung der Jugend abhänge: *«Bey der Erziehung einer Nation kommt es hauptsächlich darauf an, dass die Jugend des Standes* [des Kantons Basel] *zu denjenigen Tugenden gewöhnet, von denienigen Fehlern abgehalten wird und über dieienigen Pflichten erleüchtet wird, die den grössten Einfluss in das Glück oder Unglück einer Gesellschaft haben.»*[139]

Schon in seiner Studienzeit beschäftigte sich Iselin mit Fragen der staatsbürgerlichen Erziehung. Erhalten hat sich der «Entwurf einer Pflanzschule tüchtiger Leute in einer Republik» aus dem Jahre 1745, in dem der erst Siebzehnjährige die Einrichtung von staatsbürgerlichen Kursen auf den Basler Zünften zur Vorbereitung und Erleichterung einer Staatsreform vorschlug.[140] In der ersten Fassung der «Philosophischen und patriotische Träume eines Menschenfreundes» von 1755 griff er die Erziehungsprinzipien seiner Zeit an, weil sie den Menschen nicht bildeten, sondern erstickten.[141] In der zweiten, erweiterten Fassung von 1758 setzte sich Iselin erstmals für eine öffentliche Schule ein, die weniger leeres Wissen zu vermitteln, umso mehr aber den Sinn für Ordnung, Gerechtigkeit und Sitten in der heranwachsenden bürgerlichen Jugend zu wecken habe. Seine ersten Überlegungen zur Armenerziehung schrieb er 1759 nieder, ohne den Entwurf zu veröffentlichen.[142] Praktisch konnte er sich erstmals als Ratsschreiber mit bildungspolitischen Fragen beschäftigen, als er im Juli 1760 auf ausdrückliches Begehren des Grossen Rates in die neu errichtete

[Abb. 25]

[25] Prägestempel und neue, erstmals zweiseitig geprägte Rappenstücke, geschlagen gemäss der von Isaak Iselin redigierten Verordnung von 1793.

Schulkommission gewählt wurde, die das Basler Schulwesen reformieren sollte.[143] Das Universitätsjubiläum und die Bemühungen Iselins hatten die regierenden Räte auf die dringende Reform des Gymnasiums aufmerksam gemacht. Iselin machte sich mit grossem Eifer hinter die Ausarbeitung eines «Bedenkens» über das Schulwesen. Er wolle, *«ehe er sich an etwas anderes wage, seinen Entwurf über das Basler Schulwesen zu Stande bringen»*,[144] hielt er in seinem Tagebuch fest. Nach ausgedehnter Lektüre, besonders von Johann Matthias Gesners «Braunschweigischer Schulordnung», begann er im September 1760 *«die Begriffe über das Schulwesen zu analysieren»*.[145] Nachdem er 43 Seiten frei Gedanken aneinandergereiht hatte, nahm er sich vor: *«Einen Plan meiner Abhandlung über die Verbesserung des hiesigen Schulwesens entworfen – ich will nun noch vierzehn Tage Materialien sammeln – hernach will ich einen Versuch thun, ein Gebäu aufzuführen.»*[146] Die Lektüren von Plutarch und Lockes *«Abhandlungen von der Auferziehung der Kinder»* verschoben die Gewichte in Iselins Überlegungen. Er trug seine Notizen nun nicht mehr unter dem Vermerk «Schulwesen», sondern unter «Auferziehung» ein.[147] Den ersten Entwurf seines «Bedenkens» vollendete er Anfang November[148] und diskutierte diesen in privatem Kreis mit seinem Freund Friedrich Münch, der ihn dazu anregte, seinen Plan zu erweitern und die Einführung einer allgemeinen Volksschule vorzuschlagen, die alle Mädchen und Knaben aller Stände erfassen sollte. Iselin legte den Entwurf auch Bürgermeister Faesch und Ratsherr Ryhiner vor, der ihn schon bei der Frage der Bürgerannahme unterstützt hatte.[149] Ab Februar 1761 brachte er in den verschiedenen Diskussionszirkeln, die er um sich gebildet hatte, die revidierte Fassung des «Bedenkens über das Schulwesen», aus dem sich später das sogenannte «Reformbüchlein» herausschälte, in Umlauf.

In der Schulkommission setzte sich am 12. Mai 1761 entgegen der Ansicht von Stadtschreiber Franz Passavant Iselins Idee einer grundlegenden Reform durch; es wurde ein engerer Ausschuss gebildet, in den auch Iselin und sein ehemaliger Lehrer, der Theologe Jakob Christoph Beck, gewählt wurden.[150] Nun verschrieb sich Iselin ganz seiner Arbeit am Schul- und Erziehungswesen. Neue Lektüren – vorab studierte er François Fénelons «Éducation des Filles», worin er *«viel Vortreffliches fand»*, dazu die mehrmals erwähnten «Sachsen-gothaischen Schulordnungen»[151] von Johann Matthias Gesner – führten ihn, in enger Zusammenarbeit mit Professor Beck, zum zweiten vorlagereifen Entwurf seines Essays «Bedenken zum Schulwesen».[152] Obwohl er vom Sinn dieser Vorstösse überzeugt war, mochte er nie an ihren durchdringenden Erfolg glauben: *«Mein Versuch* […] *ist ein langer Traum, den ich in einem enthusiastischen Fieber geträumt habe.»*[153] Tatsächlich fand die Schulkommission am 9. November 1761 *«grosse Schwierigkeiten bey einer ganz neuen Einrichtung* – […]. *Es müssten sich zu diesem Ende einige Herren bemühen, dieselbe zu durchgehen und einen Vorschlag zu machen, wie mit der Beybehaltung des Grundrisses ein besseres Gebäude da aufgeführt werden könne – Man müsse da hauptsächlich auf die Bildung des Geistes und des Gemüthes sehen.»*[154] Ende des Jahres 1761 war Iselins Enttäuschung über eine weitere

Vertagung dieses Geschäfts so gross, dass er in seinem Tagebuch hämisch festhielt: «[Ich] *fasste ein Bedenken ab, darinne ich die Verrichtungen der engeren Schulcommission beschrieb. Ich habe des Stadtschreibers Meynung, es bey dem Alten zu bewenden zu lassen, gar schön hineingesetzet. Dieselbe soll zu unsrer Beschämung aufbewahret bleiben.*»[155] Der überarbeitete Entwurf zum «Bedenken über das Schulwesen» lag Ende des Jahres 1761 gedruckt als «Reformbüchlein» zur Behandlung vor dem engeren Ausschuss der Schulkommission.[156] Aber sie überwies ihn nicht an die Räte, sodass Iselin enttäuscht vermerkte: *«Es wird nichts aus dem grossen Geschäft»*,[157] und der Jahresschlusssitzung der Räte fernblieb. Er war verschnupft, im doppelten Sinn des Wortes.[158]

Iselin hatte Grund, sich über Stadtschreiber Passavant zu ärgern: *«Auf dem Rathhause – bey einer Versammlung des engern Ausschusses der Schulcommission – welch verschiedne Denkungsarten* [...] *der Stadtschreiber will es völlig bey dem Alten bewenden lassen – und nur die Schulmeister durch mehrere Regenzen in der Ordnung halten. Ich betriege mich sehr oder es ist aus Eifersucht gegen mich – Er kann nicht leyden, dass meine Arbeit in den Schulen eingeführet werden soll. Ich will indessen doch nicht verdrüsslich werden – ich will meine Schuldigkeit thun – wen*[n] *ich noch von meiner Arbeit einen Nutzen für unser gemeines Wesen verschaffen kann: so ist es von disser Verbesserung des Schulwesens. Wie mehr ich hier Widerstand finde, desto mutiger muss ich denselben bekämpfen.*»[159] Mit Unterstützung seines Gevatters Münch und von Professor Beck überarbeitete Iselin das Bedenken ein weiteres Mal. Zu dieser Revision notierte er: *«Mein ‹Bedenken über das Schulwesen› insoweit abgeändert, als es zu der neuen Absicht dienlich ist.»*[160] Einen Monat später meinte er: *«Ich will indessen meine Schuldigkeit thun – wenn ich noch von meiner Arbeit einen Nutzen für unser gemeines Wesen verschaffen kann, so ist es von disser Verbesserung des Schulwesens.»* Gleichzeitig skizzierte er, *«wie die Stunden und Arbeiten bey der neuen Eynrichtung eingetheilet werden könnten»*.[161]

Erst vom 10. Februar 1766 bis März 1766 wurde das « Bedenken zum Schulwesen » im Grossen Rat behandelt. *«Es ging viel besser als ich hoffete – das ganze erste Hauptstück der vorgeschlagenen Ordnung wurde begnehmigt* [!]*»*.[162] Von Iselins ursprünglichem Wurf war nicht viel übrig geblieben. Einzig fürs Gymnasium und bei den Alumni, d.h. den Stipendiaten der Artistenfakultät, waren im Fächerkanon neue Ansätze zu erkennen. Für die Stadtschulen wurden neue Lehrmittel angeschafft, wie Iselin vorgeschlagen hatte. Dies war für ihn Befriedigung genug. Seinen Verbesserungsdrang hatte er privat mit einer Zeichnungsschule durchgesetzt. Im Januar 1762 wurde mit ihrer Einrichtung begonnen. Er hatte gehofft, Emanuel Büchel als Lehrer zu gewinnen, aber dieser blieb der Sache fern. Dennoch: *«Die Lust ist mir noch nicht vergangen, dass disen Winter an unserem Schulwesen gearbeitet werde. Es ist doch die wichtigste Angelegenheit unseres gemeinen Wesens – und wenn man noch nicht den verhofften Nutzen bewirket, so sind doch gewiss* [...] *einige Güter gestiftet worden.»*[163] Der Eintrag vom November 1762 bekundet Iselins Beharrlichkeit: *«Es ist doch Schade, wenn dieser ganze Vorschlag zunichte werden soll.»*[164] Im Februar des folgenden Jahres brachte er den Kleinen

Rat dazu, eine Eingabe *«zu einer Art von Zeichenschule, die man hier errichten will»*,[165] zu behandeln. Selbstzufriedenheit spricht aus seinem Eintrag: *«Dies ist wi*[e]*der einmal etwas Nützliches.»*[166] Die Zeichnungsschule wurde 1763 eingerichtet, und im April wurden erstmals Preise ausgeteilt.[167] Mit unverkennbarer Freude besuchte Iselin die Schule am 5. August und 5. September 1763 und notierte: *«Ein wenig in H*[er]*rn* [Hieronymus] *Holzachs Zeichnungsschule gewesen.»*[168] Der Kalligraph, Kopist und Künstler Holzach leitete seine Schüler entweder in seinem Atelier am Barfüsserplatz oder in einem Raum des St. Leonhardstifts im Zeichnen an. Aber im Kleinen Rat zeigte man sich verschlossen. Öffentliche Anerkennung erhielt die Schule nicht. Iselin entwischte die Bemerkung: *«O elende Regierung!»*[169] Dennoch scheint die Schule diese Anerkennung schliesslich doch noch erhalten zu haben, denn in zeitgenössischen Quellen und später in den Protokollen der GGG wird sie immer als die «obrigkeitliche Zeichnungsschule» bezeichnet. Iselin gehörte von Anfang an der Kommission an, der die Inspektion der Schule aufgetragen war und die jährlich Prämien an die Schüler verteilte.[170]

Iselin kam auf seine in den sechziger Jahren vorgetragenen Schulreformpläne über zehn Jahre später zurück. Der «Versuch eines Bürgers über die Verbesserung der öffentlichen Erziehung in einer republikanischen Handelsstadt», der eine erneute Kampagne zu einer Reform des öffentlichen Schulwesens in Basel begleitete, entstand bereits auf dem Hintergrund der Tätigkeit der von ihm und seinen Freunden 1777 gegründeten «Gesellschaft zur Aufmunterung und Beförderung des Guten und Gemeinnützigen» und beschäftigte sich auch mit einer Frage, die Iselin bei der Ausarbeitung der verschiedenen Fassungen des «Bedenkens» noch ausser Acht gelassen hatte und die die GGG damals praktisch umzusetzen versuchte: der Verbesserung der Mädchenerziehung.

4.11 Der Weg zur Gründung der GGG 1766–1777

Nach dieser intensiven Auseinandersetzung mit dem Basler Schulwesen wandte sich Iselin neuen Zielen zu. Mehr und mehr interessierten ihn wirtschaftliche Probleme, bedingt auch durch seine Amtstätigkeiten. In der Schrift «Vom Verdienste» setzte er sich mit Lohn und Beschäftigung auseinander. Auch dachte er wieder über die Gründung einer Reformgesellschaft nach. Am 1. Juli 1766 hielt er in seinem Tagebuch fest: *«Den Entwurf einer Gesellschaft zu Beförderung des Guten und Gemeinnützigen gemachet».*[171] Als Vorlage benutzte er den «Entwurf einer moralischen Gesellschaft.»[172] des Prinzen Ludwig Eugen von Württemberg, der sich damals in Lausanne aufhielt. Als Mitglieder stellte er sich seinen Freund Johann Frey, seinen Schwager Peter Burckhardt-Forcart und einige Geistliche vor. Der Prinz von Württemberg besuchte wie Iselin das Treffen der

«Helvetischen Gesellschaft» in Schinznach im Mai 1767. Iselin hatte so Gelegenheit, ihm und zwei Basler Freunden seinen «Entwurf zu einer Gesellschaft zur Aufmunterung» vorzulesen.[173] Er hatte sich früher schon auch mit englischen und französischen Formen von Gesellschaften auseinandergesetzt und sich dabei klarere Vorstellungen vom Aufbau und Wirken solcher Gemeinschaften erworben. In der Ausrichtung seiner Schulreformen setzte er neue Schwerpunkte: Die schulische Ausbildung sollte mehr auf spätere Berufstätigkeiten in Handel, Gewerbe, Handwerk und Industrie ausgerichtet werden. Wer nicht zum Studium taugte, sollte von der Universität ferngehalten werden. Sozialer wurde sein Bildungsprogramm auch, weil er die Mädchenschulung und die Frauenarbeit in sein Programm der Förderung der «Glückseligkeit» einbezog. Zweck jeder Bildung sollte es sein, den Menschen auf das praktische Leben als rechtschaffenen Bürger oder als tüchtige Bürgerin vorzubereiten. Ein rechtschaffener Bürger sollte sich auch des Luxus enthalten, das heisst seinen Reichtum nicht zur Schau stellen: *«Einzelne Bürger, die über 2000 Pf*[un]*d jährlich verdienen, sollen diese zum Besten ihrer Mitmenschen verwenden und aufzeigen, wie man es anpacken soll, dass eine solche Ausgabe am nützlichsten verwendet wird.»*[174]

Neben diesen mehr lokalen Plänen zu einer «Gemeinnützigen Gesellschaft» begeisterte sich Iselin aber auch für die von Bernern gegründete «Société des Citoyens», die sich nicht auf den auf Reform der Eidgenossenschaft fokussierten «Patriotismus» der «Helvetischen Gesellschaft» beschränken, sondern eine internationale Gesellschaft mit universalen Zielsetzungen sein wollte. Iselin skizzierte 1769 eine «Akademie der Menschheit, bzw. der Sittenlehre und der Gesetzgebung», eine Art *«Weltrat der Weisen»*,[175] und 1773 machte er sich Notizen zu einer populären und menschenfreundlichen Akademie.[176] Er entwarf aber auch den Plan zu einer europäischen Gesellschaft nach dem Vorbild der «Helvetischen Gesellschaft» mit nationalen und lokalen Sektionen.[177] Diese Ideen nahmen in der Zeitschrift «Ephemeriden der Menschheit» eine konkrete Form an.[178] Iselin wollte aus dieser Zeitschrift ein universelles Kommunikationsorgan für alle am Fortschritt der Menschheit arbeitenden Personen machen. Diesen universalen Zielen sollten vor allem sachliche Nachrichten dienen. Die universale aufklärerische Grundidee stand zwar immer hinter der Zeitschrift; sie drängte sich aber dem Leser nie auf. Die allgemeine Forderung an den Menschen *«sich nach dem einzigen Zweck des Lebens zu richten, damit er wahrhaftig weis und gut werde»*,[179] sollte die Leser der Zeitschrift nicht nur im Geist verbinden. Alle vier Jahre sollte in Basel ein Generalkongress stattfinden mit einem *«Wettstreit, einer Art olympischer Spiele im Epischen, Tragischen, Comischen, in der Malerei und andern Künsten»*.[180] Die «Ephemeriden» sollten zu einem *«Bureau de bienfaisance»* gemacht werden,[181] nach dem Grundsatz: *«Der ist der Glücklichste, der am meisten wohlthun kann, der Beste, der am meisten wohlthut.»*[182] Die Idee der «Gemeinnützigkeit» dominierte bereits das Ephemeridenprogramm: *«Ich wollte in den ‹Ephemeriden› eine Gesellschaft zur Verbesserung*

alles dessen, was gut und gemeinnützig ist vorschlagen.»[183] Damit schloss sich der Kreis: Iselin kehrte bei der Betrachtung der Beispiele von Gemeinnützigkeit weltweit zu Formulierungen zurück, mit denen er 1766 über die Gründung einer lokalen Sektion der «Helvetischen Gesellschaft» nachgedacht hatte und erinnerte sich zwei Jahre vor der Gründung der GGG wieder der Wortverbindung *«gut und gemeinnützig».*[184] Anlass, zur Bildung einer lokalen «Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige» zurückzukehren, gaben die politischen und wirtschaftlichen Zustände der frühen 1770er Jahre in Basel. Mehrere aufeinander folgende schlechte Erntejahre, daraus entstehende Hungersnot und Arbeitslosigkeit trieben grosse Teile der Bevölkerung in die Armut – europaweit. Handel und Gewerbe gerieten ins Stocken. Die Preise für Grundnahrungsmittel stiegen schnell und stark. Wer in der Basler Heimindustrie oder in den städtischen Manufakturen arbeitete oder sich als Tagelöhner den Lebensunterhalt verdienen musste, schuftete oft um geringen Lohn. Die Obrigkeit versuchte die Situation zu kontrollieren, indem sie den Getreidehandel streng überwachte und die Getreide- und Brotpreise so ansetzte, dass möglichst viele sich das zum Überleben Notwendige einkaufen konnten.

Trotzdem nahm die Zahl der Menschen, die auf Geld- und Lebensmittelspenden angewiesen waren, stark zu. Viele verarmten, da sie nichts mehr verdienten und ihre Ersparnisse für den Kauf von Lebensmitteln und Holz aufbrauchten. Die vorhandenen Einrichtungen zur Unterstützung von Armen reichten nicht aus, die Not zu meistern. Die Reserven zur Stützung des Brot- und Getreidepreises und zu direkter finanzieller Unterstützung belasteten die Staatskasse.[185] Iselin war als Mitglied der «Haushaltung» und Basler Bürger, als hoher Beamter und als Mensch ganz unmittelbar von dieser Situation betroffen.

Auf diesem Hintergrund kam Iselin auf das ursprüngliche Projekt einer gemeinnützigen Gesellschaft zurück, deren Nützlichkeit angesichts der allgemeinen Not nun niemand mehr bestreiten würde: Eine Gesellschaft von wohlhabenden Bürgern sollte neue Wege aufzeigen, wie die akute Not Armer und Bedürftiger möglichst effizient und kostengünstig behoben, mindestens aber gelindert werden könnte. Gleichzeitig sollten die Ursachen der Armut durch die Verbesserung der sogenannten «Armenerziehung», der Bildungsmöglichkeiten der Unterschichten, bekämpft werden. *«Sinnvoll zu thun ist nur, was zum Mitmenschen hinführt, für diesen von Nutzen ist.»*[186] Und er stellte fest, *«sich über die Macht der äusseren Gegenstände hinaus zu setzen, ist ein Mangel, der die grössten Absichten der besten Fürsten vereitelt und die guten Gesinnungen der besten Menschen unnütz gemacht hat».*[187]

Den letzten Anstoss, zur Gründung der «Gesellschaft zur Aufmunterung und Beförderung des Guten und Gemeinnützigen» einzuladen, gab wohl der Aufruf der Münstergemeinde vom 11. Januar 1776 an ihre Mitglieder, zu denen auch Isaak Iselin gehörte: *«Die gegenwärtige Kälte bestimmte christlichgesinnte Armenfreunde zur Mildthätigkeit zu Gunsten der Dürfftigsten*

beyzuspringen und ihrem dringendsten Mangel zu begegnen [...]. *Zu diesem Ende haben wir* [uns] *entschlossen, uns durch gegenwärtiges Blatt an alle resp. Mitglieder der gedachten Gemeine zu wenden, denen der Segen Gottes das Vermögen und Sein Geist den Trieb gegeben hat, die grosse und selige Pflicht der Wohlthätigkeit gegen die Armen auszurichten.»*[188] Einen Monat später, am 10. Februar 1776, lasen die Bürger in den «Wöchentlichen Nachrichten aus dem Bericht-Haus in Basel», einem Avis-Blatt, oder vernahmen von der Kanzel die Mitteilung: *«Von den lebhaftesten empfindungen der Freude und Dankbarkeit durchdrungen, ertheilen wir hiermit, unserem Versprechen gemäss, dem verehrten Publico die angenehme Nachricht, dass unsre vor vierzehn Tagen gemachte Einladung zur Wohlthätigkeit von Gott, dem Geber aller guten Gaben, mit einem solchen gesegneten Erfolge bekrönet worden ist, dass sich die Summe der eingesandten Liebesgaben wirklich auf 2567 Pf*[un]*d 13 Schilling 4 Deniers beläuft. – Anzahl der Partheyen, das ist, theils einzelner Personen, theils ganzer Familien, die aus der eingesammelten Beysteuer getröstet worden, erstreckt sich auf 314.»*[189]

Das Vorgehen bei der Austeilung der Spendengelder und die Kriterien bei der Auswahl der Unterstützungsberechtigten nahmen Grundsätze der von der GGG 1783 gegründeten Krankenkommission vorweg. Die eingegangenen *«Liebessteuern»* sollten *«einem jeden unserer Hausarmen nach dem es seine Umstände erfordern, ein gewisses Geld, oder Holz, oder Kleidung oder Nahrungsmittel zu Theil»* werden.[190] Auf den 30. März 1777 lud Iselin zu einer Versammlung in sein Haus ein, die bestimmen sollte, wie eine «Gesellschaft zur Aufmunterung des Guten und Gemeinnützigen» aufgebaut und zusammengesetzt sein und wie sie agieren sollte.

Es war kein Zufall, dass Iselins intensive Beschäftigung mit Erziehungsfragen in den siebziger Jahren und seine Auseinandersetzung mit sozialen Fragen zusammenfielen: Es ging um die Ursachen der Armut und deren Bekämpfung. Das Herzstück seiner Erziehungslehre war die Sozialethik. Erziehung und Schulung sollten einem jungen Menschen, ob Mädchen oder Junge, die Einsichten und die Denkschulung vermitteln, um anderen nützlich zu sein und damit als Bürger zur eigenen und allgemeinen Glückseligkeit beizutragen: *«Es muss die Fertigkeit entwickelt und erworben werden, sittliche Handlungen auszuüben.»*[191] Jeder musste an seinem Ort in der Gesellschaft und mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und Fähigkeiten seinen Teil der Verantwortung übernehmen, sodass alle Menschen möglichst glücklich sein konnten. Dem Einzelnen mussten dazu konkrete Wege gewiesen werden, wie er zum grösstmöglichen allgemeinen Glück beitragen konnte.

Iselin kannte die grosse Schwäche des Menschengeschlechtes, des *«Schafsgeschlechts»*, wie er sagte: *«wo einer hingeht, da folgen alle andern»*. – Da ist es *«wichtig zu bemerken, wie diese oder jene Richtung veranlasst werde»* und *«wie sie wieder geändert werden könnte». «Da kömmt es ohne Zweifel auf dieienigen an, welche von der ganzen Herde am meisten bemerkt werden können. Der Mensch gehet nothwendig, wo er andre gehen sieht, aus Dummheit, Mangel an Gründen oder Aufmerksamkeit auf Gründe.»*[192] Die grösste Schwäche des Menschen ist, wie die Formulierung *«Aufmerksamkeit auf Gründe»* nahelegt,

auch eine Stärke: wenn der Einzelne aus Einsicht in das allgemeine Gute seinem Geselligkeitstrieb nachgibt und dem guten Beispiel nachfolgt. Deshalb entschlossen sich im März 1777 Isaak Iselin und der Kreis von Freunden, den er sich seit seiner Wahl zum Sechser aufgebaut hatte, selbst die Führung des *«Schafsgeschlechts»* zu übernehmen mit der Gründung einer Gesellschaft, die es jedem Basler Bürger möglich machte, anderen Bürgern und Mitmenschen nützlich zu sein.

Anmerkungen Kapitel 1: Isaak Iselin, das Archiv und die Geschichte der GGG

[Anm. S. 17–S. 26]

[1] StABS PA 146a: Z 2: Statuten, Mitgliederkarten u. a., darin: Statuten März 1777, § VI: Pflichten des Schreibers.

[2] StABS PA 146a: Z 2: Statuten, Mitgliederkarten u. a., darin: Statuten 1819, § 6, S. 8.

[3] StABS PA 146a: Z 2: Statuten, Mitgliederkarten u. a., darin: Statuten 1916, § 15: «Organe der Gesellschaft», Abschnitt b: «Der Vorstand», S. 4.

[4] StABS PA 146a, A 1.

[5] StABS PA 146a: Z 2: Statuten, Mitgliederkarten u. a., darin: Statuten März 1777, § XIV: «Zeit der Versammlung», S. 15, letzter Abschnitt.

[6] Vgl. Siegfried 1927, S. V. Diesen Umschlag erhielten die Jahresberichte erstmals 1827, als auch das Format der Jahresberichte verändert wurde.

[7] StABS PA 146a: Z 2: Statuten, Mitgliederkarten u. a., darin: Statuten von 1851, Geschäftsordnung § 13, S. 10.

[8] Vgl. zur Gründung der GGG «Ephemeriden», siebtes Stück 1777, III. Nachrichten, S. 103ff.: «Gesellschaft in Basel, zur Aufmunterung des Gemeinnützigen».

[9] Vgl. das «Verzeichnis der leitenden Männer der Gemeinnützigen Gesellschaft 1777–1926» in Siegfried 1927, S. 207–210.

[10] UBB HSS: VB Mscr. M 17, 1–4.

[11] Die Handschriften unter der Signatur VB Mscr., die Bücher unter der Signatur VB.

[12] Vgl. Jahresbericht UBB 1867, fol. 4v. Ein Inventar, laut einem Bleistiftvermerk aus dem 20. Jahrhundert, von der Hand von Wilhelm Vischer-Bilfinger, beschreibt den ganzen Bestand (UBB NL 33: I [alpha]), der z.T. erst nach 1940 auf die UB und ins StABS gelangte, vgl. Bearbeitungsbericht von Im Hof von 1942 sowie spätere Einträge von 1944 in einem alten Verzeichnis zu NL 33, das heute unter der Signatur NL 33: I [beta] aufbewahrt wird. Erst die intensive wissenschaftliche Beschäftigung von Ulrich Im Hof mit Isaak Iselins gedrucktem Werk und dem Nachlass führte 1940 zur systematischen Verzeichnung der auf der UBB verwahrten Vischer'schen Papiere und zur «Wiederentdeckung» der Bischoff'schen Abschrift des Briefwechsels zwischen Isaak Iselin und Johann Rudolf Frey VB Mscr. M 17, 1–4.

[13] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 51–56.

[14] Die Bibliothek Iselins hat sich nicht erhalten. Sie wurde 1784 im unteren Collegium der Universität am Rheinsprung öffentlich versteigert, vgl. «Wöchentliche Nachrichten» 1784, S. 379, 391 und 412. Kataloge der Versteigerung scheinen sich keine erhalten zu haben. Eine Beschreibung der Akten- und Bücherablagen im Arbeitszimmer Iselins hat sich auf der UBB unter der Signatur NL 33 A I beta erhalten.

[15] Miaskowski, Iselin S. 2.

[16] StABS PA 146a, A 19 Gesellschaftsarchiv: Vertrag vom 7. März 1910, Zitat aus Vertragstext und aus § 5 des im Vertrag enthaltenen «Reglements zur Verwaltung und Benutzung des deponierten Archivs».

[17] StABS PA 146a, A 19 Gesellschaftsarchiv: Vertrag vom 7. März 1910, § 4 des Reglements.

[18] StABS PA 146a, A 19 Gesellschaftsarchiv: Gedrucktes Rundschreiben an alle Kommissionen vom 3. August 1910.

[19] Vgl. StABS PA 889, B 1: Krankenkommission, weitere Akten, die auf die GGG zurückgehen, sind in B 2.1 enthalten. Dies erklärt, weshalb die Protokolle der Arbeitsanstalt bereits 1785 einsetzen, obwohl die Allgemeine Arbeitsanstalt erst 1804 gegründet wurde, vgl. StABS PA 889, B 2.7 Arbeitsanstalt: Protokolle (1785–1871).

[20] Damit wird auf die 1910 abgeschlossene, von August Bernoulli für das Neujahrsblatt verfasste Darstellung «Basel in den Dreissigerwirren», Basel, 1907–1910 (NJB 85–88), angespielt.

[21] StABS PA 146a, A 19: Gesellschaftsarchiv, Bericht über das Archiv vom 22. Februar 1911, handschriftlicher Text und Vervielfältigung mit zahlreichen Abschreibfehlern.

[22] Nur die im Bericht der Archivkommission von 1911 erwähnte getrennte Aufstellung «des vorhandenen Drucksachenmaterials» im «allgemeinen Drucksachenarchiv» des Staatsarchivs ist seit 1910 aufgehoben worden. Die erwähnten Drucksachen sind heute in das Gesellschaftsarchiv integriert: Signatur Z von PA 146a. Wie und wann genau diese Umlagerung erfolgte, lässt sich leider nicht mehr feststellen.

Anmerkungen Kapitel 2: Das Nachleben Iselins in Basel im 18. und 19. Jahrhundert

[Anm. S. 27–S. 33]

[1] Vgl. Burckhardt, Geschichte, S. 92–95.

[2] Zur eindeutigen Identifizierung verheirateter Männer und der Darstellung ihres sozialen Umfeldes ist es notwendig, den Namen der Ehefrau oder der Ehefrauen zu kennen. Ist der Mann mehrere Male verheiratet, steht der Name der verstorbenen Ehefrau in Klammern.

[3] Vgl. StABS PA 146a: A 9: Protokolle, Band 1777–1890, Protokoll vom 8. August 1782, fol. 190r–v. Die Beschlüsse, auf die sich diese Klagen bezogen, gingen auf das Jahr 1781 zurück.

[4] Die metallene Grabplatte im Kreuzgang wurde erst im 19. Jahrhundert gelegt, vgl. Im Hof, Spätaufklärung, S. 18 und 271 Anm. 33. Wenn auch eine gedruckte Leichenrede auf Wunsch Iselins nicht erschien, wie Im Hof, Spätaufklärung, S. 271 Anm. 33, richtig feststellte, zirkulierten doch handschriftliche Abschriften der Leichenpredigt von Antistes Merian mit dem Lebenslauf Iselins im Familien- und Freundeskreis, die sich in Familienarchiven erhalten haben. Ich verdanke diesen Hinweis Sabine Braunschweig.

[5] Zu den näheren Umständen von Iselins Tod vgl. Nicolaus Iselin-Iselin an Dietrich Iselin am 12. August 1782 und an Johann Rudolf Frey am 12. November 1783 in StABS PA 98a, 39: 382–386 und 56: 325–327 nach Im Hof, Spätaufklärung, S. 271, Anm. 32.

[6] Vgl. [Isaak Iselin], Ehrengedächtniss Herrn Isaak Burkards geheimen Rathes der Hochlöbl. Stadt und Republic Basel, o. Jahr, o. Ort, letzte Seite: «Alles, was also von ihm auf diser Erde übrig bleibet ist das Andenken seiner Verdienste, und die Sehnsucht seiner Mitbürger, welche ihn in seinem Leben mit einer besondern Hochschätzung, und nach seinem Tode mit einem noch allgemeinern Bedauern beehret hatten. Er war gewiss, in den Herzen rechtschaffener Bürger zu leben […]. Er befahl deshalben […], dass ihm kein Grabmaal sollte aufgerichtet, und keine Leichenrede gedrucket werden.»

[7] Vgl. Im Hof, Iselin I, S. 12–15 sowie Iselins Brief an Meister vom Mai 1781 (Zürich ZB Ms M 46, 5 und StABS PA 98a: 35, 167–170).

[8] Das auf Iselins Briefdiktat vom Mai 1781 aufbauende Lebensbild veröffentlichte Leonhard Meister 1782 in leicht überarbeiteter Form gleichzeitig bei Thurneisen in Basel und in Zürich und Winterthur, vgl. «Beschreibungen der merkwürdigsten Männer der Schweiz», Basel, Emanuel Thurneisen, 1782 (im UBB-Katalog nicht nachweisbar) sowie «Helvetiens berühmte Männer», Zürich und Winterthur, 1782.

[9] «Über die Aufwandgesetze. Sammlung einiger Schriften, welche bey der Aufmunterungs-Gesellschaft in Basel eingetroffen sind, über die Frage: In wie fern ist es schicklich dem Aufwande der Bürger, in einem kleinen Freystaate, dessen Wohlfahrt auf die Handelschaft gegründet ist, Schranken zu setzen?», mit einem «Vorbericht» von Isaak Iselin, datiert vom 14. Christmonat 1780, Basel, Johann Jacob Flick, 1781.

[10] Vgl. S. 249 in: «Helvetiens berühmte Männer in Bildnissen dargestellt von Heinrich Pfenninger, Mahler, nebst kurzen biographischen Nachrichten von Leonhard Meister, Zürich und Winterthur, in Commission bey C. J. Füssli und Heinrich Steiner und Compagnie, 1782, Erster Band, S. 239–251, Porträt zwischen S. 238 und 239.

[11] Vgl. Helvetiens berühmte Männer, S. 249–251.

[12] Brief an Leonhard Meister, Mai 1781 («Autobiographisches Diktat»: ZB Ms M 46,5) transkribiert von Ulrich Im Hof (StABS PA 1193: C 29, S.14–15).

[13] Hier zitiert Iselin den englischen Dichter Alexander Pope (The First Satire of the Second Book of Horace, Imitated, zwischen 1735 und 1738 geschrieben). In der Zeile davor vergleicht sich Pope mit Erasmus: «Like good Erasmus, in an honest mean.»

[14] Datierung nach Leu-Holzhalb III, S. 297, siehe auch Im Hof, Spätaufklärung, S. 258; 2. Auflage in Ephemeriden 1781, 1. Bd., 4. Stück, S. 385–425; 3. Auflage (leicht gekürzt) in J. G. Zollikofer, Moral für Kaufleute. Nebst einer Beylage von Isac Iselin, Basel, Leipzig, 1789. Zollikofer ergänzt den Text Iselins um einen Brief von dessen Sohn Dietrich Iselin an einen Neffen, S. 43–56, an den sich das «Bild eines rechtschaffenen Handlungsdieners» anschliesst.

[15] Ich stütze mich im Folgenden auf den ungekürzten Text eines undatierten, selbständigen Druckes aus Basel, der sich auf der UBB erhalten hat: UBB Al VI 49, Geschenk von Isaak Iselin-Bischoff an die UBB 1877.

[16] Der Utilitarismus ist eine Form der Moralphilosophie, die im 18. Jahrhundert entsteht und nach dem sozialen Nutzen menschlicher Handlungen fragt. Im Gegensatz zu früheren ethischen Theorien verzichtet der Utilitarismus auf feste Normen und bewertet den moralischen Wert von Handlungen ausschliesslich nach ihrem allgemeinen Nutzen im jeweiligen Handlungskontext nach dem Grundaxiom: «Handle so, dass die Folgen deines Handeln bzw. deiner ethischen Prinzipien für alle Betroffenen die bestmöglichen sind.» Im 18. Jahrhundert galt die utilitaristische Ethik als «gottlos», weil sie sich ausschliesslich auf das individuelle Urteil der Handelnden berief und absolute Normen ablehnte. Als Begründer des utilitaristischen Denkens gelten die britischen Denker Thomas Hobbes, Francis Hutcheson und David Hume. Jeremy Bentham entwickelt als erster eine systematische utilitaristische Ethik. Der Utilitarismus ist vor allem im anglo-amerikanischen Raum verbreitet.

[17] Vgl. S. 27–32 des in Anm. 15 genannten, auf der UBB befindlichen Druckes, Zitat aus Anm. S. 29.

[18] Vgl. Anm. S. 29 des in Anm. 15 genannten Druckes: «Diese Begriffe können durchaus modern und aus der kaufmännischen Philosophie unsers Jahrhunderts geschöpft scheinen. Sie sind es aber nicht. Sie sind ganz antik und ganz platonisch. Man lese den Hipparchus des weisen und beredten Mannes. Man wird da finden, dass er keine andre Absicht hat, als zu zeigen, dass die Begierde zu gewinnen, durch Verwendung seiner Kräfte, durch Vertauschung seiner Dienste mehr Gutes zu erhalten, beherrsche Weise und Unweise, und sie wird bei den letztern tadelhaft, weil ihre Mittel und ihre Absichten mangelbar und verderblich sind. Wenn aber dieses auch in keinem Gespräche des Plato stünde, so würde es nicht weniger wahr seyn.»

[19] Vgl. Im Hof, Spätaufklärung, S. 15–16.

[20] Seit 1780 traf sich die Helvetische Gesellschaft im solothurnischen Olten, nicht mehr im bernischen Bad Schinznach.

[21] 1782 reisten insgesamt 21 Basler nach Olten: 7 Mitglieder und 14 Gäste. Zum Vergleich: 1781 waren es 6 Basler, wovon 4 Mitglieder; 1780 7 Basler, davon 5 Mitglieder; 1779 7 Basler, davon 5 Mitglieder; 1778 5 Basler, davon 4 Mitglieder; 1777 9 Basler, davon 4 Mitglieder. Zahlen nach de Capitani, S. 92–97.

[22] Erne, Sozietäten, S. 39.

[23] Vgl. Verhandlungen der Helvetischen Gesellschaft in Olten 1783, Gedenkrede von Johann Georg Schlosser, S. 73–74: «Wir besprachen uns öfter über diesen uns so nahen Verlust; und da wir unsern Freund endlich von uns, da wir ihn vor uns

weggehen lassen mussten, so beschlossen einige von uns, mit Eurer Einstimmung die Ihr uns gewährt habt, ihm wenigstens in dieser unserer nächsten Versammlung eine kleine Trauer-Feyer zu halten; nicht wie der gemeine Mensch sie hält mit Trauerfarben, und Trauerliedern, sondern durch die Erinnerung an seinen Werth, seine Liebe, sein ädles Schweizerherz, seinen Patriotengeist.»

[24] Vgl. Im Hof, Spätaufklärung, S. 30.

[25] Auf Friedrich Münch als Auftraggeber weisen zwei Stellen in Hirzels Schrift hin: die Erwähnung des am Grabe Iselins weinenden Münch als eines vorbildlichen Freunds, S. 50, sowie die Beigabe eines sehr kurzen Textzitates von Münch im Anhang S. 60–61.

[26] Meister und Hirzel lebten in Zürich, beide korrespondierten regelmässig mit Iselin. Bei der Kommunikationsfreudigkeit aufklärerischer Kreise gehe ich davon aus, dass Hirzel das autobiographische Diktat Iselins schon vor dessen Veröffentlichung kannte.

[27] Dieser Begriff erscheint an zentraler Stelle bei Hirzel, Denkmal, S. 34.

[28] Hirzel, Denkmal, S. 20–21.

[29] Hirzel, Denkmal, S. 34–48.

[30] Hirzel, Denkmal, S. 24–25 und S. 36–38.

[31] Hirzel, Denkmal, S. 39–42.

[32] Hirzel, Denkmal, S. 48–52.

[33] Vgl. die «Namen der gegenwärtigen Mitglieder» in: «Verhandlungen der Helvetischen Gesellschaft zu Olten im Jahre 1783», S. 127–128: Peter Burckhardt, Ratsherr Buxtorf, Altlandvogt Christ, Artilleriehauptmann Haas, Gerichtsherr Hagenbach, Pfarrer Huber, Dreierherr Friedrich Münch, Ratsschreiber Dr. Peter Ochs, Rechenrat Rosenburger, Gerichtsherr Sarasin, Pfarrer Spoerli von Diegten. Die Gäste sind im gedruckten Bericht S. 5–9, lassen sich aber auch anhand der Kurzbiographien der Basler Mitglieder und Gäste in de Capitani, S. 213–255, identifizieren.

[34] 1784: 32 Basler, davon 11 Mitglieder; 1785 38 Basler, davon 17 Mitglieder; 1786 18 Basler, davon 12 Mitglieder; 1787 28 Basler, davon 10 Mitglieder; 1788 32 Basler, davon 11 Mitglieder; 1789 30 Basler, davon 13 Mitglieder; 1790 19 Basler, davon 8 Mitglieder; 1791 17 Basler, davon 6 Mitglieder; 1792 8 Basler, davon 6 Mitglieder; 1793 30 Basler, davon 10 Mitglieder; 1794 48 Basler, davon 16 Mitglieder; 1795 23 Basler, davon 9 Mitglieder; 1796 33 Basler, davon 11 Mitglieder; 1797 30 Basler, davon 9 Mitglieder, vgl. de Capitani, S. 99–112.

[35] Verhandlungen 1783, «Anrede» S. 15–70, Identifikation des Autors der «Anrede» S. 9.

[36] Vgl. zum Freiheitsbegriff Iselins die Arbeiten von Béla Kapossy.

[37] Anspielung auf Jean Jacques Rousseaus Naturrechtslehren.

[38] Anspielung auf den «contract social» von Jean Jacques Rousseau, Grundlage seiner Freiheits- und Staatslehre.

[39] Aus «Anrede» in Verhandlungen 1783, S. 27–30.

[40] Verhandlungen 1783, «Denkmal auf Isaac Iselin», S. 73–126, gleichzeitig auch als Separatdruck erschienen in Basel bei Serini.

[41] Sarasin besuchte seit 1774 die Versammlungen regelmässig und übernahm dort die Führung der Basler Delegation. Iselin besuchte die Versammlung in Bad Schinznach 1777 zum letzten Mal. 1779 war Sarasin auch Mitgründer der Militärischen Helvetischen Gesellschaft, einer Spezialabteilung der Helvetischen Gesellschaft, in der Basler eine führende Rolle spielten.

[42] Verhandlungen 1783, S. 116–117.

[43] Der Begriff der «schönen Seele» weist Schlosser als einen Vertreter des sogenannten Sturm und Drang aus, der das Denken und die Ästhetik der jüngeren Mitglieder der Helvetischen Gesellschaft prägte. Iselin war zwar mit Vertretern dieser Richtung befreundet wie z.B. dem Zürcher Johann Caspar Lavater, blieb aber bei seinen spätaufklärerischen Ideen.

[44] Verhandlungen 1783, «Denkmal für Isaak Iselin, S. 74–75.

[45] Vgl. Im Hof, Iselin I, S. 14.

[46] Schweizer Offiziere in französischen Regimentern gehörten im 18. Jahrhundert zur Bildungselite nach einer Ausbildung an den militärischen Fachhochschulen, den «écoles polytechniques».

[47] Münch war Meister zu Bäckern. Er hatte sein Studium aufgegeben, um das Familiengeschäft zu übernehmen. Er ist ein typischer Vertreter der begüterten Handwerker, die z.T. so wohlhabend waren, dass sie als Rentiers von ihrem Vermögen leben konnten oder nicht mehr selbst ihrem Betrieb vorstanden, sondern deren Führung einem sogenannten «Altgesellen» überliessen.

[48] Vgl. Hirzel, Denkmal, S. 49: «Ein anderer Freund, den er in seiner Vaterstadt gewählt, den er um seines helleuchtenden Verstands, und um seines edlen Herzens willen, unter der Classe der Bürger gesucht und gefunden, die zwar der Handarbeit bestimmt scheint, der aber in diesen Zeiten zu gründlicher Kenntniss und Beredsamkeit reiffet.»

[49] Von Wartburg, Musen, S. 187–189, stellt die im Folgenden beschriebenen Ereignisse – meiner Meinung nach fälschlicherweise – in einen anderen Zusammenhang. Der von ihm, Musen, S. 188, hergestellte Zusammenhang zwischen dem Anzug vom 24. Februar 1783 und einer Anzeige von Ochs am 7. Juni 1784 lässt sich bei Durchsicht des Ratsprotokolls nicht bestätigen. Die Anzeige bezieht sich auf einen Prozess zwischen der Familie Wenk und Leucher, vgl. StABS Älteres Hauptarchiv: Protokolle, Grossratsprotokoll Band 13, 7. Juni 1784 (korrigiert für die falsche Datierung «Montags den 7.ten Aprill 1784) und 14. Juni 1784, f. 305v–306r (Seiten 552–553 des Digitalisats). Auch die Darstellung beider Ereignisse in Ochs, Geschichte, VII, S. 693–694 und S. 696–698, lässt von Wartburgs Interpretation nicht zu.

[50] Von Wartburg, Musen, S. 178–179. Allerdings erfolgte die Wahl nicht 4 Tage nach Iselins Tod, wie von Wartburg (S. 179) schreibt, sondern nach einem Monat. Von Wartburg lässt Iselin (S. 177) am 15. August 1782, anstatt am 15. Juli 1782 sterben, eventuell aufgrund einer falschen Interpretation der Monatsangabe bei Ochs. Die Angabe «Heumonat» bei Ochs, Geschichte VII, S. 693, steht nicht für August, sondern für Juli.

[51] Vgl. von Wartburg, Musen, S. 178–179.

[52] Vgl. StABS PA 633a, A. 3.3.1, Fasc. 6 (zitiert nach von Wartburg, S. 179–180).

[53] StABS PA 633c: A 4.4. Fasc. 02: «Eines redlichen Helvetiers gutgemeinte Segenswünsche bey der ruhmvollen Beförderung S. T. Herrn Dr. Ochsens, zur ansehnlichen Würde eines Rathschreibers unsers Erlauchten Freystandes Basel, den XIX. Aug. 1782.» Auszugsweise wiedergegeben in von Wartburg, Musen, S. 180.

[54] Zitiert nach von Wartburg, Musen, S. 179–180.

[55] Vgl. Ochs, Geschichte, VII, S. 693–94.

[56] Im Auszug abgedruckt bei von Wartburg, S. 181–182, Abschrift UBB VB Mscr. Z 8, Nr. 27 und StABS PA 663c A 4.4, Fasc. 3. Auf der im StABS verwahrten Abschrift notierte Ochs: «Vers contre le Colonel Frey et contre moi en 1782 par le conseiller Falkner très irrité de ce que j'avois été nommé le plus digne, lui ayant été un de mes compétiteurs» (zitiert nach von Wartburg, Musen, S. 182, Anm. 112).

[57] Wie Jakob Sarasin-Battier wurde Merian 1774 in die Helvetische Gesellschaft aufgenommen.

[58] Ochs, Geschichte, VII, S. 694.

[59] Siehe Text von Peter Ochs zur «vernünftigen Wahl» durch das Los S. 76 zu Abb. 18.

[60] Ochs, Geschichte, VII, S. 694.

[61] Zitate aus der Rede nach von Wartburg, Musen, S. 183–184.

[62] JB 1783, S. 10.

[63] JB 1783, S. 16.

[64] JB 1783, S. 10–13.

[65] JB 1783, S. 17–18.

[66] Vgl. von Wartburg, Musen, S. 187.

[67] Die dem Text vorangestellte Biographie Iselins, im Wesentlichen eine gekürzte, auf den politischen Iselin sich konzentrierende Fassung des Lebensbilds von Hirzel, die mit Passagen aus dem von Meister veröffentlichten autobiographischen Diktat Iselins ergänzt wurde, könnte von Ochs stammen.

[68] Ochs, Geschichte I, S. I.

[69] Ochs, Geschichte I, S. IV–V.

[70] Ochs, Geschichte I, S. V–VII.

[71] Ochs, Geschichte I, S. III–IV, speziell S. IV: «Gleichwie, sagt ein Alter, ein Harfenschläger manche Saiten verbricht, ehe er den rechten Griff erlernt, also ergehet es denen, die bloss aus

[Anm. S. 44–S. 61]

Erfahrung regieren. Ehe sie die rechten Wege erlernet, haben sie vieles versehen und verderbt. Nun ist Geschichtskunde auch ein Mittel, Vorerfahrung zu erlangen.»

[72] Die Universität war bis zur Revolution eine selbständige Korporation. Studenten und Angehörige des Lehrkörpers galten als «cives academici» und konnten vom städtischen Gericht nicht belangt werden. Das Basler Bürgerrecht wurde mit dem Eintritt in die Universität «stillgelegt», d.h. Mitglieder der Universität waren weder wahlberechtigt noch ämterfähig.

[73] Ochs, Geschichte I, S. IV.

[74] «Vorstellung», fol. 4v, in: StABS Älteres Hauptarchiv, Zunft: A Hohe Stube. Ausführlichere Darstellung in: Janner, «Die Hohe Stube», erschienen in zwei Teilen in: «Der Pfriem. Mitteilungsblatt E.E. Zunft zu Schuhmachern Basel», 1/2014 Nr. 76 und 2/2014 Nr. 77.

[75] Titel der kleinen Festschrift, die anlässlich der Aufstellung der Büste erschien.

[76] Vgl. StABS PA 146: A 9 Protokolle, Band 1791–1820, Protokoll Sitzung der dirigierenden Kommission 12. März 1813, Nr. 2, fol. 248r (anonymer Vorschlag, Iselin ein Denkmal zu errichten); Sitzung der allgemeinen Gesellschaft 14. März 1813, fol. 248v (Genehmigung des Vorschlags); dann passim Einträge zur Subskription, sowie Protokoll der Gesellschaftssitzung vom 1. Juni 1814, fol. 259v, an der die Büste im Sitzungszimmer feierlich aufgestellt wurde. Die bei Schweighauser gedruckte Broschüre «Zur Feier Iselins, des Weisen und Menschenfreundes» mit der Festansprache von Vorsteher Hieronymus Bernoulli, der Zuschrift von Salomon Hirzel und dem Begleitschreiben seines Neffen sowie einem Gedicht von Johannes Schulthess auf Iselin findet sich auf der UBB unter der Signatur Falk. 606: 27.

[77] Vgl. Bernoulli in «Zur Feier Iselins», S. 7: «Die mehresten wohlthätigen und gemeinnützigen Anstalten Helvetiens bildeten sich, nachdem vorerst ER [Iselin] diesen Gedanken hier in Ausübung gebracht hatte.»

[78] Bernoulli zählt auf in «Zur Feier Iselins», S. 4, Dreiherr Friedrich Münch, Oberst Johann Rudolf Frey, Jacob Sarasin-Battier, Oberförster Hagenbach, Professor Meyer, Abel Merian.

[79] Die noch lebenden Gründungsmitglieder und wichtigen Träger der GGG vor 1798 nennt Bernoulli in «Zur Feier Iselins», S. 4, nicht mit Namen, meint aber Andreas Buxtorf, bis 1798 Bürgermeister und während der Helvetik Präsident der Munizipalität, Johann Heinrich Wieland, Präsident der Basler Verwaltungskammer 1798–1801, 1801 Regierungsstatthalter des Kt. Basel, 1802 helvetischer Finanzminister, 1803–1813 Basler Stadtschreiber und seit 1812 Bürgermeister von Basel, sowie Peter Burckhardt-Forcart, Iselins Schwager und seit 1811 Bürgermeister an Stelle des 1811 verstorbenen Gründungsmitglieds Andreas Merian-Linder.

[80] StABS PA 146a: A 9 Protokolle, Band 1791–1820, Protokoll der «dirigirenden Commission» vom 23. April 1813, fol. 249r. Diese Büste befindet sich heute in einer Nische im Vorraum zum Zunftsaal in der Schmiedenzunft, vgl. Abb. 12, S. 45.

[81] «Zur Feier Iselins», S. 4.

[82] «Zur Feier Iselins», S. 4–5.

[83] «Zur Feier Iselins», S. 6.

[84] «Zur Feier Iselins», S. 9.

[85] «Zur Feier Iselins», S. 18.

[86] «Zur Feier Iselins», S. 22–23.

[87] Bernoulli zitiert in «Zur Feier Iselins, S. 11, in abgeschwächter Form eine Stelle aus dem Johannesevangelium 9, 4: «Wir müssen die Werke dessen, der mich gesandt hat, wirken, solange es Tag ist, es kommt die Nacht, da niemand wirken kann.»

[88] «Zur Feier Iselins», S. 12.

[89] NJB 1, 1821, S. 8.

[90] Vorlage ist ein noch zu Lebzeiten Iselins 1780 angefertigtes Porträt, vgl. Abb. 9, S. 35.

[91] Iselin publizierte in der ersten Fassung von 1781 im Anhang ein Formular für die tägliche Selbstprüfung, vgl. [Isaak Iselin], Schreiben eines Vaters an seinen Sohn, der sich der Handelschaft widmet, Basel, o.J., Exemplar: UBB A l VI 49, Geschenk von Isaak Iselin-Bischoff an die UBB 1877.

[92] Vgl. StABS PA 98a: 1, p. 5–47: Prüfungen 1750–1780.

[93] Vgl. Janner, Machtverlust, S. 507–530, speziell S. 527–530.

[94] Christlicher Volksbote, Nr. 45, Mittwoch den 11. November 1857, S. 353–356, Zitat S. 356. Grundlage ist das Neujahrsblatt für 1857 der Zürcher Hilfsgesellschaft. Ich verdanke den Hinweis auf diesen Artikel Peter Manz.

[95] Zu dieser von Janner als «Kirchlichkeit» bezeichneten Vorstellung des Stadtbürgertums vgl. Janner, Machtanspruch, S. 31–32 und S. 517–521.

[96] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 103–126.

[97] Zu den Rückwirkungen der «Dreissiger Wirren» auf Politik und Selbstverständnis der Liberalen vgl. Janner, Machtanspruch, S. 140–148.

[98] Zu den Hintergründen der Entfremdung von Stadt und Land seit der Helvetik vgl. Janner, Machtanspruch, S. 73–87 und 121–126.

[99] François Quesnay (1794–1774), Arzt und Ökonom, Mitarbeiter der «Encyclopédie ou Dictionnaire raisonné des sciences, arts et des métiers», erschienen zwischen 1751 und 1765 in 17 Bänden, gilt als Begründer der physiokratischen Schule, deren Theorien Iselin im letzten Jahrzehnt seines Lebens stark beeinflussten.

[100] Jubiläumsschrift 1827, S. 7–8.

[101] Vgl. «Erinnerung an Isak Iselin. Dem Zofingerverein in Basel vorgetragen d[urc]h E. R. Frey, Jus. stud. 16. November 1822», UBB HSS NL 167, 3: S. 10–14.

[102] Aus der Ansprache von Vorsteher Karl Rudolf Hagenbach-Geigy anlässlich der Feier zum sechzigjährigen Bestehen der GGG, Jubiläumsschrift 1837, S. 17–21.

[103] So die Formulierung von Wilhelm Burckhardt im von der Festkommission 1827 ausgearbeiteten Entwurf vom 15. Januar 1827, erhalten in StABS PA 146a: C 1: 50-jähriges Jubiläum der Gesellschaft 1826/27.

[104] Pfarrer Johann Jakob Miville, Vorsteher der Festkommission in seinem «Bericht der zur Anordnung des 60-jährigen Jubelfestes aufgestellten Kommission» in Jubiläumsbericht 1837, S. 3–4.

[105] Wilhelm Burckhardt im von der Festkommission 1827 ausgearbeiteten Entwurf vom 15. Januar 1827, StABS PA 146a: C 1: 50-jähriges Jubiläum der Gesellschaft 1826/27.

[106] Aus «Dem Andenken Iselins» von Wilhelm Wackernagel, vorgetragen 1852 am Festbankett der GGG zum 75jährigen Jubiläum als «stiller Toast, abgedruckt in Jubiläumsschrift 1852, S. 49–52, Zitat S. 51–52.

[107] Gemeint ist die im Vereinsverzeichnis im Basler Adressbuch von 1877, S. 14 aufgeführte, 1867 gegründete Kommission für akademische Vorträge, «die im Winter Dienstags von 7–8 Uhr unentgeltliche Vorträge academischer Lehrer in der Aula des Museums» durchführte. Leider haben sich im Staatsarchiv keine Akten zur Geschichte dieser Kommission vor 1880 erhalten.

[108] Miaskowski, Iselin, Vorwort, S. 1.

[109] Miaskowski, Festschrift, unter «Allgemeine Charakteristik der Thätigkeit», S. 13–14. Zur sozialpolitischen Debatte im konservativen Stadtbürgertum vgl. Roth, Liberal-Konservativ, S. 62–85.

[110] Siehe dazu Teil II, Kapitel 3.

[111] Aus «Worte der Erinnerung an die Stiftung und die Stifter der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen» von Ludwig Sieber, Jubiläumsschrift 1877, S. 60.

[112] Jubiläumsschrift 1877, S. 7.

[113] Abgedruckt bei Carl Wieland, S. 74–77, Zitat S. 77. Abzüge des Urkundenformulars haben sich im GGG-Archiv erhalten, vgl. StABS PA 146a, Z 1.

[114] Carl Wieland, Dem Andenken Isaac Iselins zur Feier der Enthüllung seines Denkmals am 18. September 1891 herausgegeben von der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel, Basel, [1891].

[115] Wieland, Dem Andenken, S. 63–64.

[116] Wieland, Dem Andenken, S. 7.

[117] Die Veränderungen gehen über eine sprachliche Glättung hinaus, die Wieland im Vorwort S. 7 ankündet.

Anmerkungen Kapitel 3: Isaak Iselin (1728–1782) und die aufklärerische Reformbewegung in Basel

[1] Noch 2002 stellte Andreas Urs Sommer fest, dass Iselin in den einschlägigen Kompendien gar nicht und in philosophiehistorischen Nachschlagewerken nur in Nebensätzen oder Fussnoten zu finden sei, vgl. Sommer, S. 7.
[2] Vgl. Im Hof, Spätaufklärung, S. 6. Zum Werkzusammenhang der beiden Monographien vgl. Im Hof, Spätaufklärung, S. 6 und S. 269, Anm. 8 und 9.
[3] Vgl. Iselin I, S. 14: «Peter Ochs hatte die Stirn, sich im ersten Band seiner ‹Geschichte der Stadt und Landschaft Basel› (1786) als Iselins Schüler, als sein geistiger Nachfolger zu bezeichnen, was für dessen Nachleben in Basel verhängnisvolle Folgen haben musste. Auf Iselins politische Tätigkeit in der Republik kam er nur andeutungsweise zu sprechen.» Im Hof hat dieses harsche und historisch unrichtige Urteil in Spätaufklärung, S. 41–42 und S. 279, Anm. 22 ausdrücklich zurückgenommen.
[4] Vgl. Andreas Staehelin, Ochs, S. 22 Anm. 27.
[5] Vgl. die Studie von Im Hof von 1996 zur Helvetischen Gesellschaft und verschiedenen Formen von Patriotismus mit der analytischen Trennschärfe der Untersuchung von Rolf Graber.
[6] Siehe Teil III, S. 467ff.
[7] Vgl. die Arbeiten von Kapossy.
[8] Vgl. Sommer, S. 7–10.
[9] Exemplarisch Jacob-Friesen, Profile.
[10] Vgl. Graber.
[11] Vgl. Im Hof, Spätaufklärung, S. 28–29.
[12] Vgl. Follmann, speziell S. 145–173 sowie S. 234–237.
[13] Miaskowski, Iselin, S. 55.
[14] Vgl. Im Hof, Basel in Iselins «Ephemeriden», in: BZGA 91/1991, S. 147–158.
[15] Anders als Im Hof, Spätaufklärung, S. 31, der die Widerstände gegen Iselins Reformpolitik auf die Jahre 1773/74 beschränkt, gehe ich davon aus, dass das Misstrauen gegen ihn und seinen Kreis andauerte und gerade in den Jahren 1779–1782 intensiver wurde.
[16] Vgl. Im Hof, Iselin I, S. 136–138 und Im Hof, Spätaufklärung, S. 28–29 und S. 274, Anm. 46 und S. 275, Anm. 50.
[17] Vgl. Im Hof, Spätaufklärung, S. 29 sowie S. 275, Anm. 50 und 51.
[18] Vgl. Im Hof, Iselin I, S. 40–41.
[19] Vgl. Martin Staehelin, Wolleb.
[20] Eine von Emanuel Wolleb stammende Satire, «Die Reise nach dem Concerte», verdeutlicht dies. Ein vollständiger Abdruck des Textes in: Martin Staehelin, Wolleb. Es bestanden auch historische Beziehungen zwischen der Musikausbildung und der «Artistenfakultät», in der die meisten der akademischen Vertreter der Basler Aufklärung zu finden waren, vgl. Andreas Staehelin, Universität I, S. 368–376.
[21] Vgl. Böning, Pressewesen.
[22] Vgl. das ausführliche Verzeichnis von Im Hof in Iselin II, S. 578–593 sowie Im Hof, Spätaufklärung, S. 257–263.
[23] Siehe Teil I, Kap. 4.
[24] Vgl. Samuel Hirzel, «Denkmal Isaak Iselins», 1782, S. 28–29.
[25] Schon Im Hof, Iselin II, S. 588 weist darauf hin, dass ein Verzeichnis der verschiedenen Gutachten Iselins, die sich in den Beständen des StABS befinden müssen, fehle.
[26] Auch Paul Burckhardt notiert in seiner «Geschichte der Stadt Basel», S. 94, die verspätete Gründung der GGG.
[27] Johann Rudolf Schinz, Die vergnügte Schweizerreise anno 1773, ed. J. Schwarzenbach, Zürich, 1952, 1. Band, S. 56 (zitiert nach Imhof; Spätaufklärung, S. 39).
[28] Im Hof, Iselin I, S. 28.
[29] StABS PA 98a: 49, 208 (zitiert nach Im Hof, Iselin I, S. 142).
[30] Vgl. Im Hof, Iselin I, S. 142, speziell Anm. 3. Zur Kritik Iselins am Losentscheid deutlicher Im Hof, Spätaufklärung, S. 29.
[31] Der Begriff «Totsch» ist zur Zeit Iselins der Terminus technicus für den Verlierer einer Loswahl, vgl. Im Hof, Spätaufklärung, S. 22.
[32] Brief von Frey an Iselin nach dessen Nichtwahl am 27. Januar 1777, datiert «Saarlouis le 3.e février 1777», StABS PA 98a, 56, p. 45–46.
[33] StABS PA 98a: 1, p. 1–4.
[34] StABS PA 98a: 1, p. 5–47: Prüfungen 1750–1780.
[35] StABS PA 98a: 1, p. 48ff. Insgesamt umfasst das Corpus der Tagebücher Iselins fünfzehn Bände von insgesamt 68 Bänden mit nachgelassenen Papieren Iselins, die heute im Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt aufbewahrt werden, vgl. StABS PA 98a: 1–15, April 1751–1781. In den Tagebuchbänden sind jeweils auch die sogenannten «Anmerkungen und Betrachtungen» sowie einzelne Briefe und andere Texte enthalten. Die Zusammenstellung der Papiere zu gebundenen Bänden erfolgte nach Iselins Tod zu einem unbekannten Zeitpunkt, wahrscheinlich erst im 19. Jahrhundert. Eine kritische Geschichte der Entstehung dieser Sammlung fehlt bisher. Weitere Papiere Iselins aus dem Nachlass seiner Tochter Anna Maria Preiswerk-Iselin befinden sich auf der Universitätsbibliothek Basel: UBB HSS NL 33. Eine Edition dieser Papiere scheint nicht geplant zu sein.
[36] Für 1771 nur ein Eintrag.
[37] Für 1781 nur Eintrag im Anhang.
[38] StABS PA 98a: 20, S. 1–61.

[Anm. S. 65–S. 74]

Anmerkungen Kapitel 4:
Hans Ulrich Fiechter
Wege zur GGG: Isaak Iselins Reformtätigkeit als Grossrat und Ratsschreiber bis zur Gründung der GGG im März 1777

[Anm. S. 81–S. 92]

[1] StABS PA 98a: 4, p. 306–319. Der Text hatte ursprünglich eine selbständige Paginierung. Der Band scheint erst im 19. Jahrhundert zusammengestellt und gebunden worden zu sein. Auf Bitten Emanuel Wollebs überarbeitete Iselin diesen ersten Entwurf und veröffentlichte ihn unter dem Titel «Der Patriotische Redner» in der von Wolleb herausgegebenen Zeitschrift «Helvetischer Patriot», siebtes Stück, 1755, vgl. Im Hof, Iselin I, S. 144–145.

[2] Zur Beziehung zwischen Iselin und Wolleb vgl. Im Hof, Iselin I, S. 98–100. Zu Wolleb Martin Staehelin, Wolleb.

[3] Iselin hatte 1751 eine Dissertation zu diesem Thema eingereicht und nahm sich vor, seine Studien in dieser Richtung zu vertiefen, vgl. Im Hof, Iselin II, S. 578: Tentamen Juris Publici Helvetici, Basel, Em. Thurneysen, 1751.

[4] StABS PA 98a: 4, p. 317.

[5] Zu Aufbau und Organisation des sogenannten Zunftregiments sowie zur im Folgenden erwähnten Zunftrevolution von 1691 vgl. Teil III, S. 467ff.

[6] StABS PA 98a: 4, p. 317, 30./31. Dezember 1754.

[7] Diese Prinzipien der persönlichen Lebensführung eines Bürgers finden sich 1761 auch in seinen Überlegungen zur Schulumgestaltung als Lernziele wieder, vgl. StABS PA 98a: 8, p. 573, 6. September 1761, und 1778 in der dritten Überarbeitung der «Patriotischen Träume eines Menschenfreundes».

[8] StABS PA 98a: 4, p. 317, 31. Dezember 1754.

[9] StABS PA 98a: 7, p. 16/2, 1. Januar 1760.

[10] Ausführlicher bei Im Hof, Iselin I, S. 192–193.

[11] StABS PA 98a: 9, p. 116, 30. März 1762.

[12] StABS PA 98a: 9, p. 118, 30. März 1762.

[13] StABS PA 98a: 9, p. 124–125, 31. März 1762; p. 137, 8. April 1762.

[14] StABS PA 98a: 9, p. 125, 31. März 1762.

[15] StABS PA 98a: 8, p. 51–83, 24. Januar bis 20. Februar 1761.

[16] Vermutlich handelt es sich bei diesem Kataster um die Beschreibung der Stadt Basel von Felix Platter von 1610, vgl. Felix Platter, Beschreibung der Stadt Basel 1610 und Pestbericht 1610/11, hg. von Valentin Lötscher, Basel 1987 (Basler Chroniken, Bd. 11).

[17] Vgl. «Betrachtungen über die Stadtrechnung» in: StABS PA 98a: 7, p. 60–115 passim, ab Februar 1760; 11, p. 237–267, 2. September bis 5. November 1764.

[18] StABS PA 98a: 8, p. 48, 50, 51, 58, 63, 65, 66, 68, 70–77, 80, 83 (Schluss), 20. Januar bis 20. Februar 1761.

[19] Vgl. Iselin, Gesammelte Schriften, Band 1: Schriften zur Politik, S. 401–434. Aus dem Tagebuch Iselins ergibt sich, dass dieser dritte Teil der «Philosophischen und politischen Versuche» auch als selbständiger Druck erschien, vgl. StABS PA 98a: 7, p. 331, 15. November 1760; p. 386, 13. Dezember 1760.

[20] Vgl. Iselin, Gesammelte Schriften, Band 1: Schriften zur Politik, S. 499–587, im Kommentar S. 589–591 ausführliche Entstehungsgeschichte.

[21] StABS PA 98a: 9, p. 135, 6. April 1762.

[22] StABS PA 98a: 6, p. 6, 5. Januar 1756.

[23] StABS Älteres Hauptarchiv, Protokolle: Protokoll Grosser Rat, Band 8, fol. 213 (alle Angaben nach Im Hof, Iselin I, S. 148).

[24] StABS PA 98a: 5, p. 168, 11. September 1755.

[25] StABS PA 98a: 5, p. 192, 1. Oktober 1755.

[26] StABS PA 98a: 5, p. 178, 184, 191, 192, 196, 16. September bis 1. Oktober 1755.

[27] StABS PA 98a: 5, p. 196, 3. Oktober 1755.

[28] StABS PA 98a: 6, p. 15–16, 18. Januar 1756; 6, p. 69, 16. Februar (= Zitat).

[29] StABS PA 98a: 6, p. 78, 15. März 1756.

[30] StABS PA 98a: 6, p. 20–21, 22. Januar 1756.

[31] StABS PA 98a: 6, p. 6, 5. Januar 1756; 6, p. 10, 10. Januar 1756, vgl. auch Im Hof, Iselin I, S. 182, Anm. 2.

[32] StABS PA 98a: 7, p. 310, 23. August 1761, vgl. auch «Zugabe zum Helvetischen Patrioten», S. 85–87 (Iselin) und S. 87–92 (Bernoulli) sowie den Brief von Iselin an Johann Rudolf Frey vom 3. Dezember 1757 (StABS PA 98a: 51, 238).

[33] StABS PA 98a: 7, p. 6–8, o. D. zum Jahr 1758 [unter 24. Februar 1759].

[34] StABS PA 98a: 7, 6–8, 1758 summarisch.

[35] StABS Protokolle: Protokolle Grosser Rat, Band 8.

[36] Brief vom 21. März 1758 (StABS PA 98a: 51, 280), zitiert nach Im Hof, Iselin I, S. 183–184.

[37] StABS PA 98a: 8, p. 300, 16. August 1761, vgl. auch Im Hof, Iselin I, S. 184–185.

[38] StABS PA 98a: 8, p. 389, 20. November 1761.

[39] StABS PA 98a: 9, p. 19–45, 16. Januar 1762.

[40] StABS PA 98a: 9, p. 19, 16. Januar 1762.

[41] StABS PA 98a: 9, p. 27–28, 19. Januar 1762.

[42] StABS PA 98a: 9, p. 21, 15. Januar 1762.

[43] StABS Protokolle: Protokolle Grosser Rat, Band 9, 18. Januar 1762; StABS PA 98a: 9, p. 28, 19. Januar 1762.

[44] StABS PA 98a: 9, p. 28, 19. Januar 1762.

[45] StABS Protokolle: Protokolle Kleiner Rat, Band 135, 20. Januar 1762; StABS PA 98a: 9, p. 28–29, 19. Januar 1762.

[46] StABS PA 98a: 9, p. 38–39, 28. Januar 1762.

[47] StABS PA 98a: 9, p. 50, 4. Februar 1762.

[48] StABS PA 98a: 10, p. 193, 19. Dezember 1763 (vgl. Im Hof, Iselin I, S. 186).

[49] Vgl. Im Hof, Iselin I, S. 46–55 zur «Freien Gesellschaft» in Basel 1745–1747. In diese Zeit fallen auch die ersten dichterischen und philosophischen Versuche Iselins, vgl. Im Hof, Iselin II, S. 583: 2. Handschriftliche Arbeiten und Entwürfe sowie Anm. 2. Der erste Vorschlag zu einer ökonomisch-physikalischen Gesellschaft in Basel entstand im Januar 1762, vgl. StABS PA 98a: 9, p. 9, 6. Januar 1762; p. 29, 20. Januar 1762; p. 34, 25. Januar 1762 (Lesung vor Bürgermeister); p. 52, 6. Februar 1762 sowie UBB HAD NL 33: I E: Schriften aus der ersten Ratsschreiberzeit, Nr. 3: Entwurf einer ökonomischen Gesellschaft.

[50] Dieses Zitat stammt aus Iselins politischem Credo vom Dezember 1754 und wurde von ihm in dieser oder ähnlichen Formulierungen im Tagebuch in den folgenden Jahren immer wieder aufgenommen.

[51] So Ferdinand Schwarz 1921 in seinem Artikel «Die älteste Lesegesellschaft in Basel 1760», in: BN, Sonntagsblatt 1921, Nr. 35.

[52] Zum «Staminet» vgl. Im Hof, Iselin I, S. 241–242, wo Salathe als Musiker bezeichnet wird.

[53] StABS PA 98a: 7, p. 36/22, 24. Januar 1760.

[54] StABS PA 98a; 7, p. 331/317, 25. Oktober 1760.

[55] StABS PA 98a: 6, p. 156–157, Ende 1756, vgl. Im Hof, Iselin I, S. 228.

[56] StABS PA 98a: 6, p. 283, Übergang 1756/57; Manuskript «Reform der Basler Hochschule» in: PA 98a: 63, S. 76–104. Vgl. auch Im Hof, Iselin I, S. 228–229.

[57] Zum Inhalt vgl. Im Hof, Iselin I, S. 229–230.

[58] StABS PA 98a: 7, p. 5, im Absatz 1758/59; p. 40, 31. Januar

1760; p. 45, 7. Februar 1760, spätere Belege (ab Herbst) teilweise bei Salathé; 8, p. 414–415, 13. Dezember 1761. Vgl. auch Im Hof, S. 240–241.

[59] Zu dieser Gesellschaft vgl. StABS PA 98a: 6, p. 2, 1./2. Januar 1756; 8, p. 378, 11. November 1761: 8, p. 414–415, 13. Dezember 1761; 8, p. 423, 20. Dezember 1761; Beilagen.

[60] StABS PA 98a: 7, p. 7, 1758.

[61] StABS PA 98a: 8, p. 364, 29. Oktober 1761.

[62] StABS PA 98a: 8,a p. 370, 5. November 1761; p. 377, 10. November 1761.

[63] StABS PA 98a: 8, p. 377, 10. November 1761.

[64] StABS PA 98a: 8, p. 409–410, 9. Dezember 1761.

[65] StABS PA 98a: 8, p. 389, 20. November 1761, Vorspiel zu 11./12. Dezember 1761.

[66] StABS PA 98a: 8, p. 412–413, 11. Dezember 1761; p. 414, 12. Dezember 1761.

[67] StABS PA 98a: 8, p. 413, 12. Dezember 1761.

[68] StABS PA 98a: 8, p. 416, 14. Dezember 1761.

[69] StABS PA 98a: 8, p. 383, 15. November 1761; p. 409, 8. Dezember 1761; p. 409, 9. Dezember 1761; p. 11. Dezember 1761; p. 413, 12. Dezember 1761; p. 422, 20. Dezember 1761; 9, p. 9, 6. Januar 1762. Vgl. Im Hof, Typoskript der Dissertation, S. 184–185, früher UBB HSS NL 33: VI, jetzt StABS PA 1193: D 2–1.

[70] StABS PA 98a: 9, p. 31–32, 22. Januar 1762, vgl. auch p. 29, 20. Januar 1762; p. 30, 21. Januar 1762; p. 34–35, 25. Januar 1762, p. 41, 29. Januar 1762; p. 51, 5. Februar 1762; p. 52, 6. Februar 1762.

[71] StABS PA 98a: 9, p. 34, 25. Januar 1762; p. 52, 6. Februar 1762.

[72] StABS PA 98a: 9, p. 53, 6. Februar 1762.

[73] Vgl. Iselin an Bernhard von Tscharner, 19. Februar 1762; StABS PA 98a: 9, p. 66, 15. Februar 1782: Beginn der Arbeit an «Über die Mittel wider die Verderbniss des Staates».

[74] Vgl. Tagebuch 8 und 9, November 1761 bis September 1762 passim, vgl. auch Im Hof, Iselin I, S. 241, in Anm. 1 auch Angaben zu den Teilnehmern.

[75] StABS PA 98a: 9, p. 61, 12. Februar 1762.

[76] StABS PA 98a: 9, p. 188, 20. Mai 1762.

[77] StABS PA 98a: 9, p. 93, 12. März 1762; p. 201, 30. Mai 1762. Vgl. auch Im Hof, Iselin I, S. 250–258.

[78] Sowohl der Franzose Henri-Louis Duhamel du Monceau (1700–1782) wie auch der Engländer Jethro Tull (1674–1741) waren Pioniere der Rationalisierung der Landwirtschaft. Man sieht hier wieder, wie Iselin auch dank seiner internationalen Kontakte in vielen Gebieten immer auf dem neusten Stand der Diskussion war.

[79] StABS PA 98a: 8, p. 557, Einschläge [1761], letzter Absatz; 9, p. 160, 22. April 1762. Sehr aufschlussreich für Iselins Ideen und Haltung zu den Einschlägen und den Grundstückzusammenlegungen im Baselbiet ist ein Anhang zu seinen Tagebuchnotizen von 1761, betitelt «Einschläge», vgl. StABS PA 98a: 8, p. 552–557, Weinmonat 1761.

[80] StABS PA 98a, 8, p. 377, 10. November 1761; p. 391, 21. November 1761. Vgl. auch Teucher, Hieronymus Christ, S. 160f.

[81] StABS PA 98a: 8, p. 553, «Einschläge», November 1761.

[82] StABS PA 98a: 8, p. 552, «Einschläge», November 1761.

[83] StABS PA 98a: 8, p. 554, «Einschläge», November 1761.

[84] StABS PA 98a: 8, p. 553, «Einschläge», November 1761.

[85] StABS PA 98a: 9, p. 272 und 274, 29. Juli 1762.

[86] StABS PA 98a: 9, p. 266, 23. Juli 1762.

[87] StABS PA 98a: 8, p. 554, «Einschläge», November 1761.

[88] StABS PA 98a: 8, p. 391, 21. November 1761 (die Landordnung war über anderthalb Jahre lang traktandiert); 9, p. 274, 31. Juli 1762.

[89] StABS PA 98a: 9, p. 274, 31. Juli 1762.

[90] StABS PA 98a: 9, p. 362, 8. Oktober 1762; p. 425, 433–435, 29. November 1762; 9, 433–435, 6. Dezember 1762.

[91] StABS PA 98a: 8, p. 555, «Einschläge», November 1761.

[92] StABS PA 98a: 8, p. 433, 8. Dezember 1762; 9, p. 7, 5. Januar 1763; p. 20, 28. Januar 1763, vgl. auch Im Hof, Iselin I, S. 176.

[93] StABS PA 98a: 8, p. 557, «Einschläge», November 1761; 9, p. 458, 2. März 1762.

[94] StABS PA 98a: 9 Anhang, p. 458ff., «Anmerkungen und Beobachtungen» 1762, Erziehung auf dem Lande.

[95] StABS PA 98a: 7, p. 348, 17. November 1760.

[96] StABS PA 98a: 7, p. 223, 4. August 1760.

[97] StABS PA 98a: 7, p. 348/334, 10. November 1760.

[98] StABS PA 98a: 8, p. 349/335, 10. November 1760.

[99] Bartholomé du Pont war Sohn eines Bürgerratsgegners, der aus Genf fliehen musste, wie sein Vater ein Arzt und Techniker («physicien»).

[100] StABS PA 98a: 7, p. 339/325, 1. November 1760.

[101] StABS PA 98a: 8, p. 108, 10. März 1761.

[102] StABS PA 98a: 8, p. 154, 16. März 1761.

[103] Gründer der «Philostratia» 1760, der ersten Offiziersgesellschaft in Basel, vgl. Teil II, Kap. 3.1.

[104] StABS PA 98a: 9, p. 264, 22. Juli 1762.

[105] StABS PA 98a: 9, p. 451, 30. Dezember 1762.

[106] StABS PA 98a: 10, p. 11, 12. Januar 1763.

[107] Vgl. zum Bau der Fruchtdarre Doris Huggel, Fechter, S. 64–65, dort auch eine Abbildung eines Plans der Fruchtdarre von Fechter.

[108] StABS PA 98a: 8, p. 26, 12. Januar 1761.

[109] StABS PA 98a: 8, p. 27, 12. Januar 1761.

[110] StABS PA 98a: 8, p. 50, 23. Januar 1761; p. 52: Anfragen in Lörrach, später Solothurn, Bern und Bar-le-Duc.

[111] StABS PA 98a: 8, p. 66, 7. Februar 1761.

[112] StABS PA 98a: 8, p. 93, 1. März 1761.

[113] StABS PA 98a: 8, p. 100, 5. März 1761.

[114] StABS PA 98a: 8, p. 96, 2. März 1761.

[115] StABS PA 98a: 8, p. 102–103, 7. März 1761.

[116] StABS PA 98a: 8, p. 106, 9. März 1761; p. 136, 2. April 1761.

[117] StABS PA 98a: 8, p. 149–150 und p. 155–156, 13. April 1761.

[118] StABS PA 98a: 8, p. 162, 21. April 1761.

[119] StABS PA 98a: 8, p. 166, 24. April 1761.

[120] StABS PA 98a: 8, p. 168, 25. April 1761.

[121] StABS PA 98a: 8, p. 8, p. 150, 13. April 1761; p. 187, 14. Mai 1761.

[122] StABS PA 98a: 9, p. 61, 12. Februar 1762.

[123] StABS PA 98a: 9, p. 35, 8. März 1762.

[124] StABS PA 98a: 9, p. 159, 22. April 1762.

[125] Peter Ochs, Geschichte, Bd. VII, p. 623.

[126] StABS PA 98a: 9, p. 193–194, 23. Mai 1762.

[127] StABS PA 98a: 9, p. 265, 23. Juli 1762.

[128] StABS PA 98a: 9, p. 351, 27. September 1762.

[129] Wahrscheinlich handelt es sich um Claude Passavant (1741–1812), Sohn des Kaufmanns Claude Passavant und der Marguerite Linder und Neffe des Arztes Claude Passavant-de Widemann, Leibarzt des Markgrafen von Baden, vgl. http://www.stroux.org/patriz_f/stQV_f/PsC_f.pdf: Nachkommen Claudius Passavant, verh. mit Anne-Marie Fattet.

[130] StABS PA 98a: 9, p. 396–397, 3. Oktober 1762.

[131] StABS PA 98a: 9, p. 403–404, 9. November 1762.

[132] Wohl der ältere Bruder des Architekten Johann Jakob Fechter, der das väterliche Geschäft weiterführte.

[133] StABS PA 98a: 9, p. 426, 30. November 1762; 10, p. 38, 28. Februar 1763.

[134] StABS PA 98a: 10, p. 38, 28. Februar 1763.

[135] StABS PA 98a: 10, p. 169, 4. November 1763; p. 172, 8. November 1763; p. 173, 11. November 1763; p. 174–176 und S. 178, 12. November 1763.

[136] StABS PA 98a: 10 Anhang Münzwesen, p. 467, 8. November 1763.

[137] StABS PA 98a: 10, p. 172, 10. November 1763: «Hr. Linder im Löwenschlösslein bey mir, man will ihn im Münzwesen gebrauchen», zu Linder siehe auch p. 173, 11. November 1763 und p. 190, 11. Dezember 1763.

[138] StABS PA 98a: 10, p. 178, 18. November 1763.

[139] StABS PA 98a: 14, «Anmerkungen und Betrachtungen», p. 33, 23. November 1773.

[140] StABS PA 98a: 5, p. 104, 10. Juni 1755; p. 192, 1. Oktober 1755; p. 135, 3. Oktober 1755, später Montesquieu und Bodin u. a. 1762/63, vgl. auch UBB HAD NL 33: I A (Angabe nach Im Hof, Iselin I, S. 46, Anm. 4).

[141] Vgl. «Philosophische und patriotische Träume eines Menschenfreundes», Kap.: «Die Auferziehung», in: Gesammelte Werke, Bd. 1: Schriften zur Politik, S. 201–205.

[Anm. S. 104–S. 111]

[142] StABS PA 98a: 63, p. 44–46.
[143] StABS Protokolle: Protokolle Grosser Rat, Band 8, 7. Juli 1760; StABS PA 98a: 7, p. 182–183, 7. Juli 1760.
[144] StABS PA 98a: 7, p. 275, 3. September 1760.
[145] StABS PA 98a: 7, p. 277, 5. September 1760, vgl. auch Anhang 1760: 7, p. 574–629, ab 5. September 1760.
[146] StABS PA 98a: 7, p. 199/185, 24. Juli 1760.
[147] StABS PA 98a: 7, p. 214/200–216/202, 30./31. Juli 1760.
[148] StABS PA 98a: 7, p. 4–161 sowie weitere Entwürfe im Anhang zu StABS PA 98a: 7, p. 406–643; 6. August 1760; 5. September 1760; p. 335, 20. Oktober 1760, p. 326, 21. Oktober 1760.
[149] StABS PA 98a: 7, p. 393, 19. Dezember 1760; 8, p. 17, 7. Januar 1761.
[150] StABS PA 98a: 8, p. 180–181, 12. Mai 1761.
[151] StABS PA 98a: 8, p. 240, 27. Juni 1761: p. 380, 13. November 1761.
[152] StABS PA 98a: 8, p. 245–268, 4.–18. Juli 1761.
[153] Iselin an Felix von Balthasar, 10. Oktober1761, zitiert nach Im Hof, Iselin I, S. 178.
[154] StABS PA 98a: 8, p. 373–375, 9. November 1761.
[155] StABS PA 98a: 9, p. 432, 29. Dezember 1761; siehe auch StABS PA 98a: 8, p. 429–430, 28. Dezember 1761.
[156] Dieser im Tagebuch von Iselin selbst erwähnte Druck hat sich nicht erhalten.
[157] StABS PA 98a: 10, p. 197, 24. Dezember 1761.
[158] Die heute in den nachgelassenen Schriften Iselins auf dem Staatsarchiv erhaltenen, insgesamt drei Fassungen des «Bedenkens über die Erziehung und über das Schulwesen in einem demokratischen Staate» (StABS PA 98a: 21, p. 1–743) wurden erstmals 1900 von Paul Alwin Zinck in dessen Inaugural-Dissertation an der Universität Leipzig «Isaak Iselin als Pädagoge» ausgewertet. Er hatte von Isaak Iselin-Bischoff (1822–1899) Zugang zum Originalmanuskript erhalten, vgl. Zinck, op. cit., S. 6. Zinck gibt eine ausführliche Darstellung des Inhalts des Bedenkens. Der Text ist im Internet im «Internet Archive» unter https://archive.org/details/isaakiselinalsp00zinc (Stand Mai 2015) als PDF einsehbar. Für eine allgemeine Übersicht zu Iselins Plänen zur Schulreform und pädagogischen Vorstellungen vgl. Einleitung von Marcel Naas zu: Gesammelte Werke, Bd. 3: Schriften zur Pädagogik.
[159] StABS PA 98a: 8, p. 432, 29. Dezember 1761.
[160] StABS PA 98a: 8, p. 379, 9. November 1761.
[161] StABS PA 98a: 8, p. 380, 13. November 1761.
[162] StABS PA 98a: 12, p. 26 (263), 10. Februar 1766.
[163] StABS PA 98a: 9, p. 349, 25. September 1762.
[164] StABS PA 98a: 9, p. 415, 20. November 1762.
[165] StABS PA 98a: 10, p. 35–36, 25. Februar 1763.
[166] StABS PA 98a: 10, p. 52, 25. März 1763.
[167] StABS PA 98a: 9, p. 53, 6. Februar 1762; p. 65, 15. Februar 1762; 10, p. 70, 25. August 1763.
[168] StABS PA 98a: 10, p. 133, 5. September 1763.
[169] StABS PA 98a: 10, p. 70, 25. August 1763.
[170] StABS PA 98a: 11, p. 85, 30. April 1764.
[171] Entwürfe vom 30. Juni bis 9. Juli 1766 in StABS PA 98a: 12, p. 327–328 sowie zwei Seiten Notizen unter dem Titel «Gesellschaft zur Aufmunterung ec», ebenda, p. 444–445, 6./9. Juli 1766.
[172] StABS PA 98a: 12, p. 321–322, 16. Juni 1766.
[173] StABS PA 98a: 13, p. 57, 16. Mai 1767: «nach Mittags kamen der Prinz von Würtenberg und der H[err]. vn Brenks und nachher eine Mänge andrer an.»; ibidem: «Ich hatte meinen Entwurf einer Gesellschaft zur Aufmunterung, die ich in Basel errichten wollte, mitgenommen. Ich las solchen dm Prinzen vn Würtenberg vor.»
[174] StABS PA 98a: 14, p. 351–352, 9. Juni 1775.
[175] StABS PA 98a: 14, p. 360, 27. August 1775.
[176] StABS PA 98a: 14, p. 360, 27. August 1775.
[177] StABS PA 98a: 14, p. 142–155, 28. Dezember 1775.
[178] StABS PA 98a: 14, p. 360, 27. August 1775.
[179] StABS PA 98a: 14, p. 354, 25. Juli 1775.
[180] StABS PA 98a: 14, p. 360, 27. August 1775.
[181] StABS PA 98a: 14, p. 468, 8. Dezember 1769; 14, p. 361, 1. September 1775.
[182] StABS PA 98a: 14, p. 368, 4. Oktober 1775.
[183] StABS PA 98a: 14, p. 360, 27. August 1775.
[184] StABS PA 98a: 14, p. 355 und p. 359, 27. August 1775.
[185] Peter Ochs, Geschichte, Bd. VIII, p. 54–72.
[186] StABS PA 98a: 14, p. 355, 25. Juli 1775.
[187] StABS PA 98a: 14, p. 354, 25. Juli 1775.
[188] UBB HSS A lambda I 7: 59–60.
[189] UBB HSS A lambda I 7: 60.
[190] UBB HSS A lambda I 7: 60.
[191] StABS PA 98a: 14, p. 243–244, 26. April 1774 (Sittenlehre).
[192] StABS PA 98a: 14, p. 245–246, 28. April 1774 (Sittenlehre).

Teil II:
Die Entwicklung der GGG bis zur Wende zum 20. Jahrhundert

1. Organisation und Trägerschaft der GGG

1.1 Die Entwicklung der Mitgliederzahlen der GGG bis zum Ersten Weltkrieg

Die GGG ist die einzige Gesellschaft in Basel, die nicht nur die Zahl ihrer Mitglieder seit ihrer Gründung, sondern auch deren Namen und Funktion innerhalb der Gesellschaft kennt. Das Prinzip der Öffentlichkeit, das Isaak Iselin der Organisation und Tätigkeit der Gesellschaft zugrunde legte, schloss die Veröffentlichung der Namen aller Mitglieder der Gesellschaft mit ein.

> *Die dermalige Anzahl der Mitglieder wird das Publicum aus beygehender alphabetischer Verzeichniss ersehen. Wer derselben beyzutreten gesonnen ist, wird ersucht seine Erklärung, wie eher wie lieber in den Schweighauserischen Buchladen oder bey einem Mitglied der Gesellschaft abzugeben, damit man desto eher wissen könne, wie weit die Kräfte der Gesellschaft zu Beförderung des Guten reichen mögen.*[1]

Die Veröffentlichung der Namen der Mitglieder war zur Zeit Iselins und auch später noch bis in die Restaurationszeit hinein nicht selbstverständlich. Seit 1777 druckte die Gesellschaft in ununterbrochener Folge im Jahresbericht eine alphabetische Liste ihrer Mitglieder und der Vorstandsmitglieder ab. Diese Anordnung der Namen hatte eine politische Bedeutung. Die Titel der Mitglieder wurden zwar genannt, aber die alphabetische Reihenfolge hob die sozialen Unterschiede unter den Mitgliedern für alle sichtbar auf. Die Kommissionen und ihre Mitglieder wurden hingegen erst von 1798 an im Jahresbericht aufgeführt. Von Anfang an jedoch wurden die Namen der von der allgemeinen Mitgliederversammlung in eine Kommission Gewählten protokolliert mit der Angabe der Stimmenzahl und ihre Namen in einem speziellen «Ämter-Buch» verzeichnet.[2] So wissen wir zum Beispiel, dass Isaak Iselin an der Gründungsversammlung zum ersten Vorsteher gewählt wurde, aber bei seiner Wahl nicht die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigen konnte. Dreierherr Friedrich Münch und Kanzlist Andreas Merian erzielten bessere Resultate.[3] So sind nicht nur die Namen aller Einzelmitglieder der Gesellschaft von Anfang an bekannt, sondern auch die Namen aller Vorstandsmitglieder und Kommissionsmitglieder und der Delegierten.

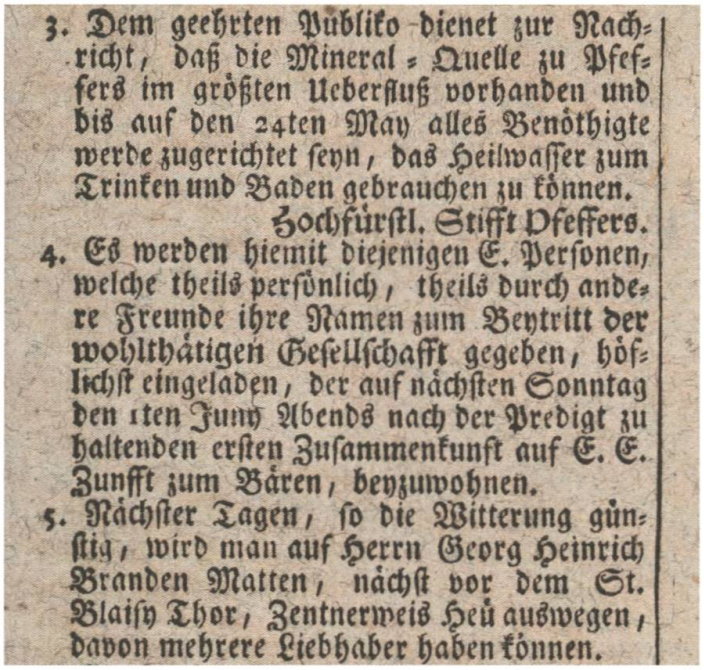
Die Mitglieder warben mit der Veröffentlichung ihrer Namen für die Gesellschaft, schon bei der Gründung selbst. Als Isaak Iselin in seiner Wohnung im Reischacherhof (heute «Zum Isaak» auf dem Münsterplatz) am 30. März 1777 seinen Freunden aus der Basler Sektion der Helvetischen

Gesellschaft den «Plan», d.h. die ersten Statuten, der GGG vorlas, trugen sich die sechs Anwesenden auf einer Subskriptionsliste ein und beschlossen, um besser für die neue Gesellschaft werben zu können, die Statuten zu drucken. Diese Statuten sind das älteste erhaltene Dokument zur Geschichte der GGG. Eine eigentliche Gründungsurkunde fehlt hingegen und hat auch nie existiert. Aber es gibt einen Gründungsbericht zur «Stiftung der Gesellschaft», der rückblickend von der Gründung erzählt.[4] Laut diesem Bericht trafen sich am Auffahrtstag 1777 die Erstunterzeichner und die unterdessen neu angeworbenen Mitglieder wieder im Haus Iselins und wählten eine «Interims Commission», die die konstituierende Versammlung vorbereiten sollte (vgl. Abb. 34, S. 166 / 167). Die Gründungssitzung wurde in den «Wöchentlichen Nachrichten» ausgeschrieben (vgl. Abb. 26, S. 125). Das Protokoll der Gründungsversammlung hat sich nicht im Original erhalten.[5] Wir kennen aber seinen Inhalt, dank einer Abschrift im ersten Protokollband der GGG und dank einer Empfehlung der Interimskommission. Sie hatte vorgeschlagen, die Beschlüsse der konstituierenden Versammlung und eine Liste der Mitglieder zu veröffentlichen.[6] Tatsächlich erschienen die Beschlüsse dieser ersten allgemeinen Versammlung der GGG vom 1. Juni 1777 mit der ersten Mitgliederliste umgehend im Druck.[7] Von da an veröffentlichte die GGG in jedem Jahresbericht, der «Geschichte der Gesellschaft», eine vollständige Liste ihrer Mitglieder.

Mit dem wachsenden Prestige der Gesellschaft nach 1800 und der zunehmenden Bedeutung, die eine gemeinnützige Tätigkeit für das Selbstbild des konservativen Stadtbürgertums nach 1830 gewann, wurde die Publikation des eigenen Namens in der Mitgliederliste der GGG immer mehr ein politisches Statement einer bestimmten sozialen Gruppe der Stadtbürgerschaft. Die Mitgliederlisten blieben deshalb bis über den Zweiten Weltkrieg hinaus integraler Teil des gedruckten Jahresberichts, des sogenannten «Blaubuches».[8]

Die Führung der Mitgliederlisten gehörte zu den Amtspflichten des Seckelmeisters. Eine korrekte Führung war nicht nur für die Erhebung der Mitgliederbeiträge wichtig, sondern auch, wie wir gesehen haben, für die Öffentlichkeitsarbeit der Gesellschaft. Fehler zwangen den Vorstand zu raschem Handeln, wenn das öffentliche Ansehen der Gesellschaft keinen Schaden nehmen und sie das Vertrauen ihrer Mitglieder nicht verlieren wollte. So wurde in den «Commissional Verhandlungen» vom 30. Januar 1783 beantragt, eine neue Mitgliederliste aufzusetzen, *«da die letztgedruckte fehlerhafft befunden worden, und bey vielen Mitgliedern Misvergnügen erwecket hatte»*, und beschlossen: *«Ist H*[err] *Seckelmeister Merian* [Walter Merian, Wirt zum Wilden Mann] *gebeten, eine richtige Liste von denjenigen Herren zu verfertigen, die so wohl in dem vergangenen, als in dem jetzt laufenden Jahr ihre Beyträge an die Gesellschafft eingeliefert haben. Und damit dieses desto genauer geschehen könne, ist er ersucht, bey allen alten Mitgliedern, sonderheitlich bey denen, von welchen etwann noch zweifelhafftig wäre, ob sie aus der Gesellschafft getretten oder nicht, anfragen zu lassen, ob es Ihnen beliebig seye, dass ihre Namen in das neue Verzeichniss eingerücket werden.»*[9]

[Abb. 26]



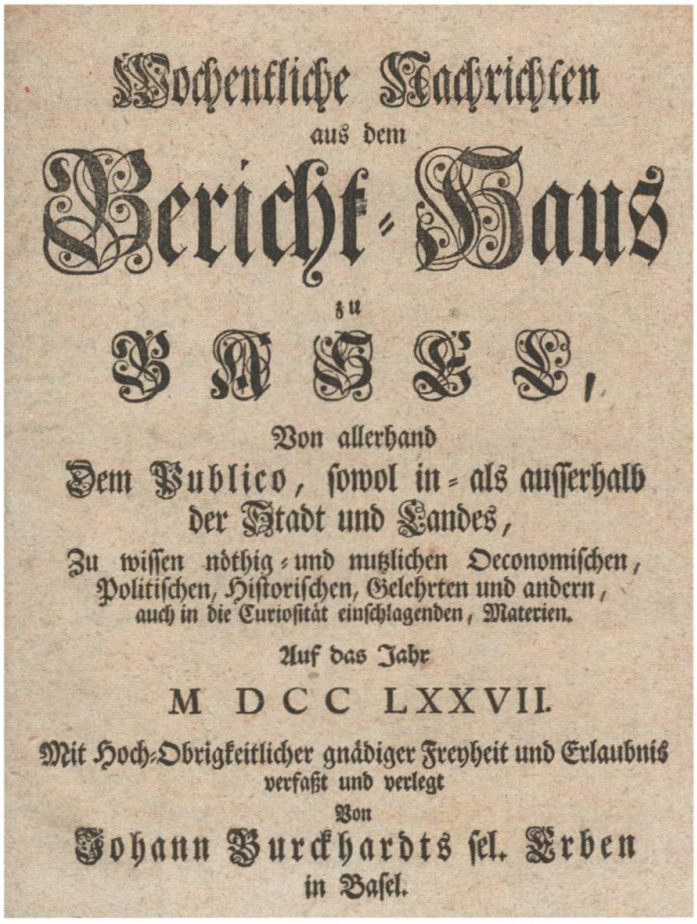
3. Dem geehrten Publiko dienet zur Nachricht, daß die Mineral-Quelle zu Pfeffers im größten Ueberfluß vorhanden und bis auf den 24ten May alles Benöthigte werde zugerichtet seyn, das Heilwasser zum Trinken und Baden gebrauchen zu können.

Hochfürstl. Stifft Pfeffers.

4. Es werden hiemit diejenigen E. Personen, welche theils persönlich, theils durch andere Freunde ihre Namen zum Beytritt der wohlthätigen Gesellschafft gegeben, höflichst eingeladen, der auf nächsten Sonntag den 1ten Juny Abends nach der Predigt zu haltenden ersten Zusammenkunft auf E. E. Zunfft zum Bären, beyzuwohnen.

5. Nächster Tagen, so die Witterung günstig, wird man auf Herrn Georg Heinrich Branden Matten, nächst vor dem St. Blaisy Thor, Zentnerweis Heu auswegen, davon mehrere Liebhaber haben können.

[Abb. 27]



Wochentliche Nachrichten
aus dem
Bericht-Haus
zu
BASEL,
Von allerhand
Dem Publico, sowol in- als ausserhalb
der Stadt und Landes,
Zu wissen nöthig- und nutzlichen Oeconomischen,
Politischen, Historischen, Gelehrten und andern,
auch in die Curiosität einschlagenden, Materien.
Auf das Jahr
M DCC LXXVII.
Mit Hoch-Obrigkeitlicher gnädiger Freyheit und Erlaubnis
verfaßt und verlegt
Von
Johann Burckhardts sel. Erben
in Basel.

[26] Einladung zur Gründungsversammlung der GGG am 1. Juni 1777 im Zunfthaus zum Bären in der Freien Strasse in den «Wöchentlichen Nachrichten aus dem Bericht-Haus zu Basel», einem Annoncenblatt, das abonniert werden konnte.

[27] Titelblatt der «Wöchentlichen Nachrichten» für das Jahr 1777.

Die Fehler in den gedruckten Mitgliederlisten waren entstanden, weil die sogenannten Einzüger, Männer, die im Namen des Seckelmeisters die Beiträge bei den Mitgliedern zu Hause einzogen, offenbar eigene Listen führten und diese nicht mit den Listen des Seckelmeisters abstimmten. Etwas später begann das Sekretariat deshalb, zusammen mit dem Seckelmeister, ein zentrales Mitgliederregister zu führen, das vom Seckelmeister kontrolliert und à jour gehalten wurde. Die Jahresberichte wurden bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts von Austrägern verteilt, die lange auch die Mitgliederbeiträge einzogen. Wann der Kassier auf die Bezahlung per Bankanweisung und das Sekretariat auf den Versand per Post umgestellt hat, konnte ich nicht feststellen.

Die zentralen Mitgliederlisten mit den Adressen mussten regelmässig erneuert werden. Alte Listen, die wegen Korrekturen, Nachträgen und Streichungen unübersichtlich geworden waren, wurden weggeworfen. Dank der seit 1777 bestehenden Publikation der Mitgliederlisten im Jahresbericht kennen wir trotzdem die Namen aller Mitglieder seit 1777, obwohl die erhaltenen Register nur den Zeitraum von 1839 bis 1897 abdecken.[10] Das ist nicht selbstverständlich. Die 1787 gegründete Allgemeine Lesegesellschaft, die wie die GGG dem Öffentlichkeitsprinzip verpflichtet war, besitzt heute keine vollständige Übersicht mehr über ihre Mitglieder. Die älteste Mitgliederliste stammt aus dem Jahr 1839.[11] Die Lesegesellschaft verlor viele der von ihr seit der Gründung 1787 im Druck veröffentlichten Mitgliederlisten, da sie nicht dem Jahresbericht beigedruckt wurden, sondern separat als Flugblatt erschienen.

Bis 1800 bilden die Mitgliederlisten auch die Grundlage für die Berechnung der Mitgliederzahlen. Nach 1800 lässt sich die Mitgliederzahl anhand der Angaben der im Jahresbericht publizierten Jahresrechnung feststellen.[12] Vor 1800 finden sich zusätzlich auch Angaben in den Protokollen und im Jahresbericht des Vorstehers. Die in den Protokollen, im Jahresbericht und in den Jahresrechnungen enthaltenen Angaben zu den Mitgliederzahlen stammten alle aus derselben Quelle: vom Seckelmeister. Er war verpflichtet, der «dirigierenden Commission» oder «vorberatenden Commission» – so hiess der Vorstand im 18. und 19. Jahrhundert – und der Mitgliederversammlung das Ergebnis der Erhebung der Mitgliederbeiträge und die genaue Mitgliederzahl mitzuteilen. Die Zahlen im gedruckten Jahresbericht und in den Protokollen stimmen vor 1800 meist nicht überein, da der Schreiber seinen Schlussbericht im Dezember vortragen musste, während der Seckelmeister im Januar mit dem Einsammeln der Mitgliederbeiträge begann und meist im März über das Ergebnis berichtete.

Die Mitgliederzahlen sind auch in den Jubiläumsschriften der GGG von 1827, 1877 und 1927 dokumentiert. Die Angaben in den gedruckten Jahresberichten und in der Jubiläumsschrift von 1827 wurden bereits von August von Miaskowski für die Festschrift von 1877 statistisch ausgewertet. Die Angaben zu den Mitgliederzahlen zwischen 1777 und 1826 übernahm er aus der von Carl Burckhardt-Paravicini 1827 veröffentlichten Zusammen-

[Abb. 28]

[28] Die Statuten der GGG von 1777 bis 1916. Vorne die ältesten, ganz hinten die jüngeren. Ebenfalls sichtbar sind auf dem ersten und zweiten Exemplar oben der Stempel der Drucksachensammlung des Staatsarchivs sowie unten auf dem zweiten Exemplar der von Rudolf Wackernagel entworfene Besitzstempel der GGG (vgl. Abb. 5, S. 25) und auf allen der Staub der Jahrhunderte.

stellung der *«Zahl der Mitglieder der Gesellschaft zu Ende jedes Jahrs, zufolge der den Jahresberichten beigedruckten Namensverzeichnisse»*[13], die wie der Titel sagt, auf der Auszählung der gedruckten Mitgliederverzeichnisse beruhten. Die Zahlen ab 1827 wurden hingegen den in den Jahresberichten abgedruckten Jahresrechnungen entnommen.[14] Auf den Daten Miaskowskis baute wiederum die Mitgliederstatistik der Festschrift von 1927 auf, die vom damaligen Kantonsstatistiker Oskar Hugo Jenny-Rosenmund bis 1927 weitergeführt wurde.[15] Zusätzlich berechnete Jenny den proportionalen Anteil der GGG-Mitglieder an der Basler Wohnbevölkerung zwischen 1777 und 1927 und stellte in einer Graphik die Entwicklung der absoluten Mitgliederzahlen der Entwicklung des Anteils der GGG-Mitglieder an der Wohnbevölkerung gegenüber.[16]

Die von Jenny-Rosenmund erstellte Graphik (siehe Graphik 1, S. 160) veranschaulicht eindrücklich, dass der Verlauf der Entwicklung des Mitgliederbestandes der GGG sich ganz anders darstellt, wenn man die Entwicklung der absoluten Mitgliederzahlen mit der Entwicklung des Anteils der GGG-Mitglieder an der Wohnbevölkerung der Stadt Basel vergleicht. In absoluten Zahlen blieben die Mitgliederzahlen bis 1810 relativ stabil und stiegen dann langsam, aber stetig an bis 1870. Setzt man diese Zahlen jedoch in Relation zum Wachstum der Wohnbevölkerung Basels, entsteht ein viel bewegteres Bild. Der stetige Mitgliederschwund zwischen 1778 und 1783 von 176 auf 108 Mitglieder und der darauffolgende kurze Aufschwung bis 1788 auf 188 Mitglieder vor Ausbruch der Französischen Revolution 1789 stellt sich deutlicher dar als in der Graphik mit den absoluten Zahlen, ebenso der langsame, aber stetige Mitgliederverlust von 188 auf 153 Mitglieder bis zu Beginn der Helvetischen Republik 1799. Eine Wende in der Mitgliederentwicklung erfolgte erst nach 1800. Bis 1820 stiegen die Mitgliederzahlen nicht nur absolut von 153 Mitgliedern im Jahr 1800 auf 375 im Jahr 1820, sondern auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung. Der Anteil der GGG-Mitglieder an der Wohnbevölkerung verdoppelte sich von 8,8 Promille um 1800 auf 19 Promille um 1820 und stieg bis 1827 nochmals bis auf 23,4 Promille oder 511 Mitglieder an. 1827/28 fand diese Aufwärtsbewegung jedoch ein Ende, auch wenn die Mitgliederzahlen absolut weiter anstiegen. Bis 1850 blieb der Anteil der GGG-Mitglieder an der Wohnbevölkerung stabil um 22 Promille, sank dann aber bis 1868 wieder auf den Stand zu Beginn der 1820er Jahre. Wenn wir von den auffälligen Ausschlägen zwischen 1866 und 1877 (Anstieg von 871 Mitgliedern auf 1747 bzw. von 20,0 Promille auf 29,8 Promille) und zwischen 1877 bis 1889 (Abnahme von 1747 Mitgliedern auf 1577 bzw. von 29,8 Promille auf 21,1) einmal absehen, nahm der Anteil der GGG-Mitglieder an der Wohnbevölkerung seit 1828 kontinuierlich ab und fiel bis 1915 bei einem Mitgliederstand von 2074 und einem Anteil von 14,4 Promille wieder auf den Stand um 1810 zurück, obwohl im selben Zeitraum die absoluten Mitgliederzahlen kontinuierlich angewachsen waren. Diese gegenläufige Entwicklung der beiden Kurven ist in der Graphik besonders deutlich in den Jahren zwischen 1880 und 1915 sichtbar.

Bildet die Kurve der Entwicklung der absoluten Mitgliederzahlen das stetige Wachstum der Gesellschaft seit ihrer Gründung bis 1870 ab – Paul Siegfried spricht vom *«ruhigen Aufstieg 1816–1877»*[17] – sowie die beschleunigte Entwicklung nach 1870 parallel zur Beschleunigung des Wachstums der Basler Wohnbevölkerung, akzentuiert die zweite Kurve, die die Proportion zwischen GGG-Mitgliedern und Wohnbevölkerung festhält, verschiedene Phasen der inneren Entwicklung der GGG. Der steile Abstieg der Kurve nach 1877 veranschaulicht zudem das für die eingesessene Bevölkerung dramatische Ausmass des allgemeinen Bevölkerungswachstums nach 1870. Auffällig ist, dass die Phasen beschleunigten Wachstums der Mitgliederzahlen zwischen 1783 und 1788, 1800 und 1827 sowie 1868 und 1877 mit politischen Krisen und Auseinandersetzungen innerhalb der Stadtbürgerschaft zusammenfallen: Das Auseinanderbrechen der Reformbewegung in einen revolutionsfreundlichen und einen revolutionsfeindlichen Flügel zwischen 1783 und 1788,[18] die schrittweise Ausgrenzung der Landbevölkerung aus den kommunalen Strukturen durch die Stadtbürgerschaft und die Verweigerung einer gleichberechtigten Partizipation an der kantonalen Politik und der städtischen Wirtschaft durch das regierende Stadtbürgertum zwischen 1800 und 1827, eine Entwicklung, die 1833 in der Kantonstrennung ihren Abschluss fand,[19] und schliesslich der verzweifelte Kampf des konservativen Stadtbürgertums um die «Regierungsgewalt» zwischen 1868 und 1877 gegen den von der niedergelassenen Bevölkerungsmehrheit getragenen Freisinn.[20] Der mobilisierende Effekt dieser Krisen auf die GGG erklärt sich, wenn wir die soziale Zusammensetzung ihrer Mitglieder näher betrachten.

Die GGG war im 18. Jahrhundert und während des ganzen 19. Jahrhunderts fest in der Stadtbürgerschaft und im regierenden Stadtbürgertum verankert, wie eine Sichtung der Mitgliederverzeichnisse zwischen 1777 und 1915 ganz deutlich zeigt.[21] Der Anteil an der Wohnbevölkerung der Stadtbürgerschaft und des alten Stadtbürgertums, das heisst desjenigen Teils der Basler Wohnbevölkerung, der bereits vor 1798 das Basler Bürgerrecht besass, ging seit Beginn des 19. Jahrhunderts kontinuierlich zurück, da die Zuwanderung ortsfremder Personen nach 1850 stark anstieg. In der GGG blieb der Anteil von Angehörigen alteingesessener Basler Familien unter den Mitgliedern der GGG hingegen während des ganzen 19. Jahrhunderts überproportional hoch. Noch um 1910 rekrutierte die GGG ihre Mitglieder zu rund zwei Dritteln aus Familien, die vor 1798 bzw. vor 1816 das Basler Bürgerrecht erworben hatten.[22] Im Vorstand finden sich erst ab 1900 Personen, die zum neuen Bürgertum gehörten, allerdings meist nur als Beisitzer, noch kaum in repräsentativen Positionen.[23]

Diese zur allgemeinen sozialen und politischen Entwicklung der städtischen Gesellschaft Basels gegenläufige Entwicklung innerhalb der GGG bildet den Abschliessungsprozess des Stadtbürgertums gegenüber den Neubürgern und der zugezogenen Bevölkerung ab, der sich in allen sozialen und politischen Bereichen der städtischen Gesellschaft Basels im 19. Jahrhundert beobachten lässt. Die GGG wandte sich mit ihren Einrichtungen

zwar an die gesamte Bevölkerung und suchte gerade nach 1870 vermehrt Ansprechpartner unter den Neubürgern im gehobenen Mittelstand und in der Oberschicht. Ihre Mitglieder und vor allem ihre Trägerschaft rekrutierten sich jedoch weiterhin mehrheitlich aus dem alten Bürgertum. Die Entwicklungsphasen, in denen wir ein Anwachsen des proportionalen Anteils von GGG-Mitgliedern an der Wohnbevölkerung Basels beobachten können, bedeuteten deshalb immer eine Mobilisierung der Stadtbürgerschaft, einen deutlichen Anstieg ihres inneren Organisationsgrades. Dies deckt sich mit der Beobachtung, dass solche Mobilisierungsphasen zeitlich mit politischen Krisen zusammenfielen.

Der Abschliessungsprozess des Stadtbürgertums nach aussen bildet sich auch in der Überlieferung der Basler Archive und Sammlungen ab. Das Interesse des konservativen Stadtbürgertums für die lokale Geschichte war ganz auf die eigene Geschichte fokussiert. Dieses Eigeninteresse fand seinen Niederschlag auch in der Sammlungspolitik, der Erschliessung der Sammlungen und den sogenannten Hilfssammlungen, die die Auswertung der im Sammlungsgut enthaltenen Informationen ermöglichen sollen.[24] So fehlen zum Beispiel im Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt genealogische Unterlagen, Nachrufe und andere biographische Hilfsmittel zu alteingesessenen Basler Familien, die zu den sogenannten «Handwerkern» zählen, da diese Familien seit 1833 nicht mehr dem regierenden Stadtbürgertum angehörten und deshalb nicht an der Gründung der öffentlichen Sammlungen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beteiligt waren.[25] Familienarchive und Hilfssammlungen fehlen auch von Familien sogenannter Neubürger, besonders wenn sie nicht der reformierten Staatskirche angehörten. Katholische und jüdische Basler Bürger sind ohne Rückgriff auf die jeweiligen Gemeindebücher, die Register der Einwohnerkontrolle und die sogenannten «Bürgerbücher» im Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt oder die konfessionelle Tagespresse kaum fassbar.

Diese Dokumentationslage wirkt sich auf die Ergebnisse meiner Bemühungen aus, die Vorstands- und Kommissionsmitglieder der GGG zu identifizieren.[26] So konnten von den 88 Vorstands- und Kommissionsmitgliedern, die sich zwischen 1777 und 1800 nachweisen lassen, nur gerade fünf Personen oder rund 6 Prozent nicht identifiziert werden, während sich von einem Sample von 1348 Vorstands- und Kommissionsmitgliedern, das den Zeitraum zwischen 1810 und 1910 abdeckt, 259 Personen oder durchschnittlich rund 19 Prozent nicht identifizieren liessen. Interessant ist, dass der Anteil der schwer identifizierbaren Personen sich nicht linear vergrössert. Dieser Anteil verdoppelt sich zwischen 1800 und 1820. Im Zeitraum zwischen 1810 und 1840 bewegt sich der Anteil der nicht identifizierbaren Personen durchschnittlich um 10 Prozent, wobei der Anteil vor 1830 über 10 Prozent liegt, nach 1830 bis 1840 aber unter 10 Prozent fällt. Die Entwicklung zwischen 1810 und 1840 reflektiert den fortschreitenden sozialen und politischen Abschluss des Stadtbürgertums und der Stadtbürgerschaft gegenüber Nichtbaslern nach 1803, der in der Kantonstrennung

von 1833 seinen Abschluss fand.[27] Zwischen 1833 und 1847 regierte das Stadtbürgertum auf kommunaler und kantonaler Ebene alleine. Für den Zeitraum nach 1850, nach der Gründung des schweizerischen Bundesstaates 1848 und der Einführung der Niederlassungsfreiheit innerhalb der Schweiz, steigt der Anteil der nicht identifizierbaren Kommissionsmitglieder auf über 20 Prozent an. Nach 1870, nach der Liberalisierung durch das Basler Einbürgerungsgesetz von 1868, machen die nicht identifizierbaren Kommissionsmitglieder sogar über ein Drittel der Vorstands- und Kommissionsmitglieder aus. Wenngleich zu den nicht identifizierbaren Personen bis 1910 immer wieder auch alteingesessene Stadtbürger gehören, die sich wegen gleichlautenden Vor- und Nachnamen (inkl. gleichlautendem Frauennamen und gleicher Berufsbezeichnung) nicht identifizieren lassen, handelt es sich hier nach 1850 zu mehr als 90 Prozent um sogenannte Neubürger.

Die Dominanz des Stadtbürgertums drückt sich auch in der konfessionellen Zusammensetzung der Vorstands- und Kommissionsmitglieder, der eigentlichen Trägerschaft der GGG, aus. Basler jüdischer und römisch-katholischer Konfession waren vor dem Ersten Weltkrieg im Vorstand überhaupt nicht vertreten. In den Kommissionen finden sich im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts vereinzelte Vertreter der römisch-katholischen Kirche und der christkatholischen Staatskirche, aber keine Basler jüdischen Glaubens, obwohl das Einbürgerungsgesetz von 1868 alle religiösen Einschränkungen beseitigt hatte. Die enge Bindung des Stadtbürgertums an die reformierte Staatskirche drückte auch der sozialen Tätigkeit der GGG ihren Stempel auf.[28] Die Fürsorgetätigkeit der GGG war deutlich konfessionell geprägt, da gerade in den Kommissionen, die sich mit der Armutsbekämpfung beschäftigten, viele reformierte Pfarrer von Amts wegen Einsitz nahmen und das pietistische Stadtbürgertum während des ganzen 19. Jahrhunderts stark vertreten war.

1.2 Die Trägerschaft der GGG im 19. Jahrhundert

Schon in den ersten Jahren der Gesellschaftstätigkeit zeigt sich in den erhaltenen Quellen deutlich, dass die Basler Stadtbürger in ganz unterschiedlicher Weise die Tätigkeit der Gesellschaft unterstützten. Einige verzichteten auf eine Mitgliedschaft, spendeten aber Geld oder machten Legate. Sie hatten so kein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung oder in den Kommissionen, die sie unterstützten. Sie besassen dafür aber die Freiheit zu entscheiden, ob ihr Name öffentlich in der Jahresrechnung genannt wurde oder nicht. Andere gaben ihren Namen und zahlten den Mitgliederbeitrag, beteiligten sich aber sonst nicht aktiv an der Vereinstätigkeit. Wir wissen allerdings nicht, ob diese Mitglieder ihre aktive Unterstützung auf einzelne Kommissionen der GGG beschränkten. Wenn sie

von der GGG-Mitgliederversammlung nie in die Leitung einer Kommission gewählt wurden, deren Tätigkeit sie praktisch unterstützten, lässt sich ihre Mitarbeit anhand der erhaltenen Quellen nicht dokumentieren. Demgegenüber gab es seit der Gründung der Gesellschaft immer wieder Mitglieder, die über Jahrzehnte in einer oder in verschiedenen Kommissionen tätig waren.

Von 1348 erfassten Vorstands- und Kommissionsmitgliedern zwischen 1777 und 1910 lassen sich 66 Personen nachweisen oder rund 4 Prozent aller aktiven Mitglieder, die zwischen 1777 und 1880 über 30 und 40 Jahre für die GGG tätig waren. Besonders häufig begannen solche langfristigen Engagements in der Gründungs- und Aufbauphase der Gesellschaft zwischen 1777 und 1800, um 1830 oder zwischen 1870 und 1880.[29] Fast alle diese Personen gehörten alteingesessenen Basler Familien an und stammten aus dem gehobenen Mittelstand und der Oberschicht (nur rund 15 Prozent dieser Familien hatten das Bürgerrecht erst nach 1816 erworben). Von diesen begannen ausser einer Person, die ihre Karriere in der GGG um 1850 startete, alle erst um 1870 oder 1880 ihr langjähriges Engagement. Die Art dieses Langzeitengagements veränderte sich vor und nach 1830. Die acht Personen, die in der Gründungsphase vor 1800 und um 1810 ihr Langzeitengagement begannen (im Sample von 1820 fehlen solche Personen), gehörten alle längere oder kürzere Zeit dem Vorstand an, waren mindesten einmal Vorsteher der Gesellschaft und sassen gleichzeitig auch in mehreren Kommissionen. Vier dieser acht Personen waren zudem gleichzeitig auch einflussreiche Politiker auf kommunaler und kantonaler Ebene.

Nach 1830 sassen nur noch acht von insgesamt 58 Personen oder 14 Prozent längere oder kürzere Zeit im Vorstand. Personen mit Langzeitengagement, die auch im Vorstand sassen, begannen ihre Tätigkeit in der GGG zudem mit einer Ausnahme 1840 oder 1880. Solche Personen fehlen hingegen in den Samples der Jahre 1850, 1860 und 1870 ganz.[30] Die acht Personen, die 1830, 1840 oder 1880 in den Vorstand gewählt wurden, waren jedoch wie ihre Vorgänger vor 1830 mit einer Ausnahme mindestens einmal Vorsteher oder dominierten über Jahrzehnte die Finanz- und Vermögensverwaltung der GGG. Sechs dieser acht Personen gehörten zudem zur konservativen politischen Elite. Das Gros der Personen mit Langzeitengagement, 50 von 58 Personen oder 86 Prozent, engagierte sich hingegen nach 1830 entweder ausschliesslich in einer Kommission oder zwar in mehreren, aber meist im gleichen «Arbeitsfeld» tätigen Kommissionen. In den Samples von 1830 und 1840 machen langfristige Engagements in einer einzigen Kommission ein Viertel aller Langzeitengagements aus (4 von 16) und beschränken sich auf eine einzige Kommission: die Verwaltungskommission der Zinstragenden Ersparniskasse.

1850 und später war hingegen fast die Hälfte der Personen (19 von 42) nur in einer Kommission tätig. Neben der Verwaltungskommission der Zinstragenden Ersparniskasse, die weiterhin den grössten Anteil von Langzeitmitgliedern aufwies (5 von 19 oder rund 26 Prozent), waren solche

Personen nach 1850 in elf weiteren Kommissionen vertreten.[31] Ein Langzeitengagement scheint deshalb nach 1830 nicht mehr mit Leitungsfunktionen im Vorstand der Gesellschaft gekoppelt gewesen zu sein wie noch vor 1810. Unter den Mitgliedern mit einem Langzeitengagement nahm nach 1830 auch die Zahl der Personen deutlich ab, die gleichzeitig in der GGG und in der Politik Führungsaufgaben übernahmen. Dafür nahm der Anteil derjenigen GGG-Mitglieder zu, die sich über Jahrzehnte der Mitarbeit in einer einzigen Kommission widmeten, vor allem in der Verwaltungskommission der Zinstragenden Ersparniskasse. Auch im Vorstand engagierten sich nur die Seckelmeister über Jahrzehnte. Die Spezialisierung auf eine Funktion oder eine Kommissionstätigkeit findet sich also zuerst gehäuft im Finanzbereich. Die Veränderung der Verteilung der Langzeitengagements und des Leistungsprofils langfristig engagierter Personen nach 1830 deute ich deshalb als eine Tendenz zur Professionalisierung innerhalb der Gesellschaft. Stark engagierte Personen suchten entweder berufsnahe Tätigkeiten oder Problemfelder, die sie besonders interessierten oder ihrer politischen oder beruflichen Karriere besonders dienlich waren. Dieser Spezialisierungsprozess setzte nach 1830 ein, zu einem Zeitpunkt, als die GGG sich dem Ende ihrer Hauptwachstumsphase im 19. Jahrhundert näherte, und verstärkte sich zwischen 1850 und 1880 während einer Konsolidierungsphase.

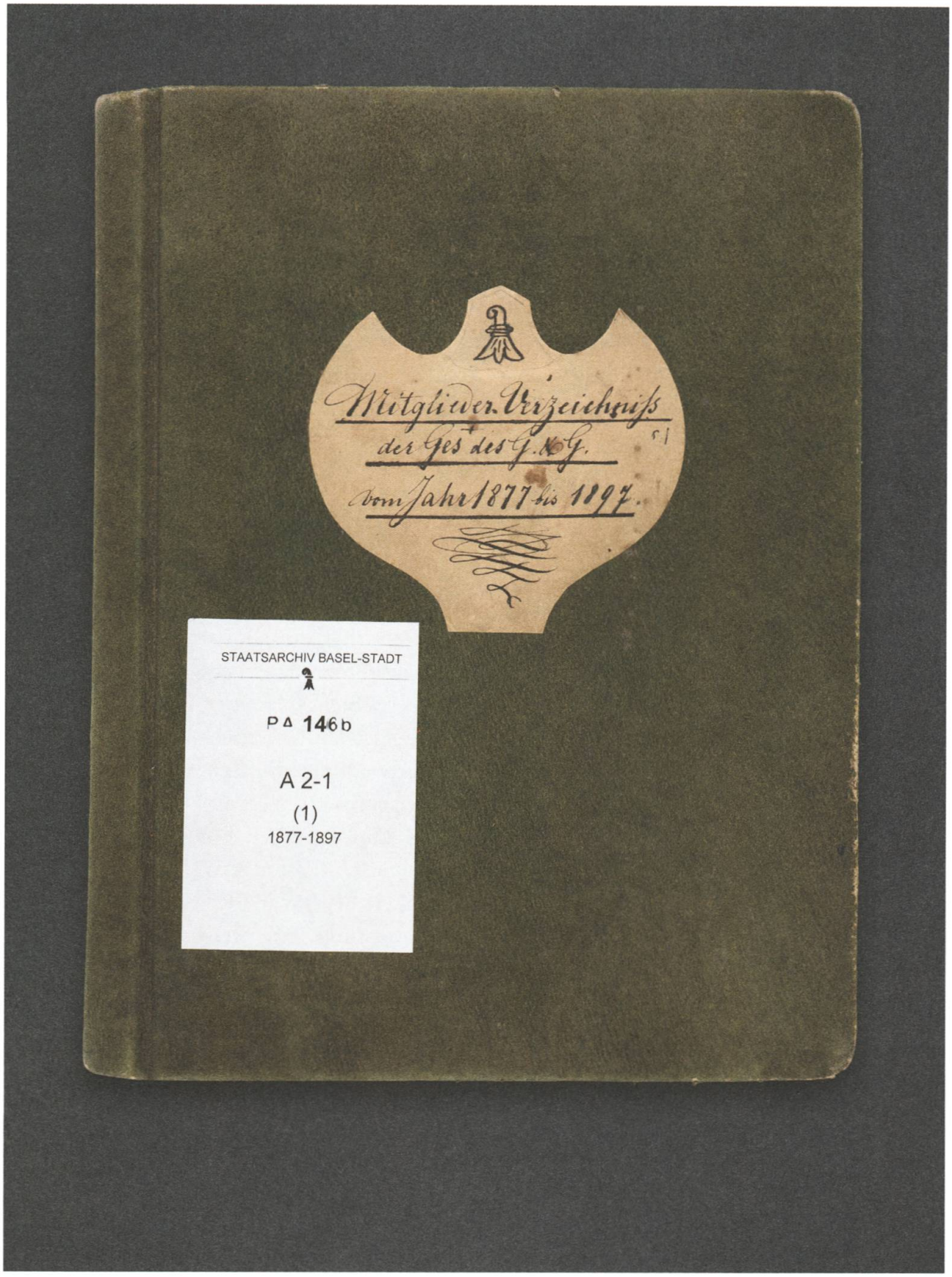
Eine andere Form von Langzeitengagement in der GGG bildete sich innerhalb einiger Familien des regierenden Stadtbürgertums heraus. Die Mitarbeit im Vorstand oder in einer Kommission der GGG wurde zu einer verpflichtenden Familientradition. In solchen Familien war in jeder Generation mindestens ein männliches Mitglied für die Gesellschaft tätig. In einigen Familien der GGG-Gründer setzten sich solche Traditionslinien nicht nur in männlicher Linie fort wie zum Beispiel in den Familien Bernoulli und Sarasin, sondern auch in weiblicher Linie über die verheirateten Töchter eines Gründungsmitgliedes wie in der Familie von Isaak Iselin-Forcart und den affiliierten Familien Iselin, Preiswerk, Koechlin, Wettstein, Burckhardt und Vischer. Wegen des stark endogamen Heiratsverhaltens besonders in Basler Kaufmanns- und Fabrikantenfamilien war das verwandtschaftliche Netz innerhalb der zum Stadtbürgertum gehörenden GGG-Mitglieder sehr dicht, besonders wenn man die Verwandtschaftsbeziehungen in weiblicher Linie mitberücksichtigt.[32] Neubürger, die nach 1860 vermehrt in Kommissionen gewählt wurden, dürften sich in Vorstands- und Kommissions-Sitzungen, in denen sich alle mit «Herr Vetter» anredeten und viele miteinander verschwägert waren, sehr fremd vorgekommen sein.

Von der Mitgliederentwicklung und vom Engagement der Mitglieder her betrachtet erlebte die Gesellschaft zwischen 1800 und 1850 ihre aktivste Phase (vgl. Tabelle 1, S. 159). Es finden sich drei deutliche Wachstumsschübe zwischen 1800 und 1810, 1820 und 1825 sowie 1840 und 1850, in denen gleichzeitig die Mitgliederzahlen, die Zahl der Kommissionen und auch

die Zahl der Kommissionsmitglieder anstiegen. Zwischen 1810 und 1830 sassen anteilmässig nicht nur am meisten Vorstandsmitglieder auch in anderen Kommissionen, auch der Anteil von Kommissionsmitgliedern, die gleichzeitig in mehreren Kommissionen Einsitz hatten, war am grössten (vgl. Tabelle 2, S. 159). Bis 1850 betrug der Anteil der Kommissionsmitglieder an der Gesamtzahl der GGG-Mitglieder im Durchschnitt rund 20 Prozent und sank nie unter 17 Prozent. Es betätigte sich also zwischen 1800 und 1850 jedes fünfte Mitglied in leitender Funktion entweder in einer Kommission oder im Vorstand. Nach 1850 sank die Partizipationsrate deutlich ab bis auf ein Minimum von rund 11 Prozent im Jahr 1880, obwohl die Gesellschaft in diesen Jahren deutlich steigende Mitgliederzahlen verzeichnete und einige neue Kommissionen oder Delegationen einrichtete. Im Verhältnis trugen also immer weniger Mitglieder die Gesellschaftstätigkeit aktiv mit. Diese Tendenz glich sich nach 1890 zwar etwas aus während einer zweiten, kürzeren Expansionsphase zwischen 1895 und 1905, in der sich wieder die Zahl der Personen mit mehreren Kommissionssitzen erhöhte und alle Vorstandsmitglieder mindestens in einer anderen Kommission Einsitz hatten, was in der ganzen Gesellschaftsgeschichte noch nie der Fall gewesen war. Aber die Beteiligung der Mitglieder an der Gesellschaftstätigkeit erreichte höchstens 15 Prozent. Im Schnitt gehörte also nach 1850 nur noch jedes sechste oder siebte Mitglied zur aktiven Trägerschaft der Gesellschaft. Ähnliche Beobachtungen lassen sich im gleichen Zeitraum auch in den religiösen und kirchlichen Vereinen des Stadtbürgertums machen. Es handelt sich also um eine allgemeine Erscheinung.[33] Trotzdem war der Anteil «tätiger» Mitglieder der Gesellschaft insgesamt während des ganzen 19. Jahrhunderts hoch, auch wenn die Zahl der Kommissions- und Vorstandsmitglieder nach 1880 weniger deutlich wuchs als die Mitgliederzahlen.

Andere Veränderungsprozesse in der Zusammensetzung der Trägerschaft werden sichtbar, wenn wir die Erwerbstätigkeit von Vorstands- und Kommissionsmitgliedern zwischen 1777 und 1900 untersuchen. Ich habe dazu die Berufstätigkeit der Vorstands- und Kommissionsmitglieder zwischen 1777 und 1800, ein Sample von 88 Personen, mit derjenigen der Vorstands- und Kommissionsmitglieder von 1820, 1850, 1880 und 1900 verglichen, weil die Zusammensetzung der Trägerschaft der GGG zwischen 1777 und 1800 sehr homogen war und sich kaum veränderte (vgl. Tabelle 3, S. 160).[34] Dank der seit 1854 erscheinenden Adressbücher ist der Anteil derjenigen Personen, von denen sich keine Angabe zur Berufstätigkeit ermitteln liess, wesentlicher niedriger als die Zahl der Personen, die nicht eindeutig identifiziert werden konnten. Nach 1850 lässt sich nur 4 Prozent der erfassten Personen kein Beruf zuordnen. Für 1820 liegt dieser Anteil etwas höher bei rund 6 Prozent. Vor 1800 können wir sogar alle Vorstands- und Kommissionsmitglieder einer Berufsgruppe zuordnen. Schwieriger ist es, Berufskategorien zu definieren, die sich für einen so langen Zeitraum sinnvoll anwenden lassen und einen Vergleich überhaupt möglich machen,

[Abb. 29]



[29] Im Jubiläumsjahr 1877 startete die GGG eine grosse Werbeaktion zur Gewinnung neuer Mitglieder. Es wurde ein neues Mitgliederverzeichnis angelegt, das in alphabetischer Ordnung alle Namen und Adressen aufführte. In Jahresspalten vermerkte man die eingegangenen Mitgliederbeiträge. Mitglieder, die nicht zahlten, wurden gestrichen, neue Mitglieder am Ende nachgeführt.

oder Berufe auszuwählen, die von einem bestimmten Zeitpunkt an Veränderungen in der Zusammensetzung der erwerbstätigen Bevölkerung anzeigen wie zum Beispiel die Erwerbsbezeichnung Prokurist. Einfluss auf die Definition der Berufsgruppen hatte auch die Wahl der Stichjahre, die bewusst so gelegt wurden, dass sie auf einen Zeitpunkt kurz nach oder vor entscheidenden politischen Ereignissen fielen. Das Stichjahr 1820 fällt in den Beginn der Restaurationszeit; 1850 folgt auf die Gründung des schweizerischen Bundesstaates 1848; das Jahr 1880 liegt im sogenannten «Interregnum», als die Konservativen nach dem Zusammenbruch des sogenannten Ratsherrenregiments 1874 zwischen 1877 und 1881 zum letzten Mal eine Regierungsmehrheit stellen konnten. Das Jahr 1900 schliesslich liegt vor der Einführung des Wahlproporzes 1904 und in einer Periode, in der die Freisinnige Partei den Höhepunkt ihrer Macht bereits überschritten hatte.

Die Verteilung der von mir gewählten Berufsgruppen im Zeitraum zwischen 1777 und 1900 verdeutlicht, dass die GGG im 18. und deutlicher noch im ganzen 19. Jahrhundert vom im Handel, im Bankwesen und in der Industrie tätigen alten und neuen Bürgertum getragen wurde. Sowohl während des 18. als auch während des ganzen 19. Jahrhunderts bildeten die Kaufleute mit eigenem Geschäft immer die grösste Berufsgruppe innerhalb der Trägerschaft der GGG. In der Kategorie Kaufleute verbergen sich zudem Vertreter der Gruppe Bankier / Fabrikant / Unternehmer, da einige GGG-Mitglieder aus dem alten Bürgertum, die mit grosser Sicherheit über Familienbeteiligungen an Banken, Fabriken und industriellen Unternehmungen verfügten, sich im Adressbuch nur als «Kaufleute» eintragen liessen. Bis 1820 machten die Kaufleute rund ein Drittel der aktiven GGG-Mitglieder aus, zwischen 1850 und 1880 rund ein Viertel, um 1900 noch ein Fünftel. Zusammen mit den Bankiers, Fabrikanten und Unternehmern und den Partikularen oder Rentiers, eine Erwerbstätigkeit, die erst ab 1850 im Adressbuch auftaucht, dominierten sie die GGG bis 1900. Zwischen 1820 und 1880 stellten diese drei Gruppen zusammen zwischen 40 und 50 Prozent der Vorstands- und Kommissionsmitglieder.

Rückläufig war hingegen während des 19. Jahrhunderts der Anteil der Gewerbetreibenden im Vergleich zur Gründungsphase vor 1800. Der Anteil der selbständigen Gewerbetreibenden entsprach bis 1800 ungefähr dem Anteil der Bankiers, Fabrikanten und Unternehmer. Um 1820 hatte sich der Anteil der Gewerbetreibenden jedoch bereits halbiert und ging bis 1900 auf rund 3 Prozent zurück, ein Viertel der 12 Prozent um 1800, obwohl nach 1850 grosse Gewerbebetriebe und Unternehmungen stark zunahmen. Auffällig ist auch der starke Rückgang der Universitätsangehörigen nach 1800. Um 1800 waren Universitätsangehörige und Gewerbetreibende gleich stark. Um 1820 betrug der Anteil der Universitätsangehörigen noch ein Sechstel jenes von 1800, während sich im gleichen Zeitraum der Anteil der Gewerbetreibenden nur um die Hälfte verringert hatte. Erst 1850 stieg der Anteil der Universitätsangehörigen wieder auf fast die Hälfte des Anteils von 1800 an, sank dann aber auf etwas mehr als ein Drittel des ursprünglichen

Bestandes, erreichte also nie mehr die Höhe von über 12 Prozent, die er um 1800 hatte. Parallel zum Rückgang der Universitätsangehörigen und der Gewerbetreibenden stieg der Anteil der Freiberufler seit 1820 stetig an. Die dieser Berufsgruppe zugeordneten Personen verfügten über einen akademischen Abschluss oder hatten ein Polytechnicum besucht. Ab 1880 waren die Freiberufler mit rund 14 Prozent nach den Kaufleuten die grösste selbständig erwerbende Berufsgruppe unter den GGG-Mitgliedern.

Eine interessante Entwicklung erlebte auch eine andere Berufsgruppe, die über einen Universitätsabschluss verfügte und eigentlich zu den Beamten gehört: die Pfarrer. Diese Berufsgruppe, die grösste Gruppe unter den aktiven GGG-Mitgliedern nach den Kaufleuten, stellte zwischen 1777 und 1800 und um 1820 rund ein Fünftel der aktiven Mitglieder oder 20 Prozent. 1850 war dieser Anteil auf rund 6 Prozent gesunken, 1880 auf 3 Prozent. Erst um 1900 stieg der Anteil der Pfarrer wieder auf rund 8 Prozent. Gleichzeitig mit dem Einbruch des Anteils der Pfarrerschaft begann jedoch der Anteil der Lehrer, viele mit akademischem Abschluss, innerhalb der Trägerschaft der GGG nach 1848 stark anzusteigen. Um 1900 bildeten sie zusammen mit den Bankiers, Fabrikanten und Unternehmern, den Kaufleuten und den Freiberuflern mit rund 11 Prozent die grössten Berufsgruppen innerhalb der Trägerschaft der GGG. Die Zunahme der Lehrer spiegelt Veränderungen im Bildungs- und Schulsystem Basels. Die Schulreformen zwischen 1820 und 1850 verdrängten die Pfarrer aus dem Schuldienst und förderten die Anstellung von Personen mit einer pädagogischen Fachausbildung oder von Akademikern. Gleichzeitig erhöhten der Abschluss der Universitätsreform 1818 und die Eingliederung akademisch gebildeter Personen in das Zunftsystem, damals noch der einzige Zugang zum Stimm- und Wahlrecht in Basel, die Attraktivität der sogenannten freien Berufe, die ein Universitätsstudium voraussetzten.

Ähnlich verlief die Entwicklung in der staatlichen Verwaltung und in der Wirtschaft. Angestellte in leitender Stellung wie Direktoren, Rektoren, Redaktoren von Zeitungen oder staatliche Angestellte in leitender Stellung sowie Prokuristen finden sich nur in kleiner Zahl vor 1800 (3 Prozent), fehlen aber in den Stichjahren 1820 und 1850. Erst nach 1850 finden wir unter den aktiven GGG-Mitgliedern wieder in grösserer Zahl Personen, die als Angestellte führende Positionen einnahmen. Um 1880 gehörten etwas mehr als 7 Prozent zu diesen Gruppen, um 1900 waren es bereits über 12 Prozent. Der Anteil der mittleren Beamten in der Verwaltung und an Gerichten ging hingegen nach 1850 deutlich zurück. Einfache Angestellte und Fabrikarbeiter gehörten nicht zur typischen Trägerschaft der GGG. Diese Berufsgruppen lassen sich nur 1880 als Mitglieder nachweisen – als eine eher exotische Erscheinung –, zu einem Zeitpunkt, als das konservative Stadtbürgertum sich um Stimmen im Kleinbürgertum bemühen musste im Kampf gegen den Freisinn und die sich organisierende Arbeiterbewegung.[35] Die in Büros oder in der Seidenbandindustrie arbeitenden Personen gehörten entweder zu einer in den 1870er Jahren neu gegründeten

Kommission, der auch überproportional viele Neubürger angehörten: der Kommission zur Verschönerung der Umgebungen Basels (2 Angestellte, 1 Ferger), oder zu etablierten Kommissionen, die sich an die ärmeren Bevölkerungsschichten wandten wie der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse (1 Angestellter), der Kommission zur Schlittschuhbahn (1 Angestellter), der Kommission zur Fabrik- und Repetierschule (1 Ferger) oder der Delegation zum Kirchengesangchor (1 Ferger), der 1855 gegründet worden war.

Es ergibt sich also folgendes Bild der sozialen Zusammensetzung der Mitgliederbasis und der Trägerschaft der GGG: Männer aus dem Bürgertum mit gutem Einkommen, in selbständiger Stellung oder mit Leitungsfunktionen in der Privatwirtschaft oder in der staatlichen Verwaltung sowie mit einer kaufmännischen oder akademischen Ausbildung bildeten die Trägerschaft der GGG und prägten das Selbstbild der Gesellschaft und ihr öffentliches Auftreten. Die Mitglieder rekrutierten sich aus der gehobenen Mittelschicht. Kleine Angestellte und Facharbeiter, das sogenannte Kleinbürgertum, finden wir nicht in der GGG. Auch eine andere Gruppe finden wir nicht in den Mitgliederlisten der GGG aufgeführt: die bezahlten Angestellten der GGG. Gemeinnützigkeit basierte auf Spenden, Mitgliederbeiträgen, Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit. Wer gegen Lohn für die Gesellschaft arbeitete, gehörte nicht dazu. Aus den Jahresrechnungen und anderen Akten im Gesellschaftsarchiv geht hervor, dass die GGG seit ihrer Gründung bezahlte Mitarbeiter hatte wie Lehrerinnen und Lehrer in den verschiedenen Schulen der GGG, Köchinnen und Abwartsfrauen in den Kleinkinderschulen, Verwalter und Bibliotheksangestellte sowie Bademeister in den Badeanstalten der GGG. Sie alle leisteten einen Beitrag zum Funktionieren der von der GGG gegründeten Institutionen. Ihre Tätigkeit ist jedoch nur schlecht dokumentiert. Namen von Angestellten erscheinen meist nur in der Buchhaltung und in Abrechnungen, in Anzeigen und manchmal in den gedruckten Jahresberichten der Kommissionen. Die Angestellten lassen sich – mit Ausnahme der Pfarrer, die in den Schulen der GGG unterrichteten, den Leitern der Privatschulen und der Bibliotheken der GGG[36] – auch nicht in den Mitgliederlisten nachweisen. Die Überlieferungslage gibt hier ganz unmittelbar zeitgebundene soziale Hierarchien wieder.

1.3 Die Entwicklung der Organisation der GGG

Die 1777 von Isaak Iselin geschaffenen, für die damalige Zeit ungewöhnlich demokratischen Organisationsstrukturen der GGG erhielten sich formal während des ganzen 19. Jahrhunderts. Die Stellung der allgemeinen Mitgliederversammlung als oberstes Entscheidungsorgan der Gesellschaft und das Recht der Mitglieder, Vorstand und Kommissionen zu wählen bzw. zu bestätigen und über alle grösseren Geschäfte zu entscheiden, wurden bei allen Statutenreformen nicht angetastet. Ebenso erhielt sich die zeitliche

Beschränkung des Gesellschaftspräsidiums auf ein Jahr. Rasch entstand jedoch die Praxis, dass der Stellvertreter des Vorstehers dem amtierenden Vorsteher im Amt folgte und der abtretende Vorsteher als Beisitzer im Vorstand verblieb, sodass ein Vorsteher insgesamt mindestens drei Jahre im Gesellschaftsvorstand verbrachte. Praktisch unverändert erhielt sich auch der Zweckartikel, da er nach Iselins Tod mit dessen Person eng verbunden und Teil des Iselinbildes der Gesellschaft wurde. 1839 wurde der Zweckartikel jedoch durch einen neu in die Statuten eingefügten Artikel ergänzt, der ausdrückliche jede Form der Unterstützung von Einzelpersonen ausschloss.

Trotz dieser formalen Konstanz der Organisationsstrukturen der GGG setzten Veränderungen an der ursprünglichen Iselin'schen Gesellschaftskonzeption und -organisation schon sehr früh ein, auch wenn sich diese kaum in den organisatorischen Vorgaben der Statuten niederschlugen. Man arbeitete innerhalb der Gesellschaft mit Reglementen oder Geschäftsordnungen, die im 19. Jahrhundert nur zum Teil schriftlich festgehalten oder in die Statuten aufgenommen wurden. Eine erste Revision der Statuten nahm Iselin 1779 noch selbst vor, denn das von ihm in den Statuten von 1777 entworfene bürgerliche Diskussionsforum nahm nie Gestalt an, da die Mitglieder die allgemeinen Versammlungen nicht so fleissig besuchten, wie Iselin sich das erhofft hatte. Auch die zentrale Funktion, die Iselin nach dem Vorbild älterer Gesellschaften der Ausschreibung von Preisfragen zur «Aufmunterung und Beförderung» neuer Ideen und deren Diskussion beigemessen hatte,[37] entsprach nicht den Bedürfnissen der Mehrheit der Mitglieder. Diese interessierten sich von Anfang an vor allem für die Verbesserung der lokalen Verhältnisse, weniger für allgemeine Probleme. Mit der Etablierung der ersten festen Kommission, die die von der Gesellschaft 1778 gegründete Nähschule beaufsichtigen sollte, setzte ein grundlegender Wandel der Gesellschaft ein:

Das vorwiegend praktische Interesse der aktiven Mitglieder veränderte das Verhältnis zwischen dem Vorstand, den Kommissionen und der Mitgliederversammlung. Auch wenn sich in den Protokollen erst ab Mitte 1812 regelmässig Präsenzlisten oder Angaben zur Zahl der Sitzungsteilnehmer finden,[38] zeigen die zwischen Juni 1777 und Dezember 1779 rasch wachsende Zahl der Sitzungen der «dirigierenden Commission» und die sich nicht weniger schnell entwickelnde Zahl selbständiger Kommissionen, dass die allgemeine Mitgliederversammlung ihre Funktion als zentrales Diskussionsforum an die dirigierende Kommission verloren und die Ausarbeitung von Projekten und die Überwachung an die Kommissionen abgegeben hatte. Die Mitgliederversammlung entschied nur noch, ob bestehende Projekte weiterhin unterstützt oder neue Projekte an die Hand genommen werden sollten. Die statutarisch vorgeschriebenen 15 allgemeinen Sitzungen (monatlich eine, im Dezember vier) wurden nie erreicht, auch die Vorschrift, dass jeder Kommission automatisch zwei Mitglieder der «dirigierenden Commission» angehören mussten, wurde nie eingehalten.[39]

Auf diese Entwicklung ging Isaak Iselin in der ersten Revision der Statuten ein, die am 12. Dezember 1779 von der allgemeinen Mitgliederversammlung gutgeheissen wurde. Diese klärten das Verhältnis zwischen dirigierender Kommission und allgemeiner Mitgliederversammlung. Die dirigierende Kommission sollte sich monatlich treffen, während allgemeine Sitzungen nur noch alle zwei Monate stattfinden sollten. Iselin hatte sogar vorgeschlagen, dass sich die Mitgliederversammlung nur alle drei Monate treffen sollte. Nur für den Dezember waren zwei allgemeine Sitzungen vorgesehen. Die Zahl der allgemeinen Sitzungen wurde also von 15 auf sieben reduziert. Die Traktandenliste der allgemeinen Versammlungen musste in den «Wöchentlichen Nachrichten» veröffentlicht werden.[40] Alle Kommissionen waren der dirigierenden Kommission unterstellt, und diese besorgte die Sichtung und Vorberatung der Anträge der Mitglieder und der Kommissionen. Sie nahm auch die Berichte der Kommissionen entgegen, prüfte sie und leitete diese zusammen mit ihrem Gutachten an die Mitgliederversammlung weiter. In allen anderen Belangen arbeiteten die Kommissionen selbständig. Die Entscheidung, wie die der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Mittel eingesetzt werden sollten und welche neuen Projekte die Gesellschaft unterstützen werde sowie die Wahl der Mitglieder des Vorstands und die Aufstellung neuer Kommissionen blieben aber weiterhin ausschliesslich der allgemeinen Mitgliederversammlung vorbehalten. Jedes Mitglied hatte zudem das Recht, jederzeit eine allgemeine Versammlung einzuberufen sowie an den Sitzungen der dirigierenden Kommission teilzunehmen, die wie die allgemeinen Mitgliederversammlungen öffentlich ausgeschrieben werden mussten.

Nach Iselins Tod 1782 und der Gründung der von der Gesellschaft organisatorisch unabhängigen Krankenkommission 1783 wurde im Oktober 1786 eine zweite Statutenrevision in die Wege geleitet, die ausschliesslich die Kommissionen betraf. Ein erster Antrag in der dirigierenden Kommission, die Mitglieder der Kommissionen sollten sich jährlich einmal der Wiederwahl stellen, wurde zurückgewiesen und nicht der allgemeinen Versammlung vorgelegt. In der Sitzung der dirigierenden Kommission vom 24. Oktober 1786 wurde dann aber eine Revision der Statuten verlangt und gleichzeitig beschlossen, dass alle Kommissionen vor der letzten allgemeinen Dezembersitzung der dirigierenden Kommission einen Tätigkeitsbericht und die Schlussrechnung vorzulegen hätten. In die am 26. November 1786 ernannte vierköpfige Kommission, die die Statutenrevision an die Hand nehmen sollte, wurden von der Mitgliederversammlung die damals führenden Mitglieder der GGG gewählt: der Fabrikant und Mäzen Jacob Sarasin-Battier als Kommissionsvorsteher, Dreierherr Friedrich Münch, Walter Emanuel Merian, Wirt zum Wilden Mann, und Schultheiss Johann Heinrich Wieland.[41]

Seit dem Beschluss vom Oktober 1786 wurden alle Mitglieder der Kommissionen einer geheimen, jährlichen Bestätigungswahl unterworfen. Bisher war nur der Vorstand jedes Jahr neu gewählt worden. Mit vorge-

druckten Karten (vgl. Abb. 30, S. 143) wurde zuerst entschieden, ob Neubesetzungen vorgenommen werden sollten oder nur eine Bestätigungswahl nötig war. Trotz des Beschlusses, eine Statutenrevision durchzuführen, wurden diese Änderungen, die die Position der dirigierenden Kommission und der allgemeinen Mitgliederversammlung gegenüber den Kommissionen stärkten, jedoch nur im Protokoll festgehalten, nicht in gedruckter Form veröffentlicht. Erst in den revidierten Statuten von 1819 wurden die Beschlüsse von 1786 im Druck festgehalten und öffentlich gemacht. Ein Anzug an der allgemeinen Versammlung vom November 1788, der die gleichzeitige Mitgliedschaft in zwei Kommissionen ausschliessen wollte, wurde abgelehnt. Der Anzug wandte sich offenbar gegen den wachsenden Einfluss einzelner, besonders eifriger Mitglieder. Die Einschränkung der Mehrfachmitgliedschaften hätte aber die gerade von den tätigsten GGG-Mitgliedern geleistete Koordinationsarbeit so gestört, dass die Gesellschaft ohne einen bezahlten Sekretär wohl kaum hätte weiter funktionieren können. Ein weiterer Antrag in der allgemeinen Versammlung vom 16. November 1794, dass *«mann die Titulaturen abgeschafft zu sehen»* wünschte, wurde *«mit einigen Restrictionen gutgeheissen»*.[42] Ob und wie diese Forderung nach Abschaffung sozialer und amtlicher Ehrentitel tatsächlich umgesetzt wurde, lässt sich heute nicht mehr feststellen, da in den Protokollen weiterhin die Ehrentitel der einzelnen Mitglieder vermerkt wurden, auch in der Revolutionszeit, als alle Mitglieder, die kein Amt in der helvetischen Verwaltung hatten, mit der in dieser Zeit üblichen Anrede «Bürger» tituliert wurden. Diese Usanz erhielt sich auch während des ganzen 19. Jahrhunderts in den Protokollen.

Nach 1788 ging die Sitzungsfrequenz in der Zentralgesellschaft stark zurück. Die Zahl der allgemeinen Versammlungen erreichte nicht immer die in den Statuten vorgeschriebenen sieben jährlichen Sitzungen. Die Vorstandssitzungen blieben weit unter den von den Statuten vorgeschriebenen zwölf jährlichen Sitzungen. Nur die Vorschrift, im Dezember zwei Sitzungen durchzuführen und in der letzten Dezembersitzung den Jahresbericht vorzutragen, den Vorstand neu zu wählen sowie in der ersten allgemeinen Sitzung des Jahres die Kommissionen zu bestätigen oder Ergänzungswahlen vorzunehmen, wurde strikt eingehalten. Die praktische Durchführung der Gesellschaftstätigkeit hatte sich nach 1789 ganz in die Kommissionen verlagert, die wie selbständige Vereine funktionierten und sich teilweise auch selbst finanzierten. In der dritten Statutenrevision 1819 verzichtete deshalb die Gesellschaft darauf, in den Statuten dem Vorstand eine fixe Sitzungsfrequenz vorzuschreiben, und überliess die Festsetzung von Vorstandssitzungen dem Gutdünken des Vorstehers, wie das offenbar seit 1785 der Fall gewesen war. Man reduzierte auch die Mindestzahl der Mitgliederversammlungen anhand der Erfahrungswerte auf sechs Sitzungen pro Jahr. Nur die Pflicht, im Dezember die für die Abnahme der Kommissionsberichte etc. nötigen Mitgliederversammlungen durchzuführen, blieb in den Statuten stehen.

Die Statutenrevisionen bis 1851[43] und die in den folgenden Jahren kaum veränderten -neuauflagen formalisierten «Gewohnheiten», die meist bereits Jahre vor der Veröffentlichung neuer Statuten von der Mitgliederversammlung auf Antrag des Vorstandes genehmigt worden waren. Diese Anpassungen betrafen in erster Linie die Sitzungsfrequenz, den Termin der sogenannten «Schlusssitzung», an der der Jahresbericht und die Gesellschaftsrechnung verabschiedet und der Vorstand neu gewählt wurde, sowie die Geschäftsordnung, die die Tätigkeit von Vorstand und Kommissionen regelte. Die wichtigste Neuerung betraf die Reduktion der Zahl der Vorstandsmitglieder von zwölf auf neun anlässlich der Revision von 1851. Nach dieser letzten Statutenrevision veränderten sich die geschäftlichen Abläufe innerhalb der Gesellschaft bis zum Ersten Weltkrieg formal nicht mehr wesentlich.[44] Grundlegende Veränderungen der inneren Abläufe und der Kompetenzverteilungen innerhalb der Gesellschaft brachte erst die Statutenrevision von 1916, die erstmals ausdrücklich auch Frauen den Beitritt in die Gesellschaft erlaubte. Dieser Neuerung verdankte die Gesellschaft auch den auffälligen Sprung der Mitgliederzahl von 2177 im Jahre 1918 auf 3107 im Jahre 1919.

Der von Iselin sehr allgemein formulierte Gesellschaftsauftrag und die grosse Selbständigkeit, die die Statuten den sich frei bildenden «Commissionen» der Gesellschaft gewährten und den Vereinen, die sich der Gesellschaft anschlossen oder von ihr regelmässig finanziell unterstützt wurden, liessen im Verlauf des 19. Jahrhunderts die für die GGG bis heute typische Gesellschaftsstruktur entstehen: mit der Mitgliederversammlung als oberstem Vereinsorgan, dem Vorstand als Geschäftsführung und den zur Gesellschaft gehörenden Kommissionen. Die dauernden Kommissionen gliederten sich damals wie heute in drei Gruppen: Eigengründungen der GGG, die ausschliesslich der Leitung der GGG unterstanden (heute A-Organisationen), Vereine und Institutionen, die von der GGG längerfristig oder dauernd finanziell mitgetragen wurden und in denen die GGG ein Mitspracherecht besass (heute B-Organisationen), und Organisationen, die von der GGG einmalige oder zeitlich befristete Unterstützungen erhielten (heute C-Organisationen). Die ersten A-Organisationen der GGG waren die «Handwerkerkommission» von 1777, die sich jedoch erst 1786 als «Kommission zur Verdingung junger Handwerker» fest etablieren konnte, und die «Kommission zu den Nähschulen» von 1778. Die erste B-Organisation war die 1783 gegründete Krankenkommission, und die ersten C-Organisationen waren die Gemeindeschulen, die Schule im Waisenhaus und die obrigkeitliche Zeichnungsschule, deren Schülern und Schülerinnen die GGG Prämien stiftete.

Die Kompetenzen der allgemeinen Mitgliederversammlung waren bis zum Ersten Weltkrieg wesentlich grösser als heute. Alle Kommissionsberichte mussten der allgemeinen Mitgliederversammlung vorgetragen und von dieser genehmigt werden. Nur die Mitgliederversammlung konnte die Rechnungsberichte der Kommissionen gutheissen, die Mitglieder der

[Abb. 30]

[30] Was wie ein Aktenhaufen aussieht, ist der Inhalt eines «Faszikels» mit den gesammelten Papieren zum Sachbetreff «Commissionen» im GGG-Archiv des Staatsarchivs Basel-Stadt. Links das älteste Ämterbuch der GGG, worin die in der Jahresschlusssitzung gewählten Herren eingetragen wurden. Rechts davon die Wahlkärtchen. Die Mitglieder konnten in einer geheimen Abstimmung wählen zwischen «Neu zu wählen» und «Bestätigt».

Kommissionen neu wählen oder ergänzen und den Jahreskredit für die laufenden Geschäfte bewilligen. Bereits vor 1820 kam es immer wieder vor, dass die sogenannte Schluss- oder Endsitzung der Gesellschaft mit Jahresrechnung, Schlussbericht und Vorstandswahlen, die ein Mitglied – laut Statuten – nicht «ohne Not» versäumen sollte, erst im Januar des folgenden Jahres durchgeführt werden konnte, obwohl die Gesellschaft damals noch keine zehn Kommissionen besass. Nach 1850 verschob sich der Termin der Endsitzung immer weiter in das nächste Kalenderjahr hinein. Zwischen 1851 und 1872 fand sie meist im Februar statt, nach 1873 im März, nach 1878 im April oder Mai und nach 1890 bis zum Ersten Weltkrieg im Mai oder im Juni. Gleichzeitig veränderte sich der Rhythmus der allgemeinen Mitgliederversammlungen. Sie konzentrierten sich immer mehr in den Monaten November bis Mai, in denen die Kommissionsberichte abgenommen und die Kommissionswahlen durchgeführt werden mussten. Die sogenannte «Schlusssitzung», die letzte Sitzung in dieser Serie von Mitgliederversammlungen, diente dann seit 1877 nur noch der Abnahme von Gesellschaftsrechnung, Schlussbericht des Vorstehers und der Wahl des Vorstands.

Die statutarisch vorgesehene Kontroll- und Leitungsfunktion scheint die Mitgliederversammlung jedoch nie wirklich wahrgenommen zu haben. Die sich in Vorstandsprotokollen und Jahresberichten wiederholenden Klagen, dass die Gesellschaftssitzungen von den Mitgliedern schlecht besucht seien, waren berechtigt. Die erste erhaltene Präsenzliste zu einer allgemeinen Gesellschaftssitzung findet sich im Protokoll der Sitzung vom 26. August 1781. Von den 146 eingeschriebenen Mitgliedern waren gerade mal neun Personen anwesend. Nicht einmal der Vorstand war vollständig zur Sitzung erschienen.[45] Ob die allgemeinen Sitzungen damals immer so schlecht besucht waren, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Angaben zur Teilnehmerzahl finden sich in den Protokollen der Mitgliederversammlungen erst ab 1812.

Die Analyse der erhaltenen Angaben zur Mitgliederfrequenz für die Jahre zwischen 1812 und 1905 an der Schluss- oder Endsitzung bestätigen, dass die Gesellschaft wohl seit je, sicher aber nach 1810 von einer sehr kleinen Zahl hochaktiver und gut vernetzter Mitglieder geführt wurde, die im Vorstand und in den Kommissionen sassen (vgl. Tabelle 4, S. 161 ff.). Zahlenangaben zur Frequenz der Schlusssitzung besitzen wir – mit wenigen Ausnahmen – für die Jahre 1812 bis 1909.[46] Obwohl die Mitgliederzahlen der Gesellschaft nach 1812 kontinuierlich anstiegen, besuchten bis 1860 nur gerade in drei Jahren mehr als 30 Personen oder rund 5 Prozent der Mitglieder die Endsitzung. Da sich die Zahlen nach 1860 nicht wesentlich erhöhen, verschlechtert sich die Bilanz sogar. Diese Zahlen für die Schlusssitzungen sind für alle Mitgliederversammlungen repräsentativ. Auch die für die Kommissionen wichtigen allgemeinen Versammlungen am Ende des Vereinsjahres waren nicht besser besucht. Anwesend waren neben Vertretern des Vorstandes wohl in erster Linie Delegierte der Kommissionen,

deren Jahresrechnung und Bericht gerade verhandelt wurden. Da in den meisten Fällen nur die Zahl der Teilnehmer, aber nicht deren Namen protokolliert wurden, können wir nur Vermutungen anstellen, wer an diesen Sitzungen teilnahm. Die für die Arbeit der Kommissionen wichtigen Entscheidungen und die Entscheidungen, die den allgemeinen Kurs der Gesellschaft betrafen, wurden ganz offensichtlich ausserhalb der Mitgliederversammlungen in den Kommissionen selbst und im Vorstand getroffen. Die Protokolle und Akten geben aber kaum Auskunft darüber, welcher Personenkreis auf welchen Wegen die für die Entwicklung der Gesellschaft wichtigen Entscheidungen traf. Die dafür notwendigen politischen, sozialen und verwandtschaftlichen Netzwerke mussten sich weit über die GGG hinaus erstrecken. Eine wichtige Rolle dürften aber Personen aus der Gruppe der über lange Zeiträume engagierten GGG-Mitglieder gespielt haben, die entweder selbst im Vorstand Einsitz nahmen oder sich im Vorstand Gehör zu verschaffen wussten.

Im Laufe des ersten Drittels des 19. Jahrhunderts entwickelte sich die Gesellschaft zu einem wichtigen sozialpolitischen Instrument des regierenden Stadtbürgertums. Den vom konservativen Stadtbürgertum in der Sozialpolitik beanspruchten Führungsanspruch hat die GGG bis zum Ersten Weltkrieg verkörpert, auch wenn sie sich seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts immer mehr dem Mittelstand und den neuen städtischen Eliten öffnen musste, um ihren Mitgliederstand halten und erweitern zu können. Für die Machterhaltung des regierenden Stadtbürgertums von zentraler Bedeutung war, dass die GGG dank der sehr selbständig arbeitenden Kommissionen nicht nur zwischen ökonomischen und sozialen Interessenkonflikten und religiösen Gegensätzen innerhalb der Stadtbürgerschaft vermitteln konnte, sondern sich auch dem Mittelstand und den neuen sozialen und politischen Eliten zuwenden konnte, ohne die Kontrolle über die für die eigene Politik wichtigen Kommissionen oder Ressorts der Vorstandsarbeit zu verlieren.

Die weltanschaulichen Hintergründe der Sozialpolitik des konservativen Stadtbürgertums lassen sich an einer auffälligen Konstante in der Entwicklung der GGG fassen. Von 1777 bis zum Ersten Weltkrieg blieb die Höhe des von Iselin 1777 festgesetzten Mitgliederbeitrages von zwei französischen Neutalern, der seit der Einführung einer einheitlichen Schweizer Währung 1851 Fr. 10.– betrug,[47] immer gleich. Der seit 1777 eingetretene Kaufkraftverlust wurde nie durch eine Erhöhung des Mitgliederbeitrages ausgeglichen. In den erhaltenen Akten lassen sich auch keine Hinweise finden, dass eine Erhöhung des Mitgliederbeitrages im Vorstand oder unter den Mitgliedern je diskutiert worden wäre. Selbst die zu den Statutenrevisionen erhaltenen Protokolleinträge, Akten und Bemerkungen in den gedruckten Jahresberichten enthalten keine Hinweise in diese Richtung. Nur die Erhöhung der Mitgliederzahl war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer wieder auf der Traktandenliste von Vorstand und Mitgliederversammlung. Dass die Mitgliederbeiträge nicht der Inflation an-

gepasst wurden, erklärt sich mit einer tiefgreifenden Veränderung in der Grundkonzeption der Organisation und der öffentlichen Aufgaben der Gesellschaft, die die GGG aus Sicht des regierenden Stadtbürgertums nach 1850 zu erfüllen hatte:

Bis ins erste Drittel des 19. Jahrhunderts hinein war die GGG bewusst eine Organisation der städtischen Eliten. Die GGG wandte sich ausschliesslich an das regierende Stadtbürgertum, auch wenn ihre «gemeinnützige Tätigkeit» im Bildungsbereich und in der Sozialfürsorge in erster Linie dem unteren Mittelstand und der Unterschicht der städtischen Einwohnerschaft zugutekam. Diese ausschliessliche Fokussierung auf die städtische Elite änderte sich nach 1850. Die Leitung der Gesellschaft sollte weiterhin beim regierenden Bürgertum bleiben, die Mitgliederbasis sollte sich jedoch erweitern. Dieses neue Bild der Gesellschaft und der Art, wie sie die Stadtbürgerschaft repräsentieren sollte, reagierte auf grundlegende sozioökonomische Veränderungen in der Zusammensetzung der städtischen Einwohnerschaft. Die nach 1850 rasch fortschreitende Industrialisierung und die wachsende Bedeutung der Bauwirtschaft veränderten die Bevölkerungszusammensetzung. In der Stadt lebte eine ständig steigende Zahl von im Taglohn, Stücklohn oder Wochenlohn arbeitenden Heimarbeitern und ungelernten Arbeitern sowie von Facharbeitern in der Band- und Schwerindustrie. Sie zogen von ausserhalb in die Stadt auf der Suche nach Arbeit, unterhielten kaum mehr persönliche Beziehungen zu ihrem Arbeitgeber und wechselten rasch Arbeits- und Wohnort, wenn sie Mangel an Beschäftigung oder bessere Anstellungsbedingungen in und ausserhalb Basels dazu veranlassten.

Die fortschreitende Industrialisierung liess so einen neuen Typ von «Armen» entstehen. Das alte Stadtbürgertum stand dieser «neuen» Unterschicht mit tiefem Misstrauen gegenüber, warf ihr Unglauben und unsittliches Verhalten vor, wie zum Beispiel Äusserungen von Christoph Merian-Burckhardt belegen.[48] Denn die in industriell organisierten Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen widersetzten sich der hergebrachten Wohltätigkeit und Armenfürsorge. Sie entzogen sich den patriarchalischen Bemühungen ihrer Arbeitergeber um ihr leibliches und moralisches Wohl, entwickelten ein eigenes Gruppenbewusstsein und begannen sich auch politisch selbständig zu organisieren. Die Fabrikarbeiter besassen ein ganz anderes Selbstverständnis als Hausangestellte der Basler Bürgerfamilien oder die Familien der Posamenter in der Bandindustrie, die als Heimarbeiter arbeiteten. Sie definierten sich wie «der Bürger» über ihre individuelle Leistungsfähigkeit, ihre Arbeitskraft und manuelle Geschicklichkeit und suchten ihre «Arbeitskraft» auf dem «freien Markt» mit dem grössten Gewinn zu verkaufen. Die daraus entstehenden sozialen und politischen Probleme wurden in Basel seit dem 18. Jahrhundert diskutiert, auch von Isaak Iselin. Vertreter der zünftig organisierten Gewerbe benutzten das Elend der Posamenter und Manufakturarbeiter in ihrer politischen Polemik gegen die «Fabrikanten» und «Herren» und zeichneten dabei ein sehr idealisiertes Bild vom Umgang des Handwerks mit seinen Gesellen und Hilfsarbeitern.[49]

Gleichzeitig mit dem Anwachsen der Arbeiterschaft und den damit verbundenen sozialen und politischen Problemen vergrösserte sich nach 1850 der Anteil der Bevölkerung, die sich in Basel niederliess, ohne sich einbürgern zu lassen. Immer mehr Einwohner Basels gehörten auch nicht mehr zur reformierten Staatskirche. Die für das eigene Selbstverständnis der Stadtbürgerschaft grundlegende Identifikation mit dem Basler «Gemeinwesen» schien aus Sicht der Stadtbürger dem ständig wachsenden Anteil der niedergelassenen Einwohner ebenso zu fehlen wie der ständig wachsenden, hochmobilen Arbeiterschaft. In den 1860er Jahren begann sich jedoch eine jüngere Generation von Politikern aus dem regierenden konservativen Stadtbürgertum für eine Öffnung des Bürgerrechts zu engagieren. Sie stellten sogar die bisherige Bindung des Bürgerrechts an die reformierte Konfessionszugehörigkeit in Frage, um wieder eine «Gemeinschaft» einer möglichst grossen Zahl von Bürgern zu schaffen als Grundlage für eine stabile städtische Gesellschaft. Denn «Gemeinsinn» und «Bürgersinn» blieben auch in der Vorstellungswelt dieser jüngeren Konservativen strikt an das Basler Bürgerrecht geknüpft. Auf diese neue politische Ausrichtung eines Teils der Konservativen nahm Miaskowski in der Festschrift von 1877 Bezug. Er erklärte es zu einer zentralen Aufgabe der GGG, sich sozial, politisch und konfessionell zu öffnen, und machte ihren weiteren Fortbestand davon abhängig, dass es ihr gelinge, *«die arbeitenden Klassen selbst zur Mitarbeit heranzuziehen* [...], *indem sie für dieselben innerhalb ihres bisherigen Rahmens freien Raum schafft oder den Rahmen selbst erweitert».*[50] Die Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige sollte in Miaskowskis Vision also die von den konservativen Politikern angestrebte «Gemeinschaft» möglichst vieler Einwohner Basels vorleben, der städtischen Gesellschaft sozusagen modellhaft den Weg weisen.

Auf dem Hintergrund dieser Neuausrichtung der konservativen Politik dürfen wir davon ausgehen, dass diejenigen Kreise, die in der GGG das Sagen hatten, die Mitgliederbeiträge bewusst nicht anhoben, um die Mitgliederbasis sozial breiter abzustützen. Allerdings hatte diese Politik nur bedingt Erfolg. Paul Speiser-Sarasin, Vorsteher der Gesellschaft im Jahr des 125. Jubiläums der Gesellschaft 1902, musste in seinem Rückblick auf die Gesellschaftstätigkeit zwischen 1877 und 1902 feststellen, es sei der Gesellschaft nicht gelungen, das Interesse in der Bevölkerung und damit die Mitgliederzahl proportional zum Bevölkerungswachstum zu vergrössern.[51] Die Vision einiger Konservativer, die GGG könne unter ihren Mitgliedern die sozialen Gegensätze innerhalb der städtischen Gesellschaft modellhaft überwinden und eine schichtübergreifende «Gemeinschaft» herstellen, liess sich nicht realisieren. Die städtische Gesellschaft differenzierte sich im Gegenteil immer mehr in sich geschlossene soziale Gruppen aus, in sogenannte Milieus, die sich eigene, gruppenspezifische Organisationsstrukturen schufen, wie die Entwicklung des Basler Vereinswesens nach 1870 zeigt.[52]

1.4

Frauen, die unsichtbare Basis der GGG

Frauen standen im 18. und 19. Jahrhundert in der GGG im Schatten ihrer Ehemänner, Väter und Brüder, obwohl sie eine tragende Rolle in der GGG spielten. Sie waren wichtige Gönner der Gesellschaft. So stammte eines der grössten Legate vor dem Ersten Weltkrieg von einer Frau: Adèle Merian-Iselin vermachte 1902 der GGG Fr. 100 000.– zur Errichtung eines homöopathischen Spitals, der heutigen Merian Iselin Klinik. Viele andere Legate zwischen 1800 und 1904 wurden der GGG von Frauen gewidmet. In den 105 Jahren zwischen 1800 und 1904 machten die nachweislich von Frauen stammenden Spenden und Legate immerhin in 19 der 105 Jahresrechnungen zwischen 20 und 50 Prozent und in 22 Jahresrechnungen mehr als 50 Prozent aller Geschenke an die GGG aus. Nur in 29 Jahresrechnungen liessen sich keine Spenderinnen ausdrücklich nachweisen.

Frauen arbeiteten aber auch «im Hintergrund» für Kommissionen und die Zentralgesellschaft. Sie machten es (ihren Ehe-)Männern nicht selten erst möglich, die ehrenamtliche Tätigkeit in einer Kommission oder im Vorstand überhaupt wahrzunehmen. So lesen wir im Jahresbericht der Gesellschaft für das Jahr 1796, als erstmals einer Frau die Leitung einer von der GGG unterstützten Einrichtung übergeben wurde, eine kleine «Arbeitsanstalt» für arme Mädchen und Frauen: *«Kein Mitglied der Gesellschaft konnte oder wollte dieselbe fortführen; eine würdige Wittwe erbot sich dieselbe auf eine Probe zu übernehmen, denjenigen Personen, so sonst auf keine Art sich erhalten können, Arbeit auszutheilen und darüber zu wachen.»*[53] Alle religiösen und kirchlichen sowie die in der Fürsorge und Armenpflege arbeitenden Männervereine besassen öffentlich nicht sichtbare Frauenhilfsvereine. Die GGG war da keine Ausnahme (vgl. S. 31, S. 149).

Frauen standen nicht freiwillig im Schatten ihrer Männer, Söhne und Brüder. Die sogenannte Geschlechtsvormundschaft zwang sie dazu. Da Frauen juristisch unmündig waren, konnten sie nicht selbständig handeln. Die bürgerliche Kultur des 19. Jahrhunderts entmündigte Frauen, schloss sie von der höheren Bildung aus und sprach ihnen das Verfügungsrecht über ihr Vermögen und ihren Lohn ab, wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen mussten.[54] Auch wenn Isaak Iselin nicht daran dachte, Frauen ein öffentliches Mitspracherecht in der Politik zuzugestehen und deshalb die Mitgliedschaft von Frauen in der GGG nicht vorsah, konnte er sich eine selbständige Form weiblicher Gemeinnützigkeit durchaus vorstellen und hoffte, ihnen durch eine gleichwertige Ausbildung und Schulung die Achtung der Männer zu verschaffen, die ihnen in seinen Augen gebührte. Ein anonymer Vorschlag vom 3. Juli 1777, der von Jacob Sarasin-Battier stammte, wandte sich mit folgendem Appell an die am 1. Juni 1777 gegründete Gesellschaft: *«Nur vor einen sehr wichtigen Theil der Gesellschaft ist nicht genugsam gesorgt. – Vor denjenigen, den wir mit rohem männlichen Stolze den Schwächeren Theil nennen – vors Frauenzimmer! Der groste Theil desselben, wird bey ihrem Eintritt auf die Scene des Lebens mit magrem Vergnügen empfangen,*

[Abb. 31]

[Abb. 32]

[31] Miniatur mit dem Porträt von Anna Magdalena Wieland-Schweighauser. Sie führte die Armenarbeitsanstalt der GGG so erfolgreich, dass die Gesellschaft an der Schlusssitzung von 1793 beschloss, eine Delegation zu ihr nach Hause zu schicken, um sich so gebührend zu bedanken. Diese Ehre wurde nur ganz wenigen Personen zuteil.

[32] Photographie eines Reliefs, das Anna Maria Preiswerk-Iselin, die Tochter von Isaak Iselin, mit ihrer Familie zeigt. Sie versuchte 1816, selbständige Frauenkommissionen in der GGG einzuführen. Der aktuelle Standort des wohl in der Mediationszeit entstandenen Reliefs ist unbekannt wie auch der Name des Künstlers.

durchlebet die Jahre der Kindheit und auch die höchstwichtigen ersten jungfräulichen Jahre tändelnd, und ohne kernhaften Unterricht und staunet denen künftigen Pflichten einer Gattin und Haussmuter flatterhaft entgegen – ja viele tretten vom Schauplatze ab, ohne jemals desjenigen wahren Vergnügungen genossen zu haben, deren ihre Seele bey besserer Aufheiterung fähig gewesen wäre. Sollte es nicht möglich seyn, auch hierinnen dem Endzweck unsers Daseyns einer grössern Glückseligkeit näher zu kommen und würdigen Jünglingen durch Ermunterung besserer weiblicher Erziehung würdige Gehülfinen vorzubereiten?»[55] Auch wenn die Gesellschaft viel für die Verbesserung der Bildung von Mädchen und Frauen unternahm, setzte sie sich nicht aktiv dafür ein, die soziale und ökonomische Stellung von Frauen durch die Propagierung eines neuen Frauenbildes zu verbessern.

Frauen konnten bis zur Statutenrevision von 1916 keine selbständige Mitgliedschaft der GGG erwerben. Hinter vielen der anonym einbezahlten Mitgliederbeiträge, die in der seit 1800 im Jahresbericht abgedruckten Jahresrechnung aufgeführt wurden, dürften sich aber Frauen verbergen. In Kommissionen wurden Frauen erst nach 1910 gewählt, obwohl es seit Beginn der Restaurationszeit in Basel selbständige Frauenvereine gab, mit denen die GGG direkt oder durch Vermittlung eines Delegierten oder eines Männerkomitees zusammenarbeitete. Trotzdem finden sich schon sehr früh Namen von Frauen in den Mitgliederlisten der GGG. Die erste Frau, die 1785 auf einer GGG-Mitgliederliste erschien, war Madame Deucher-Bernard, wohnhaft in Strassburg, 1786 kamen die Witwe von Johann Thelusson aus Basel dazu und 1787 Jungfrau Anna Elisabeth Deucher, wohl die Tochter von Madame Deucher-Bernard. Zwischen 1785 und 1850 lassen sich insgesamt 278 Frauen in den Mitgliederlisten nachweisen (vgl. Tabelle 5, S. 164).[56] Der Frauenanteil stieg zwischen 1785 und 1850 kontinuierlich an. Um 1810 waren mehr als 10 Prozent der GGG-Mitglieder Frauen. Zwischen 1828 und 1842 bewegte sich der Frauenanteil um 16 Prozent. In einzelnen Jahren erreichte er sogar bis zu 18 Prozent. Nach 1830 stellten Frauen konstant rund 15 Prozent der Mitglieder der GGG. Warum aber gab es Frauen in der GGG, wenn sie keine Mitgliedschaft erwerben konnten? Und warum stieg der Frauenanteil während des 19. Jahrhunderts nicht an?

Die Erklärung ist wohl in der juristischen Handlungsunfähigkeit der Frauen zu suchen und in der Vorstellung, dass ein verheirateter Mann einer Bürgervereinigung wie der GGG mit seinem ganzen Haushalt beitritt.[57] Verheiratete Frauen waren also während des 18. und 19. Jahrhunderts stillschweigend miteinbegriffen, ohne dass sie in den Mitgliederlisten namentlich aufgeführt oder mitgezählt wurden. Sie erschienen erst nach dem Tod ihres Ehemannes, Vaters oder Bruders unter ihrem eigenen Namen in den Listen, wenn sie als Witwe oder als ledige Tochter oder Schwester eines männlichen Mitglieds dessen Mitgliedschaft über seinen Tod hinaus weiterführten.[58] Die erste Generation solcher Frauen taucht so erst 1785 in den Mitgliederlisten auf. Die Mitgliedschaft einer Witwe verzögerte sich oft. Isaak Iselins Witwe, Helena Forcart, liess sich zum Beispiel erst 1800 als

Witwe Iselin-Forcart im Mitgliederverzeichnis eintragen, also fast zwanzig Jahre nach dem Tod ihres Mannes. Vorher erschien sie, wohl aus finanziellen Gründen, nur «indirekt», nämlich unter dem Namen ihres Vormunds und Schwiegersohns Niklaus Preiswerk-Iselin, der seit 1777 GGG-Mitglied war. Selbständige Mitgliedschaften von ledigen oder alleinstehenden Frauen kamen immer wieder vor, waren aber ungewöhnlich, genauso ungewöhnlich wie unabhängige Mitgliedschaften von Ehepartnern. 1818 liess «Frau Burckhardt, geb. Rohner» ihren Mitgliederbeitrag – sie war zu diesem Zeitpunkt schon verwitwet – sogar unter ihrem Namen in der Jahresrechnung der Gesellschaft eintragen. Die erste verheiratete Frau ist erst 1827 als GGG-Mitglied nachweisbar.

Ledige Frauen und Witwen stellten während des ganzen 19. Jahrhunderts die Mehrheit der namentlich in den Listen aufgeführten Frauen. Der Zivilstand einer Frau lässt sich bis 1820 mittels der Anrede feststellen. Bis ungefähr 1820 wurden verheiratete und verwitwete Frauen durch die Anrede «Frau» und «Witwe» voneinander unterschieden. Nach 1820 wurde die Anrede «Witwe» fast durchgehend durch die Anrede «Frau» ersetzt. Verwitwete Frauen können deshalb nach 1820 nicht mehr von verheirateten Frauen unterschieden werden, wenn man sie nicht eindeutig einem Mann zuordnen und ihren Zivilstand anhand des Todesjahres des Ehemannes und des Erscheinungsjahres der Mitgliederliste rekonstruieren kann. Da die Zahl der Frauen, die der Kategorie «nicht ledig» zuzurechnen sind und nicht als Witwen identifiziert werden können, nach 1820 deutlich anstieg, ist zu vermuten, dass sich einige verheiratete Frauen in dieser Kategorie verstecken. Trotzdem dürfte die Zahl der verheirateten Frauen vor 1850 nicht sehr gross sein, weil die eindeutig als Witwen identifizierbaren Frauen zusammen mit den unverheirateten Frauen nach 1820 immer mehr als 80 Prozent aller nachweisbaren Frauen stellten, sodass sich auch unter den Frauen, die nur als «nicht ledig» bestimmt werden konnten, mehrheitlich verwitwete Frauen befinden dürften.

Die soziale Zurücksetzung, ökonomische Abhängigkeit und politische sowie persönliche Rechtlosigkeit der Frauen wurden durch die Französische Revolution nicht in Frage gestellt. Die Restauration schränkte in Basel auch die Gleichheit unter Männern wieder stark ein. Zu Beginn der Restaurationszeit im Hungerjahr 1816 versuchte die zweitälteste Tochter von Isaak Iselin, Anna Maria Preiswerk-Iselin,[59] wenigstens in der GGG eine Gleichstellung der Mitarbeit der Frauen zu erreichen, die in diesem Notjahr in der Armenpflege unentbehrlich waren. Da ihr Stand und Geschlecht eine schriftstellerische Tätigkeit und öffentliche Äusserungen verwehrten, hielt sie ihre Gedanken zu Politik, zu Literatur und ihr Leiden an der ökonomischen und juristischen Abhängigkeit von ihrem Ehemann, mit dem sie sich nicht sehr gut verstand, in ihren Tagebüchern fest. Auch über den ihr als Frau zugewiesenen privaten Bereich, in Haus und Familie, nahm sie kein Blatt vor den Mund.[60] 1815 notierte sie zum «Beruf», das heisst zur individuellen und gesellschaftlichen Lebensaufgabe der Frau,

in ihr Tagebuch, man solle zuerst die Kräfte des weiblichen Geistes erforschen, *«dan ihr Beruf.* […]. *Es scheint zwar, als habe man diese Ansprüche bis dahin nur aufs männliche Geschlecht anwendbar gemacht u*[nd] *das weibl*[iche] *nur als die dienende Hälfte angesehn, so wie die* [regierenden] *Stände den arbeitenden Stand lange angesehn und so gerne noch ansehn möchten».*[61] 1819 stellte sie fest: *«Als die Menschheit in Barbarei verfiel wurde es* [das Weib] *des Mannes Sclavin, die Dienerin seiner Launen u*[nd] *Lüste* […]. *Wenn dem Weib noch eine andere Aussicht bliebe als die sich zu verheurathen, od*[er] *als Jungfrau ein oft einsames und freudenleeres Leben dahin zu schlendern so würde gewiss ein edlerer Eifer sie in Ausbildung ihrer intellektuellen Kräfte statt haben* […] *wäre es nicht zweckmässiger ihr noch ein andrer Gegenstand darzubiethen als den sich den Männern gefällig zu machen?»*[62]

Die Einträge enthalten die Beweggründe, die Anna Maria Preiswerk-Iselin Anfang Oktober 1816 veranlassten, der «Dirigierenden Commission» der GGG anonym einen Aufsatz einzureichen, in der sie zur aktiven Mitarbeit von Frauen in der GGG Stellung nahm. Anna Maria Preiswerk-Iselin konnte ihre Autorschaft verbergen, weil sie in ihren Bemühungen von gleichgesinnten Männern in der GGG unterstützt wurde. Bereits im Dezember 1815 hatte ein anonymer Schreiber sich an den Vorstand gewandt und nach dem Vorbild einer Wiener Gesellschaft empfohlen, dass *«auch hier edle FrauenZimmer zu mitwirkenden Gliedern unserer Gesellschaft aufgenommen – oder zu einer besondern Gesellschaft vereint würden».* Er führte in seinem «Vorschlag» detailliert aus, wo und wie Frauen die Qualität der Arbeit der GGG durch ihre Mitarbeit verbessern könnten.[63] Es wurde eine Spezialkommission eingesetzt, deren Wahl in den Protokollen nicht festgehalten ist, die am 24. April 1816 einen detaillierten Bericht vorlegte, wie dieser selbständige Frauenverein konstituiert werden könnte und organisiert sein müsste.[64] Unter dem 4. Oktober 1816[65] erhielt der Vorstand dann das Essay von Anna Maria Preiswerk-Iselin, das die Vorschläge der Spezialkommission argumentativ unterstützte. Der Vorstand veröffentlichte das Essay sogar im Jahresbericht der Gesellschaft für das Jahr 1816. Ob und wer im Vorstand wusste, dass eine Frau die Autorin des Textes war, lässt sich heute nicht mehr mit Sicherheit klären. Der scheidende Vorsteher Pfarrer Johann Jakob Wick(-Bienz)-Linder legte dessen Lektüre jedenfalls allen Mitgliedern ans Herz.[66]

Die Bemühungen, Frauen eine den Männern gleichgestellte und selbständige Form der Mitarbeit in der GGG zu ermöglichen, verliefen jedoch im Sand. Die Idee einer selbständigen Frauenabteilung in der GGG, die vermittels einer speziellen Männerkommission mit dem Vorstand kommunizieren sollte, war offenbar nicht mehrheitsfähig. Nur kurzfristig erfolgreicher waren analoge Bemühungen in pietistischen Kreisen im Umfeld des 1815 neu gegründeten Missionshauses,[67] die besonders von Mitgliedern der herrnhutischen Brüdersozietät vorgetragen wurden, einer kirchlichen Gemeinschaft, die Frauen und Mädchen von jeher eine selbständige Organisation anbot, und Frauen, die in der Diakonie arbeiteten, wie Männer

[Abb. 33]

[33] In der Mitte das Zunfthaus zum Bären, Freie Strasse 34/36, in dem die GGG zwischen 1777 und 1787 ihre Vorstandssitzungen abhielt. Die Korrektion der Strasse 1893 führte zum Abriss des Hauses und zu einem Neubau.

weihte.[68] Es finden sich in den Jahresberichten der GGG jedoch nach 1817 immer wieder Hinweise, dass einzelne Kommissionen Frauen in ihre Tätigkeit mit einbezogen. So finden wir 1817 im Bericht des Vorstehers zu den Nähschulen die Feststellung: *«Zudem freuen sich die Herren Verordneten mit uns, dass sich einige edelgesinnte Frauenzimmer der Mühe unterzogen haben, die Näheschulen bisweilen zu besuchen, um hier als Sachkennerinnen recht nützlich zu werden.»*[69] Die Suppenanstalt meldete in ihrem Separatbericht: *«Besonders verdient es aber mit Lob und Dank erwähnt zu werden: dass auch Wohlthäterinnen sich dazu willfährig erzeigten, und dass im Klingenthal nebst zwey Herren Armenpflegern auch zwey Frauenzimmer täglich den Suppenaustheilungen beywohnten.»*[70] Nach 1819 übernahmen die Frauenvereine der Kirchgemeinden St. Peter und St. Theodor die Aufsicht über die Nähschulen der GGG[71] und beteiligten sich an den Suppenausteilungen im Kleinbasel[72].

Erst 1827 bekannte Anna Maria Preiswerk-Iselin im geschützten Raum ihres Tagebuches, die Autorin des Textes zu sein, als sie bei der Lektüre der Jubiläumsschrift von Carl Burckhardt-Paravicini auf eine lobende Erwähnung ihrer Eingabe stiess: *«Gestern Abend, da ich das Heft* [gemeint ist die Jubiläumsschrift von 1827] [...] *zu Ende las fand ich Seite 88.89 mit Achtung eines Aufsatzes gedacht, den ich 1816 anonim eingeschickt, der zur Aufmunterung zu Frauenvereinen verfasst war* [...]. *Soll ich das Vergnügen das ich darüber empfand als Eitelkeit tadeln? Doch nicht ganz: Ich bleibe ja verborgen.»*[73] Burckhardt-Paravicinis Textpassage, die sie zu ihrem Bekenntnis veranlasste, fasste die Geschichte der Basler Frauenvereine zwischen 1814 und 1827 sehr präzise zusammen: *«Ich schliesse die Uebersicht der Leistungen der Gesellschaft mit etwas, wobei diese nur allein anregend aufgetreten ist, an der Ausführung aber keinen weitern Antheil gehabt hat, ich meine die Entstehung wohlthätiger Frauenvereine in unserer Stadt. Im Jahre 1816 kamen der Gesellschaft zwei anonyme Eingaben zu, die ihr vorschlugen, diese Idee unserm weiblichen Geschlechte zu empfehlen, und einen Verein hervorzurufen, der sich den Armenpflegern der Krankenkommission, und der Klingenthal-Armenanstalt helfend beiordnen würde. Frauen, bemerkten die ungenannten Verfasser, seyen durch ihre Kenntniss in Hauswesen und Kinderzucht, ihren feinen Takt, und ihre strenge Beurtheilung der Verschwendung, des Lasters und der Trägheit weit geeigneter zu richtiger Einsicht in die Bedürfnisse oder Fehler armer Haushaltungen, zugleich durch ihre Lebensweise bereitwilliger, mit Liebe in das Innere derselben zu dringen, als die Männer, die ohnehin ihre Bestimmung eher zu anderer Thätigkeit rufe* [...]. *Die gemeinnützige Gesellschaft, nachdem sie dem Vorschlag eine aufmerksame Berathung gewidmet hatte, empfahl denselben ihren Mitbürgerinnen, liess insbesondre den einen der eingekommenen Aufsätze, der mit Verstand und Gefühl, anspruchslos und anziehend und ausführlich seinen Wunsch entwickelte, ihrem Jahresberichte beidrucken, und bot sich einfacherweise an, einem etwa zusammentretenden weiblichen Vereine mit Rath und Anweisung eines Geschäftskreises an die Hand zu gehn. – Wenn auch letztres Anerbieten keine unmittelbare Folgen hatte, so mögen die vorangegangenen Berathungen der Gesellschaft und ihre öffentliche Aufforderung immerhin mitgewirkt haben, dieser Art von weiblicher Thätigkeit Eingang*

zu verschaffen. Denn nicht nur fällt, wo ich nicht irre, in diese Zeit eine Frauengesellschaft, die für Austheilung von Arbeit während der Theuerungsjahre zusammentrat; sondern bald nachher entstanden in zweien der Pfarrgemeinden der Stadt Frauenvereine für Armenunterstützung; ein besondrer Verein bildete sich [1821] *zur Beaufsichtigung der oben erwähnten unentgeldlichen Nähschulen unserer Gesellschaft; ein andrer übernahm seither die Mitaufsicht über die landwirtschaftliche Armenschule; in den letzten Jahren verbanden sich Frauen zum Besuche der weiblichen Sträflinge; und noch einige andre Kreise haben das einmal gegebne Beispiel zu gemeinschaftlicher Ausführung temporärer und fortdaurender milder Zwecke befolgt.»*[74]

Der enge Bezug der Frauenvereine zu kirchlichen Kreisen wurde schon bei den Nähschulen der GGG deutlich. Am Beispiel des von Burckhardt-Paravicini genannten Frauenkomitees, das seit 1824 weibliche Gefangene besuchte, lässt sich der pietistische Hintergrund dieser Entwicklung gut verdeutlichen. Dieser Frauenverein arbeitete eng mit dem später Patronagekommission genannten Männerverein zusammen, der zwischen 1821 und 1837 auf ehrenamtlicher Basis die Inspektion der Basler Haftanstalten durchführte. Diese männliche Kommission vermittelte, wie es der Vorschlag der Spezialkommission vom April 1816 vorsah, den Kontakt zwischen dem im Frauengefängnis tätigen Frauenverein und der GGG. Beide Vereine arbeiteten mit dem Gefängnisgeistlichen zusammen, der im Frauenverein wohl den Vorsitz führte.[75] Ähnlich war das Verhältnis zwischen Männerkomitee und Frauenhilfsverein im Landwaisenhaus.[76] Dass alle von Burckhardt-Paravicini erwähnten Frauenvereine enge Beziehungen zur Brüdersozietät und zu erweckten Kreisen pflegten, war sowohl ihm als auch den Lesern sicher bekannt und deshalb wohl keiner Erwähnung wert.

Innerhalb der GGG gab es auch nach 1830 viele andere Vereine und Einrichtungen, die von Frauen aus pietistischen Kreisen geführt wurden. Von anonymen Damen wurden die 1839 gegründeten Sonntagssäle für Mädchen finanziert, die seit 1843 ihre Jahresberichte dem Vorstand einschickten und seit 1847 im «Blaubuch» der GGG publizieren konnten, bevor sie 1878 ganz von ihr übernommen wurden. Die Töchter der Stifterinnen waren in den Sälen als freiwillige Mitarbeiterinnen tätig. Die Frauen waren über einen männlichen Berichterstatter, später einen Delegierten mit der GGG verbunden;[77] auch als die letzte Näh- und Flickschule der GGG aufgegeben und 1842 durch eine Repetierschule für Mädchen ersetzt wurde, setzte sich deren Kommission *«mit einem Frauenverein in Verbindung», «welcher sich verpflichtete, sich der zu errichtenden Schule besonders anzunehmen. Es waren 10 Frauenzimmer, die den 7. Merz* [1842] *mit jenen Delegierten zusammentraten und mit ihnen sich wegen Anstellung eines Lehrers und einer Lehrerin, wegen Auffindung eines schicklichen Lokals, wegen Bestimmung der Lehrzeit und wegen Eröffnung der Schule beriethen.»*[78]

Ähnliche Fälle finden sich bei mehreren Kleinkinderschulen, die der Aufsicht der GGG unterstellt waren,[79] oder bei der Gründung der Frauenarbeitsschule 1879.[80] Die von einem zur Evangelischen Stadtmission

gehörenden Frauenverein 1863 eröffneten Sonntags- und Nähsäle für Fabrikarbeiterinnen, gegründet aus Angst, der Erfolg des Nähsaals der katholischen Lindenbergschwestern bei reformierten Arbeiterinnen könne *«konfessionelle Unannehmlichkeiten»*[81] verursachen, wurden seit 1868 von der GGG finanziell unterstützt. Seit 1880 erfolgte die Berichterstattung im Namen des Frauenvereins, ohne Vermittlung eines Delegierten. 1896 unterschrieb erstmals eine Frau, Hulda Staehelin, Tochter des Pfarrers Theophil Staehelin-Merian, den Jahresbericht dieser seit 1863 bestehenden Frauenorganisation.[82]

Die vor 1840 in Basel nachweisbaren Frauenvereine waren alle in der Armenpflege tätig. Die zwischen 1840 und 1870 zahlreich gegründeten, formal selbständigen Frauenvereine waren ebenfalls fast ausnahmslos in der Armenpflege und Fürsorge sowie im kirchlichen Bereich tätig. Da das Schul- und Armenwesen bis weit ins 19. Jahrhundert der Kirche unterstand, erstaunt es nicht, dass die ältesten weiblichen Hilfsvereine zum sogenannten Kirchenbann der vier Kirchgemeinden gehörten, der vom Stadtrat gewählt wurde und unter Aufsicht des Gemeindepfarrers für die Armenpflege zuständig war. Die Verbindung zwischen den Kirchgemeinden und der Armenpflege wurde erst durch das Armengesetz von 1897 formell aufgehoben.

Frauenvereine blieben solange Frauenhilfsvereine, als Frauen rechtlich nicht handlungsfähig und deshalb nicht in der Lage waren, sich von Männern ökonomisch unabhängig zu konstituieren. Deshalb konnten Baslerinnen erst nach der Aufhebung der Geschlechtsvormundschaft für alleinstehende Frauen, Ledige und Witwen im Jahre 1876 mit dem Aufbau selbständiger Frauenvereine beginnen. Von den Männern wurde dies offenbar sofort als Konkurrenz empfunden, wie die folgende Passage aus dem Jahresbericht der Kommission für Kleinkinderschulen von 1879 zeigt: *«Ein Punkt, auf welchen wir unser Augenmerk gerichtet haben, ist unser und der Schulen Verhältniss zu den Frauenvereinen, welche bisher an manchen Orten Unternehmer und an andern Orten Subventionäre der Kleinkinderschulen sind. Es hat diess zur Folge, dass mehrfache Collecten bei den gleichen Leuten gemacht werden und dass den Wohlthätern eigentlich das Geben dadurch verleidet wird, besonders wenn noch Privatlehrerinnen, für welche die Commission eine Verantwortlichkeit durch Subvention zu übernehmen abgelehnt, dann auch noch die Wohlthäter in Anspruch nehmen. Wir fragen uns daher, ob es nicht besser wäre, wenn nach und nach die Commission das Materielle der meisten Kleinkinderschulen übernähme und den Frauenvereinen, deren Beistand uns unumgänglich scheint, die finanzielle Sorge abnehmend, die moralische Unterstützung der Lehrerinnen auch im Verkehr mit den Eltern möglichst anheimstellte.»*[83]

Mit dem Sturz des sogenannten Ratsherrenregiments und der Totalrevision der Verfassung von 1875 entstanden – gleichzeitig mit der Aufhebung der Geschlechtsvormundschaft für alleinstehende Frauen – wegen der schwachen politischen Organisation der Männer des konservativen Stadtbürgertums und der politischen Bedeutung, die den gemeinnützigen Vereinen und Einrichtungen in den sozialpolitischen Auseinandersetzun-

gen der Zeit zukam, interessante neue Handlungsspielräume für Frauen aus diesen Kreisen. Die politische Bedeutung, die die praktische Fürsorgearbeit, die «moralische Unterstützung» der Frauen erhielt, schuf vorübergehend eine Abhängigkeit der Männer von den Frauen, sodass diese in der Armenpflege und der Fürsorge ihren geschlechtsspezifischen Kompetenzbereich bis zur Jahrhundertwende bis in den sonst ausschliesslich Männern vorbehaltenen Bereich der politischen Öffentlichkeit ausweiten und praktisch selbständig handeln konnten, solange sie darin von den Männern politisch unterstützt wurden.

Denn in der politischen Auseinandersetzung um die Gestaltung der Basler Sozialpolitik kam in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts der beinahe vollständigen Kontrolle der öffentlichen und privaten Armenpflege durch das konservative Stadtbürgertum ein nicht zu unterschätzendes Gewicht zu. Die Pflege der Gemeinnützigkeit erlaubte es nicht nur, das eigene soziale Verantwortungsgefühl nach aussen darzustellen. Die private Wohltätigkeit machte es auch möglich, die Bedeutung der für das Selbstverständnis des konservativen Stadtbürgertums zentralen Prinzipien der Ehrenamtlichkeit und der Freiwilligkeit in der Öffentlichkeit praktisch vorzuführen, nachdem diese durch die Verfassungsrevision von 1875 aus der staatlichen Organisation verbannt worden waren. Die Effizienz der eigenen gemeinnützigen Einrichtungen konnte politisch immer dann ins Feld geführt werden, wenn es galt, den vom Freisinn vorangetriebenen Ausbau der staatlichen Kompetenzen und die von diesem postulierte Notwendigkeit staatlicher Kontrolle im sozialen Bereich in Frage zu stellen oder die vor allem von den Sozialdemokraten vertretene Idee eines gesetzlich garantierten Anspruchs auf staatliche Sozialleistungen zurückzuweisen. Diese Form konservativer Sozialpolitik, die die Effizienz der von den Männern verteidigten Prinzipien Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit unter Beweis stellte, konnte nur finanziert werden durch die systematische Gratisarbeit der Frauen und Töchter der konservativen Politiker, die diese Form privater Fürsorge und Armenpflege propagierten. Als diese weibliche Schattenarbeit zur Beschaffung der Mittel durch Kollekten und Bazare zur Bewältigung der Verwaltungsarbeit und der Fürsorgearbeit um 1905 nicht mehr ausreichte und die Frauenvereine begannen, vom Staat Subventionen zu verlangen, konnte diese Politik vom Freisinn und von den Sozialdemokraten 1911 und 1912 im Grossen Rat politisch angegriffen werden. Zwar wurde das Prinzip einer Koordination von privater und staatlicher Fürsorge nicht grundsätzlich in Frage gestellt, aber die private Fürsorge war von 1912 an nur noch unter strikter staatlicher Aufsicht politisch durchsetzbar.

Damit wurde der seit 1875 gewonnene politische Handlungsspielraum der Frauen des alten Stadtbürgertums ganz wesentlich beschränkt. Die bisher von Frauen eigenommenen leitenden Positionen wurden von Männern besetzt. Erfahrene Mitarbeiterinnen der Frauenvereine wechselten in neu geschaffene Staatsstellen. Das Scheitern der konservativen Sozialpolitik nach 1905 hatte für die Frauen also grundsätzlich andere Folgen

als für die Männer: Während diese sich mit der 1904 gegründeten liberal-konservativen Partei eine neue politische Organisation schufen, blieben die Frauen aus der Politik ausgeschlossen – weil sie Frauen waren. Die Aufnahme von Frauen als Vertreterinnen derjenigen Frauenvereine, die bisher die konservative Sozialpolitik getragenen hatten, in einige einschlägige GGG-Kommissionen nach 1911 war kein Ersatz für den Ausschluss der Frauen aus der Politik. Ein Mitglied aus dem Vorstand des Basler Frauenvereins zur Hebung der Sittlichkeit, der grössten Dachorganisation der konservativen und religiös-konservativen Frauenvereine, fasste diese für die Frauen schmerzhafte Erfahrung in einer Vorstandssitzung im Jahr 1908 mit den Worten zusammen: *«Wenn man den Frauen das reden verbietet, zwingt man sie dazu, das Frauenstimmrecht zu verlangen.»*[84]

Das späte Scheitern der politischen Zusammenarbeit zwischen Frauen und Männern aus dem Basler Stadtbürgertum in der Sozialpolitik erklärt auch die auffällige Verspätung, mit der im Vergleich zu Zürich und Genf in Basel die ersten bürgerlichen Frauenorganisationen entstanden, die sich für das Frauenstimmrecht einsetzten. Ausser verschiedenen Arbeiterinnenvereinen, deren Geschichte in Basel 1868 begann,[85] setzte sich kein Basler Frauenverein vor 1905, dem Gründungsjahr der «Töchterunion», öffentlich für das Frauenstimmrecht ein. Die «Vereinigung für das Frauenstimmrecht» wurde erst 1916 gegründet, im selben Jahr, in dem die neuen Statuten der GGG in Kraft traten und die ersten Frauen in die Gemeinderäte der reformierten Kirche gewählt wurden. Dazu Walter Staehelin 1977 im Jubiläumsband[86]:

> *Verwunderlich ist bei alledem* [dem frühen Engagement der Gesellschaft für Frauenbildung und Frauen- und Kinderfürsorge], *dass die Stellung der Frau in der GGG selber verhältnismässig recht spät eine feste Regelung fand. Wir lesen im Jahresbericht von 1915 hierüber: «§ 4 neu (alt 3) stellt gegenüber früher ausdrücklich fest, dass auch unsere weibliche Bevölkerung zur Mitgliedschaft berechtigt ist. Bestand hierüber kein Zweifel, soweit es sich um ledige oder verwitwete Frauen handelte* [die Geschlechtsvormundschaft wurde 1876 für alleinstehende Frauen aufgehoben], *so sollte mit der Änderung dokumentiert werden, dass auch Ehefrauen, selbst wenn ihre Ehemänner schon Gesellschaftsmitglieder sind, mit Freuden in der Gesellschaft willkommen geheissen werden sollen.» Dies war die längst verdiente Anerkennung für die stille und aufopfernde Arbeit, welche unzählige Frauen schon seit den ersten Jahrzehnten insbesondere auf dem Gebiet der Fürsorge im Dienste der Gesellschaft geleistet haben.*

ANTEIL DER KOMMISSIONSMITGLIEDER AM GESAMTMITGLIEDERBESTAND 1780–1915 [Tab. 1]

Jahr	Mitglieder Kommission (ohne Vorstand)	Mitglieder Vorstand	Mitglieder Kommissionen und Vorstand	Anzahl Kommissionen (ohne Vorstand)	Mitglieder total Gesellschaft	Anteil Amtsträger an Mitgliedertotal
1785	12	12	24	4	137	17,5 %
1790	17	12	29	4	172	16,9 %
1795	21	12	33	5	160	20,6 %
1800	18	12	30	4	157	19,1 %
1805	32	12	44	5	209	21,1 %
1810	55	12	67	8	258	26,0 %
1815	55	12	67	9	330	20,3 %
1820	54	12	66	8	375	17,6 %
1825	101	12	113	14	483	23,4 %
1830	94	12	106	15	515	20,6 %
1835	90	12	102	15	518	19,7 %
1840	89	12	101	15	545	18,6 %
1845	110	12	122	19	612	20,0 %
1850	128	12	140	22	658	21,3 %
1855	124	9	133	22	730	18,2 %
1860	132	9	141	23	798	17,7 %
1865	118	9	127	23	858	14,8 %
1870	137	9	146	26	1'162	12,7 %
1875	160	9	169	27	1'495	11,3 %
1880	189	9	198	33	1'740	11,4 %
1885	197	9	206	37	1'586	13,0 %
1890	186	9	195	38	1'622	12,0 %
1895	219	9	228	44	1'730	13,2 %
1900	266	9	275	50	1'772	15,5 %
1905	299	9	308	53	2'062	14,9 %
1910	290	9	299	57	2'227	13,4 %
1915	309	9	318	60	2'074	15,3 %

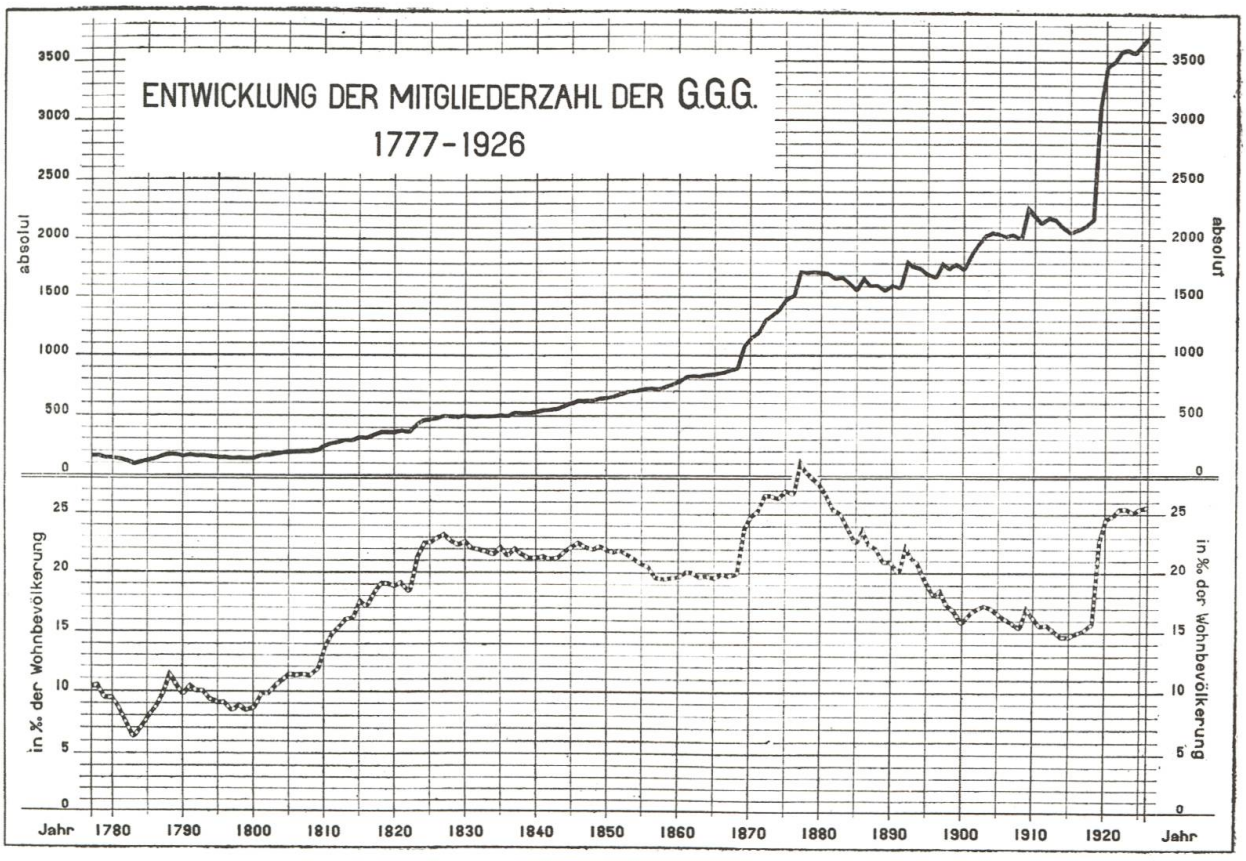
VERTEILUNG DER KOMMISSIONSMITGLIEDER MIT MEHRFACHEINSITZEN IN KOMMISSIONEN [Tab. 2]

Jahr	Ämter	Pers.	Amt/ Pers.	in 2 Kom.	in 3 Kom.	in 4 Kom,	in 5 Kom.	in 6 Kom.	Total	Anteil Vorst.	Anteil
1810	68	45	1,5	7	1	4	1	0	13	8 von 12	67 %
1820	69	47	1,4	5	5	1	1	0	12	7 von 12	58 %
1830	103	62	1,5	15	11	1	0	0	27	10 von 12	83 %
1840	104	79	1,3	20	1	1	0	0	22	5 von 12	42 %
1850	139	110	1,2	15	3	0	2	0	20	6 von 12	50 %
1859	139	107	1,3	18	4	2	0	0	24	6 von 9	67 %
1870	148	113	1,3	19	5	2	0	0	26	6 von 9	67 %
1880	205	161	1,3	17	6	2	2	0	27	6 von 9	67%
1890	198	162	1,2	22	4	1	1	0	28	5 von 9	56 %
1900	308	226	1,4	33	12	6	2	0	53	9 von 9	100 %
1910	307	236	1,3	30	12	3	1	1	47	9 von 9	100 %

[Tab. 3] VERTEILUNG DER BERUFSGRUPPEN UNTER DEN VORSTANDS- UND KOMMISSIONSMITGLIEDERN 1777–1900

Berufe	bis 1800		1820		1850	
	absolut	relativ	abs.	rel.	abs.	rel.
Total	88	100	47	100	108	100
PR				6	5,6	15
BFU	9	10,2	7	14,9	19	17,6
K	28	31,8	17	36,2	28	26
H	11	12,5	3	6,4	7	6,5
F		2	4,3	12	11,1	23
DUS	3	3,4				
PRO						5
B	8	9,1	5	10,6	8	7,4
A1						4
A2						3
PF	18	20,6	9	19,1	6	5,6
L				8	7,4	17
R	1	1,1			4	3,7
U	11	12,5	1	2,1	6	5,6
?		3	6,4	4	3,7	7
Total	88		47		108	

[Graph. 1]



	1880		1900		Schema Berufsgruppen mit Abkürzungen 1850, 1880, 1900
	abs.	rel.	abs.	rel.	PR: Partikular, Rentier
	160	100	225	100	BFU: Bankier/Fabrikant/Unternehmer (Bsp.: Bandfabrikant, Bankier, Handel en gros)
	9,4	11	4,9		K: Geschäftsinhaber, kaufmännisch (Bsp.: Kaufmann, Apotheker)
	16	10	29	12,9	H: Gewerbetreibender, selbständig (Bsp.: Handwerker und Techiker mit eigenem Geschäft, Wirt, Baumeister, Bierbrauer)
	37	23,1	43	19,1	F: Freie Berufe (Bsp.: Arzt, Tierarzt, Advokat, Notar, Architekt, Künstler, Vermögensverwalter)
	9	5,6	9	4	DUS: Direktor Bank/Unternehmen, leitender Staatsangestellter
	14,4	31	13,8		PRO: Prokurist (Bsp.: Prokurist, Redaktor)
	5	3,1	9	4	B: Beamte, Richter
	3,1	10	4,4		A1: Angestellter, unselbständig (Bsp.: privat, staatlich: Kommis)
	5	3,1	11	4,9	A2: Fabrikarbeiter (Bsp.: Ferger)
	2,5	4	1,8		PF: Pfarrer
	1,9				L: Lehrer
	5	3,1	17	7,6	R: Rektor/Konrektor
	10,6	25	11,1		U: Universität (Bsp.: Prof., PD)
	2	1,3	5	2,2	
	7	4,4	11	4,9	
	4,4	10	4,4		
	160		225		

TEILNEHMER AN SITZUNGEN IM VERHÄLTNIS ZUR GESAMTMITGLIEDERZAHL 1812–1913 [Tab. 4]

Datum der Schlussitzung	Jahr	Mitglieder	Vorstand	Anwesend Total	Anz. Mitglieder in Kommission	%	Total Mitglieder
20.12.1812	1812			14			292
16.01.1814	1813			6			306
30.12.1814	1814			13			305
29.12.1815	1815			17	67	25,4 %	330
17.12.1816	1816			15			326
26.12.1817	1817			14			350
31.12.1818	1818			12			371
29.12.1819	1819			14			375
29.12.1820	1820			24	66	36,4 %	375
28.12.1821	1821			17			388
27.12.1822	1822			16			379
30.12.1823	1823			17			440
29.12.1824	1824			21			474
30.12.1825	1825			21	113	18,6 %	483
29.12.1826	1826			22			498
28.12.1827	1827			23			511
29.12.1828	1828			20			503

[Forts. Tab. 4]

Datum der Schlussitzung	Jahr	Mitglieder	Vorstand	Anwesend Total	Anz. Mitglieder in Kommission	%	Total Mitglieder
28.12.1829	1829			18			502
30.12.1830	1830			21	106	19,4 %	515
30.12.1831	1831			18			505
28.12.1832	1832			23			509
31.12.1833	1833			15			508
29.12.1834	1834			22			510
30.12.1835	1835			17	102	16,7 %	518
30.12.1836	1836			27			514
29.12.1837	1837			31			540
28.12.1838	1838			27			536
30.12.1839	1839			27			538
30.12.1840	1840			29	101	28,7 %	545
29.12.1841	1841			21			558
30.12.1842	1842			33			561
29.12.1843	1843			25			571
27.12.1844	1844			28			594
29.12.1845	1845			17	122	13,9 %	612
28.12.1846	1846			23			633
29.12.1847	1847			23			632
29.12.1848	1848			18			636
28.12.1849	1849			22			654
08.01.1851	1850			20	140	14,3 %	658
23.01.1852	1850			25	140		658
30.01.1852	1851		k. A.	k. A.			672
21.01.1853	1852			12			696
03.02.1854	1853			21			710
02.02.1855	1854			25			719
01.02.1856	1855			23	133	17,3 %	730
27.02.1857	1856			23			742
29.01.1858	1857			16			731
04.02.1859	1858			28			750
10.02.1860	1859			21			773
15.02.1861	1860			31	141	22,0 %	798
21.02.1862	1861			21			831
13.02.1863	1862			12			846
12.02.1864	1863			20			841
19.02.1864	1863	16	7 von 9	25			841
10.02.1865	1864	12	5 von 9	17			854
16.02.1866	1865	12	8 von 9	20	127	15,7 %	858
22.02.1867	1866	20	6 von 9	26			871
14.02.1868	1867			14			888
19.02.1869	1868			21			904
25.02.1870	1869			17			1'087

Datum der Schlussitzung	Jahr	Mitglieder	Vorstand	Anwesend Total	Anz. Mitglieder in Kommission	%	Total Mitglieder
24.02.1871	1870	12	9 von 9	21	146	14,4 %	1'162
23.02.1872	1871	16	8 von 9	24			1'208
07.03.1873	1872	26	8 von 9	34			1'319
06.03.1874	1873	16	8 von 9	24			1'366
12.03.1875	1874	11	9 von 9	20			1'409
31.03.1876	1875	20	9 von 9	29	169	17,2 %	1'495
01.05.1877	1876	k. A.	k. A.	k. A.			1'530
29.03.1878	1877	30	9 von 9	39			1'747
24.04.1879	1878	31	9 von 9	40			1'737
30.04.1880	1879	17	9 von 9	28			1'746
12.04.1881	1880	30	9 von 9	39	198	19,7 %	1'740
21.04.1882	1881	[27]	k. A.				1'732
20.04.1883	1882	k. A.	k. A.	k. A.			1'686
14.03.1884	1883	k. A.	k. A.	k. A.			1'696
17.03.1885	1884	24	7 von 9	31			1'643
16.04.1886	1885			36	206	17,5 %	1'586
01.04.1887	1886			38			1'699
27.04.1888	1887			20			1'619
12.04.1889	1888		k. A.	[19]			1'624
06.07.1890	1889		k. A.	[51]			1'577
24.04.1891	1890			20	195	10,3 %	1'622
22.04.1892	1891			14			1'600
25.04.1893	1892			14			1'836
04.05.1894	1893			16			1'792
26.04.1895	1894			20			1'779
15.05.1896	1895			34	228	15,0 %	1'730
28.05.1897	1896			18			1'701
29.04.1898	1897			26			1'818
05.05.1899	1898			22			1'777
27.04.1900	1899			18			1'811
10.05.1901	1900			25	275	9,1 %	1'772
23.05.1902	1901			83			1'889
22.05.1903	1902			16			1'975
23.05.1904	1903		8 von 9	25			2'046
02.06.1905	1904		8 von 9	21			2'072
25.05.1906	1905		7 von 9	29	308	9,5 %	2'062
24.05.1907	1906		7 von 9	22			2'039
29.05.1908	1907		9 von 9	3			2'055
14.05.1909	1908		9 von 9	14			2'025
10.06.1910	1909		9 von 9	26			2'290

[Tab. 5] FRAUENANTEIL AN MITGLIEDERN 1777–1850

Jahr	Total Mitglieder	davon % Frauen	Frauen	Abgänge	Eintritte	verwitwet	ledig	verheiratet	geschieden	nicht ledig
Mitgliederzahlen: Bei Abweichungen folge ich Miaskowski, nicht JB * erster Eintrag mit summarischer Mitgliedschaft mehrerer Jungfrauen										
1777	174	0,0 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1778	176	0,0 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1779	159	0,0 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1780	158	0,0 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1781	146	0,0 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1782	131	0,0 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1783	108	0,0 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1784	121	0,0 %	0	0	0	0	0	0	0	0
1785	137	0,7 %	1	0	1	0	0	0	0	1
1786	148	1,4 %	2	0	1	1	0	0	0	1
1787	170	1,8 %	3	0	1	1	1	0	0	1
1788	188	2,1 %	4	0	1	2	1	0	0	1
1789	185	3,8 %	7	0	3	5	1	0	0	1
1790	172	4,1 %	7	0	0	5	1	0	0	1
1791	182	5,5 %	10	0	3	7	2	0	0	1
1792	176	6,8 %	12	0	2	8	3	0	0	1
1793	176	7,4 %	13	0	1	9	3	0	0	1
1794	164	7,3 %	12	−1	0	8	3	0	0	1
1795	160	5,0 %	8	−4	0	5	2	0	0	1
1796	160	5,0 %	8	0	0	5	2	0	0	1
1797	151	6,6 %	10	0	2	7	2	0	0	1
1798	158	6,3 %	10	0	0	7	2	0	0	1
1799	153	6,5 %	10	0	0	7	2	0	0	1
1800	157	7,0 %	11	−2	3	8	2	0	0	1
1801	177	7,3 %	13	−2	4	9	3	0	0	1
1802	180	8,3 %	15	0	2	11	3	0	0	1
1803	191	8,4 %	16	−1	2	12	3	0	0	1
1804	200	8,5 %	17	−1	2	13	3	0	0	1
1805	209	8,6 %	18	0	1	14	3	0	0	1
1806	210	9,0 %	19	−3	4	15	3	0	0	1
1807	212	11,3 %	24	−2	7	20	3	0	0	1
1808	211	10,9 %	23	−1	0	19	3	0	0	1
1809	221	11,3 %	25	0	2	21	3	0	0	1
1810	258	11,2 %	29	−1	5	23	5	0	0	1
1811	279	11,5 %	32	−1	4	25	6	0	0	1
1812	292	11,0 %	32	−2	2	24	7	0	0	1
1813	306	11,1 %	34	0	2	26	7	0	0	1
1814	305	12,5 %	38	−1	5	29	8	0	0	1
1815	330	11,5 %	38	−4	4	29	7	0	0	2
1816	326	12,0 %	39	−3	4	30	7	0	0	2

Jahr	Total Mitglieder	davon % Frauen	Frauen	Abgänge	Eintritte	verwitwet	ledig	verheiratet	geschieden	nicht ledig
1817	350	11,7 %	41	−5	7	31	8	0	0	2
1818	371	10,8 %	40	−3	2	28	8	0	1	3
1819	375	11,5 %	43	−1	4	31	8	0	1	3
1820	375	11,5 %	43	−3	3	30	9	0	1	3
1821	388	11,9 %	46	−2	5	31	10	0	1	4
1822	379	11,6 %	44	−3	1	28	11	0	1	4
1823	440	12,3 %	54	−2	12	31	17	0	1	5
1824	474	13,3 %	63	−1	10	33	23	0	1	6
1825	483	13,5 %	65	−3	5	36	22	0	0	7
1826	498	12,9 %	64	−3	2	35	24	0	0	5
1827	511	14,9 %	76	−4	16	41	24	1	0	10
1828	503	16,9 %	85	−3	12	46	26	1	0	12
1829	502	16,7 %	84	−3	2	44	27	1	0	12
1830	515	15,9 %	82	−7	5	46	23	1	0	12
1831	505	17,0 %	86	−9	13	51	22	1	0	12
1832	509	16,1 %	82	−7	3	49	20	1	0	12
1833	508	16,5 %	84	−3	5	49	21	1	0	13
1834	510	16,5 %	84	−4	4	49	21	1	0	13
1835	518	15,4 %	80	−9	5	49	18	1	0	12
1836	514	15,2 %	78	−8	6	50	17	1	0	10
1837	540	16,1 %	87	−3	12	53	22	1	0	11
1838	536	16,6 %	89	−2	4	55	22	1	0	11
1839	538	16,4 %	88	−4	3	55	22	0	0	11
1840	545	18,3 %	100	−1	13	65	22	0	0	13
1841	558	17,2 %	96	−4	0	61	22	0	0	13
1842	561	16,0 %	90	−6	0	58	21	0	0	11
1843	571	15,4 %	88	−4	2	58	20	0	0	10
1844	594	14,0 %	83	−5	0	53	20	0	0	10
1845	612	15,5 %	95	−9	21	58	23	0	0	14
1846	633	15,5 %	95	−6	6	59	23	0	0	13
1847	632	14,2 %	90	−8	3	56	22	0	0	12
1848	636	14,0 %	89	−4	3	57	20	0	0	12
1849	654	14,5 %	95	−4	10	61	19	0	0	15
1850	658	14,7 %	97	−8	10	60	21	0	0	16

[Tab. 5] Bezogen auf die durchschnittliche Mitgliederzahl ergeben sich im 5-Jahresdurchschnitt für die Jahre 1861 bis 1920 folgende prozentuale Anteile von Frauen: 1861–1865: 846 Mitglieder / 15,0 % Frauen; 1871–1875: 1359 Mitglieder / 15,6 % Frauen; 1881–1885: 1669 Mitglieder / 15,9 % Frauen; 1891–1895: 1747 Mitglieder / 19,1 % Frauen; 1901–1905: 2009 Mitglieder / 17,3 % Frauen; 1911–1915: 2146 Mitglieder / 18,0 % Frauen; die Statutenrevision von 1916 führte zu einem starken Anstieg: 1918–1920: 2916 Mitglieder / 26,8 % Frauen.

Stiftung der Gesellschaft:
Schon vor Etwas Zeit hat Herr Rahtsschreiber Iselin den menschenfreundlichen und bürgerlich gesinnten Gedancken, Eine Gesellschaft allhier errichtet zu sehen, deren Haubtabsicht wäre gutes und gemeinnütziges zu würcken, seinen hiesigen Brüdern von Schintznach [Basler Sektion der Helvetischen Gesellschaft] *eröfnet, welche mit gleichem Triebe belebet dieses mit allem Vergnügen umfasset, und denjenigen Plan welchen Herr Rahtsschreiber darüber abgefasset und Ihnen mitgetheilet des nähern eingesehen, welchen sie denn ihren Absichten so entsprechend befunden haben, dass nachfolgende Personen denselben sogleich bey der ersten Zusammenkunft in Herrn Iselins Haus am Ostertag d*[en] *30. Mertzens 1777 angenommen und unterzeichnet haben:*

Herr Peter von H[errn] *Balth*[asar] *Burkard*
Rahtsherr Buxtorf
J[ohann] *Rudolf Forcard zum Tieger*
Rahtsschreiber Iselin
Andreas Merian
Dreyerherr Münch
Gerichtsh[err] *Jacob Sarrasin.*

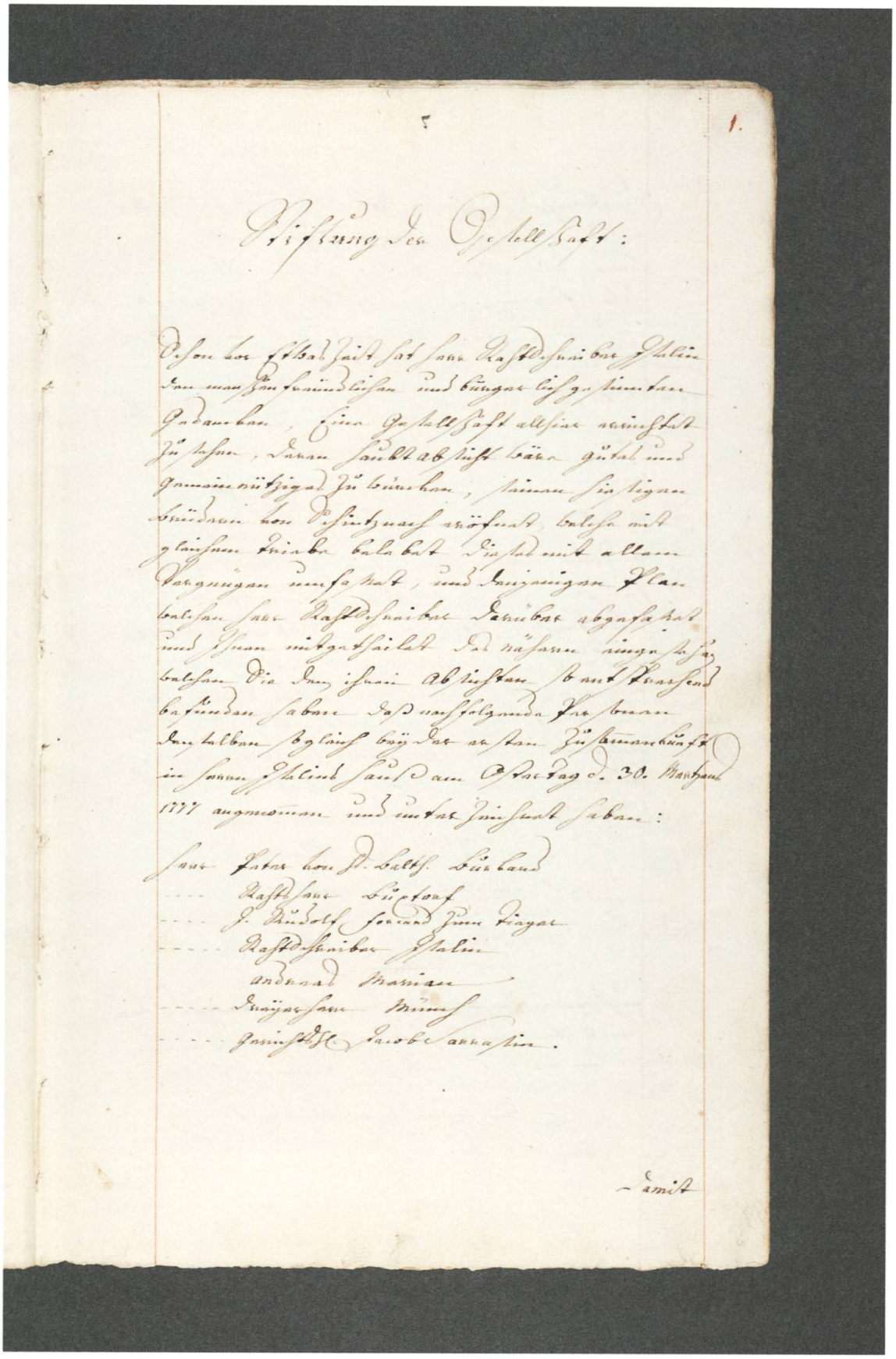
Damit auch diese Gesellschaft sobald mögl[ich] *zahlreicher mithin würcksamer werde, haben Sämtliche diese Herren übernommen ihren Freunden und Bekannten davon Eröfnung zu thun und sie zum Beytritt einzuladen, zu welchem Ende gutbefunden wurde, den obigen Plan drucken zu lassen, um denselben desto füglicher mitteilen zu können; Welches Vorhaben so gut von statten gegangen, dass schon am heil*[igen] *Auffarts Tag eine beträchtliche Anzahl Mitglieder in Herrn Iselins Haus sich wiedrum versamleten und sich über die fernere Einrichtung der Gesellschaft unterredten, da denn gutbefunden worden die besetzung der Ämter noch aus zu stellen, biss die Gesellschaft zahlreicher und allgemein versamlet seye: Indessen ward eine Commission verordnet von folgenden Herren welche Bedenckens haben und auf nächste Session ihre Gedanken eröfnen sollen was alsdann vorzunehmen seyn möchte:*

Herr Rahtsherr Buxtorf
Herr Rahtsschreiber Iselin
Dr. und Professor de Lachenal
Balthasar de Benedict Stehelin
Gerichtsherr Jacob Sarrasin
Andreas Merian.

Auch ward vestgesetzt auf den ersten Sonntag des Brachmonaths [Sonntag, den 1. Juni 1777] *Abends um fünf Uhr eine allgemeine Versammlung auf E. E. Zunft zum Bären* [Hausgenossen] *abzuhalten.*

(StABS PA 146a: A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 5r–5v.)

[Abb. 34]



[34] Erste Seite mit dem Gründungsbericht der GGG im ältesten Protokollband. Vgl. die Transkription auf der gegenüberliegenden Seite.

2 # Finanzen und Finanzierung der GGG

2.1 ## Finanzen und Finanzierung der GGG und ihrer Kommissionen

Pflegte die Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in der Öffentlichkeit von Anfang an sehr offen und ausführlich über ihre Tätigkeit und ihre Mitglieder zu berichten, blieb die Einsicht in ihre Finanzverhältnisse lange ausschliesslich den Mitgliedern der Gesellschaft vorbehalten, die die Sitzungen regelmässig besuchten und dort vom Vorstand oder dem Seckelmeister mündlich informiert wurden. Einige Kommissionen verfolgten in dieser Hinsicht jedoch schon früh eine andere Politik. Die Krankenkommission, die von der GGG als selbständige Organisation 1783 gegründet wurde, veröffentlichte zum Beispiel bereits 1785 einen ausführlichen Kassabericht über Ausgaben und Einnahmen. Alle Spenden, auch die kleinsten Beiträge, wurden im Kassabericht in chronologischer Ordnung aufgeführt. Grössere anonyme Beiträge wurden sogar in den «Wöchentlichen Nachrichten» in aller Öffentlichkeit «verdankt», da sie ja nicht persönlich verdankt werden konnten. Durch die Publikation aller Einzelspenden versuchte die Kommission, möglichst viele Basler Bürger zu motivieren, ihre Tätigkeit zu unterstützen und damit die von der Kommission angestrebte rationellere und kostengünstigere Versorgung der Kranken in der Stadt zu ermöglichen. Nicht weniger minutiös dokumentierte die Kommission ihre Ausgaben und rechtfertigte diese ausführlich im Jahresbericht. Seit 1787 gab die Krankenkommission zusätzlich auch ein nach Kirchgemeinden geordnetes «Verzeichnis der Herren, welche die Besorgung der armen Kranken für das Jahr 1788 übernommen, und wie sich dieselben eingetheilt haben», heraus, um so den Spendern die Zustellung der Gelder an den in ihrem Quartier zuständigen Krankenpfleger oder den von ihnen persönlich bevorzugten Pfleger zu erleichtern.[1] Die Offenlegung der Einnahmen und Ausgaben war für die Krankenkommission der einzige Weg, um den kontinuierlichen Geldfluss zu erzielen, den sie zur Finanzierung ihrer Arbeit benötigte.

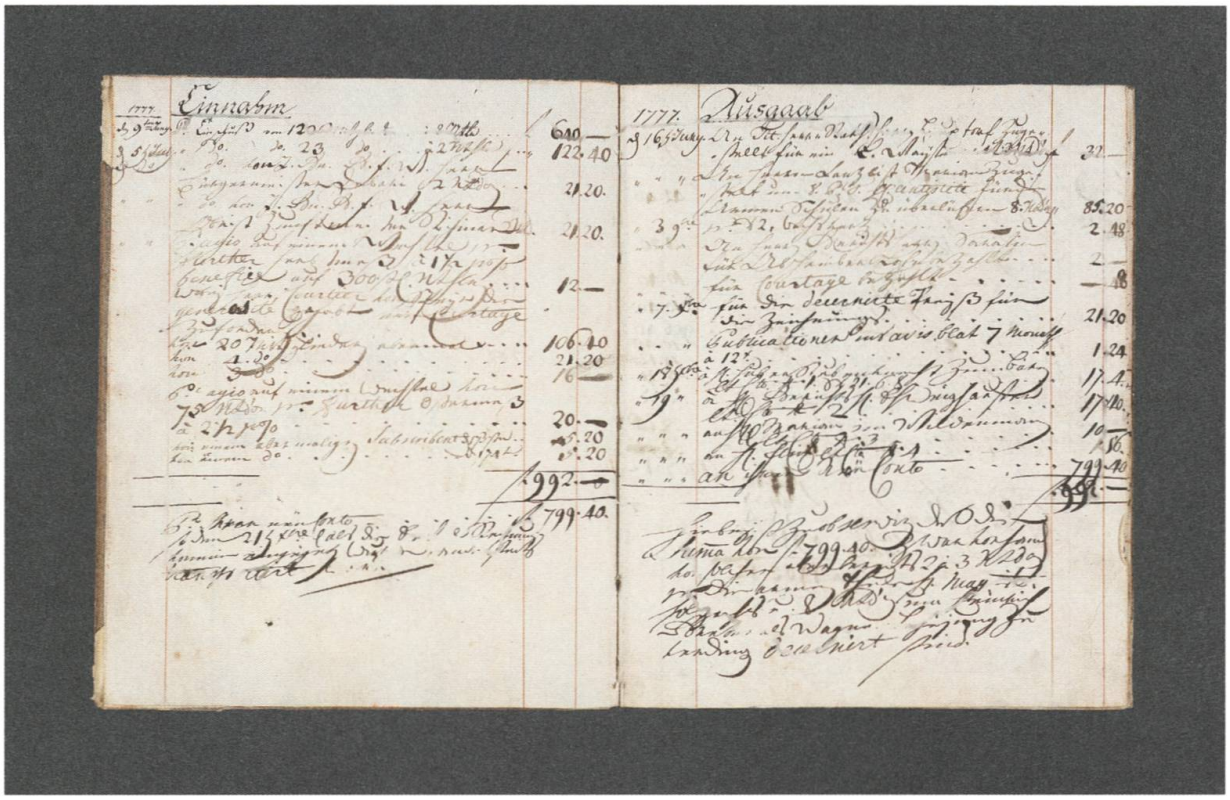
Die Zentralgesellschaft liess sich mit der Veröffentlichung ihres Rechnungsberichtes hingegen mehr Zeit. 1784 wurde erstmals am Schluss des Jahresberichts des Vorstehers eine einfache Gegenüberstellung von Ein- und Ausgaben veröffentlicht, zusammen mit der Zahl der Mitglieder: Die Mitgliederzahl hatte sich nach dem Tod Isaak Iselins 1782 und den Auseinandersetzungen innerhalb der Basler Aufklärer[2] bedrohlich vermindert. Die

Gesellschaftskasse wies erstmals ein Defizit aus und war dringend auf die finanzielle und ideelle Hilfe ihrer Mitglieder angewiesen.[3] Vorher und nachher beschränkte sich der Vorsteher bis 1799 auf allgemeine Angaben zum Verhältnis von Ein- und Ausgaben oder kommentierte einzelne Ausgaben. Ein gedruckter Kassabericht, der darlegte, wie die Gesellschaft die einzelnen Kommissionen und andere Projekte unterstützte, erschien erst ab 1800. Da sich das erste Kassabuch der Gesellschaft für die Jahre 1777–1802 und die dazu gehörigen Belege jedoch erhalten haben sowie alle Jahresabrechnungen der Seckelmeister, die an der sogenannten «Schlusssitzung» verlesen wurden, kennen wir auch die Einnahmen und Ausgaben der Gesellschaft vor 1800.[4]

Noch zurückhaltender als über ihre Kassaverhältnisse informierte die Gesellschaft über ihre Vermögensverhältnisse. Der Aufbau des Gesellschaftsvermögens erfolgte bis 1827 unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Anlagen in Wertpapieren und hypothekarischen Anleihen wurden in der Jahresrechnung erst ab 1810 summarisch unter dem Kassabestand aufgeführt. Vorher wurden nur die Zinsen aus den Anlagen in den Einnahmen und anfallende Gebühren und Verluste in den Ausgaben der Jahresrechnung ausgewiesen; Angaben zum Gesamtvermögen der Gesellschaft finden sich erstmals in der Jahresrechnung von 1826. Ein separater Vermögensstatus wurde aber erst 1827 zum fünfzigsten Jubiläum der Gesellschaft zusammen mit der Jahresrechnung veröffentlicht, fast dreissig Jahre nach der ersten öffentlichen Jahresrechnung. Die Veröffentlichung des ersten Vermögensstatus markierte einen Mentalitätswechsel in der Führung der GGG. Die Liberalen, eine Gruppe junger, akademisch gebildeter Politiker um den Juristen Carl Burckhardt-Paravicini, die sich für eine Modernisierung von Verwaltung und Wirtschaft einsetzten und damals den GGG-Vorstand dominierten,[5] brachen mit der bisher üblichen Praxis wohltätiger Vereine und Einrichtungen, Vermögenswerte nicht öffentlich zu machen, um die Spendenfreudigkeit der Geber nicht zu vermindern. Eine rationell geführte gemeinnützige Organisation war in ihren Augen nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu führen, die dem angestrebten Ziel angepasst sein sollten. Wachstum und Vermögensbildung bewiesen die Solidität der Unternehmungen der GGG. Leistung und Stabilität sollten Vertrauen schaffen und Geber zu Legaten und Spenden veranlassen. Die Liberalen kämpften auch politisch für eine Offenlegung der Staatsfinanzen.[6]

Die Entwicklung der Vermögensverhältnisse der GGG ist eindrücklich. Dank Legaten und geschickten Anlagen vermehrte sich das Gesellschaftsvermögen zwischen 1778 und 1828 um mehr als das Zehnfache und stieg von Fr. 1 968.– auf Fr. 25 189.– an.[7] Dieser Betrag entsprach 1828 mehr als dem Dreifachen der Jahresausgaben von Fr. 7591.– und war laut Jahresrechnung von 1828 zu fast zwei Dritteln in Obligationen und hypothekarisch gesicherten Schuldtiteln angelegt.[8] 1877, beim hundertsten Jubiläum, betrug das Vermögen der GGG beinahe Fr. 150 000.–, hatte sich also seit 1828 versechsfacht. Aber auch die Ausgaben der Zentralkasse hatten

[Abb. 35a]



[Abb. 35b]

[35a] Seite aus dem ältesten Kassabuch der GGG mit links den Einnahmen und rechts den Ausgaben für das Jahr 1777 in der Handschrift von Peter Burckhardt-Forcart, Schwager von Isaak Iselin.

[35b] Ausschnitt des Vorderdeckels des Kassabuchs mit dem Schild: «Cassa-Buch – über die Verfassung [d. h. den Finanzzustand] der Gesellschaft zur Aufmunterung und zur Beförderung des guten und des Gemeinnützigen».

zugenommen. Das Vermögen entsprach – im Vergleich zu 1828 – immer noch, wie schon 1828, etwas mehr als dem Dreifachen der jährlichen Ausgaben. Im letzten Viertel des Jahrhunderts wuchs das Vermögen der Gesellschaft am stärksten, trotz der gleichzeitigen nicht weniger starken Steigerung der Ausgaben. 1900 war das Gesellschaftsvermögen auf rund Fr. 482 000.– angestiegen, hatte sich also seit 1828 um rund das Fünfzehnfache vermehrt oder seit 1877 mehr als verdreifacht und entsprach 1900 fast dem Sechsfachen der jährlichen Ausgaben von rund Fr. 65 000.–. Diese positive Vermögensentwicklung hatte auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Einnahmen der GGG. Nach 1860 wurden die Zinsen und Dividenden ein immer wichtigerer Bestandteil der Einnahmen. Dieser nahm im Gegensatz zum Anteil der Mitgliederbeiträge relativ und absolut zu: Um 1860 entsprachen die Einnahmen aus Zinsen einem Drittel der Mitgliederbeiträge, um 1900 bereits der Hälfte.

Durch die Offenlegung der Vermögensverhältnisse entstand ein gewisser Rechtfertigungsdruck angesichts des ständig wachsenden Gesellschaftsvermögens. 1837 verteidigte der Theologe Karl Rudolf Hagenbach die seit 1827 eingetretene Zunahme des Gesellschaftsvermögens mit den Worten: *«Da es nun nicht in dem Zweck unserer Gesellschaft liegen kann, Kapitalien zu häufen, sondern da eine weise Sparsamkeit nur die Dienerin der Gemeinnützigkeit selbst sein soll, die wieder ausgiebt, was jene sammelt und berechnet, so dürfte die beste Rechenschaft, die wir ablegen können, die sein, welche nicht nur in quantitativen, sondern auch in qualitativen Grössen sich ausdrückt, und somit wären wir jetzt angewiesen, noch einen kurzen Blick auf die verschiedenen Gebiete unserer Thätigkeit zu werfen, und zu sehen, was sich innerhalb derselben in 10 Jahren verändert, verbessert, vielleicht auch verschlimmert, und welche neue Nebenzweige unsere Pflanzung getrieben hat.»*[9] Dieses Argumentationsmuster findet sich auch später immer wieder in den Ansprachen der Vorsteher, wenn die Zentralkasse über wachsende Ausgaben und drohende Defizite klagte, während gleichzeitig das Gesellschaftsvermögen weiter anwuchs.

Auch nach der Publikation der ersten Vermögensbilanz 1827 wurde in den Jahresberichten über die Anlagepolitik oder über finanzielle Probleme der GGG und über deren mögliche Lösung nicht offen debattiert, obwohl die Jahresrechnungen der Zentralkasse oder der zum GGG-Verband gehörenden Institutionen sehr detailliert über ihre finanzielle Situation berichteten, aber in einer für die Mehrheit der Leser zu technischen Form. Auch in den Mitgliederversammlungen wurde, soweit die Protokolle überhaupt Aufschluss über die Diskussionen geben, selten über die Finanzen im Allgemeinen gesprochen. Debatten entstanden nur, wenn konkrete Investitionsvorschläge des Vorstandes oder von Kommissionen in der Mitgliederversammlung kontrovers diskutiert wurden. Obwohl die Beschaffung, Verwaltung und Verdankung von Geldmitteln einen nicht unerheblichen Teil der Arbeitszeit der in Vorstand und Kommissionen tätigen GGG-Mitglieder in Anspruch nahmen, kommentierte man ausserhalb der zustän-

digen Gremien oder in den gedruckten Berichten die Finanzen der Gesellschaft und ihrer Kommissionen nur sehr zurückhaltend. Auch die Jubiläumsschriften der Gesellschaft und der Kommissionen, die bis zum Ersten Weltkrieg veröffentlicht wurden, zelebrieren in erster Linie das konstante Wachstum und den finanziellen Erfolg der GGG oder der Kommissionen, geben aber keinen Aufschluss über finanziell schwierige Momente oder Kriterien der Anlagepolitik.[10]

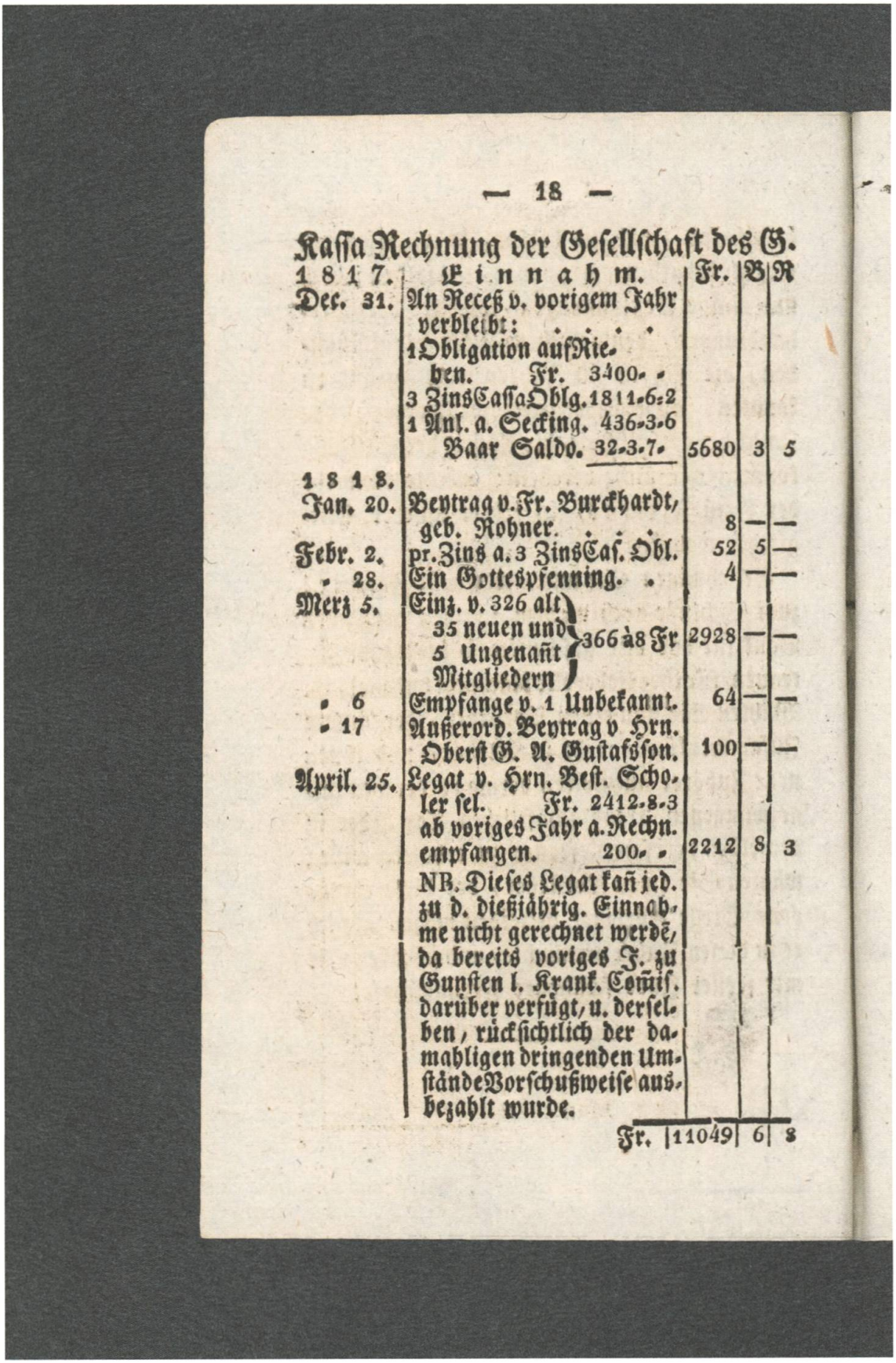
Klarer sind in den Reden der Vorsteher und den Berichten der Kommissionen die Bezüge zur zeitgenössischen Sozialpolitik und zur Finanz- und Steuerpolitik des konservativen Stadtbürgertums. Die GGG und ihre Kommissionen waren Teil eines grösseren Beziehungsnetzes des konservativen Stadtbürgertums, auf dem seine Sozialpolitik aufbaute. Die soziale und politische Relevanz dieser personellen und finanziellen Verflechtungen um die Jahrhundertwende verdeutlicht eine Erhebung, die von Regierungsrat Eugen Wullschleger, dem ersten Sozialdemokraten in der Kantonsregierung, angeregt wurde.[11] 1903 gab es in der Stadt Basel über hundert Vereine und Institutionen, die sich mit Armen- und Krankenpflege beschäftigten: 14 waren staatliche Einrichtungen, 6 gehörten zur Basler Bürgergemeinde, 16 zur reformierten Kirche, 18 zur GGG, und 48 wurden von Privaten betrieben. Das Stadtbürgertum, das die Bürgergemeinde Basel, die reformierte Kirche, die GGG und die überwiegende Mehrheit der privaten Vereine politisch, sozial und finanziell dominierte, kontrollierte so nicht nur mehr als vier Fünftel der Armen- und Krankenfürsorge, sondern auch vier Fünftel aller damals in der Armenpflege eingesetzten Geldmittel. Innerhalb der privaten, vom Stadtbürgertum kontrollierten Organisationen kam der GGG nicht nur wegen ihrer Grösse und Finanzmittel, sondern auch wegen ihrer vielfältigen personellen Verflechtungen mit staatlichen und kommunalen Behörden eine zentrale Stellung zu.

Eine Schlüsselposition in diesem Netzwerk nahm in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Seckelmeister der GGG ein. Vor 1818 war ein Seckelmeister nie länger als drei Jahre im Amt.[12] Nach 1818 hingegen verlängerte sich die Amtsdauer des Seckelmeisters immer mehr. Zwischen 1818 und 1918 verwalteten nur vier Männer die Zentralkasse und das Vermögen der GGG, während es zwischen 1777 und 1817 26 Seckelmeister gab.[13] Aber nicht nur die Zahl der Amtsträger schränkte sich ein: Zwischen 1831 und 1918 verwalteten ausschliesslich Nachkommen von Isaak Iselin das Amt: zwei Enkel und ein Urenkel.[14] Erklärt sich die Verminderung der Amtsträger nach 1831 mit der wachsenden Professionalität, die vom Amtsinhaber verlangt wurde,[15] hängt die Einschränkung auf eine einzige Familie mit der zunehmenden sozialen Abschliessung des regierenden alten Bürgertums zusammen, die gerade in solchen exklusiven «Familientraditionen» zum Ausdruck kommt.[16] Politisch garantierte diese Entwicklung dem konservativen Stadtbürgertum die Kontrolle über die Verteilung der vom GGG-Verband verwalteten Gelder und Vermögenswerte.

Eine dominierende Rolle im GGG-Vorstand spielte besonders Oberst Rudolf Iselin, der 1877 das Amt des Seckelmeisters von seinem Onkel Wilhelm Iselin übernahm. Obwohl politisch sehr engagiert, konnte er sich mit der durch den Wahlsieg des Freisinns 1874 und der Verfassungsrevision von 1875 geschaffenen neuen politischen Situation nicht abfinden und zog sich 1878 aus der kantonalen Politik zurück, konzentrierte sich auf seine militärische Karriere und engagierte sich von da an ausschliesslich in der Bürgergemeinde und für die GGG, die beide weiterhin vom konservativen Stadtbürgertum dominiert wurden.[17] Als Seckelmeister der GGG war er bis zu seinem Tod 1918 tätig. In den über vierzig Jahren seiner Amtstätigkeit hatte er nicht nur auf die Vermögensverwaltung der GGG entscheidenden Einfluss, sondern war auch an allen strategischen Vorstandsentscheidungen dieser Jahre massgeblich beteiligt.

Ihre hervorragende Rolle in der Sozialpolitik des konservativen Stadtbürgertums verdankte die GGG ihrer Organisations- und Finanzstruktur, die sich seit ihrer Gründung nach und nach entwickelte. Zwischen 1777 und 1850 wurde aus einer kleinen Gesellschaft, die nur wenige Unterkommissionen besass, ein weitverzweigter Verband selbständiger Vereine und Anstalten, die finanziell und ideell über die Zentralgesellschaft miteinander verbunden waren. Dank der finanziellen Verknüpfungen war es möglich, die finanziellen Risiken und Lasten zwischen Zentralverein und Kommissionen zu verteilen. Eine hohe Eigenfinanzierung einer Kommission entlastete die Zentralkasse und erlaubte es dem Vorstand der GGG, nicht selbsttragende Unternehmungen im Bereich der Armenpflege und Fürsorge oder im Bildungsbereich zu finanzieren, neuen, innovativen Projekten in den ersten Jahren die nötige Anstossfinanzierung zu gewähren oder private Vereine und Anstalten ausserhalb des GGG-Verbandes mit «Vergabungen» zu unterstützen. Der Verband konnte aber auch verschiedene Interessen der Spender mit seiner breiten Palette ganz unterschiedlich ausgerichteter gemeinnütziger Projekte besser bedienen als eine Gesellschaft allein und so die Attraktivität der einzelnen Einrichtungen und des Gesamtverbandes für die Öffentlichkeit erhöhen. Es war dem Vorstand der GGG und den Leitern der Kommissionen sehr wohl bewusst, dass die finanziellen Verhältnisse sich *«in genauer Verbindung mit der persönlichen Theilnahme, welche unsere Gesellschaft* [...] *gefunden»*, entwickelten, wie Karl Rudolf Hagenbach-Geigy es 1837 in seiner Ansprache zum 60-jährigen Bestehen der GGG formulierte.[18] Das breite Angebot des GGG-Verbandes gewann besonders nach 1850 an Bedeutung, als das regierende konservative Stadtbürgertum seinen Macht- und Autoritätsanspruch gegenüber dem neuen Bürgertum, das die zugewanderte Einwohnerschaft Basels repräsentierte, politisch immer weniger durchsetzen konnte und deshalb immer mehr darauf angewiesen war, sein immer noch ungebrochenes soziales und kulturelles Prestige auszuspielen. Dies geschah nicht zuletzt auch durch die Propagierung des «Ehrenamtes» als besonderer Tugend eines echten «Basler Bürgers».

[Abb. 36]



— 18 —

Kassa Rechnung der Gesellschaft des G.

1817.	Einnahm.	Fr.	B	R
Dec. 31.	An Receß v. vorigem Jahr verbleibt:			
	1 Obligation auf Rieben. Fr. 3400. -			
	3 ZinsCassaOblg. 1811.6.2			
	1 Anl. a. Secking. 436.3.6			
	Baar Saldo. 32.3.7.	5680	3	5
1818.				
Jan. 20.	Beytrag v. Fr. Burckhardt, geb. Rohner. . .	8	—	—
Febr. 2.	pr. Zins a. 3 ZinsCas. Obl.	52	5	—
- 28.	Ein Gottespfenning. .	4	—	—
Merz 5.	Einz. v. 326 alt 35 neuen und 5 Ungenañt Mitgliedern } 366 à 8 Fr	2928	—	—
- 6	Empfange v. 1 Unbekannt.	64	—	—
- 17	Außerord. Beytrag v Hrn. Oberst G. A. Gustafsson.	100	—	—
April. 25.	Legat v. Hrn. Best. Scholer sel. Fr. 2412.8.3 ab voriges Jahr a. Rechn. empfangen. 200. -	2212	8	3
	NB. Dieses Legat kañ jed. zu d. dießjährig. Einnahme nicht gerechnet werdē, da bereits voriges J. zu Gunsten l. Krank. Coñis. darüber verfügt, u. derselben, rücksichtlich der damahligen dringenden Umstände Vorschußweise ausbezahlt wurde.			
	Fr.	11049	6	8

[36] Erste Seite der Einnahmen der gedruckten Jahresrechnung der GGG von 1818. Unter dem 20. Januar ist als Spenderin Frau Burckhardt-Rohner aufgeführt. Dies ist eine der ganz wenigen namentlichen Erwähnungen von Frauen; die meisten Frauen spendeten anonym.

Die Einnahmen der Zentralkasse bestimmten, in welchem Ausmass die GGG die zum Verband gehörenden Einrichtungen mitfinanzieren und neue Gründungen anregen konnte (vgl. Graphik 2, S. 206–207). Die Zusammensetzung der Einnahmen der Zentralkasse der GGG im 19. Jahrhundert unterschied sich nicht von der heutigen. Sie wurden, wie August von Miaskowski 1877 schreibt, *«gebildet aus: 1. den Jahresbeiträgen der Mitglieder, 2. aus Geschenken von Mitgliedern oder dritten Personen, namentlich bei Gelegenheit des Antritts von Erbschaften (Geschenke aus Trauerhäusern) und aus Vermächtnissen, 3. aus den Zinsen von Stiftungskapitalien, deren Verwaltung der Gemeinnützigen Gesellschaft übergeben worden ist und 4. aus den Zinsen des Vermögens der Gesellschaft».*[19] Die Graphik der Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen für den Zeitraum von 1800 bis 1916 zeigt das für gemeinnützige Vereine typische Bild. Auch wenn die Kurven der Einnahmen und Ausgaben über die Jahre sehr bewegt sind, gleichen sich Ausschläge in die eine oder andere Richtung doch immer wieder aus. Ungewöhnlich hohe Ausgaben werden durch höhere Einnahmen in den folgenden Jahren ausgeglichen. Die Ausschläge werden nach 1830 grösser, stärker noch nach 1860, aber grundsätzlich veränderte sich das im Ganzen ausgeglichene Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen nicht. Nach 1870 erhöhte sich jedoch das Finanzvolumen der Gesellschaft deutlich und wuchs rasch an bis zur Jahrhundertwende parallel zum beschleunigten demographischen und wirtschaftlichen Wachstum der Stadt. Die auffälligen Spitzen der Einnahmekurve markieren hohe Legate, die gehäuft auf Jahre mit Defiziten folgen. Diese positiven Ausschläge dokumentieren aber nicht nur die Anteilnahme der Mitglieder und Gönner am Ergehen der GGG und ihrer Kommissionen. Private Stifter kontrollierten mit Schenkungen und Legaten auch in sehr effizienter Weise die Finanzen und damit auch die Entwicklungsmöglichkeiten der Gesellschaft.

Ein Gesamtbild der finanziellen Entwicklung des Verbandes als Ganzes zu gewinnen, ist schwierig. Die Jahresrechnungen der Zentralkasse geben nur Auskunft, in welchem Ausmass bestimmte, zum Verband gehörige Vereine und Anstalten von der Unterstützung der Zentralkasse abhängig waren. August von Miaskowski schreibt dazu 1877: *«In finanzieller Beziehung muss zwischen der Centralkasse der Gemeinnützigen Gesellschaft und den Kassen der einzelnen Kommissionen unterschieden werden. Die die Centralkasse bildenden Einnahmen, sowie das Vermögen der Gesellschaft dienen dazu, die Kosten der Centralverwaltung, die übrigens sehr gering sind (im Jahre 1876 betrugen sie nur 2841 Fr. 65 Cts., während die Ausgaben der Centralkasse 57,974 Fr. 19 Cts. ausmachten), sowie die Ausgaben der einzelnen Kommissionen, resp. der ihr untergeordneten Anstalten, sowie einiger zugewandter Institute* [d. h. nicht von der GGG gegründete oder zu ihr gehörige Vereine und Einrichtungen] *zu decken. Jedoch werden die Ausgaben nur einiger Kommissionen vollständig aus den Beiträgen der Centralkasse bestritten, indem die meisten derselben unabhängig von diesen Beiträgen ihre eigenen fundirten* [d. h. auf Stiftungen oder Vermögenszinsen beruhenden] *und nicht fundirten Einnahmen* [d. h. Spenden und Legate] *besitzen. Hinsichtlich der zugewandten Anstalten ist die Beihülfe der Gesellschaft eine noch geringere.»*[20]

Das buchhalterische Interesse an der finanziellen Entwicklung des Verbandes entstand parallel zum Bewusstsein der politischen Bedeutung. In den auf den Bürgerkrieg 1831 / 32 und die Kantonstrennung 1833 folgenden zwei Jahrzehnten entwickelte die GGG ein klares Bewusstsein ihres finanziellen Potentials als Verband und des von ihr propagierten Modells einer nicht staatlichen, sondern privaten, aber zentral nach rationalen Kriterien geleiteten Organisation, die die städtischen Armenpflege- und Fürsorgeeinrichtungen unterstützte und die staatlichen Schulen mit zusätzlichen Bildungsangeboten ergänzte. In einer programmatischen Ansprache von Adolf Christ-Sarasin, damals Schreiber der GGG, anlässlich des sechzigsten Jubiläums 1837 kommt dies klar zum Ausdruck. Noch deutlicher formulierte er diesen Anspruch in seiner Rede als abtretender Vorsteher 1838, als er vorschlug, aus der Schlusssitzung der GGG im Dezember ein Diskussionsforum für alle Basler Bürgervereine zu machen und alle interessierten Bürger zu dieser Konferenz einzuladen.[21] Im selben Zeitraum veröffentlichte die GGG 1834 erstmals eine Zehnjahresübersicht, die die Vergabungen an ihre Kommissionen und an andere Vereine jahrweise über ein Jahrzehnt hinweg zusammenstellte. Dies ermöglicht es zu verfolgen, wo die Schwerpunkte der Subventionspolitik der GGG in diesem Zeitraum lagen. 1845 veröffentlichte sie eine zweite solche Übersicht. Dann wurden diese Tabellen von jährlichen statistischen Zusammenstellungen abgelöst, die sich mit den Finanzverhältnissen des Verbandes als Ganzem beschäftigten, als 1845 Wilhelm Iselin für mehr als dreissig Jahre das Amt des Seckelmeisters übernahm.

Unter der Ägide von Wilhelm Iselin und nach dessen Rücktritt 1876 für ein weiteres Dezennium auch unter derjenigen seines Neffen Rudolf Iselin veröffentlichte der Vorstand der GGG zwischen 1844 und 1887 im Jahresbericht eine «Allgemeine Rechnungsübersicht», die nicht nur Auskunft gab über Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse wie die Zehnjahresübersichten von 1834 und 1845, sondern erstmals auch über die Herkunft der Einnahmen der «Institute der Gesellschaft». Zwischen 1845 und 1879 begleiteten zusätzlich «Bemerkungen zur allgemeinen Rechnungsübersicht» die allgemeine Rechnungsübersicht. Sie beschrieben das Finanzvolumen des Gesamtverbandes und die Höhe der Eigenfinanzierung der zur GGG gehörenden Organisationen.

Die finanzielle Unabhängigkeit vieler GGG-Kommissionen, die Miaskowski in der Jubiläumsschrift 1877 hervorhebt, lässt sich in den «Allgemeinen Rechnungsübersichten» gut studieren. Zur Veranschaulichung habe ich als Beispiel das Jahr 1875 herausgegriffen (vgl. Tabelle 6, 208).[22] Die Übersicht von 1875 umfasst 21 *«Institute der Gesellschaft»* und acht *«befreundete Anstalten»* und einen *«Extra-Beitrag an das allgemeine Jugendfest».* Zusätzlich wurden auch die Verwaltungskosten des Zentralvereins ausgewiesen, die zum grössten Teil aus den Druckkosten für den Jahresbericht bestanden, aber auch die Kosten für die Erhebung der Mitgliederbeiträge, *«Einzug»* genannt, und die Miete für Sitzungszimmer in der Lesegesellschaft

umfassten. Ohne die Verwaltungskosten betrugen die Vergabungen der Zentralkasse für das Jahr 1875 Fr. 26 742.–, wovon Fr. 7 250.– oder mehr als ein Drittel an neun nicht zur GGG gehörige Organisationen gingen. Die kleinste Vergabung betrug Fr. 100.–, die grösste Fr. 3 500.–. Beide gingen an nicht zur GGG gehörende Einrichtungen. Durchschnittlich erhielt jede der berücksichtigten Organisation Fr. 1000.–.

Von den 21 zur GGG gehörigen Kommissionen waren sechs oder fast ein Drittel in der Lage, die Betriebskosten alleine zu bestreiten, da sie sich aus Schenkungen, Zinsen oder Gebühren, die sie für ihre Dienstleistungen erhoben, selbst ausreichend finanzieren konnten. Bei anderen Kommissionen übernahm die Zentralkasse nur eine Defizitgarantie, wie zum Beispiel bei der Kommission für das Turnwesen, der Kommission zum Neujahrsblatt oder der Kommission zur Unterstützung von Gewerbslehrlingen, erkennbar entweder an den «ungeraden» Beträgen von Fr. 985.– und Fr. 557.– oder dem kleinen oder negativen «alten Saldo». Das Beispiel der Zeichnungs- und Modellierschule zeigt, dass der im Vergleich zu anderen Organisationen hohe Beitrag aus der Zentralkasse von Fr. 2 500.– trotz seiner Höhe weniger als ein Zehntel des Gesamtaufwandes dieser Schule ausmachte, der zu einem Drittel aus Geschenken, die die Schule selbst einwarb, und zu zwei Dritteln aus Vergütungen für den Unterricht und Zinsen aus eigenen Vermögenswerten bestritten wurde. Die Finanzierung der Kleinkinderschulen, die sich der Aufsicht der GGG unterstellt hatten, hing hingegen zu fast der Hälfte vom Beitrag der GGG von Fr. 2000.– ab. Aber nur die Repetierschulen, die Speisehütten und die Kommission zur Verschönerung der Umgebungen Basels wurden fast ganz oder ausschliesslich aus der Zentralkasse der GGG finanziert.

Ein anderes Finanzierungsmodell illustriert der Beitrag von Fr. 1200.– zur Versorgung junger Taubstummer. Es handelte sich dabei 1875 um einen festen Beitrag an die Betriebskosten der Taubstummenanstalt in Riehen, die nicht von der GGG gegründet worden und auch sonst ganz selbständig war. Die GGG verzichtete 1824 auf die Gründung einer eigenen Taubstummenanstalt, finanzierte aber von da an die Ausbildung solcher Kinder in geeigneten Schulen in anderen Kantonen, also bereits vor der Gründung der von Basler Erweckten gegründeten Taubstummenanstalt in Beuggen 1833 und deren Übersiedlung 1838 nach Riehen.[23] Von da an unterstützte die GGG die Ausbildung taubstummer Kinder in dieser Anstalt. Diesem Finanzierungsmodell ähneln die Beteiligungen an Aktiengesellschaften, die besonders in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wichtig wurden, zum Beispiel bei der Schaffung der 1842 gegründeten Vorschusskasse der GGG, beim Bau der Arbeiterwohnungen auf der Breite 1858, bei der Errichtung der Öffentlichen Bad- und Waschanstalt 1865 oder der Beteiligung an der Speiseanstalt im Klingental (später an der Ochsengasse) im Jahre 1868.

Ausgerechnet die finanziell erfolgreichste Gründung der GGG, die Zinstragende Ersparniskasse (ZEK), erscheint jedoch nie in den «Allgemeinen Rechnungsübersichten». Diese erfassten nämlich nicht alle Organisa-

tionen, die zum GGG-Verband gehörten, sondern nur diejenigen, die mehr oder weniger regelmässig Gelder aus der Zentralkasse bezogen. Wie sich das stetige Wachstum der ZEK auf die Einnahmebilanz des GGG-Verbandes als Ganzes auswirkte, lässt sich nur in den «Bemerkungen zur allgemeinen Rechnungsübersicht» verfolgen, die zwischen 1845 und 1879 die «Allgemeinen Rechnungsübersicht» ergänzten. Dabei handelt es sich um eine weitere statistische Zusammenstellung, die die Einnahmen der Zentralkasse, bestehend aus Mitgliederbeiträgen, Geschenken sowie Zinsen und Vermögenserträgnissen, die Gesamteinnahmen aller zur GGG gehörenden «Anstalten», gesondert nach Ertragseinnahmen und Geschenken, getrennt aufführte und die Einnahmen der Zentralkasse und der Kommissionen den Gesamtausgaben des Verbands gegenüberstellt und bilanziert. Die «Bemerkungen» geben so ein Gesamtbild der finanziellen Situation des GGG-Verbandes in den Jahren 1845 bis 1875 (vgl. Tabelle 8, S. 210).

Vor 1855 bewegte sich der Anteil der Anstalten der GGG an den Gesamteinnahmen des Verbandes um 50 Prozent, wenn nicht besonders hohe Geschenke an die Zentralkasse wie 1850–1853 diesen Anteil zum Sinken brachten oder umgekehrt hohe Spendenerträge der Anstalten – wie zum Beispiel 1847 – diesen deutlich erhöhten. Ausserordentliche Einnahmen der Zentralkasse stören das Bild auch in späteren Jahren immer wieder, besonders deutlich in den Jahren 1862 und 1863. Nach 1865 schwächte sich dieser Effekt hoher Spendenerträge auf die Zentralkasse jedoch ab, weil die Anstalten der GGG finanziell stärker geworden waren. Bis 1855 waren die regelmässigen Erträgnisse der Zentralkasse aus Mitgliederbeiträgen und die Ertragseinnahmen der Anstalten ungefähr gleich hoch. Nach 1856 begannen die Ertragseinnahmen der Anstalten anzusteigen, und zwar zwischen 1855 und 1879 um 20 Prozent von durchschnittlich rund 50 Prozent auf rund 70 Prozent. Ein Blick in die Jahresberichte der ZEK in diesen Jahren macht deutlich, dass dieses Wachstum der Einnahmen der Anstalten seit 1855 nur dem Wachstum der ZEK nach 1858 geschuldet war.

Ein Vergleich der Rubriken «Geschenke an die Zentralkasse» und «Geschenke an die Anstalten» zeigt aber auch, dass die Kommissionen der GGG zwischen 1845 und 1879 im Allgemeinen über regelmässigere Einnahmen aus Geschenken verfügten als die Zentralkasse selbst. Besonders in den Jahren nach 1860 war das der Fall. Während die Einnahmen der Zentralkasse aus Geschenken zum Teil starke Schwankungen aufwiesen, stiegen die Einnahmen der Anstalten aus Geschenken relativ regelmässig an. Dabei wird deutlich, dass die Zentralkasse aus den Mitgliederbeiträgen und den Erträgnissen des Gesellschaftsvermögens und der Stiftungen allein ihre Ausgaben nicht hätte bestreiten können. Geschenke und Legate spielten nicht erst nach 1850 eine grosse Rolle (vgl. Graphik 2, S. 206–207). In den Berichten der Vorsteher wird denn auch während des ganzen 19. Jahrhunderts immer wieder auf die Bedeutung der Legate und Schenkungen hingewiesen, deren Höhe, wie wir gesehen haben, nach 1860 gerade für die Zentralkasse immer unberechenbarer wurde.

Zu einem Problem wurde die Abhängigkeit von Schenkungen und Legaten um 1880. Zwischen 1870 und 1880, also im Zeitraum, als die Konservativen die Regierungsmacht an den Freisinn verloren, erreichte der Verband der zur GGG gehörenden Vereine und Einrichtungen einen Finanzbedarf, der sich aus den regelmässigen Einnahmen der Zentralkasse allein nicht mehr decken liess. Wollte die vom konservativen Stadtbürgertum geführte GGG ihre Führungsrolle in der Basler Sozialpolitik nicht verlieren, nicht ihr Vermögen angreifen und damit nicht zugleich auch ihre regelmässigen Einnahmen vermindern, blieb – aus der Sicht der Zentralkasse – nur eine Möglichkeit: Einen Teil des jährlichen Reingewinns der ZEK, der einzigen «gewinnbringenden» GGG-Institution, zur Entlastung der Zentralkasse zu nutzen (vgl. Tabelle 6, S. 200–205). Im Januar 1880 beantragte deshalb die Verwaltungskommission der ZEK zusammen mit dem Vorstand der GGG erstmals in einer Mitgliederversammlung Fr. 5000.–, rund ein Zehntel des Reingewinns von 1879, *«als einmalige Gabe»* der ZEK der Freiwilligen Armenpflege zukommen zu lassen. Der Vorschlag setzte sich durch, aber erst nach einer lebhaften Diskussion, ob der Reingewinn nicht den Einlegern der ZEK gehöre und ob es überhaupt zulässig sei, dass die Mitgliederversammlung der GGG über die Verwendung des aus Spargeldern von Arbeitern, Dienstboten und kleinen Handwerkern erwirtschafteten Gewinns der ZEK verfügen dürfe. Andere hatten mit der «gemeinnützigen» Verwendung des Reingewinns keine Mühe, wollten damit jedoch nicht die laufenden Kosten GGG-fremder Einrichtungen, sondern neue eigene Projekte finanzieren.[24] *«Die Herren Burckhardt-Iselin & Sarasin-Stehlin bekämpften den Anzug aus prinzipiellen Gründen. – Derselbe ist gegen die Statuten, sobald der Nettogewinn nicht ganz dem Reservefonds zufällt, soll derselbe auf irgend eine Weise den Einlegern zu Gute kommen. – Vor allem soll man keine Almosen geben, sondern etwas Bleibendes ins Auge fassen. Jedenfalls ist der Anzug vor Aenderung der Statuten der Ersparnisscasse unzulässig, auch ruft man damit andern Begehrlichkeiten, wie es das Votum des Herrn Dr. Ronus zeigt, welcher die* [Freiwillige] *Krankenpflege empfiehlt. Herr Major Iselin, Preiswerk-Groben, Hoffmann-Burckhardt & W*[ilhelm] *Heusler vertheidigen den Antrag; es ist dieses Jahr ein Ausnahmefall, auch steht eine baldige Statutenaenderung in Aussicht* [die solche Vergabungen der ZEK erlauben würde].»[25]

Auch wenn die Mitgliederversammlung den Antrag, die Freiwillige Armenpflege zu unterstützen, schliesslich mehrheitlich annahm, verhallten die Gegenargumente der Kritiker der Vorlage nicht ungehört und veranlassten den GGG-Vorstand zu einem bedächtigen Vorgehen. Die ZEK schuf einen neuen Spezialfonds, der zur Finanzierung von GGG-Projekten dienen und aus einem Teil des Reingewinns der Bank geäufnet werden sollte. Erst 1887 wurde dieser Fonds dann tatsächlich benutzt, um zwei grössere Projekte der GGG zu finanzieren, die die Sozialpolitik des konservativen Bürgertums unterstützen konnten.[26]

Der finanzielle Druck auf die Zentralkasse erhöhte sich Ende der achtziger Jahre erneut. 1889 stellte der Vorsteher besorgt fest: «*es ergiebt sich somit ein Ueberschuss der Ausgaben von Fr. 9635.41* [...]. *Diese wenigen*

[Abb. 37]

[37] Vogelschauplan Basels von Süden mit Fernsicht bis zu den Vogesen, entstanden um 1865, gezeichnet von Jean Baptiste Arnout. Im Vordergrund der alte Centralbahnhof und die Elisabethenanlage, dahinter die neu erbaute Elisabethenkirche, weiter hinten das Münster und das Kleinbasel. Rechts im Bild ist deutlich die neu angelegte Promenade Richtung Aeschenplatz erkennbar sowie im Hintergrund die rauchenden Kamine im Kleinbasel. Deutlich sichtbar ist auch, wie ausserhalb der ehemaligen Stadtmauern neue Quartiere entstehen. Das wirtschaftliche Leben der Stadt hat sich aus dem Zentrum nach aussen verschoben.

Zahlen beweisen, dass wir mehr als je auf die thatkräftige Mithülfe aller gemeinnützig Gesinnten angewiesen sind. Sie haben aus dem Jahresberichte entnommen, dass unsere alten Anstalten sich ausdehnen und mit dringenden, unabweisbaren Mehrforderungen an uns gelangen; der Ankauf des Schmiedenhofes und seine Einrichtung, so nothwendig und zweckmässig es war, hat unsere Mittel stark in Anspruch genommen und wir sind weitgehende Verpflichtungen eingegangen, wie z.B. die Leistung von Beiträgen an das Bläsistift, an das Gewerbemuseum, an die Turnhalle im Klein-Basel, und neue Bedürfnisse werden sich fortwährend geltend machen. Es ist ein Irrthum, zu glauben, dass das Arbeitsfeld der Gemeinnützigkeit kleiner werde, weil der Staat eine Reihe von Aufgaben, die früher der freiwilligen Thätigkeit überlassen waren, nunmehr selbst in die Hand nimmt;[27] *im Gegentheil, dieselben Erscheinungen in der Entwicklung unserer öffentlichen und gesellschaftlichen Zustände, die den Staat veranlassen, Gebiete zu bearbeiten, die ihm bisher fremd waren, stellen uns fortwährend vor neue Aufgaben, die nur mit freiwilliger gemeinnütziger Thätigkeit gelöst werden können.»*[28]

Die Leitung der GGG fürchtete zu diesem Zeitpunkt aber auch die Rückwirkungen der von den Freisinnigen geforderten Erhöhung der Steuerprogression auf die Spendenerträge, wie wir der Rede des Vorstehers von 1890 entnehmen können: *«Es lässt sich allerdings darüber streiten, ob eine Gesellschaft wie die unsrige Capital ansammeln soll oder ob sie sich blos auf den Gemeinsinn der Einwohnerschaft verlassen und wenn letzterer erlahmt, auch ihre Thätigkeit entsprechend einschränken soll. Das kann aber nicht unser Wille sein! Wir leben in einer Periode, wo der Staat seine Steuerhoheit auszudehnen bestrebt ist und daran müssen sich die Steuerzahler noch gewöhnen und reduciren inzwischen ihre Beiträge an freiwillige Unternehmungen und mit diesem Factor müssen wir rechnen. Wir werden in Schöpfung neuer Unternehmungen vorsichtig sein müssen, aber was wir bis heute unternommen haben, müssen wir im Stande sein, fortzuführen und da handelt es sich hauptsächlich darum, den Sinn für gemeinnützige Leistungen in unserer Bevölkerung neu anzufachen* [...]. *Es fehlen in unserm Mitgliederverzeichniss noch eine Menge Namen, welche neben den vorhandenen stehen sollten und zudem ist für Manche die Gemeinnützige Gesellschaft ein bequemes Ruhekissen, indem sie sich einreden, dass sie mit Bezahlung des jährlichen Mitgliederbeitrages allen ihren Pflichten gegen die nothleidenden Mitmenschen gerecht geworden seien, während doch Mancher, ohne sich den geringsten Abbruch zu thun, in dieser Beziehung mehr leisten könnte.»*[29] Die vom Vorsteher geäusserten Befürchtungen reflektieren eines der Hauptargumente der Konservativen gegen die freisinnige Steuerpolitik, nämlich dass die Legate und Schenkungen an gemeinnützige Institutionen «freiwillige Steuern» seien, die verschwänden, sobald staatliche «Zwangssteuern» eingeführt würden.

Auf diesem Hintergrund beantragten im März 1891 die Verwaltungskommission der ZEK und der GGG-Vorstand bei der Mitgliederversammlung eine weitere Statutenänderung. Der Reingewinn der ZEK sollte nicht mehr dem 1880 geschaffenen Spezialfonds zufliessen, sondern zwischen der Sparkasse und der Zentralkasse der GGG geteilt und die der Zentral-

kasse zugewiesene Hälfte der GGG zur freien Verfügung überlassen werden. Die Mitgliederversammlung stimmte diesmal ohne weitere Diskussionen der Vorlage einstimmig zu.[30] Die Frage, wie mit diesen neuen Mitteln umzugehen sei, wurde im Vorstand und in den Kommissionen aber weiterhin kontrovers diskutiert, wie die folgende Passage aus dem Jahresbericht des Vorstehers für das Jahr 1890 belegt: *«Nachdem wir schon voriges Jahr einen Ausgabenüberschuss von mehr als Fr. 9000.– gehabt haben, so drängt sich unwillkürlich der Gedanke auf, ob bei den stets wachsenden Anforderungen an unsere Gesellschaft dieselbe in einer Anzahl Jahre überhaupt noch existenzfähig sein wird. – Allerdings wird in den nächsten Jahren, wenigstens wenn im Uebrigen die Verhältnisse die gleichen bleiben, ein Deficit in diesem Umfange nicht zu befürchten sein, davor schützt uns die vortreffliche Leitung der zinstragenden Ersparnisskasse, von welcher wir in Folge der schon erwähnten Statutenänderung in Zukunft die Hälfte ihres Gewinnüberschusses erhalten werden. Aber soll und darf die Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen für einen namhaften Theil ihrer Verpflichtungen sich an den Ertrag aus dieser Unternehmung halten oder sollte sie nicht vielmehr bemüht sein, die aus dieser Quelle fliessenden Mittel zu capitalisiren und daraus so wenig wie möglich auf die laufenden Ausgaben verwenden? Ich glaube unbedingt, das Letztere sei das einzig Richtige, und zwar aus verschiedenen Gründen. Einmal können wir nach der in Kraft getretenen Statutenänderung der Ersparnisskasse nicht mehr auf einen Specialfonds als Rückhalt rechnen, da ein solcher nicht mehr existirt und doch hat er uns während seines Bestehens bei mehreren Gelegenheiten willkommene Hilfe gebracht. Aber solche grössere einmalige Anforderungen können wieder an uns herantreten und da ist es unsere Pflicht für derartige Fälle, die wir heute noch nicht voraussehen, gerüstet zu sein, was mit unserm jetzigen Capitalbestand einfach nicht der Fall ist. – Dann aber spricht auch für eine Vermehrung unseres Gesellschaftsvermögens der Umstand, dass die Mitgliederbeiträge wenig mehr als den dritten Theil unserer Einnahmen bilden und dass ein nicht unwesentlicher Theil aus Capitalzinsen besteht und wenn dieser Posten in der Rechnung vermehrt werden kann, so ist immerhin der sicherste Theil der Einnahmen vermehrt.»*[31]

Tatsächlich optimierte der GGG-Vorstand parallel zur Stabilisierung der regelmässigen Einnahmen der Zentralkasse durch den Rückgriff auf einen Teil des Reingewinns der ZEK auch die Anlage- und Vermögenspolitik der Gesellschaft. Bis 1887 investierte die Gesellschaft einen möglichst grossen Teil ihres Vermögens in festverzinsliche Anlagen und nahm dabei in den Jahren 1867, 1878 und 1879 bis 1886 sogar ein Defizit in der Gesellschaftskasse in Kauf. 1888 hingegen waren nur noch rund zwei Drittel der Vermögenswerte der GGG Teil des Anlagevermögens. Mit dem Ankauf des Schmiedenhofs 1884 und dem Beginn der Umbauarbeiten 1889, die teilweise aus dem 1880 geschaffenen Spezialfond der ZEK finanziert wurden, begann die Gesellschaft ihre Anlagen zu diversifizieren. Ein relevanter Teil des Vermögens wurde von nun an in Liegenschaften investiert. Die GGG begann zu bauen oder sich an gemeinnützigen Projekten zu beteiligen, die durch Liegenschaften und Gebäude abgesichert waren, auch hier dem Vorbild der

ZEK folgend, die bereits Anfang des Jahres 1881 eine Liegenschaft am Luftgässlein 9 gegen den St. Alban-Graben erworben hatte, um dort ein eigenes Geschäftsgebäude zu errichten.[32]

Die Hintergründe für diese Umorientierung der Anlagepolitik der GGG lassen sich nur indirekt erschliessen, da der Vorstand und der Seckelmeister ihre Finanz- und Vermögenspolitik wohl mündlich diskutierten, aber nicht öffentlich machten. In den Jahresberichten der ZEK, die im Gegensatz zum GGG-Vorstand seit den 1820er Jahren sehr offen und sehr präzis über ihre finanziellen Verhältnisse informierte, auch aus juristischen Gründen, finden sich Hinweise auf die möglichen Motive. Während die Erträgnisse aus Hypotheken nach 1880 sanken oder hypothekarische Anlagen wegen der Bauspekulation mit höheren Risiken verbunden waren, sanken die Liegenschaftspreise, auch in den begehrten und deshalb wertbeständigen Zentrumslagen der Stadt. Investoren mit liquiden Mitteln wie der GGG war es deshalb möglich, solche Liegenschaften im Stadtzentrum zu günstigen Preisen zu erwerben und gegebenenfalls mit Gewinn wieder zu verkaufen.[33] Der Besitz von eigenen Immobilien verringerte auch die Ausgaben der Zentralkasse. Beiträge an Mieten von Lokalen machten einen nicht unerheblichen Teil der regelmässigen Ausgaben der GGG und der zugehörigen Vereine und Einrichtungen aus. Mit der Eröffnung des Schmiedenhofs konnte die GGG den Raumbedarf verschiedener Kommissionen befriedigen und den Mietzins in die eigene Kasse abführen. Dies glich zugleich auch den Rückgang der Zinseinnahmen aus Vermögensanlagen aus. Die Finanzverwaltung passte sich diesen neuen Gegebenheiten an. Eine eigene Kommission wurde gebildet, in der der Seckelmeister ex officio Einsitz nahm, die für die Verwaltung des Schmiedenhofs verantwortlich war. Nach dessen erfolgreichem Umbau meinte der Vorsteher im Rückblick auf das Jahr 1892: *«Wenn wir die einzelnen Berichte durchgehen, so finden wir, dass gar manchen – ich erinnere nur an die Repetirschulen, die Speisehütten, Kleinkinderschulen, Kochschulen, vom frommen Wunsche nach Lesesäälen gar nicht zu reden – dass gar manchen die Klage über ungenügende oder ungeeignete Locale gemeinsam ist. Ich glaube, das sollte uns den Gedanken nahe legen, diesen Uebelständen durch Erwerbung von eigenen Liegenschaften an für unsere Zwecke geeigneter Lage abzuhelfen. Wir haben im Centrum der Stadt einen Anfang gemacht mit unserem Gesellschaftsgebäude, in welchem wir den verschiedensten gemeinnützigen Zwecken mustergiltige Locale zur Verfügung stellen. Bleiben wir dabei nicht stehen. Was im Centrum der Stadt gelang und als Wohlthat empfunden wird, das muss auch an der Peripherie der Stadt gemacht werden. Wenn wir uns z.B. dazu entschliessen könnten, grössere Legate ganz oder theilweise oder wenigstens einen Theil des uns zur Hälfte zufliessenden jährlichen Reingewinne der Ersparnisscasse als disponiblen Fonds für Liegenschaftserwerb auf die Seite zu legen, so sollte in nicht zu ferner Zeit ein Anfang in der angegebenen Richtung gemacht werden können.»*[34]

Um eine dauernde Konsolidierung der Ausgaben zu erreichen, entschloss sich der GGG-Vorstand 1894 aber auch zu einem Damenopfer und übergab die rasch wachsende und damit immer teurere Frauenarbeits-

schule dem Staat, um sich ganz auf den Ausbau der Musikschule und des Konservatoriums und der GGG-Bibliotheken konzentrieren zu können. Eine Konzentration war notwendig, da die geplante und 1889 ins Leben gerufene Freie Evangelische Volksschule, ein politisches Prestigeprojekt des religiös-konservativen Stadtbürgertums gegen die säkulare freisinnige Schulpolitik, im Bereich der Privatschulen eine ganz neue Situation schuf. Die GGG musste damit rechnen, Spendengelder und Legate für den Bildungsbereich aus diesen Kreisen zu verlieren.

Der Erfolg dieser nach 1890 eingeleiteten Massnahmen blieb nicht aus, auch wenn es dem Vorstand nicht gelang, das stetige Anwachsen der Ausgaben der Gesellschaft zu bremsen. Paul Speiser-Sarasin zeichnete in seiner Ansprache zum 125-jährigen Bestehen der GGG 1902 ein durchaus positives Bild der Tätigkeit des GGG-Verbandes, auch wenn die Kritik an einer rein auf Rentabilität und Effizienz ausgerichteten Organisation nicht fehlte: *«Der allgemeine Eindruck, den wir beim Überblick über die Tätigkeit unserer Gesellschaft erhalten, ist wohl der, dass, wie die einzelnen Zweige derselben verschieden sind, so auch die Art und Weise, wie diese Tätigkeit ausgeübt wird, eine sehr verschiedene ist. Die einen unserer Anstalten sind unsere eigenen Schöpfungen und einzelne davon erhalten sich selbst, andere verlangen zum Teil recht bedeutende Beiträge, um ihre Aufgabe erfüllen zu können, und werden oft ausserdem noch von anderer Seite unterstützt; bei manchen Anstalten dagegen, die unabhängig von uns gegründet wurden, sind wir nur durch eine Delegation und durch Leistung eines meist bescheidenen Beitrages beteiligt. Es ist schon die Frage aufgeworfen worden, ob in diesem Verfahren nicht die Gefahr der Zersplitterung unserer Mittel liege, der finanziellen wie der geistigen, und ob es nicht besser wäre, sich auf wenige grössere Werke zu konzentrieren. Ich glaube aber nicht, dass eine solche Befürchtung begründet ist. Einmal hat die Gesellschaft noch in der letzten Zeit grössere Aufgaben an die Hand genommen, wie den Neubau der Musikschule, die Allgemeinen Bibliotheken, und dadurch gezeigt, dass die Beteiligung an kleineren Werken sie dazu nicht unfähig gemacht hat, und dann finden sich unter den neueren Zweigen doch sehr gemeinnützige Bestrebungen, bei denen unsere finanzielle Beihilfe weit zurücksteht hinter den persönlichen Leistungen der Mitarbeiter, sodass es der Gesellschaft eine Freude ist, wenn sie denselben durch ihre Beiträge die Lösung ihrer Aufgabe erleichtern kann.»*[35]

Wie Speiser weiter ausführt, blieb die finanzielle Lage der GGG auch 1902 beunruhigend. Die Ausgaben der GGG waren nach 1890 weiter angestiegen. Mehrere grosse Legate glichen die Bilanz zwar etwas aus – in der Graphik 9 und 12 als starke Ausschläge sichtbar –, aber der Mitgliederbestand der Gesellschaft und damit die Entwicklung der Mitgliederbeiträge und die regelmässigen Erträge aus dem Gesellschaftsvermögen, auch wenn sich dieses dank der Legate stark vermehrte, hielten mit der Entwicklung der Ausgaben nicht Schritt (vgl. Graphik 2, S. 206–207). Auch der Reingewinn der ZEK – und damit die Beiträge in die Zentralkasse – verringerte sich Ende der 1890er Jahre wesentlich. Speiser analysierte die Situation 1902: *«Übungsgemäss geben wir hier noch die Hauptziffern der Rechnung für das Jahr 1902. Dieselbe zeigt ein sehr günstiges Resultat, nämlich einen Überschuss der*

Einnahmen über die Ausgaben von Fr. 91,955.41, der aber einzig dem Legat von Frau Wwe A. Merian-Iselin sel. von Fr. 100,000.– zu verdanken ist, ohne welches sich ein Ausgabenüberschuss von rund Fr. 8000.– ergeben hätte [...]. *Das Vermögen beträgt Ende 1902 Fr. 475,540.09. Hiezu kommt noch die besonders gehaltene Stiftung von Herrn Oberst R. Merian-Iselin sel. von Fr. 100,000.–. Von dem Vermögen von rund Fr. 475,000.– sind nur zirka Fr. 300,000.– zinstragend angelegt, und werfen jährlich Fr. 12,000.– ab; rechnen wir dazu den Zins der obengenannten Stiftung mit rund Fr. 4000.–, die Mitgliederbeiträge mit Fr. 20,000.–, den Anteil der Gesellschaft am Gewinn der Ersparniskasse mit Fr. 14,600.– (die höheren Ziffern der letzten Jahre werden kaum wieder erreicht werden), so kommen wir auf ein Total von mehr oder weniger festen Einnahmen von Fr. 50,000.–. Unsere Beiträge an die verschiedenen Anstalten werden dagegen im nächsten Jahre zirka Fr. 70,000.–, und die gesamten Ausgaben Fr. 75,000.– betragen, und ein Sinken unter diese Summe ist nicht vorauszusehen, so dass, wenn ein Defizit vermieden werden soll, an Geschenken und Legaten im Jahr durchschnittlich Fr. 25,000.– eingehen oder die Mitgliederzahl sich ganz bedeutend heben sollte. Es ist daher die Bitte um möglichst zahlreichen Beitritt zu unserer Gesellschaft eine ebenso begründete als dringende, wie auch die Hoffnung gewiss berechtigt ist, dass der althergebrachte gemeinnützige Sinn unserer Bevölkerung dem Bedürfnisse unserer Gesellschaft bei freudigen und traurigen Anlässen stetsfort gedenken wird.»*[36]

Schenkungen und Legate blieben nicht aus, wohl aber der Mitgliederzuwachs, trotz dringenden Einladungen von Seiten der GGG-Leitung seit den 1880er Jahren. Eine substantielle Erhöhung der Mitgliederzahl wurde erst durch die Statutenrevision von 1916 erreicht, indem Frauen das Recht auf eine selbständige Mitgliedschaft erhielten und fortan auch Mitgliederbeiträge zahlen durften. Um die finanzielle Situation der Gesellschaft buchhalterisch klarer darzustellen, wurden schliesslich 1918 die Stiftungen, die der GGG nur zur Verwaltung anvertraut waren, von denen sie aber nicht direkt profitierte, aus dem Gesellschaftsvermögen ausgeschieden.[37] Bereits 1910 war die Verwaltung der Stiftungsvermögen der GGG von der Kassenführung und Vermögensverwaltung getrennt und einer eigenen Kommission übergeben worden.

2.2 Die Zinstragende Ersparniskasse: Die Bank der Dienstboten, Kinder und Frauen

Eine Sparkasse für Klein- und Kleinstanleger zu gründen, war dem Vorstand der GGG bereits 1805 angetragen worden. Das Projekt wurde aber erst 1809 praktisch umgesetzt, da man zuerst den Erfolg der Zürcher Anstalt, die als Modell diente, abwarten wollte.[38] Die Grundidee der Zinstragenden Ersparniskasse (ZEK), auch kleinste Einzahlungen anzunehmen und zu einem festen Satz zu verzinsen, war neu für Basel. Sie unterschied sich von bereits bestehenden ähnlichen Einrichtungen[39] *«vorzüglich dadurch, dass sie*

weit geringere Beyträge annimmt, und zwar nicht auf einmal, sondern im ganzen Laufe des Jahres; dadurch wird der unbemittelte Beytragende in Stand gesetzt, seine geringen wöchentlichen oder monatlichen Ersparnisse, ohne langen Verzug, an die Casse abzugeben, allwo sie besser als bey ihm selbst aufgehoben sind; und da diess gerade der Hauptzweck der Anstalt ist, so werden alle, die daran Antheil nehmen wollen, aufgefordert ihre Beyträge nicht auf einmal, sondern wöchentlich oder wenigstens monatlich den Empfängern einzuliefern».[40] Die ZEK wandte sich ausdrücklich an Personen mit geringem Einkommen: *«Ein Hauptzweck derselben besteht* […] *in der Aufmunterung für Unbemittelte, zu häuslichen und zwar wöchentlichen Ersparnissen, es sey von Tag- Dienst- Fabriklohn oder jedem andern rechtmässigen Erwerb.»*[41]

Die ZEK versuchte, ein Kernanliegen von Isaak Iselin umzusetzen: die Erziehung armer und abhängiger Menschen zu Selbstrespekt und Selbsthilfe. Mit dem Appell an die individuelle Eigenverantwortlichkeit eines jeden kritisierte Iselin einerseits den Paternalismus der Reichen, die in den Armen nur «Bedürftige» sahen und keine gleichberechtigten «Nebenmenschen». Andererseits ermahnte er «die Armen», sich in Notzeiten nicht «blind» auf die Hilfe von Reichen und Mächtigen zu verlassen, sondern Armutsrisiken selbst zu vermindern. Beide Aspekte von Iselins sozialpädagogischem Bemühen kamen in der ZEK zusammen. Unbemittelte Werktätige sollten eine ihren finanziellen Möglichkeiten angepasste Sparkasse erhalten. Vermögende Stadtbürger mit dem nötigen Fachwissen führten die Sparkasse ehrenamtlich, um diese Dienstleistung zu ermöglichen. Aufklärerisch war auch der utilitaristische Ansatz der Sparkasse: Der Zins, den die ZEK auch auf kleinste Einlagen zahlte, und die Sicherheit, die sie für die Einlagen bot, sollten den angeborenen Eigennutz des Menschen wecken. In der «Aufforderung an die unbemittelten Bürger und Einwohner der hiesigen Stadt Basel», die 1809 in der ganzen Stadt verteilt wurde, wurde das so formuliert: *«Ein bedeutender Vorzug, den die bemittelte Classe der Bürger und Einwohner vor der unbemittelten geniesst, ist dieser, dass Erstere die Früchte ihres Fleisses und ihrer Sparsamkeit wieder anwenden und nutzbar machen können, während diese jenen Vorzug entbehren müssen, weil oft die Ersparniss eines oder mehrerer Jahre bey aller Häusslichkeit nicht hinreichend wäre, ein zinsbares Capital daraus zu bilden. Die Entbehrung eines solchen Vortheils musste die natürliche Folge haben, dass auch der zur genauesten Oekonomie geneigte Taglöhner oder Dienstbote selten Aufmunterung fand, die wenigen Batzen, die er von seinem wöchentlichen Verdienst allenfalls beyseite legen konnte, auf die Tage der Verdienstlosigkeit oder eines gebrechlichen Alters zu sparen; er zog also den gegenwärtigen augenblicklichen Genuss einem zwar noch entfernten aber dauerhaften Vortheil vor.»*[42]

Nach einer kurzen Planungsphase begann die neue Sparkasse sofort zu arbeiten. Man verzichtete auf eigene Geschäftsräume, und alle anfallenden Arbeiten wurden unentgeltlich von den Mitgliedern der Verwaltungskommission in ihren Privaträumen erledigt. Die Zinsen, die die ZEK ihren Einlegern auszahlte, musste die Verwaltungskommission erwirtschaften,

indem sie die Einlagen in möglichst sicheren Hypothekarkrediten anlegte. Auch hier konnte die ZEK günstigere Bedingungen anbieten, da sie keine Verwaltungskosten in ihren Berechnungen berücksichtigen musste.[43] Die ehrenamtliche Tätigkeit war wesentlich für den Erfolg des Projekts. Die ZEK ist deshalb ein gutes Beispiel für die Einsparungen, die durch die «ehrenamtlichen» oder «freiwilligen» Leistungen von Mitgliedern der Gesellschaft, von kommunalen und staatlichen Behörden und durch den Erlass von Gebühren und Steuern indirekt auch von den Steuerzahlern für die GGG erfolgten. Sie wurden, wie Miaskowski schon 1877 feststellte,[44] in der Buchhaltung nicht ausgewiesen, obwohl man sich ihrer ökonomischen Relevanz in den Leitungsgremien der GGG durchaus bewusst war.

Die Bedingungen für die sogenannten «Einleger», die Geld auf der ZEK anlegen wollten, waren anfänglich wenig attraktiv.[45] Um die Sparkasse *«unbemittelten Bürgern und Einwohnern»* vorzubehalten, wurde ein Maximum für die Spareinlage festgesetzt und pro Person nur ein Konto zugelassen. Überschritt das Sparkonto den maximal zugelassenen Betrag, wurde der über das Maximum hinausgehende Betrag gekündigt. Das auf der Kasse hinterlegte Geld wurde zwar zu drei Prozent verzinst, aber erst, wenn der Kontostand acht Franken erreichte hatte. Zahlungen konnten von Januar bis November gemacht werden. Im Dezember war die Kasse geschlossen wegen des Jahresabschlusses. Die Einzahlungen wurden erst ab dem 1. Januar des auf die Einzahlung folgenden Jahres verzinst. Eine Einzahlung musste mindestens 25 Rappen betragen, und auf das ganze Jahr verteilt durften nicht mehr als 60 Franken einbezahlt werden. Dieser Maximalbetrag konnte allerdings nur in den ersten sechs Monaten des Jahres vollständig hinterlegt werden. Ab Juli wurden nur noch 30 Franken angenommen, die bis November in genau festgelegten Teilsummen einbezahlt werden mussten. Die Spareinlagen wurden von sechs «Empfängern» an deren persönlichem Wohnsitz jeweils einmal wöchentlich während einer Stunde entgegengenommen. Jeder Einleger musste sich dabei bei jenem Empfänger melden, der für den Buchstaben, mit dem sein Familienname begann, zuständig war.

Die Einleger hatten zwar das Recht, sich den Jahreszins auszahlen zu lassen, aber erst wenn das Kapital 40 Franken erreicht hatte *«und die Anzeige im Wintermonat* [November] *erfolgt»* war, *«nemlich 4 Wochen vor Abschluss der Bücher»*.[46] Die Verwaltungskommission empfahl in der «Aufforderung» von 1809 jedoch dringend, den Zins immer zum Kapital zu schlagen, damit das eigentliche «Lernziel» der Sparkasse erreicht werde, dass *«das Capital, welches entweder zur Aussteuer oder Versorgung von Kindern, oder als Nothpfennig für das spätere Alter dienen soll, vermehrt werde; denn wenn diese Zinse gleich bezogen werden, welches (um allen Zwang zu vermeiden) laut dem 8. § einem Jeden freysteht, der Franken 40 zu gut hat, so vermehrt sich nicht nur das Capital nicht, sondern der meistens unbeträchtliche Zins würde alsdann öfters unzweckmässig verwendet werden»*.[47] Zur Veranschaulichung dieser Argumentation

druckte die Kommission der «Aufforderung» eine «Berechnung» bei, *«wie ein jährlich zusammengelegtes Capital von Acht Schw*[eizer] *Franken, im Laufe einer bestimmten Anzahl von Jahren mit Zinsen auf Zinsen berechnet, vermehrt werden kann».*[48] Das uns heute selbstverständliche Recht, Geld jederzeit abheben zu können, existierte nicht. Rückzahlungen erfolgten nur im Januar nach Abschluss der Jahresrechnung. Dabei konnte nur das ganze Guthaben bezogen werden, Teilrückzahlungen waren nicht möglich, und die Kündigung des Kontos musste ein halbes Jahr zum Voraus erfolgen.

Diese rigiden Bedingungen, denen sich die Einleger unterwerfen mussten, waren zumindest in den ersten Jahren zwingend nötig, um den Bestand der Sparkasse durch Äufnung eines Reservefonds abzusichern und die Zinszahlungen und die Auszahlung von Rückforderungen garantieren zu können. Die Restriktionen entsprangen aber auch Vorurteilen der regierenden Stadtbürger gegenüber «armen Leuten», die erst nach einem Generationenwechsel in der Verwaltungskommission der ZEK Mitte der 1820er Jahre einer mehr geschäftsmässigen Haltung Platz machten. So meinte Kaufhausschreiber Merian, Gründungsmitglied der ZEK und bis 1825 deren Schreiber, am Ende des ersten Geschäftsjahres etwas enttäuscht, weil nur 110 Personen ihre Ersparnisse bei der ZEK angelegt hatten: *«Wenn aber endlich entweder der Lauf der Zeit oder der Drang der Umstände diese widrigen Vorurtheile, diese verderblichen Neigungen und dieses hemmende Misstrauen beseitigt haben, so darf man alsdann einem solchen Werk eine desto längere und glücklichere Dauer versprechen* […]. *Eine solche Ersparniss erfordert allerdings eine mühsame Enthaltung von eint und anderm bisherigem Genuss, die wegen der Schwäche der menschlichen Natur selten plötzlich und ganz unbedingt geleistet wird, es sey denn, dass man bey dieser schweren Ueberwindung von gesunder sittlicher Vernunft und einer fürsorgenden Anhänglichkeit an die Seinigen geleitet werde.»*[49] *«Widrige Vorurtheile»* und *«hemmendes Misstrauen»* sah Merian wohl am Werk, weil er sich an die «Armenkasse für Bandfabrikarbeiter auf der Landschaft» erinnerte, die 1798 auf Druck der Baselbieter Posamenter aufgelöst wurde. 1789 gegründet, war die sogenannte «Posamenterkasse» eine obligatorische Arbeitslosenkasse, die von den Seidenbandfabrikanten verwaltet und mit 1,5 Lohnprozenten der Posamenter geäufnet worden war. Die Kasse stiess jedoch von Anfang an auf Misstrauen bei den Heimarbeitern und wurde als neue Steuer, nicht als Vorsorge für Notfälle wahrgenommen, da die Fabrikanten, die die Kasse alleine verwalteten, keine Beiträge leisteten.[50]

Die den Armen nachgesagte «Verschwendungssucht» und «Kurzsichtigkeit», die nur dem Moment lebte, prägte bei vielen GGG-Mitgliedern auch noch 1828 das Bild der Armen, als die Verwaltungskommission der ZEK beschloss, ihren Kunden den Bezug von Teilbeträgen ihrer Spareinlagen zu gestatten. Sonst hätte Gedeon Burckhardt(-Bachofen)-Frey, der Nachfolger von Kaufhausschreiber Merian, Skeptikern, die den Kunden der ZEK nicht genug Selbstdisziplin zugetraut hatten, im Jahresbericht 1830 kaum Folgendes zu bedenken gegeben: *«Bemerkenswerth ist es, dass von der grossen Anzahl der Theilhaber* [1762 Personen][51], *nur 23 die gegebene Befugniss*

benutzten, ihr Guthaben Theilweise zurückziehen zu können; weit entfernt also, dass diese Facilität eine Abnahme des Totalfonds zur Folge hatte, trug solche ohne Zweifel vielmehr zur Vergrösserung desselben bei; liegt es ja im Menschen, dass er oft grossen Werth auf Rechte und Befugnisse legt, aber die Ausübung derselben unterlässt; die Gewissheit in einem Nothfalle, oder auch ohne denselben seine Einschüsse ganz oder theilweise zurück erhalten zu können, mag aber Manchen zur guten Stunde zu einer Probe vermocht haben, und einmal der Anfang gemacht, überwog dann das wohlthuende Bewusstsein des Eigenthums – der Gedanke sich auf dem Wege zur Selbstständigkeit und zur Unabhängigkeit zu befinden – den Hang zu unnöthigen Ausgaben und Genüssen; so fliesst nun, wir dürfen nicht daran zweifeln, mancher Franken in unsere Sparkasse, der, müde auf einen Nothfall zu warten, in die Lotterie oder in die Schenke gewandert wäre, und so wird Mancher ein guter Haushalter, ein ordnungsliebender rechtlicher Mann, der vielleicht sonst die Ordnung gestört und das Gemeinwohl gefährdet haben würde».[52]

Der Erfolg dieses kundenfreundlicheren Angebots brachte allerdings die rein ehrenamtliche Betriebsführung an die Grenzen ihrer Möglichkeiten: «*So froh wir sind, den Theilhabern diese Bequemlichkeit gewähren zu können* [d. h. den Rückzug von Teilbeträgen], *indem es gar manche Fälle gibt, wo Krankheit und andere wirkliche Nothfälle solche theilweise Zurückziehungen vollkommen rechtfertigen, und damit einen Anfang zu Verbesserungen zu machen, die sich vielleicht allmählich ausdehnen dürften, so müssen wir doch einsehen, dass sie eine bedeutende Vermehrung der Arbeit unserer Verwaltung zur Folge haben muss und den Zeitpunkt, allwo salarirte Buchhalter und Kassier werden müssen angestellt werden, beschleunigen könnte; welchen Zeitpunkt wir, nicht blos der, grösstentheils unserm Reservefond zur Last fallenden Ausgabe wegen, so lange möglich verschieben zu können, wünschen müssen.*»[53] Der Erfolg der ZEK wurde in den folgenden Jahren zu einer immer grösseren Belastung. 1839 kommentierte der Verwaltungsbericht der ZEK die Erfolgszahlen (3035 Teilhaber, Gesamtverwaltungsfonds von 505 823 Franken; 321 ausgetretene, 501 neue Einleger) mit den Worten: «*Es erhellt aber auch daraus, in welchem Verhältniss die Mühe und Arbeit unsrer Herren Buchhalter, Kassier und Empfänger zugenommen haben, und wie wird darauf Bedacht genommen werden müssen, ihnen durch Gehülfen, grössere Vertheilung von Buchstaben* [d. h. Reduzierung der Kontenzahl] *oder andere zweckmässige Veränderungen, ihre Geschäfte zu erleichtern.*»[54] Seit 1833 war die Sparkasse «*wegen den Abschlüssen der Buchhaltungen der Empfänger, welche bei der grossen Menge der Posten viele Zeit erfordern und dem Abschluss der Hauptbuchhaltung voran gehen müssen*», von Oktober bis Dezember geschlossen.[55] Die Kasse drohte ihre Funktionsfähigkeit zu verlieren, als sie die Beschränkungen, die für die Einlagen 1809 aufgestellt worden waren, bis 1842 schrittweise fast vollständig aufhob.

Entscheidend für die Weiterexistenz der ZEK war deshalb die 1847 von Johann Jakob Speiser-Hauser, dem Gründer der Bank in Basel und der Schweizerischen Centralbahn, in die Wege geleitete Reorganisation. Speiser glich die Einlagebedingungen der ZEK nicht nur den marktüblichen Gepflogenheiten an. Er verzichtete auch auf die strikte Ehrenamtlichkeit der

[Abb. 38]

Tabelle der zinstragenden Ersparnißkasse über Geschlecht, Herkunft und Berufsart ihrer 1449 Beitragenden.

Buchstaben.	Männliche.								Weibliche.								Totale:
	Fremde.			Einheimische.					Fremde.			Einheimische.					
	Selbstständige.	Dienstboten.	Kinder.	Selbstständige.	Dienstboten.	Kinder.	Waisenhaus.	Donatoren.	Selbstständige.	Dienstboten.	Kinder.	Selbstständige.	Dienstboten.	Kinder.	Waisenhaus.	Donatoren.	
A.	--	2	--	--	1	--	2	2	--	6	--	--	3	--	1	--	17
B.	--	10	1	2	14	30	9	11	--	38	1	14	20	23	7	13	193
C.	--	--	--	--	--	--	--	5	--	1	--	--	3	--	--	--	9
D. E.	1	2	1	1	3	13	1	--	4	24	--	2	15	6	1	--	74
F.	--	--	--	--	6	18	5	--	--	18	--	3	13	31	3	--	97
G.	1	2	--	--	6	10	4	--	--	21	1	1	16	13	6	--	81
H.	--	3	--	1	11	20	8	1	1	37	--	2	15	22	5	--	126
J.	--	2	--	--	1	10	2	--	--	12	--	--	3	5	--	--	35
K.	--	8	--	--	4	11	1	--	--	34	--	--	9	7	1	--	75
L.	--	9	--	--	2	23	2	1	--	13	--	--	2	21	--	--	73
M.	--	9	--	--	8	13	3	1	--	46	--	4	20	24	2	--	130
N.	--	1	--	--	3	1	--	--	--	7	--	--	2	2	--	--	16
O.	--	1	3	1	--	8	--	--	--	4	2	--	--	1	--	--	20
P.	--	3	-	--	2	3	3	--	--	10	1	1	1	4	1	--	29
R.	--	4	--	--	8	17	4	--	--	23	--	1	9	15	1	--	82
S.	--	13	2	--	28	42	5	1	--	46	5	6	35	38	1	1	223
T.	1	--	--	--	5	2	--	--	--	9	--	--	9	--	1	--	27
U.	--	1	--	--	--	4	--	--	1	3	--	--	--	--	--	--	9
V.	--	2	--	--	--	5	--	--	--	2	--	--	1	8	--	--	18
W.	--	6	--	--	9	16	1	--	--	25	--	1	12	14	3	--	87
Z.	1	3	--	--	--	2	--	--	1	12	--	1	2	6	--	--	28
Total.	4	81	7	5	111	248	50	22	7	391	10	36	190	240	33	14	1449

[Abb. 39]

Résumé.

Art der Beiträge.	Männliche.		Weibliche.		Totale.
	Fremde.	Einheimische.	Fremde.	Einheimische.	
Selbstständige	4	5	7	36	52
Dienstboten	81	111	391	190	773
Kinder	7	248	10	240	505
Waisenhaus	--	50	--	33	83
Donatoren	--	22	--	14	36
Beitragende	92	436	408	513	1449
	528		921		

Erläuterungen.

Fremde: Was nicht zu unserer Stadt und Kanton gehört.
Einheimische: Bürger hiesiger Stadt oder Kantons.
Selbstständige: welche in keinen Diensten stehen.
Dienstboten: Knechte, Mägde, Lohnämtler, Fabrikler ꝛc.
Kinder: welche unter ihren Eltern oder Vögten stehen.
Waisenhaus: Kinder im Waisenhaus und Gundeldingen.
Donatoren: welche für Kinder Geschenke beitragen.

[38] Die «Tabelle der zinstragenden Ersparnisskasse über Geschlecht, Herkunft und Berufsart ihrer 1449 Beitragenden», die erste Sozialstatistik der Bank von 1828. Damals wurden die Bankkunden noch alphabetisch erfasst und, unterteilt in «Einheimische» und «Fremde», nach Geschlecht, Beruf und Altersgruppen aufgeschlüsselt. Als Fremde galten alle, die kein Kantonsbürgerrecht besassen.

[39] «Résumé» der statistischen Analyse und «Erläuterungen» zu den in der Statistik erfassten Gruppen. Interessant ist die Gruppe der «Donatoren», die für Kinder Sparkonten anlegen. Ganz deutlich wird auch die Dominanz der Frauen und Kinder.

Geschäftsführung, gab der Sparkasse ein zentral gelegenes, öffentliches Geschäftslokal in der Schlüsselzunft in der Freien Strasse, das jeden Tag, auch sonntags, mehrere Stunden offen war und stellte einen bezahlten Geschäftsführer an, der die Buchhaltungsführung übernahm. Die entstehenden Lohn- und Verwaltungskosten wurden, wie bereits 1828 vorgeschlagen, aus den Zinsen des Reservefonds bezahlt. Die Mitglieder der Verwaltungskommission waren aber weiterhin täglich im Geschäftslokal anwesend und überwachten persönlich die Transaktionen, was der ZEK während des ganzen 19. Jahrhunderts ihr ganz eigenes Gepräge gab.[56] Die Reorganisation war ein voller Erfolg. 1850 konnte die ZEK melden, das die Zahl der Einleger jetzt einem Viertel der Basler Einwohner entspräche, *«eine Proportion, die gewiss nicht leicht übertroffen werden wird, und doch ist in unserer Stadt die unbemittelte Klasse nicht in besonders starkem Masse vertreten».*[57]

Tatsächlich waren Fabrikarbeiter und Taglöhner in Basel keine Bankkunden, im Gegensatz zum Beispiel zu Neuenburg.[58] Taglöhner und Fabrikarbeiter meldeten sich von Anfang an nicht in dem Ausmass, wie sich das die Gründer der ZEK erhofft hatten. Kaufhausschreiber Merian, der sich schon 1810 über den mangelnden Sparsinn bei den unbemittelten Einwohnern Basels beklagte, stellte im Jahresbericht von 1815 fest: *«Aber auch diessmal müssen wir den Wunsch wiederholen, dass nicht blos Dienstboten, sondern auch mehr Taglöhner, Fabrikarbeiter und s.w. dasjenige beytragen möchten, was sie von ihrem Tag- oder Wochenlohn erübrigen können.»*[59] Und 1820 klagte er: *«Diese erfreulichen Fortschritte unserer Anstalt, werden jedoch nie unsern schon oft wiederholten Wunsch schwächen, dass die ganz arme und so zahlreiche Classe von Taglöhnern, Fabrikarbeitern u.s.w. selbige immer mehr benutzen möge durch Einschiessung wöchentlicher oder monatlicher Ersparnisse; mit Vergnügen werden sie aufgenommen ohne Rücksicht auf die daherige Erschwerung der Comptabilität; denn die Verwalter fänden sich dafür hinreichend belohnt durch das häusliche Gedeihen ihrer Nebenmenschen, und durch die schätzbare Aufmerksamkeit, womit Sie theuerste Freunde und Beförderer des Guten und Gemeinnützigen, unsere Verrichtungen fernerhin beehren wollen.»*[60]

Über die soziale Zusammensetzung der Kundschaft der ZEK finden wir erst nach dem Rücktritt von Kaufhausschreiber Merian Genaueres. Erste Angaben zu Grösse und Verteilung der Spareinlagen finden sich im Jahresbericht von 1827.[61] Das Guthaben von 1381 Einlegern betrug 1827 insgesamt Fr. 164 331.28. Dieses Geld verteilte sich wie folgt: 23 Einleger oder etwas weniger als 2 Prozent verfügten über Guthaben von 1 bis 8 Franken und stellten insgesamt Fr. 142.– oder weniger als 1 Prozent des Kassavermögens. 851 Einleger besassen ein Guthaben zwischen 8 und 100 Franken und 291 ein Guthaben zwischen 100 und 200 Franken. Diese zweite Gruppe, zusammen 1142 Personen oder rund 82 Prozent der Einleger, verfügten mit Fr. 81 605.– über rund 50 Prozent des Kassenvermögens. Eine dritte Gruppe von 194 Personen mit Einlagen zwischen 200 und 600 Franken oder 14 Prozent der Einleger brachte Fr. 63 549.– oder fast 40 Prozent der Einlagen zusammen. Den verbleibenden 22 Personen oder 2 Prozent der

Einleger mit Einlagen zwischen 600 und 1400 Franken gehörten die übrigen 10 Prozent des Kassenvermögens. Auch wenn Angaben zu Alter, Geschlecht und Beruf fehlen, bestätigt diese Zusammenstellung die geringe Beteiligung der Taglöhner und Fabrikarbeiter. Sie dürften in der ersten Gruppe mit Guthaben zwischen 1 und 8 Franken zu suchen sein.

Eine Tabelle *«über Geschlecht, Herkunft und Berufsart ihrer 1449 Beitragenden»*[62] veröffentlichte die ZEK erstmals 1828 im Anhang zum Jahresbericht (vgl. Abb. 38–39, S. 191). Daraus geht hervor, dass die Kundschaft zu mehr als einem Drittel aus Kindern bestand und zu zwei Dritteln weiblich war. Ausser unter den Waisenkindern und «Donatoren» sind die Frauen in allen aufgeführten Gruppen in der Mehrheit, auch in der Gruppe der selbständig Erwerbenden, in der die Baslerinnen in dieser sonst insgesamt sehr kleinen Gruppe deutlich dominieren. Bei den «Dienstboten» (Taglöhner und Fabrikarbeiter werden nicht gesondert ausgewiesen) überwiegen wieder deutlich die Frauen, die mit 581 Personen die grösste Einlegerkategorie stellen, allerdings überwiegen hier im Verhältnis von 2 zu 1 die Nichtbaslerinnen die Baslerinnen mit 391 zu 190 Personen. Die männlichen Dienstboten, fremde und einheimische, kommen zusammen hingegen nur auf 192 Personen. Kinder beiderlei Geschlechts, einschliesslich der Waisenkinder, die fast ausschliesslich aus Basel stammen, bilden mit 588 Personen die mit Abstand grösste Einlegergruppe überhaupt. Zu dieser Gruppe können auch die 36 Basler Donatoren gezählt werden, da sie Gelder für Kinder oder unmündige Erwachsene auf der Kasse hinterlegt haben.

Zwischen 1828 und 1848 veränderte sich dieses Bild nicht wesentlich, nur der Anteil der erwachsenen erwerbstätigen Personen nahm zu. Zur sozialen Zusammensetzung der 4754 Kontoinhaber im Jahre 1848 lesen wir im Verwaltungsbericht der ZEK: *«Die gegenwärtigen Theilhaber lassen sich ziemlich genau in 4 Theile scheiden, wovon der eine Kinder unter 15 Jahren, ein anderer ältere Einleger männlichen Geschlechts, die übrigen beiden diejenigen weiblichen Geschlechts (und zwar der eine davon Dienstboten) begreift; nur der 6te Teil der Einleger über 15 Jahren sind Verheirathete. In Bezug auf den Stand der Einleger lässt sich doch eine erfreuliche Erscheinung wahrnehmen in dem zunehmenden Verhältniss der Fabrikarbeiter und Posamenter zu den übrigen Klassen. Voriges Jahr stellte es sich wie 3 ½ zu 100, nunmehr wie 5 zu 100.»*[63] Die Kinder unter 15 Jahren machten 1848 nur noch ein Viertel der Kontoinhaber aus. 1828 war die Hälfte der Einleger noch Kinder. Auch der Frauenanteil hatte sich von zwei Dritteln auf die Hälfte reduziert. Davon waren aber immer noch 50 Prozent oder fast ein Viertel aller Einleger Dienstboten. Erstmals erfahren wir auch etwas über den Zivilstand der Einleger: Von den erwachsenen Einlegern waren fünf Achtel unverheiratet, also auch ein grosser Teil der Männer.

Das Überwiegen von weiblichen Dienstboten und Kindern im Kundenstamm war eine direkte Folge der rigiden Anlagebedingungen bis 1828, trug aber auch massgeblich zur erfolgreichen Etablierung der ZEK bis 1847 bei. Konti für Kinder wurden langfristig angelegt, ebenso diejenigen der Dienstboten, die Rücklagen für die Zeit machten, in der sie zu alt zum

Arbeiten waren. Dienstboten verfügten zudem über einen festen Lohn, wohnten oft im Haushalt ihrer Herrschaft und litten deshalb weniger unter wirtschaftlichen Krisen als Taglöhner und Fabrikarbeiter. Diese Zusammenhänge waren auch der Verwaltungskommission klar, wie der Bericht von 1847 belegt. In diesem Hungerjahr, einem auch für die ZEK wirtschaftlich schwierigen Jahr, verminderten sich zwar die Zahl der Einleger und das Kapital, gleichzeitig erhöhte sich aber die Durchschnittshöhe der Einlagen. Daraus schloss der Berichterstatter, dass die Taglöhner und Fabrikarbeiter, die von Arbeitslosigkeit und hohen Lebensmittelpreisen betroffen waren, keine Einlagen mehr machen konnten, während die Dienstboten, die im Haushalt ihrer Herrschaft lebten, davon nicht betroffen waren und deshalb weiterhin in der Lage waren, grosse Teile ihres Lohnes einzuzahlen.[64] An dieser Konstellation änderte sich auch in den folgenden Jahrzehnten nichts. Im Bericht von 1861 lesen wir: die *«Stockung, die sich in mancherlei Gewerben fühlbar gemacht hat»*, erkläre die Erhöhung der Rückzüge. Die nicht der Teuerungsrate entsprechende Entwicklung der Einlagen habe damit zu tun, *«dass die Fabrikarbeiterklasse unter unsern Theilnehmern nur schwach repräsentirt ist, und letztere* [die Einleger der ZEK, d. h. die Dienstboten] *daher von der Verdienstlosigkeit weniger berührt sind, als man im Allgemeinen voraussetzen möchte».*[65]

Es war aber nicht nur die prekäre Einkommenslage von Arbeitern und Taglöhnern, die es ihnen verunmöglichte zu sparen. Die Dienstleistungen, die die ZEK anbot, und die Bedingungen, die sie stellte, entsprachen zu wenig ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten. Die Verwaltung wurde sich dieser Problematik nur langsam und relativ spät bewusst. Die 1847 eingeführte Sonntagsöffnung, die offenbar bei einigen GGG-Mitgliedern auf Kritik stiess, war ein erster Versuch, eine Erhöhung der Kundschaft unter den Fabrikarbeitern durch eine gezielte Anpassung der eigenen Dienstleistungen an deren Arbeitszeiten zu erreichen: *«Auch die Sonntagsöffnung erscheint somit völlig gerechtfertigt; wenn in Berücksichtigung der kürzeren Oeffnungszeit am Sonntag gesagt werden darf, dass die Einlegerzahl hinter derjenigen der Werktage kaum zurückbleibt, so weist der kleinere Durchschnittsbetrag der einzelnen Einlage auf die Klasse von Theilnehmenden hin, woraus sich die Sonntagsfrequenz recrutiert; es sind noch in engerem Sinne Ersparnisse, welche an diesen Tage gebracht werden; und in der That benützen von den wenigen regelmässig monatlich oder gar wöchentlich erscheinenden Einlegern – wir zählen deren nur etwa 2 Dutzend – mehrere den Sonntag; die zum ersten Male Einlegenden sind an diesem Tage verhältnismässig noch stärker repräsentirt, als an den Wochentagen. Auch für Rückzahlungen wurden die Sonntage öfters benützt, obwohl in etwas schwächerem Masse.»*[66]

Die Reorganisation der ZEK von 1847 war Teil eines ganzen Bündels von Aktivitäten der GGG, die sich an die Fabrikarbeiter richteten.[67] Das Zentrum dieser Bemühungen war die 1844 gegründete Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse, die unter der Leitung von Carl Sarasin(-Vischer)-Sauvain stand und von der Mitgliederversammlung den Auftrag erhalten hatte, *«die Verhältnisse der Fabrikarbeiter im Auge zu behalten und zu ver-*

bessern».[68] Die wachsende revolutionäre Unruhe und das Entstehen politischer Organisationen unter den Fabrikarbeitern verunsicherten die Basler Unternehmer und Fabrikbesitzer. Die ZEK war von Anfang an in die Tätigkeit der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse involviert. So verwahrte sie die Vermögen derjenigen Alters-, Kranken- und Hilfskassen, die sich seit 1844 der unentgeltlichen Verwaltung durch diese Kommission unterstellten. 1849 meldete die Kasse *«die nunmehrige massenweise Betheiligung von Fabrikarbeitern bei unserer Kasse, begründet auf eine Uebereinkunft derselben mit den betreffenden Bandfabrikanten. Und dieser Buchstabe der Uebereinkunft (die Folge einer von Opfern begleiteten Aufmunterung der Fabrikherren), nach welchem ein kleiner Theil der Arbeitslöhne in die Ersparnisskasse wandert, wir zweifeln nicht, er wird auch zur Ueberzeugung jedes einzelnen einlegenden Arbeiters, dass dieses Zurücklegen ein wesentliches Förderungsmittel seines Gedeihens ist.»*[69] Dank dieser Form des Zwangssparens erhöhte sich der Anteil der Fabrikarbeiter an den Einlegern schlagartig von 5 auf 20 Prozent.

Detaillierte Angaben zu Alter, Berufsgruppe, Heimat und Zivilstand ihrer Einleger[70] veröffentlichte die ZEK erstmals im Verwaltungsbericht von 1849.[71] Von den 6058 Einlegern gaben 2559 an, aus Basel zu stammen, 2206 waren Schweizer, 1103 stammten aus Deutschland und 190 aus anderen Ländern. Etwas mehr als ein Sechstel der Einleger waren also keine Schweizer, und von den Schweizern stammten etwas mehr als die Hälfte aus Basel. Weibliche Personen waren mit 3600 Einlegern oder fast 60 Prozent immer noch deutlich in der Mehrheit. Der Anteil der Kinder und unmündigen Personen betrug mit 37 Prozent mehr als ein Drittel. Ledig waren 44 Prozent der Einleger und verheiratet 19 Prozent. Der Anteil der Kinder, Frauen und Verheirateten an der Gesamtheit der Einleger hatte sich also nicht verändert gegenüber 1848, trotz der Vervierfachung des Anteils der Fabrikarbeiter.

Es veränderte sich nur die Zusammensetzung des männlichen Teils der erwerbstätigen Einleger, deren Berufstätigkeit erstmals differenziert ausgewiesen wurde, in dem zwischen Angestellten, Fabrikarbeitern und «Handarbeitern» im Taglohn unterschieden wurde. Von den zwei Drittel erwerbstätigen und mündigen Personen gehörte etwas mehr als ein Fünftel dem «Handels-, Lehr- und Beamtenstand» an oder «der Beruf war nicht bekannt»,[72] zwei Fünftel waren Dienstboten, ein Fünftel Fabrikarbeiter und ein weiteres Fünftel «Beruftreibende (Handarbeit)», das heisst Gesellen und Taglöhner. Interessant ist auch die Geschlechterverteilung unter den verschiedenen Berufsgruppen. Von den 40 Prozent Männern waren 25 Prozent Angestellte, 11 Dienstboten, 39 Prozent Fabrikarbeiter und 25 Prozent Handarbeiter. Männliche Angestellte und Handarbeiter machen also je ein Viertel der Männer aus, während die Fabrikarbeiter und die männlichen Dienstboten zusammen die andere Hälfte repräsentieren. Von den 60 Prozent Frauen waren 21 Prozent Angestellte, 55,5 Prozent Dienstboten, 8,5 Fabrikarbeiterinnen und 15 Prozent gehörten zur Gruppe der «Handarbeiter». Die grösste Berufsgruppe bei den Frauen, die Dienstboten, stellte also die

kleinste Gruppe bei den Männern dar, und umgekehrt die grösste Berufsgruppe bei den Männern, die Fabrikarbeiter, die kleinste bei den Frauen. Fabrikarbeiter und ihre Frauen waren mit 7,5 Prozent, Fabrikarbeiterinnen mit 6 Prozent und Taglöhner und ihre Frauen sowie ledige Taglöhnerinnen mit je 1 Prozent, also insgesamt mit rund 16 Prozent an der ZEK beteiligt. Diese Proportionen veränderten sich bis 1859 nicht wesentlich.[73]

Die von den Unternehmern durch obligatorische Einlagen von Lohnanteilen geförderte Beteiligung von Fabrikarbeitern an der ZEK war kein Erfolgsmodell, wie wir aus dem Jahresbericht von 1868 erfahren: *«Die Ihnen bekannte Zurückhaltung der Fabrikarbeiter ist noch immer vorhanden, theilweise wohl zu erklären durch in den Fabriken selbst bestehende Sparcassen. Aus einzelnen Fabriken, wo den Arbeitern eine Zulage zu dem obligatorisch für die Ersparnisscasse zurückgelegten Theil des Lohns gemacht wird, hatten wir wohl regelmässige Einlagen, die aber vielfach auch ebenso regelmässig bald wieder zurückgezogen werden. Wir könnten es sonst nur gerne sehen, wenn von der arbeitenden Classe überhaupt unser Institut mehr, als es der Fall ist, auch als Bank in der Weise benützt würde, dass selbst auf die Gefahr baldigen Rückzugs verfügbare Gelder öfters und auch in kleineren Beträgen niedergelegt und ebenso nach Bedürfniss wieder erhoben würden. Ganz regelmässige, z.B. vierzehntägige Einlagen sind aber bei uns eine sehr grosse Seltenheit.»*[74] Trotzdem unterstützte die ZEK weiterhin die Gründung von Sparkassen in Fabriken in den 1870er Jahren oder lieferte an andere sozialtätige Organisationen wie 1879 *«an die Arbeitersäle* [der Evangelischen Stadtmission] *im Engelhof* [...] *die vollständige Einrichtung für eine eigene Sparkasse»*[75]. Aus diesem speziellen Engagement für die Arbeiterschaft entstand 1880 auch die Idee, einen Teil des Reingewinns für soziale Zwecke der GGG zur Verfügung zu stellen, eine Idee, die zur Gründung des Spezialfonds führte, der der Zentralkasse der GGG zur Verfügung gestellt wurde.[76]

1884 zum 75. Jubiläum ihres Bestehens machte es die Verwaltungskommission zu ihrem erklärten Ziel, in Zukunft besonders das Sparen kleinster Summen zu fördern und damit speziell die städtische Unterschicht in ihre Tätigkeit mit einzubeziehen.[77] Sie setzte dies 1885 praktisch um mit der Einführung von sogenannten Sparmarkenbüchlein. Kleinste Geldbeträge konnten gegen Sparmarken getauscht und diese in Markenbüchlein eingeklebt werden: *«Der Verkauf der Sparmarken zu 10 Centimes und die unentgeltliche Abgabe der Sparkarten erfolgt in 60 Ladengeschäften, deren Besitzer diese freiwillige Dienstleistung in bereitwilligster Weise übernommen haben. Die Einlieferung einer mit 10 Sparmarken beklebten Karte* [1 Franken war die minimal mögliche Einzahlung] *wird als Einlage von einem Franken angesehen und sowohl an der Hauptcasse als in den Ablagen* [Filialen der ZEK] *angenommen* [...]. *Die Sparmarkenbüchlein dienen zur Ansammlung von kleinsten Beträgen, entweder für einen bestimmten Zweck, wie Hauszins, Beiträge zu Krankencassen, Versicherungsprämien, Anschaffung irgend eines nöthigen Gegenstandes, oder zum Zusammensparen eines kleinen Guthabens, welches nach Belieben in ein gewöhnliches (zinstragendes) Büchlein übertragen werden kann.»*[78] Da diese

Form des Sparens nach einem gewissen Anfangserfolg auf wenig Interesse stiess, wurden die Sparmarkenbüchlein schliesslich nach 1900 wieder aufgegeben.

Parallel zu ihren Bemühungen, möglichst breite Kreise der städtischen Unterschicht zum Sparen zu motivieren, verfeinerte die ZEK nach 1870 die soziologische Analyse ihrer Kundschaft. Die sehr detaillierten soziologischen Analysen der Neueinleger, die ab 1870 jedes Jahr im Verwaltungsbericht der ZEK veröffentlicht wurden, zeigten aber keine Zunahme der Beteiligung von Arbeitern und Taglöhnern. Nach 1875 sank der Anteil der Fabrikarbeiter sogar: Von 18 Prozent im Jahre 1870 auf rund 10 Prozent nach 1875.[79] Frauen, Kinder und Dienstboten blieben weiterhin das Hauptpublikum der ZEK. Hingegen erhöhte die Einwanderung den Anteil der nicht aus Basel stammenden Einleger und der Nichtschweizer unter den Neueinlegern deutlich.

Die statistische Beschäftigung mit dem Verhalten der eigenen Kundschaft liess 1875 erstmals Wilhelm de Abel Heusler, Präsident der Verwaltung der ZEK, vermuten, dass die hohe Mobilität der Fabrikarbeiterschaft in der Stadt Basel das Haupthindernis sei, Geld in einer lokalen Sparkasse anzulegen.[80] Heusler unterstützte deshalb 1890 ausdrücklich die Einführung von Postsparkassen: *«Obschon das Sparcassenwesen in der Schweiz im Allgemeinen in einer Weise entwickelt ist, welche die Einführung von Postsparcassen nicht besonders nothwendig erscheinen lässt, so bestehen eben doch gewisse Mängel und Lücken, welchen durch diese Institution abgeholfen werden könnte* [...] *die Oeffnungszeiten der Privatsparkassen wird stets auf gewisse Stunden des Tages beschränkt bleiben; die Uebertragbarkeit der Guthaben bei Domicilwechsel, welcher in den grössern Städten so häufig vorkommt, wäre mittelst der Posteinlagen zu jeder Zeit kostenfrei möglich. – Diesen und andern Mängeln könnten die Postsparcassen begegnen, ohne dass dadurch die grössern, gut situierten ‹eigentlichen› Sparkassen in ihrer Existenz und Entwicklung gefährdet würden.»*[81] Spät erkannte man in der Verwaltungskommission der ZEK, dass es nicht «Verschwendungssucht» war, die Fabrikarbeiter am Sparen hinderte, sondern das Fehlen passender Angebote. Die ZEK hatte also die selbstgestellte Aufgabe, eine Sparkasse für «Unbemittelte» zu sein, nur teilweise erfüllet. Sie war zu lokal, um einer sozialen Gruppe dienlich zu sein, die im 19. Jahrhundert hochmobil sein musste, da sie ihr Arbeitsleben strikt nach Angebot und Nachfrage ausrichten musste.

Der fortgesetzte Erfolg der ZEK ermöglichte es, 1881 ein eigenes Geschäftsgebäude am Luftgässlein am St. Alban-Graben zu bauen. Bereits 1879 hatte man drei «Einnehmereien» zusätzlich zum Geschäftslokal in der Schlüsselzunft an der Freien Strasse eröffnet: zwei im Grossbasel und eine im Kleinbasel.[82] 1883 waren es bereits deren fünf, *«nämlich drei in der grossen Stadt und zwei in Klein-Basel».*[83] Als die ZEK schliesslich Mitte September 1899 eine Filiale mit eigenem Personal an der Feldbergstrasse 70 eröffnete unter der Leitung von Wilhelm Schmidlin,[84] später *«in das daneben am Claragraben liegende, Herrn Riesterer-Asmus gehörende Haus»* verlegt,[85]

wurden die von Freiwilligen betriebenen fünf «Einnehmereien» alle bis 1901 aufgehoben. Um die ehrenamtliche Geschäftsleitung und besonders den Geschäftsführer und den Buchhalter der beiden Geschäftssitze zu entlasten, wurden für Abschluss und Bilanz seit 1893 temporär angestellte Mitarbeiter herangezogen,[86] die 1901 *«zum Teil durch Vermittlung der* [GGG-eigenen] *Schreibstube für Arbeitslose im Bischofshof»* angeworben wurden.[87] Nur so konnte das Prinzip einer auf Freiwilligkeit beruhenden Verwaltung der ZEK noch aufrechterhalten werden.

Die ZEK blieb bis 1966 eine reine Spar- und Hypothekenbank.[88] Sie verzichtete aus prinzipiellen Gründen von Anfang an auf jegliches Kreditgeschäft sowie auf die Pfandleihe. Diese Formen des Bank- und Geldgeschäftes wurden von anderen von der GGG unterstützten Instituten übernommen, die jedoch wesentlich später entstanden als die ZEK. Für die Kreditvergabe an selbständig Erwerbende, die kurzfristig eine Anschubfinanzierung oder einen Überbrückungskredit benötigten, gründete 1842 die GGG die Vorschusskasse, ein Projekt, das anlässlich des 60-Jahr-Jubiläums 1837 von Adolf Christ-Sarasin zum ersten Mal präsentiert worden war,[89] um *«bedürftigen Anfängern zum Zwecke der Errichtung oder Erhaltung eines Berufs oder Hauswesens Vorschüsse bis zu Fr. 300.– a*[lter] *W*[ährung]*»* zu gewähren.[90] Die Vorschusskasse richtete sich besonders an Handwerker und Gewerbetreibende, eine für das konservative Stadtbürgertum zu diesem Zeitpunkt wichtige Wählergruppe. Sie bestand bis 1861, als sie mit der 1860 gegründeten Handwerkerbank, damals noch eine Genossenschaftsbank, fusionierte. Bis 1872 war die GGG an der Handwerkerbank als Aktionärin beteiligt und entsandte zwei Delegierte in den Verwaltungsrat. Nach einer Reorganisation, die den genossenschaftlichen Charakter der Bank beseitigte, zog sich die GGG aber als Aktionärin ganz aus der Handwerkerbank zurück.

Mit der Reorganisation der Handwerkerbank ging zugleich auch die ihr angegliederte Pfandleihanstalt ein. Erst nach einigen Jahren trat an ihre Stelle 1883 die Basler Pfandleihanstalt, die unabhängig von der GGG gegründet wurde und als Aktiengesellschaft organisiert war.[91] 1884 wurde auch die GGG Aktionärin. Da die Pfandleihanstalt eine wirkliche Angebotslücke schloss, war sie – wie die ZEK – wirtschaftlich immer selbständig und bezog nie Beiträge, im Gegenteil, sie zahlte der GGG Dividenden aus. Sie war zuerst in der Barfüsserkirche untergebracht, wechselte 1892 in das ehemalige Schulhaus Luftgässlein 5, eröffnete kurzfristig 1902 in zwei leeren Sälen der Firma Thurneysen & Co eine Dependance, bis ihr 1904 der Staat die Liegenschaft St. Johannsvorstadt 14 zu annehmbarem Preis überliess und sie dort eine Filiale eröffnen konnte.

[Abb. 40]

[40] Das 1881 errichtete Geschäftsgebäude der Zinstragenden Ersparniskasse (ZEK) am St. Alban-Graben, das das Geschäftslokal in der Schlüsselzunft an der Freien Strasse ablöste, aufgenommen im Juli 1956. Gut erkennbar auch der alte Ausgang des Luftgässleins vor dem Eingang des Bankgebäudes, heute mitten im Credit Suisse Komplex. Beim Abriss des ZEK-Gebäudes wurde das Luftgässlein verkürzt und mündet heute hinter dem ursprünglichen Gebäude vor dem heutigen Antikenmuseum in den St. Alban-Graben.

[Tab. 6] ÜBERSICHT ÜBER DIE FINANZEN DER GGG 1800–1916

Jahr	Mitglieder	Jahresbeiträge	Geschenke und Legate	Zinsen und Dividenden	Anteil Reinertrag der ZEK an GGG	Erträgnisse Stiftungen	Andere	
1800	155	1'240	1'532	61			0	
1801	177	1'416	204	76			982	
1802	178	1'424	702	72			0	
1803	188	1'504	1'231	120			0	
1804	197	1'580	819	120			19	
1805	203	1'624	56	80			17	
1806	206	1'648	2'096	80			36	
1807	213	1'704	282	70			0	
1808	206	1'680	632	70			4	
1809	219	1'752	32	70			0	
1810	256	2'048	1'644	110			0	
1811	275	2'200	600	100			0	
1812	288	2'336	420	168			0	
1813	302	2'416	3'236	565			48	
1814	303	2'424	499	98			0	
1815	318	2'544	646	226			0	
1816	324	2'592	960	225			0	
1817	340	2'720	1'618	185			3247	
1818	366	2'928	2'684	264			0	
1819	369	2'952	1'408	306			0	
1820	373	2'984	1'232	319			0	
1821	388	3'104	1'196	464			0	
1822	379	3'032	1'664	405			0	
1823	439	3'512	903	559			0	
1824	474	3'792	478	822			0	
1825	483	3'864	2'026	533			0	
1826	498	3'984	456	515			10	
1827	508	4'064	3'265	634			0	
1828	502	4'016	1'528	600			0	
1829	502	4'016	448	649			0	
1830	515	4'120	2'250	500			0	
1831	505	4'040	2'623	964			0	
1832	509	4'072	516	638			130	
1833	506	4'048	88	487			0	
1834	509	4'072	5'479	497			0	
1835	518	4'144	1'471	563			0	
1836	514	4'112	1'361	599			0	
1837	540	4'320	166	657			0	
1838	536	4'296	5'536	987			192	
1839	538	4'304	2'100	850			0	
1840	545	4'360	2'774	914			0	

	Total reine Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ausserord. Ausgaben	Verwaltung	Passivzinsen	Andere Ausgaben	Total reine Ausgaben	Vermögensgewinn
	2'833	1'547	1'440	139	0	0	3'126	−293
	2'678	1'605	0	159	0	0	1'764	914
	2'198	1'609	0	136	0	0	1'745	453
	2'855	1'746	800	175	0	0	2'721	134
	2'538	2'280	800	180	0	172	3'432	−894
	1'777	1'451	0	199	0	21	1'671	106
	3'860	1'500	800	178	0	0	2'478	1'382
	2'056	2'505	121	166	0	0	2'792	−736
	2'386	1'726	400	189	0	0	2'315	15
	1'854	2'313	495	196	0	32	3'036	−1'182
	3'802	2'048	0	200	0	0	2'248	1'754
	2'900	2'200	0	219	0	0	2'419	481
	2'924	3'063	0	211	0	0	3'274	−211
	6'269	3'271	160	235	0	0	3'666	2'998
	3'021	1'899	0	301	0	0	2'200	821
	3'416	2'742	0	199	0	0	2'941	−199
	3'777	2'788	0	202	0	6	2'996	989
	7'770	3'769	2'592	383	0	3'400	10'144	−2'374
	5'876	3'315	48	368	0	0	3'731	2'145
	4'666	2'772	235	240	0	0	3'247	1'419
	4'535	2'731	0	225	0	0	2'956	1'579
	4'764	3'769	0	238	0	104	4'111	−342
	5'101	2'498	0	272	0	0	2'770	2'331
	4'974	3'777	654	324	0	474	5'229	−255
	5'092	4'746	0	318	0	0	5'064	28
	6'424	5'823	0	359	0	0	6'182	242
	4'967	4'592	160	400	0	457	5'609	−642
	k.A.	4'507	160	369	0	317	k.A.	2'538
	6'144	4'493	400	426	0	0	5'314	830
	5'093	4'149	16	446	0	0	4'622	470
	6'872	3'688	1'002	552	0	0	5'242	1'620
	7'628	4'352	506	812	0	0	5'671	1'956
	5'358	9'071	3'220	419	0	0	12'711	−7'353
	4'625	4'942	282	439	0	0	5'663	−1'038
	10'058	5'722	3'221	438	0	0	9'378	1'880
	6'179	4'744	0	471	0	0	5'214	964
	6'073	3'802	0	443	0	0	4'244	1'829
	5'144	3'436	400	438	0	267	4'605	538
	10'993	3'120	1'150	378	0	0	4'647	6'346
	7'273	3'937	2'300	547	0	0	6'784	488
	8'053	4'480	3'778	0	0	0	8'257	−207

[Forts. Tab. 6]

Jahr	Mitglieder	Jahresbeiträge	Geschenke und Legate	Zinsen und Dividenden	Anteil Reinertrag der ZEK an GGG	Erträgnisse Stiftungen	Andere	
1841	558	4'464	5'250	1'005			0	
1842	561	4'488	1'100	1'000				
1843	571	4'568	2'020	897			0	
Buchhaltung in Kurrentgeld								
1844	594	4'752	1'750	829			0	
1845	612	4'896	1'600	802			0	
1846	633	5'064	3'235	793			0	
1847	632	5'056	3'400	945			0	
1848	636	5'088	1'350	612			0	
1849	654	5'232	3'929	23			0	
1850	658	5'264	6'611	822			0	
Buchhaltung in Kapitalgeld								
1851	672	5'376	17'658	1'159			0	
Wechsel von Kurrentgeld alter Währung zu neuen Schweizer Franken								
1852	697	6'970	13'977	1'371			0	
1853	710	7'100	6'896	1'386			0	
1854	719	7'190	2'096	1'680			7'506	
1855	730	7'300	3'070	1'774			0	
1856	742	7'420	4'986	3'122			0	
1957	731	7'310	5'510	2'871			0	
1858	750	7'500	6'320	3'070			0	
1859	773	7'330	4'992	3'113			0	
1860	798	7'980	4'110	2'952			0	
1861	831	8'310	4'484	2'807			0	
1862	846	8'460	16'850	2'920			0	
1863	841	8'410	29'010	3'252			1'500	
1864	854	8'540	8'410	3'663			2'700	
1865	858	8'580	7'450	5'083			0	
1866	871	8'710	10'325	4'355			0	
1867	888	8'880	2'811	4'210			0	
1868	904	9'040	550	4'224			0	
1869	1'089	10'890	5'670	4'189			0	
1870	1'162	11'620	1'050	3'984			0	
1871	1'208	12'080	9'990	3'807			510	
1872	1'319	13'190	14'210	4'913			0	
1873	1'365	13'650	9'240	5'219			0	
1874	1'409	14'090	26'540	5'620			998	
1875	1'495	14'950	15'340	5'749			0	
1876	1'530	15'300	11'226	6'930			0	

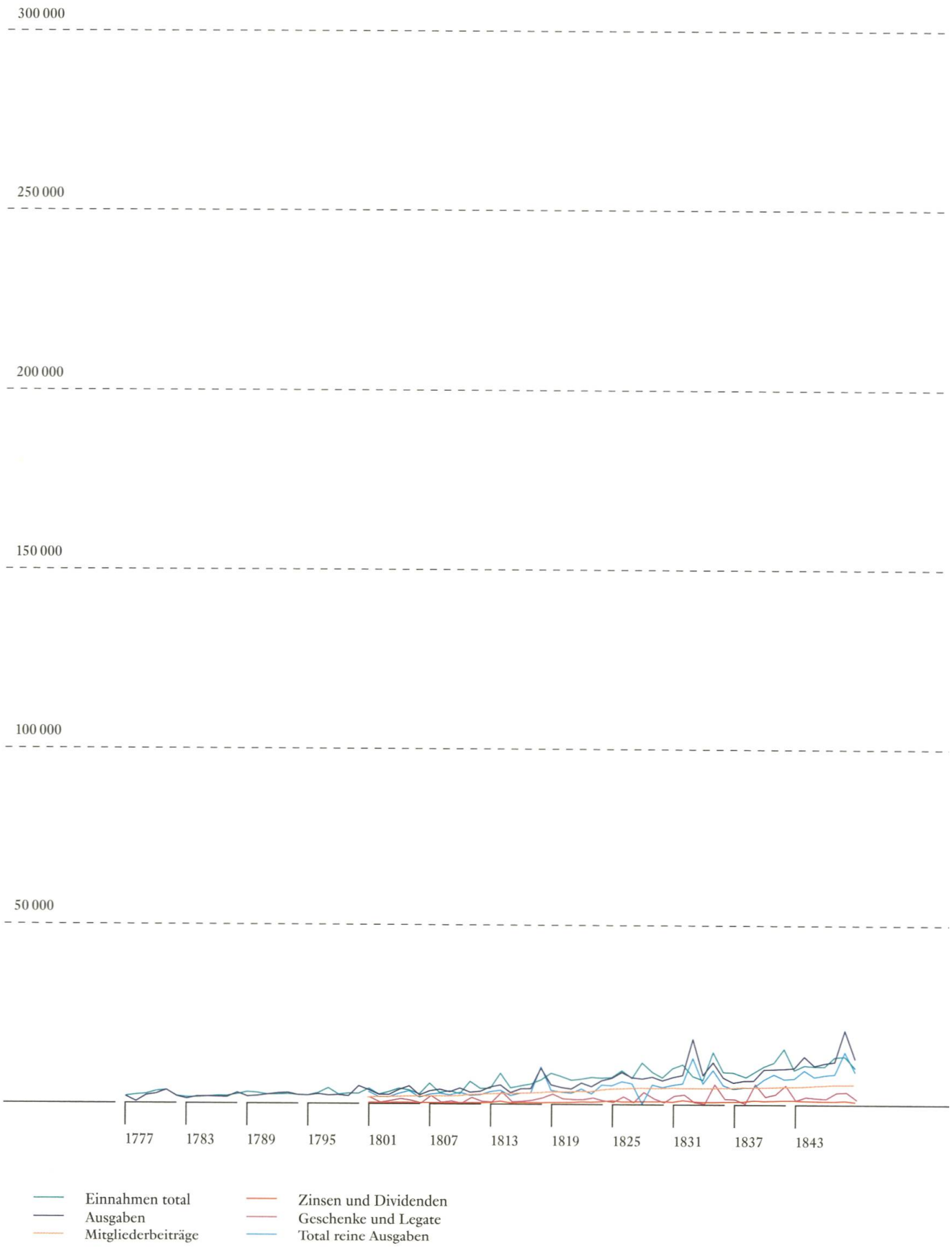
	Total reine Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ausserord. Ausgaben	Verwaltung	Passivzinsen	Andere Ausgaben	Total reine Ausgaben	Vermögensgewinn
	10'719	4'758	2'109	84	0	0	6'952	3'766
	6'589	5'513	2'700	0	0	0	7'113	–528
	7'486	4'976	2'500	768	0	0	9'345	–1'859
	7'331	6'816	170	558	0	0	7'544	–213
	7'299	6'681	663	696	0	0	8'041	–742
	9'132	7'627	0	693	0	0	8'320	811
	9'254	8'238	5'715	526	0	0	14'479	–5'224
	7'051	6'687	1'641	621	0	0	8'950	–1'899
	9'184	6'395	0	581	0	0	6'976	2'208
	12'698	6'140	450	654	0	0	6'590	6'107
	24'194	6753	0	629	0	0	7'405	16'789
	22'327	8'616	2'373	944	0	0	11'970	10'356
	16'345	7'680	17'293	978	0	0	11'658	4'686
	12'448	12'162	0	915	0	0	13'078	–629
	12'144	8'258	0	947	0	0	9'205	2'938
	17'342	11'563	0	924	0	0	12'488	4'854
	16'691	9'634	2'500	960	0	908	14'034	2'657
	17'595	11'966	3'200	911	0	0	16'887	707
	16'327	13'814	1'581	1'104	0	0	16'551	–223
	15'176	13'021	1'620	1'148	0	0	15'821	–644
	15'925	13'851	2'150	1'075	0	0	17'076	–1'151
	28'283	13'905	2'100	1'271	0	0	17'276	11'007
	42'172	14'961	0	1'073	0	0	16'276	25'896
	23'313	15'924	0	1'005	0	0	16'968	6'344
	21'113	16'042	0	977	0	0	17'017	4'094
	23'140	19'166	0	1'320	0	0	20'183	2'957
	15'972	20'649	0	1'049	0	0	21'698	–5'725
	14'769	18'121	0	1'202	0	0	19'052	–4'263
	20'749	18'575	0	1'385	0	0	19'911	838
	16'854	16'197	2'500	1'598	0	0	17'795	–941
	26'387	16'870	16'579	1'680	0	0	18'550	7'837
	32'763	14'166	0	2'008	0	0	16'546	16'546
	27'884	19'654	7'975	2'024	0	0	29'784	–1900
	47'249	27'721	0	2'470	0	0	30'124	17'124
	36'039	26'947	0	2'622	0	0	29'486	6'553
	40'800	28'332	19'800	2'841	0	19'613	50'974	–10'173

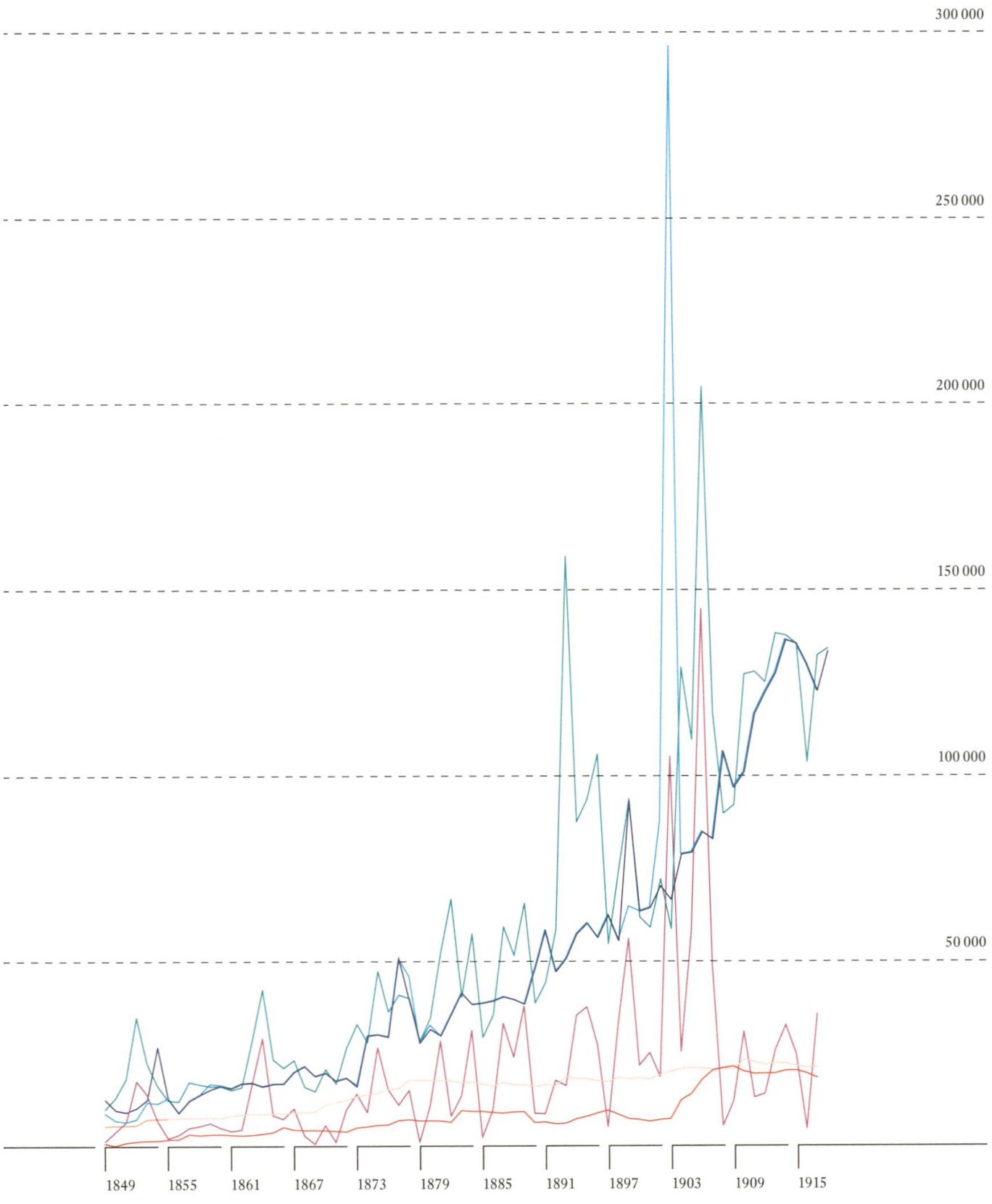
[Forts. Tab. 6]

Jahr	Mitglieder	Jahresbeiträge	Geschenke und Legate	Zinsen und Dividenden	Anteil Reinertrag der ZEK an GGG	Erträgnisse Stiftungen	Andere	
1877	1'747	17'470	15'160	7'155			0	
1878	1'737	17'370	1'040	6'840			0	
1879	1'746	17'460	11'040	6'837			0	
1880	1'740	17'400	28'300	6'819			0	
1881	1'732	17'320	8'210	6'400		33'758	0	
1882	1'686	16'860	13'700	9'639			0	
1883	1'696	16'960	31'166	9'400			0	
1884	1'643	16'430	2'315	9'409			0	
1885	1'586	15'860	9'965	9'111			0	
1886	1'699	16'990	33'025	8'915			500	
1887	1'619	16'190	23'925	9'237		864	200	
1888	1'624	16'240	37'670	9'307		7'795	800	
1889	1'577	15'770	8'970	6'314		7'130	300	
1890	1'622	16'220	8'820	6'460		12'212	300	
1891	1'600	16'000	17'790	5'953	16'712	18'642	300	
1892	1'836	18'360	16'315	6'104	17'665	33'166	300	
1893	1'792	17'920	35'080	7'345	23'336	27'392	0	
1894	1'779	17'790	37'440	8'008	26'021	31'156	600	
1895	1'730	17'300	27'350	8'899	13'991	20'769	0	
1896	1'701	17'010	5'245	9'652	16'765	24'315	300	
1897	1'818	18'180	33'035	8'541	7'896	17'391	100	
1898	1'777	17'770	56'240	7'349	8'615	18'199	0	
1899	1'811	18'110	21'695	7'094	9'639	17'779	0	
1900	1'772	17'720	25'050	6'628	4'262	11'532	0	
1901	1'889	18'890	18'755	7'082	16'614	24'985	0	
1902	1'975	19'750	105'380	7'341	20'056	28'838	0	
1903	2'046	20'460	25'361	12'336	17'800	25'251	62'779	
1904	2'072	20'720	58'046	14'059	12'558	17'027	0	
1905	2'062	20'620	145'188	17'883	16'911	21'100	77	
1906	2'039	20'390	48'968	20'300	17'497	26'681	623	
1907	2'055	20'550	5'493	20'949	15'941	42'422	1'439	
1908	2'025	20'250	12'135	21'329	16'000	38'520	0	
1909	2'290	22'900	30'771	20'037	16'000	53'709	35	
1910	2'227	22'270	13'150	19'418	16'000	72'776	538	
1911	2'155	21'550	14'163	19'502	16'000	70'157	0	
1912	2'199	21'990	25'860	19'547	16'000	71'110	0	
1913	2'184	21'840	32'495	20'260	8'000	63'342	0	
1914	2'118	21'180	24'650	20'303	8'000	62'642	6'894	
1915	2'074	20'740	4'715	19'557	0	58'853	0	
1916	2'098	20'980	35'425	18'331	0	57'861	0	

	Total reine Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ausserord. Ausgaben	Verwaltung	Passivzinsen	Andere Ausgaben	Total reine Ausgaben	Vermögensgewinn
	47'807	36'602	2'000	3'379	0	0	45'814	1'993
	28'262	23'028	16'443	3'426	0	0	27'892	369
	35'337	27'867	0	3'680	0	0	32'548	2'789
	52'519	27'049	0	2'709	0	0	29'759	22'760
	66'917	31'441	900	3'103	0	0	35'444	31'472
	40'199	36'655	1'920	2'802	0	0	41'482	–1'283
	57'527	34'955	200	2'976	0	0	38'261	19'265
	29'203	34'789	1'100	2'587	0	0	38'593	–9'390
	35'184	36'192	0	3'029	0	0	39'222	–4'038
	59'430	36'243	1'056	2'837	257	0	40'395	19'035
	51'666	35'220	130'000	2'712	299	1'378	39'611	12'055
	65'791	29'865	599	2'651	5'213	140'634	38'331	27'460
	38'484	35'828	1'000	2'693	0	74'307	48'119	–9'635
	44'012	40'215	4'000	2'812	9'756	62'555	58'633	–14'620
	58'587	39'659	4'000	3'025	507	0	47'203	11'483
	59'246	45'083	3'150	2'682	164	0	51'080	8'166
	87'737	51'725	3'300	2'421	208	0	57'654	30'083
	93'755	54'552	3'266	2'448	279	0	60'546	33'208
	72'553	53'074	878	2'533	162	0	56'649	15'904
	54'780	53'108	6'420	2'590	67	546	62'734	–7'953
	74'728	52'644	460	2'581	134	0	55'820	18'907
	96'711	60'520	1'200	2'788	477	0	64'987	434
	61'995	57'440	1'436	2'597	311	0	63'735	–1'740
	59'216	60'622	1'173	2'615	255	0	64'667	–5'450
	89'684	61'319	1'145	3'117	324	5'000	88'006	1'678
	388'837	62'012	206	3'617	283	162	296'882	91'955
	162'647	74'355	680	3'078	424	62'779	79'138	83'508
	109'853	74'333	1'618	3'185	554	0	79'692	30'161
	204'869	78'245	987	3'123	2'813	17	85'188	119'680
	116'963	76'129	2'113	3'049	1'918	20	83'230	33'732
	87'975	90'427	1'295	3'608	1'491	10'000	106'822	–18'846
	92'235	88'139	1'053	3'449	2'226	2'218	97'087	–4'852
	127'453	90'383	3'942	4'311	2'687	0	101'323	26'129
	128'152	110'245	417	4'163	2'023	0	116'849	11'302
	125'372	115'742	978	3'771	2'208	0	122'700	2'671
	138'507	119'618	2'491	3'735	1'943	0	127'788	10'719
	137'937	127'826	3'147	3'440	2'450	0	136'865	1'071
	135'670	128'285	0	3'908	2'111	1'610	135'915	–245
	103'865	124'771	321	3'340	1'857	0	130'291	–26'425
	1'323'597	115'933	875	3'849	2'507	0	123'165	9'431

[Graph. 2] ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN DER GGG 1800–1916




300 000
250 000
200 000
150 000
100 000
50 000
1849
1855
1861
1867
1873
1879
1885
1891
1897
1903
1909
1915

[Tab. 7] ALLGEMEINE RECHNUNGSÜBERSICHT 1875

Jahr	Name	alter Saldo	Einnahmen	Ausgaben	
Institute der Gesellschaft					
1875	Repetierschulen	101	1'300	1'402	
1875	Zeichnungs- und Modellierschule	6'453	31'555	35'966	
1875	Jugend- und Bürgerbibliothek	170	1'745	1'809	
1875	Arbeiterbibliothek	226	804	834	
1875	Musikschule, laufende Rechnung	128	29'480	29'352	
1875	Musikschule, Gründungs- & Anschaffungskosten	1'120	4'690	4'721	
1875	Kleinkinderschulen	466	4'220	4'248	
1875	Turnwesen	34	1'253	1'088	
1875	Turnhallenfonds	27'037	1'201	0	
1875	Männliche Schwimm- und Badeanstalt	2'098	8'413	8'792	
1875	Frauenbadanstalt im Rhein	10'502	5'633	3'151	
1875	Neujahrsblatt	–84	1'177	1'113	
1875	Unterstützung v. Gewerbslehrlingen	–557	2'237	2'188	
1875	Fabrikarbeiter-Verhältnisse	13	440	447	
1875	Patronage-Kommission	784	600	882	
1875	Versorgung junger Taubstummer	0	1'200	1'200	
1875	Tierschutz-Kommission	64	415	447	
1875	Separatfonds derselben	1'750	0	0	
1875	Lucasstiftung	0	1'500	1'500	
1875	Schlittschuhbahn	199	0	48	
1875	Speisehütten	1'576	3'020	5'322	
1875	Beförderung des Hausverdienstes	806	4'749	4'783	
1875	Verschönerung von Basels Umgebung	0	1'000	932	
1875	Versorgung verwahrloster Kinder	0	532	236	
1875	Ruhegehalt eines Zeichnungslehrers	0	0	1'000	
1875	Fehler vorjährige Rechnung	0	352	0	
Befreundete Anstalten / Ausserordentliche Beiträge					
1875	Naturhistorisches Museum	0	300	300	
1875	Öffentliche Kunstsammlung	0	500	500	
1875	Mittelalterliche Sammlung	0	3'500	3'500	
1875	Kirchengesangchor	58	1'130	1'017	
1875	Mädchen-Sonntagsschulen	116	500	621	
1875	Nähschulen für Fabrikarbeiterinnen	0	250	250	
1875	Verein für populäre Vorträge	33	1'380	1'371	
1875	Waisenhausbibliothek	0	100	100	
1875	Extra-Beitrag an das allgemeine Jugendfest	0	1'000	1'000	
1875	Lokalmiete, Druckkosten, Einzug Jahresbeitrag, Inserate etc.	0	2'622	2'622	

	neuer Saldo	Beiträge von der GGG	Geschenke	Zinsen	Total
	1	1'300	0	0	1'300
	2'042	2'500	9'575	19'480	31'555
	107	800	0	945	1'745
	196	700	0	104	804
	255	0	0	29'480	29'480
	1'088	2'000	0	2'690	4'690
	791	2'000	2'220	0	4'220
	200	985	0	268	1'253
	28'239	0	0	1'201	1'201
	1'718	0	0	8'413	8'413
	12'983	0	0	5'633	5'633
	-21	400	0	777	1'177
	−508	557	1'480	200	2'237
	6	250	0	190	440
	501	0	0	600	600
	0	1'200	0	0	1'200
	32	300	0	115	415
	1'750	0	0	0	0
	0	1'500	0	0	1'500
	151	0	0	0	0
	725	2'500	500	20	3'020
	773	0	250	4'499	4'749
	67	1'000	0	0	1'000
	295	500	32	0	532
	0	1'000	0	0	1'000
	0	0	0	0	352
	0	300	0	0	300
	0	500	0	0	500
	0	3'500	0	0	3'500
	172	400	100	630	1'130
	−5	500	0	0	500
	0	250	0	0	250
	8	700	680	0	1'380
	0	100	0	0	100
	0	1'000	0	0	1'000
	0	2'622	0	0	2'622

[Tab. 8] «BEMERKUNGEN ZU DER ALLGEMEINEN RECHNUNGSÜBERSICHT» 1845–1879

Jahr	Beiträge Mitglieder	Geschenke an die Zentralkasse	Zinsen und Erträgnisse Vermögen	Geschenke Anstalten[1]	Ertrags-einnahmen Anstalten[2]	Einzahlungen Projekte Spezialfonds[3]	
1845	4'896	1'600	803	3'450	5'506	0	
1846	5'064	3'235	793	3'570	5'179	0	
1847	5'056	3'400	798	8'316	5'876	0	
1848	5'088	1'350	613	2'730	6'610	0	
1849	5'232	3'290	662	2'983	6'267	0	
1850	5'264	6'611	823	3'367	4'940	0	
1851	5'376	17'658	1'160	1'411	5'170	0	
Wechsel alte Währung zu neuer Währung							
1852	6'970	13'977	1'379	4'067	7'191	0	
1853	7'100	7'696	1'386	4'807	8'182	0	
1854	7'190	3'578	1'680	3'965	7'051	0	
1855	7'300	3'070	1'774	4'761	7'704	0	
1856	7'420	5'700	3'122	4'218	8'670	1'100	
1857	7'310	5'510	2'871	3'343	11'014	1'000	
1858	7'500	6'320	3'070	5'981	11'480	0	
1859	7'730	5'278	3'113	5'043	14'022	0	
1860	7'980	4'110	2'952	8'183	18'717	0	
1861	8'310	4'808	2'807	7'699	17'731	0	
1862	8'460	16'850	2'920	6'670	14'957	53	
1863	8'410	29'010	3'252	7'282	14'538	1'500	
1864	8'540	8'410	3'663	9'670	14'472	2'700	
1865	8'580	7'450	5'083	9'702	18'537	0	
1866	8'710	10'325	4'355	10'083	15'894	0	
1867	8'880	2'869	4'209	9'692	14'020	0	
1868	9'040	550	4'224	37'613	34'199	1'000	
1869	10'890	5'670	4'189	11'441	35'073	0	
1870	11'620	1'050	3'984	12'090	41'413	0	
1871	12'080	9'990	3'807	11'940	33'189	510	
1872	13'190	14'210	4'913	15'476	54'721	0	
1873	13'650	9'240	5'219	16'901	60'439	0	
1874	14'090	26'540	5'620	15'088	168'926	0	
1875	14'950	15'340	5'749	14'837	75'250	0	
1876	15'300	18'366	6'930	16'005	70'714	0	
1877	17'470	15'160	7'155	19'030	67'737	0	
1878	17'370	1'040	9'852	20'564	133'198	0	
1879	17'460	11'040	6'837	24'332	80'736	0	

[1] Geschenke an die verschiedenen Institutionen der GGG

[2] Selbsterwirtschaftetes der verschiedenen Institutionen

[3] Sammlungen für neue Projekte

[4] Gesamteinnahmen der GGG in ihren Institutionen

	Total Einnahmen[4]	Total Einnahmen Anstalten[5]	Total Ausgaben	Gewinn
	16'256	8'956	17'979	−1'722
	17'841	8'749	16'453	1'388
	23'446	14'192	27'537	−4'090
	17'553	9'340	16'391	1'161
	18'436	9'250	14'974	3'461
	21'006	8'307	14'433	6'572
	30'776	6'581	14'292	16'483
	33'585	11'258	26'710	6'875
	29'335	12'989	24'316	5'018
	23'466	11'016	23'981	−514
	24'610	12'465	19'167	5'443
	30'231	12'888	24'693	5'537
	31'049	14'357	26'776	4'273
	35'058	17'461	29'488	5'569
	35'393	19'065	36'957	−1'564
	42'077	26'900	47'319	−5'241
	41'356	25'430	43'184	−1'827
	49'911	21'627	36'409	13'501
	63'992	21'820	36'710	27'282
	47'456	24'142	36'996	10'460
	49'353	28'239	55'709	−6356
	49'118	25'977	45'065	4'052
	39'685	23'712	44'444	−4'759
	86'602	71'812	62'424	24'178
	67'264	46'514	70'173	−2'908
	70'357	53'503	64'479	5'877
	71'518	45'129	62'914	8'603
	102'960	70'197	68'737	34'223
	105'224	77'340	92'962	12'262
	231'264	184'014	221'942	9'322
	126'480	90'087	122'874	3'605
	127'520	86'719	179'190	−51'669
	128'555	86'767	127'598	956
	182'026	153'762	173'612	8'413
	140'406	105'068	136'552	3'854

[5] Gesamteinnahmen an Geschenken und Einnahmen der Institutionen

3 # Die GGG und das Basler Gesellschafts- und Vereinswesen zwischen 1777 und dem Ersten Weltkrieg

3.1 ## Einleitung

Die für das ganze 19. Jahrhundert typische Organisationsstruktur der GGG war bereits vor der Helvetik voll ausgebildet. Bereits vor 1798 besass die GGG mehrere fest etablierte Kommissionen[1] und verteilte regelmässig Vergabungen an Einzelpersonen und andere Einrichtungen, die dem Gesellschaftszweck entsprechend tätig waren. Bis Ende des 19. Jahrhunderts vergrösserte sich nur der Umfang des Gesellschaftsverbandes. Um 1900 umfasste die Gesellschaft rund sechzig Kommissionen. Aufgrund ihrer Grösse und ihrer speziellen Organisation nahm die GGG während des ganzen 19. Jahrhunderts eine Sonderstellung innerhalb des Vereinswesens in Basel ein und spielte in der Sozial- und Bildungspolitik des Stadtkantons eine zentrale Rolle. Erst nach 1900 finden wir in Basel Vereine, die einen ähnlich grossen Mitgliederbestand wie die GGG aufwiesen und seit den 1890er Jahren ähnlich komplexe Organisationsstrukturen entwickelten. Zu nennen wären die Basler Sektion der Pestalozzigesellschaft,[2] die Basler Sektion des Katholischen Frauenbundes oder der Basler Frauenverein zur Hebung der Sittlichkeit. Keine dieser Organisationen, die alle nach 1890 entstehen, verfügte aber um 1900 über das Vermögen und das Prestige der GGG.

Männer aus dem Bürgertum mit gutem Einkommen, in selbständiger Stellung oder mit Leitungsfunktionen in der Privatwirtschaft oder in der staatlichen Verwaltung sowie mit einer kaufmännischen oder akademischen Ausbildung prägten das Selbstbild der GGG und ihr öffentliches Auftreten. Diese Männer gehörten denjenigen Gruppen der städtischen Gesellschaft an, die sowohl im 18. als auch im 19. Jahrhundert einen privilegierten Zugang zur Öffentlichkeit besassen und Politik und Wirtschaft dominierten. Im 18. Jahrhundert war dies auf einen winzigen Ausschnitt der männlichen Bevölkerung der Stadtrepublik Basel beschränkt. Alle Frauen und die Mehrheit der Männer besassen keine politischen Rechte und waren in ihren persönlichen Freiheitsrechten und damit auch in ihren ökonomischen Aufstiegsmöglichkeiten stark eingeschränkt.[3] Die Öffentlichkeit weitete sich zwar während des 19. Jahrhunderts mit der Durchsetzung der Presse-, Meinungs- und Vereinsfreiheit und des allgemeinen Wahl- und Stimmrechts stark aus. Aber auch nach der Gründung des schweizerischen Bundesstaats 1848 versperrten Abhängigkeit von Fürsorgeleistungen, geringes Einkommen und Geschlecht immer noch vielen Männern und allen Frauen den Zugang zu einer gleichberechtigten Teilhabe an der politischen Öffentlichkeit. Die

GGG ist ein wichtiger Teil des Basler Gesellschafts- und Vereinswesens des ausgehenden 18. und des 19. Jahrhunderts. Struktur sowie soziale und politische Bedeutung des Vereinswesens in Basel veränderten sich im Zeitraum zwischen der Gründung der GGG im ausgehenden Ancien Régime und dem Ersten Weltkrieg wesentlich. Das sogenannte bürgerliche Vereinswesen, wie es sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausbildete und unser Bild der politischen und geselligen Organisation des Bürgertums prägt, sowie die politischen und genossenschaftlichen Organisationsformen der Arbeiterbewegung gab es noch nicht, als die GGG 1777 gegründet wurde.[4] Die Gesellschaft der Basler Stadtrepublik vor der Helvetischen Republik war streng ständisch gegliedert. Es gab Untertanen und Bürger. Aber auch von den Bürgern hatten nur wenige das Recht, in den Zunftvorstand und damit in den Grossen Rat gewählt zu werden. Allein die Geburt entschied über soziale Stellung und berufliche Möglichkeiten eines Menschen. Zu dieser Zeit konnten sich nur Mitglieder der regierenden Familien der Stadt zu Gesellschaften zusammenschliessen. Die Gründung und erfolgreiche Tätigkeit der GGG in Basel vor 1798 waren möglich, weil fünf der sieben Gründer Mitglieder der Räte waren oder der Kanzlei angehörten und in ständigem Kontakt mit Bürgermeister und Rat standen. Diese Nähe zu den regierenden Kreisen blieb ein Kennzeichen der GGG während des ganzen 19. Jahrhunderts.

Das rechtliche Umfeld der Vereine und Gesellschaften Basels war um 1780 und 1914 ganz unterschiedlich: Vor der Helvetik (1798–1803) garantierte keine der eidgenössischen «Obrigkeiten» die Vereinsfreiheit oder die Handels- und Niederlassungsfreiheit. Vor dem Ersten Weltkrieg enthielt die schweizerische Bundesverfassung alle von der Französischen Revolution 1789 geforderten und von der Helvetischen Republik wenige Jahre ermöglichten Grundrechte. Weil es vor der Einführung des Eidgenössischen Zivilgesetzbuches 1912 in der Schweiz jedoch kein einheitliches Zivilrecht gab, weichen Vereinsrecht und Vereinsfreiheit innerhalb der heute zur Schweiz gehörenden Gebiete während des 19. Jahrhunderts voneinander ab.[5] Die Entwicklung der GGG zwischen 1777 und 1914 ist deshalb stark von den rechtlichen, politischen und sozialen Bedingungen im Kanton Basel bzw. Basel-Stadt geprägt.

Neben der Vereinsfreiheit führte die Helvetische Republik 1798 erstmals auch die freie Niederlassung, die Glaubens- und die Handelsfreiheit ein. Bereits die Mediationsakte von 1803 enthielt bis zu ihrer Aufhebung 1814 jedoch nur noch die Niederlassungs- und die Handelsfreiheit in der Eidgenossenschaft. Die Gewährung der übrigen Freiheitsrechte war den Kantonen überlassen. Im Kanton Basel kannte schon die von der Mediationsakte garantierte Verfassung die Vereinsfreiheit nicht mehr. Auch die Basler Verfassungen von 1814, 1831, 1833 und 1847 erwähnten die Vereinsfreiheit nicht. Erst der Artikel 46 der Bundesverfassung von 1848 ermöglichte die Vereinsfreiheit wieder auf dem ganzen Gebiet des schweizerischen Bundesstaates, also auch im Halbkanton Basel-Stadt. Die Formulierung

[Abb. 41]

[Abb. 42]

[41] Blick vom «Grossen Rondell» auf die Stadt, gezeichnet von Emanuel Büchel 1745. Ganz rechts im Hintergrund die Münstertürme. Das grosse Gebäude im Bildzentrum hinter der Mauer ist die «Spital-Scheuer», davor das Steinentor und dazwischen im Hintergrund das Spalentor, links mit Bäumen die Elisabethenschanze (vgl. Abb. 37, S. 181, mit den Veränderungen nach 1850).

[42] Blick vom St. Alban-Quartier auf das Münster und die Mittlere Brücke. Besonders schön sichtbar sind auf dieser Zeichnung von Emanuel Büchel die barocken Gärten am Rhein des Hohenfirstenhofs und des Ramsteinerhofs an der Rittergasse.

des Vereinsrechts und die Interpretation des Verfassungsartikels blieben aber weiterhin den Kantonen überlassen. Im Kanton Basel-Stadt fehlte während des 19. Jahrhunderts ein formuliertes kantonales Vereinsrecht. Die Redaktion eines kantonalen Zivilgesetzbuches scheiterte in den sechziger Jahren. Ebenso kam die Schaffung eines kantonalen Obligationenrechts nicht voran. Erst nach dem Sieg des Freisinns und der Revision der Basler Verfassung von 1875 garantierte Art. 10 ausdrücklich alle von der Bundesverfassung gewährten Freiheiten und damit auch die Vereinsfreiheit. Ein formuliertes Vereinsrecht gab es in Basel aber erst mit der Einführung des schweizerischen Zivilgesetzbuches 1912.

Stefano Franscini äusserte sich 1848 in seiner «Neuen Statistik der Schweiz» folgendermassen zu den gemeinnützigen Vereinen:

> *Endlich haben wir von den zahllosen gemeinnützigen Gesellschaften der Schweiz, seien sie eidgenössisch, kantonale Bezirksgesellschaften oder andere, diejenigen angeführt, welche ihrer Dauer und ihres Einflusses wegen in unseren Augen Erwähnung verdienen. Die grossen eidgenössischen Gesellschaften, die gemeinnützige, naturforschende, musikalische, forstwissenschaftliche und andere haben wir besonders beschrieben. Was die zahllosen Kantonalgesellschaften betrifft, geben wir, mit der ältesten, der Baseler gemeinnützigen Gesellschaft anfangend, fast alle bedeutenden in der Reihenfolge an.*[6]

3.2

Die GGG und das Gesellschafts- und Vereinswesen in Basel vom späten 18. Jahrhundert bis zum Ende der Mediationszeit (1777–1814)

Bereits vor der Gewährung der Vereinsfreiheit 1798 entstanden in Basel Vereinigungen, die sich «frei», ausserhalb der kirchlichen, universitären und ständischen Zwangskörperschaften organisierten. Das Gesellschaftswesen des 18. Jahrhunderts in Basel war jedoch ausschliesslich vom rechtlich privilegierten Stadtbürgertum getragen. Vor 1798 lässt sich in der Stadt nur ein einziger Verein nachweisen, der Niedergelassenen nicht nur offenstand, sondern Niedergelassene auch an der Verwaltung beteiligte: die Allgemeine Witwen- und Waisenkasse, die im ersten, im Basler Adressbuch von 1854 veröffentlichten Vereinsverzeichnis als «Aelteste allgemeine Wittwen- und Waisenkasse» figuriert.[7] Wegen ihres gemeinnützigen Charakters und dem Gründungsjahr 1788 dürfte diese Versicherungsgesellschaft aber von Stadtbürgern gegründet worden sein. Vereine, die von Niedergelassenen selbständig gegründet und geleitet wurden, finden sich erst nach 1798. Diese nichtbürgerlichen Vereine verdankten ihre Existenz ausschliesslich der äusserst liberalen Verfassung der Helvetischen Republik (1798–1803).

Die Reformgesellschaften der Schweiz, zu der auch die Basler «Gesellschaft zur Aufmunterung und Beförderung des Guten und Gemeinnützigen» gehörte, folgten Organisationsmodellen, die für die ganze europäische Sozietätsbewegung des 18. Jahrhunderts typisch waren.[8] Charakteristisch für diese Gesellschaften waren Statuten, zur Zeit Iselins «Verfassung» oder «Gesetz» genannt, die die Mitglieder verbindlich auf bestimmte Grundsätze verpflichteten. Anders als in Zürich spielte sich das gesellige Leben der städtischen Oberschicht Basels in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts jedoch nur sehr beschränkt in öffentlichen Räumen ab, die einem grösseren Publikum zugänglich waren. Die Basler Oberschicht traf sich in Privathäusern und organisierte sich in geschlossenen Zirkeln zum geselligen Zusammensein, Musizieren oder Debattieren aktueller Literatur und politischer Tagesfragen. Der private und nach aussen abgeschlossene Charakter dieser gehobenen Geselligkeitsformen erlaubte es auch Frauen, an solchen Anlässen teilzunehmen oder solche als Gastgeberinnen im eigenen Haus zu organisieren. So führte zum Beispiel Salome Geymüller zusammen mit Freundinnen einen literarischen Salon, den auch der junge Isaak Iselin besuchte. In kaufmännischen und der Aufklärung und Reformbewegung nahestehenden Kreisen scheinen Frauen in Basel im privaten Rahmen auch in politische Diskussionen und die praktische Tätigkeit von Gesellschaften einbezogen worden zu sein. Dies legt wenigstens die Schilderung des Iselin'schen Haushaltes im «Denkmal für Isaak Iselin» von Salomon Hirzel von 1782 nahe. Allerdings dürfte auch diese Darstellung Hirzels stark von den für Frauen sehr viel offeneren Verhältnissen in Zürich geprägt sein. In Zürich gab es – im Gegensatz zu Basel – um 1780 bereits eine 1774 gegründete Töchterschule und selbständige Frauengesellschaften.

Die Sozietätsbewegung fasste in Basel im Vergleich mit Zürich oder Bern verhältnismässig spät Fuss (vgl. Tabelle 9, S. 427). Die älteste bis heute nachgewiesene, einem breiteren Publikum offene Gesellschaft war das Collegium Musicum, das 1708 gegründet und 1752 grundlegend reorganisiert wurde.[9] Das Collegium Musicum war auch die erste grössere Gesellschaft mit öffentlichem Charakter. Seine im Winter stattfindenden Mittwochskonzerte wurden öffentlich angezeigt und boten einem grösseren Personenkreis frei zugängliche Veranstaltungen. Jeder, der über das nötige Geld verfügte, konnte sich für eine Saison abonnieren. Ein abonniertes Mitglied hatte das Recht, Familienmitglieder an die Konzerte mitzubringen und Fremde als «Gäste» an einzelne Abende einzuladen. Die Leitung hatte eine Kommission, später «Direktorium» genannt, die die Konzerte organisierte, den Abonnementspreis festsetzte und die Mitgliederliste führte. Die Mittwochskonzerte waren ein wichtiger Treffpunkt für Männer und Frauen aus der städtischen Oberschicht. Sie waren öffentlich, aber sozial doch geschlossene Veranstaltungen. Die Konzertabende standen also den schichtspezifischen privaten Geselligkeitsformen noch sehr nahe. Deshalb war es wohl auch möglich, dass die Mittwochskonzerte in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts – wie die zahlreichen, nicht öffentlich zugänglichen

Zunftstuben und «Kämmerlein» – als Ort für informelle politische Diskussionen dienen konnten und als Drehscheibe für den Austausch von kleinen Druckschriften und politischen Pamphleten.[10] Kleinere, der Sozietätsbewegung zurechenbare Gesellschaften lassen sich in Basel bereits seit 1740 nachweisen. Es bildeten sich alle zwanzig Jahre – ungefähr im Abstand einer Generation – solche kleine Gesellschaften, die jedoch nur in einzelnen Fällen mehr als zwei oder drei Jahre Bestand hatten.

Erst mit der Gründung der GGG 1777 gelang es, einen weiteren Kreis von Stadtbürgern in einem öffentlichen Rahmen und nach von Vereinsstatuten vorgegebenen Regeln in politische Diskussionen und Reformvorhaben zu involvieren. Gleichzeitig mit der GGG entstanden auch die ersten Freimaurerlogen, die sich – wie Isaak Iselin in diesen Jahren – an Zürcher Vorbildern orientierten. Peter Burckhardt-Forcart, Gründungsmitglied der GGG und Schwager von Isaak Iselin, regte 1778 in Zürich die Installation einer Basler Loge an, die sich allerdings bereits 1784 wieder auflöste. Auch andere GGG-Mitglieder gehörten gleichzeitig einer Loge und der GGG an.[11] Im Gegensatz zu den geheimen Freimauerlogen waren die Versammlungen und die Tätigkeit der GGG jedoch öffentlich und allen Interessierten zugänglich. Beiden Gesellschaftstypen ging es aber darum, ihre Mitglieder in festen, verpflichtenden Formen zu organisieren.

Orientierten sich Aufklärer und Freimaurer um 1780 organisatorisch an Zürcher Vorbildern, kamen die Organisationsmodelle der pietistischen Gesellschaften, die sich in Basel gleichzeitig bildeten, aus Deutschland und England. Der «Ausschuss» der Deutschen Christentumsgesellschaft richtete 1783 in Basel ein Zentralsekretariat ein, das die Korrespondenz mit den sogenannten Partikulargesellschaften ausserhalb Basels führte und eine im ganzen deutschen Sprachraum vertriebene Zeitschrift herausgab.[12] Doch während die Mitglieder der GGG an den Vorstands- und Kommissionssitzungen teilnehmen konnten, besassen die zur Christentumsgesellschaft gehörigen lokalen «Versammlungen» in Basel kein Mitspracherecht im «Ausschuss». Die Sitzungen des «Ausschusses» waren auch nicht öffentlich und selbst Mitgliedern der Gesellschaft nicht zugänglich. Von seiner sozialen Zusammensetzung her ist nur der «Ausschuss» der Christentumsgesellschaft dem Mitgliederbestand der GGG vergleichbar. In den pietistischen «Versammlungen» fehlten hingegen die Vertreter der regierenden Oberschicht, aus der sich die Mitglieder der GGG rekrutierten. Dafür erfassten die pietistischen «Versammlungen» ein mittelständisches Publikum und deren Hausangestellte sowie Frauen – soziale Gruppen, die in der GGG nicht vertreten waren.

Bis in die Mitte der fünfziger Jahre des 18. Jahrhunderts entstanden in Basel die zur Reformbewegung gehörenden Gesellschaften nur in universitären Kreisen. Auch die Entstehung des Collegium Musicum ist eng mit der Artistenfakultät verknüpft.[13] Von diesen Gesellschaften war einzig die 1751 gegründete Societas physico-mathematico-anatomico-botanico-medica helvetica, die vom Dekan der Medizinischen Fakultät geleitet wurde,

von nationaler und internationaler Bedeutung. Die Societas beschränkte sich jedoch auf die Herausgabe einer wissenschaftlichen Zeitschrift, und es gab keine Mitgliederversammlungen. Erst mit der Gründung der Offiziersgesellschaft Philostratia 1760 und der Donnerstagsgesellschaft durch Isaak Iselin und Emanuel Wolleb 1759/60 erfasste die Bewegung auch gebildete Kreise ausserhalb der Universität: städtische Beamte, Offiziere und Kaufleute. Aus diesen drei Gruppen der Stadtbürgerschaft rekrutierten sich auch die Basler Logenbrüder und die Basler Mitglieder der Helvetischen Gesellschaft in den siebziger Jahren.

Bei der Gründung der GGG im März 1777 gab es bereits vier andere Gesellschaften in Basel: zwei wissenschaftliche – die Societas physico-mathematico-anatomico-botanico-medica helvetica und die seit 1758 bestehende Societas theologica-philologica –, die Offiziersgesellschaft Philostratia sowie das Collegium Musicum. Die GGG unterschied sich bei ihrer Gründung von ihrer Konzeption her grundlegend von den bestehenden Gesellschaften. Ausser dem Collegium Musicum waren die bestehenden Gesellschaften nicht öffentlich wirksam und nur bestimmten Berufsgruppen zugänglich. Isaak Iselin hatte hingegen die neue Gesellschaft wie ein Bürgerforum gestaltet. Die Versammlungen waren grundsätzlich offen für alle, auch für Nichtmitglieder – wenigstens in Iselins Intention. Stimmberechtigt waren aber nur Mitglieder. Diskussion und Anregung neuer Ideen durch Preisfragen und Prämien standen anfänglich ganz im Vordergrund,[14] nicht die praktische Tätigkeit. Jeder hatte das Recht, anonym Vorschläge einzuschicken, die der Mitgliederversammlung vorgelegt werden mussten. Die bereits von Iselin im Statutenentwurf vom März 1777 vorgesehene «dirigierende Commission» sollte die Vorschläge an die Gesellschaft nur sammeln und vorberaten, die Sitzungen der allgemeinen Mitgliederversammlung vorbereiten und die Arbeit der von der Mitgliederversammlung eingesetzten Kommissionen koordinieren. In den Kommissionen, den eigentlichen Arbeitsgruppen, konnten die im Plenum besprochenen Fragen weiter vertieft und praktische Reformvorschläge entwickelt werden.

Die Funktion der Gesellschaftsorgane und ihre Arbeitsweise erinnern stark an die Verhandlungen im damaligen Grossen Rat und in den vom Grossen Rat eingesetzten «Commissionen». Die Funktion der «dirigierenden Commission», des Vorstandes, ähnelt derjenigen der Ratskanzlei, deren Vorsteher Iselin bei der GGG-Gründung war. Nur die eigentliche Obrigkeit, der von den «Häuptern» präsidierte Kleine Rat, fehlte. Die Entscheidungsgewalt in der GGG lag ausschliesslich bei der Mitgliederversammlung, analog zum Grossen Rat. Alle Wahlen waren geheim nach dem Majorzsystem, Vorschläge konnten anonym hinterlegt werden, und die führenden Positionen waren ausdrücklich nicht auf Lebenszeit vorgesehen, anders als dies damals in Basel bei den Zunftvorständen und allen politischen Ämtern der Fall war. Die revolutionäre Sprengkraft eines solchen Bürgerparlaments, das selbständig an Regierung und Verwaltung vorbei politische und administrative Fragen diskutierte, liegt auf der Hand. Denn

eine «politische Öffentlichkeit» im modernen Sinne gab es in Basel damals noch nicht, da die zahlreichen anonymen Druck- und Flugschriften das Fehlen einer unabhängigen Basler Tageszeitung nicht ersetzen konnten und eine öffentliche Kritik der Obrigkeit als Rebellion angesehen und bestraft wurde. Von den Stadtbürgern war vor der Helvetischen Revolution nur eine winzige Minderheit wahl- und stimmfähig und hatte damit Zugang zu den politischen Entscheidungen im Grossen und Kleinen Rat. In den Räten sassen nur die Mitglieder der Zunftvorstände, die sich selbst ergänzten. Die Zunftmitglieder hatten kein Stimmrecht. Die Sitzungen des Grossen Rates fanden hinter verschlossenen Türen statt. Die Sitzungen des Kleinen Rats waren geheim. Zu den «Kämmerlein» und Zunftstuben hatten nur die Mitglieder Zutritt. Alle Universitätsangehörigen und Geistlichen galten als nicht zunftfähig und waren von der Politik ausgeschlossen.

Deshalb sprach die «Aufmunterungsgesellschaft» 1777 rasch eine bedeutende Zahl von Stadtbürgern an, nicht zuletzt unter den Universitätsangehörigen und Geistlichen. Mit 174 Mitgliedern verfügte die GGG Ende 1777 als erste Gesellschaft über eine politisch relevante Zahl von Mitgliedern, die weite Kreise der gebildeten und das Stadtregiment tragenden handel- und gewerbetreibenden Stadtbürgerschaft erfasste. Die um Iselin seit Beginn der siebziger Jahre entstandene Basler Gruppe der Helvetischen Gesellschaft, etwas weniger als ein Zehntel aller Mitglieder, bildete den harten Kern. Über ähnlich grosse Mitgliederzahlen wie die GGG verfügten um 1780 nur religiöse ausserkirchliche Gemeinschaften wie die in Handwerker- und Gewerbekreisen verankerte Brüdersozietät, deren Mitgliederbestand im Gegensatz zur GGG und zu den anderen Reformgesellschaften aber um 1780 zu fast drei Vierteln aus Frauen bestand. Ähnlich dürfte die Geschlechterverteilung in den schon erwähnten, zur Christentumsgesellschaft gehörenden «Versammlungen» gewesen sein, auch wenn die erhaltenen Mitgliederlisten fast ausschliesslich Männer aufführen.[15] Solche Frauenabteilungen lassen sich in Reformgesellschaften wie der GGG nicht finden. Frauen haben die Reformbewegung zwar mitgetragen, was sich auch für die GGG nachweisen lässt, wurden aber von den Männern nicht in die statutarisch definierte Gesellschaftsorganisation integriert, wie dies in den pietistischen Gesellschaften immer der Fall war. Die zur Brüdersozietät gehörenden Frauen verfügten sogar über eine von der männlichen Sozietätsleitung unabhängige weibliche Leitung.[16]

Bis 1798 gründeten Basler Reformkreise innerhalb der GGG acht «Kommissionen», die sich als Vereine fest etablieren konnten.[17] Ausserhalb der GGG entstanden bis 1787 zwei Lesegesellschaften,[18] eine kurzlebige «Gesellschaft zur Beförderung des Guten» und um 1792 eine «Zinskasse» unter der Leitung von Emanuel Iselin-Wetzel.[19] Zu freien Vereinigungen, die in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstanden, gehörten auch kleine Versicherungsgesellschaften auf genossenschaftlicher Basis. Wohl im weiteren Umfeld der GGG entstand 1777 die älteste, nach dem Prinzip

der Tontine organisierte Witwen- und Waisenkasse, von der wir Kenntnis haben: die «Prediger-Witwen- und Waisenkasse». Iselin präsentierte im Rahmen der GGG 1778 ein ähnliches Projekt für eine Witwenkasse, aber ohne Erfolg.[20] Auch die Einrichtung eines Witwenhauses unter der Leitung der Gesellschaft und die Errichtung einer Sparkasse wurden diskutiert, ausgehend von den Berechnungen des seit 1772 in Petersburg als Sekretär von Leonhard Euler tätigen Basler Mathematikers Niklaus Fuss: *«Sie werden in einem Werke eines unsrer Mitbürger der schon in seiner frühen Jugend seinem Vaterlande Ehre macht und mit Riesenschritten in die Fusstapfen der Bernoulli und der Euler tritt, vielen Stoff zum Nachdenken und zur Anwendung finden. Dieses Werk ist, der Entwurf einer allgemeinen Leihebank, wo nicht nur Capitalien zu gewissen Zinsen so wohl ausgelehnt als angenommen, sondern auch zugleich andre verschiedene Anstalten als Leibrenten, Sterbe- und Witwencassen damit verbunden werden können; berechnet durch Nicolaus Fuss Adjunct der K*[aiserlichen] *Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg, gedruckt bey der keiserl. Akademie d. W. 1776.»*[21] Alle diese bereits in den ersten Jahren des Bestehens der GGG diskutierten Projekte, die später verwirklicht wurden,[22] scheiterten vorläufig an den zu geringen Mitteln der Gesellschaft. Ausserhalb der GGG entstand 1788 die «Allgemeine Witwen- und Waisenkasse». 1795 folgte die «Freiwillige bürgerliche Witwen- und Waisenkasse der Stadt Basel», die nur Personen mit Basler Bürgerrecht zugänglich war.

Auch die pietistische Erweckungsbewegung entwickelte sich in diesem Zeitraum weiter. 1785 wurde die seit 1760 der Brüdersozietät nahestehende Predigerkonferenz wiederbelebt als Reaktion auf die 1780 erfolgte Gründung der Deutschen Christentumsgesellschaft, der sich alle lokalen pietistischen «Versammlungen» ausser der Brüdersozietät angeschlossen hatten. Die personellen Überschneidungen zwischen dem Ausschuss der Christentumsgesellschaft, der Predigerkonferenz und den bis 1798 entstehenden Kommissionen der GGG und den anderen Reformgesellschaften sind zahlreich. Diese Überschneidungen zwischen pietistischen Kreisen und Reformern verstärkten sich in der GGG noch mit der Gründung der Krankenkommission 1783 und der Übernahme des Patronats über die Papiererschule im St. Albantal 1784, deren Gründung vom Basler Kirchenministerium betrieben wurde. Pfarrer Meyenrock zu St. Alban, in dessen Pfarrhaus die Papiererschule untergebracht wurde, war zum Beispiel nicht nur Mitglied der zur Brüdersozietät gehörenden Predigerkonferenz, sondern leitete auch eine der zur Christentumsgesellschaft gehörenden pietistischen Versammlungen.[23]

Für die komplexen lokalen und überregionalen Verflechtungen des Basler Gesellschaftswesens bis zur Französischen Revolution besonders aufschlussreich ist der Fall der «Gesellschaft zur Beförderung des Guten», deren Name auffällig an denjenigen der GGG erinnert.[24] 1785 gehörten fünf Männer zu dieser Gesellschaft, von denen wir aber nur drei mit Namen kennen: Kaufmann Felix Battier-Thurneysen, der mit Johann Heinrich Pestalozzi befreundet war und – wie sein Schwager Jacob Sarasin-Battier

und Pestalozzi – dem Illuminatenorden angehörte; Pfarrer Johann Friedrich Miville-Battier, ein führender Vertreter der pietistischen Kreise, und Apotheker Johann Wernhard Huber-Streckeisen, der zwar aus einer der Basler Sozietät nahestehenden Familie stammte, sich aber – anders als Miville – in den folgenden Jahren vom radikalen Reformer zum überzeugten Revolutionär entwickelte.[25] Die Illuminaten Battier und Pestalozzi arbeiteten mit einer dem Orden nahestehenden Gruppe in Zürich am Aufbau einer Gesellschaft, die auf dem ganzen Gebiet der damaligen Eidgenossenschaft in allen grösseren Orten Lokalsektionen aufbauen wollte. Ziel war, die schweizerische Landbevölkerung besser in die nationale Reformbewegung zu integrieren. Nach einem von Pestalozzi vermittelten ersten Treffen in Basel schloss sich die Basler «Gesellschaft für das Gute» am 1. August 1786 in Olten mit einer Delegation einer Zürcher Gesellschaft zur «Allgemeinen schweizerischen Gesellschaft zur Aufnahme des Guten» mit Sitz in Zürich zusammen. Die Statuten unterschrieben für die Basler Sektion neben Miville und Huber auch der Kaufmann Johann Rudolf Burckhardt(-De Bary)-Rohner «vom Kirsgarten». Die Basler Sektion vergrösserte sich bis Juni 1787 auf 15 Mitglieder. Dann kam es zu einem Streit, und sieben Mitglieder traten wieder aus. Felix Battier musste sich 1789 von der Gesellschaft zurückziehen, als seine Firma Konkurs machte und er deshalb aller bürgerlichen Rechte verlustig ging. Nach 1790 scheint sich die Gesellschaft aufgelöst zu haben.

Der Anklang des Gesellschaftsnamens an denjenigen der GGG kann kein Zufall sein, da alle vier namentlich bekannten Mitglieder sowohl zur GGG gehörten[26] als auch in Beziehung zur Helvetischen Gesellschaft standen.[27] Die Hintergründe der Namensgebung bleiben im Dunkeln, da die bis jetzt bekannt gewordenen Quellen keinen Aufschluss geben. Die Gründung der «Gesellschaft zur Beförderung des Guten» 1785 könnte jedoch in Zusammenhang stehen mit der Spaltung der Basler Reformbewegung nach Iselins Tod.[28] Die Betonung des allgemeinen Guten im Namen – in Basel unmissverständlich auf die GGG bezogen – und die klare Ausrichtung der Gesellschaft auf die politische und ökonomische Förderung der Landbevölkerung könnten darauf hinweisen, dass diese Gesellschaft die nach dem Tod Iselins deutlich werdende Verengung der GGG auf städtische und stadtbürgerliche Anliegen kritisierte und diese Verengung begrifflich mit dem Wort «gemeinnützig» verband:

> *Die Gesellschaft, um sich die Erfüllung ihres Vorhabens zu erleichtern, verschaft sich Eingang und Zutritt bey den bedürftigen Volksclassen, durch zwekmässige Wohlthätigkeit. Verunglückte Kranke, Arme, welche bey allen gutgesinnten Menschen anerkannten Anspruch auf Mitleiden und thätige Barmherzigkeit haben sind kein eigentlicher Vorwurf* [Gegenstand] *ihrer Unterstützung* [...] *Sie, deren Zwek mehr dahin geht, die Glükseligkeit der menschlichen Gesellschaft im allgemeinen zu befördern, als die individuelle Übel einzelner Personen zu lindern, unterstützt vielmehr um der Dürftigkeit, dem Elend und Laster zuvorzukommen,*

Fleiss, Berufstreue, Verdienst und den Nahrungsstand einzelner Familien und Personen in schwierigen Fällen. Sie sucht Industrie und zwekmässige nuzliche Beschäftigungen allgemein zu machen, müssigen Händen Arbeit und Verdienst zu verschaffen, junge Bürger, die ihre Kunst wohl verstehen, anzusezen, Ordnung und häusliche Tugend in anvertraute Familien zurückzuführen, braven Töchtern zu einer Aussteuer zu verhelfen u.s.w.[29]

Die Zusammensetzung der «Gesellschaft zur Beförderung des Guten» zeigt, wie eng Freimaurerlogen, pietistische Gesellschaften und aufklärerische Reformgesellschaften auf lokaler und überregionaler Ebene personell verhängt waren. Johann Friedrich Miville-Battier, der am 1. August 1786 als «Kanzler» für diese Gesellschaft die Statuten unterschrieb, war 1784 zum Pfarrer an der Elisabethenkirche gewählt worden, einer Filialkirche der Münstergemeinde. Miville war Pietist und unterstützte die Deutsche Christentumsgesellschaft. Nach seiner Wahl zum Pfarrer gliederte sich Miville jedoch mit Erfolg auch in die lokale Reformbewegung ein. 1785 beteiligte er sich nicht nur an der Gründung der «Gesellschaft für die Beförderung des Guten», er wurde auch Mitglied der GGG[30] und nahm 1785 und 1786 als Gast an den Versammlungen der Helvetischen Gesellschaft in Olten teil. 1786 wurde er von den GGG-Mitgliedern in die Kommission zur Verdingung junger Handwerker gewählt, im selben Jahr auch Vorstandsmitglied der GGG sowie 1788 deren Vorsteher. Zusammen mit Johann Wernhard Huber gehörte er 1787 zu den Gründungsmitgliedern der Allgemeinen Lesegesellschaft, in der sich vor der Helvetik die radikalsten Reformer und alle an einer grundlegenden Bildungsreform interessierten Kreise Basels sammelten. 1795 wurde er Mitglied der von der GGG neu gegründeten Ökonomischen Gesellschaft und 1796 trat er der Asketischen Gesellschaft in Zürich bei. Dieses vielfältige Beziehungsnetz brachte Miville schliesslich in der Helvetik zusammen mit seinen akademischen Qualifikationen 1800 die Wahl zum Rektor des Gymnasiums ein.

Der Ausbruch der Helvetischen Revolution störte dieses Neben- und Miteinander der Reform- und der Erweckungsbewegung nicht. Vertreter der Erweckung finden sich sowohl im revolutionär gesinnten als auch im antirevolutionär gesinnten Lager. Wichtiger als die religiösen Überzeugungen scheinen bei der Entscheidung für oder gegen die Revolution die soziale Herkunft gewesen zu sein: Vertreter der wohlhabenden regierenden Handwerker- und Gewerbekreise, die zur Brüdersozietät gehörten wie der spätere Bürgermeister Martin Wenk-Linder, entschieden sich eher gegen die Revolution, während akademisch gebildete Personen wie Johann Friedrich Miville und Johann Wernhard Huber und Vertreter der Handels- und Fabrikantenkreise wie der Theologe und Kaufmann Johann Lucas Legrand sich eher der revolutionären Partei anschlossen. Innerhalb der Herrenhutischen Gesellschaften in der Stadt und auf dem Land kam es zu Spaltungen entlang ständischer Grenzen: Die von Handwerker- und

Gewerbekreisen dominierte Stadtsozietät vertrat eher die Interessen der «altgesinnten» Stadtbürger, während Mitglieder der Gesellschaften in den Dörfern sich der Revolutionspartei anschlossen.

Die personellen Überlappungen zwischen kirchlichen, pietistischen und aufklärerisch-reformerischen Kreisen hatten auch institutionelle Gründe. Junge Theologen, die noch keine Pfarrstelle hatten, waren verpflichtet, als Schullehrer und Vikare zu arbeiten. Das Schul- und Bildungswesen und die Armenfürsorge, die zwei Hauptarbeitsgebiete der GGG, gehörten beide in den Zuständigkeitsbereich der Kirche und der Kirchgemeinden und wurden von Pfarrern verwaltet. Auf dem Land vertraten die Pfarrer in den Landgemeinden auch die Obrigkeit und nahmen Verwaltungsfunktionen wahr. Die meisten Pfarrer stammten aus dem gewerblichen Mittelstand und besassen deshalb einen starken familiären Rückhalt in den Handwerker- und Gewerbekreisen. Da gerade unter den jüngeren Kirchenmännern sich viele der zur Brüdersozietät gehörenden Predigerkonferenz anschlossen, standen eine grosse Zahl der städtischen Schullehrer und viele Landgeistliche und Vikare zwischen 1780 und 1800 in enger Verbindung mit der Brüdersozietät oder wurden um 1800 von der auf dem Land einsetzenden Erweckungsbewegung erfasst wie Niklaus von Brunn-Preiswerk, der 1798 die Revolution auf der Landschaft unterstützte. Gerade diese jüngeren erweckten, zum Teil in einer ersten Phase sogar revolutionär gesinnten Geistlichen waren an einer Schulreform lebhaft interessiert.

Weder Isaak Iselin noch andere leitende Mitglieder der GGG traten vor der Helvetik für eine Trennung von Kirche, Armenfürsorge und Schulwesen ein. Reformbemühungen in diesen Bereichen liessen sich nur in Zusammenarbeit mit Vertretern der Kirche realisieren. Deshalb stellte die Gesellschaft bereits im Gründungsjahr den Kontakt zum Basler Ministerium und zu Antistes Emanuel Merian-Merian her, um ihre «Aufmunterungsprämien» unter den Schülern und Schülerinnen der Gemeindeschulen in der Stadt verteilen zu lassen.[31] Wie empfindlich obrigkeitliche Behördenvertreter auf private Interventionen reagieren konnten, zeigte sich bei der obrigkeitlichen Zeichnungsschule, als nach Iselins Tod – Iselin war Mitglied der Inspektion gewesen – eine solche Kontaktnahme mit der Inspektion seitens der GGG offenbar unterblieben war und die Bemühungen der GGG-Mitglieder als Einmischung in die Rechte der Inspektionsmitglieder missverstanden wurden: *«Da M*[ein] *H*[ochgeehrter] *G*[nädiger] *H*[err] *Dreyerherr Münch angebracht, dass wider die Gesellschaft allerhand Anmerkungen gemacht worden, als ob sie sich nemlich in die Obrigkeitl. Zeichnungsschule zu viel eingemischt, und dabey die 4 Louis d'ors, die sie in der Gesellschaftsgeschichte des vergangenen Jahrs, als an dieselbe Schule verwandt angegeben, niemals entrichtet habe, so achtet die dirigierende Commission für guth der Gesellschaft anzurathen, Hrn Deputierten zur Zeichnungsschule zu ersuchen, gütigst darüber einen Bericht abzustatten, um an gehörigem Orte die Ehre der Gesellschaft von den gemachen Vorwürfen desto besser retten zu können.»*[32] Die Gesellschaft setzte in der Folge ihre Prämienzahlungen an begabte Schüler der obrigkeitlichen Zeichnungsschule aus.

Zwischen den Kommissionen der GGG, vor allem der 1783 von der GGG gegründeten, aber formal selbständigen Krankenkommission, die von weiten Kreisen der Stadtbürgerschaft getragen und finanziert wurde, und kommunalen und kirchlichen Behörden bentstanden bis zur Helvetik enge personelle Verbindungen. Da sich in den kommunalen Behörden in der Revolutionszeit vor allem die antirevolutionär gesinnte Stadtbürgerschaft sammelte, während die radikalen Reformer sich für den neuen Zentralstaat engagierten oder die politischen Forderungen der Landbevölkerung umzusetzen suchten, wurden die Kommissionen der GGG in dieser Zeit von antirevolutionär und antihelvetisch gesinnten Stadtbürgern dominiert, die sich in die von der Helvetik geschaffenen kommunalen Selbstverwaltungsorgane zurückzogen. Dadurch näherte sich die GGG damals als Ganzes der Bürgergemeinde der Stadt an.

Dies erklärt auch, weshalb sich die GGG in Basel, anders als andere Reformgesellschaften, während der Helvetik und Mediation nicht auflöste, sondern weiter arbeitete. Es bildeten sich sogar drei neue Kommissionen zwischen 1800 und 1804, die die Arbeit der Krankenkommission ergänzten: die Kommission zur Spinnanstalt und die Kommission zur Halblein- und Packtuchfabrikation, die arbeitslosen Einwohnern Erwerbsmöglichkeiten anboten, sowie die Kommission zur Suppenanstalt, die armen Familien die Kosten für Brennholz abnehmen und Mahlzeiten zu besonders günstigen Preisen anbieten sollte. Dank der während der Helvetik entstandenen engen Anbindung der GGG und ihrer Kommissionen an die kommunalen und kirchlichen Strukturen konnte die GGG 1804 im Stadtrat und im Grossen Rat eine Reorganisation des kommunalen Armenwesens anstossen. Die Allgemeine Armenanstalt wurde geschaffen und dem zur Stadtgemeinde gehörenden Armenkollegium unterstellt. Die Krankenkommission und die aus ihr bis 1804 entstandenen Kommissionen der GGG wurden dem Armenkollegium angegliedert und so Teil der kommunalen Verwaltung. Die GGG unterstützte die Krankenkommission weiter finanziell und war durch einen Delegierten in ihr vertreten.

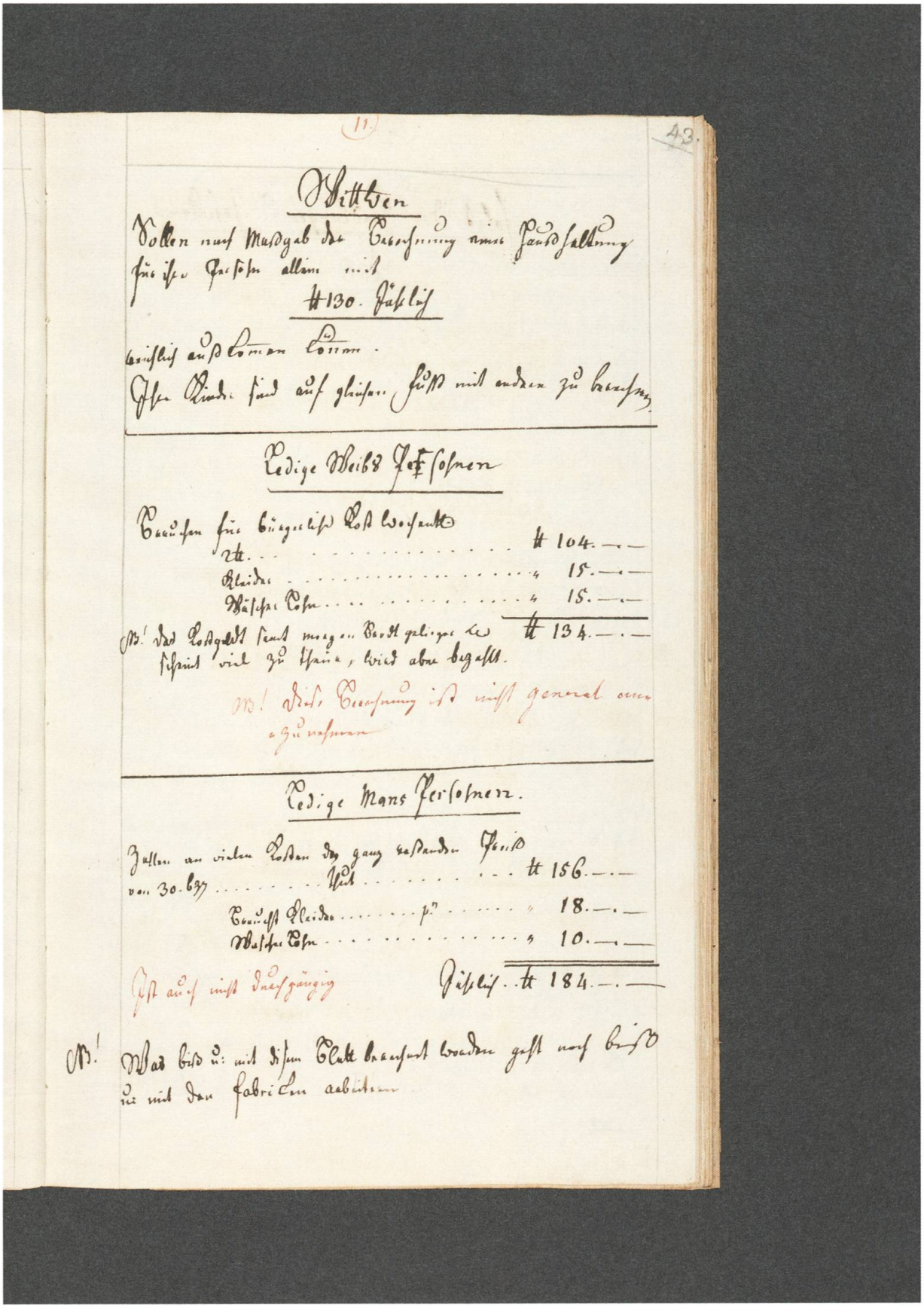
Von den genannten bis 1798 gegründeten Gesellschaften überdauerten ausser der GGG und ihren Kommissionen die 1787 gegründete Lesegesellschaft, die drei Witwen- und Waisenkassen sowie die Deutsche Christentumsgesellschaft und die zur Brüdersozietät gehörende Predigerkonferenz die Revolutionszeit. Es gibt aber auch Hinweise, dass sich revolutionär gesinnte Kommissionen der GGG verselbständigten oder revolutionär gesinnte Mitglieder neue Gesellschaften gründeten. Die jüngste Gründung der GGG, die Ökonomische Gesellschaft von 1795, trennte sich in der Revolutionszeit von der Muttergesellschaft.[33] 1799 entstand eine Literarische Gesellschaft, die enge Verbindungen zur Literarischen Gesellschaft in Luzern pflegte, von deren Existenz wir nur aus den Protokollen der GGG wissen.[34]

Das Wachstum der GGG setzte sich nach dem Zusammenbruch der Helvetischen Republik 1803 ungemindert fort (vgl. Tabelle 9, S. 427). In einer ersten Phase kam es, wie schon beschrieben, zu der Eingliederung der mit der Armenfürsorge befassten Kommission der GGG in eine neu geschaffene kommunale Behörde, die Allgemeine Armenanstalt. Diese Entwicklung setzte in der Gesellschaft neue Kräfte frei. Besonders aktiv waren nach 1804 die Reformkreise, die die Revolution unterstützt hatten. Sie konzentrierten sich – wie in der Kantonspolitik – auch innerhalb der GGG auf Bildungsprojekte in der Stadt. 1807 entstand das Direktorium der Leseanstalt für die Jugend, aus dem sich die heutigen Allgemeinen Bibliotheken der GGG entwickelten. 1809 folgte die Kommission für die Gesangschule, die sich um die Verbesserung des Gesangunterrichts an den Basler Schulen bemühte, und 1812 gelang endlich die Gründung einer Töchterschule, die 1777/78, 1781/82 und 1788/89 gescheitert war. Auch die an der Armutsfrage interessierten Kreise innerhalb der GGG beschritten 1809 neue Wege mit der Eröffnung der Zinstragenden Ersparniskasse, die nach dem Vorbild der seit 1805 bestehenden Zürcher Ersparniskasse organisiert wurde und eine ältere, bereits 1792 von einem GGG-Mitglied gegründete «Zinskasse» ersetzte, die wegen Veruntreuungen ihres damaligen Verwalters 1809 fallierte, aber offenbar gerettet werden konnte.[35] Die 1819 abgeschlossene Revision der Statuten dokumentierte schliesslich alle seit 1779 erfolgten Veränderungen im inneren Geschäftsgang der Gesellschaft, ohne jedoch an der Grundstruktur formal etwas zu verändern.

Parallel zur Entwicklung in der GGG entstanden auch neue «Tochtergesellschaften»[36] der Christentumsgesellschaft. 1804 bildete sich die Bibelgesellschaft, 1812 gelang im zweiten Anlauf die Gründung einer Traktatgesellschaft, und 1815 folgte die Missionsgesellschaft. 1808 entstand auch erneut eine Freimaurerloge, die sich aber im Unterschied zu den älteren Gründungen nicht an Deutschland, sondern an Frankreich orientierte und von einer Berner, nicht einer Zürcher Loge installiert wurde. Als neuer Vereinstyp lassen sich für 1802 ein Feldschützenverein, der sich im Adressbuch von 1862 erstmals mit diesem Gründungsjahr unter den «vaterländischen Vereinen» eintragen liess, und für 1806[37] oder 1807[38] das Kämmerlein zum Verein im Gesellschaftshaus[39], im heutigen Café Spitz, nachweisen. Dieser Verein wurde von Kleinbasler Gewerbekreisen und städtischen Beamten getragen und bot seinen Mitgliedern Tanzveranstaltungen, Musikanlässe sowie eine kleine Bibliothek an und eine grosse Auswahl an Zeitungen und Zeitschriften.[40] Politisch dürfte es sich um den Gegenpart zur von Fabrikanten und Universitätsangehörigen dominierten Lesegesellschaft auf dem Münsterplatz und zur Konzertgesellschaft handeln.

Auch nach 1804 finden wir unter der GGG und ihren Kommissionen, den Logen und den pietistischen Gesellschaften personelle Überschneidungen, zum Beispiel in der Person des Pfarrers der französischen Kirche Jean Henri Ebray, der zur Bibelgesellschaft gehörte, die Bemühungen der GGG um den Französischunterricht mittrug und 1808 zu den

[Abb. 43]



11.

43.

Wittben

Wollen nach Massgab der Berechnung unsrer Landsleuthen
für ihre Personen allein mit

₶ 130. Jährlich

baarlich auskommen können.
Ihre Kinder sind auf gleiche Weis mit andern zu berechnen.

Ledige Weibs Personen

Brauchen für bürgerlich Kost Wohnung	
Etc.	₶ 104.—
Kleider	15.—
Wäsche Lohn	15.—
	₶ 134.—

NB! Das Kostgeld kann mag an Orth gelegen es
scheint viel zu thun, wird aber bezahlt.

NB! Diese Berechnung ist nicht general genug
genommen

Ledige Mans Personen.

Zallen an vielen Orthen der ganz Kostenden Preis	
von 30. bis Pfd.	₶ 156.—
Braucht Kleider p.a.	18.—
Wasche Lohn	10.—
	Jährlich ₶ 184.—

Ist auch nicht übergängig

NB! Was sind die mit diesem Etat bekannt werden gesetzt noch bitte
sie mit den Fabriken anzuhören

[43] Berechnungen von Jacob Sarasin zu den minimalen Lebenskosten einer Witwe, einer ledigen Frau und eines ledigen Mannes, die er im Auftrag der «Armen-Commission» der GGG 1786 anstellte, um die Höhe der Unterstützung für «Bedürftige» bestimmen zu können.

Gründungsmitgliedern der neuen Basler Loge zählte. Innerhalb der GGG und ihrer Kommissionen war das Nebeneinander rivalisierender stadtbürgerlicher Gruppen weiter möglich, da sich die unterschiedlichen Gruppen in selbständigen Kommissionen unabhängig voneinander organisieren konnten. Innerhalb des regierenden Stadtbürgertums kam es 1810/11 jedoch zu einer heftigen Konfrontation zwischen den von Deputat Peter Ochs-Vischer angeführten Althelvetikern und der pietistischen Brüdersozietät. Das Vorgehen von Deputat Ochs richtete sich weniger gegen die Brüdersozietät als solche als gegen eine antirevolutionär gesinnte Gruppe der Stadtbürgerschaft, die die Sozietät damals leitete.[41] Das Kräfteverhältnis zwischen den Reformkräften und den «Altgesinnten» veränderte sich nach 1812 mit dem Zusammenbruch des Napoleonischen Kaiserreiches schlagartig. Die Reformbemühungen der Althelvetiker gerieten jedoch nicht nur aus politischen Gründen ins Stocken. Die für die Bevölkerung in Stadt und Kanton durch Krieg, Krankheit und wirtschaftliche Not schweren Jahre zwischen 1813 und 1817 brachten religiös eine ganz eigenartige Stimmung hervor, nicht nur unter den «Erweckten», die das Ende der Welt nahe glaubten. Es erstaunt deshalb nicht, dass in diesen Jahren ausschliesslich «fromme» Gründungen nachzuweisen sind, deren Tätigkeit teilweise auch von Althelvetikern wie Peter Ochs-Vischer unterstützt wurden.

Erst 1817/18 veränderte sich mit der Wirtschaftslage langsam auch die allgemeine Stimmung. Die vor 1813 begonnene Reform des höheren Schulwesens kam in diesen Jahren zu einem Abschluss. Reformkreise versuchten Projekte wiederaufzunehmen, die durch die Helvetische Revolution und die Napoleonische Herrschaft unterbrochen worden waren. 1817 entstand die Naturforschende Gesellschaft, die die Tradition der 1787 erloschenen Societas physico-mathematico-anatomico-botanico-medica helvetica in neuer Form wieder aufnehmen wollte. Auch die GGG versuchte mit der 1818 einsetzenden Unterstützung des Landwirtschaftlichen Vereins des Kantons Basel die durch den Ausbruch der Revolution 1798 unterbrochene Arbeit der 1795 gegründeten Ökonomischen Gesellschaft wiederzubeleben. Der 1821 entstandene Zofingerverein in Basel wollte an die Tradition der Helvetischen Gesellschaft anknüpfen und gab sich in den ersten Jahren sehr revolutionär.[42]

3.2.1 Die wichtigsten Gründungen der GGG bis zum Ende der Mediation

> *Dank seys der edeln Begierde nützlich zu seyn, die unter unsern Dächern (vielleicht noch mehr als wir selbst glauben) wohnet, dass eine solche Gesellschaft so geschwind hat heranwachsen und zu einiger Stärke gelangen können.*[43]

In den ersten zwei Jahrzehnten der Geschichte der GGG vor der Helvetik (1798–1803) ist die Nähe zu den nationalen und lokalen Reformprojekten Isaak Iselins gut spürbar. Die Gründung der GGG war Teil von Iselins

[Abb. 44]

[44] Kolorierte Lithographie des Barfüsserplatzes vor 1821, von der heutigen Falknerstrasse aus Richtung Steinenvorstadt, gezeichnet von Maximilian Neustück. Links vom niederen Wasserturm das Almosengebäude, rechts davon der höhere Eselsturm der inneren Stadtbefestigung, die damals den Barfüsserplatz noch von der Steinenvorstadt trennte. Zwischen Eselsturm und Almosengebäude befand sich die Knabenschule, im Parterre des hohen Gebäudes vor dem Wasserturm die Mädchenschule. Unter diesem Gebäude und dem Wasserturm verlief der Birsig.

Neuausrichtung innerhalb der Helvetischen Gesellschaft, als er sich zu Beginn der siebziger Jahre aus dem Vorstand dieser Gesellschaft zurückzog und sich zusammen mit den anderen Basler Mitgliedern dem Aufbau einer lokalen Sektion zuwandte. Die inhaltliche Ausrichtung der GGG, der neuen Lokalsektion der Helvetischen Gesellschaft, und ihre ersten Aufrufe und Gründungen wuchsen direkt aus der politischen Tätigkeit Iselins als Ratsschreiber und Publizist heraus. Iselin versuchte mit seinen engsten politischen Freunden einerseits Vorschläge umzusetzen, die von der im Februar 1775 eingesetzten Deputation zur Verbesserung der Basler Armenpflege in deren im Februar 1777 veröffentlichten «Bedenken der Herren Deputierten wegen den Armenanstalten» vorgeschlagen worden waren; andererseits ging es ihm um die Unterstützung der im Mai 1779 geschaffenen Schulkommission, an deren Debatten Iselin nicht nur von Amts wegen teilnahm, sondern sich auch mit einer persönlichen Stellungnahme, dem «Versuch eines Bürgers über die Verbesserung der öffentlichen Erziehung in einer republikanischen Handelsstadt», ausserhalb der Räte beteiligte und damit eigentlich gegen die ihm vom Amtseid auferlegte neutrale Haltung verstiess.

Da die GGG eine öffentliche Anerkennung ihrer Reformschulen anstrebte, musste sie in ihren eigenen Mädchenschulen Geistliche als Lehrer akzeptieren, die während ihrer Kandidatenzeit verpflichtet waren, in den Gemeindeschulen zu unterrichten. Das Schulwesen in der Stadt und auf der Landschaft war der Kirche unterstellt, auch wenn die Schulinspektoren in der Stadt vom Rat gewählt wurden. Erst das Schulgesetz von 1817 verschob die Zuständigkeit in den städtischen Schulen endgültig auf die neuen, während der Mediation geschaffenen staatlichen Behörden. Auch in der Armenpflege war eine enge Zusammenarbeit mit der Kirche unumgänglich, da die Gemeindepfarrer die Aufsicht über die in ihrem Kirchspiel wohnenden Armen hatten, in der Stadt und auf der Landschaft. Sie hatten die nötigen Bescheinigungen auszustellen, die Arme und Kranke vorweisen mussten, um Leistungen der städtischen Armenanstalten beanspruchen zu können.

Nach dem Zusammenbruch der Helvetischen Republik 1803 wurden in der Mediationszeit für die GGG die Kontakte zur 1799 gegründeten Hilfsgesellschaft in Zürich wichtig. Die Neugründungen nach 1804, nach der Gründung der von der GGG angeregten Allgemeinen Armenanstalt, orientierten sich alle an Zürcher Vorbildern: die Jugendbibliothek 1807, die Zinstragende Ersparniskasse und die Kommission für Gesang und Orgelspiel 1809, die Töchterschule 1812 und das Neujahrsblatt 1819. Da Zürcher Kreise 1810 auch massgeblich an der Gründung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG) beteiligt waren, sind in diesen Gründungen auch die Anfänge der Beziehungen der GGG zur SGG zu suchen,[44] die jedoch sehr lange von der GGG nicht formalisiert wurden. In den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts gab es in Basel nur eine kleine, von der GGG unabhängige Sektion der SGG um Christoph Bernoulli-Paravicini.

3.2.2 Unterstützung obrigkeitlicher Schulen und eigene Schulgründungen bis 1798

Im Dezember 1781 feierte die GGG die ersten fünf Jahre ihres Bestehens und stellte im Rückblick auf das erste «lustrum» fest: *«Die erste und angelegentlichste Sorge der Gesellschaft war die Erziehung und Verbesserung derselben, wie viele Mühe sie daran gewandt, wie viele Berathschlagungen deswegen gehalten worden, ist denen Herren am besten bekannt, welche unsere Zusammenkünfte öfters mit Ihrer Gegenwart beglücket; und wann schon nicht alle unsere Wünsche haben ausgeführt werden können, wann schon so viele vortreffliche Vorschläge wegen Nebenumständen unterblieben sind, und andere wiederum aus Mangel der Schüler aufgegeben worden; so zeugen doch die von der Gesellschaft errichteten Schulen, die vielen in der Stadt und auf dem Land sowohl unter Lehrende als Lernende ausgetheilten vortrefflichen Bücher, die Belohnungen welche sie an fleissige und geschickte Landschulmeister gesandt, und die Summen welche die Gesellschaft in verschiedenen Schulen zur Belohnung und Aufmunterung der fleissigen Schüler verwandt; wie angelegen derselben jederzeit gewesen nützliche Menschen, rechtschaffenen Bürger und fleissige, verständige Haussmütter zu bilden.»*[45]

Tatsächlich galten die ersten praktischen Reformbemühungen der GGG unmittelbar nach der Konstitution der Gesellschaft im Juni 1777 der Verbesserung der Grundschulen, vor allem für Knaben und Mädchen der Unterschicht in der Stadt und auf der Landschaft, der Schaffung einer Mittelschule für Mädchen und der Verbesserung der beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten für Knaben und Mädchen aus unbemittelten Familien. In allen Bereichen waren Mädchen stark benachteiligt. Die schulische und berufliche Ausbildung von Mädchen und jungen Frauen fand, wenn überhaupt, mehrheitlich im privaten Bereich von Haus und Familie statt, wo sie keiner öffentlichen Aufsicht unterlag. Da es keine allgemeine Schulpflicht gab, der Unterricht in den Gemeindeschulen nicht unentgeltlich war und keine arbeitsrechtlichen Bestimmungen existierten, die Kinderarbeit verboten und ausreichende Entlohnung der Erwachsenenarbeit vorschrieben, mussten sehr viele Kinder bereits im Grundschulalter arbeiten.

Armenpflege und Bildungsreform waren inhaltlich eng miteinander verknüpft, da Iselin und sein Kreis in der sogenannten «Armenerziehung», das heisst der Verbesserung der praktischen und theoretischen Bildungsmöglichkeiten für Kinder aus der städtischen und ländlichen Unterschicht, ein wichtiges Instrument sahen, um die Armut zu beseitigen.[46] Im «Vorbericht» zu der von der GGG 1780 veröffentlichten «Sammlung einiger bey der Aufmunterungsgesellschaft in Basel, im Jahre 1779, eingekommenen Schriften» stellte Iselin fest: *«Wie mehr wir indessen den Quellen der Armuth und alles menschlichen Elendes durch ihre traurigen Irrgänge nachforschen werden, so werden wir endlich zu einer allgemeinen kommen, aus der sie alle herfliessen: die versäumte oder verfehlte Erziehung der Jugend in allen Ständen. So lang man in den öffentlichen Anstalten den einen und vielleicht den grössten Theil der Kinder gar vernachlässigt, und die andern nichts lehrt als ein wenig Latein, so sie bald*

vergessen werden, und wenige fruchtlose Kenntnisse, von denen das meiste das gleiche Schicksal haben wird: so lang kann man sich nur von denjenigen Verbesserung versprechen, deren Eltern bemittelt genug sind, die Mängel der öffentlichen Erziehung durch häuslichen Unterricht zu ergänzen.»[47]

Da im bestehenden obrigkeitlichen Schulsystem eine berufsnahe Ausbildung fehlte, forderte Isaak Iselin auch hier Reformen. Er regte deshalb schon 1763 die Gründung einer obrigkeitlichen Zeichnungsschule an und setzte sich – vergeblich – für die Schaffung einer berufsorientierten Realschule ein. Er sah aber auch in der besseren Ausbildung von Mädchen, den Müttern zukünftiger Generationen, eine zentrale Aufgabe der Armenerziehung. In seinen späten Schriften verallgemeinerte er diese Einsicht und betonte allgemein die Rolle der Mütter in der frühkindlichen Erziehung. Er forderte, die Erziehung von Mädchen und kleinen Knaben ganz dafür ausgebildeten Frauen zu überlassen,[48] was sich allerdings zu Iselins Lebzeiten und bis zur Mediation in Basel nur im privaten Bereich umsetzen liess.

Die öffentliche Diskussion um die Reform des Basler Schulwesens drehte sich in den Entscheidungsgremien immer nur um die Ausbildung der Knaben. Im «Gesetz über die öffentlichen Lehr-Anstalten in Basel» vom 18. Juni 1817, das die von Iselin und seinen Freunden 1760 begonnene Schulreform abschloss, lesen wir im ersten Teil, Abschnitt A: Gemeinde-Schulen, Paragraph 1: «Bestimmung derselben»: *«Die Gemeinde-Schulen haben die Bestimmung, den Knaben, welche nach zurückgelegtem fünften Lebensjahr in dieselben aufzunehmen sind* [...].»[49] Auch der weitere Text spricht nur von Knaben, obwohl es separate Gemeindeschulen für Mädchen in der Stadt Basel seit dem 16. Jahrhundert gab.[50] Letztlich regelte das Gesetz das schulische Curriculum derjenigen männlichen Schüler, die die Universität besuchen sollten. Iselins Postulat einer mehr berufsorientierten Ausbildung der Mittelschüler war hingegen nicht Gegenstand des Gesetzes. Die Mädchenbildung wurde nicht einmal erwähnt. Die Funktion einer berufsorientierten Realschule übernahm die 1796 von der GGG gegründete Zeichnungsschule, die zwischen 1808 und 1814 zu einem dreijährigen Kursus ausgebaut und seit 1813 in enger Zusammenarbeit mit der neugegründeten Basler Künstlergesellschaft geführt wurde. Seit 1779 förderte die Gesellschaft zudem die Kenntnisse des Französischen bei unbemittelten Gymnasiasten, Studenten und Lehrlingen mit der Einrichtung eines französischen Sprachkurses.[51] Aber auch diese GGG-Schulen waren nur für Knaben. Umso bemerkenswerter ist die von Deputat Peter Ochs-Vischer 1819 veranlasste Verstaatlichung der von der GGG 1812 gegründeten Töchterschule, der ersten öffentlichen Mittelschule für Mädchen in Basel überhaupt.

Gerade die Vernachlässigung der Frauenbildung durch die Regierungsbehörden erleichterte es jedoch der GGG in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens, sich mit der Verbesserung der Schulung und Ausbildung von Mädchen zu befassen. Sie verletzte damit keine obrigkeitlichen Privilegien[52] und mit der Förderung der Berufsausbildung von Mädchen auch keine Zunftprivilegien. Nur die Oberaufsicht der Kirche über die Schulen

und das Armenwesen musste die Gesellschaft respektieren. Neben der guten Verankerung von Isaak Iselin in der Verwaltung und den Räten war deshalb auch sein gutes Verhältnis zu Antistes Emanuel Merian-Merian, den Iselin persönlich sehr schätzte und für einen der besten Prediger Basels hielt,[53] von strategischer Bedeutung für die Versuche der GGG, die Mädchenbildung und die Armenerziehung allgemein in der Stadt Basel zu verbessern. Die von der GGG 1779 speziell für Mädchen geschaffenen Näh- und Flickschulen gerieten erst in eine Krise, als ein staatliches Gesetz 1823 den Besuch der Grundschulen für alle Kinder, Mädchen und Knaben, für obligatorisch erklärte.

Als die GGG 1777 ihre Reformbemühungen im Schulbereich aufnahm, gab es in der Stadt Basel vier obrigkeitliche Knaben- und zwei Mädchenschulen, je eine Knabenschule in jeder der vier Kirchgemeinden[54] und je eine Mädchenschule im Gross- und im Kleinbasel. Die Kinder im Waisenhaus wurden in einer eigenen Schule unterrichtet. Bereits die ungleiche Zahl der Knaben- und Mädchenschulen in den Kirchgemeinden verdeutlicht die Benachteiligung der Mädchen. Diese Schulen wurden allerdings nur von Kindern besucht, die das Schulgeld bezahlen konnten. Vermögende Familien liessen ihre Kinder zu Hause von Privatlehrern unterrichten, bis die Knaben ins Gymnasium eintreten oder eine Handels- oder Berufslehre beginnen konnten, während die Mädchen ins Welschland in ein Pensionat geschickt wurden. Eine Mittelschule für Mädchen, eine «Töchterschule», gab es in Basel nicht. Knaben, die ein Handwerk erlernten, konnten neben der Lehre die 1763 auf Anregung von Iselin gegründete obrigkeitliche Zeichnungsschule besuchen. Sehr viele Kinder besuchten jedoch nur die sogenannte Sonntagsschule, den von der Kirche vorgeschriebenen Religions- und Konfirmationsunterricht. Seit 1769 gab es aber für arbeitende Kinder im Grundschulalter in wechselnden Lokalen zu St. Theodor im Kleinbasel, zu St. Peter und zu Barfüssern sogenannte gemischte, unentgeltliche Armen- und Fabrikschulen, deren Gründung ebenfalls Iselins Initiative zu verdanken ist. Sie waren auf Bitte des Kleinen Rates von der Kirchenleitung eingerichtet worden und unterstanden der direkten Aufsicht der Gemeindepfarrer.[55] Diese Schulen bestanden auf Zusehen immer auf ein Jahr und hatten ein reduziertes Unterrichtsprogramm. Um den in den Fabriken arbeitenden Kindern den Besuch zu ermöglichen, fand in den vier Sommermonaten der einstündige Unterricht von sechs bis sieben Uhr morgens vor Beginn der Fabrikarbeit, in den übrigen Monaten während der Mittagspause von 11 bis 12 Uhr statt. Der Besuch der Fabrikschulen war aber schlecht.[56] Dies war die Ausgangslage, als die GGG im Juni 1777 mit ihrer Tätigkeit begann.

Eine der ersten Massnahmen der neugegründeten Gesellschaft war es, den Eltern, die ihre Kinder in die Armen- und Fabrikschulen schickten, eine Geldbelohnung auszusetzen. Eine gleich nach der konstituierenden Sitzung vom 1. Juni gedruckte Flugschrift meldete, dass diese Gelder *«an Hrn Obristpfarrer Hochwürden* [Antistes Emanuel Merian-Merian] *eingehändigt»*

worden seien *«mit der Bitte, dass die Herren Vorsteher dieser Schulen* [die Gemeindepfarrer von St. Theodor, St. Peter und St. Leonhard] *solche zu seiner Zeit unter die Eltern derjenigen Kinder, welche diese Schulen am fleissigsten besucht haben werden vertheilen und dass sie die zu diesem Ende nöthigen Anweisungen den Lehrern dieser Schulen geben möchten».*[57] Diese Prämien wurden in den städtischen Armenschulen solange verteilt,[58] bis die GGG 1784 das Patronat der Papiererschule im St. Albantal übernahm, die im Pfarrhaus von St. Alban am Mühleberg 12 untergebracht war, da diese Kinder *«durch ihre gewöhnlichen Arbeiten verhindert werden, die aus hochobrigkeitlicher Milde gestifteten Armenschulen zu besuchen».*[59] Mit der Einrichtung dieser Schule weitete das Kirchenministerium den von der Regierung 1769 erteilten Auftrag auf eine besonders benachteiligte Gruppe von Fabrikkindern aus und vertraute die Inspektion der Schule einer von der GGG gewählten Kommission an. Als nach der Einrichtung der Allgemeinen Armenanstalt 1804 im Klingental eine Armenarbeitsanstalt mit einer Schule für die dort arbeitenden Kinder eingerichtet wurde, setzte die Gesellschaft auch Prämien für die fleissigsten Schüler und Schülerinnen dieser Fabrikschule aus.

Geldpreise wurden laut der Flugschrift vom 1. Juni 1777 auch den Inspektoren des Bürgerlichen Waisenhauses übergeben, zudem wurde eine Kommission eingesetzt, die im Dezember 1777 die begabtesten Schüler der obrigkeitlichen Zeichnungsschule prämieren sollte.[60] Seit 1778 zahlte die Gesellschaft aber auch einer Jungfer Euler, der Waisenkinder vom Waisenamt in Pflege gegeben worden waren, wiederholt für ihre vorbildliche Erziehung der ihr anvertrauten Kinder eine Gratifikation von 1 Louis d'or: *«Da der Gesellschaft angezeigt worden, dass eine Jungfer Euler hinder der Krone, die unter ihrer Besorgung habende Waisenkinder vorzüglich sorgfältig erziehe, reinlich, christlich und recht mütterlich besorge, so wurde selbiger in Bezeugung des Wohlgefallens und zu fernerer Aufmunterung 1. neue Louis d'or zuerkannt.»*[61]

Auch um die Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten unbemittelter Handwerkersöhne bemühte sich die GGG von Anfang an. In einem öffentlichen Aufruf mit dem Titel «Verfügung vom 3. Augustmonat 1777»[62] bat die Gesellschaft, Berufe zu nennen, die es in der Stadt noch nicht gebe oder die besonders förderungswürdig seien und sich mit Vorschlägen bei einer vierköpfigen Kommission zu melden.[63] Gleichzeitig erging folgende Einladung an unbemittelte Eltern: *«Die Gesellschaft lässt daher diese Verfügung zu dem Ende und mit der fernern Nachricht kund machen, dass solche Bürger, welche sich oder ihren Kindern Lust und Fähigkeit hingegen nicht genugsame Mittel oder Anleitung finden einen in obbeschriebenem Fache einschlagenden Beruf zu erlernen sich bey den genannten vier Herren Deputierten oder Einem derselben anmelden und ihr Vorhaben umständlich eröfnen können, da sie sich nach genommener Berathschlagung alles Unterrichts zu Ausführung desselben und auch würklicher Unterstützung und Beyhülfe nach Befinden der Umstände und ihrer Kräfte zu erfreuen haben sollen.»*[64] Aus dieser bereits im August 1777 bestehenden Kommission entwickelte sich die 1781 wiederbelebte[65] und 1786 reorganisierte Kommission zur Verdingung junger Handwerker.

Diese Reorganisation führte zu einer Einengung der Tätigkeit auf die Vermittlung von Lehrstellen für unbemittelte Knaben mit Basler Bürgerrecht.[66] Die neugewählte siebenköpfige Kommission[67] pflegte enge Verbindungen zum Waisenhaus, da viele ihrer Mitglieder aus politisch einflussreichen Kleinbasler Handwerkerfamilien stammten. Eine dominante Persönlichkeit in dieser neu konstituierten Kommission war zum Beispiel der zur Herrnhuter Brüdersozietät gehörende Gerbermeister und spätere Bürgermeister Martin Wenk-Linder. Offenbar standen hinter der Reorganisation soziale und weltanschauliche Gegensätze. Denn im Februar 1782 hatten Mitglieder dieser Kommission die Anstellung eines Geometrielehrers für Handwerkslehrlinge erreicht. Diese «geometrische Schule» wurde von einer vierköpfigen Kommission beaufsichtigt, deren Mitglieder alle zum radikalen Flügel der Basler Reformbewegung gehörten.[68] Aus diesem Geometrieunterricht für Lehrlinge entwickelte sich die 1796 gegründete Zeichnungsschule der GGG im Markgräflerhof,[69] die seit 1813 von der GGG in Zusammenarbeit mit der neugegründeten Basler Künstlergesellschaft geführt wurde. Im Mai 1788 tauchte schliesslich anonym der Vorschlag auf, eine Knabenrealschule einzurichten. Der Vorschlag gedieh bis zur Wahl einer Studienkommission und der Veröffentlichung eines Projektentwurfs in den «Wöchentlichen Nachrichten».[70] Von Anfang an standen diesem Vorhaben aber Bedenken im Wege, die schon Iselins Bemühungen seit 1760 zunichte gemacht hatten. Erst mit der Reorganisation der Zeichnungsschule im Markgräflerhof 1828 zu einer allgemeinen Gewerbeschule konnte die schon von Iselin geforderte berufliche Realschule eröffnet werden.

Parallel zu den Bemühungen, die Berufsausbildung von Knaben zu verbessern, bemühte sich die Gesellschaft auch, mittellosen Mädchen zu einer beruflichen Ausbildung und den elementarsten Schulkenntnissen zu verhelfen.[71] In der Sitzung vom 3. August 1777 wurde der Vorschlag diskutiert, Mädchen in den Wintermonaten gegen Lohn das Wollspinnen beizubringen, um sie vom Strassenbettel fernzuhalten.[72] Dieser erste Versuch, Mädchen aus der Unterschicht eine einfache praktische Ausbildung in einer freiwilligen Armenarbeitsanstalt zu geben, war jedoch wenig erfolgreich, obwohl Abel Merian und mehrere Kaufleute in enger Zusammenarbeit mit Waisenvater Faesch, der die Waisenkinder im Wollspinnen anleitete, abzuklären versuchten, *«ob und wie weit eine öfentliche Anstalt zur Hülfe der Armuth einzurichten wäre, wobey anzumercken wäre dass die Gesellschafft hauptsächlich zu Wissen verlangt ob mit einer Ausgabe von 15 od. höchstens 20 N*[eue]*L*[ouis]*d'ors eine Anzahl armer Kinder von der Zahl von 12. bis 24. entwed. semmentlich in einer dazu angewiesenen Stube oder in zerschiedene Quartiere untertheilt die verschiedene Wintermonathe hindurch mit genugsamer Arbeit zu ihrer Nahrung u. daher könnte beschäftiget werden».*[73]

Erst Pfingsten 1778 konnte der Betrieb der kleinen Anstalt unter der Aufsicht einer dreiköpfigen Kommission mit sieben oder acht anstatt der zwölf vorgesehenen Mädchen aufgenommen werden:[74] *«Ihr täglicher Lohn wird auf 6×.* [6 Kreuzer] *bestimmt u soll dabey gesorgt werden dass diese*

Arbeit sie nicht an der Besuchung der Schulen hintere. Zu besserer Aufmunterung werden 2. N[eu]*th*[a]*l*[e]*r aussgesetzt die am Ende der Probe-Zeit in 3. unterschiedliche Preisse sollen an die fleissigsten u lobenswerthesten aussgetheilt werden.»*[75] Die Kommission musste bereits Ende 1778 zum Abbruch des Versuchs raten, da die Quantität und die Qualität der gesponnenen Wolle nicht ausreichend war[76] und der erhoffte erzieherische Effekt ausblieb, weil *«viele kein halbes Pfund täglich spinnen folglich ihren Lohn nicht verdienen, und wenn ihnen etwas abgezogen werde, so bleiben sie gar zu Haus, wozu Unfleiss, Liederlichkeit und Ungezogenheit komme, so dass der Hofnung nicht entsprochen werde»*[77] Die Anstalt wurde deshalb am 11. Februar 1779 wieder aufgehoben.[78]

Mit mehr Erfolg hatte sich die Gesellschaft um die zwei Mädchenschulen der Stadt bemüht. Das Anerbieten von Magister Georg Holzach-Holzach, Lehrer an der Mädchenschule zu Barfüssern,[79] *«den fleissigsten Töchtern seiner Mägdleinschule um die Gebühr eine ausserordentlichen Stunde im Schön- und Rechtschreiben und hauptsächlich im Rechnen zu geben»*,[80] wird erstmals im Protokoll vom 2. November 1777 erwähnt.[81] In der Sitzung vom 14. Dezember 1777 beschloss man *«eine Probe von einem halben Jahr zu machen u*[nd] *Ihre Hochwürden Herr Anthistes zu ersuchen dessentwegen mit Ihme* [Holzach] *zu veranstalten, dass eine Stunde bey Tag dazu bestimmt werden* [...] *auch Ihne zu bethen nebst Herrn Candidat* [Abel] *Merian die Aufsicht darüber zu übernehmen»*.[82] Dafür wurden von der Gesellschaft 2 ¼ Louis d'or festgesetzt.[83] In der Sitzung vom 21. Dezember 1777 wurde zudem vorgeschlagen, die besten Schülerinnen der beiden städtischen Mädchenschulen mit Geld und Büchern zu prämieren und auch den Lehrern Gratifikationen zukommen zu lassen.[84]

Ende 1778 entstand eine zweite Rechenschule für Mädchen im Kleinbasel, die von Magister Johann Jacob Schneider[85] geführt wurde und der Aufsicht einer eigenen Kommission unterstellt war, deren Entwicklung in den Protokollen aber weniger gut dokumentiert ist als diejenige im Grossbasel.[86] Die Rechenschule im Grossbasel wurde im Januar 1780 eingestellt, weil sich trotz der Zulassung von Töchtern von Nichtbürgern[87] nur noch fünf Schülerinnen gemeldet hatten, die von Candidat Johannes Frey, seit 1773 Lehrer am Gymnasium,[88] noch bis Ende 1780 unterrichtet wurden. Wir kennen sogar ihre Namen: *«1) Maria Magdalena Heusler am Spalenberg; 2) Rosina Fäsch am Spitalsprung; 3) Dorothea Helbing im Margräfler Hoof; 4) Anna Maria Tschientschi an der Webergas; 5) Hans Jörg Wipfers Tochter zu St. Martin.»*[89] Im Grossbasel ersetzte seit Februar 1779 die neu eröffnete Nähschule die Rechenschule. Ähnlich dürfte es der Rechenschule im Kleinbasel ergangen sein, als im Februar 1780 die zweite Nähschule im Kleinbasel eingerichtet wurde.

Der Vorschlag, eine Nähschule zu errichten, findet sich erstmals im Protokoll vom 13. Dezember 1778 erwähnt. Im Januar 1779 lag bereits ein detailliertes Gutachten vor, das vorschlug: *« Wenn nämlich der Herr Obergeistliche* [Antistes Emanuel Merian] *jedes der vier Kirchspiele ersucht würde, drey junge Töchtern ehrlicher unvermögender Eltern vorzuschlagen, welche zwölf junge*

Mägdlein sodann an einen gemeinsamen Ort zu einer Näherinn, die bereits Schule hält, geschickt und in dem Nähen wol underwiesen würden; dieser Unterricht könnte unsres Ermessens auch das noch mit vielem Nutzen beygefügt werden, wenn zum Besten eben diser Töchtern ein fähiger Mann wie z. E[xempel]. *H*[err] *M*[agister Johann Jakob] *Schneider* [Lehrer an der Mädchenschule im Kleinbasel] *ersucht würde, die Mühe über sich zu nemen, und zweymal in der Woche sich nach diser Schule zu begeben und daselbst in einer eignen Stunde disen Töchtern gesunde Religionsbegriffe und das Nöhtige aus der Rechenkunst mitzutheilen: für beide Unterrichte könnte sodann von diser Gesellschaft ein billiges Lehrgeld* [dem Lehrer] *bezalt werden.»*[90] Man beschloss jedoch, die «Töchter», das heisst Mädchen von 12 und mehr Jahren, zunächst nur im Nähen zu unterrichten, und beauftragte eine vierköpfige Kommission, eine fähige Näherin als Leiterin und Lehrermeisterin zu finden.[91]

Die Kommission kam in ihrem Bericht an der Versammlung vom 28. Februar 1779 aber auf den ursprünglichen Plan zurück. Ein Schreib- und ein Religionslehrer sollten den Unterricht – eine Stunde täglich – in Gegenwart der Lehrmeisterin in deren Wohnung erteilen. Für vier Schreib-, Lese- und Rechenstunden sowie zwei Stunden Sittenlehre sollten sie einen anständigen Lohn erhalten. Iselin erklärte sich bereit, *«seine geäusserten vortreflichen Gedanken über diesen letzteren Unterricht der SittenLehre etc. schrifflich zu erteilen, welche den*[n] *dem dazu angenommenen Lehrer vor Allem zur Richtschnur seines Unterrichts dienen sollte»*, und entwarf die «Anweisung für die Lehrer in der auf Unkosten der Aufmunterungsgesellschaft in Basel errichteten Nähschule».[92] In der Vorstandssitzung vom 8. April 1779 berichtete die Kommission, dass die Nähschule *«mit 12 Töchtern würklich angefangen, von Herrn Cand.* [Johannes] *Frey* [...] *mit einer schönen und schiklichen Rede eröffnet worden seye».* Der Religionslehrer Frey, selbst aktives GGG-Mitglied, hatte seinen Lohn der Diskretion der Gesellschaft überlassen, während der Schreib- und Rechenlehrer Märklin für vier Wochenstunden mit 60 Dukaten pro Jahr entschädigt wurde, und die Näherin, die die Mädchen anleitete, Frau Scherbin, mit 80 Dukaten und der Aussicht auf eine Gratifikation von 15 bis 20 Dukaten.[93] Im Februar 1780 eröffnete die Gesellschaft im Kleinbasel eine zweite Nähschule, nachdem zuvor erfolgreich eine Subskription in den «Wöchentlichen Nachrichten» veranstaltet worden war.[94]

Die Förderung der weiblichen Berufsausbildung hatte jedoch ihren Preis. Um die erste Nähschule einrichten zu können, war das Projekt einer Töchterschule zurückgestellt worden, das besonders Gerichtsherr Jacob Sarasin-Battier ein grosses Anliegen war: *«Wegen der Töchterschule ist nach reiffer Ueberlegung der dazu verordneten Commission erkannt worden, dass ein ähnliches Institut bey unsern jetzigen Umständen und Sitten entweder noch nicht thunlich oder schon unnöthig wäre, auch die Kräffte der Gesellschaft weit übersteigen würde und eine Aufforderung an die weitere Wohlthätigkeit des Publicums übel möchte aufgenommen werden* [nach der Subskription für die zweite Nähschule].»[95] Sarasin hatte bereits am 3. Juli 1777 den Antrag gestellt, eine

Töchterschule zu gründen.[96] Nachdem Antrag und «Erläuterungen» von Jacob Sarasin und der Bericht des Vorstandes vier Wochen im Laden von Buchhändler Flick zur Einsicht für alle Interessierten deponiert worden waren,[97] wurde am 14. Dezember 1777 eine siebenköpfige Kommission unter dem Präsidium von Antistes Merian-Merian gewählt.[98] Diese kam aber mit ihren Beratungen nicht von der Stelle. Schliesslich entschied die allgemeine Mitgliederversammlung vom 28. Februar 1779, das Projekt zugunsten der Nähschule vorläufig zurückzustellen, und begründete diesen Entscheid ausführlich im gedruckten Jahresbericht.[99]

Mehr Erfolg war dem zweiten Gründungsversuch beschieden. An der Sitzung vom 15. Juni 1780 meldete der Seckelmeister, dass Peter Ochs-Vischer der Gesellschaft 25 neue Louis d'or zur freien Verfügung geschenkt habe. Daraufhin wurde diskutiert, *«ob nicht der Vorschlag einer Töchterschule mit einigen nötigen Abänderungen könte und sollte wieder aufgegriffen werden»*.[100] Dreierherr Friedrich Münch(-Duvoisin)-Thurneysen schrieb im Auftrag der Gesellschaft nach Zürich, wo schon eine solche Töchterschule bestand, und nach langwierigen Verhandlungen sagte schliesslich eine Frau Speisegger, eine Schaffhauserin, im Dezember 1780 zu, die Leitung zu übernehmen, sodass die Töchterschule für Mädchen zwischen 11 und 14 Jahren im Frühjahr 1781 eröffnet werden konnte:

> *Zum Beschluss der disjährigen Verrichtungen hat die Gesellschaft noch das Vergnügen anzuzeigen, dass das schon so lange im Werk seyende Projekt wegen Errichtung einer Töchterschule endlich einmahl zur Würklichkeit gedeyen wird, da bereits eine Persohn sich presentiert hat, nahmens Frau Speissekerin von Schafhausen, die alle die besten Eigenschaften zur Lehrerin eines solchen Instituts besitzt, und die bis Fassnachten hier eintreffen wird. Die Gesellschaft gibt ihr nebst freyer Wohnung jährlich 20 neue Louisd'or, und garantiert ihr noch für einige Incerta. Dagegen wird sie in dem Nachmittag eine Anzahl von höchstens 5 Töchtern, die ihr die Gesellschaft nennen wird, gratis zu unterrichten haben, die Vormittage aber behaltet sie frey, um gegen Bezahlung bemittelten Töchtern mit ihrem Unterricht dienen zu können. Herr Dreyerherr Münch wird nebst Herrn Gerichtsherr Bernoully jünger, und Herrn Emanuel Walther Merian, die Direction über dieses Institut übernehmen, und Se. Hochwürden Herr Antistes sind, ebenfalls ersucht worden, es mit dero gütigen Aufsicht zwu beehren. Herr Dreyerherr Münch hat bereits den Plan über diese neue Anstalt bekandt gemacht, um E. E. Publiko und besonders zärtlich sorgenden Müttern das Vergnügen zu gewähren, von ihrem Endzweck und von ihrem Nutzen näher unterrichtet zu werden.*[101]

Da die zahlenden Privatschülerinnen ausblieben und sich auch für die von der GGG subventionierten Plätze zu wenig Schülerinnen meldeten, musste die erste Basler Töchterschule jedoch im Dezember 1782, nach Ablauf des Vertrags mit Lehrerin Speisegger, wieder geschlossen werden, aus Kostengründen:[102] *«Vor allen Dingen wurde der Fond der Gesellschaft in Betrachtung gezogen, der dann nach dem Détail, den* [Kassier] *H. Doctor* [Peter] *Ochs davon*

gegeben, so befunden worden, dass der Gesellschaft nicht anzurathen wäre, sich zu dieser Ausgabe von ohngefehr 26 L[ouis]*d*[o]*rs zu verpflichten, da ohnehin zuerwarten, dass die Anzahl der Mitglieder der Gesellschaft in dem künftigen Jahr mehr ab als zunehmen wird; u: die Töchterschule unter der Fr. Speissegger sich, allem Anschein nach, nicht zu einem den Ausgaben angemessenen Grade emporschwingen kann, auch die Geometrische Schule das Ihrige erfordern wird. – Doch schlägt dirigierende Commission der Gesellschaft vor, der Fr. Speissegger das Anerbieten zu thun, wenn sie 8 bis 10 Töchtern Unterricht in der französischen Sprache und im Schreiben geben wolle, so wolle ihr die Gesellschaft, nebst freyer Wohnung, für jeden Monat eine neue Louisd'or zukommen lassen. Übrigenes aber solle ihr die Einrichtung ihrer Schule u. die Annahme zahlender Schülerinnen freygelassen werden.»*[103]

Anstelle der Töchterschule wurde 1783 eine dritte Nähschule im Grossbasel eröffnet,[104] und im Oktober 1784 übernahm die Gesellschaft die von der Kirche im St. Albantal gegründete gemischte Papiererschule, die von Fabrikkindern besucht wurde.[105] Es wurde auch vorgeschlagen, Mädchen aus der obrigkeitlichen Arbeitsanstalt den Besuch der Nähschulen zu gestatten: *«Ward angebracht, dass bey der obrigkeitlich eingerichteten ArbeitsAnstalt oft Elteren Mädchen von 12 bis 14 Jahren zur Arbeit bringen, welche weder im Lesen u Schreiben erfahren noch in der Religion underrichtet seyen. Da nun diese mit gutem Gewissen nicht können aufgenommen werden, es auch hart wäre sie gänzlich ungetröstet abzuweisen; also wird bey Löbl. Gesellschaft des G u G angefragt, ob man den Herren Deputirten dieser Anstalt nicht die Erlaubnis ertheilen wollte, in jeder der 3 Nähschulen nach Befinden der Umstände ein Mädchen auf ihre Unkosten zu senden, welches also den Unterricht im Schreiben etz u der Religion mit den anderen geniessen könnte?»*[106] Dies wurde aber von der zuständigen Kommission verweigert. Solche Versuche, allen zugängliche Schulen zu schaffen, scheiterten immer wieder an den Standesgrenzen, was sich besonders am sozialen Ausschluss der Fabrikarbeiter und ihrer Kinder zeigte. Erst die Einführung des Schulobligatoriums erzwang erste Schritte in diese Richtung.

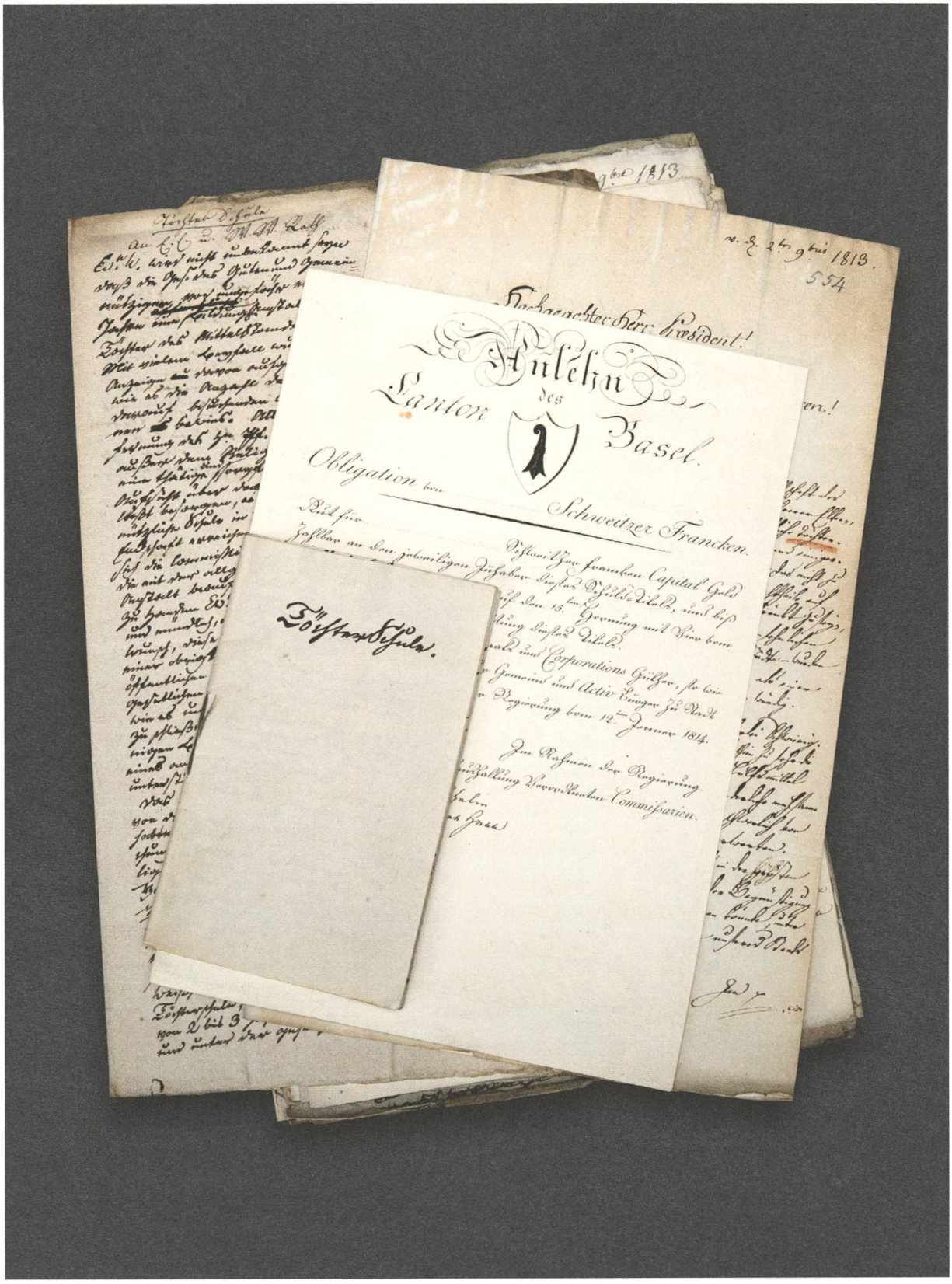
Aus den Nähschulen entwickelten sich auch erste Versuche mit Kleinkinderschulen im Jahre 1785: *«Da auch vielfaltig wahrgenommen worden, dass Mädchen, welche für diese Schulen noch zu jung sind, von schlechtdenkenden Eltern unter allerley Vorgeben zum Gassenbettel angezogen werden, so hat die Gesellschaft gutbefunden, den Herren Deputirten zu den Nähschulen den Auftrag zu ertheilen, solche Kinder bey bekannten Schulfrauen im Lesen und Schreiben unterrichten zu lassen. Wir hoffen hiedurch dem Vorwand solcher Eltern, dass blos ihr Unvermögen Schuld an der vernachlässigten Erziehung ihrer Kinder sey, vorzubeugen, und für die Nähschulen besser gebildete Schülerinnen zu erhalten.»*[107] Dies wurde aber bald aufgegeben.[108] Auch ein zweiter Versuch im Oktober 1787, Kinderstuben einzurichten *«zur Erleichterung armer Mütter»*,[109] hatte nicht mehr Erfolg. Zwar beschloss man im Januar 1788, zunächst nur in einem Quartier der Stadt damit einen Versuch zu machen[110] und setzte im März eine Kommission ein, bestehend aus drei führenden Mitgliedern der Krankenkommission,[111] aber dann fanden sich keine Eltern, die ihre Kinder in diese Wartestube geben wollten.[112]

Einen dritten Anlauf, eine Töchterschule unter dem Titel einer Nähschule mit Französischunterricht zu eröffnen, musste 1788 ebenfalls aufgegeben werden. Die Initiative dazu war im Juli 1786 von Walter Merian, Wirt zum Wilden Mann, ausgegangen, als Jacob Sarasin-Battier Vorsteher der GGG war. Diese «französische Nähschule» wurde im März 1787 eröffnet und einer dreiköpfigen Aufsichtskommission unterstellt.[113] Die Schule konnte sich aber nicht halten, da die Schulleiterin Madame Pihan mangels Schülerinnen zu wenig verdiente.[114] Eine Mittelschule für Mädchen analog zu den ersten Klassen des Gymnasiums zu schaffen, gelang vor der Helvetik nicht mehr. Nach der Gründung der Zeichnungsschule für Knaben im Januar 1796 versuchte die Gesellschaft im darauffolgenden Mai, mit der Eröffnung der Flick-, Verstech- und Spinnschule eine «höhere» Nähschule für grössere Mädchen zu schaffen. Sie schloss sich an den zweijährigen Grundkurs in einer der drei schon bestehenden Nähschulen an.[115]

Erst 1812 während der Mediationszeit gelang die Gründung einer Töchterschule, weil zu diesem Zeitpunkt genügend Familien des oberen Mittelstandes und der Oberschicht bereit waren, ihre «Töchter» ausser Haus in einer öffentlichen Schule erziehen zu lassen und das dafür nötige Schulgeld zu bezahlen. Sie stand unter der Leitung einer dreiköpfigen Kommission,[116] wurde bald von etwa hundert Schülerinnen besucht und erhielt, dank der Unterstützung von Deputat Peter Ochs-Vischer, rasch staatliche Unterstützung. Die Regierung übernahm 1814 probeweise in Gemeinschaft mit der GGG die Leitung der Anstalt bis zur vollständigen Verstaatlichung der Schule 1819. Nach Rücktritt des ersten Vorstehers der Schulkommission, Pfarrer Andreas LaRoche-Eckenstein, gehörten der Kommission nur noch Personen an, die die Schul- und Universitätsreform von Peter Ochs-Vischer aktiv unterstützten.

In den Bemühungen der GGG, die Mädchenbildung zu verbessern, liegen auch die Wurzeln der von der GGG 1867 eröffneten Allgemeinen Musikschule. Im August 1787 wurde erstmals vorgeschlagen, in den Nähschulen das Singen einzuführen,[117] und im Oktober probeweise auf 3 Monate bewilligt: *«als Herr Gerichtsherr* [Hieronymus] *Bernoully*[-Respinger] *berichtete: Die Lehrerinnen liessen sichs theils gefallen eine Stunde oder zweyen von ihren Nähstunden theils am Donnerstag oder Sonnabend eine zu offerieren, in welcher die Töchteren könnten singen lernen; und dass für einen Lehrer in der Person des Herrn Candidat* [Johann Jacob] *Hug*[118] *gesorgt wäre, wozu auch Frau Brandmüllerin ihren Sohn den Organisten im Waysenhaus empfehle.»*[119] Ziel war es, den Kirchengesang zu verbessern. Die Aufsicht wurde der Kommission zu den Nähschulen übergeben.[120] 1792 wurde die wöchentliche Singstunde von einer auf zwei Stunden erhöht, weil – wie der Vorsteher meldete – *«sich im kl*[einen] *Basel bey 20 Töchtern gemeldet, die Lust und Eifer bezeugen an dem Unterricht im Singen Antheil zu nehmen, welchen Er auch bisshin Zutritt erlaubt; findet aber dass bey dieser Anzahl eine Stunde wöchentlich zu wenig sei und haltet an zwey Stunden geben zu lassen».*[121] Gleichzeitig wurde beschlossen, ein «Rudimentum der Vocalmusic» von Gesanglehrer Candidat Georg Emanuel

[Abb. 45



[45] Da die von der GGG 1812 gegründete Töchterschule von Anfang an mit Unterstützung der staatlichen Behörden rechnen konnte und bereits 1819 verstaatlicht wurde, finden sich heute nicht nur im GGG-Archiv Akten zur Geschichte der Schule vor 1819, sondern auch in den staatlichen Akten unter dem Betreff «Erziehung». Diese Akten setzen bereits im Jahre 1813 ein und enthalten auch Unterlagen zum damals noch privaten Schulbetrieb. Deutlich sichtbar ist die Urkunde der staatlichen Anleihe, die die dauerhafte Gründung der Schule erst ermöglichte.

Vest, Singmeister am Alumneum und Sänger im Collegium Musicum[122] sowie Gesanglehrer an den Nähschulen, auf Kosten der Gesellschaft drucken zu lassen.[123]

1794 sollte die Singstunde an den Nähschulen wegen schlechten Besuchs wieder abgeschafft werden, der Beschluss wurde aber offenbar von der Kommission zu den Nähschulen nicht durchgeführt.[124] Im Dezember 1796 tauchte erstmals die Idee einer «allgemeinen Singstunde» für alle Basler Schulen auf. Die praktische Umsetzung wurde der Kommission zu den Nähschulen überlassen.[125] Im Juni 1797 meldete die Kommission, die Singstunde für Mädchen laufe jetzt wieder gut, und äusserte den Wunsch, eine Singstunde für Knaben einrichten zu dürfen. Die dirigierende Kommission empfahl eine Probe von sechs Monaten mit 12 oder 24 Knaben und ersuchte die Kommission, *«mit Herrn Ratsherr Sägeser zu reden, wie um den Mangel an tüchtigen Cantoren abgeholfen, eine Singstunde für Erwachsene zu errichten wäre».*[126] Unter der Leitung von Ratsherr Segesser etablierte sich die allgemeine Singstunde zuerst gut, musste dann aber 1803 mangels Schülern «einstweilen» eingestellt werden.[127] Man suchte in der Kommission aber weiterhin nach Wegen, den Kirchengesang in Basel durch Förderung des Chorgesangs an den Schulen zu verbessern. 1806 prämierte die Gesellschaft Schullehrer Scherb für eine freiwillig gehaltene, unentgeltliche Singstunde.[128] Im Februar 1809 endlich konnte die Kommission für Gesang und Orgelspiel (bis 1812 musikalische Kommission oder Musikkommission genannt) gegründet werden,[129] die aber über Jahre Mühe hatte, einen geeigneten Lehrer zu finden, weshalb sie mit ihrer Arbeit nicht recht vorankam. Der erste Bericht über die Tätigkeit der Kommission im Jahresbericht von 1810 ist deshalb symptomatisch: Die Gesellschaft *«errichtete durch Vermittlung ihrer aufgestellten MusikKommission, die Singschulen im Klingenthal* [in der Fabrikschule der Arbeitsanstalt], *im Gymnasium und Barfüsser-Platz, wovon erstere noch unterhalten, beide letzteren aber verflossenen Sommer, wegen besondern Rücksichten, wieder aufgehoben werden mussten. Blieben diese Versuche jedoch nicht ohne Nutzen für die Unterrichteten, so hat sich dem ungeachtet die Gesellschaft hinlänglich überzeuget, dass dadurch für den Hauptzweck wenig gethan worden, und nur insofern ein erfreulicher Erfolg sich erhoffen*[130] *liesse, als ein lückenloser methodischer Unterricht unternommen, von einem talentvollen Lehrer geleitet, und diesfallige Vorkehrungen unsrer Gesellschaft, durch persönliche und pekuniäre Mitwirkung hiesiger MusikFreunde unterstützt würden.»*[131] Erst als es 1820 zu einer Vereinbarung zwischen dem Erziehungsrat und der GGG kam, sich die Kosten der Anstellung eines Gesanglehrers zu teilen, der die Schüler am Gymnasium und die Schülerinnen an der Töchterschule und den Nähschulen der GGG unterrichten sollte, gelang es, mit Ferdinand Laur einen Lehrer zu gewinnen, der sich nicht nur in den folgenden Jahren grosse Verdienste um das Basler Musikleben erwarb, sondern 1824 auch den Basler Gesangverein gründete.

3.2.3 Die Krankenkommission und die Gründung der Allgemeinen Armenanstalt 1804

Die Bekämpfung des Gassenbettels und Fragen der Armenpflege gewannen nach den schrecklichen Hungerjahren 1770 und 1771 in Basel an politischer Aktualität, aber auch damit verbundene Missbräuche: nicht der Armen, die immer unter Generalverdacht standen, sondern der regierenden Familien. Regierungsmitglieder und Grossräte stärkten ihre politische Machtbasis unter der Stadtbürgerschaft, indem sie ihrer Klientel sogenannte «Ratssteuern» verschafften: *«Seit dem Jahr 1740 hatten sich die Rathssteuern sehr vermehrt* [...]. *Die Rathssteuern waren ausserordentliche Allmosen, die der Rath den Bürgern austheilen liess* [...]. *Es herrschet hierinn ein grosser Missbrauch. Die Rathssteuern sind ein Mittel die Stimmen der Räthe und Gross-Räthe, an deren Verwandte lebenslängliche Pensionen zuerkannt werden, zu gewinnen.»*[132] Zwischen 1771 und 1773 beschäftigte sich erstmals eine vom Rat eingesetzte Kommission mit den steigenden Ausgaben der Staatskasse und den missbräuchlichen «Ratssteuern», ohne Erfolg, wie Peter Ochs in seiner «Geschichte von Stadt und Landschaft Basel» berichtet. Das Problem der «Ratssteuern» wurde 1775 erneut von einer vom Rat eingesetzten Kommission aufgegriffen, deren Gutachten im Februar 1777 vom Basler Kleinen Rat unter dem Titel: «Bedenken der Herren Deputierten wegen den Armenanstalten» veröffentlicht wurden.[133] Der Missbrauch, der mit den «Ratssteuern» getrieben wurde, diente den Deputierten als Anlass, um gerechtere, sparsamere und rationalere Kriterien für die Austeilung der «Armensteuern» zu entwickeln, die nicht von den regierenden Räten allein kontrolliert werden konnten.

Das von Isaak Iselin redigierte «Bedenken»[134] analysierte deshalb nicht nur die verschiedenen Ursachen der Armut.[135] Es war ihm auch *«um wirksame und solche Mittel zu thun, die man sogleich ergreiffen und ins Werk setzen»* könne, um die Missbräuche abzustellen und eine rationellere Organisation der bestehenden Armenbehörden zu erreichen.[136] Der Regierung empfahl das «Bedenken»: *«Es sollten sichs daher UNSERE GNÄDIGEN HERREN EINES E*[HRWÜRDIGEN] *WOHLWEISEN RATHS zum Gesetz machen, keine Steuern zu ertheilen, ohne den Bittenden einer genauen Untersuchung zu unterwerfen.»*[137] Das bisherige Verfahren, dass die Petenten Bescheinigungen ihres Gemeindepfarrers vorzulegen hätten, sei ungenügend: *«Die Verweigerung der Scheine würde ihnen* [den Pfarrern] *die bittersten Vorwürfe zuziehen, und wenn es allein auf sie ankäme, sie vielen Unbeliegigkeiten* [sic] *aussetzen.»*[138] Die Deputierten schlugen deshalb vor, die Prüfung der Anträge für die sogenannten «Ratssteuern» dem in jeder der vier Kirchgemeinden vorhandenen Kirchenbann zu überlassen.[139]

Hatte das 1777 veröffentlichte «Bedenken» wie schon der vorhergehende Kommissionsbericht von 1775 keine politischen Konsequenzen, wurden die darin geäusserten Ideen und Vorschläge von der im Juni 1777 gegründeten Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige unter der Leitung

von Isaak Iselin weiterverfolgt.[140] Im August 1778 wurde anonym vorgeschlagen, mittels einer Preisfrage an die Öffentlichkeit zu treten und ein Preisgeld von 18 Dukaten auf die beste Antwort auf folgende Fragen auszusetzen: *«Durch was für Mittel kann eine wohlthätige Gesellschaft nach Masgabe grösserer und kleinerer Kräfte, am besten die gegenwärtigen Armen auf eine Weise unterstützen und erleichtern, dass dardurch die Quellen der Armuth für die Zukunft geschwächt werden? UND: Wie kann die Wohlthätigkeit gegen die Armen sowol von Seite des Staats als der Privatpersonen auf eine Weise ausgeübt werden, dass die Fortpflanzung der Armuth und der Hang zum Betteln ehender gehemmt als befördert werde?»*[141] Den ersten Preis erhielt Johannes Frey-Faesch, Lehrer an einer der Nähschulen, der Iselin damals sehr nahestand.[142] Zusammen mit zwei anderen Einsendungen wurde der Text im Januar 1780 mit einem «Vorbericht» von Isaak Iselin auf Kosten der GGG gedruckt.

Die im «Bedenken» von 1777 nur skizzierten Reformvorschläge wurden von Frey in einer utopisch-visionären Beschreibung von Regierung und Armenanstalten Basels weiter ausgeführt und präzisiert.[143] Frey wollte, wie schon das «Bedenken», keine grossen Umwälzungen im Armenwesen Basels vorschlagen, sondern Wege zur Verbesserung des Bestehenden aufzeigen.[144] Den im «Bedenken» von 1777 erstmals vorgeschlagenen «Collegien» in den Kirchgemeinden kam dabei eine zentrale Rolle zu. Johannes Frey beschrieb diese bürgerliche Behörde als *«ein Ehrwürdiges Collegium von ansehnlichen Hausvätern, welche in ihren wichtigen Bemühungen keinen anderen Lohn suchen, als das freudenvolle und selige Bewusstsein zum Heil ihrer Mitmenschen gelebt zu haben».* Die Mitglieder des Collegiums sollten nicht nur auf den Lebenswandel der Gemeindemitglieder *«ein wachsames Aug»* halten, sondern in ihrer Kirchgemeinde allen zur Verfügung stehen, die sich in Not befanden und Unterstützung nötig hatten: *«denn alles Betteln ist auf das schärfftst verbotten; man erlaubt keine Bettelbriefe, noch Bettelscheine, weder in den Häusern, noch in dem Avis-Blat; es darf sich auch keiner gelüsten lassen, bettelnd vor der Regierung des Landes zu erscheinen, denn die Einkünfte des Staates haben ganz einen andern Zweck, als dass sie zu Allmoosen oder zu besonderen Beneficien für solche Personen, die gute Freunde in dem regierenden Rathe haben, unter irgend einem erbettelten Vorwande verschwendet werden sollen».*[145] Dasselbe Kollegium sollte auch Eltern beraten, die eine Lehrstelle für ihre Kinder suchten, in der Gemeindekirche Sammlungen für die Gemeindearmen veranstalten und die Verwaltung einer gemeindeeigenen Witwen- und Waisenkasse führen.[146]

Frey schrieb dem Armenkollegium in der Kirchgemeinde Kompetenzen zu, die teilweise bereits von der GGG mit der Handwerkerkommission praktisch wahrgenommen wurden oder wie das Projekt einer Witwenkasse 1779 öffentlich aufgelegt und an mehreren Sitzungen lebhaft diskutiert worden waren. Seine Schrift stellte diese Einzelideen aber in einen grösseren organisatorischen Rahmen und verband das geplante neue Armenkollegium mit den bereits bestehenden Armenanstalten Basels. Der GGG als privater Gesellschaft riet Frey, *«bis das obgemeldete E. Collegium der Armenpfleger*

in einer jeden Pfarrgemeinde errichtet ist, ohnmaasgeblich folgendes ihren Kräften angemessenes und den öffentlichen Armenanstalten nicht zuwider laufendes Arbeits-Institut» zu errichten. Es gäbe zwar schon ein obrigkeitliches Arbeitshaus, eine Abteilung des Zuchthauses,[147] aber es sei nicht nötig, dass alle Armen in ein und derselben Arbeitsanstalt beschäftigt würden, solange die Plätze von einer für alle Anstalten zuständigen Direktion zugewiesen würden.[148] Frey sah es also nicht für opportun an, dass die Gesellschaft die Gründung dieser Kollegien von Armenpflegern selbst anregte, sondern er empfahl, die Reform des Armenwesen durch ein Projekt zu fördern, das dessen Grundprinzipien umsetzte und deren Nützlichkeit in der Öffentlichkeit sichtbar machte: die Verminderung des Strassenbettels und die Durchsetzung des Prinzips, den Erhalt einer Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen.

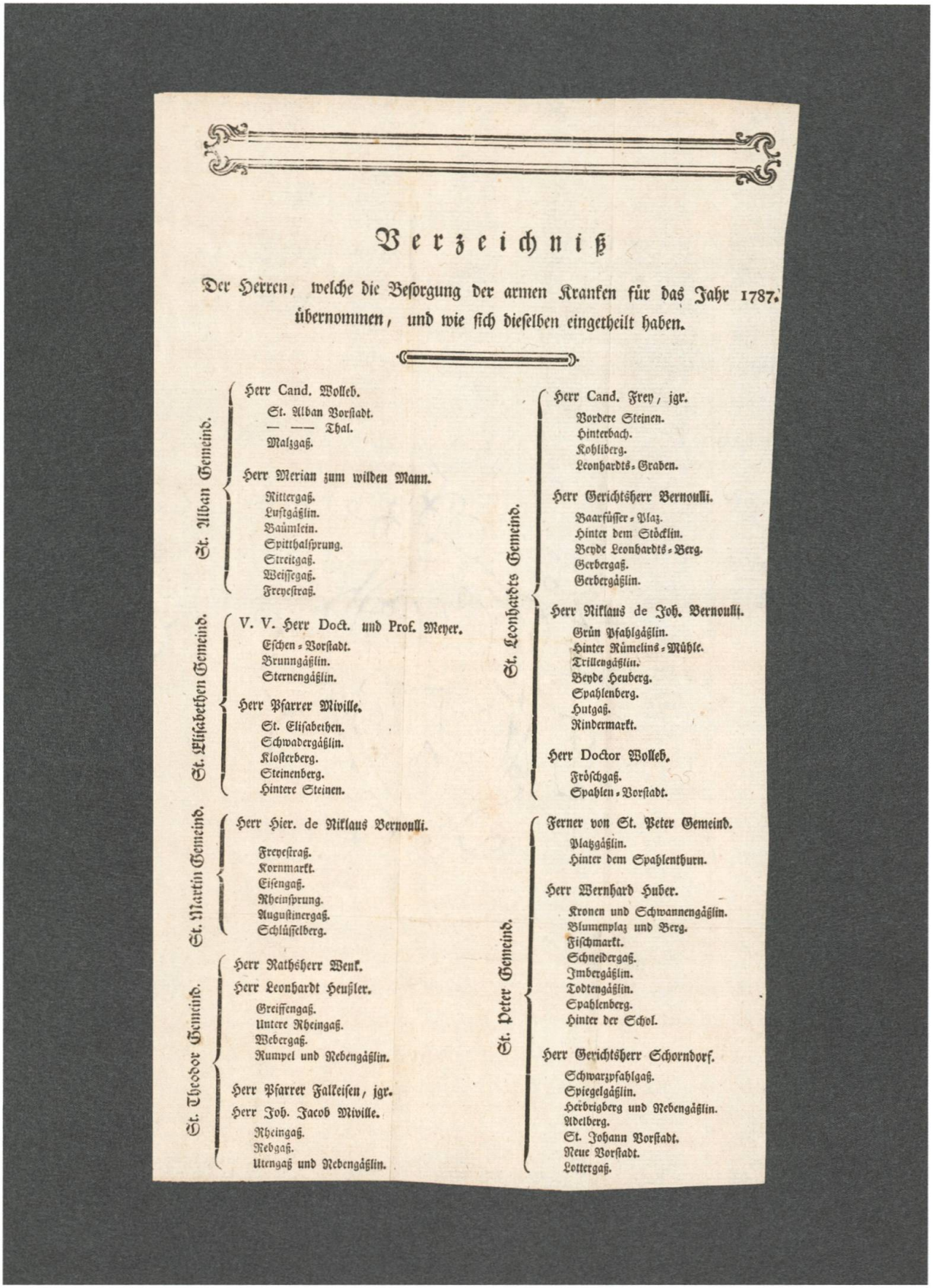
Zur Konkretisierung veröffentlichte die GGG zusammen mit Freys Schrift einen von Walter Emanuel Merian, Wirt zum Wilden Mann, verfassten Vorschlag, wie eine Arbeitsanstalt für arme alte Frauen von der GGG kostengünstig betrieben werden könnte auf der Grundlage der Erfahrungen, die die Gesellschaft 1778 mit der Wollspinnanstalt für arme Mädchen gemacht hatte.[149] Merian beschränkte sich auf eine Arbeitsanstalt für Frauen, *«weilen beyde Geschlechter unmöglich neben einander arbeiten dörften, und die Weiber immer weit den grössten Theil der Bettelnden ausmachen».*[150] Diese letzte Aussage, dass Frauen die Mehrheit der bettelarmen Stadtbewohner ausmachten, bestätigen zeitgenössische Anzeigen, die Gemeindepfarrer zur Unterstützung von Armen zwischen 1766 und 1784 regelmässig unter der Rubrik «Arme Kranke» in den «Wöchentlichen Nachrichten» veröffentlichten. Anders als Frey gehörte Walter Emanuel Merian zu einem Kreis innerhalb der GGG, der den Aufbau dieser «Collegien von Armenpflegern» nicht der Kirche und den Behörden überlassen, sondern direkt durch die GGG durchgeführt haben wollte.[151] Als sich die Gesellschaft nicht auf die Armenpflege einlassen wollte, verfolgten die interessierten GGG-Mitglieder beider Gruppen dieses Projekt selbständig weiter. Es gelang, diese «Collegien von Armenpflegern» bis 1783 an der GGG vorbei mit Freiwilligen und der Unterstützung der Gemeindepfarrer auf die Beine zu stellen und der Leitung einer von den Kirchenbännen und der GGG unabhängigen Aufsichtskommission, der Krankenkommission, zu unterstellen. Die Entstehung der Krankenkommission lässt sich nur in den Protokollen der GGG und ihren Jahresberichten verfolgen. Andere Quellen haben sich nicht erhalten.

An den «Commissional-Verhandlungen», das heisst der Vorstandssitzung vom 10. Februar 1780, wurde erstmals ein Vorschlag *«wegen Besorgung armer Kranker»* verlesen und diskutiert. Der Vorstand kam zum Schluss, dass der allgemeinen Mitgliederversammlung nicht geraten werden könne, auf den Vorschlag einzugehen, er sei indessen doch so wichtig, dass er der Gesellschaft zur Kenntnis gebracht werden solle.[152] Ein zweiter, ähnlicher Vorschlag, alte bedürftige Personen zu unterstützen, wurde in derselben

Sitzung ebenfalls zurückgewiesen, aber, *«wenn er schon als den Gesetzen und dem Endzweck der Societät* [gemeint ist die GGG] *entgegen nicht kan angenommen, noch weniger ausgeführt werden, und da dieser Vorschlag am besten und würcksamsten könne ausgeführt werden, wen sich in jedem Quartier Particulär-Societäten zusamen thäten, so wünschet die Commission, dass dieses ein Anlass sein möchte, um solche ParticulärSocietäten zu errichten».*[153] Warum der Vorstand oder eine Mehrheit des Vorstandes diese Vorschläge für statutenwidrig hielt, wird aus den Protokollen nicht deutlich. Die Gesellschaft erachtete zu diesem Zeitpunkt die Armenpflege aber offensichtlich nicht als eine ihr zukommende Aufgabe und machte deshalb den Weg frei, anderen, von der Gesellschaft unabhängigen Quartiergesellschaften diesen Auftrag zu übergeben. Interessant ist, dass die fünf Stadtquartiere, nicht wie im Vorschlag von Frey die vier Kirchgemeinden, den institutionellen Rahmen bilden sollten für die Betreuung kranker alter Personen. Seit 1777 gehörte nämlich «E. E. Aeschenquartier» der GGG an. Das Aeschenquartier ist das einzige Kollektivmitglied, das die Gesellschaft bis 1900 je besessen hat, und lässt sich als Mitglied zurück bis 1782, ein Jahr vor der Gründung der Krankenkommission, auf den Mitgliederlisten der GGG nachweisen. Die Stadtquartiere, geführt von einem Quartierhauptmann, waren eine bürgerliche, von den Kirchgemeinden getrennte territoriale Organisation, die die Nacht- und Feuerwache in ihrem Zuständigkeitsbereich, dem Quartier, zu organisieren hatte.[154] Die Fraktion, die die geplanten Kollegien von Armenpflegern lieber ausserhalb der kirchlichen Strukturen als bürgerliche Behörden organisieren wollte, hatte offenbar die Führung übernommen.

Ein Jahr später, 1781, wurde die Unterstützung armer Kranker wieder im Vorstand diskutiert, und Isaak Iselin schlug vor: *«Ob nicht der Herr Professor Med*[icinae] *prac*[ticae] [d .h. Prof. Achilles Mieg] *zu ersuchen wäre gegen eine billiche Remuneration wöchentlich einige Stunden in Gegenwart junger Arzney Studierender die Besuche von armen Kranken anzunehmen, und dieselben unter seiner Aufsicht, durch diese Anfänger verpflegen zu lassen.»*[155] Der Vorstand konnte sich nicht einigen und überwies die Frage an die Mitgliederversammlung vom 25. Februar 1781. Diese beschloss, entgegen der mehrheitlich ablehnenden Meinung des Vorstandes, diesen Plan mit den «Herren Medici» näher zu beraten. In der Vorstandssitzung vom 8. März 1781 wurde zwar Iselins Vorschlag einer öffentlichen Krankenstunde von den Professoren der Medizin, die um ein Gutachten angegangen worden waren,[156] abgelehnt; sie schlugen stattdessen aber vor, die Gesellschaft solle Kosten der Medikamente übernehmen und einem praktischen Arzt die Behandlungskosten zurückerstatten. Iselins Projekt wurde daraufhin fallengelassen.[157] Ein nicht genanntes Vorstandsmitglied wünschte aber, *«eine neue Societät errichten zu können, um den Plan der Herren Medici zu befolgen».*[158] Diese neue Sozietät kam tatsächlich zustande. Denn an der Mitgliederversammlung vom 27. Mai 1781 wurde die Anfrage verlesen, ob die GGG nicht zugunsten einer Subskription für arme Kranke Geld sprechen könne.[159] Der Vorstand wiederholte nochmals seine grundsätzlich ablehnende Haltung, sich mit

[Abb. 46]



Verzeichniß

Der Herren, welche die Besorgung der armen Kranken für das Jahr 1787. übernommen, und wie sich dieselben eingetheilt haben.

St. Alban Gemeind.

Herr Cand. Wolleb.
St. Alban Vorstadt.
— —— Thal.
Malzgaß.

Herr Merian zum wilden Mann.
Rittergaß.
Luftgäßlin.
Baümlein.
Spitthalsprung.
Streitgaß.
Weissegaß.
Freyestraß.

St. Elisabethen Gemeind.

V. V. Herr Doct. und Prof. Meyer.
Eschen-Vorstadt.
Brunngäßlin.
Sternengäßlin.

Herr Pfarrer Miville.
St. Elisabethen.
Schwadergäßlin.
Klosterberg.
Steinenberg.
Hintere Steinen.

St. Martin Gemeind.

Herr Hier. de Niklaus Bernoulli.
Freyestraß.
Kornmarkt.
Eisengaß.
Rheinsprung.
Augustinergaß.
Schlüsselberg.

St. Theodor Gemeind.

Herr Rathsherr Wenk.

Herr Leonhardt Heußler.
Greiffengaß.
Untere Rheingaß.
Webergaß.
Rumpel und Nebengäßlin.

Herr Pfarrer Falkeisen, jgr.

Herr Joh. Jacob Miville.
Rheingaß.
Rebgaß.
Utengaß und Nebengäßlin.

St. Leonhardts Gemeind.

Herr Cand. Frey, jgr.
Vordere Steinen.
Hinterbach.
Kohliberg.
Leonhardts-Graben.

Herr Gerichtsherr Bernoulli.
Baarfüsser-Plaz.
Hinter dem Stöcklin.
Beyde Leonhardts-Berg.
Gerbergaß.
Gerbergäßlin.

Herr Niklaus de Joh. Bernoulli.
Grün Pfahlgäßlin.
Hinter Rümelins-Mühle.
Trillengäßlin.
Beyde Heuberg.
Spahlenberg.
Hutgaß.
Rindermarkt.

Herr Doctor Wolleb.
Fröschgaß.
Spahlen-Vorstadt.

St. Peter Gemeind.

Ferner von St. Peter Gemeind.
Platzgäßlin.
Hinter dem Spahlenthurn.

Herr Wernhard Huber.
Kronen und Schwannengäßlin.
Blumenplaz und Berg.
Fischmarkt.
Schneidergaß.
Imbergäßlin.
Todtengäßlin.
Spahlenberg.
Hinter der Schol.

Herr Gerichtsherr Schorndorf.
Schwarzpfahlgaß.
Spiegelgäßlin.
Herbrigberg und Nebengäßlin.
Adelberg.
St. Johann Vorstadt.
Neue Vorstadt.
Lottergaß.

[46] Im Jahresbericht der Krankenkommission erschien 1786 erstmals ein «Verzeichniss Der Herren, welche die Besorgung der armen Kranken für das Jahr 1787 übernommen, und wie sich dieselben eingetheilt haben». Es handelt sich um eine Liste, geordnet nach den Kirchgemeinden der Stadt, auf der zu ersehen ist, für welche Strassen welcher Pfleger zuständig war.

der Krankenpflege zu befassen: *«Soll der Gesellschaft vorgeschlagen werden, sich im geringsten nicht in die Besorgung dieses Geschäftes zu mischen, doch aber etwas zur Subscription beyzutragen, nachdem der Plan der Subscription der* [dirigierenden] *Commission wird eingeliefert u. von ihr für möglich und nützlich wird gefunden worden seyn»*, und am 12. Juli 1781 wurde beschlossen, sich an der «Subscriptions-Cassa für arme Kranke» mit 50 Pfund zu beteiligen.[160] Diese Entscheidung wurde im Gesellschaftsbericht für das Jahr 1781 publiziert mit der Anmerkung: *«Sollte jemand mehrere Nachricht von diesem Versuch wünschen; So wird sich Herr Merian im Wildenmann ein Vergnügen machen das nähere zu melden, um diese Anstalt zu befördern.»*[161] Damit hatte die GGG ihr Verhältnis zur im Entstehen begriffenen neuen Societät, der späteren Krankenkommission, definiert.

Es war der entsetzliche Winter 1783/84, einer der kältesten Winter in der Geschichte Europas, der schliesslich die Konstitutierung der Krankenkommission und ihrer Kollegien in den Kirchgemeinden veranlasste, aber auch innerhalb der Gesellschaft das Interesse an einer Reform des Armenwesens erneut verstärkte: *«Den Beschluss der diessjährigen Geschäfte hat die Gesellschaft mit der Untersuchung einiger Vorschläge gemacht, die die Unterstützung Armer zum Gegenstand hatten, und die auch öffentlich zu jedermanns Einsicht* [in der Buchhandlung Flick] *niedergelegt waren. Einer derselben zielte dahin, sich die Armen unserer Stadt nach und nach bekannt zu machen; ihre Umstände zu erfahren, und nach Beschaffenheit derselben ihnen mit der allernöthigsten Unterstützung an die Hand zu gehen, auch ihren Kindern zur Erlernung nützlicher Arbeiten allen Vorschub zu thun, um durch dieses alles dem Hang zum Betteln zu steuern, und unter unsern Armen Ordnung, Fleiss und Sparsamkeit je mehr und mehr in Gang zu bringen. – Bey der Untersuchung dieses Vorschlages haben sich aber von allen Seiten her eine solche Menge Schwierigkeiten gezeigt, dass die Gesellschaft, zwar mit vielem Bedauern, sich genöthigt fand, denselben auf die Seite zu legen, und zu warten, bis sie zu mehrern Kräften und grösserer Thätigkeit würde gekommen seyn, und bis die Zeiten zur Ausführung dieses Vorschlags günstiger seyn würden.»*[162] Diese Einschätzung der Situation sollte sich in den folgenden Jahren bewahrheiten. Es waren die Vorarbeiten und Erfolge der Krankenkommission, die die Gründung der im Jahresbericht 1783 erstmals in groben Umrissen gezeichneten Allgemeinen Armenanstalt 1804/05 ermöglichen sollten:

> *Der zweyte Vorschlag bezog sich lediglich auf die Unterstützung höchstbedürftiger Kranken, und zwar nicht in Geld, sondern in Bestellung des Heil- und Wundarztes, Apothekers, Wärters, in Anschaffung der vom Arzte vorgeschriebenen Nahrung, und des in Winterszeit benöthigten Brennholzes. Dieser Vorschlag schien nun nach einer sorgfältigen Ueberlegung keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten ausgesetzt zu seyn. Doch um nicht in dieser Sache voreilig zu verfahren, hat die Gesellschaft für Gut befunden, eine Probe damit im Kleinen anzustellen; Es wurden daher vier Mitgliedern, die sich dazu anerboten, der Auftrag gegeben, in einigen Gegenden der Stadt die wirklich verdienstlosen bedürftigen Kranken aufzusuchen, und um den-*

selben beystehen zu können, jedem drey Neue Louisd'ors zugestellt. Zum grössten Vergnügen der Gesellschaft hat sichs gefunden, dass in dem weit grösten Theile unserer Stadt, wenigstens dermalen, die Anzahl solcher Unglücklichen nicht so beträchtlich seye, dass nicht von Seiten der Gesellschaft hierinn etwas kräftiges könnte geleistet werden. Von den 12 dazu gewidmeten Louisd'ors sind in Zeit von zween Monaten nur zween Louisdors verwendet worden. Auf dieses hin hat die Gesellschaft für Gut befunden, mit dem Versuche noch ferners fortzufahren, bis sie aus der Einnahme des folgenden 84 Jahrs wird abnehmen können, ob E. E. Publikum diese Anstalt zu begünstigen denket, oder nicht. – Auch wünschte sich die Gesellschaft mehrere thätige Arbeiter zu diesem zwar mühsamen, aber einem Menschenfreunde, einem Christen gewiss viel und grosses inneres Vergnügen verschaffenden Werk.[163]

Nach den im Gesellschaftsbericht von 1783 beschriebenen Probeläufen mit vier Krankenpflegern organisierten sich die Pflegerkollegien rasch. Ihre territoriale Zuständigkeit entsprach den vier Kirchgemeinden, nicht den Stadtquartieren.[164] In jeder Kirchgemeinde gab es mehrere Krankenpfleger, denen bestimmte Strassenzüge der Gemeinde zugewiesen waren.[165] Die Kollegien der Krankenpfleger arbeiteten eng mit den Gemeindepfarrern zusammen, die teilweise selbst als Krankenpfleger tätig waren. Geistliche spielten überhaupt eine tragende Rolle in der 1783 gegründeten Krankenkommission. Die Kollegien waren jedoch nicht identisch mit dem Kirchenbann, wie ein Vergleich der Mitglieder zeigt, auch wenn es Überschneidungen gab.[166] Die Krankenpfleger bildeten nicht nur ein neues Gremium innerhalb der Kirchgemeinde, die Kollegien besassen auch eine übergeordnete Instanz ausserhalb ihres Kirchspiels, die ihre Tätigkeit koordinierte und vereinheitlichte: eine Konferenz der Pfleger unter dem Vorsitz der Kommissionsmitglieder. Denn die Krankenpfleger aus den verschiedenen Gemeinden trafen sich regelmässig sonntags, um die von ihnen betreuten Fälle miteinander zu besprechen und zu entscheiden, wie den Antragstellern am besten zu helfen sei.[167] Diese Entscheidungen wurden vom Schreiber dieser Konferenz protokolliert und daraufhin Scheine ausgestellt, mit denen sich die Antragsteller oder der Krankenpfleger selbst bei einem Arzt oder einem Apotheker melden und die beschlossenen Massnahmen veranlassen konnten. Kranke erhielten grundsätzlich kein Geld, sondern nur Naturalien oder Scheine für Dienstleistungen zugesprochen, deren Bezahlung direkt über die zentrale Kasse der Krankenkommission lief. Die Trennung von kirchlicher und bürgerlicher Armenpflege, die einige GGG-Mitglieder angestrebt hatten, war also nur teilweise gelungen.

Finanziert wurde die Arbeit aus privaten Einzelspenden, die vom Kassier der Krankenkommission zentral verwaltet und im gedruckten Jahresbericht seit 1785 einzeln verdankt wurden. Um Kranke und ihre Angehörigen vom Strassenbettel abzuhalten, wurden bemittelte Bürger aufgefordert, Almosen nicht willkürlich zu verteilen, sondern der Kranken-

kommission zur Verfügung zu stellen und Bittsteller, die sich bei ihnen meldeten, an diese zu weisen. Die neue Kommission baute sich 1783 noch innerhalb der GGG auf, konstituierte sich jedoch im Dezember 1784 unabhängig von dieser, berichtete aber weiter in den Versammlungen regelmässig über ihre Tätigkeit und veröffentlichte seit 1785 ihre Jahresberichte in den Gesellschaftsberichten. 1787 enthielt der Kommissionsbericht erstmals eine Liste der Krankenpfleger mit Angabe der Strassen, für die sie zuständig waren (vgl. Abb. 46, S. 247). Ab 1792 verdrängte die Berichterstattung der Krankenkommission diejenige der Nähschulen der GGG vom ersten Platz im Jahresbericht der Gesellschaft. Ihr Ansehen und Prestige in der Stadtbürgerschaft drohte zeitweise sogar die Muttergesellschaft in den Schatten zu stellen. 1795 gab sich die Kommission schliesslich eine eigene «Verfassung», die die Arbeit der Kommission und der Krankenpfleger bis ins Detail regelte.

Die Krankenkommission weitete ihre Tätigkeit nach 1783 schrittweise zu einer allgemeinen Betreuung Armer und Bedürftiger aus. Denn Krankheit war immer mit Verdienstlosigkeit verbunden. Die Übernahme der Behandlungskosten reichte deshalb nicht aus, um eine erkrankte Person aus ihrer bedrängten Situation zu befreien. Einzelne Pfleger begannen, Kranke und ihre Familien zusätzlich mit Lebensmitteln und Brennholz zu versorgen oder Beiträge an Mieten zu zahlen, um die Verschuldung einer Familie zu verhindern. Eine im April 1786 gewählte vierköpfige, von der Krankenkommission unabhängige Kommission, die sich mit dem *«Nahrungsstand der niederen VolksKlassen»* befassen sollte, später in den Protokollen als «Armenkommission»[168] bezeichnet, spielte dabei eine wichtige Rolle. Ihr gehörten Jacob Sarasin-Battier als Präsident, Pfarrer Johann Friedrich Miville, Wernhard Huber und Canzleischreiber Licentiat Johann Heinrich Wieland(-Weiss)-Schweighauser an, der bald darauf zum Schultheiss im Kleinbasel gewählt wurde.[169] Sie hatte den Auftrag, *«sowohl ihre Gedanken über diesen Gegenstand walten zu lassen, als auch die von den Mitgliedern, welche besonders hiezu aufzufordern wären, eingelieferten Vorschläge und Nachrichten zu berathen, wo möglich zu ordnen u seiner Zeit das Befinden an die D*[irigierende] *C*[ommission] *zu berichten.»*[170] Anfang Dezember 1786 legte diese Kommission einen *«weitläufigen Bericht sowohl über die Einnahmen als die höchstnötigen Ausgaben der verschiedenen Classen der hiesigen Einwohner»* vor,[171] der auf Anraten des Vorstandes der Krankenkommission zur Begutachtung vorgelegt werden sollte, die bis April 1787 tatsächlich auch Stellung nahm.[172] 1789 organisierte dieselbe GGG-Kommission zusammen mit der Krankenkommission die erste systematische Armutsstudie in der Geschichte der Stadt Basel: die «Tabellen über die Armen hiesiger Stadt». Sie erfasste die Armen strassenweise in den Quartieren nach einem vorgegebenen Schema. Die dabei verwendeten vorgedruckten «Tabellen» oder Fragebögen dienten später als Vorlage für die Fragebögen der Armenpfleger der Allgemeinen Armenanstalt. Durchgeführt wurde die Befragung von im Quartier ansässigen, ratsfähigen Bürgern.[173]

Nach ersten Versuchen «im Kleinen» erhielt die Krankenkommission bzw. die genannte vierköpfige GGG-Kommission unter dem Vorsitz von Jacob Sarasin im Mai 1787 von der Gesellschaft den Auftrag, im Sommer ein Holz- und Wellenlager anzulegen, um dieses Holz im Winter an Arme zum Selbstkostenpreis abgeben zu können. Schultheiss Wieland organisierte dieses Geschäft in den nächsten zehn Jahren allein. 1788 legte die Krankenkommission erstmals eine separate Abrechnung über Mietbeiträge vor, die sie an Vermieter der von ihr betreuten Armen zahlte.[174] Im Februar 1787 wurde im Vorstand dann erstmals der Vorschlag vorgetragen, eine Krankenwärterschule einzurichten, und im April eine Kommission gewählt, die die Organisation der Schule an die Hand nehmen sollte.[175] Im Januar 1789 wurde im Vorstand schliesslich der Entwurf für eine neue Arbeitsanstalt der Gesellschaft verlesen, die bereits im März 1789 auf Probe in Betrieb genommen werden konnte[176] und von einer von Schultheiss Johann Heinrich Wieland(-Weiss)-Schweighauser präsidierten Kommission beaufsichtigt wurde. Die Leitung der Anstalt hatte bis zur Wahl ihres Mannes zum Stadtschreiber von Liestal 1797 die «Frau Schultheissin»,[177] die die Anstalt so erfolgreich führte, dass die Gesellschaft an ihrer Schlusssitzung vom 22. Dezember 1793 veranlasste, dass Dreierherr Münch und Gerichtsherr Sarasin Frau Wieland einen Besuch abstatteten, um sich namens der Gesellschaft persönlich zu bedanken[178] (vgl. Abb. 31, S. 149).

Der Rücktritt des Ehepaars Wieland von der Leitung der Arbeitsanstalt zu Beginn des Jahres 1797 brachte die GGG in grosse Verlegenheit, da sich erst nach einigem Suchen geeignete Nachfolger und Nachfolgerinnen fanden und die Arbeitsanstalten nicht kostendeckend betrieben werden konnten. Im Mai 1799 zeigte Pfarrer Johann Jakob Wick, Hilfspfarrer am Spital, der zusammen mit seiner Frau die Anstalt führte, an, *«dass Fr. Amtmännin Fäsch, welche bisher die Strickanstalt besorgt habe; itzt aber sich dermalen sich nicht damit befassen könen, ihm die verfertigten Strümpfe und den GeldRecess zugestellt habe.– das er nach gemachter Berechnung finde, dass beym Stricken weit mehr Verlust für die Gesellschaft herauskomme als beym Spinnen; er schlage daher vor, die Strickanstalt aufzugeben, und blos aufs Spinnen sich einzuschränken».* Die dirigierende Gesellschaft empfahl jedoch trotzdem, die *«in den jtzigen verdienstlosen Zeiten so nothwendige Anstalt ferners bestens zu empfehlen, auch wenns nöthig ist, den Beytrag zur Fortsetzung derselben zu vermehren – die Strickanstalt nicht gänzlich aufzuheben, sondern nur solchen Personen, welche des Spinnens unerfahren oder dazu wegen ihren körperlichen Umständen unvermögend sind, zu stricken geben».*[179]

Die für die Bevölkerung schwierige Versorgungslage veranlasste die GGG 1801 und 1802, eine Suppenanstalt nach Rumfordt'schem Muster in Basel einzurichten, um unbemittelten Personen preisgünstig im Winter ein warmes Essen anbieten zu können. Nach anfänglichen Schwierigkeiten konnte die Suppenanstalt unter der Leitung einer achtköpfigen Kommission im November 1802 mit der Austeilung von Suppen beginnen. 1803, im selben Jahr, in dem die GGG die Produktion von Packtuch aus alten

Seilen aufnahm, um auf den Strassen bettelnde Kinder mit Hanfzupfen beschäftigen zu können, tauchte erstmals anonym der Vorschlag auf, die Spinnanstalt der GGG mit einer Strick- und Nähanstalt zu verbinden und die Krankenkommission zu beauftragen, dass sie die Verteilung der Arbeit an Verdienstlose *«ihrer schon bestehenden Eintheilung zufolg nemlich gassenweis besorgen möchte, und besondere Beyträge für diesen Gegenstand zu sammeln, wodurch er glaubt, dass dem Gassenbettel gänzlich abgeholfen werden könte».*[180] In dieser anonymen Anfrage ist der erste Anstoss zur Schaffung einer Arbeitsanstalt nach dem Vorbild der 1788 in Hamburg errichteten Allgemeinen Armenanstalt zu suchen.[181w]

Der Vorstand hielt es wegen der grossen Arbeitslosigkeit und Not für untunlich, den Gassenbettel ganz zu verbieten, wollte aber das Gutachten der Krankenkommission und der Kommission zur Spinnanstalt einholen. Die finanzielle Krise der Krankenkommission beschleunigte dann Überlegungen in diese Richtung, da sich die Gesellschaft ausser Stande sah, dauernd eine Defizitgarantie gegenüber der Krankenkommission zu übernehmen, nachdem sie im Juli 1803 mit einer grosszügigen Spende verhindert hatte, dass diese ihre Tätigkeit aus Geldmangel einstellen musste. Im März 1804 wurde eine Kommission eingesetzt, die die Errichtung einer Armenanstalt nach Hamburger Modell in Basel prüfen und mit dem Stadtrat in diesem Sinne unterhandeln sollte. Tatsächlich gelang es der GGG, die Gründung einer allgemeinen Armenanstalt in Basel anzuregen. Im Dezember 1804 übergab die Mitgliederversammlung auf Vorschlag des Vorstandes alle von ihr betriebenen Anstalten dieser neuen Behörde, der sich auch die Krankenkommission als selbständige Unterkommission anschloss. Ab 1808 unterstützte die GGG aber die zweite Armenschule im Kleinbasel, die neben der von der Kirche betriebenen Papiererschule im St. Albantal von den städtischen Armenbehörden in der Arbeitsanstalt im Klingental eingerichtet worden war, mit Prämien. Nur die Suppenanstalt blieb weiterhin bei der GGG.

3-2-4 Die Jugendbibliothek (1807) und die Gründung des Neujahrsblattes (1819)

> *Wir wünschen nemlich den jungen Leser stufenweise vom ersten Spielzeuge der Kindheit bis zur ernsthaften Lektur zu führen, und ihm nach und nach vorzüglich an der letztern Geschmack einzuflössen, – ein Wunsch, dessen Erfüllung uns schon durch mehrere unsrer erwachsenen Subscribenten gewährt worden ist.*[182]

Die Gründung der Jugendbibliothek 1807 wurde von einer Gruppe von Personen getragen, die die von Deputat Peter Ochs-Vischer vorangetriebenen Bemühungen um eine Schul- und Bildungsreform unterstützten. Zwei waren Gründungsmitglieder der Lesegesellschaft.[183] Das Projekt griff ein Grundanliegen von Isaak Iselin auf, das auch in der «Anweisung für die Lehrer in der auf Unkosten der Aufmunterungsgesellschaft in Basel

errichteten Nähschule»[184] anklingt. Als Vater von neun Kindern beschäftigte Isaak Iselin die Frage nach der besten Erziehung von Kindern und der geeignetsten Vermittlung von Wissen. Im Lesen sah er eines der wirksamsten Mittel zur Selbstaufklärung des Menschen: *«Die Lectur ist so wohl der unschuldigste als der nützlichste Zeitvertreib für alle Stände, und für alle Alter; und diejenigen welche der zarten Jugend den Geschmack derselben einzuflössen trachten, ergreifen damit eines der wirksamsten Mittel zur Glückseligkeit des einzelnen Menschen, so wohl als den Wohlstand der Gesellschaft zu befördern.»*[185]

Isaak Iselin wandte sich jedoch nur in einem einzigen Werk direkt an Kinder, in der 1768 erstmals veröffentlichten «Sammlung dem Nutzen und dem Vergnügen der Jugend geheiligt».[186] In der Vorrede zur «Sammlung» äusserte er sich auch zu den Schwierigkeiten, geeignete Lektüre für Kinder zu finden: *«Die grosse Schwierigkeit ist nur Bücher zu finden, welche derselben* [der Jugend] *mit Nutzen in die Hände gegeben werden können. Ausser den Liedern für Kinder* [Gedichte für Kinder von Christian Felix Weiss, 1767] *wird nicht leicht eines seyn, welches in diser Rücksicht recht brauchbar seyn sollte. Die vortrefflichsten Werke aller Nationen sind voll von Sachen, welche die Kinder entweders nicht verstehen können, oder nicht verstehen sollen. In den besten Büchern sind viele Dinge die entweders irrig sind, oder doch bey jungen Leuten irrige Begriffe erwecken können. Ein Buch für Kinder soll so viel es immer seyn kann, von solchen Sachen frey seyn. Alles was einen falschen Begriff erzeugen, alles was eine tadelhafte Neigung entflammen oder begünstigen kann, muss von ihren Augen und von ihren Seelen mit aller immermöglichen Sorgfalt entfernt werden.»*[187] Iselin hielt besonders die zu seiner Zeit zur Unterhaltung sehr beliebten Romane, aber auch «abergläubische» Vorstellungen und Fabeln, mit denen Kinder in ihrer Familie oder durch die im Haushalt arbeitenden Mägde in Kontakt gerieten, für schädlich, weil sie heftige Gefühle und Ängste auslösen und falsche Vorstellungen (*«Begriffe»*) entstehen liessen.[188] Hingegen hielt er es für wichtig, Kindern auch in der Schule *«unschuldige Fabeln, Lieder und Erzählungen»* zum Lesen, Auswendiglernen und Abschreiben zu geben, *«durch welche Freude und Fröhlichkeit in ihren Herzen unterhalten werden können, als welche zu Bildung eines rechtschaffenen und tugendhaften Gemüthes sehr wesentliche Eigenschaften sind».*[189]

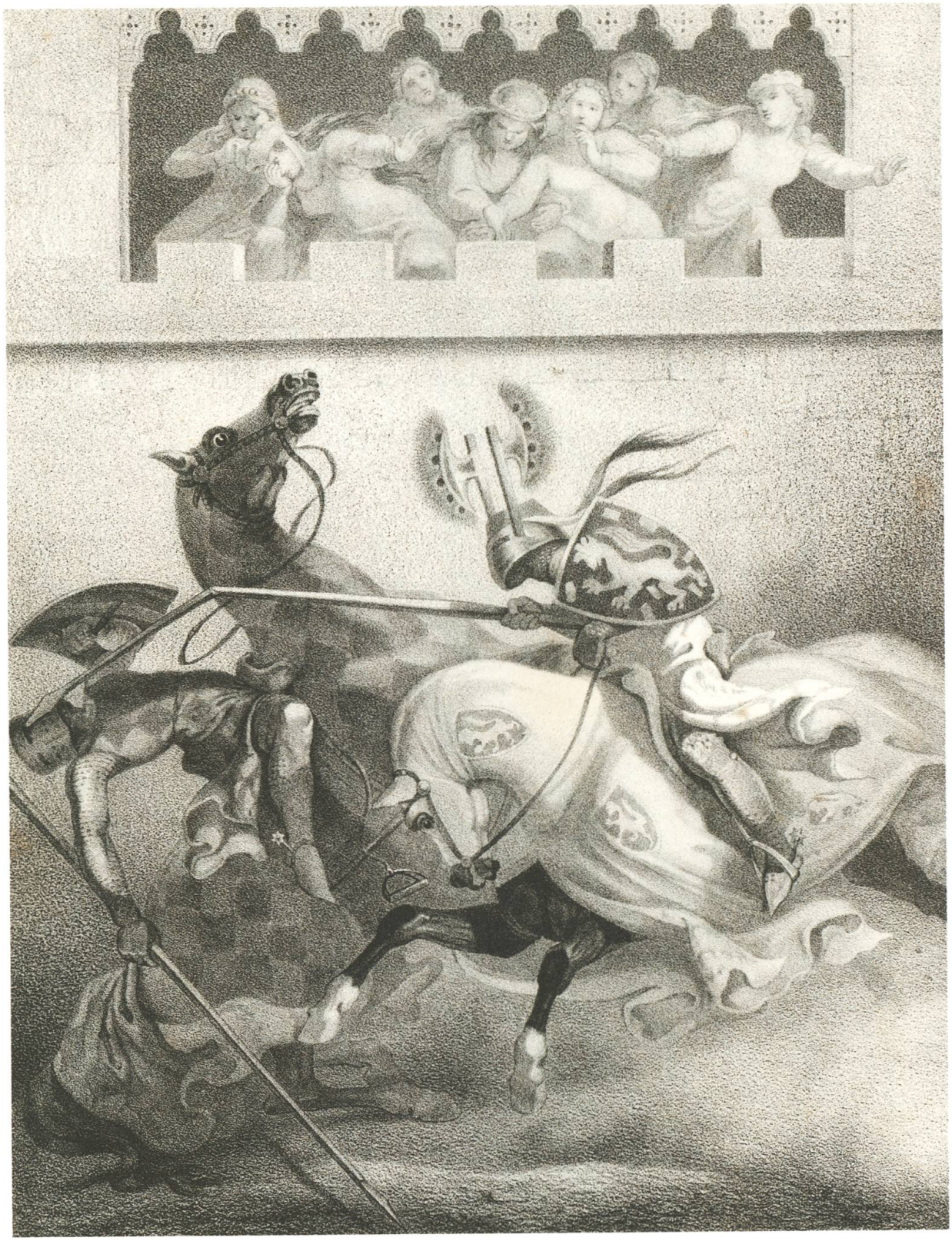
Diese Überzeugungen teilten auch die Gründer der Lese-Anstalt für die Jugend rund dreissig Jahre später. Was hingegen die Beschaffung von für Kinder und Jugendliche geeigneten Büchern betraf, waren diese Männer zuversichtlicher als Iselin. *«Es ist ein unverkennbarer Vorzug unsrer Zeiten, dass man die Kunst versteht, mit der angenehmen Unterhaltung der Kinder zugleich auch für ihre Belehrung zu sorgen»*, lautet der Einleitungssatz der «Ankündigung für Aeltern und Kinderfreunde», mit der sie namens der GGG das Basler Publikum über die neu eröffnete Jugendbibliothek orientierten. Sie versicherten die Eltern jedoch gleichzeitig: *«Die Kommission, welche die Ges*[ellschaft] *des G*[uten] *u*[nd] *G*[emeinnützigen], *mit der Ausführung dieses nützlichen Werks beauftragt hat, wird dieselbe* [d. h. die Leseanstalt] *mit Einsicht und unermüdeter Thätigkeit betreiben. – Fürchtet übrigens nicht, christ-*

lichgesinnte Aeltern! dass durch dieses Mittel eueren Kindern gefährliche Grundsätze in Ansehung der Religion, möchten beygebracht werden. Die Direction, unter deren Leitung diese Anstalt steht, wird immer aus solchen Männern zusammengesezt bleiben, welche über jeden Verdacht dieser Art weit erhaben – selbst Freunde und Verehrer des wahren Christenthums sind. Sie werden in bey der Auswahl der anzuschaffenden Schriften, zu Verhütung alles Schädlichen, mit Vorsicht zu Werke gehen, und dieselben einer sorgfältigen Prüfung unterwerfen. Wenn zu diesem Ende auch verständige Väter, oder andere einsichtsvolle Personen, sowohl weltlichen als geistlichen Standes, die Lese-Anstalt mit ihrer Gegenwart beehren, und zu Erreichung dieses Endzweckes durch ihre gegründete Erinnerungen [d. h. begründete Mahnungen] *mitwirken wollten, so würde sich's die Direction zum Vergnügen rechnen, letztere dankbar zu benützen.»*[190]

Diese Passage macht deutlich, mit welchen Widerständen die leitende Kommission 1807 in den Kreisen rechnete, für deren Kinder die Bibliothek in erster Linie eingerichtet wurde: für die in den Zünften organisierte, städtische Mittelschicht. Diese Kreise deuteten schon vor der Helvetik – sehr zu Isaak Iselins Leidwesen – in jeder Kritik am «Hergebrachten» einen Verstoss gegen die göttliche Ordnung und sahen, nicht ganz zu Unrecht, in der Forderung der Aufklärer nach «Volksbildung» eine Bedrohung für ihr eigenes Kirchen- und Staatsverständnis. Besonders ablehnend standen sie der Mädchenbildung gegenüber. Die katastrophalen Folgen der Helvetischen Revolution bestärkten diese Kreise in ihren bildungsfeindlichen Überzeugungen, die besonders Mädchen und Frauen trafen. Es ist deshalb kein Zufall, dass Dreierherr Friedrich Münch(-Duvoisin)-Thurneysen, ein intimer Freund Isaak Iselins, der gerade in Handwerkerkreisen Einfluss besass, sich aber auch für die Gründung einer Töchterschule einsetzte, zum ersten Präsidenten der neunköpfigen Direktion gewählt wurde. Der Vorstand trug dieses neue Bildungsprojekt mit, wie die Rede des Vorstehers von 1808 verdeutlicht. Im Rückgriff auf Isaak Iselin unterstrich er, dass die unteren Klassen zur Selbsthilfe angeregt werden sollten, und hob die Bedeutung der Bildung hervor, besonders die Bildung der Jugend. So klar war dieser Zusammenhang in der Mitte der Gesellschaft schon seit mehreren Jahren nicht mehr ausgesprochen worden.[191]

Der *«Plan, nach welchem diese Anstalt errichtet werden soll»*,[192] sah vor, dass die Leseanstalt möglichst *«in Mitte der Stadt liege»*. Die Bibliothek war für alle, Mädchen und Knaben, offen, die acht Jahre alt waren und deren Eltern in der Stadt Basel wohnten. Knaben hatten aber andere Tage für die Benutzung als Mädchen. Zwei Bibliothekare sollten während der Öffnungszeiten immer anwesend sein und neben der Ausleihe und Rückgabe der Bücher in erster Linie Kinder und Eltern bei der Auswahl der Bücher beraten. Dabei sollte in Anlehnung an Iselins Empfehlung besonders darauf geachtet werden, *«dass sie* [die Bücher] *der Jugend zugleich Nutzen und Vergnügen gewähren»*. Die Bibliothek besass zwei Abteilungen: eine für Kinder von 8 bis 12 Jahren und eine für Knaben und Mädchen von 12 bis 16 Jahren. Von Anfang an war vorgesehen, dass die zweite Abteilung aber

[Abb. 47]



[47] Wie sich das 19. Jahrhundert das Mittelalter vorstellte: Lithographie nach einer Zeichnung von Albert Landerer, einem renommierten Basler Historienmaler, für das 36. Neujahrsblatt von 1858, verfasst vom Altgermanisten Wilhelm Wackernagel zum Thema «Ritter- und Dichterleben Basels im Mittelalter».

auch für junge Erwachsene geeignete Bücher enthalten sollte wie Reisebeschreibungen und Biographien. Damit unterlief die neue Leseanstalt den Ausschluss der Frauen von der Allgemeinen Lesegesellschaft. Die Abonnementspreise waren – im Gegensatz zum Mitgliederbeitrag der Lesegesellschaft – niedrig und gestaffelt, *«um auch Unbemittelten den Beytritt zu erleichtern»*. Es gab drei Klassen von Abonnementen. In der ersten kostete ein Monatsabonnement 6 Kreuzer und berechtigte zum Bezug von einem Buch pro Ausleihe. Die zweite Klasse bezahlte 12 Kreuzer monatlich und konnte zwei Bücher auf einmal entleihen. Die dritte zahlte 18 Kreuzer monatlich für das Recht auf drei Bücher pro Ausleihe. Der Einzug erfolgte *«quartalsweise und vermittelst Vorausbezahlung»*. 1809 erhielten die Kinder im Bürgerlichen Waisenhaus unentgeltlich Zugang zu den Büchern der Leseanstalt.[193]

Treibende Kraft der «Direktion der LeseAnstalt für die Jugend» war Diacon Friedrich Merian, Sohn von Antistes Emanuel Merian-Merian, und von 1802 bis 1818 Pfarrer zu St. Theodor. Er teilte Iselins Bildungsoptimismus: *«So lange die Neigung zur Lektur unter der Jugend so unwiderstehlich ist, dass sie nun einmal sich weder wegräsonnieren noch wegpredigen lässt – So lange die meisten schriftstellerischen Produkte der Jugend entweder unverständlich und ungeniessbar, oder ihrer Religiosität und Sittlichkeit nachtheilig sind – So lange seyen gute Jugendschriften ein wesentliches Erforderniss zu einer gebildeten und sorgfältigen Erziehung; dass sie aber nicht bloss eines negativen, sondern auch positiven Nutzens fähig seyen, das wird mancher aus eigener Erfahrung bezeugen können, und meistens bloss von solchen bezweifelt, welche ohne Sachkenntniss darüber urtheilen. Beynahe alle unsere Werke sind Auszüge der Natur- und Weltgeschichte, aus der Erdbeschreibung, oder enthalten moralische Erzählungen; sie verbreiten also gemeinnützige Kenntnisse, fromme und tugendhafte Empfindungen, und wer wollte das nicht für Gewinn ansehen!* [...]. *An eine Unterdrückung jenes Vielen so anstössigen Hanges zur Lektur, ist aber in unsern Zeiten nicht mehr zu denken. Sehr richtig ist, was ein unbekannter Schriftsteller in dieser Hinsicht sagt: ‹Die sonst in Millionen Menschen schlummernden VerstandesKräfte sind erwacht, regen sich, streben rastlos sich immer mehr zu entwickeln, und Erweiterung der Kenntnisse ist daher mehr denn jemals ein allgemeines Bedürfniss geworden›. Wir fügen nur noch bey: dass dieser Trieb, wenn er auch Einzelne auf schädliche Abwege geführt hat, sobald er gut geleitet wurde, für unzählige Menschen hingegen eine Quelle der Weisheit, Tugend und Glückseligkeit geworden ist.»*[194]

Auch wenn Friedrich Merian selbst nie Vorsteher der Direktion wurde, trug die Leseanstalt seine Handschrift. Er war fast zwanzig Jahre Bibliothekar, beriet in dieser Funktion Eltern und Kinder bei der Auswahl der geeigneten Bücher und schrieb die Berichte an den Vorstand von 1807 bis zu seinem Rücktritt 1823, als er an Stelle des zum Stadtschreiber gewählten Abel Merian in die Kuratel der Universität gewählt wurde.[195] Seine charakteristische Handschrift findet sich auch in den Protokollen der GGG dieser Zeit. Friedrich Merian, heute ganz vergessen, war einer

der weitherzigsten Träger der in der Mediationszeit wiederaufgenommenen Bemühungen um eine Reform des Basler Schulsystems. Er kümmerte sich besonders um die Mädchenbildung. Die Gründung der Jugendbibliothek erfolgte nicht zufällig im Vorfeld der Gründung der Töchterschule 1812, an der Merian massgeblich beteiligt war.[196] 1813 schrieb Merian: *«Das Reich des Lichtes darf das Licht nicht scheuen, und kann bey der mehreren Ausbreitung der unentbehrlichsten Kenntnisse nur gewinnen. Unbedenklich haben daher mehrere der angesehensten hiesigen und auswärtigen Erziehungs-Anstalten, z. B. die vortreffliche Töchter-Schule in Ohlsberg, das hiesige Waisenhaus und die neuerrichtete Töchter-Schule sich mit unsrer Jugend-Bibliothek in Verbindung gesetzt, und haben so, um einen höchst wohlfeilen Preis, schon manches angenehm unterhaltende und belehrende Buch sich verschafft.»*[197]

Von Anfang an war auch eine französischsprachige Abteilung vorgesehen, die vom Pfarrer der Eglise française betreut wurde[198] und sich besonders an die schulentlassenen «Töchter» wandte, die aus dem Welschland nach Basel zurückkehrten: *«Besonders machten wir es uns zur Pflicht, für die reifere weibliche Jugend zu sorgen, welche, wenn sie aus dem sogenannten Welschlande zurückgekehrt ist, an Lektur gewöhnt, nur gar zu oft zu schalen und sittenverderblichen Romanen ihre Zuflucht nimmt. Wenn dies noch in so manchen Häusern der Fall ist, so ist dies wenigstens nicht unsere Schuld, indem wir für diese Klasse unserer Abonnenten, vorzüglich durch Anschaffung vieler unterhaltender und gleichwohl unschädlicher französischer Bücher sorgten. Diese bequeme und wohlfeile Gelegenheit, junge Leute in der Kenntniss der so unentbehrlichen französischen Sprache zu befestigen, sollte billig den meisten Eltern willkommen seyn.»*[199]

Die Abonnentenzahl entwickelte sich langsam, aber stetig. 1809 meldete Merian, *«obschon im Laufe des zu Ende gehenden Jahres viele Abonnenten dieselbe verlassen haben, so sind hingegen beynahe eben so viele derselben beygetreten; noch jetzt zählt sie daher 107 Mitglieder, eine Zahl, die, so wenig sie mit der Bevölkerung und dem Wohlstande Basels in Verhältniss steht, für uns insofern hinreichend und aufmunternd ist, dass wir die auf dasselbe verwendete Zeit und Arbeit wenigstens nicht bereuen dürfen».*[200] In den folgenden Jahren stabilisierte sich die Abonnentenzahl bei rund 150 und erreichte 1820 schliesslich 186.[201] Seit 1817 betrachtete Friedrich Merian die Bibliothek als etabliert, auch wenn er noch 1820 über Anfeindungen klagte: *«Noch immer muss sie sich manches harte Urtheil gefallen lassen. – Leicht ist es allerdings, aus einer Bibliothek von einigen tausend Bänden Ketzereyen aller Art herauszufinden* [...]. *Wer aber in unwiderstehlichem Eifer die ganze Anstalt der Vernichtung übergeben würde, verdiente allerdings den herzlichsten Dank – aller Besitzer anderer mit Romanen reichlich versehener Leihbibliotheken, denn diese allein würden dabey gewinnen».*[202] Trotz dieses Erfolgs gelang es nicht, die Kosten des Betriebs der Bibliothek und den Ankauf der Bücher aus den Abonnements zu decken. Merian klagte auch immer wieder wegen mutwilliger Beschädigung der Bücher. 1809 musste die Bibliothek ihr Lokal wechseln[203] und 1810 einen bezahlten Bibliothekar anstellen. All dies erhöhte die Betriebskosten.[204]

Seit 1817 öffnete sich die Bibliothek immer mehr den Erwachsenen, zuerst den Lehrern,[205] dann aber auch allen Bildungswilligen, die sonst keinen Zugang zu Büchern hatten, um sich persönlich und beruflich weiterbilden zu können. Die Leseanstalt wurde damit für einen Bevölkerungsteil zugänglich, der von der Benutzung der Allgemeinen Lesegesellschaft aus sozialen und finanziellen Gründen ausgeschlossen war: *«So rücken wir unserm Ziele immer näher: eine Bibliothek aufzustellen, welche nicht bloss der Jugend, sondern auch Erwachsenen, zumal aus dem Mittelstande, eine angenehme und belehrende Unterhaltung gewähren kann. Schon oft hat man bedauert, dass die höhern Lehr-Anstalten im Allgemeinen einen nicht hinreichenden Einfluss auf die grosse Mehrzahl des Volks haben, und auch diesen nur langsam äussern. Ist es also nicht wohlthätig, wenn man jedem bildungsbedürftigen Theile des Volks, besonders der so schätzbaren Mittelklasse, ausser jenen nur von ferne und darum langsam wirkenden, noch andere nähere Quellen der Belehrung und Veredlung öffnet, und damit ihm zugleich einen eben so schuldlosen, als angenehmen Genuss gewährt? Ob diess wohl gethan sey, darüber sind freylich noch nicht alle Stimmen einig; aber wenn es dahin kommen sollte, dass man das öffentliche Heil in der Rückkehr der Unwissenheit, Rohheit und des Aberglaubens suchte, und so einen dem Mittelalter ähnlichen Zustand herbeyführte, dann würden wenigstens diejenigen, welche es redlich meinten, bald gestehen müssen: dass sie in der Wahl ihrer Mittel schrecklich geirrt haben. Möge die gütige Vorsehung diess zwar vergebliche, aber schon in seinem Beginnen der Menschheit verderbliche Streben von jedem Volke abwenden, – möge die intellektuelle Kultur mit der sittlichen immer gleichen Schritt halten, damit die Feinde des Lichts endlich beschämt werden.»*[206]

Zur Eröffnung dieser bereits 1817 von Friedrich Merian geforderten Bürgerbibliothek kam es aber erst im Januar 1826. Sie sollte speziell *«dem Bedürfnisse derjenigen unter unsern Mitbürgern, welche die Bibliothek der allgemeinen Lesegesellschaft nicht benutzen können»*,[207] entgegenkommen und stand *«nach zurückgelegtem Confirmations-Unterricht, einem jeden hiesigen Einwohner, gegen einen halbjährlichen Abonnements-Preis von 12 Batzen für den Band»* offen, und zwar Männern und Frauen. Die Bibliothek war *«bei Herrn Holzach im grünen Pfahlgässlein Nro. 1591»* untergebracht, also ganz nahe beim heutigen Standort der GGG Stadtbibliothek im Schmiedenhof, und war samstags von 11 bis 12 Uhr für Frauen und von 13 bis 14 Uhr für Männer geöffnet.

Ein später Ausläufer der Bemühungen, Kindern und jungen Leuten geeignete Lektüre zu verschaffen, ist auch das Neujahrsblatt der GGG, das 1821 zum ersten Mal erschien und ein von Daniel Bernoulli-Obermeyer verfasstes Lebensbild von Isaak Iselin enthielt. Auch an diesem Unternehmen war Friedrich Merian als Kommissionsmitglied beteiligt. Vorbild waren die zum Teil seit über hundert Jahren in Zürich am Neujahrstag in den verschiedenen Gesellschaften an Kinder verteilten illustrierten Neujahrsblätter.[208] Den Anstoss, ein «NeuJahrs-Blatt zum Nutzen der Jugend» herauszugeben, gab ein anonymer Vorschlag, der am 10. November 1819 erstmals im Vorstand, damals noch vorberatende Kommission genannt, beraten wurde.[209] Die Herausgabe der ersten Nummer, die für das Jahr 1820 geplant

war, stiess jedoch auf Schwierigkeiten, weil das Lebensbild von Johann Friedrich Miville-Battier, das eigentlich die neue Reihe hätte eröffnen sollen, von seinem Autor, Rektor Rudolf Hanhart, unerwartet zurückgezogen wurde, was Friedrich Merian, damals Vorsteher der GGG, in grosse Verlegenheit brachte, wie wir dem Sitzungsprotokoll vom 9. Februar 1820 entnehmen:

> *1. Herr Vorsteher bedauert diese Sitzung mit der ganz unerwarteten und unangenehmen Nachricht eröffnen zu müssen, dass Hr. Rektor Hanhardt auf den ihm geäusserten Wunsch um Abänderung einiger weniger in seiner Rede enthaltener Stellen erklärt habe, dass er daran nichts ändern werde und sie daher augenblicklich zurückgefordert habe, um sie auf einem andern Wege drucken zu lassen, worauf nach reiflicher Berathung, was nun in dieser Sache zu thun sey: allgemein bedauert wurde, dass damit der Gesellschaft eine so passende Gelegenheit entzogen werde, ihrem würdigen Mitgliede, dem seel. Herrn Professor* [Johann Friedrich] *Miville ein Denkmal zu stiften. Da jedoch die Gesellschaft, als für alles so sie dem Drucke übergiebt verantwortlich, die Prüfung davon als festen Grundsatz annehmen muss, so blieb keine andere Wahl, als auf den mit dieser Rede vorgehabten Plan zu abstrahiren, und den in voriger Sitzung darüber gefassten Beschluss als nichtig anzuerkennen, hingegen unseren Herrn Vorsteher zu ersuchen, den Schmerz der Gesellschaft über den Hinscheid des seel. Hrn Prof. Miville, in seinem JahrBerichte auszusprechen. 2. Ob nun wegen dieses Umstandes die Herausgabe von sogenannten Neujahr-Blättern aufgeschoben, oder gar aufgehoben werden soll, wird ferners in Umfrage gesetzt, und, mit Hinweisung auf dasjenige was schon unterm 12ten 9*[Novem]*ber v*[origen] *J*[ahres] *von der Gesellschaft hierüber entschieden wurde, beschlossen: Soll dieser Gedanke keineswegs aufgegeben, sondern – wegen nunmehrigem Mangel an einem passenden Stoffe, der Druck der ersten Blätter nun bis künftiges Jahr, sey es auf den Neujahrs-Tag oder auf den ersten May, zurückgesetzt werden, und ist nun dieser Gegenstand zu näheren Berathung und Einleitung an einen eigenen Ausschuss von vier Mitgliedern, mit Zuziehung eines Künstlers zu Besorgung eines Kupferstiches, – gewiesen, und dazu: Herr Vorsteher* [Pfr. Friedrich Merian], *Herr Oberstbelfer Burckhardt, Herr Dr. Daniel Bernoulli Sohn. Herr Conrector LaRosch, und Peter Vischer-Passavant, als Kunstverständiger höflich erbetten.*[210]

Diese Kommission reichte am 11. Mai 1820 dem Vorstand ihr Gutachten ein zu Inhalt, Gestaltung, Druck und Vertrieb des Blattes, das am 19. Mai 1820 von der allgemeinen Versammlung bis auf einen Punkt gut geheissen wurde: Die Mitglieder bestanden darauf, dass die Blätter anonym erscheinen sollten.[211]

Wie sich die Neujahrsblattkommission auf das Thema des ersten Heftes einigte, ist nicht überliefert, da sich keine Protokolle vor dem Jahr 1834 erhalten haben und die Kommission zum Neujahrsblatt vor 1839 auch keine Jahresberichte im «Blaubuch» der Gesellschaft veröffentlichte. Die Namen der Autoren der Hefte aus dieser Zeit kennen wir – trotz der Pflicht zur Anonymität – auf Grund einer Liste aus dem Jahre 1877, offenbar aus Anlass des 100-Jahr-Jubiläums zusammengestellt,[212] und Einträgen in den er-

haltenen Protokollbänden der Kommission. Viele der Blätter vor 1834 stammten aus der Feder des Theologen Karl Rudolf Hagenbach-Geigy.[213] Die meisten der Autoren waren bis 1835 Geistliche und Lehrer.[214] Jedes Heft enthielt eine Abbildung, die nach Vorlagen namhafter Basler Künstler von bekannten Basler Stechern und Lithographen für den Druck vorbereitet wurden. Thematisch beschäftigten sich die Neujahrsblätter nach 1821 vor allem mit Persönlichkeiten und Ereignissen aus der Schweizer Geschichte, ganz im Sinne der aufkommenden Regenerationsbewegung.[215]

3.3

Im konservativen Basel (1816–1868): Das nichtbürgerliche Vereinswesen und die Entwicklung der GGG zwischen 1798 und 1868

Das Vereinswesen hatte für die nichtbürgerliche Einwohnerschaft Basels während des 19. Jahrhunderts eine ganz andere Funktion als für die Stadtbürgerschaft. Die Einwohner Basels hatten keine politischen Rechte, konnten bis 1848 ohne Bürgerrecht keinen «zünftigen» Beruf ausüben und waren damit sowohl von der Armenfürsorge der Zünfte als auch der städtischen Gemeindebehörden ausgeschlossen.[216] Nach der kurzen Episode der Helvetischen Republik wurde nach 1803 auch das politische Mitspracherecht und die Regierungsbeteiligung der Basler Kantonsbürger ohne Stadtbürgerrecht zwar nicht beseitigt, aber durch die Verschränkung von Wahlsystem und Zunftorganisation faktisch aufgehoben.[217] Die Kantonstrennung 1833 verschaffte schliesslich der Stadtbürgerschaft bis 1848 wieder die 1798 verlorene absolute Kontrolle der städtischen Politik auf kommunaler und kantonaler Ebene. Die zugewanderte Bevölkerung ohne Basler Bürgerrecht besass bis zur Schaffung des schweizerischen Bundesstaates 1848 weder auf kommunaler noch auf kantonaler Ebene irgendeine Form eines politischen Mitspracherechts. Sie verfügte auch über keine rechtliche Garantie ihrer selbständigen geselligen Vereinigungen und Hilfsgenossenschaften oder ihrer kirchlichen und religiösen Einrichtungen, wenn sie nicht zur reformierten Staatskirche gehörten.

Die Schaffung des schweizerischen Bundesstaates brachte für die Schweizer Wohnbevölkerung in Basel einige politische Verbesserungen. Nach 1848 konnten Schweizer Niedergelassene im Kanton Basel-Stadt an kantonalen Abstimmungen teilnehmen und sich an kantonalen Wahlen beteiligen. Da im Kanton Basel-Stadt eine Einwohnergemeinde fehlte, blieben Schweizer Einwohner aber weiterhin von der Gemeindepolitik ausgeschlossen, bis 1875 das Kantonsparlament die Funktion eines Einwohnerrates übernahm. Dieser Ausschluss der nichtbürgerlichen Wohnbevölkerung von der kommunalen Politik hatte auch sozialpolitische Implikationen. Die Stadtbürgerschaft kontrollierte weitgehend das Armen- und

Fürsorgewesen. Die vielen Nichtschweizer, die in der Grenzstadt Basel lebten und arbeiteten, hatten ebenfalls keinerlei politische Einflussmöglichkeiten in Gemeindesachen. Rechtlich waren sie von Sozialhilfeansprüchen ausgeschlossen, unabhängig davon, wie lange sie sich in Basel aufhielten. Im Armenwesen galt in Basel wie in der ganzen Schweiz das Heimatprinzip, nicht das heute übliche Wohnortprinzip. Armenunterstützung konnten Nichtbürger und Ausländer deshalb nur von oder in ihrer Heimatgemeinde erwarten. Erst nach 1880 entstanden erste kantonale Fürsorgestellen, die allen niedergelassenen Einwohnern Basels offenstanden und auch konfessionell neutral waren. Vorher war die Armenpflege für Bürger und Nichtbürger kirchlichen Einrichtungen und kommunalen Behörden sowie privaten Vereinen überlassen. Einrichtungen, die sich mit der Armenpflege für die niedergelassene Bevölkerung beschäftigten, waren aber, soweit sie von der Stadtbürgerschaft getragen wurden, stark konfessionell und vielfach pietistisch geprägt. Nichtreformierte religiöse Gemeinschaften von Niedergelassenen bauten deshalb, wenn immer möglich, eigene Unterstützungsvereine auf.

Das regierende Stadtbürgertum kontrollierte bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts über die Einbürgerungen und das Mittel der Kooptation die sozialen Aufstiegsmöglichkeiten nichtbürgerlicher Einwohner und den Zugang zu den stadtbürgerlichen Gesellschaften und Vereinen. Das bürgerliche Vereinswesen in Basel zerfiel deshalb von Anfang an in eine stadtbürgerliche und eine nicht stadtbürgerliche Abteilung, die während des ganzen 19. Jahrhunderts getrennt blieben. Ein genaueres Bild des Basler Vereinswesens und seiner Entwicklung seit 1798 lässt sich erst nach 1860 gewinnen. Das Adressbuch von 1862 enthält das erste, aufgrund der Ergebnisse der vom eidgenössischen Departement des Innern veranstalteten statistischen Erhebungen von 1859 erstellte Vereinsverzeichnis. Da die Erhebung von 1859 in Basel selbst und von Basler Behörden durchgeführt wurde, waren die Ergebnisse wesentlich genauer als diejenigen einer ersten schweizerischen Erhebung zu den Vereinen und Gesellschaften, die der radikalliberale Stefano Franscini in seiner berühmten «Neuen Statistik der Schweiz» 1848 und in einem Nachtrag 1851 publiziert hatte.[218]

Die beiden Vereinsverzeichnisse in den Basler Adressbüchern von 1854 und von 1862 verdeutlichen in eindrücklicher Weise die Auswirkungen der Vereinsfreiheit: sowohl unter der niedergelassenen Bevölkerung als auch in der nicht zur regierenden Oberschicht gehörenden Stadtbürgerschaft. Von den 127[219] im Jahre 1862 amtlich registrierten Vereinen und Gesellschaften geben 69, also mehr als die Hälfte, an, im Jahr 1848 oder zwischen 1848 und 1862 gegründet worden zu sein. Die ersten amtlichen Zählungen in den vierziger Jahren und die Publikation des ersten amtlichen Vereinsverzeichnisses von 1854 regten ebenfalls Vereinsgründungen an oder wiesen bestehende Vereine auf die Möglichkeit hin, sich im Adressbuch registrieren zu lassen und so an die Öffentlichkeit zu treten.[220]

Es ist nicht einfach, unter diesen Vereinen diejenigen zu identifizieren, die von Niedergelassenen selbständig gegründet wurden oder sowohl Stadtbürger als auch Niedergelassene aufnahmen. Die Identifikation der gemischten Vereine ist besonders schwierig, weil das regierende Stadtbürgertum in «gemischten» Vereinen und Gesellschaften die Leitungsfunktionen oder bei Aktiengesellschaften wie der Stadtcasino-Gesellschaft oder der Theatergesellschaft die finanzielle Kontrolle beanspruchte.[221] Dies gilt auch für viele formal selbständig verwaltete Hilfskassen der Bandindustrie, die zwar von Bandarbeitern verwaltet wurden, aber ökonomisch von den «Bändelherren» abhängig waren.

Aufgrund der Angaben und Beschreibungen der Vereinsverzeichnisse von 1854 und 1862 lassen sich 50 der 1854 und 1862 offiziell registrierten Vereine als selbständige Gründungen der niedergelassenen Bevölkerung oder als gemischt bürgerlich-nichtbürgerliche Vereine identifizieren, die zwischen 1798 und 1862 entstanden sind (vgl. Tabelle 10, S. 430). Diese Gesamtzahl von 50 ist sicher zu niedrig, da alle Vereine, die vor 1854 entstanden waren, aber bei der Erstellung des Vereinsverzeichnisses von 1854 bereits nicht mehr existierten, natürlich nicht aufgeführt wurden. Dies dürfte besonders für Gründungen zutreffen, die unabhängig vom regierenden Stadtbürgertum entstanden waren, oder für die ersten unabhängigen Selbsthilfeorganisationen der Fabrikarbeiter wie Konsumgenossenschaften und Hilfskassen, die zum Teil auch mit Hilfe von Stadtbürgern ins Leben gerufen wurden.[222] Dass 29 der 50 Organisationen erst zwischen 1849 und 1862 entstanden, kann deshalb nicht nur mit der seit 1848 bestehenden Vereinsfreiheit allein erklärt werden.

Lücken weisen die ersten Vereinsverzeichnisse und die Auswertung der eidgenössischen Vereinszählung von Adolf Christ-Sarasin aber auch auf, weil Vereine die Teilnahme an der amtlichen Zählung verweigerten oder weil sie von den vom Stadtbürgertum dominierten Behörden übersehen wurden. Christ zählt ganz unterschiedliche Motive auf, die Zählung zu verweigern. Grundsätzliche Gegner der Erhebung sahen die Vereinsfreiheit bedroht, ja fürchteten sich sogar vor ausländischen «Erpressungen». Sie gehörten vermutlich zur radikalen Opposition und zur Arbeiterbewegung, die unter polizeilicher Überwachung stand. Andere brachten moralische Skrupel und finanzielle Argumente vor gegen die Veröffentlichung der Einnahmen und der Vermögensverhältnisse gemeinnütziger und wohltätiger Vereine. Solche Argumentationsmuster finden sich vor allem im religiös-konservativen Bürgertum, das seit je sehr zurückhaltend war mit der Mitteilung der finanziellen Verhältnisse der von ihm getragenen Anstalten. Hinter dieser Haltung verbargen sich aber auch ganz handfeste Überlegungen: Eine zu gute Vereinsrechnung liess die Spendenfreudigkeit des Publikums zurückgehen.

> *Es haben zwar über diese Vereins-Statistik hie und da Bedenken obgewaltet und es sind Befürchtungen geäussert worden. Die Gefährdung der Freiheit des Vereinsrechts wurde, wenigstens im Keime, in dieser Anordnung gesehen, und die Möglichkeit,*

dass diese Zusammenstellung unter gewissen Umständen zu Erpressungen benützt werden könne, wurde betont. Andererseits wollte man in dieser Veröffentlichung eine unerfreuliche Nahrung der Eitelkeit oder des Hochmuths sehen, und für und in Basel wurde noch insonderheit hervorgehoben, dass durch die angeordnete Zusammenstellung möglicherweise der Neid geweckt und neue ungebührliche Ansprüche an unsere Armen-Vereine gemacht werden könnten.[223]

Von den 50 nachweisbaren nichtbürgerlichen Vereinen entstanden nur fünf vor 1820.[224] Von diesen fünf Vereinen waren zwei gemischte Vereine unter stadtbürgerlicher Kontrolle oder Führung.[225] Mit Gründungsjahr vor 1830 existieren 1862 nur zwei weitere Vereine von Niedergelassenen. Sie waren von der sich in den zwanziger Jahren formierenden radikalen und freisinnigen Opposition gegründet worden. Zusätzlich entstand 1824 die erste nachweisbare Hilfskasse von Fabrikanten für in der Stadt lebende Fabrikarbeiter der Bandindustrie.[226] Mit Gründungsjahr vor 1840 finden sich zwei weitere Hilfskassen.[227] Aus den Jahren zwischen 1840 und 1848 stammen zwölf Vereine, wovon wiederum mehr als die Hälfte zu den Hilfskassen gehören. Die verbleibenden 29 Vereine entstanden alle zwischen 1849 und 1862.

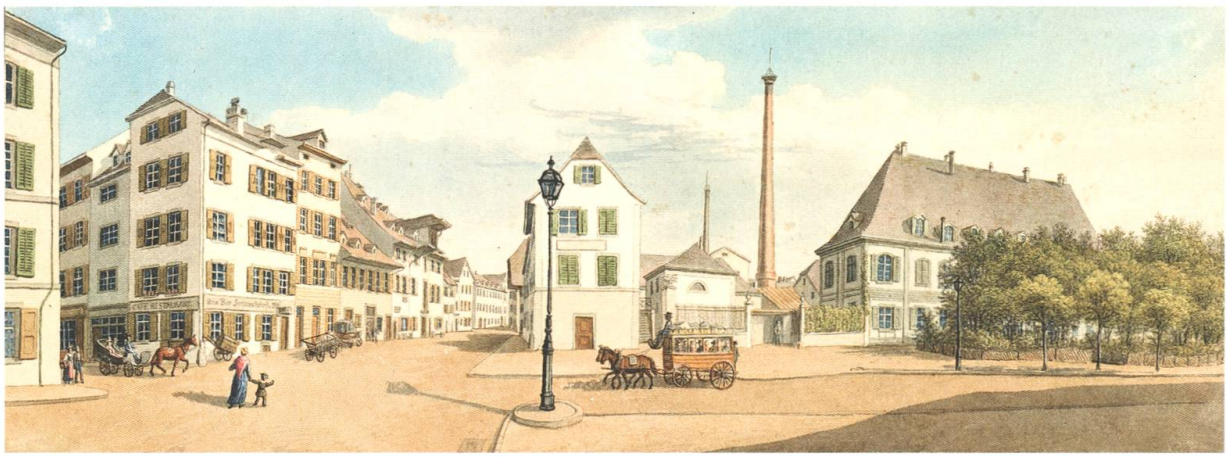
Neben fünf klar konfessionell geprägten Vereinen[228] oder der von Christian Friedrich Spittler-Goetz 1840 gegründeten Pilger-Mission auf St. Chrischona, die anders als die Basler Missionsgesellschaft nicht vom regierenden Stadtbürgertum dominiert wurde,[229] fällt es schwer, Gesangvereine, gesellige oder Bildungsvereine, vaterländische und politische Vereine, insgesamt 20 Vereine, klar voneinander abzugrenzen. Der 1825 gegründete Männerchor zum Beispiel ist die älteste politische Organisation des Basler Freisinns, der aber offenbar 1854 und 1862 nur noch geselligen Zwecken diente. Der Freisinn hatte zu diesem Zeitpunkt bereits Vertreter im Grossen Rat und in der Regierung. Der Grütliverein, 1844 gegründet, liess sich 1862 hingegen als vaterländischer, das heisst politischer Verein eintragen, zusammen mit dem Feldschützen-Verein, dem Jägerverein, dem Artillerieverein und dem Pompierverein. Eine der ältesten sozialistischen Arbeiterorganisationen in Basel, deren Wurzeln in die zwanziger und dreissiger Jahre zurückreichen, figurierte mit dem Gründungsdatum 1850 als Deutscher Arbeiter-Bildungsverein im Adressverzeichnis. Da die sozialistische Bewegung als staatsgefährdend galt, konnte sie sich nicht auf die Vereinsfreiheit berufen und tarnte deshalb ihre politischen Organisationen als Freizeit- und Bildungsvereine.

Die andere Hälfte der Vereine gehörte in die Gruppe der Hilfskassen. Diese hohe Zahl von Vereinigungen zur Unterstützung bei Krankheit, im Alter oder für Witwen- und Waisen erklärt sich einerseits damit, dass es 1862 noch keine obligatorischen staatlichen Sozialversicherungen gab und nichtbürgerliche Stadteinwohner an ihrem Wohnort in Basel keinen Anspruch auf Armenunterstützung erheben konnten. Deshalb finden sich zum Beispiel Hilfskassen für eine bestimmte Gruppe schweizerischer Niedergelassener wie der im Adressbuch 1862 unter den vaterländischen und militärischen

Vereinen eingetragene «Aargauer Verein und dessen Unterstützungskasse». Mehrheitlich waren in diesen Kassen Fabrikarbeiter und Heimarbeiter, die Posamenter, der Basler Seidenbandindustrie versichert. Zusätzlich bot die Zinstragende Ersparniskasse der GGG *«hiesigen Gesellschaften zu gegenseitiger Unterstützung, Kranken-, Wittwen- und Waisenkassen»* spezielle Bedingungen für die Anlage der Kassengelder an.[230] Nur eine einzige dieser Kassen ist vom Namen her eindeutig einer Firma zuordenbar: die 1858 entstandene «Kranken-, Sterbe- & Invalidenkasse der Haas'schen Giesserei». 1862 finden sich auch Hilfskassen von Freiberuflern und Facharbeitern wie Ärzten, Mechanikern und Orchestermusikern oder kaufmännischen Angestellten, damals noch «Handlungsdiener» genannt.

Andererseits war die grosse Zahl von Hilfskassen im Kanton Basel-Stadt, wie auch von Stefano Franscini in der «Neuen Statistik der Schweiz» 1848 hervorgehoben wird,[231] ein Abbild der sozialen Spannungen und politischen Auseinandersetzungen. Das regierende konservative Stadtbürgertum reagierte seit Beginn der vierziger Jahre mit der Schaffung neuer Fürsorgeeinrichtungen und der Gründung eigener oder der Unterstützung selbständiger Hilfskassen auf die politischen Organisationsbemühungen der niedergelassenen Schweizer Wohnbevölkerung und die soziale Not der wachsenden Zahl von Taglöhnern und Fabrikarbeitern. Auch mit der zunehmenden Verarmung vieler kleiner Handwerker aus der Stadtbürgerschaft, eines wichtigen Teils der eigenen Stammwählerschaft, musste sich das regierende Stadtbürgertum auseinandersetzen. Die GGG war in die Sozialpolitik des regierenden Stadtbürgertums stark involviert. So schuf sie 1842 die Vorschusskasse, die 1861 von der Handwerkerbank übernommen wurde. Diese sollte finanziell bedrängte Kleinunternehmen mit günstigen Krediten versorgen. Eine sozialpolitische Offensive aus Unternehmerkreisen, um die politische Selbstorganisation der Fabrikarbeiter zu bekämpfen und ihrer Kritik an den «Fabrikherren» den Wind aus den Segeln zu nehmen, liess in den vierziger Jahren auffällig viele Hilfskassen für Arbeiter und Arbeiterinnen in den Bandfabriken entstehen. 1844 veranlasste dann Karl Sarasin(-Vischer)-Sauvain, Unternehmer und führender christlich-konservativer Politiker mit sozialpolitisch fortschrittlichen Ansichten, die Schaffung der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse, die bis 1862 fast die Hälfte der bestehenden Arbeiterhilfskassen verwaltete. [232] Sie übernahm die Verwaltung dieser Kassen unentgeltlich und koordinierte oder realisierte auch weitere sozialpolitische Projekte des konservativen Stadtbürgertums.

Die sich abzeichnende Gründung des schweizerischen Bundesstaates und die Missernte von 1846 sowie die mit den Hungerjahren 1846/47 verbundene, ganz Europa erfassende soziale und politische Unrast schufen für das regierende Stadtbürgertum in Basel eine politisch gefährliche Situation. Nur durch einen Kunstgriff konnten die regierenden Stadtbürger die liberal-konservative Regierungsmehrheit retten. Eine «vorgezogene» Verfassungsrevision im Jahre 1847 verhinderte, dass der 1848 siegreiche Schweizer Freisinn sich auch in Basel durchsetzen konnte. Nun wurden erstmals



[Abb. 48]

[Abb. 49]

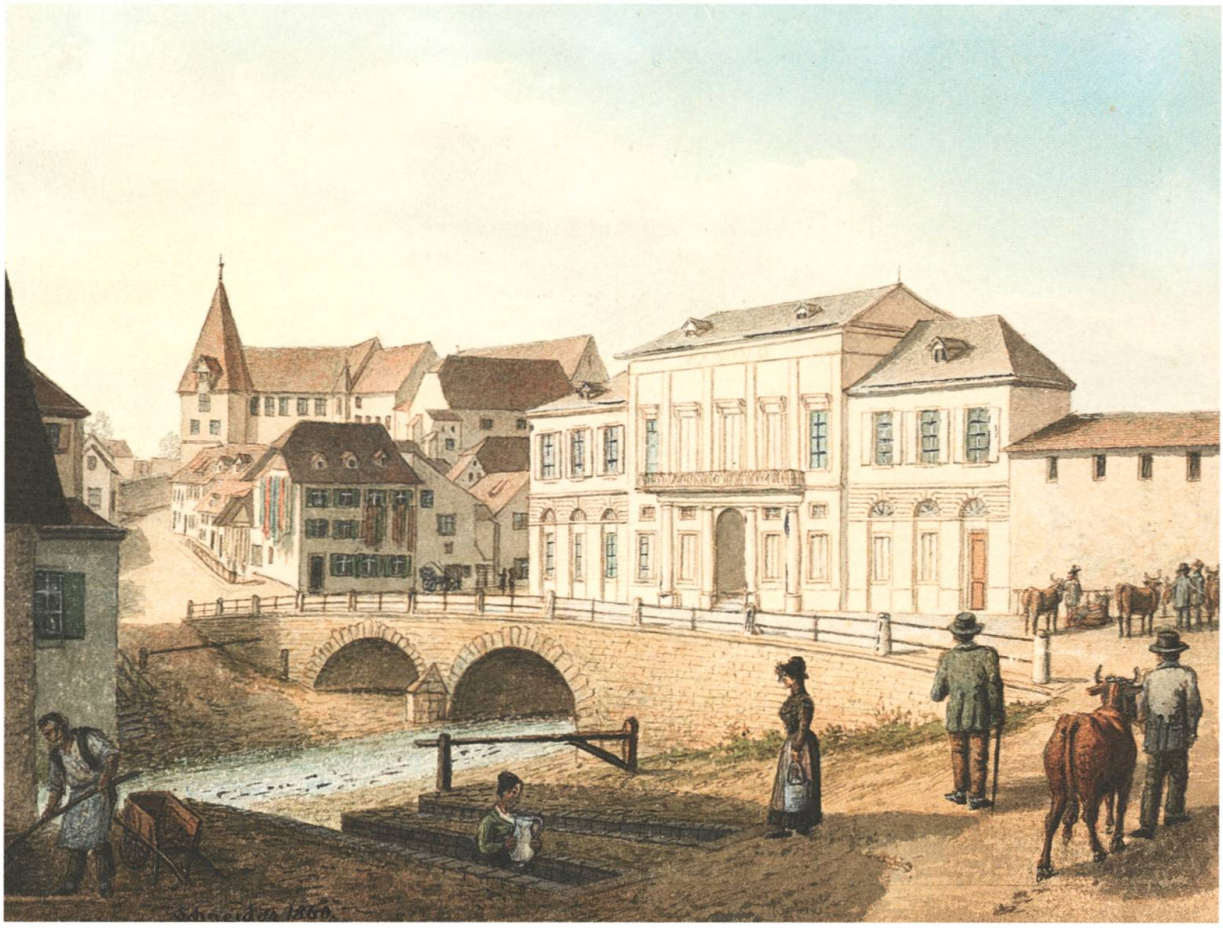
[48] Aquarell von Johann Jakob Schneider vor 1865. Blick vom Claraplatz in die untere Rebgasse, links Einmündung der Greifengasse mit der Speisewirtschaft Biri im Eckhaus, in der rechten Bildhälfte Fabrikgebäude mit Kamin im Rappoltshof, im Vordergrund ein Pferdeomnibus und der Schlagschatten der Clarakirche.

[49] Aquarell von Johann Jakob Schneider nach Constantin Guise (vor 1838): Blick von der Krempergasse, heute Greifengasse, Richtung Rhein zum Kleinbasler Richthaus links, wo heute das «Café Spitz» steht, und rechts zum Schlachthaus, der School, im Haus Waldeck. Auf der anderen Rheinseite ist das Grossbasler Rheintor zu sehen.

Frauen aus dem regierenden Stadtbürgertum offiziell in die praktische Umsetzung der konservativen Sozialpolitik mit einbezogen: In der politisch angespannten Situation[233] konstituierten sich die schon lange vorher gegründeten Frauenvereine der vier Basler Kirchgemeinden als selbständige Vereine unter dem Präsidium des Gemeindepfarrers, ohne dass sich dadurch an der bestehenden Organisation der Armenpflege etwas geändert hätte. 1846/47 war jedoch ein öffentliches Auftreten der karitativ tätigen Stadtbürgerinnen nötig, um nach aussen, gegenüber der nichtbürgerlichen Wohnbevölkerung, den wohltätigen und gemeinnützigen «Bürgersinn» des regierenden Stadtbürgertums wirksam zur Darstellung bringen zu können.[234]

Als Organisation entwickelte sich die GGG zwischen 1798 und 1868 nicht parallel zum Trend der nichtbürgerlichen Vereine und des Vereinswesens allgemein (vgl. Tabelle 10 und Chronologie, S. 489). Fällt das Gründungsjahr der 127 um 1862 eingetragenen Vereine zu deutlich mehr als der Hälfte in den Zeitraum von 1848 bis 1862, verläuft die Entwicklung der Zahl der Kommissionen der GGG gegenläufig. Die meisten der um 1862 bestehenden Kommissionen entstanden vor dem Jahr 1848. 1818 besass die GGG sieben vor 1810 gegründete selbständige Kommissionen, die bis auf die 1809 gegründete Zinstragende Ersparniskasse alle im Schul- und Bildungsbereich tätig waren.[235] Alle diese Kommissionen und Anstalten existierten 1862 noch. Im Vergleich: Von den vor 1818 gegründeten Vereinigungen, die nicht von Stadtbürgern gegründet worden waren oder Nichtbürger als Mitglieder akzeptierten, existierten 1862 nur noch fünf. Bis 1830/31 entstanden weitere acht neue Kommissionen,[236] die der GGG zugleich auch neue Arbeitsbereiche erschlossen. Nur zwei der neuen Vereine ergänzten die bereits bestehenden sieben Bildungs- und Schulvereine.[237] Zwei waren im Fürsorgebereich tätig,[238] zwei förderten körperliche Ertüchtigung und die allgemeine Gesundheit,[239] und zwei Kommissionen hatten erstmals wieder seit der Gründungszeit politischen Charakter: die 1827 aus Anlass des 50-jährigen Bestehens der Gesellschaft gegründete Dienstagsgesellschaft und die Kommission zur Förderung industrieller Unternehmungen, die 1830 die erste Basler Gewerbeausstellung organisierte. Diese Kommissionen versuchten mit ihrer Tätigkeit die öffentliche Diskussion der Politik der Liberalen zu fördern und die von den Liberalen um Carl Burckhardt-Paravicini und Christoph Bernoulli-Paravicini – den dominierenden Persönlichkeiten im GGG-Vorstand dieser Jahre – propagierte Rationalisierung der gewerblichen Produktion und Professionalisierung der Gerichte und der Verwaltung zu unterstützen. Die Gründung der Kommission zur Verbesserung der Gefängnisse im Jahre 1821 war die Antwort der religiös-konservativen Kreise in der GGG auf die von den Liberalen vorangetriebene Gerichtsreform und die Zentralisierung der Kriminalgerichtsbarkeit in der Stadt. Diese Funktion übernahm allerdings 1831 die staatliche Inspektion der Gefängnisse, in der ein Delegierter der GGG Einsitz nahm.[240] In den Jahren zwischen 1831 und 1840, in denen sich die

[Abb. 50]



[50] Aquarell von Johann Jakob Schneider von 1860: Blick von der Theaterstrasse zum alten Stadt-Casino am Steinenberg mit der Brücke über den offenen Birsig zum Kohlenberg mit dem Lohnhof. Im Eckhaus am Fuss des Kohlenbergs (heute ein McDonald's), wo damals Färbermeister Oser wohnte, hängen gefärbte Tücher aus den Fenstern.

Stadtbürgerschaft nach der Niederlage im Bürgerkrieg und der Kantonstrennung neu organisieren musste und sich das sogenannte «Ratsherrenregiment» herausbildete, konsolidierte auch die GGG die bestehenden Organisationen und verzichtete auf Neugründungen. Erst nach 1841 entstanden bis 1848 wieder acht neue Kommissionen, die bis auf zwei auf die für das regierende konservative Stadtbürgertum zentralen sozialpolitischen Probleme dieser Jahre reagierten.[241]

Zwischen 1818 und 1848 lassen sich also 24 neue Kommissionen nachweisen, von denen jedoch 1848 bereits sechs nicht mehr existierten. Von acht Kommissionen im Jahr 1818 steigt die Zahl auf 18 Kommissionen im Jahr 1848, hat sich also in diesen dreissig Jahren mehr als verdoppelt. Im Vergleich zur Entwicklung des Basler Vereinswesens allgemein wuchs die GGG bis 1848 tendenziell rascher. Dies spiegelt sich auch in der Entwicklung der Mitgliederzahlen zwischen 1800 und 1850, wie die Graphik des Kantonsstatistikers Oskar Hugo Jenny-Rosenmund in der Festschrift der GGG von 1927 veranschaulicht (vgl. Graphik 1, S. 160). Bezogen auf das allgemeine Bevölkerungswachstum erlebte die GGG zwischen 1800 und 1830 auch in ihrem Mitgliederbestand eine deutliche Erweiterung und war in der Lage, den 1830 erreichten Mitgliederanteil von 22 Promille der Wohnbevölkerung bis 1850 zu halten. Dieser Wachstumsschub der GGG läuft interessanterweise zeitlich parallel zum sozialen und politischen Abschliessungsprozess der Stadtbürgerschaft zwischen 1800 und 1830, der in den «Dreissiger Wirren» und der Kantonstrennung seinen Höhepunkt fand.[242] Die allgemeine Entwicklung des Vereinswesens verlief in umgekehrter Richtung: Von den 123 1862 eingetragenen Vereinen entstanden zwischen 1798 und 1847 nur fünfzig, während in den Jahren zwischen 1848 und 1862 67 Vereine neu gegründet wurden.

Die ausschliessliche Fokussierung der GGG auf Bildungs- und Schulvereine, wie sie noch 1818 ganz deutlich war, reduzierte sich bis 1862: Von den 18 Kommissionen beschäftigten sich 1848 drei mit Sport und körperlicher Ertüchtigung und acht mit sozialpolitischen Problemen. Nur noch sieben der 18 Kommissionen oder etwas mehr als ein Drittel waren noch im Schul- und Bildungsbereich tätig. Neben der liberal-konservativen Sozialpolitik war diese Entwicklung auch eine Auswirkung der 1817/18 einsetzenden gesetzlichen Regulierung des Bildungswesens und der beginnenden Verstaatlichung des Schulwesens. An der Aufteilung der Arbeitsfelder, die sich bis 1848 herausgebildet hatte, änderte sich bis 1862 nichts mehr. In den Jahren zwischen 1848 und 1862 blieb die Entwicklung der GGG und ihrer Kommissionen im Wesentlichen stationär. Denn von den fünf nach 1848 entstehenden Kommissionen war nur die Kommission zur Abhülfe der Tierquälerei wirklich neu.[243] Da sich 1861 zwei der nach 1848 gegründeten Kommissionen verselbständigten,[244] besass die GGG um 1862 21 Kommissionen, also nur drei mehr als 1848. Nur die sozialpolitischen Projekte und sportlichen Angebote wurden weiter ausgebaut und die nach 1840 einsetzende Auffächerung der Arbeitsfelder so gefestigt. Dasselbe

Bild zeigt die Mitgliederentwicklung, die im Verhältnis zur Wohnbevölkerung nach 1850 rückläufig war bis in die sechziger Jahre hinein, auch wenn die Mitglieder in absoluten Zahlen zunahmen. Die Gesellschaft bekam nach 1850 die Folgen des sozialen Abschliessungsprozesses des Stadtbürgertums zu spüren, aus dem sich die Mitglieder und Träger der Gesellschaftstätigkeit ganz ausschliesslich rekrutierten.

Für das Selbstverständnis des regierenden Stadtbürgertums und die Rechtfertigung des eigenen Macht- und Autoritätsanspruches besassen die GGG und ihre Kommissionen nach 1848 eine besondere Bedeutung, vor allem im sozialpolitischen Bereich. Auch dies lässt sich in den Adressbüchern von 1854 und 1862 gut zeigen. Die GGG und ihre Kommissionen wurden in beiden Vereinsverzeichnissen besonders hervorgehoben. Die Liste zu Vereinsvorstand und Kommissionen der GGG und die ausführliche Beschreibung von neun Kommissionen[245] umfassen im Vereinsverzeichnis von 1854 sieben der insgesamt 32 Seiten. Die Darstellung der GGG und ihrer Kommissionen im Jahre 1854 besetzt also allein fast ein Viertel des Vereinsverzeichnisses, das insgesamt 74 Vereine erfasst (abzüglich der neun Kommissionen der GGG mit einer Einzelbeschreibung). Nur die Liste der 23 Hilfsgesellschaften und Hilfskassen als Gruppe oder die Liste der 15 religiösen Vereine sind ähnlich umfangreich. Detailliert wie die GGG wird als Einzelorganisation nur die Evangelische Missionsgesellschaft auf zwei Seiten behandelt. Neben der numerischen Übermacht der GGG-Organisationen im Bereich der gemeinnützigen Vereine und der vom Stadtbürgertum geführten religiösen und kirchlichen Vereine ist es vor allem der im Text beanspruchte Raum, der den vom Stadtbürgertum geführten Vereinsgruppen ihr besonderes Gewicht verleiht.

Der weltanschauliche Hintergrund dieser Gewichtung wird deutlich, wenn wir die Schrift von Adolf Christ-Sarasin zum Basler Vereinswesen in die Hand nehmen: «Die freiwilligen Vereine des Kantons Basel-Stadt für gemeinnützige, wohlthätige, wissenschaftliche, künstlerische, religiöse, vaterländische, militärische und soziale Zwecke im Jahre 1859». Adolf Christ war 1859 einer der profiliertesten konservativen Sozialpolitiker und als «Ratsherr» einer der einflussreichsten Vertreter der Basler Erweckungsbewegung. Er trug seine religiösen Überzeugungen bewusst in die Basler Politik hinein. Die Schrift zu den Ergebnissen der eidgenössischen Vereinszählung in Basel von 1859 referiert nicht die statistischen Ergebnisse, sondern Christs Selbstbild und sein politisch-religiöses Programm. Der GGG und ihren Kommissionen widmet er ein eigenes Kapitel, prominent am Anfang seiner Darstellung, die sonst entlang dem Schema des Fragebogens der eidgenössischen Umfrage gegliedert ist.[246] Christ, langjähriger Schreiber und Archivar der GGG, der als Vorsteher auch massgeblich an der Statutenrevision von 1839 beteiligt war, beschreibt die GGG und 18 ihrer Kommissionen ausführlich auf zwölf Seiten der rund hundert Textseiten umfassenden Schrift. Die 15 «Vereine und Anstalten zu religiösen Zwecken», mehrheitlich von der Erweckungsbewegung gegründete Organi-

sationen, erhalten auf zehn Seiten eine nicht weniger eingehende Darstellung, während die Gemeindevereine der Katholiken und Juden ganz übergangen werden und nur die dazugehörigen karitativen Gemeindevereine als Wohltätigkeitsvereine oder Krankenkassen kurz erwähnt werden.[247]

Die von Christ vorgenommene Hervorhebung der GGG übernahm auch das «Neue Nummern- & Adressbuch der Stadt Basel» von 1862. Die GGG erscheint nach der Aufstellung der kantonalen, kommunalen und kirchlichen Behörden, den staatlichen Schulanstalten, den Zünften und Ehrengesellschaften, den «Privat-Gemeinden»[248] und «Verkehrs-Anstalten» am Schluss der Zusammenstellung der Behörden und Anstalten mit öffentlichem Charakter. Die Gesellschaft steht so ausserhalb der übrigen im Vereinsverzeichnis aufgeführten Vereine. Die Annäherung der GGG an die öffentlichen Anstalten von Kanton und Stadtgemeinde gibt der Gesellschaft einen behördengleichen Charakter, der ihr rechtlich gar nicht zukam. Diese Vermischung von kommunalen Anstalten sowie Vereinen und Gesellschaften findet sich schon in der Schrift von Adolf Christ von 1859. So führt Christ unter den «Vaterländischen und politischen Vereinen» die zu den Zünften und Ehrengesellschaften gehörende «Schützengesellschaft» auf; unter den «Vereinen und Anstalten zu Wohlthätigkeits- und Humanitätszwecken» das zur Stadtgemeinde gehörige Spital, das Almosenamt, das Waisenhaus und die «fisci» (Armenseckel) der Kirchgemeinden, die Zünfte und Vorstadtgesellschaften sowie das Armenkollegium und die ihm unterstellte Krankenkommission; unter den «Vereinen und Anstalten zu wissenschaftlichen Zwecken» die Universität und ihre Institute.[249]

Im Selbstverständnis des regierenden Stadtbürgertums waren Bürger noch um 1860 ausschliesslich Stadtbürger, nicht Staatsbürger. Anders lässt sich die Parallelisierung der von Stadtbürgern gegründeten Vereine, von Zünften und Ehrengesellschaften und den zur 1803 gegründeten Stadtgemeinde und zum Kanton gehörenden Behörden und Anstalten, die Christ und in seinem Gefolge das Adressbuch von 1862 vornahmen, nicht verstehen. Aber auch bei stadtbürgerlichen Vereinen selbst lassen sich ähnliche Tendenzen beobachten. So grenzen sich stadtbürgerliche Vereine und Hilfskassen in den Vereinsverzeichnissen von 1854 und 1862 gerne durch ihr weit in die Stadtgeschichte zurückgreifendes Gründungsdatum von den «Neugründungen» der zugewanderten Niedergelassenen ab.[250]

3.3.1 Die GGG in der Regenerationszeit und unter dem Ratsherrenregiment

Zwischen 1830 und dem Ende der politischen Vorherrschaft des konservativen Stadtbürgertums nach dem Wahlsieg des Freisinns 1874 waren immer wieder bedeutende Wirtschaftsführer und Politiker des konservativen und liberalen politischen Spektrums Vorsteher der Gesellschaft und äusserten sich in ihren Abschiedsreden zu aktuellen politischen Fragen. Diese Ansprachen sind spannende Zeitdokumente zur Stadtgeschichte. In diese

Zeitspanne fallen auch alle wichtigen Jubiläen der GGG: 1827, 1837, 1852 und 1877 sowie die von der GGG initiierte Säkularfeier in Erinnerung des Grossen Erdbebens von 1356 im Jahre 1856, die die GGG erstmals in ihrer Geschichte zusammen mit Kantonsregierung, Kirche, Stadtrat und Zünften in einer öffentlichen Feier auftreten liess: Es war der Vorsteher der GGG, Weissgerber Johann Jakob Imhof(-Forcart)-Rüsch, der damals im Münster die Kantonsfahne trug.[251] Ein interessanter Nebeneffekt dieser zahlreichen GGG-Erinnerungsfeiern waren die wiederholten Versuche, Projekte, die zum Teil seit der Zeit Iselins oder später aus finanziellen Gründen nicht hatten realisiert werden können, erneut aufzunehmen, wie die lange Vorgeschichte der Zwangsarbeitsanstalt Klosterfiechten oder der Alters- und Sterbekasse der GGG von 1877 belegen.

Einen wichtigen allgemeinen Stimmungsumschwung in der Stadt Basel und innerhalb der GGG brachte das Jahr 1864. Erstmals fand auf Einladung von Karl Sarasin(-Vischer)-Sauvain eine Jahresversammlung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG) in Basel statt, zu der die GGG eingeladen hatte.[252] Darin widerspiegelte sich nicht nur in der GGG, sondern auch in der Kantonspolitik eine grundsätzliche Veränderung der Haltung gegenüber der übrigen Schweiz und den in der Stadt wohnenden Schweizern. Eine jüngere Generation von Konservativen war an die Macht gekommen, die den Bürgerkrieg und die Kantonstrennung nicht mehr selbst miterlebt hatte. Noch 1847/48 standen die regierenden Basler Familien – in Erinnerung an die von der Tagsatzung 1833 verfügte Kantonstrennung – mit ihren Sympathien innerlich auf der Seite der Verlierer des Sonderbundkrieges, auch wenn sie sich politisch noch rechtzeitig für den Bundesstaat entschieden und Basler Wirtschafts- und Bankfachleute sich führend am Aufbau der Nationalbank und der Schaffung eines nationalen Post- und Münzwesens beteiligt hatten. Die gesamtschweizerische Versammlung der SGG 1864 verkürzte für kurze Zeit auch die Distanz zwischen altem Stadtbürgertum und neuem Bürgertum. Anlässlich dieses Treffens in Basel wurde in aller Öffentlichkeit von Männern aus der ganzen Schweiz über gemeinnützige Fragen diskutiert – wie zur Zeit Iselins. Die Verwunderung darüber kann man aus der Rede des damaligen Vorstehers Wilhelm Burckhardt-Sarasin heraushören: *« Wenn uns aber in unsern hiesigen speziellen Verhältnissen, und durch langjährige Uebung oder vielmehr Nichtübung jenes anregende Element der allseitigen lebhaften Diskussion im Kreise der Gesellschaft oftmals ganz abgeht, ein Mangel, der durch den im Ganzen ruhigen Entwicklungsgang der jüngst verflossenen Jahre vielleicht noch über Gebühr und Nutzen ist fortgepflanzt worden, – so glaube ich dennoch daraus nicht auf ein Erkalten der Theillnahme und des Interesses an den vielseitigen Bestrebungen unserer Gesellschaft schliessen zu sollen. Ich glaube vielmehr, es liege nun einmal in unserm spezifisch baslerischen Charakter, weniger durch erschöpfende und glänzende Diskussionen im weitern Kreise, als durch thatkräftiges, wenn auch stilles und ruhiges Handeln das wirkliche Interesse an solchen gemeinnützigen Bestrebungen zu beweisen. »*[253] Für einen Moment wurde dem konservativen

Stadtbürgertum bewusst, wie gering der Austausch mit Gruppen ausserhalb der eigenen Kreise und wie weit der Abschliessungsprozess gegenüber der zugezogenen Einwohnerschaft Basels schon fortgeschritten war.[254]

Es ist deshalb kein Zufall, dass die GGG erst ab 1878 – also erst nach dem Fall des Ratsherrenregiments 1874 – mehr Unterstützung bei der SGG suchte, mit deren Vorstand eine regelmässige Korrespondenz aufnahm und sich an den Jahresversammlungen vertreten liess. Bis dahin spielte die SGG für die Entwicklung der GGG keine grosse Rolle. Nur vereinzelte GGG-Mitglieder, die sich von sich aus – wie der Unternehmer und Ratsherr Karl Sarasin(-Vischer)-Sauvain – an der gesamtschweizerischen und internationalen Situation orientierten, beteiligten sich aktiv an den SGG-Debatten. 1841 schickte zum Beispiel eine Gruppe von Basler Unternehmern ein «Gutachten der von der Baslerischen Abtheilung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft aufgestellten Kommission über die Frage betreffend die Fabrikarbeiter-Verhältnisse» an die SGG ein, das zwei Jahre später in Basel im Druck veröffentlicht wurde und aus der Feder oder aus dem näheren Umfeld von Karl Sarasin stammen dürfte.[255]

Nach der Kantonstrennung hielt man sich in der GGG – wie auch sonst in Basel – an das Vertraute und Bewährte. So stellt Fritz Burckhardt-Brenner in seiner Schlussrede für das Jahr 1863 fest: *«Wer mit Aufmerksamkeit den Gang und die Entwicklung der Gemeinnützigen Gesellschaft verfolgt, der wird erkennen, dass die meisten neuen Zweige der Thätigkeit sich theils an schon Bestehendes anschliessen, theils aus ihm entwickeln, und dass zu deren Gedeihen Zeit und Geduld zwei wichtige Faktoren sind. Selten treten ganz neue Gedankenrichtungen auf und seltener noch können sie sich beim ersten Auftreten Geltung verschaffen; ja es wäre vielleicht nicht blos Ein Beispiel zu nennen, dass ausführbare Gedanken im Schosse der Gesellschaft niedergelegt, nicht zur Ausführung gelangt sind, blos wegen ihrer Neuheit.»*[256] Diese Unbeweglichkeit der GGG erklärte August von Miaskowski 1877 damit, dass sich der Schwerpunkt des Gesellschaftslebens vom Vorstand und von den Mitgliederversammlungen in die Kommissionen verlagert habe: *«Dennoch hat sich das Wesen der Gesellschaft während der letzten Hälfte ihres Bestehens* [seit 1837] *auch insofern verändert, als an die Stelle der Freude an neuen Schöpfungen, der anregenden und enthusiastischen Behandlung neu auftauchender Fragen in den allgemeinen Sitzungen, sowie des intimen persönlichen Zusammenhanges der nicht zahlreichen Mitglieder, wie sie der ersten Zeit* [vor 1800] *eigen war, allmälig die stille Specialarbeit an den bestehenden Anstalten und damit eine Verlegung des Schwerpunkts der Thätigkeit aus der allgemeinen Versammlung in die Kommissionen, deren Organisation immer reicher wurde, sowie eine mehr nüchterne geschäftsmässige Behandlung der Dinge getreten ist.»*[257] Die Idealisierung der ersten Jahrzehnte der GGG-Geschichte ist in dieser Feststellung sehr deutlich herauszuhören. Die konservative Führungsschicht trauerte auch in der GGG einer vergangenen Einheit der Stadtbürgerschaft nach, die so historisch gar nie bestanden hatte.

Auf die Probleme, die sich aus den raschen demographischen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen der städtischen Gesellschaft nach 1850 ergaben, hatte die GGG keine einheitliche Antwort. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war eine starke Auffächerung der Arbeitsgebiete der GGG entstanden. Diese beschrieb Vorsteher Wilhelm Bischoff-Merian in seiner Abschiedsrede für das Jahr 1854. Er schlug eine neue Gliederung vor und war sich dabei bewusst, nicht der bisher üblichen Kategorisierung zu folgen. Er unterschied neu *«sechs ziemlich abgesonderte Gebiete»*, nämlich: *«1) Sorge für die Erziehung der Jugend, 2) Förderung des physischen Wohles von Jung und Alt aller Klassen, 3) Verbreitung allgemeiner Bildung und nützlicher Fertigkeiten, 4) Beförderung von Sparsamkeit und Gewerbsfleiss, 5) Vorsorge zu Gunsten des Arbeiter- und Dienstbotenstandes, 6) Linderung der Armuth, Krankheit und des Unglücks.»*[258] Auf diese sechs Kategorien verteilte Bischoff-Merian die 36 damals bestehenden GGG-Kommissionen, Projekte und von der GGG unterstützten Institutionen. Neu im Vergleich zur bisherigen Kategorisierung war die ausdrückliche Hervorhebung der *«Förderung des physischen Wohls von Jung und Alt aller Klassen»* (3 Kommissionen),[259] die Betonung der *«Verbreitung allgemeiner Bildung und nützlicher Fertigkeiten»* (7 Kommissionen)[260] und die *«Vorsorge zu Gunsten des Arbeiter- und Dienstbotenstandes»* (5 Kommissionen)[261] als selbständige Abteilungen. Insgesamt machten die drei neuen Bereiche 1854 mehr als ein Drittel der von Bischoff-Merian aufgeführten Kommissionen, Vereine und Projekte aus.

Die GGG musste, um ihren weiteren Fortbestand zu sichern, Wege finden, die politisch immer einflussreichere, nicht zur Basler Stadtbürgerschaft gehörende Einwohnerschaft für sich zu gewinnen. Deshalb wurden Dienstleistungen für *«Jung und Alt aller Klassen»* immer wichtiger. Bezeichnenderweise gab die einzige Kommission, die sich seit ihrer Gründung nur um Basler Bürger kümmerte, die Kommission zur Unterstützung von Gewerbslehrlingen, 1857 diese Beschränkung auf: *«Die Beschränkung ihres Wirkens auf unbemittelte Bürgersöhne mochte zur Stiftungszeit vor 73 Jahren* [1784], *welche den Gewerbsbetrieb als ein Sonderrecht der Bürgerschaft betrachtete, ihre Berechtigung haben; unsere Zeit bekennt sich zu andern Anschauungen und so haben wir denn auch hier eine Scheidewand zwischen Bürgern und Nichtbürgern weggeräumt, die wir auf den übrigen Gebieten unseres Vereinslebens nie gekannt haben.»*[262]

Die GGG versuchte seit Beginn der vierziger Jahre, auf verschiedenen Wegen auf die sogenannte «soziale Frage» zu antworten: auf den wachsenden Gegensatz zwischen Arm und Reich in der städtischen Gesellschaft. Das alte und das neue Bürgertum blickten mit grossem Misstrauen auf die wachsende Zahl der Fabrikarbeiter in der Stadt und die sich entwickelnde Arbeiterbewegung. Eine erste Kampagne, 1837 von Adolf Christ-Sarasin angestossen und 1841 von der Gesellschaft in die Tat umgesetzt, die neben einer Zwangsarbeitsanstalt, einer Pfandleihanstalt, Prämien für treue Dienstboten und Fabrikarbeiter auch nach Wegen suchte, wie *«die Vergnügungen der arbeitenden Classe veredelt werden»*[263] könnten, verlor sich nach

1845 in den Hunger- und Revolutionsjahren und den innerschweizerischen Kämpfen um die nationale Einheit. Die politische Sprengkraft des sozialen Elends der Arbeiter rief nach einer neuen ökonomisch, nicht religiös-sittlich argumentierenden Sozialpolitik. Diese neue konservative Sozialpolitik wurde seit 1844 von August Staehelin(-Vischer)-Brunner und Karl Sarasin(-Vischer)-Sauvain vorgetragen und in der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse umgesetzt. Aber auch fortschrittlichere Unternehmer wie Karl Sarasin(-Vischer)-Sauvain waren nicht bereit, die Fabrikarbeiterschaft als gleichberechtigte Partner zu akzeptieren, wie der Verlauf des ersten grossen Streiks in Basel im Winter 1868/69 zeigte.[264] Nur dank der energischen Intervention des damaligen Bürgermeisters Carl Felix Burckhardt-VonderMühll, der ein Manifest der Streikenden entgegennahm, und den Vermittlungsbemühungen des Unternehmers und Ratsherrn Alphons Koechlin-Geigy, damals Vorsteher des Handelskollegiums, konnten blutige Ausschreitungen zwischen streikenden Arbeitern und einer «Bürgerwehr» verhindert und schliesslich nach schwierigen Verhandlungen im Juni 1869 das erste Basler Fabrikgesetz verabschiedet werden. Den radikalen Freisinnigen gelang es, sich unter der Führung von Ratsherrn Wilhelm Klein-Schabelitz, dem Vorsteher des Sanitätskollegiums, zu politischen Sprechern der Arbeiterschaft im Grossen Rat zu machen. Aber auch Klein-Schabelitz konnte nicht durchsetzen, dass der Grosse Rat ein Arbeitsgesetz verabschiedete, das auch die prekären Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Gesellen in den gewerblichen Unternehmungen und im Baugewerbe erfasste.

Die richtungsweisenden sozialpolitischen Initiativen gingen nicht von der GGG als Organisation aus. Es waren einzelne Persönlichkeiten aus der Trägerschaft der GGG, die wie Adolf Christ-Sarasin, August Staehelin(-Vischer)-Brunner und Karl Sarasin(-Vischer)-Sauvain schon vor 1850 die GGG als Plattform benutzten, um Ideen zu diskutieren und parteiübergreifende Projekte zu lancieren. 1865 gründeten zum Beispiel der radikale Christian Friedrich Göttisheim-Breiting, ein «Neubürger»[265], und der freisinnige Theodor Hoffmann-Merian zusammen mit dem religiös-konservativen Kaufmann Bernhard Collin-Bernoulli den Allgemeinen Consumverein (ACV, heute Coop) in Basel, eine Gründung, die bewusst die «Klassengegensätze» überwinden wollte mit einer «allgemeinen», das heisst schichtübergreifenden, sich an den Bedürfnissen der kleinen Einkommen orientierenden Einkaufsgenossenschaft. Ein bereits 1848 von der GGG gegründeter, auf ähnlichen Ideen aufbauender «Sparverein» war schon 1852 wieder aufgegeben worden, da ihm die für den finanziellen Erfolg nötige breite Abstützung in der Bevölkerung gefehlt und er seine Geschäftstätigkeit von Anfang an auf Basel beschränkt hatte.

Nach 1850 wurde das Kantonsparlament immer mehr zum eigentlichen Schauplatz konservativer sozialpolitischer Vorstösse. Den ersten Antrag zu einer obligatorischen Krankenversicherung trug 1868 der konservative Staatsschreiber Gottlieb Bischoff im Grossen Rat vor, als Konsequenz der Erfahrungen aus der Choleraepidemie von 1855 und der

Typhusepidemie von 1865.[266] Wie bei den Konsumgenossenschaften hatte die Erfahrung innerhalb der GGG in der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse, die kleine Hilfs- und Krankenkassen von Gesellen und Fabrikarbeitern verwaltete, gezeigt, dass eine stabile finanzielle Grundlage einer Krankenversicherung und möglichst niedrige Prämien sich nur durch eine möglichst breite Verteilung der Risiken schaffen liessen. Die Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse wies in ihrem Bericht 1869 zum Beispiel darauf hin, dass bereits die Erhöhung der Spitalpflegekosten im Jahre 1868, so unbedeutend sie scheinen mochte, gross genug gewesen war, *«um bei einer grösseren Anzahl Verpflegungstagen die Rechnungen einiger* [von ihr betreuter freiwilliger kleiner Arbeiterkranken-]*Cassen aus dem Gleichgewicht zu bringen»*, und diese zu einer Erhöhung der Mitgliederbeiträge zwang.[267]

Zwischen 1830 und 1870 wurde auch immer deutlicher, dass die von der GGG beanspruchte Führungsrolle in der Sozialpolitik und im Bildungsbereich von der politisch organisierten Arbeiterschaft und der politischen Führung der sogenannten «Neubürger» nicht mehr akzeptiert wurde. Die eng an den Stadtrat gebundene GGG geriet zunehmend in Konflikt mit staatlichen Behörden. Der Rhythmus der Entwicklung der von der GGG betriebenen Schulen wurde zum Beispiel immer mehr von der Entwicklung der kantonalen Schulgesetzgebung diktiert. Die nach 1848 zahlreich entstehenden Vereine schwächten die GGG weiter, da die zugezogene Bevölkerung sich in ihren «eigenen» Vereinen organisierte. August von Miaskowski stellte 1877 fest: *«In demselben Grade wie die Staatsleitung seit den dreissiger Jahren beweglicher wurde, ist dann auch das Bedürfniss des Staats nach einer Ergänzung* [...] *weggefallen. Der Gemeinnützigen Gesellschaft fällt demnach fortan nicht mehr die Aufgabe zu, die unterlassene Thätigkeit des Staats zu ersetzen, sondern dasjenige Gebiet anzubauen, auf dem der freie Verein erspriesslicher zu wirken im Stande ist, als der Staat. Aber auch auf diesem Gebiet sind seit den dreissiger, namentlich aber seit den vierziger Jahren eine sehr grosse Anzahl von Vereinen für religiöse, politische, militärische, wissenschaftliche, künstlerische, wirthschaftliche, sociale, pädagogische, wohlthätige und gesellige Zwecke selbständig entstanden, die demnach einen Theil derjenigen Aufgaben an sich zogen, die früher unfehlbar der Gemeinnützigen Gesellschaft zugefallen wären.»*[268]

Der Inhalt des Begriffes «Gemeinnützigkeit» musste neu definiert werden. Auch hier ging die Entwicklung in der GGG auseinander. Eine erste Ausweitung gegenüber der Zeit vor 1800 hatte das Konzept der Armen- und Krankenpflege bis 1849 erfahren, wie sich an der Einordnung der «Commission zur Abhülfe der Thierquälerei» durch Bischoff-Merian in die sechste Rubrik *«Linderung der Armuth, Krankheit und des Unglücks»* (8 Kommissionen)[269] zeigen lässt. Die christliche Ethik des regierenden konservativen Stadtbürgertums hatte nach 1800 Iselins aufklärerische Idee der fortschreitenden Vervollkommnung der menschlichen Glückseligkeit aufgegeben und durch die christliche Pflicht zur Menschlichkeit gegenüber jeder leidenden Kreatur ersetzt, da das Leiden als Folge der Erbsünde – im Gegensatz zu Iselins fester Überzeugung – nicht aus der Welt geschafft

werden könne. Ganz andere ethische Kategorien verwendete hingegen August von Miaskowski rund zwanzig Jahre später in der Jubiläumsschrift 1877, wenn er den Tierschutz zusammen mit der freiwilligen Gefängnisinspektion, der Patronagekommission für Strafentlassene und der Zwangsarbeitsanstalt unter der Rubrik *«Gebiete des Rechtsschutzes»* einreihte.[270]

In seinen Augen war es die staatliche Rechtsordnung, die verbindliche Normen garantierte, nicht mehr Kirche und Glaube. Soziale Probleme mussten nach rechtlich verankerten, allgemeinen Ordnungskriterien angegangen werden. Diese «Versachlichung», eine Folge der Säkularisierung, die die soziale und politische Funktion von Staat und Kirche neu definierte, lässt sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch in der Armenpflege und im Bildungswesen beobachten. Die anfänglich von der Kirche und christlichen Wertvorstellungen dominierte Armenpflege wurde Schritt für Schritt gesetzlich normiert und unter staatliche Aufsicht gestellt. Auch das vor 1800 noch ausschliesslich der Kirche unterstellte Schul- und Bildungswesen wurde zwischen 1817 und 1880 durch Gesetze Schritt für Schritt vom Staat übernommen. Lehrer waren nicht mehr Kandidaten der Theologie, die auf eine Pfarrstelle warteten, sondern an speziellen Lehrerseminaren ausgebildete Pädagogen. Diese Veränderung spiegelt sich auch in der sozialen Zusammensetzung der Trägerschaft der GGG zwischen 1800 und 1870: Finden sich bis 1830 zahlreiche Pfarrer in führenden Positionen, war dies um 1870 nicht mehr der Fall. An ihre Stelle waren Staatsangestellte getreten mit einer speziellen Fachausbildung: die Rektoren und Lehrer der staatlichen Schulen.[271]

3.3.2 Die GGG im Gefängnis: Gefängnisinspektion 1821, Patronageverein 1837 und Zwangsarbeitsanstalt Klosterfiechten 1857–1872

Zu einer ersten Debatte, ob die GGG eine Zwangsarbeitsanstalt einrichten solle, kam es bereits 1781, als zwei Schriften prämiert wurden, die Vorschläge zur Beseitigung des Strassenbettels in Basel machten und Konzepte für eine Arbeitsanstalt vorlegten, der Arme zugewiesen werden konnten, um sie vom Betteln abzuhalten. Aber erst 1817 – in Reaktion auf die grosse Zahl bettelnder Menschen in der Stadt, die ihre Heimatorte aus Hunger während des Teuerungsjahres 1816 verlassen hatten – wurde eine «Kommission zur Errichtung einer Zwangs-Arbeitsanstalt» eingesetzt und *«eine namhafte Summe bestimmt, um damit im Genehmigungsfalle E*[ines]*E*[hrbaren]*. und W*[ohl]*W*[weisen] *Raths eine Probe machen zu können»*.[272] Diese Kommission erreichte jedoch nichts Konkretes.

Eine andere Kommission, die 1821 ihre Arbeit aufnahm, hatte mehr Erfolg. Zu Beginn der zwanziger Jahre wurde das Basler Gerichtswesen wesentlich reformiert. Ein kantonales Strafgesetz 1821 vereinheitlichte die Rechtsprechung innerhalb des Kantons. Diesem Reformeifer im Gerichtswesen und in der Rechtsetzung entsprachen der Zustand und die Führung

der Haftanstalten jedoch nicht. 1821 ersuchte die GGG deshalb die Aufsichtsbehörde des Zuchthauses, einer GGG-Kommission zu erlauben, das Zuchthaus regelmässig zu besuchen, die Führung der Aufseher und der Häftlinge zu kontrollieren und Vorschläge zu unterbreiten, wie Einrichtung und Organisation der Haftanstalt sowie die Haftbedingungen verbessert werden könnten. Das Gesuch wurde bewilligt, und so übernahm die «Kommission zur Mitwirkung bei der Zucht- und Arbeitsanstalt» die Funktion einer Gefängnisinspektion, die damals noch nicht existierte. Die Kommission wurde von Mitgliedern der Basler Erweckungsbewegung getragen. Deshalb wurde sie auch von Anfang an von einem Frauenverein unterstützt, der die Besuche der Frauenabteilung übernahm und sich seit 1824 in den Jahresberichten der GGG-Kommission nachweisen lässt.

Die regelmässigen Besuche der Kommissionsmitglieder verfehlten ihre Wirkung nicht.[273] Die sanitären Verhältnisse verbesserten sich, Einzelzellen wurden eingerichtet und bessere Kost ausgegeben. Um eine humanere Behandlung der Gefangenen zu erreichen, wurde ein Reglement eingeführt, das sowohl das Verhalten der Gefangenen als auch der Aufseher regelte. Die Kommission erreichte auch, dass die Gefangenen beschäftigt wurden und – auf ausdrücklichen Wunsch der Kommission – eine Beteiligung am erwirtschafteten Gewinn erhielten. Ein Teil ihres Verdienstes wurde ihnen ausbezahlt, um sich *«Kaffee, Bier, Tabak, Hals- und Schnupftüchern, Westen, Spiegeln, Kämmen oder Tellern»*[274] anschaffen zu können. Der andere Teil wurde auf einem Sparkonto zurückbehalten und erst beim Austritt ausbezahlt.[275] Zöglinge aus dem Missionshaus oder erweckte Theologiestudenten wie Christoph Lotz-Legrand boten unter Leitung von Pfarrer Jacob Burckhardt(-Schorndorf)-Stark eine Sonntagsschule an, in der besonders jüngeren Häftlingen Gelegenheit geboten wurde, Lesen, Schreiben und Rechnen zu lernen oder ihre Kenntnisse zu festigen.[276] 1832 übernahm jedoch eine vom Kanton eingerichtete Gefängnisinspektion, in der einige Kommissionsmitglieder Einsitz erhielten, die Aufsicht über das Gefängnis und die Verwaltung des Verdienstes der Gefangenen. Mit dem Gesetz vom 20. Mai 1835 wurde die Tätigkeit der Kommission in der Anstalt gegenstandslos, da die Strafanstalt der Regierung und einer eigenen Kommission für Strafanstalten unterstellt wurde, die die direkte Aufsicht über die Anstalt einem in der Anstalt wohnenden Direktor übertrug.[277]

Die GGG-Kommission konzentrierte sich deshalb von 1837 an – in enger Zusammenarbeit mit dem Direktor und dem Gefängnisgeistlichen, die in der Kommission Einsitz hatten und diese immer wieder auch präsidierten – auf die Betreuung der Häftlinge nach ihrer Entlassung und konstituierte sich 1837 neu als «Kommission zur Versorgung entlassener Sträflinge», später nur «Patronage-Kommission» genannt. Sie hatte sich bereits in den ersten Jahren ihres Bestehens mit der Betreuung von entlassenen Häftlingen beschäftigt, aber nur punktuell.[278] Die Art der Betreuung hing von der Herkunft der Betreuten ab. Konnten Kantonsangehörige nach dem Austritt von der Kommission direkt betreut werden, auch in

Zusammenarbeit mit anderen sozialen Einrichtungen, so wurden die Fremden aus dem Kanton gewiesen: *«so ist unsere Kommission in der Regel ausser Stande, direkt denselben Arbeit anzuweisen; hin und wieder sind die Herren Hausgeistlichen* [d. h. Gefängnispfarrer] *im Falle, sie an Jemanden zu empfehlen».*[279] Die Kommission konnte deshalb nur Kontakte vermitteln, keine direkte Hilfe leisten. 1839 berichtete die Kommission, wie dieses Problem gelöst wurde, das sich ja nicht nur in Basel stellte, sondern aus juristischen Gründen in der ganzen Schweiz und auch im Ausland bestand: *«Unser Augenmerk geht daher dahin, wo nur immer Comités de patronage bestehen, mit denselben in Verbindung zu treten, um ihre Angehörigen ihnen zuweisen zu können.»*[280] Die lokalen Unterstützungskomitees in der Schweiz nahmen Kontakt untereinander auf und wiesen sich die «Pfleglinge» zu, die in ihrer Heimatgemeinde eher Ansprüche auf Unterstützung anmelden konnten. Als grosse Erleichterung empfand man in Basel, in einer Stadt, in der ein hoher Anteil der Bevölkerung aus dem Königreich Württemberg und aus dem Grossherzogtum Baden stammte, dass in diesen Staaten bereits 1839 – im Gegensatz zur Schweiz – nationale staatliche Vermittlungsstellen bestanden: *«die über dieses Land* [Württemberg] *erhaltenen Angaben zeigen uns, dass diese Sache dort musterhaft betrieben wird. Wir werden nun suchen, uns darüber noch nähere Kenntniss zu verschaffen und im Fall es sich thun lässt, auch dort ähnliche Verbindungen, wie mit den obenerwähnten* [schweizerischen] *Comités anzuknüpfen.»*[281] Allerdings war der Kontakt des privaten Vereins mit einer ausländischen Amtsstelle schwieriger zu bewerkstelligen als die Verbindung mit anderen privaten Vereinen, da ihm der offizielle Charakter fehlte.

Die Neuausrichtung der GGG-Gefängnisinspektion im Jahr 1836 regte innerhalb der Gesellschaft die Diskussion um eine Zwangsarbeitsanstalt wieder an. Die Jubiläumsfeiern 1837 boten eine Gelegenheit, dieses ambitionierte Projekt unter den Mitgliedern breit zu diskutieren. Adolf Christ-Sarasin, damals Schreiber der Gesellschaft, referierte über die Vorgeschichte. Wir erfahren aus Christs Rückblick, dass die 1821 geschaffene «Kommission zur Mitwirkung bei der Zucht- und Arbeitsanstalt» ursprünglich auch die Errichtung einer Zwangsarbeitsanstalt hätte einleiten sollen: *«Schon vor 20 Jahren (im J. 1817) beschäftigte sich die gemeinnützige Gesellschaft lebhaft mit dem Gedanken der Errichtung eines Zwangsarbeitshauses, und eben dieser Gedanke ist es, der auch im verflossenen Jahre in Ihrer Mitte zu neuer gründlicher Berathung empfohlen wurde. Die Gesellschaft sah schon damals ein, dass sie in dieser wichtigen Sache nur berathen, nicht aber von sich aus zur Ausführung schreiten könne, und es ward eine Deputation von 3 Mitgliedern beauftragt, ein ausführliches Memorial unserm Hochgeachteten damaligen Herrn Amtsbürgermeister* [Johann Heinrich] *Wieland*[(-Weiss)-Schweighauser] *einzureichen, worin neben der Errichtung eines Zwangsarbeitshauses noch andere durch die damalige Theuerung und allgemeine Noth hervorgerufene Anträge an die H*[ohe] *Regierung gestellt wurden. Es erfolgte hierauf eine Berathung durch eine Kommission, aus Mitgliedern der Regierung, des Stadtraths, des Armenkollegiums und der gemeinnützigen Gesellschaft zusammengesetzt, aber ihre Bemühungen hinsichtlich des*

[Abb. 51]

[51] Aquarell von Johann Jakob Schneider von 1864: Blick vom Wall an der Klingelbergstrasse zur Strafanstalt, dem «Schällemätteli», wo die Patronage-Kommission der GGG unter Leitung des Gefängnisgeistlichen und des Anstaltsdirektors Gefangene besuchte und nach der Haftentlassung betreute.

Zwangsarbeitshauses waren ohne Erfolg, und die Sache blieb während 4 Jahren liegen, als im Jahre 1821 ein Mitglied der Gesellschaft (Herr Oberst [Johannes] *Wieland* [(-Bischoff), erster Polizeidirektor Basels und Sohn des Bürgermeisters] *durch Eingabe eines detaillirten Vorschlags und Plans einer Zwangsarbeits- und Besserungsanstalt zu neuen Berathungen Anlass gab. Es hatte sich damals die Kommission zu Mitwirkung bei Löbl*[icher] *Zucht- und Arbeitsanstalt gebildet, und ihr wurde dieser neue Plan zur Begutachtung überwiesen, aber dieser Verein hatte in seinem eigenen Arbeitsfelde mit so vielen Hindernissen zu kämpfen, dass die Berathung der neuen Anstalt von einem Jahr zum andern verschoben wurde, und am Ende gar nie statt fand. Heute erst, wertheste Herren und Freunde! beginnen wir wieder die Besprechung dieses wichtigen Gegenstandes, und ich erlaube mir, Ihnen Einiges über anderwärts bestehende Zwangsarbeitsanstalten mitzutheilen.»*[282]

Ein anderer, aktueller Anlass für Christs Ausführungen war die ebenfalls von Mitgliedern der GGG, allen voran vom Arzt Friedrich Brenner-Kern angeregte Reorganisation der geschlossenen Abteilung des alten Spitals bei der Barfüsserkirche, des sogenannten grossen Almosen, in der gleichzeitig unheilbar Kranke, Alte, Irre, Behinderte, Schwachsinnige, Trinker, Bettler und Obdachlose eingesperrt waren. Die chronisch Kranken und die «Irren» sollten nun in einem neuen Spitalgebäude untergebracht werden. Was aber geschah mit den Trinkern, Bettlern und Obdachlosen? Christ antwortete auf diese Frage: *«ich schliesse daher meine Notizen über diesen Gegenstand* [die Zwangsarbeitsanstalt], *mit der einzigen Bemerkung, dass es im jetzigen Augenblicke, wo unser bisheriger Almosen in eine eigentliche Irrenanstalt verwandelt werden soll, gewiss an der Zeit ist, sich über ein Zwangsarbeitshaus einlässlich zu bedenken, welches neben andern Subjekten vielleicht auch diejenigen aufzunehmen passend ist, welche zwar wohl im Almosen, nicht aber im Irrenhause an ihrem Platze sind.»*[283]

Trotz der Energie, mit der Christ dieses Projekt 1837 vortrug, und obwohl sich rasch eine Kommission konstituierte, kam die Gründung einer Zwangsarbeitsanstalt nicht zustande, da der Stadtrat 1838 es ablehnte, *«ihre auf versuchsweise Gründung einer auf beiläufig nach Maassgabe bisheriger Erfahrungen auf c*[irca] *12 Individuen berechneten Zwangsanstalt in den Lokalien der Armenherberge abzielenden Anträge in nähere Berathung zu ziehen und wo möglich zur Ausführung zu bringen»*, mit der Begründung, dass eine solche Anstalt *«ihrem ganzen Wesen und ihrer Ausführbarkeit nach, nicht Sache der Gemeindebehörde, sondern nur Sache des Staates sein könne, dass demnach die Vereinigung mit dem Spital oder irgend einem andern städtischen Institut unthunlich sei und vielmehr der Anschluss an die correctionelle Strafanstalt am zweckmässigsten erscheine».*[284] Auch die Regierung, an die die GGG sich daraufhin wandte, ging nicht auf den Antrag ein.

Zu Beginn der fünfziger Jahre lebte die Idee einer Zwangsarbeitsanstalt in der Gesellschaft erneut auf, nachdem Kriminalgerichtspräsident Ludwig August Burckhardt die Sache im Frühjahr 1850 wieder ins Gespräch gebracht hatte.[285] Eine von ihm präsidierte fünfköpfige Kommission veröffentlichte im März 1850 ein «Gutachten der Commission für Vorberathung über eine Zwangs-Arbeitsanstalt».[286] Als Anstaltsgebäude schlug sie

das Gebäude des aufgehobenen Landwaisenhauses in Gundeldingen vor, als juristische Form wählte man die einer *«milden Stiftung mit Corporations-Rechten»*, die von der GGG mit einem Fonds ausgestattet werden sollte.[287] Unmittelbar hatte dieses Gutachten aber keine Wirkung. Nicht zufällig änderte die Patronage-Kommission indessen ihren Namen im selben Jahr in «Kommission zur Versorgung entlassener Sträflinge und Zwangsarbeiter». Erst nachdem am 7. Februar 1854 das «Gesetz über Versorgung in Arbeits- und Besserungsanstalten» verabschiedet worden war, das die administrative Einweisung von Personen, *«die ohne Verbrecher zu sein, in anderer Weise ihren Mitmenschen zur Last fallen, namentlich durch Arbeitsscheu, Trunksucht und Liederlichkeit im Allgemeinen»*,[288] in Zwangsarbeitsanstalten ermöglichte, kam die Angelegenheit ins Rollen.

Die GGG verfügte nämlich erstmals seit 1781 über genügend eigene Mittel, um ein derartiges Projekt auch alleine realisieren zu können.[289] 1854 beschloss sie – als Zwischenlösung –, einen Teil der Zinsen der für dieses Projekt vorhandenen Stiftungsgelder für die Unterbringung und den Unterhalt von Kantonseinwohnern in auswärtigen Zwangsanstalten zu verwenden. 1855 bezahlte sie zum Beispiel die Versorgung von fünf Personen aus den Gemeinden Riehen und Bettingen in der neu errichteten Thurgauer Zwangsarbeitsanstalt Kalchrain.[290] Damit gab man sich aber nicht zufrieden. 1857 erwarb die GGG das Gut Klosterfiechten auf dem Bruderholz bei Münchenstein für Fr. 60 000.–, um hier eine Anstalt zu gründen *«mit der Aufgabe, den verschiedenen Formen der Rohheit und Verwilderung, wie sie sich im Müssiggang und in der Arbeitsscheu, in der Trunksucht, Bettelei und Prostitution äussern, durch eine Zwangserziehung, deren Haupthebel eine strenge Disciplin und die landwirtschaftliche Arbeit im Freien sind, entgegen zu wirken»*.[291] Die Einrichtung der Anstalt und Arrondierung des Gutes kostete weitere Fr. 35 000.–, sodass die Gesamtkosten sich auf Fr. 95 000.– beliefen, wovon Fr. 52 000.– durch Stiftungsgelder und der Rest durch eine Hypothek zugunsten des Kirchen- und Schulgutes gedeckt wurden.[292]

Die Anstalt, die 1857 ihre Arbeit aufnahm, sollte von staatlichen und kommunalen Beiträgen völlig unabhängig allein durch einen jährlichen Zuschuss der Gesellschaft von zuerst Fr. 3000.–, später Fr. 2000.– zur Deckung der Hypothekarzinsen, durch die Erträge des Gutes und die Arbeit der «Züchtlinge» sowie mittels der Kostgelder betrieben werden. Diese Rechnung ging nicht auf. Die Kosten für die einzelnen Häftlinge waren hoch (1860 Fr. 600.– pro Insasse und Jahr), die Arbeitsleistung mässig und der Erfolg der Zwangserziehungsmassnahmen gering.[293] Die meisten Insassen stammten aus einem städtischen Umfeld und kehrten nach ihrer Entlassung auch dorthin zurück. Die Landarbeit war ihnen fremd und entsprach oft auch nicht ihren physischen Möglichkeiten, denn viele waren Alkoholiker.[294] Die Grundschwierigkeit der Anstalt analysierte Vorsteher Karl Stehlin-Merian 1865 sehr klar, erklärte diese aber einseitig damit, dass der Staat der Anstaltsleitung zu wenig Mitspracherechte zugestehe: *«Der Staat macht einfach von seinem Rechte und seiner Macht Gebrauch, indem er die*

Detention eines arbeitsscheuen Menschen in der ArbeitsAnstalt auf sechs oder mehr Monate verfügt und dazu bedarf es in der Regel bloss der Klagen der Verwandten oder der Gemeindsbehörden und einiger wenigen polizeilichen Erhebungen und Informationen. Von uns dagegen verlangt man, dass wir den Eingewiesenen nach kurzer Zeit der menschlichen Gesellschaft als gebessertes und nützliches Glied zurückgeben! Wer fühlt das Gewicht dieser Aufgabe nicht und wer nicht den Unterschied zwischen dem Theile, der dem Staate und demjenigen, der uns zugefallen ist? Mit Recht warnte der Vorsteher des Jahres 1858 in seinem Schluss-Vortrage vor zu kurzer Detentionszeit; allein darüber steht unserer Commission keine Verfügung zu, sie kann bloss Bericht abstatten und Anträge stellen; das Weitere hängt von der Administrativbehörde ab, die bei ihren Verfügungen auch andere Factoren, wie die Kosten und wem dieselben auffallen [d. h. zur Last fallen], *berücksichtigt. Es wäre sehr zu wünschen, dass der Delegierte der Regierung den Wünschen unserer Commission in Betreff der Dauer der Detentionszeit bei der Einweisungsbehörde eindringliche Worte verliehe.»*[295] August von Miaskowski urteilte aufgrund eines anderen Staats- und Rechtsverständnisses schärfer: *«Einen Uebergriff in die Sphäre des Staats hat die Gemeinnützige Gesellschaft durch Errichtung der Zwangsarbeitsanstalt Klosterfiechten gethan, der in dem Misserfolg dieses Unternehmens zu Tage getreten ist.»*[296]

1869 nahm die Mitgliederversammlung die Schliessung von Klosterfiechten in Aussicht. Die GGG schloss die Anstalt aber erst 1872, nachdem der Kanton die Übernahme kategorisch abgelehnt hatte. Der landwirtschaftliche Betrieb des Gutes wurde auf Rechnung der Gesellschaft fortgeführt, zuerst in Regie, dann in Pacht. Von da an warf der Betrieb des Landgutes meist gute Erträge ab. Zwischen 1882 und 1884 verhandelte die GGG mit verschiedenen Kantonsregierungen, um in Klosterfiechten eine interkantonale Besserungsanstalt einzurichten, doch das Konkordat kam nicht zustande. 1892 verkaufte die GGG schliesslich das Landgut an die baselstädtische Regierung, die 1893 dort die Jugenderziehungsanstalt, heute das Vollzugszentrum, Klosterfiechten eröffnete. Der nach Veräusserung des Gutes noch vorhandene Saldo von Fr. 16 000.– trat die GGG an die Armenanstalt zum Silberberg ab, einer damals zur Freiwilligen Armenpflege gehörenden kommunalen Anstalt im Kleinbasel, deren Tätigkeit am ehesten dem ursprünglichen Stiftungszweck der Gelder, die zum Ankauf des Gutes Klosterfiechten verwendet worden waren, entsprach.

3.3.3 Turnplätze und Badeanstalten: Zuerst für Männer, dann für Frauen

Bereits 1819, drei Jahre, nachdem die von Friedrich Ludwig Jahn, dem «Turnvater», in Zusammenarbeit mit Ernst Eiselen verfasste «Deutsche Turnkunst» erschienen war, schlossen sich in Basel junge Männer, vor allem Studenten, in einem Turnverein zusammen, dem Bürgerturnverein, der 1826 bereits 120 Mitglieder zählte.[297] Doch gab es noch keinen Turnunterricht für Kinder und Jugendliche, auch nicht an den Schulen. In der GGG

[Abb. 52]

[Abb. 53]

[52] Turnende Mädchen auf dem Petersplatz beim Stachelschützenhaus. Links sind der blickdichte Schutzhag sowie eine weibliche Aufsichtsperson und der Turnlehrer zu erkennen. Lichtdruck der Firma Ditisheim nach einer unbekannten Vorlage.

[53] Photographie der ersten, 1868 eröffneten Turnhalle an der Theaterstrasse 12, um 1876, deren Bau, von der GGG angeregt, mittels einer Subskription finanziert wurde. Die Verwaltung wurde einer neugegründeten Turnkommission übergeben.

wurde das Knabenturnen erstmals 1824 diskutiert, wohl im Zusammenhang mit der Organisation der Feierlichkeiten um das von Marquart Wocher geschaffene erste St. Jakobsdenkmal. Denn die GGG überwies den Antrag an die Jugendfestkommission,[298] die die Teilnahme von über tausend Basler Kindern an den Feierlichkeiten organisierte. Auch die Zusammensetzung der Festkommission und der 1825 aufgestellten «Commission zur Veranstaltung körperlicher Übungen für die Jugend» war bis auf ein Mitglied dieselbe. Präsident war Rudolf Hanhart, der 1817 nach Basel berufen worden war, um die Reform der Basler Schulen an die Hand zu nehmen, und schon die Jugendfestkommission zwischen 1823 und 1824 präsidiert hatte.[299] Die Kommissionsmitglieder waren entweder Lehrer am Gymnasium und an der Universität oder standen dem kantonalen Militärwesen nahe wie Stadtrat Samuel Minder. Diese Bezüge zu Militär, Lehrerschaft und akademischen Kreisen blieben auch in den folgenden Jahrzehnten bestehen.

Der erste Turnplatz, den die neue Kommission für Knaben einrichtete, befand sich im Klingental auf einem Platz, den die Regierung günstig zur Verfügung gestellt hatte. Dort veranstaltete auch der Bürgerturnverein seine Übungen. Die Zusammenarbeit mit diesem war von Anfang an eng. Man teilte sich in die Unterhaltskosten. Die Turnkommission kümmerte sich vor allem um die Instandhaltung des Turnplatzes, während der Turnverein anfänglich die Anschaffung der Turngeräte übernahm, später aber auch darin finanziell von der Kommission unterstützt wurde. Zwischen 1828 und 1842 wurden auch militärische Waffenübungen angeboten, die jedoch freiwillig waren.[300] Als sich das Kadettencorps 1829 auflöste,[301] übernahm die Turnkommission dessen Waffenarsenal für seine Übungen und dessen Fahne für die Knabenturnriege.[302] Nahmen 1827 nur 65 Knaben am Unterricht teil, waren es 1833 bereits 231, von denen sich 120 – unter dem Eindruck des Bürgerkrieges im Kanton – auch an den militärischen Übungen beteiligten. Einen weiteren Aufschwung nahm das Turnwesen, als 1835 das schweizerische Turnfest in Basel abgehalten wurde, an dessen Finanzierung sich die GGG beteiligte. 1842 gab die Turnkommission das Kadettenwesen an den von der GGG unabhängigen, 1841 neugegründeten Jugendfestverein ab.[303]

Vom Mai bis Oktober unterrichteten geübte junge Turner, die von der Kommission angestellt wurden, unter Aufsicht eines Kommissionsmitgliedes an zwei Abenden von fünf bis acht Uhr die Knaben im Freien. Man sorgte nicht nur dafür, dass die Teilnehmer fleissig turnten, sondern achtete auch darauf, *«dass sich die Knaben auf eine anständige und bescheidene Weise bei den Uebungen betrügen»*.[304] An Sonntagen wollte man öfter auch *«kleine Fussreisen»* mit den Knaben veranstalten, *«um sie nicht allein mit den unserer Stadt zunächst gelegenen Gegenden bekannt zu machen, sondern um sie auf diese Weise auch für grössere Fussreisen vorzubereiten und sie nach und nach mit den für dieselben nöthigen Mitteln bekannt zu machen»*.[305] Da sich aber beim ersten solchen Ausflug *«einige ungehorsame Knaben* […] *gegen die gegebene Weisung von der Gesellschaft entfernten»*,[306] verzichtete man zunächst

darauf, nahm diese Idee von *«Turnfahrten»* und *«Luftreischen»* in den nächsten Jahren aber wieder auf. Am Ende der Turnsaison im Herbst verteilte man Preise unter die besten Turner, setzte aber auch Belohnungen für die aus, die sich durch gutes Betragen und Fleiss ausgezeichnet hatten.[307] Daraus entwickelte sich nach und nach ein öffentliches Preisturnen am Schluss eines Jahreskurses mit anschliessendem Umzug: *«Gegen 4 Uhr* [nach der öffentlichen Prämierung] *zogen 107 von den Knaben in Begleitung ihrer Herren Lehrer und der Glieder der Kommission nach Kleinhüningen, wo ein fröhliches Abendessen, durch Gesänge belebt, deren Einübung sie wieder der Gefälligkeit ihres gütigen Gesanglehrers zu verdanken hatten, das jugendlich muntere Fest beschloss.»* Das gemeinsame Essen sollte die reicheren Knaben lehren, soziale Schranken zu überwinden: *«Die Auslagen für ihr Abendessen wurden von den Knaben selbst bestritten. Auch nahmen wir keinen Anstand, den Vermöglichern unter ihnen vorzuschlagen, eine kleine Zulage zu ihrem Beitrage für ärmere Mitschüler beizufügen, weil wir dadurch ihren Eltern eine erwünschte Gelegenheit verschaffen wollten, ihre Zufriedenheit mit der Anstalt an den Tag zu legen.»*[308] Indem *«vermöglichere»* Knaben sich grosszügig zeigten, erhielten deren Eltern also Gelegenheit, «gemeinnützig» zu sein.

Im Winter stand die St. Niklauskapelle im Münster für Turnübungen zur Verfügung. Denn auch die Kirchenleitung unterstützte die Förderung des Turnens, jedoch weniger um des Sports willen. Das Turnen sollte die Knaben von der sexuellen Selbstbefriedung abhalten, deren angeblich gesundheitlich und sittlich verderbliche Folgen man zu jener Zeit sehr fürchtete, wie aus dem Jahresbericht der GGG von 1828 zu entnehmen ist: *«Bei dem, was unsre Gesellschaft für die Jugend thut, hat ihre Fürsorge auch der körperlichen Uebungen nicht vergessen* [...]. *Da unsre Knaben in den Schulstunden und den für die Schulen nöthigen Vorbereitungsstunden oft eine für das jugendliche Alter bedenklich lange Zeit des Tages zum Sitzen genöthiget sind, da die Erfahrung zeigt, in welcher wüsten Verwilderung sie ihre gewöhnliche Gassenzeit zubringen, und da leider! sorgfältige Eltern oft von denjenigen Knaben, welche sich in die Einsamkeit zurückziehen, noch Schlimmres befürchten müssen, so macht sich's die Gesellschaft zum besondern Vergnügen, diese wohlthätige Anstalt zu unterstützen, wo unter wohlgewählter Aufsicht und zweckmässiger Leitung unsre Knaben auch die freie und frohe Beweglichkeit und Kraft des Körpers üben und stärken lernen, und von ihren Spielen alle Unsittlichkeit entfernt wird.»*[309]

Es wurde immer schwieriger, zwei für alle Knaben passende Abende für das Training zu finden: *«Die Knaben sind durch so viele und so vielerlei Unterrichtsstunden ausser der Schulzeit in Anspruch genommen, dass wir die grösste Mühe hatten, für jeden einzelnen die passenden zwei Abende herauszufinden, ohne dass das Ganze durch eine Eintheilung in zu ungleichartige Hälften zu viel gelitten hätte. Wir sehen uns desswegen veranlasst, den Wunsch auszusprechen, dass die gemeinnützige Gesellschaft, so viel an ihr liegt, dazu beitragen möchte, den Turnübungen gewisse Abende völlig zu sichern, die durch nichts anderes in Anspruch genommen wären.»*[310] Nach 1840 bemühte sich die Kommission deshalb, den Turnunterricht an den Schulen einzuführen.[311] 1842 beteiligte sich die

GGG an der Erstellung eines Turnplatzes in der Knabenrealschule, im *«Hof, der sich innerhalb der alten Lesegesellschaft»* hinter dem Reinacherhof befand. Sie zahlte auch einen Beitrag an die Besoldung der Turnlehrer.[312] 1844 schliesslich schlossen sich die Turnkommission der GGG und die Inspektion des Gymnasiums zusammen, um einen tüchtigen Lehrer anstellen zu können, für dessen Besoldung sie gemeinsam aufkommen wollten.[313] Es gelang der Kommission, den renommierten Turnlehrer Adolf Spiess, einen Deutschen, der 1841 mit Erfolg das Schulturnen in Burgdorf eingeführt hatte, nach Basel zu holen. Bis 1846 etablierte Spiess den Turnunterricht am Gymnasium – und an der Töchterschule. Seine Besoldung wurde vom Kanton übernommen.[314] Dies ermöglichte es der Turnkommission, sich vermehrt dem Knabenturnen an den Gemeindeschulen zuzuwenden.[315]

Bereits 1844 hatte Abraham Heussler, Präsident der Turnkommission und Rektor der Töchterschule, gemeldet: *«Es ist uns zwar von Ihnen überdiess noch der Auftrag gegeben worden, über die Einführung des Mädchenturnens Vorschläge einzugeben. Allein die Reorganisation des Knabenturnens und die damit verbundenen Geschäfte und Aufgaben erlaubten uns dieses Jahr noch nicht, auch diese neue Arbeit noch an die Hand zu nehmen. Die Sache ist übrigens unterdess ohne unser Zutun angebahnt worden durch Herrn Spiess, welcher im Sommer und auch jetzt wieder eine grosse Zahl von Mädchen in verschiedenen Abtheilungen für seinen Privatunterricht gewonnen hat.»*[316] Heussler führte 1845 probeweise das Turnen als Freifach an der Töchterschule ein.[317] Unter der Aufsicht einer Lehrerin erteilte Spiess den Schülerinnen zweimal wöchentlich Turnunterricht auf einem extra für die Töchterschule erstellten Turnplatz beim Stachelschützenhaus auf dem Petersplatz. Eine Bretterwand gegen den Petersplatz schützte die Mädchen vor neugierigen Blicken (vgl. Abb. 52, S. 283). Im Winter turnten die Mädchen im Zunfthaus zu Schuhmachern.[318] 1846 wurde das Turnen als fakultatives Fach fest in den Lehrplan der Töchterschule aufgenommen. Als die Turnstunden 1855 wegen Platzmangel vorübergehend eingestellt werden mussten, erhielt die Schule im von Architekt Merian errichteten Neubau am Totengässlein auch eine eigene Turnhalle (im Pharmazeutischen Museum, heute als Hörsaal der Universität benutzt). Während das Turnen 1852 auch an den Knabenrealschulen eingeführt wurde, gab es erst ab 1870 auch in den Mädchensekundarschulen Turnen als Unterrichtsfach. In den Primarschulen hielt man hingegen das Mädchenturnen auch nach 1870 nicht für nötig. Das Mädchen- und Frauenturnen blieb also bis fast ins letzte Viertel des 19. Jahrhunderts eine Angelegenheit der gebildeten bürgerlichen Oberschicht.

Nach der Einführung des obligatorischen Turnunterrichts für Knaben löste sich die Turnkommission 1858 auf. Die mit der Kommission in Verbindung stehenden Turnvereine konnten unterdessen selbst für den Unterhalt der Plätze und Geräte aufkommen. Ein Delegierter der Gesellschaft hielt aber weiterhin die Verbindung zu den Turnvereinen und vermittelte den Kontakt zu den Schulbehörden. Die Gesellschaft unterstützte

das Turnwesen auch weiterhin finanziell, besonders wenn grössere Investitionen nötig waren wie der Bau eines neuen grösseren Turnplatzes zu Beginn der 1860er Jahre beim eben erstellten Eisenbahnviadukt über den Birsig als Ersatz für den aufgehobenen Klingentalturnplatz oder die Errichtung der ersten Turnhalle beim Theater, die 1876 eröffnet wurde (vgl. Abb. 53, S. 283). 1877 wurde eine neue Turnkommission gegründet, die für die Verwaltung des Turnplatzes und der Turnhalle verantwortlich war.

Auf die Tätigkeit der Turnkommission ging auch die Gründung weiterer Kommissionen zurück. So liess die Kommission bereits im ersten Winter 1826 und in den ersten Jahren ihres Bestehens auf der Claramatte einen *«sichern und nahe gelegenen Platz zum Schleifen und Schlittschuhlaufen»*[319] einrichten: *«Die anhaltende Januarkälte begünstigte den Versuch, die beeiste Wiese bot an jedem schönen Tage den Anblick eines Volksfestes dar, an dem Hunderte Theil nahmen.»*[320] Die Klage eines Anliegers über Wasserschäden machte dem lustigen Treiben bereits 1831 ein Ende: *«Diesselbe Kommission hatte seit mehreren Jahren auch Veranlassung gegeben, dass eine unserer städtischen Behörden in den Wintermonaten eine Wiese vor den Thoren der kleinern Stadt wässern liess, um den Schlittschuhläufern einen nicht allzufernen ungefährlichen Platz zu diesen angenehmen und stärkenden Uebungen zu verschaffen. Da aber die starke Bewässerung der etwas erhöhten Wiese einem Nachbar Ursache zu nicht ungegründeten Beschwerden gab, so wird dieselbe diesen Winter und in Zukunft wohl unterbleiben müssen. Es wäre sehr zu bedauern, wenn durch dieses eingetretene Hinderniss eine so zweckmässige und für manche Eltern so äusserst beruhigende Einrichtung gänzlich aufgegeben werden sollte.»*[321] Erst 1858 wurde diese Idee von einer eigenen Kommission erneut aufgenommen und mit Erfolg umgesetzt. Als Eisplätze dienten wiederum die Claramatte, der Schützenmattweiher und der alte Rhein *«bei der Klybeck»*[322] (vgl. Abb. 54, S. 293).

Von Anfang an beschäftigte sich die Kommission auch mit dem Plan, eine Schwimm- und Badeanstalt zu errichten: *«Eine solche ist schon oft und von so Vielen gewünscht worden, dass es beinahe befremden muss, dass noch keine von irgend einem Privatunternehmer eingerichtet worden ist. Eben dieses lässt indessen vermuthen, dass eine recht zweckmässige und den meisten Wünschen entsprechende Ausführung mancherlei Schwierigkeiten darbietet, die in Lokalumständen liegen.»*[323] Tatsächlich bot die Konstruktion einer Badeanlage am Rheinufer einige technische Probleme wegen der starken Strömung und den damals noch häufigen Hochwassern. Ein öffentlicher Aufruf, Ideen einzuschicken, hatte keinen grossen Erfolg,[324] weshalb sich die Kommission selbst an Baufachleute wandte und eine eigene Unterkommission einsetzte für die Bauplanung. Besondere Schwierigkeiten hatte man, einen geeigneten Standort für die Badeanstalt zu finden.[325] 1829 entschied man sich für *«die dem Stromstriche des Rheins entzogene Stelle unterhalb der Pfalz als dem einzigen dazu geeigneten Platz, und die Einschliessung mittelst eines Pfahlwerkes als die zweckmässigste Bauart».*[326] Die Konstruktion der Badeanstalt, die so oberhalb der damals noch einzigen Rheinbrücke, der heutigen Mittleren Brücke, zu stehen kam, musste so gewählt werden, dass diese von einem

Hochwasser nicht losgerissen werden und die Brücke beschädigen konnte, die damals auf der Grossbasler Seite noch aus Holz war (vgl. Abb. 55, S. 305). Man entschloss sich deshalb zu einer Konstruktion auf Pfählen, die direkt in den Untergrund des Flusses gerammt wurden. Die nicht unerheblichen Baukosten von Fr. 4000.– alter Währung hoffte man durch *«ein ganz mässiges Eintrittsgeld»*[327] für Erwachsene nach und nach amortisieren zu können.[328] Die Allgemeine Lesegesellschaft, *«an deren neuem Gebäude die Anstalt errichtet wird, und in deren Rheinmauer Eisenstücke zur Befestigung von Theilen derselben eingelasssen werden»*, liess sich von der GGG einen Revers ausstellen, dass die Gesellschaft für allfällige Schäden aufkommen würde.[329]

Der erste Aufstand der Landbürger 1831 verzögerte die Eröffnung der Badeanstalt. Erst am 23. April 1832 konnte der Bau abgeschlossen werden. Die Kommission konnte jedoch *«mit Vergnügen melden, dass diese Anstalt von Anfangs Juni an bis in die Mitte Septembers recht viel benutzt wurde, und dass sie zur guten Stunde ins Leben trat, da im vergangenen heissen Sommer das Bedürfniss zu baden, noch allgemeiner als in gewöhnlichen Jahren war. Und wenn auch die Schwimm- und Badanstalt nur ein körperliches Bedürfniss befriedigt, so hat sie doch eine längst gefühlte Lücke ausgefüllt, und wenn Reinlichkeit und Gesundheit im Allgemeinen auch vortheilhaft auf das Moralische einwirken, so nimmt auch diese Anstalt in dem schönen Ganzen Ihrer Gemeinnützigen Leistungen eine ehrenvollen Platz ein.»*[330] Den Betrieb der neuen Einrichtung übernahm die Kommission zur Schwimm- und Badeanstalt. Hauptzweck der neuen Anlage war in den ersten Jahren der Schwimmunterricht bei Lehrer Wermuth, der im ersten Jahr 75 Schwimmschüler unterrichtete, von denen dreissig als *«gute, gewandte Schwimmer»* den Kurs beendeten. Die Personen, die nur baden und nicht schwimmen wollten, kamen allerdings noch nicht auf ihre Kosten, da sie *«beinahe nur auf der breiten Treppe seyn können* [...] *und wirklich ist der Raum für dieselben sehr beschränkt, so dass vielleicht in dieser Hinsicht noch einmal etwas gethan werden könnte».*[331]

Bereits 1833 wurde die Badeanstalt erweitert, was die Besucherzahl wiederum erhöhte. 1839 verpachtete man den Betrieb erstmals an den bisherigen Schwimmlehrer Wermuth, schloss dann aber 1841 einen neuen Vertrag ab, der für den Pächter eine Gewinnbeteiligung einschloss: *«Wir sahen uns nämlich, da auch der vorjährige Versuch die ganze Anstalt um eine bestimmte Summe Herrn Wermuth zu übergeben, den Erwartungen nicht entsprochen hatte, veranlasst, einen neuen Akkord mit diesem einzugehen, der sich hauptsächlich darauf begründete, durch einen gewissen Antheil an der Einnahme, seinen Eifer rege zu halten. Anstatt wie früher ihm ein Gewisses per Tag zu geben, wurde ihm daher neben den Fr. 2 für jeden Schüler, von jedem Abonnenten Fr. 1 zugesagt und die tägliche Einnahme der einzelnen Bäder, welche Sie voriges Jahr auf 2 Btz. Erhöht haben, ganz überlassen, und ausserdem eine Gratifikation in Aussicht gestellt, welche in Betracht der langen Dauer der Badezeit dann auf Fr. 32 festgesetzt wurde.»*[332]

1839 begann man auch über die Eröffnung einer «Badeanstalt für Frauenzimmer» zu beraten, suchte 1840 nach einem geeigneten Standort und liess Pläne und Kostenvoranschläge erstellen. Die Idee dazu war schon

1830 bei der Planung der Männerbadeanstalt diskutiert worden.[333] Die Widerstände gegen eine solche Einrichtung waren aber grösser, als die Initianten sich vorgestellt hatten: *«Die demgemäss auf den 25. Januar 1841 angestellte allgemeine Sitzung der Gesellschaft war jedoch gegen Erwarten nur sparsam besucht. Von der Mehrheit der anwesenden Mitglieder wurde wohl mit Grund daraus geschlossen, dass das Bedürfniss einer Frauenzimmer-Badanstalt nicht so allgemein gefühlt werde, als man früher angenommen hatte, so wie auch darauf hingewiesen wurde, dass eingezogene Erkundigungen zufolge von dem Geschlechte, für das die Anstalt bestimmt sein sollte, im Allgemeinen kein besonderer Werth auf dessen Errichtung gesetzt zu werden scheine, auch nicht zu erwarten sei, dass die betreffende Lokalität und die von einer öffentlichen Anstalten unzertrennliche Möglichkeit allgemeinerer Benützung zu zahlreicher Theilnahme daran einladen werde.»*[334] Ein Haupthindernis war also, dass in einer öffentlichen Badeanstalt die Ständeunterschiede aufgehoben werden könnten. Man kam deshalb zum Schluss: *«Alle diese Wahrnehmungen und Betrachtungen bestimmten die Gesellschaft, für jetzt das Projekt einer Frauenzimmer-Badanstalt ruhen zu lassen und zu gewärtigen, ob in kürzerer oder längerer Zeit das Bedürfniss einer solchen lebhafter und allgemeiner werde gefühlt werden, in welchem Falle nichts hindern würde, das Projekt in gleicher oder anderer Weise wieder aufzunehmen und zur Ausführung zu bringen.»*[335]

Es ist der unermüdlichen Energie des Mediziners Emanuel Raillard-Fürstenberger und wohl auch dem Erfolg des von Adolf Spiess 1844 eingeführten Mädchenturnens zu verdanken, dass schliesslich doch eine Frauenbadeanstalt zustande kam. 1845 erreichte Emanuel Raillard, dass unter seiner Leitung eine Planungskommission eingesetzt wurde.[336] Bereits Ende 1846 konnte die Kommission einen Vorschlag für ein Frauenbad *«oberhalb dem Rheinpfalzufer»* vorlegen.[337] Die GGG war bereit, die Hälfte der Baukosten zu übernehmen, wenn die Kommission die andere Hälfte durch eine öffentliche Subskription decken und *«die Ausführbarkeit des Planes in technischer Beziehung aufs Gründlichste»* belegen könne.[338] Beides gelang, und 1847 begann im Juni die erste Basler Frauenbad-Saison: *«Als ein schönes Beispiel des beharrlichen Eifers für eine als zweckmässig erkannte Sache wurde im verflossenen Frühjahr das schon so lange erstrebte Frauenbad eingerichtet. Die Kosten beliefen sich auf Fr. 10'718, woran die Gemeinnützige Gesellschaft Fr. 5000 und eine freiwillige Unterzeichnung Fr. 5516 beitrug. Die frühern Zweifel über die Benützung der wohlgelungenen Anstalt wurden genügend widerlegt. Im Ganzen sind 3477 Bäder genommen worden, freilich nur von etwa 170 bis 180 Personen, unter denen 49 Abonnenten; aber gerade diese ziemlich grosse Zahl der Bäder von verhältnissmässig wenigen Personen zeigt, dass die Anstalt auf einen viel grösseren Besuch rechnen darf, wenn erst noch einige Scheu und Bedenklichkeit des Herkömmlichen überwunden sein wird.»*[339]

Als Badmeisterin wurde eine Gärtnerin angestellt: *«Frau Riedinger, die Gärtnerinn im Bischofshof, war die sehr passende Aufwärterin in der Anstalt nebst einer Magd.»*[340] Eine Spezialität der mit der Eröffnung neu konstituierten «Commission zur Frauenzimmer-Badanstalt» waren die detaillierten

Berichte zur Witterung und zur Wassertemperatur des Rheins in der Badesaison.[341] Da die Frauenbadanstalt an einer sehr viel ungeschützteren Stelle lag, wurde sie sehr viel häufiger als die Männeranstalt von Hochwassern beschädigt, besonders stark 1852. Das Hochwasser von 1876, das auch die Männerbadanstalt stark mitnahm, riss sie gar ganz weg. Dank eines Kredits der GGG konnten beide Anstalten bis 1878 wiederhergestellt werden. In der wiederaufgebauten Frauenbadanstalt gab es auch neu ein spezielles Schwimmbecken für Mädchen.

3.3.4 Die ersten Berufsschulen: Die Zeichnungs- und Modellierschule und die Entwicklung der Musikkommission bis zur Gründung der Musikschule

Neben der 1796 gegründeten Zeichnungsschule im Markgräfler Hof bestand seit 1823 unter der Leitung von Rektor Rudolf Hanhart eine Sonntagsschule für Handwerker in einem Saal des Klingentals im Kleinbasel, *«die für Handwerker und erwachsene Fabrikarbeiter und andere den Schulen Entlassene bestimmt»*[342] war und zwei Kurse anbot: 1) einen Zeichnungskurs, *«eine Vorbildungsklasse, die nach dem Plane der gemeinnützigen Gesellschaft später zu weiterer Ausbildung im Zeichnen und Modelliren geführt werden soll»*,[343] und 2) einen allgemeinbildenden Kurs, der Lesen von gedruckten und geschriebenen Texten, Schönschreiben, deutsche Rechtschreibung, Rechnen sowie Geographie und Produktekunde umfasste.[344] Die Sonntagsschule hatte grossen Erfolg: Bereits im ersten Jahr meldeten sich 191 Schüler an, von denen 103 nur den allgemeinen Kurs, 46 nur den Zeichnungskurs und 42 beide Kurse belegten. Von den Schülern stellten die Fabrikarbeiter mit 48 Kursteilnehmern oder fast einem Viertel der Teilnehmer die mit Abstand grösste Berufsgruppe. Es folgten die Schreiner mit 23, die Zimmerleute mit 15, die Bäcker mit 13, die Gärtner mit 12, die Schuster mit 11 und die Schneider mit 10 Teilnehmern, insgesamt 84 Personen. Die verbleibenden 59 Schüler verteilten sich auf fast zwanzig weitere Berufsgruppen. Nur einige wenige waren Knechte oder ohne Beruf.[345] Hoch war der Anteil der Fremden: Nur 73 Schüler waren Stadt- oder Landbürger, 48 waren Schweizer, 70 Nichtschweizer.

Im Jahre 1828 wurde in der Mitgliederversammlung der Vorschlag gemacht, *«beide Anstalten, die* [seit 1796 bestehende] *Zeichnungsschule in dem Markgräfischen Hofe und die Sonntagsschule im Klingenthal zu vereinigen und dadurch das Fundament zu einer künftigen Gewerbeschule zu legen».*[346] Die beiden Schulkommissionen arbeiteten daraufhin bis zum 20. November 1828 ein Gutachten aus, das einerseits einen Plan vorlegte, wie eine solche Gewerbeschule grundsätzlich auszusehen hätte, andererseits vorschlug, wie die beiden bestehenden Schulen in die geplante Gewerbeschule überführt werden könnten.[347] Die projektierte Gewerbeschule baute auf einem dreijährigen, obligatorischen Zeichengrundkurs auf, nach dessen Abschluss die Schüler sich zwischen einem fortführenden Kurs für «Kunstzeichnung»

und einem Kurs für «technische Zeichnung» zu entscheiden hatten.[348] Die Schüler des Grundkurses sollten neben dem Zeichenunterricht im ersten Jahr *«Geschäftsrechnungen»*, im zweiten Jahr die Grundlagen *«der Algebra, als Vorbereitung zu den Hauptsätzen der Geometrie»*, und im dritten die *«Hauptsätze der Geometrie»* erlernen.[349] Die Schule verstand sich als Ergänzung zu den staatlichen Schulen und der beruflichen Ausbildung bei einem Meister. Der Eintritt sollte vom zehnten Lebensjahr an möglich sein, aber es sollte *«keine Lektion in den öffentlichen Schulen dadurch versäumt werden dürfen»*.[350] Lehrlinge und wandernde Gesellen konnten den Grundkurs auch in abgekürzter Form absolvieren, um daneben auch allgemeinbildende Fächer besuchen zu können.[351]

Es war der Kommission ein grosses Anliegen, dass das «Elementarzeichnen» auch an den öffentlichen Schulen eingeführt werden sollte. Sie ersuchte deshalb, *«Alle, denen die Sache anliegt, darauf hinzuwirken; weil diese Vorübungen den spätern Unterricht ungemein erleichtern»*. Das «Elementarzeichnen» sowie das geometrische und perspektivische Zeichnen gehöre *«zum allgemeinen Bildungskurs»*, der während des zehnten und dreizehnten Lebensjahres absolviert werden sollte.[352] In der Trennung des fortführenden Kurses in eine zweijährige technische und eine künstlerische Richtung war bereits die Trennung in eine Gewerbeschule und eine eigentliche Kunstakademie angelegt: *«Diejenigen, welche nun wirklich ein Fach der Kunstzeichnung als Liebhaber ergreifen wollen, trennen sich hier von denjenigen, für welche vorzüglich unsere Anstalt berechnet ist. Da diese grösstentheils zur sogenannten zahlenden Klasse gehören, so können sie leicht eine Klasse besonders bilden, deren Lehrer aus ihren Monatsgeldern besoldet werden kann, in sofern sich nämlich tüchtige Lehrer und eine hinreichende Schülerzahl finden. Die übrigen Schüler gehen nun über zur technischen Zeichnung.»*[353] Mit dem technischen Zeichnen würde auch das *«Moduliren in Holz und Gyps»* verbunden.[354] Daneben sollte in der technischen Richtung im ersten Jahr ein *«Kurs der Elementarmechanik»* und im zweiten Jahr für die Architekturschüler *«ein Kurs in der Bautechnologie nebst Anleitung zu Bauüberschlägen»* und für die übrigen *«ein Kurs in der Elementarphysik und Chemie so wie in der Buchführung»* angeboten werden.[355] Auch hier versuchte die Kommission, die geplante Gewerbeschule in das bestehende Schulsystem einzubinden: *«Die höhern Klassen des Gymnasiums und der Realschule, welche das Obengenannte grösstentheils lehren, könnten künftig auch auf Elementarphysik und Elementarmechanik nach vorhergegangenem Kursus in der Arithmetik und Geometrie Rücksicht nehmen. Chemie, Naturgeschichte und höhere Kurse in der Physik können an der philosophischen Fakultät oder im Pädagogium vorkommen.»*[356]

Die GGG sollte die Aufsicht und Leitung der geplanten Gewerbeschule übernehmen und diese einer neunköpfigen Kommission übertragen, die aus drei Mitgliedern der Künstlergesellschaft und sechs Mitgliedern der GGG bestehen sollte. Die Finanzierung würde durch die bisherigen Beiträge von Behörden und Privaten, *«neu anzusprechenden»* Behörden, Zünften und Gönnern und aus den Schulgeldern der Schüler erfolgen, wobei weiterhin

«kundlich Arme und Waisenknaben» vom Schulgeld befreit sein sollten.[357] In der Übergangsphase sollte die Sonntagsschule, die den abgekürzten Grundkurs anbot, weiterhin im Klingental situiert sein, während die technische Zeichnungsschule im Markgräflerhof und der Elementar-Zeichenunterricht des Grundkurses im Gymnasium oder im Markgräflerhof durchgeführt werden sollten, wo schon die beiden fortführenden Kurse stattfanden.[358] Der Vorschlag der vereinigten Kommissionen wurde von der Mitgliederversammlung noch 1828 verabschiedet, und die Kommission zur Zeichnungs- und Modellierschule konstituierte sich, wie im Gutachten vorgesehen, neu mit neun Mitgliedern, wovon drei von der Künstlergesellschaft gewählt wurden, die seit 1814 an der Leitung der Zeichnungsschule der GGG beteiligt war. Der Stadtrat unterstützte das Projekt *«durch Ueberlassung eines grossen Theiles des Markgräfischen Hofes mit seinen herrlichen hellen Sälen nebst einer bedeutenden Summe für deren Herstellung und Einrichtung, samt jährlichen fünfzehn Klaftern Holz».*[359]

Die Zusammenarbeit mit der Sonntagsschule im Klingental funktionierte von Anfang an nicht, sodass in der neu organisierten Zeichenschule im Markgräflerhof die Sonntagsschule bereits 1829 aufgehoben wurde.[360] Die Sonntagsschule im Klingental bestand als teilweise von der GGG finanzierte Privatschule bis 1832 weiter, dann ging sie ein. Auf die Schülerzahl der Zeichnungsschule wirkte sich die Reorganisation hingegen positiv aus. Bis 1831 gelang der Ausbau zum fünfjährigen Kursus, wobei jedoch grosse Abstriche bei der Kunstklasse gemacht werden mussten. Auch der Ausbau zur Gewerbeschule gelang letztlich nicht: *«Die Ausführung war nur theilweise versucht und bald wieder aufgegeben worden. In schwachen Anfängen, mitten in der ungünstigen Zeit unserer Wirren* [Bürgerkrieg 1831/32 und Kantonstrennung 1833] *war dieselbe vom Handwerksstande und auch von der öffentlichen Meinung unbeachtet geblieben.»*[361] Bemerkungen zu den Schulgeldern und der sozialen Zusammensetzung der Schüler für das Jahr 1829 geben Hinweise auf die möglichen tieferen Motive der Reorganisation von 1828: *«Die meisten wohlhabenden Knaben befinden sich der Zeit noch in den Elementarklassen, weshalb diese in finanzieller Hinsicht über Erwartung ausfallen; während die andern Klassen bisher mehr als Armenschulen betrachtet wurden, was auf den Geist derselben vielleicht noch ungünstiger einwirkte als auf unsre Intraden* [Einnahmen]. *Die Mischung der Knaben aus allen Ständen im öffentlichen Unterricht scheint für Freistaaten besonders wichtig; zudem glauben wir auch, dass ungebildete Aeltern die Wohlthaten unsrer Schule weit besser würdigen, wenn sie sich überzeugen: dass, ungeachtet der grossen Verschiedenheit des Schulgeldes, auf ihre Kinder gleiche Sorgfalt wie auf die Reichsten verwendet wird, und dass dieselben von Haus aus besser zum Fleiss und regelmässigen Schulbesuch angehalten werden, wenn sie ein mässiges Schulgeld entrichten, als wenn solche unentgeltlich der Anstalt aufgedrungen werden können.»*[362] Die 1828 vorgenommene Professionalisierung der Zeichnungsschule zielte also darauf ab, das für den Bestand der Schule schädliche Image einer Armenschule abzulegen. Die Förderung begabter Kinder aus unbemittelten Familien und aus dem Waisen-

[Abb. 54]

[54] Kolorierte Photographie, signiert: H. Meyer f[ecit] 1871, die die im Auftrag einer GGG-Kommission gewässerte Claramatte zeigt, auf der sich Schlittschuhläufer und zahlreiche Zuschauer vergnügen. Im Hintergrund Richtung Rhein die Kamine von Fabriken und Gewerbebetrieben.

haus sollte durch einen möglichst hohen Anteil zahlender Schüler aus dem Mittelstand und der Oberschicht finanziert werden. Die hohe Qualität des Unterrichts und die Gleichbehandlung aller Schüler sollten gleichzeitig dazu beitragen, so die Hoffnung des damaligen Vorstehers Johann Georg VonderMühll-Burckhardt, die Vorurteile und Ängste aller in der Schule vertretenen sozialen Schichten zu überwinden.

Die Einführung des Elementarunterricht im Zeichnen 1837 in den Mittelschulen, der Realschule und am Gymnasium und die seit 1838 sechsjährige obligatorische Grundschule bedrohten den von der Zeichnungsschule seit 1828 angebotenen dreijährigen Elementarkurs, ja das Fortbestehen der Schule selbst. Es wurde nämlich in der GGG 1838 der Antrag gestellt, *«die Kommission zur Zeichnungsschule sollte angewiesen werden, keine Schüler jener beiden öffentlichen Anstalten* [Realschule und Gymnasium] *mehr in die Zeichnungsschule aufzunehmen* [...]. *Die Kommission zur Zeichnungsschule, deren Ansichten über diesen Antrag eingeholt wurden, vertheidigte aufs Lebhafteste die Anstalt, für deren Frequenz sie aus der Annahme jenes Antrags so bedenkliche Folgen voraussah, dass sie von der Aufhebung der Elementarklassen sprechen zu müssen glaubte.»*[363] Man einigte sich schliesslich darauf, dass dem Rektor der Realschule und des Gymnasiums die Liste der neu angemeldeten Schüler des Elementarkurses zur Genehmigung vorgelegt werden sollte.[364]

Auf die Schülerzahlen hatte die Einführung des obligatorischen Zeichenunterrichts an den Mittelschulen zunächst keine Auswirkungen. Sie veränderte aber die Frequenz der verschiedenen Kursniveaus. Die Teilnehmer an den Elementarkursen gingen zurück, dafür stiegen die Schülerzahlen in den technischen Klassen, da die Sekundarschulen oder die neue «Gewerbeschule», das Realgymnasium, für Lehrlinge und Gesellen handwerklicher Berufe keine Bildungsangebote hatten. Erst die Einführung des Zeichenunterrichts an der Waisenhausschule 1845 führte wirklich zu einer nachhaltigen Verminderung der Schülerzahlen der Zeichnungsschule.

Der Antrag von 1838 war für den Bestand der Zeichnungsschule aber auch aus einem anderen Grund gefährlich. Der Schule war nämlich wegen der Reorganisation des alten Spitals bei der Barfüsserkirche ihr bisheriges Lokal im Markgräflerhof gekündigt worden. Bis 1840 musste sie einen neuen passenden Standort finden. Die leitende Kommission traf 1839 zusätzlich die Auflösung der Künstlergesellschaft schwer, die *«durch Ueberlassung werthvoller Modelle zur Benützung beim Unterricht im Kunstzeichnen»*[365] die Schule auch materiell unterstützt hatte. Die Künstlergesellschaft war jedoch bereit, diese Sammlung von Gipsabgüssen der Zeichnungsschule weiterhin zu überlassen *«mit dem Vorbehalt jedoch, dass falls mit der Zeit diese Zeichnungsschule eingehen oder bloss auf das technische Fach beschränkt werden sollte, mithin diese Gypsabgüsse ohne fernere Benutzung blieben, oder auch falls diese Zeichnungsschule in Privathände übergehen sollte, diese Sammlung Abgüsse alsdann unsern öffentlichen Kunstsammlungen der grössern Stadt zur Aufstellung und künstlerischen Benutzung ausgeliefert werden soll, worüber von der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen ein Revers zu empfangen, der bei*

löbl[icher] *Regenz hiesiger Universität zu hinterlegen sey».*[366] Dieses Legat der Künstlergesellschaft veranlasste die Zeichnungsschule, den Zeichnungskurs für Gewerbeschüler um eine Modellierklasse zu erweitern.[367] So wurde aus der Zeichnungsschule 1841 die Zeichnungs- und Modellierschule, die 1840 die im Vergleich zum Markgräflerhof *«bescheidenen Zimmer der Professor- und Gärtnerwohnung im alten Doktorgarten»*,[368] dem alten Botanischen Garten der Universität, am Spalengraben bezogen hatte.[369]

Bis 1845 erfreute sich die Schule einer steigenden Frequenz, erst nach 1846 gingen die Schülerzahlen wieder zurück. Die an einer Verbesserung der Gewerbeausbildung interessierten Kreise der GGG, die darin auch ein Möglichkeit sahen, die wirtschaftlichen Probleme der Handwerker zu lösen, brachten erneut die Idee auf, aus der Zeichnungs- und Modellierschule eine eigentliche Gewerbeschule zu machen. Wilhelm Burckhardt-Forcart stellte deshalb in der Mitgliederversammlung vom 21. Mai 1847 den Antrag, *«über die Vervollkommnung der gewerblichen Bildung und vorzüglich über einen zweckmässigen Unterricht für Handwerkslehrlinge zu berathen».*[370] Ausgehend vom detaillierten Projekt von 1828 arbeitete eine fünfköpfige Kommission,[371] die sich selbst noch um vier Sachverständige erweiterte,[372] unter der Federführung von Wilhelm Schmidlin einen Bericht aus, der unter dem Titel «Ergebnisse der Berathungen der Gemeinnützigen Gesellschaft über die Fortbildung der Handwerkslehrlinge» 1848 im Druck erschien. Ausgangspunkt der Überlegungen zu einer Gewerbeschule war die Einsicht, dass einerseits die Lehre bei einem Handwerksmeister allein nicht ausreichte, um die zur Führung eines Geschäfts und zur dauernden beruflichen Weiterbildung nötigen Fähigkeiten und Kenntnisse zu erwerben, andererseits die obligatorische Schule nur allgemeines Grundwissen vermitteln konnte, in einer Kindern angepassten Form.

Die Kommission kritisierte auch die Fortbildungsangebote der GGG für Lehrlinge und Handwerker als ungenügend. Der Sonntagssaal für Lehrlinge *«dient zu einer bildenden Erholung, aber nicht für einen fortlaufenden Unterricht, weil der Besuch an keine Regel gebunden ist».*[373] Die populären Vorträge hingegen *«bilden eine geordnete zusammenhängende Reihe, aber sie sind nicht ausschliesslich den Lehrlingen, sondern auch den Gesellen und der arbeitenden Klasse überhaupt gewidmet».*[374] Beide machten *«eine besondere Anstalt für Lehrlinge nicht entbehrlich und werden durch diese auch nicht überflüssig; die eine Einrichtung dient eben zur Fortbildung der Lehrlinge, die andere zur Fortbildung der Erwachsenen; beide können sich gegenseitig unterstützen und ergänzen, aber sie können kaum ohne Uebelstände ganz vereinigt werden».*[375] Auch die Zeichnungs- und Modellierschule könne nur durch eine *«zweckmässige Reorganisation und Erweiterung»* in der geplanten Gewerbeschule *«aufgehen».*[376] Eine berufsbegleitende *«zweckmässige Fortbildung der Lehrlinge»* fehle deshalb im Basler Schulsystem und in den Basler Bildungsangeboten: *«Die Bildung der Handwerker hingegen erfordert nicht eine Aufhebung oder gänzliche Umgestaltung der jetzigen Handwerkslehre, sondern nur eine wesentliche Vervollständigung derselben, welche eben durch eine Fortbildungsanstalt für Hand-*

werkslehrlinge geschehen soll.»[377] Zudem müsse die *«Benützung der Anstalt* […] *sehr wohlfeil sein, etwa gegen ein halbjährliches Einschreibegeld von zwei Franken oder gegen ein Monatsgeld von 4 Batzen, das ganz Armen auch erlassen werden könnte».*[378]

Das von der Kommission vorgelegte Projekt wurde von der Mitgliederversammlung grundsätzlich gutgeheissen und eine neue Kommission *«mit den einleitenden Maassregeln zur Ausführung»* beauftragt.[379] Obwohl sich sowohl der Stadtrat als auch die Regierung interessiert zeigten und sich die GGG bereit erklärte, die Besoldung der Lehrer zu übernehmen, wenn die Behörden die nötigen Lokale zur Verfügung stellten und die Beleuchtungs- und Heizungskosten übernähmen, blieb das Projekt einer Gewerbeschule erneut liegen. Die Krise der Zeichnungs- und Modellierschule erreichte ihren Höhepunkt, als der Schule 1853 auch die Räumlichkeiten im «Doktorgarten» gekündigt wurden. Erst die Zuweisung der ehemaligen Gemeinde- und Sekundarschule am Steinenberg mit einer eigenen Lehrerwohnung (heute Verwaltungsgebäude des Historischen Museums) 1857 und eine Reorganisation der Schule 1858 brachten die Wende. Diese Restrukturierung war für die GGG zwar mit höheren finanziellen Beiträgen verbunden, aber die staatlichen Zuschüsse wurden 1865 ebenfalls erhöht. Als staatlicher Delegierter nahm das GGG-Mitglied Wilhelm Schmidlin in der Kommission Einsitz.

Während in den auf die Reorganisation folgenden Jahren die Schülerzahlen stark zunahmen, brachen diese zwischen 1863 und 1869 – wahrscheinlich wegen der Wirtschaftskrise, die besonders die Bauunternehmen traf – stark ein.[380] Die Schule reagierte auf diese Entwicklung, indem sie 1869 den Elementarkurs Mädchen öffnete und zwei Mädchenklassen einrichtete, nachdem 1868 *«während einiger Monate* […] *zwei hiesige Töchter die Classe des Herrn Lardet»* besucht hatten, *«und zwar ohne vorherige Einholung unserer Erlaubniss»*, wie der Vorsteher der Kommission, Albert Hoffmann-Burckhardt, 1868 feststellen zu müssen glaubte.[381] Dieser Versuch war nicht nur finanziell ein grosser Erfolg; es meldeten sich so viele Schülerinnen, dass weitere Schulräumlichkeiten gesucht werden mussten. 1871 wurde eine Kunstklasse für Mädchen und Frauen und 1872 eine Klasse für Öl- und Aquarellmalerei eröffnet. Nach 1870 nahm auch der Besuch der bau- und mechanisch-technischen Klassen der Knaben und Männer wieder zu, da nunmehr die Lehrmeister den Besuch der Elementarkurse und der technischen Kurse unterstützten. Der Vorsteher der Kommission zur Zeichnungs- und Modellierschule konstatierte 1875, *«dass der Nutzen des bei uns ertheilten Unterrichts, mit relativ wenigen Ausnahmen, endlich allgemein eingesehen wird und von Seiten der Lehrmeister selten mehr den Lehrlingen der Besuch der Zeichnungs- und Modellierschule erschwert oder gar untersagt wird* […] *ja, wir können sogar eine erhebliche Zahl von Handwerks-Meistern und Andern namhaft machen, die ihre Pfleglinge selbst in die Schule weisen, theilweise ihnen sogar das Schulgeld bezahlen»*; man beginne sogar *«in die Lehrcontracte eine Klausel aufzunehmen, welche den Meister verpflichtet, den Lehrling in die Zeichnungsschule zu schicken».*[382]

In denselben Jahren, in denen die Zeichnungs- und Modellierschule ihre zweite grosse Reorganisation erfuhr und sich Frauen und Mädchen öffnete, entwickelte sich die Kommission für Gesang und Orgelspiel zur Kommission zur Musikschule weiter. Die Kommission hatte sich seit ihrer Gründung 1780 in erster Linie um die «Hebung» des Kirchengesangs bemüht. Der Auftrag der Gesellschaft 1841, «Arbeiterchöre» als Mittel zur *«Veredlung der Volksvergnügen»* zu gründen, entsprach noch ganz dieser Grundaufgabe, wie folgender begeisterter Bericht illustriert: *«Die meisten von uns waren zugegen, und allen gieng die freudige Rührung tief ins Herz, als an dem heiteren Morgen eines Herbstsonntages die St. Leonhardskirche ertönte von dem reinen, kräftigen, lieblichen Gesange der Gewerbsgehilfen und Gesellen und Fabrikarbeiter, eines vollen wohlgeordneten Chores um den anderen»*, getragen vom *«begeisterten Eifer der von ihr vereinten und geleiteten, zum Theil auch erst von ihr gebildeten Arbeiterchöre»*.[383] Die nach 1848 entstehenden selbständigen Arbeiterchöre machten diesen GGG-Chören jedoch ein Ende. Der letzte von der Kommission 1841 gegründete Arbeiterchor, der Posamenterchor, löste sich 1857 auf. Eine Neuorientierung war nötig, weil sich das städtische Chorwesen mit dem nach 1848 sich rasch entwickelnden Vereinswesen ganz verselbständigt hatte. Wollte die Kommission für Gesang und Orgelspiel weiterhin eine führende Rolle im Basler Musikleben spielen, musste sie ihr Angebot grundlegend verändern.

Die Wende setzte 1860 ein mit der auf Anregung von Johann Jakob Schäublin(-Vögelin)-Schmidt, der treibenden Kraft in der Kommission, angeregten Gründung einer «Violinschule». Der Unterricht sollte gegen ein sehr mässiges Schulgeld erteilt werden, um begabte unbemittelte Knaben zu fördern. Bald schon gestattete die Kommission jedoch gegen erhöhte Gebühren auch Knaben aus bemittelten Familien, sich für den Unterricht anzumelden. 1863 wurden 14 Schüler in vier Klassen unterrichtet.[384] Bereits 1862 wurde in der Mitgliederversammlung der GGG die Gründung einer allgemeinen Chorschule vorgeschlagen, die 1863 von der Kommission für Gesang und Orgelspiel eröffnet wurde. Sie bestand aus zwei Klassen. Die erste Klasse umfasste die Grundlagen der Stimmbildung, des Notenlesens und die Einführung in den «Volksgesang». In der zweiten Klasse, für fortgeschrittene Schüler, wurde der «Kunstgesang» unterrichtet. Die Chorschule stand von Anfang an beiden Geschlechtern offen, der Unterricht wurde aber getrennt durchgeführt. Daneben wurde noch ein Kurs für Kantoren angeboten, mit welchem die Kommission die Förderung des Kirchengesangs fortführte. Die Chorschule hatte einen selbst für ihre Gründer unerwartet grossen Erfolg.

Dieser allgemeine Zuspruch und die Beachtung, die Schäublins Redebeitrag an der Versammlung der SGG 1864 in Basel zum Thema «Die Bildung des Volkes für Musik und durch Musik» gefunden hatte, ermutigten diesen, zusammen mit anderen Musikfreunden die Gründung einer eigentlichen Musikschule vorzuschlagen: Zum Violinunterricht sollte der Klavierunterricht hinzukommen, der Gesangsunterricht auf den Solo-

gesang ausgedehnt und die einzelnen Fächer der Gesamtleitung eines fähigen Berufsmusikers unterstellt werden. In nur drei Jahren gelang es der Musikkommission, Vorstand und Mitgliederversammlung von dem Projekt zu überzeugen, und am 8. Februar 1867 wurde die Gründung der Musikschule beschlossen. Dank dem grossen Anklang, den diese neue Schule beim Publikum fand, und dank einem unerwartet hohen Ertrag der öffentlichen Sammlung für die neue GGG-Schule konnte sie sich allein aus den Schulgeldern finanzieren: *«Beiträge von den h*[ohen] *Behörden sprachen wir mit Rücksicht auf unsere günstigen Frequenzverhältnisse nicht an, obschon wir der musikalischen Bildung eine specielle Bedeutung vindicieren im Rahmen der Gesammterziehung, da ‹der Werth eines Unterrichtsfachs keineswegs nach seiner Wissenswürdigkeit und Nützlichkeit, sondern vielmehr nach seiner bildenden und erziehenden Kraft zu bemessen ist›, wie es neulich in einer Berichterstattung über Gymnasialstudien hiess (Basl. Nachr. 1868, pag. 1960, dritte Spalte)»*, hielt Johann Jakob Schäublin im Jahresbericht 1868 fest.[385]

Mit der Gründung der Musikschule weitete sich die Kommissionstätigkeit bedeutend aus. Ins Zentrum traten nach 1867 die musikalische Erziehung der Basler Jugend und die Förderung des Basler Musiklebens einschliesslich der Kirchenmusik. Man kam auch davon ab, ausschliesslich «arme» begabte Schüler zu unterstützen, sondern suchte – wie in der Modellierschule bereits 1828 geschehen – die Bedürfnisse aller an Musik interessierten Kreise zu berücksichtigen. Waren die Kurse bis 1867 in verschiedenen Lokalen abgehalten worden, richtete sich die neugegründete Musikschule im ersten Stock der Herbergsgasse 1 ein. Als erster Direktor wurde 1868 der deutsche Cellovirtuose, Komponist und Musikwissenschaftler Selmar Bagge angestellt, der sich nicht nur bei den ihm unterstellten Lehrern, sondern auch im Basler Bürgertum allgemeine Achtung verschaffte. Das Unterrichtsprogramm wurde unter seiner Leitung um Cellostunden und öffentliche musikwissenschaftliche Vorträge erweitert. Die Räumlichkeiten an der Herbergsgasse 1 wurden bald zu eng, sodass die Kommission sich 1872 entschloss, die Liegenschaft Nadelberg 8 anzukaufen und zu einer Musikschule umzubauen. Den Umbau finanzierte die Musikschule aus eigenen Mitteln bis auf Fr. 8000.–, die von der GGG übernommen wurden, welche auch den Ankauf der Liegenschaft mit einer hypothekarischen Anleihe von Fr. 10 000.– unterstützt hatte.

Am Nadelberg 8 wurde der Einzelunterricht für Violin- und Cellospieler um eine Einführung in das Quartett- und Orchesterspiel erweitert, und fortgeschrittene Klavierschüler wurden ins «Primavista-Spiel» eingeführt, das heisst, man brachte ihnen das Ab-Blatt-Spielen bei. Die jährlichen öffentlichen Abschlussprüfungen entwickelten sich in den höheren Klassen zu eigentlichen öffentlichen Konzerten. 1876 erhielt Selmar Bagge auch einen Lehrauftrag an der Universität Basel. Die steigenden Schülerzahlen belegen die Qualität des Unterrichts und die den Bedürfnissen entsprechenden Unterrichtsangebote: 1867 besuchten 176 Schüler das Institut, 1871 bereits 260, und 1876 waren es 297.[386] Mit der Eröffnung der

Musikschule und ihrer raschen Professionalisierung taten sich für junge Frauen auch neue Berufsmöglichkeiten als private Musik- oder Gesangslehrerinnen auf, die sich mit dem bürgerlichen Frauenbild vereinbaren liessen: *«Die gebotene Gelegenheit wird vorzugsweise von der Jugend und von Damen benutzt, während die Männer der geselligen Unterhaltung zu Liebe baldmöglichst den Vereinen zuströmen.»*[387]

Die Initiative zur Gründung der neuen Schule war nicht von der GGG ausgegangen, sondern vom im städtischen Musikleben und im Basler Schulwesen gut verankerten Waisenhauslehrer und Chorleiter Johann Jakob Schäublin. Er erschloss mit der Gründung einer Musikschule Berufsmusikern neue Erwerbsmöglichkeiten neben einem Engagement im Orchester oder als Privatlehrer. Die Gründung der Musikschule band die GGG fest in das Basler Musikleben ein, was vor 1860 nicht der Fall gewesen war wegen der einseitigen Ausrichtung auf die Förderung der Kirchenmusik. Es entwickelte sich ein dichtes Geflecht von Beziehungen zwischen der Musikschule und der 1828 aus dem Collegium Musicum entstandenen «Konzertgesellschaft», deren Aufführungen unter der Leitung des Geigers Ernst Reiter über Basel hinaus in der Schweiz und sogar in Deutschland Beachtung fanden, dem 1855 geschaffenen «Capellverein» der Orchestermusiker der «Konzertgesellschaft» (beide fusionierten 1876 zur Allgemeinen Musikgesellschaft), der 1837 gegründeten «Theatergesellschaft», dem 1824 gegründeten «Basler Gesangverein», der 1852 gegründeten «Basler Liedertafel» und dem seit 1856 mit der Kommission für Gesang und Orgelspiel bzw. zur Musikschule in Verbindung stehenden «Kirchengesangschor» (1855 gegründet).

Schon 1869 stellte Adolf Burckhardt-Burckhardt im Jahresbericht der Gesellschaft fest: *«Gern haben wir auch vernommen, dass neben dem eigentlichen practischen Unterricht einerseits die theoretischen Vorträge, andererseits gemeinsame Aufführungen nicht versäumt werden, und dass so die Pflege der Musik, die so oft nur als Modesache betrieben ist, wirklich zum Verständniss und zum Genuss gebracht wird.»*[388] Der Neubau des Musiksaals 1875 neben dem Stadtcasino schloss diese Entwicklung ab. Es wurde möglich, grosse Werke durch Orchester, Gesangverein und Liedertafel in einem vorzüglichen Konzertsaal aufführen zu lassen, während der 1854 durch die Münsterrestaurierung geschaffene freie Innenraum des Münsters der Aufführung der grossen Oratorien von Bach und Händel diente.

3.3.5 Der neue «Spielraum» der GGG vor, neben und nach der Schule: Kleinkinderschulen, Repetierschulen, Sonntagssäle und Abendsäle

Karl Friedrich (Fritz) Burckhardt-Brenner beschreibt die Rolle der GGG im Basler Bildungswesen in seiner Abschiedsrede als Vorsteher für 1863 sehr zutreffend: *«In den letzten Jahrzehnden hat sich unser Schulorganismus*

unter der wohlwollenden Vorsorge der hohen Behörden so entwickelt und erweitert, dass er sich trotz allen Lücken und Mängeln, welche allen menschlichen Einrichtungen eigen sind, mit Ehren neben die parallelen Anstalten anderer Orte stellen darf. Er hat nach und nach namentlich auch solche Gebiete in sich aufgenommen, welche von unserer Gesellschaft ausgegangen von ihr zum Theil viele Jahre gepflegt worden sind, und es darf kaum bezweifelt werden, dass ihr heute noch die Sorge für verschiedene Anstalten obliegt, welche in späterer Zeit den übrigen Staatsschulen angereiht werden. Indessen wird der freiwilligen Thätigkeit auch bei dem vollkommensten Schulorganismus immer noch ein weiter Spielraum offen bleiben, indem sie ihre Gebiete theils vor [Kleinkinderschulen], *theils neben* [Abendsäle für Knaben, Sonntagssäle für Mädchen und Knaben], *theils nach der Schule* [Repetierschulen für Knaben] *findet.»*[389]

Während in anderen Kantonen, besonders in Zürich, die Regenerationszeit das Schulwesen grundlegend erneuerte, vereinheitlichte und unter staatliche Aufsicht brachte, kam die Schulreform in Basel nicht recht voran. Erst 1837 war der Besuch der Grundschule vom sechsten bis zwölften Lebensjahr für alle Kinder im Halbkanton, auch für die Mädchen, für obligatorisch erklärt worden. Die Regierung hob aber das obligatorische Schulgeld, ausser in der «Armenschule» am Silberberg, nicht auf: *«Der Rat hielt hartnäckig an der Ansicht fest, der Zwang, ein kleines Opfer für die staatlich vermittelte Bildung zu bringen, sei ein heilsames Erziehungsmittel für Eltern und Kinder.»*[390] Diese Haltung sollte sich in den folgenden Jahrzehnten nicht ändern. Arme Familien waren deshalb auf die Unterstützung des Kirchenbannes und wohltätiger Vereine angewiesen, um das Schulgeld bezahlen zu können, bis die Kinder das zwölfte Lebensjahr erreicht hatten. Für Lehrer und Schüler besonders unangenehm war, dass die Lehrer das Schulgeld, das einen relevanten Teil ihrer Besoldung ausmachte, selbst einziehen mussten. Auch die Verbindung von Kirchgemeinden und Gemeindeschulen blieb in Basel über 1850 hinaus erhalten. Jede der vier Pfarrgemeinden hatte eine Gemeindeschule. Die Kinder mussten beim Gemeindepfarrer angemeldet werden, und der Gemeindepfarrer war zugleich Inspektor der jeweiligen Gemeindeschule.

Nur die sogenannten Realschulen für ältere Knaben und die Mädchenrealschule, die nur zwischen 1844 und 1852 bestand, besassen seit Beginn der vierziger Jahre eigene Rektoren wie das Gymnasium. Die Schaffung einer einheitlichen staatlichen Volksschule für Mädchen und Knaben, die Liberale, vor allem aber der Freisinn forderten, kam nicht zustande. 1852 wurden nur die höheren Schulen neu organisiert: Neben der humanistischen Richtung mit Latein, dem sechsklassigen Gymnasium, das mit dem vierten Schuljahr begann, und dem anschliessenden dreiklassigen Pädagogium, wurde das lateinlose «Realgymnasium» geschaffen, an das sich die dreijährige sogenannte «Gewerbeschule», eine Art Berufsgymnasium, anschloss, die eine *«allgemeine höhere realistische Bildung»* vermittelte, eine Oberrealschule, die die Schüler auf den Eintritt ins Geschäftsleben oder in eine technische Fachschule vorbereiten sollte.[391] Die Klage, *«die*

bis in die Siebziger Jahre immer wieder laut wurde: Basel sei nach oben liberal, nach unten knauserig, gebe viel aus für Universität und höhere Schulen, vernachlässige aber die Volksschulbildung, war berechtigt».[392] Die Folgen dieser Vernachlässigung spiegelten sich in der Zusammensetzung der Schüler, wie der Bericht von Heinrich Iselin-Passavant, Vorsteher der Kommission zu den Fabrik- und den Repetierschulen, zeigt: *«Wir bemerken, dass von diesen 77 Schülern* [im Jahre 1863] *kein einziger unserm Kantonstheile angehört; die meisten kommen aus Baselland und die übrigen vertheilen sich auf die Kantone und Nachbarländer, aus welchen sich unsere Fabrikbevölkerung rekrutirt.»*[393]

Die Entwicklung der von der GGG geführten Schulangebote für Kinder und Jugendliche wurde nach 1820 stark beeinflusst von der Entwicklung des Basler Schulwesens. Auffällig ist besonders, dass die GGG der Tendenz der staatlichen Schulbehörden nachgab, die Mädchenbildung zu vernachlässigen. Schon das erste allgemeine Basler Schulgesetz von 1817 regelte nur den Bildungsweg der Knaben. Zwar wurde am 8. August 1822 das «Gesetz wegen Vermehrung und Organisation der Mädchenschulen» gutgeheissen, das die Grundschulbildung der Mädchen organisierte. Dieses Gesetz legte jedoch fest, dass die Mädchen nicht mehr wie seit 1817 nach demselben Lehrplan wie die Knaben, sondern nach einem eigenen Lehrplan unterrichtet werden sollten.[394] Die Schulinspektion, die das Gesetz und den Lehrplan ausgearbeitet hatte, begründete dies mit dem eigentlichen Zweck der Mädchenbildung: *«Die eigentlichen Schulen können und sollen den Mädchen nicht ebensoviel sein als den Knaben. Dieser ist für das öffentliche Leben bestimmt und muss daher früher wie dasselbe* [das Mädchen] *gebildet werden. Das Mädchen ist für das häusliche Leben bestimmt und lernt demnach auch nicht das meiste, doch das beste in der Häuslichkeit, wenn diese einigermassen ist, wie sie sein sollte.»*[395]

Das Schulpensum der Mädchen war stundenmässig zwar umfangreicher als das der Knaben, aber nur wegen 15 Stunden sogenannter *«weiblicher Arbeiten»*. Die Zahl der eigentlichen Unterrichtsstunden war geringer als in den Knabenschulen. Gleichzeitig war die Dauer des Grundschulbesuchs für Mädchen auf vier Jahre beschränkt, da die bei Knaben, die nicht das Gymnasium besuchten, vorgesehene sogenannte zweijährige «Realschule» für Mädchen bis 1837 entfiel.[396] Als 1837 die Verlängerung der obligatorischen Schulzeit auf sechs Jahre auch für Mädchen beschlossen wurde, konnte das Gesetz nicht umgesetzt werden, weil die dafür nötigen Schulräume fehlten. Schon die bestehenden Gemeindeschulen für Mädchen waren hoffnungslos überfüllt. 1840 wurden 692 Mädchen von vier Lehrern in vier Schulen unterrichtet. Es kamen also rund 170 Schülerinnen auf einen Lehrer, der die älteren Mädchen am Morgen und die jüngeren am Nachmittag zu unterrichten hatte.[397]

Das «Gesetz über die Organisation der Mädchenschulen», das das verlängerte Obligatorium für Mädchen konkretisieren sollte, wurde erst am 7. März 1842 verabschiedet. Es sah neben der vierjährigen Gemeindeschule für Mädchen eine zweijährige Realschule vor mit einer eigenen

Schulinspektion.[398] Ein Schulhaus für diese «Mädchenrealschule» wurde jedoch erst 1844 eröffnet. Auch bei der Ausstattung der Mädchenrealschule wurde gespart, nicht nur von den Behörden, sondern auch bei der GGG. Um die nötigen Schulbücher anschaffen zu können, beantragte Wilhelm Klein-von Salis, der erste Leiter der Mädchenrealschule und seit 1837 Mitglied der GGG, eine Unterstützung von Fr. 200.– für die Anschaffung von deutschen Lesebüchern und einem französischen Lehrbuch, erhielt aber nur Fr. 100.–.[399]

Von dieser desperaten Situation in den staatlichen Mädchenschulen profitierten in erster Linie die privaten Unterrichtsinstitute, die seit dem 21. Februar 1838 der Oberaufsicht des Erziehungskollegiums unterstanden.[400] Nicht so die Näh- und Flickschulen der GGG. Der Handarbeitsunterricht an den Gemeindeschulen liess diese zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz werden. 1831 reduzierte die Kommission für die Näh- und Flickschulen die bestehenden Schulen von drei auf zwei und legte schliesslich 1840 auch diese in eine zusammen. 1842 wurde auch die letzte Flickschule geschlossen, aber versuchsweise weitergeführt bis 1845 mit einem neuen Unterrichtskonzept als «Repetierschule für Mädchen»: Sie sollte Mädchen nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit eine Vertiefung der Wissensfächer neben praktischen Handarbeiten ermöglichen. Das Konzept der «Repetierschule», das sich bei der seit 1835 zur reinen Knabenschule gewandelten Papiererschule, ab 1827 Fabrikschule genannt, bewährte, liess sich jedoch nicht auf die Mädchenschulen der GGG übertragen. Als Ersatz für die 1842 aufgehobenen eigenen Mädchenschulen unterstützte die GGG deshalb seit 1844 die stark pietistisch geprägten Sonntagssäle für Mädchen, die seit 1825 bestanden. Die Betriebskosten waren sehr niedrig, da die Säle alle von freiwilligen Helferinnen geleitet wurden. Die GGG entsandte einen Delegierten in den Vorstand des Vereins, bis 1878 die Sonntagssäle für Mädchen von einer eigenen Kommission der GGG übernommen wurden.

Ein Vorstoss des radikalen Arztes Johann Friedrich (Fritz) Brenner-Kern im Jahre 1849, das Gesetz von 1842 dringend zu revidieren, löste zwar eine breite Diskussion über die Mädchenbildung aus. Der Lehrer der Mädchenschule von St. Theodor, (Jakob) Friedrich Fäsch-Schumacher, benannte klar das Grundübel: die Verkoppelung von Klassenstärke und Lehrereinkommen, da es im Wesentlichen aus dem Schulgeld der Schülerinnen bestand. Das Ergebnis der langwierigen Debatten und öffentlichen Gefechte, das «Gesetz für die weibliche Jugend» vom 30. März 1852, führte jedoch sogar zu einem Rückschritt im Vergleich zum Gesetz von 1842: Die 1842 eingeführte Mädchenrealschule wurde wieder aufgehoben und das fünfte und sechste obligatorische Schuljahr den bestehenden vier Gemeindeschulen angegliedert, sodass die gesamte Volksschulbildung für Mädchen wieder der Aufsicht der Gemeindepfarrer unterstand. Die Gemeindeschulen für Mädchen erhielten neu zwei Lehrer, je einen für die untere bzw. die obere Abteilung, die je drei Jahre umfasste. Die ehemaligen Lehrer der Mädchenrealschule wechselten nach und nach an

die Gemeindeschule. Sie wurden für die neuen Fächer wie Französisch, Geographie und Geschichte eingesetzt, mussten aber für den Unterricht von Schule zu Schule wandern.[401]

Das hohe Schulgeld und die strukturelle Benachteiligung der Mädchen im Basler Bildungswesen ermutigten die Eltern nach 1852 geradezu, ihre Töchter sofort nach der obligatorischen Schule als zusätzliche Arbeitskraft im Haushalt einzusetzen oder einem Gelderwerb nachgehen zu lassen. Johann Jakob Buser, Lehrer an einer der vier Mädchenschulen, klagte in seinem Bericht 1852/53 die Behörden an, *«eine gewisse stiefmütterliche Sorge für die Bildung des weiblichen Geschlechts, und zwar gerade unter der Volksklasse, die mehr als die andern auch für die Erziehung, nicht nur für den Unterricht an die öffentlichen Anstalten sollten gewiesen werden»*[402] walten zu lassen. Wilhelm Klein-von Salis stellte 1855/56 fest, die Regierung zeige, *«dass sie die Schulbildung der Mädchen für weniger wichtig halte, wenigstens scheinen es die Eltern von dieser Seite aufgefasst zu haben».*[403] Die Eltern würden Mädchen deshalb *«auf eine gewissenlose Art vom Schulbesuch abhalten, ohne zur Verantwortung gezogen zu werden»*,[404] klagte Lehrer Eduard Tobler, da offenbar das Schulobligatorium bei Mädchen von den Behörden weniger konsequent durchgesetzt wurde als bei Knaben.

Die 1856 geschaffene Kommission zur Lukasstiftung war von diesem Basler Ungeist in Sachen Mädchenbildung auch nicht frei. Als die Stiftung 1860 den ersten Abendsaal eröffnete, widmete sie diesen ausschliesslich den schulpflichtigen Knaben. Die Säle standen jüngeren Knaben offen, deren Eltern beide arbeiteten und ihren Kindern zu Hause häufig auch kein warmes Zimmer bieten konnten. Die Verdienste der Lukasstiftung liegen auf anderen Gebieten. Sie kümmerte sich nicht nur um Kinder armer Einwohner Basels, unabhängig von deren Herkunft, die Stiftung war auch ausdrücklich konfessionell neutral. Sie erreichte in geduldigem und zähem Ringen mit den für die Verteilung des sogenannten Schülertuchs zuständigen Kirchenbännen und Pfarrern der vier Basler Kirchgemeinden bis 1865 eine zentrale Verteilung des Kleiderstoffes. Dadurch schuf sie die Gewähr für eine einheitlichere und gerechtere Behandlung der Bittsteller in den verschiedenen Basler Kirchgemeinden, denn die Stiftung übernahm in ärmeren Kirchgemeinden das Defizit des Ankaufs des Kleiderstoffes, das aus dem geringeren Spendenaufkommen in der Gemeinde und der grösseren Zahl der bedürftigen Kinder zwingend entstehen musste.[405]

Daneben organisierte die Lukasstiftung von Anfang an, unabhängig von der Kirche, die Verteilung von Schuhen an Schulkinder. Die Beschreibung des Zustandes des Schuhwerkes, das ihnen zur Beurteilung vorgelegt wurde, gibt tiefe Einblicke in das Elend der Arbeiterfamilien, die in der städtischen Peripherie lebten, da sie zu wenig verdienten, um eine Wohnung in der Stadt oder die Gebühr für eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu bezahlen:

> *Einfach wie immer war auch dieses Jahr wieder der Geschäftsgang der Schuhverteilung, bei der fast Alles nur auf die Untersuchung des Bedürfnisses ankommt. Dass*

dieses den damit Betrauten [...] *wieder ziemlich nackt entgegen getreten ist, weisen die Abhörlisten aus, darin sich wiederholt Bemerkungen finden wie z.B.*
No. 58 trägt ein Paar seitlich vollständig aufgerissene Schuhe eines Erwachsenen; NB. das Kind hat kranke Augen [...]
No. 78 das Kind hat ein Paar nasse Finken an, sonst besitzt es keine Schuhe [...]
No. 91 bringt in einem Papier Schuhe, durch deren aufgerissene Sohle sich eine Hand stecken lässt – die einzigen seines Schwesterchens. Es selbst trägt ein paar fast gleich schlechte: die Brühe von der regennassen Strasse tropft vom Strumpfe etc. etc. etc.
Sieht man nun Kinder in solcher Beschuhung, die sie nie wechseln können, bei grundschlechtem Wetter von St. Jacob, der Breite, Birsfelden u.s.w. in die Stadt zur Schule kommen, so wird wohl schwerlich Jemandem die Zweckmässigkeit einer Schuhvertheilung in Frage stehen.[406]

Erst 1867 wurde in der Kommission zur Lukasstiftung auch die Sorge um die Mädchen erstmals laut, zeitgleich zur Diskussion in der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft zu diesem Thema:[407] *«Es wurde in unserer Kommission namentlich auch die Frage aufgeworfen, ob und was wohl für die weibliche Schuljugend Entsprechendes könne gethan werden? ohne ausser Augen zu lassen, dass besonders diese dem Hauswesen nicht entzogen werden dürften.»*[408] Aber erst als die Lukasstiftung in Zusammenarbeit mit Schneidermeistern 1869 mit grossem Erfolg Näh- und Flickkurse für Knaben als Vorbereitung auf das Berufsleben eingeführt hatte,[409] entschloss man sich 1870, zeitgleich zum neuen Gesetz für die Mädchenschulen[410] auch Nähschulen für Mädchen einzurichten, allerdings in einem privateren Rahmen: *«Wir haben dann im letzten Winter auch noch einen kleinen Versuch gemacht, für die ärmere weibliche Jugend ein Institut ins Leben zu rufen, das jener Zufluchtsstätte für Knaben entsprechen könnte. Es wurden in 4 Quartieren (Spalen, St. Johann, Bläsi und Riehen) nach Neujahr kleine Nähschulen eingerichtet, wo je 10–16 Mädchen unter Anleitung von Lehrerinnen mit weiblichen Handarbeiten sich beschäftigten. Vier Mal wöchentlich kamen sie Abends von 5 bis 7 Uhr in die Wohnung ihrer Lehrerinn und waren da mit sichtlicher Freude emsig an ihrer Arbeit. Sie fühlten sich wohl in dem kleinen Kreise, den wir absichtlich nicht grösser gezogen haben, um erstens dem Ganzen mehr den Charakter des Familienlebens zu geben und zweitens der Lehrerinn es möglich zu machen, das Arbeiten gehörig zu beaufsichtigen.»*[411] Die Lehrerin wurde von Damen beaufsichtigt, die die Nähschulen regelmässig besuchten.[412] Während sich die Mädchen in den Nähschulen im familiären Rahmen auf ihre spätere Rolle als Hausfrau vorbereiteten, konnte es *«einem Knaben, welcher,* [...] *bei seinem Austritt in die weite Welt auf sich selbst angewiesen sein wird,* [...] *nicht übel anstehen* [...], *den Prüfungen, welche ihm auf der Wanderschaft bevorstehen, mit Nadel und Fingerhut bewaffnet zu begegnen».*[413] Es sollten *«eigentliche Arbeitsschulen»* für 11- bis 14-jährige, arme Mädchen entstehen, als Ersatz *«für die Nähschulen, welche vermögliche Töchter nach durchlaufener Schulzeit besuchen, wenn jene schon die Haushaltung besorgen oder dem Broterwerbe nachgehen müssen».*[414] In diesen «Arbeitsschulen» für Mädchen der Lukasstiftung von 1867 dürfte, nach der Schliessung der letzten Näh-

[Abb. 55]

[55] Photographie mit Blick auf die Mittlere Brücke und ins Kleinbasel vor 1901, vor der Errichtung der neuen Steinbrücke. Gut erkennbar die Kaserne und der Chor des Klingentalklosters, rechts davon die Spitze der 1896 erbauten Matthäuskirche inmitten von Kaminen. Die Holzkonstruktion der Brücke auf der linken Rheinseite wurde 1847 zum Problem für den Bau der Frauenbadanstalt, da diese so verankert werden musste, dass sie sich auch bei Hochwasser nicht losreissen und die Holzpfeiler der Brücke beschädigen konnte. Die zahlreichen Fuhrwerke zeigen, wie wichtig Pferde für den Warentransport bis zur Jahrhundertwende waren, und damit auch die Frage, was mit den alten und zum Teil geschundenen Tieren geschehen sollte.

und Flickschule der GGG 1842, eine der Vorläuferorganisationen der 1878 von der GGG gegründeten Frauenarbeitsschule zu suchen sein.[415]

Mit diesen Bemühungen um das weibliche Geschlecht war die Lukasstiftung nach 1870 nicht allein in der GGG. Ein Jahr früher hatte die Zeichnungs- und Modellierschule ihre Tore den Mädchen geöffnet, indem zwei Elementarkurse eingerichtet wurden. Dieser Neuausrichtung der Zeichnungs- und Modellierschule und der Lukasstiftung folgte schliesslich auch die Repetierschule der GGG, die 1876 wieder eine weibliche Abteilung einrichtete und auf diese Weise ihre 1853 erstmals eingeführten Sprachkurse für Knaben auch jungen Frauen öffnete, die bereits im Erwerbsleben standen oder nach Abschluss der Töchterschule keine weiteren Ausbildungsmöglichkeiten mehr hatten, da Frauen in Basel sich bis 1890 nicht an der Universität immatrikulieren konnten.

Wegweisend für diese Entwicklung waren wiederum die religiös-konservativen Kreise des Stadtbürgertums. Im Gegensatz zum Schulgesetz von 1852, das eine Dispensation vom Religionsunterricht vorsah, um katholischen Mädchen, die sonst eher die katholische Privatschule am Lindenberg besucht hätten,[416] den Weg in die Gemeinde- und Realschule zu ebnen, nahmen die religiösen Vereine die Frauenbildung zu Beginn der sechziger Jahre in missionarischer Absicht wieder auf. 1863 berichtet der Vorsteher der GGG: *«Um auch dem weiblichen Geschlecht eine Fortbildung in der von der Schule vorbereiteten Handarbeit zu gewähren, wurde im Schosse der Gesellschaft ein Antrag auf Errichtung von Nähschulen gestellt, in welchen die feinere weibliche Handarbeit gelehrt würde. Ein derartiges Institut wird in der kleinen Stadt mit grossem Geschicke und Erfolge von katholischen Lehrschwestern geleitet und wird von vielen Protestantinnen besucht. Um etwaigen konfessionellen Unannehmlichkeiten zu entgehen, scheint es erwünscht, neben die bestehende Anstalt* [die katholische Nähschule] *eine weitere selbstständige zu stellen, und unsere Gesellschaft hat die Geneigtheit ausgesprochen, eine solche Anstalt zu unterstützen, gewärtigt jedoch noch bestimmtere Vorschläge über Leitung, Einrichtung und Unkosten.»*[417] Dieses Projekt fand jedoch in der GGG keinen Anklang, und reformierte «Sonntags- und Nähsäle für Fabrikarbeiterinnen» wurden schliesslich unabhängig von der GGG 1868 im Kleinbasel von einem Frauenverein eröffnet, der der 1859 von Emanuel Herzog(-Heusler)-Reber gegründeten Evangelischen Stadtmission nahestand.[418] Die GGG unterstützte diese Nähsäle ab 1868 mit regelmässigen Geldbeiträgen und entsandte einen Delegierten in den Vorstand. Nicht zufällig wurde der Frauenverein wohl ein Jahr nach der Öffnung des Basler Bürgerrechts für nichtprotestantische Einwohner gegründet.[419]

Nach der Aufhebung aller Fabrikschulen und der Schliessung der letzten Flickschule für Mädchen 1842 infolge der Einführung des Schulobligatoriums 1837 wandte sich die GGG den Kleinkinderschulen zu. 1843 gründete sie zusammen mit dem zur Stadtgemeinde gehörigen Armenkollegium eine gemeinschaftlich unterhaltene Kleinkinderschule im Klingental. Dort betrieb das Armenkollegium eine Armenarbeitsanstalt, zu der bis 1837

auch eine ebenfalls von der GGG unterstützte Fabrikschule gehört hatte.[420] Das Schulgeld der neuen Kleinkinderschule war sehr niedrig oder wurde überhaupt nicht erhoben, um diese Schule möglichst ärmeren Familien zu öffnen. 1843 bestanden in Basel zwar bereits 15 *«theils von Frauenvereinen oder einzelnen wohlhabenden Wohlthäterinnen, theils von den Lehrerinnen selbst ins Leben gerufene»*[421] Kleinkinderschulen, die von insgesamt 465 Kindern im Alter zwischen drei und sechs Jahren besucht wurden, deren Eltern tagsüber der Arbeit nachgingen oder von der Arbeit so in Anspruch genommen wurden, dass sie sich nicht um die Kinder kümmern konnten. Aber die Zahl der Horte war nicht nur zu gering, auch das Schulgeld war teilweise so hoch, dass gerade ärmere Familien dieses nicht bezahlen konnten. Zur sozialen Zusammensetzung der Kleinkinderschule im Klingental lesen wir bei Miaskowski: *«Von den 57 Kindern, welche die Schule im ersten Jahr besuchten, gehörten weit über die Hälfte dem Mittelstande an; sie mussten ein verschieden abgestuftes Schulgeld von 1–3 Batzen wöchentlich zahlen, während den Kindern armer Eltern dasselbe erlassen wurde; ausserdem war für die letzteren versuchsweise die Einrichtung getroffen worden, dass sie während der Mittagszeit im Schullokal bleiben durften und Suppe erhielten.»*[422] Die von der GGG und vom Armenkollegium gemeinsam eingesetzte Kommission dehnte in den folgenden Jahren ihre Tätigkeit aus, indem sie die Aufsicht über bestehende Kleinkinderschulen übernahm und diese finanziell unterstützte.

1844 übernahm diese Kommission die Kleinkinderschule der Leonhardsgemeinde,[423] die nun auch für Kinder aus armen Familien geöffnet wurde. Einer dritten Schule stellte sie ein grösseres Lokal zur Verfügung, um Kindern aus armen Familien den Zutritt zu verschaffen. 1852 wurde in der GGG beantragt, die bestehenden Kleinkinderschulen der Aufsicht der GGG-Kommission zu unterstellen, in Zusammenarbeit mit Frauenvereinen weitere solche Schulen zu gründen und alle diese Schulen einheitlich zu führen.[424] Grundlage dieses Antrags waren die erschreckenden Ergebnisse einer statistischen Erhebung über die Zahl der armen Kinder zwischen drei und sechs Jahren, die eine Kleinkinderschule besuchten, und solche, die einen Platz benötigten. Die Gesellschaft liess sich nicht auf den Vorschlag ein, es bildete sich jedoch 1856 – neben der Kommission, die seit 1843 mit der Armenpflege zusammenarbeitete und drei Schulen betreute – eine weitere GGG-eigene Kommission, die diese Idee erneut aufnahm und den Kontakt zwischen den Frauenvereinen, die Kleinkinderschulen leiteten, und der GGG herstellen und deren Arbeit überwachen wollte. Diese Kommission beaufsichtigte fünf Kleinkinderschulen, als 1866 die GGG-Kommission, die mit der Armenpflege zusammenarbeitete, ihr auch die zwei von ihr gegründeten Schulen unterstellte. Die nunmehr sieben Kleinkinderschulen, die von dieser 1856 gegründeten Kommission beaufsichtigt wurden, betreuten 1867 insgesamt 472 Kinder. In zwei Schulen wurde auch Armensuppe ausgeteilt, sodass die Kinder über Mittag im Schullokal bleiben konnten. 1871 waren es schon neun Schulen mit 553 Kindern.

Immer dringender wurde das Raumproblem. Es fehlte an *«luftigen, hellen und freundlichen Schulzimmern»* und Raum zum Spielen im Freien.[425] Einige Schulen mussten, da sich keine geeigneten Räume fanden, sogar geschlossen werden. Auch in den folgenden Jahren und Jahrzehnten blieb dieses Problem besonders in den Innerstadtquartieren bestehen.[426] So lesen wir im Jahresbericht von 1887: *«Für die am ungünstigsten gestellten Classen* [der Kleinkinderschulen] *am Gemsberg und im Trillengässlein wird der Neubau der Schmiedenzunft die ersehnte Abhilfe bringen. Gegenwärtig stehen unter Aufsicht der Kommission 22 Classen, welche während des letzten Jahres von 1203 Kinder besucht wurden.»*[427]

3.3.6 Die Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse und die konservative Sozialpolitik bis 1874

Ein Vortrag, den Adolf Christ-Sarasin im Rahmen der Jubiläumsfeiern 1837 hielt, gab wichtige Anstösse für die sozialpolitische Tätigkeit der GGG in einer ersten Phase bis 1847. Der Vortrag brachte laut Christ *«einige Punkte zur Sprache», «deren Verwirklichung seit einiger Zeit als Wunsch im Herzen mancher unserer Mitglieder»* lag.[428] Er referierte sehr ausführlich über die Errichtung einer Zwangsarbeitsanstalt,[429] erinnerte an die Idee, eine «Leihbank» für Handwerker zu schaffen,[430] um sich dann nach einem Vorschlag zur Aufmunterung treuer *«männlicher und weiblicher Dienstboten, welche sich durch gute Sitten ausgezeichnet und sich um ihre Herrschaften verdient gemacht»* hatten,[431] seinem eigentlichen Hauptanliegen zuzuwenden, der Arbeiterbildung:

> *Was ist – musste ich mich schon oft fragen – die Erholung der von des Tages Mühen gebeugten arbeitenden Klasse, namentlich derjenigen, die ohne Familie sind, die an keinem häuslichen Herd sich wärmen und ruhen können? Soll denn eine edle, wahrhaft stärkende Freude nach vollbrachtem Tagewerk nur den Wohlhabenden verliehen und denen versagt seyn, die ihrer noch unendlich bedürftiger wären, wenn sie nicht in Rohheit, Stumpfheit und Laster verfallen sollen?* [...] *Dass noch Mancher, der jetzt beim Wein, Spiel und verderblichem Gespräch seine Abende, oder einen Theil seiner Nächte verbringt, die dargebotene bessere Gelegenheit zur wahren Erquickung benützen würde, das beweisen die von den verschiedensten Leuten zahlreich besuchten Abendzusammenkünfte an mehreren Tagen und Orten, wo religiöse Nahrung geboten wird, das beweist eine den Handwerksburschen geöffnete Leseanstalt* [...], *dafür bürgen mir die ehrenvesten Gesinnungen unserer Handwerksmeister, die gewiss oft mit blutendem Herzen die sogenannten Freuden ihrer Arbeiter ansahen* [....] *in deren Macht aber keine Abhülfe liegt* [...] *diese Abhülfe hie und da, zuerst im Kleinen und dann je mehr und mehr zu gewähren, diesem Zwecke zu Liebe sich zu manchen persönlichen Aufopferungen zu verstehen und sich an der Freude der Armen zu erquicken, wäre das nicht ein unserer Gesellschaft würdiger Gedanke, wäre das nicht bei allgemeinerer Verbreitung und Entwicklung ein mächtiger Blitzableiter gegen das so oft grimmige und unlautere Streben der*

Armen zu mehr sogenannten Rechten in politischer Hinsicht, oder vielmehr – denn das ist der eigentliche Punkt – zu mehr Genüssen in sozialer Beziehung im Allgemeinen zu gelangen?[432]

Christs Vorschläge führten zwar zu *«manchen Berathungen und Besprechungen, aber nicht gerade zu einem unmittelbaren Resultate»*.[433] Verzögerte sich die Verwirklichung der Zwangsarbeitsanstalt, der Vorschusskasse, der Prämienstiftung, der Handwerkerbank und der Pfandleihanstalt teilweise bis in die fünfziger und sechziger Jahre, waren die Bemühungen der GGG, die Armen von der Forderung nach mehr politischen Rechten abzubringen, erfolgreicher, als *«im Anfang des Jahres 1839 ein ungenannter Freund die Summe von hundert Schweizerfranken der Gesellschaft übergab, um dieselbe zur Ausschreibung einer Preisfrage* [über die Veredlung der Vergnügungen der arbeitenden Klassen] *zu verwenden»*.[434] Im Mai 1839 veröffentlichte die GGG daraufhin in der Schweiz und im südlichen Deutschland ein Preisausschreiben zur Frage: *«Auf welche Weise liesse sich auf Veredlung der Vergnügungen der arbeitenden Klasse hinwirken?»*[435] Zwei der insgesamt acht bis Februar 1840 eingesandten Arbeiten wurden von der Prüfungskommission, bestehend aus Ratsherr Felix Sarasin(-Burckhardt)-Brunner, Wilhelm Wackernagel(-Bluntschli)-Sarasin, Candidat Heinrich Frey, Candidat Leonhard Oser und Adolf Christ,[436] prämiert und veröffentlicht. Die eine stammte vom Theologen und Naturphilosophen Peter Scheitlin-Tschudi in St. Gallen, die andere von einem Basler Anonymus. In leicht veränderter Besetzung wurde die Preisjury – Wilhelm Schmidlin ersetzte Candidat Oser – beauftragt, die Vorschläge zu sichten, damit die Gesellschaft über das weitere Vorgehen beraten könne. Die Kommission legte im Mai 1840 ihre «Begutachtung der Vorschläge über die Veredlung der Volksvergnügungen» im Druck vor.

Die Kommissionsmitglieder rechneten mit Widerstand innerhalb und ausserhalb der GGG. Bereits anlässlich der Preisausschreibung hatte sich ein anonymer Briefschreiber bei der GGG gemeldet, der – wie die Kommission meinte, – *«wohl nicht mit Grund»* kritisierte, *«dass die gemeinnützige Gesellschaft ihre Aufmerksamkeit dem Vergnügen der Arbeiter statt der Noth derselben zuwende»*.[437] Die Kommission vertrat diesem Vorwurf gegenüber die Ansicht: *«Wir theilen die Ueberzeugung, dass die Veredlung der Vergnügungen auf die Veredlung der Sitten gebaut werden muss. Das Feld der aufgestellten Frage dehnt sich über die Freuden hinaus; es umfasst auch die Gesinnung und die Lebensweise der arbeitenden Classen und die Verbesserung ihrer Lage im Allgemeinen.»*[438] Armut war also in erster Linie ein moralisches Problem der Armen. Neben der Kritik von GGG-Mitgliedern rechnete die Kommission aber auch mit mangelnder Unterstützung von ausserhalb der GGG, in erster Linie wegen der «Neuartigkeit» des Vorstosses: *«Zum Massstabe der Verwirklichung durften wir nicht die Gesammtkräfte der öffentlichen Macht und der einzelnen Bürger nehmen; wir mussten vorzüglich die Hilfsmittel eines Privat-Vereines berücksichtigen, und darum steht in erster Linie das Wirken, welches im Bereiche der gemeinnützigen Gesellschaft liegt. Die Möglichkeit der Ausführung hängt aber*

nicht nur von der Grösse der Hilfsmittel ab. Es ist eine ganz verschiedene Aufgabe neue Einrichtungen zu gründen, oder schon bestehende zu erweitern und zu verbessern [...] *Daher muss die Wichtigkeit, welche das Bestehende für die Ausführung der Vorschläge hat, bei der Bestimmung der Zweckmässigkeit eben so sehr beachtet werden, als die Grösse der Kraft, welche zur Verfügung steht, und die Schwierigkeit, welche zu überwinden ist.»*[439]

Die praktischen Vorschläge der Kommission vom Mai 1840 bauten deshalb in erster Linie auf bereits bestehenden Einrichtungen in und ausserhalb der GGG auf, die neu für Arbeiter geöffnet werden sollten: *«1). Sonntagssäle und öffentliche Vorträge für die arbeitende Classe; 2) Verbreitung guten Lesestoffes; 3) Gründung von Gesangchören; 4) Beförderung der Sparsamkeit* [Sparkassen und Alters- und Krankenversicherungen]. *5) Ausdehnung des Turnens auf die ärmeren Knaben.»*[440] Bei allen vorgeschlagenen Arbeitsfeldern äusserte sich die Kommission ausführlich zu den vorhandenen Angeboten und wie diese allenfalls erweitert werden könnten.[441] GGG-Kommissionen und Vereine ausserhalb der GGG versuchten die Vorschläge umzusetzen.

Eine Elternvereinigung, die sich 1841 an der Fasnacht mit einem *«Kinderzug unter der Anordnung und Führung von Erwachsenen»* hervorgetan hatte,[442] konstituierte sich im selben Jahr noch als Jugendfestverein und erfüllte damit die Hoffnung der Kommission, dass *«der Jugend* [...] *alljährlich in einer Zeit, die passender ist als die Fasnachtszeit, ein frohes Fest dargeboten»* werde.[443] Ein grosszügiger Beitrag der GGG trug nicht wenig zum Gelingen des ersten Jugendfestes bei. Der Festbericht des Vereins erschien in den folgenden Jahren im Jahresbericht der GGG.[444] Die Neujahrsblattkommission, damals präsidiert von Pfarrer Übelin, gab für das Jahr 1841 ein Heft heraus, das der Jugend von den Schrecken des Grossen Erdbebens von 1356 erzählte, *«welche uns alle mit Gefühlen des Dankes gegen Gott und der christlichen Bruderliebe gegen die armen Schüler und Schülerinnen unserer Vaterstadt»* erfüllen sollten, die in Erinnerung daran am Lukastag, dem 18. Oktober, mit dem sogenannten Lukastuch beschenkt wurden.[445] Die Turnkommission bemühte sich bis 1842 erfolgreich um die Einführung des Knabenturnens an der Realschule. 1842 nahm die Kommission für Gesang und Orgelspiel die Gründung von Arbeiterchören an die Hand, und die Kommission zur Bürger- und Jugendbibliothek erweiterte ihr Angebot für arme Schüler und beteiligte sich an der Gründung der Arbeiterbibliothek. Die Zinstragende Ersparniskasse versuchte ihr Angebot für Arbeiter attraktiver zu gestalten und so die Sparsamkeit zu fördern.[446] Von 1842 an unterstützte die GGG die bereits bestehenden Sonntagssäle für Mädchen, da die vorberatende Kommission von der Einrichtung neuer Säle abgeraten hatte, um die bestehenden nicht zu konkurrenzieren.[447] 1843 ergänzte die GGG ihr Angebot für Kinder mit der Gründung eines Arbeiter-Kleinkinderhortes im Klingental in Zusammenarbeit mit dem zur Stadtgemeinde gehörenden Armenkollegium.[448]

Neu entstand 1842 die «Commission zur Veranstaltung belehrender Vorträge für junge Leute aus dem Gewerbestande», die sehr prominent besetzt war mit Adolf Christ-Sarasin, Balthasar Reber-Sulger, Wilhelm

Schmidlin-Fischer, dem Fabrikanten Johann Jakob Richter-Linder und Gerbermeister Rudolf Hübscher(-Hagenbach)-Falkner.[449] Sie nahm ihre Arbeit im Winter 1843/44 auf und versuchte, einen Vorschlag, den Adolf Christ bereits 1837 am Beispiel der «Société politechnique» in Paris erläutert hatte,[450] umzusetzen. Ziel war es, die Zeichnungs- und Modellierschule mehr in die Arbeiterbildung einzubinden und die 1832 eingegangene Sonntagsschule im Klingental zu ersetzen: *«Die Zeichnungsschule, zu allen den Arbeitern zugänglichen Stunden schon gedrängt voll, hat es doch möglich gemacht, dass neben dem Zeichnen und Modellieren auch noch etwas wissenschaftlicher Unterricht gegeben werden kann, und zwar haben wir diessmal praktisches Rechnen gewählt, nach welchem sich in Mitte der Arbeiter ein bestimmtes Bedürfniss aussprach. In dem einzigen disponibeln Zimmer gibt Herr Schmiedlin an den Montagen und Donnerstagen, Abend von 7 bis 8 Uhr, diesen Unterricht, und der Raum (der freilich nur 20 bis 25 Zuhörer fasst), ist gedrängt voll. Wir schliessen uns also hier auch an den Wunsch der Zeichnungsschul-Commission um ein geräumigeres Lokal an, denn wir haben die gegründete Hoffnung, dass es uns gelingen wird, die tüchtigen Lehrkräfte für diese wichtige Arbeit zu vermehren, sobald die äussere Möglichkeit einer Erweiterung des wissenschafflichen Unterrichts in der Zeichnungsschule besser gegeben ist.»*[451] Diese Hoffnungen erfüllten sich allerdings nicht. Erfolgreicher waren die Verhandlungen mit dem Verein für Sonntagssäle, der seinen Saal in der Schmiedenzunft für die Vorträge von Balthasar Reber zur Schweizer Geschichte öffnete.[452] Mit dem Beginn der Reorganisation der Zeichnungs- und Modellierschule stellte diese Kommission ihre Arbeit 1847 ein,[453] auch weil sich ihre Tätigkeit zu sehr mit derjenigen des Vereines für Sonntagssäle überschnitt und in Konkurrenz stand mit den Bildungsangeboten der Arbeitervereine.

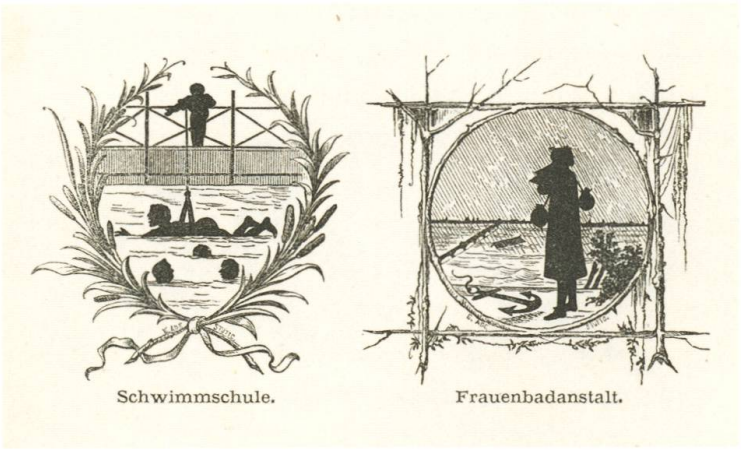
Besonderes Gewicht erhielten in den vierziger Jahren diejenigen Kommissionen, die sich mit rein ökonomischen Fragen beschäftigten. Die Vorschusskasse, eine *«Leihanstalt für Hülfsbedürftige»*, begann 1842 zu arbeiten.[454] Die Statuten lagen seit 1841 vor, *«denen zufolge der Zweck derselben darin bestehen solle, Personen, welchen dadurch nach Ermessen der besonders hiefür zu konstituirenden Kommission geholfen werden könne, zinsenfreie Vorschüsse bis Fr. 400 zu leisten, zu Errichtung eines Berufs, Vorbeugung eines Falliments u. dgl., nicht aber für blosse Ernährung»*.[455] Die fünfköpfige Kommission wurde 1842 von Johann Georg Fürstenberger-Debary präsidiert, nach einer grundlegenden Reorganisation 1847 von Karl Sarasin(-Vischer)-Sauvain.[456] Im ersten Tätigkeitsjahr 1842 nahm die Kommission laut ihrem ersten Bericht 19 Begehren entgegen, von denen sie schliesslich sechs berücksichtigte und insgesamt Fr. 1200.– an einen Fabrikarbeiter *«zur Bezahlung von Bauconti an seinem Hause»*, an einen Schneidermeister, an einen Schuhmacher, an einen Gipsermeister, *«um Vorräthe in seinem Beruf anzuschaffen»*, an einen Comptoirausläufer *«für Papieranschaffungen zu Nebenberuf»* und an einen Taglöhner *«für Holzdetail»* auszahlte.[457] Diese Kredite mussten sehr kurzfristig zurückgezahlt werden. Von den sechs Kreditnehmern waren laut Bericht 1843 aber zwei nicht zu termingerechten Rückzahlungen in der Lage,

weshalb die Kommission *«geeignete Schritte»* unternahm, *«denn wir sehen gar wohl ein, dass ohne gehörige Wachsamkeit Verluste sich häufig erzeigen können. Die Erfahrung muss lehren, in wiefern Uebelstände dieser Art sich später häufen werden oder nicht»*.[458] 1844 war einer der Kreditnehmer in Konkurs geraten, und die Kommission musste sich mit dem Bürgen in einen Verlust von Fr. 150.– teilen. Die Kommission betreute zu diesem Zeitpunkt elf Kreditnehmer, davon waren neun im Zahlungsrückstand. Alle zahlten aber regelmässig kleinere Beträge ab. Neu waren an drei Personen Fr. 700.– vergeben worden: an einen Schuhmacher, eine Bettmacherin und an einen Werkzeugmacher.[459]

In diesem eher bescheidenen Rahmen arbeitete die Kommission bis 1846, als von aussen der Vorschlag an sie herangetragen wurde, die Vorschusskasse grundlegend zu reorganisieren.[460] Die Zusammensetzung der Kommission veränderte sich grundlegend. Das Präsidium übernahm Karl Sarasin(-Vischer)-Sauvain, der neben sich zwei Statthalter hatte: Notar Johann Jakob Herzog-Eguet und August Heitz-de Wette. Neben dieser Geschäftsleitung, die bereits der alten Kommission angehört hatte, wurden neu in allen Stadtquartieren Vertreter der Vorschusskasse platziert, insgesamt acht weitere Kommissionsmitglieder, alle Handwerkermeister und Geschäftsleute, die die Abzahlungen der zu ihrem Quartier gehörenden Kreditnehmer entgegennahmen, Betreibungen und Pfändungen anordneten und die Kreditwürdigkeit von Antragsstellern beurteilten.[461] Man ging dazu über, den Kredit in regelmässigen kleinen Abzahlungen zurückzufordern, um so das Risiko von Verlusten zu vermindern und die pünktliche Rückzahlung der Abzahlungsraten zu vereinfachen. Denn das Eintreiben der Rückstände hatte bisher den grössten Aufwand verursacht. Die Verluste waren hingegen relativ klein gewesen. Allerdings mussten regelmässig die Bürgen für die Schuldner einspringen, wie der ausführliche Bericht von Karl Sarasin von 1846 ausführt.[462] In dieser Form entwickelte sich die Vorschusskasse gut, bis sie 1861 in der Handwerkerbank aufging, an der sich die GGG die ersten Jahre als Aktionärin beteiligte.[463]

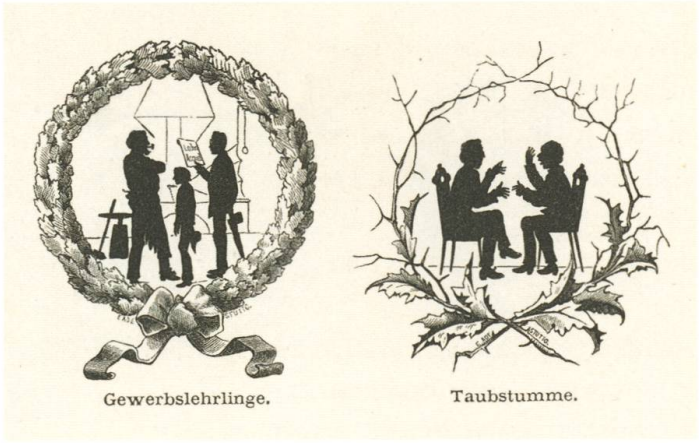
Die für die konservative Sozialpolitik der folgenden Jahrzehnte wichtigste neue Kommission war jedoch die Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse, die erst im Jahresbericht von 1846 im Verzeichnis der GGG erscheint, aber schon 1841 zu arbeiten begonnen hatte.[464] Vertreter der Baslerischen Abteilung der SGG hatten nämlich bei der Zentralgesellschaft zu den Basler Verhältnissen ein Gutachten zur Frage eingereicht: *«Sind in unserm Vaterlande zwischen Fabrikherren und ihren Arbeitern neben den blossen Vertragsverhältnissen noch besondere freundschaftliche und vorsorgliche Einrichtungen vorhanden? was für? und was wäre in dieser Hinsicht weiter zu thun möglich»*. Dieses Gutachten wurde von der SGG 1843 im Druck veröffentlicht.[465] Da die SGG diese Frage nicht weiterverfolgte, wurde von der GGG eine eigene Kommission eingestellt, um auf der Basis dieses Gutachtens möglichst rasch konkrete Vorschläge zu unterbreiten.[466] Dabei wurde die Fragestellung noch erweitert auf Berufsgruppen, die sich nicht in Zünften

[Abb. 56a]



[Abb. 56b]
[Abb. 56c]

[Abb. 56d]



[56a–d] Vignetten, gezeichnet von Malermeister Samuel Baur-Lippe, die den Festsaal der Burgvogtei anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums der GGG schmückten. Verschiedene Institutionen werden dargestellt:

[a] Die Schwimmschule mit einem Schüler im Gurt des Bademeisters, und eine traurige kleine Badenixe mit zwei Schweinsblasen in strömendem Regen, die vergeblich nach der 1876 vom Hochwasser weggerissenen Frauenbadanstalt Ausschau hält.

[b] Vogel, Pferd und Ochs, die im Feststaat der GGG für den Tierschutz danken.

[c] Schlittschuhfahrer, die sich mit unterschiedlicher Eleganz auf der von der GGG eingerichteten Eisfläche bewegen.

[d] Ein Schmied, der geduldig einem Mitglied der Kommission für Gewerbslehrlinge zuhört, der ihm einen Lehrjungen anpreist, und zwei Taubstumme, die sich mit Gesten unterhalten.

organisieren konnten oder aus den Zünften herausgefallen waren wie die Seidenfärber[467] und alle Gesellen, vor allem aber auf die im Taglohn arbeitenden ungelernten Arbeiter und Arbeiterinnen, die als Handlanger und Hilfsarbeiter in Haushaltungen, auf Baustellen und in Gewerbe- und Fabrikbetrieben arbeiteten: *«Es halten sich nämlich viele der arbeitenden Klasse angehörige Individuen hier auf, welche weder dem Gewerbsstande, noch dem Stande der Fabrikarbeiter angehören; für die des Gewerbsstandes sind meistens ihre Zunfteinrichtungen nicht ohne irgendwelche vorsorgliche Massregeln, für die Fabrikarbeiter soll durch die im Berichte angedeuteten Zwecke gesorgt werden, es bliebe also jene zahlreiche Klasse übrig, deren Verhältnisse mit denen der Fabrikarbeiter viel Gemeinsames haben; diese letztern nun sollen nach dem Beschlusse der Gesellschaft ebenfalls im Auge behalten werden, und die Berathungen der neuen Kommission sollen auch auf Einrichtungen für diese ausgedehnt werden».*[468] Erst 1868 nahm sich allerdings die Kommission zu den Speisehütten nun ausdrücklich dieser Gruppe der Handlanger und Taglöhner an, die oft nicht einmal in der Stadt wohnten, sondern täglich in die Stadt kamen und sich auch das Essen von ausserhalb bringen liessen, wenn sie Familie hatten: *«Es handelt sich um Gewährung von Obdach und Wärme an diejenigen Arbeiter, welche aus den umliegenden Ortschaften täglich hierher kommen und das ihnen von Hause gebrachte Mittagessen bald da, bald dort auf öffentlichen Plätzen verzehren; diese sollten vor den Unbilden der Witterung geschützt, aber in der beanspruchten Freiheit möglichst wenig gehemmt sein».*[469] Vor 1860 war das Interesse der GGG noch fast ganz auf die Handwerksgesellen und Facharbeiter in den Fabriken zentriert. Die Pendler wurden noch nicht als fester Bestandteil der lokalen städtischen Wirtschaft wahrgenommen, da sie keine Einwohner waren.

Die Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse nahm 1846 ihre Arbeit auf,[470] indem sie Kontakt mit bestehenden Arbeitervereinen zur gegenseitigen Unterstützung aufzunehmen suchte und diesen anbot, die Verwaltung der von ihnen betriebenen Hilfskassen zu übernehmen und die gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichung der Jahresrechnung auf ihre Rechnung zu besorgen, falls die Vereine akzeptierten, dass das Vereinsvermögen niemals unter die Mitglieder verteilt oder seinem Zweck entfremdet werden dürfe.[471] Die Gelder wurden von der Kommission auf der Zinstragenden Ersparniskasse zu besonders günstigen Bedingungen hinterlegt. Die Kommission sah sich als Vermittlerin zwischen Arbeitern, Fabrikherren und interessiertem Publikum: *«Die Freiheit und Selbständigkeit der Vereine wird von uns in keinerlei Weise beschränkt* […]. *Wir suchen nämlich durch unsere Verbindung mit den Arbeiter-Vereinen die Beförderung einer nützlichen Einrichtung und einen Anknüpfungspunkt für eine nachhaltige Wirksamkeit; wir suchen ferner bei den arbeitenden Classen einen Weg zu öffnen für den Einfluss einer menschenfreundlichen Bildung; wir suchen endlich den Arbeitern selbst in unserer Commission ein Organ darzubieten für ihre Wünsche und Bestrebungen zur Verbesserung ihres Zustandes. Den Anlass unserer Berichterstattung benützen wir auch um den Fabrikherren und dem wohlthätigen Publikum überhaupt diese Arbeiter-*

Vereine, als Vereinigungen der bessern sparsamen und vorsorglichen Arbeiter zu empfehlen, und erklären uns zum Empfang und zur Verwendung von Geschenken gerne bereit.»[472] Die Anwerbung solcher Geschenke zur Äufnung einer «Arbeiter-Stiftung» und die Verwaltung der Vermögen der Hilfskassen beschäftigten in den folgenden Jahren die Kommission hauptsächlich.

1850 publizierte die Kommission eine «Erklärung der Kommission für Fabrikarbeiter-Verhältnisse über ihre Verdingung mit den Arbeiterkassen zur gegenseitigen Unterstützung», in der sie die bisher nur mündlichen Vereinbarungen mit den Hilfskassen schriftlich niederlegte und Zweck und Leistungen der «Arbeiter-Stiftung der Stadt Basel» erläuterte, die in erster Linie unter ihrer Aufsicht stehende Kassen in finanziellen Notlagen unterstützen sollte.[473] Die Publikation gab Anlass zu Diskussionen unter den Mitgliedern verschiedener Kassen und zu Auseinandersetzungen mit der Kommission. Kritisiert wurden die Einschränkung der Verfügungsrechte über das Kassenvermögen sowie die einseitige Abwälzung der Verluste auf die Kassen, obwohl ihnen die Verwaltung der Vermögen entzogen war. Die Kommission wies alle Vorwürfe zurück und versuchte in einem ausführlichen Rundschreiben,[474] die Wogen zu glätten, konnte aber den Austritt von vier Kassen nicht verhindern.[475] In den folgenden Jahren nahm die Zahl der von der Kommission betreuten Kassen jedoch wieder zu. Die Vermögensverwaltung und dauernde Sicherung der Liquidität der Kassen blieb die Hauptaufgabe der Kommission. Daneben verwaltete sie seit 1853 auch die Prämienstiftung für männliche Dienstboten, Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter und war zuständig für die jährliche Verteilung der Prämien: *«Der Nutzen dieser Stiftung lässt sich nicht in Zahlen nachweisen; wir hoffen aber, dass dieselbe, wie ähnliche Einrichtungen in England, den Muth der Arbeiter erhöhen und die wohlwollenden Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitsherren befestigen werden.»*[476] Eine ähnliche Zielsetzung verfolgte die von der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse unabhängige, 1849 errichtete Mägdestiftung, die von der Zinstragenden Ersparniskasse verwaltet wurde und einen eigenen Jahresbericht veröffentlichte.

Zur Haltung der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse und führender GGG-Mitglieder zu einer selbständigen Arbeiterbewegung und Arbeitskämpfen äusserte sich Albert Hoffmann-Burckhardt als Vorsteher in seinem Bericht für das Jahr 1868 anlässlich des ersten grossen Streiks: *«Es wird wohl allgemein gebilligt werden, dass die Commission für Fabrikarbeiterverhältnisse mit richtigem Tacte sich der Einmischung in die in letzterer Zeit in unserer Stadt vielfach getrübten Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter enthielt, da ein solches Auftreten ihrer freundlichen Mission, als Rathgeber der arbeitenden Classe und als Verwalter von deren Ersparnissen, sehr wahrscheinlich nur hätte schaden können* [...] *Es ist recht sehr zu wünschen, dass unsre Arbeiter immer mehr einsehen lernen, dass, wenn sie ihre Selbsthilfe auf solch productive Weise äussern, die Verbesserung ihrer Lage gewiss richtiger und rascher erreicht wird, als durch die Selbsthilfe der Arbeitseinstellungen, durch welche sie Niemanden mehr schaden als sich selbst, und unter welchen in erster Linie die eigenen armen Frauen*

und Kinder zu leiden haben. Andrerseits sollte es sich auch jeder Arbeitgeber zur Pflicht machen, seinen Leuten zur Erwerbung und Vermehrung von Ersparnissen mit gutem Willen und Rath und That an die Hand zu gehen.»[477]

1852 entstand – zunächst als Unterkommission der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse – die «Commission zu den Arbeiter-Wohnungen», die sich unter der Führung von Karl Sarasin(-Vischer)-Sauvain[478] zwischen 1853 und 1856 mit der Projektierung und Erstellung von Arbeiterwohnungen beschäftigte,[479] sich als Aktiengesellschaft mit Beteiligung der GGG organisierte und bis 1857 drei Arbeiterwohnhäuser erstellte. Sie berichtete ab 1858 im Jahresbericht der GGG über die Verwaltung und den erwirtschafteten Ertrag aus den drei Liegenschaften mit über zwanzig Modellwohnungen. Die Kommission wurde laut Gesellschaftsbeschluss vom 6. Dezember 1861 aus der GGG entlassen. Sie veröffentlichte von da an ihre Berichte im Jahresbericht der GGG unter dem Namen «Aktiengesellschaft für Arbeiterwohnungen auf der Breite» (vgl. Abb. 57, S. 323).

Mit der Errichtung dieser Modellhäuser reagierte die Kommission auf die sanitarischen Zustände in der Gross- und Kleinbasler Altstadt, die für die Cholera-Epidemie von 1855 verantwortlich waren. Es war nicht die Zahl der Fälle, sondern die hohe Sterbeziffer, die die Bevölkerung in Schrecken versetzte: *«Von 309 Erkrankten starben 205, d. h. über 51 %. Vor allem sah man, dass die armen, eng und schlecht zusammenwohnenden Leute von der Cholera am meisten ergriffen wurden. Die Bilder furchtbarer Armut und himmeltrauriger Wohnungen weckten das soziale Gewissen so weit, dass Hilfsaktionen durchgeführt wurden. In Kleinbasel mussten ganze Häuser geräumt und desinfiziert werden.»*[480] Die Kommission schloss sich 1857 einer Kampagne der SGG an, in den Schulen elementare Kenntnisse der Gesundheitslehre zu vermitteln und *«Bekanntmachungen zu erlassen, die geeignet sind, die öffentliche Meinung über die Wichtigkeit einer der Gesundheit entsprechenden Beschaffenheit der Wohnungen und über die Zweckmässigkeit von Gesetzen und Massregeln aufzuhellen, die bestimmt sind, in dieser Hinsicht die Interessen der arbeitenden Klassen zu wahren.»*[481] Die Kommission schlug deshalb die Übersetzung einer Schrift vor, um diese unter den Arbeitern *«in populärer Form»* bekannt machen und verteilen zu können: *«Wir sind der Ansicht, dass Gesellschaften, wie unsere, nach allen Seiten hin anregend und belehrend wirken sollten* [...]. *Wie Andere haben auch wir die Erfahrung gemacht, wie wenig die Bewohner von solchen Wohnungen über die Bedingungen gesunder Räume, über alles das was zu ihrer physischen Gesundheit, zur äussern Annehmlichkeit ihres Lebens dient, unterrichtet und aufgeklärt sind. Und wer weiss doch nicht, wie Reinlichkeit und Ordnung so wenig als wichtig anerkannt und innegehalten werden. Der Verfasser dieses Schriftchens, der bekannte englische Architekt H*[enry] *Roberts* [1803–1876], *ist einer derjenigen Menschenfreunde, die sich zuerst Verbesserung der Wohnungen der arbeitenden Klassen zu Aufgabe gestellt haben.»*[482]

Ähnliche Ideen verfolgte die 1865 gegründete Aktiengesellschaft zur Errichtung einer öffentlichen Bad- und Waschanstalt, an der sich die GGG durch Zeichnung von Aktien und Entsendung eines Delegierten in den

Verwaltungsrat beteiligte. Wurden die Bäder von Anfang an rege genutzt, hatte die Leitung dieser Aktiengesellschaft in den ersten Jahren grosse Mühe, ihre Waschanstalt an die Frau zu bringen: *«Wir können zwar mit dem Totalergebniss des zweiten Betriebsjahres ziemlich zufrieden sein, jedoch scheint es, dass die Waschanstalt noch immer nicht nach Wunsch benützt wird, indem die Frauen aus der ärmeren Classe vorziehen, den weiten Weg zu dem Kleinbaslerteiche zu machen, um einer Ersparniss willen, die mehr Illusion als Wirklichkeit sein dürfte. Die guten Leute rechnen offenbar die viele Zeit, die mit Hin- und Hergehen verloren geht, nicht und berücksichtigen die ihnen in der Waschanstalt gebotene Bequemlichkeit zu wenig. Der von der Commission vorgeschlagene Weg, durch Waschmarkenvertheilung an arme Frauen das Institut in deren Kreisen bekannt und beliebt zu machen, kann sehr empfohlen werden, aber auch öftere Annoncen in den öffentlichen Blättern dürften nicht schaden.»*[483] (Vgl. Abb. 58, S. 323)

3.3.7 Der reiche Merian sagt Nein: Keine Speiseanstalt für das Kleinbasel 1857[484]

Unter dem Vorsitz von Wilhelm Schmidlin, dem ersten Rektor der 1852 neu geschaffenen «Gewerbeschule» (heute einem mathematisch-naturwissenschaftlichen Gymnasium entsprechend) und späteren Direktor der Schweizerischen Centralbahn, bildete sich im Winter 1855 eine Studiengruppe,[485] um die Errichtung einer öffentlichen, nach industriellen Prinzipien betriebenen Speiseanstalt in Basel zu prüfen.[486] Die Planungsgruppe machte rasche Fortschritte, weil zwei ihrer Mitglieder, Wilhelm Schmidlin selbst und der Kaufmann Georg Kiefer-Bär den reichsten Basler, Christoph Merian-Burckhardt, für das Projekt gewinnen konnten. Beide hatten sich dank Krediten Merians in Basel geschäftlich etabliert.[487] Merian sicherte den Initianten das für den Aufbau und Betrieb der Speiseanstalt nötige Kapital geschenkweise zu.

Im Frühjahr 1857 veröffentlichte die Planungsgruppe Statuten, die auch eine Beschreibung der geplanten Speisehalle enthielten. Die Anstalt sollte in der Lage sein, *«unter Benützung aller Vortheile, welche sich bei einem Fabrikationsbetrieb im Grossen sowie durch Anwendung verbesserter Einrichtungen ergeben, eine nahrhafte, schmackhafte, und möglichst wohlfeile Speise zu erzeugen und dieselbe der hiesigen arbeitenden Bevölkerung zum Selbstkostenpreis zu verkaufen».*[488] Die Speiseanstalt verfolgte gemeinnützige Ziele, war aber nicht karitativ: Sie sollte finanziell selbsttragend arbeiten und gab deshalb das Essen nicht gratis ab. Die Gäste, – *«In- und Ausländer, bedürftig oder nicht bedürftig»* ohne Unterschied – sollten *«das Bewusstsein haben können, die von ihnen bezogenen Speisen vollständig bezahlt zu haben».*[489]

Die Anstalt sollte entweder in der damals noch von ihrem Befestigungsring umgebenen Stadt *«oder ganz nahe vor einem Thore»* errichtet werden.[490] Das Hauptgebäude mit einer Grundfläche von *«2600 Quadratfuss»* (ca. 250 Quadratmeter) sollte auf der ganzen Fläche unterkellert sein

und zwei Etagen umfassen. Im Erdgeschoss waren eine geräumige Küche mit Speisekammer, eine Eingangshalle, zwei zusammen mindestens 160 Personen fassende Speisesäle und das Büro des Verwalters vorgesehen. Im oberen Stockwerk sollten die Dienstwohnungen des Verwalters und des Kochs sowie die Vorratsräume untergebracht werden. Neben dem Hauptbau gehörten zur Speisehalle auch ein Kesselhaus mit Schornstein zum Betrieb der Küche und der Raumheizung, ein Nebengebäude für die Zurichtung der Lebensmittel, ein Schopf für Holz und Steinkohle, ein Pumpbrunnen, Abtritte und Schweineställe. Die Anlage sollte zunächst täglich 1200–1500 Suppen- und Fleischportionen abgeben können, war aber so angelegt, dass täglich bis zu 3000 Portionen hergestellt werden konnten.

«Koche mit Dampf!», lautete die Parole der Initianten. *«Zum Kochen der Speisen»*, erklärten sie, *«soll der Dampf angewendet werden, und zwar so, dass er unmittelbar in dieselben eingeleitet wird. Ebenso sollen die Knochen, in kleine Stücke zerhauen, der Einwirkung der Dämpfe ausgesetzt und dadurch ihre Nahrungsstoffe zu Nutze gezogen werden. Endlich sollen der grösseren Schmackhaftigkeit halber die verschiedenen Speisen in separaten Kesseln, jede für sich besonders gedämpft, und erst nachher zusammengeschüttet werden.»* Der Betrieb war zu Beginn möglichst einfach und rationell zu gestalten und *«demzufolge* [sollte] *zwar mit einigen Suppen- und Gemüsearten, welche die Erfahrung als die zweckdienlichsten erweisen wird, abgewechselt, dagegen am gleichen Tage nur einerlei Speise gekocht und vorzugsweise gutes Rindfleisch angeschafft werden».*[491]

Am 31. März 1857 gelangten die Initianten mit einer von Rektor Schmidlin verfassten Eingabe an den Vorstand der GGG. Sie sollte das Patronat übernehmen, die leitende Kommission wählen sowie Rechnung und Jahresbericht entgegennehmen. Die allgemeine Versammlung vom 3. April 1857 bewilligte das Projekt und wählte als Kommissionsmitglieder den Fabrikanten Gustav Bernoulli-Oswald[492] sowie Rektor Wilhelm Schmidlin, den Fabrikanten Markus Bölger-Hindermann[493], den Bankier Daniel Ludwig Iselin-LaRoche[494], den Kaufmann Georg Kiefer-Bär, Lehrer Wilhelm Klein-Schabelitz und den Bettfedernhändler Niklaus Halter-Faesch, die letzten beiden Vertreter der Radikalen.[495] Nach sorgfältiger Prüfung verschiedener Gebäude und Bauplätze kaufte die Kommission für Fr. 30 000.– einen grosszügigen Bauplatz von einer halben Jucharte vor dem Clarator im Kleinbasel.

Christoph Merian, der vor dem Kauf nicht konsultiert worden war, stoppte den Abschluss des Kaufes. *«Herr Merian äusserte* [...] *die bestimmte Meinung, dass der erkaufte Platz für eine allgemeine Speiseanstalt der Stadt Basel nicht passe und die Bedürfnisse von dem grösseren Stadttheile zu wenig, die Interessen der eigentlichen Fabrikbevölkerung hingegen zu viel berücksichtigt worden seien»*, lesen wir in einem Bericht an die GGG.[496] Die GGG-Kommission argumentierte hingegen, es sei rein unmöglich, in der Stadt einen Platz oder ein Gebäude zu finden, die zugleich preisgünstig und für alle potentiellen Kunden der Anstalt gleich bequem erreichbar seien. Angesichts der grossen Distanz

zwischen den beiden wichtigsten Industrie- und Gewerbezonen der Stadt (zwischen Claraplatz und Mustermesse bzw. das Steinen- und das St. Albanquartier) habe die Kommission sich davon überzeugt, dass mittelfristig für beide Stadtteile die Eröffnung einer Speisehalle notwendig sei. Der eine der Säle müsse jedoch in Verbindung mit den Anlagen zur Zubereitung der Speisen dort erstellt werden, wo sich ein entsprechend grosser Raum leichter und kostengünstiger finden lasse. Dies sei zweifellos im Kleinbasel mit seinen billigeren Bodenpreisen der Fall, während es im Grossbasel mehr Möglichkeiten gäbe, einen Speisesaal zu eröffnen, der vom Kleinbasel aus beliefert werden könne. Der Bauplatz liege zwar ausserhalb der Stadtmauern, aber mitten in einem gewerblichen und industriellen Zentrum, wo die Aussicht auf *«eine Menge von Stammgästen»* von Anfang an günstig scheine.

Merian liess sich nicht umstimmen. Neben einer tiefsitzenden persönlichen Antipathie gegenüber Industriearbeitern – Merian schloss im Teuerungsjahr 1854 die in der Neuen Welt wohnhaften Fabrikarbeiter ausdrücklich von der Nutzniessung einer Spende an den Armenverein Münchenstein aus[497] – standen hinter der Ablehnung des von der Kommission bestimmten Bauplatzes auch Rivalitäten zwischen den Besitzern der grossen Fabriken und Werkstätten im Kleinbasel, wo die grösste Zahl von Industriearbeitern wohnte, und Seidenbandfabrikanten im St. Alban- und Steinenquartier, denen Merian näher stand. Merian setzte durch, den Standort der geplanten Speiseanstalt *«einer nochmaligen Prüfung mit einigen einsichtsvollen Männern zu unterwerfen»*,[498] und die bestehende siebenköpfige GGG-Kommission mit sechs Männern seines Vertrauens zu ergänzen, deren Fabriken und Geschäfte alle im Aeschen- und Steinenquartier lagen: den vier Bandfabrikanten Albert Bischoff-Sarasin,[499] Karl Burckhardt-Heusler,[500] Daniel Burckhardt-Forcart[501] und Jakob Fichter-Schneider[502] sowie dem Unternehmer und Stadtrat Heinrich Riggenbach-Schmid[503] und dem Bauunternehmer Oberst Johann Jacob Stehlin-Hagenbach[504].

Die Verhandlungen des 13-gliedrigen Gremiums verliefen ergebnislos. Wenige Tage nach Abschluss der Gespräche demissionierte der Kommissionspräsident Gustav Bernoulli-Oswald, der die Stellungnahme Christoph Merians und seiner Vertrauensleute als ein gegen ihn persönlich gerichtetes Misstrauensvotum empfand, da man ihm unterstellte, er hätte den Bauplatz gewählt, weil er sich in unmittelbarer Nähe seiner eigenen Seidenspinnerei an der Clarastrasse befinde. Die Kommission beschloss daraufhin die Liquidation des gescheiterten Projekts. Die allgemeine Gesellschaftssitzung am 6. November 1857 akzeptierte das Entlassungsgesuch der Kommission nach Anhörung der Referate beider Seiten. Christoph Merian übernahm den Bauplatz zum Ankaufspreis und alle Ausgaben der Kommission. Obwohl der Vorsteher in seinem Schlussbericht der Hoffnung Ausdruck gab, es möge *«der Einsicht und dem Takte des Vorstandes gelingen, den auf so unerwartete Weise geschürzten Knoten wieder zu entwirren und im Einklang mit den Wünschen des hochherzigen Stifters eine Anstalt zu errichten, die dem familienlosen Unbemittelten den ersehnten Ersatz für die zweifelhaften Kosthäuser bietet und*

auch Familien zu gute kömmt, ohne den Segen des gemeinschaftlichen Mittagsmahles im häuslichen Kreise zu gefährden», gab die Gesellschaft das Projekt auf.[505] Die Initiative zu einer Speisehalle ging auch später nie mehr von der GGG aus. Bereits 1862 eröffnete das ehemalige Kommissionsmitglied Kaufmann Georg Kiefer-Bär auf privater Basis ein von einer Aktiengesellschaft in der Schmiedenzunft betriebenes Kosthaus. 1868 entstand die «Allgemeine Speiseanstalt» im Klingental, die von der GGG finanziell unterstützt wurde: *«Ein Verein von Männern, theilweise dem eigentlichen Arbeiterstande angehörend, bemühte sich durch Gründung dieser Anstalt, sich und Andere für verhältnismässig sehr wenig Geld eine gesunde und kräftige Kost zu verschaffen, und durch die freundliche Ueberlassung eines Locales im Kleinen Klingenthal von Seite der zuständigen Behörde wurde es möglich, schon im verflossenen Frühjahr, in einer Zeit, wo die hohen Preise der Lebensmittel die neue Anstalt durchaus nicht trügerisch begünstigten, dieselbe zu eröffnen. Erst als ein mehrmonatiger Betrieb die Lebensfähigkeit derselben bewiesen hatte, gelangte sie mit einem Subventionsgesuch an uns, dem wir denn auch gerne entsprachen.»*[506] Ab 1871 betrieb die Allgemeine Speiseanstalt dann auch ein Lokal an der Weissen Gasse im Grossbasel.[507]

3.3.8 Bücher für alle: Zur Bürger- und Jugendbibliothek kommt 1842 die Arbeiterbibliothek

Als ein Beitrag der GGG zur *«Veredlung der Volksvergnügungen»* wurden die beiden von ihr betriebenen Bibliotheken, die Jugendbibliothek und die Bürgerbibliothek, 1842 um eine Arbeiterbibliothek ergänzt, die von einer «Commission zur Verbreitung guter Lektüre unter den Fabrikarbeitern und Handwerksgesellen» eingerichtet worden war: *«In Anerkennung des Lesebedürfnisses und unserer Verpflichtung, dasselbe zum Guten zu benützen, ward jenen beiden Bibliotheken unter einer eignen neuen Kommission noch eine dritte, eine Arbeiterbibliothek, an die Seite gestellt, eine Büchersammlung, berechnet für Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter. Ein Leseverein, der sich innerhalb dieses Kreises* [von Gesellen und Arbeitern] *bereits vorfand, kam der Commission als gutes Zeichen entgegen und verschaffte ihren Bemühungen leichteren Eingang;*[508] *einzelne Private unterstützten mit Geschenken, namentlich an Büchern; die Gesellschaft mit einer Anwurfssumme von 300 Fr. So ward diess neue Werk wenigstens begonnen, und wir dürfen ihm von der Güte der Sache und dem thätigen Eifer der Commission einen guten Fortgang erwarten: aber noch ist es bloss begonnen, und gar im Kleinen, und es wird noch manches Credites bedürfen, bis es mehr auf der Kraft eigener Füsse stehn kann. Indessen wer den Zweck will, darf die Mittel nicht scheuen, und die Gründung einer rechten Bibliothek dieser Art ist von der Gesellschaft selbst als eines der Hauptmittel zur Veredlung der Volksvergnügen anerkannt worden.»*[509]

Im ersten Jahr konzentrierte sich die Kommission darauf, ein geeignetes Bibliothekskonzept zu entwerfen, mit Fabrikbesitzern und Fabrikaufsehern ins Gespräch zu kommen und mit einem ähnlichen Verein in Zwickau in Verbindung zu treten, um geeignete Druckschriften zu erwerben.

Auch eine Büchersammlung wurde veranstaltet und der erwähnte Leseverein mit Büchern beschenkt.[510] Erst im zweiten Jahr kam es zur Eröffnung der Arbeiterbibliothek: Wir machten *«uns mit Anfang des Jahres ans Werk, mietheten ein Lokal, wo wir unsere Bücher aufstellten, liessen die nöthigen öffentlichen Bekanntmachungen ergehen und gaben am 21. Januar die ersten Bücher aus. Von da an war die Bibliothek jeden Sonntag Morgen von 11–12 Uhr geöffnet. Der Zudrang der Lesebegierigen entsprach sofort unsern Erwartungen und wir gaben in den vier ersten Monaten, bis zur Inventur, welche wir im Mai vornahmen, 1400 Bände aus, mithin durchschnittlich jeden Sonntag 82 Bände. Die Sommermonate hindurch nahm, wie man solches erwarten konnte, der Besuch bedeutend ab; mit dem eintretenden Winter hingegen hat er wieder auf erfreuliche Weise zugenommen. Unsere Sammlung besteht nun aus beiläufig 630 Bänden, wovon wir einen Theil dem an's Publicum ergangenen Aufrufe um Schenkung von Büchern verdanken.»*[511] Um die Miete zu sparen, suchte die Kommission nach einem Gratislokal. Die Vorgesetzten der Vorstadtgesellschaft zum Rupf in der Aeschenvorstadt stellten schliesslich ein Schulzimmer in den Räumen ihrer Kleinkinderschule zur Verfügung, womit die Kommission *«bloss noch für Heizung und Reinlichhaltung des Lokals zu sorgen»* hatte.[512] Im Gegensatz zu den beiden älteren Bibliotheken der GGG war die Benutzung der Arbeiterbibliothek unentgeltlich bis auf eine Kaution von 10 Batzen, die jeder Benutzer der Bibliothek als Sicherheit für entliehene Bücher hinterlegen musste. Ein besoldeter Bibliothekar führte die Bibliothek, wie aus den Rechnungen der Kommission hervorgeht.

Die Zusammensetzung der neuen vierköpfigen Bibliothekskommission weist auf ihren programmatischen Charakter hin: Neben Lehrer Wilhelm Klein-von Salis, wohl dem Gründer und Leiter des erwähnten Arbeiterlesevereins, waren drei führende Jungunternehmer in die Kommission gewählt worden, wovon zwei vor einer steilen politischen Karriere standen: August Staehelin(-Vischer)-Brunner, Präsident der neuen Kommission, und Karl Sarasin(-Vischer)-Sauvain. August Staehelin, der 1843 dann zum Vorsteher der GGG gewählt wurde, gehörte auch der bereits bestehenden Bibliothekskommission an. Karl Sarasin war 1842 auch in die Kommission zur Vorschusskasse gewählt worden und führte später zusammen mit Staehelin die 1844 gegründete Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse, in der beide ihre wirtschafts- und sozialpolitischen sowie unternehmerischen Vorstellungen besser umsetzen konnten als in der Bibliothekskommission. Der dritte im Bunde war Karl Vischer-Merian, 1842 Schreiber der GGG. Bei so viel unternehmerischer Kompetenz erstaunt es nicht, dass sich die Kommission zur Arbeiterbibliothek bereits 1845 wieder auflöste und deren Besorgung ab 1846 der Kommission zur Bürger- und Jugendbibliothek überliess: *«Bei der Ausdehnung, welche die Geschäfte unserer Gesellschaft genommen haben, erachten wir es für zweckmässig, jede Vereinfachung, die der Sache keinen Abbruch thut, eintreten zu lassen. Eine engere Verbindung mit den so nahe verwandten Instituten schien uns übrigens in vieler Hinsicht für die Arbeiterbibliothek selbst am erspriesslichsten zu sein.»*[513] Die Betreuung der Arbeiterbibliothek nach 1846

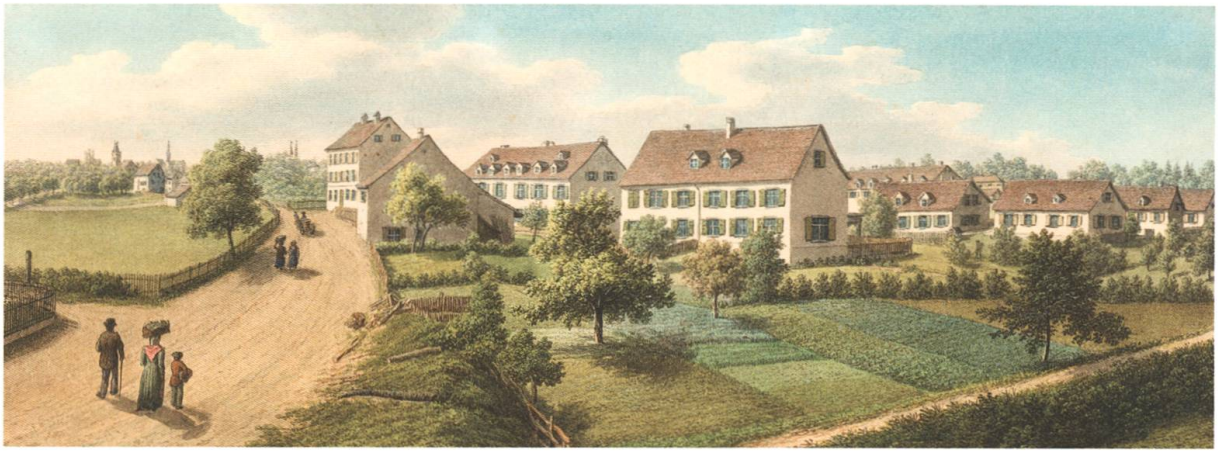
durch die erfahrene, von Wilhelm Wackernagel(-Bluntschli)-Sarasin engagiert geführte ältere Bibliothekskommission dürfte zum weiteren Fortbestand der dritten GGG-Bibliothek viel beigetragen haben.

Auch die Jugendbibliothek, die in den dreissiger Jahren einen Rückgang ihrer Abonnentenzahl zu beklagen hatte, beteiligte sich 1842 an der *«Veredlung der Volksvergnügungen»*. Vorsteher Wilhelm Wackernagel meldete 1842 in seinem Bericht: *«Damit also die arbeitende Classe schon in der Jugend und während der Schulzeit durch Veredlung des Lesevergnügens hingeführt werde auf Veredlung der Vergnügungen überhaupt, hat sich die Gemeinnützigkeit Ihrer Jugendbibliothek seit dem Anfange und im Laufe dieses Jahres in solcher Weise erweitert, dass den Vorstehern der betreffenden Schulanstalten halbjährliche Abonnements zum Besten armer und fleissiger Schüler und Schülerinnen unentgeltlich überlassen werden, und zwar den Herren Lehrern der niederen Töchterschule, falls sie davon Gebrauch machen wollen, je zwei, dem Herrn Lehrer ihrer Fabrikschule je sechs, dem Herrn Rector des Gymnasiums je zwölf, und endlich dem Herrn Rector der Realschule so viel als jeweilen er selbst für nöthig und schicklich erachtet.»*[514] Das Bürgerliche Waisenhaus, das Landwaisenhaus und die Arbeitslehrerinnen der Mädchenschulen erhielten bereits vor 1842 Freiabonnemente. Mit der Ausweitung dieser Dienstleistung unterstützte Wackernagel die 1838 neu organisierten Mittelschulen, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht über eigene Schulbibliotheken verfügten.

Die Besucherzahlen der Bibliotheken schwankten zwar und entwickelten sich auch nicht parallell, tendenziell war die Frequenz aber in allen Bibliotheken steigend.[515] Vorsteher Karl Merian-Stehlin hielt 1865 in seinem Jahresrückblick fest: *«In der Benützung dieser Büchersammlungen sind von Jahr zu Jahr Schwankungen beobachtet worden, die man sich bald so bald anders zu erklären versucht hat; welche Erklärungsweise die richtige sei wüsste ich nicht zu entscheiden und möchte aus dem letzten Berichte bloss constatieren, dass im Jahre 1865 die Benützung der drei Sammlungen eine auffallend stärkere war als im Jahre 1864; am stärksten bei der Jugend und bei den Bürgern.»*[516] Die Feststellung von Fritz Burckhardt-Brenner 1863, dass die Arbeiterbibliothek der GGG *«in der Entwicklung des deutschen Arbeiterbildungsvereins, welcher in einer von unserer Gesellschaft unabhängigen Weise sich Lesestoff verschafft»*, eine ernstzunehmende Konkurrenz erhalten hatte, dürfte deshalb zutreffen.[517]

Die von der Bibliothekskommission veröffentlichten Statistiken geben interessante Einblicke in das unterschiedliche Leseverhalten in den verschiedenen Bibliotheken der GGG um 1860. Dabei gilt es zu beachten, dass die «Allgemeine Lesegesellschaft» Mädchen und Frauen nicht zugänglich war. Die drei Bibliotheken der GGG waren deshalb die einzigen nicht kommerziellen Bibliotheken, die Frauen und Mädchen offenstanden.[518] Nur von der Arbeiterbibliothek ist jedoch neben den nach Geschlechtern aufgestellten Ausleihzahlen der verschiedenen Büchergruppen auch bekannt, wie viele Leserinnen die Bibliothek insgesamt benutzten. Für die Jugendbibliothek und die Bürgerbibliothek hingegen ist nur die Gesamtzahl der Abonnenten bekannt.

[Abb. 57]



[Abb. 58]

[57] Ländliche Idylle für Fabrikarbeiter: Die von der «Aktiengesellschaft für Arbeiterwohnungen auf der Breite» 1856 und einigen Industriellen errichteten Häuser bildeten ein kleines Dorf umgeben von Gemüse- und Obstgärten. Die erste Serie von drei Häusern steht in einer Reihe hinter den Gebäuden an der Strasse, teilweise verdeckt vom Gebäude im Vordergrund, das einem ähnlichen Bauplan folgt. Die Herrschaften aus der Stadt spazieren auf der «Strasse nach Zürich», der heutigen Zürcherstrasse (Aquarell von Johann Jakob Schneider).

[58] Die Konkurrenz der 1865 errichteten Bad- und Waschanstalt: die Waschanlage am Riehenteich. Auch nach der Eröffnung der ersten Bad- und Waschanstalt im Grossbasel zogen es viele Frauen weiterhin vor, ihre Wäsche über den Rhein durch das Kleinbasel zu tragen, im Riehenteich zu waschen und auf den umliegenden Wiesen zu trocknen.

In der Arbeiterbibliothek schwankte zu Beginn der sechziger Jahre der Frauenanteil zwischen einem Viertel und einem Drittel der eingeschriebenen Benutzer: Am 30. September 1861 waren von 267 Benutzern 61 Frauen; am 30. September 1864 waren es 71 von 208. In dieser Bibliothek wurden 1860/61 insgesamt 5295 Ausleihen getätigt, 1495 davon von Frauen. Es lassen sich auch geschlechtsspezifische Vorlieben feststellen. Frauen waren in der Gruppe «religiöse, moralische und pädagogische Schriften» überproportional vertreten (150 männliche zu 121 weiblichen Ausleihen), während die Männer in der Gruppe «Naturgeschichte, Physik und Technologie» stark dominierten mit 82 Ausleihen gegenüber sieben. Insgesamt war das Leseverhalten von Frauen und Männern in der Arbeiterbibliothek aber sehr ähnlich, wenn man den proportionalen Anteil der Geschlechter an den bevorzugten Themenbereichen betrachtet.[519]

Vergleicht man diese Zahlen mit den Benutzungszahlen der Bürgerbibliothek, so lasen die Benutzer der Arbeiterbibliothek trotz der klaren Vorliebe für die Unterhaltungsliteratur tendenziell mehr allgemeinbildende Bücher als die Benutzer der Bürgerbibliothek. Auch die Zahl der Ausleihen war in der Arbeiterbibliothek höher, obwohl sie weniger eingetragene Benutzer aufzuweisen hatte als die Bürgerbibliothek. Deren Leser interessierten sich auch kaum für moralische, philosophische und pädagogische Schriften, weder Männer noch Frauen. Sie lasen zudem verhältnismässig deutlich weniger geographische Werke und Reisebeschreibungen. Dafür gab es in der Bürgerbibliothek kein Benutzungsgefälle zwischen Frauen und Männern. Frauen entliehen sogar mehr Bücher als Männer (Männer 2204, Frauen 2249), was für einen wesentlich höheren Frauenanteil in der Bürgerbibliothek spricht als in der Arbeiterbibliothek. Der Ausschluss von Frauen aus der Allgemeinen Lesegesellschaft dürfte dies erklären. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Leseverhalten stellen sich in der Bürgerbibliothek anders dar als in der Arbeiterbibliothek, eine Übereinstimmung existiert nur in einem Punkt: Männer entliehen auch in der Bürgerbibliothek fast dreimal so viele technische und wissenschaftliche Bücher aus als Frauen (34 zu 12). Frauen entliehen in der Bürgerbibliothek hingegen deutlich mehr französische Bücher aus als Männer, und zwar in allen von ihnen bevorzugten Kategorien (125 zu 85). Die Benutzerinnen der Bürgerbibliothek lasen auch mehr Unterhaltungsliteratur als Männer (1524 zu 1445), während Männer geographische Werke und Reisebeschreibungen leicht bevorzugten (119 zu 72).[520]

In der Jugendbibliothek entliehen Knaben 1860/61 insgesamt fast dreimal so viele Bücher wie Mädchen (2838 zu 1090 von insgesamt 3928 Ausleihen), ausser in der Rubrik Erzählungen, in der die Ausleihen von Mädchen nahe an die der Knaben heranrückten (1363 zu 975). Abgesehen von französischen Titeln, die mehr von Mädchen als von Knaben entliehen wurden (19 zu 16), und der Rubrik Gedichte und Dramen, wo die Bilanz fast ausgeglichen war (16 Knaben gegen 17 Mädchen), waren die Ausleihen von Knaben in allen anderen Kategorien zum Teil um das Zehnfache höher

als die von Mädchen. So wurden Neujahrsblätter zum Beispiel 35-mal von Knaben, aber nur dreimal von Mädchen entliehen. All dies weist darauf hin, dass der Anteil der Mädchen in der Jugendbibliothek geringer war als der Frauenanteil in der Bürgerbibliothek.[521]

3·3·9 Ein prächtiger Zunftaufzug: Das «Erdbebenbuch» von 1856, das Neujahrsblatt und die Entstehung der Lukasstiftung

Nach dem Schock von Bürgerkrieg und Kantonstrennung, von Karl Rudolf Hagenbach-Geigy im Neujahrsblatt 1831 und in seiner Festrede zum sechzigsten Jubiläum der GGG 1837 festgehalten, gewann die Geschichte der Bürgerschaft und des «Freistaates» Basel, geschaffen durch die Verselbständigung der in Zünften organisierten Stadtbürgerschaft von der bischöflichen Herrschaft, neu an Gewicht. In gewissen Kreisen des regierenden Bürgertums war dieses neue Interesse an der Stadtgeschichte getragen von einer Idealisierung des christlichen Abendlandes im Mittelalter. Ein eindrückliches Beispiel dafür ist das «gothische Zimmer», das sich Bürgermeister Felix Sarasin im Haus zum Schöneck in der St. Alban-Vorstadt bauen und einrichten liess.[522] Gleichzeitig entstand mit dem Bau des Museums an der Augustinergasse 1844 (heute Naturhistorisches Museum) ein neues Zentrum bürgerlicher Bildung, das zugleich auch eine mehr klassizistische Ästhetik dokumentiert. Beide Bauten wurden jedoch vom selben Architekten konzipiert und ausgeführt, von Melchior Berri. Auch das Neujahrsblatt nahm mit seinem 1843 neu gewählten Vorsteher Wilhelm Wackernagel(-Bluntschli)-Sarasin, seit 1833 Professor für deutsche Literatur an der Universität Basel, einen Aufschwung. Unter seiner Leitung veränderte sich die Zusammensetzung der Kommission. Wackernagel war der erste Nichttheologe, der das Präsidium der Kommission führte.[523] Auch waren unter Wackernagel nun nicht mehr fast ausschliesslich Theologen die Autoren. Sie gehörten zwar nach wie vor zur Kommission, aber als Verfasser der Neujahrsblätter wurden unter Wackernagel und seinem Nachfolger, dem Altphilologen Daniel Albert Fechter, nur noch ausgewiesene Fachleute zugezogen. Das Phänomen der ewigen «Hausautoren» verschwand.[524] Während in den vierziger Jahren die systematischen Archiv- und Quellenstudien wiederaufgenommen wurden, rollte das Neujahrsblatt die Darstellung der Geschichte der Stadt Basel seit ihren Anfängen erneut auf.

Es ist jedoch nicht nur den speziellen wissenschaftlichen Kompetenzen und Vorlieben Wackernagels geschuldet, dass zwischen 1843 und 1864 die Geschichte Basels und der Schweiz im Mittelalter die Themen für die Neujahrsblätter lieferte. Diese Konzentration auf das Mittelalter begleitete den Umbau des Münsters zwischen 1852 und 1859, den ein weiteres Mitglied der Neujahrsblattkommission leitete, der Baumeister Christoph Riggenbach-Sulger, der weniger der historisierenden Schule als den ästhetischen Idealen der sogenannten Nazarener, einer Gruppe von Malern,

verpflichtet war, die besonders von der Basler Mäzenin Emilie Linder gefördert wurden. Zur im neuen Museum untergebrachten Kunstsammlung gehörten auch einige von Emilie Linder gestiftete Bilder nazarenischer Maler.[525] Riggenbach leitete später auch den Bau der neugotischen Elisabethenkirche. Die von Wilhelm Wackernagel begründete mittelalterliche Sammlung, aus der sich das heutige Museum für Geschichte entwickelte, entstand im selben Zeitraum. Sie war seit 1856 im Saal des Bischofshofs ausgestellt und wurde ab 1858 von der GGG finanziell unterstützt. Die Kunstsammlung im neuen Museum an der Augustinergasse bedachte die GGG schon seit 1854.

Vor diesem Hintergrund erstaunt es zunächst nicht, dass Ratsherr Adolf Christ-Sarasin, zu diesem Zeitpunkt Beisitzer im GGG-Vorstand, sich im Januar 1853 in seiner Funktion als führendes Mitglied des Kirchenrates und Vorsteher des Schul- und Armenkollegiums, schriftlich an den Vorstand der GGG wandte mit der Bitte, aus Anlass der Säkularfeier des Erdbebens von 1356 eine *«Geschichte Basels für das ganze Volk»* in Auftrag zu geben, mit der Begründung: *«Sie* [die GGG] *besitzt die moralische Autorität und die äussern Mittel, welche dafür nothwendig sind, um diejenige geistige Kraft zu gewinnen, welche der Ausführung gewachsen ist.»*[526] Christ ging es dabei jedoch nicht nur um eine Stadtgeschichte. Aus seiner Sicht bestand zwischen dem Grossen Erdbeben, einem zentralen *«Erinnerungspunkt»* der Basler Geschichte,[527] und der GGG eine direkte Beziehung. Er sah im Grossen Erdbeben aus geschichtstheologischen Gründen den Auslöser für die Wohltätigkeit und Gemeinnützigkeit in Basel, die in der GGG nicht nur in der Überzeugung von Adolf Christ ihre höchste Ausformung erreicht hatte.[528] Allerdings teilten nicht alle Mitglieder des Vorstandes und der Gesellschaft diese Sicht auf das Grosse Erdbeben und die daraus hergeleitete «natürliche» Führungsrolle der GGG in den geplanten Feierlichkeiten.

Als Adolf Christ in der Allgemeinen Versammlung vom 3. Juni 1853 seinen Antrag persönlich vortrug, intervenierte Professor Wilhelm Theodor Streuber, Redaktor der «Basler Zeitung» und Herausgeber des «Basler Taschenbuches», und wies darauf hin, *«dass ein von ihm verfasster Abriss der Basler Geschichte sich bereits unter der Presse befinde,*[529] *der vielleicht dem gewünschten Zweck entsprechen könnte».*[530] Laut Protokoll *«modifizierte»* Christ seinen Antrag daraufhin, und in dieser Form wurde er von der Versammlung an den Vorstand zur Beratung überwiesen.[531] Um das Projekt voranzubringen, bedurfte es jedoch eines weiteren Antrags von Wilhelm Wackernagel im Dezember 1853, eine Kommission einzusetzen, *«zu Erwägung der Frage, in welcher Art die G*[emeinnützige] *G*[esellschaft], *von sich aus oder mit anderen Vereinen, das bevorstehende Säkular-Jahr des grossen Erdbebens feiern könnte».*[532] Nun wurde eine fünfköpfige Kommission unter dem Präsidium von Wackernagel eingesetzt.[533]

Im Rahmen der Verhandlungen dieser Kommission tauchte ein anderer Vorschlag wieder auf, auf den Christ interessanterweise keinen Bezug genommen hatte. Bereits 1841 hatte Pfarrer Johann Jakob Übelin(-Brenner)-

[Abb. 59a]

[Abb. 59b]

[Abb. 60]

[59] Das von der GGG angeregte Festkomitee organisierte nicht nur die Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag des Grossen Erdbebens von 1356, es gab auch eine Erinnerungsmünze heraus, die laut der im GGG-Archiv erhaltenen Rechnung in München hergestellt wurde. Die Vorderseite (Abb. 59a) zeigt Basilea, die sich kniend des verheerenden Tages erinnert; die Rückseite feiert die Erhaltung Basels während fünf Jahrhunderten bis 1856 (Abb. 59b).

[60] Seit 1857 war die Zeichnungs- und Modellierschule im Gebäude der ehemaligen Sekundarschule am Steinenberg untergebracht, dem heutigen Verwaltungsgebäude des Historischen Museums, das später durch einen heute nicht mehr vorhandenen Anbau erweitert wurde. Hier defilieren gerade die Teilnehmer des Eidgenössischen Schützenfestes von 1879 vor der Schule.

Trautwein, damals Präsident der Neujahrsblattkommission, anlässlich der Herausgabe einer Darstellung des Grossen Erdbebens von Abraham Heussler den Vorschlag geäussert, *«ob nicht seiner Zeit und wenn seit jenem grossen Erdbeben das halbe Jahrtausend wird abgeflossen sein, auch von der Gesellschaft aus, irgend Etwas in gemeinnützigem Sinne gethan werden könnte und sollte, um unsern Mitbürgern und Miteinwohnern und besonders unserer zahlreichen Jugend den St. Lukas-Tag von 1856 zum frohen Denk- und Dankfeste zu machen?»*[534] Sein Vorschlag war damals auf allgemeine Zustimmung gestossen, und damit seine Idee in den fünfzehn Jahren zwischen 1841 und 1856 nicht in Vergessenheit geriete, wurde beschlossen, *«nicht nur im Protokolle davon Notiz zu nehmen, sondern auch derselben, als eines künftigen Berathungsgegenstandes, auf dem jeweiligen Verzeichniss der rückständigen Geschäfte Erwähnung zu thun».*[535]

Der ausführliche Bericht der Kommission vom 9. November 1854, verfasst von Theodor Meyer-Merian, der auch den Vorschlag von Pfarrer Übelin von 1841 wieder aufnahm,[536] stiess im Vorstand nicht auf ungeteilte Begeisterung. Wortführer der Kritiker war Bürgermeister Felix Sarasin (-Burckhardt)-Brunner. Eine führende Rolle der GGG bei der Organisation der Feierlichkeiten sei abzulehnen, die Kommission solle sich erweitern und unabhängig von der GGG als Organisationskomitee konstituieren. Die GGG solle nur die Kosten des geplanten historischen Festbuches übernehmen und sich an der Äufnung des Grundkapitals der geplanten Lukasstiftung, die in Erinnerung des Anlasses gegründet werden sollte, beteiligen.[537] Die Ansicht Sarasins setzte sich in der anschliessenden allgemeinen Versammlung durch.[538] Die Kommission konstituierte sich deshalb daraufhin unabhängig von der GGG, stellte aber auftragsgemäss am 3. Oktober 1856, kurz vor der Säkularfeier am 18. Oktober, den Antrag auf eine Beteiligung an der geplanten Lukasstiftung, der von der Gesellschaft gutgeheissen wurde.

Der Aufruf zur Gründung der Lukasstiftung, die eine neue Art der Unterstützung und Betreuung der aus armen Familien stammenden Schulkinder anstrebte, war am Vortag in der «Basler Zeitung» veröffentlicht worden.[539] Die Sammlung für die neue Stiftung in den Gottesdiensten am 18. und 19. Oktober während der Erinnerungsfeiern in allen grossen Kirchen Basels, der Ertrag des geistlichen Konzerts und der subskribierten Beiträge ergaben schliesslich den stolzen Betrag von über Fr. 28 000.–. Die GGG übernahm die Verwaltung der neuen Stiftung und setzte im Februar 1857 eine Kommission zur Lukasstiftung ein, die ihren ersten Tätigkeitsbericht 1858 vorlegte.[540]

Über die Partner der Kommission, die sich an der Vorbereitung der Feierlichkeiten beteiligten, und die Unstimmigkeiten und Spannungen, die die Vorbereitung der Feierlichkeiten von Beginn an begleiteten, erfahren wir vor allem aus der Berichterstattung der «Basler Zeitung».[541] Zuerst suchte das Festkomitee die Zusammenarbeit mit dem Kirchenrat,[542] der bereits beschlossen hatte, eine kirchliche Erinnerungsfeier durchzuführen und eine volksnahe Erinnerungsschrift herauszugeben, die von Pfarrer Abel

Burckhardt-Miville verfasst werden sollte – Autor fast aller zwischen 1835 und 1842 erschienenen Neujahrsblätter. Die Neujahrsblattkommission verzichtete deshalb auf die geplante Darstellung des Grossen Erdbebens.[543] Das von der Kommission geplante Festbuch wurde schliesslich auch nicht von der GGG, sondern von der Historischen Gesellschaft herausgegeben und auf Kosten des Verlegers Decker gedruckt.[544] Unter den Autoren befanden sich jedoch fast alle wissenschaftlich qualifizierten Mitglieder der Neujahrsblattkommission. Professor Streuber rezensierte das Buch ausführlich in der «Basler Zeitung».[545] Im März 1856 erreichte die Kommission zusammen mit dem Kirchenrat auch eine Übereinkunft mit der Regierung. Diese übernahm die Druckkosten der vom Kirchenrat herausgegebenen Schrift.[546]

Der stark kirchliche Charakter der geplanten Feier stellte nicht alle an der Vorbereitung der Feierlichkeiten Beteiligten zufrieden. Wie wir aus der «Basler Zeitung» vom 3. Oktober 1856 erfahren, bat Rektor Johann Heinrich Frey, engagiertes GGG-Mitglied und Präsident der 1852 gegründeten Basler Liedertafel, im Namen der Festkommission an einer Versammlung mit Vertretern aller Zünfte unter dem Vorsitz des neugewählten Meisters der Zunft zum Schlüssel, *«dass die Zünfte Basels in corpore an der Feier Theil nehmen und diese Betheiligung provoziren möchten. Das bekannte Programm gebe der Feier blos einen kirchlichen Charakter, durch allgemeine, berechtigte Betheiligung der Zünfte würde bei diesem feierlichen Anlass, wie sich gebühre, auch das bürgerliche Element vertreten. Die Entwicklungen des Redners machten einen unverkennbar günstigen Eindruck; alle Voten der Herren Zunftmeister erklärten die Bereitwilligkeit, das erweiterte Projekt auf ihren Zünften zu unterstützen und zu fördern, sobald nur ein Programm über die Art der Ausführung vorliegen werde* […] *Einen vorgehenden Schritt gegen die l*[öbliche] *Commission zur Gedächtnissfeier, für welche die Liedertafel die Vermittlung übernommen hat, wollte im gegenwärtigen Stadium der Sache Niemand thun. Es liege vielmehr im angenommenen Antrag der Sinn, dass die Commission, veranlasst durch den Hrn. Präsidenten der Liedertafel, durch baldige nähere Entwicklung des neuen Projekts diesen Schritt gegen die Zünfte, falls ihr deren Betheiligung anliegt, selbst vornehme.»*[547]

Trotz der vorsichtigen Antwort der Versammlung im Schlüssel war das Ergebnis dieser Anfrage ein spektakulärer Festumzug der Zünfte, der auf dem Martinsplatz begann, über den Rheinsprung vor das Rathaus und durch die Freiestrasse über den Münsterberg zum Münster führte.[548] Es herrschte damals eine starke patriotische Begeisterung in Basel wegen des sogenannten Neuenburger Handels. Die Grenzstadt Basel fürchtete eine militärische Konfrontation zwischen der Schweiz und Preussen. Sie musste damit rechnen, dass preussische Truppen in Basel den Rhein überqueren und die Schweiz angreifen würden. So waren in aller Eile weit draussen vor den Mauern und Gräben Befestigungslinien errichtet worden. General Dufour hatte diese unter dem Jubel der Basler Bevölkerung inspiziert. Die Angst einigte die Einwohnerschaft. Deshalb waren die Feierlichkeiten zum Grossen Erdbeben von einer ganz eigenen Atmosphäre geprägt. Nur der

konservative Alt-Ratsherr Andreas Heusler-Ryhiner verteidigte unverdrossen den Anspruch des Preussenkönigs auf Neuenburg als dessen legitimes Recht, was ihm nicht nur in der radikalen Schweiz, sondern auch im konservativen Basel übel genommen wurde.

3.3.10

Prämien für Polizisten, Schau-Essen von Pferdefleisch und Nistkästen: Die Tierschutzkommission 1849–1897

Am 20. April 1849 beschloss die allgemeine Versammlung der GGG, eine «Commission zur Abhülfe der Thierquälerei» zu gründen, und beauftragte einen Ausschuss, die Situation in Basel zu analysieren und ein Aktionsprogramm zu entwerfen. Der dreiköpfige Ausschuss unter dem Präsidium von Fiskal Johann Rudolf Burckhardt[549] legte noch im selben Jahr seinen ersten Bericht vor, dessen Analyse der Basler Situation und der Arbeitsmöglichkeiten für die Kommission richtungsweisend blieb bis 1897, also bis zur Gründung eines selbständigen Tierschutzvereins.[550] Als Erstes organisierte die Kommission 1850/51 ein Preisausschreiben und liess die besten Zuschriften drucken und breit streuen. Eine der Schriften wandte sich speziell an die Schuljugend.[551] In den ersten Jahren ihrer Tätigkeit konzentrierte sich die Kommission darauf, auf dem Korrespondenzweg ein Netz von Kontakten zu ähnlichen Vereinen im In- und Ausland aufzubauen und mit Behörden und Regierungsstellen in Kontakt zu treten, in deren Kompetenzbereich die Aufsicht über Tiere und Handel mit Tierprodukten fiel und die die zum Schutz der Tiere geeigneten Verordnungen erlassen und durchsetzen konnten.[552] Durch Flugblätter, öffentliche Anschläge, Annoncen und Artikel in den Tageszeitungen und das Verteilen von Informationsbroschüren, aber auch durch Verzeigungen versuchte die Kommission ihr Ziel zu erreichen. Im Vordergrund stand das Bemühen, das Verständnis für das Recht der Tiere auf eine respektvolle Behandlung in eine weitere Öffentlichkeit zu tragen, speziell aber auch Metzgern, Viehhändlern und Tierhaltern ihre Verantwortung bewusst zu machen und Polizisten zur Verzeigung von Tierquälern zu motivieren. Besonders bemühte sich die Kommission auch darum, Lehrer für ihre Anliegen zu gewinnen, um auf diesem Weg die Jugend zu erreichen.

Doch ging es nicht nur um Aufklärung, wie Burckhardt 1851 im Jahresbericht meinte: *«Leider handelt es sich bei der Abhülfe der Thierquälerei nicht blos um Bekämpfung von Vorurtheilen und der Hartherzigkeit, sondern um diejenige der Gewinnsucht, welcher weit schwerer beizukommen ist. Die Besitzer, Händler und Führer von Schlachtvieh finden natürlich mehr Vortheil darin, soviele Stücke als möglich hieher zu bringen und auch andere Gewerbetreibende, welche mit Thieren umzugehen haben, suchen natürlich soviel als möglich aus denselben zu ziehen, welche Richtung weniger durch Belehrung, als durch Gesetze und Verbote in Schranken gehalten werden kann. Wir sind jedoch in der Schweiz noch weit davon entfernt, dass sich auch die Gesetzgebung mit dieser Angelegenheit befassen*

wollte [...] *Indessen hoffen wir endlich doch einmal, wenigstens hier, auf den Standpunkt zu gelangen, den andere cultivirte Staaten in dieser Angelegenheit hierin einnehmen. An Anregung hiezu bei jedem Anlasse wird es unser Ausschuss gewiss nicht ermangeln lassen.»*[553] Tatsächlich brachte die Kommission in der allgemeinen Versammlung vom 8. Oktober 1852 den Antrag durch, die GGG solle mit einer formulierten Eingabe an die Regierung gelangen, mit dem Ziel, den Tierschutz im Kanton Basel-Stadt zu verbessern.

Die Eingabe wurde an das Justiz- und Polizeikollegium überwiesen, das bis 1853 einen Bericht vorlegte und im Juni 1853 schliesslich eine Verordnung erliess, die die Forderungen der GGG-Eingabe weitgehend erfüllte. Unzufrieden war die Kommission allerdings mit den in der Verordnung namentlich aufgeführten *«Arten von Misshandlungen»*, die zu wenig präzise *«z. B. auf mehrere mangelhafte Vorkehrungen bei dem Schlachten von Vieh, den Transport des meisten Geflügels, der Ziegen, das Einjochen der Ochsen u. a. mehr»* eingingen.[554] Parallel zur Eingabe an die Basler Regierung hatte die Kommission ihre Zusammenarbeit mit dem 1839 gegründeten Landwirtschaftlichen Verein im Kanton Baselland, präsidiert von Schulinspektor Johannes Jakob Kettiger-Zaneboni, vertieft: Eine Basler Delegation, die am 27. Oktober 1852 in Muttenz an einer Sitzung des Landwirtschaftlichen Vereins teilnahm, war noch an der Sitzung selbst in den Verein aufgenommen worden, um die Bemühungen beider Vereine um eine bessere Behandlung des Schlachtviehs zu koordinieren.

Dieser erste grössere Erfolg und das gemässigte Vorgehen der Kommission verhinderten 1853 auch, dass radikalere Tierschützer unter den GGG-Mitgliedern die Trennung von der GGG und die Gründung eines selbständigen Vereins durchsetzen konnten. Besonders Fiskal Burckhardt sprach sich klar für einen Verbleib bei der GGG aus, da er gerade darin die eigentliche Ursache der ersten Erfolge sah.[555] Über die Eingabe und die ersten Auswirkungen des neuen Reglements berichtete Burckhardt im Jahresbericht 1853 ausführlich: *«Der Verlauf der Sache selbst wird Ihnen übrigens sowohl durch die öffentlichen Blätter und Anschläge, als durch das allgemeine Tagsgespräch hinlänglich bekannt sein. Es hat nämlich auf die Eingabe unserer Gesellschaft vom 8. Oktober 1852 und nach reiflicher Vorberathung durch mehrere Behörden der E*[hrenwerte] *Rath am 15. Juni 1853 eine Verordnung erlassen und eine erläuternde Kundmachung beigefügt, worin nicht nur das oft und viel gerügte unbarmherzige Knebeln der Kälber und des übrigen kleinen Schlachtviehs auf dem Transporte bestimmt verboten worden ist, sondern auch allen Misshandlungen der Thiere überhaupt bestmöglich zu begegnen gesucht wird. Diese Verordnungen sind bereits am 1. Okt*[ober 1853] *in das Leben getreten und sind überdiess ohne allen den Widerstand, den man früher befürchtete, wirklich befolgt worden. Ettliche Fuhrleute haben sogar vor diesem Zeitpunkt ihre Wagen darnach eingerichtet, weshalb wir uns veranlasst sahen, ihnen etwas grössere Entschädigungen als wie denjenigen, welche erst nachher sich dazu verstanden, zukommen zu lassen. Es bedurfte aber allerdings einer Verordnung, um diese Verbesserungen und Fortschritte zur Menschlichkeit in das Leben treten zu sehen, sonst wäre, wie alle unsere frühern Berichte*

bestätigen, nie etwas zu Stande gekommen und desshalb müssen wir uns der hohen Regierung zu besonderm Danke verpflichtet fühlen. Möge nur dieser Verordnung auch in Zukunft die gleiche Handhabung zu Theil werden, wie es glücklicherweise bis jetzt geschehen ist!»[556] Zur Unterstützung verteilte die Kommission Prämien an Tierhändler und Metzger, die die Verordnung korrekt umsetzten, und an Polizisten, die Fehlbare verzeigten. Seit 1856 liess sich Fiskal Burckhardt jedes Jahr anhand des Verhörprotokolls des Polizeigerichts Basel eine Liste der Personen ausfertigen, die wegen Tierquälerei verzeigt und verurteilt worden waren. Einen Auszug des Protokolls veröffentlichte die Kommission 1856 sogar in einer Basler Tageszeitung.[557]

Ein besonderes Anliegen der Kommission und von Fiskal Burckhardt war es, das Schicksal von Pferden zu verbessern, die für ihre Kräfte oder ihr Alter zu schwere Lasten ziehen mussten und von den Fuhrleuten, wenn sie den Dienst verweigerten, unter den Augen der Passanten schwer misshandelt wurden. Ungewöhnlich pragmatisch war die Lösung, die Burckhardt vorschlug: Er wollte die Besitzer alter Reitpferde und Zugpferde motivieren, ihre für sie unbrauchbar gewordenen Tiere nicht an Fuhrleute oder Omnibusfahrer zu verkaufen, die sie wortwörtlich bis zum Umfallen arbeiten liessen, sondern er schlug vor, diese Tiere zu schlachten und das Fleisch zu günstigen Preisen den Bevölkerungsteilen anzubieten, die das teure Rindfleisch nicht bezahlen und deshalb oft ganz auf den Verzehr von Fleisch verzichten mussten. Um dies zu erreichen, versuchte die Kommission, in Basel selbst einen Markt für Pferdefleisch zu schaffen, den Widerstand der Metzger, die die Konkurrenz fürchteten, und des Wasenmeisters, der einzig befugt war, alte Pferde zu schlachten, zu brechen[558] und die Vorurteile gegen den Konsum von Pferdefleisch zu bekämpfen: *«Es handelt sich ja nicht um Einführung eines neuen Nahrungsmittels, das man den ärmern Leuten aufdringen will, sondern blos um die Erlaubniss, eine schon anderwärts gebrauchte Abhülfe, um wohlfeiles gesundes Fleisch zu erhalten, auch hier anwenden zu dürfen. Wer nichts davon wissen will, mag sich derselben ferner enthalten, es soll Niemand dazu gezwungen werden. Erfahrungen aus andern Ländern haben uns übrigens belehrt, dass diese Aushülfe (wie ehmals diejenige der Erdäpfel) nicht zuerst von denjenigen Armen in Anspruch genommen worden ist, welche gewohnt sind die Begüterten um Wohlthaten anzugehen, sondern vielmehr von solchen, welche vorziehen, lieber aus ihrem eigenen Verdienste zu leben, als sich etwas schenken zu lassen, und so geschieht es auch in unserer Nachbarschaft* […] *Bereits im vorigen Jahre sind in Basel selbst, 15 Pferde einzig zu dem Zwecke aufgekauft worden, um in benachbarten Ortschaften geschlachtet und verspeist zu werden. Wir vermögen nicht einzusehen, warum unsern eigenen Armen diese Speise entzogen werde, warum dieses Hülfsmittel nicht auch in Basel Eingang finden und noch weniger: warum die Gemeinnützige Gesellschaft, die schon so Vieles gethan hat und noch thut* [die Suppenanstalt und der «Sparverein», eine Einkaufsgenossenschaft, 1848–1852], *um den Armen die Anschaffung von Lebensmitteln zu erleichtern, diesem Gegenstande fremde bleiben soll und darf. Wir glauben im Gegenteil, es müsste derselbe geradezu in ihrer Aufgabe liegen und sie dürfe es nicht unter ihrer Aufgabe halten,*

denselben bei den Behörden in Anregung zu bringen.»[559] Tatsächlich wurde die GGG daraufhin im Sanitätsdepartement vorstellig, aber ohne Erfolg: Die Eingabe wurde *«zur Kanzlei gelegt»*.[560]

Trotz dieses Misserfolges gab die Kommission nicht auf. Sie warb weiterhin für den Verzehr von Pferdefleisch[561] und bemühte sich beim Bau des neuen Schlachthauses im St. Johannsquartier um die Einrichtung einer Pferdeschlächterei, wenn auch ohne Erfolg;[562] erst 1877 wurde in Basel eine erste solche Schlächterei eröffnet.[563] Einen Höhepunkt erreichte diese Kampagne 1878 mit der Veranstaltung eines öffentlichen Pferdefleischessens, an dem Vertreter der Regierung und der Sanitätsbehörden teilnahmen zusammen mit dem Vorstand der GGG: *«Die Herren überzeugten sich bei dieser Gelegenheit, dass Pferdefleisch ein guter Ersatz für Rindfleisch sei, und wesentlich billiger. So wurden sie für die Bestrebungen der Kommission gewonnen, die Schlachtung älterer Pferde zu fördern, um vielen Quälereien vorzubeugen.»*[564]

Seit 1856 hatte sich die Kommission auch um den Vogelschutz bemüht und Prämien für die Verzeigung von Personen ausgesetzt, die Vogelnester ausnahmen.[565] Aber erst 1865 machte ein Mitglied der Kommission erste Versuche mit Nistkästen in seinem Garten;[566] ein erster Hinweis auf eine grundsätzliche Neuorientierung des Vereins in Richtung Tier- und Naturschutz. In diesem Jahr entsandte die Kommission auch erstmals einen Delegierten an die nationale Versammlung der schweizerischen Tierschutzvereine in Olten und nannte sich von da an «Thierschutzkommission».[567] 1866 beteiligte sie sich auf Einladung des Pariser Tierschutzvereins an der Weltausstellung auf dem Marsfeld: Sie sandte ein tiergerechtes Ochsenjoch und ein neu entwickeltes Hufeisen ein.[568] Im selben Jahr unternahm die Kommission auch ihre erste Vogelschutzaktion im öffentlichen Raum in Basel: *«Zugleich haben wir auch Nistkästchen für Vögel auf grössern Bäumen unserer Anlagen anbringen lassen, und dadurch denjenigen Partikularen, welche Gärten besitzen, eine Aufmunterung zugehen lassen wollen, diesem Beispiele nachzufolgen, wie solches in andern Städten üblich ist.»*[569] Bis zur Gründung der Ornithologischen Gesellschaft 1872, die den Singvogelschutz von da an übernahm, weitete die Kommission ihre Aktivitäten von den städtischen Anlagen und Schanzen auf die Langen Erlen aus.[570] 1869 setzte sie sich speziell für den Schutz des Maulwurfs ein, weil er die für die Landwirtschaft so schädlichen Engerlinge fresse.[571] Ein Mitglied der Kommission begann in diesem Jahr auch, in der Mittelstufe der Basler Schulen Vorträge zur «praktischen Naturgeschichte» zu halten: *«Unser neues Mitglied, der gewesene Berner Oberförster W. Schmid, hat sich auf verdankenswerthe Weise anerboten, für die obern Schulclassen Vorträge über practische Naturgeschichte, d. h. über unser Verhalten zur einheimischen Thierwelt, zu veranstalten, welchem Unternehmen wir den besten Erfolg wünschen. Wir würden im Interesse unserer Angelegenheiten auch gerne vernehmen, dass überhaupt in den mittlern Schulen die Unterrichtsstunden in der Naturgeschichte etwas vermehrt werden könnten.»*[572] Dabei handelt es sich wohl um einen der ersten Versuche, Basler Schüler für den Umweltschutz zu gewinnen und in ökologische Zusammenhänge einzuführen.

3·4

Zwischen Freisinn und Proporz: Die Entwicklung des Basler Vereinswesens und der GGG von 1862 bis 1904

Die Wirkungen der hohen Zuwanderungsraten und der Industrialisierung auf die städtische Gesellschaft Basels in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren für die Zeitgenossen überwältigend – und bedrohlich. Sie hatten 1883, als der Statistiker und Nationalökonom Alphons Thun die folgenden Zeilen schrieb, ihren Höhepunkt noch gar nicht erreicht. Thun beobachtete auch, dass zu gewissen *«Zeitpunkten Vereine bestimmter Art in grösserer Menge»* entstanden. Als Erklärung für dieses Phänomen sprach er etwas diffus von *«mächtigen Impulsen zu gewissen Zeitpunkten»*, die in einem von ihm nicht näher definierten Verhältnis zur wachsenden Einwohnerschaft standen.

> *Die auffallende Zunahme der Vereine seit den sechziger Jahren findet ihre Erklärung durch einen Blick auf die Bevölkerungsziffer des Kantons; die Einwohnerzahl stieg in den Jahren 1850 – 60 – 70 – 80 von 26,698 auf 41,044 – 47,760 – 65,101. Mit dem Zuzug ganz neuer und ärmerer Bevölkerungselemente, dem Ausbau der Schienenwege, der Entwicklung des Verkehrs und der Grossindustrie, mit den steigenden Ansprüchen ans Dasein, dem rascher pulsierenden öffentlichen Leben machten sich neue Anforderungen geltend und erwuchsen neue Aufgaben, welche zu einem Anwachsen des staatlichen Budgets und zum Entstehen zahlreicher freier Gemeinwirtschaften* [gemeinnütziger Vereine und Genossenschaften] *führten. Und so gross ist der Einfluss augenblicklicher äusserer Einflüsse und Anregungen gewesen, dass gleichartige Vereine zu gleicher Zeit in grösserer Zahl in den verschiedenen Stadttheilen, Kirchgemeinden und Parteien entstanden sind. In Folge des Nothjahres 1846 wurden z.B. die 4 älteren Frauenvereine in den vier Kirchgemeinden ins Leben gerufen, in den Jahren 1860–62 fünf Jugendfest-Vereine in den verschiedenen Quartieren, in neuerer Zeit als Gegenstücke der im konservativen Sinne geleiteten Frauenvereine, Arbeitersäle etc., eine Reihe radikaler Vereine, ferner acht einander bekämpfende liberale und positive Kirchenvereine in den vier Gemeinden, dann dem Zuge der Zeit folgend eine grosse Zahl von Fach- und Berufsvereinen und andere Bildungen, welche den Beweis dafür liefern, dass unter mächtigen Impulsen zu gewissen Zeitpunkten Vereine bestimmter Art in grösserer Menge entstehen.*[573]

Wir können diese Beobachtungen in den im Basler Adressbuch veröffentlichten Vereinsverzeichnissen gut verfolgen. Seit 1874 enthielt jede Ausgabe des Basler Adressbuches im zweiten Teil ein Vereinsverzeichnis. Bis 1883 erschien alle drei Jahre ein neues Adressbuch. Ab 1884 gab es jährlich eine neue Ausgabe. Zwischen 1874 und 1907 wurde auch die Gesamtzahl der von den Behörden statistisch erfassten Vereine aufgeführt.[574]

Unregelmässigkeiten bei der amtlichen Erfassung der Vereine stören die Analyse der allgemeinen Entwicklung nicht.[575] Allzu weit gehende Schlussfolgerungen verbieten sich aber. Dazu ist das vorhandene zeit-

genössische Quellenmaterial zu uneinheitlich. So kommt zum Beispiel Alphons Thun in seiner für die Vereinsgeschichte wichtigen Erhebung[576] für das Jahr 1881 auf insgesamt 495 Vereine auf dem Kantonsgebiet, während das Vereinsverzeichnis für das Stadtgebiet (ohne die Landgemeinden Kleinhüningen, Riehen und Bettingen) im Jahr 1880 352 Vereine zählt und für 1883 deren 421. Auch wenn wir berücksichtigen, dass Thun wie schon Adolf Christ 1859 auch die Universität und ihre Anstalten, Zünfte und andere städtische Stiftungen mitzählt,[577] lässt sich der Unterschied von rund 150 Vereinen nicht erklären; Thun listet für die drei Landgemeinden nur insgesamt 14 Vereine und Gesellschaften auf.[578]

Da zwischen 1877 und 1915[579] die Vereinsverzeichnisse immer nach derselben Systematik in 14 Rubriken geordnet sind, lassen sich die Entwicklungen der einzelnen Vereinsgruppen gut miteinander vergleichen (vgl. Tabelle 11, S. 432–434). Dank der Einteilung in Rubriken lässt sich auch beobachten, wie die GGG als Gesamtorganisation zwischen 1877 und 1915 ihre Arbeitsgebiete definierte, in welchen Bereichen die Kommissionen tätig waren und wie sich diese Bereiche entwickelten. Denn die meisten Kommissionen und Unterkommissionen der GGG hatten selbständige Eintragungen im Vereinsverzeichnis. Nur die von der GGG betriebenen Schulen wurden bis nach 1900 ausschliesslich im Verzeichnis der Behörden und öffentlichen Anstalten unter der Rubrik Privatschulen aufgeführt. Da gewisse Einrichtungen der GGG im Vereinsverzeichnis mehrfach aufgeführt waren oder Unterkommissionen, die von der GGG nicht als selbständige Organisationen angesehen wurden, eigene Einträge im Vereinsverzeichnis erhielten wie zum Beispiel die Mägdestiftung, stimmen die im Vereinsverzeichnis enthaltenen Einträge zu den Einrichtungen der GGG nicht mit der GGG-internen Zählung der Kommissionen überein. Gerade wegen dieser «Unregelmässigkeiten» vermitteln diese Einträge aber ein genaues Bild, wie die GGG ihre Einrichtungen in der Öffentlichkeit dargestellt haben wollte.

Zur GGG gehörende Vereine und Einrichtungen finden sich nicht in allen Rubriken der Vereinsverzeichnisse zwischen 1874 und 1915. In sieben der insgesamt 14 Vereinsgruppen wurden nie GGG-Kommissionen aufgeführt. Erstaunt das Fehlen solcher Kommissionen und Einrichtungen in den Rubriken I, II, III und XII nicht,[580] fällt doch auf, dass keine GGG-Kommission sich je als religiöser Verein definierte. Denn einige Kommissionen wurden ausschliesslich von Vertretern der Erweckungsbewegung geführt wie zum Beispiel die Kommission, die sich mit der Erziehung junger Taubstummer beschäftigte, die schliesslich sehr eng mit der von Christian Friedrich Spittler-Goetz gegründeten Taubstummenanstalt in Riehen zusammenarbeitete. Ebenso hat sich nie eine Kommission als geselliger Verein eintragen lassen. Belustigungen um ihrer selbst willen vertrugen sich offenbar nicht mit dem Zweckartikel der Gesellschaft. Auch Wissenschaftlichkeit war nichts, womit sich die Gesellschaft als Ganzes identifizierte. In der Rubrik VI: *Vereine zur Beförderung wissenschaftlicher Bestrebungen und zum Unterhalt der Sammlungen* trug sich nur die 1864

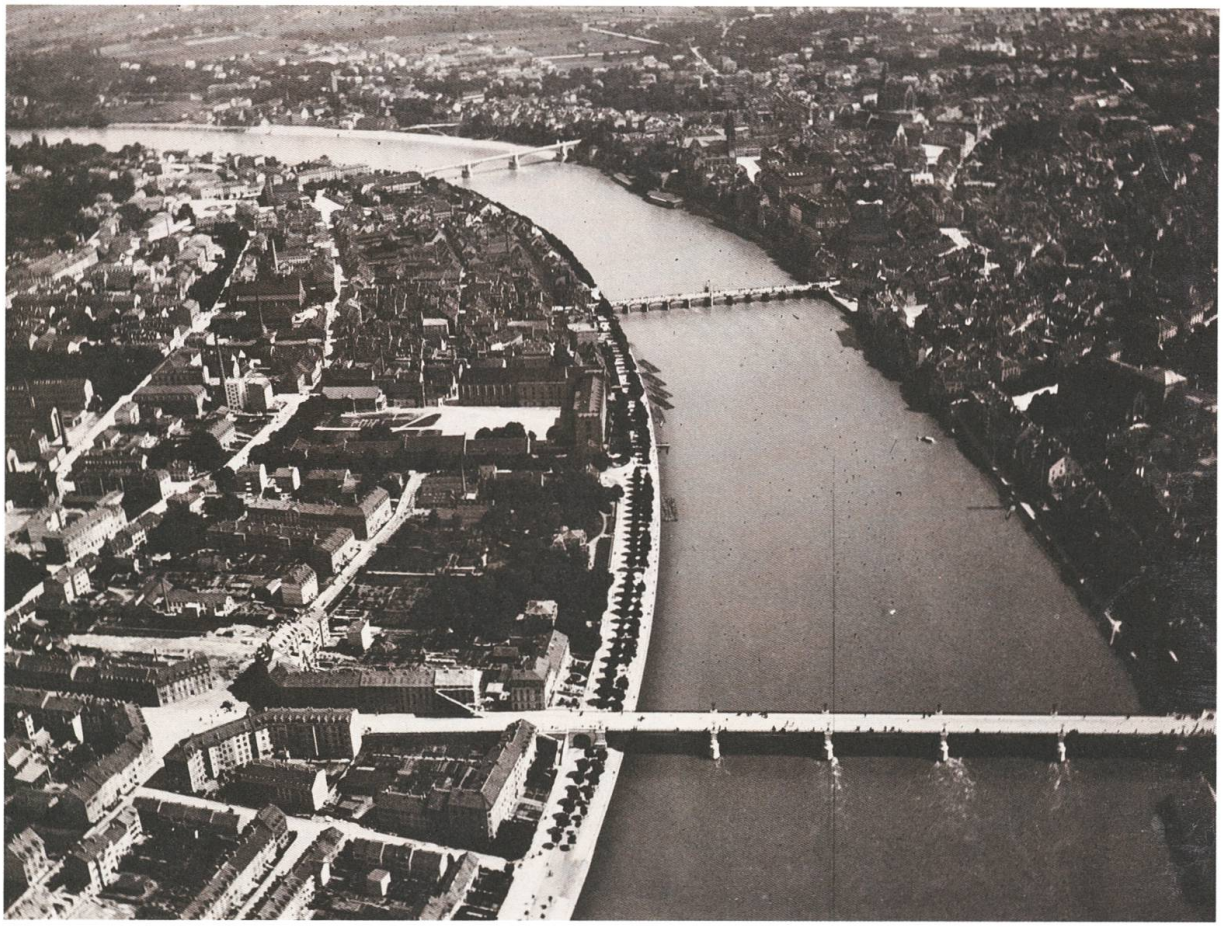
gegründete Kommission für populäre Vorträge ein, die von der GGG unabhängig war, aber von ihr finanziell unterstützt wurde. Trotzdem unterliess es die Gesellschaft nicht, am Ende des Haupteintrages zur Gesellschaft als Ganzes in der Rubrik XIII: *Gemeinnützige Vereine und Anstalten* in der Liste ihrer Einrichtungen und Leistungen auch alle wissenschaftlichen Sammlungen zu erwähnen, die sie unterstützte.

Auch in der Rubrik VII: *Wissenschaftliche und Bildungsvereine* war die GGG in diesem Zeitraum nur mit zwei Kommissionen vertreten: mit den zur GGG gehörenden Bibliotheken[581] und der Kommission zum Neujahrsblatt. Die Repetierschulen, die Nachfolgeorganisation der Näh- und Flickschulen und der Fabrikschule, wurden zunächst nur unter den Privatschulen aufgeführt und später zu den «gemeinnützigen» Einrichtungen in der Rubrik XIII gezählt, wie die Frauenarbeitsschule, solange sie von der GGG betrieben wurde. Ähnlich stellt es sich bei der Kommission für Musik und Gesangsunterricht dar, aus der sich die Musikschule und das Konservatorium entwickelten: Auch die Zunahme der Eintragungen in der Rubrik VIII: *Musik- und Kunstvereine* widerspiegelt kein Wachstum. Die Zahl der von der GGG unterstützten reformierten Kirchengesangsvereine verdoppelte sich nur wegen der Richtungskämpfe in der Basler Staatskirche. Gegenläufig zum allgemeinen Trend war hingegen die Entwicklung der Rubrik XIV: *Wohltätige Vereine und Anstalten*. War die Zahl der GGG-Einrichtungen in dieser Rubrik 1880 noch deutlich rückläufig, während die Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes einen Höhepunkt erreichte, wuchs die Zahl der Einrichtungen in dieser Rubrik zwischen 1892 und 1901, die Entwicklung der Gesellschaft in den Hauptarbeitsgebieten blieb gesamthaft auf dem Stand von 1880 stehen.

Die absolute Zahl der GGG-Kommissionen veränderte sich zwischen 1874 und 1915 zwar nur in den Rubriken XI: *Vereine und Anstalten zu technischen und wirtschaftlichen Zwecken* und XIII: *Gemeinnützige Vereine und Anstalten*. Trotzdem blieb der Bildungsbereich ein wichtiges Arbeitsfeld der Gesellschaft, das grosse Investitionen band. Aber die Zahl der in diesem Bereich ausgewiesenen Kommissionen veränderte sich nicht gross, auch wenn wir die bei den Privatschulen aufgeführten GGG-Einrichtungen mitberücksichtigen.

Aus den allgemeinen Vereinszahlen und der Zahl der zur GGG gehörenden Organisationen in den Adressbüchern zwischen 1874 und 1916 lässt sich die Entwicklung der GGG-Kommissionen im Vergleich zum allgemeinen Wachstum der Basler Vereine ermitteln (vgl. Tabelle 12, S. 435). Das Basler Vereinswesen weist in den Jahren zwischen 1877 und 1889 sowie 1895 und 1907 anteilsmässig die höchsten Wachstumsraten auf. Am auffälligsten ist der Wachstumsschub der Basler Vereine von fast 31 Prozent zwischen 1877 und 1880, dessen Auswirkungen Thun sehr plastisch beschreibt. Die zweite Wachstumsphase zwischen 1895 und 1901 mit 10 bzw. 9 Prozent nimmt sich im Vergleich fast bescheiden aus. Der Sprung zwischen 1877 und 1880 lässt sich mit der demographischen Entwicklung dieser Jahre

[Abb. 61]



[61] Blick auf Basel im Juni 1895 aus dem Luftballon Urania. Um die rasch wachsenden neuen Stadtteile links und rechts des Rheins besser zu verbinden und den Verkehr in der Stadt zwischen den drei Bahnhöfen zu erleichtern, waren 1878/79 die Wettsteinbrücke und 1882 die Johanniterbrücke gebaut worden. Um die Brückenköpfe im Kleinbasel herum entstanden neue Mittelstandsquartiere wie z. B. die Feldbergstrasse und der Erasmusplatz in der Verlängerung der Johanniterbrücke im Vordergrund.

allein nicht erklären. Das Wachstum der Vereine liegt mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 10 Prozent wesentlich höher als das Bevölkerungswachstum mit 3,1 Prozent.[582] Die Entwicklung der Vereinszahlen korreliert besser mit sozialen und soziopolitischen Entwicklungen in der städtischen Gesellschaft, den *«mächtigen Impulsen zu gewissen Zeitpunkten»*, von denen Thun spricht.

Das auffällige Ansteigen der Vereinszahlen in den Jahren 1877 und 1880 stand in engem Zusammenhang mit dem endgültigen Zusammenbruch des sogenannten Ratsherrenregiments zwischen 1877 und 1881. Heftige politische und konfessionelle Auseinandersetzungen innerhalb der Einwohnerschaft Basels führten zu einer starken Gruppenbildung in der städtischen Gesellschaft. Die verschiedenen sozialen, religiösen und politischen Richtungen schufen sich, um sich voneinander abgrenzen zu können, ihr je eigenes soziales und politisches Netzwerk.[583] Dieser Vorgang spiegelt sich auch in der Entwicklung der Mitgliederzahlen der GGG: Zwischen 1868 und 1878 erlebte die Gesellschaft ihre stärkste Wachstumsphase (vgl. Graphik 1, S. 160). Die innerkonfessionellen Spannungen zwischen «Liberalen» und «Traditionalisten» bei Reformierten, Katholiken und Juden vervielfältigten die Gemeindevereine. Dies erklärt den hohen Anteil von Vereinen mit religiösem Charakter oder mit konfessionellem Hintergrund, zu denen mehr als 26 Prozent aller Vereine zwischen 1874 und 1886 gehörten.[584] Der Rückgang des Wachstums der Vereine nach 1892 lief parallel zur Beruhigung und Stabilisierung der politischen und religiösen Situation, obwohl die Stadtbevölkerung weiterhin stark wuchs.

Die zweite Wachstumsphase des Basler Vereinswesens zwischen 1895 und 1907 ist komplexer als die erste. Sie begleitete eine Periode sehr hoher Bevölkerungszunahme. Die Volkszählungen von 1888 und 1900 weisen mit jährlich durchschnittlich 3,6 Prozent die mit Abstand höchsten Wachstumsraten im 19. Jahrhundert überhaupt aus; diese gehen dann bis 1910 wieder auf rund 2 Prozent zurück.[585] Wohnungsnot, hohe Arbeitslosenzahlen, politische Auseinandersetzungen um die Verstaatlichung der Armenfürsorge und die Schaffung staatlicher Sozialversicherungen prägten jene Jahre. Die soziale und weltanschauliche Abgrenzung innerhalb der Bevölkerung verstärkte sich. Jugendorganisationen jeglicher Art entstanden in grosser Zahl oder wurden bestehenden Organisationen angegliedert. Die freisinnige Partei verlor ihre politische Übermacht an die beiden grossen Volksparteien, die Katholische Volkspartei und die Sozialdemokratische Partei. Nach der Einführung des Wahlproporzes 1904 verfügten diese zusammen erstmals über die Mehrheit der Sitze im Kantonsparlament. Die Entwicklung der verschiedenen Vereinsgruppen war in dieser zweiten Wachstumsperiode viel unausgeglichener als noch in den siebziger und achtziger Jahren.

Nehmen wir die Wachstumsrate aller Vereine von rund 24 Prozent als Richtwert, um die unterschiedliche Entwicklung in den verschiedenen Vereinssparten zu illustrieren (vgl. Tabelle 13, S. 435). Wissenschaftliche und Bildungsvereine stagnieren, die Zahl der geselligen Vereine ist sogar

rückläufig. Niedrige Zuwachsraten weisen auch die vaterländisch/politischen Vereine und die Sport- und Turnvereine auf. Im allgemeinen Trend liegen die religiösen Vereine und die Hilfskassen. Überdurchschnittlich wachsen hingegen die Militär- und Schützenvereine, die gemeinnützigen und wohltätigen Vereine sowie die wirtschaftlich-technischen Vereine. Zu dieser letzten Rubrik zählen die Berufsverbände, die Gewerkschaften und die Arbeitgeberorganisationen. Die wachsende Vereinszahl spiegelt also die sozialen und politischen Auseinandersetzungen dieses Zeitraums wider. Besonderen Zuwachs hatten in diesem Zeitraum aber auch die Kunst- und Musikvereine sowie die Studenten- und Schülerverbindungen, was wahrscheinlich dem Ausbau der Jugendorganisationen in allen Bereichen der städtischen Gesellschaft geschuldet ist. Die auffällige Zunahme der Musik- und Kunstvereine hatte auch in der Entwicklung der GGG ein Echo. Sie schuf 1900 die Kommission zur Veranstaltung von Volkskonzerten, eröffnete 1902 Lesesäle der Allgemeinen Bibliotheken im Schmiedenhof und gründete 1904 die Kommission zur Führung durch die Museen und Sammlungen. Das Projekt, ein Volkshaus einzurichten, das 1900 ins Gesellschaftsprogramm aufgenommen wurde, musste 1906 wieder aufgegeben werden, als die öffentliche Hand die Burgvogtei in ein Volkshaus umbaute.

Auch wenn die GGG auf die allgemeinen Entwicklungen im Vereinswesen zwischen 1895 und 1907 sehr sensibel reagierte, konnte sie mit dem allgemeinen Wachstumsrhythmus nur zwischen 1874 und 1880 wirklich Schritt halten (vgl. Tabelle 12 und 13, S. 435). Die Entwicklung der Mitgliederzahlen nach 1880 relativ zum Wachstum der Stadtbevölkerung zeigt ein ähnliches Bild (vgl. Graphik 1, S. 160). In allen wichtigen Arbeitsfeldern, im Bildungsbereich (Rubrik VII und GGG-Schulen der Übersicht)[586] und auf dem Gebiet der Fürsorge und Sozialpolitik (Rubrik XI und XIII der Übersicht) erreichte die Gesellschaft 1880 ihre grösste Ausdehnung, die sie in den folgenden Jahren konsolidieren und festigen konnte. Auch die Entwicklung der Einträge der GGG unter den Privatschulen bestätigt dieses Bild.[587] Zwar näherten sich zwischen 1892 und 1895 die Wachstumsraten der Gesellschaft wieder dem allgemeinen Trend an (vgl. Tabelle 12, S. 435). Dieser kurze Aufschwung verflachte nach 1895 jedoch rasch wieder, wenn wir den auffälligen Sprung zwischen 1901 und 1904 ausser Acht lassen. Bis 1895 (vgl. Tabelle 11, S. 432–434) wurde das Angebot im Bereich Turnen und Sport ausgebaut mit der Einrichtung der Jugendspielkommission 1893 und der Beteiligung am Turnhallenbau im Kleinbasel sowie der Schaffung einer zweiten Turnkommission im Kleinbasel 1894, die die Nutzung der Halle verwaltete. Kontinuierlich wuchs bis 1901 nur ein Nebenbereich der GGG (Rubrik XIV: *Wohltätige Vereine und Anstalten*), in dem die GGG bis 1892 nicht sehr stark präsent gewesen war und aus dem sie sich vor 1877 sogar zurückgezogen hatte.

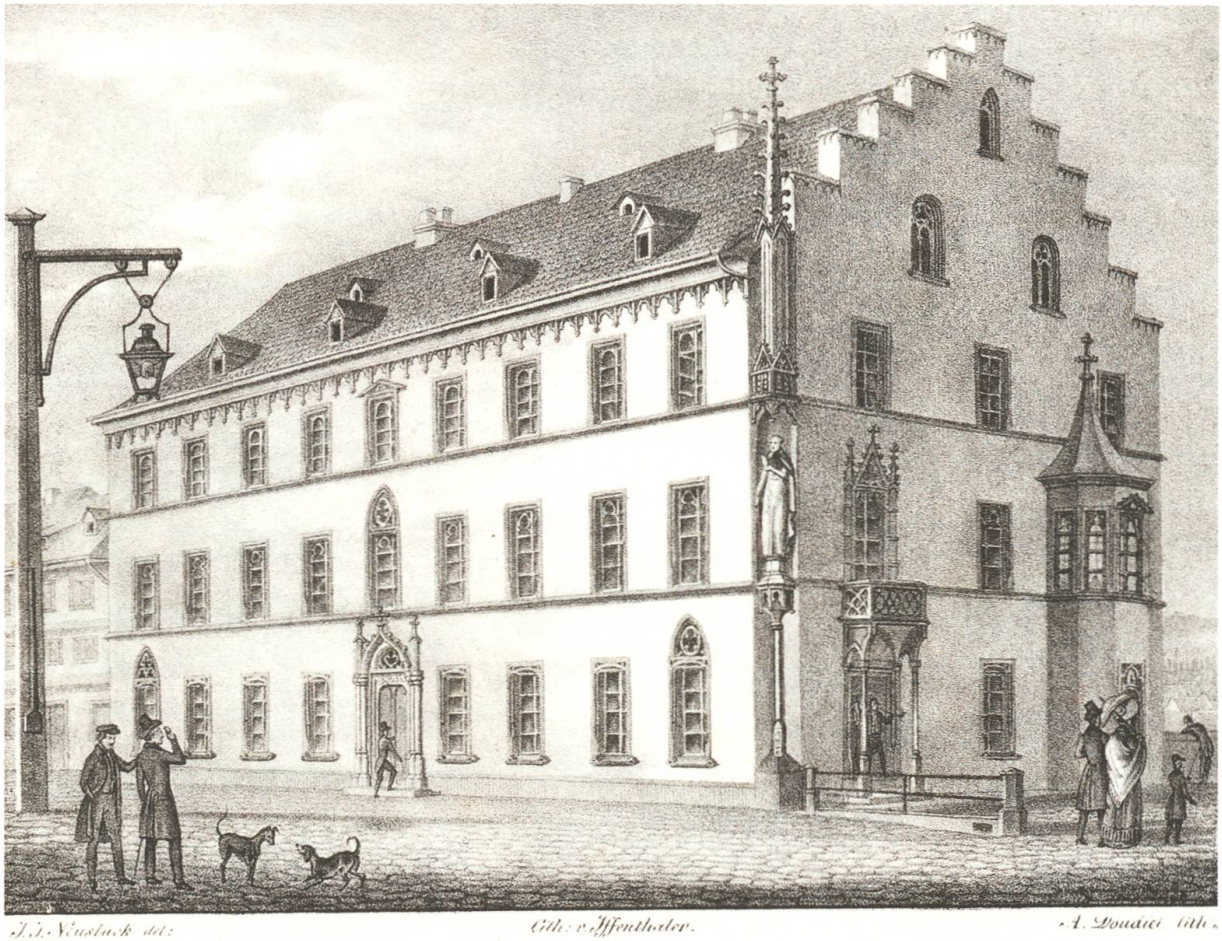
Der kurze Aufschwung der GGG in den Jahren zwischen 1892 und 1895 fällt zeitlich mit einer strategischen Neuausrichtung der Gesellschaft zusammen. 1887 wurde die Zeichnungs- und Modellierschule verstaatlicht.

In der vereinsinternen Erinnerung blieb dieses Ereignis als Übergriff der freisinnigen Regierung haften, da diese Privatschule ein Prestigeobjekt und wichtiges Aushängeschild der GGG war. Die Verstaatlichung bedeutete für die Gesellschaft aber auch eine finanzielle Entlastung. Geldreserven wurden plötzlich frei. Mit dem Ankauf und dem Umbau des Schmiedenhofs zum Vereinssitz 1889 bzw. 1891 setzte die GGG auf eine neue Form der öffentlichen Präsenz. Nicht mehr ausschliesslich ihre Gründungen, sondern die Zentralgesellschaft selbst und ihre Geschichte sollten im öffentlichen Raum zur Darstellung kommen. Die GGG war um 1890 die einzige der vor 1818 entstandenen grossen stadtbürgerlichen Gesellschaften ohne eigenen Sitz. Die GGG setzte mit dem Ankauf des Schmiedenhofs zugleich auch auf eine andere Bewirtschaftung des Gesellschaftsvermögens. Die Wirtschaft hatte eben erst einen grösseren Börsenzusammenbruch überstanden. Immobilien erschienen nach dieser Erfahrung längerfristig eine sicherere Vermögensanlage als Obligationen und Aktien vor dem Hintergrund der rasch expandierenden Stadt. Um eine Konsolidierung der Ausgaben zu erreichen, wehrte sich der GGG-Vorstand 1894 kaum, die rasch wachsende Frauenarbeitsschule dem Staat zu übergeben, um sich ganz auf den Ausbau der Musikschule und des Konservatoriums sowie der GGG-Bibliotheken konzentrieren zu können. Eine Fokussierung war notwendig, da die geplante und 1889 ins Leben gerufene Freie evangelische Volksschule, ein politisches Prestigeprojekt des religiös-konservativen Stadtbürgertums gegen die säkulare freisinnige Schulpolitik, im Bereich der Privatschulen eine ganz neue Situation schuf. Die GGG musste damit rechnen, Spendengelder und Legate für den Bildungsbereich aus diesen Kreisen zu verlieren.

Insgesamt verlangsamte sich die Entwicklung der GGG nach 1880 im Vergleich mit der allgemeinen Entwicklung des Basler Vereinswesens deutlich, obwohl die Zahl der Kommissionen absolut von rund 40 auf rund 60 bis zum Ersten Weltkrieg anstieg. Relativ halbierte sich jedoch der Anteil der GGG-Organisationen am Basler Vereinswesen zwischen 1874 und 1913, obwohl die absolute Zahl der GGG-Kommissionen sich im selben Zeitraum fast verdoppelte (vgl. Tabelle 14, S. 436).

Die Leitung der Gesellschaft war sich dieser Entwicklung durchaus bewusst, wie sich anhand des auffälligen Zuwachses der im Vereinsverzeichnis eingetragenen GGG-Kommissionen zwischen 1901 und 1904 zeigen lässt. Dieser war in erster Linie einer erhöhten Anzahl Einträge in der Rubrik XIII: *Gemeinnützige Vereine und Anstalten*, dem Hauptarbeitsgebiet der GGG, geschuldet. Eine ähnliche Zunahme der Einträge lässt sich aber auch in anderen Rubriken beobachten.[588] Dahinter steht eine bewusste Manipulation; bei genauerer Analyse stellt sich nämlich heraus, dass verschiedene Kommissionen so in Unterabteilungen aufgeteilt wurden, dass mehr Einträge entstanden, ohne dass die tatsächliche Zahl der Kommissionen zugenommen hätte. Dass diese Manipulation in erster Linie die Rubrik XIII: *Gemeinnützige Vereine und Anstalten* betraf, ist ein weiterer

[Abb. 62]



[62] Das 1832 neu erbaute Gebäude der Allgemeinen Lesegesellschaft am Münsterplatz 8 auf einer Lithographie nach einem Stich von Johann Jakob Neustück. Deutlich erkennbar ist an der Ecke der Eingang zur Wirtschaft im Parterre. Der Eingang am Münsterplatz erlaubte den Zugang zu den Lesesälen, Bibliotheksräumen und den Sitzungszimmern in den oberen Stockwerken. Zwischen 1832 und 1890 hielt die GGG hier ihre Vorstandssitzungen ab. Das Archiv befand sich teils im Sitzungszimmer, teils auf dem Estrich.

Hinweis darauf, welches Gewicht die GGG einer starken Präsenz gerade in diesem Segment des Basler Vereinswesens zumass. Seit 1854 beanspruchte die GGG hier eine führende Rolle durch die Art, wie sie sich im Vereinsverzeichnis repräsentierte.[589] Um die Jahrhundertwende erhielt die GGG aber von unerwarteter Seite Konkurrenz in diesem Kernbereich ihrer Tätigkeit, der Gemeinnützigkeit: Damals entstanden in Basel sehr aktive Sektionen aller grossen nationalen Frauenverbände, die sich rasch eine dominierende Stellung in der Kinder- und Familienbetreuung, Frauenbildung und Fürsorge für Frauen aufbauten. Sie besetzten auch in den Rubriken XI und XIII des Vereinsverzeichnisses immer mehr Raum.

3.5 Die GGG im freisinnigen Basel bis zur Jahrhundertwende

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts zählte die Stadt Basel nicht nur immer mehr Einwohner, auch die Stadt selbst wuchs rasch. Drei Bahnhöfe banden sie in den internationalen Verkehr und Handel ein. Um den mittelalterlichen Stadtkern legten sich immer mehr neue «Aussenquartiere», und zwei neue Brücken – die «untere Brücke» (heute Johanniterbrücke) und die «obere Brücke» (heute Wettsteinbrücke), erbaut zwischen 1878 und 1882, brachten die beiden durch den Rhein getrennten Stadtteile einander näher. Gleichzeitig entstand jenseits der Landes- und Kantonsgrenzen ein Gürtel von Slums und Arbeitersiedlungen. Denn der Bau der rasch wachsenden und sich erneuernden Stadt und der Umschlag der die Stadt passierenden Waren beschäftigten weit mehr Menschen als eine Aufenthaltserlaubnis erhalten oder billigen Wohnraum finden konnten. Wenn auch zögerlich und mit einiger Verspätung im Vergleich zu anderen Vereinen und Gesellschaften beschränkte auch die GGG ihre Tätigkeit nicht mehr nur auf die Altstadtquartiere des Gross- und Kleinbasels. Mit der Eröffnung des Bläsistifts erhielt die GGG 1890 neben dem Gesellschaftssitz im Grossbasel ein zweites Standbein in einem Arbeiterquartier des Kleinbasels. Die GGG weitete in diesen Jahren aber nicht nur ihre Tätigkeit in der sozialen und urbanen Peripherie der wachsenden Stadt aus. Sie schuf sich auch im Zentrum der bis in die neunziger Jahre vollständig sanierten Altstadt zwischen Barfüsserplatz und Rheinbrücke einen repräsentativen Gesellschaftssitz an der neuen Geschäfts- und Flaniermeile entlang der Falknerstrasse und der Gerbergasse. Anhand der Entwicklung der 1874 gegründeten Kommission für die Verschönerung der Umgebungen Basels lässt sich auch verfolgen, wie die GGG sich an der Urbanisierung der weiteren Umgebung Basels beteiligte, als rund um die Stadt Naherholungsgebiete für die Stadtbevölkerung im weiteren Umfeld der alten und neuen Landsitze der Basler Oberschicht in Binningen, Riehen, Münchenstein, Muttenz, Pratteln, Arlesheim und im oberen Baselbiet entstanden.

Das Wachstum der GGG im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts war dem *«äussern Aufschwung»* geschuldet, den Basel *«seit dem Jahre 1877 genommen hat; aus einer Stadt von 60,000 Einwohnern ist in diesen 25 Jahren eine solche von 110,000 geworden; es ergiebt sich demnach die Vergrösserung mancher unserer Anstalten unmittelbar aus dem Wachstume unserer Stadt»*, schreibt Paul Speiser-Sarasin 1902.[590] Auch wenn das Wachstum der Gesellschaft nicht mit dem demographischen Wachstum Schritt halten konnte, machte die GGG zwischen 1877 und 1902 erstaunliche Fortschritte. Hatte die Gesellschaft 1877 40 Kommissionen, waren es 1901 60. Das Vermögen der Gesellschaft erhöhte sich in diesen fünfundzwanzig Jahren um ein Fünftel auf fast eine halbe Million Franken, *«wobei aber»*, wie Speiser sofort anmerkt, *«um den Verdacht kapitalistischer Tendenzen unserer Gesellschaft von vornherein zu beseitigen, konstatiert werden soll, dass nur die Hälfte dieses Vermögens in liquiden Kapitalanlagen besteht und der andere Teil in unsern Liegenschaften und unsern Aktiengesellschaften oder als Guthaben bei unsern Kommissionen investiert ist».*[591] Für den Verwaltungsfachmann Speiser fast noch wichtiger war jedoch das personelle Wachstum der Gesellschaft: *«Diesen Geldzahlen füge ich eine Personenzahl bei, welche einen Massstab für die Vergrösserung unseres Werkes giebt. Im Jahre 1877 waren in dem Räderwerke unserer gemeinnützigen Organisationen als Mitglieder von Kommissionen oder als Delegierte tätig 160 Freunde des Guten und Gemeinnützigen; heute sind es deren 300, also fast die doppelte Zahl.»*[592] Als *«trüben Flecken»* in der Erfolgsbilanz der Gesellschaft betrachtete Speiser einzig die im Verhältnis zum allgemeinen Bevölkerungswachstum rückläufigen Mitgliederzahlen.[593]

Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts entdeckte die GGG auch die Frauen und die Frauenbildung wieder, die sie seit den dreissiger Jahren vernachlässigt hatte. Sie arbeitete mit Frauenkomitees zusammen, die sich für mehr Kindergärten in den Arbeiterquartieren und die Bildung der Fabrikmädchen einsetzten, und machte sich mit der Gründung der Frauenarbeitsschule 1878 für die berufliche Aus- und Weiterbildung von Frauen stark. Damit nahm die GGG eine Debatte auf, die innerhalb des konservativen Stadtbürgertums geführt wurde. Seit Mitte der sechziger Jahre begann man besonders in religiös-konservativen Kreisen über ein Mitspracherecht der Frauen und ihre aktive Teilnahme an der Mission und in der Fürsorge und Armenpflege zu sprechen. 1894 ging der religiös-konservative Bandfabrikant und Sozialpolitiker Rudolf Sarasin(-Stehlin)-Thiersch, eines der führenden GGG-Mitglieder dieser Epoche und Mitgründer der Frauenarbeitsschule 1878, sogar so weit, in seiner Funktion als Grossrat und Mitglied der Kommission zur Beratung einer Arbeitslosenversicherung auch für Frauen und Mädchen, die in den Fabriken arbeiteten, das Stimmrecht in den geplanten, aus Arbeitern und Fabrikanten bestehenden Fabrikausschüssen zu verlangen.[594] Frauen und Mädchen stellten einen grossen Anteil des Personals in der Seidenbandindustrie. Es war eine übliche Praxis der Fabrikanten, bei einer «Stockung», das heisst einem Rückgang der Aufträge, zuerst Frauen und Mädchen zu entlassen.[595]

Starken Einfluss auf die GGG hatte bis zur Jahrhundertwende die politische Entwicklung im Kanton Basel-Stadt. Der Zusammenbruch des konservativen «Ratsherrenregiments» 1874 kam allerdings nicht unerwartet für das regierende Stadtbürgertum. Jüngere liberale und konservative Politiker überschritten schon vorher in wirtschaftlichen Fragen und in Fragen der Verwaltungsreform parteipolitische Grenzen. Die Freisinnigen konnten sich nach ihrem Wahlsieg 1874 auch nicht sofort politisch durchsetzen. Die Auseinandersetzungen um die Schulreform verschafften den Konservativen bei den Grossratswahlen 1878 einen letzten Sieg. Die Gewinner der Wahl, die nun die Mehrheit im Grossen Rat besassen, sprengten den Regierungssitz des radikalen Wilhelm Klein-Schabelitz.[596] Neuer Vorsteher des Erziehungsdepartements wurde der liberalkonservative Paul Speiser-Sarasin, der die von Klein-Schabelitz eingeleitete Schulreform mit einem Kompromiss, dem Schulgesetz von 1880, zu einem Abschluss brachte. Erst nach 1882 dominierten die Freisinnigen über Jahrzehnte den Grossen Rat und die Regierung: 1884 waren sogar sechs der sieben Regierungsräte Freisinnige. Nur der Bürgerrat der 1876 neu geschaffenen Bürgergemeinde Basel blieb bis zur Jahrhundertwende vorwiegend konservativ. Nach 1882 zeigte sich aber auch, dass innerhalb des Stadtbürgertums eine mehrheitlich konservative ältere Generation einer jüngeren liberal-konservativen oder freisinnigen Generation gegenüberstand. Die soziale Dominanz des Stadtbürgertums in Regierung und Behörden blieb jedoch erhalten. Diese sollte erst die Einführung des Proporzwahlrechts 1904 aufbrechen.[597]

Die Einführung der Volkswahl der Regierungsräte führte nach 1890 zu einem gewissen politischen Ausgleich zwischen Freisinnigen und Liberal-Konservativen: Es kam zu einer bürgerlichen Koalition der Mitte. Der Freisinn besass zwar immer noch eine Mehrheit im Grossen Rat, war aber innerhalb der Regierung geschwächt: In den neunziger Jahren regierten drei Konservative neben vier Freisinnigen den Kanton. Bis 1904 organisierten sich auch die Katholiken und die Arbeiterschaft in eigenen Parteien. Eugen Wullschleger-Gabelmann, der dank einer Listenverbindung mit den Linksliberalen als erster Basler Arbeitervertreter 1886 in den Grossen Rat gewählt worden war, wurde 1902 auch erster sozialdemokratischer Regierungsrat. Den Katholiken fiel es schwerer, sich als Partei zu etablieren, da sie nach der Schliessung der katholischen Schule 1884 die politische Verbindung mit den Liberal-Konservativen aufgaben und eine politische Zusammenarbeit mit dem antikatholischen Freisinn oder ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten nicht in Frage kam.

Für die Entwicklung der Sozialpolitik von Bedeutung war die Verfassungsrevision von 1889, die den Staat verpflichtete, *«nach Kräften für die Wohlfahrt des Volkes* [zu] *wirken und dessen Erwerbsfähigkeit* [zu] *heben».*[598] Die Armenpflege sollte zwar weiterhin Sache der Bürgergemeinde und der freiwilligen Tätigkeit bleiben, aber der Staat sollte *«die gesetzlichen Bestimmungen über Krankenpflege erlassen und diese unterstützen und alle freiwilligen Bestrebungen unterstützen, welche auf die Fürsorge für das Alter ausgehen».*[599] Die

Liberalen und Konservativen akzeptierten die Idee, dass der Staat regelnd eingreifen sollte, zum Beispiel mit einem Obligatorium für die Krankenversicherung für kantonsfremde Arbeitskräfte, wehrten sich aber heftig gegen eine allgemeine Versicherungspflicht aller Einwohner des Kantons und gegen die Idee, dass der Staat das Armenwesen nicht nur mit Gesetzen reglementieren, sondern einen Anspruch auf Leistungen garantieren sollte, die bisher «freiwillig» von Privaten erbracht wurden.

Die politische Bedeutung der GGG verstärkte sich für das Stadtbürgertum nach 1874. Mit dem Verlust der Regierungsgewalt nutzten führende liberale und konservative Politiker die GGG vermehrt als Plattform, um ihre Ideen öffentlich zu diskutieren und praktisch umzusetzen. In Sachfragen war in den GGG-Kommissionen eine Zusammenarbeit über die Parteigrenzen leichter möglich als in der politischen Arena des Grossen Rats. Besonders geschickt nutzte der liberal-konservative Paul Speiser-Sarasin das Netzwerk der GGG für seine Karriere und seine politischen Ziele. Speiser prägte die Entwicklung der GGG bis über die Jahrhundertwende hinaus entscheidend. Seine Bedeutung für die Gesellschaft lässt sich daran ablesen, dass er nach 1870 das einzige Vorstandsmitglied war, das zweimal zum Vorsteher gewählt wurde.[600] Beide Wahlen, 1879 und 1902, erfolgten in einem für die GGG kritischen Moment. Auf dem Höhepunkt des sogenannten Schulstreits 1879, als Paul Speiser-Sarasin als Vorsteher des Erziehungsdepartements das Schulgesetz von 1880 vorbereitete, wurde er zum ersten Mal zum Vorsteher der GGG gewählt. Schon vorher hatte Speiser – parallel zu seiner Tätigkeit in der Regierung und im Kirchenrat sowie im Nationalrat[601] – das Präsidium in verschiedenen für das Prestige der GGG relevanten Kommissionen übernommen. 1871 und 1872 gehörte Paul Speiser dem Vorstand als Schreiber an. Als langjähriges Regierungsmitglied war Speiser für die GGG und ihre Projekte auch nach 1881 wichtig. Er dominierte die Finanz- und Sozialpolitik der jüngeren Liberal-Konservativen und stand zwischen 1886 und 1902 dem Finanzdepartement vor. 1886 war er für das neue Steuergesetz verantwortlich, das die Progressionssätze der Vermögenssteuer erhöhte, die unteren Einkommen entlastete und die Erbschaftssteuer zum ersten Mal auf die direkte Linie ausdehnte. In seiner Funktion als Vorsteher des Finanzdepartements hatte Speiser auch ein gewichtiges Wort mitzureden bei der Verstaatlichung der Zeichnungs- und Modellierschule 1887 und der Frauenarbeitsschule 1894. Finanziell waren die Übergabebedingungen für die GGG in beiden Fällen vorteilhaft. 1902 – vor der Einführung des Wahlproporzes – war Speiser wieder Vorsteher. Er war 1902 auch Präsident der Kommission der Musikschule und leitete in dieser Funktion den Bau des neuen Gebäudes am Leonhardsgraben. Vorbereitet wurde dieses innerhalb der GGG nicht unumstrittene, teure Grossprojekt von der Gründung der Kommission für Volkskonzerte 1900. Sie verschaffte auch der arbeitenden Bevölkerung Zugang zu Basels Musikkultur durch zweimal jährlich stattfindende, stark verbilligte Aufführungen in der Martinskirche und im Musiksaal am Barfüsserplatz. Auch diese Kommission präsidierte Paul Speiser in den ersten Jahren ihres Bestehens.

Wie andere Vertreter des Stadtbürgertums, die in zweiter, dritter und zum Teil vierter Generation leitende Funktionen in der GGG wahrnahmen, verkörperte Paul Speiser den für das Selbstverständnis dieser Kreise zentralen Wert der Familientradition, die nach 1874 mit zahlreichen *«Ehrenpflichten»* verbunden war. Sein Vater Johann Jakob Speiser-Hauser hatte sich besonders um die Reorganisation der Zinstragenden Ersparniskasse verdient gemacht. In der Jubiläumsansprache von 1902 nahm Paul Speiser explizit Bezug auf die Vorsteherrede seines Vaters im Revolutionsjahr 1848: *«Ich wähle, um diesen Festvortrag zu schliessen, das Schlusswort des mir am nächsten stehenden Vorstehers des Jahres 1848»*,[602] eine Anspielung, die den damals Anwesenden unmittelbar verständlich war. «Freiwilligkeit» und «Ehrenamt» wurden nach 1875 zentrale Begriffe des Selbstverständnisses des Stadtbürgertums. Die konservativen Vorstellungen des idealen Staates und der idealen Gesellschaft spiegelten sich im Selbstbild der GGG dieser Jahre. Man betonte die Rolle *«leitender Persönlichkeiten»* und der *«freien Vereinigung»* als Grundlagen des *«Gemeinwesens»*.

Die in der GGG organisierten Männer waren gegen eine zentrale Leitung, weil man die zentralistischen Staatsvorstellungen der Freisinnigen ablehnte. Es waren die Kommissionen und Einzelpersönlichkeiten, nicht der Vorstand und die allgemeine Mitgliederversammlung, die obersten Vereinsorgane, die die Gesellschaft trugen und prägten. Vorsteher Adolf Burckhardt-Burckhardt formulierte dies 1869 so: *«Dazu tritt der Umstand, dass der Schwerpunkt unseres Wirkens weder im Vorstande, noch in den allgemeinen Sitzungen liegt, sondern dass die Verhandlungen derselben durch das von den Commissionen Gebotene genährt werden, und dass die Thätigkeit dieser Letztern wieder wesentlich bedingt wird durch das Bestreben Einzelner, die ihre Kräfte im Sinn und Namen der Gesellschaft für das allgemeine Wohl verwenden. In der That findet unsere Gesellschaft gerade darin ihre Lebenskraft, dass sie auf breitester Grundlage allen guten und gemeinnützigen Bestrebungen Raum bietet, und dass ihre Organisation sich allen Wünschen, allen neuen Bedürfnissen anbequemt, indem sie für ihre Arbeiten stets bereitwillige Kräfte findet, und indem sie anderseits sich durch die allgemeine Unterstützung getragen fühlt* [...]. *Sie gründet sich auf die Ueberzeugung, dass die freie Vereinigung überall da eintreten muss, wo ein kleines Staatswesen nicht hinreicht, und dass namentlich in der Republik ein gedeihliches, fortschreitendes Leben nur da möglich ist, wo die Einzelnen über die Staatszwecke hinaus in gemeinsamer Verständigung für das Gesammtwohl zu arbeiten bereit sind.»*[603] Die führende Rolle lag für Burckhardt auf allen Ebenen und in allen Gremien ganz selbstverständlich beim Stadtbürgertum.

Auch Georg Finsler, im Jahr 1900 Vorsteher, vertrat das dezentrale Organisationsmodell und die Vorrechte der *«freien Persönlichkeit»*, musste diese aber bereits gegen Kritik verteidigen, anders als sein Vorgänger 1869: Die Schwierigkeit der Übersicht über die GGG als Ganzes *«wird noch grösser, weil die Eigenart der einzelnen Commissionen sich naturgemäss nach der Eigenart ihrer Mitglieder richtet. Gewiss beklagen wir diesen Umstand nicht, im Gegentheil wir freuen uns über diese mannigfache individuelle Gestaltung; sehen wir doch*

darin nicht ein autoritäres Auftreten oder ungebührliches Hervortreten Einzelner, sondern wir erkennen darin ein erfreuliches Zeichen, dass meist die rechten Männer am rechten Posten stehen.»[604] Finsler sah, wie schon Burckhardt 1869, in der grossen Zahl der Kommissionen auch eine Garantie, dass die GGG immer genug motivierte freiwillige Mitarbeiter finden könne. Ganz so frei wie noch 1869 wollte Georg Finsler die Kommissionen aber nicht mehr schalten und walten lassen: *«Hauptsächlich durch den jetzigen Modus* [Berichtpflicht der Kommissionen schriftlich gegenüber dem Vorstand und mündlich gegenüber der Mitgliederversammlung] *ist dem Vorstand Gelegenheit gegeben, durch Fragen und Anregungen* [an der Mitgliederversammlung] *befruchtend und belebend auf die einzelnen Commissionen einzuwirken, wohl auch etwa durch einen Wink die Thätigkeit einer Commission vor Isolierung zu bewahren und in Verbindung mit andern zu setzen. Ist auch damit meistens der Nutzen der allgemeinen Sitzungen erschöpft, so ist doch ein positives Resultat erreicht und wir sind damit zufrieden.»*[605] Die Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder sah demnach auch noch um 1900 die Aufgabe des Vorstandes vor allem darin, die Gesellschaftstätigkeit zu koordinieren und nach aussen zu repräsentieren, nicht aber die Gesellschaft als Ganzes zu leiten. Diese Haltung sollte noch die Statutenrevision von 1916 prägen.

Gerade die dezentrale Organisationsstruktur erleichterte es dem im letzten Viertel des 19. Jahrhundert in sich tief zerstrittenen Stadtbürgertum, in Sachfragen unter sich Allianzen zu schmieden oder nicht zum Stadtbürgertum gehörende Politiker und Wirtschaftsfachleute in Kommissionen und den Vorstand zu kooptieren. Die GGG berief zum Beispiel immer wieder führende freisinnige Politiker in wichtige Kommissionen und in den Vorstand, wie zum Beispiel die Wahl des freisinnigen Regierungsrates Richard Zutt 1888 zum Vorsteher zeigt oder die enge Zusammenarbeit mit dem führenden freisinnigen Versicherungsstatistiker Hermann Kinkelin in Kommissionen, die sich mit Versicherungsfragen zu beschäftigen hatten. 1886 wurde – als Ersatz für den in seiner Amtszeit erkrankten Kirchenhistoriker und Professor Rudolf Staehelin-Stockmeyer – erstmals sogar ein Nichtbasler zum Vorsteher gewählt:[606] der aus Zofingen stammende, konservative Appellationsgerichtsschreiber Traugott Siegfried, Mitglied des konservativen Eidgenössischen Vereins und enger Vertrauter von Andreas Heusler-Sarasin. Der erste regulär zum Vorsteher gewählte Nichtbasler war 1900 Georg Finsler aus Zürich.

Die politische Bedeutung der GGG erhöhte sich nach 1874, weil es unter der freisinnigen Regierung – auch nach der Verfassungsrevision von 1889 – in der Stadt Basel und im Kanton Basel-Stadt weiterhin keine zentralisierte staatliche Armenpflege gab. Die GGG konnte als finanzkräftige nichtstaatliche, vom Stadtbürgertum dominierte Organisation ihr ganzes Gewicht ins Spiel bringen. Die neue Kirchenverfassung von 1874 beseitigte zwar die bisher für die Sozialpolitik des Stadtbürgertums so wichtigen Kirchenbänne, die eng mit den kommunalen Strukturen verhängt gewesen waren. Deren Rolle hatte funktional jedoch bereits 1870 die neugeschaffene

Freiwillige Armenpflege übernommen, in der die ursprünglich von der GGG gegründete Krankenkommission aufgegangen war. Die Freiwillige Armenpflege arbeitete weiterhin eng mit der GGG und ihren Kommissionen zusammen. Diese Neuerungen schwächten zwar den institutionellen Einfluss der Kirche, personell war die reformierte Landeskirche aber weiterhin dominant in der Freiwilligen Armenpflege vertreten, die auch von einem protestantischen Pfarrer geführt wurde. Zudem blieb die Freiwillige Armenpflege, die sich in erster Linie um die niedergelassene Bevölkerung zu kümmern hatte, ein privater Verein.

Mit der Konstituierung der Christoph Merian Stiftung (CMS) nach dem Tod von Margaretha Merian-Burckhardt 1886 verstärkte sich das Gewicht der privaten Wohltätigkeit weiter, die im Fall der CMS institutionell eng mit der 1876 geschaffenen Bürgergemeinde Basel verhängt war. Erst mit dem Armengesetz von 1897 und mit der Schaffung der Allgemeinen Armenpflege im Jahre 1898 nahm der Kanton im Interesse der niedergelassenen Bevölkerung das ihm bereits 1889 von der Verfassung übertragene Aufsichtsrecht im Armenwesen wahr. Aber auch die Allgemeine Armenpflege blieb formal bis 1911 ein privater Verein, der nur einen kleinen Teil der zahlreichen, mehrheitlich privaten Fürsorgeeinrichtungen Basels kontrollierte – klein im Vergleich zum GGG-Verband und zu den von der Bürgergemeinde kontrollierten und von der CMS finanzierten Einrichtungen.[607]

Die dezentrale Organisation der GGG half auch, die nach 1874 immer virulenteren religiösen Auseinandersetzungen innerhalb des Stadtbürgertums zwischen «Liberalen» und «Positiven» zu dämpfen. Diese sogenannten Richtungskämpfe in der reformierten Kirche waren innerhalb des Bürgertums eng mit den politischen verschränkt und wurden nach 1874 durch die Politisierung der «positiven» Männervereine in den Kirchgemeinden intensiviert. Da die Konservativen vor 1874 keine politische Parteiorganisation besassen und die Verfassung von 1875 die Zunft- und Bezirkswahlen aufhob, verlor das konservative Stadtbürgertum seine hergebrachten politischen Organisationsstrukturen vollständig. Die Konservativen griffen in dieser Situation auf die «positiven» Männervereine der Kirchgemeinden zurück, bis sich daraus zwischen 1874 und 1882 die konservativen Quartiervereine entwickelt hatten. Erst 1905 – nach Einführung des Proporzwahlrechts – vereinigten sich diese Quartiervereine mit dem Safranverein, der politischen Organisation der konservativen Grossräte, und der Basler Sektion des Eidgenössischen Vereins zur Liberalen Partei.[608]

In der Sozialpolitik fanden die Konservativen nicht zu einer einheitlichen Haltung. Bis 1890 entwickelten sich vier Grundpositionen, die alle nebeneinander in der GGG vertreten waren. Die erste Gruppe, die sich schliesslich nach der Jahrhundertwende politisch durchsetzte, vertrat eine strikte Trennung von religiösen Überzeugungen und politischen Positionen, argumentierte in sozialen Fragen streng marktwirtschaftlich und dominierte nach 1905 das politische Programm der unter der Führung von Paul Speiser-Sarasin neu gegründeten Liberalen Partei. Daneben entwickelte sich im

religiös-konservativen Stadtbürgertum eine pointiert antipolitische Position, die allein auf die Evangelisation, das heisst die Missionierung der «entchristlichten» Massen und die Pflege «christlicher Gemeinschaft» setzte, fassbar einerseits im 1887 von Adolf Vischer-Sarasin gegründeten Evangelisations-Verein, andererseits in der von Reinhold Sarasin-Warnery 1889 gegründeten Gesellschaft für christliche Jünglingsvereine, der Vorläuferorganisation der lokalen Sektion des Christlichen Vereins Junger Männer. Beide, Adolf Vischer und Reinhold Sarasin, waren sehr aktiv in der GGG. Die anderen zwei Positionen gehörten auch zum religiös-konservativen Lager, waren aber politisch hochaktiv. Die «christlichsozialen» Stadtbürger hielten den Autoritäts- und Führungsanspruch des alten Stadtbürgertums gegenüber der Arbeiterschaft aufrecht und lehnten jede politische und gewerkschaftliche Selbstorganisation der Arbeiter strikt ab. Diese Gruppe organisierte sich zum Beispiel im 1894 von Unternehmern gegründeten Evangelisch-Sozialen Verein. Die «religiössoziale» Richtung unterstützte hingegen die Arbeiterbewegung. Die Vertreter dieser Gruppierung sahen im Aufkommen der Arbeiterbewegung die Vorankündigung des zweiten Kommens Christi am Ende der Zeit, wobei sich diese heilsgeschichtliche Überhöhung der Arbeiterschaft oder des einfachen «Volkes» politisch in zwei Richtungen entwickelte: Einerseits mündete sie in den christlichen Sozialismus eines Leonhard Ragaz oder Hermann Kutter, die die Entwicklung einer selbständigen christlichen Arbeiterbewegung unterstützten. Diese Richtung vertrat zum Beispiel der 1894 entstandene Evangelische Arbeiterverein, gegründet vom «Arbeiterpfarrer» Gustav Benz, Pfarrer zu St. Matthäus im Kleinbasel. Andererseits führten diese Überzeugungen aber – in Reaktion auf die 1874 geschaffene, de facto bekenntnislose Basler Landeskirche – auch zur Forderung nach der vollständigen Trennung von Kirche und Staat und der Schaffung einer vom Staate ganz unabhängigen «Volkskirche» aller «positiven», das heisst bekenntnistreuen «gläubigen» Christen.[609]

Die Verfassungsreform veränderte das Verhältnis zwischen dem Kanton und der Bürgergemeinde Basel. Dies hatte auch Auswirkungen für die GGG. Der Stadtrat hatte bis 1874 oft Anliegen der GGG an die Kantonsregierung übermittelt. Die GGG und ihre Kommissionen arbeiteten weiterhin eng mit den sozialen Einrichtungen der neu konstituierten Bürgergemeinde Basel zusammen, speziell im Bereich der Kranken- und Alterspflege. Da die GGG sich jedoch mit ihrer gemeinnützigen Tätigkeit an die Einwohnerschaft Basels als Ganzes wandte, musste sie zwangsläufig vermehrt direkt mit staatlichen Behörden zusammenarbeiten. Diese nahmen seit der Verfassungsrevision von 1875 die Interessen der Einwohner wahr, da es im Halbkanton Basel-Stadt keine Einwohnergemeinde gab.[610] Seit der Verfassungsrevision von 1889 besass der Staat auch einen von der Verfassung abgestützten sozialpolitischen Auftrag. Für die gesamte Einwohnerschaft zentrale Einrichtungen wie das städtische Spital, das Bürgerspital, unterstanden jedoch der Bürgergemeinde Basel. Arme Einwohner ohne Basler Bürgerrecht konnten zwar im Spital untergebracht werden,

aber nur, wenn ihre Heimatgemeinde, eine private Versicherung, der Kanton Basel-Stadt oder ein privater Verein für die Kosten aufkamen. In dieser Situation verkehrte sich die Rolle zwischen GGG und Bürgergemeinde. Es war nach 1875 nunmehr Aufgabe der GGG, zwischen Staat und Bürgergemeinden zu vermitteln, wenn es um eine Zusammenarbeit ging.

Die bevorstehenden Grossratswahlen vor Augen, bei denen wiederum ein Sieg der Freisinnigen befürchtet wurde, beschwor Vorsteher Eduard Hagenbach-Bischoff an der Jubiläumsfeier 1877 emphatisch die ehemalige harmonische Zusammenarbeit zwischen der konservativen Regierung und der GGG und projizierte dies als Leitbild in die Zukunft: *«Die moderne Staatslehre begreift eben heut zu Tage alle sittlichen Zwecke unserer* [menschlichen] *Gesellschaft in sich. Wie soll eine freiwillige Gesellschaft ohne äussere Macht noch einen Wirkungskreis finden dem modernen Staate gegenüber, der alle Gerechtigkeit von sich aus zu erfüllen sucht? In dieser Beziehung hat unsere Gesellschaft* [vor 1874] *nur die angenehmsten Erfahrungen hinter sich, indem sie beim Staat und der* [Stadt-]*Gemeinde stets das wohlwollendste Entgegenkommen gefunden hat und mit denselben stets zusammengegangen ist* [...]. *Auf dem neutralen Boden der aufopfernden Bruderliebe fanden sich Männer aller Parteien neben einander und wirkten für dieselben Zwecke. Dies gibt uns den Muth zu hoffen, dass, wenn auch in der Zukunft* [unter freisinniger Regierung] *ein grosses Stück unserer bisherigen Aufgabe an den Staat übergeht, uns dennoch ein grosses und mächtiges Arbeitsfeld bleibt. Der Staat kann nur ausführen, was die Mehrheit seiner Bürger beschliesst, und diese ist, wie wir wissen, nicht stets sofort bei der Hand. Es bleibt somit eine unserer Hauptaufgaben, ein muthiger Pionnier des Staates zu bleiben, und die Begeisterung dieser Jubelfeier wird das Ihrige dazu beitragen, um diesen Geist auf lange Zeit hinaus wach zu halten.»*[611]

Kaum ein führendes Mitglied der GGG-Leitung hat jedoch nach 1874 die konservative Grundüberzeugung, dass der privaten Tätigkeit die Hauptinitiative in der Sozialpolitik zukomme, so kompromisslos mit der Erwartung verknüpft, dass der Staat von der GGG erfolgreich aufgebaute Institute zu übernehmen und weiterzuführen habe, wie Georg Albert VonderMühll. Im Vorfeld der von der zuständigen Kommission aktiv forcierten Verstaatlichung der Frauenarbeitsschule stellte VonderMühll 1893 fest: *«Es wäre unrichtig anzunehmen, die gemeinnützige Thätigkeit mit ihren beschränkten Mitteln könne in unserm kleinen Staatswesen weittragende Unternehmungen allein ausführen. Wird ein durch unsere Gesellschaft bebautes Gebiet nach und nach zu ausgedehnt, so dass dessen fernere Pflege und nöthige Erweiterung unsere financiellen Kräfte über Gebühr in Anspruch nimmt, so ist die Mitwirkung des Staates die naturgemässe Folge des Entwicklungsganges, und ich versehe mich zu unsern hohen Behörden* [d. h., ich erwarte von der Regierung], *dass sie stets, wenn immer möglich, einen Anschluss der staatlichen Institution an die schon bestehende, durch unsere Gesellschaft geleitete, anbahnen werden.»*[612] Die Wurzeln des stolzen Mottos des zweihundertsten GGG-Jubiläums von 1977 «Der Zeit voraus – Dem Staat voraus»[613] dürften in dieser Haltung zu suchen sein.

[Abb. 63]

[63] Die Schifflände während des Hochwassers 1876, das die Frauenbadanstalt wegriss und das Männerbad schwer beschädigte. Rechts die Gewerbehalle, wo die von der GGG unterstützten Gewerbeausstellungen stattfanden, aus deren Fundus die Sammlung des Gewerbemuseums entstand. An den Ausstellungen beteiligte sich auch die Zeichnungs- und Modellierschule der GGG. Die Gewerbehalle wurde später abgerissen und an ihrer Stelle ein Bankgebäude errichtet, das heute zum Hotel Les Trois Rois gehört.

Der Wettstreit zwischen privater «Freiwilligkeit» und Staat konnte die Realisierung gemeinnütziger Projekte aber auch blockieren, wie Paul Speiser-Sarasin – aus Sicht der GGG – im Rückblick 1902 über die *«Bestrebungen um die Vermehrung der Badegelegenheiten»* in Basel berichtet: *«In den Jahren 1881 und 1882 beschäftigten wir uns lebhaft mit dieser Frage, wobei auch der Gedanke eines während des ganzen Jahres benützbaren Bades* [eines heizbaren Hallenbads] *berührt wurde; unsere Vorarbeiten wurden aber zum Stillstande gebracht durch die Mitteilung, dass das Sanitätsdepartement die Angelegenheit an die Hand genommen habe. Die damals infolge einer sogenannten Ideenkonkurrenz zu Tage geförderten Projekte eines Schwimmbades sind heute* [1902] *noch nicht zur Ausführung gelangt; dagegen errichteten die Behörden im Jahre 1885 das Rheinbad zu St. Johann, 1895 das Rheinbad auf der Breite* [...] *Im Jahre 1897 sodann nahm die Gesellschaft den Gedanken des permanenten Schwimmbades wieder auf und bestellte eine Kommission für dessen Vorbereitung; da ein solches Bad, wenn es die darein zu steckenden Kapitalien verzinsen soll, sehr zentraler Lage bedarf, musste die Unterstützung der Behörden in Anspruch genommen werden, und es erklärte sich auch der Regierungsrat zur Überlassung eines Areals bei der Wettsteinbrücke bereit; der Grosse Rat dagegen lud den Regierungsrat ein, die Übernahme dieser Sache durch die staatlichen Behörden zu prüfen; der erstere gab immerhin unserer Gesellschaft noch einmal Gelegenheit, Projekte vorzulegen: da sich aber inzwischen die Erwerbsverhältnisse in unserer Stadt, wie überall, zum Schlimmen gewandt, gelang es der vorberatenden Kommission nicht, für ihr Projekt eine finanzielle Unterlage zu finden, und es ist der Gedanke von unserer Gesellschaft bis auf Weiteres aufgegeben und die Kommission im letzten Jahre aufgelöst worden.»*[614] Neben objektiven Hindernissen wie wirtschaftlichen Faktoren und Standort scheiterte in diesem Fall das GGG-Projekt daran, dass das von Freisinnigen und Sozialdemokraten dominierte Kantonsparlament – im Gegensatz zur Kantonsregierung – die Durchsetzung der staatlichen Kontrolle über Projekte der «allgemeinen Wohlfahrt» für wichtiger hielt als die Realisierung privater gemeinnütziger Projekte, die dann später vom Staat übernommen werden sollten.

Der Sturz der konservativen Regierung und die Verfassungsrevision von 1875 war auch Ausdruck der Öffnung einer jüngeren Generation des Stadtbürgertums zur Schweiz hin. Innerhalb der GGG trat diese patriotische Stimmung an den Jubiläumsfeierlichkeiten 1877 deutlich hervor. In der Einwohnerschaft Basels und innerhalb der Stadtbürgerschaft erreichte sie mit der Jubiläumsfeier 1901 zum 400-jährigen Beitritt der Stadt Basel zur Eidgenossenschaft ihren Höhepunkt. Auch in der GGG wurde diese Bewegung aufgenommen. Im Gefolge der Jubelfeier von 1877 intensivierte die GGG auf Anregung von Ludwig Sieber ihre Beziehungen zur Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG), die bisher vor allem von Mitgliedern der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse im Umfeld von Karl Sarasin(-Vischer)-Sauvain gepflegt worden waren: *«Im Laufe der Jahre ergab sich aber, dass die Hauptlast dieser Thätigkeit immer an Herrn Sarasin haften blieb; demselben war daher eine anderweitige Regelung des Verhältnisses*

völlig genehm.»[615] Am 8. Februar 1878 wurde von der Mitgliederversammlung der Beitritt zur SGG beschlossen.[616] Erleichtert wurde dieser Schritt dadurch, dass die Statuten der SGG *«nicht mehr darauf abstellen, dass die in einem Canton wohnenden Mitglieder eine eigene Cantonalsection bilden sollen»*, sondern die kantonalen Gesellschaften sich direkt der SGG anschliessen und diese im eigenen Kanton vertreten konnten, *«ohne dass sie damit an ihrer Selbständigkeit das Geringste einbüssen oder financielle Lasten»* übernahmen. Die Leitung der GGG hoffte, auf diesem Weg einerseits den *«oft eigenartigen* [eigenständigen] *Standpunkt Basels* [...] *sicherer zur Vertretung und Anerkennung»* zu bringen, andererseits dass es den *«oft gar zu geschäftsmässigen Sitzungen zur angenehmen Abwechslung und Erfrischung gereichen* [möge], *wenn alle Jahre ein oder zwei Mal allgemeine Fragen zu grundsätzlicher Erörterung gebracht werden».*[617] Die GGG konnte so ihren lokalen Charakter und ihre Unabhängigkeit wahren, ohne auf die Anbindung an einen grossen nationalen Verband verzichten zu müssen. Zu einer Kollektivmitgliedschaft und einer direkten Vertretung in der SGG entschloss sich die GGG erst 1893: *«Um unser Interesse an den Zielen und Bestrebungen der schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft kund zu thun, haben wir beschlossen, nach Analogie anderer kantonaler Gemeinnütziger Gesellschaften derselben als Collectivmitglied mit einem Jahresbeitrag von Fr. 50.– beizutreten. Gleichzeitig wählten wir nach Massgabe unserer Mitgliederzahl drei Abgeordnete in diese Gesellschaft.»*[618]

3.5.1 Das GGG-Jubiläum von 1877: «Auf Basel's Dreieinigkeit des Gedeihens: Kopf, Kraft und Kapital!»

Das hundertste Jubiläum der Gründung der GGG an Ostern 1877 gab nicht nur wichtige Impulse für die weitere Entwicklung der Gesellschaft bis zur Jahrhundertwende. Die Jubiläumsfeiern waren eine Leistungsschau des liberal-konservativen Stadtbürgertums, eine Kampfansage an den seit 1874 regierenden Freisinn mitten im politischen Streit um die Schulreform und eine konservative Propagandaveranstaltung im Vorfeld zu den Grossratswahlen von 1878. Neben verschiedenen Publikationen zum Jubiläum, die von der GGG herausgegeben wurden,[619] informieren uns in erster Linie die ausführlichen Berichte in der Basler Tagespresse, in der liberal-konservativen «Schweizerischen Grenzpost»[620] und in den radikalen «Basler Nachrichten»,[621] über den Verlauf der Festlichkeiten.

Die Vorbereitungen für das Jahrhundertfest hatten 1875 begonnen und absorbierten Vorstand und Festkomitee[622] 1876 vollständig: Im Protokollbuch finden sich kaum Einträge für 1876 und 1877. Die Feierlichkeiten verlangten ein Grossaufgebot aller Mitglieder, inklusive deren Ehefrauen und erwachsenen Kinder. Wer nicht an der Vorbereitung beteiligt war, sollte wenigstens als Besucher sein aktives Interesse an der Gesellschaft bekunden. Mit Datum 8. März 1877 erhielten die *«verehrlichen Mitglieder*

der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen» deshalb folgende Einladung, unterschrieben von Vorstand und Festkomitee: *«Indem wir uns beehren, Ihnen das Programm für die hundertjährige Jubelfeier unserer Gemeinnützigen Gesellschaft in Nachstehendem zur gefälligen Kenntniss zu bringen, wiederholen wir nochmals unsere freundliche Einladung zu möglichst zahlreicher Betheiligung an den herannahenden Festtagen. Die Seltenheit eines derartigen Jubiläums wie die Art und Weise seiner Begehung dürften es jedem Mitgliede zur Ehrenpflicht machen, wenigstens bei einem Theile des Festes anwesend zu sein und dadurch die Stärke und die Popularität der Gesellschaft zum vollgültigen Ausdruck bringen zu helfen. Namentlich erwarten wir am Ostermontag im Musiksaale und in der Burgvogteihalle die grosse Mehrzahl der Mitglieder vereinigt zu sehen als Beweis dafür, dass die Gemeinnützige Gesellschaft es nicht bloss versteht, Jahr aus Jahr ein die leibliche, sittliche und geistige Wohlfahrt der Einwohner Basels kräftig zu fördern, sondern auch bei passender Gelegenheit ein ächt bürgerliches Fest in Ehren und Freuden zu begehen. Sehr erwünscht wird es sein, wenn am Dienstag die Zahl der Theilnehmer ebenfalls recht stattlich ausfällt; vornehmlich hoffen wir an diesem Tage alle diejenigen Mitglieder begrüssen zu können, welche in frühern Jahren an den vielverzweigten Bestrebungen der Gesellschaft mitgewirkt haben, sowie wir auf das vollzählige Erscheinen aller derjenigen zählen, welche heute die Gesellschaftszwecke als Mitglieder von Commissionen und dergl*[eichen] *durch ihre persönlichen Leistungen fördern helfen. Im Uebrigen verweisen wir auf das Programm sowie die anderwärtigen Publicationen des Festcomités und schliessen mit dem Wunsche, es möge die Jubelfeier unserer ehrwürdigen Gesellschaft alle ihre Mitglieder in der Freudigkeit bestärken, für deren löbliche Zwecke immer mehr zu arbeiten und Opfer zu bringen.»*[623] Im Vorfeld der Feierlichkeiten warb die Gesellschaft mit Inseraten auch um neue Mitglieder.

Den Auftakt der Jubiläumsfeierlichkeiten bildete – wie an wichtigen Staatsanlässen – am Ostermontag, den 2. April 1877, eine kirchliche Feier im Münster, *«zu der Jedermann, Kinder ausgenommen, freundlich eingeladen»* war.[624] Der Eintritt war frei, und es bedurfte zur Teilnahme – im Gegensatz zu den übrigen Teilen der Feierlichkeiten – keiner Anmeldung und keiner persönlichen Eintrittskarte. In Zeitungsinseraten informierte das Organisationskomitee, präsidiert von Major Rudolf Iselin, dem späteren langjährigen Seckelmeister der GGG, über die Sitzordnung im Münster: *«Für die Zöglinge und Schüler der Anstalten und Institute der Gesellschaft sind die nöthigen Plätze reservirt: für die weiblichen Abtheilungen: der linke Rost des Mittelschiffes und ein Theil des linken Seitenschiffes (diese Plätze sind abgesperrt); für die männlichen Abtheilungen: die ganze Emporkirche. Dem weiteren Publikum (Erwachsenen) wird die Kirche um ¾ 11 Uhr geöffnet. Frauenplätze sind: der rechte Rost des Mittelschiffes (Kanzelseite) und das ganze rechte Seitenschiff. Eingang: durch die Martinsthüre und vom Kreuzgang aus. Herrenplätze: die Gallus- und Stephanskapelle, die Plätze um den Altar und ein Theil des linken Seitenschiffes. Eingang: Galluspforte. Texte werden an den Kirchthüren vertheilt.»*[625] Um einen geordneten Einzug des Publikums ins Münster zu ermöglichen, erhielten die Schüler und Schülerinnen der verschiedenen GGG-Institute genaue

[Abb. 64]

[64] Erinnerungen an das Jubiläum von 1877, archiviert in einem Umschlag der Bank Ehinger: Neben Programmen und Eintrittskarten, darunter auch eine der begehrten grünen «Damenkarten», die Menükarte des Banketts sowie im Vordergrund eine Etikette des Festweins und eine Karte zum Festspiel, vermutlich beide von Malermeister Samuel Baur-Lippe gezeichnet (vgl. Abb. 56a–d, S. 313).

Weisungen, wo sie sich nach Geschlechtern getrennt einzufinden hatten. Die *«weibliche Abtheilung»* der Zeichnungs-und Modellierschule zum Beispiel traf sich beim *«Mäntelinhof* [Münsterplatz] *Nr. 14, Eingang gegenüber dem Münsterportal»*, die *«männliche Abtheilung»* hingegen beim *«Mäntelinhof, Eingang neben der Siegristenwohnung»* beim Münsterberg, heute Eingang zur Oberstufe des Gymnasiums am Münsterberg.[626] Alle erhielten die Weisung: *«In diesen Lokalen werden die Tit. Zöglinge ersucht, sich vor ½ 11 Uhr einzufinden, damit sie präcis ½ 11 Uhr aus denselben abgeholt und an ihre Plätze geleitet werden können, bevor die Kirche dem weitern Publikum geöffnet wird.»*[627]

Der Andrang ins Münster am 2. April um 11 Uhr war ungewöhnlich gross, wie wir der «Schweizerischen Grenzpost» entnehmen: *«Auf dem Münsterplatz wogte letzten Montag Vormittag ein Volksspiel, wie man es daselbst nur an den höchsten Festtagen sieht; auch die Pfalz mit ihrem herrlichen Ausblick in die vom Winterschlaf erwachende Landschaft lockte manchen Besucher an, und nicht Wenige endlich lenkten ihre Schritte nach dem stillen Kreuzgang, wo ein frischbekränztes Grab an einen der besten Bürger Basels erinnerte, an Isaak Iselin, den Stifter der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen, die heute ihren hundertjährigen Geburtstag feierte. Wie sich dann der Zeiger der Münsteruhr der elften Stunde näherte und die sämmtlichen Glocken in schönster Harmonie ihre ehernen Stimmen erhoben, ergoss sich der Menschenstrom durch die geöffneten Kirchenthüren hinein in die weiten Räume des Münsters und füllte sie gar bald bis zum hintersten Plätzchen.»*[628]

Über die kirchliche Feier berichteten die radikalen «Basler Nachrichten» am 4. April 1877: *«Die kirchliche Feier bei Anlass des 100jährigen Jubiläums der Gesellschaft des Gemeinnützigen und Guten nahm* [...] *einen sehr schönen Verlauf und machte einen erhebenden Eindruck. Die weiten Räume des Münsters waren vollständig gefüllt. Majestätisch brauste der Orgelvortrag des Hrn. Glaus* [Münsterorganist] *durch dieselben hin und die unter der Direktion des Hrn. Bucherer von den vereinigten Elitenchören der beiden Gymnasien und der Realschule gesungenen Lieder ‹Dank sei Gott in der Höhe› und ‹Wir fühlen uns zu jedem Thun entflammt› waren von der zartesten und wohltuendsten Wirkung. Ueberaus herrlich waren die unter der Direktion des Hrn.* [Alfred] *Volkland ausgeführten Vorträge der ‹Basler Liedertafel›* [...] *und in gewaltigen Akkorden schloss das von der ganzen versammelten Gemeinde gesungene ‹Eine feste Burg ist unser Gott› die Feier ab. Die von Hrn. Antistes* [Immanuel] *Stockmeyer*[-Burckhardt] *zwischen diesen Vorträgen gehaltene Ansprache legte in kurzen und klaren Zügen das Wesen und den Zweck der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen und ihres Stifters dar, welche unserer Vaterstadt den gesunden Odem ihres Gemeinwesens eingepflanzt, den Geist der aufopfernden Liebe, der von oben stammt und den weder die weit verzweigte Partei kennt, welche menschliche Noth und menschliches Elend durch einen gewaltsamen Umsturz aller sozialen Verhältnisse zu erreichen glaubt, noch die Klasse der herzlosen Besitzenden, die sich mit ihrem Eigenthum von der Gesellschaft zurückziehen, ohne sich daran zu erinnern, dass der Einzelne wahres Glück nur dann besitzt, wenn seine persönlichen Vortheile der gesammten Menschheit zum Wohle gereichen!»*[629] Im Anschluss an die Feier im Münster durften von ein bis fünf Uhr die *«Sammlungen im Museum»* (an

der Augustinergasse, heute Naturhistorisches Museum) und *«die mittelalterliche Sammlung im Kreuzgang»* (heute Teil des Historischen Museums), die von der GGG seit ihrer Gründung regelmässig unterstützt worden waren, gratis besichtigt werden.[630]

Wer rechtzeitig bis 17. März 1877 persönliche Eintrittskarten bestellt hatte, konnte nachmittags um fünf Uhr die Festversammlung der GGG im 1875 neu erbauten Musiksaal am Barfüsserplatz besuchen und abends für vier Franken am Fest in der Burgvogteihalle im Kleinbasel teilnehmen. Die Teilnahme am Festbankett am zweiten Festtag, dem 3. April, im Stadtkasino kostete hingegen sechs Franken. Ausser der öffentlichen kirchlichen Feier und der Festversammlung im Musiksaal waren alle anderen Festanlässe ausschliesslich Männern vorbehalten. Bis spätestens Donnerstag, den 29. März 1877, hatte man die reservierten persönlichen Eintrittskarten im Büro auf der Lesegesellschaft im Parterre abzuholen. Für die Festversammlung im Musiksaal am Montag um 5 Uhr nachmittags war der Balkon für die Damen reserviert worden. Jedem Festteilnehmer stand eine Damenkarte zur Verfügung: *«Immerhin wird gebeten, da der betreffende Raum beschränkt ist, nur Carten zu beziehen, deren Benutzung durch Damen gewiss ist, wie sich auch das Comite nach Begebung der Anzahl disponibler Balconplätze genöthigt sehen würde die Cartenausgabe zu schliessen.»*[631]

Der Musiksaal, in dem die Festversammlung der GGG stattfand, war prächtig geschmückt: *«Dem Eingang gerade gegenüber prangte auf dem Balkon, von grünen Pflanzen sinnig umgeben, die von den Schülern der Modellirschule unter der Leitung ihres Meisters, Hrn. Bildhauer* [Heinrich Rudolf] *Meili, ausgearbeitete Kolossalbüste des verehrten Stifters, dessen Wappen, drei weisse Sterne im rothen Feld, weiter unten angebracht waren. Die übrigen drei Seiten des Balkons waren von einem dichten Damenkranze besetzt, auf dem Podium hatte das Konzertorchester der Allgemeinen Musikgesellschaft und der* [Basler] *Gesangverein Posto gefasst, und das Parterre war fast vollständig von den männlichen Festtheilnehmern besetzt. Endlich rückten die vielen von den Vorstehern und Honoratioren der hiesigen Gesellschaft in den Saal geleiteten Gäste an, die aus den Gauen der Schweiz, dem Elsass und selbst aus dem Norden Deutschlands herbeigeeilt waren, um sich mit uns zu freuen an unserm grossen Familientage.»*[632] Laut «Basler Nachrichten» waren *«mit Inbegriff des Orchesters und des Gesangvereins bei 1600 Personen»* anwesend, *«worunter zwei Fünftheile Frauen».*[633]

Die Festsitzung wurde *«eingeleitet durch die herrliche Ouverture Beethovens für grosses Orchester, ausgeführt von dem Konzertchor der allgemeinen Musikgesellschaft».*[634] Dann folgte die Festansprache von Vorsteher Eduard Hagenbach-Bischoff,[635] die die Leistungen der GGG in der Vergangenheit im Kontext der damaligen politischen Situation beleuchtete und bewertete. Sein Vater Karl Rudolf Hagenbach-Geigy hatte vierzig Jahre früher an fast derselben Stelle bereits eine ähnliche Rede gehalten. Die radikalen «Basler Nachrichten» berichten: *«In kräftigen Worten und in markigen Zügen schildert derselbe, nach einer warmen Begrüssung der eingeladenen Ehrengäste und der den ganzen Balkon erfüllenden Damenwelt, zunächst das vielseitige Wirken*

der Gesellschaft in ihrer Vergangenheit.»[636] Besonderes Gewicht gab er, wie im politischen Kontext dieser Tage zu erwarten, der weitverzweigten Tätigkeit der GGG auf dem Gebiet der Bildung und Erziehung: *«Als wirksamstes Mittel für ihre Zwecke hat indessen die Gesellschaft stets die Bildung und Erziehung des Volkes betrachtet und sie hat in der Hinsicht ihre Wirksamkeit nach allen Richtungen entfaltet (Töchterschule, Kleinkinderschulen, Sonntags- und Fabrikschulen, Waisenhaus, Unterstützung des landwirtschaftlichen und Handwerker- u. Gewerbevereins, Zeichnungs- und Modellirschule, Musikschule, Bibliotheken, öffentliche Vorträge, Kunstsammlungen u.s.w.).»*[637]

Er klärte auch die Haltung der Gesellschaft gegenüber der Arbeiterbewegung. Anders als Antistes Stockmeyer tat er dies nicht durch eine bloss negative Abgrenzung gegenüber der revolutionär gesinnten Arbeiterschaft, sondern positiv durch eine Öffnung gegenüber den kooperationsbereiten Arbeitern: *«Bezüglich der Stellung der Gesellschaft zu den grossen sozialen Bestrebungen der Gegenwart, in denen das Prinzip der Selbsthülfe immer mehr in den Vordergrund tritt, so hält der Redner diese stärkere Selbständigkeit der untern Klassen für eine grosse Errungenschaft unserer Zeit. Allein die Welt bleibt ein Organismus, wo jeder Theil stets ebenso bereit sein wird, Hülfe zu geben, als Hülfe zu nehmen. Hat unsere Gesellschaft schon lange die Stelle eines Rathgebers gegenüber von Vereinen angenommen, die auf das Prinzip der Selbsthülfe gegründet sind, so wird uns auch in Zukunft ein gemeinschaftliches Zusammenwirken mit den sozialen Klassen jeder Art möglich sein. Und so haben wir denn nicht bloss fromme Wünsche für die Zukunft, sondern am heutigen Tage tritt, als ein neues Denkmal des thatkräftigen Wirkens unserer Gesellschaft, die ‹Sterbe- und Alterskasse von Basel›, für welche 90,500 Fr. bereits gezeichnet sind, in's Leben. Lust, Muth und Kraft zur Ausdauer in der Thätigkeit für unsere Zwecke gibt uns ja der Glaube, dass wir Werkzeuge sind einer höhern göttlichen Weltordnung, die Liebe zum Nächsten und die Hoffnung auf den Sieg des Guten!»*[638]

Diese Sicht teilte Hagenbach mit Vertretern der Radikalen wie Ratsschreiber Christian Friedrich Göttisheim-Breiting, der am gleichen Tag, aber später am Fest abends in der Burgvogteihallte im Kleinbasel, laut den radikalen «Basler Nachrichten» folgenden Toast aussprach: *«In ihrem zweiten Jahrhundert wird unsere Gesellschaft sich andern Zielen und Zwecken als bisher zuwenden müssen. Die Bildung der untern Klassen, ihre Erziehung zur Selbständigkeit ist eine Aufgabe, die, zuerst von der Gemeinnützigen Gesellschaft verstanden, angestrebt und erzielt werden muss. Unsere Anstalten haben bereits den Triumpf gefeiert, dass wir eine Arbeiterbevölkerung haben, die für das Gute empfänglich und bei der der gute Same nicht auf steiniges Erdreich gefallen ist. Von grossen sozialen Störungen, wie sie viele andere Verkehrs- und Handelscentren verspüren, kennen wir nichts. Mit richtigem Ermessen der Situation hat desshalb die Gemeinnützige Gesellschaft eine Alters- und Sterbekasse gegründet und damit den Anfang gemacht zu einer Lösung der Arbeiterfrage. Es ist in dieser Sache die Losung, die Arbeiter zu Genossen und zu Brüdern heranzuziehen. Das Hoch des Redners gilt dieser Aufgabe; Hand in Hand mit den Arbeitern zu gehen, sie zu erziehen und die erzogenen Arbeiter als gleichberechtigt anzuerkennen, das ist international in gutem Sinne des Wortes.»*[639]

Im Anschluss an die Rede Hagenbachs ertönte der Schlusschor aus Haydns Jahreszeiten, vorgetragen vom Basler Gesangverein. Daran schloss sich eine Würdigung Iselins und seiner Freunde durch Oberbibliothekar Ludwig Sieber, Statthalter der GGG. Es folgten die Grussadressen der auswärtigen Festgäste.[640] Das von der ganzen Festversammlung unter Musikbegleitung gesungene «Bundeslied» «Brüder reicht die Hand zum Bunde» schloss die Festversammlung. Während die Damen nach Hause gingen, begaben sich die Herren anschliessend auf acht Uhr an den Eingang der Burgvogteihalle an der Utengasse im Kleinbasel. An die 800 Festgäste sollen laut den «Basler Nachrichten» an dem Anlass teilgenommen haben .[641]

Der Saal der Burgvogtei war von Architekt Gustav Kelterborn[642] und Malermeister Samuel Baur-Lippe festlich geschmückt worden: *«An den Ballustraden des Balkons entlang lief ein Kranz von 100 Gasflammen, welche die Namen der in der Schweiz durch ihre Gemeinnützigkeit bekannten Männer in's richtige Licht rückten. An der Ballustrade des Mittelbalkons prangten auf rothen Schildern mit goldener und tanngrüner Einfassung die Namen der sechs Mitbegründer der G*[esellschaft] *des G*[uten] *und G*[emeinnützigen] […] *zu beiden Seiten der Gallerie las man sodann* […]. *Unter dem Balkon hatte der kunstsinnige Maler Baur-Lippe in die einzelnen Felder der Wandflächen grüne Medaillons gelegt und Silhouetten (Taubstummenanstalt, Holz- und Schülertuchvertheilung, Schlittschuhbahn, Ersparnisskasse, Männer- und Frauenbadanstalt, Lehrlingsinstitute, Zeichnungsschule, Musikschule, Kleinkinderschule, Speiseanstalt und Turnhalle) hingemalt, welche in humoristischer Weise die Thätigkeit der Gesellschaft auf ihren verschiedenartigsten Gebieten darstellten. Vor dem Orchesterraum, den die treffliche Kapelle des 5. badischen Infanterieregiments* […] *besetzt hielt, war die Tribüne aufgestellt, die heute Abend fleissig benutzt wurde.»* Auch die Kellnerinnen waren passend *«in die Tracht des vorigen Jahrhunderts»* eingekleidet worden.[643]

Nach dem Essen begann der eigentliche Festabend mit einem kurzen Grusswort von Vorsteher Hagenbach-Bischoff, das *«er mit einem Hoch auf das Vaterland schloss. Der Wiederhall, den die patriotische Ansprache fand, war ein so allgemeiner, dass die gesammte Versammlung sofort vollständig ‹Ruf'st du, mein Vaterland› anstimmte.»* Der freisinnige Regierungspräsident Carl Burckhardt-Burckhardt antwortete, indem er *«das schöne segensreiche Handinhandgehen von Behörde und freiwilligem Verein»* hervorhob. Albert Hoffmann-Burckhardt, Vorsteher der Zeichnungs- und Modellierschule, schliesslich *«brachte den Frauen sein Hoch, die in mannigfaltiger Weise die Bestrebungen der Gesellschaft unterstützten, er wünschte, dass die bisherige Zahl weiblicher Mitglieder von zweihundert auf zweitausend anschwellen möge».* Rossinis Tellouvertüre leitete zum eigentlichen Höhepunkt des Abends über, der Aufführung des Festspiels.[644]

«Um 10 ¼ Uhr begann das von Hrn. Architekt Paul Reber verfasste Festspiel ‹Isaak Iselin›, mit lebenden, von Hrn. Maler Baur[-Lippe] *arrangierten Bildern und mit Musikbegleitung, komponirt von Hrn Theaterkapellmeister Klare. Die Szene versetzt den Zuschauer in die Zeit der Gründung der Gesellschaft (Ostern*

1777) und stützt sich auf die ‹Philosophischen und patriotischen Träume eines Menschenfreundes› (siehe die Schrift von Professor Miaskowski über Iselin). Der Verf[asser] *stellt I*[selin] *zuerst dar wie er die Vorurtheile seiner Mitbürger gegen die Oeffnung des Bürgerrechtes bekämpft und besiegt, dann aber in dem Momente eines wachenden Traums, in dem der Träumende alle jene Gedanken in schönster Verwirklichung findet, die er in seinen Schriften niedergelegt. Um das Festspiel nicht übermässig auszudehnen, hat Reber nur drei Bilder aus der Gegenwart herausgerissen und sie in die Traumwelt Iselin's versetzt: die Armenanstalten, die Zeichnungs- und Modellierschule und die Musikschule. Diese lebenden Bilder waren von reizender Schönheit und namentlich erregte die Musikschule ungeheure Heiterkeit, als die Darsteller derselben aus ihrer starren Unbeweglichkeit* [...] *plötzlich in ein lustiges Allegro übergingen und heiter drauflos spielten, was das Zeug hielt, um dann sofort wieder in die frühere Immobilität zurückzufallen.»*[645] Autor und Darsteller ernteten begeisterten Beifall. Nicht weniger Begeisterung lösten die von Wilhelm Jenny-Otto, Mitglied des Festkomitees, arrangierten *«Turnspiele»* aus, von 16 Mitgliedern des Bürgerturnvereins ausgeführt, und eine *«plastische Gruppe»*, die als dritte Überraschung *«die bildende Kunst in allen ihren Phasen meisterhaft»* darstellte, *«von bengalischem Glanze überstrahlt»*. Darbietungen der Liedertafel schlossen den Abend ab. Die letzten Gäste sollen um 2 Uhr nachts nach Hause gegangen sein.[646]

Der zweite Festtag am 3. April 1877 war ganz den GGG-Einrichtungen gewidmet. Viele von der GGG betriebene oder unterstützte Einrichtungen waren zur freien Besichtigung ab 8 Uhr morgens geöffnet oder beteiligten sich an Darbietungen des zweiten Festtages, wie am 1. April in den «Basler Nachrichten» angekündigt wurde. Frei zugänglich waren *«die Sammlungen im Museum, die Mittelalterliche Sammlung im Münster, das Bernoullianum, die Speiseanstalt an der Weissengasse, die Bad- und Waschanstalt an der Binningerstrasse und die Kleinkinderschule an der Kohlenberggasse. Hiebei werden in den Sälen und Laboratorien des* [von Hagenbach-Bischoff, Professor für Physik geleiteten] *Bernoullianums die verschiedenen Apparate in Funktion sein. Sodann findet am nämlichen Vormittag in den Schullokalen* [der Zeichnungs- und Modellierschule] *am Steinenberg und an der Theaterstrasse* [im Gebäude der Mädchensekundarschule] *eine Ausstellung der Zeichnungs- und Modellirschule statt, wie auch im untern Saal des Stadtkasino's eine Schaustellung von Plänen und Schriften über die verschiedenen Arbeiterwohnungen, Badanstalten im Rhein u.s.w. veranstaltet sein wird.»*[647] Am späteren Morgen gab es auch verschiedene Produktionen zu sehen: Zwischen 10 und 11 Uhr führten die Schülerinnen der oberen Töchterschule einen «Turnreigen» auf, und zwischen 11 und 12 Uhr konzertierten unter der Leitung von Direktor Selmar Bagge die Schüler der Allgemeinen Musikschule: *«Seitens der Gesellschaftsmitglieder und ihrer Damen sind für diese beiden letztern Festanlässe so viele Eintrittskarten begehrt worden, dass wenigstens in der Turnhalle der Platz kaum für alle ausreichen wird. Doch ist zu hoffen, dass unsre verehrlichen Damen sich als Meister in der Beschränkung zeigen und darauf Rücksicht nehmen werden, dass den Ehrengästen sammt Begleitung ein gehöriger Platz in der Turnhalle vorweg gebührt.»*[648]

Die eigentliche Attraktion des Tages bildete also die Vorführung der Schülerinnen der oberen Töchterschule in der von der GGG errichteten Turnhalle an der heutigen Theaterstrasse: *«Um 10 Uhr führte Hr. W*[ilhelm] *Jenny* [-Otto] *in der Turnhalle eine Schaar von nahezu hundert Schülerinnen der höhern Töchterschule in Frei- und Ordnungsübungen vor* [...]. *Ueberraschend war die Präcision, mit welcher die Uebungen auf fast lautlosen Befehl ausgeführt wurden. Mit sichtlicher Liebe scheinen die Mädchen dieser Turnerei obzuliegen, die durch Beiziehung muntern Gesanges veredelt wird. Die Stabübungen und der Kreisreigen mit Castagnetten zeugten von der Tendenz des Lehrers, sein Fach stets neu zu beleben und ihm jede mögliche Mannigfaltigkeit zu verleihen. Dass neben den mehr augenfälligen äussern Vorzügen auch die wichtigsten Erfordernisse des ganzen Turnwesens, nämlich die hygienischen* [d. h. die Gesundheit fördernden], *nicht ausser Acht gelassen werden, versteht sich wohl von selbst.»*[649]

Das Festbankett, das die Feierlichkeiten abschloss, wieder ein reiner Männeranlass, begann um ein Uhr im Stadtcasino, *«dessen obere Sääle geschmackvoll dekorirt waren. An den Wänden waren die von den betreffenden Familien bereitwilligst zur Verfügung gestellten Oelbildnisse der Stifter angebracht, die in das zu ihren Ehren veranstaltete rege Treiben fast verwundert herabschauten. Natürlich konnte aus räumlichen Gründen neben den auswärtigen Gästen nur eine verhältnissmässig kleine Zahl hiesiger Mitglieder am Bankett theilnehmen; diess sowohl als der höhere Preis des Kouverts gab der Vereinigung einen etwas mehr vornehmeren Anstrich* [als das Fest am Vortag in der Burgvogteihalle], *ohne jedoch der Gemüthlichkeit Eintrag zu thun»*, wie die liberal-konservative «Schweizerische Grenzpost» schreibt.[650] Die radikalen «Basler Nachrichten» meinten hingegen: *«Der obere Saal im Stadtkasino war fast zu klein für die Menge der Gäste, denen die Mitglieder aus der Stadt aus räumlichen Rücksichten sich nur in relativ beschränkter Anzahl zugesellen konnten. Es war eine recht enge Freundschaft, die so viele sich sonst Fernstehende hier zusammenführte. Der Saal war mit den Bildnissen der Stifter geziert, die ihre alten Stammplätze in den Ahnenhäusern verlassen hatten, um zu hören, was in diesem Saale über sie gesprochen wurde. Hätten sie aus ihren grünbekränzten Rahmen herabsteigen können, sie würden sich aus Bescheidenheit vor dem Lob zurückgezogen haben, so reichlich floss es von den Lippen der fünfzehn Sprecher.»*[651]

Wie schon der Festanlass in der Burgvogtei war auch das Bankett im Stadtcasino von einer langen Kette von Toasts begleitet, über die die radikalen «Basler Nachrichten» ausführlich berichteten: «*Da fehlte es nicht an Hochs auf die Regierung von Basel, der Förderin des Guten und Gemeinnützigen; auf die Vorsteher der Gemeinnützigen Gesellschaft selbst, die die alten Traditionen in guten Treuen wahren und gutes Neues schaffen und anregen; auf die anwesenden Gäste, die dem Feste den rechten Glanz und die schöne Weihe verliehen: auf die freundschaftlichen Beziehungen aller Gemeinnützigen Deutschlands und der Schweiz; auf die Verwandten der Gemeinnützigkeit: Erziehung, Kunst und Wissenschaft; auf den verdienstvollen Verfasser der Festschrift, Prof. v. Miaskowski; auf Basel's Dreieinigkeit des Gedeihens: Kopf, Kraft und Kapital; auf die glückliche Lösung der Arbeiterfrage; auf die eidg. Bruderliebe, dem Symbol der*

Gemeinnützigkeit; auf Professor [Rudolf] *von Gneist* [Ehrenmitglied der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit in Lübeck, die mit der GGG korrespondierte, *den Vorkämpfer für das Wohl der arbeitenden Klassen in Deutschland; auf die Familie Iselin, die die Traditionen der Gesellschaft von jeher hochgehalten; namentlich aber auf den heutigen Festpräsidenten, Rudolf Iselin, der taktvoll das Fest geleitet, auf den langjährigen Seckelmeister Wilhelm Iselin, ebenso auf den thätigen Schreiber der Gesellschaft, Dr. Isaak Iselin* [...]. *Sagen wir noch zum Schlusse, dass das Festmahl im Kasino* [...] *sehr gut, das Menu nicht verschwenderisch, und dass ächt gemeinnützig von der Tafel der Champagner verbannt war, so haben wir als getreuer Berichterstatter Alles erwähnt, von dem unser Notizbuch Kunde giebt.*»[652] «Die Schweizerische Grenzpost» ergänzte: «*Neben der Dichtung des Hrn Pfr.* [Friedrich] *Oser circulirte auch ein Gedicht, das von Iselin in seinem 17. Jahre verfasst worden war und das bewies, dass der ehrwürdige Stifter der Gemeinnützigen in seinen jungen Jahren auch seine ‹Muggen›*[653] *im Kopfe hatte.*»[654]

Über den weiteren Verlauf des Banketts nach Aufhebung der Festtafel erfahren wir aus den «Basler Nachrichten»: «*Gerne hätte die Versammlung noch die angemeldeten Ansprachen meherer Ehrengäste und hiesiger Mitglieder vernommen, aber das Bedürfniss nach einiger Erholung in der frischen Luft war übermächtig. Der vorgeschlagene Spaziergang in den zoologischen Garten fand daher allgemeinen Anklang. Doch fand sich Abends noch ein ansehnlicher Theil der Festfeiernden in der Kunsthalle zusammen, wo sie vom Präsidenten des Kunstvereins auf liebenswürdige Weise empfangen und zur Fortsetzung des lebhaften Gedankenaustausches animirt wurden* [...] *und so nahm das schöne Fest gegen Mitternacht in aller Gemüthlichkeit ein gutes Ende.*»[655]

Im Rückblick meinte Johann Gottfried Wackernagel-Im Hof, Vorsteher für das Jahr 1877, zu den Jubiläumsfeierlichkeiten: Die Gesellschaft «*hat mit frischem Muthe ihre bisher gewohnte Arbeit fortgesetzt und sich noch einige neue zuweisen lassen; die Zuversicht, dass ihre persönlichen und financiellen Mittel mindestens in dem Masse wachsen, in welchen sie für gute Zwecke begehrt werden, ist nachgerade eine sehr verbreitete geworden; die Einsicht in das Wesen der Gesellschaft hat sich vertieft und ihr gedeihlicher Bestand wird allgemein als ein wichtiges Glied am Körper unseres Gemeinwesens betrachtet. Dieser Arbeitsmuth, diese Zuversicht und diese Einsicht verdanken wir der Jubelfeier und ihrem geistigen Früchten, von welchen namentlich die Festschrift von Herrn Prof. von Miaskowski und die Festrede des Herrn Prof. Hagenbach-Bischoff noch auf lange Zeit hinaus ihre gute Einwirkung ausüben werden.*»[656]

3.5.2 Die GGG entdeckt die Aussenquartiere und das Kleinbasel

Der Bau der Wettsteinbrücke 1878/1879 und der Johanniterbrücke 1880 bis 1882, damals noch «untere Brücke» genannt, verband nicht nur Gross- und Kleinbasel enger miteinander. Die Brücken veränderten auch die nächste Umgebung der Brückenköpfe auf beiden Seiten des Rheins und die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Grossbasler

Innerstadt und dem Kleinbasel einerseits und den neuen Aussenquartieren andererseits: *«Die Bauten an der neuen Brücke* [im St. Johann] *behalten ihren stillen, ruhigen Gang, der das Bauunternehmen seit dem Anfang ausgezeichnet hat* [...]. *Die nächste Umgebung der Brücke fängt schon jetzt an, eine schönere Gestalt anzunehmen; da und dort wird restauriert und werden Häuser bemalt. Der ‹Formonterhof› hat bei seinen schönen architektonischen Verhältnissen durch einen Oelfarbanstrich ein stattliches Aeussere*[s] *erhalten. Neben dem ehemaligen Hilfsspital, auf dem rechten Ufer* [im Kleinbasel] *entstehen Neubauten, die der Fortsetzung und der Spekulation rufen werden.»*[657] Neben der alten Achse Marktplatz – Claraplatz entstanden nun neue Verbindungen zwischen Theodorskirche und Rittergasse, St. Albangraben und der St. Albanvorstadt bis in die Gewerbezonen im St. Albantal und auf der Breite. Zudem rückten plötzlich die neu entstandenen Quartiere ausserhalb des St. Johannstor und gegen den Burgfelderplatz näher mit dem neu erbauten Bläsi- und Klybeckquartier zusammen. Die 1895 fertiggestellte Matthäuskirche war deshalb nicht nur das neue kirchliche Zentrum des reformierten unteren Kleinbasels, sondern gleichzeitig auch die nächstgelegene reformierte Kirche für die Einwohner des äusseren St. Johann, wenn sie nicht in die Peterskirche gehen wollten. Denn die Predigerkirche diente bereits damals dem Gottesdienst der 1874 entstandenen christkatholischen Landeskirche.

1877 war die GGG im Kleinbasel mit eigenen Einrichtungen nicht präsent. Die Vernachlässigung des Kleinbasels und auch der Aussenquartiere des Grossbasels durch die GGG zeigte sich deutlich anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten. Am ersten Festtag fand zwar ein Männerabend in der Burgvogteihalle im Kleinbasel nahe der Mittleren Brücke statt. Der zweite Festtag, der Tag der offenen Tür, an dem Einrichtungen der GGG besichtigt werden konnten, fand hingegen ausschliesslich im Grossbasel statt, in einem auf die nähere und weitere Umgebung des Stadtcasinos beschränkten Umkreis. Das erklärt sich nicht nur damit, dass das Festbankett am Nachmittag im Stadtcasino stattfinden sollte. Die GGG hätte zu diesem Zeitpunkt im Kleinbasel auch nichts Eigenes vorweisen können.

Bei der Gründung der GGG und in den ersten Jahrzehnten ihrer Entwicklung war dies noch nicht so.[658] Die Verbindungen zum Kleinbasel waren besonders in der Zeit vor der Helvetik sehr eng, als der damalige Kleinbasler Schultheiss Johann Heinrich Wieland(-Weiss)-Schweighauser sich stark in der 1784 gegründeten Krankenkommission engagierte. Trotzdem blieb die einzige GGG-Gründung im Kleinbasel eine Näh- und Flickschule für Mädchen, die in enger Verbindung zur Kirchgemeinde von St. Theodor stand. Diese ging jedoch kurz vor der Kantonstrennung 1833 ein. Die GGG-Präsenz dauerte nur so lange, als Pfarrer Johann Jakob Faesch-Schnell Pfarrer der Theodorskirche war. Auch der Turnplatz im Klingental, den die Turnkommission ab 1826 in der ersten Zeit benutzte, war von der Stadtgemeinde gemietet. Den ersten eigenen Turnplatz baute die GGG Anfang der sechziger Jahre im Grossbasel unter dem Eisenbahnviadukt vor

der Steinenschanze. Alle anderen von der GGG vorher und nachher im Kleinbasel unterstützten Einrichtungen, das Waisenhaus, die Armenanstalt und die Fabrikschule im Klingental oder die Armenanstalt zum Silberberg an der Utengasse, gehörten zur Stadtgemeinde. Dass es Rivalitäten zwischen den Fabrikanten und Unternehmern im Kleinbasel und im St. Albantal gab, die einer erspriesslichen Tätigkeit der GGG im Kleinbasel im Wege stehen konnten, zeigte 1858 das Scheitern des Projekts einer Speiseanstalt im Kleinbasel.

Erst Ende der sechziger Jahre begann die GGG-Leitung, Vereine und Einrichtungen, die sich im Kleinbasel um die arme Bevölkerung und besonders die Fabrikarbeiter kümmerten, finanziell zu unterstützen. Auslöser dürfte der grosse Streik 1868/69 gewesen sein. 1868 beteiligte sich die GGG finanziell an der Allgemeinen Gesellschaft für Speisewirtschaften, die zuerst eine Speiseanstalt im Klingental errichtete, später dann auch im Grossbasel an der Weissen Gasse. Auch die 1868 entstandene Kommission für Speisehütten bemühte sich, nach einem ersten Erfolg im Grossbasel, ihre Tätigkeit auf das Kleinbasel auszudehnen. Seit 1868 unterstützte die GGG die Nähschulen für Fabrikarbeiterinnen im Kleinbasel, die von zur Stadtmission gehörenden Frauenvereinen betrieben wurden: *«1868 bestanden drei Säle* [im Kleinbasel]*; ihre Zahl stieg in den 1870er Jahren bis auf fünf und die der Teilnehmerinnen bis auf 200 an, wobei jeweilen die Schulen in den Aussenquartieren am besten gediehen.»*[659] Im Kleinbasel scheint es jedoch schwieriger gewesen zu sein, für soziale Einrichtungen von den kantonalen Behörden oder der Stadt- bzw. der Bürgergemeinde Lokale zu erhalten, aus Gründen, die wir nicht genau kennen. Wahrscheinlich hatte dies aber mit der allgemein grossen Raumnot im Kleinbasel zu tun, da die bauliche Entwicklung dort mit den Bedürfnissen der rasch wachsenden Bevölkerung noch weniger Schritt halten konnte als im Grossbasel. In diese Richtung weisen wiederholte Klagen der Kommission für Speisehütten. 1876 betrieb die Kommission vier solche Lokale: drei im Grossbasel und eines im Kleinbasel. Der Standort der Speisehütten wechselte oft, besonders schwierig war jedoch immer die Situation im Kleinbasel. Noch 1907, als das Unternehmen seine grösste Ausdehnung hatte mit sechs Speisehütten, befand sich nur eine im Kleinbasel.[660] Ähnliche Klagen finden wir auch in den Jahresberichten der 1893 gegründeten Kommission für Wärmehütten.

1870 begann die GGG, die Errichtung von Arbeiterwohnungen in Aussenquartieren zu unterstützen. Sie beteiligte sich an der Gründung einer genossenschaftlich organisierten «Baugesellschaft zu Erstellung von Arbeiterwohnungen» mit Fr. 10 000.–, die zwischen 1871 und 1872 im damals noch völlig ländlichen Bachlettenquartier im Grossbasel 57 und am Bläsiring im Kleinbasel 20 grosse und kleine Häuser mit Gärtchen errichtete nach dem von der Fabrikkommission in den fünfziger Jahren für das Breitequartier entwickelten Konzept.[661] 1875 errichtete dieselbe Baugenossenschaft am Bläsiring weitere sechs und neu an der Klybeckstrasse drei Häuser dieser Art, die alle in kurzer Zeit verkauft werden konnten. 1874 beteiligte

sich die GGG mit weiteren Fr. 10 000.– am «Basler Bauverein», der zunächst im Kleinbasel 1874 durch Umbau einer ehemaligen Fabrik 22 Mietwohnungen an der Riehentorstrasse, dann 18 zweistöckige Häuser an der Amerbachstrasse erstellte und in den folgenden Jahren seine Tätigkeit im Grossbasel auf die Farnsburgerstrasse in der Breite ausdehnte. 1877 war der «Basler Bauverein» im Besitz von 17 Häusern und beschränkte sich von da an auf die Vermietung und Instandhaltung derjenigen Liegenschaften, die nicht hatten verkauft werden können.[662] Hauptmotor für den sozialen Wohnungsbau war der allgemeine Bauboom in den siebziger Jahren. Die günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen förderten auch den genossenschaftlichen Wohnungsbau. Als der Bauboom in Basel in den achtziger Jahren zu Ende ging, hörte der genossenschaftliche Wohnungsbau ebenfalls auf.

Innerhalb der GGG waren es Kommissionen wie die Lukasstiftung mit den Lukasschulen, die Sonntagsschulen für Mädchen, die Zinstragende Ersparniskasse oder die Kommission für Kleinkinderschulen, die sich in den neuen Aussenquartieren zu betätigen begannen. Waren Kommissionen nicht wie die Zinstragende Ersparniskasse oder die Kommission für öffentliche Bad- und Waschanstalten, die 1880 am Riehenteichweg[663] eine zweite Bad- und Waschanstalt eröffnete, in der Lage, durch ihre Tätigkeit Gewinne zu erwirtschaften, behinderten meistens Personal- oder Material- und Lokalkosten die Entwicklung in den Aussenquartieren, wenn die betreffenden Kommissionen nicht auf die ehrenamtliche Gratisarbeit von jungen Damen abstellen konnten wie im Fall der Sonntagsschulen für Mädchen, oder auf das Entgegenkommen von Privaten wie des Apothekers Theodor Engelmann, der sein Verkaufslokal und einen Magazinraum 1887 der Kommission zum Krankenmobilienmagazin als Ablage im Kleinbasel zur Verfügung stellte.[664] Andere Kommissionen behalfen sich durch Zusammenarbeit mit Vereinen ausserhalb der GGG. So die Lukasstiftung, die einzelne handwerkliche Kursangebote nach und nach an den Verein der Handarbeitsschulen für Knaben übergab.[665]

Gesamthaft entsteht jedoch der Eindruck, dass der Anstoss, sich in den Aussenquartieren des Gross- und Kleinbasels zu engagieren, in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von aussen an die GGG herangetragen wurde. Dieser Mechanismus lässt sich exemplarisch am Beispiel der zur GGG gehörenden Bibliotheken zeigen. Die drei von ihr gegründeten Bibliotheken, die Jugend-, die Bürger- und die Arbeiterbibliothek, befanden sich immer in der Grossbasler Innerstadt. Während die Jugend- und Bürgerbibliothek bald einmal in der ehemaligen Lesegesellschaft am Münsterplatz, im Reinacherhof, untergebracht waren, wechselte die Arbeiterbibliothek sehr häufig ihren Standort. Das war auch 1877 noch so: *«Während die Jugend- und Bürgerbibliothek in ihrem bisherigen Locale, der alten Lesegesellschaft, gegen Erhöhung des Miethzinses verbleiben konnten, musste die Arbeiterbibliothek aus dem ehemaligen Zunfthaus zum Himmel ausziehen und provisorisch in den Schönauerhof* [an der Rittergasse] *übersiedeln.»*[666] 1880 wurden die drei

Bibliotheken, die damals zusammen an die 12 000 Bände umfassten, räumlich zusammengelegt und im Nebengebäude der Lesegesellschaft auf dem Münsterplatz untergebracht, während die GGG in der Lesegesellschaft selbst ihr Sitzungszimmer und ihre Archivräume hatte. 1891 schliesslich, nach Abschluss des Umbaus des Schmiedenhofes, kamen die drei Bibliotheken in den neuen Gesellschaftssitz. Diese neue, zentralere Lage wirkte sich umgehend auf die Benutzerzahlen aus, die von diesem Zeitpunkt an wieder anstiegen.

Die Aussenquartiere, in denen das eigentliche Zielpublikum der drei GGG-Bibliotheken nunmehr lebte, waren der Bibliothek jedoch durch diesen Umzug nicht näher gerückt. Es war ein von der GGG unabhängiger Verein, der bereits 1883 ein neues, kundenfreundlicheres Konzept entwickelt hatte: dezentrale Gratisbibliotheken in den Aussenquartieren des Gross- und Kleinbasels, sogenannte Volksbibliotheken: *«Mit dem Anwachsen Basels* [...] *wurde der Weg von den Aussenquartieren nach der im Stadtinnern gelegenen Jugend-, Bürger- und Arbeiter-Bibliothek zu weit. Es gründete sich deshalb 1884 ein Verein, der durch die Errichtung von kostenlos benutzbaren ‹Volksbibliotheken› in verschiedenen Stadtteilen diesem Übelstand abhelfen wollte. Die Gemeinnützige Gesellschaft gab ihm einen einmaligen Beitrag von Fr. 1000.– und entsandte in ihn 2 Delegierte; auch späterhin half sie ihm seine Defizite decken. Schon 1884 hatte der rührige neue Verband 6 Bibliotheken* [in den wichtigsten Arbeiterquartieren Basels] *errichtet: in der Steinenvorstadt und an der Theodorskirchgasse, und weiter aussen am Maulbeerweg und Bläsiring, in der äusseren St. Johannsvorstadt und an der Blauenstrasse. Rasch dehnte sich das Unternehmen aus, so dass im Jahre 1901 nicht weniger als 13 solcher Volksbibliotheken in allen Teilen der Stadt bestanden.»*[667] Ablagen der Volksbibliotheken bestanden damals vier im Kleinbasel, eine in Kleinhüningen, zwei im Hegenheimerquartier, eine in der Spalenvorstadt, eine in der Elisabethenstrasse zwischen Steinen und Zentralbahnhof, eine in der St. Johannvorstadt, eine auf der Breite, eine im Bachlettenquartier und eine im Gundeldingerquartier, also in allen Aussenquartieren, durchwegs in der Nähe oder in den Wohnquartieren von kleinen Angestellten und Arbeitern.[668]

Der durchschlagende Erfolg des Konzepts der Volksbibliotheken führte schliesslich dazu, dass die Leitung der älteren GGG-Bibliotheken mit dem Verein der Volksbibliotheken über eine Fusion zu verhandeln begann. 1901 wurden die bisher nominal immer noch selbständigen Jugend-, Bürger- und Arbeiterbibliothek im Schmiedenhof zusammengelegt unter dem Namen «Freie städtische Bibliothek» und unter dem Namen «Allgemeine Bibliotheken» mit den «Volksbibliotheken» vereint, die aber weiterhin unter ihrem alten Namen als selbständige Bibliotheken in den Quartieren bestehen blieben. Paul Speiser war sich 1902 in seinem Jubiläumsbericht zur 125-Jahrfeier durchaus bewusst, dass die GGG von aussen zu diesem Innovationsschub ihrer Bibliotheken angeregt worden war, und sprach dies auch klar aus: *«Zur Neuordnung eines von der Gesellschaft von altersher gepflegten Unternehmens sind wir durch die Initiative von aussen her*

[Abb. 65]

[Abb. 66]

[65] Der Claraplatz Richtung Untere Rebgasse, photographiert von Oskar Bäumle-Weber 1896, beinahe vom selben Standort aus, den ein Aquarell von Johann Jakob Schneider vor 1865 einnimmt (vgl. Abb. 48, S. 265). Das Tram hat den Pferdeomnibus ersetzt, Velofahrer zirkulieren, die Menschen scheinen bewegter als bei Schneider. Verschärft hat sich der Kontrast zwischen dem urbanen Leben auf dem Claraplatz und der Fabrikwelt im Rappoltshof in den dreissig Jahren zwischen 1865 und 1896 nicht nur auf der Photographie.

[66] Blick vom Turm der Elisabethenkirche auf die Dachlandschaft zwischen Steinenvorstadt, Heuwaage und Pauluskirche, aufgenommen vom Maler Emil Schill um 1902. Im Vordergrund die Einmündung der Theaterstrasse in den Klosterberg und der Gebäudekomplex, in dem sich heute das neue Schauspielhaus befindet. Rechts vom Gaswerk, dem Birsig und dem Nachtigallenwäldchen deutlich erkennbar die Anlagen am Steinengraben entlang dem ehemaligen Stadtgraben (wo später der Cityring erbaut wurde mit dem Strassenviadukt über die Heuwaage) und die über der Steinenvorstadt thronenden Neubauten an der Kohlenberggasse.

veranlasst worden. Dem Lebensbedürfnisse weiterer Kreise diente früher unsere Jugend-, Bürger- und Arbeiterbibliothek. Anfangs der achtziger Jahre gründete sich ohne Anregung oder Mitwirkung der Gemeinnützigen Gesellschaft der Verein für Volksbibliotheken, der sich zum Ziel setzte, statt einer zentralen Bibliothek in allen Quartieren der Stadt kleinere, sehr sorgfältig ausgewählte Bibliotheken dem Publikum zur Verfügung zu stellen. Unsere Gesellschaft war in dem Vereine seit 1883 durch zwei Delegierte vertreten und spendete ihm mehrere Male Beiträge. Nachdem derselbe eine erhebliche Ausdehnung gewonnen und seine Bibliotheken bis auf 13 vermehrt hatte, schien es richtig, sein Verhältnis zu unsern Bibliotheken neu zu ordnen.»[669]

Die GGG-Präsenz im Kleinbasel nach 1880 entwickelte sich ähnlich. Auch hier waren es Kreise ausserhalb der GGG, die Gründungen im Kleinbasel anregten und in vielen Fällen auch finanzierten. Um 1880 machten sich die durch den Brückenbau und das Entstehen neuer Aussenquartiere ausgelösten sozialen und wirtschaftlichen Umschichtungsprozesse in der von der GGG seit 1868 mitfinanzierten Speiseanstalt in der Kleinbasler Altstadt bemerkbar, die von der Aktiengesellschaft «Allgemeine Speiseanstalten Gross- und Kleinbasels» betrieben wurde. Ende der siebziger Jahre begann die Leitung über den Rückgang der Kundschaft im Klingental zu klagen. Auch die Verlegung 1879 an die Ochsengasse 4 nahe der Mittleren Brücke und die Angliederung von Lese- und Arbeitersälen und sehr niedrige Preise konnten nicht verhindern, dass die Zahl der Besucher stetig zurückging. Immer weniger der Besucher waren auch tatsächlich noch Fabrikarbeiter. Mehr und mehr wurde die Anstalt von kleinen Handwerkermeistern, Gesellen und Büroangestellten benutzt.[670] Führende GGG-Mitglieder vermuteten, dass die Fabrikarbeiter die Speisanstalt an der Ochsengasse nicht mehr besuchten, weil sie – im Gegensatz zum Lokal in der Weissen Gasse im Grossbasel – zu weit von ihrem Arbeitsplatz entfernt lag.[671] Als sich die Krise 1882 verschärfte, weil die Hauptkundschaft, die ledigen Arbeiter, auch im Grossbasel ausblieb,[672] versuchte eine Minderheit der Aktionäre den Betrieb der Speiseanstalten nach dem schwedischen Gothenburger Modell zu modernisieren,[673] das heisst, Filialen in den Wohnquartieren einzurichten, die allen Interessierten offenstehen und ganztags geöffnet sein sollten anstelle der bisherigen zwei zentral gelegenen Anstalten, die nur zu den Essenszeiten geöffnet waren. Die Initianten wollten vom Konzept der Armenspeisung wegkommen. Als ein ausgearbeiteter Vorschlag 1883 für die Kleinbasler Anstalt von der Generalversammlung der Aktionäre verworfen wurde, suchte diese Gruppe erfolgreich bei der GGG Unterstützung für das Projekt.[674] Die Mitgliederversammlung der GGG setzte auf Drängen dieser unzufriedenen Aktionäre der Speiseanstalt im Kleinbasel eine Kommission ein, die sich über die Errichtung von Wirtschaften in den Aussenquartieren beraten sollte, wobei man eben vor allem an das Kleinbasel *«als das grösste Arbeiterquartier der Stadt»*[675] dachte. 1885 gründete die Kommission die «Aktiengesellschaft für Speisewirtschaften», die einen unerwartet grossen Erfolg hatte: Es wurden Aktien für Fr. 130 000.– gezeichnet,

davon Fr. 10 000.– von der GGG, die zwei Delegierte in den Verwaltungsrat entsandte.[676] Der Bau einer Gaststätte im Kleinbasel wurde beschlossen, *«welche die Ernährung der arbeitenden Classen heben»* sollte *«durch Verabreichung gesunder Kost und guter Getränke in sanitarisch musterhaften Räumlichkeiten oder zur Consumation in den Wohnungen».*[677] Branntwein und Kartenspiel waren ausgeschlossen. Schnaps betrachtete man als den eigentlichen Feind der «Volksgesundheit» und wollte ihn durch Wein und Bier verdrängen, die deshalb in guter Qualität zum Ankaufspreis abgegeben werden sollten wie auch Schreibmaterialien und Gesellschaftsspiele. Im Sommer sollte den Gästen zudem auch ein Wirtschaftsgarten zur Verfügung stehen. Man berücksichtigte also schon bei der Einrichtung der Gaststätte, dass die anvisierten Gäste, ledige Arbeiter und Arbeiter mit Familie, in ihrer Wohnung oder Unterkunft keinerlei «privaten» Raum zur Verfügung hatten.[678] Auch die vergleichsweise luxuriösen Modell-Arbeiterhäuser der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse in der Breite sahen neben einer Küche mit Waschgelegenheit im Hauseingang nicht mehr als zwei Wohnräume für eine Familie mit drei bis vier Kindern vor (vgl. Abb. 69, S. 377).[679]

Die nach diesem Konzept 1886 eröffnete Speisehalle am Claragraben 123 (vgl. Abb. 67, S. 371) hatte sofort grossen Erfolg. Schon 1888 konnte den Aktionären die höchstzulässige Dividende von 5 Prozent ausbezahlt werden.[680] Die Zahl der Gäste nahm ständig zu: 1896 wurden zum Beispiel 95 000 Mittagessen ausgegeben.[681] Die Speisehalle am Claragraben war auch unter der Arbeiterschaft beliebt, was offenbar für den Verwaltungsrat nicht selbstverständlich war: *«Es entsprach deshalb der Wahrheit, wenn um dieselbe Zeit der Verwaltungsrat sich äusserte, der Arbeiterbevölkerung Kleinbasels werde durch das Unternehmen ein grosser Dienst geleistet. Denn diejenigen, die man bei der Errichtung der Speisehalle als Gäste sich gewünscht, besuchten sie auch; hier haben wir eine der wenigen Unternehmungen der Gemeinnützigen Gesellschaft, die, für die handarbeitende Klasse bestimmt, sie wirklich auch erreicht hat. Und dass die Speisehalle im Winter auch von vielen Arbeitslosen als Wärmelokal benutzt wurde, indem sie bei einer Tasse Kaffee sich stundenlang dort aufhielten, das wurde als kein Unglück empfunden und gerne geduldet.»*[682]

Auch die Errichtung des Bläsistifts war eine Idee, die 1888 von aussen an die GGG herangetragen und von einer nicht zur GGG gehörigen Organisation realisiert wurde. Die in Liquidation befindliche «Baugesellschaft zu Erstellung von Arbeiterwohnungen» machte der GGG das Angebot, auf einer ihr gehörenden Liegenschaft am Bläsiring 95 aus ihrem Reservefonds ein Gebäude zu errichten, das sie der GGG als Quartierzentrum zur freien Nutzung überlassen wollte, falls die Gesellschaft bereit wäre, an die veranschlagten Baukosten von Fr. 160 000.– maximal Fr. 20 000.– beizutragen. Bei der Abrechnung 1890 ergab sich dann ein effektiver Kostenbeitrag von Fr. 9700.–.[683] Das GGG-Standbein im Kleinbasel, das 1890 seine Tore eröffnete, ging so eigentlich auf die Initiative der Baugenossenschaft zurück, die die Arbeiterwohnungen in der Umgebung errichtet hatte. 1893 bestellte die GGG eine eigene Verwaltungskommission, die Kommission zum

Bläsistift, analog zur Verwaltungskommission für den Schmiedenhof, als sich zeigte, dass das Bläsistift sich rasch zu einem Zentrum vielfältiger sozialer Aktivitäten entwickelte, die im Kleinbasel unabhängig von der GGG entstanden.

1890 zum Beispiel eröffnete ein Frauenverein die Näh- und Flickschule im Kleinbasel, *«um den Töchtern von Arbeiterfamilien, sowie angehenden Dienstboten die Erlernung von Näharbeiten zu erleichtern»*,[684] ein ähnliches Projekt wie die Näh- und Flickschulen für Fabrikarbeiterinnen, die mit Unterstützung der GGG seit 1868 im Kleinbasel Nähsäle betrieben. 1898 nahm die Gemeinnützige Gesellschaft diese neue Schule, die seit 1894 dauernd im Bläsistift untergebracht war, ebenfalls in den Kreis der von ihr unterstützten Unternehmungen auf und bewilligte ihr einen festen Jahresbeitrag. 1898 zählte die Nähschule dreissig bis vierzig Teilnehmerinnen, die von zwei Lehrerinnen unterrichtet wurden.[685] Auch die Errichtung der Turnhalle bei der Kaserne wurde von Kleinbasler Turnvereinen 1892 an die GGG herangetragen. Die GGG übernahm daraufhin einen Beitrag an die Baukosten und entsandte einen Delegierten in die 1893 für die Verwaltung der Turnhalle gegründete Turnkommission Kleinbasel. 1893 benutzten vier Kleinbasler Turnvereine mit insgesamt 157 Mitgliedern und eine Schule die neu errichtete Halle.[686]

Auch hinter der Einrichtung des Kinderabends St. Matthäus 1898, eines Ablegers eines ursprünglich 1892 in der Kirchgemeinde St. Peter entstandenen, von der GGG mitfinanzierten Projekts, stand ein Anstoss, der nicht aus der GGG kam. Er ging aber auch nicht nur von einem Privatverein aus. Auslöser war hier die Fertigstellung der zwischen 1893 und 1895 errichteten Matthäuskirche. Bis 1895 war die am östlichen Rand des Kleinbasels gelegene Theodorskirche die einzige protestantische Kirche im Kleinbasel. Allgemein ist festzustellen, dass das vermehrte Engagement der GGG im Kleinbasel zeitlich mit dem Entstehen des konservativen Quartiervereins im Kleinbasel, vor allem aber mit der Tätigkeit der christlichsozialen und religiössozialen konservativen Kreise in diesem Stadtteil zusammenfällt. Diese Kreise waren es auch, die den stark sozial und politisch engagierten Pfarrer Gustav Benz 1894 als *«Arbeitersekretär»* nach Basel beriefen und dann zum ersten Pfarrer der neu errichteten Matthäusgemeinde wählten.[687] Diese Kreise dürften nach 1880 als GGG-Mitglieder auch das Anliegen eines vermehrten Engagements im Kleinbasel in den Verein hineingetragen haben.

Ein Grund, der das Fehlen von GGG-Einrichtungen in den Aussenquartieren und speziell im Kleinbasel mit verursacht haben dürfte, ist das gerade in der Basler Stadtbürgerschaft tief sitzende Misstrauen gegenüber «Fremden», das sich seit je speziell gegen die «begehrlichen» fremden Armen richtete. Zeitweise waren mehr als die Hälfte der Einwohner des Kleinbasels Ausländer. Reiche Basler wie Christoph Merian-Burckhardt begründeten ihre Feindseligkeit gegenüber den Fabrikarbeitern als soziale Gruppe damit, dass sie zu wenig sesshaft und deshalb sozial nicht kon-

[Abb. 67]

[67] Werbedruck der 1886 eröffneten Speisehalle am Claragraben 123, an deren Errichtung die GGG als Aktionärin beteiligt war. Besonders stolz war man nicht nur auf den hellen Esssaal, in dem auch Zeitungen zur Verfügung standen (oben links), sondern besonders auf die hochmoderne Küche (oben rechts).

trollierbar seien. Die zeitgenössische Verwaltung sprach von *«flottanten»* Bevölkerungsteilen.[688] Auch innerhalb der GGG finden wir diese Haltung. In einem Bericht der Lukasstiftung aus dem Jahre 1898 lesen wir: *«Von den bedürftigen Schülern und Schülerinnen der hiesigen Schulen, welche Schülertuch, Lucasschuhe, Suppe u.s.w. in Empfang nehmen, sind 10% Basler, 50% übrige Schweizer und vierzig Procent Ausländer. Und die Letzteren sind keineswegs die bescheideneren, kaum hier niedergelassen finden sie den Weg zu all' diesen Vorräthen und nehmen sie in reichlichem Masse in Anspruch. Dass fremde Kinder in gleicher Weise wie einheimische an allen Vergünstigungen theilnehmen, ist wohl nirgends zu finden als in Basel, und in Deutschland würden kaum Schweizerkinder in dieser Hinsicht den deutschen gleichgestellt werden. Würde man sich bei unserer Schuhvertheilung auf unsere Miteidgenossen beschränken, die uns denn doch näher stehen als die Fremden, so könnte man ihnen fast das Doppelte an Unterstützung zuwenden. Allein wir sehen wohl ein, dass es unfreundlich und der guten Nachbarschaft unzuträglich sein würde, nachdem bis dahin ein Unterschied in der Herkunft der Kinder nicht gemacht worden ist.»*[689] Zum Glück hinderten moralische Skrupel die in der GGG engagierten Personen, ihrer Fremdenfeindlichkeit freien Lauf zu lassen. Religiös-konservative Kreise fanden in der Missionstätigkeit einen Weg, um diese «Fremden» sozial in die Gemeinschaft einzugliedern, der sie sich selbst zugehörig fühlten. Waren die sozialen Schranken und Unterschiede in den Augen dieser Stadtbürger in «dieser» Welt unverrückbar, war es doch möglich, im Glauben zu einer «Gleichheit vor Gott» zu finden und im religiös-kirchlichen Bereich die eigene Abwehrhaltung aufzugeben, vorausgesetzt, der soziale und politische Führungsanspruch des Stadtbürgertums wurde von kantonsfremden und von sozial schlechter gestellten Einwohnern akzeptiert. Vor diesem Hintergrund wird nachvollziehbar, weshalb ein religiös-konservativer Textilunternehmer wie Adolf Vischer-Sarasin, über Jahre hinweg ein engagiertes GGG-Mitglied, schliesslich 1882 neben dem Direktor der Pilgermission St. Chrischona als Prediger an einer Massenevangelisation im Kleinbasel auftreten konnte.[690]

3.5.3 Der verlorene Krieg nach gewonnener Schlacht: Die GGG-Schulen nach 1880

Vorsteher Carl Christoph Burckhardt-Schazmann zog in seinem Rückblick auf die Tätigkeit der GGG im Jahre 1894 im Bereich von Schule und Bildung eine sehr pessimistische Bilanz: *«Die Mehrzahl unserer Werke liegt noch stets in jenem ersten Gebiete* [der Erziehung]. *Unsere directe Thätigkeit im eigentlichen Schulwesen hat aber mehr und mehr an Boden verloren, seitdem Erziehung und Volksbildung eines der vornehmsten Ziele staatlicher Fürsorge wurden, seitdem sich ferner der numerische Zudrang infolge Anwachsens der Bevölkerung wie auch die Ansprüche, welche das staatliche Erziehungswesen in stets erhöhtem Mass stellt und weckt, steigerten, und seitdem namentlich jene staatliche Fürsorge immer mehr die Tendenz annahm, zur ausschliesslichen zu werden. Im Berichtsjahr hat sich diese*

Abbröckelung vollzogen bei der Frauenarbeitsschule, sie droht bei den Kleinkinderschulen und wird weitergehen, wenn nicht in den Anschauungen der Behörde oder der Finanzlage des Staates ein Umschwung eintritt.»[691] Die Durchsetzung des staatlichen Monopols in allen Bereichen der Schul- und Berufsbildung wurde um 1894 von der Mehrheit der Konservativen und ihren Vertretern in der Führung der GGG ausschliesslich negativ gewertet. Sie wecke, meinten diese Kreise, ungerechtfertigte Ansprüche in den Unterschichten, der Staat verdränge die private Initiative, der GGG drohe der langsame Zerfall. Die Verbesserung der Basler Schulen und Ausbildungsmöglichkeiten wurde nicht als Erfolg einer – historisch gesehen – von der Gesellschaft selbst angestossenen Entwicklung gesehen.

Diese pessimistische Wertung findet sich in der Gesellschaftsleitung um 1877 noch nicht. Gerade im Kampf gegen die radikale Schulreform, die Wilhelm Klein-Schabelitz nach 1874 plante, wurden die GGG und ihre Schulen, allen voran die Zeichnungs- und Modellierschule, zum Flaggschiff des bürgerlich-konservativen Widerstandes. Wie eng die GGG mit der konservativen Politik verzahnt war, zeigt das Beispiel einer kleinen Kommission, die nur gerade in den Jahren zwischen 1877 und 1882 existierte: die Kommission zur Fortbildung fähiger und fleissiger Schüler. Sie wurde 1877 auf Antrag von Paul Speiser-Sarasin gegründet, der sie in den folgenden Jahren auch präsidierte.[692] Ihre Funktion und Tätigkeit beschreibt er selbst 1902: *«Im Jahre 1877 wurde im Schosse der Gesellschaft darauf hingewiesen, dass unbemittelte Eltern öfters genötigt seien, begabte Kinder zu frühe aus der Schule zu nehmen, um sie verdienen zu lassen, und angeregt, dieselben zu unterstützen, damit sie eine weitere Ausbildung erhalten können. Es wurde eine Kommission zur Fortbildung fähiger und fleissiger Schüler gegründet und ihr ein Kredit für Stipendien bewilligt; diese Gründung geschah in einer Zeit, wo das Schulstipendienwesen einer Neuordnung bedürftig war. Diese Neuordnung erfolgte gleichzeitig mit dem Erlasse des Schulgesetzes von 1880, durch welches das Schulgeld in allen Schulen aufgehoben wurde; der öffentliche Schulstipendienfond wurde dadurch verfügbar für die wirksamere Unterstützung tüchtiger Schüler, so dass die Kommission der G.G.G. ihre Tätigkeit im Jahre 1881 einstellen konnte.»*[693] Speiser hatte also im Vorfeld der Grossratswahlen von 1878 eine GGG-Stipendienkommission ins Leben gerufen, die während seiner Tätigkeit als Vorsteher des Erziehungsdepartements die Notwendigkeit einer Reform des staatlichen Stipendienwesens untermauerte, einer Reform, die er als Erziehungsminister dann selbst realisierte, indem er durch die – nota bene von den Radikalen seit den vierziger Jahren geforderte – Abschaffung des Schulgeldes frei werdende staatliche Gelder zur Finanzierung solcher Stipendien nutzen konnte.

Auch sonst herrschte in der Gesellschaft als Reaktion auf die konservative Wahlniederlage 1874 eine sehr kämpferische Stimmung. Als die Schulbehörden 1874 dringend Massnahmen forderten, *«um verwahrloste, boshafte und verbrecherische Kinder»*, wie August von Miaskowski 1877 formulierte,[694] aus den staatlichen Schulen entfernen und speziellen Erziehungsanstalten zuweisen zu können, die Errichtung einer eigenen kantonalen

Anstalt aber wenig Anklang in den Räten und Behörden fand, konstituierte sich 1874 unter dem Präsidium von Altbürgermeister Carl Felix Burckhardt-VonderMühll, damals Mitglied des Erziehungsrates und Kopf der konservativen Opposition, in der GGG die Kommission zur Versorgung verwahrloster Kinder. Diese Kommission übernahm es in den folgenden Jahrzehnten, verhaltensauffällige und straffällig gewordene Kinder im Alter zwischen fünf und zwölf Jahren, die ihr von Eltern, Lehrern und Behörden gemeldet wurden, in Familien oder Anstalten ausserhalb des Kantons unterzubringen. Die Mitglieder überwachten die Entwicklung dieser Kinder persönlich und vermittelten zwischen den in Basel wohnhaften Eltern, den zuständigen Heimatgemeinden und der Pflegefamilie oder Anstalt. Für die Stimmung im konservativen Lager in den siebziger Jahren ist die Gründung dieser Kommission bezeichnend: Man wollte den Tatbeweis antreten, dass nur eine private Organisation diese Aufgabe in einer den Interessen der Kinder gerechten Form wahrnehmen könne, da nur sie eine «persönliche» Betreuung garantiere. Deshalb bevorzugte die Kommission auch die Unterbringung der Kinder in Familien. Von 54 von der Kommission 1887 betreuten Kindern waren 22 Knaben und 9 Mädchen meist bei Familien im Kanton Baselland untergebracht, 16 Knaben und 7 Mädchen hingegen in Anstalten.[695]

In der GGG-Leitung hatte man aber noch viel ambitioniertere Pläne. Anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten 1877 erklärte Eduard Hagenbach-Bischoff den Ausbau der Zeichnungs- und Modellierschule zur Kunstgewerbeschule offiziell zum Zukunftsprojekt der GGG und beanspruchte damit nichts weniger als die Führung der GGG in der Berufsausbildung. Die Zeichnungs- und Modellierschule, damals die grösste GGG-Einrichtung, deren jährliche Ausstellung von Schülerarbeiten immer viel Beachtung fand, war deshalb auch an den Jubiläumsfeierlichkeiten stark präsent. Die Tagespresse berichtete ausführlich darüber, benannte aber auch das grösste Problem der Schule, die Platznot: *«Die in den Säälen paradirenden Arbeiten der Schüler boten auch diessmal wieder ein vielfältiges Bild des Fleisses und Fortschrittes* [...]. *Die Sääle selbst, das ganze Gebäude aber bietet das Bild der Unzulänglichkeit. Raum und Licht fehlen in bedenklichem Grade.»*[696] Der Sieg der Konservativen 1878 und die Verabschiedung des neuen Schulgesetzes 1880 gaben der Kommission den nötigen Elan, um die Reorganisation der Schule energisch voranzutreiben.

1881 wurde ein Direktor eingestellt und neu eine «Lehrlingsschule» eingerichtet, um die gewerbliche Ausbildung voranzubringen. Beide Neuerungen wirkten sich positiv auf Betrieb und Schülerzahlen aus.[697] Um die Reorganisation zum vollen Erfolg führen zu können, war ein Neubau des Schulgebäudes unumgänglich, den die GGG aber nicht alleine finanzieren wollte. Man glaubte in der GGG-Leitung, trotz des endgültigen Sieges des Freisinns 1882, auf gleichem Fuss mit den staatlichen Behörden verhandeln zu können, da die GGG dank Bundessubventionen sich als ebenbürtige Partnerin des Staats sah. Die Verhandlungen kamen jedoch nicht voran.

Schliesslich entschloss sich die GGG am 25. April 1887 zur Verstaatlichung der Schule, zu Bedingungen, die – von heute aus gesehen – der Kommission und der GGG sehr entgegenkamen: *«Die Uebergabe geschah in der Weise, dass die gemeinnützige Gesellschaft das gesammte Inventar, Mobilien und Lehrmittel, unentgeltlich an den Staat abtrat, wogegen dieser alle durch die Commission eingegangenen Verpflichtungen für Miethe und Localitäten und Anstellung des Lehr- und Abwartspersonals übernahm.»*[698] Danach konzentrierte sich die Kommission auf Konzipierung und Bau eines Gewerbemuseums, ein Projekt, an dem die ehemalige Schulkommission schon länger gearbeitet hatte. Die GGG entsandte ab 1888 als Delegierten den vormaligen Kommissionspräsidenten Eduard Vischer-Sarasin in die staatliche Kommission zum Gewerbemuseum.[699] Auf Seiten der GGG blieb jedoch eine Verbitterung zurück, die noch lange nachklang, weil sie gerade mit der Zeichnungs- und Modellierschule so hochfliegende bildungspolitische Pläne verbunden hatte. Die Verstaatlichung der 1878 gegründeten Frauenarbeitsschule 1894 wurde dagegen weniger als Kränkung empfunden. Georg Albert VonderMühll, Vorsteher der GGG 1893, meinte: *«Dass der hohe Regierungsrat unsere Schule laut Gesetzesentwurf ganz in ihrer bisherigen Form weiterzuführen beabsichtigt, darf als Beweis ihrer guten Organisation angesehen werden.»*[700]

Die Gründung der Frauenarbeitsschule 1878 erfolgte im Umfeld des Ausbaus der Zeichnungs- und Modellierschule.[701] Dass ein Bedürfnis bestand, zeigten die zahlreichen Anmeldungen von Schneiderinnen zu den Zeichnungskursen der Zeichnungs- und Modellierschule 1877.[702] Diese Situation veranlasste die Konstituierung der Kommission zur Frauenarbeitsschule 1878. Das Projekt profitierte vom konservativen Wahlsieg. Die Lokalfrage liess sich 1879 mit Hilfe des neugewählten Vorstehers des Erziehungsdepartements, Paul Speiser-Sarasin, leicht lösen. Vom Erziehungsdepartement wurden mietweise frei gewordene Räume im Leonhardsschulhaus zur Verfügung gestellt, da die Knabenklassen in das neu erbaute Schulhaus an der Schützenmattstrasse (heute Strafgericht) umgezogen waren.[703] Die neue Berufsschule sollte Mädchen und Frauen Zugang zu einer professionellen Berufs- und Weiterbildung und zu anerkannten Berufsabschlüssen verschaffen. Denn junge Näherinnen, die für eine «Meisterin» mit eigenem Geschäft arbeiteten, erhielten oft keine Ausbildung, die sie befähigt hätte, nach Abschluss einer gewissen «Lehrzeit» selbständig zu arbeiten. Eine Reglementierung der Berufsausbildung oder eine Beaufsichtigung der Lehrbetriebe im Bereich der sogenannten Frauenberufe wie Weissnäherin, Schneiderin oder Modistin gab es nicht. Auszubildende konnten so leicht als billige Arbeitskräfte missbraucht werden.

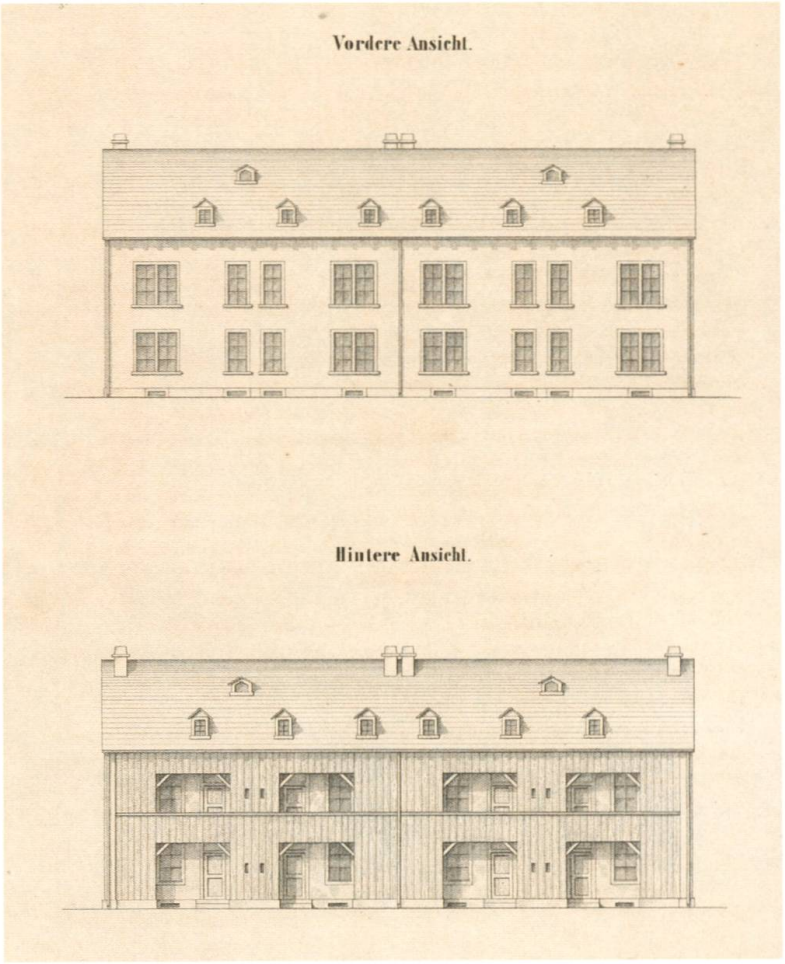
Dass Frauen sich zu professionalisieren suchten, zeigte sich in der Frauenarbeitsschule 1880 aber auch an einer für die leitende Kommission unerwarteten Stelle: *«Der Besuch im Rechnen und der Buchhaltung* [entspricht] *unsern Erwartungen nicht, und doch ist uns kein Hinderniss bekannt, dass den Besuch erschweren könnte* [...] *es kann nur die Abneigung sein, welche die Töchter vom Besuche zurückhält und das ist gewiss zu bedauern; erfreulich*

ist die Wahrnehmung, dass einzelne ältere Damen sich einfinden, denen ihre selbständige Vermögensverwaltung oder das Geschäft, das sie betreiben, nahe gelegt hat, dass eine geordnete Buchführung nothwendig ist.»[704] Dieses Interesse *«älterer Damen»* für Buchhaltung war nicht zufällig. 1876 war die Geschlechtsvormundschaft, das heisst die juristische Handlungsunfähigkeit alleinstehender Frauen aufgehoben worden. Erstmals konnten Witwen und unverheiratete Frauen ihr Vermögen selbständig verwalten und ihre geschäftliche Buchführung ohne die Überwachung durch einen Vormund wahrnehmen.[705]

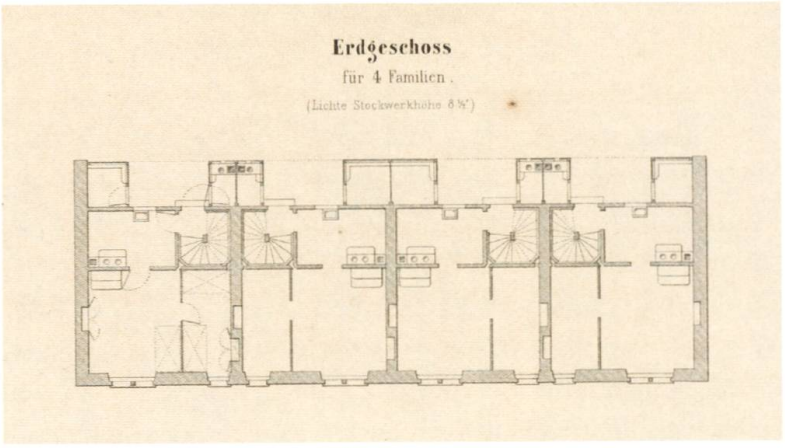
Die Förderung der Bildung von Frauen und Mädchen war ein Anliegen der religiös-konservativen Kreise, die wegen der Richtungskämpfe in der Reformierten Landeskirche in den siebziger Jahren an politischem Gewicht im konservativen Lager gewannen. Diese Kreise trugen 1878 auch die Gründung der Frauenarbeitsschule. Sie propagierten eine Berufsausbildung der Frauen einerseits als Alternative zur Arbeit in der Fabrik, die sie für «sittlich» gefährlich hielten, weil die Mädchen ausser Haus ohne Aufsicht arbeiteten und nicht lernten, einen Haushalt zu führen, andererseits als Möglichkeit für Mädchen aus mittelständischen Familien, die Zeit zwischen Abschluss der Schule und Verheiratung sinnvoll zu überbrücken und sich eine kleine «Aussteuer» zu erarbeiten. Religiös-Konservative hatten in diesem Sinne bereits Ende der sechziger Jahre die Öffnung der Zeichnungs- und Modellierschule für Mädchen- und Frauen begrüsst: Die Zeichnungsschule hat *«mit ihrer Zustimmung den Unterricht auch für das weibliche Geschlecht begonnen und dabei der Forderung unsrer Tage Rechnung getragen, welche demselben neben der Stellung in der Familie manche Gebiete der Arbeit und des Erwerbs zutheilen will; in der That lässt sich nicht läugnen, dass dieses Verlangen bei der steigenden Complication der socialen Zustände ein berechtigtes ist, und dass die Frauen nicht nur im Bereiche der Handarbeit den Männern erfolgreiche Concurrenz machen. Zu der Anerkennung dieser Berechtigung gehört eine Erziehung nicht nur für das Haus, sondern auch für einen selbständigen Beruf, und wir können es bloss loben, wenn der Sinn für das Schöne gepflegt und neben der Musik, die mit den Sprachen einen wesentlichen Theil der weiblichen Bildung ausmacht, auch das Zeichnen in seinen verschiedenen Anwendungen gepflegt wird.»*[706]

Die religiös-konservative Trägerschaft der Frauenarbeitsschule erklärt auch, weshalb zum ersten Mal in der Geschichte der GGG die Gründung einer neuen GGG-Institution von Anfang an gemeinsam von einem Männer-[707] und einem Frauenkomitee vorgenommen wurde, auch wenn die GGG ausschliesslich mit dem Männerkomitee, der GGG-Kommission, in Kontakt stand. Die zwei Komitees teilten sich – wie in den Missions- und Kirchenvereinen – die Führung der Schule nach für das jeweilige Geschlecht rollenspezifischen Kriterien: *«Damit der Frauenarbeitsschule für innere Fragen der weibliche Rath nicht fehle, hat sich in sehr verdankenswerther Weise eine Anzahl Damen bereit finden lassen, zu einem Comité zusammen zu treten, welches sich in den Besuch und die Aufsicht der Anstalt theilt, die Anordnung und Wahl der Arbeiten begutachtet, sich bei der Prüfung der Arbeiten und Ertheilung*

[Abb. 68]



[Abb. 69]



[68] Vorder- und Rückseite des kleinsten der drei zwischen 1853 und 1856 von der Kommission für Arbeiterwohnungen erbauten Häuser auf der Breite. Dieses Haus ist auf der Abb. 57 (S. 323) zwischen den zwei Gebäuden an der Strasse und dem grossen Haus im Vordergrund zu sehen. Das Doppelhaus enthielt acht Familienwohnungen. Der Eingang zu den Häusern befand sich auf der Rückseite mit den Lauben, der Abtritt neben der Haustüre in der Laube, also ausserhalb des eigentlichen Wohnbereichs. Zu den Wohnungen gehörte auch ein kleiner Gemüsegarten zur Entlastung des Familienbudgets.

[69] Der Grundriss zeigt den Aufbau der Wohnungen im Erdgeschoss des Mehrfamilienhauses. Der Eingang zum Gebäude führte ins Treppenhaus, wo sich gegenüber dem Treppenabsatz der Eingang zur Wohnung befand. Diese bestand aus einem Entree mit Kochstelle und einem kleinen Abstellraum sowie zwei Zimmern, wovon das grössere von einem Ofen geheizt wurde. Diese Wohnung war für eine vier- bis fünfköpfige Familie konzipiert.

der Zeugnisse betheiligt und bei den Ausstellungen am Ende der Curse bethätigt. Das Comité bilden Frau [Anna Katharina] *Burckhardt-VonderMühll, Frau* [Charlotte] *Stähelin-Brunner; Frau* [Anna Katharina] *Vischer-VonderMühll, Fräulein Lina Gonin* [1852–1883], *Holbeinstrasse 62, Fräulein Anna Linder, Leonhardsstrasse 23 und Fräulein Anna Linder, Missionsstrasse 31.»*[708] Typischerweise teilte sich ein Ehepaar das Präsidium der beiden Komitees. Frau Burckhardt-VonderMühll, die Ehefrau von Altbürgermeister Carl Felix Burckhardt-VonderMühll, blieb – anders als ihr Ehemann – Präsidentin des Frauenkomités bis zur Verstaatlichung 1894.[709]

Angriffe auf die neue Schule blieben nicht aus. Sie kamen von zwei Seiten. Von Frauen und Männern, die Modegeschäfte und Schneidereien betrieben, wurde die Frauenarbeitsschule als Konkurrenz empfunden und deshalb ihre Tätigkeit und ihre Schülerinnen in der Stadt «verschrien».[710] Die Schule stand aber auch in besonders sittenstrengen und konservativen Familien im Verdacht, Mädchen und Frauen aus der Unterschicht Wissen zu vermitteln, das ihrem Stand und ihren Lebensumständen nicht angemessen sei. Gegen diese Angriffe wehrte sich die Schule durch Ausstellungen, die sie jährlich veranstaltete. 1880 schreibt Karl Schmid-Linder, Vorsteher der Kommission: *«Es wurde durch die Ausstellung auch der Vorwurf widerlegt, dass die Frauenarbeitsschule nur theure Stoffe verwende und die Arbeiten mit kostbaren Verzierungen gefertigt werden müssten. Das geflickte Hemd und der gestopfte Strumpf fand sich eben so gut an seinem Platze, als das zierliche mit Spitzen versehene Damenschürzchen und der einfache Morgenrock eben so wohl, wie das nach den neuesten Mustern gefertigte elegante Costüm. Es war uns bei der Anordnung dieser Ausstellung daran gelegen, den Besuchern durch eigene Anschauung einen klaren Begriff zu verschaffen, nach welcher Methode und in welchem Umfange die Frauenarbeitsschule die weiblichen Handarbeiten lehre und welche Zwecke und Ziele sie zu erreichen suche.»*[711]

Der grosse Erfolg der Kurse ermutigte das Männerkomitee 1880, ein altes Fabrikgebäude am Stapfelberg 7 anzukaufen und vom Architekten Eduard Vischer-Sarasin umbauen zu lassen.[712] Die Finanzierung der Gesamtkosten von rund Fr. 80 000.– erfolgte über ein Darlehen der Zinstragenden Ersparniskasse von Fr. 65 000.– und durch eines der Zentralkasse der GGG von Fr. 10 000.–, beide zu 4 Prozent zu verzinsen. Die Betriebskosten der Schule von rund Fr. 11 000.– konnten – so schien es damals noch – aus den Kursgeldern und Beiträgen der von der Bürgergemeinde Basel verwalteten Paravicini-Stiftung gedeckt werden, die die Ausfälle ausglich, die aus Schulgeldreduktionen für unbemittelte Schülerinnen entstanden. Mit einem jährlichen Kredit der GGG von Fr. 3000.–, die die Zinszahlungen und Unterhaltskosten der Liegenschaft abdeckten, glaubte man, die Frauenarbeitsschule betreiben zu können,[713] was, wie sich rasch zeigte, eine Fehleinschätzung war.

1882 wurde neu ein Kurs zur *«Methodik des Arbeitsunterrichtes»* angeboten, *«damit die Zöglinge nicht mehr genöthigt würden, auswärts Lehrerinnencurse zu besuchen, um an hiesigen Schulen Verwendung zu finden».*[714] Denn

Frauen, die sich in Basel um eine Stelle als Arbeitslehrerin an einer staatlichen Schule bewerben wollten, mussten den Besuch eines solchen Kurses nachweisen. Der neue Kurs konnte aber erst 1884 starten, nachdem das Erziehungsdepartement die nötigen Weisungen erlassen hatte, *«durch die Schaffung eines pädagogischen Curses im Anschluss an die Fortbildungsclasse der Mädchen-Secundarschule* [...] *denn nach den Verordnungen des Vorstehers des Erziehungs-Departements sollte keine Arbeitslehrerin ohne ein Patent angestellt werden».*[715] Zum ersten Kurs meldeten sich 27 Frauen an, von denen 26 das Patent erhielten.[716] Bis 1890 hatte die Frauenarbeitsschule elf der an den Primarschulen tätigen Arbeitslehrerinnen, 15 an den Mädchensekundarschulen und sechs an der höheren Töchterschule sowie zwei in Privatschulen ausgebildet.[717]

Im Jahre 1889 wurde die Frauenarbeitsschule auf Vorschlag der GGG um eine zweite Abteilung erweitert: die Koch- und Haushaltungsschule, mit der Kurse in Hygiene und Krankenpflege verbunden waren. Die neue Abteilung war sofort ein grosser Erfolg.[718] Neben diesem mehrmonatigen Fachkurs machte die Frauenarbeitsschule auch einen Pilotversuch mit einem unentgeltlichen, nur siebenwöchigen Kurs für *«Töchter unbemittelter Familien».*[719] Nach anfänglichem Erfolg musste die Frauenarbeitsschule diesen Gratiskurs aber aufgeben, da die 14- bis 16-jährigen Mädchen, die sich gemeldet hatten, aus der Sicht der Lehrerinnen *«zwar willig, aber ausserordentlich flüchtig und nachlässig»* und *«das strenge Arbeiten nicht gewohnt»* waren, da sie zu Hause *«nicht zur Ordnung, Reinlichkeit, Arbeitsamkeit angehalten»* wurden.[720] Es fehlten ihnen alle Voraussetzungen, um in wenigen Wochen alles Nötige zu erlernen. Man wollte das Projekt aber nicht aufgeben. Es bildete sich eine Unterkommission unter dem Vorsitz von Rudolf Sarasin(-Stehlin)-Thiersch, *«welche mit Anfang April* [1891] *Kochkurse für lohnarbeitende Töchter einrichten wird».*[721] Die Durchführung übernahm die Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse, von der diese Idee ursprünglich auch stammte und die 1890 von Sarasin-Stehlin präsidiert wurde: *«Der schon im Jahre 1888 im Schoosse unserer Commission angeregte Plan, eine Kochschule speziell für Fabrikarbeiterinnen einzurichten, ist im Berichtsjahr* [1890] *seiner Verwirklichung näher gerückt. Es wurden Erhebungen gemacht über anderwärts mit solchen Schulen gesammelte Erfahrungen und die ersten Schritte zur practischen Durchführung des Projects eingeleitet.»*[722] 1891 fand im Klingental im Kleinbasel der erste Kochkurs für Fabrikarbeiterinnen statt.[723]

Der Anklang der Schule beim Publikum und der Ehrgeiz der Kommission, die eigentlichen Haushaltungsfächer unentgeltlich anbieten zu können, sprengten schliesslich den räumlichen und finanziellen Rahmen. Die leitende Kommission drängte 1892 den GGG-Vorstand, mit dem Erziehungsdepartement Verhandlungen über die Verstaatlichung der Schule aufzunehmen, um die Qualität und die weitere Entwicklung der Schule nicht zu gefährden: *«Der im letzten Blaubuch* [Jahresbericht für das Jahr 1892] *erwähnte Bericht der Commission* [...] *führt als Gründe der ihrerseits gewünschten und als nothwendig bezeichneten Uebernahme durch den Staat an: Ungenügender*

Raum im jetzigen Hause, Unmöglichkeit dort weitere Classen einzurichten und demgemäss öfteres Abweisen von Schülerinnen; Schwierigkeit bei den vorhandenen finanziellen Mitteln weitere Lehrerinnen anzustellen; ferner Wunsch der Lehrerinnen nach ebenso günstigen Besoldungsverhältnissen wie diejenigen der staatlichen Anstalten; endlich Wunsch nach Unentgeltlichkeit der hauswirtschaftlichen Fächer (Weissnähen, Flicken, Maschinennähen, Kleidermachen, Glätten und Rechnen und Buchführung).»[724] Der GGG-Vorstand wollte hingegen die Schule mit staatlicher Hilfe weiterführen, da sich einige Mitglieder gegen eine Verstaatlichung wehrten, um den direkten Einfluss auf die Frauenbildung in Basel nicht aufgeben zu müssen. War das Erziehungsdepartement zu einer gemeinsamen Führung grundsätzlich bereit, lehnte der Regierungsrat diese Lösung ab, da man nicht die finanzielle Hauptlast tragen wollte, ohne auf die Leitung der Schule Einfluss nehmen zu können: «*Infolge dieses Beschlusses wurde unser Vorstand angefragt, ob nicht die Uebergabe der Schule an den Staat ermöglicht werden könnte und uns gleichzeitig der Entwurf eines Gesetzes, das allen gestellten Forderungen Rechnung trägt, übersandt.*»[725] Die Entscheidung fiel schliesslich im Grossen Rat, indem die freisinnige Mehrheit sich gegen die in sich zerstrittenen Konservativen durchsetzen konnte und so auch den Wunsch der Kommission selbst nach einer Übernahme verwirklichte. Das konservative Stadtbürgertum war in sozial- und schulpolitischen Fragen Mitte der neunziger Jahre weit weniger in sich geschlossen als noch zwanzig Jahre früher.[726] Mit dieser auch von der Kommission der Frauenarbeitsschule angestrebten Verstaatlichung 1894 war der Anspruch von Mädchen und Frauen auf eine professionelle Berufsausbildung, wenn auch vorerst nur auf sogenannte «Frauenberufe» beschränkt, vom Staat anerkannt. 1896 folgte dann die Zulassung der ersten Studentinnen an der Basler Universität.

Das Übernahmeangebot des Staates löste – als angenehmen Nebeneffekt – einen für die GGG peinlichen Arbeitskonflikt: die öffentlich, mittels einer Petition vorgetragene Forderung der Lehrerinnen der GGG-Schulen nach Gleichstellung mit den Lehrerinnen an den staatlichen Schulen. Ungelöst blieb dieser (schon länger schwelende) Arbeitskonflikt in den Kindergärten, die unter der Aufsicht der GGG-Kommission zu den Kleinkinderschulen standen. Auch die Kindergärtnerinnen der GGG und anderer privater Vereine hatten 1893 eine Petition eingereicht mit der Bitte um Angleichung ihrer Anstellungsbedingungen. Die Kommission konnte eine volle Lohnangleichung nicht finanzieren, erhöhte jedoch die Löhne aller Lehrerinnen, die länger als ein Jahr angestellt waren, stufenweise, je nach der Dauer ihrer Anstellung.[727] Die Situation spitzte sich zwischen 1894 und 1895 weiter zu, da der Grosse Rat beschloss, die Kindergärten den staatlichen Schulen anzugliedern, und deren Besuch damit für unentgeltlich erklärte. Die bestehenden privaten Kindergärten wurden nur subventioniert, wenn sie in der Lage waren, die vom Staat geforderten Anforderungen an Minimallöhne, Räume und sanitarische Einrichtungen zu erfüllen.[728]

Da viele von der GGG betreute Kindergärten sich in der Altstadt befanden und die neuen staatlichen Auflagen nicht erfüllten, waren erhebliche Investitionen nötig, um überhaupt staatliche Subventionen beanspruchen zu können. Dazu kam, dass die vorgesehenen Subventionen niedriger waren als die bisherigen Schulgelder. Die Kommission fühlte sich überfordert: *«Eine Aufgabe z. B. die beinahe unsere Kräfte übersteigt, sind die Kinderschulen der inneren Stadt. Gerade für die zahlreichen Kinder der engen Gässlein sind unsere Schulen ein besonderes Bedürfniss, da ist es aber fast unmöglich geeignete Locale aufzutreiben.»*[729] Bereits 1872 hatte die Kommission zu den Kleinkinderschulen feststellen müssen: *«Ausser der Stadt* [in den neuen Aussenquartieren] *ist es schon eher möglich passende Locale zu finden, wie denn auch die dort gelegenen Schulen in dieser Hinsicht besser gestellt sind; auch sind wir darauf bedacht gewesen, dass in den neu erstehenden Arbeiterquartieren wie an der Bachlettenstrasse, ebenso in dem projectirten* [Evangelischen] *Vereinshause der kleinen Stadt, genügend Räume zu diesem Zweck reservirt werden. Aber innerhalb der Stadt macht sich der Mangel an solchen immer noch fühlbar; entweder fehlt es da überhaupt an grössern Localien, oder, wo sie vorhanden sind, werden sie nicht zu Kleinkinderschulen hergegeben. Eine wirkliche und gründliche Abhilfe ist daher kaum anders zu erwarten, als wenn einmal durch Ankauf von Liegenschaften oder Bauplätzen der erforderlichen Localien eigens zu dem vorliegenden Zwecke hergerichtet werden könnten. Allein hiezu bedürfte es Mittel, wie sie uns vor der Hand nicht zur Verfügung stehen.»*[730]

Die GGG verfolgte in dieser Situation eine doppelte Strategie. Einerseits unterstützte sie die christlichen Kindergärten des religiös-konservativen Stadtbürgertums. Pietistische Frauenvereine, die Evangelische Gesellschaft für das Vereinshaus und die Evangelische Gesellschaft für Stadtmission betrieben solche christliche Kindergärten, um die durch das Schulgesetz 1880 erreichte konfessionelle Neutralisierung der Staatsschulen, die von diesen Kreisen als Entchristlichung der Schule empfunden wurde, zu bekämpfen. Andererseits glich die Kommission zu den Kleinkinderschulen die steigenden Betriebskosten dadurch aus, dass sie sich Schritt für Schritt selbst auflöste und einen um den anderen ihrer Kindergärten aufgab oder verstaatlichen liess, eine Politik, die Paul Speiser-Sarasin 1902 für unvermeidlich erklärte: *«da unsere Gesellschaft mit Rücksicht auf ihre andern Aufgaben nicht in der Lage wäre, erhebliche Mehrleistungen zu übernehmen, muss sie dieses Feld ihrer Tätigkeit allmählich aufgeben».*[731]

Eine dieser *«anderen Aufgaben»*, die die GGG an die Hand nehmen wollte, war der Bau eines neuen Schulgebäudes für die Allgemeine Musikschule.[732] Die Allgemeine Musikschule blieb im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts von der Frage der Verstaatlichung merkwürdig unberührt. Klaglos bezahlte die GGG für den Ankauf der Liegenschaft und den Bau der neuen Schule zwischen 1902 und 1903 insgesamt eine halbe Million Franken. Die Kommission sparte vor 1902 auch nicht am Lohn der Lehrer. Die Löhne entsprachen staatlichen Ansätzen, und die Angestellten waren bei der 1877 zum Jubiläum gegründeten Sterbe- und Alterskasse versichert. Allerdings schränkte man die Zahl der Angestellten möglichst ein, sparte

am Mobiliar und blieb am Nadelberg, obwohl schon Mitte der achtziger Jahre Unterrichtsräume fehlten. Auch die Konkurrenz, die der Musikschule durch ihre eigenen Schülerinnen entstand, die ihr als Privatlehrerinnen Schüler abspenstig machten, konnte dem Institut nichts anhaben. In den beengten Verhältnissen, in der sich die Schule befand, empfanden Kommission und Schuldirektion diese Entwicklung als Entlastung und richteten sich auf die neue Situation ein: *«Im Rahmen beruflicher Bildung findet auch die Musikschule ihren Platz. Sie behauptet in unserer tonfreudigen Stadt ihren Rang als classische Bildungsstätte der Musik trotz wachsender Concurrenz des Privatunterrichts, die sie stets mehr vom Anfangsunterricht zu entlasten und in die Bahnen eines Conservatoriums zu drängen scheint.»*[733]

Folgerichtig bot die Musikschule seit 1892 Fortbildungskurse für Klavierlehrer und -lehrerinnen an. Die Leitung dieser Methodikkurse wurde dem Pianisten und Komponisten Hans Huber übertragen, der seit 1877 als Klavierlehrer an der Musikschule arbeitete.[734] Die Kommission strebte damit – nach dem Vorbild der Zeichnungs- und Modellierschule und der Frauenarbeitsschule – mittelfristig die Schaffung eines Musikkonservatoriums an: einer Berufsschule für Musiker und Musikschaffende. 1902 löste die GGG-Leitung mit dem Erwerb der Liegenschaft zum Rosengarten an der Leonhardstrasse 6 endlich auch die Raumnot der Musikschule. Bis Oktober 1903 entstand ein geräumiges Schulhaus mit einem eigenen Konzertsaal. Bis 1905 gelang unter der Leitung von Hans Huber, seit 1896 Direktor der Musikschule, der Ausbau zum Konservatorium, indem der bestehende Fortbildungskurs für Klavier durch weitere Fortbildungsklassen für andere Instrumente ergänzt wurde. Bis Ende des Ersten Weltkrieges sorgte die GGG-Leitung dafür, dass das Konservatorium und die Musikschule ohne staatliche Subventionen betrieben werden konnten. Erst 1919 wurden Staatssubventionen nötig, weil die GGG nicht in der Lage war, ihrer Lehrerschaft den geforderten Teuerungsausgleich zu zahlen.[735]

Eine ganz andere Entwicklung als die anderen GGG-Schulen nahm die älteste, nach 1870 noch bestehende GGG-Einrichtung: die Repetierschulen, die seit 1838 einen Deutsch- und einen Französischkurs für schulentlassene Knaben anboten. Nach 1870 litt deren Frequenz: *«Unsere Repetierschulen sind nur spärlich besucht; die Bemühungen, eine grössere Schülerzahl zur regelmässigen Benützung zu gewinnen, sind nur von einem sehr mässigen Erfolg begleitet gewesen»*,[736] klagte in seinem Bericht für das Jahr 1875 der damalige Kommissionsvorsteher, Schulinspektor Johannes Wahrmund Hess-Burckhardt. Er fügte aber sofort an, da im Vorstand bereits die Schliessung der Schule diskutiert wurde: *«Trotz den anscheinend geringen Erfolgen und trotz der dadurch den Lehrern verursachten Mühe und Arbeit glauben wir an der Aufrechterhaltung unserer Schule festhalten zu sollen. Ja, wir wagen es sogar, mit dem Gedanken an eine Erweiterung unserer Schule vor Sie zu treten. Durch verschiedene, wiederholt an uns gelangte Anfragen scheint es sich nämlich zu ergeben, dass nicht nur für die männliche, sondern vielleicht in noch höherem Grade für die weibliche Jugend der Wunsch oder das Bedürfniss der Gelegenheit zur Fortsetzung*

[Abb. 70]

[Abb. 71]

[70] Zwei Photographien des offenen Birsig von Adam Varady, aufgenommen im März 1886 vor Beginn der Korrektionsarbeiten. Dieses Bild zeigt den Abschnitt zwischen Pfluggasse und Rüdengasse vom Barfüsserplatz aus gesehen, ganz im Hintergrund die neue Hauptpost. Links und rechts mündeten Abwasser aus Haushaltungen und Gewerbebetrieben in den Kanal, darüber ergossen die Aborte ihren Inhalt in den Birsig. Heute verläuft hier die Falknerstrasse.

[71] Blick auf die «Parthie oberhalb der Ausmündung» des Birsigs «in den Rhein zwischen Fischmarkt und Schifflände». Dieses Teilstück wurde erst in den neunziger Jahren saniert. Deutlich sichtbar sind am linken Gebäude neben den zahlreichen Wäschehängern die Abflussrohre. Die Sanierung des Birsigs wurde seit der grossen Choleraepidemie 1855 und der Typhusepidemie 1865/66 diskutiert, aber erst 1886 tatsächlich begonnen, trotz des in Basel endemischen Typhus, der besonders in den Armenvierteln der Altstadt wütete.

und Befestigung des in der Schule begonnenen Unterrichtes im Französischen vorhanden ist. Eine grosse Anzahl von Töchtern kommen in den Fall, nach ihrer Confirmation da und dort Stellen anzunehmen, wobei die Kenntniss der französischen Sprache eine unerlässliche Bedingung ist. Für solche Töchter einen ähnlichen, ganz praktisch gehaltenen Unterricht einzurichten, ist daher der Gedanke, dessen Verwirklichung wir wenigstens probeweise im nächsten Jahre gerne versuchen möchten, wenn nicht die Gemeinnützige Gesellschaft ein Veto einlegt.»[737] Die Argumentation von Hess-Burckhardt war begründet, war doch die schulische Bildung an den Mädchensekundarschulen wesentlich schlechter als an den Knabenschulen, da die vielen Handarbeitsstunden zu Lasten der «wissenschaftlichen Fächer» gingen.[738]

Vorstand und Mitgliederversammlung liessen es auf einen Versuch ankommen. Als Lehrer stellten sich François Recordon vom Realgymnasium und Felix Bertholet-Wagner vom Humanistischen Gymnasium zur Verfügung. Der Erfolg gab der Kommission Recht. Die Schülerzahl erhöhte sich mit einem Schlag von 116 auf 240, sodass 1876 ein dritter Französischlehrer, Sekundarlehrer G. Tobler, angestellt werden musste: *«Im Erdgeschoss der neuen Mädchenschule an der Theaterstrasse fanden wir die nötigen Localien; als Zeit setzten wir im Einverständniss mit den meisten der sich Meldenden die Abendstunden von 7 – 8 Uhr, wöchentlich zweimal, fest* [... es] *meldeten sich* [...] *so viele Töchter (wenigstens 140–150), dass wir unmöglich allen Begehren um Aufnahme sofort zu entsprechen im Stande waren. Die meisten der sich Meldenden gehörte den arbeitenden Klassen an und standen als Nähterinnen, Modistinnen, Büglerinnen, Ladenjungfern, Fabrikarbeiterinnen etc. in Dienst.»*[739] Den Anfängerkurs übernahm Gymnasiallehrer Bertholet-Wagner, während François Recordon die fortgeschrittenen Schülerinnen und Sekundarlehrer Tobler das mittlere Niveau unterrichteten.

Die Bedingungen, unter denen die Kurse durchgeführt werden mussten, waren eine Herausforderung für Lehrer und Schüler: *«Das ungleiche Alter, die verschiedenartige Vorbildung, der weit auseinanderliegende Stand der Kenntnisse, der öftere Wechsel durch Ein- und Austritte, das sind Erschwerungen und zum Theil Uebelstände, welche unsere Schule mit allen derartigen Einrichtungen gemein hat. Von dem fast allzuknappen Raume in den nicht für Erwachsene berechneten Schulbänken, der das längere Sitzen zu einer Art von Folter macht, von der zum Theil ungenügenden Beleuchtung der Schulzimmer und von der hie und da vorkommenden Störung von aussen wollen wir nicht einmal reden.»*[740] Trotz des Erfolgs des neuen Schulkonzepts und des Engagements, mit dem die Lehrer die aufrichtigen, wenn auch nicht immer erfolgreichen Bemühungen ihrer Schüler und Schülerinnen zu fördern suchten, änder-te sich an den ungenügenden Raumverhältnissen nicht viel, wie die wiederholten Klagen der Vorsteher Hess-Burckhardt und Bertholet-Wagner, der Burckhardt 1878 in der Leitung der Kommission ablöste, zeigen. Mit der Verlegung der Kurse auf die Abendstunden und mit der Aufgabe der immer schlechter besuchten Kurse in Deutsch, Rechnen und Naturkunde für Knaben im Jahre 1881 entwickelte sich die Repetierschule zu einer

Sprachschule für Erwachsene mit einer Männer- und einer Frauenabteilung. Die ohne Schulgeld und Besuchszwang auskommende Schule hatte vorläufig allerdings nur einen Französischkurs anzubieten. Erst 1884 kam ein Englischkurs hinzu. Dessen Erfolg gerade bei Mädchen und Frauen etablierte die Sprachkurse der Repetierschule endgültig.

Angeregt wurde der Englischkurs durch den GGG-Vorstand, der *«das Begehren des Auswanderungsvereins betreffend Unterstützung des englischen Sprachunterrichts für Auswanderer»* im April 1882 an die Kommission zu den Repetierschulen überwiesen hatte, *«mit dem Auftrage diesen Unterricht in Verbindung mit diesem Vereine zu organisieren (mit Credit bis auf Fr. 200)».*[741] Es meldeten sich 35 Personen: 24 männliche zwischen 14 und 49 Jahren und 11 weibliche von 14 bis 34, *«unter anderem ganze Arbeiterfamilien aus Kleinbasel».*[742] Der Kurs kam aber nicht zustande, weil sich kein passendes Lokal finden liess: *«entweder war die Lage ganz ungünstig, oder es fehlte bald an Beleuchtung, bald an Heizung, bald an gehöriger Bestuhlung, deren Beschaffung unsere Mittel sofort erschöpft hätte».*[743] Man gab die Sache deshalb vorläufig auf und brachte die angekauften Unterrichtsmaterialien 1883 *«einstweilen in die oberen Räumlichkeiten des Bläsischulhauses».*[744] Die Leitung der Repetierschulen erkannte jedoch durch diese Erfahrung die Dringlichkeit unentgeltlicher Englischkurse.

Für den ersten Englischkurs 1884 meldeten sich 122 Schülerinnen im Alter zwischen 14 und 40 Jahren an:[745] *«Die meisten Teilnehmerinnen sind hier angestellt, einzelne sollen nächstes Frühjahr nach Amerika oder sogar nach Westafrika auswandern, andere sind Lehrerinnen oder arbeiten auf Post- und Telegraphenbureaux, manche harren auf Anstellungen.»*[746] Lehrer Hans Tuchschmidt, der den mittleren der drei Englischkurse führte, war tief beeindruckt vom Einsatz seiner Schülerinnen: *«Die Disziplin* [...] *liess nichts zu wünschen übrig. Der Lerneifer ist aller Anerkennung werth, so dass der Unterricht in diesen Classen höchst dankbar ist. Durch den trefflichen Geist dieser strebsamen Töchter und Frauen, die zumeist des Lebens rauhe Seiten erfahren, werde ich sehr befriedigt und mit Freude erfüllt. Der Schulbesuch ist dem Eifer entsprechend; und bedenkt man, dass 3–5 Töchter vom Gundeldingerquartier her regelmässig die II. Classe im Claraschulhause besuchen, dass im ganzen Jahre etwa 15 Schülerinnen fast nie fehlten, dass endlich viele Abends müde und vor dem Nachtessen* [direkt von der Arbeit] *zu diesen Stunden kommen, so muss man gewiss diesem verdienstlichen Eifer alles Lob zollen.»*[747] Die Begeisterung des Lehrers erklärt sich auch aus den weniger erfreulichen Erfahrungen mit den jungen Männern in den Parallelkursen: Sie waren weniger fleissig und sehr viel unzuverlässiger, auch in den Französischklassen.

1893 schliesslich wurde das Angebot der Repetierschulen um einen Italienischkurs erweitert. Mit diesem dreifachen Angebot gelang es der Repetierschule, sich neben den seit 1884 an den Sekundarschulen eingerichteten Fortbildungskursen, neben den vom Kaufmännischen Verein angebotenen Weiterbildungskursen und den zahlreichen privaten Sprachschulen zu behaupten. Dies dürfte vor allem der Professionalität, dem lang-

fristigen Engagement und der Ausdauer der gut qualifizierten Lehrer (Lehrerinnen gab es keine) geschuldet sein, die sich in der Kommission engagierten oder den Unterricht erteilten. Die GGG honorierte diesen Einsatz, indem sie 1900 rund Fr. 6000.– in die Repetierschulen investierte, die Hälfte der Summe, die sie gleichzeitig für die vom Staat teilweise mitgetragenen Kleinkinderschulen ausgab. 1881 waren es erst rund Fr. 1000.– gewesen. Allerdings wurde auch diese Schule indirekt vom Staat subventioniert, da alle Lehrkräfte auch an einer öffentlichen Schule angestellt waren. Die Entwicklung der Repetierschulen nach 1880 illustriert, welche tragende Rolle in den Kommissionen und im Vorstand die Berufsgruppe der Lehrer nach 1870 hatte.

3.5.4 Die GGG und die Alters- und Krankenversorgung nach 1877

Die Ankündigung von Vorsteher Eduard Hagenbach-Bischoff an der Festversammlung im Musiksaal am 2. April 1877, dass es gelungen sei, das zur Gründung einer allgemeine Basler Sterbe- und Alterskasse notwendige Garantiekapital von Fr. 100 000.– dank der Subskription von rund 140 Mitgliedern der Gesellschaft zusammenzutragen, stellte einen der Höhepunkte der Feierlichkeiten dar. Die Altersvorsorge hatte schon Isaak Iselin beschäftigt. Zwei frühe Projekte von 1781 und 1783 sowie ein dritter Versuch anlässlich des 75. Jubiläums 1852 waren aber an der Finanzierung gescheitert.[748] Nicht nur innerhalb der GGG, auch unter Ärzten und in politischen Gremien wurde die Altersversicherung diskutiert, einschliesslich der Frage einer Krankenversicherung. Eine erste wissenschaftliche Untersuchung zu den vorhandenen Versicherungen und Hilfskassen veröffentlichte Hermann Kinkelin 1865: die «Übersicht der gegenseitigen Hülfsgesellschaften von Basel-Stadt», die er 1868 zur Studie «Die gegenseitigen Hülfsgesellschaften der Schweiz» erweiterte. Hilfskassen und kleine Versicherungsgesellschaften gab es schon länger. Die «Gesellenladen» der Zünfte gingen bis ins Mittelalter zurück. Jetzt diskutierte man aber «allgemeine» Versicherungen, die möglichst viele Mitglieder haben sollten, um eine möglichst günstige Risikoverteilung zu erreichen. Allerdings gingen die Meinungen, wie diese allgemeine Versicherung erreicht und finanziert werden sollte, weit auseinander.

Die erste allgemeine Krankenversicherung entstand 1863, angeregt vom Arzt Daniel Ecklin, der auch zu den Gründern der Medizinischen Gesellschaft in Basel gehörte. Die «Allgemeine Krankenpflege», so der Name der Versicherung, schloss auf freiwilliger Basis arme Versicherte, freiwillige vermögende Beitragende (Gönner) sowie Ärzte und Apotheker, die zu einem stark reduzierten Kassentarif die Kassenmitglieder behandelten bzw. die Medikamente abgaben, zusammen. Dieser schichtübergreifende Ansatz verwirklichte das Prinzip der Gegenseitigkeit, wie konservative Sozialpolitiker es verstanden. Die Allgemeine Krankenpflege entwickelte

sich rasch zur grössten Krankenversicherung Basels, erwirtschaftete aber in den ersten Jahren grosse Defizite, da sie bei der Tarifordnung von falschen Voraussetzungen ausgegangen war. Sie versicherte nämlich – im Gegensatz zu allen anderen damaligen Hilfskassen – auch soziale Gruppen mit einem hohen Krankheitsrisiko. Als erste Kasse überhaupt versicherte sie auch ganze Familien mit ihren Kindern; diese waren sonst vom Versicherungsschutz ausgeschlossen. Erst nach mehreren Tarif- und Statutenänderungen erreichte sie 1878 eine einigermassen ausgeglichene Bilanz, aber nur, weil sie weiterhin genug «Gönner» zu ihren Mitgliedern zählen konnte, das heisst Personen, die Beiträge zahlten, ohne die Versicherungsleistungen in Anspruch zu nehmen.[749] Die Allgemeine Krankenpflege war personell eng mit der GGG verbunden und arbeitete auch mit verschiedenen in der Armen- und Krankenpflege tätigen GGG-Kommissionen zusammen. Fritz Burckhardt-Brenner, Gründungsmitglied der Allgemeinen Krankenpflege, beteiligte sich 1877 auch an der Gründung der Sterbe- und Alterskasse.

Eine ganz andere Lösung strebte Staatsschreiber Gottlieb Bischoff an, als er im Dezember 1867 im Grossen Rat den Anzug einbrachte, eine obligatorische Krankenversicherung einzuführen. Bischoffs Anzug wurde am 4. Mai 1868 an die Regierung überwiesen mit dem Auftrag, ein Gutachten erstellen zu lassen, *«ob nicht das obligatorische Anhalten einzelner Klassen der Bevölkerung zu einer Versicherung für Krankheitsfälle sowohl im allgemeinen sanitarischen als in ihrem, d. h. dieser Klassen, besonderen Interessen liegt, und ob es nicht durch Gesetz oder Verordnung eingeführt werden kann».*[750] Es ging also nicht um die Einführung einer allgemeinen, für alle Einwohner in gleicher Weise geltenden Versicherungspflicht, sondern darum, die wachsende Zahl unbemittelter kantonsfremder Einwohner, die damals nur in ihren Heimatorten einen rechtlichen Anspruch auf Unterstützung hatten, zu einer regelmässigen Versicherungsleistung zu zwingen. Die Antragsteller machten sich Forderungen der direkt betroffenen Hilfseinrichtungen zu eigen, wie zum Beispiel der Freiwilligen Armenpflege: *«Eines ferneren Uebelstandes möchten wir auch dieses Mal wieder gedenken. Er besteht darin, dass eine grosse Zahl der hier Niedergelassenen sich bei keiner Krankencasse betheiligt. Tritt dann Verarmung und Krankheit ein und wird Spitalversorgung nothwendig, so hat die freiwillige Armenpflege mit Unterstützung des Fiscus und der Frauenvereine die Kosten fast ausschliesslich zu tragen. So macht sich das Bedürfniss und die Nothwendigkeit obligatorischer Krankenversicherung immer mehr geltend.»*[751] Das von Gottlieb Bischoff und Ratsherr Adolf Christ-Sarasin ausgearbeitete Gutachten lag bis Ende 1873 vor, hatte jedoch nicht nur wegen der in dieser Frage sehr auseinanderstrebenden Interessen und Ansichten, sondern auch wegen der komplizierten politischen Verhältnisse nach 1874 keine unmittelbaren politischen Auswirkungen. Bischoff und Christ verfolgten diese Frage aber weiter, auch innerhalb der GGG.

So liess sich Adolf Christ-Sarasin 1875 zum Vorsteher der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse wählen. Diese GGG-Kommission verwaltete seit ihrer Gründung 1844 mehr als ein Dutzend kleine Hilfs- und

Sterbekassen. In seiner Funktion als Vorsteher nahm er bis zu seinem Tod 1877 auf die Debatte um eine obligatorische Krankenversicherung Einfluss. So reichte die Kommission 1876 auf seine Anregung hin zusammen mit einigen der ihr unterstellten Krankenkassen eine Eingabe bei der vorberatenden Kommission der eidgenössischen Räte für das eidgenössische Fabrikgesetz ein, um gegen die Bestimmung, *«dass bei Zahlung der Arbeitslöhne keine Lohnbetreffnisse zu Specialzwecken dürfen zurückbehalten werden»*,[752] zu protestieren. Diese hätte eine bei den privaten Fabrikkrankenkassen in Basel übliche Praxis aufgehoben. Es hätte auch die von Christ und Bischoff angestrebte allgemeine Ausweitung dieser Praxis auf alle im Kanton arbeitenden Personen, die keine eigene Krankenversicherung nachweisen konnten, verunmöglicht.

Die Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse versuchte die Dringlichkeit der Einführung dieses Obligatoriums ebenfalls nachzuweisen, indem sie darauf hinwies, dass die Verzögerung der Einführung des Obligatoriums die bereits bestehenden Kassen schädige. Karl Sarasin(-Vischer)-Sauvain, Christs Nachfolger als Vorsteher der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse, schrieb 1878: *«Wir glauben an diese Angabe die Bemerkung einiger Cassenvorsteher anknüpfen zu sollen, wonach bei einigen dieser Vereine keine weitere Mitgliederzunahme desshalb erfolgt, weil man hie und dort die Einführung der immer noch in Aussicht stehenden Einrichtung einer obligatorischen Krankencasse vorerst abzuwarten vorziehe. Ist diese Mittheilung begründet, so wäre allerdings jene Verzögerung bereits eine fühlbar schädliche. – Bekanntlich können solche Krankencassen nur bestehen, wenn fortwährend neue jüngere Mitglieder zutreten, wenigstens um den Abgang der Verstorbenen zu ersetzen.»*[753] 1883 benutzte Sarasin dieses Argument gegen ein allgemeines Versicherungsobligatorium, das damals im Bundesparlament diskutiert wurde. Die Mitgliederzahlen der von der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse verwalteten Kassen sei nicht wesentlich gestiegen, was *«angesichts der starken Zunahme der Einwohnerschaft* [...] *nicht nur ein Stillstand, sondern ein Rückschritt»* sei.[754] Er folgerte daraus, da im gleichen Zeitraum die freien Hilfsgesellschaften in der Schweiz zugenommen hätten, *«dass nach der hier gemachten Erfahrung schon die Bedrohung mit einer staatlichen Versicherungs-Anstalt und allgemeinen Obligatorium* [im Gegensatz zu dem von Christ und Bischoff geforderten beschränkten Obligatorium] *genügt hat, um die freie Thätigkeit auf diesem Gebiet zu schwächen und einen erwünschten Fortschritt zu hemmen».*[755]

1885 unternahm Rudolf Sarasin(-Stehlin)-Thiersch, der Nachfolger von Karl Sarasin in der Leitung der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse, einen neuen Versuch, das von den Konservativen angestrebte Versicherungsobligatorium für kantonsfremde Arbeiter durchzusetzen. Er forderte in einem Anzug im Grossen Rat, das Fabrikgesetz um eine Bestimmung zu erweitern, die Arbeitgebern die Anstellung von Personen ohne Krankenversicherung untersagte. Zuwiderhandlungen, das heisst Anstellungen von nicht versicherten Mitarbeitern, sollten strafbar sein. Arbeiter ohne Versicherungsnachweis wären so bei der Arbeitssuche benachteiligt, wenn sie

[Abb. 72]

[72] Anlässlich der Überwölbung des Birsigs, der Erstellung der Falknerstrasse und der Korrektion der Gerbergasse wurde das Postgebäude erweitert. Die Photographie muss vor 1902 entstanden sein, weil ganz links noch die Gerüste am alten Zunfthaus zu Safran zu sehen sind. Der Neubau wurde 1902 eingeweiht (vgl. auch Abb. 70, S. 383).

sich nicht «freiwillig» versicherten oder einen Arbeitgeber fanden, der sie versicherte. Dieser Antrag wurde mit 54 gegen 29 für erheblich erklärt und zur Ausführung an die Regierung überwiesen.[756] Die Vorstände der Kassen, die sich der Verwaltung der Kommission für Fabrikarbeiter unterstellt hatten, unterstützten mit einer Eingabe an den Regierungsrat den Anzug Sarasin: *«Seither haben auch Berathungen und Besprechungen unseres Vorstehers mit dem Vorsteher des Departements des Innern unter Beiziehung anderer Sachverständiger stattgefunden, welche, wie wir hoffen, dazu beitragen werden, die Frage ihrer befriedigenden Lösung näher zu bringen.»*[757] Aber auch auf diesem Weg erreichten die Konservativen ihr Ziel nicht. Die laufenden Debatten und Abstimmungen im Grossen Rat wurden in den Berichten der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse jedoch weiterhin kommentiert.

Der Bericht von Bischoff und Christ zur obligatorischen Krankenversicherung von 1873 enthielt auch die Empfehlung: *«Bei Anlass dieser Arbeiten der Frage einer allgemeinen Alterskasse einlässliche Berücksichtigung zuteil werden zu lassen.»*[758] Diese Anregung nahm der GGG-Vorstand auf. Die Vorbereitungen zur Gründung einer Basler Sterbe- und Alterskasse begannen im Winter 1876/77. Sie waren politisch breit abgestützt, indem in die vorberatende Kommission, die die Statuten entwerfen sollte, nicht nur die konservativen Rudolf Sarasin(-Stehlin)-Thiersch, Hieronymus Burckhardt-Iselin, Fritz Burckhardt-Brenner und Theophil Vischer gewählt wurden, sondern auch der freisinnige Statistiker und Versicherungsfachmann Hermann Kinkelin. Ebenso wurde der Statutenentwurf nicht nur im Vorstand und in der Mitgliederversammlung der GGG diskutiert, sondern auch dem Gewerbeverein und den Vorständen der bestehenden Basler Krankenkassen zur Begutachtung vorgelegt.[759]

Anders als bei der Krankenversicherung, für die Christ und Bischoff ein Obligatorium verlangten, sah man die Lösung der Alters- und Hinterbliebenen-Versicherung in einer genossenschaftlich organisierten, auf Freiwilligkeit beruhenden Versicherung, die den Gewinn in Form von Prämienreduktionen an ihre Mitglieder weitergeben und das Risiko der Kasse durch eine möglichst hohe Zahl versicherter Mitglieder vermindern und so auch die Verluste auf möglichst viele verteilen sollte. Nach der Ankündigung Anfang April 1877, dass das nötige Garantiekapital vorhanden sei, ging die Gründung zügig voran. Die Statuten und der Prämientarif *«konnten* [...] *am 30. Januar 1878 von den Garanten und am 7. Februar von der gemeinnützigen Gesellschaft genehmigt und die Abgeordneten beider mitwirkenden Theile in die Verwaltungscommission gewählt werden»*,[760] das heisst zwölf Delegierte der Garanten und sechs Vertreter der GGG.[761] Später, sobald sich die ersten hundert Versicherten gemeldet hätten, sollten zusätzlich sechs Vertreter der Versicherungsnehmer gewählt werden, womit die Verwaltungskommission insgesamt 24 Mitglieder umfasste.[762]

Die provisorische 18-köpfige Verwaltungskommission wählte am 28. Februar 1878 den leitenden Vorstand,[763] der sofort mit der Einrichtung der ersten Versicherungsagentur begann. Am 15. Juni 1878 konnte im Stadt-

haus das erste Büro der Basler Sterbe- und Alterskasse eröffnet werden.[764] Die konservative Regierung erklärte die Versicherung 1878 für gemeinnützig und damit steuerfrei. Der Kanton Baselland bewilligte den Geschäftsbetrieb ohne Kautionshinterlegung, und die Kantonalbank in Liestal, die Kreishypothekenbank in Lörrach und die Bank in Zofingen eröffneten Filialen.[765] Bereits im Dezember 1878 konnten die noch fehlenden sechs Vertreter der Versicherten in die Verwaltungskommission gewählt werden. Im September 1879 schliesslich bezog die Kasse ein geräumigeres Lokal am Nadelberg 23, wo sie bis 1888 ansässig war.[766]

Die Versicherung wuchs rasch. Der Verwaltungskommission war von Anfang an daran gelegen, nicht nur möglichst viele Einzelpersonen, sondern auch ganze Betriebe und möglichst viele der bestehenden kleinen, meist schlecht finanzierten Kassen in die neue Versicherung einzugliedern, und dies nicht nur im Kanton Basel-Stadt. Bereits der erste Geschäftsbericht konnte dahingehend Erfolge melden: *«Von dem wachsenden Zutrauen in unser Institut legt auch Zeugniss ab, dass wir mit mehrern Arbeitgebern, mit der Commission zur Zeichnungs- und Modellirschule, mit der Commission zur Musikschule, mit der Kammergutscorporation der basellandschaftlichen Geistlichkeit und mit der Krankencasse in Binningen Verträge über Versicherungen ihrer Angehörigen abschliessen konnten und uns auch bereits ähnliche Verträge aus entferntern Kreisen angeboten worden sind.»*[767] Erst im Jahresbericht für 1881 wird deutlich, dass die Verwaltungskommission dank ihrer Verbindungen zu anderen Sektionen der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG) bereits an der Gründung eines nationalen Versicherungsinstitutes arbeitete: *«Im Juni 1879 beschloss die kantonale gemeinnützige Gesellschaft von Zürich die Prüfung der Frage, ob nicht selbstständig oder im Anschluss an die Basler Sterbe- und Alterscasse eine kantonale Sterbe- und Alterscasse errichtet werden sollte. Während der Berathungen darüber wurde auch im Winter 1880/81 in der gemeinnützigen Gesellschaft der Stadt St. Gallen* [...] *die Gründung einer schweizerischen Versicherungsanstalt auf Gegenseitigkeit angestrebt und im Frühling 1881 eine bezügliche Einladung an eine grössere Anzahl gemeinnütziger Männer aus den deutschen Kantonen zu einer Versammlung in Zürich am 10. Mai* [1881] *erlassen.»*[768]

An dieser Versammlung konstituierte sich ein Gründungskomitee für eine schweizerische Sterbe- und Alterskasse. Ein Statutenentwurf lag bereits am 20. November 1881 vor, der von der Geschäftsleitung der Basler Sterbe- und Alterskasse gutgeheissen wurde: *«Der Statutenentwurf für die Schweizerische Sterbe- und Alterskasse* [...] *wurde von der* [Basler] *Verwaltungscommission am 2. December und vom Gründungscomite am 4. December* [1881] *einstimmig angenommen. Für unsere Anstalt stellt er einfach eine Statutenrevision dar. Wir dürfen wohl den Umstand, dass Basel als Sitz der Anstalt, und die Behörden der Basler Sterbe- und Alterscasse bis zum Ablauf der Amtsdauer als solche der Schweizerischen Sterbe- und Alterscasse bezeichnet wurden, als Zutrauensvotum freudig annehmen. Wir hoffen auch, dass die Jubiläumsstiftung der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen unter der neuen Flagge glückliche*

Fahrt haben wird; die Mitwirkung der angesehensten Männer unseres Vaterlandes ist ihr zugesichert. Der baslerische Gemeinsinn öffnet sich dem ganzen Schweizerland, wie er es schon bei mancher Gelegenheit gethan hat, und wird ihm zu dauerndem Segen gereichen.»[769] Die Basler Sterbe- und Alterskasse, die Jubiläumsstiftung der GGG, hatte sich also in kürzester Zeit von der Muttergesellschaft emanzipiert und zu einer nationalen Versicherungsgesellschaft gemausert, in der die Basler Kapitalgeber nur noch bis 1884 allein das Sagen hatten.[770] Die neue nationale Versicherungsgesellschaft breitete sich in der Deutschschweiz rasch aus. Zu Beginn der neunziger Jahre gelang es, auch in der Westschweiz mit der Gründung von Filialen 1891 in Genf und 1893 in Lausanne Fuss zu fassen. Bereits 1888 hatte die Gesellschaft ein eigenes Verwaltungsgebäude an der Kaufhausgasse 5 erworben, das 1895 um die Liegenschaft Kaufhausgasse 3 erweitert wurde. Sie besass so, wie die benachbarte Zinstragende Ersparniskasse, ein eigenes Geschäftsgebäude an zentraler Lage. Die Einladung des GGG-Vorstandes, den Sitz im Schmiedenhof einzurichten, hatte die Gesellschaft bereits 1888 ausgeschlagen.[771]

Bescheidenere Ziele verfolgten andere Projekte, die ebenfalls aus der politischen Debatte um die Alters- und Krankenversorgung entstanden. 1878 konstituierte sich auf Anregung Alfred Altherrs, des ersten Pfarrers der liberalen Richtung in der Basler Kirche, die GGG-Kommission zum Schutze Geisteskranker:[772] *«Der Antragsteller, Herr Pfarrer Altherr, wollte derselben die Aufgabe stellen, den Angehörigen von Geisteskranken bei Versorgung derselben behülflich zu sein, darüber zu wachen, dass der Transport auf eine den Patienten möglichst schonende Art geschehe, in Fällen von Armuth sich um die nöthigen Mittel zu bewerben, die also Versorgten während der Curzeit im Auge zu behalten und die Genesung vor Störung von Aussen her und vor zu früher Entlassung zu schützen, vornehmlich aber dafür Sorge zu tragen, dass Solche, die als Genesene entlassen werden, nicht in eine Lebensweise und Umgebung zurückfallen, in welcher die Gefahr neuer Erkrankung läge.»*[773] Diese Kommission regte in den folgenden Jahren auf der Grundlage eines Gutachtens von Ludwig Wille den Bau einer spezialisierten Pfleganstalt an:[774] der 1886 eröffneten Friedmatt, aus der sich die heutige Psychiatrische Universitätsklinik entwickelt hat. Mit der Eröffnung der Anstalt *«erweiterte sich die Kommission sodann zu einem* [von der GGG] *selbständigen Irrenhilfsverein».*[775]

Ein anderes Projekt wurde vom Arzt Robert Ronus am 15. März 1877 in Namen und Auftrag der Medizinischen Gesellschaft an die GGG herangetragen:[776] *«Das Krankenmobilien-Magazin stellt sich die Aufgabe, die nothwendigsten Apparate und Geräthschaften, welche nach dem jetzigen Stand der Wissenschaft zur Behandlung von Krankheiten nöthig sind, weniger Bemittelten gegen einen entsprechenden Miethzins auszuleihen.»*[777] Am 1. Juli 1879 wurde das Krankenmobilienmagazin eröffnet und die neue Einrichtung durch ein gedrucktes Zirkular den Ärzten empfohlen. Die Krankenmobilien, das heisst Hilfsmittel, die man zur Pflege von Kranken oder zur Behandlung von Krankheiten benötigte (vgl. Abb. 73, S. 395) sollten nur auf ärztliche Anweisung hin und gegen schriftliche Garantie *«einer als solid*

erkannten Person» oder gegen eine angemessene Kaution entliehen werden.[778] Eine Abzahlung der Miete in Raten war nicht möglich. Als Verwalter bestimmte die Kommission G. Altorfer-Bahnmayer, *«Vertreter der internationalen Verbandstofffabrik in Schaffhausen, welcher uns in seinem Domicil, Theaterstrasse 22, zwei hübsche Zimmer und Platz im Hofraum zu Fr. 200 per Jahr, sowie seine facherfahrenen Dienste zu Gebote stellte».*[779] Er betreute das Magazin mit einem kleinen Unterbruch bis 1893.

Bis Ende des Jahres 1879 schickten 23 Ärzte ihre Patienten an die Theaterstrasse.[780] Sie fungierten, wie sich bald zeigte, meist gleich auch als Garanten. Garantien in bar wurden verhältnismässig wenige geleistet. Im ersten vollen Betriebsjahr 1880 wurden 768 Gegenstände ausgeliehen.[781] Der Bestand von Hilfsmitteln konnte mit Geräten, die von Genesenen nicht mehr benötigt und gespendet wurden, weiter ergänzt werden. Diese Praxis wurde bis zur Jahrhundertwende beibehalten. Bis 1890 verdoppelte sich die Zahl der Ärzte, die mit dem Krankenmobilienmagazin zusammenarbeiteten, auf fünfzig. In zwei Drittel der Fälle traten sie auch 1890 als Garanten auf. Seit 1890 stand auch eine Waage für *«Körperwägungen»* zur Verfügung.[782] Mit der Eröffnung der staatlichen Poliklinik 1891 kamen Überweisungen von dort dazu (1891: 233 von 1517; 1892: 292 von 1280 Benutzungen).[783] Die Zahl der Verschreibungen aus der Poliklinik ging dann aber wieder zurück. An deren Stelle traten ab 1897 die bei der Allgemeinen Krankenpflege Versicherten, die im Krankheitsfall nicht ein Krankengeld ausbezahlte, sondern die Kosten einer Krankenpflege zu Hause oder in einem Spital übernahm (1897: Poliklinik 211; Allg. Krankenpflege 220; 1898: Poliklinik 189, Allg. Krankenpflege 304).[784] Diese Gruppe von Versicherten oder unentgeltlich behandelten Personen machte aber nie mehr als ein Fünftel aller Benutzer aus.

1882 wurde das Magazin an die Streitgasse 5 verlegt. Die Kommission erreichte damit, dass der Rückgang der Benutzung einzelner *«der gangbarsten Gegenstände, z. B. Eisbeutel verschiedener Form»,* gestoppt werden konnte, die *«auch von den Apothekern Kleinbasels miethweise ausgegeben werden, wodurch der weite Weg zu unserem bisherigen Locale vielen Benützern erspart wurde».*[785] Ein Versuch, das Magazin mit einem Anmeldebüro für Krankenwärter und -wärterinnen zu verbinden, bewährte sich nicht und wurde bis 1884 wieder aufgegeben. Man verlängerte jedoch 1885 die Öffnungszeit abends von sieben Uhr auf acht Uhr: *«Diese Zeit wird namentlich der Fabrikbevölkerung zum Bezug der Gegenstände bequem sein.»*[786] Als das Magazin 1887 an den Gerberberg 26 verlegt werden musste, weil der Verwalter dort ein eigenes Geschäft eröffnet hatte, suchte die Kommission nach einer Ablage im Kleinbasel und fand Aufnahme bei Apotheker Engelmann auf der Kleinbasler Seite der Mittleren Brücke: *«Der Zuspruch von Seiten Kleinbasels zeigte sich gleich in der ersten Zeit als ein sehr lebhafter, so dass wir damit einem wirklich dringenden Bedürfnis entgegengekommen sind.»*[787] Die Verbindung des Magazins mit einer Apotheke erwies sich als ideal. 1893 kündigte die Kommission Herrn Altorfer-Bahnmayer, der wegen Alter und zunehmender Kränklichkeit das Magazin

nicht mehr regelmässig offen halten konnte. Auf 1. Juli 1893 übernahm das Kommissionsmitglied Emil Steiger, Inhaber der Engelapotheke an der Bäumleingasse 4, das Krankenmagazin im Grossbasel.[788]

Ein drittes Projekt nahm 1880 eine Kommission unter dem Präsidium von Paul Speiser-Sarasin an die Hand: die Errichtung eines Altersasyls für Niedergelassene. Sie kam aber damit kaum voran, da die benötigten Fr. 100 000.– nur langsam zusammenkamen. Weitere Verzögerungen ergaben sich, weil die vorgesehene Subvention aus dem Reservefonds der Zinstragenden Ersparniskasse zwar *«in Aussicht genommen wurde, dass aber in Folge der noch immer ungelösten Frage des Verhältnisses unserer Gesellschaft zu dem Projecte der Erweiterung der Zeichnungsschule* [zur Kunstgewerbeschule wie 1877 angekündigt] *auch dieser Punct noch weit von einer Abklärung entfernt zu sein scheint»*, wie Paul Speiser 1884 etwas verdriesslich feststellte.[789] Erst Ende der achtziger Jahre kam die Sache ins Rollen, als Verhandlungen mit der Freiwilligen Armenpflege aufgenommen wurden wegen der Errichtung eines Altersheim in der Liegenschaft der Arbeitsanstalt zum Silberberg im Kleinbasel.[790]

Diese Verhandlungen führten zu nichts, sodass man die Idee, ein Altersheim für Niedergelassene zu bauen, ganz aufgab und sich stattdessen am 28. Februar 1890[791] von der Mitgliederversammlung ermächtigen liess, *«aus den Zinsen der angesammelten Gelder alte Niedergelassene im Pfrundhaus des Bürgerspitals zu verpfründen, hiezu fand sich das Pflegamt des Bürgerspitals so bereit, dass, nachdem im Jahre 1891 mit 5 Pfründern begonnen worden war, im Jahre 1898 43 alte Niedergelassene durch Vermittlung unserer Kommission im bürgerlichen Pfrundhaus untergebracht waren».*[792] Nach Inkrafttreten des Armengesetzes von 1898 übernahm der Staat einen Teil der Pfrundkosten, sodass die Kommission nur noch *«an Stelle von zahlungsunfähigen oder zahlungsunwilligen Heimatgemeinden»* einspringen musste.[793] Damit war das vorhandene Kapital, das die Kommission verwaltete, wieder frei. So beteiligte sich die GGG 1902, nach Verhandlungen mit dem Pflegeamt des Bürgerspitals, mit einem Beitrag von Fr. 220 000.– am Neubau eines Bürgerlichen Pfrundhauses, worin 120 Plätze in Zukunft für Niedergelassene reserviert waren. Die Kommission zur Errichtung eines Altersasyls für Niedergelassene brachte ihr gesamtes Vermögen von Fr. 155 000.– ein. Die ZEK beteiligte sich mit einem Kredit von Fr. 100 000.–. So blieb ein kleiner Fonds von Fr. 35 000.–, aus dessen Zinsen weiterhin in Einzelfällen Beiträge an das Kostgeld von unbemittelten Einwohnern ausbezahlt werden konnten.

3.5.5 Die GGG und die Armenpflege nach 1877

Die GGG entwickelte in der Armenpflege in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts kaum neue Ideen. Obwohl die Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse sich stark politisch engagierte, beschränkte sie sich im Wesentlichen auf die Verwaltung der ihr angeschlossenen Kranken- und

[Abb. 73]

Im Jahr 1887 sind ausgeliehen worden:

11	Armbadwannen.
28	Badwannen.
28	Badthermometer.
40	Bettbogen.
1	Bettheber.
25	Bettrahmen.
12	Bettgeschirre.
20	Birnspritzen.
11	Bronchitiskessel.
2	Carbolspray.
213	Eisblasen, verschiedene.
104	do. für Kopf.
179	do. für Hals.
239	Fieberthermometer.
11	Fahrstühle.
5	Fußschemel, verstellbar.
929	Transport.
929	Transport.
226	Inhalationsapparate.
146	Irrigateurs.
6	Klystirspritzen.
8	Kühlapparate nach Leiter.
51	Luftkissen.
5	Milchpumpen.
1	Nachtstuhl.
24	Nasendouchen.
10	Krückenpaare.
13	Schienen f. Arm u. Beine.
8	Schutzbrillen.
12	Terpentin-Inhalatoren.
15	Wasserkissen.
25	Sitzbadwannen.
1479	Gegenstände.

Vorräthige Krankenmobilien am 31. Dec. 1887.

1	Augendouche.
	Aufsätze für Klystirrohre.
2	Armbadwannen.
9	Badwannen.
10	Badthermometer.
12	Bettbogen.
2	Bettheber.
1	Bettflasche.
2	Bettpfannen.
5	Bettrahmen.
5	Bettschüsseln, rund und oval.
1	Bidet.
7	Birnspritzen.
4	Bronchitiskessel.
1	Carbolspray.
2	Clysopompes.
3	Doppelklystire.
1	Douchenapparat mit Pumpe.
1	Decimalwaage für Körperw.
39	Eisblasen, flaschenf. u. rund.
15	do. für den Kopf.
25	do. für den Hals.
56	Fieberthermometer.
1	Fußbadwanne.
3	Fußschemel, verstellbar.
2	Füße, künstliche.
1	Hanteln-Paar.
1	Hörrohr.
	Holzklammern für Eisblasen.
17	Inhalationsapparate, kleine.
9	do. große.
32	Irrigateurs, nach Esmarch.
1	do. nach Eguisier.
3	Krankenfahrstühle.
5	Krückenpaare.
4	Kühlapparate nach Leiter.
10	Luftkissen.
3	Milchpumpen.
1	Nachtstuhl.
12	Nasendouchen.
1	Respirator.
21	Schienen für Arm u. Fuß.
1	Schlundsonde.
11	Spucknäpfe.
3	Schutzbrillen.
1	Streckbett.
6	Terpentin-Inhalatoren.
4	Urinale aus Patentgummi.
3	Wasserkissen.
1	Wundspritze.
5	Zinn-Klystierspritzen.
5	Zinn-Mutterspritzen.

[73] Im Jahresbericht der GGG veröffentlichte die 1878 auf Anregung der Medizinischen Gesellschaft gegründete Kommission zum Krankenmobilienmagazin regelmässig eine Übersicht über die ausgeliehenen und die noch vorrätigen Sanitätsartikel. Im Bild die Aufstellung von 1887.

Hilfskassen und die Verwaltung der Prämienstiftung für männliche Arbeiter und Dienstboten. Diese Stiftung schüttete jährlich einen festgesetzten Betrag aus, der in Form von Prämien an Arbeiter, Knechte und Dienstboten verteilt wurde, die innerhalb von zwanzig Jahren nicht mehr als dreimal die Stelle gewechselt hatten.[794] Aufschlussreich sind ihre Jahresberichte jedoch für das Bild, das sich reiche Basler von den Armen und Arbeitern machten. Konservative wie Hieronymus Burckhardt-Iselin, Schreiber der Kommission, erklärte sich 1877 die wachsende Armut in erster Linie mit den neuen politischen und individuellen «Freiheiten»: *«Wer die sittlichen und öconomischen Zustände unserer Einwohnerschaft unbefangen beobachtet, kann sich der Wahrnehmung nicht verschliessen, dass die im Gefolge der neuen Bundeseinrichtungen uns gewordenen Bescheerungen, das Zuströmen arbeitsloser Individueen und verkommener Familien, welchen die Gemeinde-Behörden* [d. h. die 1876 neu konstituierte Bürgergemeinde Basel und der die Einwohnergemeinde vertretende Kanton] *machtlos zusehen müssen, die schrankenlose Vermehrung der Wirthschaften und Anderes mehr, dem Leichtsinn und der Liederlichkeit und Verarmung vielfach Vorschub leisten.* […] *Um so mehr wird es Aufgabe der freien Vereinstätigkeit sein, den Sinn für Sparsamkeit und Fürsorge nach Kräften zu wecken und zu fördern und die Mittel dazu der arbeitenden Bevölkerung nahe zu bringen.»*[795] Armut war für Burckhardt-Iselin ein moralisches Problem; sie war eine Folge der «Unsittlichkeit», falsch verstandener Freiheit. Solche Vorstellungen erschwerten innerhalb der GGG die Umsetzung neuer, innovativer Projekte. Es erstaunt nicht, dass die Leitung der GGG, als sie sich – als Ersatz für die eingegangene Pfandleihanstalt der Handwerkerbank – 1883 an der Gründung einer Aktiengesellschaft für eine neue Pfandleihanstalt beteiligen wollte, auf *«lebhaften Widerspruch der Überängstlichen in ihrer eigenen Mitte»* stiess,[796] die nicht nur das Risiko des Pfandgeschäfts an sich fürchteten, sondern es grundsätzlich für unmoralisch hielten, Arme vom Verzicht und vom Sparen abzuhalten.

Da die Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse am längsten mit der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft (SGG) verbunden war, trug sie auch immer wieder die armenerzieherischen Debatten der SGG in die GGG hinein. So regte sie 1878 ein Preisausschreiben an, wie am besten gegen das Volksübel Alkohol vorzugehen sei. Es ging dabei vor allem um den Schnaps, damals die billigste Alkoholform, die in den unteren sozialen Schichten hauptsächlich getrunken wurde. Den Sieger, Traugott Siegfried, beauftragte die Kommission mit der Ausarbeitung einer «Volksschrift», die unter dem Titel «Das Wirthshaus» 1881 in einer Auflage von 5000 Exemplaren gedruckt und im Namen der GGG herausgeben wurde.[797] Traugott Siegfried verknüpft darin, wie in ähnlicher Weise 1876 schon Burckhardt-Iselin, Alkoholkonsum, Vernachlässigung des Familienlebens und das seit 1848 breitere politische Mitspracherecht der Schweizer miteinander: *«so ist hinwiederum unsere ganze Gegenwart mit ihren Gesetzen und Verfassungen anderseits viel daran schuld, dass das Volk einen grossen Theil seiner Zeit in Wirthschaften zubringt. Durch die bis in's Weiteste gehende Freiheit ist das*

Volk dazu berufen, in allen öffentlichen Angelegenheiten mitzureden; alle diese Besprechungen finden meist wieder im Wirthshaus statt; Vereine sind zu allen erdenklichen Zwecken gebildet, die allermeist ihre Versammlungen im Wirthshaus haben; im Wirthshaus wird heute fast aller Orten alle Politik und öffentliche Angelegenheiten berathen, so dass es Wochen giebt, wo ein Familienvater, der in öffentlichen Dingen thätig ist, Tag für Tag den Abend im Wirthshaus zuzubringen eigentlich gezwungen ist. Und dazu kommt eben noch der freiwillige Wirthshausbesuch, der nicht minder fleissig betrieben wird. Wo bleibt da noch die Familie; wo die ernstliche Sorge für sich und die Seinen!»[796] [798]

Auch die Aktiengesellschaft für Arbeiterwohnungen auf der Breite, die sich 1861 von der Fabrikkommission getrennt hatte und aus der GGG ausgeschieden war,[799] erweiterte ihren Wirkungskreis nach 1870 nicht mehr wesentlich. Die von der GGG seit 1861 unabhängige Aktiengesellschaft konzentrierte sich nach 1856 auf die Verwaltung der von ihr errichteten 31 Wohneinheiten. Nur 1888 errichtete die Aktiengesellschaft noch drei weitere Gebäude mit je fünf etwas grösseren Wohnungen, nachdem eine jüngere Baugenossenschaft, an der die GGG ebenfalls beteiligt war, an der Farnsburgerstrasse mehrere Arbeiterhäuser errichtet hatte. Eine von der Aktiengesellschaft errichtete Wohnung war 30 m² (ältere Wohnungen) bis 45 m² (jüngere Wohnungen) gross und für eine fünf- bis sechs-köpfige Arbeiterfamilie gedacht. Zur Wohnung gehörte jeweils ein Gartenanteil, der der Selbstversorgung mit Gemüse dienen und damit das Einkommen der Familie ergänzen sollte.[800] In einem Rückblick auf die ersten 25 Jahre ihres Bestehens stellte Karl Sarasin(-Vischer)-Sauvain 1878 nicht ohne Stolz fest, dass der Zweck der Modellsiedlung erreicht worden sei. Sie habe im Breitequartier, aber auch in anderen Stadtquartieren die Errichtung gleicher oder ähnlicher Arbeiterhäuser angeregt und könne weiterhin als Vorbild dienen.[801] Sarasin regte deshalb die Herausgabe einer Übersichtsdarstellung zu solchen Modellsiedlungen an und legte auch gleich eine detaillierte Disposition vor,[802] die dann vom Mathematiker, Physiker und Architekten Johann Jakob Balmer-Rinck umgesetzt und 1882 unter dem Titel «Die Wohnung des Arbeiters» im Auftrag der GGG veröffentlicht wurde.[803]

Um den von der Aktiengesellschaft zwischen 1851 und 1856 errichteten ersten Siedlungskern entwickelte sich bis zur Jahrhundertwende das Breite Quartier, ein im Vergleich zum Kleinbasler Klybeckquartier *«gehobeneres Arbeiterquartier»*,[804] auch im übertragenen Sinn. Da der Präsident der Aktiengesellschaft Karl Sarasin(-Vischer)-Sauvain wie auch andere Unternehmer, die im St. Albantal ihre Fabriken hatten, eng mit der Evangelischen Gesellschaft für Stadtmission verbunden waren, entwickelte sich rund um die von der Aktiengesellschaft erstellten Arbeiterhäuser eine christliche Arbeitermusterkolonie bis hin zum «Evangelischen Arbeiterverein» mit eigenem Chor.[805]

Trotz allem Interesse für soziale Fragen hatten sozial engagierte Bürger in der Regel keine praktischen Erfahrungen, wie die Unterschichten, die in der Stadt arbeiteten und wohnten, lebten und was sie dachten. Dazu

fehlte der direkte Kontakt, der – wie im eigenen Unternehmen – an ehrenamtliche oder bezahlte Mitarbeiter delegiert wurde. Der soziale Abstand und die Fremdheit zwischen Reich und Arm lassen sich am Beispiel der ersten Speisehütte zeigen, die 1868 auf dem Petersplatz errichtet wurde. Bei dieser Speisehütte, die im *«Erdgeschoss des vorspringenden Flügels des Stachelschützenhauses auf dem St. Petersplatz»* für Fr. 1500.– eingerichtet worden war, handelte es sich um einen geschlossen, heizbaren Raum, in dem *«die Bewohner der umliegenden Dörfer, welche hieher zur Arbeit kommen, vor Wind und Wetter geschützt ihr Mittagessen einnehmen»*[806] können sollten, das ihnen von zuhause *«zugetragen»* wurde,[807] anstatt auf Strasse, Plätzen oder in öffentlichen Anlagen *«im Freien* [zu] *campieren»*.[808]

Die Kommissionsmitglieder, alle aus der Basler Oberschicht,[809] investierten zwar viel Zeit und Geld in diese erste Speisehütte, hatten aber trotzdem starke Zweifel am Erfolg ihrer Bemühungen: *«Nicht wenige Personen – auch in unserer Commission – und unter ihnen solche, welche mit den Eigenthümlichkeiten der in Aussicht genommenen Arbeiterclassen wohl bekannt sind zweifelten, ob die Benützung des Locals den gehegten Erwartungen entsprechen werde, indem die Erfahrung zeige, dass diese Leute in ihren Freistunden die Bewahrung der vollständigen Unabhängigkeit einer weit grösseren Bequemlichkeit vorzögen, auch nicht gerne fremde Leute, weder ihres Gleichen noch Höherstehende, in ihren Topf blicken liessen; anderweitig gemachte Erfahrungen bestätigten diese Anschauung, so dass wir bis zur Eröffnung ungewiss blieben, wie unser Werk von Denjenigen, für welche es bestimmt war, aufgenommen werden möchte.»*[810] Diese Zweifel waren aber völlig unbegründet. Nachdem den *«auf den Bänken des Petersplatz und in den offenen Schöpfen des Werkhofes* [des Bauamtes] *essenden Leuten die Einladung zur Benützung des neuen Locals angesagt worden»* war, wurde die Speisehütte täglich von 200 bis 300 Personen benutzt, meist Bauarbeitern und Taglöhnern, aber auch Färbern, Fabrikarbeitern und Arbeiterinnen.[811]

Wie in einem ethnographischen Expeditionsbericht schildert Vorsteher Bischoff-Sarasin das ihm fremde Verhalten der Besucher der Speisehütte: *«Wie vorher im Freien, so setzen sie sich auch hier gleichsam nach Stämmen zusammen, so die Allschwyler, Hägenheimer, Burgfelder, je an besondere Tische. Von Aufstellung einer geschriebenen Ordnung haben wir bis jetzt Umgang genommen, ohne dass sich Uebelstände gezeigt hätten; trotzdem oder vielmehr wenngleich die Besucher des Locals den untersten Classen der hiesigen Gesellschaft angehören, ist ihr Betragen im Allgemeinen nur zu loben; einzelne Betrunkene, die etwa lärmend auftreten, werden zur Ruhe ermahnt und bemerken bald, dass sie nicht an ihrem Platze sind. Kartenspiel wurde im Anfang wohl versucht, aber sofort strenge verboten. Ein grosser Theil der Besucher bleibt nicht länger im Local, als zum Essen nöthig ist; dann gehen sie fort und stehen die übrige freie Zeit in den Strassen herum; auf diese Weise wird den später Erscheinenden immer wieder Platz gemacht; man sieht aber auch daraus, dass auf die Wärme des Locals kein gar grosses Gewicht gelegt wird, und wir glauben, dass auch ein ungeheizter geschützter Raum bei Vielen Anerkennung finden würde. Für zahlreiche Andere indessen ist offenbar die*

[Abb. 74]

[74] Die Versuche, die Umgebunge Basels zu «verschönern», führten die wackeren GGG-Kommissionsmitglieder auch auf die Burg Pfeffingen und in ihr Umland. Hier eine Photographie aus einer Publikation, die für die Badekurorte in der Umgebung Basels warb und in guten Hotels aufgelegt wurde, um die Gäste über das hiesige Wellness-Angebot zu informieren.

Heizung eine Wohlthat, doch würde ein gewöhnlicher eiserner Ofen völlig genügen, denn unser flacher, mit Eisenplatten belegter Ofen wird zum Wiederaufwärmen der Speisen, zu welchem Zwecke er in dieser Weise construiert worden ist, so viel wie gar nicht benützt.»[812]

Die 1893 gegründete Kommission für Wärmehütten verfolgte ein ähnliches Anliegen wie die seit 1868 bestehende Kommission für Speisehütten. Auch sie kämpfte mit ähnlichen Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit Behörden und öffentlichen Einrichtungen. So kündigte im ersten Winter 1893 / 94 das Baudepartement einen zugesagten Standplatz für eine Wärmehütte am Zentralbahnhofplatz kurzfristig, sodass diese gar nicht aufgestellt werden konnte. Im nächsten Jahr zogen sich die Verhandlungen so lange hin, dass die Hütte erst am 22. Dezember 1894 eröffnet werden konnte, obwohl sie nur bis zum 1. April 1895 stehen bleiben sollte: *«Seither wird sie durch eine von uns honorirte Aufseherin gewärmt und in Ordnung gehalten, und wir hoffen, dass sie sich die Gunst des Publicums erwerben, vor Allem aber den bisher auf die offene Strasse angewiesenen Drotschenkutschern und anderen ähnlichen Berufsleuten eine Wohlthat sein werde. Bis jetzt durften wir auch constatiren, dass die Leute, welche wir im Auge hatten, sowie auch das Personal der Tramwagen sich sowohl über Tag als bei Nacht je nach der Witterung daselbst zeitweilig aufhalten, ohne dass sich irgend welche Uebelstände zeigten oder Ausschreitungen vorkamen.»*[813]

Stand bei den Speisehütten und später bei den Wärmehütten die Dienstleistung im Vordergrund, war der erzieherische Anspruch der 1870 gegründeten Kommission zur Beförderung des Hausverdienstes[814] ausgeprägter. So sollte *«unbemittelten Personen, namentlich Frauen, solche Arbeitsmaschinen vermiethet werden, welche sie befähigen, im Hause und ohne Vernachlässigung ihrer häuslichen Pflichten* [d. h. ohne in der Fabrik oder als Taglöhnerin auswärts zu arbeiten] *einen Verdienst zu finden, und zwar unter Bedingungen, welche ihnen die Anschaffung der Maschine zum Eigenthum mit der Zeit möglich machen».*[815] Unglücklicherweise wählte die Kommission ausgerechnet das Winden, eine Zulieferindustrie der Seidenbandherstellung, als von ihr hauptsächlich geförderten *«Hausverdienst»*. Das Winden brachte nämlich genau dann nichts ein, wenn es am nötigsten war: Wenn die Aufträge in der Bandindustrie zurückgingen, wurden auch keine Aufträge an die Winderinnen vergeben. Die Kommission klagte bei solchen «Stockungen» regelmässig darüber, dass die von ihr unter Vertrag genommenen Frauen ihre Abzahlungen wegen Mangel an Aufträgen nicht leisten könnten. Wenn der Ratenkauf scheiterte, trugen ausschliesslich die Frauen das Risiko. Die Kommission registrierte zwar, dass einige Frauen lieber versuchten, eine teurere Nähmaschine anzuschaffen oder spezielle Winden, die immer nachgefragtes Material verarbeiten konnten und deshalb ein sichereres Einkommen boten, zog aber aus diesem marktkonformeren Verhalten der Frauen keine Konsequenzen für die eigene Arbeit. Die Kommissionsberichte lesen sich deshalb streckenweise wie ein Bulletin zur jeweiligen Situation der Basler Bandindustrie.

«Erzieherisch» versuchte die Kommission zu wirken, indem sie die Frauen scharf kontrollierte, ob sie die Maschinen tatsächlich benutzten und regelmässig einer Erwerbstätigkeit nachgingen, die Maschinen gut unterhielten und vor allem immer ihre Abzahlungen leisteten.[816] Aus der Perspektive der von der Kommission «geförderten» Frauen dürfte sie sich kaum von einer im Verlagssystem arbeitenden Seidenbandfirma unterschieden haben. Der von der Kommission angestellte Kontrolleur entsprach dem «Ferger», der die Qualität der gelieferten Arbeit überprüfte und den Lohn festsetzte. Dies empfanden offenbar auch die ursprünglich vorgesehenen ehrenamtlichen *«Patrone»* so, die die Aufsicht über eine Maschine übernehmen und die Mieterin der Maschine regelmässig besuchen und die Miete kassieren sollten. Denn die Kommission gab die ehrenamtlichen *«Patrone»* bereits 1874 wieder auf, da sich diese offenbar mehr mit den Frauen als der Kommission solidarisierten: *«Wir haben das Institut der Patrone vollständig aufgegeben, da dasselbe seinem Zweck, theilweise auch durch unsere Schuld, nicht entsprach; die im laufenden Jahr vollständig durchgeführte Aufsicht durch einen einzigen Angestellten, der die Miether regelmässig besucht, hat sich hingegen vollständig bewährt.»*[817] Aber auch Armenpfleger wie Pfarrer Christian Wilhelm Denz-Schneller, der seit 1880 die Interessen der Kommission gegenüber Mieterinnen in Binningen vertreten hatte,[818] gerieten in Gewissensnöte. Denz kündete 1890 die Zusammenarbeit mit der Kommission, als ihm zugemutet wurde, Familien, die von ihm seelsorgerisch betreut wurden, die Maschinen wegzunehmen, weil sie die Miete nicht zahlen konnten.[819]

In neuartige Projekte auf dem Gebiet der Armenpflege investierte die GGG wie im Fall der Aktienbeteiligung an der Pfandleihanstalt 1883 erst in den neunziger Jahren, wobei auch hier meist freigewordenes Kapital umgenutzt oder selbständig entstandene Projekte, die sozialpolitisch interessant waren, in die GGG integriert wurden. Die Umnutzung vorhandener Kapitalien illustriert die Umwandlung des Landwaisenhauses 1893 in eine Stiftung. Die landwirtschaftliche Armenschule, ein Waisenhaus für Kinder aus den Landgemeinden des Kantons Basel-Stadt (Riehen, Bettingen und bis 1908 Kleinhüningen) und von Niedergelassenen, war ursprünglich selbständig, publizierte aber seine Berichte im «Blaubuch» der GGG. Erst 1893 wurde dieses Landwaisenhaus, das einige Jahre früher geschlossen worden war, Teil der GGG. Die neu eingesetzte Kommission nahm die Umwandlung in eine Stiftung an die Hand, um wieder Waisen unterstützen zu können, die kein Basler Bürgerrecht besassen und deshalb keinen Anspruch auf einen Platz im bürgerlichen Waisenhaus im Kleinbasel hatten: *«das Anstaltsgut an der Hardstrasse* [heute Standort der Baloise] *wurde verkauft, nachdem die Anstalt schon einige Jahre vorher aufgehoben worden war, und der Ertrag des bedeutenden liquiden Kapitals wird nun zur Versorgung von Waisen unserer Landgemeinden* [d. h. aus Riehen, Bettingen und vor 1908 Kleinhüningen], *hiesiger Niedergelassener, Schweizer und Deutscher, verwendet; während in der Anstalt jeweilen nur 20–30 Pfleglinge hatten verpflegt werden können, unterstützt die Kommission nunmehr 245 Waisen männlichen und weiblichen Geschlechts*

und überwacht deren Erziehung, so dass hier durch ein Organ der Gemeinnützigen Gesellschaft ein bedeutendes Stück der Ortsarmenpflege besorgt wird», wie Paul Speiser 1902 stolz anmerkte.[820]

Die zu Beginn der neunziger Jahre unabhängig von der GGG entstandene Schreibstube für Arbeitslose wurde 1895 in die GGG aufgenommen. Sie unterstützte ausschliesslich Männer und ergänzte ein staatliches Angebot: das 1890 eröffnete Öffentliche Arbeitsnachweis-Bureau, ein Vorläufer des Kantonalen Arbeitsamtes.[821] Sie wandte sich an Arbeitslose aus Verkaufs- und Bürobranchen und an ältere oder kranke Arbeitnehmer, die kaum vermittelt werden konnten. Die Führung der Arbeitssuchenden, die Organisation der Arbeiten und die Vermittlung der geeigneten Personen an Auftraggeber erledigte ein bezahlter «Verwalter». *«Unter dem Druck der Verhältnisse»* hatte die Leitung der Schreibstube bereits 1895 sogenannte *«Hilfsarbeiten»* eingeführt für Personen, die sich nicht vermitteln liessen und kaum Aussicht mehr hatten, eine Arbeit zu finden: *«Diese Arbeiten wenden wir den öfters an uns gelangenden, zu schriftlichen Arbeiten untauglichen Männern zu, die zum Theil wegen körperlicher Gebrechen oder Alters halber ihrem gewohnten Berufe nicht mehr obliegen können, aber so lange es irgendwie angeht, mit ihrer Hände Arbeit sich durchbringen möchten.»* Solchen Männern suchte man mit *«Caffee-Erlesen, Papparbeiten, Besorgung von Aufträgen wie z. B. Vertragen von Circularen u.s.w.»* zu einem kleinen Verdienst zu verhelfen.[822]

Neben diesen «Hilfsarbeiten», die stark an die Beschäftigungen in den Arbeitsanstalten im 18. und frühen 19. Jahrhundert erinnern, erledigte die Schreibstube aber auch professionell die verschiedensten Schreib- und Büroarbeiten. Die Projektteilnehmer arbeiteten bei Bedarf auch im Domizil des Arbeitgebers. 1896 beschäftigte die Schreibstube gemäss ihrem ersten im «Blaubuch» veröffentlichten Jahresbericht 154 Männer, von denen 43 wieder eine feste Stellung fanden, *«zumeist durch unsere Vermittlung»*.[823] Aber auch die Schreibstube hing von der Auftragslage ab: *«Wenn es auch vorkam, dass die Aufträge spärlich einliefen und ein Stillstand zu drohen schien, so war dies glücklicherweise nur etwas Vorübergehendes. Ein Fortschritt gegenüber dem Vorjahr ist auch darin zu konstatiren, dass die Zahl der Auftraggeber sich wieder um ein Beträchtliches vermehrt hat, was in erfreulicher Weise bewirkte, dass der Betrieb sich aus einem mehr stossweisen, wie es in der ersten Zeit der Fall war, zu einem regelmässigeren gestaltete.»*[824] Von der Eingliederung in die GGG versprach sich die Schreibstube regelmässige Aufträge von deren zahlreichen Kommissionen.

3.5.6 Viele Butterblumen: Die Kommission zur Verschönerung der Umgebungen Basels

«Was wollen wohl die vielen Butterblumen bedeuten, die überall zu finden sind? Sind es nicht die Wegweiser und Ruhebänke, welche die Commission zur Verschönerung der Umgebungen Basels zwanglos und ohne Regeln der Symmetrie hie und

da zerstreut, auf dem Chrischonaberg, dem Bruderholz und dem Gempenplateau anbrachte? An letzterem allerdings fast vergeblich, indem die rohen Schwarzbuben dieselben fast alle freventlich zerstörten. Gleichzeitig wurde der Rastort auf St. Chrischona, eine Wirthschaftshütte mit Felsenkeller, vollendet und den 15. Mai [1878] *durch eine gemütliche erste Zusammenkunft eingeweiht.»*[825] Mit diesen Worten fasste Vorsteher Eduard Preiswerk-Groben in seinem botanischen Rundgang durch die von GGG-Bienen bewirtschafteten Blumenwiesen die ersten vier Jahre der Tätigkeit der Kommission zur Verschönerung der Umgebungen Basels zusammen, der er selbst als Gründungsmitglied angehörte.

Die 1874 gegründete Kommission nahm eine merkwürdige Zwischenstellung zwischen Naturschutz, Denkmalpflege und Tourismusverein ein. Sie beschäftigte sich nicht nur mit der Erschliessung von Naherholungsgebieten in der Region um Basel, sie versuchte zugleich auch das lokale Gewerbe direkt durch Aufträge und indirekt durch die Belebung des Tourismus zu unterstützen. Die 15 Gründungsmitglieder waren mehrheitlich Gewerbetreibende und Geschäftsinhaber, aber auch der Stadtgärtner und der Stadtförster gehörten dazu. Später schlossen sich Lehrer und freiberuflich tätige Akademiker der Kommission an, aber der gewerbliche Grundcharakter blieb immer erhalten. Die Kommission übernahm Funktionen, die später vom 1890 gegründeten Verkehrsverein Basel (heute Basel Tourismus) wahrgenommen wurden. Zudem regte die Kommission die Gründung zahlreicher lokaler Verkehrsvereine in der Region an. Die Kommission zur Verschönerung der Umgebungen Basels knüpfte in dieser Hinsicht an die lange Reihe von GGG-Gründungen an, die sich mit der Förderung des Gewerbes beschäftigten, dehnte diese Förderung aber erstmals weit über das eigentliche Stadtgebiet hinaus aus.

Alle Kommissionsmitglieder waren begeisterte Wanderer mit grossem Pioniergeist und Entdeckerdrang, da sie – wie der 1863 gegründete Schweizerische Alpenklub (SAC) im Gebirge – unerschlossene und unzugängliche Teile der näheren und weiteren Umgebung Basels für weniger unternehmungslustige Städter bequem begehbar machten. Anders als die Basler Sektion des SAC mit ihrem regen Club- und Vereinsleben war die Verschönerungskommission aber ein Arbeitsausschuss und eine Koordinationsstelle, die Arbeitseinsätze plante und leitete. Anders auch als der als «aristokratisch» verschriene Alpenclub wandte sie sich mit ihrer Arbeit an ein mittelständisches und kleinbürgerliches Publikum, das für wenig Geld Erholung in der näheren Umgebung suchte oder sich kostengünstig durch längere Fussmärsche im Jura auf grössere Touren vorbereiten wollte. Hierin berührte sich die Tätigkeit der Kommission mit den Bemühungen der Turnkommission und den aus ihr hervorgegangenen Kommissionen. Es gab aber auch Berührungspunkte mit der Denkmalpflege und den Burgenfreunden, da die Kommission sich auch aktiv für die Erschliessung und Sicherung von Burganlagen in der näheren und weiteren Umgebung Basels einsetzte, die sich als Rastorte und Aussichtspunkte anboten.

Anfänglich ging es nur darum, der städtischen Bevölkerung das Wandern in der näheren Umgebung Basels zu erleichtern und zu verschönern: Gute Wege sollten angelegt werden, Wegweiser die Wanderer auf den richtigen Weg bringen, Ruhebänke erstellt und an schönen Aussichtspunkten der Wald ausgehauen werden, um die Aussicht und die Naturschönheit wirklich geniessen zu können. Von Beginn an teilten die Kommissionsmitglieder die Arbeit unter sich auf und arbeiteten in ihrer «Sektion» ganz selbständig. Mit dem schrittweisen Anwachsen des betreuten Gebietes wuchsen auch die von den Mitgliedern betreuten Sektionen, die sich mit der Zeit in ihrem Arbeitsgebiet bezahlte und freiwillige Hilfstruppen aufbauten. Die ersten Jahre erschloss die Kommission so den Dinkelberg vom Hörnli bis zur Chrischona und das damals noch ländliche, unbebaute Bruderholz und dehnte dann ihre Tätigkeit bis 1878 auf das Gempenplateau aus. 1878 kaufte sie von der Gemeinde Riehen eine Waldparzelle im Britzingerberg bei St. Chrischona und richtete dort eine Sommerwirtschaft ein, die vom Ochsenwirt Stump-Unholz aus Riehen bis 1881 betrieben wurde.[826] Da die Wirtschaft nicht rentierte, verkaufte die Kommission die Parzelle 1882 an die Pilgermission St. Chrischona und versuchte, auf einem anderen, von der Gemeinde Bettingen gepachteten Grundstück im Chrischonawald die Raststätte weiter zu betreiben. Aber auch diese Wirtschaft musste sie 1890 aufgeben.[827]

«Die Winzigkeit unseres Gebietes» trieb die Kommission *«zu einer Betätigung über dessen Grenzen hinaus».*[828] 1878 dehnte sie, wie schon berichtet, ihre Tätigkeit auf das Gempenplateau aus. 1880 nahm sie sich der Umgebung des Reichensteinerschlosses an, und 1882 machte sie den Wartenberg bei Muttenz und seine Ruinen zugänglich. 1883 verband sie den Wartenberg mit dem Schauenburgersträsschen und erstellte vom Baumgartenhof zur Gempenfluh hinauf Wege. Im selben Jahr erweiterte sie das Wegnetz auf dem Bruderholz. Sie unterstützte dabei die Gemeinde Reinach, die Umgebung des kleinen Denkmals zur Erinnerung an das Gefecht auf dem Bruderholz im Schwabenloch wiederherzustellen, und übernahm 1899 auch einen Teil der Kosten der Restauration des Denkmals selbst.

Um die Wanderlust der Basler Bevölkerung anzuregen, beteiligte sich die Kommission an der Herausgabe von Karten der Umgebung Basels. Die Kommission hatte schon 1880 geplant, aus eigenen Mitteln eine Wanderkarte zu veröffentlichen, doch kam ihr 1882 das Basler Baudepartement zuvor. Die Kommission liess aber mit erheblichen Kosten 1884 ein Relief der Umgebungen Basels erstellen, das jedoch nur sehr geringe Beachtung fand. Es soll 1927, wie Paul Siegfried berichtet, *«in traurigem Zustand* […] *verstaubt und vergessen* […] *in einem dunklen Winkel des Erdgeschosses im Steinenschulhaus»* gestanden haben.[829] An die Gesamtkosten von Fr. 1 500.– der 1902 veröffentlichten Karte des Basler Jura im Massstab 1:50 000 beteiligte sie sich mit Fr. 500.–. Der Rest wurde von der Regierung, der Basler Sektion des Schweizerischen Alpenclubs und dem Basler Verkehrsverein bezahlt.

1886 weitete die Verschönerungskommission ihre Tätigkeit auf das Gebiet von Binningen und den Allschwilerwald aus. 1887 wurde das «Gruet» zwischen Münchenstein und Muttenz einbezogen. Nach der Eröffnung der Birsigtalbahn am 4. Oktober 1887 eroberte die Kommission Schritt für Schritt die weitere Umgebung von Mariastein. 1889 begann sie sich mit dem Vorblauengebiet bei Flüh und Hofstetten zu befassen und beteiligte sich 1891 und 1897 auch an der Restauration der Burg Landskron in Zusammenarbeit mit dem Basler Verkehrsverein. 1890 erreichte die Erschliessung Witterswil und Bättwil. Im gleichen Jahr übernahm sie auch die Erschliessung der Ruine Dornach, die sie über Jahre beschäftigte. 1891 schliesslich baute sie im unteren Teil des Kaltbrunnentals bei Grellingen einen Wanderweg. Bis 1893 war das ganze Tal erschlossen, sodass die Basler Stadtbevölkerung Zugang zu den Quellen erhielt, die das städtische Trinkwasser lieferten. 1893 begann dann die schwierige Erschliessung des Jurablauens im Süden Basels: *«Von der Birs im Osten bis zum Rämel nach Westen ist sein Gebiet wohl 15, von Nord nach Süden 4–5 Kilometer lang. Zerklüftet und bewaldet, ist dieser ausgedehnte Bergbezirk an Schwierigkeiten der Zugänglichmachung wohl so sehr wie an Schönheiten reich. Er zog deshalb bis etwa zum Jahre 1901, da seine Durcharbeitung im wesentlichen vollendet war, das Augenmerk der Kommission in hohem Masse auf sich.»*[830]

1895 entstand ein Spazierweg von Therwil nach Reinach, wie der Delegierte für das Bruderholz meldete. Nach 1901 wandte sich die Kommission im Süden der Falkenfluh zwischen Hochwald und Grellingen zu, dem Absturz des Gempenplateaus nach Westen ins Birstal hinab. Trotz dieser Erfolge kämpfte die Kommission immer wieder mit Problemen, die schon Preiswerk-Groben 1878 beschrieb: mit mutwilligen Zerstörungen von Bänken und Wegweisern, mit dem Unwillen der Bauern, die sich über die Schäden an Wiesen durch ausserhalb der vorgegebenen Wege spazierende Städter ärgerten oder mit den Abfallbergen an den Rastorten und dem Desinteresse der lokalen Verantwortlichen an der Verbesserung der touristischen Infrastruktur. 1898 klagte die Kommission: *«Hier müssen wir, auch in Bezug auf die andern Sectionen unser Bedauern aussprechen über den geringen Respekt bei uns zu Lande gegenüber von Anlagen, welche von öffentlichem Nutzen sind. In dieser Beziehung können unsere Collegen im Elsass und im Schwarzwalde mit grösserer Freudigkeit ihr Werk betreiben, da sie die angesehenen Vereinigungen: Vogesenclub und Schwarzwaldverein als Stütze haben, welchen anzugehören die massgebenden Persönlichkeiten in jeder Ortschaft sich zur Ehre anrechnen, während unsere Umgebung erwartet, dass alles ohne Gegenleistung von Basel aus geschehe.»*[831] Nach 1900 scheint sich dieses Problem aber gelöst zu haben. Die Basler Kommission zur Verschönerung der Umgebungen Basels gab von 1904 an die bisher von ihr betreuten Gebiete nach und nach an lokale Verkehrsvereine ab. Die Basler Kommission blieb aber in allen abgetretenen Gebieten als Geldgeberin präsent und behielt sich das Recht vor, in einer «Nachschau» jährlich den korrekten Unterhalt der von ihr erstellten Anlagen zu kontrollieren. 1913 schliesslich wurde die Kommission Mitglied

des 1909 gegründeten Schweizerischen Bundes für Naturschutz (heute Pro Natura), der einen schweizerischen Nationalpark errichten wollte nach amerikanischem und englischem Vorbild, wie er wenig später, am 1. August 1914, auch unter massgeblicher Beteiligung von Baslern, im Engadin tatsächlich geschaffen werden konnte.

3.5.7 Die GGG setzt sich fest: Ankauf und Umbau des Schmiedenhofes

Mit dem Ankauf des Schmiedenhofes 1884 platzierte sich die GGG im richtigen Moment an einer wichtigen neuen Geschäftsstrasse. Sie kaufte die Liegenschaft an, bevor die Altstadtsanierung im Grossbasel abgeschlossen war, und konnte damit rechnen, dass sich deren Wert erhöhen würde. 1890 war die Überwölbung des Birsigs bis zum Marktplatz abgeschlossen. Die neu über dem Fluss entstandene Falknerstrasse bildete einen direkten Zugang vom Barfüsserplatz zum Marktplatz. *«Bei der Erwerbung des Zunfthauses zu Schmieden im Dezember 1886 gieng die Gemeinnützige Gesellschaft von der Erwägung aus, dass der Verlust dieses Gebäudes, das verschiedenen gemeinnützigen Zwecken Unterkunft geboten hatte, zu bedauern wäre, dass vielmehr die Gelegenheit benützt werden sollte, in so zentraler Lage der Stadt unseren Bestrebungen ein geräumiges Areal zu sichern, auf welchem die Gesellschaft selber und eine Reihe einzelner Institute sich in dauernder Weise häuslich einrichten könnten.»* Kaufpreis und Baukosten überschritten *«die bei unserer Gesellschaft üblichen Grenzen* [...]. *Der Kaufpreis für das Zunfthaus betrug Fr. 130 000.–; da aber der Schmiedenhof gegen die Gerbergassse nur einen Ausgang, aber keine Fassade hatte, wurde um weitere Fr. 25 000.– die kleine Liegenschaft Gerbergasse 24, zum Heutschenberg, erworben; diese Käufe vollzogen sich in günstiger Zeit, wenige Jahre vor dem Beginn der grossen Werterhöhung von Grund und Boden in unserer Stadt; und während man damals das Vorgehen der Gesellschaft als ein sehr kühnes Unterfangen ansah, möchte jetzt* [1902] *eher bedauert werden, dass sie nicht noch einige weitere Liegenschaftserwerbungen zur Förderung gemeinnütziger Zwecke vorgenommen hat.»*[832] Die Einweihung des neuen Iselindenkmals 1891 erfolgte also genau in dem Moment, als der Eingang auf die Gerbergasse 24 zum Haupteingang des Schmiedenhofes wurde. Dieser Zugang lag an einer Strasse, die die GGG nicht nur mit dem Barfüsserplatz und dem Marktplatz verband, sondern in den folgenden Jahren auch mit dem neuen Finanzzentrum am Fischmarkt, mit der Börse, und der neugestalteten Schifflände. Denn nach der Annahme des Kanalisationsgesetzes von 1896 wurde 1899 – im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Fischmarktviertels und dem Plan, die Mittlere Brücke zu erneuern – auch der unterste Teil des Birsigs gesäubert und überwölbt.

Die Idee eines Gesellschaftshauses war nicht neu. Bereits im Abschlussvortrag für das Jahr 1862 von Rudolf Merian-Burckhardt finden wir die folgende Passage: *«Gestatten Sie mir* [...] *hier noch eines Antrages zu erwähnen, welcher in einer der letzten Sitzungen dieses Jahres von einem Vorstandsmitglied*

gestellt worden ist, nämlich ein Gesellschaftshaus für die gemeinnützige Gesellschaft zu erbauen oder zu erwerben. Ich glaube diess um so mehr thun zu sollen, da dieser Antrag vielfach falsch aufgefasst und das Projekt als etwas ganz überflüssiges, als eine Folge der in den letzten Jahren in unserer Vaterstadt um sich greifenden Bauwuth dargestellt worden ist. Bei näherer Überlegung muss man finden, dass – abgesehen von der finanziellen Seite, welche die einzig bedenkliche dabei ist – die Sache sehr viel für sich hat. Wir haben eine Reihe von Instituten, welche für ihre Thätigkeit durchaus Lokale von einer gewissen Ausdehnung brauchen, wie die Zeichnungsschule, die Abendsäle der Lukasstiftung, die verschiedenen Bibliotheken u. a. Sie bezahlen für diese Lokale einen theilweise nicht unbedeutenden Miethzins, und laufen dabei hin und wieder Gefahr, durch anderweitige Verwendung der betreffenden Räumlichkeiten obdachlos zu werden [...] *Vereine mit verwandten Bestrebungen (ich nenne beispielsweise die Sonntagssäle) klagen über den gleichen Uebelstand. Liegt nun die Jdee sehr nahe, demselben dadurch abzuhelfen, dass die gemeinnützige Gesellschaft ein Gebäude mit den erforderlichen Räumlichkeiten herstellte, um sowohl den eigenen Instituten eine bleibende Stätte zu bereiten, als auch befreundeten Vereinen gegen einen mässigen Miethzins den gleichen Vortheil zu verschaffen.»*[833]

Mit dieser Idee lag die GGG in den sechziger Jahren ganz im Trend: Auf Grund ähnlicher Überlegungen eröffneten die Vereine der Basler Erweckung, die sich in der «Gesellschaft zur Erstellung und Verwaltung eines christlichen Vereinshauses» am 12. Oktober 1864 zusammengeschlossen hatten,[834] am 27. Juni 1865 am Nadelberg im «Engelhof» das «Christliche Vereinshaus», an dessen Ankauf sich die 1786 gegründete «Deutsche Christentumsgesellschaft» mit insgesamt Fr. 35 000.– beteiligte.[835] Unter den Unterzeichnern des Aufrufes für ein eigenes solches Haus befanden sich mehrere prominente und langjährige GGG-Mitglieder.[836] In der GGG scheiterte das erwünschte Projekt 1862 noch an den Kosten. Erst zwanzig Jahre später war es – nach der Allgemeinen Lesegesellschaft 1832 und dem Christlichen Vereinshaus 1865 – auch der GGG möglich, dank der ausserordentlichen Entwicklung der Zinstragenden Ersparniskasse den Schmiedenhof anzukaufen und bis 1890 um- und auszubauen.[837] Eine fünfköpfige Kommission unter dem Vorsitz von Rudolf Sarasin(-Stehlin)-Thiersch vertrat die Stelle der Bauherrin, der GGG. Die Bauleitung war in den Händen von Eduard Vischer-Sarasin und Rudolf Eduard Fueter-Gelzer, die auch das Fabrikgebäude am Stapfelberg 7 für die Frauenarbeitsschule umgebaut oder das Geschäftshaus der ZEK am St. Alban-Graben errichtet hatten. Anlässlich der Schlusssitzung vom 6. Juli 1890 weihte Vorsteher Isaak Dietrich Iselin-Merian den neu ausgemalten Zunftsaal ein, das neue Versammlungslokal der allgemeinen Mitgliederversammlung, dessen künstlerische Ausstattung der Präsident der Baukommission Rudolf Sarasin(-Stehlin)-Thiersch gestiftet hatte. Mit der Fertigstellung des Zunftsaales war der Umbau abgeschlossen.

Vorsteher Iselin-Merian erläuterte den anwesenden Mitgliedern ausführlich,die Funktion der einzelnen Teile des neu entstandenen Gebäudekomplexes (vgl. dazu Abb. 76, S. 411)[838]: *«Im Erdgeschoss des alten Zunfthauses*

hat die Kaffeehalle, die früher den ersten Stock inne hatte, mit ihren nothwendigen Nebenräumlichkeiten ihren Platz gefunden. Wie der alte Zunftsaal im ersten Stock restauriert wurde, will ich Ihnen nicht schildern, in einem Moment, wo Sie unter dem frischen Eindruck seiner prächtigen Ausstattung stehen. Der Saal, an dessen Wänden unser Basler Künstler, Hans Sandreuter, die verschiedenen Zweige unserer Thätigkeit in farbenprächtigen Bildern dargestellt hat, in welchem die Morgensonne durch die alten Wappenscheiben E[iner] *E*[hrbaren] *Zunft zu Schmieden eindringt, wird eine Sehenswürdigkeit unserer Stadt bilden. In ihm sollen von nun an die allgemeinen Sitzungen unserer Gesellschaft stattfinden. Möge der schöne, grosse und central gelegene Raum unsere Mitglieder veranlassen, in grösserer Zahl die Sitzungen zu besuchen, als es in den alten Räumen oft der Fall war. Das auf der Hofseite nebenanliegende ehemalige Vorgesetztenzimmer wird den Sitzungen der Commissionen dienen. Es ist geschmückt durch einen von Herrn Architekt Eduard Vischer gestifteten alten Winterthurer Ofen. Ein kleinerer Nebenraum wird unser Archiv aufnehmen. Gegen den Rümelinsplatz liegen eine geräumige Garderobe und ein kleines Zimmer, das das Archiv E*[iner] *E*[hrbaren] *Zunft zu Schmieden beherbergt.*

Im zweiten Stock haben die Jugend- und die Bürgerbibliothek, der Frauenverein zu St. Leonhard und der Verein zur Verbreitung guter Schriften Unterkunft gefunden. Ausserdem finden sich dort die nothwendigen Wohnräume für den Abwart und das Personal der Kaffeehalle. Das neuerstellte Flügelgebäude [als seitlicher Abschluss des Innenhofs] *enthält, unten angefangen, die Suppenanstalt und eine Speisehütte, helle und weite Räume für eine Kleinkinderschule und die Lucasschulen, welche auch anderweitig, z. B. vom Conditorenverein zur Abhaltung von Fachcursen benützt werden. Auch der Verein junger Kaufleute hat hier die Localitäten gefunden, welche er für seine vielseitige Thätigkeit bedarf. Endlich befindet sich in diesem Flügel noch die Arbeiterbibliothek.*

Nicht gemeinnützigen, sondern lediglich geschäftlichen Zwecken dient der Neubau an der Gerbergasse [die neue Fassade], *der an die Check- und Wechselbank vermiethet ist. Eine schöne Zierde wird unsere Liegenschaft noch erhalten durch das Standbild des Stifters unserer Gesellschaft, das im Hof aufgestellt werden soll und das mein Amtsnachfolger zu enthüllen die Ehre haben wird.»*

Stolz stellte Iselin-Merian fest: «*Wir freuen uns, diese Stätte, wo ehedem* [im Ancient Régime vor 1798] *die öffentliche Thätigkeit des* [zu einer Zunft gehörigen Basler] *Bürgers sich entfaltete, den öffentlichen und gemeinnützigen Zwecken erhalten und dienstbar gemacht zu haben.*» Das neue Zentrum sollte nicht nur die Sichtbarkeit der GGG in der städtischen Öffentlichkeit erhöhen, sondern auch der Belebung des Gesellschaftslebens dienen: «*Wir hoffen zuversichtlich, dass der Schmiedenhof nicht nur ein sichtbares Centrum gemeinnütziger Arbeit sein, sondern dass der in seinen Räumen sich bethätigende Geist auch dazu beitragen werde, die gemeinnützige Gesinnung in allen Kreisen zu beleben und unserer Gesellschaft neue Mitglieder und neue Freunde zuzuführen. Möge im neuen schönen Heim der alte einfache, aber thätige Geist walten, der schon so vieles Schöne und Gute geschaffen hat zum Wohle unserer Vaterstadt.*»

Die feierliche Aufstellung der von Bildhauer Alfred Lanz entworfenen Iselin-Statue, ein Geschenk von Adrian Georg Iselin-O'Donnell, einem in New York lebenden Nachkommen Iselins, am 18. September 1891 schloss die Einrichtung des neuen Gesellschaftshauses ab.[839] Der Innenhof des Schmiedenhofes war ursprünglich so angelegt, dass die Iselin-Statue durch die Passage im Neubau der Check- und Wechselbank von der Gerbergasse her gut sichtbar war und die Passanten zum Eintreten einlud (vgl. Abb. 1, S. 15). Es war dies die erste figürliche Erinnerung an Isaak Iselin in einem öffentlich zugänglichen städtischen Raum. Bis dahin gab es nur die im Boden im Kreuzgang eingelassene Grabplatte, die anlässlich der Jubiläumsfeierlichkeiten 1877 erstmals von der GGG ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt worden war (vgl. Abb. 13, S. 55).

3.5.8

Das Neujahrsblatt nach 1870: Der schwierige Weg zu einem eigenen Profil

Im Jahr 1867 übernahm der Historiker Wilhelm Vischer-Heussler, Schüler des bedeutenden deutschen Rechtshistorikers und Mediävisten Georg Waitz, das Präsidium der Neujahrsblattkommission, im selben Jahr, in dem er zum ausserordentlichen Professor für Geschichte ernannt worden war und seine Stelle als Bibliothekar der Universitätsbibliothek aufgegeben hatte, um sich ganz der Erforschung und Edierung der wichtigsten Quellen und Chroniken zur Basler Geschichte widmen zu können. Die fünfköpfige Neujahrsblattkommission erneuerte sich 1867 fast vollständig, nur Schulinspektor Johann Wahrmund Hess-Burckhardt war bereits 1864 in die Kommission gewählt worden. Es kam zu einem eigentlichen Generationenwechsel, auch in historiographischer Hinsicht.[840] Einem der zurückgetretenen Historiker dieser älteren Generation, Karl Buxtorf-Falkeisen, gedachte Vischer-Heussler in der Einleitung zum ersten, 1872 von ihm herausgegebenen Band der «Basler Chroniken» mit folgenden Worten: *«Ich kann mich dem Schlusse dieser Vorrede nicht zuwenden, ohne in dankbarer Erinnerung eines Mannes zu gedenken, dessen Arbeiten gewissermassen die Grundlage unseres Unternehmens bilden, ich meine den am 6. Nov*[ember]*1870 verstorbenen Dr. Karl Buxtorf, Lehrer an der Realschule* [gemeint ist das damalige Realgymnasium] *und langjähriger Unterbibliothekar an der Universitätsbibliothek in Basel. Die Verdienste Buxtorfs bestehen weder in kritischer Herausgabe alter Chronikentexte noch in der Verwerthung solcher zu streng wissenschaftlicher Forschung, sie liegen in dem unermüdlichen Eifer, mit dem er dieselben aus den Schränken der Bibliotheken ans Licht zu ziehen und, sei es durch Uebersetzungen, sei es durch populäre Bearbeitungen, in weiteren Kreisen bekannt zu machen suchte* [...]. *Durch diese Arbeiten Buxtorfs musste das Verlangen geweckt werden, die betreffenden Geschichtsquellen recht bald in ihrem Urtexte veröffentlicht zu sehn, und sie haben uns bei der Anlage und der Herausgabe unsrer Sammlung vielfach als Wegweiser gedient.»*[841]

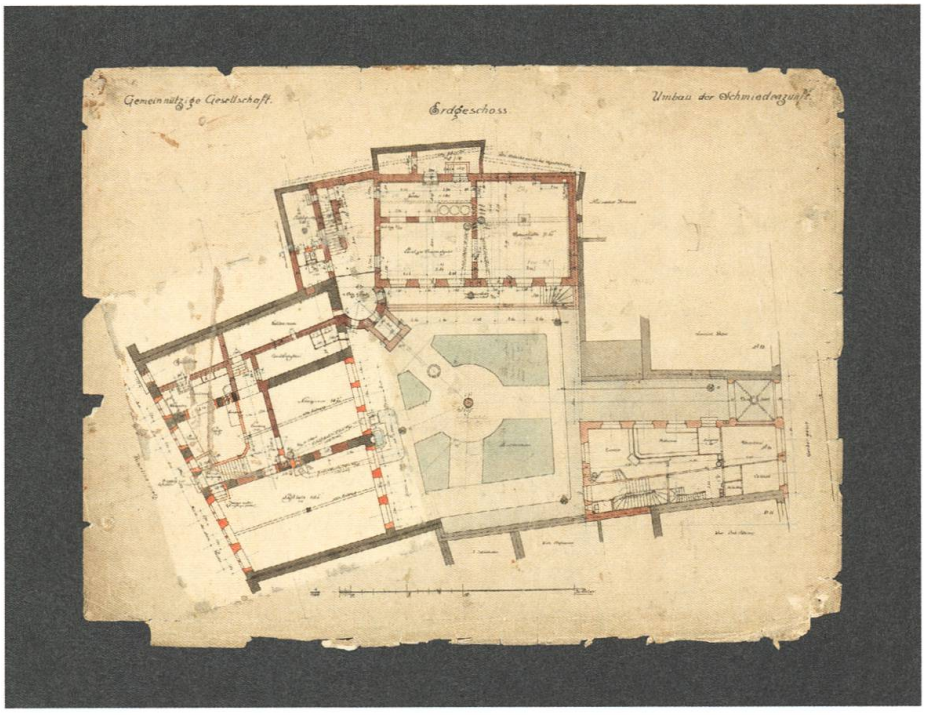
Mit den Juristen Carl Burckhardt-Burckhardt und Carl Wieland-Dietschy, beide «Ratsherren», gehörten neben einem Schulinspektor und zwei Fachhistorikern auch zwei gebildete und historisch interessierte Regierungsmitglieder der neugewählten Kommission an. Wieland war zugleich auch Inhaber der Buchdruckerei Schweighauser, der Hausdruckerei der GGG. Alle für die Herausgabe des Neujahrsblattes nötigen Verbindungen und Fachkompetenzen waren in der neugewählten Kommission vertreten. Das war auch nötig. Das Neujahrsblatt steckte in einer Krise. Wegen der steigenden Herstellungskosten liess sich die hergebrachte Gratisverteilung an Basels Schulen nicht mehr durch den Verkauf eines Teils der Auflage finanzieren. Die Kommission sah sich innerhalb der GGG dem Vorwurf ausgesetzt, für Jugendliche, das eigentliche Zielpublikum, uninteressante und kaum verständliche Texte herauszugeben und damit den ursprünglich gemeinnützigen Zweck zu verfehlen. Einige Mitglieder der Gesellschaft, auch im Vorstand, forderten deshalb die Rückkehr zum ursprünglichen Konzept einer «volkstümlichen» Jugendschrift.[842] Damit war der von Wilhelm Wackernagel gemachte Versuch, im Rahmen des Neujahrsblattes in Fortsetzungen eine vollständige Geschichte Basels herauszugeben, gescheitert.

Eine Umkehr der von Wackernagel in den vierziger Jahren eingeleiteten Neuorientierung des Blattes war aber aus rein finanziellen Gründen nicht mehr möglich. Das Zielpublikum der Neujahrsblätter, fleissige Schüler und Schülerinnen in Basels Mittel- und Oberschulen sowie in anderen Bildungsanstalten, und die tatsächlichen Käufer der Schrift, das sogenannte «Bildungsbürgertum», waren schon lange nicht mehr identisch. Es war das Bürgertum, die eigentliche Trägerschaft des Neujahrsblattes, das an einer allgemeinverständlichen, aber in Bezug auf Inhalt und Ausstattung *«gediegenen»* Monographie zu Basel und seiner Geschichte und Kultur interessiert war und die Gratisabgabe in Basler Schulen und anderen Bildungsanstalten wie zum Beispiel dem Missionsseminar, dem Waisenhaus oder in den Abend- und Sonntagsschulen der GGG als *«Gabe»* der Gesellschaft nebenbei mitfinanzierte. Unter der Lehrerschaft des Humanistischen und des Realgymnasiums und in den an der Universitäts- und Bildungspolitik interessierten Kreisen hatte das Neujahrsblatt seit den vierziger Jahren nicht nur die Mitglieder der Kommission gefunden. Das Neujahrsblatt war unter der Leitung von Wilhelm Wackernagel und Daniel Albrecht Fechter auch zu einem wichtigen Vehikel geworden, das Bild der Stadtgeschichte zu verbreiten, das das Stadtbürgertum seit Mitte des 19. Jahrhunderts Schritt für Schritt «aus den Urkunden» der städtischen Geschichte entwickelte und an die Neubürger und Einwohner Basels zu vermitteln suchte.[843]

Unter der Leitung von Wilhelm Vischer-Heussler wies die Kommission mit einigen wenigen Massnahmen den Weg, wie die seit 1842 erfolgte Neuausrichtung des Blattes gesichert und ein gangbarer Mittelweg gefunden werden konnte, um die Publikation weiterhin möglichst selbsttragend herausgeben und an die *«reifere Jugend»* als Prämie für Fleiss und gute Leistungen verschenken zu können. Die Kommission verfolgte dabei nach

[Abb. 75]

[Abb. 76]



[75] Die ursprüngliche Aufstellung der vom Maler und Bildhauer Karl Alfred Lanz geschaffenen Statue Isaak Iselins im Innenhof des Schmiedenhofs. Mit einer feierlichen Zeremonie, an der auch ein Bundesrat neben je einem Vertreter der Basler Regierung und der Bürgergemeinde Basel teilnahmen, wurde 1891 im Sockel in einer Kapsel eine Urkunde mit einem Bericht über die Aufrichtungsfeier sowie Angaben zum Preis eines Pfund Brots und eines Pfund Ochsenfleischs hinterlegt.

[76] Auf dem Plan des Erdgeschosses der Firma Vischer und Fueter sieht man rechts den Neubau an der Gerbergasse 24 mit dem langen gedeckten Zugang zum Innenhof, der optisch auf die Iselinstatue ausgerichtet ist (vgl. Abb. 1, S. 15). Ebenfalls erkennbar der neue Seitenflügel oben, der verschiedenen zur GGG gehörenden oder von der GGG unterstützten Organisationen Raum bot, unter anderem einem Kindergarten und einer Suppenanstalt. Im Erdgeschoss des Schmiedenhofs war eine Kaffeehalle neu eingerichtet worden, die vorher im ersten Stock untergebracht war.

1867 eine ähnliche Politik bei der «Popularisierung von Wissen», wie sie der 1864 ebenfalls von Universitätsangehörigen gegründete und von der GGG unterstützte «Verein für populäre Vorträge» unter der Leitung von Eduard Hagenbach-Bischoff verfolgte. Diese Vorträge fanden bis 1873 in der Aula des Museums und ab 1874 im neu erbauten Bernoullianum statt. Die Neujahrsblattkommission setzte – wie die Kommission der populären Vorträge – auf eine attraktive Ausstattung, thematische Abwechslung und neu auch auf die Zugkraft der Namen der Autoren. Es gelang so, die Reihe zu einem Sammelobjekt beim an der Stadt- und Kulturgeschichte Basels interessierten Publikum zu machen, einschliesslich der älteren Jahrgänge: *«Eine fernere Neuerung ist die, dass wir auf den innern Seiten des Umschlags nicht nur den Inhalt der frühern Neujahrsblätter, sondern auch deren Verfasser angegeben haben. Wir glauben damit namentlich den Besitzern der frühern Blätter, in denen bekanntlich erst von 1869 an die Verfasser genannt sind, einen Dienst erwiesen zu haben.»*[844]

1872 schliesslich, nachdem sich die ersten von der neuen Kommission seit 1868 herausgegebenen Nummern gut verkauft hatten, wurde im Titel der Zusatz «für Basels Jugend» gestrichen. Wie zu erwarten, war dieser Schritt in der Gesellschaft nicht unumstritten: *«Sie* [die Neujahrsblattkommission] *macht zwar keinen Hehl daraus, dass sich dasselbe nicht vorzugsweise an die Jugend wendet; wer aber die Schwierigkeiten einer Jugendschrift, zumal einer solchen mit baslerischem Geschichtsstoffe erwägt, wird keinen Vorwurf erheben und auch damit sich einverstanden erklären, dass seit einigen Jahren auf dem Titel unsrer Neujahrsblätter der auf die Jugend bezügliche Beisatz weggefallen ist»*, verteidigte noch 1875 Vorsteher Ludwig Sieber, Nachfolger von Wilhelm Vischer-Heussler in der Leitung der Universitätsbibliothek, die Neuerung.[845]

Die mit der Wahl von Vischer-Heussler zum Vorsteher der Kommission angestrebte direkte Anbindung der Kommission an die Universität und die laufende historische Forschung in Basel, die 1873 mit der Erweiterung der Kommission auf sechs Mitglieder und der Wahl des Kirchenhistorikers Johann Heinrich Gelzer-Sarasin in die Kommission noch verstärkt wurde,[846] scheiterte. Sowohl Gelzer-Sarasin wie Vischer-Heussler gaben 1874 ihren Sitz in der Kommission auf, als sie zu ordentlichen Professoren in Tübingen bzw. Basel berufen wurden, Vischer-Heussler, bereits seit 1867 konservativer Grossrat, intensivierte 1874 – im Moment der Niederlage der Konservativen – auch sein politisches und kirchliches Engagement. Er gehörte bis zu seinem frühen Tod 1886 zu den führenden Basler Konservativen auf kantonaler und nationaler Ebene. Die engen personellen Beziehungen der Kommission zur universitären historischen Forschung, zur Historischen Gesellschaft und zur Antiquarischen Gesellschaft,[847] zur Universitätsbibliothek und zu den universitären Sammlungen, besonders zur mittelalterlichen Sammlung, aus der 1892 das Historische Museum entstand, sowie zur Kunstsammlung, die heute Teil des Kunstmuseums ist, blieben aber erhalten. Mit zwei Neujahrsblättern, zwei eigentlichen Sammlungsführern, unterstützte die Kommission diese beiden Sammlungen 1874 und 1886 aktiv,[848] als die Debatte um die Errichtung

eigener Museumsgebäude für die wachsenden «Spezialsammlungen» einsetzte, die im Museum an der Augustinergasse keinen oder nur unzureichenden Platz fanden.

Vischer-Heussler dürfte im Hintergrund auch weiterhin auf die Gestaltung des Neujahrsblattes Einfluss genommen haben. Viele seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter waren als Kommissionsmitglieder und Autoren für das Neujahrsblatt tätig.[849] Zusammen mit Gottlieb Bischoff und Andreas Heusler-Sarasin setzte er auch die Schaffung der Stelle eines Staatsarchivars im Grossen Rat durch und sicherte so die Erhaltung der seit den vierziger Jahren von einer älteren Generation von Historikern und Rechtshistorikern gesammelten und inventarisierten Quellen und Akten zur Stadt- und Kantonsgeschichte. Damit wurde der Aufbau eines der historischen Forschung dienenden Staatsarchivs in die Wege geleitet, der 1898 mit dem Bau eines selbständigen Archivgebäudes an der Martinsgasse seinen Abschluss fand. Der 1876 zum Staatsarchivar ernannte Rudolf Wackernagel-Burckhardt, Sohn von Wilhelm Wackernagel und Marie Salome Sarasin, wurde 1890 Mitglied der Neujahrsblattkommission, der er bis 1895 angehörte. Als begabter Vermittler historischer Inhalte spielte er, wie wir noch sehen werden, eine zentrale Rolle, um das Neujahrsblatt endgültig als allgemeinverständliche, aber wissenschaftlich fundierte Reihe zur Lokal- und Regionalgeschichte zu etablieren.

Nachfolger Vischer-Heusslers wurde 1874 der Gymnasiallehrer und Begründer der archäologischen Bodenforschung in Kaiseraugst, Theophil Burckhardt-Biedermann, Sohn des ehemaligen Kommissionsmitgliedes und mehrfachen Neujahrsblatt-Autors Pfarrer Abel Burckhardt-Miville. Burckhardt-Biedermann stand der Kommission bis 1881 vor. Er bemühte sich vor allem, die Massnahmen zur Steigerung des Ertrages aus dem Verkauf weiterzuführen. Die Kommissionsmitglieder, die seit je den Verkauf der Neujahrsblätter besorgten, hatten nämlich noch unter Vischer-Heussler 1868 bis 1879 begonnen, die Zahl der Verkaufstage mit Hilfe von Freunden ausserhalb der Kommission von einem auf fünf bis sieben Tage zu erhöhen. Auch die Zahl der Verkaufslokale vermehrten sie – von anfänglich einem, dem Büro des Schulinspektors Hess-Burckhardt im Mentelinhof am Münsterplatz 14 – schrittweise auf drei: das Notariat von Carl Wieland, ein im Gebäude Münsterplatz 15 liegendes Klassenzimmer des Humanistischen Gymnasiums[850] und die Buchhandlung Detloff in der Freien Strasse. Beim Direktverkauf durch die Kommission lagen mit dem neuen Band immer auch ältere Bände auf. Dann verlängerte die Kommission den Verkauf in der Buchhandlung, dehnte diesen ebenfalls auf ältere Bände aus und wies in Inseraten auch ausserhalb Basels auf das Erscheinen eines neuen Bandes hin. Zwischen 1876 und 1878 nahm die Kommission auch eine Erhöhung des Einzelpreises vor: 1876 wurde zuerst die Ausgabe auf besserem Papier mit Goldschnitt von Fr. 1.– auf Fr. 1.30 erhöht, 1878 die einfache Ausgabe von 75 Cts auf Fr. 1.–. Den persönlichen Verkauf durch Mitglieder der Kommission gab man erst nach 1882 schrittweise auf. 1884

verkaufte die Kommission die alten Jahrgänge an eine Buchhandlung. Im Direktverkauf durch Kommissionsmitglieder konnten damals nur noch 85 Exemplare verkauft werden, während es in fünf Basler Buchhandlungen insgesamt 454 waren.[851] Ab 1887 wurde das Neujahrsblatt schliesslich nur noch durch Buchhandlungen verkauft.

Unter Vischer-Heussler hatte die Kommission auch die *«künstlerische Gestaltung»* des sogenannten Titelblattes aufgegeben und durch technisch aufwendige Illustrationen unter Verwendung der neuesten photographischen Reproduktionstechniken ersetzt, um zum Inhalt passende originale Gegenstände und Porträts abdrucken zu können. Zusammen mit der geschickten Auswahl der Themen und der Autoren hatten diese Massnahmen zunächst einen finanziell durchschlagenden Erfolg. Burckhardt-Biedermann meldete 1878 stolz: *«Da nun unsere Einnahmen die sämmtlichen Ausgaben überschreiten, so brauchen wir den Credit von 100 Franken, den Sie uns bewilligten, nicht nur nicht in Anspruch zu nehmen, sondern können, während wir Ihnen die 100 Franken zurückgeben, den vor einem Jahr angelegten Activsaldo bis auf nahezu 400 Franken vermehren. So sind wir diesmal in der glücklichen Lage, für das kommende Jahr keinen Credit uns erbitten zu müssen. Dabei ist uns im Namen der Gesellschaft die wesentliche Genugthuung die, dass unsere Neujahrsblätter, alte wie neue, immer mehr geschätzt und gelesen werden.»*[852] Die selbsttragende Herausgabe des Neujahrsblattes schien erreicht zu sein.

Die Verkaufszahlen waren seit 1870 kontinuierlich angestiegen: 1871/72 waren von einer Auflage von 800 Exemplaren 480 verkauft und 305 verschenkt oder archiviert worden, sodass nur gerade 15 überzählige Exemplare vorblieben. Die Anzahl der verkauften Exemplare hatte sich im Vergleich zum Vorjahr um 100 erhöht. Ermutigt durch diesen Erfolg wagte die Kommission 1872 eine Auflage von 1000 Exemplaren, wovon 300 auf stärkerem Papier mit Goldschnitt. 362 Exemplare wurden verschenkt und 479 verkauft, also insgesamt nur 55 mehr als im Vorjahr, sodass man auf fast einem Viertel der Auflage sitzen blieb. Trotzdem druckte die Kommission in den folgenden Jahren 1200 Exemplare. 1879 wurde die Auflage sogar auf 1400 Exemplare erhöht, 1880 auf 1600, 1881 auf 1700. Auch in den folgenden Jahren wurden weiterhin Auflagen von über 1200 Exemplaren aufgelegt, obwohl die Kommission seit 1880 eine negative Rechnung ausweisen musste und der Verkauf seit 1884 rückläufig war und sich erst nach 1893 wieder etwas erholte.[853]

Der Rückschlag 1880 war die Folge einer Fehleinschätzung der eigenen finanziellen Möglichkeiten durch Burckhardt-Biedermann. Der Erfolg hatte die Kommission nach 1878 zu Unternehmungen verführt, die ihre Finanzen weit überschritten. Die hohen Produktionskosten der von Albrecht Burckhardt-Finsler zwischen 1879 und 1880 verfassten umfangreichen zweibändigen Darstellung von Basel in der Zeit des Dreissigjährigen Krieges, besonders die aufwendige, bei der renommierten Firma Römmler und Jonas in Dresden hergestellte Reproduktion des Merianplans von 1615, kippte die Erfolgsbilanz. Trotz weiterhin hoher

Verkaufszahlen (über 700 Exemplare) schaffte es die Kommission erst 1883 wieder, einen Aktivsaldo in ihrem Jahresbericht auszuweisen. Trotzdem war es ihr von da an nie mehr möglich, das Neujahrsblatt ohne regelmässige Kredite der Gesellschaft herauszugeben. Die Verkaufszahlen vor 1880 wurden nie mehr erreicht.

Nach dem Rücktritt von Burckhardt-Biedermann 1881 gelang es der Kommission zwar unter Emanuel Probst-Schmidt, Lateinlehrer am Humanistischen Gymnasium, durch Reduktion des Umfangs und Rückkehr zu weniger kostspieligen, von lokalen und regionalen Zeichnern und Malern gestalteten Illustrationen, die von lokalen Photographen reproduziert wurden, aus den roten Zahlen zu kommen. Aber die Verkaufszahlen blieben zu niedrig. Die Kommission hatte das Interesse des Basler Publikums falsch eingeschätzt. Obwohl bereits Wilhelm Wackernagel mit einer chronologisch angeordneten Serie zur Basler Geschichte gescheitert war, gab die Kommission von 1886 an eine Reihe zur Schweizer Geschichte heraus, die mit dem von Theophil Burckhardt-Biedermann verfassten Band «Helvetien zur Zeit der Römer» eröffnet wurde. Trotz der wissenschaftlich bestens ausgewiesenen Autoren fand diese Reihe beim Publikum keinen Anklang, besonders die Bände zur Frühzeit und zum Frühmittelalter waren wenig populär, sodass 1891 mit dem Band «Vom ewigen Bunde in Brunnen bis zur Aufnahme von Luzern» von Rudolf Thommen, der zusammen mit Rudolf Wackernagel das «Urkundenbuch der Stadt Basel» herausgab, die Reihe abgebrochen werden musste.

Das verhältnismässig geringe Interesse an den letzten beiden Bänden zur frühen Geschichte der Eidgenossenschaft erstaunte auch Rudolf Wackernagel, der seit 1890 Kommissionsmitglied war. Nach einer sorgfältigen Analyse der Ursachen des Misserfolgs kam die Kommission zu folgendem Ergebnis: *«Es ist nicht zu verkennen, dass die Verhältnisse sich sehr geändert haben seit der Herausgabe des ersten Neujahrsblattes und dieses jetzigen, des siebenzigsten in der Reihe. Das Neujahrsblatt ist ursprünglich gedacht gewesen als eine Publication aus unserer vaterstädtischen Geschichte, die der Jugend verständlich und ihrem Interesse angepasst sein sollte. Von diesem Zwecke ist man längst abgekommen, und wir haben das Gefühl, dass gerade auch durch die Wahl des Stoffes aus der Schweizergeschichte eine Art wissenschaftlicher Charakters in das Blatt kam, der unserer Publication nicht angemessen ist* [...]. *Es gilt für uns, Stoffe ausfindig zu machen, bei denen die Mittheilung bloss der Resultate wissenschaftlicher Forschung auf ein allgemeines Interesse rechnen kann; die biographische Form oder eine Darstellung aus der vaterländischen Geschichte, die bei knapper Ausführung der wirkenden Momente bloss besonders wichtige Ereignisse eingehend behandelt, dürfte für das Neujahrsblatt passender sein, als eine in strenger Folge fortgesetzte Schweizergeschichte.»*[854] Damit kehrte die Kommission zur Lokal- und Regionalgeschichte zurück und positionierte das Neujahrsblatt geschickt in einer Marktlücke zwischen rein wissenschaftlichen und sogenannt populären Publikationen. Auch originäre Forschungsbeiträge mussten also allgemeinverständlich dargestellt sein. Tatsächlich beachtete die Kommission bis zur Jahrhundertwende bei der Wahl ihrer Autoren gerade dieses Kriterium sorgfältig.

Rudolf Wackernagels Stellung als Staatsarchivar, seine schriftstellerischen Fähigkeiten und sein gestalterisches und organisatorisches Geschick, historische Jubiläen zur Popularisierung historischen Wissens zu benutzen, kamen der Kommission in diesem Moment und auch in den folgenden Jahren zustatten. Wackernagel verfasste das Neujahrsblatt für das Jahr 1892 persönlich mit einer Geschichte Basels im 13. und 14. Jahrhundert, womit er die Feierlichkeiten zum 500. Jubiläum der Vereinigung von Klein- und Grossbasel 1892 eröffnete. Sein Name war eng mit der Gestaltung und Organisation der sogenannten «Vereinigungsfeier» verknüpft, deren Hauptteil ein grosses Festspiel bildete. Den Text verfasste Wackernagel; Hans Huber, damals noch Klavierlehrer, ab 1896 dann Direktor der Allgemeinen Musikschule, vertonte ihn. Als nächster Band folgte 1893 zum 300. Geburtstag von Bürgermeister Johann Rudolf Wettstein der erste Band einer Biographie von Franz Fäh-Kinkelin, Lehrer an der Knabenrealschule. Zwischen 1897 und 1899 konnte es die Kommission sogar wagen, eine Darstellung der Burgunderkriege in drei Bänden von August Bernoulli-Burckhardt, einem vom historisch interessierten Publikum geschätzten Autor, zu veröffentlichen. Damit war das Neujahrsblatt um 1900 fest eingebunden in die Inszenierung der Basler Stadtgeschichte im öffentlichen und privaten Raum vor den Kulissen der «alten Stadt» und den historisierenden Neubauten des Fin de siècle. Diese Entwicklung erreichte 1901 in den mehrtägigen, wieder massgeblich von Rudolf Wackernagel gestalteten Feierlichkeiten zum 400. Jubiläum des Beitritts der Stadt Basel zur Eidgenossenschaft ihren Höhepunkt. Auch 1901 eröffnete ein Neujahrsblatt die Feierlichkeiten, verfasst von Paul Burckhardt-Lüscher, Lehrer an der höheren Töchterschule, der damals noch am Anfang seiner Karriere als Historiker der Basler Stadtgeschichte stand. Die erste Auflage war rasch verkauft, das Erziehungsdepartement bestellte eine Sonderausgabe für die Basler Schulen in einem handlicheren Format, und die Kommission legte eine zweite Auflage auf mit mehr Illustrationen für die auswärtigen Besucher des Festspiels.

Nur etwas trübte die Erfolgsbilanz der Kommission, ein Entscheid der Leitung der Töchtersekundarschule von 1894: *«Seit seinem Bestehen, also seit mehr als 70 Jahren, diente das Neujahrsblatt dazu, die besten Schüler unserer mittleren und oberen Schulen als Neujahrsgeschenk von Seiten der Gemeinnützigen Gesellschaft zu erfreuen. Dieses Jahr zum ersten Mal sahen wir uns vor die Frage gestellt, ob wir von diesem Gebrauch abgehen wollten. Das Rectorat der Töchtersecundarschule theilte uns mit, durch eine solche Vertheilung der Neujahrsblätter an die besten Schülerinnen werden die Schülerprämien wieder eingeführt, die man an der Mädchensecundarschule durchaus nicht mehr wünsche, man wolle die Neujahrsblätter an die sämmtlichen Schülerinnen der obersten Classe vertheilen, und, falls die Neujahrsblattcommission die Vertheilung nach diesem Vorschlage nicht zugebe, ziehe man vor, gänzlich auf die Gabe zu verzichten. Wir beschlossen, vom dem bisherigen Prinzip nicht abzugehen und sahen uns leider in die Unmöglichkeit versetzt, das Geschenk Ihrer verehrten Gesellschaft*

[Abb. 77]

[Abb. 77b]

[Abb. 77c]

[Abb. 77a]

[77] Der Winterthurer Kachelofen im Vorgesetztenzimmer der Schmiedenzunft, wo auch der Vorstand der GGG tagte. Der Ofen ist ein Geschenk des Architekten Eduard Vischer-Sarasin 1890 zur Eröffnung des von ihm umgebauten neuen Gesellschaftssitzes.

[77a–c] In der untersten Reihe der Kacheln finden sind Kacheln eingelassen, die auf den Geber und die GGG anspielen. Eine Kachel zeigt das Allianzwappen Vischer-Sarasin und das Jahr 1889 (Abb. 77a), weitere Kacheln symbolisieren GGG-Institute wie die Speisewirtschaften (Abb. 77b) oder die Kleinkinderschulen (Abb. 77c).

den Schülerinnen jener Anstalt zu überreichen.»[855] Und dabei blieb es. Schülerinnen der Basler Mädchensekundarschule erhielten von da an kein Neujahrsgeschenk mehr von der GGG.

3.5.9 Fin de siècle: Die GGG um 1900

Äusserlich bescheiden im Vergleich zu 1877 feierte die GGG ihr 125-jähriges Bestehen 1902. Die schwierige Wirtschaftslage und die akute Not in vielen Basler Haushaltungen rieten zur Zurückhaltung. Die Festansprache hielt Altregierungsrat Paul Speiser-Sarasin im Zunftsaal des Schmiedenhofs. Der gesellige Teil fand in der Safranzunft statt, die über den Innenhof durch die Passage auf die Gerbergasse leicht erreichbar war. Man feierte ganz unter sich. Auf Veranstaltungen, die sich an ein Publikum ausserhalb der GGG wandten, hatte der Vorstand ganz verzichtet: *«Der Einladung zu derselben war zu entnehmen, dass nach Erledigung der üblichen Traktanden der Vorsteher der Gesellschaft* [Paul Speiser-Sarasin] *einen historischen Rückblick über die Tätigkeit derselben im letzten Vierteljahrhundert geben werde und dass sich nach Schluss der Sitzung die Freunde des Guten und Gemeinnützigen zu einem bescheidenen Nachtessen auf der Zunft zu Safran zusammenfinden werden. Trotz der Bescheidenheit des Programms leistete eine stattliche Anzahl von Mitgliedern der Einladung des Vorstandes Folge, so dass der geräumige Sitzungssaal im Schmiedenhof die dem ersten Akte beiwohnende Festversammlung kaum zu fassen vermochte* […]. *Wie zum ersten fanden sich auch zum zweiten Akte in der Safranzunft zahlreiche Freunde der Gesellschaft zusammen; namentlich hatte der Vorstand die Freude, viele frühere Vorsteher den Ehrentag der Gesellschaft mit begehen zu sehen* […]. *Das Sanatorium in Davos gab seiner Teilnahme an der Feier der Gesellschaft durch Übersendung prächtiger Alpenblumen Ausdruck* […] *die Musikschule bewies ihre Zugehörigkeit zu der Gesellschaft dadurch, dass sie für die nötige Tafelmusik aufkam und durch ein aus Lehrern der Anstalt gebildetes Streichterzett mit künstlerischen Darbietungen den Abend verschönern half.»*[856]

Trotz der äusseren Zurückhaltung hielt Paul Speiser das abgelaufene Vierteljahrhundert für eines der erfolgreichsten in der Geschichte der GGG: *«in diesen 25 Jahren ist viel geleistet worden; die Einbussen, die wir namentlich auf dem Gebiete des Schulwesens durch das Eingreifen der staatlichen Tätigkeit erlitten haben, sind reichlich aufgewogen, ja übertroffen durch die Ausdehnung unserer Tätigkeit auf andern Gebieten. Die Schöpfung der Sterbe- und Alterskasse, die Gründung der Heilstätte für Brustkranke in Davos in so überraschend kurzer Frist, die zweckmässige Lösung der Frage der Altersversorgung Niedergelassener, die Erwerbung und Herstellung des Schmiedenhofes zu einem stattlichen Hauptquartier der Gemeinnützigkeit, und viele andere Schöpfungen berechtigen uns zu dem Urteile, dass unsere Gesellschaft in diesen ersten Jahrzehnten ihres zweiten Jahrhunderts so jugendfrisch und jugendkräftig, wie in ihrem ersten Jahrhundert gearbeitet hat, vielleicht sogar frischer und kräftiger; denn die Andeutungen der Festschrift Miaskowskis von 1877, dass in der Gesellschaft die Lust am Gründen*

hinter der sorgsamen Pflege des Bestehenden zurückgetreten sei, und dass sie nicht selten vorziehe, die bei ihr angeregten Gedanken zuerst sich an einem andern Orte ins Praktische übersetzen und bewähren zu lassen, treffen wahrlich für die Berichtszeit nicht mehr zu.»[857]

Speiser relativierte diese Aussage aber umgehend, indem er das allgemeine demographische und wirtschaftliche Wachstum Basels in seine Betrachtung mit einbezog und die Basler Leistungen mit den Fortschritten der Gemeinnützigkeit an anderen Orten verglich: *«allerdings besteht nirgends eine Gemeinnützige Gesellschaft von dem Umfange und der Bedeutung der unsrigen; aber wenn anderwärts die imponierende Zentralisation des Betriebes der Gemeinnützigkeit, wie sie bei uns besteht, mangelt, so mangeln die einzelnen Institute nicht; und wenn bei uns dank dieser guten Organisation die Kollektivinitiative prompt und erfolgreich wirkt, so ist vielleicht an andern Orten die Einzelinitiative kühner und grossartiger».*[858] Gerade auf dem Hintergrund der «sozialen Frage» erschienen ihm die Leistungen der letzten 25 Jahre nicht ausserordentlich, weil sie in einer Zeit entstanden, *«in welcher, wie in gleichem Masse nie zuvor, die Notwendigkeit sozialen Fortschrittes betont, die Mittel erörtert, die Wege beschritten wurden».* Eine Gesellschaft wie die GGG war unter solchen Umständen verpflichtet, sich *«zu besonders kräftiger Tätigkeit anspornen»* zu lassen, wollte sie ihrem eigenen Anspruch gerecht werden.[859]

An dieser Stelle hielt es Paul Speiser auch für angebracht sich von gewissen, in konservativen Kreisen gepflegten sozialpolitischen Vorstellungen zu verabschieden. Er tat dies, indem er auf eine Fehleinschätzung von August von Miaskowski in der Jubiläumsschrift von 1877 hinwies und sich damit deutlich zum Beispiel von den sozialpolitischen Positionen des von Rudolf Sarasin(-Stehlin)-Thiersch und Karl Koechlin-Iselin gegründeten Evangelischen Arbeitervereins distanzierte: *«In seiner Festschrift von 1877 stellt Miaskowski als eine der Bedingungen der weitern Entwicklung unserer Gesellschaft die* [Forderung] *auf, dass sie die arbeitenden Klassen zur Mittätigkeit an ihren Aufgaben heranziehe und ihnen innerhalb ihres bisherigen Rahmens freien Raum schaffe oder den Rahmen erweitere. Unsere Gesellschaft hat sich dieser Bedingung nicht unterzogen, und besteht doch weiter.»* Die Entwicklung der Arbeiterbewegung seit 1877 widerlegte diese These: «*Wie sollte es möglich sein, in unserer Zeit, die sich durch immer stärkere und bewusstere Selbständigkeit der arbeitenden Klassen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete charakterisiert, deren Glieder zum Eintritte in eine Gesellschaft zu veranlassen, die aus ganz anderen Kreisen hervorgegangen ist? Und wäre es wohl wünschbar, dass die Arbeiter in ihrem Ringen nach wirtschaftlicher Selbständigkeit, in ihrem Streben, durch eigene Tatkraft ihre Lage zu bessern, wieder innehalten? Dazu ist die Zeit noch nicht gekommen. Ich glaube vielmehr, mit Ihrem Vorsteher vom Jahre 1899* [Rudolf Kündig-Koechlin], *dass die arbeitenden Klassen in Zukunft noch mehr, als schon bisher, sich mit Erfolg bemühen werden, wirtschaftliche Fragen durch eigene Association zu lösen, so dass, was unsere Gesellschaft im Kleinen betrieben hat, von diesen grossen Volkskreisen in umfassenderer und stattlicherer Gestalt wird geleistet werden.»*[860] Anlässlich einer öffentlichen Diskussion in einem konservativen

Quartierverein verteidigte Speiser 1908 in Beantwortung der Klage eines Arbeitgebers über die Streiks für bessere Löhne diese sogar als einzig geeignetes Mittel der Arbeiter im Kampf um ihre materielle Besserstellung. Die Stärkung der Kaufkraft der unteren Schichten habe nur günstige Auswirkungen auf die Volkswirtschaft.[861]

Als konservativer Politiker hielt Speiser an der Idee der Selbstorganisation und der Selbsthilfe der Arbeiterschaft in Genossenschaften und durch kollektive Versicherungen fest, sah aber gerade deshalb das Streikrecht und die politische und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft als unumgänglich an, damit sie sich die materiellen Voraussetzungen zur Selbsthilfe erstreiten konnte. Er hielt den vom Evangelischen Arbeiterverein abgelehnten «Klassenkampf» politisch für notwendig, um ein weiteres wirtschaftliches Wachstum überhaupt zu ermöglichen. Speiser sprach also nicht dem Sozialstaat von heute das Wort, sondern einer genossenschaftlich organisierten Gesellschaft, in denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in je eigenen Standesorganisationen organisiert waren. Der GGG empfahl er deshalb, sich auf das Eigene zu besinnen: *«Unsere Gesellschaft aber wird auch ins Künftige auf dem Boden stehen bleiben, der ihr von Altersher angewiesen ist; sie wird, wie bisher, ‹allem, was gut, was löblich, was gemeinnützig ist, was die Ehre und den Wohlstand des gemeinen Wesens, was die Glückseligkeit des Bürgers und des Menschen überhaupt erhöhen und vermehren kann›, ihre Aufmerksamkeit zuwenden; sie wird aber nicht den Anspruch darauf erheben, dass alles Gute und Gemeinnützige ausschliesslich durch sie geschehe: sie wird anregen, sie wird unterstützen und helfen, aber sie wird am liebsten sich dessen annehmen, was von keiner andern Seite gepflegt wird.»*[862]

Paul Speiser sah wie seine Vorgänger die Hauptaufgabe der GGG darin, der bürgerlichen Gemeinnützigkeit in Basel ein Zentrum zu sein. Die GGG werde dadurch auch in die Lage versetzt, erfolgreiche oder erfolgversprechende Neuentwicklungen zu propagieren: *«Aus dem Vorstehenden* [Eingliederung 1895 der Schreibstube, Fusion mit Volksbibliotheken 1901] *ist zu ersehen, dass die Gemeinnützige Gesellschaft kein Monopol der Gemeinnützigkeit für sich geltend macht, dass sie gerne auch Bestrebungen unterstützt, welche nicht aus ihrem Schosse hervorgegangen sind, und dass sie bereit ist, Anregungen, die von aussen an sie gebracht werden, sogar wenn sie eine Änderung ihrer eigenen Einrichtungen erfordert, zu verwirklichen.»*[863] Georg Finsler formulierte dieselbe Idee im Jahre 1900 noch weniger diplomatisch: *«Damit soll nun keineswegs gesagt sein, dass wir unsere Organisation für vollkommen halten, sondern wir sind immer bereit sie neuen berechtigten, wohlüberlegten Wünschen anzubequemen. Wir hoffen, dass dies allseitig erkannt und geglaubt werde, denn nur so kann die Gemeinnützige Gesellschaft sein, was sie sein will, aber auch sein soll: das Centrum für alle gemeinnützigen Bestrebungen in Basel* […]. *Wir freuen uns daher, wenn auch von anderen Seiten gemeinnützige Bestrebungen an Hand genommen und gefördert werden. Wir betonen aber energisch: wenn irgendwo, so ist auf dem Gebiet der Gemeinnützigkeit straffe Centralisation nothwendig; jede Decentralisation begünstigt Missbrauch, hilft die angewandten Mittel verzeddeln und könnte gar*

[Abb. 78]

[Abb. 79]

[Abb. 80]

[78] Der Präsident der Baukommission Rudolf Sarasin(-Stehlin)-Thiersch beauftragte den Maler Hans Sandreuter, die Wände des Zunftsaales, in dem die Mitgliederversammlungen stattfinden sollten, neu zu bemalen. Sandreuter schuf insgesamt sieben Wandgemälde, die sehr frei auf die Tätigkeit der GGG anspielen, wie hier die «Knabenspiele» auf die Kommissionen im Bereich Sport und Freizeit.

[79] Mehr symbolischen Gehalt hat das Bild «Der Sämann». Nachdem das Pferd vom Pflug gespannt ist und Frauen mit der Hacke den Boden vorbereitet haben, geht der Sämann über das Feld und streut den Samen aus, aus dem die neue Ernte wachsen soll. Sandreuter nimmt mit diesem Bild eine Metapher auf, mit der schon Isaak Iselin die gemeinnützige Arbeit der GGG beschrieben hatte.

[80] Die Metapher vom Säen findet ihre Fortsetzung im Bild «Ernte», das den Erfolg der Mühen gemeinnütziger Tätigkeit zeigt. Frauen tragen Korngarben und Körbe voll Früchte vom Feld nach Hause, andere brechen die Äpfel vom Baum. Die Freuden des Erntens stehen den Mühen des Säens gegenüber.

unrühmliche kleinliche Rivalität zur Folge haben [...]. *Da nun unsere Gesellschaft nicht nur durch Anciennität, durch reiche Erfahrung und erprobte Organisation im Vordergrund steht, sondern auch auf breitester Grundlage ruht, so ist sie doch gewiss das gegebene natürliche Centrum für alle gemeinnützige Thätigkeit* [...]. *In einer Centralisation aller gemeinnützigen Bestrebungen hat also weiterhin die Gemeinnützige Gesellschaft ihre Stärke zu suchen.*»[864]

Was Speiser diplomatisch als Einladung an andere Vereine zur Zusammenarbeit formulierte und Finsler als sozialpolitisches Postulat verteidigte, war jedoch um 1900 in Frage gestellt. Um die Jahrhundertwende erreichte die GGG mit rund sechzig Kommissionen zwar ihre grösste Ausdehnung,[865] aber sie hatte in den neunziger Jahren Konkurrenz erhalten, nicht nur durch den Staat, der immer mehr seine ihm 1889 übertragene sozialpolitische Aufgabe wahrnahm und so den Spielraum privater Vereine einzuschränken drohte. Neben der CMS waren es auch lokale Sektionen von nationalen Frauenverbänden, die 1896 neu gegründete Pestalozzigesellschaft, die Genossenschaften und selbständigen Hilfsorganisationen der Arbeitervereine sowie die katholischen Vereine und Einrichtungen, die den Führungsanspruch der GGG in Frage stellten. Diese hatte mit dem allgemeinen Wachstum der Vereine nicht Schritt gehalten. Neue gesellschaftliche Gruppen hatten sich eigene Organisationen geschaffen, die an einer Zusammenarbeit mit der GGG gar nicht oder nur in finanzieller Hinsicht interessiert waren. Die Gesellschaft musste, um ihre Handlungsfähigkeit nicht zu verlieren oder ihre finanziellen Möglichkeiten nicht zu überschreiten, nach neuen Wegen suchen, das Erreichte zu konsolidieren, ohne Neugründungen zu verunmöglichen. Die vorhandenen Gelder mussten gezielter eingesetzt werden, wie Georg Finsler 1900 meinte: «*Wir werden uns mehr und mehr auf weniger aber dann grössere Beiträge concentrieren müssen und dies gewiss nicht zum Schaden der gemeinnützigen Bestrebungen. Wir dürfen uns doch gewiss ruhig sagen, wenn in einer Stadt wie Basel für ein ins Werk zu setzendes Unternehmen nicht 100–200 Franken aufzutreiben sind, ohne an unsere Casse zu gelangen, so ist das Geplante kein wirkliches Bedürfniss.*»[866] Um das zu erreichen, konnte die GGG auf zwei Finanzierungsmodelle zurückgreifen, die sie in den letzten zwei Jahrzehnten entwickelt hatte: die Aktienbeteiligung und die Subventionierung mit Entsendung von Delegierten, die die Interessen der GGG in den unterstützten Vereinen vertraten. Beide verringerten das finanzielle Risiko der GGG, ohne ihre Einflussmöglichkeiten zu schmälern. Diese neuen Finanzierungsmodelle erlaubten es auch, sich Kreisen zu öffnen oder sich Zugang zu Kreisen zu verschaffen, die bisher in der GGG nicht vertreten waren.[867]

Die Beteiligung an Aktiengesellschaften setzte bereits Mitte der sechziger Jahre ein und ging von der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse aus. Die Beteiligung an einer Aktiengesellschaft bedeutete nicht nur ein geringeres finanzielles Risiko, da die GGG damit keine festen Verpflichtungen einging und der mögliche Verlust von Anfang an überschaubar blieb. Im besten Fall wurde die Neugründung bald selbsttragend, und das

[Abb. 81]

[81] Die Hauptstücke des Bildprogrammes der Fresken von Hans Sandreuter im Zunftsaal im Schmiedenhof befinden sich in den Bögen über den Fensterfronten des Saals. Gegen den Innenhof ist die GGG symbolisch dargestellt, verkörpert durch den heiligen Martin, der – vom Pferd gestiegen – seinen Mantel mit dem Bettler teilt. Das Fresko auf der Gegenseite zeigt hingegen eine Schmiede, die den Gewerbefleiss der Stadtbürgerschaft symbolisiert – die Grundlage der Gemeinnützigkeit und Wohltätigkeit – und die neue Funktion des Saales mit der Tradition des Hauses verbindet. Das Bildprogramm des Saales verschiebt das politische Verständnis von Gemeinnützigkeit in Richtung der christlichen Caritas, eine Interpretation der Ideen Iselins, die in der GGG seit Beginn des 19. Jahrhunderts vertreten war, besonders in den erweckten Kreisen, denen der Stifter der Fresken, Rudolf Sarasin(-Stehlin)-Thiersch angehörte.

in der Aktienbeteiligung gebundene Gesellschaftsvermögen konnte wieder flüssig gemacht und in neue Projekte investiert werden. Die Entsendung von Delegierten in subventionierte Vereine setzte bereits vor 1850 ein, aber erst nach 1870 wurde sie in relevantem Umfang als Führungsinstrument genutzt, um bereits bestehende Vereine und Einrichtungen an die GGG zu binden und damit direkt Einfluss auf die Vereinsleitung zu nehmen.[868] 1900 standen 36 GGG-eigenen Kommissionen 26 Delegierte *«zu uns nahestehenden oder ursprünglich von uns direct oder indirect gestifteten Vereinen, Gesellschaften, Instituten etc.»* gegenüber.[869] Vereine, in denen bereits Delegierte der GGG Einsitz hatten oder die für die GGG von besonderem sozialpolitischem Interesse waren, konnten auch leichter in die GGG eingegliedert werden: solches geschah 1879 bei den Sonntagssälen für Mädchen, die ursprünglich nur ihre Berichte im Jahresbericht der GGG veröffentlicht hatten, oder bei der unabhängig von der GGG gegründeten Schreibstube für Arbeitslose, die 1895 zur GGG-Kommission wurde, oder bei den Volksbibliotheken, die seit 1883 von der GGG unterstützt worden waren, bevor sie 1903 mit den GGG-Bibliotheken fusionierten.

Hinter dieser Entwicklung verbarg sich eine Tendenz zur Rationalisierung der Geschäftsabläufe und zur Zentralisierung, die der im Selbstbild der Gesellschaft gepflegten Selbständigkeit der Kommissionen entgegenlief. Ein Teil der leitenden GGG-Mitglieder versuchte auf diesem Weg mittelfristig die Zahl der Kommissionen zu vermindern und so den Einfluss des Vorstandes auf die GGG als Ganzes zu stärken: *«Nun wird oft die Frage aufgeworfen, ob nicht gerade in diesem Punkt, im Verhältniss des Vorstandes zu den einzelnen Commissionen, Wandel zu schaffen sei, hauptsächlich in dem Sinne, dass die Befugnisse des Vorstandes zu erweitern, diejenigen der Commissionen aber einzuschränken seien. Von einer Aenderung in diesem Sinne wird eine einfachere Erledigung der Geschäfte erhofft und betont, es wäre dann möglich, die allgemeinen Sitzungen anders, kurzweiliger zu gestalten»*, da sich das Abhören der Kommissionsberichte, das sich um 1900 über bis zu sechs Versammlungen hinzog, reduziert.[870] Diese Tendenz war in der GGG um 1900 zwar nicht mehrheitsfähig, blieb aber weiterhin wirksam. Georg Finsler benannte 1900 deutlich die Gefahren dieser Entwicklung: *«Gerade durch die Selbständigkeit unserer vielen Commissionen, gerade durch die weitverzweigten Arbeiten werden eine Menge von Helfern nötig, die durch ihre Theilnahme an der Commissionsarbeit Interesse für gemeinnützige Arbeit überhaupt erhalten.»*[871] Aus den Reihen dieser engagierten Kommissionsmitglieder rekrutierte die GGG seit je ihre Vorsteher und Vorstandsmitglieder. Wurde die Selbständigkeit der Kommissionen zu stark eingeschränkt, drohte diese Rekrutierungsbasis zu verschwinden.

Nach 1900 entstanden mehrere rein administrative Kommissionen,[872] die den Vorstand bei der Verwaltung des Vermögens der Gesellschaft und der der GGG anvertrauten Stiftungsvermögen entlasten sollten, nach einem Modell, das zuerst 1893 für die Verwaltung des Vermögens des liquidierten Landwaisenhauses entwickelt worden war, oder schon früher für

die Verwaltung von Immobilien, an deren Errichtung die GGG finanziell beteiligt war oder sie selbst besass.[873] Diese Auslagerung der Vermögens- und Immobilienverwaltung aus dem eigentlichen Gesellschaftsvorstand lief parallel zu dessen vermehrter sozialer und politischer Öffnung nach 1900. Das Gesellschaftsvermögen wurde so nicht nur der Verwaltung und Aufsicht führender Finanzfachleute und Juristen übergeben, sondern blieb in diesen Spezialkommissionen weiterhin unter strikter Aufsicht des Stadtbürgertums. Als Ganzes hatten diese organisatorischen Veränderungen nicht nur positive Auswirkungen, wie Paul Speiser 1902 warnend ausführte: «*Immerhin werden wir uns davor zu hüten haben, dass in zu starkem Masse an die Stelle der eigenen gemeinnützigen Betätigung unserer Mitglieder die blosse Gelduntersützung aus unserer Gesellschaftskasse tritt; wir wollen ein Verein von Helfenden und Dienenden, nicht ein Kapitalistenverein sein und bleiben.*»[874]

Deshalb äusserte Paul Speiser 1902 auch seine Besorgnis über die im Verhältnis zum allgemeinen Bevölkerungswachstum rückläufigen Mitgliederzahlen und die mangelnde Beteiligung der Vereinsmitglieder an den allgemeinen Sitzungen: «*Im Jahre 1877 war unsere Mitgliederzahl 1530, heute ist sie 1889, mithin nur 359 oder rund 1/5 mehr, während die Einwohnerzahl sich fast verdoppelt hat; das Gewicht aller mildernden Umstände, die jeweilen bei der Erörterung dieser Frage geltend gemacht werden, will ich nicht bestreiten, aber es bleibt dabei, dass es unserer Gesellschaft nicht gelungen ist, das Interesse an unsern Bestrebungen in annähernd entsprechendem Masse zu erweitern. Und wenn wir ferners den ebenso oft beklagten Übelstand des schlechten Besuches unserer Sitzungen von Seiten unserer Mitglieder in Betracht ziehen, so mögen wir wohl zu unserm Troste darin einen Beweis unbedingten Zutrauens der Mitglieder gegenüber dem Vorstande erblicken; aber es wäre ein Mangel an Einsicht, würden wir nicht daraus schliessen, dass vielen unserer Mitglieder das lebendige und freudige Interesse an unserm Wirken fehlt.*»[875]

Aber die Idee der «Freiwilligkeit», die das Selbstverständnis des alten Bürgertums Basels prägte, liess sich um die Jahrhundertwende auch in anderen Vereinen und Gesellschaften verwirklichen. Die GGG hatte ihr Monopol verloren. Der Rückgang der Mitgliederzahlen stellte den Führungsanspruch der GGG in Frage. Hinter der Warnung Speisers vor zu geringem Engagement verbarg sich die Angst vor der wachsenden Konkurrenz durch andere Vereine und Gesellschaften. Wie gross die Konkurrenz unter den in der Armenpflege tätigen Vereinen und Gesellschaften um die Jahrhundertwende war, zeigt eine Auseinandersetzung zwischen der von der GGG 1856 gegründeten Lukasstiftung und der erst seit 1896 bestehenden Pestalozzigesellschaft: Gekämpft wurde um Fr. 2000.– Staatssubventionen an Schuhspenden für arme Schüler. «*Die staatliche Budgetkommission für 1898*», schrieb Traugott Siegfried im Jahresbericht der Lukasstiftung, «*hatte beim Grossen Rath den Antrag gestellt, den Betrag von Fr. 2000.– für Vertheilung von Schuhen an bedürftige Schulkinder zu bewilligen und mit der Verwendung die Pestalozzigesellschaft zu beauftragen, die sich kurze Zeit neben der Lucasstiftung auch mit dieser Aufgabe befasst hatte. Wir hatten uns*

hierauf die Freiheit genommen, auf Grund unserer Erfahrungen den h[ohen] *Regierungsrath darauf aufmerksam zu machen, wie nachtheilig es sei, wenn an verschiedenen Stellen eine Schuhvertheilung stattfinde, weil dann, ohne genaue Controlle, es möglich ist, dass an die gleichen Kinder mehrfach dieselbe Wohlthat verabfolgt wird, während andere, vielleicht bedürftigere aber bescheidenere Schüler oder Schülerinnen leer ausgehen.»*[876]

Die Regierung liess sich das gesagt sein und überwies die Angelegenheit zur weiteren Behandlung an das Erziehungsdepartement. An einer Konferenz der Rektoren und Inspektoren der Basler Primar- und Sekundarlehrer wurde mit der Lukasstiftung vereinbart, dass sie die Fr. 2000.– erhalten, dafür jedoch eine entsprechend höhere Zahl von Gutscheinen für Lukasschuhe den Lehrern zur Verfügung stellen sollte: «*Die dadurch erheblich vermehrte Arbeit haben wir gerne auf uns genommen und sind dadurch zu den oben aufgeführten 546 Paar Schuhen durch uns noch 132 weitere an arme Kinder abgegeben worden, d. h. an jede der Primar- und Secundarschulen 33 Paare.*» Allerdings konnte sich die Kommission ihres Sieges nicht lange freuen: «*Wir haben nun vernommen, dass einstweilen die Primarschulen, für das Jahr 1899 je Fr. 2000.– (statt wie für 1898 Fr. 500.–) vom Staat für Schuhvertheilung wünschen und auch da wieder auf die Besorgung durch unsere Commission hoffen* [...]. *Allein die jetzt schon bedeutende Arbeit unserer Commissionsmitglieder würde dadurch in einem Masse vermehrt werden, dass wir voraussichtlich auf eine andere Organisation bedacht sein müssten.*»[877] Die Lukasstiftung hatte sich als Kontrollzentrum zwar durchgesetzt, aber nur, um sogleich feststellen zu müssen, dass sie gar nicht in der Lage war, den dafür nötigen Arbeitsaufwand allein auf ehrenamtlicher Basis leisten zu können. Die von den konservativen und religiös-konservativen Stadtbürgern vertretene Gemeinnützigkeit auf ehrenamtlicher Basis, die ohne staatliche Armenpflege auskommen wollte, stiess um die Jahrhundertwende an objektive finanzielle und personelle Grenzen. Das Stadtbürgertum war nicht mehr in der Lage, seinem eigenen Führungsanspruch in der Sozialpolitik gerecht zu werden.

GESELLSCHAFTEN IN BASEL BIS 1819 [Tab. 9]

Jahr	Name
1708	Kommission des Collegium Musicum, seit 1752 Konzerte in einem Saal im Oberen Collegium («Prytaneum»), der auf Kosten der Universität umgebaut worden war (Stähelin, Wolleb, S. 99), Frauen sind zugelassen, 1783 Neukonstituierung des Direktoriums
1740 c.	Brüdersozietät
1743–1761	Deutsche Gesellschaft, gegr. von Spreng (gründete ev. 1748 auch eine «helvetische Gesellschaft»)
1744	Zürcher Loge «La Concorde» meldete an die Frankfurter Loge «Zur Einigkeit» die Bildung einer Loge in Basel
1746–1748	Freie Gesellschaft, literarische Studentengesellschaft um Isaak Iselin
1751–1787	Societas physico-mathematico-anatomico-botanico-medica helvetica, an der Medizinischen Fakultät, Präsident ist der jeweilige Dekan
1756	Gründung der pietistischen «Gesellschaft von guten Freunden» durch Hieronymus Annoni
1758–1781, ev. länger	Societas theologica-philologica, ev. besteht ein Zusammenhang mit der Societas litteraria von Prof. Beck
1759–1760	Donnerstagsgesellschaft / Société litteraire, Isaak Iselin zusammen mit Emanuel Wolleb
1760	Gründung der ersten Predigerkonferenz der zur Sozietät gehörigen Pfarrer
1760–1762	Lesegesellschaft: «Politisches, gelehrtes und kaufmännisches Staminet», von Iselin gegründet
1760–1797	Militärische Gesellschaft, anfänglich «Philostratia», 1779 führend an der Gründung der Helvetisch-Militärischen Gesellschaft beteiligt
1761/62	Helvetische Gesellschaft bis 1779 in Schinznach, ab 1780 in Olten
1767–1771	Societas litteraria, unter Leitung des Theologieprofessors Jakob Christoph Beck
1768	Gründung der Versammlung lediger Brüder
1768	Gründung der Basler Loge «a Libertate»
1777	GESELLSCHAFT ZUR AUFMUNTERUNG UND BEFÖRDERUNG DES GUTEN UND GEMEINNÜTZIGEN
1777	Prediger-, Witwen- und Waisenkasse
1778	GGG UNTERSTÜTZT FÄHIGE SCHÜLER UND LEHRER IN DEN LANDSCHULEN MIT PRÄMIEN UND SCHULBÜCHERN
1779	GGG ZAHLT BEITRÄGE AN AUSBILDUNGSKOSTEN VON PERSONEN, DIE NÜTZLICHE GEWERBE ERLERNEN ODER AUSSERORDENTLICHE TALENTE BESITZEN
1779	KOMMISSION ZU DEN NÄHSCHULEN
1779–1784	Feierliche Installation einer neuen Loge «Zur vollkommenen Freundschaft» durch eine Zürcher Loge, 1784 aufgelöst
1780	Deutsche Christentumsgesellschaft, Leitung geht an einen seit 1768 bestehenden Laienverein
1780	EINFÜHRUNG DES GESANGSUNTERRICHTS AN DEN NÄHSCHULEN DER GGG
1781	PROJEKT EINER ZWANGSARBEITSANSTALT WIRD DISKUTIERT
1781/82	ERSTE TÖCHTERSCHULE, MUSS MANGELS SCHÜLERINNEN GESCHLOSSEN WERDEN
1782	GEOMETRIEUNTERRICHT FÜR HANDWERKSLEHRLINGE
1783	Schaffung des Zentralsekretariats der Deutschen Christentumsgesellschaft in Basel und Beginn der Herausgabe von Gesellschaftsberichten und einer Zeitschrift

Gesellschaften in Basel bis 1818
Die Jahresangabe bezeichnet das Gründungsjahr

VERSAL GESETZTE EINTRÄGE:
GGG-eigene Kommissionen oder von ihr unterstützte Projekte

kursiv gesetzte Einträge:
für die Entwicklung des Vereinswesens wichtige historische Hintergrundinformationen

[Forts. Tab. 9]

Jahr	Name
1783	Krankenkommission (von GGG-Mitgliedern angeregt)
1784	KOMMISSION ZUR PAPIERERSCHULE FÜR MÄDCHEN UND KNABEN, DIE IN DEN PAPIERMANUFAKTUREN IM ST. ALBANTAL ARBEITEN
1785–1790	Gesellschaft zur Beförderung des Guten, ab 1786 Gesellschaft zur Aufnahme sittlicher und häuslicher Glückseligkeit, Lokalsektion der Schweizerischen Gesellschaft zur Beförderung des Guten
1785–1831/32ff	Gesellschaft zur Bildung junger Prediger, besteht bereits seit 1760, steht der Brüdersozietät nahe
1786	KOMMISSION ZUR VERDINGUNG JUNGER HANDWERKER
vor 1787	Lesegesellschaft: im Basler Avisblatt vom 27. Dezember 1787 werden Mitglieder einer aufgehobenen Lesegesellschaft aufgefordert, Bücher zurückzubringen
1787	Allgemeine Lesegesellschaft
1788	Allgemeine Witwen- und Waisenkasse für Niedergelassene
1795	Freiwillige bürgerliche Witwen- und Waisenkasse der Stadt Basel
1795–1797	Ökonomische Gesellschaft (angeregt von der GGG)
1796	KOMMISSION ZUR ZEICHNUNGSSCHULE
1796	EINRICHTUNG DER ERSTEN FLICK-, VERSTECH- UND SPINNSCHULE NEBEN DEN 3 BESTEHENDEN NÄHSCHULEN FÜR ÄLTERE MÄDCHEN
1800	KOMMISSION ZUR SPINNANSTALT
1801/1802	KOMMISSION ZUR SUPPENANSTALT
1802–1806	Erste Traktatgesellschaft, löst sich auf nach dem Tod ihres Gründers, Pfarrer Johann Rudolf Huber
1803	*Die von der Mediationsakte garantierte Verfassung stellt Zünfte und Gesellschaften wieder her und verknüpft die Zünfte in der Stadt mit dem Wahlsystem*
1803	KOMMISSION ZUR HALBLEIN- UND PACKTUCHFABRIKATION
1804	Schaffung der Allgemeinen Armenanstalt auf Anregung der GGG: Krankenkommission, Spinnanstalt, Halblein- und Packtuchfabrikation sowie Suppenanstalt gehen an die Armenanstalt über, werden aber teilweise weiter von der GGG unterstützt und publizieren ihre Jahresberichte weiterhin in den GGG-Jahresberichten
1804	Basler Bibelgesellschaft
1807	DIREKTORIUM DER LESEANSTALT FÜR DIE JUGEND
1808	Gründung der Freimaurerloge «Zur Freundschaft und Beständigkeit» mit Konstitutionspatent vom Gross-Orient in Frankreich und installiert durch die Berner Loge «Zur Hoffnung»
seit 1808	BEITRÄGE DER GGG FÜR PRÄMIEN AN DIE SCHÜLER DER ARMENSCHULEN IN DER ARBEITSANSTALT IM KLINGENTAL
1809	KOMMISSION FÜR DIE GESANGSCHULE / GESANG- UND ORGELUNTERRICHT
1809	KOMMISSION DER ZINSTRAGENDEN ERSPARNISKASSE
1811	*Vereinheitlichung des Versammlungswesens der Christentumsgesellschaft, Beginn der Universitätsreform nach dem Tod von Bürgermeister Andreas Merian-Iselin*
1811	*Temporäre Schliessung der Kinderschule der Brüdersozietät, Einführung des Revers für Pfarrer bei Anstellung*
1811	*Seit* 1811 *scharfes Vorgehen des Deputatenamtes unter Peter Ochs gegen den Einfluss von Erweckten in Institutionen der Kirche (Schule; Kirchgemeinden)*
1812–1819	KOMMISSION DER TÖCHTERSCHULE
1812	Zweite Traktatgesellschaft
1813/1814	*Durchmarsch der allierten Truppen, verheerende Flecktyphusepidemie in der Stadt, erste Kapitulation der Festung Hüningen*
1814	*Neue Kantonsverfassung hebt die von der Mediationsakte garantierte Verfassung von* 1803 *auf (Kommission schliesst Peter Ochs-Vischer aus, nur* 1 *Landvertreter darin vertreten*

Jahr	Name
1815	*Rückkehr Napoleons für* 100 *Tage von Elba, zweiter Durchmarsch allierter Truppen durch Basel, Bombardierung Basels von Hüningen aus, zweite Kapitulation der Festung Hüningen; im zweiten Pariser Frieden wird Schleifung Hüningens festgesetzt*
1815	Evangelische Missionsgesellschaft
1815	Erste öffentliche Jahresfeier der Bibelgesellschaft in der Martinskirche in Gegenwart von Regierungsvertretern
1816	*Das «Jahr ohne Sommer»: Totaler Ernteausfall in ganz Europa, Hungerkrise im Winter* 1816/17
1816	BEGINN DER FINANZIELLEN UNTERSTÜTZUNG VON VEREINEN, DIE SICH MIT DER VERBEISTÄNDUNG VON WITWEN UND WAISEN VON EINSASSEN BESCHÄFTIGEN, MIT UNTERBRÜCHEN BIS 1852 FORTGESETZT
1817	PROJEKT EINER ZWANGSARBEITSANSTALT WIRD DISKUTIERT
1817	Armenschul-Verein in Beuggen (darf auf Kantonsgebiet nicht eröffnet werden)
1817/1818	*Unterrichtsgesetze von* 1817 *und* 1818 *unterstellen das ganze städtische Schulwesen einem (staatlichen) Erziehungsrat, auf der Landschaft bleiben die Gemeindeschulen weiterhin unter kirchlicher Aufsicht, Reorganisation des städtischen Schulwesens und der Universität unter Deputat Peter Ochs-Vischer und Bürgermeister Johann Heinrich Wieland*
1818	Gründung des landwirtschaftlichen Vereins des Kantons Basel mit Unterstützung der GGG
1819	Verstaatlichung der Töchterschule

[Tab. 10] NICHTBÜRGERLICHE VEREINE UM 1862 IN BASEL

Jahr	Name	Quelle	Bemerkungen
?	Allgemeine Posamenter Witwen- und Waisenkasse	AB 1854, S. 80	
?	Arbeiter-Krankenkasse	AB 1854, S. 81	
1788	Älteste allgemeine Witwen- und Waisenkasse	AB 1854, S. 78; AB 1862, XXVI	
1798	Katholische Gemeinde	AB 1854, S. 61	1864 nicht mehr im Vereinsverzeichnis, sondern bei den religiösen Gemeinschaften
1802	Feldschützen-Verein	AB 1862, XXIII	
1803	Israelitisches Bethaus	AB 1854, S. 62	1864 nicht mehr im Vereinsverzeichnis, sondern bei den religiösen Gemeinschaften
1812	Krankenverpflegungs-Gesellschaft der katholischen Gemeinde	AB 1854, S. 84; AB 1862, XXVII	
1824	Allgemeine Unterstützungsgesellschaft Concordia	AB 1854, S. 80; AB 1862, XXVIII	Von der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse verwaltet
1824	Kranken- und Begräbniskasse der Bandfabrikarbeiter	AB 1854, S. 83; AB 1862, XXVII	Von der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse verwaltet
1825	Männerchor	AB 1854, S. 67; fehlt 1862	
1834	Unterstützungskasse kranker Posamenter	AB 1854, S. 86; AB 1862, XXVIII	
1839	Pensionskasse des Orchestervereins	AB 1854, S. 85; AB 1862, XXVIII	
1840	Pilgermission auf St. Chrischona	AB 1854, S. 61; AB 1862, XIII	
1841	Posamenter-Gesangverein	AB 1854, S. 67; AB 1852, XXXI	Gründung von GGG angeregt
1842	Künstler-Gesellschaft	AB 1854, S. 64; AB 1862, XXXI	
1844	Grüttli-Verein	AB 1854, S. 67; AB 1862, XXXII	
1845	Arbeiter-, Witwen- und Waisenkasse	AB 1854, S. 81; AB 1862, XXVII	
1846	Lehrer-Verein	AB 1854, S. 64; AB 1862, XXX	
1846	Allgemeine Kranken- und Begräbniskasse hiesiger Bürger und Einwohner [beiderlei Geschlechts]	AB 1854, S.80; AB 1862, VIII	
1847	[Kranken-Gesellschaft] Amicitia	AB 1854, S. 83; AB 1862, XXVIII	Von der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse verwaltet
1847	Kranken- und Begräbniskasse der Arbeiterinnen in den Bandfabriken	AB 1854, S. 83; AB 1862, XXVIII	
1847	Seidenfärber-Krankenkasse	AB 1854, S. 85; AB 1862, XXVIII	
1848	Kranken- und Hülfsgesellschaft zur Eintracht; Kranken-, Unterstützungs- und Begräbniss-Casse «Eintracht»	AB 1854, S. 84; AB 1862, XXVIII	
1848	Société française philantropique à Bâle / Französisch-philanthropische Gesellschaft	AB 1854, S. 85; AB 1862, XXVIII	

Jahr	Name	Quelle	Bemerkungen
1849	Witwen- und Waisenkasse der Handlungsdiener	AB 1854, S. 86; AB 1862, XXVII	
1849	Allgemeine Arbeitergesellschaft	AB 1854, S. 79; AB 1862, XXX	
1850	Deutscher Arbeiter-Bildungsverein	AB 1862, XXXII	
1851	Kranken- und Begräbniskasse zum Freundschafts-Verein	AB 1854, S. 83; AB 1862, XXIX	
1852	Consum-Verein	AB 1854, S. 79	
1852	Frohsinn	AB 1862, XXXII	
1853	Krankenkasse der Arbeiter im Fache der Mechanik	AB 1854, S. 83; AB 1862, XXIX	
1854	Brod-Verein	AB 1854, S. 79	
1855	Hilfskasse für kranke Posamenter	AB 1862, XXIX	
1855	Gesangverein Concordia	AB 1862, XXXII	
1856	Hilfskasse des weiblichen Geschlechts in Krankheits- und Sterbefällen	AB 1862, XXIX	
1857	Jäger-Verein	AB 1862, XXII	
1857	Israelitischer Wohltätigkeitsverein	AB 1862, XXVI	
1857	Ärztliche Wittwen-, Waisen- und Invalidenkasse	AB 1862, XXVII	
1857	Typographia	AB 1862, XXXII	
1858	Aargauer Verein und dessen Unterstützungskasse	AB 1862, XXIII	
1858	Helvetia	AB 1862, XXIII	
1858	Artillerie-Verein	AB 1862, XXIII	
1858	Kranken-, Sterbe- & Invalidenkasse der Haas'schen Giesserei	AB 1862, XXIX	
1859	Stenographen-Verein (nach Stolze)	AB 1862, XXX	
1859	Cäcilien-Verein	AB 1862, XXXII	
1859	Katholischer Gesellenverein	AB 1862, XXXII	
1860	Medizinische Gesellschaft	AB 1862, XXX	
1861	Schweizerischer Pius-Verein, Sektion Basel	AB 1862, XXIV	
1861	Advokaten-Verein	AB 1862, XXX	
1862	Pompier-Verein Basel	AB 1862, XXIII	

[Tab. 11] ÜBERSICHT VEREINE UND GGG-KOMMISSIONEN 1862–1913 NACH ADRESSBUCH

Name	Rubrik	1862 Total	GGG	1874 Total	GGG	1877 Total	GGG	1880 Total	GGG	
Vaterländische und politische Vereine	I			12	0					
Militärische und Schützenvereine	II			8	0					
Studentenverbindungen und Schülervereine	III	11	0	5	0	23	0	23	0	
Religiöse Vereine und Anstalten	IV	17	1	22	0	25	0	33	0	
Wissenschaftliche Anstalten und Sammlungen	V			13	0	13	0	15	0	
Vereine zur Beförderung wissenschaftlicher Bestrebungen und zum Unterhalt der Sammlungen	VI	11	0	6	1	6	1	8	1	
Wissenschaftliche und Bildungsvereine	VII			18	2	21	2	33	2	
Musik- und Kunstvereine	VIII			20	1	24	1	38	3	
Vereine und Anstalten für Leibesübungen	IX	3	0	9	4	10	4	12	4	
Vereine und Anstalten mit überwiegend geselligen Zwecken	X	21	1	19	0	18	0	32	0	
Vereine und Anstalten zu technischen und wirtschaftlichen Zwecken	XI	5	0	15	6	17	7	24	9	
Hilfskassen	XII	28	0	49	0	53	0	63	0	
Gemeinnützige Vereine und Anstalten	XIII			21	12	27	17	35	21	
Wohltätigkeitsanstalten, -vereine, Spitäler	XIV	25	5	33	3	32	1	36	1	
Total gezählte Einträge Vereine [SJ]		121	7	250	29	269	33	352	41	
Ausgabe Total im Adressbuch		127		250		269		352		
Einträge GGG «Privatschulen»			[3]		4		4		5	

[ ] = erschlossen

	1883 Total	GGG	1886 Total	GGG	1889 Total	GGG	1892 Total	GGG	1895 Total	GGG	1898 Total	GGG	1901 Total	GGG
			22	0	22	0	28	0	29	0	32	0	33	0
			15	0	19	0	19	0	21	0	23	0	25	0
	27	0	10	0	8	0	10	0	8	0	8	0	10	0
	44	0	47	0	51	0	52	0	58	0	60	0	65	0
	16	0	18	0	19	0	19	0	18	0	20	0	20	0
	8	1	11	1	12	1	11	1	11	1	13	1	12	1
	32	2	38	3	47	3	49	3	51	3	55	3	64	3
	40	3	41	3	47	3	45	3	48	3	54	4	67	4
	17	4	19	4	23	4	26	4	34	6	48	6	55	6
	39	0	41	0	53	0	49	0	52	0	59	0	55	0
	45	9	57	9	73	9	88	9	96	9	101	9	115	9
	64	0	65	0	67	0	64	0	63	0	63	0	66	0
	40	20	43	22	44	21	47	22	53	23	60	24	63	24
	47	2	48	2	57	2	57	3	62	4	67	4	72	5
	419	41	475	44	542	43	564	45	604	49	663	51	722	52
	421		474		542		565		605		669		728	
		4		4		3		3		3		3		3

[Forts. Tab. 11]

Name	Rubrik	1904 Total	GGG	1907 Total	GGG	1910 Total	GGG	1913	GGG
Vaterländische und politische Vereine	I	38	0	34	0	20	0	19	0
Militärische und Schützenvereine	II	24	0	30	0	29	0	31	0
Studentenverbindungen und Schülervereine	III	16	0	16	0	18	0	17	0
Religiöse Vereine und Anstalten	IV	73	0	73	0	75	0	77	0
Wissenschaftliche Anstalten und Sammlungen	V	20	0	21	0	21	0	20	0
Vereine zur Beförderung wissenschaftlicher Bestrebungen und zum Unterhalt der Sammlungen	VI	13	1	13	1	13	1	14	1
Wissenschaftliche und Bildungsvereine	VII	57	2	56	2	58	2	59	2
Musik- und Kunstvereine	VIII	76	5	84	5	90	5	98	5
Vereine und Anstalten für Leibesübungen	IX	51	6	52	6	57	5	65	5
Vereine und Anstalten mit überwiegend geselligen Zwecken	X	57	0	56	0	50	0	52	0
Vereine und Anstalten zu technischen und wirtschaftlichen Zwecken	XI	125	9	138	9	153	8	149	8
Hilfskassen	XII	69	0	78	0	79	0	73	0
Gemeinnützige Vereine und Anstalten	XIII	72	33	80	32	83	31	87	31
Wohltätigkeitsanstalten, -vereine, Spitäler	XIV	79	5	89	5	86	5	87	5
Total gezählte Einträge Vereine [SJ]		770	61	820	60	832	57	848	57
Ausgabe Total im Adressbuch		779		826		*		*	
Einträge GGG «Privatschulen»			3		3		3		3

VERGLEICH PROZENTUALER ANTEIL WACHSTUM GGG AM WACHSTUM VEREINE ALLGEMEIN [Tab. 12]

Jahr	Vereine Total	Zuwachs absolut	Relativ	GGG	Zuwachs absolut	Relativ
1874	250	0		29		
1877	269	+19	+ 7,6 %	33	+4	+13,8 %
1880	352	+83	+30,8 %	41	+8	+24,2 %
1883	419	+67	+19,0 %	41	+0	+ 0,0%
1886	475	+56	+13,4 %	44	+3	+ 7,3 %
1889	542	+67	+14,1 %	43	−1	− 2,3 %
1892	564	+22	+ 4,1 %	45	+2	+ 4,7 %
1895	604	+40	+ 7,1 %	49	+4	+ 8,9 %
1898	663	+59	+ 9,8 %	51	+2	+ 4,1 %
1901	722	+59	+ 8,9 %	52	+1	+ 2,0 %
1904	770	+48	+ 6,6 %	61	+9	+17,3 %
1907	820	+50	+ 6,5 %	60	−1	− 1,6 %
1910	832	+12	+ 1,5 %	57	−3	− 5,0 %
1913	848	+16	+ 1,9 %	57	+0	+ 0,0 %

VERTEILUNG WACHSTUM DER VEREINE NACH ADRESSBUCH [Tab. 13]

Rubrik	1898	1907	Zunahme	Prozentual
I politisch / vaterländisch	32	34	+ 2	+ 6,3 %
II militärisch, Schützen	23	30	+ 7	+30,4 %
III Studenten und Schüler	8	16	+ 8	+50,0 %
IV religiöse	60	73	+ 13	+21,7 %
V wiss. Anstalten und Samml.	20	21	+ 1	+ 5,0 %
VI wissenschaftliche Vereine und Anstalten	13	13	+ 0	+ 0,0 %
VII Bildungsvereine	55	56	+ 1	+ 1,8 %
VIII Musik- und Kunst	54	84	+ 30	+55,5 %
IX Sport und Turnen	48	52	+ 4	+ 8,3 %
X gesellige	59	56	− 3	− 5,1 %
XI technische, wirtschaftliche	101	138	+ 37	+36,6 %
XII Hilfskassen	63	78	+ 15	+23,8 %
XIII gemeinnützig	60	80	+ 20	+33,3 %
XIV wohltätige	67	89	+ 22	+32,8 %
Total	663	820	+157	+ 23,7 %

[Tab. 14] RELATIVER ANTEIL DER GGG-KOMMISSIONEN AN DEN VEREINEN 1874–1913

Jahr	Vereine Total	GGG	GGG Anteil relativ
1874	250	29	11,6 %
1877	269	33	12,3 %
1880	352	41	11,6 %
1883	419	41	9,8 %
1886	475	44	9,3 %
1889	542	43	7,9 %
1892	564	45	8,0 %
1895	604	49	8,1 %
1898	663	51	7,7 %
1901	722	52	7,2 %
1904	770	61	7,9 %
1907	820	60	7,3 %
1910	832	57	6,9 %
1913	848	57	6,7 %

Zusammenfassung: Die Entwicklung der GGG von 1777 bis 1914

Die GGG von heute unterscheidet sich grundlegend von der GGG vor 1914. Heute wird die GGG als Verein weniger wahrgenommen. Präsent sind vor allem die GGG-Bibliotheken und die zahlreichen sozialen Einrichtungen. Im 19. Jahrhundert war die GGG eine öffentliche Einrichtung, deren Jahresversammlungen in der Zeitung ausführlich besprochen wurden. Kaum jemand weiss heute, dass die Musikschule und das Konservatorium eine GGG-Gründung sind, der Tierschutzverein aus einer GGG-Kommission entstanden ist, die gelben Schilder der Wanderwege zuerst von GGG-Mitgliedern aufgestellt wurden oder die Helvetia sich aus einer von der GGG gestifteten Alters- und Hinterbliebenenkasse entwickelt hat. Die GGG ist heute eine politisch und konfessionell neutrale, von allen Gruppen der Einwohnerschaft Basels getragene Vereinigung. Im 18. und 19. Jahrhundert war dies nicht der Fall. Dominiert wurde sie vom regierenden konservativen, reformierten Stadtbürgertum, dem sie als politische Kaderschule diente. Das Stadtbürgertum schloss sich nach aussen gegen die durch Zuwanderung rasch anwachsende Einwohnerschaft ab. Nach 1850 verwandelte es als Reaktion auf seinen fortschreitenden Machtverlust die GGG sogar zu einer ausserparlamentarischen Plattform für seine Sozial- und Bildungspolitik in Opposition zum Freisinn und zu der erstarkenden Arbeiterbewegung, besonders nach dem politischen Sieg des Freisinns 1874.

Diese Entwicklung lag kaum im Sinne der Gründer, ganz im Gegenteil. Alle Gründungsmitglieder hatten einer Reformbewegung zugehört. Die Gründung der GGG war eine revolutionäre Tat: durch den Versuch, die politische Partizipation auszuweiten. Denn um 1777 konnte nur eine kleine Minderheit von Stadtbürgern überhaupt aktiv an der Politik teilnehmen. Die GGG war auch nicht die Gründung eines Einzelnen, eines «Stifters», sondern entwickelte sich aus einem Netzwerk von literarischen und politischen Beziehungen und Freundschaften heraus, in deren Zentrum Isaak Iselin und seine Freunde wirkten. Die GGG unterschied sich von anderen aufklärerischen Gesellschaften und Zirkeln Basels durch ihre Offenheit. Die Versammlungen konnten auch von Personen besucht werden, die nicht Mitglieder waren. Die Helvetische Revolution und die französische Besetzung stoppten dies. Das historische Profil Iselins verlor in der Zeit der «Reaktion» seine Konturen. Der Iselin'sche Begriff «Gemeinnützigkeit» kam um seinen revolutionären Kern, seinen universellen Anspruch. Isaak Iselin wurde immer mehr auf den verträumten Philanthropen reduziert.

Die GGG war im 19. Jahrhundert ein reiner Männerverein. Frauen konnten die Mitgliedschaft erst ab 1916 erwerben, als die Gesellschaft dringend mehr zahlende Mitglieder benötigte. Der Versuch der Iselintochter Anna Maria Preiswerk-Iselin, die GGG 1816 zur Zulassung von eigenen Frauenkommissionen zu veranlassen, scheiterte. Gleichwohl trugen Frauen vor und nach 1800 als Helferinnen und Gönnerinnen «im Stillen» wesentlich zum Erfolg der GGG bei. Ihre Gratisarbeit war unverzichtbar. Trotz ihrer Verdienste um die Förderung der Mädchen- und Frauenbildung förderte die GGG die Emanzipation von Frauen nicht. Sie unterstützte auch die Ende des 19. Jahrhunderts in der Armenpflege tätige Frauenbewegung nur zögerlich.

Schon bei ihrer Gründung war die GGG eine der grössten Gesellschaften Basels. Trotz Richtungskämpfen innerhalb der Basler Reformbewegung und politischen Widerständen gelang es der Gesellschaft, sich bis 1800 zu etablieren. Zwischen 1800 und 1850 hatte die GGG ihre expansivste Entwicklungsphase. Eine ähnlich intensive Wachstumsphase lässt sich nur um die Jahrhundertwende nochmals beobachten. Auch wenn die Zahl der Kommissionen bis 1900 weiter stieg, nahm die Zahl der in den Kommissionen tätigen Mitglieder ab. Der Anteil der GGG-Mitglieder relativ zur Gesamtbevölkerung verminderte sich schon von 1820 an. Die GGG blieb dennoch bis zum Ersten Weltkrieg einer der grössten Basler Vereine und die wichtigste private sozialtätige Organisation. Ihre Struktur war innerhalb des Basler Vereins- und Gesellschaftswesens einmalig. Keine andere Gesellschaft vereinigte selbständig arbeitende Kommissionen in einer Art Dachverband, deren oberstes Organ die Mitgliederversammlung der Zentralgesellschaft war. Heute sind die Kommissionen nicht mehr ganz so autonom; der Vorstand mit der Geschäftsstelle hat mehr Einfluss. Die Mitgliederversammlung ist aber immer noch oberstes Entscheidungs- und Wahlorgan.

Die Ausgaben der GGG konnten nie aus den Mitgliederbeiträgen allein bezahlt werden. Von Beginn an waren es Spenden, die die Gesellschaft handlungsfähig hielten. Diese waren aber unberechenbar. Der Aufbau einer soliden Vermögensbasis bis 1828 bildete deshalb die Voraussetzung, um die eigenen Gründungen längerfristig sichern zu können. Angesichts der sozialen Not in Basel wurde die Vermögenspolitik innerhalb der GGG wiederholt kontrovers diskutiert. Eine wichtige Rolle spielt ab 1880 die 1806 gegründete Zinstragende Ersparniskasse. Ihr finanzieller Erfolg machte prestigeträchtige Grossprojekte erst möglich. Denn die ZEK stellte der Zentralkasse einen Teil ihres Reingewinns zur Verfügung. Das erlaubte es der GGG, den Schmiedenhof zu erwerben und sich damit einen eigenen Vereinssitz zu errichten. Seit ihrer Gründung hatte der Vorstand in den Räumen anderer Organisationen getagt: zuerst in der Bärenzunft bis nach 1787, dann bis 1890 in den Lokalen der Allgemeinen Lesegesellschaft.

Die Tätigkeit der GGG im 18. und 19. Jahrhundert bewegte sich auf ähnlichen Gebieten wie heute: Bildung, Kultur, Soziales. Die Gesellschaft

arbeitete aber in einem ganz anderen Umfeld. Altersversicherung, obligatorische Krankenversicherung, Zugang zur medizinischen Grundversorgung oder Arbeitslosengeld – das alles gab es nicht. Es gab vor 1830 auch keine obligatorische Grundschule und keine allen zugängliche Berufsbildung. Kinderarbeit war die Regel, auch im Mittelstand. Armenschulen und Armenpflege standen deshalb bis zur Jahrhundertmitte im Vordergrund der Tätigkeit der GGG. Mit Freizeitangeboten wie Turnen, Schwimmen und Baden, Nähen und Werken für Knaben und Mädchen warb die GGG aber auch erfolgreich für eine ganzheitliche Bildung in den staatlichen Schulen, die diese «Freifächer» auf Anregung der GGG in ihren Stundenplan aufnahmen. Aus der 1796 gegründeten Zeichnungsschule entwickelte sich die Allgemeine Gewerbeschule, aus der 1878 gegründeten Frauenarbeitsschule die heutige Berufsfachschule. Auch mit der sozialen und politischen Integration einer ganz neuen, aber wirtschaftlich immer wichtigeren Gruppe der städtischen Bevölkerung beschäftigte sich die GGG intensiv: den Fabrikarbeitern, den Bauarbeitern und Taglöhnern und zunehmend auch mit den kleinen Angestellten, deren prekäre Lebensverhältnisse die Bürger beunruhigten. Die GGG war Teil einer allgemeinen sozialen und politischen Auseinandersetzung, auf die das 19. Jahrhundert keine Antwort fand. Mit den hergebrachten Mitteln der Armenpflege liessen sich die Probleme nicht lösen, die bürgerlichen Lebensmuster nicht so einfach in die Welt der Arbeiter und Handlanger exportieren. Die Zahl der sozial tätigen Kommissionen um die Jahrhundertwende spiegelt die Komplexität der sozialen Probleme einer Stadt, die innerhalb von drei Generationen ihre Einwohnerzahl mehr als verdoppelte und sich zu einer modernen Handels- und Industriestadt entwickelte. Gleichzeitig vergrösserte die GGG aber auch ihre Auswahl an Bildungsangeboten und wandte sich dabei vermehrt dem Mittelstand zu. Dies sowie ihr früher Einsatz für den Tier- und Landschaftsschutz sowie die Denkmalpflege zeigen, dass die GGG am Puls der Zeit blieb, fähig war, schnell Neues aufzunehmen und sich mit den «Grand Challenges» ihrer Zeit auseinanderzusetzen.

Anmerkungen Kapitel 1: Organisation und Trägerschaft der GGG

[1] Letzter Absatz der gedruckten Beschlüsse der konstituierenden Versammlung vom 1. Juni 1777, zugleich älteste Mitgliederliste der GGG, veröffentlicht unter dem Titel: «Sonntags den 1ten Brachmonats [1. Juni] 1777. hat die Gesellschaft zur Aufmunterung des Gemeinnützigen bey ihrer ersten allgemeinen Versammlung vorläufig folgende Verfügungen getroffen» (StABS PA 146a, Z 2 I: 1777–1933).

[2] StABS PA 146a, A 6: Kommissionen 1777–1946, darin: «Ämbter Buch der Gemein-nützigen Gesellschafft», 1777–1805.

[3] Die Ergebnisse der ersten Vorstandswahlen am 1. Juni 1777 waren, vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle: Band 1777–1790, fol. 9v–10r: Vorsteher: Ratsschreiber Isaak Iselin, 31 Stimmen; Statthalter Vorsteher: Ratsherr Buxtorf, 17 Stimmen; Schreiber: Canzlist Andreas Merian, 43 Stimmen; Statthalter Schreiber: Gerichtsherr Jacob Sarasin, 10 Stimmen (durch Losentscheid statt Prof. Matthäus Merian); Seckelmeister: Peter de Hans Balthasar Burckhardt, 7 Stimmen; Statthalter Seckelmeister: Prof. de Lachenal, 7 Stimmen; Beisitzer: Dreyerherr Münch, 39 Stimmen; Ratsherr Weiss, 28 Stimmen; Prof. Falckner, 20 Stimmen; Appellationsherr Schweighauser, 17 Stimmen; Prof. Staehelin, 15 Stimmen; Daniel Lämmlin, 15 Stimmen. Gewählt war, wer am meisten Stimmen auf sich vereinigte. Bei gleicher Stimmenzahl entschied das Los, wie das Beispiel der Wahl des Statthalters des Schreibers zeigt.

[4] Vgl. StABS PA 146a, A 9: Protokolle, Band 1777–1790, fol. 5r–5v. Die Datierung dieses Gründungsberichtes ist schwierig. Papier und Handschrift sowie Sprache lassen aber darauf schliessen, dass er in den ersten Jahren der GGG verfasst wurde, eventuell aber erst nach dem Tode Iselins 1782.

[5] Es existiert nur eine Abschrift von derselben Hand, die auch den Gründungsbericht verfasst hat, vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 9v–10v.

[6] Vgl. «Gutachten der Interims Commission vom 29. May 1777» in: StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 9r.

[7] Diese erste sehr seltene Mitgliederliste ist im GGG-Archiv erhalten, vgl. Anm. 1.

[8] Vollständige Mitgliederlisten erschienen bis 1955. Von 1956 an wurden nur noch die Neueintritte verzeichnet, vgl. JB 1956, S. 132. 1957 wurde auch der hergebrachte blaue Umschlag aufgegeben und durch ein zeittypisches Design ersetzt.

[9] Vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle: Band 1777–1790, fol. 199r: Commissional Verhandlungen vom 30ten Januar 1783.

[10] Vgl. StABS PA 146b, A 2–1 Mitglieder: Mitgliederverzeichnisse, 1839–1892.

[11] Vgl. StABS PA 497a, A 7c: Verzeichnisse der Mitglieder und Abonnenten, 1865–1900. Die in A 7a–c erhaltenen Verzeichnisse beginnen 1839, sind aber erst ab 1863 einigermassen lückenlos erhalten. Einzelne Mitgliederlisten auch in: E Drucksachen, 1: Allgemeines und Einzelnes, Jubiläen und Mitglieder, 1788–1941.

[12] In der Jahresrechnung im JB ist die erste Position unter den Einnahmen immer der Ertrag aus den Mitgliederbeiträgen. Die Mitgliederzahl wird explizit aufgeführt, weil sich der Ertrag aus den Mitgliederbeiträgen aus der Multiplikation der Mitgliederzahl mit dem Jahresbeitrag ergibt.

[13] Jubiläumsschrift 1827, S. 120.

[14] Vgl. Miaskowski, Festschrift, S. 130–131.

[15] Vgl. Siegfried 1927, S. 211–215. Ich beziehe mich im Folgenden immer auf die Angaben von Miaskowski, Festschrift, und von Jenny in Siegfried 1927.

[16] Vgl. Siegfried 1927, S. VI: Dank von Paul Siegfried an Jenny und an August Burckhardt-Brandenberg, der die Zusammenstellung der Daten für Statistik und Graphik besorgt haben dürfte. Die Graphik befindet sich auf S. 216 der Festschrift von 1927.

[17] Siegfried 1927, Titel des 4. Kapitels des ersten Abschnittes, S. 14.

[18] Vgl. Teil I, Kap. 2, S. 27ff.

[19] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 73–152.

[20] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 152–178.

[21] Dazu erfasste ich alle Mitgliederlisten zwischen 1777 und 1850 vollständig und von den Mitgliederlisten zwischen 1860 und 1915 jeweils die Listen aus den Jahren 0 bis 5, also von 1860–1865, 1870–1875 usw. Auf eine systematische dia- und synchrone sozioökonomische Analyse der zur GGG gehörenden Personen musste ich im Rahmen der vorliegenden Arbeit aber verzichten.

[22] In der lokalhistorischen Literatur wird sonst das Jahr 1798 als Stichjahr gewählt, um alteingesessene Bürger und «Neubürger» zu unterscheiden. Ich ziehe das Jahr 1816 vor, weil die Stadtbürgerschaft zwischen 1798 und 1816 bestimmte Personen gezielt eingebürgert und sich so unter den ersten «Neubürgern» zuverlässige Alliierte geschaffen hat, bevor sie nach 1816 eine sehr restriktive Einbürgerungspraxis durchsetzte, die gerade von diesen «Neubürgern» energisch verteidigt wurde.

[23] Erster Nichtbasler Vorsteher wurde 1886 Traugott Siegfried als Ersatz für den krank gewordenen Professor Rudolf Staehelin-Stockmeyer. Erster regulär gewählter Nichtbasler Vorsteher war 1900 Pfarrer Georg Finsler aus Zürich. 1890 gehört ein Hans Frey als Beisitzer zum Vorstand, dessen Identität ich nicht feststellen konnte, 1900 Julius Matzinger-Rieder und 1910 Christian Buchmann-Schardt, Verwalter des Bürgerspitals. Die Ehefrauen der beiden Letztgenannten tragen aber Namen alteingesessener Basler Handwerkerfamilien.

[24] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 51–56.

[25] Zum Gegensatz «Handwerker» – «Herren» vgl. Janner, Machtanspruch, S. 32–33 und S. 88–120.

[26] Für den Zeitraum 1777–1800 habe ich die Kommissionsmitglieder vollständig erfasst. Für den Zeitraum zwischen 1800 und 1910 musste ich mich wegen der grossen Zahl der Einträge auf ein Sample beschränken. Ich habe mich auf die Einträge zu den Jahren 1810, 1820, 1830 und 1910 beschränkt. Nach meiner Schätzung wurden mit diesem Verfahren mehr als 90 Prozent der Vorstands- und Kommissionsmitglieder erfasst. Als identifiziert habe ich eine Person definiert, wenn ich die Lebensdaten mit Sicherheit bestimmen konnte. Zur Identifizierung herangezogen wurde die im Internet zugängliche Datenbank www.stroux.org, die Sammlung von Leichenreden im Staatsarchiv und auf der UBB, die genealogischen Sammlungen im Staatsarchiv, die Universitätsmatrikel, die Sammlung der Handlungsschemata und Adressbücher im Staatsarchiv sowie die sogenannten Regimentsbüchlein.

[27] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 73–87.

[28] Zu dieser Bindung und dem Konzept der Kirchlichkeit vgl. Janner, Machtanspruch, S. 31–32, S. 161–221, S. 517–527.

[29] Vor 1800 gehören 6 Personen in diese Kategorie. Um 1810 beginnen 2 Personen, um 1820 keine, um 1830 10 Personen, um 1840 6 Personen, um 1850 6 Personen, um 1870 4 Personen, um 1870 10 Personen und um 1880 22 Personen ihre Langzeittätigkeit in der GGG.

[Anm. S. 123–S. 132]

[Anm. S. 132–S. 154]

[30] 1830 1 Person von 10; 1840 3 von 6; 1850 – 1870 keine; 1880 4 von 22 Personen.

[31] Altersasyl (1 Person), Repetierschule (1 Person), Zeichnungs- und Modellierschule (1 Person), Kommission für Gewerbslehrlinge (3 Personen), Delegierter Versorgung Taubstummer (1 Person), Musikschule (2 Personen), Kommission für Hausverdienst (1 Person), Lukasstiftung (1 Person), Delegierter Kleinkinderschulen (1 Person), Sonntagsschulen für Mädchen (1 Person), Verwaltungskommission Altersversicherung/Patria (1 Person).

[32] Männer, die Kinder von Schwestern oder die mit Schwestern verheiratet sind, oder Väter, deren Kinder miteinander verheiratet sind.

[33] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 230–234.

[34] In der Tabelle im Anhang sind die Berufe, die zu einem bestimmten Zeitpunkt einer bestimmten Kategorie zugeordnet wurden, aufgeführt. Die Angaben zur Erwerbstätigkeit stammen nach 1820 fast ausschliesslich aus den Adressbüchern, vor 1820 aus den Mitgliederlisten der GGG, Handelsschemata, der Universitätsmatrikel und genealogischer Literatur.

[35] Die Personen, die ich zu den Fabrikarbeitern, gezählt habe, sind im Adressbuch als «Ferger» eingetragen, arbeiteten also in der Bandindustrie. Allerdings bezeichnet in Basel der Begriff «Ferger» meist einen Angestellten, der die in Heimarbeit hergestellten Bänder kontrolliert und den Stücklohn festsetzt, nicht einen Fabrikarbeiter im eigentlichen Sinn des Wortes.

[36] Dazu gehören die Leiter der Töchterschule, der Musikschule und der Frauenarbeitsschule.

[37] Vgl. Statuten von 1777 und 1779, Art. XI und XII.

[38] Nur in 2 Fällen finden sich vor 1812 Angaben zu Namen und Zahl der Sitzungsteilnehmer. Im Protokoll der allgemeinen Sitzung vom 26. August 1781 findet sich eine Präsenzliste, vgl. StABS PA 146a, A 9: Protokolle, Band 1777–1790, fol. 173r, und für die erste allgemeine Sitzung am 28. März 1802 wird vermerkt, dass nur 3 Mitglieder anwesend waren, vgl. StABS PA 146a, A 9: Protokolle, Band 1791–1820, fol. 138v. Diese Angaben sind ein Hinweis darauf, dass der Aktuar die Entscheidungsfähigkeit der Versammlung wegen der geringen Teilnehmerzahl anzweifelte.

[39] 1777 finden nach der Konstitution der Gesellschaft zwischen Juni und Dezember 9 allgemeine Sitzungen und Sitzungen der dirigierenden Kommission statt, sofern die Protokolle vollständig erhalten sind; 1778 finden 12 allgemeine und 10 Sitzungen der dirigierenden Kommission statt; 1779 13 allgemeine und 12 Sitzungen der dirigierenden Kommission.

[40] Vgl. StABS PA 146a, A 9: Protokolle, Band 1777–1790, allgemeine Versammlung vom 12. Dezember 1779, fol. 131r.

[41] Diese Kommission bestand noch im Januar 1788, vgl. StABS PA 146a, A 9: Protokolle, 27. Januar 1788, fol. 283r: Wahl der Mitglieder dieser Kommission. Ihre Tätigkeit ist in den Protokollen sonst nicht dokumentiert.

[42] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 43v.

[43] Die Statuten von 1851 wurden bis 1909 mehrfach wieder neu aufgelegt, aber inhaltlich nie wesentlich überarbeitet.

[44] Wegen der stark angestiegenen Zahl von Kommissionen wurde der letztmögliche Termin der sogenannten «Schlusssitzung» in den 1878 publizierten Statuten auf März verlegt, vgl. «Verfassung und Geschäftsordnung der Gesellschaft zur Aufmunterung und Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel», 1878, II. Geschäftsordnung, § 10, S. 7.

[45] StABS PA 146a, A 9: Protokolle, Band 1777–1790, fol. 173r.

[46] Angaben fehlen für die Berichtsjahre 1851, 1876, 1881–1883, 1888 und 1889.

[47] Bis 1800 wurde der Mitgliederbeitrag in französischen Neutalern angegeben (2 NT), ab 1801 wurde dieser Betrag in Schweizer Franken alter Währung umgerechnet (Fr. 8.–) und 1851 in Schweizer Franken neuer Währung (Fr. 10.–).

[48] Vgl. Robert Labhardt, Kapital und Moral. Christoph Merian – Eine Biographie, S. 201–209, sowie Gustav Adolf Wanner, Christoph Merian und das Projekt einer allgemeinen Speiseanstalt in Basel 1857, in: Jahresbericht der Christoph Merian Stiftung 1963, Anhang, Basel, 1963 sowie Teil II, Kap. 3, S. 317ff.

[49] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 103–120 zur Verteidigung des Zunftsystems durch Grossrat Vest 1823, einem späten Beispiel dieser Polemik, die im 18. Jahrhundert die Gründung der grossrätlichen Fabrikkommission veranlasste.

[50] Vgl. Miaskowski, Festschrift, S. 122–123, Zitat S. 123.

[51] JB 1902, S. 37–38.

[52] Vgl. Teil II, Kap. 3, Abschnitt 4, S. 334 ff.

[53] JB 1796, S. 10.

[54] Eingehende Darstellung in Janner, Frauenvereine, S. 15–22.

[55] StABS PA 146a, A 9: Protokolle, Band 1777–1790, fol. 31r–31v, aus: «Die moralische Aussteuer ein frommer Wunsch», 1 Bogen, fol. 31r–32v.

[56] Ausgangspunkt sind die gedruckten Mitgliederlisten in den Jahresberichten der GGG. Titel und Anrede ermöglichen es, Frauen und Männer zu unterscheiden. Für die Jahre 1777 bis 1850 habe ich alle Mitgliederverzeichnisse ausgewertet. Wegen der Menge der zu erfassenden Daten konnte ich die Mitgliederlisten nach 1850 nicht mehr vollständig auswerten. Für den Zeitraum von 1860 bis 1915 habe ich pro Jahrzehnt jeweils nur die ersten 5 Jahre berücksichtigt (1861–1865, 1871–1875 etc.) und, um die Auswirkungen der Statutenveränderung von 1916 zu erfassen, die erstmals ausdrücklich eine selbständige Mitgliedschaft verheirateter Frauen zuliess, auch die Jahre zwischen 1918 und 1921. Auch bei diesem Vorgehen war eine detaillierte Auswertung der Daten der erfassten Frauen nicht mehr möglich. Ich habe deshalb für diese Samples nur noch den jeweiligen Durchschnitt des Frauenanteils berechnet.

[57] Zur sogenannten Geschlechtsvormundschaft vgl. Janner, Frauenvereine, S. 15–22, sowie zur weiteren Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg ebenda, S. 23–31.

[58] Ich konnte einzelne Fälle von Frauen nachweisen, die Mitgliedschaft ihres Ehemannes nicht weiterführten, eventuell aus finanziellen Gründen.

[59] Das Folgende basiert auf Esther Baur, Frauenperspektiven. Eine von Esther Baur herausgegebene Edition der Tagebücher von Preiswerk-Iselin ist in Vorbereitung.

[60] Vgl. Baur, Frauenperspektiven, S. 189, die diesbezüglichen Bemerkungen von Antistes Jakob Burckhardt in seiner Predigt an der Abdankung von Anne Maria Preiswerk-Iselin 1840.

[61] StABS PA 511: 304-03-04, Heft 12, S. 13 nach dem 6. Juni 1815, zitiert nach Baur, Frauenperspektiven, S. 189.

[62] StABS PA 511: 304-03-04, Heft 15, 7. Januar 1819, S. 25–26, zitiert nach Baur, Frauenperspektiven, S. 189.

[63] StABS PA 146, A 1: Allgemeines und Einzelnes, 1777–1901, darin: «Vorschlag» (Nr. 29) mit Vermerk: «Verlesen 1815 Dez. 22» mit dem einleitenden Satz: «Es ist einer Löblichen Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen bekannt, dass in Wien eine grosse Gesellschaft adelicher Frauen zu wohlthätigen Zwecken besteht, welche blos von FrauenZimmern geleitet und besorgt wird.»

[64] StABS PA 146, A 1: Allgemeines und Einzelnes, 1777–1901, darin: «Vorschläge zu Errichtung eines Frauen-Vereins», mit dem Vermerk: «Vorgelesen 1816 April 24».

[65] Der genaue chronologische Ablauf ergibt sich aus dem Bericht von Vorsteher Pfarrer Jakob Wick, JB 1816, S. 13–14: «Hauptsächlich beschäftigte sich nun löbliche Gesellschaft in verschiedenen diessjährigen Sitzungen, mit der Berathung zweyer anonymer Vorschläge zur Errichtung eines Frauenvereins in unsrer Vaterstadt. Der erste Vorschlag wurde zu Anfang des Jahres [1816], und der zweyte unterm 4ten Oktober eingesandt.» Die erhaltenen Protokolle lassen von der Intensität der Verhandlungen, so wie Pfarrer Jakob Wick sie schildert, nicht viel spüren.

[66] JB 1816, S. 19–33.

[67] Vgl. Sara Janner, «Was the Patriciats Perception of Womenhood the Reason Why the Foundation of an Independent Women's Mission Society for Female Education Failed in Basel». Paper präsentiert an der internationalen Konferenz: Imperial Culture in Countries without Colonies: Africa and Switzerland, in Basel, 23.–25. Oktober 2003.

[68] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 276–281.

[69] JB 1817, S. 9. Ähnlich JB 1818, S. 8.

[70] JB 1817, S. 73.

[71] Vgl. JB 1819, S. 9; JB 1820, S. 8; JB 1821, S. 14; JB 1825, S. 6; JB

1827, S. 11–12; JB 1828, S. 6.
[72] Vgl. JB 1828, S. 21 und S. 106.
[73] StABS PA 511: 304-03-04, Heft 24, 1. April 1827, S. 19, zitiert nach Baur, Frauenperspektiven, S. 190.
[74] Jubiläum 1827, S. 88–90.
[75] Vgl. JB 1824, S. 57–58; JB 1825, S. 77–78; JB 1826, S. 74–75; JB 1827, S. 22 und S. 61; JB 1828, S. 24–25 und S. 56–57; JB 1829, S. 12 und S. 79–80; nach 1836 im JB nicht mehr erwähnt bis JB 1856, S. 25 und S. 108; JB 1861, S. 144; JB 1862, S. 147 (Rettungsanstalt in Tüllingen); JB 1879, S. 192–193; JB 1883, S. 230.
[76] Vgl. JB 1824, S. 94.
[77] Vgl. JB 1843, S. 12–13; JB 1844, S. 9–10; JB 1845, S. 7–8; 1846, S. 11–12; ab 1847 mit eigenem Bericht und Delegierten.
[78] Vgl. JB 1842, S. 119, «Bericht der Interimskommission zur Repetirschule für Mädchen»; JB 1844, S. 110–114: Bericht der «Kommission zur Töchterrepetirschule», Frauenverein S. 111.
[79] Vgl. JB 1843, S. 9–12 sowie S. 139–142; JB 1860, S. 32 und 164–168; JB 1863, S. 5–6 und S. 133–134; JB 1867, S. 167–169; JB 1870, S. 142–146; JB 1874, S. 149–155, darin: Beschreibung neuer Modellkindergarten an der Kohlenberggasse; JB 1875, S. 178; JB 1879, S. 160–161.
[80] Vgl. JB 1879, S. IX: «Zur sachkundigen Unterstützung hat sich die Commission ein Frauen-Comité beigesellt».
[81] JB 1873, S. 15, aus dem Schlussvortrag von Fritz Burckhardt-Brenner.
[82] Vgl. JB 1863, S. 15–16; JB 1868, S. 20; JB 1869, S. 237–240, erster selbständiger Bericht des Vorstehers Emanuel Herzog-Reber, gezeichnet: «Vertreter des Frauenvereins für Sonntags- u. Nähsäle hies[iger] Fabrikarbeiterinnen», Herzog zeichnet bis 1879; JB 1870, S. 236–240; JB 1871, S. 21, S. 240–242; JB 1872, S. 260–261; JB 1873, S. 254–257 (Katholikinnen und Protestantinnen werden im Rappoltshof getrennt unterrichtet); JB 1880, S. 69–70, gezeichnet: «Der Frauenverein der Nähsäle für Fabrikarbeiterinnen»; JB 1883, S. X; JB 1896, S. 166, erste namentliche Unterschrift einer Frau; JB 1897, S. 168–169.
[83] JB 1879, S. 160.
[84] Äusserung von Emilie Burckhardt-Burckhardt an einer Vorstandssitzung des Basler Frauenvereins zur Hebung der Sittlichkeit 1908 (StABS PA 882, Vorstandsprotokolle), zitiert nach Janner, Frauenvereine, S. 35.
[85] Vgl. Janner, Frauenvereine, S. 64–71.
[86] Walter Staehelin 1977, S. 20.

Anmerkungen Kapitel 2: Finanzen und Finanzierung der GGG

[1] JB 1787, S. 30–33.
[2] Vgl. Teil I, Kap. 2, S. 38ff.
[3] Vgl. JB 1784, S. 12: «Die Einnahme der Gesellschaft betrug dieses Jahr fl. 776. Die Ausgabe hingegen fl.857 29 kr».
[4] StABS PA 146a, A 14a: Cassa-Buch, 1777–1802, und StABS PA 146a, A 15: Belege zu den Jahresrechnungen, 1777–1802.
[5] Das erste leitende Vorstandsmitglied, das den Liberalen zuzurechnen ist, war Felix II Sarasin-Burckhardt, der zwischen 1822 und 1828 Schreiber war und 1829 zum Vorsteher gewählt wurde. Die führenden Köpfe der Basler Liberalen, Carl Burckhardt-Paravicini und Christoph Bernoulli-Paravicini, waren nacheinander 1825 und 1826 Vorsteher der Gesellschaft.
[6] Zu den Liberalen und ihrer politischen Rolle in Basel in den 1820er und 1830er Jahren vgl. Janner, Machtanspruch, S. 121–152.
[7] Die Angaben im Folgenden basieren auf den Zahlen von Miaskowski, Festschrift, S. 130–131, und Siegfried 1927, S. 211–215, Tabelle 2.
[8] Vgl. JB 1828, S. 34.
[9] Jubiläum 1837, S. 30–31.
[10] Für einen Gesamtüberblick vgl. Tabelle 6, S. 200ff.
[11] Carl Stückelberger-Preiswerk, Die Armen- und Kranken-Fürsorge in Basel, Basel 1905, S. 9–11 und S. 29–55, detailliert analysiert in: Mooser, Armenpflege, S. 184–193. Adler, Sozialpolitik, gibt eine zeitgenössische Gesamtübersicht mit wissenschaftlichem Anspruch.
[12] Vgl. Siegfried 1927, Verzeichnis der leitenden Männer der Gemeinnützigen Gesellschaft 1777–1926, S. 207–210. Christoph Huber-Iselin war allerdings zweimal Kassier, 1809–1811 und 1816–1817.
[13] Andreas Bischoff Keller (1789–1863) 1818–1830; Isaak Achilles Iselin-Burckhardt (1794–1874) 1831–1844; Wilhelm Iselin (1812–1879) 1845–1876 und Rudolf Iselin (1843–1918) 1877–1918, vgl. Siegfried 1927, Verzeichnis der leitenden Männer, S. 207–210.
[14] Isaak Achilles Iselin-Burckhardt (1794–1874) war der Sohn von Dietrich Iselin-Ryhiner (1763–1810), Sohn von Isaak Iselin und Helena Forcart. Wilhelm Iselin (1812–1879) war Sohn von Helena Iselin-Iselin (1757–1835), Tochter von Isaak Iselin und Helena Forcart, und Onkel seines Amtsnachfolgers Rudolf Iselin, Sohn seines Bruders Rudolf Iselin-Christ (1802–1864).
[15] Vgl. dazu meine Beobachtungen zu den Kommissionsmitgliedern Teil II, Kap. 1, S. 131ff.
[16] Vgl. dazu Janner, Machtanspruch, S. 152–160.
[17] Vgl. Roth, Liberal-Konservative, S. 140.
[18] Jubiläum 1837, S. 28.
[19] Miaskowski, Festschrift, S. 15.
[20] Miaskowski, Festschrift, S. 15.
[21] JB 1838, S. 6–7.
[22] Vgl. JB 1875, Tabelle «Allgemeine Rechnungsübersicht vom Jahr 1875» nach S. 50.
[23] Der Vorschlag, eine Anstalt für Taubstumme und Schwachbegabte zu gründen, wurde am 20. Februar 1824 von der Mitgliederversammlung an die dirigierende Commission überwiesen, die aber riet, «diesen Vorschlag auf sich beruhen zu lassen», vgl. StABS PA 146a: A 9 Protokolle, Band 1821–1833, Sitzung vom 20. Februar 1824, Traktandum 7, und Sitzung vom 19. März 1824, sowie den Überblick von Miaskowski, Festschrift, S. 115–116, sachlich präziser als die Angaben von Siegfried 1927, S. 171–172.
[24] StABS PA 146a A9 Protokolle, Band 1864/65–1889/90, Allgemeine Sitzung vom 23. Januar 1880, Traktandum 2.
[25] StABS PA 146a A9 Protokolle, Band 1864/65–1889/90, Allgemeine Sitzung vom 23. Januar 1880, Traktandum 2.
[26] Vgl. JB 1887, S. 175–176: Fr. 100 000.– wurden an der Allgemeinen Versammlung vom 1. April 1887 für das Altersasyl für Niedergelassene und Fr. 25 000.–, sobald im Reservefonds vorhanden, für die Mägdestiftung und die Prämienstiftung für männliche Dienstboten und Arbeiter vergeben.
[27] Wohl eine Anspielung auf die Schaffung eines Amtsvormundes und die gleichzeitige Aufhebung der Zünfte als Träger der Vormundschaften von Basler Bürgern und Bürgerinnen sowie die zeitgenössische Debatte um eine Reorganisation der Armenpflege.
[28] JB 1889, S. XXXIII–IV.
[29] JB 1890, S. XXXIII–IV.
[30] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1890/91–1909/10: 4. Vorstandssitzung vom 6. März 1891, Traktandum 3, und 9. allgemeine Sitzung vom 3. August 1891, Traktandum 2 (Antrag wird einstimmig angenommen, keine Diskussion protokolliert).
[31] JB 1890, S. XXXII–III.
[32] Vgl. JB 1881, S. 223–224.
[33] Vgl. in den Berichten der ZEK die Angaben zu den Schwierigkeiten, die Kassengelder möglichst sicher und ertragreich anzulegen in JB 1881, S. 221–222; JB 1882, S. 99–100; JB 1883, S. 119–120; JB 1884, S. 137; JB 1887, S. 174. (Konversion von Staatsanleihen von 4 % auf 3¼ %).
[34] JB 1892, S. XXXVII–VIII.
[35] JB 1902, S. XXXV–XXXVI.
[36] JB 1902, S. XXXIV–XXXV.
[37] Vgl. Tabelle im Anhang von Siegfried 1927, S. 215 Anm.
[38] StABS PA 146a, A 9 Protokolle: Band 1791–1820, fol. 177r: 3. Februar 1805, Nr. 4 (Anzug Pfarrer David), Beratungen passim bis fol. 180r: 7. September 1805; fol. 206v: 2. Dezember 1808 (Nr. 5: Anonymer Antrag); fol. 207r: 26. Dezember 1808 (Nr. 7: Überweisung an dirigierende Commission); fol 211r: 20. Februar 1809 (Nr. 13: Ernennung einer Untercommission zur Ausarbeitung eines Entwurf); fol. 217r: 24. Dezember 1809 (Gründung), vgl. auch JB 1808, S. 23–24; JB 1809, S. 14–16. Ein Vorschlag, die Kasse «zugleich mit einem Pfandhaus zu verbinden», scheitert, vgl. fol. 215v: 5. November 1809 (Nr. 8: Antrag); fol. 215v: 22. Dezember 1809 (Nr. 2: Beschluss für ein Jahr aufschieben); fol. 216v: 24. Dezember 1809 (Nr. 2: Beschluss auf 1810 verschoben).
[39] Eine ältere, von einem GGG-Mitglied bereits 1784 gegründete Sparkasse nahm nur Einlagen ab Fr. 50.– alter Währung an, Handelshäuser, die «sich unter gegenseitiger Verbürgung verbindlich machten» folgten der Vereinbarung, «jederzeit Kapitalien, doch nicht unter 60 Fr. a.W. entgegenzunehmen und zu verzinsen» (Miaskowski, Festschrift, S. 71).
[40] StABS PA 146a, S 1, 1 Zinstragende Ersparniskasse: Allgemeines und Einzelnes 1805–1846: «Aufforderung an die unbemittelten Bürger und Einwohner des hiesigen Stadt-Bezirks» (4 Seiten), datiert: Basel, den 20. Wintermonat [November] 1809, S. 1.
[41] JB 1810, S. 58.
[42] StABS PA 146a: S 1, 1 Zinstragende Ersparniskasse: Allgemeines und Einzelnes 1805–1846, Aufforderung, S. 1.
[43] Leider verunmöglichte die Weigerung des Archivs der UBS,

[Anm. S. 169–S. 187]

[Anm. S. 188–S. 198]

Einsicht in das in ihrem Besitz befindliche älteste Creditoren-Buch der ZEK aus den Jahren 1810–1847 zu gestatten, der Autorin eine soziale Analyse der Kreditnehmer der ZEK. Nur ein Scan des Namensregisters und einige in anderen Archiven auch vorhandene Drucksachen waren nach «Rücksprache mit dem Rechtsdienst» (Mail vom 16. April 2012) erhältlich. Die Namen in diesem Register lassen vermuten, dass zwischen 1810 und 1847 der handwerkliche Mittelstand Basels Hypotheken bei der ZEK aufnahm, also die politische Klientel des regierenden konservativen Stadtbürgertums.

[44] Miaskowski, Festschrift, S. 16.
[45] Die folgenden Angaben fassen die Angaben der Aufforderung, S. 3–4, zusammen: «Gesetzliche Vorschriften der zinstragenden Ersparniss-Casse».
[46] Aufforderung, S. 3, § 8.
[47] Aufforderung, S. 1.
[48] Aufforderung, S. 4.
[49] JB 1810, S. 58–59.
[50] Vgl. Manz, Die Basler Landschaft in der Helvetik, S. 80 und Anm. 148 (mit Literaturangaben).
[51] Siegfried 1927, S. 217.
[52] JB 1830, S. 61.
[53] JB 1828, S. 48.
[54] JB 1839, S. 71.
[55] StABS PA 146a, S 1, 1 Zinstragende Ersparniskasse: Allgemeines und Einzelnes 1805–1846, darin: «Bekanntmachung an die unbemittelten Bürger und Einwohner der Stadt Basel und ihres Banns, die zinsstragende Ersparnuss-Cassa betreffend», Basel, den 20. Januar 1833, 4 Seiten. Zitat aus § 5, S. 3.
[56] JB 1847, S. 74–75.
[57] JB 1850, S. 89–96, Zitat S. 92.
[58] JB 1851, S. 72.
[59] JB 1815, S. 65.
[60] JB 1820, S. 60.
[61] JB 1827, S. 52.
[62] Vgl. JB 1828, gefaltete Tabelle zwischen S. 50 und S. 51.
[63] JB 1848, S. 75.
[64] JB 1847, S. 72–74.
[65] JB 1861, S. 114.
[66] JB 1848, S. 78.
[67] Vgl. in Chronologie, S. 489ff., die Gründungen der GGG zwischen 1838 und 1850.
[68] Zitiert nach Siegfried 1927, S. 105, dort ohne Quellenangabe.
[69] JB 1849, S. 74.
[70] Da die 17 Kassen als «Corporationen», d. h. juristische Personen, in der Statistik gezählt werden, beziehen sich die Angaben zur soziologischen Zusammensetzung ausschliesslich auf die Kontoinhaber der ZEK, vgl. JB 1849, S. 75.
[71] JB 1849, S. 75–76.
[72] Im Bericht in Klammern als Erläuterung zur Kategorie «unbekannten und verschiedenen Standes» gegeben, vgl. JB 1849, S. 76.
[73] Vgl. JB 1859, S. 152: «sie stimmen was den Stand betrifft ganz auffallend mit der Ihnen 1849 vorgelegten Übersicht überein».
[74] JB 1868, S. 103.
[75] JB 1872, S. 107; JB 1879, S. 73–74 (Zitat); JB 1882, S. 97.
[76] JB 1880, S. 204–205: «Bei Ueberreichung unseres letztjährigen Berichts ersuchten wir Sie um die Ermächtigung, in Anbetracht des ausserordentlich harten Winters, der freiwilligen Armenpflege eine einmalige Gabe von Fr. 5000.– zustellen zu dürfen. Sie haben diesen Antrag genehmigt, uns aber zugleich beauftragt, Artikel 16 unserer Statuten [...] in dem Sinne abzuändern, dass ein Theil des Jahresgewinns zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden kann.»
[77] JB 1884, S. 138–144.
[78] JB 1885, S. 102–103.
[79] Vgl. JB 1870, S. 96. Die Rubrik «Fabrikarbeiter aller Art», unterteilt in «verheirathete», «ledige» und «unter 15 Jahren», umfasst insgesamt 237 Personen, davon 137 Frauen, von insgesamt 1413 neuen Einlegern; JB 1875, S. 129, und «Classification der neuen Einleger von 1875», S. 134–135.
[80] Vgl. JB 1875, S. 129, anlässlich der vom Bundesamt für Statistik veröffentlichten Sparkassenstatistik.
[81] JB 1890, S. 29–30.
[82] JB 1879, S. 68–69.
[83] JB 1883, S. 118.
[84] JB 1899, S. 20–21.
[85] JB 1902, S. 14.
[86] JB 1893, S. 31: «Die Verwaltungskosten sind dieses Mal wesentlich höher ausgefallen und werden mit der Zunahme der Arbeit wachsen, indem die freiwillige Hilfe dafür nicht mehr ausreicht», dies wird immer wieder in den Jahresberichten der folgenden Jahre erwähnt.
[87] JB 1901, S. 16.
[88] Walter Staehelin 1977, S. 113.
[89] Vgl. Text der Ansprache von Adolf Christ-Sarasin in: Jubiläum 1837, S. 64–70.
[90] Miaskowski, Festschrift, S. 67.
[91] Die Gründung einer Pfandleihanstalt neben der ZEK war 1809 gescheitert.

Anmerkungen Kapitel 3: Die GGG und das Basler Gesellschafts- und Vereinswesen zwischen 1777 und dem Ersten Weltkrieg

[1] Kommission zu den Nähschulen 1779; Krankenkommission 1783; Kommission zur Papiererschule 1784; Kommission zur Verdingung junger Handwerker 1786; Kommission zur Zeichnungsschule 1796, vgl. Chronologie, S. 489ff.

[2] Die Überlieferungslage zur Pestalozzigesellschaft in Basel ist schlecht. Dies erklärt, weshalb ihre zentrale Rolle in den Auseinandersetzungen um die Sozialpolitik in Basel nach 1890 bisher nicht erkannt worden ist. Das Gesellschaftsarchiv scheint verschollen zu sein.

[3] Vgl. Teil III, S. 467ff.

[4] Für eine Definition des Begriffes Verein sowie einen historischen Überblick über das Schweizer Vereinswesen vgl. Art. «Vereine» im HLS.

[5] Vor 1816 gehörten der heutige Kanton Graubünden und der Kanton Genf nicht zur Schweiz, wie auch der heutige Kanton Jura und der heute zum Kanton Baselland gehörende Teil des Birseck. Der Kanton Neuenburg kam sogar erst 1862 zur Schweiz.

[6] Stephan Franscini, Neue Statistik der Schweiz, Erster Theil, Bern 1848, S. XXVIII.

[7] AB 1854, S. 79: Gründungsjahr 1788, mit 1854 157 Mitgliedern, davon 93 Witwen und Waisen. Die Jahresversammlungen wurden in den «Wöchentlichen Nachrichten» angezeigt. In diesen Inseraten finden sich auch Hinweise auf die verantwortliche Leitung der Hilfskasse.

[8] Für einen Überblick über die Entwicklung der Sozietätsbewegung vgl. Erne, Sozietäten.

[9] Das Collegium Musicum erscheint nicht in der Liste der Basler Gesellschaften bei Erne, Sozietäten.

[10] Vgl. Martin Staehelin, Wolleb.

[11] Vgl. de Capitani, Kurzbiographien, Basler, S. 213–255, Nr. 9: Peter Burckhardt; Nr. 10: Andreas Buxtorf; Nr. 19. Johann Rudolf Forcart; Nr. 25: Johann Franz Hagenbach; Nr. 26: Daniel Heusler; Nr. 45: Peter Ochs-Vischer.

[12] Die eigentlichen Gesellschaftsberichte der Deutschen Christentumsgesellschaft, die die Korrespondenz der Gesellschaft mit anderen Pietisten dokumentierte, zirkulierten hingegen nur in Abschriften und ausschliesslich unter den Mitgliedern mit Leitungsfunktion, die diese Texte in den «Versammlungen» vorlasen.

[13] Vgl. Martin Staehelin, Wolleb, S. 97–99.

[14] Die Organisation von Preisfragen und die Verteilung von Prämien nehmen in den ersten Statuten von März 1777 viel Raum ein, vgl. StABS PA 146a Z 2 II 1776–1933: «Verfassung der Gesellschaft zur Aufmunterung und zur Beförderung des Guten und des Gemeinnützigen», § XI–XII, S. 11–13.

[15] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 242–243 sowie S. 278–280 und S. 531–538.

[16] Zur Organisation der Basler Sozietät der Herrnhutern und der ihr angeschlossenen Landsozietäten vgl. Janner, Machtanspruch, S. 276–293.

[17] Ab 1779 Kommission zu den Nähschulen, 1782 Geometrieunterricht für Lehrlinge, aus der sich 1796 die Kommission zur Zeichnungsschule entwickelt, eine Kommission für Französischunterricht für Handwerker und Studenten seit 1779, 1783 Krankenkommission, 1784 Kommission zur Papiererschule, 1786 Kommission zur Verdingung junger Handwerker, 1795 Ökonomische Gesellschaft sowie eine Kommission, die sich seit April 1786 mit der Armutsfrage beschäftigte und verschiedene Arbeitsanstalten der Gesellschaft mit eigenen Unterkommissionen beaufsichtigte, vgl. Chronologie, S. 489ff.

[18] 1787 ruft eine Lesegesellschaft in den «Wöchentlichen Nachrichten» Bücher zurück, da sie sich auflöst. Weder der Name oder Standort noch das Gründungsjahr sind bekannt. Ich gehe aber davon aus, dass die Gesellschaft nach 1770 entstand. Auffällig ist, dass die Auflösung mit dem Gründungsjahr der Allgemeinen Lesegesellschaft zusammenfällt.

[19] Franscini, Neue Statistik der Schweiz, macht diese «Sparkasse» irrtümlicherweise zu einer Gründung Isaak Iselins, da er diesen mit Emanuel Iselin-Wetzel verwechselt, vgl. Band 2, Teil XIII, Drittes Kapitel: Ersparnisskassen, S. 433 in einer «Uebersicht der ältesten Sparkassen der Schweiz», die Sparkasse mit Gründungsjahr 1792, «gegründet von einer Gesellschaft, an deren Spitze der menschenfreundliche und vaterländisch gesinnte Iselin stand».

[20] 1778 erschien die «Nachricht wegen dem Vorschlage eines Wittwenhauses und Vorschlag einer Witttwenkasse» und 1780 erschien ein Prospekt zu einer Tontine unter dem Titel «Tröstliche Aussichten dem hohen Alter des Mittelstandes eröfnet», 1780, beide in StABS PA 146a, Z 2 1: 1776–1933.

[21] Nikolaus Fuss, Entwurf einer allgemeinen Leihe-Bank wo nicht nur Kapitalien zu gewissen Zinsen sowohl ausgelehnt als angenommen, sondern zugleich andere verschiedene Anstalten als Leibrenten, Sterbe- und Witwen-Kassen damit verbunden werden können, St. Petersburg, 1776. Die Arbeit von Fuss wird zitiert in der gedruckten «Nachricht wegen dem Vorschlage eines Wittwenhauses und Vorschlag einer Wittwencasse» von 1778, S. 2–3 (StABS PA 146a, Z 2 I: 1776–1933).

[22] Die Zinstragende Sparkasse der GGG entstand 1809, vgl. Kapitel II. Eine Basler Alters- und Unfallversicherung, die spätere Patria, wurde von der GGG 1877 anlässlich ihres 100-jährigen Bestehens gegründet, vgl. Kapitel 3, S. 390–392.

[23] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 285–286.

[24] Zu dieser Gesellschaft vgl. Erne, Sozietäten, S. 32–34 und S. 257–258 sowie Einleitung zur Transkription der Statuten der Basler Sektion vom 1. August 1786 von Andreas Stachelin-Wackernagel, die zusammen mit dem Originaldokument verwahrt wird in StABS Vereine und Gesellschaften: B 38.

[25] Vgl. HLS, Art. Wernhard Huber.

[26] Battier, Burckhardt und Huber gehörten seit 1777 zur GGG, Miville trat ihr 1785 bei, im selben Jahr, in dem die «Gesellschaft zur Beförderung des Guten» gegründet wurde.

[27] Burckhardt war seit 1789 Mitglied und besuchte zwischen 1785 und 1796 8 Treffen; Huber war seit 1787 Mitglied und besuchte zwischen 1785 und 1789 3 Treffen; nur Gäste an den Versammlungen waren Miville, der 1786 und 1787 anwesend war, und Battier, der 1783 und 1789 2 Versammlungen besuchte, vgl. de Capitani, Kurzbiographien, S. 213–255 passim.

[28] Vgl. Teil I, Kap. 2, S. 38ff.

[29] StABS, Vereine und Gesellschaften B 38: «Geseze der allgemeinen Gesellschaft zur Aufnahme sittlicher und häuslicher Glückseligkeit», Art. 18 (zitiert nach der beiliegenden Transkription von Andreas Staehelin).

[30] Vgl. de Capitani, Kurzbiographien, BS 180, S. 247; Matrikel V, Nr. 1361.

[31] Vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 43v–44r, 2. November 1777.

[32] Vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 190r–190v, 8. August 1782.

[33] Ein Eintrag im Vorstandsprotokoll der GGG von 1808 doku-

[Anm. S. 225–S. 235]

mentiert die Existenz der «Ökonomischen Gesellschaft» um 1808, vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 203v, 9. April 1808.

[34] Vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 104r–104v, 23. Mai 1799. Im Verzeichnis von Erne, Sozietäten, nicht aufgeführt.

[35] Vgl. oben Anm. 19.

[36] Die neu gegründeten Gesellschaften waren der Christentumsgesellschaft gegenüber nicht rechenschaftspflichtig wie die «Kommissionen» der GGG.

[37] Christ, Vereine, S. 91 (abweichend von AB 1862).

[38] AB 1862, S. XXXI, «Kämmerlein zum Verein».

[39] AB 1854, S. 66, «Verein im Neuen Gesellschafts-Haus in Klein-Basel», sowie Einträge im AB 1854 und 1862 mit Listen der Vorstandsmitglieder. Die Mitgliederbeiträge der Allgemeinen Lesegesellschaft und des Kämmerleins zum Verein im Gesellschaftshaus sind um 1860 ungefähr gleich, nur der mehr gesellige Vereinszweck, die Grösse des Vereinsvermögens und der Umfang der Bibliothek zeigen, dass es sich beim Publikum um verschiedene Ausschnitte der Stadtbürgerschaft handelt, vgl. Christ, Vereine, S. 90–91.

[40] Vgl. Christ, Vereine, S. 91.

[41] Die ältere Erweckung setzt zuerst auf dem Land ein und wird von zur Predigerkonferenz der Brüdersozietät gehörenden Geistlichen betreut. Sie erreicht nach 1800 auch die Handwerker und Gewerbekreise in der Stadt, die die Brüdersozietät dominieren, vgl. Janner, Machtanspruch, S. 241–252.

[42] Vgl. zum Iselinbild, Teil I, Kap. 2, S. 27ff.

[43] JB 1777, S. 1.

[44] Vgl. Teil I, Kapitel 2, S. 46ff., zur Feier anlässlich der Aufstellung der Iselinbüste im Sitzungszimmer des Vorstandes.

[45] JB 1781, S. 2–3.

[46] Ich verzichte im Folgenden auf eine Darstellung der Reformbemühungen von Iselin und der GGG auf der Basler Landschaft, vgl. dazu Teil I, Kap. 2, S. 46ff.

[47] «Vorbericht» von Isaak Iselin, S. V–VI, in: «Ueber Armuth, Betteley und Wohlthätigkeit. Sammlung einiger bey der Aufmunterungsgesellschaft in Basel im Jahre 1779 eingekommener Schriften», Basel, Gebrüder von Mechel, 1780.

[48] Vgl. Iselin, Ueber die Erziehungsanstalten, S. 137–138 (S. 124–125 neue Ausgabe Bd. III).

[49] Vgl. «Sammlung der Gesetze und Beschlüsse wie auch der Polizey-Verordnungen des Kantons Basel-Stadt», Band IV: 1814–1817, S. 250–275, «Gesetz über die öffentlichen Lehr-Anstalten in Basel vom 18. Juny 1817», S. 251.

[50] Flueler, Mädchenbildung, S. 11.

[51] Vgl. JB 1779, S. 13. Der Kurs wurde nur dank der Hartnäckigkeit von Prof. Meyer und der Pfarrer Touchon und Bridel von der französischen Kirche bis 1795 weitergeführt, da er immer wieder wegen Schülermangels oder Fehlen eines geeigneten Lehrers einzugehen drohte. Der Kommission zur französischen Schule gehörten bis zu ihrem Tod Professor Meyer (Rücktritt 1792), ersetzt durch Pfarrer Bridel, Johann Rudolf Frey und Jacob Sarasin an.

[52] Bezeichnend ist die Bemerkung in der Vorsteherrede von Dreierherr Münch JB 1779, S. 27: «Wie mancher Vorschlag musste nicht zurückgehalten werden, weil die Kräfften der Gesellschafft die Ausführung nicht erlaubten, oder weil man fürchten musste, er möchte an höhere Verfügungen gränzen.»

[53] Im Hof, Iselin II, S. 539, sowie Im Hof, Spätaufklärung, S. 185–186 (Iselin zur Basler Kirche allgemein sowie zu Antistes Merian und Pfarrer Johann Jacob Faesch).

[54] Münster mit den Filialen St. Martin, St. Alban und St. Elisabethen; St. Leonhard; St. Peter und St. Theodor.

[55] Erstmals in den «Wöchentlichen Nachrichten» vom 31. Juli 1769 angezeigt, vgl. Flueler, Mädchenbildung, S. 31.

[56] Vgl. Flueler, Mädchenbildung, S. 31.

[57] Die Flugschrift trägt den Titel: «Sonntags den 1ten Brachmonat [Juni] 1777. hat die Gesellschaft zur Aufmunterung des Gemeinnützigen bey ihrer ersten allgemeinen Versammlung vorläufig folgende Verfügungen getroffen» (StABS PA 146a Z 2 I, 1776–1833).

[58] Prämienzahlungen an Antistes Merian oder Diskussionen darüber lassen sich in den Protokollen bis Dezember 1782 nachweisen.

[59] JB 1784, S. 10.

[60] Vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 15r und fol. 33r: Die ersten zwei Kommissionsmitgliedern, Ratsherr Buxtorf und Jacob Sarasin, wurden am 3. Juli 1777, fol. 15r, vorgeschlagen und am 6. Juli 1777 zusammen mit 4 weiteren Beisitzern gewählt, fol. 33r: Hieronymus de Niclaus Bernoulli, Major und Schriftgiesser Wilhelm Haas, Stecher Christian von Mechel und Medailleur und Stempelschneider Johann Ulrich Samson (1729–1806).

[61] Vgl. StABS PA A 9: Protokolle 1777–1790: fol. 92r, 1. Oktober 1778, anonyme Anzeige; fol. 94r: 6. Dezember 1778; fol. 95r: 10. Dezember 1778; fol. 95v: 13. Dezember 1778; fol. 218v: 8. Januar 1784; siehe auch JB 1778, S. 8 (Zitat) und JB 1784, S. 8.

[62] StABS PA 146a: Z 2 I, 1776–1833: «Verfügung vom 3. August», S. 2–3.

[63] Dreierherr Münch, Leonhard Burckhardt zur goldenen Münz, Gerichtsherr Rudolf Ritter älter, Martin Wenk jünger, vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 35v.

[64] «Verfügung vom 3. August», S. 3 (StABS PA 146a, Z 2 I, 1776–1833), vgl. auch StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 35v–36r, 3. August 1777. Die Kommission zur Verdingung junger Handwerker wurde also nicht erst 1786 gegründet und ist damit älter als in den Jubiläumsschriften von Miaskowski 1877, Siegfried 1927 und Walter Staehelin 1977 bisher angegeben.

[65] Vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 164v. 8. März 1781 (Nr. 2); fol. 165v, 10. Mai 1781: Verlesen des Berichts von Herrn Wenk wegen seines Vorschlags; fol. 166r, 29. April 1781 Vorschlag von Wenk für «SteuerSammlung für junge Bürger zu erlernung der Handwerken»; fol. 171r, 18. Juli 1781: Kommission soll gewählt werden; fol. 173r, 26. August 1781: Beschluss, 7-köpfige Kommission zu wählen, gewählt werden, fol. 173v: Martin Wenk[-Linder] jünger, Hieronymus de Niclaus Bernoulli; Herr Ratsschreiber [Isaak Iselin]; Major Haas; Prof. Meyer; Abel Merian; Merian im Wilden Mann.

[66] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 257v: 25. Juni 1786, Wahl einer Arbeitsgruppe, der Dreierherr Münch, Gerichtsherr Jacob Sarasin, Ratsherr Martin de Carl Wilhelm Wenk und Lic. Wieland-Schweighauser angehören; deren Vorschläge angenommen am 24. August 1786, fol. 259v, und 25. September 1786, fol. 261r.

[67] Mitglieder sind gemäss StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 263r, 26. November 1786: Ratsherr Martin Wenk-Linder, Präsident; Kleinbasler Schultheiss Wieland, Schreiber; Jacob Sarasin, Walter Merian vom Wilden Mann, Wernhard Huber, Apotheker; Hauptmann Wilhelm Haas; Hieronymus de Niclaus Bernoulli, Gerichtsherr Schorndorff, Pfarrer Johann Friedrich Miville.

[68] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790: fol. 178r, Projektbeginn 13. Dezember 1781 und 16. Dezember 1781; fol. 183r, 24. Januar 1782; fol. 184r, 14. Februar 1782, Lieutnant Müller als Lehrer vorgeschlagen; fol. 185r, 24. Februar 1782, Anstellung von Lieut. Müller auf Empfehlung von Architekt Fechter nach Ausschreibung in den «Wöchentlichen Nachrichten», Aufsichtskommission: Ratsherr Buxtorf, Dr. Peter Ochs-Vischer, Hauptmann Haas und Lic. Johannes II Bernoulli.

[69] Die Eröffnung der Zeichnungsschule der GGG zieht die Schliessung der obrigkeitlichen Zeichnungsschule nach sich, die Hintergründe sind unklar.

[70] Vgl. PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1791: fol. 285r, anonymer Vorschlag 28. Mai 1788; 286r: 26. Juni 1788; fol. 287r, 27. Juli 1788: Verfasser des Vorschlags wird per Anzeige gesucht zur Kontaktaufnahme; fol. 287v, 25. September 1788: Ernennung einer Kommission bestehend aus Schultheiss Wieland, Pfarrer Miville, Walter Merian und Jacob Sarasin; fol. 290v, 7. Dezember 1788: Verdankung des «Bedenkens» der Kommission und öffentliche Anzeige des Projekts, dann keine Mitteilungen mehr im Protokoll. Anonymer Vorschlag und Gutachten im Original erhalten in PA 146a D 7, Realschule für Knaben 1788.

[71] Vgl. auch Elfriede Belleville Wiss, Eine «Nähschule für arme

Mägdlein» (1779–1842), in: Oliver Hungerbühler, Eine Schule macht Schule. In 130 Jahren von der Frauenarbeitsschule zur Berufsfachschule Basel, Basel, 2012 (NJB 191), S. 13–16.

[72] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 36r. Es wird beschlossen, einen entsprechenden Aufruf in den «Wöchentlichen Nachrichten» zu veröffentlichen.

[73] Vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 42r–43r, 2. November 1777 (Zitat fol. 43r). Vgl. zu den langwierigen Vorarbeiten: fol. 51v–52r, 14. Dezember 1777; fol. 61v–62r, 6. Januar 1778; fol. 69r–70r, 19. Februar 1778 (Gutachten der dirigierenden Commission).

[74] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 71v. Mitglieder waren Niklaus Bernoulli von der Apotheke; Abel Merian und Walter Merian vom Wilden Mann; fol. 80r–80v: Rückmeldung Merians, dass sich erst 7–8 Mädchen gemeldet hätten und Beschluss, den Versuch trotzdem zu starten.

[75] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790: fol. 71v, 1. März 1778 (Zitat); fol. 80r–80v, 3. Mai 1778.

[76] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790: fol. 76v, 5. April 1778; fol. 80r–80v, 3. Mai 1778; fol. 84v–85r, 3. Juli 1778; fol. 90r, 6. September 1778; fol. 91v, 4. Oktober 1778; fol. 93v, 6. Dezember 1778.

[77] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 90r–90v, 6. September 1778.

[78] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 105r–105v, 31. Januar 1779.

[79] Basilea reformata 2002, S. 198; Gustav Adolf Wanner, Die Holzach, S. 143, Nr. 38; Matrikel V, Nr. 312.

[80] JB 1777, S. 5.

[81] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 42r.

[82] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 51r.

[83] JB 1777, S. 6. Im Protokoll vom 21. Dezember 1777, StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 56r, wird für das zweite Halbjahr ein Lohn von 9 Neutalern festgesetzt.

[84] StABS PA 146a, A9 Protokoll, Band 1777–1790, fol. 55r, 21. Dezember 1778.

[85] Vgl. Matrikel Band V, Nr. 1375. Seit 1774 Praeceptor der Mädchenschule im Kleinbasel, ab 1778 dann aber der Knabenschule zu Barfüssern.

[86] Mitglieder sind Dreierherr Münch und Professor Merian, vgl. StABS PA 146a, Protokolle A 9, Band 1777–1790, fol. 72v, 1. März 1778. Zur Tätigkeit vgl. fol. 70r–70v, 19. Februar 1778; fol. 72v, 1. März 1778.

[87] Vgl. JB 1779, S. 9: «da sich zu Fortführung derselben nicht genug Burgerstöchter gefunden, so wurde diese Anstalt auf Töchtern von hiesigen Schirmsverwandten ausgedehnt, allein da seit etlichen Monathen auch von diesen nicht genug Schülerinnen sich eingefunden, so muss selbige, wenn in kurzem sich nicht mehrere dazu anmelden, biss auf weitere Verfügung eingestellt werden».

[88] Vgl. Matrikel V, Nr. 1094, sowie die ausführliche Biographie von Kobelt.

[89] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 139v: 27. Februar 1781; vgl. auch fol. 155v, 30. November 1780.

[90] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 104r: 14. Januar 1779 (Gutachten).

[91] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 105r: 31. Januar 1779. Der Kommission gehörten an: Johannes II Bernoulli aus dem Engelhof, Buchhändler Flick, Merian zum Wilden Mann und Martin von Karl Wilhelm Wenk-Linder.

[92] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 108r–108v: 28. Februar 1779. Die «Anweisungen» wurden am 21. März 1779, fol. 111r, von Iselin der Versammlung vorgelesen; es wurde beschlossen, eine Auflage von 500–600 Stück bei Flick zu drucken und zugunsten der Gesellschaft zu verkaufen. Iselin meldete am 8. April, fol. 112v, die Schrift sei gedruckt und für einen Batzen bei Flick zu haben. Da die Schrift keinen grossen Anklang fand, wurde sie schliesslich gratis unter den Mitgliedern verteilt.

[93] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 112r: 8. April 1779.

[94] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 129v: 9. Dezember 1779 (Vorschlag); fol. 130v, 12. Dezember 1779 (Vorschlag); fol. 138r, 10. Februar 1780 (Zwischenbericht); fol. 140r, 27. Februar 1780, Schule hat bei einer Jungfer Scherbin im Kleinbasel angefangen, Lehrer fehlt noch; fol. 142r, 13. April 1780, als «etabliert» gemeldet.

[95] JB 1779, S. 3.

[96] Vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 16r, 3. Juli 1777 (als Nr. 14 der Vorschläge). Der Text des Antrags ist im Protokollband im Original eingebunden, fol. 31r–32v. Damit ist zugleich Jacob Sarasin als Autor des Textes «Die moralische Aussteuer» identifiziert, vgl. Teil II, Kap. 1, S. 148ff.

[97] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, fol. 42r: 2. November 1777, Bericht dirigierende Kommission zusammen mit ergänzenden Erläuterungen Sarasins lagen vor. Zur Deponierung bei Flick vgl. fol. 47v–48r, 7. Dezember 1777: «Sodann ward der erste Gedanke wegen Einführung einer TöchterSchule nebst der ferneren Erläuterung seines Urhebers des Hrn G[erichts]H[errn] Sarrasins verlesen, welches mit allen seinen Beylagen lt. Protokoll vom 2. Nov. seit 4 Wochen bey Hrn Flick deponiert gewesen.»

[98] Neben Antistes Merian gehörten von der GGG Ratsherr Falkner, Walter Merian vom Wilden Mann, Professor Meyer, Dreierherr Münch, Candidat Abel Merian und Ratsherr Weiss dieser Kommission an, vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 51v, 14. Dezember 1777.

[99] Vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 108r, 28. Februar 1779, und JB 1779, S. 3–4.

[100] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 145v, 15. Juni 1780. Am 25. Juni 1780 erhält Iselin den Auftrag, Peter Ochs zu danken und ihm mitzuteilen, dass seine Spende für eine Töchterschule verwendet werde, vgl. fol. 146v.

[101] JB 1780, S. 7–8.

[102] Vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 187r, 11. April 1782; fol. 188v, 25. April 1782; fol. 190v, 8. August 1782; fol. 191r, 25. August 1782.

[103] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 190r, 8. August 1782.

[104] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 202r, 23. Februar 1783.

[105] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 228r–228v, 31. Oktober 1774.

[106] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 245r, 15. September 1785 (Zitat), fol. 247r, 30. Oktober 1785 (Beschluss).

[107] JB 1785, S. 8 (Zitat); StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 248r, 17. November 1781: Beschluss, den Deputierten zu den Nähschulen die Hand zu öffnen: «bey bekannten Schulfrauen 6 Lesens- und Strickens unerfahrene Mädchen underzubringen u[nd] den Betrag der Auslagen zu verrechnen».

[108] Es fehlen sowohl im Protokoll als auch im Jahresbericht weitere Meldungen dazu.

[109] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 276r, 25. Oktober 1787.

[110] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 282v, 24. Januar 1788; fol. 282v, 27. Januar 1788.

[111] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 284v, 30. März 1788, gewählt werden: Schultheiss Wieland und Gerichtsherr Schorndorf «und soll noch Herr Gerichtsherr Bernoulli[-Respinger] ersucht werden, derselben beizutreten».

[112] Vgl. JB 1788, S. 12.

[113] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 271r, 25. Februar 1787: Walter Merian zum Wilden Mann; Hieronymus Bernoulli-Respinger; Gerichtsherr Schorndorff.

[114] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 259r, 26. Juli 1786: Anzug, eine französische Nähschule einzurichten, «worin die Töchter aus den anderen Nähschulen könnten promovirt werden»; fol. 261r, 25. September 1786: an Commission zu den Nähschulen überwiesen; fol. 262v, 23. November 1786: Beschluss aufgeschoben; fol. 263r, 26. November 1786; fol. 270v, 22. Februar 1787; fol. 271r, 25. Februar 1787; fol. 271v, 15. März 1787; fol. 272r, 18. März 1787: Kommission wird um Pfr. Touchon als Französischexperte erweitert; fol. 2723v, 26. April 1787; fol. 273r: 29. April 1787; fol. 275v,

27. September 1787; fol. 278v, 9. Dezember 1787; fol. 288r, 20. November 1788: Schliessung beschlossen; fol. 288v, 23. November 1788: verlängert; fol. 289r, 4. Dezember 1788; fol. 291r, 7. Dezember 1788. Dann keine Einträge mehr im Protokoll.

[115] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 67r, 28. April 1796; fol. 67v–68r, 1. Mai 1796 Eröffnung beschlossen.

[116] Pfarrer Andreas LaRoche, Vorsteher bis 1812, StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 240v; Christoph Bernoulli-Paravicini, Vorsteher ab 1813; Pfarrer Friedrich Merian-Bernoulli; Balthasar Burckhardt-Thurneisen. Der Planungskommission hatten angehört: Pfarrer Friedrich Merian, Vorsteher; Stadtrat Hieronymus Bernoulli-Respinger; Herr Thurneisen-Burckhardt, Rektor Johann Friedrich Miville; Gerichtsherr Nicolaus de Johann Bernoulli. Im Oktober 1812 sind nur noch 3 Mitglieder aktiv, Friedrich Merian möchte zurücktreten, vgl. fol. 238v, Commission soll sich selbst ergänzen. Die neue Kommission unter Pfr. LaRoche, der Merian immer noch angehört, dann im JB 1813 erstmals dokumentiert.

[117] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 274v, 23. August 1787. Die von Miaskowski, Festschrift, S. 40, genannte Jahreszahl 1780 für den Beginn des Gesangunterrichtes in den Nähschulen, von Siegfried 1927 übernommen, S. 40, konnte ich nicht verifizieren.

[118] Matrikel V, Nr. 1721.

[119] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 276r, 25. Oktober 1787. Candidat Hug erhielt den Auftrag dann auch, vgl. JB 1787, S. 8.

[120] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 274v, 23. August 1787; fol. 275r, 26. August 1787; fol. 276r, 25. Oktober 1787.

[121] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 18r, 12. April 1792 (Zitat); fol. 19r: 15. April 1792.

[122] Vgl. Matrikel V, Nr. 1755.

[123] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 18r, 12. April 1792; fol. 18v: Protokoll vom 15. April 1792.

[124] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 44r, 11. Dezember 1794; fol. 44v, 14. Dezember 1794; fol. 67v, 1. Mai 1796: Singstunde erwähnt. Im JB 1796, S. 6–7, findet sich die Mitteilung, die Singstunde «zu Verbesserung des Kirchengesangs» sei unter einem neuen Lehrer wieder eingerichtet.

[125] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 71r, 17. November 1796: Bericht des Vorstehers, «dass ihr Herr Bach [?] den Vorschlag gethan, eine allgemeine Singstunde zu errichten u für eine Stunde 10bz für zwey nach einander 15 btz verlange». Die dirigierende Commission rät zu einer Probe von 6 Monaten, auch sei die Ausführung entweder einer neu zu errichtenden Commission oder der Commission zu den Nähschulen zu überlassen; fol. 72r, 20. November 1796: genehmigt; fol. 81v, 30. März 1797; fol. 82r 2. April 1797.

[126] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820: fol. 82r–82v, 29. Juni 1797; fol. 82v–83r, 2. Juli 1797.

[127] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol.159v, 4. Dezember 1803.

[128] JB 1806, S. 11.

[129] Mitglieder sind Christoph Bernoulli-Paravicini, Rektor Johann Friedrich Miville, Herr Heusler-Kuder und Pfarrer Friedrich Merian, vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 212r.

[130] Im Originaltext steht «sicher hoffen», falsch für «sich erhoffen».

[131] JB 1810, S. 15.

[132] Peter Ochs, Geschichte, Band VIII, XVIII. Periode 1741–1788, S. 568–569.

[133] 1777 in Basel bei Johann Heinrich Decker, «löblicher Universität Buchdrucker». Rückverweis auf den Bericht von 1773 in «Bedenken», S. 3–4. Mitglieder der Kommission von 1777 waren die Kleinräte JUL Daniel Mitz, seit Januar 1777 Oberstzunftmeister, Ratsherr Falkner, Dreierherr Münch und Meister Vest sowie die Grossräte Appellationsherr Kuder, Balthasar de Benedikt Staehelin, Joseph Ochs und Gerichtsherr Rudolf Ritter älter, vgl. «Bedenken», Anm. S. 4.

[134] Es wird kein Autor genannt. Für Iselin typische Wendungen, Ideen und Begriffe finden sich jedoch zahlreich in den ersten Seiten der kleinen Druckschrift, auch die Thematik interessierte ihn stark. Zudem hatte er als Ratsschreiber ex officio Einsitz in der Haushaltung.

[135] Bedenken, S. 17–18.

[136] Bedenken, S. 18.

[137] Bedenken, S. 18–19.

[138] Bedenken, S. 19.

[139] Bedenken, S. 19.

[140] Unter den 8 Deputierten, die 1777 das «Bedenken» der Regierung einreichten, schreiben sich im selben Jahr 6 als Mitglieder bei der GGG ein: Ratsherr Emanuel Falkner, Dreierherr Friedrich Münch, Appellationsherr Kuder, alle 3 Kleinräte sowie die Grossräte Balthasar de Benedict Staehelin, Joseph Ochs und Gerichtsherr Rudolf Ritter älter.

[141] Zitiert nach dem Text auf der Rückseite des Titelblattes der von der GGG 1780 veröffentlichten Sammlung «Ueber Armuth, Betteley und Wohlthätigkeit». Die eingegangenen Schriften wurden unter der Jury Mitte Oktober in Zirkulation gesetzt, damit sie ihr Urteil an der nächsten Versammlung äussern könnten, vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 122r, 14. Oktober 1779.

[142] Vgl. Kobelt, S. 121–137, zum Verhältnis von Frey und Iselin zwischen 1769 und 1782 und zu Freys Tätigkeit in der GGG und als Lehrer an der Nähschule bis 1781, als er aus ungeklärten Gründen zurücktreten musste, vgl. Kobelt, S. 131.

[143] In: «Ueber Armut, Betteley und Wohlthätigkeit. Sammlung einiger bey der Aufmunterungsgesellschaft in Basel, im Jahr 1779, eingekommenen Schriften», Basel, Bey Gebrüdern von Mechel, 1780, S. 1–38. Der utopische Bericht befindet sich auf S. 13–38, Kap. III: «Durch was für Mittel können die gegenwärtigen Armen unterstützt und erleichtert werden?».

[144] Preisschrift Frey, S. 33.

[145] Preisschrift Frey, S. 25–26.

[146] Preisschrift Frey, S. 26–31.

[147] Diese obrigkeitliche Zuchtanstalt wurde 1783 in die Gesellenherberge verlegt und kam 1804/05 mit der Gründung der Allgemeinen Armenanstalt ins Klingental.

[148] Preisschrift Frey, S. 34–35.

[149] «Ueber Armut, Betteley und Wohlthätigkeit», S. 69–75: «Ausszug eines Gutachtens und Vorschlages wegen einem Arbeitshaus, Uebergeben der Gesellschaft zur Aufmunterung und Beförderung des Guten und Gemeinnützigen, den 15. April 1779».

[150] «Ausszug eines Gutachten», S. 70, Anm. a unten an der Seite.

[151] JB 1781, S. 7–8, speziell S. 8, Fussnote a, wo Merian sich als Kontaktperson anbietet.

[152] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 138r, 10. Februar 1780.

[153] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 138v, 10. Februar 1780.

[154] Entwicklung, Funktion und territoriale Zuständigkeit der fünf Stadtquartiere (Kleinbasel, St. Johann, Spalen, Stadt, Steinen, Aeschen) sowie ihr Verhältnis zu den Zünften ist nicht erforscht. Die Quartiere organisierten die Feuerwehr und die Stadtwache. Ausser den Hauptmännern der Quartiere finden sich in den sogenannten «Regimentsbüchlein» keine Angaben zur inneren Organisation. Im Kleinbasel ist der Schultheiss zugleich Quartierhauptmann. Auch die Brandwache befand sich im Turm des Kleinbasler Schultheissengerichts.

[155] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 162v, 8. Februar 1781.

[156] Prof. Staehelin, Prof. de Lachenal und Prof. Mieg, vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 164r, 8. März 1781.

[157] Iselins Projekt wurde trotzdem weiterverfolgt, bis es von der allgemeinen Versammlung in einer geheimen Abstimmung definitiv ad acta gelegt wurde, vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 164r, 8. März 1781; fol. 166r, 29. April 1781.

[158] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 164r, Sitzung vom 8. März 1781.
[159] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 168v.
[160] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 169r, 14. Juni 1781 (Zitat); fol. 171r, 12. Juli 1781.
[161] JB 1781, S. 8, Anm. a.
[162] JB 1783, S. 6–7.
[163] JB 1783, S. 7–8.
[164] Das Folgende beruht auf den Jahresberichten und Reglementen der Krankenkommission, die im Jahresbericht der GGG abgedruckt wurden oder sich unter StABS PA 146a, N 1 Krankenpflege: Einzelnes und Allgemeines (1780–1947) und N 2: Krankenkommission, Jahresberichte und Rechnungen (1784–1860), erhalten haben. Die Akten zur Ausbildung von Hebammen in StABS PA 146a, N 3, und von Krankenwärtern (1787–1849) in StABS PA 146a, N 4 (1779–1860), sowie die Signaturen StABS PA 146 a, O 1: Volksernährung, Einzelnes und Allgemeines (1786–1929), und StABS PA 146a, O 2: Einkauf von billigen Lebensmitteln und Brennmaterialien gehören auch zur stark verzweigten Geschichte der Krankenkommission. Weitere Akten befinden sich im PA 889: Allgemeine Armenpflege und im Nachlass von Jacob Sarasin-Battier PA 212, F 20–F 23.
[165] Die Verzeichnisse der Pfleger mit genauer Bezeichnung ihres Zuständigkeitsbereichs sind ab 1786 im JB der GGG abgedruckt, nach Kirchgemeinden geordnet, vgl. Abb. 46, S. 247.
[166] Die Mitglieder des Kirchenbanns sind in den sogenannten Regimentsbüchlein zu finden. Dies erlaubt einen Vergleich der Mitglieder der Kollegien der Krankenpfleger und der Bannherren in einer Kirchgemeinde.
[167] Die Protokolle der Krankenkommission haben sich ab 1785 im Archiv der Allgemeinen Armenpflege erhalten, vgl. Teil I, Kap. 1, S. 23. Die Arbeitsweise der Krankenpfleger lässt sich aber besser den zum Teil sehr ausführlichen, ab 1783 im Druck erscheinenden Jahresberichten entnehmen.
[168] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 225v: 27. April 1786, Anzug «wegen dem NahrungsStande der niederen Volksclassen», die dirigierende Commission rät, eine 4-köpfige Kommission zu ernennen; fol. 256r, 30. April 1786, Wahl der Kommission: Jacob Sarasin, Vorsteher; Pfr. Johann Friedrich Miville, Wernhard Huber (beide Mitglied der im selben Jahr gegründeten «Gesellschaft für das Gute», Licentiant Wieland, der spätere Kleinbasler Schultheiss; fol. 265r, 10. Dezember 1786: als Deputierte zu der «Armen-Commission» bezeichnet mit Rückverweis auf den 30. April. In der Sitzung der dirigierenden Commission vom 7. Dezember wurden sie noch als «Deputation zur Untersuchung des Nahrungsstandes» bezeichnet.
[169] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 256r, 30. April 1786. Der Anzug wegen des «Nahrungsstandes der niederen VolksClassen» beschäftigte die Gesellschaft und den Vorstand seit 20. Februar 1786, vgl. fol. 254r und fol. 254v.
[170] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 255v, 27. April 1786.
[171] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 264v, 7. Dezember 1786 und fol. 265r, 10. Dezember 1786. Unterlagen zu diesem Bericht und andere Unterlagen zur Tätigkeit in der GGG haben sich im Nachlass von Jacob Sarasin erhalten, vgl. StABS PA 212, F 20–F 23.
[172] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 272v, 26. April 1787; fol. 273r, 29. April 1787.
[173] Diese «Tabellen» sind erhalten in: StABS PA 889, Allgemeine Armenpflege B 1.1: Armen-Tabellen 1789. Auf dem Deckel des Bandes, der die Fragebögen enthält, steht der Titel «Armenkommission». Die Namen der Personen, die die Erhebungen durchführten, sind auf den Bogen vermerkt. Die Zuweisung der Tabellen nehme ich anhand der originalen Beschriftung des Aktenbandes anhand der Benennung der GGG-Kommission in den Protokollen und anhand der vielen personellen Überschneidungen zwischen GGG-Mitgliedern, Krankenpflegern und Mitarbeitern der Erhebung von 1789 vor.
[174] JB 1788, S. 35–37.
[175] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 270v, 22. Februar 1787; fol. 271r, 25. Februar 1787; fol. 273r, 29. April 1787. Die Kommission besteht aus Dr. Wolleb, Dr. Bernoulli, Wernhard Huber und Pfr. Falkeisen, wobei unklar bleibt, ob Theodor (Vater) oder Hieronymus (Sohn) gemeint ist, beide sind aktive GGG-Mitglieder.
[176] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1777–1790, fol. 298r, 19. März 1789.
[177] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 21v, 10. Januar 1793: «wird angerathen, Ihm sowohl als seiner Fr[au] Gemahlinn den gebührenden Dank abzustatt[en], und Ihn zu ersuchen, dass Wohlderselben [d. h. Wieland] die Fortsetzung übernehmen möchte».
[178] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 34v, 22. Dezember 1793.
[179] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 105r, 23. Mai 1799.
[180] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 150v, 6. Januar 1803.
[181] Die Stadt Hamburg reorganisierte 1788 das kommunale Armenwesen modellhaft und propagierte ihre «Allgemeine Armenanstalt» europaweit mit der Veröffentlichung eines dreiteiligen, ausführlichen Berichts: «Vollständige Einrichtung der neuen Hamburgischen Armen-Anstalt, zum Besten dieser Anstalt herausgegeben vom Hamburgischen Armen-Collegio», Hamburg, bei Benjamin Gottlob Hoffmann, 1788, der auch in der Bibliothek der Allgemeinen Lesegesellschaft vorhanden war, sich heute aber in deren Beständen auf der UBB nicht mehr nachweisen lässt.
[182] JB 1810, S. S. 53–54.
[183] Friedrich Münch(-Duvoisin)-Thurneysen, Präsident; Diacon LaRoche von St. Peter, Johann Friedrich Miville, Rektor des Gymnasiums (Gründungsmitglied Lesegesellschaft); Stadtrath Niklaus Bernoulli-Respinger; Bridel, Pfarrer der Église française; Professor Lachenal (Gründungsmitglied Lesegesellschaft); Gerichtsherr Felix I Sarasin; Friedrich Merian, Diacon zu St. Theodor; Karl Burckhardt, vgl. Ankündigung, S. 4.
[184] Die «Anweisung für die Lehrer in der auf Unkosten der Aufmunterungsgesellschaff in Basel errichteten Nähschule» erschien anonym, ohne Angabe von Druckort und Erscheinungsjahr, abgedruckt in: Isaak Iselin, Schriften zur Pädagogik (Gesammelte Schriften, Band 3), S. 337–343, die Passage zu den Lehrbüchern S. 342–343.
[185] Einleitungssatz der «Vorrede» der «Sammlung», zitiert nach: Iselin, Schriften zur Pädagogik (Gesammelte Schriften, Band 3), S. 33.
[186] Es handelt sich um eine Anthologie von Texten deutschsprachiger Autoren, die Iselin für Kinder von sieben bis zwölf Jahren zusammengetragen hatte. Nur die «Vorrede» und der «Kurze Begriff der allgemeinen Geschichte» stammten von Iselin selbst. Beide Texte in: Isaak Iselin, Schriften zur Pädagogik (Gesammelte Schriften, Band 3), S. 33–35 bzw. S. 36–61, zur Rezeptionsgeschichte S. 65–67.
[187] Vgl. «Sammlung», zitiert nach: Iselin, Schriften zur Pädagogik, S. 33.
[188] Iselin, «Anweisung», in: Iselin, Schriften zur Pädagogik, S. 342–343 sowie Anm. 8 in Kommentar S. 348.
[189] Iselin, «Anweisung», zitiert nach: Iselin, Schriften zur Pädagogik, S. 340.
[190] «Ankündigung für Aeltern und Kinderfreunde», o. J. o. O. S. 2, in: StABS PA 146a: E 5, 1, S. 2.
[191] JB 1808, S. 25.
[192] Das Folgende, wenn nicht anders vermerkt, aus der «Ankündigung» von 1807, S. 3 (StABS PA 146a: E 5, 1).
[193] JB 1809, S. 59: «Unter Aufsicht eines Vorgesetzten wiedmen nun die Waisen mit Vergnügen eine Abendstunde der Lektur, wodurch vielleicht noch manche Lücke in ihren Kenntnissen ausgefüllt wird.»
[194] JB 1809 Leseanstalt, S. 55–57.
[195] Vgl. Andreas Staehelin, Geschichte der Universität Basel 1818–1835, S. 13.
[196] Merian hebt im Bericht der Leseanstalt von 1812 die Bedeutung der Gründung der Töchterschule explizit hervor, vgl.

JB 1812, S. 47–48.

[197] JB 1813, S. 44.

[198] Vgl. «Ankündigung», Plan § 5: «Auf den Wunsch einer bedeutenden Zahl von Abonnenten würde man auch die vorzüglichsten französischen Jugendschriften anschaffen.» Pfarrer Bridel überwachte die Auswahl.

[199] JB 1809, S. 58.

[200] JB 1809, S. 55.

[201] JB 1810: 169 Abonnenten; JB 1813: 153 Abonnenten; JB 1814: 132 Abonnenten; JB 1816 und 1817: 157 Abonnenten; JB 1818: 153 Abonnenten; JB 1819: 151 Abonnenten; 1820: 186 Abonnenten.

[202] JB 1817, S. 65–69; JB 1820, S. 19–20 (Zitat).

[203] JB 1809, S. 59: «bey dieser vermehrten Ausgabe, [kann] die Anstalt ins künftige nur bey einer ansehnlichen Zahl von Abonnenten bestehen». JB 1810, S. 54–55.

[204] Es ist mir nicht gelungen herauszufinden, wo die Lese-Anstalt untergebracht war, bevor sie einen Raum im Reinacherhof erhielt, der der Allgemeinen Lesegesellschaft gehörte.

[205] JB 1817, S. 67.

[206] JB 1819 S. 65–66.

[207] Dieses und die folgenden Zitate aus dem Flugblatt «Ankündigung der Eröffnung der Bürgerbibliothek» vom 1. Januar 1826, herausgegeben von der Commission zur Jugend- und Bürgerbibliothek (StABS PA 146a: E 5, 1).

[208] Vgl. Hans Rohr, Zürcher Neujahrsblätter, Zürich 1971. Von den zahlreichen Zürcher Neujahrsblättern diente das Neujahrsblatt der 1799 gegründeten Zürcher Hilfsgesellschaft als Vorlage, mit der der Vorstand in regelmässiger Korrespondenz stand und deren Tätigkeit für die GGG in den Jahren nach der Helvetik vorbildlich war.

[209] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 320v, 10. November 1819: «2. Ein anonimer Vorschlag, um Einführung von Neu Jahr-Blättern, zur bildung und Unterhaltung für unsere Jugend, nach dem Sinne wie sie Zürich schon lange liefert, [Beschluss] findet einhellige Beistimmung, und wird der Gesellschaft zu näherer Berathung und Ausführung anempfohlen.» Genehmigung des Projekts an der allgemeinen Versammlung vom 12. November 1819, Wahl des Themas des ersten Heftes am 4. Februar 1820.

[210] StABS PA 146a: A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 332v–333r, 9. Februar 1820.

[211] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1791–1820, fol. 335r, 19. Mai 1820.

[212] StABS, PA 146a, E 6, 1.

[213] NJB 1824–1831.

[214] 1821 Daniel III Bernoulli-Obermeyer, Jurist; 1822 Jakob Burckhardt(-Schorndorf)-Stark, Obersthelfer, später Antistes; 1823 Rudolf Hanhart, Rektor des Gymnasiums; 1832, 1835 Abel Burckhardt-Miville, Pfarrer (1833 und 1834 kein NJB).

[215] Das leider unübersichtliche «Register der Neujahrsblätter 1821–1977» in Walter Staehelin 1977 enthält die Namen aller Autoren und Künstler, die an der Herausgabe der NJB mitgearbeitet haben. Auch die Titel bzw. Themen der Hefte sind aufgeführt.

[216] Vgl. Teil III, S. 467ff.

[217] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 88–99.

[218] Franscini, Neue Statistik der Schweiz, 1848, Bd. II, S. 416–465, und Nachtrag, 1851, S. 314–329.

[219] Die Angaben im Vereinsverzeichnis von 1862 sind präziser und umfangreicher als die im Adressbuch von 1854 aufgrund der statistischen Erhebung von 1859. Ich habe deshalb das Verzeichnis von 1862 und die darin genannte offizielle Zahl von 127 Vereinen den folgenden Ausführungen zugrunde gelegt. Die Angaben in den Adressbüchern habe ich ergänzt durch Christ, Vereine. Leider lassen sich die Zahlenangaben in den gedruckten Quellen und meine eigene Auszählung der im Vereinsverzeichnis aufgeführten Vereine nicht in Übereinstimmung bringen. Ich zählte im Verzeichnis von 1862 nur 121 Vereine, nicht 127, wie offiziell gezählt. Beide Zahlen widersprechen den Angaben von Christ, Vereine, S. 6, der 138 Vereine zählt. Diese Zahl von Christ entsteht jedoch durch eine andere Zählweise und Darstellung und den Einbezug von kommunalen und staatlichen Anstalten wie Spital, Waisenhaus oder Universität, die von Christ als «bürgerliche Stiftungen», nicht als kantonale oder kommunale Einrichtungen betrachtet werden.

[220] Zwei Vereine, die nur im Adressbuch von 1862 erscheinen, bestanden bereits vor 1854: 1850 Deutscher Arbeiter-Bildungsverein, als Deutscher Arbeiterverein seit den 1830er Jahren nachweisbar, vgl. Haeberlin I, S. 16; 1852 Frohsinn.

[221] Die Allgemeine Lesegesellschaft (damals noch mit eigenem Wirtschaftsbetrieb), die Theatergenossenschaft, die Konzert-Gesellschaft und die beiden Casino-Gesellschaften Basels waren wohl 1862 ausschliesslich in stadtbürgerlicher Hand, dürften jedoch bereits Mitglieder, die zum neuen Bürgertum gehörten, zu ihren Mitgliedern gezählt haben. Ich habe diese Institutionen in den folgenden Betrachtungen deshalb nicht berücksichtigt.

[222] Unter den 50 Vereinen und Organisationen finden sich 4 solche Selbsthilfeorganisationen nur 1854 verzeichnet, nicht aber 1862: Allgemeine Posamenter Hülfskasse, AB 1854, S. 80; Arbeiter-Krankenkasse, AB 1854, S. 81; Consum-Verein, AB 1854, S. 79; Brod-Verein, AB 1854, S. 79. Das ist immerhin ein Anteil von fast 10 % der registrierten Vereine.

[223] Christ, Vereine, S. 4. Vgl. auch Thun, S. III.

[224] 1788 Älteste allgemeine Witwen- und Waisenkasse, 1802 Feldschützen-Verein, beide noch in der patriotisch-helvetischen Tradition; 1798 Katholische Gemeinde, 1812 Krankenpflegeverein der katholischen Gemeinde und 1803 jüdische Gemeinde.

[225] Allgemeine Witwen- und Waisenkasse, Feldschützen-Verein.

[226] 1824 Allgemeine Unterstützungs-Gesellschaft Concordia; 1824 Kranken- und Begräbniskasse der Bandfabrikarbeiter; 1829 Männerchor (Präsident Dr. Karl Brenner).

[227] 1834 Unterstützungskasse kranker Posamenter; 1839 Pensionskasse des Orchestervereins

[228] Katholische Gemeinde, Israelitische Gemeinde, Israelitischer Wohltätigkeitsverein, Schweizerischer Pius Verein (Sektion Basel), Cäcilienverein (Katholischer Frauenchor).

[229] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 250–255 und S. 261–265.

[230] Vgl. AB 1854, S. 72, die ausführliche Beschreibung der Dienstleistungen der ZEK.

[231] Franscini, Neue Statistik der Schweiz, Band II, S. 432.

[232] Vgl. die Bemerkung im AB von 1862, S. XXVII: «Die mit * bezeichneten Kassen stehen mit der Kommission für Fabrik-Arbeiter-Verhältnisse der Gemeinnützigen Gesellschaft in Verbindung». Zu dieser Gruppe gehören von insgesamt 21 aufgeführten Kassen 10, nämlich: Unterstützungs-Gesellschaft für Buchdrucker; Krankenverpflegungs-Gesellschaft der katholischen Gemeinde; Kranken- und Begräbniss-Casse der Bandfabrik-Arbeiter; Allgemeine Unterstützungs-Gesellschaft Concordia; Amicitia; Seidenfärber Kranken-Casse; Kranken- und Begräbniss-Casse zum Freundschafts-Verein; Kranken-Casse der Mechaniker; Hülfs-Casse für kranke Posamenter; Hülfs-Casse des weiblichen Geschlechts in Krankheits- und Sterbefällen.

[233] Vgl. Thun, S. IV: «In Folge des Nothjahres 1846 wurden z.B. die 4 älteren Frauenvereine in den vier Kirchgemeinden ins Leben gerufen.»

[234] 1846 geben folgende Vereine und Anstalten als Gründungsdatum an: Kinderspital, Lehrerverein, Frauenverein St. Peter; Frauenverein St. Theodor; Kranken- und Begräbniskasse für Arbeiterinnen in den Bandfabriken; Allgemeine Kranken- und Begräbniskasse hiesiger Bürger und Einwohner beiderlei Geschlechts. 1847: Naturforschende Gesellschaft; Frauenverein der Münstergemeinde für arme Kranke und Altersschwache; Kommission zur Frauenbadanstalt; Kommission zur Vorschusskasse; Frauenverein St. Leonhard; Frauenverein der Münstergemeinde; Amicitia (Unterstützungskasse); Seidenfärber Krankenkasse.

[235] Kommission zu den Näh- und Flickschulen; Kommission zur Papiererschule; Kommission zur Unterstützung von Gewerbslehrlingen; Kommission zur Zeichnungs- und Modellierschule; Kommission zur Jugendbibliothek; Kommission für Gesang und Orgelspiel. Die Kommission zur Töchterschule

übergehe ich, da die Töchterschule 1819 verstaatlicht wurde.

[236] Kommission zum Neujahrsblatt, Kommission zur Verbesserung der Gefängnisse; Sonntagsschule für Handwerker; Kommission zum Turnwesen; Kommission zur Beratung und Versorgung junger Taubstummer; Kommission zur Förderung industrieller Unternehmungen; Dienstagsgesellschaft; Kommission zur Bade- und Schwimmanstalt im Rhein.

[237] 1819 Kommission zum Neujahrsblatt; 1823 Sonntagsschule für Handwerker.

[238] 1821 Kommission zur Verbesserung der Gefängnisse, ab 1832 Delegierter in der staatlichen Inspektion, 1838 in Patronagekommission umgewandelt; 1824 Kommission zu Beratung und Versorgung junger Taubstummer, ab 1833 Delegierter in der Taubstummenanstalt in Riehen.

[239] 1825 Turnkommission, die ab 1826 im Winter auch eine Schlittschuhbahn betreibt und 1828 auch die Waffenübungen der Kadetten unterstützt; 1830/31 Kommission zur Badeanstalt für Männer.

[240] 1836 wurde die Kommission zur Mitwirkung bei der Zucht- und Arbeitsanstalt schliesslich in eine zur Beratung und Versorgung entlassener Sträflinge, später auch der entlassenen Zwangsarbeiter umgewandelt, kurz auch Patronagekommission genannt.

[241] 1845 wird die 1842 gegründete Arbeiterbibliothek der bereits bestehenden Kommission zur Bürger- und Jugendbibliothek angeschlossen; 1842 Kommission zur Vorschusskasse, die 1861 in der Handwerkerbank aufgeht; 1842 Kommission für populäre Vorträge; 1843 Kommission zu den Kleinkinderschulen (Eröffnung der Kleinkinderschule im Klingental); 1844 Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse; 1848 Sparverein, eine kurzlebige Konsumgenossenschaft der GGG; 1846/47 Kommission zur Frauenbadanstalt; 1848 Kommission zur Beratung von Auswanderern.

[242] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 73–87 und S. 121–152.

[243] 1849 Kommission zur Abhülfe der Tierquälerei; 1854 Kommission zu den Arbeiterwohnungen auf der Breite; 1856 Kommission zur Lukasstiftung; Kommission zur Arbeiteranstalt Klosterfiechten; Kommission zur Schlittschuhbahn.

[244] Die Vorschusskasse ging 1861 an die Handwerkerbank, im selben Jahr machte sich die Aktiengesellschaft für die Arbeiterwohnungen auf der Breite selbständig.

[245] ZEK, Vorschuss-Kasse, Zeichnungs- und Modellierschule, Jugendbibliothek und Bürgerbibliothek, Arbeiterbibliothek, [Männer-]Schwimm- und Badeanstalt im Rhein, Frauenzimmer-Badanstalt im Rhein, Prämienstiftung für männliche Dienstboten, Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse, Mägdestiftung, vgl. AB 1854, S. 72–75.

[246] Der «Aufruf an die schweizerischen Vereine im In- und Ausland» vom 31. Dezember 1858 des eidgenössischen Departements des Innern ist am Schluss in Christ, Vereine, S. 114–116, abgedruckt.

[247] Christ, Vereine, S. 32–41, S. 59–60 (Nr. 27: Israelitischer Wohlthätigkeits-Verein), S. 66–67 (Nr. 2: Krankenverpflegungsgesellschaft der katholischen Gemeinde).

[248] Als religiöse Vereine organisierte, nicht zur reformierten Staatskirche gehörende Kirche und Gemeinschaften.

[249] Christ, Vereine, S. 25, S. 42–49 und S. 76–80.

[250] Die Unterstützungsgesellschaft der Buchdrucker gibt 1661 als Gründungsjahr an; die freiwillige Militärgesellschaft 1760, obwohl die Philostratio vor 1798 verschwand und erst 1824 eine neue Militärgesellschaft gegründet wurde.

[251] Vgl. BZ, 26. Jg., Nr. 249, 20. Oktober 1856, S. 1040–1041; Nr. 250, 21. Oktober, S. 1044.

[252] Frühere Treffen der SGG in Basel in den 1820er Jahren wurden von einer von der GGG unabhängigen Basler Sektion der SGG veranstaltet.

[253] Vgl. JB 1864, S. 4.

[254] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 152–160.

[255] Gutachten der von der Baslerischen Abtheilung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft aufgestellten Kommission über die Frage betreffend die Fabrikarbeiter-Verhältnisse, Basel, 1843.

[256] JB 1863, S. 3–4.

[257] Miaskowski, Festschrift, S. 19.

[258] JB 1854, S. 5–6.

[259] Schwimm- und Badeanstalt am Rhein; Frauenbad am Rhein; Turnkommission.

[260] Zeichnungs- und Modellierschule; Jugend- und Bürgerbibliothek; Neujahrsblatt; Unterrichtsverein der Standestruppen, zu dem auch ein Singverein gehörte, bestand nur kurze Zeit; Kommission für Gesang und Orgelspiel; Unterstützung der Sammlungen des naturhistorischen Museums und der öffentlichen Kunstsammlung.

[261] Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse; Aktiengesellschaft für Arbeiterwohnungen; Arbeiterbibliothek; Mägdestiftung; Prämienstiftung für männliche Dienstboten, Handwerksgesellen und Fabrikarbeiter.

[262] JB 1857, S. 18.

[263] Vgl. Jubiläum 1837, S. 72–76, speziell S. 72–73.

[264] Das folgende nach Burckhardt, Geschichte, S. 299–309, sowie Haeberli I, S. 26–33.

[265] Göttisheim lebte seit 1843 in Basel und hatte sich 1856 einbürgern lassen, vgl. Art. HLS.

[266] Bischoff war 1855 in seiner Funktion als städtischer Polizeidirektor Mitglied des Choleraausschusses und beteiligte sich in der Folge an der sanitarischen Umgestaltung der Altstadtquartiere. Als Staatsschreiber richtete er 1865 während der Typhusepidemie ein Hilfsspital im Kleinen Klingental ein.

[267] Vgl. JB 1869, S. 153.

[268] Miaskowski, Festschrift, S. 19.

[269] Suppenanstalt; Speisehütten für «obdachlose Arbeiter», Krankenkommission, Patronagekommission, Projekt Zwangsarbeitsanstalt, Projekt «Sandmädchen», Unterstützung Ausbildung und Erziehung taubstummer Kinder, «Commission zur Abhülfe der Thierquälerei».

[270] Miaskowski, Festschrift, S. IX, Titel im Inhaltsverzeichnis.

[271] Vgl. Tabelle 3, S. S. 160.

[272] JB 1818, S. 14.

[273] Das folgende auf der Grundlage der JB der Gesellschaft und der Kommissionsberichte 1822–1831.

[274] Miaskowski, Festschrift, S. 29.

[275] Vgl. JB 1826, S. 75–78.

[276] Vgl. JB 1826, S. 73–74; JB 1827, S. 60.

[277] Miaskowski, Festschrift, S. 29.

[278] Vgl. JB 1826, S. 75.

[279] JB 1839, S. 104–105.

[280] JB 1839, S. 105. 1839 bestanden solche Komitees offenbar nur in Genf, Lausanne, Neuenburg, Bern und St. Gallen.

[281] JB 1839, S. 105.

[282] Jubiläumsschrift 1837, S. 52–54.

[283] Jubiläumsschrift 1837, S. 63–64.

[284] PA 146a, U 6: Zwangsarbeitsanstalt, Allgemeines und Einzelnes 1821–1864, darin: Gutachten der Commission für Vorberathung über eine Zwangsarbeitsanstalt, der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen eingegeben am 22. März 1850, S. 1–2. Das Gutachten erschien auch im Druck.

[285] Zusammenfassende Darstellung von Hieronymus Burckhardt-Iselin in JB 1850, S. 38–42, vgl. auch Gutachten 1850, S. 1–3.

[286] Neben Kriminalgerichtspräsident Burckhardt gehörten der Kommission an Appellationsrath August LaRoche, Friedrich Brenner-Kern, Architekt Christoph Riggenbach und Gottlieb Bischoff, vgl. Gutachten 1850, S. 23.

[287] Vgl. Zusammenfassung der Vorschläge in Gutachten 1850, S. 20–23.

[288] JB 1865, S. 10 (aus der Ansprache von Vorsteher Karl Stehlin-Merian).

[289] Im März 1850 standen Fr. 22 000.– für diesen Zweck zur Verfügung dank eines Legats von Benedict Bischoff über Fr. 4000.– und einer Vergabung von Christoph Merian-Burckhardt über Fr. 10 000, die ein seit 1781 bestehendes Legat von Hieronymus Bernoulli-Respinger ergänzten, vgl. Gutachten 1850, S. 4.

[290] Vgl. Bericht der Strafanstalten-Commission über Verwendung der Zinsen des Fonds für eine Zwangsarbeitsanstalt, in: JB 1855, S. 85–88.

[291] Miaskowski, Festschrift, S. 31.
[292] Vgl. JB 1864, S. 180.
[293] Miaskowski, Festschrift, S. 31–32.
[294] Vgl. JB 1864, S. 175–177.
[295] JB 1865, S. 11.
[296] Miaskowski, Festschrift, S. 30. Für die Entwicklung nach 1877 vgl. Siegfried 1927, S. 183–184.
[297] Angaben nach Miaskowski, Festschrift, S. 36. Vgl. auch JB 1826, S. 37.
[298] JB 1823, S. 16–18, und JB 1824, S. 14–16, in enger Zusammenarbeit mit der Musikkommission wegen der Jugendfestchöre. Der Kommission gehörten 1823/24 an: Professor Hanhart (Vorsteher), Dr. Daniel Bernoulli-Obermeyer, Wilhelm Burckhardt, Stadtrat Samuel Minder und Pfarrer Wolleb.
[299] Weitere Mitglieder waren Stadtrat Samuel Minder, Pfarrer Wolleb, Kandidat Kürsteiner, der Mediziner Carl Gustav Jung, Kandidat Johann Rudolf Burckhardt und Daniel Heussler-Iselin (1800–1881).
[300] Vgl. JB 1828, S. 11–12, in Zusammenarbeit mit der von der GGG unabhängigen Kadettenkommission der Offiziersgesellschaft, die bisher keinen rechten Erfolg hatte.
[301] Ein neues Kadettenkorps wurde 1859 von der Offiziersgesellschaft gegründet, die das Kadettenwesen vom Jugendfestverein übernahm.
[302] JB 1829, S. 86–87.
[303] JB 1843, S. 94, vgl. auch JB 1842, S. 15: «Der Turnkommission an die Seite stellte sich die Commission zur Veranstaltung von Jugendfesten, keine von den unseren, aber uns befreundet durch die anerbotene, bereits auch begonnene Einsendung ihrer Berichte, und durch die anerkennende Unterstützung, die von hier aus ihren verdienstlichen Leistungen nun schon wiederholendlich zu Theil geworden.»
[304] JB 1827, S. 67.
[305] JB 1827, S. 68.
[306] JB 1827, S. 68.
[307] JB 1827, S. 68.
[308] JB 1829, S. 85.
[309] JB 1828, S. 11.
[310] JB 1840, S. 67.
[311] Vgl. JB 1840, S. 65–66.
[312] JB 1842, S. 72–73.
[313] JB 1844, S. 12, zur Einsitznahme staatlicher Vertreter in der Turnkommission vgl. JB 1844, S. 96.
[314] JB 1846, S. 14: «Seitdem durch Grossrathsbeschluss der Turnunterricht im Gymnasium und den Töchterschulen wirklich an die Staatsbehörde übergegangen ist, beschränkt sich die Wirksamkeit unserer Turnkommission bloss noch auf die Knaben-Realschulen, und eine Anzahl Waisenknaben». Vgl. auch JB 1846, S. 85–88.
[315] JB 1846, S. 87.
[316] JB 1844, S. 102.
[317] JB 1845, S. 11: «Im Sommer turnten etwa 80 Mädchen aus Privatschulen, mehr als hundert aus der Töchterschule.» Für das Folgende vgl. Flueler, Mädchenbildung, S. 62–64.
[318] JB 1845, S. 12 und S. 89–90.
[319] JB 1826, S. 36.
[320] JB 1826, S. 36.
[321] JB 1831, S. 17.
[322] Miaskowski, Festschrift, S. 41; Siegfried 1927, S. 71. Beschreibung der Eisbahnen in JB 1864, S. 190–193.
[323] JB 1826, S. 39.
[324] JB 1826, S. 39–40.
[325] JB 1828, S. 12.
[326] JB 1829, S. 21.
[327] JB 1829, S. 138.
[328] Bericht zu den technischen Überlegungen im «Gutachten der Kommittierten zu Berathung über Errichtung einer Schwimm- und Badeanstalt» vom 11. November 1829, in: JB 1829, S. 130–139. Von den effektiven Baukosten von rund Fr. 6300.– trug die GGG rund Fr. 4200.–, vgl. JB 1832, S. 92.
[329] JB 1831, S. 18.
[330] JB 1832, S. 91.
[331] JB 1832, S. 93.
[332] JB 1841, S. 106.
[333] Vgl. JB 1830, S. 112, als die Frage auftauchte, «ob die Anstalt auch für das weibliche Geschlecht benutzbar gemacht werden sollte?».
[334] JB 1841, S. 17–18.
[335] JB 1841, S. 18 (Zitat); JB 1841, S. 107.
[336] JB 1845, S. 13.
[337] JB 1846, S. 15.
[338] JB 1846, S. 15.
[339] JB 1847, S. 23. Zur Baugeschichte JB 1847, S. 93–97.
[340] JB 1847, S. 95.
[341] Badefrequenz und Wassertemperatur wurden seit 1847, vom ersten Jahresbericht an, abgedruckt, die Messergebnisse sind im Original aber erst ab 1863 erhalten im Archiv der Männerbadanstalt, vgl. Tabellen in StABS PA 146a, M 1, 11: Rheinwärme 1863–1903.
[342] JB 1824, S. 62.
[343] JB 1824, S. 65.
[344] Vgl. JB 1824, S. 62–64.
[345] Vgl. JB 1824, Beilage, S. 66–68.
[346] Zitiert nach JB 1828, «Gutachten der Kommission zur Zeichnungsschule im Markgräfischen Hofe und der Sonntagsschule im Klingenthal über Vereinigung derselben», S. 67–84, Zitat S. 67.
[347] JB 1828, Gutachten Zeichnungsschule, S. 67–84.
[348] JB 1828, Gutachten Zeichnungsschule, S. 70.
[349] JB 1828, Gutachten Zeichnungsschule, S. 73–74.
[350] JB 1828, Gutachten Zeichnungsschule, S. 76.
[351] JB 1828, Gutachten Zeichnungsschule, S. 68–69 sowie S. 75–76.
[352] JB 1828, Gutachten Zeichnungsschule, S. 69–70.
[353] JB 1828, Gutachten Zeichnungsschule, S. 70.
[354] JB 1828, Gutachten Zeichnungsschule, S. 72.
[355] JB 1828, Gutachten Zeichnungsschule, S. 74.
[356] JB 1828, Gutachten Zeichnungsschule, S. 74.
[357] JB 1828, Gutachten Zeichnungsschule, S. 77–78.
[358] JB 1828, Gutachten Zeichnungsschule, S. 81–82.
[359] JB 1829, S. 56.
[360] JB 1829, S. 60.
[361] Wilhelm Schmidlin, «Ergebnisse der Berathungen der Gemeinnützigen Gesellschaft über die Fortbildung der Handwerkslehrlinge», Basel, 1848, S. 3.
[362] JB 1829, S. 63.
[363] JB 1839, S. 8–9.
[364] JB 1839, S. 9–10.
[365] JB 1839, S. 11.
[366] JB 1839, S. 11–12.
[367] JB 1841, S. 8–10.
[368] JB 1840, S. 45.
[369] Erst später kehrte der Botanische Garten an den heutigen Standort beim Petersplatz zurück. 1840 war er vor das Aeschentor verlegt worden.
[370] Vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1843–1863/64: 5. Allgemeine Sitzung vom 21. Mai 1847, Traktandum «Fortbildung der Handwerkszöglinge» (ohne Nennung des Antragsstellers); Name und Zitat aus: Schmidlin, Ergebnisse, S. 3.
[371] Gewählt wurden: Ratsherr Fäsch, «Altratsherr» Andreas Heusler-Ryhiner, August Stähelin(-Vischer)-Brunner, Zimmermeister Daniel Barth und Wilhelm Schmidlin (Vorsitz), vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1843–1863/64: 5. Allgemeine Sitzung vom 21. Mai 1847.
[372] Die Kommission kooptierte zusätzlich Konrektor Johannes Kürsteiner, Dr. Christoph Stähelin, Waisenvater Johann Rudolf Lukas Burckhardt-Raillard und Lehrer Johann Jakob Schäublin in die Kommission, vgl. Schmidlin, Ergebnisse, S. 5.
[373] Schmidlin, Ergebnisse, S. 15.
[374] Schmidlin, Ergebnisse, S. 15.
[375] Schmidlin, Ergebnisse, S. 15.
[376] Schmidlin, Ergebnisse, S. 16.
[377] Schmidlin, Ergebnisse, S. 12.
[378] Schmidlin, Ergebnisse, S. 13–14.
[379] Mitglieder waren: August Stähelin(-Vischer)-Brunner, Konrektor Kürsteiner, Dr. Tripet, Kommandant Adolf. Hübscher

und Wilhelm Schmidlin (Vorsitz), vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1843–1863/64: Vorberatende Sitzung vom 13. September 1848 und allgemeine Sitzung vom 15. September 1848, Traktandum: «Bildungsschule für Handwerkslehrlinge»; vgl. auch Schmidlin, Ergebnisse, S. 16.

[380] Vgl. JB 1865, S. 100–108: den ausführlichen Bericht des Kommissionspräsidenten J. Müller-Stähelin zur Situation der Zeichnungs- und Modellierschule. Miaskowski, Festschrift, S. 51, nennt folgende Zahlen: 1857: 180; 1859: 312; 1861: 327; 1863: 264: 1865: 202: 1867: 157; 1869: 176.

[381] Vgl. JB 1868, S. 85.

[382] JB 1875, S. 88.

[383] JB 1842, S. 27.

[384] Miaskowski, Festschrift, S. 46.

[385] JB 1868, S. 116.

[386] So die Angaben in den Kommissionsberichten dieser Jahre.

[387] JB 1869, S. 17.

[388] JB 1869, S. 17.

[389] JB 1863, S. 4–5.

[390] Burckhardt, Geschichte, S. 222.

[391] Diese 1852 geschaffene «Gewerbeschule» hat nichts zu tun mit der Gewerbeschule, die 1886 aus der Zeichnungs- und Modellierschule der GGG entstand.

[392] Burckhardt, Geschichte, S. 223.

[393] JB 1863, S. 68.

[394] Das Folgende, wenn nicht anders vermerkt, nach Flueler, Mädchenbildung, S. 44–57 und S. 67–72.

[395] Aus einer Eingabe der Inspektion der Stadtgemeindeschulen an Bürgermeister und Rat 1817 (StABS, Älteres Hauptarchiv, Erziehung A 2), zitiert nach Flueler, Mädchenbildung, S. 44.

[396] Vgl. Flueler, Mädchenbildung, S. 45.

[397] Flueler, Mädchenbildung, S. 53.

[398] Flueler, Mädchenbildung, S. 56–57.

[399] Flueler, Mädchenbildung, S. 57.

[400] Flueler, Mädchenbildung, S. 54–56.

[401] Flueler, Mädchenbildung, S. 67–69.

[402] Zitiert nach Flueler, Mädchenbildung, S. 71 (StABS Erziehung H4).

[403] Zitiert nach Flueler, Mädchenbildung, S. 71 (StABS Erziehung H4).

[404] Zitiert nach Flueler, Mädchenbildung, S. 71 (StABS Erziehung H4).

[405] Vgl. Kommissionsberichte in JB 1859–1865.

[406] JB 1861, S. 202–203.

[407] Vgl. Flueler, Mädchenbildung, S. 73–74.

[408] JB 1867, S. 215.

[409] Vgl. JB 1869, S. 178–179.

[410] Vgl. Flueler, Mädchenbildung, S. 74–75.

[411] Vgl. JB 1870, S. 175–176.

[412] JB 1870, S. 176.

[413] Vgl. JB 1869, S. 178.

[414] Vgl. JB 1870, S. 176.

[415] Vgl. zur Frauenarbeitsschule Teil II, Kap. 3.5.x, S. S. 375ff.

[416] Flueler, Mädchenbildung, S. 69.

[417] JB 1863, S. 15–16.

[418] Die Verbindung zur Stadtmission ergibt sich daraus, dass der Frauenverein vom Gründer der Evangelischen Stadtmission Emanuel Herzog-Reber bzw. seiner Witwe präsidiert wurde. Zum gleichzeitigen Ausbau der Tätigkeit der Stadtmission im Kleinbasel vgl. Janner, Machtanspruch, S. 267–268.

[419] Zur Bedeutung der reformierten Kirchenzugehörigkeit für das Basler Stadtbürgertum vgl. Janner, Machtanspruch, S. 31–32, S. 161–177 und S. 517–521.

[420] Vgl. Teil II, Kap. 3.2, S. 234.

[421] Miaskowski, Festschrift, S. 76.

[422] Miaskowski, Festschrift, S. 76.

[423] Dem Folgenden liegen die Jahresberichte der Kommission von 1844–1871 und Miaskowski, Festschrift, S. 70–79, zugrunde.

[424] JB 1853, S. 5–6, erwähnt ein Gutachten von Obersthelfer Johannes Linder-Merian; in abgeschwächter Form wird Linders Antrag 1856 wiederaufgenommen, vgl. JB 1856, S. 8–9.

[425] Miaskowski, Festschrift, S. 77.

[426] Zu den gerade in der Altstadt schlechten Wohnverhältnissen vgl. Trevisan, S. 53–83.

[427] JB 1887, S. XIII.

[428] Abgedruckt in: Jubiläum 1837, S. 51–76, Zitat S. 52.

[429] Jubiläum 1837, S. 52–64.

[430] Jubiläum 1837, S. 64–70.

[431] Jubiläum 1837, S. 71.

[432] Jubiläum 1837, S. 72–73.

[433] Vorwort zu «Ueber die Veredlung der Vergnügungen der arbeitenden Klassen. Zwei gekrönte Preisschriften, herausgegeben von der Baslerischen Gemeinnützigen Gesellschaft», Basel 1840, S. III.

[434] Veredlung, S. III.

[435] Veredlung, S. IV.

[436] Veredlung, S. VI.

[437] Begutachtung der Vorschläge über die Veredlung der Volksvergnügungen, Basel 1840, S. 5.

[438] Begutachtung, S. 5.

[439] Begutachtung, S. 3–4.

[440] Begutachtung, S. 4.

[441] Begutachtung, S. 5–26.

[442] Begutachtung, S. 24.

[443] Begutachtung, S. 25.

[444] Begutachtung, S. 137, vgl. auch S. 25.

[445] JB 1841, S. 113.

[446] Vgl. Begutachtung, S. 16–17, dort auch zum «Zwangssparen» durch Zurückhalten eines Teils des Lohns. Solche Fabrik-Sparkassen befinden sich teilweise in der Verwaltung der ZEK, vgl. Begutachtung, S. 17–18.

[447] Vgl. Begutachtung, S. 5–8.

[448] Vgl. JB 1843, S. 9–12 ausführlicher Bericht.

[449] JB 1843, S. 54.

[450] Vgl. Jubiläum 1837, S. 74.

[451] Vgl. JB 1844, S. 127–128, Zitat S. 128.

[452] JB 1844, S. 127–128.

[453] Miaskowski, Festschrift, S. 57. Die Kommission veröffentlichte nur einen Jahresbericht 1844, wird aber bis 1847 im Verzeichnis der Kommissionen aufgeführt. 1847, im Jahr seiner Wahl zum Grossrat, zog sich Christ vom Präsidium und der Mitarbeit in der Kommission zurück. Die Kommission wurde 1848 von der Kommission zur Fortbildungsschule für Handwerklehrlinge unter Leitung von Wilhelm Schmidlin abgelöst.

[454] JB 1841, S. 31–32; JB 1842, S. 8–10.

[455] JB 1841, S. 31.

[456] Mitglieder waren 1842 neben Fürstenberger-Debary August Heitz-de Wette, Seckelmeister, Karl Sarasin-Vischer, Brüderlin-Schmidt und Notar Walther Merian, später durch Notarius Herzog Sohn ersetzt, vgl. JB 1842, S. 45, und JB 1847, S. 42–43.

[457] JB 1842, S. 132–133.

[458] JB 1843, S. 115.

[459] JB 1844, S. 122–123.

[460] JB 1846, S. 21.

[461] Basler-Bernoulli, St. Johann; Schmidt-Fäsch, Spalen; Hübscher Sohn, Steinen; Hauser-Oser, Aeschen; Architekt Riggenbach, St. Alban; Niklaus Brüderlin, Stadtquartier; Conrad Albrecht, Bläsiquartier; Raillard-Stähelin, Riehenquartier, vgl. JB 1847, S. 42–43.

[462] JB 1846, S. 102–106.

[463] Vgl. Teil II, Kap. 2.2, S. 198.

[464] Vorspann zum «Gutachten der von der Baslerischen Abtheilung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft aufgestellten Kommission über die Frage betreffend die Fabrikarbeiter-Verhältnisse», Basel 1843, S. 3.

[465] Gutachten 1843, S. 5.

[466] Vgl. JB 1843, S. 36–37.

[467] Vgl. JB 1847, S. 108.

[468] JB 1843, S. 37.

[469] JB 1869, S. 14.

[470] Zu den Gründungsmitgliedern gehörten 1846 August Stähelin-Vischer, der die Kommission präsidierte, Wilhelm Schmidlin,

Carl Sarasin-Vischer, Richter-Linder und Wegner-Eglin. Vgl. JB 1846, S. 38. Vorher lässt sich die Kommission in den Jahresberichten nicht nachweisen.

[471] JB 1847, S. 109.

[472] JB 1847, S. 109–110.

[473] JB 1850, S. 124–127.

[474] JB 1851, S. 93–96.

[475] Concordia, Arbeiterkasse, Posamenter-Hilfsverein und Posamenterkasse, vgl. JB 1851, S. 93.

[476] JB 1854, S. 173.

[477] JB 1868, S. 8–9.

[478] Weitere Mitglieder waren Wilhelm Schmidlin, Alphons Koechlin-Geigy und Oberst Johann Jakob Stehlin-Hagenbach, Emil Wick «zur Altane» (ab 1855), vgl. JB 1854, S. 65.

[479] 1853 erschien gedruckt ein «Antrag für Errichtung von Arbeiterwohnungen der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen zu deren Entscheid vorgelegt», gezeichnet von Karl Sarasin, Basel, 10. Oktober 1853.

[480] Burckhardt, Geschichte, S. 269.

[481] 1858, S. 110.

[482] Die Kommission griff dabei auf eine französische Übersetzung zurück, die in der Romandie bereits unter dem Titel «La réforme domestique» veröffentlicht worden war, vgl. JB 1858, S. 110–111.

[483] JB 1868, S. 6.

[484] Die Darstellung folgt im Wesentlichen Wanner, Christoph Merian und das Projekt einer allgemeinen Speiseanstalt in Basel (1857), vgl. auch Labhardt, Kapital und Moral, S. 201–209, sowie StABS PA 146a, O 5: Speiseanstalt 1857, darin: Statutenentwurf mit Beschreibung der Anstalt.

[485] Neben Schmidlin bestand diese u. a. aus Karl Sarasin (-Vischer)-Sauvain, dem Spitaldirektor Theodor Meyer-Merian (1818–1867), dem Radikalen Wilhelm Klein-Schabelitz, dem Besitzer einer Seidenspinnerei, Gustav Bernoulli-Oswald, und Major und Gastwirt zum «Wilden Mann» Victor Pfander.

[486] Angeregt hatte dieses Projekt eine 1855 mit grossem Erfolg vom Industriellen Johann Georg Heinrich Egerstorff (1802–1868) bei Hannover eröffnete «Musteranstalt». Schmidlin besuchte die Anstalt, um sich mit deren Einrichtung und Organisation vertraut zu machen, vgl. Wanner, Projekt Speiseanstalt, S. 2.

[487] Schmidlin erhielt 1855 einen Kredit von Fr. 5000.–, der weder durch einen Bürgen noch eine Hypothek gesichert war; Kiefer-Bär konnte sich dank eines hypothekarischen Darlehens von Fr. 36 000 im Haus zur Laute am Kornmarkt geschäftlich etablieren, vgl. Wanner, Projekt Speiseanstalt, S. 3.

[488] StABS PA 146a, O 5: Statuten, § 1.

[489] StABS PA 146a, O 5: Statuten, Passagen aus § 2 und 3.

[490] Die Beschreibung der Anstalt und des Betriebs folgt den Abschnitten «Betriebsverhältnisse» und «Anlage der Speiseanstalt», S. 6–8 der Statuten (StABS PA 146a, O 5), aus denen auch die Zitate im Folgenden stammen.

[491] StABS PA 146a, O 5: Statuten, «Anlage der Anstalt», Art. 4, S. 8 und «Betriebsverhältnisse, Art. 3, S. 6.

[492] Inhaber einer Seidenspinnerei an der Clarastrasse.

[493] Teilhaber der Baumwollspinnerei in Nieder-Schönthal, aus der die Floretspinnerei Ringwald entstand.

[494] Teilhaber der Privatbank Iselin & Staehelin und später Präsident der Bank in Basel.

[495] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1843–1863/64: Erste Sitzung 1857/58 vom 3. April 1857, Traktandum 3.

[496] Zitiert nach Wanner, Projekt Speiseanstalt, S. 7.

[497] Wanner, Christoph Merian, S. 326, und Wanner, Projekt Speiseanstalt, S. 15.

[498] Zitiert nach Wanner, Projekt Speiseanstalt, S. 7.

[499] Teilhaber von Bischoff & Söhne am damaligen St. Albanthorgraben, der heutigen St. Albananlage.

[500] Associé von J. J. Bachofen & Sohn im «Weissen Haus» am Rheinsprung.

[501] Einer der Leiter der Firma Forcart-Weiss & Burckhardt-Wildt im Württemberger Hof am St. Albangraben, Schwager von Christoph Merian-Burckhardt.

[502] Seniorchef von Fichter & Söhne an der Elisabethenstrasse.

[503] Inhaber eines Kommissions- und Speditionsgeschäfts an der heutigen Theaterstrasse. Den Erwerb seiner Geschäftsliegenschaft ermöglichte 1841 ein Darlehen Merians über Fr. 32 000.–.

[504] Bis 1853 Leiter des grossen Zimmerei- und Baugeschäfts an der Malzgasse, später Bürgermeister. Erbaute 1837 im Auftrag von Christoph Merian nach den Plänen von Melchior Berri das Ökonomiegebäude in Brüglingen.

[505] JB 1857, S. 6–8, Zitat S. 8; JB 1858, S. 7–9.

[506] JB 1868, S. 5.

[507] Der im JB der GGG als Nr. 34 1870 erstmals publizierte «Jahresbericht der Allgemeinen Speiseanstalt in Basel für 1870» gibt viele, auch technische Details zum Betrieb.

[508] Eventuell identisch mit dem von Christ 1837 erwähnten Leseverein, vgl. Jubiläumsschrift 1837, S. 73. Im JB 1844, S. 126, beschrieben als «eine geschlossene Gesellschaft von Arbeitern mit dem Zweck geselliger und wissenschaftlicher Bildung».

[509] JB 1842, S. 26–27.

[510] Vgl. JB 1842, S. 124–125.

[511] JB 1843, S. 110–111.

[512] JB 1843, S. 111.

[513] Vgl. JB 1845, S. 108.

[514] JB 1842, S. 60.

[515] Die Jugend- und Bürgerbibliothek veröffentlichte seit 1841 eine Statistik zur Benutzung der verschiedenen Büchergruppen und machte Angaben zu den Abonnentenzahlen, aber erst von 1848 an machte sie auch Angaben zur geschlechtsspezifischen Verteilung der Benutzungen. Die Arbeiterbibliothek machte erst ab 1850 detailliertere Angaben zur Benutzung, ab 1853 auch mit Angaben zur geschlechtsspezifischen Verteilung.

[516] JB 1865, S. 26–27.

[517] JB 1863, S. 12–13.

[518] In den Tageszeitungen finden sich zahlreiche Anzeigen privater Leihbibliotheken, die gegen Geld Bücher ausliehen. Auch Buchbinder und Buchhändler liehen Bücher gegen Geld aus.

[519] Unterhaltungsschriften, Romane, Erzählungen: Männer 2307, Frauen 1003; Geographische Werke und Reisebeschreibungen: Männer 443, Frauen 111; Geschichte und Biographie: Männer 454, Frauen 108, vgl. JB 1861, S. 110.

[520] JB 1861, S. 109.

[521] JB 1861, S. 108.

[522] Vgl. Doris Huggel, Das neugotische Zimmer im Haus zum Schöneck in Basel.

[523] Wackernagel löste 1843 Pfarrer Johann Jakob Übelin(-Brenner)-Trautwein als Vorsteher ab.

[524] Die Neujahrsblätter zwischen 1824 und 1831 stammten alle vom Theologen Karl Rudolf Hagenbach-Geigy (1801–1874), die Neujahrsblätter zwischen 1835 und 1842 mit einer Ausnahme von Pfarrer Abel Burckhardt-Miville. 1833 und 1834 erschien kein Neujahrsblatt.

[525] Vgl. Nikolaus Meier, Stiften und Sammeln für die Öffentliche Kunstsammlung Basel: Emilie Linder, Jacob Burckhardt und das Kunstleben der Stadt Basel, Basel 1997.

[526] StABS PA 146y, C 7, Säkularfeier des Erdbebens (Erdbebenbuch) 1853–1857, darin: «Antrag an die Gemeinnützige Gesellschaft», adressiert an: «T[itular] Herrn Rector Frey, z.Z. Vorsteher der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen in Basel», autograph, datiert: «Basel 29. Februar 1853».

[527] Vgl. StABS PA 146a, C 7: «Antrag» vom 29. Februar 1853.

[528] Vgl. dazu das von Abraham Heussler 1841 verfasste Neujahrsblatt zum Grossen Erdbeben, speziell die letzten Seiten. Zur Geschichtstheologie der erweckten Kreise in Basel vgl. Janner, Machtanspruch, S. 527–530.

[529] Wilhelm Theodor Streuber, Die Stadt Basel, historisch-topographisch beschrieben, Basel 1854.

[530] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1843–1863/64: Protokoll vom 3. Juni 1853, Traktandum 3.

[531] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1843–1863/64: Protokoll vom 3. Juni 1853, Traktandum 3.

[532] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1843–1863/64: Protokoll vom 16. Dezember 1853, Traktandum 7 (Schlussumfrage), in der allgemeinen Versammlung vom 23. Dezember 1853 genehmigt.
[533] Die anderen Mitglieder waren Pfarrer Adolf Sarasin-Forcart, Dr. Ludwig August Burckhardt, Dr. Theodor Meyer-Merian und Major August Burckhardt, vgl. StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1843–1863/64: Protokoll vom 23. Dezember 1853.
[534] JB 1841, S. 12.
[535] JB 1841, S. 13.
[536] Vgl. auch JB 1854, S. 16, Bericht des Vorstehers Merian-Bischoff: «Einem dieser Neujahrsblätter, das uns vor vierzehn Jahren eine Schilderung des unglücklichsten Ereignisses brachte, das unsere Vaterstadt je betraf, verdanken wir die Anregung zu einer Feierlichkeit, die uns nächstes Jahr [Merian-Bischoff spricht im Frühjahr 1855] erwartet.» Der Bericht von Meyer-Merian vom 8. Januar 1854 liegt in StABS PA C 7.
[537] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1843–1863/64: Protokoll vom 24. November 1854. Die Hintergründe, die Sarasin zu diesem Gegenvorschlag motivieren, werden aus dem Protokoll nicht deutlich.
[538] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1843–1863/64: Protokoll der allgemeinen Versammlung vom 24. November 1854, Traktandum 3.
[539] Vgl. Aufruf der Kommission in BZ, Jg. 26, Nr. 234, S. 978, 2. Oktober 1856.
[540] StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1843–1863/64: Protokoll vom 27. Februar 1857, gewählt werden: Dr. med. Theodor Meyer-Merian, Waisenvater Johannes Stückelberger-Usteri, Lehrer Johann Jakob Schäublin, Pfarrer Bischoff und Bankdirektor Eduard Früh.
[541] Der ganze erste Abschnitt des Festberichts in der BZ vom 20. Oktober 1856 lässt sich über die Konflikte im Vorfeld der Feierlichkeiten aus.
[542] JB 1855, S. 16–17.
[543] JB 1855, S. 183.
[544] Das sogenannte «Erdbebenbuch» erschienen unter dem Titel «Basel im vierzehnten Jahrhundert: geschichtliche Darstellungen zur fünften Säcularfeier des Erdbebens am S. Lucastage 1356». Es enthielt wegweisende Arbeiten zur mittelalterlichen Geschichte und Topographie Basels.
[545] Vgl. BZ 26. Jg., Nr. 245, 15. Oktober; Nr. 247, 17. Oktober; Nr. 248, 18. Oktober und Nr. 251, 22. Oktober.
[546] Vgl. BZ 26. Jg., Nr. 72, S. 295, 26. März 1856.
[547] BZ 26. Jg., Nr. 235, S. 982, 3. Oktober 1856.
[548] Vgl. BZ 26. Jg., Nr. 249, S. 1040–1041, 20. Oktober.
[549] Vgl. JB 1849, S. 157, JB 1850, S. 168–169, und StABS PA 146a, A 9 Protokolle, Band 1843–1863/64: Protokoll vom 20. April 1849. Neben Fiskal Burckhardt wurden am 20. April 1749 als Mitglieder der Kommission gewählt: Johann Rudolf Iselin-Debary (1796–1869) und Dr. med. Theodor Meyer-Merian.
[550] Vgl. JB 1849, S. 157–161.
[551] Vgl. JB 1850, S. 163–168, zum Druck vgl. JB 1851, S. 139–140, veröffentlicht unter dem Titel: Zwei Schriften über menschlichere Behandlung der Thiere, Basel 1851, darin die prämierte Einsendung von Theodor Meyer-Merian, S. 15–78, sowie «Mittheilungen über bessere Behandlung der Thiere und über Abhülfe der Thierquälerei».
[552] Vgl. dazu StABS PA 146a: V 1, 1 Tierschutz, Tierschutzkommission, Basler Tierschutzverein: Allgemeines und Einzelnes, 1844–1935, erhaltene Korrespondenz. Regelmässige Berichte dazu auch in den Jahresberichten.
[553] JB 1851, S. 142–143.
[554] JB 1853, S. 158.
[555] JB 1853, S. 159–160.
[556] JB 1853, S. 156–161, Zitat S. 156–157.
[557] Vgl. JB 1856, S. 137–138. Die Listen haben sich erhalten unter der Signatur StABS PA 146a: V 2, Tabellen und Verzeichnisse der polizeilichen Verzeigungen und Verwarnungen wegen Tierquälerei 1853–1870.
[558] Vgl. JB 1854, S. 166.
[559] Vgl. JB 1854, S. 165–166.
[560] Vgl. JB 1855, S. 170.
[561] Vgl. speziell den JB 1867, S. 190–193.
[562] Vgl. JB 1868, S. 172–173; JB 1869, S. 161–162.
[563] Vgl. JB 1878, S. 229.
[564] Siegfried 1927, S. 65 (ohne Angabe der Quelle).
[565] JB 1856, S. 138.
[566] JB 1865, S. 187.
[567] JB 1865, S. 187. Der erste Bericht mit dem neuen Namen erschien 1866.
[568] JB 1866, S. 158.
[569] JB 1866, S. 158.
[570] Vgl. JB 1867, S. 190, und JB 1869, S. 164.
[571] JB 1869, S. 164.
[572] JB 1869, S. 164.
[573] Thun, S. IV.
[574] Diese Zahl stimmt nicht immer mit der Zahl der Vereine überein, die meine Zählung der Einträge im Verzeichnis ergab. Ich konnte keine andere Erklärung für diesen Unterschied finden, als dass diejenigen Vereine, die keinen Eintrag im Verzeichnis wünschten, in der amtlichen Zählung trotzdem mitgezählt wurden. In der Tabelle im Text gebe ich nur für 1910 und 1913, wo amtliche Zahlenangaben fehlen, die von mir selbst ermittelte Vereinszahl an, die unter der genannten Voraussetzung eher zu niedrig als zu hoch sein dürfte.
[575] Es kommt auch vor, dass Kommissionen zweimal einen selbständigen Eintrag erhalten. Die zu den GGG-Schulen gehörenden Kommissionen fehlen im Vereinsverzeichnis, erscheinen aber im Verzeichnis der kantonalen und kommunalen Behörden unter den Privatschulen.
[576] Thun, S. III.
[577] Die Kleinbasler Ehrengesellschaften und die Vorstadtgesellschaften werden auch vom Adressbuch regelmässig zu den «wohltätigen Vereinen» gerechnet.
[578] Vgl. Thun, S. 46–47.
[579] 1916 wurde die Systematik verfeinert, und einzelne Vereinsgruppen wurden entweder zusammengezogen oder auf selbständige Rubriken verteilt, sodass der Vergleich der Entwicklung vor oder nach dem Zweiten Weltkrieg einen erheblichen Aufwand erfordert, um wirklich vergleichbare Zahlen herzustellen.
[580] Rubrik I: Vaterländische und politische Vereine; Rubrik II: Militärische und Schützenvereine, Rubrik III: Studentenvereine und Schülerverbindungen; Rubrik V: Wissenschaftliche Anstalten und Sammlungen (= Universität); XII Hilfskassen: Die von der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse verwalteten Hilfskassen gehörten nie zur GGG, sondern waren eigenständige Gründungen.
[581] Zwischen 1895 und 1901 erscheinen die schon damals in der Bibliotheks-Kommission der GGG vertretenen Volksbibliotheken noch als selbständige Einrichtung im Adressbuch. Ich habe diese Eintragungen nur in der Gesamtübersicht mitgezählt, sodass dort in der Rubrik VII drei GGG-Kommissionen vorkommen in diesen Jahren.
[582] Vgl. statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, Jg. 1932, S. 18.
[583] Diese Entwicklung spiegelt sich im starken Wachstum der Musik- und Gesangsvereine (Rubrik VII: 14) und der geselligen Vereine (Rubrik X: 14), der Zunahme der Bildungsvereine, der Vereine mit wirtschaftlichen Zwecken und der Hilfskassen sowie der gemeinnützigen Vereine und Anstalten (Rubrik VII: 11; Rubrik XI: 7; Rubrik XII: 10; Rubrik XIII: 9), vgl. Tabelle 11, S. 432ff.
[584] Der von mir verwendete Begriff religiöser Verein entspricht nicht der Rubrik IV: Religiöse Vereine und Anstalten der Vereinsverzeichnisse. Vgl. zum Vorgehen Janner, Machtanspruch, S. 221–222 und Anm. 189.
[585] Vgl. Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, Jg. 1932, S. 18.
[586] Die von mir vermerkte zusätzliche Kommission in der Rubrik VII für das Jahr 1886 betrifft die seit 1884 finanziell von der GGG unterstützten Volksbibliotheken, die erst 1901 mit der städtischen Bibliothek, die aus der Jugend- und Bürger-

bibliothek entstanden war, mit der Arbeiterbibliothek zu den Allgemeinen Bibliotheken fusioniert wurden. Dieses Wachstum entsteht also nur durch meine Zählweise.

[587] Mit 5 Einträgen erreicht die GGG auch als Trägerin von Privatschulen im Jahr 1880 ihren Höchststand: Von 15 eingetragenen Instituten wurden 5 von der GGG geführt. Es handelt sich dabei um die Deutsche Repetierschule, die Französische Repetierschule, die Nachfolgeeinrichtungen der 1778 eingerichteten Nähschulen für Mädchen und der gemischten, 1784 unter Aufsicht genommenen Fabrikschule; die 1796 gestiftete Zeichnungs- und Modellierschule, die 1867 eröffnete Allgemeine Musikschule, entstanden aus der seit 1809 bestehenden Kommission für Gesang und Orgelunterricht, und die 1878 eröffnete Frauenarbeitsschule. 1883 beträgt die Relation GGG-Schulen: andere unter «Privatschulen» im Adressbuch eingetragene Privatschulen 4:17; 1886 4:15; 1889 3:11; 1892: 3:13; 1895 3:11.

[588] Die folgenden Angaben beziehen sich auf Tabelle 11, S. 432ff. Rubrik XIII: Einträge steigen von 24 auf 33. In diesem Zeitraum entstanden jedoch nur drei neue Kommissionen, die nicht in diesem Bereich angesiedelt waren: 1901 Verwaltungskommission für die Johannes Beck-Stiftung zugunsten des Zoologischen Gartens, 1903 Näh- und Flickschule im Grossbasel im Haus zum Hohen Dolder (Rubrik XIV); 1904 Kommission zur Führung durch die Museen und Sammlungen.

[589] Vgl. Teil II, Kap. 3, S. 269–270.

[590] Paul Speiser-Sarasin, «Zur Feier des 125jährigen Bestehens der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen. 23. Mai 1902», S. 6.

[591] Speiser, Jubiläum 1902, S. 34.

[592] Speiser, Jubiläum 1902, S. 34.

[593] Speiser, Jubiläum 1902, S. 37–38.

[594] Roth, Liberal-Konservative, S. 67, und Anm. 207, S. 123.

[595] Vgl. Roth, Liberal-Konservative, S. 74, Ergebnis einer Umfrage des Departements des Innern auf Veranlassung des Schweizerischen Arbeitervereins vom Juni 1876.

[596] Die Volkswahl der Regierungsräte wurde erst 1889 eingeführt.

[597] Vgl. Walter Lüthi, Die Struktur des Basler Grossen Rats.

[598] Art. 11 der Verfassung von 1889, zitiert nach Mez, Verfassung 1875, Anhang, p. 36.

[599] Art. 16 und 17 der Verfassung von 1889, zitiert nach Mez, Verfassung 1875, Anhang, p. 37.

[600] Vor 1821 waren solche Mehrfachwahlen häufiger. Zwischen 1821 und 1879 wurde nur Wilhelm Wackernagel-Sarasin zweimal (1842 und 1851) zum Vorsteher gewählt, vgl. Siegfried 1927, Verzeichnis der leitenden Männer der Gesellschaft 1777–1929, S. 208–210.

[601] Speiser war ab 1873 Grossrat, 1878–1884 (Erziehung 1878–1881, 1881–1884 Justiz), 1886–1902 (Finanz) und 1907–1914 Regierungsrat. Daneben sass er 1889–1896, 1902–1911 und 1915–1919 im Nationalrat. Vgl. Art. Paul Speiser in HLS.

[602] Speiser, Jubiläum 1902, S. 40.

[603] JB 1869, S. 3–4.

[604] JB 1900, S. X.

[605] JB 1900, S. XI–XII.

[606] JB 1886, S. III–IV.

[607] Zur Armenpflege um 1900 in Basel vgl. Janner, Korporative und private Armenpflege, und Mooser, Armenpflege.

[608] Roth, Liberal-Konservative, S. 57.

[609] Vgl. Roth, Liberal-Konservative, S. 107–112, und Janner, Machtanspruch, S. 264–278 und 517–527.

[610] Vgl. Teil III, S. 467ff.

[611] BN Nr. 78, Mittwoch, 4. April 1877: «Die hundertjährige Jubelfeier».

[612] JB 1893, S. XXXVII–XXXVIII.

[613] So der Titel der Jubiläumsschrift von Walter Staehelin 1977.

[614] Speiser, Jubiläum 1902, S. 31–32.

[615] JB 1877, S. 9.

[616] Vgl. Wortlaut des Beschlusses in: JB 1877, S. 10–11.

[617] JB 1877, S. 9–10.

[618] JB 1893, S. XXXI.

[619] Miaskowksi, Iselin, 1876; Miaskowski, Festschrift; Erinnerungsbuch von Benno Schwabe sowie mehrere kleine Privatdrucke als «Festgaben» (Wackernagel, Oser), genauere Angaben im Quellennachweis im Anhang.

[620] Inhaber der «Schweizerischen Grenzpost. Basler Tagblatt» (GP) war Johann Rudolf Geigy-Merian (1830–1917), Farbwarenfabrikant und Chef der Firma J.R. Geigy, Mitbegründer der Handelskammer, Grossrat 1864–1899.

[621] Die «Basler Nachrichten» (BN) waren 1844 aus dem «Avis-Blatt» (vorher «Wöchentliche Nachrichten») entstanden (zuerst Allgemeines Intelligenzblatt der Stadt Basel, ab 1856 «Basler Nachrichten aus der Schweiz und für die Schweiz», ab 1857 «Basler Nachrichten»). Die Zeitung war bis 1873 in liberal-konservativer Hand, ab 1873 bis 1902 befand sie sich in radikaler Hand. Erst 1902 gelangten die «Basler Nachrichten» wieder in konservative Hand.

[622] Festkomitee: Rudolf Iselin, Präsident (ab 1877 Seckelmeister GGG); Wilhelm Vischer, Schreiber (1867–1873 Vorsteher Neujahrsblatt); Carl Burckhardt-Ryhiner, Cassier; Gotthold Eglinger (Schlittschuhbahn, Kommission Musikschule); Wilhelm Otto-Jenny, Lehrer, speziell Turnunterricht (ab 1881 Delegierter Kleinkinderschulen); Gustav Kelterborn, Architekt; Rudolf Paravicini-Vischer; Paul Reber, Architekt, Autor des Festspiels; Dr. Johann Gottfried Wackernagel (–1874 Kommission Hausverdienst, ab 1874 Kommission Verschönerung Umgebungen Basels, Vorsteher GGG 1877).

[623] StABS PA 146a, C 4: Säkularfeier der Gesellschaft 1875–1877, darin: «An die verehrlichen Mitglieder der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen», Basel, den 8. März 1877.

[624] BN Nr. 75, Samstag, 31. März 1877, Rubrik: «Basel»: «Säcularfeier der Gemeinnützigen Gesellschaft».

[625] GP Nr. 76, Samstag, 31. März 1877, Inserat letzte Seite.

[626] Weitere Besammlungsorte waren der Eingang zum Realgymnasium Münsterplatz 16, der Eingang zum Humanistischen Gymnasium Münsterplatz 15, der Eingang zur Realschule am Münsterplatz 18 und beim Haus zur Mücke am Schlüsselberg sowie der Schönauerhof Rittergasse 2, vgl. GP Nr. 76, Samstag, 31. März 1877, Inserat, letzte Seite.

[627] GP Nr. 76, Samstag, 31. März 1877, Inserat, letzte Seite, oder mit leicht abweichendem Text BN, Beilage zu Nr. 76, Sonntag, den 1. April 1877, letzte Seite.

[628] GP Nr. 79, Mittwoch, 4. April 1877: «Das Jubiläum des hundertjährigen Bestehens der Basler Gemeinnützigen Gesellschaft. Erster Festtag, 2. April».

[629] BN Nr. 78, Mittwoch, 4. April 1877: «Die hundertjährige Jubelfeier».

[630] Vgl. Anzeige in: BN, Beilage zu Nr. 76, Sonntag, den 1. April 1877, letzte Seite.

[631] BN Nr. 72, Dienstag, 27. März 1877, Inserat «Jubelfeier» letzte Seite.

[632] GP; Nr. 79, Mittwoch, 4. April 1877: Jubiläum. Erster Festtag, 2. April.

[633] BN Nr. 78, Mittwoch, 4. April 1877: Jubelfeier.

[634] BN Nr. 78, Mittwoch, 4. April 1877: Jubelfeier.

[635] Neben Hagenbach-Bischoff gehörten zum Vorstand im März 1877: Dr. Ludwig Sieber, Statthalter; Wilhelm Iselin, Seckelmeister, und die Beisitzer Dr. August Heusler, Dr. Eduard Thurneysen, Albert Hoffmann-Burckhardt; Rector Johann Jakob Bussinger und Rudolf Sarasin(-Stehlin)-Thiersch.

[636] BN Nr. 78, Mittwoch, 4. April 1877: Jubelfeier.

[637] BN Nr. 78, Mittwoch, 4. April 1877: Jubelfeier.

[638] BN Nr. 78, Mittwoch, 4. April 1877: Jubelfeier.

[639] BN Nr. 80, Freitag, 6. April 1877: Jubelfeier etc. (Schluss).

[640] Es sprachen laut den Tageszeitungen Ständerat Martin Birmann aus Baselland, Herr August Dollfus aus Mühlhausen namens der Société Industrielle, Herr Dr. Adolf Hack aus Lübeck namens der dortigen Gemeinnützigen Gesellschaft, Professor Rudolf Gneist aus Berlin, Präsident des deutschen Centralvereins für das Wohl der Arbeiter, Direktor Kummer aus Bern als Vertreter der deutschsprachigen Sektionen der SGG, Professor Aimé Humbert-Droz aus Neuchâtel als Vertreter der französischen Sektionen der SGG, Professor Ulrich für die Zürcher Hilfsgesellschaft. Das Schlusswort hatte Altpfarrer Spyri, Präsident der SGG.

[641] BN Nr. 78, Mittwoch, 4. April 1877: Jubelfeier.

[642] Der Vorname wird im Bericht der Grenzpost nicht genannt, aber Gustav Kelterborn war Mitglied des Festkomitees, sodass ich seinen Bruder Julius ausschliessen kann.
[643] BN Nr. 79, Donnerstag, 5. April 1877: Jubelfeier etc. (Fortsetzung).
[644] GP Nr. 79, Mittwoch, 4. April 1877: Jubiläum etc. Erster Festtag, 2. April.
[645] BN Nr. 80, Freitag, 6. April 1877: Jubelfeier etc. (Schluss).
[646] BN Nr. 80, Freitag, 6. April 1877: Jubelfeier etc. (Schluss).
[647] BN Nr. 76, Samstag, 1. April 1877, Rubrik «Basel»: «Jubelfeier der Gemeinnützigen Gesellschaft, der Dienstagmorgen».
[648] BN Nr. 76, Samstag, 1. April 1877, Rubrik «Basel»: Jubelfeier Dienstagmorgen.
[649] GP Nr. 80, Donnerstag, 5. April 1877: Jubiläum etc. Zweiter Festtag, 3. April.
[650] GP Nr. 80, Donnerstag, 5. April 1877: Jubiläum etc. Zweiter Festtag, 3. April.
[651] BN Nr. 80, Freitag, 6. April 1877: Jubelfeier etc. (Schluss).
[652] BN Nr. 80, Freitag, 6. April 1877: Jubelfeier etc. (Schluss).
[653] Dialektaler Ausdruck, entspricht ungefähr dem hochdeutschen Flausen im Kopf haben.
[654] GP Nr. 80, Donnerstag, 5. April 1877: Jubiläum etc. Zweiter Festtag, 3. April.
[655] BN Nr. 79, Donnerstag, 5. April 1877: Jubelfeier etc. (Fortsetzung).
[656] JB 1877, S. 4.
[657] Zitiert nach der Fotokopie eines nicht identifizierten und undatierten Zeitungsausschnitts mit dem Titel: «Untere Brücke» aus der Topographischen Sammlung des StABS, Stichwort «Brücken».
[658] Die genauen Hintergründe dieser Entfremdung nach 1830 lassen sich aus den GGG-Akten nicht erklären. Stadtgeschichtliche Studien fehlen.
[659] Siegfried 1927, S. 94. Die Säle wechselten mehrmals den Namen. Ab 1879 hiessen sie Näh- und Flickschulen für Fabrikarbeiterinnen, nach 1907 Näh- und Flicksäle etc.
[660] Im Hohen Dolder, Albanvorstadt 35, im Schmiedenhof, im Mueshaus, Spalenvorstadt 14a, im Kleinen Klingental, auf der Heuwaage und auf dem Kohlenplatz an der Ecke der inneren Margarethen- und der Viaduktstrasse, vgl. JB 1907, S. 166.
[661] Vgl. Teil II, Kap. 3, S. 316.
[662] Vgl. Trevisan, Wohnungselend, S. 94–107, der sich S. 102–107 kritisch zur Rolle der GGG bei der finanziellen Unterstützung der beiden Baugenossenschaften äussert.
[663] JB 1880, S. XXII–XXIII, und S. 7.
[664] JB 1887, S. 147.
[665] JB 1893, S. XIV.
[666] JB 1877, S. 38.
[667] Siegfried 1927, S. 50.
[668] 1901 bestanden Filialen an folgenden Adressen: Elisabethenstrasse 16; Blauenstrasse 20; St. Johannvorstadt 68; Bläsistift; Maulbeerweg 38; Webergasse 1; Spalenvorstadt 14; Zürcherstrasse 107, Binningerstrasse 95; Kleinhüningen (Gemeindehaus); Pfeffingerstrasse 46; Theodorgraben 24. Die Hauptbibliothek befand sich an der Habsburgerstrasse 30, vgl. JB 1901, S. 230.
[669] Speiser, Jubiläum 1902, S. 15.
[670] Vgl. die in JB 1877–1884 publizierten Berichte der Aktiengesellschaft.
[671] So die Vermutung von Siegfried 1927, S. 112, vgl. auch JB 1880, S. 280 (die grossen Baustellen liegen in den Aussenquartieren) und JB 1881, S. IX: «Die Erscheinung, dass […] die Speise-Anstalten von dem Arbeiterstande […] weniger mehr als früher benutzt werden, welche mit der baulichen Entwicklung unserer Stadt zusammenhängt.»
[672] JB 1882, S. 253.
[673] Vgl. dazu Traugott Siegfried, «Das Wirthshaus», S. 42–43.
[674] Vgl. die Berichterstattung der Vorsteher und der Verwaltungskommission der Speiseanstalten in JB 1882–1885. Die Speiseanstalten stellten die Berichterstattung im JB der GGG 1885 ein, vgl. JB 1885, S. VIII.
[675] Siegfried 1927, S. 113.
[676] JB 1885, S. XX.
[677] JB 1885, S. XX.
[678] Zu den Wohnverhältnissen von Unterschichtfamilien und sogenannten Schlafgängern vgl. Trevisan, S. 71–93.
[679] Vgl. Balmer-Rinck, Die Wohnung des Arbeiters. Mit Rücksicht auf die neuen Bestrebungen zur Förderung des Wohls der Arbeiterfamilien durch XXII Grundrisse ausgeführter Arbeiterhäuser, Basel 1883, S. 26–28, vgl. auch Balmer-Rinck, Ueber Arbeiter-Wohnungen in und um Basel, Basel 1853. Sicherer Wegweiser zu einer guten und gesunden Wohnung. Zwei Preisschriften von Theodor Meyer-Merian und J. J. Balmer-Rinck, hg. von der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen in Basel, Basel 1859, sowie Trevisan, S. 97–99, mit Abb. der Wohnungsgrundrisse S. 98.
[680] JB 1888, S. 230.
[681] JB 1896, S. 219.
[682] Siegfried 1927, S. 113.
[683] JB 1888, S. XXII–XXIII; JB 1890, S. XXVIII–XXIX.
[684] Siegfried 1927, S. 96–97.
[685] JB 1898, S. 161–162.
[686] JB 1893, S. XXIX–XXX und S. 264–266. Die Akten der Turnkommission Kleinbasel haben sich im Archiv des Turnvereins Kleinbasel erhalten, haben aber noch keinen sicheren Verwahrungsort (Stand August 2015).
[687] Vgl. Roth, Liberal-Konservative, S. 100–102.
[688] Philipp Sarasin, Stadt der Bürger, Basel 1990, S. 15–71, speziell S. 61–71.
[689] JB 1898, S. 97–98.
[690] Zu den involvierten Personen und den generationalen und soziopolitischen Hintergründen vgl. Janner, Machtanspruch, S. 275–276.
[691] JB 1894, S. III–IV.
[692] JB 1877, S. 14–17. Mitglieder der Kommission 1878–1881 waren: Paul Speiser-Sarasin, Vorsteher; Carl Felix Burckhardt-VonderMühll, Altbürgermeister; Rektor Johann Jakob Bussinger; Prof. Fritz Burckhardt-Brenner; Prof. Hermann Kinkelin; Gottlieb Burckhardt-Alioth, vgl. JB 1877, S. 80.
[693] Speiser, Jubiläum 1902, S. 12–13.
[694] Miaskowski, Festschrift, S. 114.
[695] JB 1887, S. 257.
[696] GP Nr. 80, Donnerstag, 5. April 1877: Jubiläum etc. Zweiter Festtag, 3. April.
[697] Vgl. Kommissionsberichte in JB 1881–1887.
[698] JB 1887, S. V–VI.
[699] JB 1888, S. XX.
[700] JB 1893, S. XXXVII.
[701] Zur Geschichte der Frauenarbeitsschule vgl. Hungerbühler, Eine Schule macht Schule.
[702] JB 1877, S. 38. Vgl. auch Darstellung der Vorgeschichte in: «Zur Geschichte der Gründung der Frauenarbeitsschule in Basel» in JB 1890, S. 215–237, speziell S. 215–217, sowie das «Gutachten des Herrn C. Schmid-Linder über Frauenarbeitsschulen» in: JB 1878, S. 367–378 (im Folgenden zitiert als Geschichte der Gründung).
[703] JB 1879, S. 180.
[704] JB 1880, S. 136–137.
[705] Vgl. Janner, Frauenvereine, S. 15–19.
[706] JB 1869, S. 15–16, Bericht von Vorsteher Dr. Adolf Burckhardt-Bischoff (1826–1904), Jurist und Mitgründer der Basler Handelsbank, Bruder von Hieronymus Burckhardt-Iselin; dieselbe Position vertritt 1890 der Aufsatz «Zur Geschichte der Gründung der Frauenarbeitsschule in Basel»; JB 1890, S. 215–237, speziell S. 215–221, verfasst vom Vorsteher Carl Schmid-Linder.
[707] Zu Mitglieder der GGG-Kommission wurden am 29. November 1878 von der Mitgliederversammlung gewählt: Altbürgermeister Carl Felix Burckhardt-VonderMühll, damals Mitglied des Erziehungsrates; Albert Hoffmann-Burckhardt, langjähriger Vorsteher der Kommission zur Zeichnungs- und Modellierschule; Lehrer Weissbrod, der an der Zeichnungs- und Modellierschule in der weiblichen Abteilung unterrichtete, Oberlehrer Karl Schmid-Linder und Isaak Iselin, der die Wahl jedoch ablehnte, worauf Rudolf Sarasin(-Stehlin)-Thiersch an

[Anm. S. 378–S. 398]

seine Stelle gewählt wurde.
[708] JB 1879, S. 183.
[709] Geschichte der Gründung, S. 229.
[710] Geschichte der Gründung, S. 233–236.
[711] JB 1880, S. 131.
[712] Vgl. JB 1879, S. 184, sowie Geschichte der Gründung, S. 221.
[713] JB 1880, S. 137–138.
[714] Geschichte der Gründung, S. 223.
[715] Geschichte der Gründung, S. 223–224.
[716] Geschichte der Gründung, S. 226.
[717] Geschichte der Gründung, S. 224.
[718] Vgl. Geschichte der Gründung, S. 228; JB 1890, S. 205.
[719] JB 1890, S. 206–209, Zitat S. 206.
[720] Vgl. JB 1890, S. 207–208.
[721] JB 1890, S. 208.
[722] JB 1890, S. 84.
[723] Vgl. JB 1891, S. 96–106.
[724] JB 1893, S. XXIII.
[725] JB 1893, S. XXIV.
[726] Vgl. Hungerbühler, Eine Schule macht Schule, S. 23–24 und S. 34; Roth, Liberal-Konservative, S. 41–54.
[727] JB 1893, S. X und S. 77–78.
[728] JB 1896, S. 61–62.
[729] JB 1894, S. 77.
[730] JB 1871, S. 138–139, Bericht datiert Febr. 1872.
[731] Speiser, Jubiläum 1902, S. 14.
[732] Ich verzichte im Folgenden auf eine nähere Darstellung der Entwicklung der Musikschule, da 2017 zur Feier des 200. Jubiläums der Musikschule eine ausführliche Geschichte erscheinen soll.
[733] JB 1894, S. XIII–XIV.
[734] JB 1892, S. 168–169.
[735] Vgl. Siegfried 1927, S. 44.
[736] JB 1875, S. 74.
[737] JB 1875, S. 78–79.
[738] Vgl. Flueler, Mädchenbildung, S. 67–71.
[739] JB 1876, S. 61.
[740] JB 1876, S. 64.
[741] JB 1882, S. 202.
[742] JB 1882, S. 203.
[743] JB 1882, S. 203.
[744] JB 1883, S. 201.
[745] JB 1885, S. 202–203.
[746] JB 1885, S. 202
[747] JB 1885, S. 203.
[748] Vgl. StABS PA 146a, Z 2 I: 1776–1933, darin: «Nachricht wegen dem Vorschlage eines Witwenhauses und Vorschlag einer Witwencasse» von 1781; und «Tröstliche Aussichten dem hohen Alter des Mittelstandes eröfnet» von 1783 sowie «Vorschlag zur Gründung einer Alterskasse in Basel; der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen vorgetragen […] den 31. März 1852».
[749] Vgl. Fritz Burckhardt-Brenner, Die Allgemeine Krankenpflege in Basel, in: Zeitschrift für allgemeine Statistik, 6. Lieferung, 33. Jg. 1897; Hodel, Anfänge Krankenversicherung, S. 41–43 und S. 83–86 (Statuten von 1863).
[750] Zitiert nach Hodel, Anfänge Krankenversicherung, S. 47.
[751] Aus dem Jahresbericht der Freiwilligen Armenpflege, zitiert aus: JB 1877, S. 203.
[752] JB 1877, S. 202.
[753] JB 1878, S. 193.
[754] JB 1883, S. 144.
[755] JB 1883, S. 145.
[756] Vgl. JB 1885, S. 125–126.
[757] JB 1886, S. 183,
[758] Zitiert nach Hodel, Anfänge Krankenversicherung, S. 51.
[759] JB 1880, S. 178.
[760] JB 1880, S. 178, vgl. auch JB 1877, S. 7–9.
[761] Die vollständige Liste der Namen findet sich im JB 1877, S. 7–8.
[762] JB 1877, S. 8.
[763] In den Verwaltungsrat gewählt wurden: Hermann Kinkelin, Emil Bischoff, Dr. Alfred Geigy-Schlumberger, Reinhold Sarasin-Warnery und Dr. Robert Fiechter, vgl. JB 1877, S. 8.
[764] JB 1880, S. 179.
[765] JB 1880, S. 179.
[766] JB 1880, S. 179, vgl. auch JB 1878, S. 34–36.
[767] JB 1880, S. 179.
[768] JB 1881, S. 274–275.
[769] JB 1881, S. 276–277.
[770] Zu den ersten Verwaltungsratswahlen unter dem neuen Statut vgl. JB 1884, S. 264–265. Im Verwaltungsrat hatten die Basler nur noch 6 von 9 Sitzen, von den 13 Garanten waren nur noch 6 Basler und von den Vertretern der Versicherten waren 5 von 8 Basler.
[771] JB 1888, S. 193.
[772] JB 1878, S. 5. Zur Kommission gehörten: Prof. Ludwig Wille (Vorsteher), Pfarrer Alfred Altherr, Pfarrer Rippas (Leiter der Freiwilligen Armenpflege), Apotheker Schneider, Dr. Paul Barth, Dr. Sury-Bienz, Th. Linder-Mörikofer. Pfarrer Rippas wurde bereits 1880 durch Dr. Arnold Baader ersetzt, vgl. JB 1879, S. LII; JB 1780, S. 78
[773] JB 1878, S. 5.
[774] Vgl. Gutachen von Wille in JB 1878, S. 360–366.
[775] Speiser, Jubiläum 1902, S. 12.
[776] Vgl. JB 1878, S. 379–382: Antrag der Medizinischen Gesellschaft.
[777] JB 1878, S. 384, aus Gutachten von Ronus.
[778] JB 1879, S. 212.
[779] JB 1879, S. 213.
[780] JB 1879, S. 213.
[781] JB 1880, S. 240–241.
[782] JB 1890, S. 238–240.
[783] JB 1891, S. 231–232; JB 1892, S. 223.
[784] JB 1897, S. 193; JB 1898, S. 189.
[785] JB 1882, S. 266.
[786] JB 1885, S. 233.
[787] JB 1887, S. 147.
[788] JB 1893, S. 224.
[789] JB 1884, S. 2.
[790] JB 1888, S. 213–218.
[791] JB 1890, S. 243.
[792] Speiser, Jubiläum 1902, S. 18–19.
[793] Speiser, Jubiläum 1902, S. 18–19.
[794] Siegfried 1927, S. 108.
[795] JB 1877, S. 204–205.
[796] Siegfried 1927, S. 101.
[797] Vgl. JB 1878, Kommissionsbericht S. 192, vorgetragen von August von Miaskowski, und JB 1881, S. 231–234.
[798] Traugott Siegfried, Das Wirthshaus, S. 7.
[799] Die GGG und Rudolf Sarasin(-Stehlin)-Thiersch, Bruder von Karl Sarasin(-Vischer)-Sauvain, hielten je ein Drittel der Aktien, vgl. Maeder/Cheetham, Bürgerliche Arbeiterwohnungen, in: Breite-Lehenmatt, S. 25.
[800] Vgl. Maeder/Cheetham, Bürgerliche Arbeiterwohnungen, in: Breite-Lehenmatt, S. 25–26.
[801] Vgl. JB 1878, S. 265–266, und Maeder/Cheetham, Breite-Lehenmatt, S. 26–27: «Folgebauten».
[802] Vgl. JB 1878, S. 268–269.
[803] Balmer-Rinck, «Die Wohnung des Arbeiters», Basel 1883. Der von Siegfried 1927, S. 107, genannte Titel «Die Arbeiterwohnungen» konnte ich nicht nachweisen, er dürfte deshalb unrichtig sein.
[804] Zur Entwicklung und sozialen Zusammensetzung des Quartiers vgl. Breite-Lehenmatt, S. 18–29, Zitat nimmt Untertitel S. 22 auf.
[805] Vgl. Janner, Machtanspruch, S. 265–269.
[806] JB 1869, S. 231.
[807] JB 1868, S. 4.
[808] JB 1869, S. 233.
[809] Mitglied der 1867 von Vorsteher Johann Wahrmund Hess-Burckhardt angeregten Kommission, vgl. JB 1868, S. 4, waren neben Albert Bischoff-Sarasin (Präsident), Stadtrat Rudolf Merian-Burckhardt, Architekt Fritz Lotz-Eglin, Dr. med. Fritz Lichtenhahn, Adolf Vischer-Sarasin, Leonhard Friedrich und Rudolf Sarasin(-Stehlin)-Thiersch.
[810] JB 1869, S. 232.

[811] JB 1869, S. 233.
[812] JB 1869, S. 233–234.
[813] JB 1895, S. 266–267.
[814] Gründungsmitglieder waren Rudolf Sarasin(-Stehlin)-Thiersch (Vorsteher), Wilhelm Heusler-VonderMühll, Johann Gottfried Wackernagel, Notar Hermann Christ, Theophil Vischer und Karl Wick-Merian.
[815] Art. 2 der Statuten, abgedruckt in: JB 1871, im Anhang an den Kommissionsbericht, S. 268.
[816] Die im JB 1871, S. 268–274, veröffentlichten Statuten mit ausführlichem Mietreglement umfassen 7 Seiten!
[817] JB 1874, S. 272.
[818] Die Kommission arbeitete seit 1875 mit dem Pfarrer von Binningen zusammen, der in seiner Funktion als Armenpfleger dort die Beaufsichtigung der Frauen übernahm, vgl. JB 1875, S. 301.
[819] JB 1890, S. 170–171.
[820] Speiser, Jubiläum 1902, S. 8.
[821] Zum Arbeitsnachweis vgl. Degen, in: Armut und Fürsorge in Basel, S. 157–158.
[822] JB 1896, S. 274.
[823] JB 1896, S. 273.
[824] JB 1896, S. 274.
[825] JB 1878, S. 22.
[826] JB 1878, S. 325–326.
[827] JB 1890, S. 185.
[828] Siegfried 1927, S. 79.
[829] Siegfried 1927, S. 84. Der heutige Standort ist unbekannt.
[830] Siegfried 1927, S. 80.
[831] JB 1898, S. 178–179.
[832] Speiser, Jubiläum 1902, S. 28–29.
[833] JB 1862, S. 7–8.
[834] Vgl. Aufruf der Gesellschaft vom 1. November 1864 in: Ernst Staehelin, Christentumsgesellschaft, S. 619–621.
[835] Die Auszahlung erfolgte in 4 Tranchen zwischen 1865 und 1869. 1917 erliess die Christentumsgesellschaft dem Christlichen Vereinshaus zum fünfzigsten Jubiläum die Rückzahlung der Hypothek von Fr. 35 000.–, vgl. Ernst Staehelin, Christentumsgesellschaft, S. 621 sowie Anm. 1337 ebenda.
[836] Hervorzuheben sind die GGG-Mitglieder Architekt Eduard Bruckner; Ratsherr Adolf Christ-Sarasin; Pfarrer Adolf Sarasin-Forcart, Herausgeber des «Christlichen Volksboten», sowie Eisenwarenhändler August Scheuchzer-Dür, vgl. Liste der Unterzeichner des Aufrufs in: Ernst Staehelin, Christentumsgesellschaft, S. 621.
[837] Vgl. zu den finanziellen Hintergründen Teil II, Kap. 2, S. 169ff.
[838] Alle Zitate im Folgenden aus JB 1889, Bericht Vorsteher, S. IV–VI.
[839] Vgl. dazu Teil I, Kap. 2. S. 60ff.
[840] Mit Wilhelm Vischer traten Ratsherr Carl Burckhardt-Burckhardt, Dr. Friedrich Meissner und Ratsherr Carl Wieland, Autor des Lebensbildes von Iselin 1891, neu der Kommission bei. Fritz Burckhardt-Brenner, 1866 gewählt, verliess die Kommission bereits 1867 wieder, 1866 traten zurück: Daniel Albrecht Fechter, bis 1864 Herausgeber des Basler Taschenbuches, Professor Balthasar Reber, Remigius Meyer und Karl Buxtorf, die sich alle um die Erforschung der Quellen- und Überlieferungsgeschichte zur Basler Stadtgeschichte verdient gemacht hatten. Vischer-Heussler hatte sich nach Abschluss seines Geschichtsstudiums seit 1857 an der Neuordnung und Verzeichnung der Basler Kirchen- und Klosterarchive beteiligt, die von dieser älteren Generation in die Wege geleitet worden war.
[841] Basler Chroniken, hg. von der historischen Gesellschaft in Basel, Bd. I, Vorrede, S. XIX–XX. Vischer war zu diesem Zeitpunkt Vorsteher der historischen Gesellschaft.
[842] Diese Vorwürfe sind nirgends ganz klar ausgesprochen, können aber aus Äusserungen wie dem Kommentar von Vorsteher Albrecht Hoffmann-Burckhardt im JB 1868, S. 12, herausgehört werden: «Nachdem aus verschiedenen Gründen, die sich im letztjährigen Berichte des weitern ausgeführt finden, die fortlaufende ältere Geschichte Basels ist abgebrochen worden, erscheint das Neujahrsblatt diessmal in einer Form, die für unsre Jugend insbesondere sehr entsprechend gewesen sein sollte, was wir auch aus dem gegen früher bedeutend gesteigerten Absatze des Blattes zu schliessen befugt sind.»
[843] Vgl. Teil II, Kap. 3, S. 325–326. Die von Wilhelm Wackernagel begonnene Serie der Darstellungen, die mit der Gründung Basels begann und bis in die Reformationszeit vorstiess, umfasst inhaltlich genau den Zeitraum, den später Wackernagels Sohn in seiner «Geschichte der Stadt Basel» aufgrund der im Staatsarchiv und auf der Universitätsbibliothek lagernden Quellen zur Darstellung bringen sollte.
[844] JB 1872, S. 128. Vgl. auch JB 1868, S. 122–123.
[845] JB 1875, S. 40.
[846] Gleichzeitig mit der Wahl von Gelzer-Sarasin veröffentlichte die Kommission im Neujahrsblatt ein Lebensbild des 1873 verstorbenen Basler Kirchenhistorikers Carl Rudolf Hagenbach-Bischoff, verfasst von dessen Amtsnachfolger Rudolf Staehelin-Stockmeyer. Wegen der sich verschärfenden Richtungskämpfe in der Basler Kirche dürfte die Veröffentlichung des Lebensbildes des allseits geschätzten «Vermittlungstheologen» Hagenbach auch ein politisches Signal gewesen sein.
[847] Die beiden ursprünglich selbständigen Gesellschaften fusionierten erst 1901 zur Historischen und antiquarischen Gesellschaft.
[848] Vgl. Neujahrsblatt für 1874, Ueber die mittelalterliche Sammlung, von Moritz Heyne, Nachfolger von Wilhelm Wackernagel, als Inhaber des germanistischen Lehrstuhls und Leiter der Mittelalterlichen Sammlung; Neujahrsblatt für 1886, Achilles Burckhardt-von Salis, Hans Holbein der Jüngere; vgl. dazu auch JB 1873, S. 17–18: Vorsteher August Heusler lädt den Kurator der Kunstsammlung ein, Holbein durch eine Publikation zu popularisieren, wie sein Gegenpart Moritz Heyne es mit dem NJB für die mittelalterliche Sammlung tue. Dass Holbein in Basel damals noch nicht so populär war wie heute, zeigte noch 1887 der schlechte Verkauf des NJB von Achilles Burckhardt, vgl. Anm. 264.
[849] So August Bernoulli-Burckhardt (1839–1921), der nicht nur mehrere der von Vischer-Heussler herausgegeben Chroniken bearbeitete, sondern zwischen 1881 und 1900 zahlreiche Neujahrsblätter verfasste und zwischen 1882 und 1887 Kommissionsmitglied war, oder Achilles Burckhardt-von Salis (1849–1890), zwischen 1874 und 1888 Mitglied der Kommission und Autor des Neujahrsblattes über Holbein, oder auch Albrecht Burckhardt-Finsler.
[850] Das Lokal im Humanistischen Gymnasium, das ursprüngliche Verkaufslokal, hatte wegen der Erhöhung der Zahl der Verkaufstage zunächst aufgegeben werden müssen, bis die Weihnachtsferien so verlängert worden waren, dass es wieder zur Verfügung stand.
[851] JB 1884, S. 161, 163.
[852] JB 1878, S. 156–157.
[853] Burckhardt-Biedermann, Nachfolger Vischers, nennt in JB 1881, S. 44, folgende Durchschnittszahlen: 1870–1874: 440, 1875–1879: 540, 1880–82: 761. In den Abrechnungen der Kommission finden sich folgende Angaben zum Verkauf bis 1900. 1879: 720; 1880: 790; 1881: 773; 1882: 790; 1883: 676; 1884: 539; 1885: 638; 1886: 534; 1887: 374; 1888: 443; 1889: 366; 1890: 490; 1891: 359; 1892: 613; 1893: 436; 1894: 518; 1895: 632; 1896: 582; 1897: 494; 1898: 551; 1899: 494; 1900: Auflage ausverkauft.
[854] JB 1891, S. 41.
[855] JB 1894, S. 38–39.
[856] «Bericht über die Feier des 125jährigen Bestehens der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel» von Dr. Theophil Staehelin, Jubiläum 1902, S. 41–44.
[857] Speiser, Jubiläum 1902, S. 35–36.
[858] Speiser, Jubiläum 1902, S. 36–37.
[859] Speiser, Jubiläum 1902, S. 37.
[860] Speiser, Jubiläum 1902, S. 38–39. Speiser zitiert fast wörtlich aus Miaskowski, Festschrift, S. 123.
[861] Zitiert nach Roth, Liberal-Konservative, S. 82, aus BN 15. Februar 1908, öffentliche Diskussion zu «Staatshaushalt und wirtschaftliche Lage».

[Anm. S. 420–S. 426]

[862] Speiser, Jubiläum 1902, S. 39.
[863] Speiser, Jubiläum 1902, S. 16.
[864] JB 1900, S. XII–XIV.
[865] Speiser, Jubiläum 1902, S. 5: 1877 gab es 38 Kommissionen, bis 1901 kamen 29 neue dazu und 7 gingen ab, sodass 1902 die GGG 60 Kommissionen zählte. Die Gesellschaft hatte sich seit 1877 also um 22 Kommissionen vergrössert. Vgl. auch Tabelle 11, S. 432.
[866] JB 1900, S. XIV.
[867] Speiser, Jubiläum 1902, S. 14–15, zählt zu dieser Gruppe von Instituten, «die nicht von uns gegründet worden, und bei denen wir nur durch kleinere Geldbeiträge beteiligt oder durch Delegierte vertreten sind»: 3 Kirchengesangchöre, Kinderabende, Kommission zur Förderung der Jugendspiele, Verein für Handarbeitsunterricht, Verein zur Verbreitung guter Schriften, Leseverein Riehen, Naturhistorisches Museum, Historisches Museum, Ethnographische Sammlung, Gewerbemuseum, Kunstkommission, Testerstiftung und Bernhard Riggenbach-Stiftung.
[868] Gemäss der im JB 1900, S. XLIV–XLIX, veröffentlichten Chronologie war die GGG um 1900 an folgenden Einrichtungen als Aktionärin beteiligt (in Klammer jeweils das Gründungsdatum): Aktiengesellschaft für Arbeiterwohnungen auf der Breite (1862); Aktiengesellschaft für Errichtung öffentlicher Bad- und Waschanstalten (1865); Aktienbeteiligung an der allgemeinen Speiseanstalt im Klingental (1868); Basler Bauverein (1878); Basler Pfandleihanstalt (1882); Aktiengesellschaft füt Speisewirtschaften (1885).
[869] JB 1900, S. X.
[870] JB 1890, S. X–XI.
[871] JB 1900, S. XI.
[872] 1901 Kommission zur Johannes Beck-Stiftung; 1902 Delegation in den Verwaltungsrat der Merian-Iselin-Stiftung; 1907 Stiftung Bank in Basel; 1910 Kommission zur Verwaltung aller zweckgebundenen Stiftungen.
[873] 1868 Kommission zur Turnhalle beim Theater; 1892 Kommission für die Turnhalle bei der Kaserne im Kleinbasel 1892; 1890 Verwaltungskommissionen für den Schmiedenhof; 1893 Kommission zum Bläsistift.
[874] Speiser, Jubiläum 1902, S. 16.
[875] Speiser, Jubiläum 1902, S. 37–38.
[876] JB 1898, S. 95.
[877] JB 1898, S. 95–96.

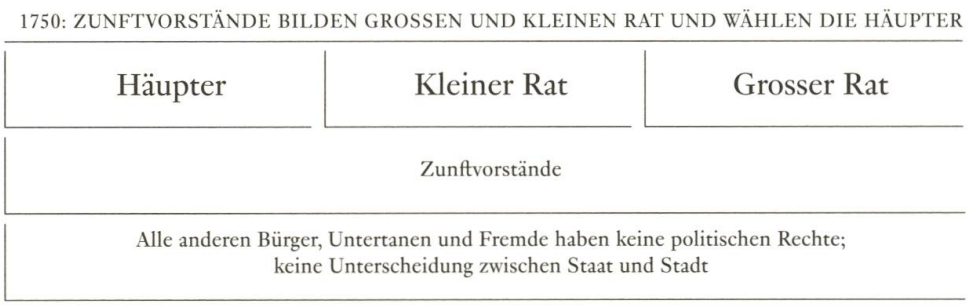
[Abb. 83]

[83] «Isaac Iselin», Festspiel von Paul Reber zur Jubelfeier der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen. «Lebendes Bild: Übergabe der Stiftungsurkunde im Hause Iselin's, Ostern 1777». Aufgeführt am Ostermontag, den 2. April 1877; Iselins Freunde bereiten die Übergabe vor.

Teil III:
Anhang

Vom Zunftregiment zur Demokratie: Die Entwicklung der kommunalen und kantonalen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen zwischen 1750 und 1875 in Basel

Das Zunftregiment um 1750



Das sogenannte Zunftregiment geht auf eine Zunftrevolution im Jahre 1691 zurück, das Einundneunziger Wesen, einen Aufstand der Gesellen und kleinen Meister, die mehr politische Mitspracherechte verlangten und sich gegen die Monopolisierung aller wichtigen politischen Stellen durch die Zunftvorstände und einige wenige Kaufmannsfamilien wehrten. Die Revolution wurde niedergeschlagen, aber auch die Familienherrschaft beseitigt, die den Zunftaufstand ausgelöst hatte. Sieger waren die Zunftvorstände aller Basler Zünfte. Denn diese Revolution verhinderte, dass in Basel ein Familienregiment entstand wie in Bern. Der Grosse Rat, die politische Vertretung aller Basler Zünfte und der drei Kleinbasler Ehrengesellschaften – die Vorstadtgesellschaften sassen nie in den Räten – erhielt das Recht, Bürgermeister und Oberstzunftmeister zu wählen, d. h. die obersten Regierungsvertreter zu bestimmen. Vor allem aber eroberte sich der Grosse Rat das Recht, allein zu entscheiden, wer ins Basler Bürgerrecht aufgenommen werden konnte und damit: wer das Meisterrecht erwerben und so potenziell in den Grossen Rat gewählt werden konnte. Diese Eroberungen wurden in den folgenden Jahren und Jahrzehnten durch zwei Massnahmen gesichert: Erstens durch die Einführung des Loses bei der Besetzung aller Vorgesetztenstellen (vgl. Losverfahren im Glossar) in den Zünften, aller Sitze im Grossen und Kleinen Rat, und aller Beamtungen und Besetzungen von Vogteien, um den Ämterkauf und die Parteibildung zu verhindern, und zweitens durch die Einstellung aller

Neubürgeraufnahmen, d. h. den Ausschluss aller später zugewanderten Einwohner von der politischen Mitsprache und wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Privilegien.

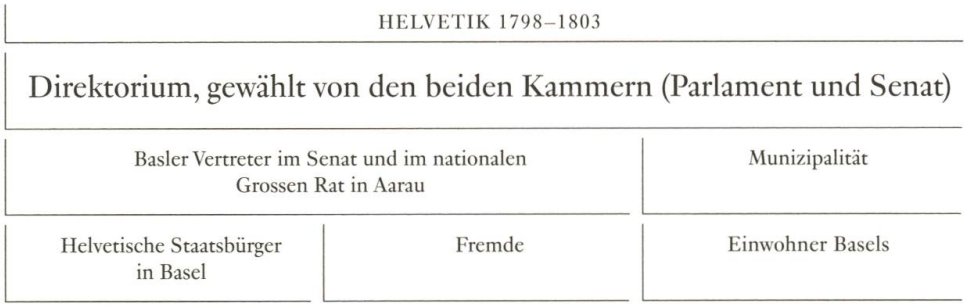
Um 1750 organisierten die Zünfte und Ehrengesellschaften die gesamte Basler Stadtbürgerschaft mit ihren Familien. Die Zunftmitglieder mit ihren Familien bildeten die Stadtgemeinde. Die Zünfte bzw. die Mitglieder der Zunftvorstände regierten über die Stadtbürgerschaft, die Einwohner der Stadt und die Untertanen auf der Landschaft und kontrollierten die städtische Wirtschaft. Die Bevölkerung war streng in «Stände» geteilt: Bürger, Einsassen, Untertanen, Fremde. Wurde man als Untertan, als leibeigener Bauer, geboren, musste man ein Leben lang leibeigener Bauer bleiben. Heiraten zwischen den verschiedenen Ständen waren nicht vorgesehen. An den politischen Vorrechten, die mit der Zugehörigkeit zu einer Zunft verbunden waren, hatten aber nur gerade diejenigen Bürger Anteil, die Vorgesetzte einer Zunft waren. Denn Zunftmeister, Ratsherr und Sechser waren nicht nur Vorgesetzte der Zunft, sondern zugleich auch Mitglieder des Grossen Rates, und Zunftmeister und Ratsherr kraft ihres Amtes zugleich auch Mitglied des Kleinen Rates. Die Vorstände aller Basler Zünfte, und vor 1798 auch die Vorstände der 3 Kleinbasler Ehrengesellschaften, bestehend aus dem Oberstmeister und 3 Mitmeistern, bildeten den Grossen Rat, und die Zunftmeister und Ratsherren der Zünfte und Ehrengesellschaften den Kleinen Rat. Der Grosse Rat wählte aus den Mitgliedern des Kleinen Rates die sogenannten Häupter, den Bürgermeister und den Oberstzunftmeister. Nur der Grosse Rat konnte alle wichtigen Amtsstellen besetzen, alle anderen Bürger hatten keine politischen Mitspracherechte, auch nicht die Bürger, die den Meistertitel erworben hatten.

Da alle Zünfte im Grossen Rat vertreten waren und die Regierung wählen und alle Ämter besetzen konnten, galt das Basler Zunftregiment im 18. Jahrhundert als «demokratisch», im Gegensatz z. B. zu Bern, wo nur Mitglieder bestimmter Familien «regimentsfähig» waren. In der aktuellen historischen und politikwissenschaftlichen Literatur spricht man hingegen von ständischem Republikanismus. Denn Basel war zwar eine unabhängige, von Zünften regierte Stadtrepublik, deren Bevölkerung in verschiedene Stände aufgeteilt war mit jeweils unterschiedlichen politischen Rechten, aber nur eine winzige Minderheit der Bevölkerung besass überhaupt politische Rechte.

Die Helvetische Republik 1798–1803

Mit der Helvetischen Revolution und der Ausrufung der Helvetischen Republik kam es zu einem vollständigen Bruch mit dem vorrevolutionären Zunftregiment, wenigstens auf dem Papier. Alle Einwohner der Eidgenossenschaft wurden unterschiedslos zu helvetischen Staatsbürgern mit

denselben politischen Rechten, auch die bisher völlig rechtlosen Untertanen auf dem Land. Alle ehemaligen souveränen Stände der alten Eidgenossenschaft wurden zu blossen Verwaltungsdistrikten. Zum ersten Mal in der Geschichte erhielt aber jede Gemeinde, nicht nur die regierenden Stadtgemeinden wie bisher, unabhängige Selbstverwaltungsorgane: Eine Einwohnergemeinde, die sogenannte Munizipalität wurde geschaffen.

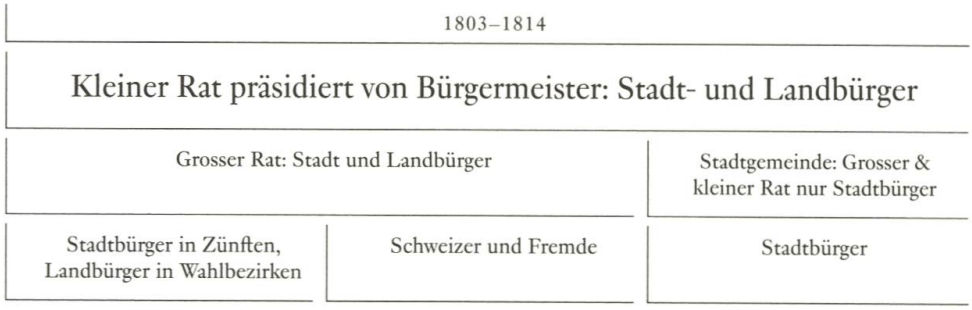


Die Stadt Basel verlor alle herrschaftlichen Rechte an die neu geschaffene helvetische Zentralregierung und wurde auf kantonaler Ebene von einem von der Zentralregierung eingesetzten Beamten regiert, dem Statthalter. In der Stadt Basel wurden die Zünfte, Ehrengesellschaften und alle anderen städtischen Korporationen als tragende Organisationsstruktur des «Ancien Régime» vollständig aufgelöst. Alle damit verbundenen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Vorrechte verschwanden. Handels- und Niederlassungsfreiheit wurden eingeführt und galten selbst für niedergelassene Ausländer. Aber die Zünfte und Gesellschaften existierten als soziales Netz weiter. Eine Übergangsgesetzgebung erhielt zum Teil ihre wirtschaftlichen Funktionen, z. B. die Marktaufsicht oder die Kontrolle des Warenumschlags in der Stadt, und ihre sozialen Funktionen wie z. B. das Vormundschaftswesen. Die bisher allein regierende Stadtbürgerschaft, d. h. die Zunftvorstände, organisierten sich in der Einwohnergemeinde, der Munizipalität, und ihren Verwaltungsorganen neu und entdeckten die Vorzüge einer einheitlichen bürgerlichen Organisation, die allen Gemeindebürgern, nicht nur den Zunftvorständen ein politisches Mitspracherecht zugestand. Eine solche Korporation, die die Bürgerschaft als Ganzes erfasste und alle kommunalen Belange organisierte, hatte es vor der Helvetik nicht gegeben.

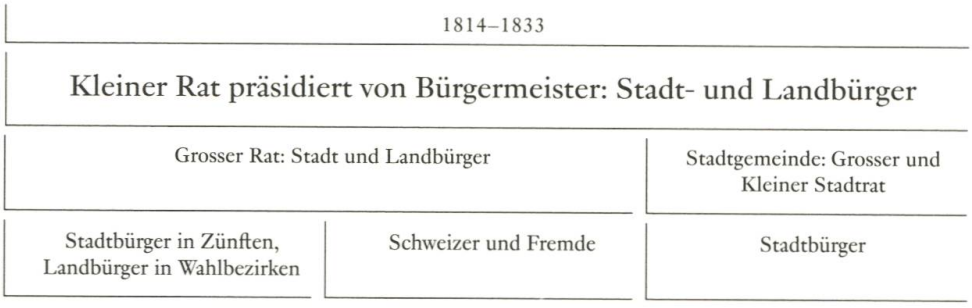
Die Entwicklung in Basel zwischen 1803 bis zur Gründung des Schweizerischen Bundesstaates 1848

Die ehemals regierenden Stadtbürger hatten sich während der Helvetik in der Munizipalität verschanzt und warteten darauf, die «alte Ordnung», d. h. das Zunftregiment wieder herzustellen. Tatsächlich kam es 1802 zu einem

Zunftputsch, in dessen Verlauf es den Zünften und Ehrengesellschaften gelang, die die Helvetische Zentralregierung in Basel Repräsentierenden zu stürzen und das «Regiment» wieder zu übernehmen. Nach dem Zusammenbruch der Helvetischen Republik und der Wiederherstellung der allgemeinen Ordnung durch die Mediationsakte von Napoleon wurden die Zünfte und Gesellschaften tatsächlich wieder hergestellt, aber das Zunftregiment selbst, d. h. die alleinige Herrschaft der Zunftvorstände verschwand endgültig.



Die Landbevölkerung, die Landbürger, durften weiterhin Grossräte wählen und hatten Anspruch auf eine Vertretung im Kleinen Rat, der Regierung. Auch die von der Helvetik eingeführte Einwohnergemeinde blieb erhalten. Sie hiess jetzt neu «Stadtgemeinde». Aber auch hier hatten 1803 alle Einwohner unabhängig von ihrem Gemeindebürgerrecht Wahl- und Stimmrecht. Neben dem Kleinen Rat und dem Grossen Rat, die den Kanton regierten, gab es neu auch einen Kleinen und einen Grossen Stadtrat. An das Zunftregiment erinnerte nur noch der Titel «Bürgermeister» des Regierungspräsidenten, während der Vorsitzende des Kleinen Stadtrats den Titel Stadtratspräsident führte.



Durch einen juristischen Kniff gelang es den Stadtbürgern aber, sich im Kantonsparlament zwischen 1803 und 1814 ein politisches Machtmonopol zu sichern, und zwar durch die von der Kantonsverfassung von 1803 eingeführten «Wahlzünfte», die den bestehenden Zünften angegliedert wurden und alle wahlfähigen Einwohner Basels organisierten. So kam es, dass die Einwohnerschaft Basels in 17 nicht lokal gebundene Wahlgemeinden aufgeteilt wurde, während alle anderen Gemeinden des Kantons in topographisch

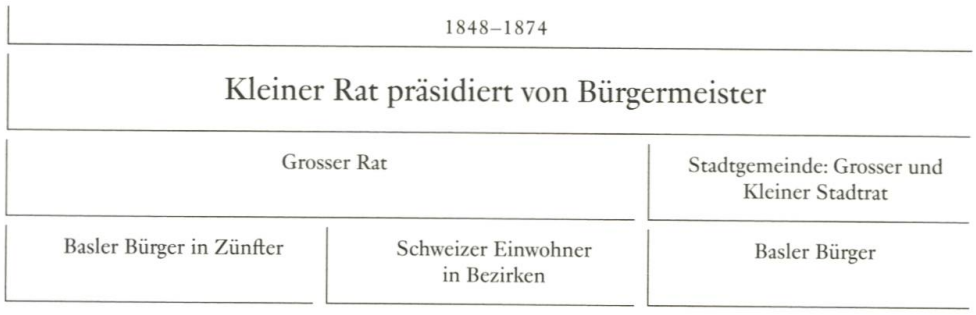
oder räumlich definierte Wahldistrikte zusammengefasst wurden. So wurde ein politisches Übergewicht der Stadt gegenüber der Landschaft geschaffen, das nicht mit den tatsächlichen demographischen Mehrheitsverhältnissen übereinstimmte.

Als 1814 festgelegt wurde, dass jeder Kantonsbürger nur in seiner Heimatgemeinde wahlberechtigt war, fielen in der Stadt Basel die alten Zünfte und die Wahlzünfte in eins zusammen. Jeder stimmberechtigte Basler Bürger musste deshalb einer Zunft angehören, in der er auch stimm- und wahlberechtigt war. Die politischen Partizipationsrechte innerhalb der Zünfte waren damit wesentlich grösser als vor der Revolution. Bei den kommunalen Wahlen in die Stadtgemeinde wurde hingegen von Anfang an nach Quartieren abgestimmt. Bis 1814 konnten in der Stadt ansässige Kantonsangehörige bei Stadtratswahlen zwar ihre Stimme abgeben, aber nur Basler Bürger konnten gewählt werden. Nach 1814 vertrat die Stadtgemeinde nur noch die Stadtbürgerschaft selbst, hatte aber Funktionen einer Einwohnergemeinde. Sie übernahm auf der kommunalen Ebene in funktionaler Hinsicht die «Selbstregierung» der Stadtbürgerschaft, die vor der Revolution die Zünfte und Ehrengesellschaften ausgeübt hatten. Die faktische Blockierung des politischen Mitspracherechts der Landbürger auf kommunaler Ebene in der Stadtgemeinde und auf kantonaler Ebene im Kantonsparlament führte 1831 zur Revolution der Landschaft und 1833 zur Kantonstrennung. So laut die Stadtbürger über den Verlust der Landschaft klagten; es war die Kantonstrennung von 1833, die im Halbkanton Basel-Stadt die alten, vorrevolutionären Machtverhältnisse wiederherstellte.

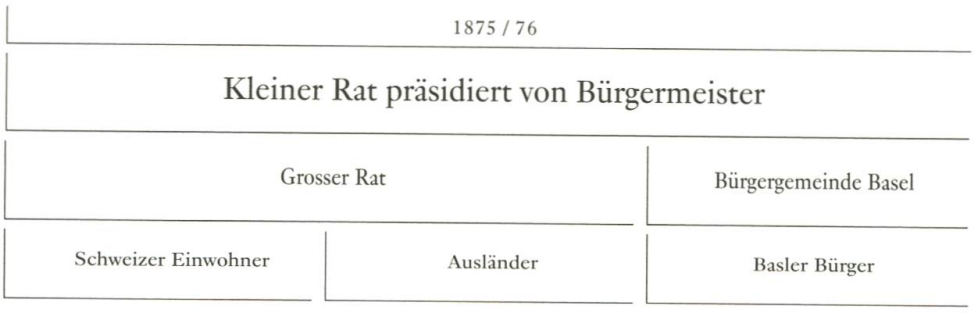
1833–1848		
Kleiner Rat präsidiert von Bürgermeister		
Grosser Rat		Stadtgemeinde: Grosser und Kleiner Stadtrat
Basler Bürger	Schweizer und Fremde	Basler Bürger

Wenn wir von den städtischen Landgemeinden absehen, zu denen neben Riehen und Bettingen bis 1908 auch Kleinhüningen gehörte, regierten die Basler Bürger ab 1833 wieder allein im Kanton. Die vorher nur für die Stadtratswahlen üblichen Quartierwahlen wurden nun auch für die Grossratswahlen, also die kantonalen Wahlen, eingeführt. Die politischen Verhältnisse nach 1833 kamen den vorrevolutionären Verhältnissen sehr nahe; aber es hatte ein wesentlich grösserer Anteil der Bürgerschaft politische Partizipationsrechte, nicht nur die Zunftvorstände.

Die Entwicklung nach 1848 bis zur Verfassungsrevision von 1875



Mit der Schaffung des schweizerischen Bundesstaates 1848 änderte sich die die Situation in Basel auf kantonaler Ebene grundlegend: Alle Schweizer Bürger hatten von 1848 an auf kantonaler Ebene das Stimm- und Wahlrecht. Nur in der Stadtgemeinde änderte sich nichts. Auf kommunaler Ebene blieben die Schweizer Einwohner politisch rechtlos, da in Basel keine Einwohnergemeinde existierte und nach 1848 auch nicht eingerichtet wurde. Die Einwohner der Stadt Basel konnten ihre Interessen im Stadtstaat Basel deshalb nur über das Kantonsparlament wahrnehmen. Die ursprüngliche Einwohnergemeinde, die Stadtgemeinde, war von der Stadtbürgerschaft seit 1814 erfolgreich in eine reine Bürgergemeinde verwandelt worden. Auch die Zünfte behielten ihre 1803 geschaffene neue Funktion als Wahlkörper bis zur Verfassungsrevision von 1875 bei, allerdings wurde die Bedeutung dieser Wahlkörper bei jeder Verfassungsrevision zwischen 1847 und 1875 geringer. Die Zünfte verloren nach 1847 auch endgültig alle wirtschaftlichen Privilegien, ohne dass in Basel vor 1875 der Zunftzwang und das Marktrecht der Stadt offiziell aufgehoben worden wären, obwohl die Bundesverfassung von 1848 die freie Berufswahl und die Handelsfreiheit garantierte. Als Letztes verloren die Zünfte 1881 ihre vormundschaftlichen Funktionen mit der Schaffung des Amtsvormundes. Ähnlich wie in den Zünften verlief die Entwicklung auf kommunaler Ebene. Die Stadtgemeinde musste zwischen 1839 und 1852 alle relevanten kommunalen Funktionen vertraglich an den Kanton abtreten. Diese Entwicklung fand 1875 mit der Revision der Kantonsverfassung ihren Abschluss.



Mit dem politischen Sieg des Freisinns 1874 und der Verfassungsrevision von 1875 wurden die letzten Spuren des «Ratsherrenregiments» beseitigt. Kanton und Bürgergemeinde Basel wurden klar getrennt. Die Schweizer Einwohner erhielten auch auf kommunaler Ebene ein Mitspracherecht. Der Grosse Rat übernahm aufgrund der speziellen historischen Entwicklung der kommunalen Verwaltung im Stadtkanton seit 1803 die Funktion der Einwohnergemeinde, die Kanton und Grosser Rat de facto bereits seit 1852 ausübten. Die Stadtgemeinde wurde aufgehoben und mit der Schaffung der Bürgergemeinde Basel auf das reduziert, was sie seit 1852 faktisch schon gewesen war, eine reine Bürgergemeinde. Bei der Frage, ob der Kanton als Vertreter der Interessen der Einwohnergemeinde auf Teile des Vermögens der ehemaligen Stadtgemeinde, die ursprünglich ja die Einwohnerschaft repräsentiert hatte, Anspruch habe, setzte sich die Bürgergemeinde als Rechtsnachfolgerin der Stadtgemeinde dank der 1803 zwischen Stadt und Kanton urkundlich festgehaltenen Güterausscheidung durch. Der Kanton verlor den Rechtsstreit, weil die Ausstattungsurkunde von 1803, welche das Vermögen der Stadtgemeinde festlegte, juristisch nicht anfechtbar war. Damit behielt die Stadtgemeinde auch das Recht, die Merian'sche Stiftung zu verwalten. In der Frage der Beteiligung der Einwohnergemeinde an den Ausschüttungen der Merian'schen Stiftungen kam es aber zu einer Übereinkunft, die dem Kanton als Vertreter der Einwohnergemeinde eine Beteiligung zusprach. Mit der Verfassungsrevision von 1889 wurde die Volkswahl der Regierungsräte eingeführte, womit die Schweizer Einwohner Basels auch die Regierungsmitglieder direkt wählten, nicht mehr der Grosse Rat. Die Einführung des Wahlproporzes 1904 schloss die Entwicklung zur demokratischen Volkswahl von Parlament und Regierung durch die schweizerische Wohnbevölkerung ab. Wegen des hohen Ausländeranteils blieb in der Grenzstadt Basel trotzdem ein relevanter Anteil der Wohnbevölkerung von der politischen Mitsprache ausgeschlossen, besonders im Kleinbasel: In den 1890er Jahren waren fast die Hälfte der Kleinbasler Ausländer.

Glossar

Achtburger: Mitglieder der *Hohen Stube,* eine privilegierte Gruppe von Kaufmannsfamilien, die seit 1382 das Recht auf 8 Sitze im *Stadtrat* besassen und – im Gegensatz zu den 15 *Ratsherren* der Zünfte und den 15 *Zunftmeistern* – zusammen mit den 4 im Rat sitzenden Rittern je 2 der insgesamt 6 Kieser stellten, die jährlich den neuen Rat und den Bürgermeister zu wählen hatten. War das Rittertum erblich, konnte der Titel Burger und damit der Zugang zum Wahlprivileg käuflich erworben werden von Bürgern, die mit dem Kauf dieses Privilegs ihre Zunftzugehörigkeit und damit auch ihre Erwerbstätigkeit auf gaben und nur noch von ihrem Vermögen lebten; siehe auch *Hohe Stube.*

Altgesinnte: Während und nach der Helvetik Bezeichnung für diejenigen *Stadtbürger*, die die vorrevolutionären Zustände wieder vollständig herstellen wollten.

Althelvetiker: Benennung der Anhänger der *Helvetik* oder Vertreter der Helvetischen Regierung nach der *Helvetik*. Gegner der *Altgesinnten*.

Antistes: Hauptpfarrer am Münster, der Hauptkirche Basels, und Vorsteher der Basler Kirche und der Basler Geistlichkeit, des sog. Ministeriums.

Anzug: Alte Bezeichnung für einen Vorstoss im *Grossen Rat*, der auch für Vorschläge von Mitgliedern an den Vorstand oder an die Mitgliederversammlung der GGG verwendet wurde

Armenkollegium: Oberste Armenbehörde in der Stadt Basel, der 1804 auch die Allgemeine Armenanstalt unterstellt wurde, der sich die seit 1783 bestehende Krankenkommission anschloss. Beide Einrichtungen waren von der GGG angeregt worden. Das *A.* wurde vom Antistes präsidiert, da die *Armenpflege* bis weit ins 19. Jahrhundert von der Kirche organisiert und überwacht wurde.

Armenpflege, Freiwillige bzw. *Armenpflege*, Allgemeine*:* Die Freiwillige *A.* entstand 1870 aus dem zur Stadtgemeinde gehörenden Armenkollegium. Alle dem Armenkollegium unterstellten Institutionen gingen darin auf. Die Freiwillige *A.*, als privater Verein organisiert, unterstand zwar nicht mehr direkt der Kirche, ihr Leiter war aber weiterhin ein Pfarrer. Die

Verbindung zwischen den Kirchgemeinden und der *A.* wurde erst durch das Armengesetz von 1897 formell aufgehoben mit der Schaffung der Allgemeinen *A.*, die für alle Einwohner des Kantons zuständig war, die kein kantonales Bürgerrecht besassen und deshalb keinen Anspruch auf die kommunalen Fürsorgeeinrichtungen hatten.

Ballot/Ballotierordnung; siehe *Loswahl der Ämter*

Bücherzensur/Bücherkommission: Eine Kommission, die alle in der Stadt verlegten Texte vor dem Druck und alle in die Stadt eingeführten Bücher vor dem Verkauf darauf zu prüfen hatte, ob sie die Autorität der Regierung und die Gesetze nicht verletzten. Sie konnte auch vom Grossen Rat oder von der Regierung mit einer Untersuchung beauftragt werden, wenn Klage gegen eine in Basel zirkulierende Schrift erhoben wurde.

Bürger (vor 1798); siehe *Zunftregiment*

Bürgergemeinde Basel: Die *B. B.* besteht seit 1876. Sie verwaltet das Vermögen der *B.* und der ihr unterstellten bürgerlichen Korporationen, der Zünfte und Gesellschaften, sowie die zur *B.* gehörenden Stiftungen. Der Bürgerrat bestimmt, wer ins Basler Bürgerrecht aufgenommen wird und somit die Schweizer Staatsangehörigkeit erhält.

Bürgermeister; siehe *Häupter*

Deputaten und *Deputatenamt:* Das *D.amt* war eine äusserst einflussreiche Behörde, die ausschliesslich mit Kleinräten besetzt wurde. Die *D.* hatten die Oberaufsicht über die protestantische Staatskirche und die Geistlichkeit sowie das von der Kirche beaufsichtigte Schul- und Armenwesen und das dazugehörige sog. Schul- und Armengut sowohl in der Stadt als auf der Landschaft. Die *D.* hatten auch Einsitz in der Synode und in der Regenz der Universität.

Direktorium der Kaufmannschaft: Korporation der im internationalen Grosshandel tätigen Kaufleute ausserhalb der Zünfte, der es im 17. Jh. gelingt, sich als beratendes Kollegium des Kleinen Rates zu etablieren. Seit 1682 verwaltete das *D.* das Postregal und residierte im heutigen Stadthaus, in dem sich bis 1798 auch das Basler Postbüro befand. Das *D.* hatte 8–12 Mitglieder, Direktoren genannt, die nicht zugleich im Rat sitzen durften. Nur der Vorsteher des *D.* war immer auch Mitglied des Kleinen Rates. Seit 1724 waren dem *D.* zusätzlich drei Kleinräte als Deputierte zum Postwesen beigegeben. Das *D.* gab die «Wöchentlichen Nachrichten aus dem Berichthaus» bzw. das «Avis-Blatt» heraus.

Dreier oder *Dreierherren:* Seit der Mitte des 15. Jh. bestehendes Finanzorgan

mit zunehmender Wichtigkeit. Die *D.* fungierten als Kassiere sowie Zoll- und Steuerverwalter der Stadtrepublik Basel. Sie legten der *Haushaltung* und den Deputierten ad aerium, d. h. den Verwaltern der Staatskasse, Rechnung ab. Ihnen oblag auch die Aufsicht über die Münze der Stadtrepublik. Die *D.* wurden immer aus den Mitgliedern des Kleinen Rats gewählt.

Dreizehnerrat oder Geheimer Rat: Ursprünglich der Kriegsrat, entwickelte sich zur eigentlichen Regierung mit unbeschränktem Geschäftskreis, ergänzte sich seit dem 17. Jh. aus den Kleinräten selbst. Alle vier *Häupter*, alt und neu, sassen von Amts wegen im *D.* zusammen mit 9 Kleinräten.

Ehegerichtsherr: Mitglied des Ehegerichts, seit 1632 vereinigte das Ehegericht die «Herren über den Ehebruch» und die «*E.*», die bis dahin nur über Prostitution und Unzucht gerichtet hatten. Neben Mitgliedern des Grossen Rats sassen auch Geistliche im Ehegericht.

Ehrengesellschaften, Kleinbasler: Neben den Zünften gab es auch die 3 Kleinbasler *E.* zum Greifen, zum Rebhaus und zur Hären. Die Vorstände der 3 *E.* bestanden seit 1691 aus dem *Obristmeister* und drei *Mitmeistern*. Gewählt wurden die Vorstände durch Vorstand und Gesellschaftsbrüder. Die Mitglieder der Vorstände der 3 Kleinbasler *E.* hatten Einsitz im Grossen Rat, aber nicht im Kleinen Rat wie die Zünfte. Der Einsitz der *E.* im Grossen Rat wurde bei der Erneuerung des sog. «*Zunftregiments*» 1803 nicht wiederhergestellt.

Einsassen: Bezeichnung für *Landbürger*, die in der Stadt niedergelassen waren.

Einwohnergemeinde: Das Selbstverwaltungsorgan einer schweizerischen Gemeinde, das die vom Gesetz den Gemeinden übertragenen Aufgaben wahrnimmt. Jeder Schweizer Bürger ist in seiner Wohngemeinde stimm- und wahlberechtigt. Die Stadt Basel besitzt keine *E.* Die Funktion des Einwohnerrats übernimmt der Kantonsrat, der *Grosse Rat.*

Ephemeriden: E. sind Tafelwerke oder Tabellen, die die Position sich bewegender Himmelskörper enthalten. Sie dienen der beobachtenden Astronomie zur Positionsangabe von Himmelskörpern. Im übertragenen Sinn kann der Begriff aber auch im Sinne von Tagebuch verwendet werden. Als «*E.* Alexanders des Grossen» wurde ein Hoftagebuch des Makedonerkönigs Alexander bezeichnet. In diesem doppelten Sinne von Tagebuch und Positionsbestimmung wurde der Begriff von dem Physiokraten Nicolas Baudeau (1730–1792) als Titel der Zeitschrift «Ephémérides du Citoyen» verwendet, die er zwischen 1765 und 1772 herausgab. Iselin kannte und schätzte diese Zeitschrift und übernahm 1776 den Begriff *E.* für seine eigene Zeitschrift, die sich ebenfalls um die Popularisierung physiokratischer Ideen bemühte.

Fiscal/Fiskal: Name eines Beamten, der seit dem 14./15. Jh. die Interessen des Fiskus wahrzunehmen (lat. fiscalis = die Staatskasse betreffend) hatte und in dieser Funktion die Interessen des Fiskus auch vor Gericht vertrat. In Kriminalprozessen hatte er auch die Funktion eines öffentlichen Anklägers, da die von Angeklagten zu zahlenden Bussen und Sühnegelder an den Fiskus zu bezahlen waren. Im Reichskammergericht trugen die Ankläger den Titel Reichsfiskal. Bis in die zweite Hälfte des 19. Jh. trug der Staatsanwalt in Basel deshalb die Amtsbezeichnung F.

Geheimer Rat: Unterkommission des *Kleinen Rats*, de facto die Regierung.

Gemeindebürger: Person, die das Bürgerrecht einer Gemeinde besitzt.

Gerichtsherr: 12 jährlich wechselnde Mitglieder des Schultheissengerichts im Grossbasel und im Kleinbasel. Im Grossbasel wurden sie teilweise «aus der Gemeinde» vom Grossen Rat gewählt, mussten also nicht zwingend Mitglied desselben zu sein, um als Kandidaten für die Wahl vorgeschlagen zu werden. Die *G.* hatten Einsitz im Grossen Rat, sofern sie dort nicht schon als *Sechser* sassen. Im Schultheissengericht im Kleinbasel sassen 9 jährlich wechselnde *G.*, wovon 3 Kleinräte, drei Grossräte und 3 Vertreter der 3 Kleinbasler *Ehrengesellschaften* sein mussten. Die Mitglieder des Kleinbasler Schultheissengerichts sassen deshalb bei ihrer Wahl bereits im Grossen Rat.

Grosser Rat: Seit 1691 oberstes Regierungsorgan der Stadtrepublik Basel, wählte die *Häupter* und die Leitung der *Kanzlei*, den *Ratsschreiber* und den *Stadtschreiber* und besetzte alle Vogteien und Kommissionen sowie wichtige Stellen in der Verwaltung. Der *G.* setzte sich zusammen aus den *Sechsern* jeder *Zunft*, den Vorständen der Kleinbasler *Ehrengesellschaften*, den *Schultheissen* von Gross- und Kleinbasel und den Urteilssprechern der Stadtgerichte sowie allen *Kleinräten*. Maximal umfasste der *G.* zweimal 151 Mitglieder, den sog. «alten» und den sog. «neuen» Rat, vgl. *Regimentswechsel.*

Grosser Stadtrat; siehe *Stadtgemeinde*

Häupter: H. nannte man die Inhaber der beiden höchsten Amtsstellen der Basler Stadtrepublik: den Bürgermeister, den obersten Repräsentanten der Bürgerschaft, und den *Oberstzunftmeister*, den obersten Repräsentanten der Zünfte. Starb ein Bürgermeister im Amt, wurde gewohnheitsmässig der regierende *Oberstzunftmeister* sein Nachfolger, vgl. *Regimentswechsel*

Handelskollegium: Die Regierungsbehörde, die unter dem sogenannten Ratsherrenregiment vor der Verfassungsreform von 1874 die Interessen von Industrie und Handel wahrnahm und sich nach der Verfassungsreform ausserhalb der staatlichen Behörden als Handelskammer zwecks politischer Interessenvertretung neu konstituierte.

Haushaltung: 1616 als oberstes und wichtigstes Organ der Finanz-, Zoll- und Steuerverwaltung der Stadtrepublik Basel entstanden. Die *H.* hatte auch die Aufsicht über alle Beamte und das Archiv. Alle 4 *Häupter*, alt und neu (siehe *Regimentswechsel*), die *Dreier*, Vertreter der *Kanzlei* und des *Grossen Rates*, seit 1691 *Rechenräte* genannt, sind Mitglieder der *H.*

Helvetik, Helvetische Republik: Erster und einziger schweizerischer Zentralstaat, 1798–1803

Hintersassen: Einwohner einer Gemeinde ohne Bürgerrecht in dieser Gemeinde, aber mit gewissen Schutzrechten. Sie besassen kein Bürgerrecht einer Gemeinde im Kanton, in dem sie wohnten, vgl. *Einsassen*.

Hohe Stube: Bis zur Durchsetzung der Reformation 1529 war der Bischof alleiniger Stadtherr. Die sog. Handveste von 1260 legte jedoch fest, dass der Bischof der Bürgerschaft alle Jahre einen Rat und einen Bürgermeister geben sollte. Die Wahlmänner, die sog. Kieser, die jährlich den neuen Rat besetzten, gehörten jedoch nicht zu den in den Zünften organisierten *Stadtbürgern*. Kieser waren Ritter, die sog. *Achtburger* und Domherren. Ritter und *Achtburger* waren in der Hohen Stube organisiert. Die *Achtburger* standen im 15. Jh. zwischen dem mit Österreich und den Habsburgern sympathisierenden Adel und den in den Zünften organisierten *Stadtbürgern*, die sich immer mehr den Eidgenossen zuwandten. Dieser Konflikt zwischen den regierenden Familien und der Stadtbürgerschaft erreichte in der Reformationszeit seinen Höhepunkt. 1515 schränkte der Rat die Privilegien und Befugnisse der Mitglieder der *H.* wesentlich ein. 1516 wurde erstmals ein Mitglied einer *Zunft* zum Bürgermeister gewählt. 1521 sagte sich die Stadt Basel unter Berufung auf ihre Reichsunmittelbarkeit vom Bischof und vom Domstift los und legte fest, dass ausschliesslich der alte abtretende Rat das Recht haben sollte, den neuen Rat zu besetzen sowie Bürgermeister und *Zunftmeister* zu wählen, und dass auch Zunftmitglieder zur Bürgermeisterwürde zugelassen werden sollten. Erst mit der Durchsetzung der Reformation im Jahre 1529 übernahm die in den Zünften organisierte Stadtbürgerschaft jedoch die politische Macht, indem sich die Zünfte das alleinige Wahlrecht bei der Besetzung der Räte und der Wahl von Bürgermeister und Oberstzunftmeister sicherten, ohne die *H.* jedoch abzuschaffen. Erst 1545 wurde der Einsitz von Mitgliedern der *H.* im Rat ganz aufgehoben. Die den Mitgliedern der *H.* im Rat vorbehaltenen Sitze blieben jedoch – unbesetzt – bis 1798 im Ratssaal erhalten.

Ingrossist: Beamter der *Kanzlei*, Untergebener von *Ratsschreiber* und *Stadtschreiber*. Er führt Protokoll in Kommissionen des Grossen Rats und führt die Kasse der *Kanzlei* und treibt in dieser Funktion auch Bussen und Gebühren ein. Sein Name leitet sich von seiner Hauptaufgabe ab: Er stellt offizielle Dokumente aus und erfüllt damit in der *Kanzlei* die Funktion

eines Notars, der die Echtheit der von ihm ausgestellten Dokumente verbürgt (ingrossare: eigentl. vergrössern, im übertragenen Sinn aus einem Register amtliche Daten ausziehen und in eine amtliche Bestätigung übertragen).

Kanzlei: Sekretariat des Kleinen und des Grossen Rats sowie aller Kommissionen. Die *K.* hatte in all diesen Gremien das Protokoll zu führen und übernahm die Redaktion von Briefen und Dokumenten. Die Mitglieder der *K.* konnten auch diplomatische Missionen, sog. Gesandtschaften, übernehmen. Die Mitglieder der *K.* wurden vom Grossen Rat gewählt.

Kirchenbann: Zu jeder Pfarrgemeinde gehörte der *Bann* oder *K.*, in dem unter dem Vorsitz des Hauptpfarrers der Kirchgemeinde bis 1798 Mitglieder der Räte aus der Kirchgemeinde sassen, die vom Grossen Rat in den Bann gewählt wurden; ab 1803 vom *Grossen Stadtrat* gewählte *Stadträte*. Im 18. und 19. Jh. unterstützte der *K.* den Hauptpfarrer und dessen Vikare bei der Betreuung der zur Kirchgemeinde gehörenden «Hausarmen». Die ursprüngliche Funktion, die reformatorischen Sittenmandate durchzusetzen, trat in den Hintergrund.

Kleiner Rat: Formal (siehe *Geheimer Rat*) die eigentliche Regierungsbehörde der Stadtrepublik, deren Mitglieder seit 1891 durch den Grossen Rat gewählt werden. Zum *K.* gehören die *Häupter*, Bürgermeister und *Oberstzunftmeister*, sowie die *Ratsherren* und *Zunftmeister* aus jeder *Zunft*. Der *K.* umfasst zweimal 32 Mitglieder, den sog. «neuen» und den sog. «alten» Rat, vgl. *Regimentswechsel.*

Kleiner Stadtrat; siehe *Stadtgemeinde*

Kleinbasler Stadt- und Gerichtsschreiber: Der Schreiber des Kleinbasler Stadt- und Schultheissengerichts führte den Titel eines *Stadtschreibers*.

Kurrentgeld und *Bankgeld* oder *Kapitalgeld:* Buchhalterisch steht *K.* für Schuldverschreibungen, die nicht durch eine Hypothek abgesichert sind. Dies gilt offenbar auch für Kapitalien, die nur in bar vorliegen, solange Nationalbanken fehlten, die für den Wert der in Umlauf gesetzten Münzen und «Banknoten» garantierten. Erst wenn Münzen von einer Wechselbank auf ihren genauen Wert geprüft worden sind und deren Buchungswert nach Abzug der Bearbeitungsgebühren der Bank durch einen Wechsel (Banknote) bestätigt worden ist, ist dessen Wert unveränderlich festgelegt und gilt buchhalterisch als Bank- oder Kapitalgeld.

Landbürger: Bezeichnung für eine Person, die das Bürgerrecht einer Gemeinde der Basler Landschaft besass, im Gegensatz zu einem *Stadtbürger;* siehe auch *Untertanen.*

Landkommission: 1736 vom Grossen Rat geschaffene Kommission als vorberatendes Gremium für alle Geschäfte, die die Landschaft Basel und die Untertanen auf der Landschaft betrafen.

Landwirtschaftliche Kommission: 1745 vom Grossen Rag eingesetzte *K.*, die mit der Verbesserung von Anbau und Viehzucht auf der Landschaft beauftragt wurde. Die Mitglieder wurden zur Hälfte aus der *Haushaltung* und der *Landkommission* gewählt.

Liberale: Gruppe von Männern um Christoph Bernoulli-Paravicini, die Reformen in der Wirtschaft, Verwaltung und im Gerichtswesen anstrebte. Politisch wirksam seit ungefähr 1820, Träger der Regeneration in der Stadt Basel, nach der Kantonstrennung konservativ.

Loswahl der Regierungs- und Amtstellen und der Professuren und Pfarrstellen: Die erste *Ballotierordnung* entstand 1688 als Reaktion auf das sogenannte «Familienregiment» der Burckhardt, Faesch und Socin. Wenige Familien, die den *Kleinen Rat* kontrollierten, spielten sich durch «Praktiken» (Bestechung und politische Absprachen) alle wichtigen Ämter zu. Da die *Ballotierordnung* die Korruption durch Wahlgeschenke und die falschen Wahleide (Meineid) nicht zum Verschwinden brachte, kam es 1691 zu einer Zunftrevolution. Der Versuch der einfachen Zunftmitglieder, auf die Wahlen der Räte und *Häupter* direkt Einfluss zu nehmen, scheiterte 1691. Die Anführer wurden auf dem Marktplatz öffentlich hingerichtet. Jedoch bereits 1690, noch vor den Zunftunruhen, hatten sich die *Zunftvorstände*, die zusammen mit den *Ehrengesellschaften* den *Grossen Rat* bildeten, die oberste Gewalt in der Stadt gesichert und das Recht erkämpft, die höchsten Ämter zu besetzen: *Bürgermeister*, *Oberstzunftmeister* und die beiden *Ratsschreiber*stellen. Die *Ballotierordnung* von 1688 wurde 1718 und 1740 – parallel zur Schliessung der Bürgerrechtsaufnahmen – nochmals verschärft, d. h. das Wahlverfahren durch ein mehrstufiges Verfahren so kompliziert, dass Wahlabsprachen kaum mehr möglich waren. Die Handhabung der Wahlen wurde einer speziellen Kommission übergeben, den Vigilanz-Herren. Sie wurden durch das blinde Los ohne Vorwahl gewählt auf ein halbes Jahr. Zum Ablauf der Loswahlen nach 1740 vgl. die Beschreibung von Peter Ochs, als Bildkommentar abgedruckt S. 76.
Lot(h): Gewichtsmass. Ein *Pfund* = 16 Unzen = 32 Loth. Ein Loth wiegt somit je nach Pfund ca. 14 bis 16 Gramm.

Mediation/Mediationsakte: Die *M.* (1803–1814) folgte auf die *Helvetische Republik* (1798–1803). Napoleon beendete den Bürgerkrieg zwischen Gegnern und Befürwortern der *Helvetischen Republik* und hob mit der *M.akte* den revolutionären Einheitsstaat auf und stellte die föderalistische Struktur der Eidgenossenschaft wieder her, verpflichtete aber alle alten und neuen Kantone (Aargau, Waadt), wichtige Grundrechte der Revolution in ihre kantonalen Verfassungen zu übernehmen; die Rechtsgleichheit aller

Kantonsbürger in ihrem Heimatkanton und zwischen den Bürgern der einzelnen Kantone in der Eidgenossenschaft, die Garantie der Meinungs-, Religions- und Niederlassungsfreiheit sowie Handels- und Gewerbefreiheit. Die *M.akte* blieb bis zum Sturz Napoleons 1814 in Kraft.

Meister; siehe *Zunftmeister* oder *Mitmeister*

Mitmeister; siehe *Ehrengesellschaften*

Münzkommission: 1729 vom Grossen Rat eingesetzte *K.* zur Überwachung der Qualität des zirkulierenden Münzgeldes in Zusammenarbeit mit den *Dreiern.*

Oberstzunftmeister (Obristzunftmeister); siehe *Häupter*

Obristmeister; siehe *Ehrengesellschaften*

Patrioten: Selbstbezeichnung der Träger der Schweizer Reformbewegung im 18. Jh. Wie in der Französischen Revolution fehlte dieser Selbstbezeichnung noch jede nationalistische Note.

Pfund (Währung)*:* Alte Währungseinheit. 1 *Pf.* enthielt 12 Schillinge und 240 Pfenninge; 1 Schilling entsprach also 20 Pfennigen. Nur die Pfenninge gab es auch als Münzen, die neben vielen anderen Silber- und Goldmünzen zirkulierten. Schilling und *Pf.* waren nur Buchhaltungseinheiten. Der Pfennig hatte auf das Gesamtgewicht (Schrot) ursprünglich einen Reingehalt von ca. 1,7 g Silber (Korn), was dem 240sten Teil eines Silberpfunds von 406,5 Gramm entsprach. Der Silbergehalt der Münzen verminderte sich aber, da die Münze, in der das Geld geprägt wurde, den Silberanteil herabsetzte und diesen z. B. durch billigeres Kupfer ersetzte. Deshalb kam es dazu, dass die sog. Scheidemünzen, das kleine Silbergeld, von Händlern nicht mehr akzeptiert wurde, da der Silbergehalt nicht mehr dem aufgeprägten Nominalwert entsprach (vgl. http:// basler-bauten.ch/ index.php?option=com_content&view=article&id=263%3Awaehrungen &catid=63&Itemid=156).

Pfund (Gewicht)*:* Als Gewichteinheit war das *Pf.* vor der Einführung metrischer Masse in ganz Europa verbreitet, entsprach aber ganz unterschiedlichen Gewichten. Heute entspricht 1 *Pf.* üblicherweise einem halben Kilo. In Basel gab es vor 1838 fünf verschiedene *Pf.:* das Apothekerpfund, das Silberpfund, ein leichtes und ein schweres Eisenpfund und ein Messingpfund. Das gebräuchlichste dürfte das kleine Eisenpfund gewesen sein, das im Kleinhandel verwendet wurde und ungefähr 486 Gramm entsprach (vgl. http:// basler-bauten.ch/index.php?option=com_content&view=article &id=265%3Amassegewichte&catid=63&Itemid=156).

Physiokraten: Vertreter einer franz. Richtung der Nationalökonomie des 18. Jh. Sie waren der Meinung, dass der Reichtum einer Nation auf der Landwirtschaft beruhe, nicht auf dem Handel, wie dies die vorherrschende nationalökonomische Schule der Zeit lehrte.

Preisfragen: Die Akademien und Gesellschaften des 17. und 18. Jh. schrieben öffentlich *P.* aus und setzten Preisgelder aus für die beste Einsendung zu einer solchen *P.* Die Fragen stellten wissenschaftliche, philosophische oder politische Probleme zur Diskussion. Die öffentliche Ausschreibung sollte dazu dienen, aufklärerisches Gedankengut zu verbreiten sowie neue, innovative Ideen öffentlich bekannt zu machen. Die GGG schrieb bis zum Tode Iselins 1782 zwei solche *P.* aus: Die erste betraf den Luxus, d. h. die Frage, ob die öffentliche Zurschaustellung des Reichtums durch Gesetze eingeschränkt werden sollte oder nicht; die zweite die Organisation der *Armenpflege*, d. h. wie die Unterstützung bedürftiger Personen am besten organisiert und wie Armut verhindert werden könne und wie eine private Gesellschaft wie die GGG die Armut am besten bekämpfen und die Armen am besten unterstützen könne. Mitte des 19. Jh. wurde die Ausschreibung von *P.* von der GGG wieder aufgenommen.

Radikale (bis ca. 1870): Als *R.* wurden in Basel die Linksfreisinnigen bezeichnet, die sich für die Durchsetzung der direkten Demokratie einsetzten und die Interessen der sozial, wirtschaftlich und politisch benachteiligten städtischen Unterschicht zu vertreten suchten, vor allem der Arbeiterschaft, die während des 19. Jahrhunderts noch keine eigene politische Interessenvertretung im Grossen Rat besass.

Die *Räte;* siehe *Kleiner Rat* und *Grosser Rat*

Ratsherr einer Zunft (siehe auch *Zunftvorstand):* Vertreter der 15 Zünfte im *Kleinen Rat*, je *Z.* 1 *R.* Sie vertreten die Interessen des Rats in der *Z.* Die *R.* der 15 *Z.* wurden ab 1691 durch die alte, abtretende Hälfte des *Grossen Rats* gewählt.

Ratsherrenregiment: Bezeichnung der liberal-konservativen Regierungen zwischen 1831 und 1874.

Ratsschreiber: Der *R.* stand zusammen mit dem *Stadtschreiber* der *Kanzlei* vor. Formal war er dem *Stadtschreiber* unterstellt, doch waren die beiden Staatssekretäre, der Stadt- und der *R.*, zur Zeit Iselins einander ebenbürtig. Vom Rang her waren sie den Mitgliedern des *Kleinen Rats* gleichgestellt, nur die *Häupter* waren höhergestellt. Die *Kanzlei* führte die Geschäfte der Regierung. Stadt- und *R.* hatten Sitz und Stimme in der sog. *Haushaltung*, der wichtigsten Verwaltungskammer der Stadtrepublik. Der *R.* war ausserdem noch Mitglied des *Dreieramts* und der *Bürgerkommission*, die für die Bürgerauf-

nahmen zuständig war. Der *R.* führte die Protokolle des Grossen Rats, des *Kleinen Rats* und des *Geheimen Rats* und die amtliche Korrespondenz; er verfasste «Bedenken», d. h. Vorlagen für Gesetze und Sachgeschäfte, über die die Räte zu entscheiden hatten (entspricht ungefähr einem heutigen «Ratschlag»), und er setzte Gutachten auf. Er fasste auch die jährliche Staatsrechnung ab. Ausserdem hatten *R.* und *Stadtschreiber* bei der Audienz der *Häupter* anwesend zu sein. Obwohl die Schreiber keinen Einfluss auf die politischen Entscheidungen hatten und der grösste Teil ihrer Amtstätigkeit in unselbständiger Kanzleiarbeit bestand, besassen sie jedoch die Befugnis, darauf zu achten, dass keine den Grossratserkenntnissen zuwiderlaufenden Beschlüsse gefasst wurden, eine Aufgabe, die auch zu den Pflichten der *Häuptern* gehörte, aber gewohnheitsmässig den Schreibern überlassen wurde.

Rechenrat: Vertreter des *Grossen Rates* in der *Haushaltung*, führten und kontrollierten die Staatsrechnung.

Regeneration: Als *R.zeit* werden die Jahre zwischen Ende der *Restauration* 1830 und dem Sonderbundskrieg bis zur Gründung des schweizerischen Bundesstaates bezeichnet. Die *R.bewegung* strebte eine nationale Einigung der Eidgenossenschaft an, teilte sich aber schon früh in eine radikal-freisinnige und eine liberale Richtung auf.

Regiment: Die *Häupter*, die Regierungsorgane (*Kleiner* und *Grosser Rat*), die obersten Behördenvertreter (*Stadtschreiber, Ratsschreiber*, die beiden *Schultheissen*), die im Rat Einsitz hatten, und die Mitglieder aller Behörden und Ämter bilden zusammen das *R.* Vor 1798, als der Stand Basel noch eine souveräne Stadtrepublik war mit eigenem Untertanengebiet wurde in der Stadt Basel noch nicht zwischen Gemeinde- und Kantonsbehörden unterschieden. Das *R.* repräsentierte also die regierende *Stadtgemeinde*. Die Namen der zum *R.* gehörenden Personen wurden seit dem 17. Jh. im sog. «*R.büchlein*», dem damaligen Staatskalender, veröffentlicht.

Regimentswechsel: Vor 1798 waren das Amt des Bürgermeisters, des *Oberstzunftmeisters* sowie alle Sitze im *Grossen* und *Kleinen Rat* und deshalb auch die Vorstände der Zünfte doppelt besetzt. Die Amtsträger wechselten sich jährlich ab. Der Wechsel fand am Johannistag, am 24. Juni, statt (siehe auch *Schwörtag*). Auf diesen Tag wurde auch das sog. Regimentsbüchlein veröffentlicht, in dem die alten und die neuen *Häupter* bzw. Räte aufgeführt wurden.

Registrator: Mitglied der *Kanzlei*, der das Archiv der Räte verwaltete. Er war für die korrekte Weiterleitung und Bearbeitung eingehender Dokumente zuständig (Registratur) sowie die Aktenablage, nach Abschluss eines Geschäfts (Archiv).

Restauration: Die *R.* folgte auf den Wiener Kongress 1814–1816 und umfasste die Jahre von Napoleons Sturz, der Wiederherstellung der föderal organisierten Eidgenossenschaft nach der Langen Tagsatzung bis 1830, als die revolutionären Unruhen in ganz Europa der *Regenerationsbewegung*, die einen schweizerischen Nationalstaat anstrebte, zu ersten politischen Erfolgen in einigen Schweizer Kantonen verhalfen. In Basel führte der Versuch der *Liberalen* in der Stadt, den Kanton zu regenerieren, zu einem Bürgerkrieg auf zwei Fronten – innerhalb der Stadtbürgerschaft und zwischen *Stadt-* und *Landbürgern* –, der 1833 von der von den radikalen Kantonen beherrschten Tagsatzung mit der Trennung von Stadt und Land in zwei selbständige Halbkantone beendet wurde.

Rumford'sche Suppe: Der royalistisch gesinnte Amerikaner Sir Benjamin Thompson, Graf von Rumford (1753–1814, von Georg III. von England 1788 zum Ritter und vom bayrischen Kurfürsten für seine Verdienste 1790 in den Reichsgrafenstand erhoben) war Offizier, Politiker, Experimentalphysiker und Erfinder. Er verliess Amerika nach dem Sieg der Unabhängigkeitsbewegung und lebte zuerst in England, bevor er in den Dienst des bayrischen Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz trat, wo er u. a. auch als Sozialreformer tätig war. Er benutzte seine physikalischen Kenntnisse zur Entwicklung holzsparender Holzöfen. Berühmt wurde vor allem die von ihm 1795 entwickelte Armensuppe, die Rumford für die Armee des Pfalzgrafen und festgenommene Bettler in der Arbeitsanstalt in München entwickelte. Das Grundrezept besteht nur aus Graupen (Gerste) und Erbsen, die stundenlang zu einer dicken, sämigen Suppe gekocht werden, die mit Salz und Wein- oder Bieressig gewürzt wird. Nach Einführung der Kartoffeln wurde ein Teil der Graupen durch Kartoffeln und altes Brot ersetzt, Die von der Suppenanstalt in Basel angebotene Suppe war eine mit Fleisch, Knochen und Gemüse angereicherte Variante dieses Grundrezeptes.

Schultheissen von *Gross-* und *Kleinbasel:* Grossbasel und Kleinbasel besassen je ein eigenes *S.gericht*, dem der sog. *S.* als Gerichtspräsident vorstand. In Kleinbasel erfüllte der *S.* zugleich auch die Funktion des Hauptmanns der Miliz und sass von Amts wegen auch im *Kirchenbann* von St. Theodor. Die *S.* hatten Einsitz im *Grossen Rat*.

Schwörtag: Beim *Regimentswechsel* am Johannistag, dem 24. Juni, kamen alle stimm- und wehrfähigen Basler *Stadtbürger* auf dem Petersplatz zusammen und schworen der Zunftverfassung und den «neuen» Räten die Treue.

Sechser (siehe auch *Zunftvorstand):* Vertreter der 15 Zünfte im *Grossen Rat*, je Zunft 6. Wahl durch Selbstergänzung innerhalb der Zunftvorstände. Die *S.* vertreten zusammen mit dem *Zunftmeister* die Interessen ihrer Zunft nach aussen.

Seckelmeister: Altertümliche Bezeichnung für Kassier analog zum Begriff «Staatsseckel» für Staatskasse.

Senarium oder *Los zu Sechsen* (siehe auch *Loswahl*): Bei den dem *Losverfahren* unterworfenen «Ämtern» wurden jeweils 6 Kandidaten vom *Grossen Rat* in einem komplizierten Wahlverfahren bestimmt. Sie bildeten das *S.*, d. h. die Auswahl von 6 Kandidaten für ein Amt, zwischen denen das Los entschied.

Sester: Hohlmass für Getreide und Flüssigkeiten. Je nach Region hatte das *S.* verschiedene Volumengrössen. Das Getreidehohlmass aus dem Badischen entsprach z. B. 15 Litern. Im Kanton Basel wurde das kleine *S.* wie folgt geteilt: 1 kleines *S.* = 4 Köpflein («Gupf») = 8 Becher = 32 Mässlein = 861,145 Pariser Kubikzoll = 17,082 Liter (vgl. Wikipedia und http://baslerbauten.ch/index.php?option=com_content&view=article&id=265%3Amassegewichte&catid=63&Itemid=156).

Stadtbürger: Basler mit Basler Bürgerrecht, im Gegensatz zu den *Landbürgern*, d. h. Personen, die das Bürgerrecht einer Gemeinde auf der Basler Landschaft besassen, verfassungsrechtlich relevante Unterscheidung ab 1803 bis zur Kantonstrennung 1833.

Stadtgemeinde: Die sog. *S.* besteht in Basel zwischen 1803 und 1876. Ihre Organe waren der *Grosse* und der *Kleine Stadtrat*. Der Titel des Präsidenten des *Kleinen Stadtrats* war Stadtratspräsident, da der Titel Bürgermeister nach 1803 dem Präsidenten des *Kleinen Rates*, der Kantonsregierung, vorbehalten war. Als *Gemeindebürger* gehörten der *S.* seit 1814 nur Basler Bürger an. Einwohner der Stadt Basel besassen bis 1814 das aktive Wahlrecht, jedoch nie das passive. Bis in die Mitte des 19. Jh. erfüllte die *S.* die Funktionen der *Einwohnergemeinde*, trat diese Funktionen aber nach und nach an den Kanton ab. Anders als in anderen Kantonen der Schweiz entstand in Basel im 19. Jh. als Folge der Kantonstrennung nie eine *Einwohnergemeinde*. Diese Funktion übernahm 1876 der Kanton. Der *Grosse Rat* ist deshalb zugleich der Einwohnerrat Basels.

Stadtkonsulent: Zwei dem *Dreizehnerrat* beigestellte Juristen, die für den *Dreizehnerrat* Rechtsgutachten erstellen.

Stadtrat bzw. *Kleiner* bzw. *Grosser Stadtrat*; siehe *Stadtgemeinde*

Stadtschreiber: Höchster Beamter der Stadtrepublik Basel, der zusammen mit dem *Ratsschreiber* der *Kanzlei* vorstand. Er übernahm interimistisch die Funktion eines fehlenden *Hauptes* und war für die Aussenpolitik zuständig. Das Amt war häufig ein Sprungbrett für die Wahl zum *Oberstzunftmeister* oder *Bürgermeister*.

Staminet: Vom franz. Wort «Estaminet» stammend, bezeichnet S. ein kleines Café, das gerne als Treffpunkt genutzt wird. Iselin kennt diese Erscheinung vor allem auch aus England, wo die Literaten und Aufklärer solche «coffee houses» zur Zeitungslektüre und zwecks Gedankenaustausches frequentierten.

Tauner: Kleinbauern, die nur wenig Land, meist ein paar Ziegen und im Gegensatz zu den Bauern oft kein Zugvieh besassen. Aus dieser Schicht stammen die Baselbieter Posamenter der städtischen Seidenbandindustrie.

Ternarium oder *Los zu Dreien* (siehe auch *Loswahl*)*:* Nicht nur alle «Ämter» und Beamtungen waren dem Los unterworfen, auch die Professuren an der Universität. Dort wurde analog zum *Senarium* im *Grossen Rat* eine Auswahl von 3 Kandidaten getroffen, zwischen denen dann das Los zu entscheiden hatten. Das *T.* kann auch im *Kleinen Rat* bei der Bestimmung der Kandidaten für das Bürgermeisteramt zum Zug, vgl. dazu Bildkommentar zu Abb. 18, S. 77.

Tontine: Eine frühe Form der Rentenversicherung, die nach ihrem Erfinder, dem italienischen Bankier Lorenzo de Tonti (um 1602 bis 1684) benannt und einem Lotteriespiel ähnlich aufgebaut ist. Eine bestimmte Anzahl von Teilnehmern verpflichtet sich, eine bestimmte Summe einzuzahlen, die zu einem festgesetzten Zins verzinst und nicht vor einer vorher festgesetzten Zahl von Jahren ausbezahlt wird. Stirbt ein Teilnehmer vor dem Auszahlungstermin, fällt das vorhandene Kapital mit Zinsen an die anderen Teilnehmer. Die bis zum ersten Auszahlungstermin überlebenden Teilnehmer erhalten in regelmässigen Abständen eine dem abgeschlossenen Rentenvertrag entsprechende Rente, die mit der sinkenden Zahl der Teilnehmer ansteigt. Die Teilnehmer tragen also, anders als bei einer heutigen Lebensversicherung, das Versicherungsrisiko der Langlebigkeit selbst.

Untertanen: Die bis 1798 völlig rechtlose Landbevölkerung im Stande Basel. Die Bewohner der Stadt unterstanden der städtischen Steuer-, Militär- und Gerichtshoheit. Die obrigkeitliche Gewalt übten auf der Basler Landschaft die Landvögte und deren Schreiber sowie die Pfarrer in den Gemeinden aus. Die Verwaltung der Landschaft unterstand den Räten und speziellen Kommissionen des *Grossen Rats*, speziell der *Landkommission*. Die Leibeigenschaft wurde auf Antrag von Peter Vischer-Ochs 1797 durch den *Grossen Rat* aufgehoben. Nach der Helvetik bürgerte sich für die wahl- und stimmfähigen Einwohner der Landschaft, d. h. diejenigen mit einem Gemeindebürgerrecht auf der Basler Landschaft, der Begriff *Landbürger* ein, im Gegensatz zu den *Stadtbürgern*, den wahl- und stimmfähigen Bürgern der Stadt Basel.

Wasenmeister: Der *W.*, auch Abdecker oder Schinder genannt, bezeichnet im oberdeutschen Sprachraum eine Person, die für die Beseitigung von Tierkadavern und deren Verwertung zuständig war und daraus Fette, Leim, Knochenmehl, Salmiak, Seife, Bleichmittel und Viehfutter herstellte oder die verwertbaren Teile, z. B. die Häute, an die verarbeitenden Gewerbe weiterverkaufte. Bis zum Tierseuchengesetz von 2013 blieb in der Schweiz die Bezeichnung *W.* für die mit der Kadaverbeseitigung befassten Ämter oder Personen gebräuchlich.

Zensur; siehe *Bücherzensur/Bücherkommission*

Zünfte und Ehrengesellschaften vor der Revolution 1798: Alle Bürger Basels mussten einer *Z.* angehören. Nur *Stadtbürger* mit Immobilienbesitz in Kleinbasel hatten zusätzlich auch das Recht, einer der drei Kleinbasler *Ehrengesellschaften* anzugehören, deren *Meister* bis 1798 ebenfalls im *Grossen Rat* Einsitz hatten. Nur wer einer *Z.* angehörte und den Meistertitel besass, konnte selbständig einen Beruf ausüben, und nur Bürger mit einem Meistertitel waren wahlfähig, d. h. konnten in den *Z.vorstand* gewählt werden. Der *Z.vorstand* jeder *Z.* bestand aus *Z.meister*, *Ratsherr* und den *Sechsern*. Die 8 Mitglieder des *Z.vorstandes* sassen im *Grossen Rat*; *Ratsherr* und *Zunftmeister* repräsentieren ihre Zunft im *Kleinen Rat*. Die Kleinbasler *Ehrengesellschaften* hatten hingegen keine Vertretung im *Kleinen Rat*. Aus den Mitgliedern des *Grossen Rats* wählte der *Grosse Rat* alle Verwaltungskommissionen der Stadtrepublik Basel vor 1798. Der *Grosse Rat* wählte auch die *Häupter*, besetzte die Schreiberstellen der *Kanzlei*, die Vogteien und andere Verwaltungsstellen.

*Zunftmeister (*siehe auch *Zunftvorstand):* Vertreter der 15 *Zünfte* im *Kleinen Rat*, je *Zunft* ein *Z.* Sie fungierten als Richter in Gewerbefragen. Sie wurden von den Mitgliedern des *Zunftvorstandes* gewählt unter Beizug weniger Wahlmänner, sog. Kieser, aus der Zunftgemeinde, d. h. der wahlfähigen Handwerksmeister ihrer *Zunft*.

Zunftregiment (vor 1798)*:* Die von den *Zünften* und *Ehrengesellschaften* getragene Regierung, die 1798 von der *Helvetischen Republik* gestürzt wurde und auch nach 1803 nicht mehr in der alten Form wieder hergestellt werden konnte. Nach 1803 sassen im *Grossen* und im *Kleinen Rat Landbürger*, die vor 1798 keine politischen Rechte besassen und gegenüber den *Stadtbürgern* auch sozial und wirtschaftlich benachteiligt waren.

Zunftvorstand: Der *Z.* wird gebildet aus dem *Zunftmeister* und dem *Ratsherrn*, die im *Kleinen Rat* die Interessen der Zunft vertreten, und den *Sechsern*, die im *Grossen Rat* ihre Zunft vertreten. Alle diese Zunftämter sind doppelt besetzt wegen des *Regimentswechsels*.

Chronologie

Die im folgenden Text aufgeführten Kommissionen gehören alle zur GGG, wenn nichts anderes vermerkt ist. Neben den Kommissionen beauftragte die GGG auch Delegierte. Sie entsandte sie in ihr nahestehende, von ihr regelmässig finanziell unterstützte Einrichtungen und Organisationen. Solche Vereine und Einrichtungen konnten später zu einer GGG-Kommission werden. Es kam aber auch vor, dass Kommissionen der GGG sich auf einen Delegierten reduzierten. Dieser hielt den Kontakt zu Organisationen aufrecht, die im selben Bereich arbeiteten wie die ursprüngliche Kommission der GGG.

Mit der Aufnahme des Berichts von nicht zur GGG gehörenden Vereinen in den eigenen Jahresbericht (sogenannte Berichterstattung), zeichnete die GGG Organisationen aus, die sie für vorbildlich hielt, oft auch unterstützte, die aber unabhängig von ihr entstanden und organisiert waren. Solche Organisationen wurden dann nicht selten später in die GGG integriert. Mit der Berichterstattung wurden aber auch Kommissionen ausgezeichnet, die in kommunalen oder staatlichen Organisationen aufgegangen waren oder sich selbständig gemacht hatten.

1777 MÄRZ	Isaak Iselin liest in seiner Privatwohnung im Reischacherhof sechs Freunden, die zur Basler Sektion der Helvetischen Gesellschaft gehören, den Statutenentwurf für eine gemeinnützige Gesellschaft vor
1777 AUFFAHRT	Isaak Iselin und seine Freunde treffen sich mit weiteren Interessierten im Reischacherhof, um über die Gründung der neuen Gesellschaft zu beraten, Wahl einer sechsköpfigen Kommission zur Vorbereitung der konstituierenden Versammlung
1777 JUNI	konstituierende Versammlung im Zunfthaus zum Bären in der Freien Strasse; Wahl des 12-köpfigen Gesellschaftsvorstandes unter dem Präsidium von Isaak Iselin
1777 JUNI	Stiftung von Prämien für Eltern, die ihre Kinder regelmässig in die unentgeltlichen städtischen Armenschulen schicken
1777 JULI	Jacob Sarasin schlägt die Gründung einer Töchterschule vor
1777 JULI	eine sechsköpfige Kommission soll sich mit der «Aufmunterung» der Schüler der obrigkeitlichen Zeichnungsschule befassen

1777 AUG.	eine vierköpfige Kommission soll sich um die «Aufmunterung arbeitsloser junger Handwerks-Leute durch Bestellung einiger Arbeitsstücke» kümmern
1777 NOV.	eine Kommission soll in Zusammenarbeit mit dem Waisenvater versuchen, armen Mädchen durch Wollspinnen im Winter einen Verdienst zu verschaffen
1777 DEZ.	Lehrer Holzach erhält den Auftrag, die «geschicktesten Töchter seiner Mägdleinschule» am Barfüsserplatz im Lesen und Rechnen zu unterrichten
1777 DEZ.	eine siebenköpfige Kommission unter dem Präsidium von Antistes Emanuel Merian soll eine Töchterschule errichten, bringt aber nichts zustande
1777 DEZ.	Beschluss, die zwei Gemeindeschulen für Mädchen im Gross- und Kleinbasel «aufzumuntern» durch Prämierung der Schülerinnen und Lehrer
1778 MÄRZ	Wahl einer dreiköpfigen Kommission, die die geplante Wollspinnerei für arme Mädchen überwachen soll
1778 MÄRZ	Lehrer Schneider soll Mädchen im Kleinbasel Rechenunterricht erteilen unter der Aufsicht einer zweiköpfigen Kommission
1778 PFINGSTEN	Eröffnung der Anstalt für Wollspinnen für Mädchen unter der Aufsicht einer dreiköpfigen Kommission
1778 SEPT.	Beschluss, fähige Schüler und Lehrer in den Landschulen zu unterstützen, auf Antrag der zuständigen Pfarrer und unter Aufsicht von Antistes Emanuel Merian und Kandidat Abel Merian
1778 OKT.	Ausschreibung der Preisfrage, wie eine wohltätige Gesellschaft von Privatpersonen am besten Arme unterstützen und die Ursachen der Armut bekämpfen könne, eine achtköpfige Preisjury wird gewählt, die den Basler Johannes Frey zum Sieger erklärt
1778 DEZ.	Vorschlag, eine Nähschule zu eröffnen
1779 JAN.	Beratung des Projekt eines Witwenhauses
1779 FEBR.	Wahl einer vierköpfigen Kommission zur Einrichtung einer Nähschule, in der die Mädchen zugleich auch lesen, schreiben und rechnen lernen und moralischen Unterricht erhalten sollen
1779 FEBR.	Schliessung der Wollspinnerei für Mädchen

1779 FEBR.	das Projekt einer Töchterschule wird zurückgestellt
1779 APRIL	erste Nähschule im Grossbasel eröffnet
1779	Französischkurs für Studenten, später auch für Gymnasiasten und Lehrlinge
1779 JULI	Handwerker-Kommission erhält Kompetenz, Beiträge an Ausbildungskosten für nützliche oder in Basel unbekannte Gewerbe oder ausserordentliche Talente zu gewähren
1779 AUG.	Errichtung eines Witwenhauses wird aufgegeben, dafür die Publizierung eines Projekts für eine Witwenkasse beschlossen
1779 OKT.	Preisausschreiben beschlossen zur Frage, wie weit private Ausgaben der Bürger für Luxus durch obrigkeitliche Vorschriften einzuschränken seien; eine achtköpfige Jury bestimmt im November 1780 ex aequo Leonhard Meister und Johann Heinrich Pestalozzi zu den Siegern
1779 DEZ.	GGG übernimmt Kosten für Ausbildung einer Hebamme in Strassburg
1780 JAN.	Schliessung der Rechenschule für Mädchen im Grossbasel
1780 FEBR.	zweite Nähschule im Kleinbasel wird eingerichtet
1780 FEBR.	in einer Vorstandssitzung wird vorgeschlagen, die Pflege und Unterstützung armer Kranker an die Hand zu nehmen
1780 FEBR.	Kommission soll ein Projekt für eine Witwenkasse ausarbeiten
1780 JUNI	eine Spende von Peter Ochs-Vischer regt die Wiederaufnahme des Projekts einer Töchterschule an
1780 DEZ.	Reaktivierung der Kommission zur Errichtung einer Töchterschule, Dreierherr Friedrich Münch sucht in Zürich Rat; nach Zusage von Frau Speisegger aus Schaffhausen, die Leitung der geplanten Töchterschule zu übernehmen, wird Eröffnung auf Frühjahr 1781 festgesetzt
1781	Debatte, ob die GGG eine Zwangsarbeitsanstalt zur Beschäftigung bettelnder Armer einrichten soll, angeregt durch die Publikation der prämierten Schriften zur Armenpflege
1781 FEBR.	dirigierende Kommission erhält Auftrag, mit dem Stadtarzt zu beraten, wie arme Kranke unterstützt werden könnten; das Projekt wird im April aber von der Mitgliederversammlung zurückgewiesen

1781 JULI	die GGG beteiligt sich an einer Subskription zur Unterstützung armer Kranker
1781 AUG.	eine siebenköpfige Kommission soll sich mit der Verdingung junger Bürger beschäftigen
1781 OKT.	zur weiteren Beratung des Projekts einer Witwenkasse wird eine vierköpfige Kommission bestellt
1782 FEBR.	Anstellung eines Geometrielehrers für Handwerkslehrlinge und Wahl einer vierköpfigen Aufsichtskommission für diese «Geometrieschule»
1782 DEZ.	ein Antrag, armen Einwohnern im Winter verbilligtes Brennholz zur Verfügung zu stellen, wird von der Mitgliederversammlung abgewiesen
1782 DEZ.	Schliessung der ersten Töchterschule der GGG, weil Schülerinnen fehlen
1783 FEBR.	Eröffnung einer dritten Nähschule im Grossbasel
1783 / 1784	Krankenkommission formiert sich mit fremden und GGG-eigenen Mitgliedern
1784 OKT.	auf Anfrage der Pfarrerschaft übernimmt die GGG die Aufsicht über die gemischte Schule für Fabrikkinder aus dem St. Albantal, die sogenannte Papiererschule, und setzt eine vierköpfige Aufsichtskommission ein, Einstellung der Zahlung von Prämien für Schüler der Armenschulen
1784 DEZ.	auf Beschluss der Mitgliederversammlung organisiert sich die Krankenkommission im Dezember 1784 als von der GGG unabhängige Gesellschaft; die GGG entsendet aber drei Delegierte in die Krankenkommission und sagt regelmässige Beiträge zu
1785 MAI	die Krankenkommission richtet ein Holz- und Wellenlager ein für Verkauf an Arme während der kalten Jahreszeit
1785 OKT.	der Vorschlag, Mädchen aus der obrigkeitlichen Arbeitsanstalt den Besuch der Nähschulen zu erlauben, wird von der Mitgliederversammlung abgelehnt
1785 NOV.	Kommission zu den Nähschulen lässt kleine Mädchen, die noch keine Nähschule besuchen können, bei «erfahrenen Schulfrauen» unterbringen, um sie vom Gassenbettel abzuhalten
1786 APRIL	Wahl einer vierköpfigen Kommission, die sich mit der Berechnung des Minimaleinkommens («Nahrungsstandes der niederen VolksClassen») als Grundlage einer rationellen Armenpolitik befassen soll

1786 JUNI	Wahl einer vierköpfigen Projektgruppe, die die Möglichkeit der Verdingung junger Handwerker durch die GGG prüfen soll; im November erfolgt die Wahl der siebenköpfigen Kommission zur Verdingung junger Handwerker (ab 1842 Kommission zur Unterstützung von Gewerbslehrlingen)
1786 JULI	Walter Merian unternimmt zweiten Versuch zur Gründung einer Töchterschule und schlägt Eröffnung einer Nähschule mit Französischunterricht für grössere Mädchen vor
SEIT 1786	die Mitgliederversammlung erhält das Recht, an der Schlusssitzung die Mitglieder der Kommissionen zu bestätigen oder neu zu wählen
1787 FEBR.	Einsetzung einer dreiköpfigen Kommission zur Errichtung einer Nähschule für ältere Mädchen mit Französischunterricht und Eröffnung der Schule im März
1787 APRIL	Wahl einer vierköpfigen Kommission zur Errichtung einer Krankenwärterschule
1787 MAI	GGG unterstützt das von der Krankenkommission eingerichtete Holzlager finanziell
1787 AUG.	der Vorschlag, an den Nähschulen eine Singstunde einzurichten, wird an die Kommission zu den Nähschulen überwiesen, die ab Oktober probeweise mit dem Gesangsunterricht beginnt
1787 OKT.	die «Wartestuben» für kleine Kinder zur Entlastung armer berufstätiger Mütter werden eröffnet und im März 1788 wieder geschlossen, weil sie keinen Anklang finden
1788 MAI	GGG wird anonym aufgefordert, eine Realschule für Knaben einzurichten, und wählt im September eine vierköpfige Kommission zur Ausarbeitung eines Projekts, das im Dezember 1788 publiziert, aber nicht realisiert wird
1788 DEZ.	Schliessung der zweiten Töchterschule der GGG
1789	die Armenkommission der GGG organisiert in Zusammenarbeit mit der Krankenkommission die erste systematische Armutsstudie Basels
1789 JAN.	Vorschlag, eine neue Armenarbeitsanstalt einzurichten. veranlasst Wahl einer dreiköpfigen Projektkommission, die ab März 1789 eine Spinn- und Strickanstalt in Betrieb nimmt unter Aufsicht von Schultheiss Johann Heinrich Wieland und seiner Frau

1789 DEZ.	Projekt einer Feuerversicherung wird zur weiteren Beratung an eine vierköpfige Kommission überwiesen, die im Januar 1790 aber ihre Arbeit einstellt, da bereits an einer obrigkeitlichen Brandkasse gearbeitet wird
1790 NOV.	Vorschlag, eine vierte Nähschule zu eröffnen, kann nicht realisiert werden
1794	Mitgliederversammlung beschliesst Einstellung der Singstunde an den Nähschulen; dieser Beschluss wird von der zuständigen Kommission aber nicht durchgeführt
1795 MÄRZ	Einsetzung einer dreiköpfigen Kommission, die die Gründung einer Ökonomischen Gesellschaft vorbereiten soll; im April 1795 gibt sie eine «Abhandlung zur Cultur der Erdäpfel» in Druck, noch bevor sie im Juni einen Arbeitsplan vorlegt; während der Helvetik löst sich diese Kommission von der GGG
1796 JAN.	eine dreiköpfige Kommission zur Errichtung einer Zeichnungsschule wird eingesetzt, die Schule im Februar im Markgräflerhof in der neuen Vorstadt (heute Hebelstrasse) eröffnet und die seit 1782 bestehende Geometrieschule für Lehrlinge geschlossen
1796 MAI	eine Flick-, Verstech- und Spinnschule wird eingerichet als weiterführende Schule für die drei bestehenden Nähschulen für Mädchen
1796 NOV.	Einrichtung einer allgemeinen Singstunde für Kinder und Erwachsene an Kommission zu den Nähschulen überwiesen
1797 MÄRZ	Ankauf und Verkauf der Holzwellen, bisher von der Krankenkommission besorgt, wird einer eigenen Kommission übertragen
1797 JUNI	Kommission zu den Nähschulen richtet probeweise eine Singstunde für Knaben und Männer ein
1797 OKT.	eine von Niklaus Merian im Rahmen der Tätigkeit der Ökonomischen Gesellschaft entworfene Kartoffelraffel wird zusammen mit einer Anleitung zu deren Gebrauch in Seltisberg verteilt
1798 JAN.	Hebamme Schwarz, die von der GGG in Strassburg ausgebildet wurde, soll Hebammen, die auf der Landschaft arbeiten, unterrichten; dieser Unterricht wird schliesslich aber Chirurg Heinimann in Sissach übertragen
1798 JUNI	eine dreiköpfige Kommission wird mit der Herstellung von Schreibvorlagen für die Landschulen beauftragt, die von Lehrer und Schreibmeister Holzach entworfen und von Jacob von Mechel gestochen werden
1798 DEZ.	Ausbildung einer zweiten Hebamme in Strassburg

1799 MAI	eine dreiköpfige Kommission wird ernannt, die die Zusammenarbeit mit der im Februar gegründeten Literarischen Gesellschaft koordinieren soll, die sich um die Flüchtlinge aus den Schweizer Kriegsgebieten kümmern will
1800 MAI	Ernennung einer fünfköpfigen Kommission, die die Aufnahme der Flüchtlingskinder aus dem Kanton Linth (ehemaliger Stand Zürich) in Basel koordinieren soll; im Verlauf des Jahres wird zur Beschäftigung dieser Kinder eine Baumwollspinnanstalt für Knaben und eine Nähschule für Mädchen eingerichtet
1801 FEBR.	eine dreiköpfige Kommission soll mit zwei Mitgliedern der Armen-Kommission eine Suppenanstalt aufbauen, kommt aber nicht voran; auch eine zweite im Juni eingesetzte Kommission bringt nichts zustande
1802 JUNI	der Erziehungsrat erklärt sich bereit, einen auf Kosten der GGG im Pestalozzischen Institut ausgebildeten Lehrer so bald wie möglich anzustellen
1802 NOV.	die Kommission zur Suppenanstalt wird reorganisiert und auf acht Mitglieder erweitert; sie nimmt im Dezember ihre Arbeit auf
1803 JAN.	eine vierköpfige Kommission wird mit der Herstellung von Packtuch beauftragt, um Arbeitslose zu beschäftigen
1803 JULI	GGG bewilligt Sonderkredit, um Bankrott der Krankenkommission zu verhindern
1803 OKT.	für die Organisation der Suppenverteilung im Winter wird die Kommission zur Suppenanstalt auf fünfzehn Mitglieder erweitert
1803 DEZ.	Einstellung der von der Kommission zu den Nähschulen eingeführten allgemeinen Singstunde
1804 MÄRZ	eine vierköpfige Kommission soll Errichtung einer Sonntagsschule für Handwerker nach Strassburger Beispiel prüfen
1804 MÄRZ	eine sechsköpfige Kommission soll Errichtung einer Allgemeinen Armenanstalt nach Hamburger Vorbild prüfen
1804 DEZ.	auf Vorschlag der dirigierenden Kommission übergibt die GGG die von ihr betriebenen Arbeitsanstalten der neu gegründeten städtischen «Allgemeinen Armenanstalt», der sich auch die seit 1883 bestehende Krankenkommission anschliesst
1805 APRIL	eine vierköpfige Kommission soll Errichtung einer zinstragenden Kasse nach Zürcher Vorbild prüfen

1806 DEZ.	eine fünfköpfige Kommission soll Eröffnung eines «Leseinstituts für die Jugend» prüfen
1807 JAN.	das Direktorium zur Leseanstalt für die Jugend (Jugendbibliothek) nimmt seine Arbeit auf; die Bibliothek steht Mädchen und Knaben offen
SEIT 1808	Ausbau der Zeichnungsschule zu einem dreijährigen Lehrkurs
SEIT 1808	Beiträge für Prämien an die Armenschulen der «Allgemeinen Armenanstalt» im Klingental
1809 FEBR.	eine fünfköpfige Kommission soll erneut die Errichtung einer zinstragenden Ersparniskasse prüfen
1809 FEBR.	eine neu geschaffene vierköpfige Musikkommission (nach 1812 Kommission für Gesang und Orgelspiel) soll die Errichtung einer Singschule prüfen
1809 MAI	GGG beschliesst Errichtung einer zinstragenden Ersparniskasse (ZEK) und setzt eine zehnköpfige Verwaltungskommission ein
1810	in der Jugendbibliothek wird ein erster bezahlter Bibliothekar angestellt
1812	Eröffnung der dritten Töchterschule der GGG, die sich anders als ihre Vorgängerinnen gut entwickelt
1813	die Zeichnungsschule der GGG wird professionalisiert durch die Mitarbeit der neugegründeten Künstlergesellschaft und deren Einsitz in die Kommission der GGG
1814	Aufstellung einer Marmorbüste Iselins im Sitzungszimmer des Vorstandes (heute im Vorraum zum Zunftsaal im Schmiedenhof in einer Nische)
SEIT 1814	Führung der Töchterschule gemeinsam mit Vertretern der staatlichen Behörden
1815	erste Kommission für Besorgung Taubstummer und Blinder gegründet, die aber 1819 ihre Arbeit eingestellt
1816	finanzielle Unterstützung von Vereinen, die sich mit der Verbeiständung von Witwen und Waisen von Einsassen, d. h. in der Stadt lebenden Landbürgern beschäftigen in den Jahren 1816–1820 und 1828–1831
1816	der Versuch, innerhalb der GGG selbständige Kommissionen von Frauen zu schaffen, anonym vorgetragen von der Iselintochter Anna Maria Preiswerk-Iselin, scheitert

SEIT 1817	die Jugendbibliothek öffnet sich schrittweise auch Erwachsenen, wodurch erstmals auch Frauen Zugang zu einer Bibliothek erhalten
1817	Projekt einer Zwangsarbeitsanstalt wird diskutiert und ein ausführliches Memorial von einer dreiköpfigen Delegation Amtsbürgermeister Wieland überreicht, aber ohne Erfolg
1818	Unterstützung der Gründung des Landwirtschaftlichen Vereins des Kantons Basel
1819	Revision der Statuten der GGG von 1778
1819	Verstaatlichung der 1812 gegründeten dritten Töchterschule der GGG
1819 NOV.	Kommission zum Neujahrsblatt
1820	Kommission für Gesang und Orgelspiel erreicht eine Vereinbarung mit dem Erziehungsrat und stellt einen Gesanglehrer an für das Gymnasium, die Töchterschule und die Nähschulen der GGG
1820	Kommission «für den Schullehrer-Concurs» nimmt die Arbeit auf; sie will durch einen regelmässig zu veranstaltenden Wettbewerb unter den Landschullehrern zur Verbesserung des Landschulwesens beitragen
1821	das erste Neujahrsblatt erscheint, es enthält ein Lebensbild von Isaak Iselin
1821	«Kommission zur Mitwirkung an der Arbeits- und Zuchtanstalt» bemüht sich um bessere Haftbedingungen im Basler Gefängnis
1821	Oberst Wieland regt erneut die Schaffung einer Zwangsarbeits- und Besserungsanstalt an, der Antrag wird an die «Kommission zur Mitwirkung an der Arbeits- und Zuchtanstalt» überwiesen, wo er liegen bleibt
1821	GGG beteiligt sich an der Gründung eines selbständigen Landwirtschaftlichen Vereins; in der GGG entsteht eine vorberatende Kommission des Landwirtschaftlichen Vereins, die ab 1823 im Jahresbericht nachweisbar ist
1823	Sonntagsschule für junge Handwerker wird in einem Saal des Klingentals eröffnet
1823	Konstitution einer temporären Kommission zur «Ausführung des Jugendfestes», die 1824 das erste Jugendfest anlässlich der Enthüllung des St. Jakobdenkmals von Marquart Wocher durchführt

1823	Gründung der Bürgerbibliothek
SEIT 1823	GGG gewährt Beiträge an Prämien für Schüler und Schülerinnen der Waisenhausschule, später ersetzt durch Beiträge an die Waisenhausbibliothek
SEIT 1823	Beiträge an das naturhistorische Museum
1824	Gründung der Kommission zur «Beratung und Versorgung junger Taubstummer» in auswärtigen Anstalten; seit 1833 auch in Beuggen, seit 1838 in Riehen und Bettingen (ab 1859); die Kommission reduziert sich nach und nach auf einen Delegierten
SEIT 1824	Berichterstattung der 1823 gegründeten landwirtschaftlichen Armenschule («Landarmenschule») im Gundeldingen
1825	Kommission zur Veranstaltung körperlicher Übungen für die Jugend (später Kommission zum Turnwesen)
1825	Kommission zu Beförderung der Heizung mit erwärmter Luft und anderer holzsparender Vorrichtungen
1826 JAN.	Eröffnung der Bürgerbibliothek, die, im Gegensatz zur Allgemeinen Lesegesellschaft, Männern und Frauen zugänglich ist
1826	Kommission zum Turnwesen betreibt im Winter eine Schlittschuhbahn, muss dies aber 1830 aufgeben
1826	Kommission zur Förderung industrieller Unternehmungen, nur bis 1829 nachweisbar
1827	Gründung der Dienstagsgesellschaft anlässlich des 50-jährigen Bestehens der GGG
1828	Kommission zum Turnwesen unterstützt durch Übungen an Waffen das Kadettenwesen
1828	Erweiterung der Zeichnungsschule zur Zeichnungs- und Modellierschule, d. h. zu einer Gewerbeschule mit einem dreijährigen Grundkurs und daran anschliessend wahlweise einem Fachkurs für «technische Zeichnung» oder «Kunstzeichnung», zugleich Fusion mit der seit 1823 bestehenden Sonntagsschule für Handwerker
1829	Kommission zur «Verbesserung des Volkskalenders»

1829	die Sonntagsschule für Handwerker trennt sich wieder von der Zeichnungs- und Modellierschule, wird aber von der GGG noch weiter subventioniert bis zu ihrer Schliessung 1832
1830	erste Basler Gewerbeausstellung auf Anregung der GGG
1830	die 1802 von der GGG gegründete Suppenanstalt unterstellt sich dem Armenkollegium und nennt sich neu «Kommission zur Suppenanstalt in Gemeinschaft mit löblichem Armencollegium»
1830/1831	Kommission zur Schwimm- und Badeanstalt für Knaben und Männer plant und baut die erste Rheinbadeanstalt an der Pfalz; Eröffnung im April 1832
1831	Kommission zu den Nähschulen schliesst eine der drei Schulen
1832	Einsetzung einer Cholera-Kommission, da man einen Ausbruch der Seuche in der Stadt befürchtet; löst sich noch im selben Jahr wieder auf
1832	Einstellung der Unterstützung des Landwirtschaftlichen Vereins
1832	Kommission zur Mitwirkung an der «Arbeits- und Zuchtanstalt» verliert durch die Schaffung einer staatlichen Gefängnisinspektion 1832 ihre Funktion, entsendet aber Delegierte
1833	die Unterstützung von fähigen Schülern und Lehrern der Landschulen wird eingestellt
1833	Entsendung eines Delegierten der GGG in die Krankenkommission des Armenkollegiums
1833	Beschluss der GGG, die bisher von der Musikalischen Kommission nur sporadisch gewährte Unterstützung von begabten Orgelschülern zu institutionalisieren
1835	Auflösung der weiblichen Abteilung der Fabrikschule (früher Papiererschule)
1835/36	mit der Schaffung einer staatlichen Kommission für die Strafanstalten wird die Tätigkeit der «Kommission zur Mitwirkung bei der Zucht- und Arbeitsanstalt» gegenstandslos, die sich daraufhin auf die Betreuung haftentlassener Personen konzentriert
1837	Umwandlung der «Kommission zur Mitwirkung bei der Zucht- und Arbeitsanstalt» in die «Kommission zur Versorgung entlassener Sträflinge» («Patronage-Kommission»)

1837	Projekt einer Zwangsarbeitsanstalt wird im Rahmen des 60-Jahr-Jubiläums erneut zur Diskussion gestellt, zusammen mit dem Projekt eines Kreditinstituts (Vorschusskasse) für Handwerker und einer «Anstalt zur Aufmunterung treuer Dienstboten»
1838	Umwandlung der Fabrikschule in die Repetierschule für Knaben
1839 MAI	öffentliches Preisausschreiben zur Frage, wie sich die «Vergnügen der arbeitenden Klassen veredlen» lassen
1839 / 1840	Revision der Statuten von 1819
1839 / 40	erster Versuch, eine Frauenbadanstalt zu bauen, scheitert
1839 / 40	kritische Phase in der Entwicklung der Zeichnungs- und Modellierschule: Auflösung der Künstlergesellschaft; Kündigung des Schullokals im Markgräflerhof; Aufnahme des Elementarunterrichts im Zeichnen in das Curriculum der Mittelschulen sowie Einführung der obligatorischen sechsjährigen Grundschule
1840	Umzug der Zeichnungs- und Modellierschule vom Markgräflerhof in die Wohn- und Verwaltungsgebäude des alten «Doktorgartens» am Spalengraben
1840	Schliessung der zweiten der ursprünglich drei Nähschulen
1840	eine Jury, die zur Beurteilung der auf die Preisfrage zur «Veredelung der Vergnügen der arbeitenden Klassen» eingesandten Arbeiten eingesetzt wurde, stellt ein Aktionsprogramm für die Kommissionen der GGG zusammen
1840	Frobenstiftung, eine Hilfskasse für Druckergesellen wird anlässlich der 400-Jahr-Feier der Erfindung der Buchdruckerkunst gestiftet
1841	die Basler Sektion der SGG setzt sich vertieft mit den «Fabrikarbeiterverhältnissen» auseinander und veröffentlicht die Ergebnisse 1843 im Druck
1841	die Zeichnungsschule der GGG wird um eine Modellierschule erweitert
1841	Musikkommission erhält den Auftrag, Arbeiterchöre einzurichten und zu betreuen
1842	Gründung der Arbeiterbibliothek
1842	Kommission zum Turnwesen gibt das Kadettenwesen an den 1841 gegründeten Jugendfestverein ab

1842	Kommission zur Vorschusskasse
1842	Kommission zur Veranstaltung belehrender Vorträge für junge Leute aus dem Gewerbestande
1842	Umwandlung der letzten Nähschule der GGG in eine Repetierschule für Mädchen
SEIT 1842	Unterstützung des Jugendfestvereins; von da an Berichterstattung im Jahresbericht der GGG
1843	Kommission zu den Kleinkinderschulen eröffnet im Klingental zusammen mit dem Armenkollegium eine Muster-Kleinkinderschule, die auch Fabrikarbeiterkinder aufnimmt
1844	aus Mitgliedern der Basler Sektion der SGG formiert sich innerhalb der GGG die Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse
1844	mit staatlicher Unterstützung führt die Kommission zum Turnwesen das Knabenturnen am Gymnasium ein und stellt Turnlehrer an
SEIT 1844	Berichterstattung über die 1840 gegründeten Sonntagssäle für Töchter im Jahresbericht der GGG
1845	der Präsident der Kommission zum Turnwesen, zugleich Rektor der Töchterschule, führt das Turnen als Freifach an der Töchterschule ein; ab 1846 als Freifach fest im Lehrplan
1845	Schliessung der Repetierschule für Mädchen
1845	Kommission zur Bildung von Krankenpflegern
1845	Kommission zur Bürger- und Jugendbibliothek übernimmt die 1842 gegründete Arbeiterbibliothek
1846	Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse bietet Hilfskassen die unentgeltliche Verwaltung ihrer Gelder an
1846–1847	Kommission zur Frauenbadanstalt errichtet eine Frauenbadanstalt und übernimmt deren Verwaltung nach Eröffnung im Juni 1847
1847	Kommission zur Beratung von Auswanderern; löst sich 1852 wieder auf
1847	Auflösung der 1842 gegründeten GGG-Kommission für belehrende Vorträge für junge Leute aus dem Handwerkerstand

1847	Reorganisation der ZEK
1847/48	im Mai erhält die Kommission zur Zeichnungs- und Modellierschule von der GGG den Auftrag, sich zu einer allgemeinen Gewerbeschule zu erweitern; der Kommissionsbericht wird 1848 veröffentlicht; kann aber nicht umgesetzt werden
1848	Kommission zum Sparverein, eine Konsumgenossenschaft der GGG, die aber aus finanziellen Gründen 1852 wieder aufgehoben werden muss
1848	Kommission zur Fortbildungsschule für Handwerkslehrlinge
1848/49	Kommission zur «Abhülfe der Thierquälerei» (Tierschutzkommission)
1849	Entstehung der Mägdestiftung, verwaltet von der ZEK
1850	eine von der GGG eingesetzte Kommission veröffentlicht ein Gutachten zur Errichtung einer Zwangsarbeitsanstalt; die Kommission zur Versorgung entlassener Sträflinge erweitert gleichzeit ihren Namen in Kommission zur Versorgung entlassener Sträflinge und Zwangsarbeiter
1850	eine von der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse veröffentlichte «Erklärung [...] über ihre Bedingungen mit den Arbeiterkassen zur gegenseitigen Unterstützung» löst Auseinandersetzungen mit den Kassen aus und führt zum Rückzug von vier Kassen
1851	Revision der Statuten von 1840
1851	öffentliche Ausschreibung für Projekte kostengünstiger Arbeiterwohnungen
1851	Entsendung von Delegierten zur Besprechung mit Abgeordneten des Landschaftlichen Armenvereins wegen Errichtung einer gemeinsamen Zwangsarbeitsanstalt, woraus 1852 die Kommission zur Zwangs-Arbeitsanstalt entsteht
1852	Projekt einer Alters- und Sterbekasse der GGG aus Anlass des 75-jährigen Jubiläums scheitert erneut aus finanziellen Gründen
1852	Auflösung der 1833 geschaffenen Kommission zur Verbeiständung hiesiger Einsassen, d. h. Bürgern aus dem Kanton Baselland, die während des Bürgerkrieges 1831/32 die Stadt unterstützten
1853	Gründung der französischen Repetierschule, entstanden aus der 1835 zur Knabenschule reduzierten Fabrikschule (bis 1821 Papiererschule)

1853	Gründung der Prämienstiftung für männliche Arbeiter und Dienstboten, die von der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse verwaltet wird
1853	GGG und Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse gründen Aktiengesellschaft für Arbeiterwohnungen auf der Breite und einer Kommission zu den Arbeiterwohnungen, die bis 1856 eine kleine Modellsiedlung auf der Breite vor den Stadttoren errichtet
1854	Kommission für das Unterrichtswesen bei der Standestruppe, nach wenigen Jahren wieder eingestellt
1854	Entsendung eines Delegierten in den Verein für Sonntagssäle für Mädchen
SEIT 1854	Mitgliederversammlung gibt einen Teil der Zinsen der vorhandenen Stiftungen für die Errichtung einer Zwangsarbeitsanstalt frei zur Unterbringung von Kantonseinwohnern in auswärtigen Anstalten
SEIT 1854	Berichterstattung des Handwerker- und Gewerbevereins
SEIT 1854	Beiträge an die öffentliche Kunstsammlung
1856	GGG beteiligt sich an den Feierlichkeiten in Erinnerung des Grossen Erdbebens von 1356 und organisiert Sammlung zur Errichtung einer Stiftung für arme Kinder (Lukasstiftung); Gründung der Kommission zur Lukasstiftung zwecks Verwaltung derselben
1856	Kommission zur Lukasstiftung übernimmt Verteilung des Schülertuches und von Schuhen und richtet Abendsäle für arme Knaben ein
1856	eine GGG-Kommission für das Kleinkinderschulwesen beginnt zu arbeiten, parallel zur bereits bestehenden Kommission für Kleinkinderschulen, die mit dem Armenkollegium zusammenarbeitet
SEIT 1856	Unterstützung des 1855 gegründeten Kirchengesangchors
1857	letzter der von der GGG 1841 angeregten Arbeiterchöre, der Posamenterchor, löst sich auf
1857	Umzug der Zeichnungs- und Modellierschule an den Steinenberg in das Gebäude der ehemaligen Gemeinde- und Sekundarschule (heute Verwaltung des Historischen Museums) und anschliessende Reorganisation der Schule
1857	die Errichtung einer Speiseanstalt im Kleinbasel scheitert, da Christoph Merian die Finanzierung zurückzieht

SEIT 1857	Beiträge an die Waisenhausbibliothek, die die seit 1823 ausgesetzten Prämien an Waisenhausschüler ersetzen
SEIT 1857	die Kommission zur Unterstützung von Gewerbslehrlingen gibt die Beschränkung auf Basler Bürger auf
1857/1858	GGG kauft das Landgut Klosterfiechten und überträgt der «Kommission zur Errichtung einer Zwangsarbeitsanstalt» Bau und Verwaltung einer solchen
1858	die Kommission zum Turnwesen löst sich nach Einführung des obligatorischen Knabenturnens an den Gemeindeschulen auf; die GGG besitzt von da an nur noch einen Delegierten zum Turnwesen
1858	Aktiengesellschaft für Arbeiterwohnungen auf der Breite verteilt von ihr preisgekrönte und herausgegebene Schriften über den Wert guter und gesunder Wohnungen unter Arbeitern
SEIT 1858	Beiträge an die 1854 gegründete Gartenbaugesellschaft
SEIT 1858	Beiträge an die mittelalterliche Sammlung (2015 Museum für Geschichte)
1858	Kommission zu Erstellung einer Schlittschuhbahn, die die 1830 von der Kommission zum Turnwesen aufgegebene Tätigkeit wieder aufnimmt
1860	die Musikkommission erweitert ihre Tätigkeit um eine Violinschule
1861	Ausscheiden der Aktiengesellschaft für Arbeiterwohnungen auf der Breite aus der GGG, aber Kassier der GGG nimmt als Delegierter Einsitz im Verwaltungsrat und die Berichterstattung erfolgt weiterhin im Jahresbericht der GGG
1861	Eingliederung der Vorschusskasse der GGG in die 1860 gegründete Handwerkerbank
SEIT 1861	Berichterstattung über die Kleinkinderschule zu Kleinhüningen
1862	Auflösung der Kommission zur Suppenanstalt
1862	erste Diskussionen in der GGG über die Errichtung eines eigenen Gesellschaftshauses
SEIT 1862	Berichterstattung der 1860 gegründeten Handwerkerbank, mit Aktienbeteiligung der GGG seit 1861

SEIT 1862	Entsendung eines Delegierten in die Handwerkerbank
1863	Musikkommission gründet eine Chorschule für Männer und Frauen
SEIT 1864	Abordnung von Delegierten und Beiträge an die von der GGG unabhängige Kommission für populäre Vorträge
1864	erstmals lädt die GGG, nicht die lokale Sektion der SGG zu einer Jahresversammlung der SGG in Basel ein
1864	die Kommission zur Lukasstiftung entsendet Delegierte in die neu gegründete Schülertuchkommission, die nicht zur GGG gehört
1865	Gründung der Aktiengesellschaft für Errichtung öffentlicher Bad- und Waschanstalten, an der sich die GGG beteiligt und Delegierte in den Verwaltungsrat entsendet
1866	Entsendung eines Delegierten in den Kirchengesangchor Basel
1866	die ältere Kommission für Kleinkinderschulen, die mit dem Armenkollegium zusammenarbeitet, übergibt ihre Schulen der 1857 gegründeten GGG-eigenen Kommission für Kleinkinderschulen und löst sich auf
1867	Gründung der Musikschule und Umwandlung der Musikkommission zur Kommission zur Musikschule, Miete eines Schullokals an der Herbergsgasse 1
1867	Handwerker- und Gewerbeverein stellt Berichterstattung im Jahresbericht der GGG ein
1867	Einstellung der Beiträge an die Gartenbaugesellschaft
1868	Kommission zu den Speisehütten
1868	Aktienbeteiligung an der Allgemeinen Gesellschaft für Speiseanstalten, die ihr erstes Lokal im Klingental einrichtet
1868	Kommission zur Turnhalle, die die neu gebaute Turnhalle an der Theaterstrasse verwaltet; wird später zur Turnkommission Gross-Basel, in die die GGG nur noch einen Delegierten entsendet
SEIT 1868	Beiträge an die Sonntags- und Nähsäle für hiesige Fabrikarbeiterinnen, geführt von einem 1863 gegründeten, der Evangelischen Gesellschaft für Stadtmission nahestehenden Frauenverein

1869	Einrichtung von Näh- und Flickkursen für Knaben durch die Lukasstiftung
1869	Öffnung der Zeichnungs- und Modellierschule für Mädchen und Frauen
1869 / 70	die seit 1804 zum Armenkollegium gehörende Krankenkommission löst sich mit der Gründung der Freiwilligen Armenpflege 1870 auf
1870	Einrichtung von Nähschulen für Mädchen durch die Lukasstiftung
1870	Kommission für «Beförderung des Hausverdienstes»
1870	Lukasstiftung eröffnet Näh- und Flickschulen für Mädchen
SEIT 1870	die von der GGG 1869 mitgegründete Baugesellschaft zur Errichtung von Arbeiterwohnungen (mit Aktienbeteiligung der GGG) baut Wohnungen im Bachlettenquartier, an der Klybeckstrasse und am Bläsiring; seit 1877 regelmässige Berichterstattung im Jahresbericht der GGG
1871	Eröffnung einer Kunstklasse für Mädchen und Frauen an der Zeichnungs- und Modellierschule
1872	Eröffnung einer Klasse für Öl- und Aquarellmalerei für Mädchen und Frauen an der Zeichnungs- und Modellierschule
1872	GGG zieht ihre Beteiligung an der Handwerkerbank zurück
1872	Schliessung der defizitären Zwangsarbeitsanstalt auf dem Landgut Klosterfiechten (das von da an Gewinn abwirft)
1872	Kommission zur Musikschule kauft die Liegenschaft am Nadelberg 8 und erweitert ihr Lehrprogramm um Quartettunterricht und Orchesterspiel
1874	Kommission zur Verschönerung der Umgebungen Basels
1874	Kommission zur Versorgung verwahrloster Kinder
1876	Aktienbeteiligung der GGG am Basler Bauverein; ab 1877 Delegierter im Verwaltungsrat
1876	Erweiterung der Repetierschule um eine Mädchenabteilung für Französischkurse
1876	Eröffnung der Turnhalle an der Theaterstrasse und Entsendung eines Delegierten in die Turnkommission Grossbasel, die die Halle verwaltet

SEIT 1876	Berichterstattung der Schülertuchkommission, die sich von der Lukasstiftung löst
1877 OSTERN	GGG feiert im Münster, im Stadtcasino und in der Burgvogtei zwei Tage lang ihr hundertjähriges Bestehen
1877	Stiftung der Sterbe- und Alterskasse der GGG (später Teil der Schweizerischen Sterbe- und Alterskasse mit Sitz in Basel, ab 1909 Patria, heute Helvetia)
1877	Beiträge an die Kommission des Vereins für Fröbel'sche Kindergärten und Entsendung eines Delegierten
1877	zweite Basler Gewerbeausstellung, veranstaltet vom Gewerbeverein mit Aktienzeichnung der GGG; im Anschluss Gründung des Gewerbemuseums
1877	Kommission für Fortbildung fähiger Schüler, die 1881 wieder aufgelöst wird
1878	öffentliches Preisausschreiben der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse zur Frage, wie am besten gegen das Alkoholproblem, besonders das Schnapstrinken in den Unterschichten, vorgegangen werden könne
1878	GGG nimmt den Verein für Sonntagssäle für Mädchen, den sie seit 1844 finanziell unterstützt, als Kommission auf
1878	Kommission zur Frauenarbeitsschule, erste Kommission, die eine paralle Frauenkommission besitzt, die sich an der Schulleitung beteiligt
1878	Kommission zum Schutze von Geisteskranken
1878–1879	Kommission zum Krankenmobilienmagazin, gegründet auf Vorschlag der Medizinischen Gesellschaft
1879	Einführung regelmässigen Französischunterrichts für Frauen und Mädchen an der Repetierschule
1880	Umwandlung der 1823 gegründeten und von der GGG unterstützten Landwirtschaftlichen Armenschule in ein Landwaisenhaus
1880	die drei Bibliotheken der GGG, die Jugend-, Bürger - und Arbeiterbibliothek, werden im Nebengebäude der Lesegesellschaft zusammengezogen
1880	Kommission zur Frauenarbeitsschule kauft ein altes Fabrikgebäude am Stapfelberg 6 und lässt es umbauen

1880	Schaffung eines Spezialfonds der ZEK, der aus einem Teil des jährlichen Reingewinns geäufnet wird, zur Finanzierung grösserer GGG-Projekte
1880	Kommission für Errichtung eines Altersasyls für Niedergelassene beginnt mit Äufnung eines Baufonds
1881	ZEK bezieht eigenes Geschäftsgebäude am St. Albangraben
1881	Zeichnungs- und Modellierschule erhält eigenen Direktor und plant Ausbau zu einer allgemeinen Kunst- und Gewerbeschule
1881	Unterstützung des Protestantischen Kirchengesangvereins und des Kleinbasler Kirchengesangchors
1881 NOV.	Basler Alters- und Sterbekasse wird zur Schweizerischen Alters- und Sterbekasse (später Patria, heute Helvetia)
1882	Entsendung eines Delegierten in den Trägerverein einer ersten Handarbeitsschule für Knaben
1882/83	Aktienbeteiligung an der Basler Pfandleihanstalt und Entsendung eines Delegierten in den Verwaltungsrat
1883	Entsendung eines Delegierten in den Verein für Volksbibliotheken
1884	GGG kauft Schmiedenhof und das Grundstück an der Gerbergasse 24
1884	Übernahme der Verwaltung der «Testerstiftung» (für begabte junge Kleinbasler)
1884	Repetierschule gibt in der Männerabteilung alle Kurse ausser den Sprachkursen auf, wird so zur reinen Sprachschule und bietet neu einen Englischkurs in beiden Abteilungen an
1884	Entsendung eines Delegierten in den 1883 gegründeten Verein für Volksbibliotheken
1885	die Aktiengesellschaft für Allgemeine Speisewirtschaften stellt ihre Berichterstattung im Jahresbericht der GGG ein
1885	Beteiligung an der Aktiengesellschaft für Speisewirtschaften und Entsendung zweier Delegierter in den Verwaltungsrat: Errichtung der «Speisehalle am Claragraben» 1886
1886	Auflösung der «Kommission für Irrenschutz» und Konstitution als Basler Irrenhilfsvereins nach Eröffnung der Anstalt Friedmatt (heute PUK)

1887	Kommission für Um- und Neubau der Schmiedenzunft
1887	Verstaatlichung der Zeichnungs- und Modellierschule und Umwandlung in die «Allgemeine Gewerbeschule»
1888	Schweizerische Alters- und Sterbekasse kauft eigenes Verwaltungsgebäude an der Kaufhausgasse 5
1888	Aktiengesellschaft für Arbeiterwohnungen auf der Breite errichtet weitere drei Arbeiterwohnhäuser
1888	Entsendung eines Delegierten in die Kommission des Gewerbemuseums und Beteiligung an dessen Neubau
1888	Entsendung eines Delegierten in den «Verein der Handarbeitsschulen für Knaben»
1888	Entsendung eines Delegierten in den Kirchengesangchor der liberalen Abteilung der Kirchgemeinde St. Leonhard
1888 / 89	Schaffung einer Koch- und Haushaltungsschule als zweite Abteilung der Frauenarbeitsschule
1888	Unterstützung des Gewerbemuseums
1889 / 1890	Umbau des Schmiedenhofs zum Gesellschaftssitz
1890	Entsendung eines Delegierten in den Verein zur Verbreitung guter Schriften
1890	Eröffnung des Bläsistifts im Kleinbasel; erbaut von der von der GGG unterstützten Aktiengesellschaft zur Errichtung von Arbeiterwohnungen
1890	Bau eines Altersasyls für Niedergelassene durch GGG scheitert; die Kommission unterstützt aber weiterhin aus den Zinsen die Unterbringung armer Niedergelassener im Pfrundhaus der Stadtgemeinde
1891 SEPT.	Aufstellung des Standbildes von Isaak Iselin im Hof des Schmiedenhofs
1891	Kommission zur Verwaltung des Schmiedenhofs
1891	Umzug der drei GGG-Bibliotheken vom Nebengebäude der Lesegesellschaft in den Schmiedenhof
1891	Kochschulen für Frauen und Töchter der arbeitenden Klasse, organisiert von der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse

seit 1891	ZEK überweist die Hälfte des jährlichen Reingewinns an die GGG
1892	Eröffnung der Turnhalle Klingental und Entsendung eines Delegierten in die neu geschaffene Turnkommission Klein-Basel
1892	Verkauf des Landgutes Klosterfiechten an den Kanton Basel-Stadt, der daraufhin dort eine Erziehungsanstalt für Jugendliche errichtet
1893	Kommission zum Landwaisenhaus der GGG übernimmt Verwaltung der liquidierten Anstalt, mit deren Vermögen die Unterbringung von Waisen und benachteiligten Kindern von Kantonseinwohnern ohne Bürgerrecht in Familien und Anstalten finanziert werden soll
1893	Kommission zum Bläsistift
1893	Einführung von Italienischkursen an der Repetierschule
1893	Bestellung der Kommission zur Errichtung eines Sanatoriums für Brustkranke in Davos Dorf; Sanatoriumsgründung auf Anregung der Medizinischen Gesellschaft: Dezember 1896 Eröffnung der Basler Heilstätte für Brustkranke in Davos
1893	Entsendung eines Delegierten in die Turnkommission Klein-Basel
1893	Entsendung von drei Delegierten in die weitere Kommission der SGG
1893	Entsendung eines Delegierten in die «Jugendspielcommission»
1893 / 94	die Lehrerinnen der Frauenarbeitsschule und der Kleinkinderschulen petitionieren bei der GGG und in der Öffentlichkeit für eine Gleichstellung mit den vom Staat angestellten Lehrerinnen
1894	Verstaatlichung der Frauenarbeitsschule
1894	Entsendung eines Delegierten zu den Kinderabenden St. Peter und der inneren Stadt
SEIT 1894	Beitrag an die ethnographische Sammlung
1895	Kommission für Wärmehütten
1895	Entsendung eines Delegierten in den Leseverein Riehen
1895	Kommission der Schreibstube für Arbeitslose (1890 als selbständiger Verein gegründet)

SEIT 1895	mit Erlass des «Gesetzes betreffend Kleinkinderanstalten» werden die zur GGG gehörenden Kleinkinderschulen bis 1907 nach und nach verstaatlicht
1896	Entsendung von zwei Delegierten in die Kommission zur Renovierung der Ruine Dornach
1896	Beiträge der Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse an Arbeiterinnenkränzchen
1896	Errichtung einer zweiten Speisewirtschaft im Gross-Basel an der Kornhausgasse durch die Aktiengesellschaft für Speisewirtschaften
1897	Kommission zum Blindenheim
1897	Kommission zur Errichtung eines warmen Schwimmbades; Projekt scheitert aber noch in der Planungsphase
1897	Kommission zur Frauenbadanstalt konstituiert sich als selbständiger Verein
1897	die Tierschutzkommission löst sich auf und der nicht zur GGG gehörende Tierschutzverein wird gegründet, in den die GGG zwei Delegierte entsendet
1898	Eröffnung des Blindenheims
1898	Kommission zur Errichtung eines Altersasyls für Niedergelassene beteiligt sich am Bau eines neuen Pfrundhauses im Bürgerspital, das 120 Plätze für Niedergelassene reserviert; die Kommission unterstützt aus einem Spezialfonds weiterhin unbemittelte Niedergelassene
1898	Entsendung eines Delegierten zum Kinderabend St. Matthäus
1898	Entsendung eines Delegierten in den 1890 gegründeten Verein zur Näh- und Flickschule Klein-Basel, die seit 1894 im Bläsistift untergebracht ist
SEIT 1899	Beitrag an die Öffentliche Kunstsammlung im Museum an der Augustinergasse
1900	Kommission zur Veranstaltung von Volkskonzerten
1900	Kommission für Errichtung eines Volkshauses
1900	Entsendung eines Delegierten zum Kinderabend St. Leonhard

1901	Vereinigung der drei GGG-Bibliotheken im Schmiedenhof zu den «Städtischen Bibliotheken» und Fusion mit den Quartierbibliotheken des Vereins für Volksbibliotheken zu den «Allgemeinen Bibliotheken»
1901	die Johannes Beck-Stiftung zu Gunsten des 1874 eröffneten Zoologischen Gartens wird gegründet und einer Kommission der GGG zur Verwaltung übergeben
1902	die Allgemeinen Bibliotheken eröffnen Lesesäle im Schmiedenhof
1902	Entsendung eines Delegierten in den Verwaltungsrat der Merian-Iselin-Stiftung, deren Vermögen von der GGG verwaltet wird
1902	Feier des 125-jährigen Bestehens der GGG im Zunftsaal des Schmiedenhofs und im Festsaal der Safranzunft
1903	Eröffnung der Näh- und Flickschule Gross-Basel im Haus zum Hohen Dolder
1903	Eröffnung des Neubaus der Musikschule an der Leonhardsstrasse
1903	Entsendung eines Delegierten zum Kinderabend St. Alban- und Aeschenquartier
1906	Aufhebung der Kommission zur Errichtung eines Volkshauses nach Ankauf der Burgvogtei durch den Staat
1910	GGG deponiert ihr Archiv im Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt und richtet eine zweiköpfige «Kommission zum Archiv» ein
1916	Revision der Statuten: Frauen können Mitglieder der GGG werden und Beiträge zahlen

Abkürzungen

AB	Adressbuch der Stadt Basel
BN	Basler Nachrichten
BBG	Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft
BZ	Basler Zeitung
BZGA	Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde
GGG	Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige Basel = Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen
GP	Schweizerische Grenzpost
HLS	Historisches Lexikon der Schweiz (online-Fassung)
HMB	Historisches Museum Basel
HSS	Handschriften
JB	Jahresbericht der GGG = «Geschichte der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen»
NJB	Neujahrsblatt
NL	Nachlass
PA	Privatarchiv
SGG	Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft
StABS	Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt
SWA	Schweizerisches Wirtschaftsarchiv
UBB HAD	Abteilung Handschriften und alte Drucke der Universitätsbibliothek Basel
ZEK	Zinstragende Ersparniskasse

Vollständige bibliographische Angaben zu den folgenden in den Anmerkungen abgekürzt zitierten Titel finden sich im Verzeichnis der gedruckten Quellen

Bedenken
: Bedenken der Herren Deputierten wegen den Armenanstalten, Basel, 1777

Begutachtung
: Begutachtung der Vorschläge über die Veredlung der Volksvergnügungen, 1840

Christ, Vereine
: Christ Adolf, Die freiwilligen Vereine des Kantons Basel-Stadt

Geschichte der Gründung
: Schmid-Linder Carl, Zur Geschichte der Gründung der Frauenarbeitsschule

Gutachten 1843
: Gutachten der von der Baslerischen Abtheilung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft aufgestellten Kommission über die Frage betreffend der Fabrikarbeiterverhältnisse

Hirzel, Denkmal
: Hirzel Salomon, Denkmal Isaak Iselin gewidmet

Jubiläumsschrift 1827
: Burckhardt-Paravicini Karl, Geschichte der Baslerischen Gesellschaft

Jubiläumsschrift 1837
: Die sechzigjährige Jubelfeier der Gesellschaft

Jubiläumsschrift 1852
: Jubelfeier des fünfundsiebenzigsten Stiftungstages der Gesellschaft

Jubiläumsschrift 1877
: Schwabe Benno (Hg.), Die Jubelfeier der Gesellschaft

Jubiläumsschrift 1902
: Zur Feier des 125jährigen Bestehens der Gesellschaft

Leu-Holzhalb
: Leu Johann Jacob, Allgemeines helvetisches, eydgenössisches oder schweitzerisches Lexicon

Miaskowski, Festschrift
: Miaskowski August von, Die Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel während der ersten hundert Jahre ihres Bestehens

Miaskowski, Iselin,
: Miaskowski August von, Isaak Iselin

Ochs, Geschichte I–VIII
: Geschichte der Stadt und Landschaft Basel, Band I–VIII

Preisschrift Frey
: Preisschrift von Johannes Frey, in: Ueber Armut, Betteley und Wohltähtigkeit. Sammlung einiger bey der Aufmunterungsgesellschaft in Basel, im Jahr 1779 eingekommener Schriften

Siegfried 1927
: Siegfried Paul, Geschichte der Gemeinnützigen Gesellschaft in Basel von 1777–1926

Schmidlin, Ergebnisse
: Schmidlin Wilhelm, Ergebnisse der Berathungen der Gemeinnützigen Gesellschaft über die Fortbildung der Handwerkslehrlinge

Thun
: Thun Alphons, Die Vereine und Stiftungen des Kantons Baselstadt im Jahre 1881

Quellenverzeichnis

Vorbemerkung:
Im Folgenden werden nach Gruppen und Fundort alle im Text erwähnten Manuskripte, Quellenbestände und Sammlungen aufgeführt. Die genauen Angaben zur Signatur einzelner Akten sind in den Anmerkungen zum Text zu finden.

Ungedruckte Quellen

STABS STAATSARCHIV DES KANTONS BASEL-STADT
Älteres Hauptarchiv
- Protokolle
  - Protokolle Kleiner Rat
  - Protokolle Regierungsrat
  - Protokolle Grosser Rat
- Räte und Beamte
- Ratsbücher
- Vereine und Gesellschaften
- Zunft

Privatarchive
- PA 98a Isaak Iselin Archiv: Nachlass von Isaak Iselin (1728–1782). Die Briefe Isaak Iselins an Johann Rudolf Frey, Salomon Hirzel und Johann Kaspar Lavater, die im Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt aufbewahrt werden, stehen heute auch in elektronischer Form zur Verfügung unter: PA 98a, Nr. 46, 47–62 (Stand Juni 2014). Die Digitalisate können von der Internetseite, auf der die einzelnen Archivnummern beschrieben sind, aus aufgerufen werden.
- PA 146a Archiv der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel
- PA 146b Nachtrag zum Archiv der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel
- PA 212 Sarasin'sches Familienarchiv
- PA 633 Archiv der Familie Ochs genannt His
- PA 633c Nachlass Peter Ochs-Vischer
- PA 889 Archiv der Allgemeinen Armenpflege (ab 1964 Allgemeine Sozialhilfe)
- PA 1193 Forschungsdokumentation von Prof. Ulrich Im Hof (1917–2001) zu Isaak Iselin

Sammlungen
- Bilder- und Negativsammlung
- Planarchiv
- Hilfssammlungen
- Drucksachensammlung
- Basler Adressbuch
- Regimentsbüchlein oder Verzeichnis der Vorgesetzten im weltlichen und geistlichen Stand löblicher Stadt Basel
- Historisches Grundbuch

SWA SCHWEIZERISCHES WIRTSCHAFTSARCHIV
CH SWA HS 164 Basler Pfandleihanstalt
CH SWA HS 167 Zinstragende Ersparniskasse (ZEK)
CH SWA HS 287 Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige
CH SWA HS 291 Lukas-Stiftung der GGG

UBB HAD ABTEILUNG HANDSCHRIFTEN UND ALTE DRUCKE DER UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK BASEL
Jahresberichte der UBB auf Homepage:
- http://www.ub.unibas.ch/ub-hauptbibliothek/wir-ueber-uns/weiteres/jahresbericht-der-ub/

Manuskripte
- VB Mscr. M 17, 1–4
- VB Mscr. Z 8, 27

Nachlässe
- NL 33: Isaak Iselin
- NL 167: Familie Frey

Sammlungen und kleine Drucke
- A Lambda 7
- UBB *Bibliothek*
- Sammlungen von Flugschriften und kleinen Drucken aus den Signaturen:
  - KiAr: Kirchenarchiv
  - VB: Vaterländische Bibliothek

Gedruckte Quellen

Vorbemerkung:
Die im Folgenden aufgeführten Drucke finden sich entweder in den Sammlungen des StABS oder der UBB.

REIHEN, ZEITSCHRIFTEN UND ZEITUNGEN
Avisblatt siehe Wöchentliche Nachrichten aus dem Bericht-Haus in Basel
Allgemeine Deutsche Bibliothek
Basler Nachrichten
Basler Zeitung
Baslerische Mittheilungen zur Förderung des Gemeinwohls
Christlicher Volksbote
Ephemeriden der Menschheit oder Bibliothek der Sittenlehre und Politik (später erweitert zu «Ephemeriden der Menschheit oder Bibliothek der Sittenlehre, der Politik und der Gesetzgebung»)
Geschichte der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel
Helvetischer Patriot
Schweizerische Grenzpost
Verhandlungen der Helvetischen Gesellschaft
Wöchentliche Nachrichten aus dem Bericht-Haus in Basel (später: Avisblatt ...)

FLUGSCHRIFTEN
Ankündigung für Aeltern und Kinderfreunde, o. O., o. J. [1807]
Ankündigung und Bedingnisse der von der gemeinnützigen Gesellschaft in Basel eröffneten Preisvertheilung für verdienstvolle Schullehrer, Basel, 1816
Ankündigung der Eröffnung der Bürgerbibliothek, [Basel], 1826
Grundzüge für Errichtung einer Sterbe- und Alterskasse in Basel, Basel, 1877
Jubellieder auf die fünfzigjährige Feier der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel, den 30. März 1827 [Basel, 1827]
Nachricht wegen dem Vorschlage eines Wittwenhauses und Vorschlag einer Wittwencasse [Basel, 1778]
Sonntags den 1ten Brachmonat 1777. hat die Gesellschaft zur Aufmunterung des Gemeinnützigen bey ihrer ersten allgemeinen Versammlung vorläufig folgende Verfügungen getroffen[...], [Basel, 1777], darin: ältestes Mitgliederverzeichnis der Gesellschaft

Tröstliche Aussichten dem hohen Alter des Mittelstandes eröfnet [Basel, 1780]
Verfügung vom 3. Augustmonat 1777 [Basel, 1777]

BERICHTE, GUTACHTEN, DRUCKE OHNE AUTOR, SAMMELTITEL

Antrag für Errichtung von Arbeiterwohnungen der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen zu deren Entscheid vorgelegt, Basel, Druck von Bahnmaier's Buchdruckerei, 1853
Basel im vierzehnten Jahrhundert: geschichtliche Darstellungen zur fünften Säcularfeier des Erdbebens am S. Lucastage 1356, hrsg. von der Basler Historischen Gesellschaft, Basel, 1856
Bedenken der Herren Deputierten wegen den Armenanstalten. Auf Befehl Unsrer Gnädigen Herren und Obern vom 10ten Hornung 1777. zum Druck befördert, Johann Heinrich Decker (Löbl. Universität Buchdrucker) [1777]
Begutachtung der Vorschläge über die Veredlung der Volksvergnügungen der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen vorgelegt von der dazu bestellten Commission, Basel, Druck der Schweighauser'schen Buchdruckerei, 1840
Bericht über den Zustand und die Verwaltung der Armenhäuser in der Stadt Basel. Auf Verfügung E. E. Stadt-Raths öffentlicher Bekanntmachung übergeben 1829, [Basel], Wilhelm Haas, [1829]
Bericht und Rechnung über die Arbeiter-Wohnungen in Basel an die Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen 1857. Durch Beschluss der Gesellschaft zum Druck befördert, Basel, Schweighauser'sche Buchdruckerei, 1857
Bericht der Commission für Irrenschutz E. E. Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen über die Nothwendigkeit der staatlichen und privaten Hilfe zur Verbesserung der hiesigen Irrenverhältnisse, Basel, Schweighauserische Buchdruckerei, 1880
«Erdbebenbuch» siehe: Basel im vierzehnten Jahrhundert
Gutachten der Commission für Vorberathung über eine Zwangs-Arbeitsanstalt der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen, eingegeben am 22. März 1850, Basel, Schweighauser'sche Druckerei, 1850
Gutachten der von der Baslerischen Abtheilung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft aufgestellten Kommission über die Frage betreffend die Fabrikarbeiter-Verhältnisse (Über die Fabrikarbeiter-Verhältnisse der Baseler Industrie. Berichterstattung von der Baslerischen Abtheilung der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft aufgestellten Kommission. Gedruckt auf Veranstaltung der Gesellschaft zu Beförderung des Guten und Gemeinnützigen), Basel, Schweighauser'sche Buchdruckerei, 1843
Jubelfeier des fünfundsiebenzigsten Stiftungstages der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel, den 31. März 1852, Basel, Schweighauser'sche Buchdruckerei [1852]
Repertorium des Archivs der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel. Separat-Beilage zur Geschichte der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen des Jahres 1911, Basel, 1911
Sammlung der Gesetze und Beschlüsse wie auch der Polizey-Verordnungen des Kantons Basel-Stadt, Band IV: 1814–1817
Die sechzigjährige Jubelfeier der Gesellschaft zu Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel, den 30. März 1837, Basel, Druck der Schweighauser'schen Buchdruckerei [1837]
Sicherer Wegweiser zu einer guten und gesunden Wohnung. Zwei Preisschriften von Theod[or] Meyer-Merian und J[ohann] J[akob] Balmer-Rinck, gekrönt und herausgegeben von der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen in Basel, Basel, Bahnmaier's Buchdruckerei (C. Schultze), 1859
Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 1932, 12. Jahrgang, Basel, 1933
Ueber Armut, Betteley und Wohlthätigkeit. Sammlung einiger bey der Aufmunterungsgesellschaft in Basel, im Jahr 1779 eingekommener Schriften, Basel, Gebrüder von Mechel, 1780
Über die Aufwandgesetze. Sammlung einiger Schriften, welche bey der Aufmunterungs-Gesellschaft in Basel eingetroffen sind, über die Frage: In wie fern ist es schicklich dem Aufwande der Bürger, in einem kleinen Freystaate, dessen Wohlfahrt auf die Handelschaft gegründet ist, Schranken zu setzen?, Basel, 1781
Ueber die Veredlung der Vergnügungen der arbeitenden Klassen. Zwei gekrönte Preisschriften herausgegeben von der Baslerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, Basel, Druck der Schweighauser'schen Buchdruckerei, 1840
Verzeichniss der Gegenstände des Baslerischen Kunstfleisses auf der von der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen veranstalteten ersten Industrie Ausstellung in Basel während des Monates Juni 1830, [Basel], Wilhelm Haas [1830]
Vollständige Einrichtung der neuen Hamburgischen Armen-Anstalt, zum Besten dieser Anstalt herausgegeben vom Hamburgischen Armen-Collegio, Hamburg, bei Benjamin Gottlob Hoffmann, 1788
Vorschlag zur Gründung einer Alterscasse in Basel, der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen vorgetragen, am Feste ihres 75jährigen Bestehens, den 31. März 1852 [Basel, 1852]
Zur Feier Iselins, des Weisen und Menschenfreundes, Bey Aufstellung seiner Büste im Versammlungssaale der gemeinnützigen Gesellschaft am 1sten Juny 1814, Basel, gedruckt in der Schweighauserschen Buchdruckerey, 1814
Zur Feier des 125jährigen Bestehens der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen 23. Mai 1902, [Basel, 1902], darin: Rede von Paul Speiser-Sarasin und Festbericht von Theophil Staehelin
Zwei Schriften über menschlichere Behandlung der Thiere. I. Eine von der Gemeinnützigen Gesellschaft zu Basel gekrönte Preisschrift von Theod. Meyer-Merian. M. Dr.; II. Eine Zusammenstellung derjenigen Mittheilungen, welche über diesen Gegenstand aus verschiedenen Gegenden der Schweiz an genannte Gesellschaft eingesendet wurden, Basel, Druck von Karl Detloff und Felix Schneider, 1851

DRUCKSCHRIFTEN MIT AUTOR

Baring William, Wie Arbeiterwohnungen gut und gesund einzurichten und zu erhalten seien. Preisschrift [...] gekrönt und herausgegeben von der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen in Basel, Basel, Bahnmaier's Buchdruckerei (C. Schultze), 1859
Balmer[-Rinck], [Johann] J[akob], Ueber Arbeiter-Wohnungen in und um Basel. Im Auftrage der Commission für Fabrikarbeiter-Verhältnisse verfasst, Basel, Druck der Schweighauser'schen Buchdruckerei, 1853
Balmer-Rinck J., Die Wohnung des Arbeiters. Mit Rücksicht auf die neuern Bestrebungen zu Förderung des Wohls der Arbeiterfamilien durch XXII Grundrisse ausgeführter Arbeiterhäuser erläutert. Im Auftrag der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen, Basel, in Commission bei C. Detloff's Buchhandlung, 1883
Becker Bernhard, Wie Arbeiterwohnungen gut und gesund einzurichten und zu erhalten seien. Preisschrift [...] gekrönt und herausgegeben von der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen in Basel, Basel, Bahnmaier's Buchdruckerei (C. Schultze), 1859
Burckhardt-Brenner Fritz, Die Allgemeine Krankenpflege in Basel, in: Zeitschrift für allgemeine Statistik, 6. Lieferung, 33. Jg., 1897
Burckhardt[-Paravicini] Karl, Geschichte der Baslerischen Gesellschaft zu Beförderung des Guten und Gemeinnützigen während der ersten fünfzig Jahre ihres Bestehens, Basel, J. G. Neukirch, 1827
Christ Adolf, Die freiwilligen Vereine des Kantons Basel-Stadt, Basel, 1859
Franscini Stephan, Neue Statistik der Schweiz. Nach der 2. gänzlich umgearbeiteten Auflage aus dem Italienischen übersetzt und mit Anmerkungen von einem schweizerischen Staatsmanne versehen, Bern, Haller, 1848
Fuss Nikolaus, Entwurf einer allgemeinen Leihe-Bank wo nicht nur Kapitalien zu gewissen Zinsen sowohl ausgelehnt als angenommen, sondern zugleich andere verschiedene Anstalten als Leibrenten, Sterbe- und Witwen-Kassen damit verbunden werden können, St. Petersburg, 1776
Hirzel Salomon, Denkmal Isaak Iselin gewidmet von seinem Freund Salomon Hirzel, Basel, Johann Schweighauser, 1782
[Iselin Isaak], Ehrengedächtniss Herrn Isaak Burkards geheimen Rathes der Hochlöbl. Stadt und Republic Basel, o. O, o. J

[Iselin Isaak], Freimüthige Gedanken über die Entvölkerung unserer Vaterstadt, zweite vermehrte und verbesserte Auflage, [Basel], 1758

Iselin Isaak, Sammlung dem Nutzen und dem Vergnügen der Jugend geheiligt, Basel, bey Johannes Schweighauser, 1768

[Iselin Isaak], Anweisungen für die Lehrer in der auf Unkosten der Aufmunterungsgesellschaft errichteten Nähschule, o. O., o. J [1779]

Iselin Isaak, Schreiben eines Vaters an seinen Sohn, der sich der Handelschaft widmet, o.O., o. J [Basel, 1781]

Iselin Isaak, Geschichte der Menschheit, Basel, Emanuel Thurneisen, 1786

Leu Johann Jakob, Allgemeines helvetisches, eydgenössisches oder schweitzerisches Lexicon, in welchem das, was zu wahrer Erkantnuss des ehe- und diszmaligen Zustandes und der Geschichte der helvetischen [...] Landen [...] erforderlich [...] in alphabetischer Ordnung vorgestellt wird, Zürich 1747–1765, erweitert um ein 6-bändiges «Supplement» von Hans Jacob Holzhalb 1786–1795, Zürich, 1747–1795

[Meister Leonhard], Beschreibungen der merkwürdigsten Männer der Schweiz, Basel, Emanuel Thurneisen, 1782

[Meister Leonhard], Helvetiens berühmte Männer in Bildnissen dargestellt von Heinrich Pfenninger, Mahler, nebst kurzen biographischen Nachrichten von Leonhard Meister, Zürich und Winterthur, 1782

Meyer-Merian Theodor, Ueber menschlichere Behandlung der Thiere. Eine von der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen zu Basel gekrönte Preisschrift. Nebst einem Vorworte über die bisherigen Bemühungen zur Abhülfe der Thierquälerei, Basel, Carl Detloff, 1851

Miaskowski August von, Isaak Iselin. Ein Beitrag zur Geschichte der volkswirtschaftlichen, sozialen und politischen Bestrebungen der Schweiz im XVIII. Jahrhundert, Basel, 1875

Miaskowski August von, Die Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel während der ersten hundert Jahre ihres Bestehens. Festschrift zur Säkularfeier im Auftrage des Vorstandes verfasst, Basel, Schweighauserische Buchdruckerei, 1877

Ochs Peter, Geschichte der Stadt und Landschaft Basel, Berlin/Leipzig und Basel, Georg Jakob Decker bzw. Schweighauser'sche Buchdruckerei, 1786–1832, 8 Bde und 1 Registerband

Oser Friedrich, Trinkspruch. Bei der hundertjährigen Jubelfeier der Gemeinnützigen Gesellschaft in Basel an der Festfeier in der Burgvogteihalle Ostermontag den 2. April 1877 abends 8 Uhr, Basel, Schweighauserische Buchdruckerei (Benno Schwabe), 1877

Schinz Johann Rudolf, Die vergnügte Schweizerreise anno 1773, ed. J. Schwarzenbach, Zürich, 1952

Schmid-Linder Carl, Zur Geschichte der Gründung der Frauenarbeitsschule in Basel, in: JB 1890, S. 215–237

Schwabe Benno (Hg.), Die Jubelfeier der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel am 2. und 3. April 1877. Zur Erinnerung an die Jubelfeier der Gesellschaft des Guten und Gemeinnützigen in Basel, Basel, Schweighauserische Buchdruckerei (Benno Schwabe), 1877

Siegfried Paul, Geschichte der Gemeinnützigen Gesellschaft in Basel von 1777–1926. Festschrift zur 150. Stiftungsfeier, Basel, 1927

Siegfried Traugott, Das Wirthshaus. Von der Gesellschaft der Stadt Basel ausgeschriebene und gekrönte Preisschrift, Basel, Druck und Verlag von Ferd. Rhiem, 1883 (Erste Auflage 1881)

Siegfried Traugott, Die Trunksucht und ihre Bekämpfung. Für das Volk erzählt von Traugott Siegfried, Mitglied der Kommission der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft zur Bekämpfung der Trunksucht, Zofingen und Thun, J. Frey-Strickler, 1884

Schmidlin Wilhelm, Ergebnisse der Berathungen der Gemeinnützigen Gesellschaft über die Fortbildung der Handwerkslehrlinge, Basel, Schweighauser'sche Buchdruckerei, 1848

Thun Alphons, Die Vereine und Stiftungen des Kantons Basel-stadt im Jahre 1881. Auf Grund von Erhebungen der statistisch-volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Basel bei Anlass der schweizerischen Landesausstellung in Zürich 1883, Basel, 1883

[Wackernagel Wilhelm], Zwei Reliquien aus Isaac Iselins Studienzeit. Festgruss zur Secularfeier der Gemeinnützigen Gesellschaft in Basel Ostern 1877 aus der Autographen-Sammlung der Basler Universitäts-Bibliothek herausgegeben, Basel, Fr. Bürgin, 1877

Wieland Carl, Dem Andenken Isaac Iselins zur Feier der Enthüllung seines Denkmals am 18. September 1891, herausgegeben von der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen in Basel, Basel, Schweighauserische Buchdruckerei (Benno Schwabe) [1891]

Wölfflin Eduard, Das Collegium Musicum und die Concerte in Basel, Separatdruck aus: Beiträge zur vaterländischen Geschichte, Bd. 7, Basel, 1860

Zollikofer Johann Georg, Moral für Kaufleute. Nebst einer Beylage von Isac [sic] Iselin, Basel/Leipzig, 1789

Bibliographie

Aurnhammer Achim / Martin Dieter / Seidel Robert, Gefühlskultur in der bürgerlichen Aufklärung, Tübingen, 2004

Basilea reformata 2002: die Gemeinden und Spezialpfarrämter der Evangelisch-reformierten Kirche Basel-Stadt und Basel-Landschaft, ihre Pfarrerinnen und Pfarrer von der Reformation bis zur Gegenwart, Liestal, 2002

Baur Esther, Frauenperspektiven auf öffentliches Geschehen: Anna Maria Preiswerk-Iselin (1759–1740), in: Basel. Geschichte einer städtischen Gesellschaft, S. 189–191

Belleville Wiss Elfriede, Eine «Nähschule für arme Mägdlein» (1779–1842), in: Hungerbühler Oliver, Eine Schule macht Schule. In 130 Jahren von der Frauenarbeitsschule zur Berufsfachschule Basel, Basel, 2012 (NJB 191), S. 13–16

Bernoulli August, Basel in den Dreissigerwirren, Basel, 1907–1910 (NJB 85–88)

Böning Jochen, Pressewesen und Aufklärung – Intelligenzblätter und Volksaufklärer, in: Döring-Manteuffel Sabine / Mancal Josef / Wüst Wolfgang (Hg.), Pressewesen der Aufklärung. Periodische Schriften im Alten Reich, Berlin, 2001, S. 69–119

Bürger Thomas, Aufklärung in Zürich. Die Verlagsbuchhandlung Orell, Gessner, Füssli & Comp. in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Mit einer Bibliographie der Verlagswerke 1761–1798, Frankfurt a. M., 1997

Burckhardt Paul, Geschichte der Stadt Basel von der Zeit der Reformation bis zur Gegenwart, Basel, 1942

Capitani François de, Die Gesellschaft im Wandel: Mitglieder und Gäste der Helvetischen Gesellschaft, Frauenfeld, 1983 (Im Hof Ulrich / Capitani François de, Die Helvetische Gesellschaft, Bd. 2)

Degen Bernhard, Von Pionier- zu Zusatzleistungen. Kantonale Sozialpolitik seit Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Mooser Josef / Wenger Simon, Armut und Fürsorge in Basel. Armutspolitik vom 13. Jahrhundert bis heute, Basel, 2011, S. 143–165

Degen Bernhard / Maeder Pascal (Hg.), Breite-Lehenmatt. Historischer Rundgang durch ein junges Basler Quartier, Basel, 2011

Erne Emil, Die schweizerischen Sozietäten. Lexikalische Darstellung der Reformgesellschaften des 18. Jahrhunderts in der Schweiz, Zürich, 1988

Erne Emil, Topographie der Schweizer Sozietäten 1629–1798, in: Garber Klaus / Wismann Heinz (Hg.), Europäische Sozietätsbewegung und demokratische Tradition. Die europäischen Akademien der Frühen Neuzeit zwischen Frührenaissance und Spätaufklärung, Bd. II, Tübingen, 1996, S. 1506–1526 (Frühe Neuzeit Bd. 27)

Erne Emil / Gull Thomas, Vereine, in: HLS

Flueler Elisabeth, Die Geschichte der Mädchenbildung in der Stadt Basel, Basel, 1984 (NJB 162)

Follmann, Sigrid-Ursula, Gesellschaftsbild, Bildung und Geschlechterordnung bei Isaak Iselin in der Spätaufklärung, Münster, 2002

Germann Martin, Johann Jakob Thurneysen der Jüngere 1754–1803. Verleger, Buchdrucker und Buchhändler in Basel, Basel / Stuttgart 1973

Gisi Lucas Marco / Rothe Wolfgang, Isaak Iselin und die Geschichtsphilosophie der europäischen Aufklärung, Basel 2011 (Studien zur Geschichte der Wissenschaften in Basel, Neue Folge 9)

Graber Rolf, Bürgerliche Öffentlichkeit und spätabsolutistischer Staat. Sozietätsbewegung und Konfliktkonjunktur in Zürich 1746–1780, Zürich, 1993

Haeberli Wilfried, Geschichte der Basler Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1914, 2 Bde, Basel, 1986–1987 (NJB 164 / 165)

Häsler Kristmann Mirjam, «Dass es gerade die Frauen sind, die Hand anlegen müssen». Der Basler Frauenverein und Pflegekinder um 1900, in: Mooser Josef / Wenger Simon (Hg.), Armut und Fürsorge in Basel. Armutspolitik vom 13. Jahrhundert bis heute, Basel, 2011, S. 167–176

Hodel Christian, Die Anfänge der Krankenversicherung in Basel während des 19. Jahrhunderts und ihre geschichtlichen Voraussetzungen, Basel, 1965 (Basler Veröffentlichungen zur Geschichte der Medizin un der Biologie)

Hofmann Urs, «Nur das Evangelium vermag die sociale Frage zu lösen». Die reformierte Kirche und die Armenpolitik im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Mooser Josef / Wenger Simon (Hg.), Armut und Fürsorge in Basel. Armutspolitik vom 13. Jahrhundert bis heute, Basel, 2011, S. 133–142

Holzhey Helmut / Zurbuchen Simone, Alte Löcher – neue Blicke. Zürich im 18. Jahrhundert: Aussen- und Innenperspektiven, Zürich, 1997

Hotz Gerhard / von Greyerz Kaspar / Burkart Lucas (Hg.), Theo der Pfeifenraucher. Leben im Kleinbasel um 1800, Basel, 2010

Huber Dorothee / Huggel Doris (Hg.), Melchior Berri 1801–1854. Architekt des Klassizismus, Basel, 2001

Huggel Doris, Johann Jakob Fechter 1717–1797. Ingenieur in Basel, Lindenberg im Allgäu, 2004

Huggel Doris, Das neugotische Zimmer im Haus zum Schöneck in Basel: ästhetisierte Pathosformel zwischen Religion und Politik, in: Zeitschrift für Schweizerische Archäologie und Kunstgeschichte, 61 / 2004, S. 245–256

Hungerbühler Oliver, Eine Schule macht Schule. In 130 Jahren von der Frauenarbeitsschule zur Berufsfachschule Basel, Basel, 2012 (NJB 191)

Im Hof Ulrich, Isaak Iselin. Sein Leben und die Entwicklung seines Denkens bis zur Abfassung der «Geschichte der Menschheit» von 1764, 2 Bde, Basel, 1947

Im Hof, Ulrich, Vom politischen Leben im Basel des 18. Jahrhunderts, in: BZGA 48 / 1948, S. 141–166

Im Hof Ulrich, Isaak Iselin 1728–1782, Basel, 1960 (NJB 138)

Im Hof Ulrich, Isaak Iselin und die Spätaufklärung, Bern und München, 1967

Im Hof, Ulrich, Isaak Iselin: Kritische Beschreibung der Schweiz, in: BZGA 71 / 1971, Nr. 1, S. 121–144

Im Hof Ulrich, Die Grund- und Menschenrechte bei Isaak Iselin im Zusammenhang mit der Schweizer Aufklärung, in: Meinrad Schaab (Hg.), Oberrheinische Aspekte des Zeitalters der Französischen Revolution, Stuttgart, 1990, S. 29–40

Im Hof, Ulrich, Basel in Iselins «Ephemeriden, in: BZGA 91 / 1991, S. 147–158

Im Hof Ulrich / de Capitani François, Die Helvetische Gesellschaft. Spätaufklärung und Vorrevolution in der Schweiz, 2 Bde, Frauenfeld und Stuttgart, 1983

Iselin Isaak, Gesammelte Schriften, Band I: Politische Schriften, hg. von Florian Gelzer, Basel, 2014

Iselin Isaak, Gesammelte Schriften, Band III: Schriften zur Pädagogik, hg. von Marcel Naas, Basel, 2014

Jacob-Friesen Holger, Profile der Aufklärung: zum Briefwechsel Friedrich Nicolai – Isaak Iselin (1767–1782): Edition, Analyse, Kommentar, Bern, 1997

Janner Sara, «Mögen sie Vereine bilden... ». Frauen und Frauenvereine in Basel im 19. Jahrhundert, Basel, 1995 (NJB 173)

Janner Sara, Korporative und private Wohltätigkeit. «Stadtgemeinde» und Stadtbürgertum als Träger der Armenpflege im 19. Jahrhundert, in: Mooser Josef/Wenger Simon (Hg.), Armut und Fürsorge in Basel. Armutspolitik vom 13. Jahrhundert bis heute, Basel, 2011, S. 101–109

Janner Sara, Zwischen Machtanspruch und Autoritätsverlust. Zur Funktion von Religion und Kirchlichkeit in Politik und Selbstverständnis des konservativen alten Bürgertums in Basel im 19. Jahrhundert, Basel, 2012 (BBG 184)

Janner Sara, Die Hohe Stube, in: «Der Pfriem. Mitteilungsblatt E. E. Zunft zu Schuhmachern Basel», 1/2014 Nr. 76 und 2/2014 Nr. 77.

Kapossy Bela, The social patriot: Isaak Iselin's protestant reading of Jean-Jacques Rousseau, in: History of European Ideas 27 (2003), S. 153–170

Kapossy Bela, Iselin contra Rousseau. Social Patriotism and the History of Mankind, Basel, 2006 (Schwabe Philosophica IX)

Kobelt Sandra, Nonkonformist am Pranger. Die Entwicklung von Johannes Frey vom Pietisten zum Anhänger der Revolution 1743–1800, Bern/Berlin/Frankfurt a. M., 1998

Labhardt Robert, Kapital und Moral. Christoph Merian, eine Biographie, Basel, 2011

Lindemann Bernd Wolfgang, Fin de siècle in Basel – Hans Sandreuter 1850–1901. Katalog der Ausstellung im Kunstmuseum Basel 17. November 2001 bis 17. Februar 2002, Basel, 2001

Lüthi Walter, Die Struktur des Basler Grossen Rats zwischen 1875–1914, in: BZGA 62/1962, S. 125–164 und BZGA 63/1963, S. 125–177

Lutz Thomas, Die Altstadt von Kleinbasel, Profanbauten, Bern, 2004 (Die Kunstdenkmäler des Kantons Basel-Stadt, Bd. VI)

Die Matrikel der Universität Basel, Band V: 1726/27–1817/18, Basel, 1980

Maeder Pascal/Cheetham Mark, Von der Siedlung zum Arbeiterquartier, in: Degen Bernhard/Maeder Pascal (Hg.), Breite-Lehenmatt. Historischer Rundgang durch ein junges Basler Quartier, Basel, 2011, S. 18–29

Meier Nikolaus, Stiften und Sammeln für die Öffentliche Kunstsammlung: Emilie Linder, Jacob Burckhardt und das Kunstleben der Stadt Basel, Basel, 1997

Meumann Markus, Zur Poetologie von Verhaltensregeln und Hierarchien in der Aufklärung: Konstitutionsschriften von Gesellschaften, Logen und Geheimbünden des späten 18. Jahrhunderts, in: Zaunstöck Holger/Meumann Markus (Hg.), Sozietäten, Netzwerke, Kommunikation. Neue Forschungen zur Vergesellschaftung im Jahrhundert der Aufklärung, Tübigen, 2003 (Hallesche Beiträge zur Europäischen Aufklärung 21), S. 127–139

Mez Carl-Gustav, Die Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 10. Mai 1875, Basel, 1995 (Basler Studien zur Rechtswissenschaft, Reihe B: Öffentliches Recht, Band 47)

Möhle Martin, Gemalte Ideale im alten Zunfthaus. Sitz der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG) im ehemaligen Zunfthaus zu Schmieden, Im Schmiedenhof 10, in: Kantonale Denkmalpflege Basel-Stadt. Jahresbericht 2013, S. 84–87

Mooser Josef, Der «christliche Unternehmer» Karl Sarasin: sozialer Protestantismus in der Schweiz und in Deutschland 1860–1880, in: Kuhn Thomas K./Sallmann Martin (Hg.), Das «Fromme Basel». Religion in einer Stadt des 19. Jahrhunderts, Basel, 2002

Mooser Josef, Armenpflege zwischen «Freiwilligkeit» und Verstaatlichung. Träger und Reformen der Armenpolitik im Umbruch zur Grossstadt um 1900, in: Mooser Josef/Wenger Simon (Hg.), Armut und Fürsorge in Basel. Armutspolitik vom 13. Jahrhundert bis heute, Basel, 2011, S. 177–204

Mooser Josef/Wenger Simon (Hg.), Armut und Fürsorge in Basel. Armutspolitik vom 13. Jahrhundert bis heute, Basel, 2011

Opitz-Belakhal Claudia, «Ueber Armut, Betteley und Wohlthätigkeit». Armut und Armutsbekämpfung im Zeitalter der Aufklärung, Helvetik und Restauration, in: Mooser Josef/Wenger Simon (Hg.), Armut und Fürsorge in Basel. Armutspolitik vom 13. Jahrhundert bis heute, Basel, 2011, S. 73–100

[Rohr Hans] Zürcher Neujahrsblätter: beschreibendes Verzeichnis mit Personen, Ort- und Sachregister, Zürich, 1971

Roth Dorothea, Die Politik der Liberal-Konservativen in Basel 1875–1914, Basel, 1988 (NJB 167)

Salzmann Daniel, Dynamik und Krise des ökonomischen Patriotismus. Das Tätigkeitsprofil der Oekonomischen Gesellschaft Bern 1759–1797, Bern, 2006 (Berner Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 9)

Sarasin Philipp, Stadt der Bürger: struktureller Wandel und bürgerliche Lebenswelt, Basel 1870–1900, Basel, 1990

Simon Christian, Untertanenverhalten und obrigkeitliche Moralpolitik, Basel/Frankfurt a. M, 1981 (Basler Beiträge zur Geschichte Bd. 145)

Simon Christian, «Wollt ihr euch der Sklaverei kein Ende machen»: der Streik der Basler Indiennearbeiter im Jahre 1794, Allschwil, Selbstverlag, 1983

Simon Christian, Basel 1789 bis 1795. Basler Frieden 1795: Revolution und Krieg in Europa, Basel, 1995, S. 55–77

Simon Christian, Toleranz in der schweizerischen Spätaufklärung: von Isaak Iselin zu Peter Ochs und zum helvetischen Staat, in: Querdenken: Dissens und Toleranz im Wandel der Geschichte: Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans R. Guggisberg, Mannheim, 1996, S. 511–525

Simon Christian, Die Basler Revolution 1798, in: Basel 1798. Vive la République Helvétique, Basel, 1998, S. 13–67

Simon Christian (Hg.), Widerstand und Proteste zur Zeit der Helvetik, Basel, 1998 (Dossier Helvetik 4)

Simon Christian (Hg.), Blicke auf die Helvetik – Regards sur l'Helvétique, Basel, 2000 (Dossier Helvetik 5/6)

Simon-Muscheid Katharina, Sklaverei und Tyrannei – Koalitionen und Kabalen in der Kattundruckerei zu Basel 1794, in: Stadt, Handwerk, Armut: eine kommentierte Quellensammlung zur Geschichte der Frühen Neuzeit: Helmut Bräker zum 70. Geburtstag zugeeignet, Leipzig, 2008

Sommer Andreas Urs, Geschichte als Trost. Isaak Iselins Geschichtsphilosophie, Basel, 2002

Schiess Robert, Die Zunft und Gesellschaftshäuser der Stadt Basel, Basel, 2001

Schwarz Ferdinand, Die älteste Lesegesellschaft in Basel 1760, in: BN, Sonntagsblatt 1921, Nr. 35

Staehelin Andreas, Peter Ochs als Historiker, Basel, 1952 (BBG 43)

Staehelin Andreas, Geschichte der Universität Basel 1632–1818, Basel, 1957 (Studien zur Geschichte der Wissenschaften in Basel, Bd. 4/5)

Staehelin Andreas, Geschichte der Universität Basel 1818–1835, Basel 1959 (Studien zur Geschichte der Wissenschaften in Basel, Bd. 7)

Staehelin Ernst, Die Christentumsgesellschaft in der Zeit von der Erweckung bis zur Gegenwart: Texte aus Briefen, Protokollen und Publikationen, Basel, 1974

Staehelin Martin, Der Basler Schultheiss Emanuel Wolleb (1706–1788) und seine satirische Schrift «Die Reise nach dem Concerte», Basel, 1999 (NJB 177)

Staehelin Walter, GGG – Der Zeit voraus – Dem Staat voraus: Zur Zweihundertjahrfeier der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige, Basel, 1977 (NJB 155)

Teucher Eugen, Hieronymus Christ, Landvogt von Münchenstein (1729–1806) als Physiokrat, Basel, in: BZGA 37/1938

Trefzer Rudolf, Die Konstruktion des bürgerlichen Menschen. Aufklärungspädagogik und Erziehung im ausgehenden 18. Jahrhundert am Beispiel der Stadt Basel, Zürich, 1989

Trevisan Luca, Das Wohnungselend der Basler Arbeiterbevölkerung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Basel, 1989 (NJB 168)

Tröhler Daniel, Republikanismus und Pädagogik. Pestalozzi im historischen Kontext, Bad Heilbrunn, 2006

Wanner Gustav Adolf, Christoph Merians Beteiligung an den baselstädtischen Staatsanleihen der Jahre 1835–1855, Basel, 1962, Typoskript (Anhang IV zum Jahresbericht der Chr. Merian'schen Stiftung)

Wanner Gustav Adolf, Christoph Merian und das Projekt einer allgemeinen Speiseanstalt in Basel (1857), Basel, o. J., Typoskript (Anhang IV zum Jahresbericht der Chr. Merian'schen Stiftung)

Wanner Gustav Adolf, Die Holzach: Geschichte einer alten Schweizer Familie, Basel, 1982

Wartburg Beat von, Musen & Menschenrechte. Peter Ochs und seine literarischen Werke, Basel, 1997
Winterstein Christian, Die Basler Medaillen. Kleinkunst aus vier Jahrhunderten, Basel, 2012
Zinck Alwin, Isaak Iselin als Pädagoge, Inauguraldissertation Leipzig, 1900 (online)
Zürcher Regula, Gegen den «Sumpf des selbstverschuldeten Elends». Antialkoholbewegung und Armutsbekämpfung im 19. Jahrhundert, in: Mooser Josef / Wenger Simon (Hg.), Armut und Fürsorge in Basel. Armutspolitik vom 13. Jahrhundert bis heute, Basel, 2011, S. 123–132

Bildnachweis

Büro Vischer AG, Architekten + Planer, Basel
Abb. 76 (Archiv Vischer AG Mappe 230 Plan 07)

GGG Schmiedenhof
Abb. 12 (Stefan Bohrer)

Historisches Museum, Basel
Abb. 6 (Inv. 1992.10; P. Portner); Abb. 11 (Inv. 2014, 543; N. Jansen); Abb. 18 (1880.103; M. Babey); Abb. 25 (Inv. 1905.3732, 1905.3741, 1903.833, 1903.835, 1905.3170; Alwin Seiler); Abb. 59a–b (Inv. 1905.1033; Alwin Seiler)

Kantonale Denkmalpflege, Basel
Abb. 40 (Blatt 8012; Peter Heman); Abb. 53 (Blatt 59070); Abb. 60 (Blatt 26420); Abb. 65 (Blatt 12551; Oskar Bäumle-Weber); Abb. 66 (Blatt 3115; Nachlass F. Schill); Abb. 75 (Blatt 32039); Abb. 77 (Blatt 65006; Erik Schmidt); Abb. 77a–c (Martin Möhle)

Kunstmuseum Basel
Abb. 78–81 (Martin P. Bühler)

Staatsarchiv Basel-Stadt
Abb. 1–2 (PA 182 A 6, 1; W. Dierks, Basel); Abb. 3–4 (PA 146a A 18, 1; Franco Meneghetti); Abb. 5 (Räte und Beamte U 15, 12; Franco Meneghetti); Abb. 13 (NEG 771); Abb. 15 (PA 511a 800 J-2; Franco Meneghetti); Abb. 19 (Rep. H 1; Elias Kreyenbühl); Abb. 20 (Protokolle, Grosser Rat 12: 3. Januar 1774; Franco Meneghetti); Abb. 21 (PA 98a 12, p. 327; Franco Meneghetti); Abb. 22 (BILD Falk. Fa 1, 5); Abb. 23 (BILD Falk. Fa 4, 3); Abb. 24 (BILD Schn. 97); Abb. 28 (PA 146a Z 2; Stefan Bohrer); Abb. 29 (PA 146b A 2-1); Abb. 30 (PA 146a A 6; Stefan Bohrer); Abb. 31 (PA 875a A 5 (1) 9; Franco Meneghetti); Abb. 33 (NEG 6234); Abb. 34 (PA 146a A 9 1777; Franco Meneghetti); Abb. 35a–b (PA 146a A 14a; Franco Meneghetti); Abb. 37 (BILD Wack. C 80); Abb. 41 (BILD Falk. Fa 3, 6); Abb. 42 (BILD Falk. Fa 1, 1); Abb. 43 (PA 212a F 20, S. 43; Franco Meneghetti); Abb. 44 (BILD Falk. A 152); Abb. 45 (Erziehung W 1; Stefan Bohrer); Abb. 48 (BILD Schn. 226); Abb. 49 (BILD Schn. 225); Abb. 50 (BILD Schn. 49); Abb. 51 (BILD Schn. 195); Abb. 52 (BILD 3, 417); Abb. 55 (BILD 1, 64b); Abb. 57 (BILD Schn. 71); Abb. 58 (BILD Schn. 235); Abb. 61 (BILD Wack. C 45); Abb. 62 (SMM Inv. 1938.24); Abb. 63 (AL 45, 1-17-1); Abb. 64 (PA 146a Z 2; Stefan Bohrer); Abb. 72 (AL 29 2; Franco Meneghetti)

Universitätsbibliothek Basel
Abb. 14i (Portr. BS Iselin I 1728, 11); Abb. 7 (Portr. BS Iselin I 1728, 4a); Abb. 8 (Portr. BS Iselin I 1728. 5); Abb. 9 (Portr. BS Iselin I 1728, 12a); Abb. 10 (Portr. BS Iselin I 1728, 8a); Abb. 16 (Portr. BS Iselin I 1728, 10a); Abb. 17 (Portr. BS Forcart, H 1740, 1); Abb. 26 (Wöchentliche Nachrichten, 1777, S. 183; Luc Delay); Abb. 27 (Luc Delay); Abb. 32 (aus: Wilhelm Richard Staehelin, Basler Porträts aller Jahrhunderte, Bd. II; Luc Delay); Abb. 36 (aus: JB 1818, S: 18, Luc Delay); Abb. 38–39 (JB 1828; Luc Delay); Abb. 46 (JB 1787; Luc Delay); Abb. 68–69 (aus: Bericht und Rechnung über die Arbeiter-Wohnungen in Basel, 1857, im Anhang: I. Gebäude für 8 Familien; Luc Delay); Abb. 73 (JB 1887; Luc Delay)

Aus Privatbesitz (Repro claudiabasel):
Abb. 47 (aus: NJB 36, 1858); Abb. 54 (Büro für Sozialgeschichte, Basel); Abb. 56a–d (aus: Jubiläumsschrift 1877); Abb. 67; Abb. 70–71 (aus: Der Birsig in Basel vor der Correction. Aufgenommen im März 1886, Album mit Bildern von Adam Varaday, Basel); Abb. 74; Abb. 83 (aus: Jubiläumsschrift 1877); Graphik 1 (aus: Siegfried 1927)

Institutionenregister

Dieses Register ist keineswegs vollständig, sondern eine Suchhilfe zur schnelleren Orientierung. Da die Kommissionen und Institutionen öfters ihre Bezeichnungen wechselten, kann hier über Sachbegriffe gesucht werden. Es empfiehlt sich, unter mehreren Stichwörtern zu suchen. Kursiv gesetzte Zahlen bezeichnen zusammenhängende Darstellungen.

Arbeiter siehe Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse und Zinstragende Ersparniskasse

Ausbildung, Förderung von Gewerbe und Industrie
- Berufliche Bildung- und Weiterbildung 231, 251
- Gewerbeausstellungen 51, 266
- Lehrlingsausbildung 24, 142, 178, 223, 234–235, 244, 273
- Ökonomische Gesellschaft 223, 225, 228
- Prämien für Lehrer und Schüler 108, 142, 224, 231, 234, 252, 307, 364
- Stipendien für begabte Schüler 373

Bibliotheken
- Allgemeine Bibliotheken 138, 185, 322–325, 339, 340, *365–368*, 407, 420, 424
- Arbeiterbibliothek *320–322*
- Bürgerbibliothek 258, 408
- Jugendbibliothek 50, 226, 230, *252–257*, 322, 408
- Volksbibliotheken *366–368*, 420, 422

Fürsorgeeinrichtungen
- Altersasyl 394, 418
- Arbeitsangebote 148, 198, 235, 245, 251–252, 400–402, 420, 424
- Armenanstalt 1804 225, 230, 234, 245, 250, 252
- Bad- und Waschanstalten 178, 365
- Betreuung von Gefangenen und Haftentlassenen 155, 266, 275, *276–278*
- Geisteskranke 392
- Kleinkinderschulen 138, 156, 178, 184, 239, 306, 365, 380–381, 408
- Kranken- und Armenkommission ab 1783 23, 142, 154, 169, 221, 225, *243–252*, 270, 348, 363, 365
- Krankenmobilienmagazin *392–394*
- Lukasstiftung *303–306*, *326–328*, 365, 371, 407–408, 425–426
- Speise- und Wärmehütten 178, 184, 314, 364, *397–400*, 408
- Speisehallen und -wirtschaften 178, *317–320*, 364, 368–369
- Suppenanstalt 154, 251–252, 332, 408
- Taubstumme und Blinde 178, 335
- Waisen und «verwahrloste» Kinder 155, 373, 401, 425
- Zwangsarbeitsanstalten (Klosterfiechten) 271, 273, 275–276, *278–282*, 308

GGG
- Archivkommission *17–26*
- Basler Vereinswesen *213–228*, *260–270*, *334–342*
- Bläsistift 182, 342, 369
- Frauen *148–158*
- Frauenvereine Zusammenarbeit *154–158*, 213, 265–266, 277, 306–307, 334, 364, 370, 381, 387
- Jubiläen, Feiern 50–51, 54–56, 59–60, 271, *326–330*, *352–362*
- Preisausschreiben 29, 139, 219, 244, 309, 330, 396
- Schmiedenhof 60, 182–184, 308, 320, 339–342, 366, *406–409*, 418
- Zinstragende Ersparniskasse (ZEK) (Reingewinn) *180–185*, 438

Kassen, Versicherungen, Einkaufsgenossenschaften
- Alters- und Sterbekasse bzw. Sterbe- und Alterskasse (Patria) 271, 358, 381, 386–387, *390–392*, 394, 418
- Handwerkerbank 198, 264, 312
- Pfandleihanstalt 198, 273, 396, 401
- Sparverein 274, 332
- Vorschusskasse 178, 198, 264, 308, *311–312*
- Witwenkasse 244, 386
- Zinstragende Ersparniskasse (ZEK) 18, 46, 133, 178–180, 184, *186–198*, 226, 230 264, 266, 314–315, 346, 365, 407

Kommission für Fabrikarbeiterverhältnisse
- Arbeiterbildung/Volksaufklärung 22, 273, *309–311*, 396
- Arbeiterwohnungen 178, 316–317, 364–365, 397
- Hilfskassen 194, 264, 275, 394–395
- Kochschulen 184, 379
- Näh- und Flickschulen für Fabrikarbeiterinnen 156, 370
- Prämienstiftung 273, 315, 396
- Sozialpolitik 274–275, *308–317*, 352–353, 387–390, 394, 422

Kulturförderung
- Dienstagsgesellschaft 50, 266
- Konzerte 22, 339, 345
- Museumsführungen 339
- Musikschule, Gesang 240, 242, *297–299*, 336, 340, 345, 360, *381–382*, 391, 416
- Neujahrsblatt 178, 230, *258–260*, *325–326*, 329, *409–418*
- öffentliche Sammlungen 182, 356–357, 360, 412
- Volkshaus 339
- Vorträge 336, 412

Schulen für Knaben und Männer
- Papierer- und Fabrikschule 221, 233–234, 239
- Repetierschulen 178, 184, 302, 382
- Singen und Musik 185, 226, 230, 242
- Sprachkurse *382–386*
- Zeichnungs- und Modellierschule, Gewerbeschule 23, 178, 235, 240, *290–296*, 339, 345, 373–375, 391, 407

Schulen für Mädchen und Frauen
- Frauenarbeitsschule 23, 156, 184–185, 306, 340, 343, 345, 350, *375–380*
- Näh- und Flickschulen 139, 142, 154–155, 230, 233, *235–237*, 242, 244, 250, 302, 306, 363
- Papierer- und Fabrikschule 221, 233–234, 239
- Rechnen und Lesen 236
- Repetierschulen 155, 178, 184, 306, 382
- Singen und Musik 185, 226, 230, 240–242
- Sprachkurse *382–386*
- Töchterschule 23, 50, 226, 230–231, *237–242*, 257
- Turnunterricht 286, 361
- Zeichnungs- und Modellierschule 296–297, 306, 339, 345, 373–375, 391, 407

Naturschutz / Tourismus 178, 342, *402–406*

Sport und Freizeit
- Badeanstalten im Rhein 138, *287–290*
- Hallenbad 352
- Kinderabende 370
- Schlittschuhlaufen 287
- Sonntagssäle 155, 406, 424
- Turnen und Jugendfeste 178, 182, *282–290*, 339, 363, 370
- Wandern 178, *402–406*

Tierschutz 268, 275, *330–333*

Personenregister

Das Register erfasst alle im Haupttext (ohne Anmerkungen, Anhang etc.) erwähnten und identifizierbaren Personen. Namen von verstorbenen ersten Ehefrauen erscheinen in Klammern.

Altherr Alfred (1843–1918), 392
Bagge Selmar (1823–1896), 298, 360
Balmer-Rinck Johann Jakob (1825–1898), 397
Balthasar Franz Urs (1689–1763), 22
Battier-Thurneysen Felix (1748–1819), 221, 222
Battier-Weiss Felix (1724–1794), 89
Baur-Lippe Samuel (1828–1909), 359
Beck Jakob Christoph (1711–1785), 84, 106–107
Benz Gustav (1866–1937), 349, 370
Bernoulli Daniel (1700–1782), 44, 70, 88–89, 94
Bernoulli Johann (1710–1790), 70
Bernoulli(-Iselin)-Burckhardt Daniel (1751–1839), 50
Bernoulli-Burckhardt August (1839–1921), 416
Bernoulli-Obermeyer Daniel (1787–1868), 258–259
Bernoulli-Oswald Gustav (1811–1877), 318–319
Bernoulli-Paravicini Christoph (1782–1863), 50–51, 230, 266
Bernoulli-Respinger Hieronymus (1745–1829), 46–48, 57, 238, 240
Berri-Burckhardt Melchior (1801–1854), 325
Bertholet-Wagner Felix (1830–1906), 384
Birr Anton (1693–1762), 86
Bischoff Gottlieb (1820–1885), 274, 387–390, 413
Bischoff-Merian Wilhelm (1817–1886), 273, 275
Bischoff-Sarasin Albert (1828–1903), 319, 398
Bodmer Johann Jakob (1698–1783), 66
Bölger-Hindermann Markus (1817–1893), 318
Brenner-Kern Johann Friedrich (Fritz) (1809–1874), 280, 302–303
Brunn-Preiswerk Niklaus von (1766–1849), 224
Büchel Emanuel (1705–1775), 107
Burckhardt Anna Maria (1711–1769), 34, 71
Burckhardt Johann Rudolf (1798–1873), 330–333
Burckhardt Ludwig August (1808–1863), 280
Burckhardt(-Bachofen)-Frey Gedeon (1774–1848), 189
Burckhardt(-De Bary)-Rohner Johann Rudolf (1750–1813), 222
Burckhardt(-Schorndorf)-Stark Jacob (1785–1858), 259, 277
Burckhardt-Biedermann Theophil (1840–1914), 413–415
Burckhardt-Brenner Karl Friedrich (Fritz) (1830–1913), 272, 299, 322, 387, 390
Burckhardt-Burckhardt Adolf (1834–1886), 299, 346–347
Burckhardt-Burckhardt Carl (1831–1901), 359, 410
Burckhardt-Faesch Maria (1679–1751), 71
Burckhardt-Finsler Albrecht (1854–1911), 414
Burckhardt-Forcart Daniel (1805–1879), 319
Burckhardt-Forcart Peter (1742–1817), 166, 108, 218
Burckhardt-Forcart Wilhelm (1797–1880), 295
Burckhardt-Fürstenberger Emanuel (1819–1867), 20
Burckhardt-Gemuseus Johann Konrad (1803–1860), 329
Burckhardt-Heusler Karl (1805–1864), 319
Burckhardt-Iselin Hieronymus (1817–1894), 180, 390, 396
Burckhardt-Lüscher Paul (1873–1956), 416
Burckhardt-Miville Abel (1805–1882), 328–329, 413
Burckhardt-Obrecht Isaak (1699–1757), 29, 71, 73
Burckhardt-Paravicini Karl (1795–1850), 50–51, 56, 126, 154–155, 170, 266
Burckhardt-Rohner Sarah (1761–1825), 151
Burckhardt-Sarasin Wilhelm (1827–1908), 271
Burckhardt-Schazmann Carl Christoph (1862–1915), 372
Burckhardt-VonderMühll Anna Katharina (1834–1917), 378
Burckhardt-VonderMühll Carl Felix (1824–1883), 274, 374, 378
Burckhardt-Zäslin Samuel (1692–1766), 88
Buser Johann Jakob (gest. 1862), 303
Buxtorf-Schweighauser Andreas (1740–1815), 166
Buxtorf-Falkeisen Karl (1807–1870), 409
Christ Hieronymus (1729–1806), 95–97, 100
Christ-Sarasin Adolf (1807–1877), 56, 177, 198, 262, 269–270, 273–274, 278, 280, 308–311, 326, 387–390
Collin-Bernoulli Bernhard (1824–1899), 274
d'Aguesseau Henri-François (1668–1751), 84
d'Annone Johann Jakob (1728–1804), 98
Debary-Frey Johannes (1710–1800), 88–90, 94, 97, 101
Decker Johann Georg (1732–1790), 43
Denz-Schneller Christian Wilhelm (1852–1931), 401
Ebray Jean Henri (1769–1840), 226
Ecklin Daniel (1818–1881), 386
Eiselen Ernst (1793–1846), 282
Engelmann Theodor (1851–1931), 366, 393
Esperlin Joseph (1707–1775), 62
Euler Leonhard (1707–1783), 221
Fäh-Kinkelin Franz (1857–1907), 416
Faesch Andreas (1728–1772), 96
Faesch-Leisler Johannes (1711–1777), 98
Faesch-Ochs Johann Rudolf (1680–1762), 72, 89, 94, 101, 106
Faesch-Schnell Johann Jakob (1753–1831), 363
Fäsch-Schumacher (Jakob) Friedrich (1814–1896), 302
Falkner-Bernoulli Emanuel (1721–1805), 39
Fechter Daniel Albert (1805–1876), 325, 410
Fechter Johann Jakob (1717–1797), 98
Fellenberg Daniel von (1736–1801), 94, 100
Fénelon François (1651–1715), 106
Fichter-Schneider Jakob (1796–1879), 319
Finsler Georg (1860–1920), 22–24, 346–347, 420, 422, 424
Flick Johann Jakob (1745–1818), 29, 238, 248
Forcart Helene, s. Iselin-Forcart Helene
Forcart-Weiss Johann Rudolf (1749–1834), 166
Forcart-Faesch Dietrich (1713–1798), 72–73, 82–83
Franscini Stefano (1796–1857), 216, 261, 264
Frey Emil Remigius (1803–1889), 52
Frey-Burckhardt Remigius (1765–1809), 27
Frey-Faesch Johannes (1743–1800), 236–237, 244–245
Frey-Frey Johann Rudolf (1727–1799), 19–22, 27–28, 34, 38–39, 52, 88, 108
Frey-Freyvogel Johann Heinrich (1807–1878), 309, 329
Frey-Stückelberger Rudolf (1781–1859), 56
Fürstenberger-Debary Johann Georg (1797–1848), 311
Fueter-Gelzer Rudolf Eduard (1854–1901), 407
Fuss Niklaus (1755–1825), 221
Gelzer-Sarasin Johann Heinrich (1813–1889), 412
Gesner Johann Matthias (1691–1761), 106
Geymüller Johann Rudolf (1713–1771), 88
Geymüller Salome (1717–1785), 217
Gonin Lina (1852–1883), 378
Göttisheim-Breiting Christian Friedrich (1837–1896), 274, 358
Hagenbach-Bischoff Eduard (1833–1910), 350, 357–360, 362, 374, 386, 412
Hagenbach-Geigy Karl Rudolf (1801–1874), 54, 172, 174, 260, 325, 357
Haller Albrecht von (1708–1777), 91

Halter(-Faesch)-Tripet Niklaus (1819–1903), 318
Hanhart Rudolf (1780–1856), 259, 284, 290
Heitz-de Wette August (1800–1874), 312
Herzog(-Heusler)-Reber Emanuel (1804–1878), 306
Hess-Burckhardt Johannes Wahrmund (1826–1909), 382–384, 409, 413
Heusler Wilhelm de Abel (?), 180, 197
Heusler-Ryhiner Andreas (1802–1868), 330
Heusler-Sarasin Andreas (1834–1921), 347, 413
Heusler-Veillon Rudolf (1861–1938), 22
Heussler Abraham (1803–1855), 286, 328
Hickel Anton (1745–1798), 62
Hirzel-Hottinger Johann Caspar (1751–1817), 46
Hirzel-Ulrich Salomon (1727–1818), 16, 22, 33–39, 46, 48, 217
Hoffmann-Burckhardt Albert (1826–1896), 60, 180, 296, 315, 359
Hoffmann-Merian Theodor (1819–1888), 274
Holzach Hieronymus (1733–1793), 108
Holzach-Holzach Georg (1719–1786), 236
Huber August (1868–1935), 23, 26
Huber Hans (1852–1921), 382, 416
Huber-Streckeisen Johann Wernhard (1763–1818), 222–223, 250
Hübscher(-Hagenbach)-Falkner Rudolf (*1781), 311
Hug Johann Jacob (1763–1845), 240
Imhof(-Forcart)-Rüsch Johann Jakob (1815–1900), 271
Iselin Christoph (1699–1748), 71
Iselin Rudolf (1843–1918), 174, 177, 180, 354, 362
Iselin Wilhelm (1812–1879), 174, 177, 362
Iselin-Burckhardt Anna Maria, s. Burckhardt Anna Maria
Iselin-Forcart Helene (1740–1810), 34, 62, 72–73, 151
Iselin-Forcart Isaak (1728–1782), 14–112, 123, 124, 133, 138–140, 145, 146, 148, 166, 169, 173, 187, 217–219, 221–222, 224, 228, 230–233, 235, 237, 243–244, 246, 252–254, 258, 275, 356, 359–360, 386, 409
Iselin-LaRoche Daniel Ludwig (1827–1906), 318
Iselin-Merian Isaac Dietrich (1851–1906), 20, 407–408
Iselin-Merian Margaretha (1858–1942), 20
Iselin-O'Donnell Adrian Georg (1818–1905), 409
Iselin-Passavant Heinrich (1814–1879), 301
Iselin-Ryhiner Dietrich (1763–1810), 30
Iselin-Sarasin Isaak August (1851–1930), 362
Iselin-Wetzel Emanuel (1732–1794), 220
Jahn Friedrich Ludwig (1778–1852), 282
Jenny-Otto Wilhelm (1832–1887), 360–361
Jenny-Rosenmund Oskar Hugo (1876–1966), 128, 268
Kelterborn Gustav (1841–1908), 359
Kettiger-Zaneboni Johannes Jakob (1802–1869), 331
Kiefer-Bär Georg (1823–1895), 317–318, 320
Kinkelin Hermann (1832–1913), 347, 386, 390
Klein-Schabelitz Wilhelm (1825–1887), 274, 344, 373
Klein-von Salis Wilhelm (1798–1861), 302–303, 318, 321
Koechlin-Geigy Alphons (1821–1893), 274
Koechlin-Iselin Karl (1856–1914), 419
Kündig-Koechlin Rudolf (1857–1923), 419
Kutter Hermann (1863–1931), 349
La Roche-Eckenstein Andreas (1757–1817), 240, 259
La Roche-Iselin Alfred (1867–1944), 20
La Roche-Iselin Emma Emilie (1878–1961), 20
Lachenal-Passavant Wernhard de (1736–1800), 166
Lanz Karl Alfred (1847–1907), 60, 409
Laur Ferdinand (1791–1854), 242
Lavater Johann Caspar (1741–1801), 48
Legrand Johann Lucas (1755–1836), 223
Legrand-Preiswerk Daniel (1739–1797), 43
Linder Emilie (1797–1867), 326
Lips Johann Heinrich (1758–1817), 62
Lotz-Legrand Christoph (1800–1891), 277
Ludwig Eugen Prinz von Württemberg (1731–1795), 108
Lutz Markus (1772–1835), 20
Mechel Christian von (1737–1817), 62
Meili Heinrich Rudolf (1827–1887), 357
Meister Leonhard (1741–1811), 29, 30, 38, 48
Merian Abel (1771–1842), 235–236, 256
Merian Amadeus (1808–1889), 286
Merian Friedrich (1776–1851) , 256–259
Merian Walter Emanuel (Wirt zum Wilden Mann) (1753–1837), 124, 140, 238, 240, 245, 248
Merian, Kaufhausschreiber (?) 189, 192
Merian-Burckhardt Christoph (1800–1858), 146, 317–320, 370
Merian-Burckhardt Margaretha (1806–1886), 348
Merian-Burckhardt Rudolf (1826–1872), 406
Merian-Iselin Adèle (1827–1901), 148, 186
Merian-Iselin Andreas (1742–1811), 40–43, 123, 166
Merian-Iselin Rudolf (1820–1891), 186
Merian-Merian Emanuel (1732–1818), 224, 233, 236, 238, 256
Merian-Sarasin Samuel (1685–1760), 95
Merian-Stehlin Karl (1831–1881), 322
Meyenrock-Bernoulli Jakob Friedrich (1733–1799), 221
Meyer-Merian Theodor (1818–1867), 328
Miaskowski August von (1838–1899), 22, 58–59, 68, 126, 128, 147, 176, 177, 188, 272, 275–276, 282, 307, 360–362, 373, 418–419
Mieg Achilles (1731–1799), 246
Miescher Rudolf (1880–1945), 22–24
Miville Nikolaus (1718–1791), 98
Miville-Battier Johann Friedrich (1754–1820), 222–223, 250, 259
Moser Friedrich Karl von (1723–1798), 84
Münch(-Duvoisin)-Thurneysen Friedrich (1729–1808), 29, 33–40, 106–107, 123, 140, 166, 224, 238, 251, 254
Nicolai Friedrich (1733–1811), 22, 62, 68
Ochs-Vischer Peter (1752–1821), 27–28, 32, 37–46, 50, 52, 65, 74–78, 228, 232, 238, 240, 243, 252
Ortmann Andreas (1725–1799), 89
Oser Friedrich (1820–1891), 362
Oser Leonhard (1802–1872), 309
Osterwald Jean Rodolphe (1687–1764), 86
Passavant-Düring Franz (1708–1783), 34, 86, 106–107
Pestalozzi Johann Heinrich (1746–1827), 22, 29, 60, 221–222
Platter Felix (1536–1614), 84
Preiswerk-Groben Eduard (1829–1895), 180, 403, 405
Preiswerk-Iselin Anna Maria (1759–1840), 62, 151–152, 154
Preiswerk-Iselin Niklaus (1755–1815), 151
Probst-Schmidt Emanuel (1849–1929), 415
Ragaz Leonhard (1868–1945), 349
Raillard-Fürstenberger Emanuel (1797–1880), 289
Reber Paul (1835–1908), 359–360
Reber-Sulger Balthasar (1805–1875), 310–311
Recordon François (1831–1890), 384
Reiter Ernst (1814–1875), 299
Richter-Linder Johann Jakob (1789–1874), 311
Riggenbach-Schmid Heinrich (1792–1861), 319
Riggenbach-Sulger Christoph (1810–1863), 325–326
Roberts Henry (1803–1876), 316
Ronus (Adolf) Robert (1843–1901), 180, 392
Rousseau Jean-Jacques (1712–1778), 36, 66–68
Ryhiner Emanuel (1706–1778), 88–89, 106
Salathé Johann (?), 91
Sandreuter Hans (1850–1901), 408
Sarasin (-Stehlin)-Thiersch Rudolf (1831–1905), 180, 343, 379, 388–390, 407, 419
Sarasin Marie Salome (1816–1894), 413
Sarasin(-Burckhardt)-Brunner Felix (1797–1762), 309, 325, 328
Sarasin(-Vischer)-Sauvain Karl (1815–1886), 194–195, 264, 271, 272, 274, 311–312, 316, 321, 352, 388, 397
Sarasin-Battier Jacob (1742–1802), 37, 52, 140, 148, 166, 221, 237–238, 240, 250–251
Sarasin-Forcart Adolf (1802–1886), 49
Sarasin-Warnery Reinhold (1852–1926), 349
Schäublin(-Vögelin)-Schmidt Johann Jakob (1822–1901), 297–299
Scheitlin-Tschudi Peter (1779–1848), 309
Schinz-Finsler Johann Rudolf (1745–1790), 71
Schlosser Johann Georg (1737–1799), 37–38, 48
Schmidlin Wilhelm (1810–1872), 198
Schmid-Linder Karl (1826–1911), 378
Schmidlin-Fischer Wilhelm (1810–1872), 295–296, 309–310, 317–318
Schneider Johann Jacob (1750–1790), 236–237
Schulthess(-Rahn)-Hafner Johannes (1763–1836), 46

Schweighauser-Preiswerk Johannes (1738–1806), 33
Sieber-Bischoff Ludwig (1833–1891), 59–60, 352, 359, 412
Siegfried Paul (1878–1938), 60, 129, 404
Siegfried Traugott (1851–1936), 347, 396, 425
Speiser-Hauser Johann Jakob (1813–1856), 190, 346
Speiser-Sarasin Paul (1846–1935) , 147, 185, 343–346, 348, 352, 366, 373, 375, 381, 394, 402, 418–422, 425
Spiess Adolf (1810–1858), 286, 289
Spittler-Goetz Christian Friedrich (1782–1867), 263, 335
Spreng Johann Jakob (1699–1768), 70
Stähelin-Brunner Charlotte (1828–1900), 378
Staehelin-Burckhardt Balthasar de Benedict (1737–1816), 166
Staehelin Hulda (1862–1955), 156
Staehelin(-Vischer)-Brunner August (1812–1886), 274, 321
Staehelin-Merian Theophil (1827–1896), 156
Staehelin-Stockmeyer Rudolf (1841–1900), 347
Stehlin-Hagenbach Johann Jacob (1803–1879), 319
Stehlin-Merian Karl (1831–1881), 281
Steiger-Finck Emil (1861–1927), 394
Stockmeyer-Burckhardt Immanuel (1819–1894), 356, 358
Streuber Wilhelm Theodor (1816–1857), 326, 329
Thommen Rudolf (1860–1950), 415
Thun Alphons (1853–1885), 334–335, 338
Thurneysen Emanuel (1749–1806), 43, 85
Übelin(-Brenner)-Trautwein Johann Jakob (1793–1873), 310, 326–328
Vest Georg Emanuel (1764–1800), 240–241
Vischer-Bilfinger Wilhelm (1808–1874), 20
Vischer-Heussler Wilhelm (1833–1886), 20, 409, 412–414
Vischer-Merian Karl (1818–1895), 321
Vischer-Passavant Peter (1779–1851), 259
Vischer-Preiswerk Benedikt (1779–1856), 20
Vischer-Preiswerk Sophie (1787–1859), 20
Vischer-Sarasin Adolf (1839–1902), 349, 372
Vischer-Sarasin Eduard (1843–1929), 375, 378, 407–408
Vischer-Sarasin Peter (1751–1823), 52
Vischer-VonderMühll Anna Katharina (1845–1894), 378
Vischer-VonderMühll Theophil (1839–1919), 390
Volkland Alfred (1841–1905), 356
VonderMühll Georg Albert (1852–1912), 350, 375
VonderMühll-Burckhardt Johann Georg (1785–1853), 294
Wackernagel(-Bluntschli)-Sarasin Wilhelm (1806–1869), 57, 309, 322, 325–326, 410, 413, 415
Wackernagel-Burckhardt Rudolf (1855–1925), 20–22, 59–60, 413, 415–416
Wackernagel-Im Hof Johann Gottfried (1844–1886), 362
Welti Emil (1825–1899), 60
Wenk-Linder Martin (1751–1830), 223, 235
Wettstein Johann Rudolf (1594–1666), 416
Wick(-Bienz)-Linder Johann Jakob (1765–1843), 152, 251
Wieland(-Bischoff) Johannes (1791–1832), 280
Wieland(-Weiss)-Schweighauser Johann Heinrich (1758–1838), 50, 56, 140, 250–251, 278, 363
Wieland-Dietschy (Dietrich) Carl (1830–1894), 410, 413
Wieland-Schweighauser Maria Magdalena (1769–1851), 251
Wildt Jeremias (1705–1790), 95, 101
Wille Ludwig (1834–1912), 392
Wocher Marquart (1760–1830), 62, 284
Wolleb Emanuel (1706–1788), 70, 81, 86–88, 91, 219
Wullschleger-Gabelmann Eugen (1862–1931), 173, 344
Zutt-Krayer Richard (1849–1917), 60, 347

Impressum

Copyright © 2015 Schwabe AG, Verlag, Basel
Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Das Werk einschliesslich seiner Teile darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in keiner Form reproduziert oder elektronisch verarbeitet, vervielfältigt, zugänglich gemacht oder verbreitet werden.
Copyright © 2015 Fotografien/Abbildungen: vgl. Abbildungsnachweis
Gestaltung und Satz: Claudiabasel, Jiri Oplatek, Nevin Goetschmann, Kathrin Scheller
Schrift: Genath
Papier: Daunendruck White, Coloraction Tundra/Lavendel
Gesamtherstellung: Schwabe AG, Muttenz/Basel, Schweiz
Printed in Switzerland
ISBN 978-3-7965-3511-6

rights@schwabe.ch
www.schwabeverlag.ch